JOHN DARWIN

DIE GLOBALGESCHICHTE GROSSER REICHE 1400–2000

DER IMPERIALE TRAUM

campus



JOHN DARWIN
Die Globalgeschichte grosser Reiche 1400–2000
DER IMPERIALE TRAUM
campus



www.campus.de

Information zum Buch

John Darwin bewertet die globalhistorische Rolle Europas seit 1400 neu. Bis ins 15. Jahrhundert gab es keine nennenswerten europäischen Expansionen - die großen Impulse für die Weltgeschichte gingen von der islamischen Welt und von China und den Mongolen aus. Selbst die europäische Expansion zwischen 1480 und 1620 erscheint aus globaler Sicht eher bescheiden. Erst ab 1750 begann der europäische Aufstieg. Doch trotz aller imperialer Eroberungen zeigte sich die asiatische Welt auch in dieser Zeit erstaunlich widerstandsfähig. Um 1880 erringt Europa schließlich eine Vormachtstellung - die es aber im Zuge der Weltkriege bald wieder verliert. Heute ist Asien wieder auf dem Vormarsch, Europa befindet sich auf dem Rückzug. So dreht sich die Weltgeschichte weiter - Reiche entstehen und fallen auseinander. John Darwin erzählt eine atemberaubende Geschichte vom Aufstieg und Niedergang großer Imperien, in der die europäische Hegemonie nur eine Phase war, deren Ende bereits in Sicht gekommen ist.

Informationen zum Autor

John Darwin ist Beit University Lecturer für die Geschichte des Britischen Commonwealth am Nuffield College, Oxford. Er ist Autor von »Britain and Decolonization« (1989) und »The End of the British Empire and Britain« (1991). Sein neuestes Buch zählt aktuell neben Christopher Baylys »Die Geburt der modernen Welt« und Jürgen Osterhammels »Die

Verwandlung der Welt« zu den Standardwerken der Globalgeschichte.

John Darwin

Der imperiale Traum

Die Globalgeschichte großer Reiche 1400-2000

Aus dem Englischen von Michael Bayer und Norbert Juraschitz

campus

Impressum

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

ISBN der Printausgabe: 978-3-593-39142-7

E-Book ISBN: 978-3-593-40997-9

Für Caroline, Claire, Charlotte und Helen

Vorwort

Timurs Tod im Jahr 1405 war ein Wendepunkt der Weltgeschichte. Er war der letzte jener »Welteroberer« in der Tradition Attilas und Dschingis Khans, die ganz Eurasien in einem riesigen Reich unter ihrer Herrschaft vereinen wollten. Fünfzig Jahre nach seinem Tod erkundeten die Seefahrernationen des aus eurasischer Sicht Fernen Westens, allen voran Portugal, die Seewege, die zu den Nervensträngen und Schlagadern großer seegestützter Reiche wurden. In diesem Buch wird die Geschichte der folgenden Ereignisse dargestellt.

Sie gilt gemeinhin als bekannte Geschichte, bis man ein wenig genauer hinsieht. Der Aufstieg des Westens zu globaler Vorherrschaft durch den Aufbau von Imperien und wirtschaftlicher Dominanz zählt zu den Marksteinen historischen Wissens. Dieser Prozess hilft uns, unsere Sichtweisen der Vergangenheit zu ordnen. In vielen Standardwerken erscheint dieser Aufstieg als geradezu unvermeidlich, was die Hauptströmungen der Geschichtsschreibung widerspiegelt. Alle anderen Optionen galten als Nebenstraßen oder Sackgassen. Als Europas Imperien zerfielen, traten an ihre Stelle neue postkoloniale Staaten, genau wie Europa selbst ein Teil des »Westens« wurde: ein weltweites Bündnis unter amerikanischer Führung. Dieses Buch soll aufzeigen, dass die Zeitspanne von Timurs Tod bis in unsere Zeit von heftigeren Kämpfen, komplexeren Konflikten und mehr verpassten Chancen geprägt war, als gemeinhin angenommen wird – was freilich nicht verwunderlich ist.

Darüber hinaus stellt die Studie Europa (und den Westen)

in einen viel größeren Kontext: Sie bezieht die in anderen Teilen Eurasiens angestoßenen Projekte zur Bildung von Reichen, Staaten und Kulturen mit ein. Erst auf diese Weise, so die These, können der Verlauf, das Wesen, das Ausmaß und die Grenzen der Expansion Europas angemessen erfasst werden, und die im Dunkel der Vergangenheit liegenden Ursprünge unserer heutigen Welt werden ein wenig klarer.

Dieses Buch wäre ohne die umfangreiche neuere Literatur der letzten 20 Jahre sowohl zur »globalen« Geschichte als auch zur Geschichte des Nahen Ostens, Indiens, Südostasiens, Chinas und Japans nicht möglich gewesen. Natürlich haben Historiker schon früher die Vergangenheit aus einer globalen Perspektive betrachtet: Diese Tradition reicht immerhin bis Herodot zurück. Die meisten historischen Werke enthalten jedoch eine Reihe von Mutmaßungen, was sich wohl in anderen Teilen der Welt abgespielt haben mochte. Die systematische Untersuchung der Bindeglieder zwischen den verschiedenen Teilen der Welt ist eine relativ neue Erscheinung. »Die Studie der Vergangenheit«, bemerkte Frederick Teggart schon 1939 in seiner Monographie *Rome and China*, »kann nur dann Wirkung erzielen, wenn umfassend erkannt wird, dass alle Völker eine Geschichte haben, dass sich diese Prozesse gleichzeitig und in derselben Welt abspielen und dass der Vergleich zwischen ihnen der Anfang von Wissen ist.«[1] Dieser Herausforderung stellte sich etwa William Hardy McNeill in seinem Werk *The Rise of the West* (Chicago 1964), dessen Titel der erstaunlichen Reichweite und intellektuellen Subtilität des Werks freilich nicht gerecht wird. In den letzten Jahrzehnten wurden der globalen und nichtwestlichen Geschichte allerdings erheblich mehr Ressourcen gewidmet. Dazu hat nicht zuletzt der wirtschaftliche, politische und kulturelle Einfluss der »Globalisierung« beigetragen. Aber wohl ebenso wichtig sind die Auswirkungen einer wachsenden Zahl von Menschen in der Diaspora und die gestiegenen Migrationen

(die eine mobile, »antinationale«, historische Tradition schaffen) sowie die ansatzweise Liberalisierung vieler Regimes, die »Geschichte« einst als Privateigentum des Staates behandelten (das wichtigste Beispiel ist hier China).

Neue Perspektiven, neue Freiheiten und neue Leserschaften, die sich neue Bedeutungen von der Geschichte erhoffen, haben eine enorme Produktion historischer Arbeiten angeregt. Das eröffnete die Chance, die Vergangenheit von Kontinenten und Völkern, die einst nur über die Geschichte der europäischen Expansion zugänglich schien, neu zu betrachten. Heute zeichnet sich viel deutlicher als noch vor einer Generation ab, dass der historische Weg Europas in die moderne Welt viele Merkmale mit sozialen und kulturellen Veränderungen in anderen Teilen Eurasiens gemein hatte und dass der Aufstieg Europas zur Hegemonie erst später einsetzte und viel größeren Beschränkungen unterlag, als man uns häufig glauben machen möchte.

Inwieweit sich meine Thesen auf die Werke anderer Historiker stützen, geht aus den Anmerkungen zu den Kapiteln hervor. Zum ersten Mal machte ich als Schüler des verstorbenen Jack Gallagher Bekanntschaft mit der Faszination, die von der Betrachtung der Weltgeschichte als verbundenes Ganzes ausgeht. Gallaghers historische Vorstellungskraft war schier grenzenlos. Auch von meinen Kollegen in der imperialen und globalen Geschichte in Oxford – Judith Brown, David Washbrook, Georg Deutsch und Peter Carey – habe ich sehr viel gelernt und ebenso von dem Fachwissen vieler anderer Kollegen an der Universität und darüber hinaus profitiert. Ihre klugen Lehren habe ich mir, so gut ich es vermochte, eingeprägt. Mein Verständnis für wirtschaftliche Themen ist erheblich durch die Bekanntschaft mit dem Global Economic History Network verbessert worden, das Patrick O’Brien als Diskussionsforum über die auseinander laufenden Pfade der wirtschaftlichen Veränderung in verschiedenen Teilen der Welt ins Leben

gerufen hat. Zum Teil gehen die in diesem Buch dargestellten Ideen auf Streitgespräche mit James Belich und Phillip Buckner in mehreren »Wanderseminaren« zurück. Der Ansporn, den der Unterricht so vieler begabter Studenten mit sich brachte, war unverzichtbar, und mein historisches Wissen ist durch die Betreuung unzähliger Dissertationen im Laufe der vergangenen 20 Jahre enorm erweitert worden. Mein besonderer Dank gilt all jenen Freunden und Kollegen, die erste Versionen der Kapitel kommentierten: Richard Bonney, Ian Phimister, Robert Holland, Martin Ceadel und Andrew Hurrell. Alle Irrtümer und Fehler habe selbstverständlich ich zu verantworten.

Ich habe die Entwürfe von Karten auf Grundlage des Programms »Mapinfo« erstellt, das Collins Bartholomew entwickelt hat. Ohne die Einführung, den Rat und geduldigen Beistand von Nigel James aus dem Kartenraum der Bodleian Library wäre dies nicht möglich gewesen. Es ist mir eine Freude, an dieser Stelle seine Hilfe zu würdigen. Die Endfassungen der Karten wurden von Jeff Edwards gezeichnet. Für das sorgfältige Lektorat des Textes bin ich Bob Davenport zu großem Dank verpflichtet.

Die Arbeit an diesem Buch wurde mir durch das geneigte Interesse und die Aufmunterung Simon Winders vom Verlag Penguin erheblich erleichtert. Bei Simons Enthusiasmus kann es sich kein Autor erlauben, die eigenen Anstrengungen aufzugeben. Dafür und für die klugen und rechtzeitigen Ratschläge in kritischen Phasen bin ich überaus dankbar.

Schließlich haben zum großen Teil die außergewöhnlichen Ressourcen der – umkämpften, aber ungebrochenen – Universitätsbibliotheken in Oxford das Schreiben dieses Buches über einen längeren Zeitraum hinweg parallel zu anderen Aktivitäten ermöglicht, sowie die vortrefflichen Forschungsbedingungen, die das Nuffield College seinen Dozenten bietet.

Eine Bemerkung zu Namen und Schreibweisen

Wenn man ein Buch schreibt, das einen so großen zeitlichen und räumlichen Rahmen behandelt, wirft das einige heikle Fragen zur Schreibweise der Namen und Orte auf. Nicht nur ändern sich die Namen im Laufe der Zeit, diese Änderungen spiegeln auch Verschiebungen der Wahrnehmung, des Status und häufig der Macht wider. In vielen Teilen der Welt war die Veränderung der Namen von Städten und Straßen – und sogar Ländern – ein Weg, das Ende der alten (meist kolonialen) Ordnung und die Wiedereinsetzung einer indigenen Kultur und Identität zu symbolisieren.

In der deutschen Übersetzung wird in der Regel der Name verwendet, der deutschen Lesern wohl am vertrautesten sein dürfte. Wo es angebracht scheint, wird allerdings in Klammern auf die alternative Schreibweise hingewiesen. In Einzelfällen hieß das, den Namen zu verwenden, der einem bestimmten Ort eine besondere, zeitgenössische Bedeutung verleiht. So heißt es durchweg »Konstantinopel«, nicht »Istanbul«, wenn von der Hauptstadt des Osmanischen Reiches die Rede ist. Der Name war im Westen noch lange nach der Eroberung der Stadt durch die Türken im Jahr 1453 gebräuchlich. Er wurde beibehalten, um die Rolle der Stadt als Reichshauptstadt (im Gegensatz zum heutigen Istanbul) zu kennzeichnen, sowie deren umstrittenen Status als – in den Augen vieler Europäer – besetzte christliche Stadt, die eines Tages »befreit« werden sollte. Diese Überzeugung wurde noch im Vertrag von Lausanne im Jahr 1923 ausgedrückt.

Drei Punkte sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

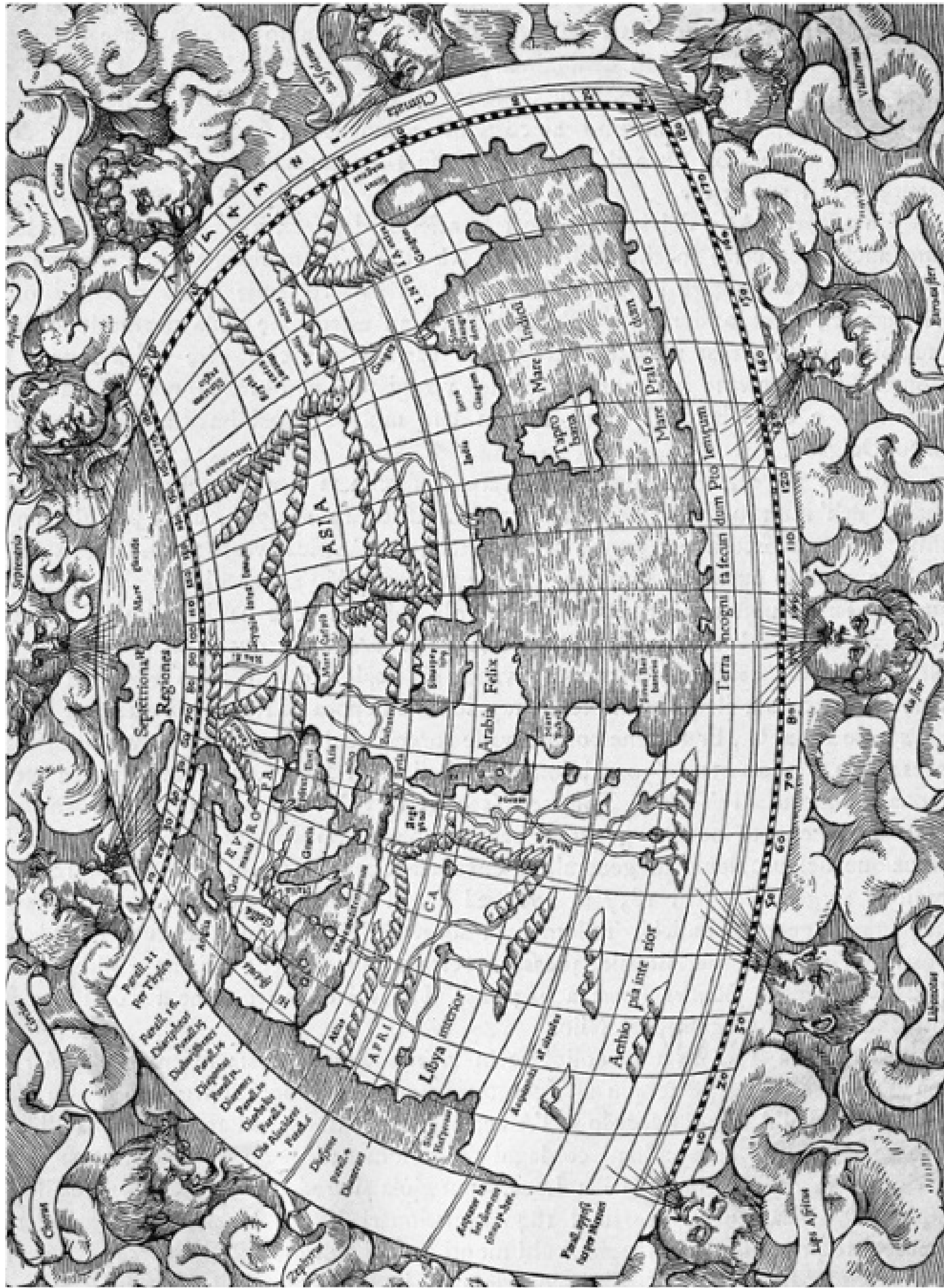
1. Die Romanisierung islamischer Namen ist immer

schon etwas willkürlich gewesen, und vermutlich ließ sich das gar nicht vermeiden. Als Europäer versuchten, das Lautbild islamischer Namen wiederzugeben, produzierten sie im Laufe der Jahrhunderte außergewöhnliche Varianten der Schreibweisen, von denen einige heute geradezu bizarr wirken. Hinzu kommt, dass manche Varianten die Unterschiede zwischen den gesprochenen Namen des Arabischen, Persischen und Türkischen widerspiegeln, den drei Hauptsprachen des islamischen Mitteleurasiens. Der wohl bekannteste muslimische Name ist als Mahomet, Mehmed, Mohammed und Muhammad zu finden. Feisal wird auch Faisal oder Faysal geschrieben. In diesem Buch wird bei der Wahl der Schreibweise dem Kriterium der Vertrautheit und Verständlichkeit Vorrang vor der streng wissenschaftlichen »Korrektheit« eingeräumt.

2. Der Iran. Bis zum Jahr 1935 hieß er offiziell Persien, und dies ist auch der Name, unter dem das Land in der Regel im Westen bekannt war. Allerdings war die Bezeichnung »Iran« im Land und in der Region viel gebräuchlicher, und der Einfachheit halber wird dieser Name als Standardbezeichnung für die territoriale Einheit und seine Bevölkerung während des gesamten Zeitraums verwendet, der hier behandelt wird. Es ist jedoch wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass »Persisch« (ein von »Farsi« abgeleitetes Wort) die vorherrschende Sprache und Kultur war, die auch die größte ethnische Gruppe in einem multiethnischen Land bezeichnet.
3. China. Mittlerweile ist die Pinyin-Umschrift für die Transkription chinesischer Namen allgemein üblich. Da in diesem Buch jedoch meist auf historische Persönlichkeiten und Orte verwiesen wird, werden

mitunter Schreibweisen beibehalten, die deutschen Lesern vertrauter sein dürften und sich an dem älteren Wade-Giles-System orientieren. Vor allem betrifft dies folgende Bezeichnungen:

Peking *nicht* Beijing
Nanking *nicht* Nanjing
Kanton *nicht* Guangzhou
Sinkiang *nicht* Xinjiang
Kuomintang (KMT) *nicht* Guomindang (GMD)
Chiang Kai-shek *nicht* Jiang Jeshi
Mao Tse-tung *nicht* Mao Zedong
Chou En-lai *nicht* Zhou Enlai
Sun Yat-sen *nicht* Sun Yixian



Eine Rekonstruktion der Weltkarte des Ptolemäus. © Corbis

1. Orientierungen

Timurs Erbe

Im Jahr 1401 lebte der große islamische Historiker Ibn Khaldun (1332–1406) in Damaskus, als die Stadt von dem mächtigen Timur belagert wurde. Da Ibn Khaldun den berühmten Eroberer jener Tage unbedingt kennen lernen wollte, ließ er sich in einem Korb von der Stadtmauer abseilen und wurde in Timurs Lager empfangen. Dort führte er lange Gesprächen mit dem Herrscher, den er in seiner Autobiographie als »einen der größten und mächtigsten Könige« bezeichnet, der »geradezu süchtig war nach Diskussionen und Streitgesprächen darüber, was er weiß und was er nicht weiß«.[1] Vielleicht sah Ibn Khaldun in Timur den Retter der arabisch-muslimischen Kultur, um deren Fortbestand er fürchtete. Aber nur vier Jahre später starb der Herrscher auf dem Weg nach China, dessen Eroberung er geplant hatte.

Timur (auch Tamerlan oder Timur Leng, »Timur, der Lahme«) war ein Phänomen, das zu einer Legende wurde. Er wurde vermutlich in den 1330er Jahren in einen niederen Clan der türkisch-mongolischen Stammeskonföderation der Tschagatai geboren, eines der vier großen Teilreiche, in die das Mongolenreich Dschingis Khans nach seinem Tod im Jahr 1227 untergliedert worden war. Bis zum Jahr 1370 war Timur zum Herrscher der Tschagatai aufgestiegen. Von 1380 bis 1390 schickte er sich an, den Iran (damals noch Persien), Mesopotamien (heute: Irak), Armenien und Georgien zu erobern. Im Jahr 1390 fiel er in russische Territorien ein, kehrte ein paar Jahre später zurück und

legte die Hauptstadt der Goldenen Horde, der Mongolenherrscher im heutigen Südrussland, in Schutt und Asche. Im Jahr 1398 unternahm er einen gewaltigen Raubzug nach Nordindien, schlug die dortigen muslimischen Herrscher vernichtend und zerstörte Delhi. Anschließend wandte er sich im Jahr 1400 wiederum dem Nahen Osten zu und eroberte Aleppo und Damaskus (Ibn Khaldun entkam dem Massaker). 1402 besiegte er den osmanischen Sultan Bajesid in der Schlacht von Ankara und nahm ihn gefangen. Erst danach begab er sich nach Osten auf seinen letzten Feldzug, der jedoch scheitern sollte.

Ungeachtet seines Rufes als blutrünstiger Tyrann und der erschreckenden Grausamkeit seiner Raubzüge war Timur eine Übergangsfigur in der eurasischen Geschichte.[2] Seine Eroberungen waren ein Nachhall des großen Mongolenreiches, das Dschingis Khan und seine Söhne errichtet hatten. Ihr Reich hatte sich vom heutigen Iran bis nach China und im Norden fast bis Moskau erstreckt. Es hatte einen bemerkenswerten Transfer von Menschen, Waren und Ideen über den riesigen Steppenkorridor entlang des eurasischen Gürtels eingeleitet; und die Mongolenherrschaft hatte in einem Zeitalter allgemeiner wirtschaftlicher Expansion vermutlich als Katalysator für kommerziellen und intellektuellen Austausch gewirkt.[3] Die Mongolen gestatteten sogar Besuche westeuropäischer Gesandter, die darauf hofften, eine antimuslimische Allianz zu errichten und Menschen zum christlichen Glauben zu bekehren. Aber schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts waren die Bemühungen, eine große imperiale Konföderation zu bewahren, so gut wie gescheitert. Die Vernichtungskriege zwischen den »Ilkhanen« im Iran, die Machtkämpfe innerhalb der Goldenen Horde und unter den Tschagatai sowie der Sturz der Yuan-Dynastie in China (im Jahr 1368) markierten das Ende des mongolischen Experiments, ein eurasisches Großreich zu bilden.

Timurs Eroberungen waren nicht zuletzt ein Versuch,

dieses verlorene Reich zurückzugewinnen. Aber er bediente sich anderer Methoden. Mit seiner Kriegsführung wollte er, wie es scheint, in erster Linie sämtliche Rivalen vernichtend schlagen, die um die Kontrolle über die große Route des eurasischen Fernhandels rangen, mit dessen Gewinnen Timur sein Reich aufgebaut hatte. Ferner stützte sich seine Macht eher auf die Kontrolle der »kultivierten Landstriche« als auf die Beherrschung der Steppe: Seine Armeen bestanden nicht ausschließlich aus berittenen Bogenschützen (die klassische Waffengattung der Mongolen), sondern aus Infanterie, Artillerie, schwerer Kavallerie und sogar einem Elefantenkorps. Sein Herrschaftssystem war eine Form des Absolutismus, in der sich die Loyalität der Stammesgefolgsleute mit der Hingabe der städtischen und bäuerlichen Untertanen die Waage hielt. Timur bezeichnete sich als »Schatten Gottes« (ein Titel unter vielen, die er sich gab) und behauptete, er übe Rache an den Verrätern und Abtrünnigen des islamischen Glaubens. Die Beute seiner Eroberungen ließ er in die selbsterwählte, nicht weit von seinem Geburtsort liegende Reichshauptstadt Samarkand fließen, wo er architektonische Monumente errichten ließ, die den Glanz seiner Herrschaft weithin verkündeten. Das »Timuridische« Vorbild sollte in ganz Mitteleurasien die Vorstellung eines Weltreichs nachhaltig beeinflussen.

Doch trotz seiner Wildheit, seines militärischen Genies und der raffinierten Instrumentalisierung der Stammespolitik für seine imperialen Ziele zerfiel Timurs Reich bald nach seinem Tod. Wie er womöglich selbst intuitiv gespürt hatte, war es nicht länger möglich, das kultivierte Land von der Steppe aus zu beherrschen und auf dem alten Fundament der mongolischen Militärmacht ein eurasisches Reich zu errichten. Die Osmanen, der Staat der Mamelucken in Ägypten und Syrien, das muslimische Sultanat in Nordindien und vor allem China waren zu widerstandsfähig, um von seinen blitzartigen Feldzügen hinweggefegt zu werden.

Tatsächlich markierte Timurs Tod in mehrfacher Hinsicht das Ende einer langen Phase in der Weltgeschichte. Erstens war sein Reich der letzte ernsthafte Versuch, die Aufteilung Eurasiens zwischen den Staaten des Fernen Westens, des islamischen Mitteleurasiens und des konfuzianischen Ostasiens zu verhindern. Zweitens zeigten seine politischen Experimente und sein letztendliches Scheitern, dass sich die Macht allmählich unwiderruflich von den Nomadenreichen zu sesshaften Staaten verlagerte. Drittens trugen die Kollateralschäden, die Timur Mitteleurasien beifügte, sowie der unverhältnismäßig starke Einfluss, den Stammesgesellschaften dort noch ausübten, erheblich dazu bei, das Kräftegleichgewicht der Alten Welt (wenn auch nur allmählich) zu verschieben, und zwar auf Kosten des Zentrums zugunsten des Fernen Ostens und des Fernen Westens. Schließlich fiel sein Tod zusammen mit den ersten Anzeichen für eine Veränderung der bis dahin bestehenden Fernhandelswege, jener Ost-West-Route, um deren Kontrolle er gekämpft hatte. Wenige Jahrzehnte nach seinem Tod war die Vorstellung eines Weltreichs, das von Samarkand aus regiert wurde, völlig illusorisch geworden. Die Entdeckung, dass die Ozeane als globale Gemeingüter maritime Wege in nahezu alle Teile der Welt boten, veränderte die Wirtschaft und imperiale Geopolitik. Zwar sollten drei Jahrhunderte vergehen, bis sich diese neue Weltordnung deutlich abzeichnete, aber nach Timur trat kein Welteroberer mehr auf den Plan, der Eurasien dominierte – und Timurs Eurasien umfasste nicht länger fast die gesamte bekannte Welt.

Globale Geschichte

In diesem Buch durchschreiten wir eine gigantische historische Landschaft mit Blick auf drei Themen: Das erste ist das Ausweiten der globalen »Verknüpftheit« bis zu ihrer

intensivsten Form, die man heute gemeinhin »Globalisierung« nennt. Das zweite ist die Rolle, die in diesem Prozess die Macht Europas (später des »Westens«) und jene Reiche spielten, die mit dessen Ressourcen aufgebaut wurden. Das dritte ist die Widerstandsfähigkeit vieler Staaten und Kulturen Eurasiens angesichts der europäischen Expansion. Jeder einzelne dieser Faktoren hatte maßgeblichen Anteil an der Umgestaltung der Welt, die im 20. Jahrhundert zu einem riesigen, locker verbundenen politischen und wirtschaftlichen System wurde, zu einer gemeinsamen Arena, aus der sich kein Staat, keine Gesellschaft, Volkswirtschaft oder Kultur völlig heraushalten konnte.

Wie facettenreich oder undurchsichtig ein Thema auch sein mag, es ist Aufgabe der Geschichtsschreibung zu erklären, wie wir an den Punkt gekommen sind, an dem wir uns befinden. Natürlich kritisieren Historiker oft gegenseitig ihre jeweiligen Darstellungen der Vergangenheit, weil sie beispielsweise über die Natur der »Gegenwart« – des Endprodukts der Geschichte – verschiedener Meinung sind. Zudem ändern wir fortwährend unsere Betrachtungsweise der Gegenwart und aktualisieren sie im Abgleich mit den laufenden Ereignissen, und dabei stellen wir zugleich die Fragen neu, die wir an die Vergangenheit richten. Aber derzeit herrscht zumindest allgemeiner Konsens, dass sich das aktuelle Zeitalter in vielen, wesentlichen Punkten von der Welt unterscheidet, die noch vor gut einer Generation existierte: vor 1980. In der Umgangssprache fassen wir die Merkmale, die unsere Welt am stärksten prägen, in einem Schlagwort zusammen: »Globalisierung«. Globalisierung ist ein ambivalenter Begriff. Er klingt nach einem Prozess, wird aber häufig gebraucht, um einen Zustand zu beschreiben, den Endpunkt nach einer Phase des Umbruchs. Alles deutet darauf hin, dass das Tempo der weltweiten Veränderungen, zumindest in den wirtschaftlichen Beziehungen (sprich: der Verteilung von Reichtum und Produktion auf verschiedene

Regionen und Kontinente), zunehmen wird. Gleichwohl können wir die allgemeinen Merkmale der »globalisierten Welt« – das Stadium, das die Globalisierung mittlerweile erreicht hat – in einer verständlichen Form skizzieren. Das ist die »Gegenwart«, deren nicht vorauszusehende Entstehung die in diesem Buch dargestellten historischen Ereignisse zu erklären versuchen.

Diese Merkmale sind zusammengefasst:

1. die Entstehung eines einzigen, globalen Marktes – nicht für alle, aber für die gebräuchlichsten Produkte und für die Bereitstellung von Kapital, Krediten und Finanzdienstleistungen;
2. die intensive Interaktion zwischen Staaten, die geographisch zwar voneinander entfernt liegen mögen, deren Interessen aber inzwischen (selbst im Falle sehr kleiner Staaten) global, nicht regional ausgerichtet sind;
3. die tiefe Durchdringung der meisten Kulturen durch global organisierte Medien, deren ökonomische und kulturelle Botschaften (vor allem durch die Sprache der »Marken«) fast untrennbar geworden sind;
4. das gigantische Ausmaß der (erzwungenen wie selbstgewählten) Migrationen und Diaspora, durch die Netzwerke und Verbindungen entstehen, die dem Einfluss der großen europäischen Auswanderung des 19. Jahrhunderts oder dem atlantischen Sklavenhandel den Rang streitig machen;
5. das Hervortreten einer einzigen »Hypermacht« aus den Trümmern des »bipolaren Zeitalters« (1945–1989), deren wirtschaftliche und militärische Stärke

in Relation zu allen anderen Staaten beispiellos in der modernen Weltgeschichte ist;

6. der dramatische Aufstieg Chinas und Indiens als Industriemächte. Aufgrund der enorm gesteigerten Weltproduktion und der Verschiebung des Gleichgewichts in der Weltwirtschaft ist die wirtschaftliche Mobilisierung ihrer Bevölkerungsmassen (1,3 bzw. eine Milliarde Menschen) vergleichbar mit der Erschließung riesiger neuer Ländereien im 19. Jahrhundert.

Diese Liste sollte zu denken geben. Weshalb konnte in einer globalisierten Welt ein einzelner Staat so außergewöhnliche Macht erlangen? Warum hat der wirtschaftliche Aufstieg in China und Indien erst vor vergleichsweise kurzer Zeit begonnen? Warum hatten die Länder des Westens (einschließlich Japans) bis vor kurzem einen so großen Vorsprung in Bezug auf die technische Entwicklung und den Lebensstandard? Wieso genießen immer noch überwiegend die Produkte der westlichen Kultur in der Naturwissenschaft, Medizin, Literatur und Kunst den besten Ruf? Warum spiegelt das internationale Staatensystem mit seinen Gesetzen und Normen die Konzepte und Methoden der europäischen Staatskunst und die territoriale Ausgestaltung nach dem westlichen Modell wider? Die globalisierte Welt des späten 20. Jahrhunderts war nicht das absehbare Ergebnis eines globalen, freien Marktes. Ebenso wenig kann man sie aus dem Zustand der Welt vor fünf Jahrhunderten ableiten. Sie ist das Produkt einer langen, verworrenen und häufig gewaltsamen Geschichte, überraschender Schicksalswenden und unvermuteter Niederlagen. Die Wurzeln reichen (so wird gemeinhin angenommen) bis ins »Zeitalter der Entdeckungen« zurück – im Grunde bis zum Tod Timurs.

Die Geschichte (und Vorgeschichte) der Globalisierung war stets umstritten. Da die meisten Kennzeichen der Globalisierung allem Anschein nach eng mit dem Wachstum der europäischen (und später westlichen) Vorherrschaft zusammenhängen, ist das nicht weiter verwunderlich. Die Fronten wurden schon früh gezogen. Die ab 1830 wirkenden, von Adam Smith inspirierten britischen Verfechter eines freien Handels waren die ersten, die von einer globalisierten Welt träumten. Ein weltweiter Freihandel, so argumentierten sie, werde Kriege undenkbar machen. Wenn jedes Land auf ausländische Lieferanten und Kunden angewiesen wäre, dann wäre das Netz der gegenseitigen Abhängigkeiten so stark, dass niemand es zerreißen könne. Kriegerische Adlige, die Konflikte zur Legitimation ihres Herrschaftsanspruchs brauchen, wären damit obsolet. Das bürgerliche Ideal einer repräsentativen Regierung würde, verbreitet über die Händler und den Handel, universale Gültigkeit erlangen.

Die optimistische Annahme, ein aufgeklärtes Eigeninteresse könne die Welt zum Nutzen aller transformieren, wurde von Karl Marx scharf kritisiert. Er ging davon aus, dass der industrielle Kapitalismus früher oder später (seiner Meinung nach früher) die eigenen Märkte mit Waren überschwemmen würde. Eine Zeitlang könnten sich die Kapitalisten noch halten, indem sie die Kosten senkten und die Löhne unter die Kosten für die Subsistenz drückten. Aber wenn die Arbeiter rebellierten – was nach Marx zwangsläufig geschehen musste –, würde der Kapitalismus in sich zusammenstürzen und das Proletariat die Herrschaft übernehmen. Auch die Welt außerhalb Europas würde von diesem Kampf erfasst werden. Auf der Suche nach Märkten würden die europäischen Kapitalisten zwangsläufig in Asien eindringen (Marx führte Indien als Beispiel an) und dessen vormoderne Volkswirtschaften zugrunde richten. Die indischen Weber würden zugunsten der Profite von Lancashire ausgebeutet werden. Die

Dorfgesellschaft Indiens und die soziale Ordnung würden »nicht so sehr infolge des brutalen Eingreifens des britischen Steuereintreibers und des britischen Soldaten [verschwinden], als vermöge der Wirkung des englischen Dampfes und des englischen Freihandels«.[4] Die einzige Rettung aus diesem Werk der Zerstörung bestehe in einer unbeabsichtigten Folge. In Asien werde eine soziale Revolution ausbrechen, ohne die wiederum (so Marx) auch der Rest der Welt sein sozialistisches Schicksal nicht erreichen werde.

Marx hatte argumentiert, dass eine globale Wirtschaft aus den Interessen Europas hervorgehen werde. Lenin insistierte hingegen, dass der Kapitalismus auf einen wirtschaftlichen Imperialismus angewiesen sei, und sagte seinen Sturz durch eine globale Erhebung der Kolonialvölker voraus.[5] Die marxistisch-leninistische Sichtweise, halb Geschichte, halb Prophetie, schien der Schlüssel zur Weltgeschichte. Seit den 1920er Jahren übte sie einen nachhaltigen intellektuellen Einfluss aus. Die wirtschaftliche Expansion Europas wurde als unwiderstehliche Kraft interpretiert, der sich der Rest der Welt beugen musste. Doch statt das bürgerliche Utopia zu schaffen, das die britischen Protagonisten des Freihandels verheißen hatten, wurde durch sie die Welt gespalten. Die kapitalistisch-industrielle Zone, die in Europa (und seinem Ableger Amerika) ihr Zentrum hatte, war immer reicher geworden. Dem Rest des Erdballs bescherte die koloniale Unterwerfung oder halbkoloniale Abhängigkeit jedoch lediglich wachsende Verarmung. Mit dem kapitalistischen Reichtum und der imperialistischen Macht Europas wurde ein extrem ungleicher Handel durchgesetzt. Der »freie Handel« war in der nichtwestlichen Welt dazu eingesetzt worden, traditionelle Handwerke zu ruinieren, das industrielle Wachstum zu verhindern und lokale Volkswirtschaften zu billigen Rohstofflieferanten zu degradieren. Weil diese Rohstoffe stets billiger sein würden als die Industriegüter,

für die sie eingetauscht werden mussten (so die Argumentation), würden sich Armut und Abhängigkeit zwangsläufig verschärfen, sofern nicht das »globale System«, aus dem sie hervorgegangen waren, gewaltsam zerstört werde.[6]

Im 20. Jahrhundert schien diese pessimistische Betrachtung der Motive und Bedeutung der Globalisierung (auch wenn der Begriff noch nicht verwendet wurde), gelegentlich kombiniert mit einem bemerkenswerten Vertrauen in das revolutionäre Endergebnis, weitaus glaubwürdiger als die Verheißung der Optimisten, die das Ergebnis einer vollständig globalen Wirtschaft als »Modernisierung« (sprich: Nachahmung der Gesellschaftsstruktur des Westens) betrachteten. Beiden Haltungen lag die nicht hinterfragte Annahme zugrunde, dass Europa (oder der Westen) die einzige wahre Quelle für historischen Wandel sei. Beide Seiten machten sich die verblüffenden Erkenntnisse (und den noch erstaunlicheren Eifer) des deutschen Soziologen Max Weber (1864–1920) zunutze. Weber war fasziniert von dem Sonderweg, den Europa im Vergleich zu Indien und China eingeschlagen hatte. Während Marx die gesellschaftliche Revolution hervorhob, in deren Verlauf die Feudalgesellschaft Europas durch die bürgerlich beherrschte, kapitalistische Gesellschaft ersetzt wurde, wollte Weber erforschen, worin sich die Institutionen und Wertvorstellungen Europas im Vergleich zu denen anderer Regionen »unterschieden« hatten. Kapitalistische Herrschaftsformen hatten sich auch in anderen Teilen Eurasiens entwickelt, aber nur Europa hatte den Übergang zum modernen, industriellen Kapitalismus vollzogen und dadurch weltweite Vorherrschaft erlangt. Weber ging davon aus, dass eine aktive, rational denkende Mentalität die wichtigste Voraussetzung des modernen Kapitalismus sei. Der chinesische Konfuzianismus (rational, aber inaktiv), der Islam (aktiv, aber irrational) und der Hinduismus (inaktiv und irrational) würden allesamt

diese entscheidende Kombination eher behindern als fördern. Laut Weber führte von der magischen Religiosität der nichtintellektuellen Klassen Asiens kein Weg zu einer rationalen, methodischen Lebensführung.[7] Der europäische Protestantismus habe jedoch (zufällig) die entscheidende geistige Haltung und den institutionellen Rahmen hervorgebracht, welche diesen Durchbruch ermöglicht haben sollten.

Webers Werk wurde in viele Sprachen übersetzt. Seine These, dass sich die Besonderheit Europas nur mit Blick auf einen spezifischen, soziokulturellen Komplex erklären lasse, fand enorme Resonanz und inspirierte zahlreiche Publikationen. Sie war für all jene besonders reizvoll, welche die verkürzte marxistische Sichtweise ablehnten, Europa habe Wohlstand und Macht durch die Ausplünderung und Ausbeutung der restlichen Welt erworben. Webers These spornte zur Suche nach den maßgeblichen Faktoren an, die in Europa produktive Investitionen und permanente technische Entwicklung förderten. Vordergründig bestätigte dies die Überzeugung (die bereits lange vor Weber europäisches Gemeingut war), dass die europäische Gesellschaft eine einzigartige Dynamik aufweise und dass es anderen Hochkulturen, so eindrucksvoll sie auch gewesen sein mochten, an den entscheidenden Voraussetzungen für materiellen Fortschritt mangele. In dieser zentralen Frage bestand in der Tat kein nennenswerter Unterschied zwischen Webers Geschichtsbild und jenem, das von den Verfechtern des marxistischen »Weltsystems« für selbstverständlich gehalten wurde. Ob zum Guten oder zum Schlechten, ob aus eigensüchtigen Motiven heraus oder ohne besondere Absichten, es galt als erwiesen, dass Europa eine statische Welt mit neuem Leben erfüllt hatte.

Es verwundert nicht, dass in jüngsten Jahren diese eurozentristische Version der modernen Weltgeschichte in die Kritik geraten ist. Im Zuge der raschen Auflösung der europäischen Kolonialreiche nach 1945 entstanden viele

neue Nationen, und alle brauchten eine Darstellung der Vergangenheit, die ihren eigenen Fortschritt ins Zentrum der Geschichte rückte. Jede hatte ihre eigenen Helden, deren nationaler Freiheitskampf im Widerspruch zur kulturellen Arroganz Europas geführt worden war. Neue »nationalistische« Geschichtsversionen stellten die Herrschaft (oder den Einfluss) Europas als ungerecht und repressiv dar. Das Eingreifen der Europäer hatte den statischen Teilen der Welt keineswegs den Fortschritt gebracht, vielmehr hatte es die gesellschaftlichen und kulturellen Vorstöße blockiert, die bereits im Gang waren. In den 1970er und 1980er Jahren tauchte die »subalterne« Geschichtsschreibung (*subaltern history*) in das Gefüge vieler exkolonialer Gesellschaften ein. Sie brachte komplexe bäuerliche Gesellschaften ans Licht, die sich heftig gegen jede Kontrolle durch Außenstehende wehrten und deren Leben durch den plumpen, wenn nicht brutalen Versuch gestört wurde, eine koloniale »Ordnung« einzuführen.[8] Die »dekolonisierte Geschichte« spornte viele verschiedene, soziale, ethnische, religiöse oder kulturelle Gruppen an, aus dem Schatten zu treten. Die alten Kolonialgeschichten, nach denen die Europäer vor dem finsteren einheimischen Hintergrund hell erstrahlten, erschienen nunmehr wie Karikaturen: grobe und unvollständige Skizzen einer komplexen Realität. Die Ziele und Projekte kolonialisierter Völker – Lehrer, Schriftsteller, Händler, Bauern, Migranten und Minderheiten – wurden beschrieben und dokumentiert. Die angeblich »statischen Welten«, in denen sich Europäer als die einzige »dynamische« Kraft hervortaten, strotzten nunmehr vor Lebendigkeit. Nach dieser Lesart wurden Europäer von den Einheimischen (die sich im Übrigen um ihre eigenen Angelegenheiten kümmerten) häufig ausgetrickst, ausgenutzt oder schlichtweg ignoriert – alles andere als eine selbstbewusste Herrschaft.

Das war keineswegs das erste Mal, dass Historiker die Ansicht vertraten, auch die kolonialisierten Völker hätten

eine autonome Geschichte, die eine ernsthafte Erforschung verdient habe. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der junge holländische Historiker Jacob C. van Leur (1908–1942) kein gutes Haar am Schreiben der indonesischen Geschichte aus europäischer Perspektive gelassen, »vom Deck der Schiffe, den Brustwehren der Festungen, von der höchsten Galerie der Handelshäuser« aus, als ob ohne einen Europäer in der Nähe oder ohne dessen Anregung nichts geschehen könne.[9] Van Leur kam im Krieg um, und seine Ideen fanden erst Ende der 1950er Jahre ein breiteres, internationales Publikum. Doch sein Werk fügte dem Angriff der Historiker auf eine eurozentristische Weltgeschichte eine neue, maßgebliche Dimension hinzu. Es widerlegte die Vorstellung, dass die Ankunft der Europäer über das Meer im 16. Jahrhundert den Handel Asiens grundlegend verändert habe. Vielmehr waren die Europäer Nachzügler auf einem riesigen Seehandelsmarkt, auf dem die Asiaten Pionierarbeit geleistet hatten. Dieser Seehandel verband China, Japan, Südostasien, Indien, den Persischen Golf, das Rote Meer und Ostafrika miteinander. Die Region hatte mitnichten auf die prometheische Inspiration durch Händler aus Europa gewartet, eine »globale« Wirtschaft existierte zu jener Zeit bereits.[10] Als die globale wirtschaftliche Verschmelzung ein dominierendes Thema in der modernen Weltgeschichte wurde, durfte die Rolle der Asiaten und anderen Nichteuropäer auf keinen Fall ignoriert werden. Tatsächlich konnte man »Globalisierung« – im weiteren Sinne des Begriffs – nicht länger als ein rein europäisches Projekt betrachten.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten wurden van Leurs ursprüngliche Erkenntnisse noch weiter vertieft. Das Ausmaß der globalen Mobilität, das Wachstum der Diaspora, die durchlässigen Grenzen, die begrenzte Macht der meisten Staaten sowie die neue Verteilung der industriellen Macht (vor allem in Asien) haben unsere Auffassung von der Vergangenheit und unsere Ambitionen, was wir über sie

erfahren wollen, radikal verändert. Zumindest derzeit erscheint das Schreiben der Geschichte von Nationen und Staaten weit weniger wichtig als das Zurückverfolgen der Ursprünge unserer ständig in Bewegung befindlichen Welt mit ihrem hektischen Austausch von Waren und Ideen, ihren Hybridkulturen und wechselnden Identitäten. Als Reaktion ist eine neue Globalgeschichte entstanden. Ihre Forschungsgegenstände sind Regionen oder Ozeane, Fernhandelsrouten, Händlernetze, die Spuren umherziehender Gelehrter, der Austausch von Bräuchen und Überzeugungen zwischen Kulturen und Kontinenten. Aus diesem Blickwinkel betrachtet erscheint der grundlegende Unterschied zwischen Europa und Asien, die zentrale Prämisse der älteren Weltgeschichte, längst nicht mehr als so gravierend. Vielmehr führte ein Band der »Verknüpftheit«, auf kommerzieller wie auf kultureller Ebene, einen großen Teil des frühneuzeitlichen Eurasiens ausgerechnet zu einer Zeit zusammen, als der Vorsprung Europas gegenüber Asien (nach älteren Darstellungen) angeblich den Ausschlag gab. Vorstellungen von einem universalen Reich, eine neue »Reisekultur« und tausendjährige Gerüchte und Fantastereien kursierten auf der gesamten riesigen Landmasse von Spanien bis zum Golf von Bengalen.[11] Ob ein Ort in Asien oder Europa liegt, wird inzwischen als weitaus weniger wichtig für sozialen und kulturellen Wandel angesehen als die Lage entlang der Haupthandelsrouten Eurasiens oder innerhalb jenes trockenen Gürtels, in dem sich die Fernhändler nicht durch Wälder, Dschungel oder Sümpfe quälen mussten.[12]

Eine ähnliche Verschiebung des Schwerpunkts ist unter Historikern zu beobachten, welche die neue globale Geschichte des materiellen Fortschritts schreiben. Wie van Leur angeregt hatte, wurde die oberflächliche Schlussfolgerung, dass die Europäer mit Vasco da Gamas Ankunft im Jahr 1498 Asien aus einem Dornröschenschlaf geweckt hätten, als Verzerrung der Tatsachen entlarvt. Ein

dichtes Handelsnetz verband damals bereits Häfen und Produzenten zwischen der Küste Ostafrikas und dem Südchinesischen Meer. Asiatische Händler waren nicht die passiven Opfer einer europäischen Übernahme. Trotz ihrer Schwächen waren die asiatischen Regierungen mehr als die räuberischen Despoten der europäischen Mythologie, die den Handel und die Landwirtschaft durch Straftribute und willkürliche Beschlagnahmungen ruinierten. In mehreren Teilen Asiens existierten Marktwirtschaften, in denen die Arbeitsteilung, die Spezialisierung des Handels und die städtische Entwicklung (laut Adam Smith die Kennzeichen für Wachstum) sehr stark denen glichen, die in Europa anzutreffen waren. Gerade in China ließen das Ausmaß des kommerziellen Austauschs, das ausgereifte Kreditwesen, der Einsatz von Technologie und der Umfang der Produktion (vor allem in der Textilbranche) auf eine vorindustrielle Volkswirtschaft schließen, die mindestens ebenso dynamisch war wie die zeitgenössischen europäischen. Vor 1800 springt in der Tat keineswegs ein krasser, wirtschaftlicher Kontrast zwischen Europa und Asien ins Auge, sondern es entfaltet sich eine eurasische Welt mit »überraschenden Ähnlichkeiten«, in der eine Reihe von Regionen, europäischer wie asiatischer, zumindest theoretisch fähig waren, den großen Sprung ins industrielle Zeitalter zu schaffen.[13]

Mittlerweile war die angeblich zentrale Rolle Europas in den Darstellungen der Weltgeschichte auch aus einer völlig anderen Ecke heftig kritisiert worden. Seit Ende der 1970er Jahre prangerte eine Denkschule, die auf den aus Palästina stammenden Amerikaner Edward Said zurückgeht, die klassischen europäischen Schriften zur Geschichte, Ethnographie und Kultur Asiens (und anderer Regionen) als »orientalistische« Fantastereien an. Laut Said litten die europäischen Darstellungen verhängnisvoll unter der primitiven Zuschreibung stereotyper, fast durchweg negativer Eigenschaften und dem hartnäckigen Versuch,

asiatische Gesellschaften als die träge, korrupte oder degenerierte Antithese eines tatkräftigen, gebieterischen und fortschrittlichen Europas zu präsentieren.[14] Eine gewaltige literarische Industrie entstand, die sorgfältig Sprache und Inhalt der verschiedenen Texte prüfte, die einem europäischen Publikum das Bild der nichtwestlichen Welt vermittelt hatten. Was das bedeutete, lag auf der Hand. Wenn die Berichterstattung der Europäer (sei sie nun fiktiv oder dokumentarisch) den Zweck hatte, dem höheren Ziel einer Ausdehnung der europäischen Hegemonie zu dienen, oder wenn sie es tatsächlich unbewusst tat, dann hatte sie keinerlei historischen Wert – außer als Spiegel der eigenen Ängste und Wahnvorstellungen der Europäer. Die vergleichende Erforschung Europas und der außereuropäischen Welt war hoffnungslos in Verruf geraten. Man könnte sogar argumentieren (was manche auch taten), dass die Geschichtsschreibung selbst ein fremdes Projekt sei, welches das Wissen über die Vergangenheit in Konzepte und Kategorien presste, die in (und für) Europa erfunden worden seien.

Einige kluge Menschen zogen die einzig logische Konsequenz aus diesem postmodernen Extremismus: dass man nichts wissen könne und dass jedes Forschen ein aussichtsloses Unterfangen sei. Die weiterführende These bliebe jedoch bestehen: dass europäische Darstellungen über andere Teile der Welt sehr sorgfältig entschlüsselt werden müssen. Die Kritik Saids war Teil einer großen Zeitenwende, eines bewussten Versuchs, Europa zu »dezentralisieren« oder gar zu »provinzialisieren«. Europäische Darstellungen anderer Kulturen und Völker sollten nicht länger als die »autorisierte Version« angesehen werden, wie vollständig oder überzeugend sie auch waren. Europa sollte nicht länger als der Angelpunkt des Wandels oder als treibende Kraft angesehen werden, die auf die passiven Zivilisationen in der nichtwestlichen Welt einwirkte. Vor allem sollte wohl der europäische Weg in die

moderne Welt nicht länger als natürlich oder »normal« gelten, als Standard, an dem der historische Wandel in anderen Teilen der Welt stets gemessen werden musste. Die Europäer hatten ihre eigene Variante der Moderne geprägt, aber es gab auch andere, genaugenommen viele Varianten der Moderne.[15]

Die Geschichte der europäischen Expansion überdenken

Die »dekolonisierte Geschichtsschreibung« hat Europa wieder auf das Normalmaß zurecht gestutzt. Seither kommt kaum jemand leichtfertig auf die Idee, dass europäische Gesellschaften von Natur aus fortschrittlich seien oder dass sie zwangsläufig effektiver als andere Völker in Eurasien oder auf anderen Kontinenten arbeiteten. Die europäischen Definitionen von »Fortschritt«, ebenso wie die europäischen Anschauungen zum Rest der Welt, haben die einst unumstrittene Autorität verloren. Tatsächlich lehnen manche moderne Autoren jeden Vergleich zwischen verschiedenen Kulturen ab (weil kein Mensch mit mehr als einer Kultur wirklich vertraut sein kann), in der seltsamen Überzeugung, dass sich eine buntgemischte Welt tatsächlich aus vielen eigenständigen und ursprünglichen Kulturen zusammensetze. Die postkoloniale Geschichtsschreibung blickt generell skeptisch auf den europäischen Einfluss und noch skeptischer auf die »Verbesserungen«, die einst der Kolonialherrschaft zugeschrieben wurden. Sie behandelt die »Kolonialgeschichte« als kurzsichtig und voreingenommen, gar irreführend, und sieht deren Behauptungen als reine Propaganda, welche die öffentliche Meinung im eigenen Land beeinflussen sollte. Tatsächlich hat eine genauere Untersuchung eine ironische Umkehrung der kolonialen

Sache nahe gelegt. Statt rückständige Völker zu einer Moderne nach europäischem Vorbild zu führen, setzte die Kolonialherrschaft höchstwahrscheinlich eine Form der »Antimoderne« durch. Das Kastenwesen in Indien stand symbolisch für die indische Rückständigkeit. Doch die britischen Herrscher ließen sich, auf ihren eigenen Vorteil bedacht, auf einen Handel mit den Brahmanen ein, durch den die Zugehörigkeit zu einer Kaste zum Verwaltungssystem verfestigt (und in der Volkszählung formal bestätigt) wurde.[16] Im kolonialen Afrika fand ein paralleler Prozess statt, als Clans und ihre Angehörigen als »Stämme« definiert wurden, mit Häuptlingen als ihren traditionellen Führern.[17] Hier wurde wie in Indien ein politisches Bauernopfer fein säuberlich als Akt des Respekts vor der einheimischen Tradition verpackt. Gemäß der kolonialen Version der Geschichte wurden Kaste und Stamm als ureigene Kennzeichen der indischen und afrikanischen Vergangenheit festgeschrieben. In der imperialen Propaganda wurden daraus genetische Defekte, die eine Selbstherrschaft für die Inder und Afrikaner ausschlossen. In der »dekolonisierten Geschichtsschreibung« hingegen erscheint die europäische Expansion als eine gigantische Verschwörung, um die nichtwestliche Welt entlang pseudotraditioneller Linien neu zu ordnen, oder besser, um deren Gesellschaften in Schach zu halten und ihre Ressourcen auszubeuten.

Aus diesen und anderen Gründen erscheint Europas Platz in der Weltgeschichte heutzutage deutlich anders als in konventionellen Darstellungen, die vor ein paar Jahrzehnten geschrieben wurden. Allerdings bleiben in Geschichtsdarstellungen, die versuchen, Europa zu »provinzialisieren«, nichtsdestotrotz viele Fragen offen. Die europäischen Staaten waren die treibende Kraft, welche die »globalisierte« Welt des späten 19. Jahrhunderts schuf. Sie waren die Hauptinitiatoren der beiden großen Transformationen, die in der »modernen Welt« der 1870er

bis 1940er Jahre miteinander verknüpft waren. Die erste war die Schaffung einer Weltwirtschaft nicht nur des Fernhandels mit Luxusgütern, sondern des globalen Austauschs von Industrieprodukten, Rohstoffen und Lebensmitteln, und zwar in riesigen Mengen und Werten und mit dem zugehörigen Fluss von Menschen und Geld. Das war eine ökonomische Revolution, die in erster Linie (wenn auch nicht immer geschickt) von Europa oder von Europäern geleitet und so gestaltet wurde, dass sie den eigenen Interessen diente. Die zweite Transformation war eng damit verknüpft: nämlich die Ausdehnung der europäischen Herrschaft, offen oder verdeckt, über gigantische Landstriche der nichteuropäischen Welt – ein Vorgang, der schon vor 1800 begonnen hatte, aber sich im Laufe des 19. Jahrhunderts beschleunigte. Er zeigte sich unübersehbar in den kolonialen Aufteilungen Afrikas, Südostasiens, des Südpazifiks und (später) des Nahen und Mittleren Ostens; in den großen Projekten zum Aufbau von Imperien in Nordasien (durch Russland) und Südasien (durch Großbritannien); in der Unterwerfung eines großen Teils der chinesischen Küste unter ausländische Kontrolle; sowie in der europäischen Besetzung (durch einen demographischen Imperialismus) Nord- und Südamerikas, Australasiens und einiger Teile von Süd- und Zentralafrika. In Afrika, im Nahen Osten, in großen Teilen Südostasiens, des Pazifiks, Australasiens und sogar Amerikas entstanden in diesem Prozess die territorialen Einheiten, die das Staatengefüge der heutigen Welt bilden.

Europa vollzog folglich eine doppelte Expansion. Äußeres Anzeichen der ersten war die Ausbreitung der Eisenbahnen und Dampfschiffe, der Bau eines riesigen Verbindungsnetzes, das weit schneller und sicherer war als in früheren Zeiten und zudem imstande, gewaltige Warenströme an einst unzugängliche Orte zu transportieren. Hafenanlagen, Bahnhöfe, Telegrafenleitungen, Lagerhäuser, Banken, Versicherungsgesellschaften, Kaufhäuser, Hotels

(wie »Shepheards’« in Kairo oder »Raffles’« in Singapur), Clubs und sogar Kirchen bildeten das globale Netz des europäischen Handelsimperiums, das europäischen Kaufleuten freien Zugang ermöglichte und ihnen neue Märkte mit Massen von Kunden erschloss. Die zweite Form war eine territoriale Expansion. Sie beinhaltete den Bau oder die Eroberung von Forts und Stützpunkten, von denen aus Soldaten und Kriegsschiffe zu Zwangsmaßnahmen oder Eroberungen ausgesandt werden konnten. Sie beinhaltete außerdem die Kontrolle der Schlüsselzonen entlang der Hauptseewege, die zwischen Europa und dem Rest der Welt verliefen: Der klassische Fall war Ägypten, das 1882 von den Briten besetzt wurde. So entstand ein Herrschaftsnetz, mit dessen Hilfe die Produkte und Einnahmen der kolonisierten Regionen nach Belieben abgezogen und für imperialistische Zwecke verwendet werden konnten. Sobald ihr »Raj« eingesetzt war, erhoben die Briten von den Indern Steuern, mit denen sie die Militärmacht – eine Sepoy-Armee – bezahlten, die sie in Asien brauchten. Das europäische Handelsimperium war nicht deckungsgleich mit den territorialen Imperien Europas. Entscheidend an der doppelten Expansion war jedoch die Wechselwirkung zwischen den beiden Bereichen. Der territoriale Imperialismus wirkte wie eine Art Rammbock. Auf diese Weise konnten Märkte geöffnet werden, die sich einem Freihandel widersetzten, oder es konnten wie in Indien einheimische Ressourcen für den von europäischen Händlern geforderten Bau von Eisenbahnen und Straßen herangezogen werden. Die territoriale Herrschaft konnte europäischen Unternehmern Schutz garantieren oder ihnen ermöglichen, wie es in Afrika häufig der Fall war, lokales Land und Arbeitskräfte zu annektieren. Aber sie stützte sich zugleich auf die technologischen, industriellen und finanziellen Vorteile, über die Europa verfügte. Diese konnten in bewaffneten Auseinandersetzungen den Ausschlag geben (Dampfschiffe und überlegene Waffen

sicherten den Briten den Sieg im ersten Krieg in China 1839–1842), wenn auch gewiss nicht überall.[18] Die wichtigsten Vorteile des industriellen Imperialismus waren dessen Ausdehnung und Geschwindigkeit. Mit Hilfe der industriellen Technik und der nötigen Kapitalausstattung gelang es den Europäern, eine Reihe blitzartiger Eroberungen durchzuführen. Mit geradezu halsbrecherischer Geschwindigkeit konnten sie Schienen verlegen, um ihre militärische Macht Hunderte Kilometer von der Küste entfernt einzusetzen. Sie konnten eine neue Region mit Siedlern überschwemmen und die dortige Demographie beinahe über Nacht auf den Kopf stellen, was unter den einheimischen Völkern zu Konfusion führte und jeden Widerstand zwecklos erscheinen ließ. Es gelang ihnen mit einer erstaunlichen Perfektion, fremde Umgebungen in vertraute Lebensräume nach europäischem Vorbild umzuwandeln: Sie führten wilde Tiere, Vögel, Fische, Bäume und Blumen ein sowie Agrarprodukte und Nutzvieh. Vor allen Dingen konnten sie selbst die abgelegensten Regionen des Globus zu Lieferanten alltäglicher Waren wie Butter, Fleisch oder Käse machen, die einst den Produzenten im eigenen Land vorbehalten gewesen waren. Die tristen Kühlhallen mit ihren düsteren Schornsteinen, die nach 1880 entlang der Küste Neuseelands aus dem Boden schossen, waren das industrielle Gesicht der Kolonialisierung.

Es wäre falsch anzunehmen, dass die Europäer keine Verbündeten und Helfershelfer gehabt hätten, aber die Europäer hatten eindeutig das Sagen bei der Umgestaltung der Welt. Wie lässt sich jedoch die außergewöhnliche Verlagerung, die im Jahr 1914 so gut wie abgeschlossen schien, von einer Welt der eurasischen »Verknüpftheit« zu einer global-imperialen Welt erklären? Ungeachtet der Fülle der Literatur, die sich mit diesem Thema befasst, ist vieles immer noch nicht geklärt. Die magischen Jahreszahlen 1492 (als Kolumbus den Atlantik überquerte) und 1498 (als Vasco da Gama Indien erreichte) mögen den Beginn der neuen Ära

Europas eingeläutet haben. Doch der Vormarsch kam bestenfalls in krampfartigen Zuckungen voran. Drei Jahrhunderte nach der Landung von Kolumbus war der größte Teil des nordamerikanischen Festlands immer noch unbesetzt und von den Europäern so gut wie unerforscht. Es dauerte fast 300 Jahre, bis die Gegend Indiens, in der Vasco da Gama gelandet war, unter europäische Herrschaft geriet (Kalikut wurde 1792 von den Briten annektiert). Der Wettlauf setzte erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ein. Nicht allein der Zeitpunkt, sondern auch die Form und Richtung der Expansion Europas müssen näher untersucht werden. Warum bewahrten das Osmanische Reich und der Iran ihre Autonomie viel länger als Indien, das doch viel weiter von Europa entfernt war? Weshalb wurde Indien von einer Kolonialmacht unterworfen, während es China gelang, seinen souveränen Status zu behalten, auch wenn er erheblich eingeschränkt war, und warum war Japan im Jahr 1914 bereits selbst zu einer Kolonialmacht geworden? Wenn industrieller Kapitalismus der Schlüssel zur Ausdehnung des europäischen Einflusses war, wieso dauerte es dann so lange, bis seine Wirkung in so großen Teilen der Welt zu spüren war, noch dazu mit so verschiedenartigen Konsequenzen? Weshalb hatten die innereuropäischen Spaltungen, die in regelmäßigen Abständen mit so tödlicher Wirkung ausbrachen, keine zerstörerischen Folgen für die imperialen Ambitionen? Und was gehörte eigentlich zu »Europa«? Wieso gelang es manchen Teilen »Nichteuropas« weit effektiver als anderen, Europa in Schach zu halten oder das Joch rascher abzuschütteln? Und wie viel blieb von der »Welt, die Europa geschaffen hatte«, übrig, sobald die Imperien Europas zusammenbrachen?

Für die Beantwortung dieser Fragen scheint es ratsam, einen anderen Ansatz als die bisherigen Historiker zu wählen. Vier Grundprämissen haben die in diesem Buch aufgestellten Thesen geprägt. Die erste lautet, dass wir die Vorstellung verwerfen müssen, es habe im Lauf der

Weltgeschichte einen linearen Wandel gegeben, durch den Europa *stetig* zur Vorherrschaft aufstieg, dann abstürzte und sich als Teil des »Westens« von neuem aufschwang. Es ist ergiebiger, im Sinne von »Zusammentreffen« zu denken, Phasen, in denen bestimmte allgemeine Bedingungen in verschiedenen Teilen der Welt zusammenfielen, so dass die Ausweitung des Handels, die Ausdehnung von Reichen, der Austausch von Ideen oder die Bewegung von Völkern gefördert (oder behindert) wurden. Die Art und Weise, wie sich dies abspielte, konnte die Waagschale zugunsten verschiedener Teile der Welt neigen, zumindest vorübergehend. In den seltensten Fällen gab eine einzige Bedingung den Ausschlag. Produzenten und Verbraucher mochten den Wunsch haben, Geschäfte zu machen. Aber Regierungen und Herrscher mussten ebenfalls einwilligen, einen möglichst freien Handel zu erlauben – oder überhaupt Handel. Politik und Geopolitik waren wesentliche Bestandteile der Gleichung. Der Ausbruch von Kriegen und ihr unvorhersagbarer Verlauf konnten ein Gleichgewicht ins Wanken bringen und ein neues herbeiführen. So geriet die große Expansion des Handels gegen Ende des 19. Jahrhunderts, und mit ihr die Formen der Globalisierung, die dadurch gefördert wurden, mit dem Ersten Weltkrieg ins Stocken. Nach 1929 setzte eine »Entglobalisierung« mit katastrophalen Folgen ein. Der ursprüngliche Durchbruch Europas zu einer Vormachtstellung in den globalen Beziehungen sollte vielmehr als das unerwartete Resultat einer Revolution in Eurasien gesehen werden, und nicht als ein stetiger Vormarsch auf Kolumbus' Spuren. Angemessene Metaphern sind weniger Flüsse oder Gezeiten als vielmehr Erdbeben und Überflutungen.

Die zweite Prämisse lautet, dass wir Europas Zeitalter der Expansion fest in den eurasischen Kontext einbinden müssen. Das heißt, wir müssen die *zentrale* Bedeutung der Verbindungen Europas zu anderen Zivilisationen und Staaten der Alten Welt in Asien, Nordafrika und dem

Mittleren Osten anerkennen. Natürlich waren das gewaltsame Eindringen Europas in die »äußere Welt« und die »Neo-Europas«, die in Nord- und Südamerika, Australasien und Südafrika entstanden, ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte. Ohne die Ausbeutung der amerikanischen Ressourcen und die Integration Nordostamerikas und Nordwesteuropas in eine »atlantische« Wirtschaft wäre es womöglich gar nicht zur Schaffung einer globalen Wirtschaft am Ende des 19. Jahrhunderts gekommen. Doch wir sollten uns von dem erstaunlichen Reichtum Amerikas – mehr als ein Jahrhundert lang das Weltwunder schlechthin – nicht ablenken lassen. Das Gravitationszentrum der modernen Weltgeschichte liegt in Eurasien: in den unruhigen, konfliktbeladenen, eng geknüpften Beziehungen seiner großen Kulturen und Staaten, die sich vom europäischen »Fernen Westen« bis zum asiatischen »Fernen Osten« erstrecken.

Erstaunlicherweise wurde diese »eurasische« Sichtweise überaus energisch schon vor über einem Jahrhundert von dem britischen Geographen und Imperialisten Halford Mackinder vertreten.[19] Mackinder ermahnte seine Zuhörer, dass die »kolumbische Epoche«, als die europäische Seemacht scheinbar die Welt beherrschte, nur ein Zwischenspiel gewesen sei. Der Vorteil des Seeweges gegenüber dem Landweg als Fortbewegungsweise sei nur vorübergehend, nicht von Dauer: Dafür habe die Einführung der Eisenbahn gesorgt. Binnen kurzer Zeit werde der dominierende Einfluss auf die Weltpolitik wiederum der Macht (bzw. den Mächten) gehören, die Eurasien (in Mackinders Terminologie die »Welteninsel«) beherrschen, indem sie sein »Kernland« kontrollieren. Von dieser zentralen Stellung aus, unterstützt von einem Schienennetz, mit dem gigantische Ressourcen mobilisiert werden könnten, vermöge ein eurasisches Imperium jeden Rivalen an den Rand der Weltmeere zu drängen – die »äußere Welt« beider Amerikas, Schwarzafrikas, der Inselwelt Südostasiens

und Ozeaniens – und selbst dort noch herauszufordern. Wir brauchen Mackinders geopolitische Vision nicht bis zu seiner logischen Konsequenz zu verfolgen (im Grunde ging es ihm seinerzeit darum, die Selbstzufriedenheit des Establishments unter König Edward zu stören), obwohl das Albtraumszenario eines Superimperiums im »Kernland« im Zeitalter des nationalsozialistischen und sowjetischen Imperialismus längst nicht mehr so abwegig wirkte. Heute können wir daraus, womöglich noch klarer als Mackinder, ersehen, dass die wechselnde Balance von Wohlstand und Macht zwischen den Hauptelementen Eurasiens und die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen diese Elemente in die globale Wirtschaft und das moderne »Weltsystem« eintraten, Hammer und Amboss der modernen Weltgeschichte sind.

Man könnte sogar argumentieren, dass die Annektierung der Äußeren Welt durch Europa lediglich ein Teil dieser eurasischen Geschichte und stark von eurasischen Entwicklungen abhängig sei. In Schwarzafrika und in Südostasien fanden sich die Europäer im Wettstreit mit anderen Imperien der Alten Welt und ihren Vasallenstaaten wieder. Nach 1870 löste die Angst vor einer »friedlichen Invasion« durch chinesische und japanische Siedler rings um den »weißen« Pazifik, also in Australien, Neuseeland und an der Pazifikküste Nordamerikas, eine Rassenparanoia aus. Aber es trifft gewiss zu, dass die europäischen Bemühungen, lebensfähige Kolonien in Regionen der Äußeren Welt zu schaffen, ohne die Heranziehung bzw. zwangsweise Aneignung der Ressourcen des nichteuropäischen Eurasiens undenkbar gewesen wären. Indiens Steuern, Soldaten, Händler und Arbeitskräfte (häufig in Form einer Vertragsknechtschaft) trugen dazu bei, dem europäischen (in diesem Fall britischen) Unternehmertum Ostafrika, Teile des südostasiatischen Festlands und die Pazifikinseln bis zu den Fidschi-Inseln zu öffnen. Chinesische Händler, Bergleute und Handwerker waren genauso wichtig für die Regionen,

aus denen das britische Malaya und Niederländisch-Indien (das heutige Indonesien) entstanden. Entscheidend dabei war, dass Chinesen und Inder nicht als die treibenden Kräfte einer chinesischen oder indischen, sondern als Helfershelfer und Komplizen einer von Europa aus gelenkten Expansion kamen.

Die dritte Prämisse lautet, dass wir uns sehr sorgfältig überlegen müssen, was denn eigentlich mit »Europa« gemeint ist. Es spricht ganz offensichtlich manches dagegen, Europa als Einheit zu behandeln, weil es doch allenfalls ein loses und zerstrittenes »Gemeinwesen« war. Wenn wir also von der »europäischen Vorherrschaft« sprechen, so meinen wir eigentlich die kollektive Vorherrschaft der europäischen Staaten, insbesondere jener, die sich am eifrigsten dem Überseehandel und dem Aufbau von Imperien widmeten. Die Schwierigkeit besteht nicht zuletzt darin, dass der Begriff »Europa« mindestens drei verschiedene Bedeutungen hat: Er bezeichnet einen geographischen Raum, eine soziopolitische Gemeinschaft und ein kulturelles Programm.[20] Wenn man über die globale Expansion Europas schrieb, konnte man es sich einfach machen und den Nordwestzipfel des Kontinents als dessen Machtzentrum behandeln. Großbritannien, die Niederlande, Nordfrankreich und Westdeutschland wurden zur »Quintessenz« Europas und legten den »europäischen« Standard der wirtschaftlichen und kulturellen Moderne fest. Die Erklärung der europäischen Erfolge ist dann eine klare Angelegenheit. Man braucht nur auf die Stärke und Effizienz der repräsentativen »Kernstaaten« zu verweisen.

Bei jeder langfristigen Betrachtung des Platzes, den Europa innerhalb Eurasiens oder in der Weltgeschichte einnimmt, führt dieser reduzierende Ansatz jedoch in die Irre, und zwar aus drei Gründen. Erstens waren die Staaten im Nordwesten keine freien Akteure, welche die Ereignisse auf dem Rest des Kontinents völlig außer Acht lassen konnten – selbst nachdem sie die reichste Region Europas

geworden waren. Reichtum und Sicherheit hingen stets von der allgemeinen Stabilität des europäischen »Staatensystems« ab. Unruhen in Mittel- oder Osteuropa oder eine größere Störung des gesamten Kräftegleichgewichts konnten ihre Souveränität gefährden oder umgekehrt Zufallsgewinne bescheren, in Europa und darüber hinaus. In der Tat erreichte in dem Zeitraum, den dieses Buch behandelt, kein Teil Europas eine dauerhafte Vormachtstellung über alle anderen. Der Wohlstand der nordwestlichen Staaten wurde durch das militärische und demographische Gewicht der weiter im Osten gelegenen Imperien wettgemacht. Das Europa der Nationen (im Westen) mochte auf das Europa der Imperien (im Osten) herabblicken, aber es musste mit ihnen leben. Die Koexistenz war häufig von starken Spannungen geprägt. Die Streitigkeiten und Konflikte der europäischen Staaten, die im 20. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichten, waren ein ständiger hemmender Faktor für ihre kollektive Fähigkeit, die Dominanz Europas über den Rest der Welt durchzusetzen.

Zweitens ignoriert eine allzu enge Definition des Begriffes Europa den Problemfall Russland. Eine lange liberale Tradition führte zu Skepsis gegenüber den europäischen Referenzen Russlands. Man betrachtete das zaristische Russland als »asiatischen Despotismus«, zu primitiv und zu arm, um dazuzugehören. Einige russische Denker gaben das Kompliment zurück, indem sie hartnäckig die These vertraten, dass Russland eine separate und überlegene Zivilisation sei, unbefleckt von dem unmoralischen Industrialismus Europas. Eine realistische Betrachtungsweise würde Russland, wie Spanien oder das Habsburger Reich, zu den Pionierstaaten zählen, die bei der Expansion Europas eine Vorreiterrolle spielten.[21] Die spätere Vorherrschaft der westeuropäischen Staaten in großen Teilen Südasiens nach 1815 wurde in Wirklichkeit durch eine mürrische, unfreiwillige Partnerschaft mit

Russland erreicht. Russlands riesiges Binnenreich, mit dem Angelpunkt um Zentralasien, verleibte sich nach und nach einen großen Teil der nordasiatischen Landmasse ein. Die Osmanen, Iraner, Chinesen und Japaner standen den Briten und Franzosen gegenüber, während die Russen in ihrem Rücken immer näher rückten. Die riesige, aber unvollständige Einkreisung Asiens durch Europa war die große geopolitische Tatsache der Welt des 19. Jahrhunderts. Aber bei aller Spitzfindigkeit der Liberalen und Slawophilen: Die »treibende Kraft« hinter Russlands Expansion war in Wirklichkeit seine europäische Identität – die Druckmittel, die dem Zarenreich die Mitgliedschaft im europäischen Staatensystem verschafften; die wirtschaftliche Energie, die von der Integration Russlands in die europäische Ökonomie ausging; sowie der intellektuelle Zugang zum allgemeinen Reservoir europäischer Gedanken und Kultur, den die Russen seit dem 16. Jahrhundert hatten. Die Russen erklärten ihre Eroberungen wie alle Europäer zu einer »zivilisierenden Mission«.

Drittens spricht vieles dafür, unsere Vorstellung von »Europa« nach Westen ebenso wie nach Osten auszuweiten. Auf die Bedeutung der atlantischen Wirtschaft wurde bereits hingewiesen. Ein gewaltiger Wirtschaftsraum, dem die westafrikanische Küste, die karibischen Inseln, die nordamerikanische Küste, Mexiko, Peru und Brasiliens Küste angehörten, wurde nach 1500 durch Handelsbeziehungen an Europa angeschlossen. Der exakte Beitrag dieser Sklavenarbeiterzone zur späteren Industrialisierung Europas ist noch heute umstritten und vielleicht vernachlässigbar.[22] Das Entscheidende ist jedoch, dass seit Anfang des 19. Jahrhunderts, und womöglich schon früher, ein erheblicher Teil dieser atlantischen Welt nicht länger als eine von Europa abhängige Randzone angesehen werden kann. Der »Old Northeast« der Vereinigten Staaten, also im Grunde Neuengland, mit seiner Metropole New York war funktional ein Teil der führenden kommerziellen Region Europas. Er

war ein aktiver – und wurde ein dominanter – Partner bei der Erschließung von Ackerland im amerikanischen Süden und Mittleren Westen, dem eigenen Binnenreich. Bereits in den 1870er Jahren standen die einstigen Kolonien den reichsten Ländern Europas finanziell und industriell in nichts nach. Auch wenn die separate Identität Amerikas von seinen Politikern und Schriftstellern lautstark hervorgehoben wurde und Angst vor der Verwicklung in europäische Streitigkeiten deren Diplomatie leitete, wurden die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Europa keineswegs kalt oder distanziert. Zwischen dem Nordosten und Nordwesteuropa herrschte ein überaus reger Austausch von Waren, Technologie, Ideen und Menschen. Auf kultureller und technischer Ebene war das ein Zweiwegeverkehr mit einer starken gegenseitigen Beeinflussung. Durch Anpassungen und Neuanfänge, unter Rückschritten und Vorstößen, wurden das Alte und das Neue Europa zu einem größeren Gebilde zusammengefasst: dem »Westen«. Es war ein wechselhafter Prozess, auf den die besondere Erfolgsstory des amerikanischen Kapitalismus – mit seinen riesigen Unternehmen und einem aggressiven Protektionismus – enormen Einfluss hatte. Aber er zählte zu den Schlüsseln für Europas Platz in Eurasien, wie auch für die Bewahrung und den Wandel der führenden Position Europas in der Welt.

Die vierte Prämisse schließlich betrifft unsere Auffassung davon, was ein Imperium ist. Der Aufbau von Imperien wird häufig als die Erbsünde der europäischen Völker angesehen, die eine unschuldige Welt korrumpiert haben sollen. Dabei ist der eigentliche Ursprung imperialer Bestrebungen natürlich viel älter. Ihm liegt ein Prozess zugrunde, der geradezu universell in menschlichen Gesellschaften zu beobachten ist. Es sei ein Grundbedürfnis des Menschen, so bemerkte Adam Smith in *Der Wohlstand der Nationen* (Original 1776), zu »schachern, handeln und tauschen«.[23] Smith dachte an materielle Güter: Eben die Gewohnheit des

Austausches ermöglichte wiederum die Aufteilung der Arbeit, die eigentliche Grundlage des Wirtschaftslebens. Smith hätte seine philosophische Erkenntnis aber ohne weiteres auch auf die Parallelwelt der Informationen und Ideen ausweiten können. Der Austausch von Informationen, Wissen, Überzeugungen und Ideen – gelegentlich über gewaltige Entfernungen hinweg – ist ebenso charakteristisch für menschliche Gesellschaften wie das Bestreben, nützliche, prestigeträchtige oder exotische Waren durch Kauf oder Tauschhandel zu erwerben. Beide Formen des Austauschs haben Konsequenzen. Die Lieferung billiger Feuerwaffen (um ein nahe liegendes Beispiel zu wählen) konnte mit verblüffender Geschwindigkeit das Kräftegleichgewicht in einer Gesellschaft verschieben, in der Feuerwaffen selten oder unbekannt waren. Zudem konnten die Waffen verheerende Orgien der Gewalt gegen Menschen oder die Natur zur Folge haben. Die Ausbreitung des Christentums und des Islam veränderte die Auffassung der Konvertiten von ihrem Platz in der Welt und zugleich ihre Vorstellungen von Loyalität gegenüber Nachbarn und Herrschern. Somit hat der Austausch von Waren und Ideen zu allen Zeiten den Zusammenhalt von Gesellschaften mehr oder weniger untergraben und sie anfälliger für Auflösungserscheinungen im Inneren und Übernahmen durch Außenstehende gemacht. Die Akkumulation von Macht im großen Stil war also eine zweite Tendenz in menschlichen Gesellschaften: das Streben nach dem Aufbau von Imperien. In der Tat erwies es sich als überaus schwierig, autonome Staaten auf einer rein ethnischen Basis zu gründen (ohne den Verlockungen kultureller oder ökonomischer Anreize oder den Optionen militärischer Überlegenheit zu erliegen), so dass Reiche, in denen verschiedene Ethnien Untertanen eines gemeinsamen Herrschers waren, in der Geschichte ein Grundmodell politischer Organisation waren. Imperiale Macht war im Grunde der Normalfall.

Doch wenn die Errichtung von Reichen »normal« ist,

weshalb hat diese Leistung der Europäer dann eine so glühende Feindschaft hervorgebracht, wie sie sich noch heute in den meisten Schriften zu diesem Thema findet? Ansatzweise kann diese Frage damit beantwortet werden, dass viele postkoloniale Staaten sich politisch dadurch legitimierten, dass sie jegliche Form von Reichsbildung als fremde, böse und repressive Kräfte ablehnten. Gut 40 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit ist diese Tradition in postkolonialen Staaten stärker als jemals zuvor. Das kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass erheblich mehr Völker dereinst von europäischen Reichen unterworfen waren als etwa von mongolischen, osmanisch-türkischen oder chinesischen in Innerasien. Die Zahl der Geknechteten ist folglich viel größer. Die Intensität des Hasses wird auch durch die (in vielen historischen Werken geäußerte) Überzeugung deutlich, dass sich die von Europäern aufgebauten Imperien qualitativ von anderen unterschieden hätten. Im Gegensatz zu den traditionell agrarischen Imperien, die lediglich Land und Leute akkumulierten, war das Hauptmerkmal des europäischen Imperialismus die Enteignung. Land wurde enteignet, um den Interessen der Betreiber von Plantagen und Bergwerken zu dienen, die am Fernhandel teilnahmen. Zum selben Zweck wurden Sklaven gekauft und über Tausende von Meilen transportiert. Einheimische Völker wurden vertrieben und ihre Besitzrechte mit der Begründung annulliert, sie wären unfähig, ihr Land »richtig« zu nutzen. Sowohl die indigenen Völker als auch die Sklaven verloren durch Vertreibung oder Verschleppung de facto ihre Kulturen und Identitäten: Sie wurden gleichsam zu Krüppeln gemacht, ohne Hoffnung, jemals in ihre verlorenen Welten zurückzukehren. Aus ihnen wurden Völker ohne eigene Geschichte. Wenn sich Enteignung durch Unterwerfung als unzureichend erwies, griffen europäische Kolonisten zu den letzten Mitteln: Ausgrenzung, Vertreibung oder Vernichtung. »Wenn man von dem, was sich derzeit in der Welt abspielt, ausgeht«,

schrieb der französische Denker Charles Alexis de Tocqueville im Jahr 1835, »könnte man beinahe sagen, dass der Europäer für die anderen Rassen der Menschheit das ist, was der Mensch selbst für die niederen Tiere ist: Er macht sie seinem Nutzen dienstbar, und wenn er sie nicht unterwerfen kann, dann vernichtet er sie.«[24]

Diese beklemmende, außerhalb Europas verbreitete Darstellung der europäischen Reichsbildung schien von den Ereignissen grandios bestätigt, die sich in der »Neuen Welt« abspielten, wo die Europäer (aus Gründen, die in Kapitel 2 erörtert werden) ihren Willen nahezu ungehindert durchsetzen konnten. Bis 1800 sah es ganz so aus, als würden verschiedene Faktoren ein ähnliches Muster in anderen Teilen der Welt verhindern. Entfernung, Krankheiten und die demographische Entwicklung würden der indigenen Bevölkerung nachhaltigen Widerstand ermöglichen. Selbst dort, wo Europäer bereits Brückenköpfe errichtet hatten, wären sie vermutlich gezwungen, sich zu »kreolisieren« und einen sozialen und kulturellen Frieden mit den afro-asiatischen Völkern zu schließen. Doch es kam anders. Im 19. Jahrhundert wurde die europäische Expansion durch den technischen und kulturellen Wandel enorm beschleunigt. Die Fähigkeit europäischer Nationen, in neue Regionen vorzudringen und dort zu intervenieren, wurde auf zwei Ebenen gefördert. Die Europäer hatten nun die Mittel, ihren Willen vor Ort – wo nötig mit Gewalt – über erheblich größere Teile der Welt durchzusetzen. Sie oktroyierten ihre Herrschaft der eroberten Bevölkerung, einschließlich ihres Steuersystems, ihrer Exekutive und Legislative – der wohl spektakulärste Fall war Indien. Auf der »Makroebene« entstanden durch das Wachstum einer auf Europa ausgerichteten internationalen Wirtschaft, die Ausdehnung des eurozentristischen Systems mit eigenen Gesetzen und Normen und die Verbreitung europäischer Ideen über Medien in europäischem Besitz (wie Telegraf, Post und Dampfschiffe) ganz neue Voraussetzungen für die

europäische Expansion. Die Europäer kontrollierten nahezu alle Kommunikationssysteme. Die Einheimischen waren jenseits aller herkömmlichen Gepflogenheiten gezwungen, sich an die europäischen Methoden anzupassen. Angesichts dieser Zwangslage verwundert es nicht, dass kolonisierte Völker in Asien und Afrika ihre Lebensumstände mit denen der ersten Opfer der Europäer in Amerika verglichen.

Später werden wir sehen, weshalb dies, zumindest in manchen Fällen, eine allzu pessimistische Sichtweise war. Selbst mit ihrem enormen Entwicklungsvorsprung waren die Europäer auf Kooperation vor Ort angewiesen und mussten einen Preis dafür zahlen. Ein Teil dessen, was die Europäer zu bieten hatten, eigneten sich die Einheimischen an, um selbst zu erstarken. Dadurch wurden vor Ort die Voraussetzungen verbessert, Staaten und Kulturen aufzubauen, was sich mitunter mit den Zielen lokaler Reformer deckte. Manche Unterstellungen der heftigsten Kritiker des Kolonialismus erscheinen heute weniger als Akte des Patriotismus, sondern als Klagen derjenigen, die ihre Privilegien verloren hatten. Dennoch werden wir auf absehbare Zeit wohl kaum eine distanzierte und apolitische Sichtweise der europäischen Reichsbildungen vertreten können. In zu vielen Teilen der Welt sind die Narben noch so frisch, dass man sie keinesfalls in die »Vergangenheit« abschieben darf – in jene Zeitzone, deren Ereignisse unserer Meinung nach nur noch indirekten Einfluss auf die Gegenwart haben. Es kann lange dauern, bis wir jenen Zeitraum nüchtern als eine Phase in der Weltgeschichte – möglicherweise eine unvermeidliche Phase – und nicht länger als das Resultat der moralischen und kulturellen Aggression eines Teils der Welt betrachten werden.

Eine letzte Problematik bleibt noch zu klären. Es ist allgemein üblich, von der »Moderne« zu sprechen, die Veränderungen, durch die sie entstand, als »Modernisierung« zu bezeichnen, und das Erreichen von »Modernität« als den wichtigsten Wandel in der Geschichte

eines Staates oder Gemeinwesens zu behandeln. Die miteinander verzahnten Prozesse, die wir Globalisierung nennen, werden in der Regel als Teil der Moderne wahrgenommen, weil »moderne« Gesellschaften angeblich intensiver miteinander interagieren als ihre »vormodernen« Vorläufer. Deshalb ist »Modernisierung« eng und beunruhigend mit der europäischen Expansion verknüpft.

»Moderne« ist jedoch ein sehr schillernder Begriff. Gemeinhin gelten bestimmte Errungenschaften als ihre charakteristischen Merkmale. In politischer Hinsicht sind dies ein organisierter Nationalstaat mit festgelegten Grenzen, eine legitime Regierung mit einer loyalen Bürokratie, die ihre Gesetze beachtet, effektive Mittel, um die öffentliche Meinung zu artikulieren, und ein Gesetzeskodex zum Schutz aller Bürger und zur Förderung einer »Zivilgesellschaft«. In der Ökonomie kennzeichnen die Moderne ein rasches, kumulatives Wachstum durch Industrialisierung und Kapitalismus (mitsamt der sozialen und technischen Infrastruktur), der Schutz der individuellen Besitzrechte (als notwendige Voraussetzung) und die systematische Nutzung naturwissenschaftlich begründeten Wissens. Kulturell impliziert Moderne: die Trennung der Religion und des Übernatürlichen von der intellektuellen Hauptströmung – durch Säkularisierung und »Entzauberung« des Wissens – und vom Sozialverhalten, die allgemeine Alphabetisierung (in der Regel in einer Landessprache statt über eine klassische Sprache) sowie ein Gefühl der gemeinsamen Herkunft und Identität, häufig auf der Basis der Sprache, in einer »nationalen« Gemeinschaft. Die Grundgedanken der Moderne sind Ordnung, Disziplin, Hierarchie und Kontrolle in Gesellschaften, die sich den gestalteten Wandel zu immer höherer »gesellschaftlicher Effizienz« zum Ziel gesetzt haben.

Offensichtlich sind diese Kriterien im Grunde eine Beschreibung der Entwicklung, die angeblich in Europa stattgefunden hatte. Europa wurde modern; die Staaten

außerhalb Europas blieben vormodern – bis sie von den Europäern modernisiert wurden. Das Ergebnis ist häufig eine grobe Zweiteilung, nach der die Europäer als zwangsläufige Antriebe des Fortschritts in einer Welt gesehen werden, die anderswo noch der »Tradition« verhaftet war. Wir haben bereits dargestellt, dass sich diese Sichtweise kaum halten lässt. Darüber hinaus gibt es drei weitere Probleme: Erstens sind die Elemente der Moderne (nach der obigen Zusammenfassung) selten vollständig in einer einzelnen Gesellschaft enthalten. In weiten Teilen Europas waren sie noch bis vor kurzem erst in Ansätzen vorhanden. Selbst jene Länder, die gemeinhin als Vorreiter der Moderne gelten, wiesen starke vormoderne Merkmale auf. Sklaverei war in den Vereinigten Staaten bis zum Jahr 1863 legal. Die herrschende Klasse des viktorianischen Großbritanniens kam überwiegend aus dem Adel, und Religion blieb ein zentraler Faktor für soziale Ambitionen und Identität. Die Vereinigten Staaten des 20. Jahrhunderts waren eine Kastengesellschaft, deren Kriterium die Hautfarbe war: Aufgrund der Hautfarbe wurden einem großen Teil der Bevölkerung bis in die 1960er Jahre und danach bürgerliche und politische Rechte verweigert. Im postrevolutionären Frankreich waren die Menschenrechte beschränkt auf erwachsene Männer, Frauen hingegen erhielten erst 1945 das Wahlrecht. Unter diesen Aspekten wird die historische Schwelle zur Moderne sehr unscharf. Waren NS-Deutschland oder Sowjetrussland modern? Gibt es objektive Prüfverfahren für Modernität, oder ist »modern« lediglich ein Etikett für Regimes, die wir billigen? Zweitens sind manche Schlüsselmerkmale der Moderne auch in Teilen Eurasiens anzutreffen, die von Europa weit entfernt sind. Der klassische Fall ist China, das lange vor Europa eine »moderne«, auf Tüchtigkeit fußende Bürokratie, eine handelsbasierte Wirtschaft und eine technische Kultur entwickelte. War China nun modern, mit ein paar vormodernen Überresten, oder vormodern mit modernen

Einsprengseln? Überdies wurden die Merkmale der westlichen Moderne in der nichtwestlichen Welt niemals ohne Anpassungen an die lokalen Gegebenheiten übernommen. Wie sind diese einzuordnen? Gibt es nur eine »Moderne«, oder gibt es viele?[25] Drittens zeigt das Beispiel China, dass andere Arten von Moderne keineswegs zum Untergang verurteilt waren, weil sie irgendwelche Mängel hatten. Vielmehr erscheint es durchaus möglich (manche würden sagen, wahrscheinlich), dass die europäische Expansion nicht zuletzt als gezielter Angriff auf die Modernisierungsbestrebungen anderer Völker und Staaten gewertet werden muss. Womöglich trug am Ende nicht die europäische »Moderne« den Sieg davon, sondern die militärische Überlegenheit der Europäer.

Moderne ist ein viel zu nützlicher Begriff, um ihn leichtfertig zu verwerfen. Aber es dürfte ratsam sein, diesen Begriff als unscharfe Abstraktion zu akzeptieren, als eine provisorische Checkliste gesellschaftlicher und kultureller Muster, welche die Produktion von Wohlstand und Macht zu einem bestimmten Zeitpunkt fördern. Damit der Begriff uns weiterhilft, sollte er jedoch ein Licht auf die jeweiligen Erfolge verschiedener Gemeinschaften werfen, welche in den größeren regionalen und globalen Verknüpfungen agierten, die seit Mitte des 18. Jahrhunderts so drastisch zunahmen. Was an einem Staat modern ist, lässt sich nicht präzise festlegen, sondern nur in Relation – genaugenommen in Konkurrenz – zu anderen Staaten. Der beste Prüfstein könnte das Maß sein, mit dem in beliebigen Gesellschaften Ressourcen und Menschen für Aufgaben mobilisiert und ständig umgruppiert werden können, wenn neue Bedürfnisse auftreten oder neue Zwänge spürbar werden. Tatsächlich verfügten viele verschiedene Gesellschaften über solche Fähigkeiten. In der Praxis – und aus Gründen, die wir noch längst nicht vollständig erkannt haben – mobilisierten nach 1750 die nordwesteuropäischen Gesellschaften (und ihr transatlantischer Ableger) fast zwei Jahrhunderte lang am

schnellsten ihre Ressourcen und wurden am besten mit den sozialen und politischen Spannungen fertig, die durch eine hohe Mobilität hervorgerufen wurden. Weitläufige Imperien und eine Weltwirtschaft, die nach den Interessen dieser Staaten gestaltet war, waren der Lohn für ihre Anstrengungen.

Das mittelalterliche Eurasien

Vor dem Jahr 1400 hätte ein Beobachter, der imstande gewesen wäre, die gesamte Welt zu überblicken, kaum deutliche Hinweise entdeckt, welche große Zivilisation in Eurasien einmal eine weltweite Vorherrschaft errichten würde. China, das Reich des Islam in Mitteleurasien und Europa hatten jeweils einen hohen Grad an soziopolitischer Organisation und materieller Kultur erworben. Sie hatten ferner alle eine bemerkenswerte Fähigkeit zu territorialer Expansion bewiesen. Aber alle Zivilisationen wurden durch innere Spaltungen und Schwächen sowie logistische Probleme auf Grund der großen Entfernungen daran gehindert, eine Hegemonie über die anderen zu erlangen.

Unter diesen drei großen Zivilisationsräumen war das Europa des 15. Jahrhunderts in vielerlei Hinsicht der Emporkömmling. Seit der Antike (300 v. Chr. bis 300 n. Chr.), und noch früher, hatten sich das kulturelle Leben und der Wohlstand im westlichen Eurasien an den Küsten und in den Flusstälern des östlichen Mittelmeerraums und im Nahen Osten konzentriert. Dort waren die Stadtstaaten und Reiche entstanden, in denen Landwirtschaft und Handel am weitesten fortgeschritten und am einträglichsten waren. Das große Hinterland des »Äußeren Europa« jenseits der Alpen hatte aus barbarischen Gefilden bestanden, die von den zivilisierten Staaten im Süden und Osten erkundet, erobert und kolonisiert werden sollten. Die Gallischen Kriege Julius

Cäsars (58–50 v. Chr.) markierten den Beginn der entscheidenden Phase der Eroberung durch die neue Macht. Rom hatte das östliche Mittelmeer und einen großen Teil des Nahen Osten unter seiner Hegemonie vereint. Aber ungeachtet ihres Hungers nach Schätzen, Waren und Sklaven gelang es den Römern nicht, ganz Europa zu unterwerfen. Doch sie hielten die »Barbaren« hinter Grenzbefestigungen wie dem Hadrianswall in Schach und bauten den Limes vom Rhein über die Donau bis nach Illyrien auf dem Balkan. Jenseits dieser Grenze lagen so rebellische und arme Regionen, dass ein imperiales System, dessen Gravitationszentrum fest im östlichen Mittelmeer verankert blieb, die Eroberung aus Kostengründen gar nicht erst in Betracht zog. Die damit verbundenen Anstrengungen hätten sich nicht gelohnt.

Im 5. Jahrhundert geriet die römische Herrschaft im Westen durch die von Nordosteuropa anbrandenden Wogen der Völkerwanderung ins Wanken. Das Zentrum der »zivilisierten Welt« verschob sich südostwärts nach Byzanz (Konstantinopel), das die reichste Region im westlichen Eurasien beherrschte.[26] In den Randgebieten Europas wurden Städte zu reinen Verkehrsknotenpunkten an den alten Römerstraßen degradiert; Gesellschaft und Wirtschaft waren in erster Linie ländlich geprägt, und es wurde hauptsächlich Subsistenzwirtschaft betrieben. Nur an Orten, wo Geistliche zusammenkamen oder Herrscher ihre *emporia* (Lagerhäuser für den Fernhandel mit Luxusgütern) errichteten, hielten sich Überreste urbanen Lebens.[27] In der Phase zwischen 500 n. Chr. und 1000 n. Chr. waren selbst Teile Europas, die einst romanisiert gewesen waren, lange Zeit so arm und unzugänglich, dass sie für die Händler und Herrscher am Mittelmeer und im Nahen Osten uninteressant waren. Ab 600 n. Chr. wurde das kaiserliche Kernland im westlichen Eurasien selbst vom Aufstieg des Islam erschüttert. Muslimische Armeen überrannten mit erstaunlicher Geschwindigkeit einen großen Teil des Nahen

Ostens (mitsamt Persien), Ägypten, Nordafrika und fast ganz Spanien. Das byzantinische Reich, der Nachfolger Roms, schrumpfte so stark, dass sein Fortbestand fraglich war. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als könnte das gesamte mediterrane Europa vom Islam annektiert werden. Das von Karl dem Großen im Westen aufgebaute, neurömische Reich war schon 843 n. Chr. wieder zerfallen. Die erstaunliche Erholung des byzantinischen Reiches im 9. Jahrhundert sowie im 11. Jahrhundert die allmähliche Konsolidierung einer Feudalordnung in Westeuropa markierten die Anfänge der Wiedergeburt Europas als lebensfähige und eigenständige Zivilisation.

Die janusköpfige Natur des mittelalterlichen Europas war von grundlegender Bedeutung. Viele Historiker haben die These aufgestellt, das moderne Europa gehe auf das Reich Karls des Großen zurück. In Wirklichkeit wurde es von dem Einfluss der zuwandernden Völker im europäischen Osten (den Magyaren und Bulgaren), von kulturellen Importen (wie dem Klosterleben im Nahen Osten) und vom kommerziellen Stimulus des islamischen Orients mit seiner unersättlichen Nachfrage nach Pelzen und anderen Waren aus dem Norden geprägt.[28] Auf dem Höhepunkt der islamischen Expansion vor dem Jahr 1000 hatte jedoch das Reich von Byzanz (»Romania«) mit seiner befestigten Hauptstadt maßgeblich zur Bewahrung des Christentums und zur Abgrenzung der Einflusssphären beigetragen. Es war die byzantinische Flotte, die allen voran die muslimische Invasion in Italien abwehrte (Sizilien war Anfang des 9. Jahrhunderts gefallen), durch die der mittelalterliche Westen womöglich hinter die Alpen zurückgedrängt worden wäre. Das byzantinische Vorbild mit seiner zentralisierten, autokratischen Regierung und seiner Organisation des Militärs und der Flotte inspirierte die poströmischen Staaten im Westen Europas.[29] Der Aufstieg Venedigs zur größten Drehscheibe für den Handel des Westens mit dem Osten hing eng mit der Erholung von Byzanz zusammen; in kultureller Hinsicht war

Venedig im Grunde ein Vorposten der großen Metropole Konstantinopel, was man an der Architektur noch heute erkennen kann. Im Jahr 1400 war das Reich von Byzanz jedoch nur noch ein Schatten seiner selbst: Die Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen 1453 war das dramatische Finale eines langen Niedergangs. Das Kräftegleichgewicht in Europa hatte sich seit langem zum lateinischen Westen hin verschoben. Doch der byzantinische Einfluss war weiterhin zu spüren. Die Befreiung ehemals christlicher Untertanen von der osmanischen Herrschaft wurde zu einer regelrechten Manie der Europäer. Ein noch stärkeres Vermächtnis war die Beziehung von Byzanz zu Russland. Die dort gelegenen mittelalterlichen Staaten orientierten sich in religiöser und kultureller Hinsicht an der Stadt.[30] Das östliche, landwärts gewandte und russische Antlitz der europäischen Expansion (der ultimative Ausdruck des byzantinischen Imperialismus) sollte die Geschichte Eurasiens fast ebenso stark prägen wie sein westliches, ozeanisches Gegenstück.

Im lateinischen Westen war, anders als im griechischen Byzanz, die Kontinuität mit dem Römischen Reich endgültig zerfallen. An ihre Stelle trat eine eigene »fränkische« Kultur, die sich zum Teil auf römische, von Byzanz übermittelte Reichstraditionen stützte. Das eigentliche Kennzeichen der fränkischen Welt war die gesellschaftliche und politische Institution des Feudalismus. Verkürzt dargestellt bot das Feudalsystem für den Frondienst der Bevölkerung deren leiblichen Schutz durch eine Kriegerklasse aus Adligen und ihrem Gefolge. Diese Herrschaftsform ging womöglich aus der Macht der Grundbesitzer hervor, die ihre Territorien selbst beherrschten, nachdem die Reichsregierung zerfallen war. Eine einheitliche Besteuerung wurde dadurch unmöglich, und die Geldwirtschaft schrumpfte drastisch. Das Zeitalter der Invasoren (Magyaren, Wikinger und Muslime), das auf den Zusammenbruch des kurzlebigen Reichs Karls des Großen folgte, mag diesen Trend noch verstärkt haben.

Im Jahr 1000 war diese Lehnsherrschaft bereits durch ein ausgefeiltes System aus Verpflichtungen und Formen der Oberherrschaft verfestigt. Das Feudalsystem ermöglichte die Ausbeutung von Land und Arbeitskräften mit dem Ziel, militärische Macht zu schaffen – für die das Rittertum charakteristisch wurde. Die entstandenen Lehnsherrschaften mit schwerer Kavallerie und Burgen wurden zu den Bausteinen für einen neuen Prozess der Staatenbildung, der nach 1000 einsetzte. Das war kein Zufall. Das feudale Königtum, das in ganz Mittel- und Nordeuropa kopiert wurde, war das Vehikel für einen umfangreichen Prozess der Eroberung und Kolonisierung durch die fränkische Aristokratie und ihre Verbündeten. Es war das Bollwerk gegen die vorderste Front der muslimischen Expansion in Sizilien, Griechenland, Zypern, Spanien und Palästina (das Königreich der Kreuzfahrer, »Outremer«, abgeleitet vom französischen *outre mer*, jenseits des Meeres). Östlich der Elbe wurde das Königreich durch eine Woge bäuerlicher Migration und das Wachstum der Städte und des Handels konsolidiert.[31]

Sowohl in Byzanz als auch in Franken entstanden durch die Verschmelzung säkularer und religiöser Einflüsse Gesellschaften, die einen so starken Zusammenhalt aufwiesen, dass sie den Erschütterungen standhielten, die durch den Zusammenbruch der Reichsgewalt, barbarische Invasionen und die islamische Expansion verursacht wurden. Im Westen waren nach dem Zerfall des Römischen Reichs die Geistlichen die Hauptquelle politischer Tradition gewesen. Sie stellten die Gelehrten, ohne die keine größere Regierung auskam. Den Fürsten boten sie die unschätzbare göttliche Legitimation ihrer Herrschaft und Visionen für ihre Ambitionen auf einen Königstitel. Die Kirche lieferte einen wichtigen Teil des ideologischen Bindemittels, das erforderlich war, um die neuen Feudalstaaten zusammenzuhalten: Die Christianisierung war nach dem Jahr 1000 die Basis der Staatenbildung in ganz Nord- und

Osteuropa.[32] In allen Regionen stärkte das Christentum die Bande der Solidarität und Loyalität. Mit dem Priester, der Gemeinde und der Hierarchie der Landesbischöfe konnten religiöse Sanktionen viel stärker als in China oder der islamischen Welt dazu genutzt werden, eine politische Ordnung zusammenzuschweißen. Die enge Verbindung zwischen der Autorität der Kirche und jener des Staates – das auffälligste Merkmal des mittelalterlichen Europas – ermöglichte den herrschenden Eliten eine tiefgreifende soziale Kontrolle, wie es sie in keinem Teil Eurasiens gab. Mit der allmählichen Herausbildung dynastischer Staaten, einem Vorgang, der im 15. Jahrhundert bereits weit fortgeschritten war, gewannen diese Quellen sozialer Bindekräfte noch an Bedeutung.

Mit der ökonomischen Wiedergeburt wurde zugleich der soziale und politische Zusammenhalt untermauert. Im 14. Jahrhundert stand Europa wirtschaftlich und technisch im Großen und Ganzen bereits auf einer Stufe mit China und dem islamischen Nahen Osten. Eine lange Wachstumsphase vom Jahr 1000 an bis um 1350 hatte die Region vorangebracht. Die Bevölkerung wuchs. Brach liegende Ländereien wurden kolonisiert. Technische Verbesserungen wie der Scharpflug – der auch schwere Böden brach – und die Wassermühle steigerten die Produktivität. Im Wachstum der Städte als Handels- und Verwaltungszentren spiegelte sich die erhöhte Komplexität des Wirtschaftslebens: die Spezialisierung der Handwerke und Handelswaren, die Ausweitung des Bank- und Kreditwesens sowie der Einsatz neuartiger Geschäftspartnerschaften und Buchführungstechniken. Ein Netz aus Geschäftsbeziehungen verband nunmehr den Handel Nord- und Osteuropas und des Baltikums mit der Atlantikküste und dem Mittelmeerraum.[33] Es verlief ein breiter »doppelter Isthmus« von Norditalien bis zu den Niederlanden: Ein Ableger zog sich durch Süddeutschland und den Rhein entlang, der zweite die Rhône aufwärts und quer durch Nordfrankreich nach

Flandern. Entlang dieser Routen, an deren Enden jeweils Ballungsräume entstanden, lagen die Handelsmetropolen des mittelalterlichen Westens. Zugleich bewies der Verlauf des Isthmus, dass das Schwungrad des Handels weiterhin der Austausch von Waren aus Asien, dem Nahen Osten und dem Mittelmeerraum gegen Produkte aus Nordeuropa war. Das erklärte wiederum das früh einsetzende Wachstum Venedigs und Genuas und der deutschen Hafenstädte an Nord- und Ostsee.

Das Wirtschaftswachstum brach mit der demographischen Katastrophe nach 1350 zusammen. Eine eurasische Seuche, die Pest, der »Schwarze Tod« genannt, raffte schätzungsweise 40 Prozent der Bevölkerung dahin. Im 15. Jahrhundert war eine leichte Erholung zu beobachten. Zu diesem Zeitpunkt war Europa nicht mehr das rückständige Hinterland des islamischen Nahen Ostens. Die Europäer genossen zwar keinen offensichtlichen Vorteil gegenüber dem Rest Eurasiens, aber sie spielten allmählich eine stärkere Rolle im Handel mit dem Orient. Zunehmend finanzierten sie den Kauf asiatischer Luxusgüter, iranischer Seide oder syrischer Baumwolle durch den Verkauf ihrer eigenen Produkte (überwiegend Stoffe) und profitierten dabei von dem Niedergang der Städte in Ägypten und Syrien.[34] Genuesische und venezianische *fondachi* (Handelsdepots) waren von Nordafrika bis zur Krim über die gesamte Küste verstreut. Unterdessen war im Westen eine neue Seegrenze geöffnet worden. Die fast vollständige Rückeroberung Spaniens von muslimischen Herrschern bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts hatte die Eröffnung einer regelmäßigen Seeroute zwischen dem Mittelmeer und den Häfen des Ärmelkanals und der Nordsee gefördert. Lissabon, Sevilla und später Cádiz wurden zu Bindegliedern zwischen den atlantischen und mediterranen Systemen. Lange vor Kolumbus war die Atlantikküste der Iberischen Halbinsel zu einem Stützpunkt für kühne Seefahrer geworden, zu einer Schule hoher Seemannskunst und zum

wichtigsten Treffpunkt von Seepionieren, genuesischen Kaufleuten und Bankiers, auf deren Kredite die Kaufleute angewiesen waren.

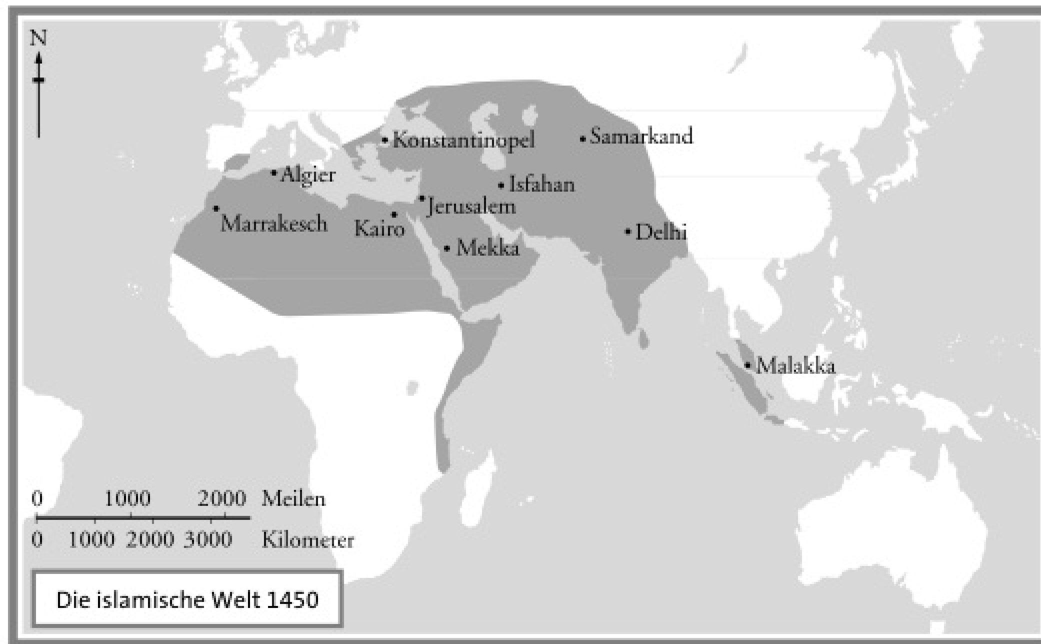
Bis 1400 war ein neues Europa entstanden: eine lose Konföderation christlicher Staaten mit einer gemeinsamen Hochkultur, weitgehend ähnlichen sozialen und politischen Institutionen und einer entwickelten, interregionalen Wirtschaft. Eine geniale Verschmelzung römischer und fränkischer Kultur hatte stattgefunden, während der byzantinische Teil des einstigen Reiches, der nach 1400 in politische Bedeutungslosigkeit abgesunken war, eine dauerhafte Bindung zu russischen Territorien entwickelte. Zugleich war Europa von seiner konfliktreichen Beziehung zur islamischen Welt geprägt worden. Ein großer Teil dessen, was im lateinischen Westen vom Geistesleben der Antike erhalten blieb, wurde von muslimischen Gelehrten in Spanien überliefert.[35] Das Geschäftsleben der muslimischen Welt war weit fortschrittlicher als das in großen Teilen Europas. Hochgeschätzte Waren und Luxusgüter sowie Silber und Gold flossen westwärts nach Europa, nicht umgekehrt. Die Erholung Westeuropas von seinem wirtschaftlichen Niedergang hätte ohne seine reicheren Nachbarn viel länger gedauert. Doch diese Abhängigkeiten wurden durch die Furcht vor einer drohenden muslimischen Invasion (vor allem in Südeuropa) relativiert, und glühender Hass richtete sich gegen die muslimische Herrschaft über christliche heilige Stätten: Dies waren die emotionalen Motive hinter den Kreuzzügen. Die erneute Christianisierung der Gebiete, die man dem Islam wieder abgerungen hatte, erwies sich als schwierige Aufgabe. Die Gefahr von außen und die allgegenwärtige Angst vor dem Feind im Land (in der Regel Juden oder Ketzer) hatten eine skeptische und aggressive statt einer ruhigen und gelassenen Haltung gegenüber kulturellen Außenseitern zur Folge. Eingezwängt zwischen dem Islam, dem dunklen, grenzenlosen Meer und den Wäldern und der Tundra des Nordens, konnten sich die

Europäer nicht der Illusion hingeben, sie bewohnten ein heiteres »Mittleres Königreich«, umgeben von Tributpflichtigen und von Mauern geschützt. Trotz aller Erfolge konnte das fränkische politische System im 14. Jahrhundert den muslimischen Vormarsch in Südosteuropa nicht aufhalten. Die Hoffnung, den Islam zurückzuwerfen, indem man sich mit den mongolischen »Welteroberern« verbündete, war nach 1350 verflogen.

Im Zentrum der alten eurasischen Welt lag das Reich des Islam. Im Jahr 1400 erstreckte es sich von Andalusien und Marokko im Westen bis zu den Ebenen im Norden Indiens und den Inseln Südostasiens, dem heutigen Indonesien. Die beiden Kernländer lagen im fruchtbaren Halbmond, der den Nil mit dem Euphrat verband, sowie auf der iranischen Hochebene. Hier im Nahen Osten und im Iran hatten Mohammeds arabische Armeen im 7. Jahrhundert auf den Trümmern der byzantinischen und sassanidischen Herrschaft den Islam etabliert. Im Jahr 750 war bereits der größte Teil Zentralasiens muslimisch. Nach 1000 drangen muslimische Turkvölker, angelockt von indischen Goldschätzen, in Nordindien ein [36] und gründeten dort eine Reihe von Staaten. Im 13. Jahrhundert war der Islam bis nach Bengalen und zu den Handelsstädten der Straße von Malakka vorgedrungen, dem Sprungbrett für seinen Vorstoß auf das Malaiische Archipel. Das Gebiet des Sudan, südlich der Sahara, war ebenfalls schon im 11. Jahrhundert islamisiert worden.

Die Europäer im Mittelalter waren geradezu geblendet von dem sagenhaften Reichtum und der intellektuellen Reife der islamischen Welt, und dazu hatten sie auch allen Grund. Viel stärker als der »koloniale« Westen war der islamische Nahe Osten der intellektuelle Erbe der Antike und die Heimat einer Geisteskultur, die in den »finsteren Zeiten« des Westens fast in Vergessenheit geraten war. Der Reichtum

und die urbane Tradition des Nahen Ostens hatten ebenfalls historische Wurzeln. Wo einst die frühesten, an Flüssen gelegenen Hochkulturen entstanden waren, wurde das Wirtschaftsleben doppelt angeregt. Im Nil-Euphrat-Korridor und verstreut über die iranischen Hochebenen lagen überaus fruchtbare landwirtschaftliche Regionen. Im Zuge einer Agrarrevolution waren neue Erzeugnisse eingeführt worden;[37] mit Hilfe hydraulischer Technik wurde das Problem der Bewässerung gelöst. Mit dem Überschuss der Landwirtschaft wurden städtische Eliten und ihre reiche Hochkultur ermöglicht. In den Städten arbeiteten Handwerker mit geradezu legendärer Kunstfertigkeit, um die materiellen Bedürfnisse dieser Elite zu befriedigen. Zugleich war der Nahe Osten die große Drehscheibe des Welthandels: die Landbrücke zwischen China, Europa, Afrika und Indien und der Ausgangspunkt für den Seehandel im Indischen Ozean. Zwischen Gebirgsketten und Wüstenregionen schlängelten sich die Karawanenrouten, auf denen chinesische Waren quer durch Zentralasien und indische Waren am Persischen Golf entlang transportiert wurden: Routen, die an Syriens Binnenhäfen (Damaskus war der größte) oder weiter westlich in Bursa oder Konstantinopel endeten. Über die Landenge von Suez verlief eine weitere Hauptroute, die das Mittelmeer mit dem Roten Meer – wo die Römer Flottengeschwader unterhalten hatten – verband und bis nach Indien führte.



Die islamische Welt 1450

Diese Routen des interkontinentalen Handels mit ihren lokalen Ausläufern bildeten eine Quelle des Wohlstands, aus dem die imperialen Systeme schöpften, die in den sieben Jahrhunderten seit den Eroberungen Mohammeds aufgestiegen und wieder zerfallen waren. Die Herrscher im Nahen Osten waren sich ihrer Bedeutung sehr wohl bewusst. Auch Timur, ein Tyrann von geradezu dämonischer Grausamkeit, hatte deren kommerzielle wie auch militärische Bedeutung erkannt. Durch die Zerstörung der Handelsstädte nördlich des Kaspischen Meeres sollte sein Monopol über den transeurasischen Handel gestärkt werden, der südlich des Meeres verlief. Andere Herrscher im Nahen Osten achteten sorgfältig darauf, die Haupthandelsrouten und die Kaufleute gegen Raubzüge von Stämmen oder Nomaden zu schützen. Sie bauten große Karawansereien – befestigte Herbergen –, welche die »Schutzkosten« des Fernhandels senkten. In Anbetracht der Leichtigkeit, mit der sich daraus Gewinn schlagen ließ, lag die goldene Gans des Handels selbst den kurzsichtigsten

Staatengründern sehr am Herzen.

Timur war der letzte der großen, mongolisch-türkischen »Welteroberer«, die zwischen dem 10. und 15. Jahrhundert von Innerasien aus den Nahen Osten überrannt hatten. Ihre hochorganisierten und außerordentlich disziplinierten Armeen bestanden überwiegend aus berittenen Bogenschützen mit einer beispiellosen Mobilität und Feuerkraft.[38] Für diese Reichsgründer war die riesige Steppe, die sich von der Mandschurei quer durch Eurasien bis in die Pannonische Tiefebene erstreckte, das Tor zu Reichtum und nahezu unbegrenzter Macht. Die Handelsmetropolen des Nahen und Mittleren Ostens waren bevorzugte Ziele. Nach jedem Eroberungszug blieben Migranten zurück, und die politische und kulturelle Landschaft der annektierten Gebiete wurde neu gestaltet – ein Prozess ähnlich den periodischen Überschwemmungen eines großen Stroms. So dramatisch diese Invasionen aus dem Osten auch waren, sie können als Teil eines charakteristischen Musters der nahöstlichen Politik angesehen werden. Die besiedelten Ländereien zwischen Nil und Oxus (dem heutigen Amudarja), wo sich Staaten herausgebildet hatten, waren ständig bedroht von ihren eigenen Wüstennachbarn, die begehrlich auf die reichen Regionen des kultivierten Landes und die Städte schielten. In seiner großen philosophischen Geschichte, der *Muqaddima,* erklärte Ibn Khaldun, wie unter den Bewohnern des »Ackerlandes« allmählich die Bereitschaft nachließ, sich gegen Raubzüge von außen zu verteidigen, bis sie schließlich zur leichten Beute einer Invasionsarmee aus Nomaden wurden, die abgehärtet waren vom Leben in der Wüste und den Herausforderungen der Jagd und des Krieges. Die skrupellosen, geschickten und durch *asabija* (gegenseitige Solidarität) geeinten Stämme bildeten eine neue Herrscherschicht, bis auch sie den Verlockungen eines zivilisierten Lebens erlagen und ihrerseits hinweggefegt

wurden.[39]

Was Ibn Khaldun schildert, war eine politische Welt, die von den arabischen Eroberungen im 7. Jahrhundert entscheidend geprägt worden war. Der Triumph des Islam im Nahen Osten hatte die Eroberung der dortigen Städte durch die arabischen Stämme ausgelöst, die Mohammed Gefolgschaft leisteten. Die islamische Herrschaft unter den ersten *khalifas* (Kalifen) stützte sich auf Garnisonen aus Stammeskriegern, die die unzuverlässigen Stadtbewohner bewachten. Doch das war keine dauerhafte Lösung. Unter urbanen Lebensbedingungen schwand die Einheit der Stämme. Sie hatten keine Aristokratie, die ein Feudalsystem entwickelt hätte, und die Regierung erlangte keine ausreichende Kontrolle über die Städte. Um die Herrschaft der Eroberer zu festigen, rekrutierte man Militärsklaven vor allem in türkischen Gemeinden in Zentralasien.[40] Diese Soldatensklaven oder Mamelucken waren abgehärtete und von den verweichlichten Gesellschaften, über die sie wachen sollten, unbeeinflusste Krieger. Als Sklaven ohne Sippe oder andere gesellschaftliche Bande schuldeten sie dem Emir oder Herrscher uneingeschränkte Loyalität. Ihr Unterhalt konnte gedeckt werden, weil der islamische Nahe Osten, im Gegensatz zum poströmischen Westen, über eine florierende Wirtschaft verfügte. Die Herrschaft der Mamelucken, in manchen Fällen durch »Sklavenkönige«, wurde zur charakteristischen Form des islamischen Staatswesens: im nordafrikanischen Maghreb und in Zentralasien, Nordindien, Ägypten, Syrien, im Sudan und den iranischen Territorien.[41] Vom 9. Jahrhundert an bis zum Tod Timurs hatte sich die politische Geschichte der islamischen Welt weitgehend um die Staaten- oder Reichsbildung türkischer Stammesführer gedreht: Sie gründeten Dynastien, bauten Sklavenarmeen auf und wurden gestürzt, wenn ihre Zeit abgelaufen war.

Die großen Einfälle in den Nahen Osten durch seldschukische Turkvölker, durch die Mongolenhorde Dschingis Khans und die Nachfolger Timurs von

Zentralasien aus müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Jede einzelne dieser großen Invasionen hatte zerstörerische Konsequenzen, deren Ausmaß schwer zu beurteilen ist, und zugleich bereiteten sie den Nährboden für die Ausbreitung des Handels und der Religionen, von der bereits die Rede war. Dschingis Khan und Timur wollten die islamischen Territorien des Nahen Ostens unter einem zentralasiatischen Herrscher vereinigen als Vorspiel zum Aufbau eines eurasischen »Weltreiches«. Beide wurden durch die logistischen Probleme behindert, die der Aufbau eines Reiches in einer Region mit sich brachte, deren Zentren des Ackerbaus und des Handels weit auseinander lagen und in denen die Autorität des Herrschers mit zunehmender Distanz geschwächt wurde. Mit diesem Zyklus aus groß angelegter militärischer Invasion, umfassender Zerstörung, kurzlebiger Einheit und bald folgendem Zerfall des Reiches durchlief die islamische Welt eine »mittelalterliche« Geschichte, die sich erheblich von der Europas oder Chinas unterschied. In Europa fand nach den großen Völkerwanderungen eine allmähliche Konsolidierung der Territorialstaaten statt, deren Völker einer immer strengeren Kontrolle durch Feudalherren, dynastische Herrscher und deren geistliche Gefolgsleute unterworfen wurden. In der islamischen Welt entsprach das Muster einem extremen Pendeln zwischen der Schaffung von »Weltreichen« und der Zersplitterung in kleine Stammes- oder Sippengemeinwesen, deren Herrscher in der Regel Männer aus der Steppe waren, und nicht die »zivilisierten« Führer einer einheimischen Elite.

Die politische Tradition einer derart ausgeprägten Instabilität hätte zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Chaos führen können: Es hätte eine Wüstenei gescheiterter Ambitionen entstehen können, nicht eine Zivilisation, deren Literatur, Wissenschaft, Philosophie, Technik und Kunst jener im mittelalterlichen Westen mindestens ebenbürtig waren. Doch der Islam bot die unerlässlichen Elemente der

Stabilität, Kontinuität, Identität und des kulturellen Zusammenhalts, er schuf eine subtile Verschmelzung von Religion, Recht und literarischer Hochkultur.[42] Wie das lateinische Christentum oder der Konfuzianismus lehrte der Islam gemeinsame Bräuche mit einer gemeinsamen »Schrift« und einer gemeinsamen, hoch entwickelten Sprache. Aber in drei wichtigen Punkten hob sich die islamische Zivilisation deutlich von den beiden anderen ab.

Erstens war der Islam, vermutlich wegen der besonderen Ökologie des Nahen und Mittleren Ostens, in der die Landwirtschaft weniger Bedeutung als der Fernhandel hatte, überraschend kosmopolitisch. Muslime waren in erster Linie Mitglieder der *umma,* der großen Gemeinschaft der Gläubigen, und erst in zweiter Linie Untertanen ihrer Landesherren. Der Islam war außerordentlich anpassungsfähig gegenüber fremden Kulturen und konnte selbst mit heidnischen Kulten friedlich zusammenleben. Er war gegenüber anderen Konfessionen in der Regel (wenn auch nicht immer) toleranter als das mittelalterliche Christentum. Freilich ging die Toleranz nicht so weit, dass »Ungläubige« als gleichberechtigt behandelt worden wären.

Zweitens band der Islam das Individuum nicht so eng an eine geordnete, religiöse Gemeinschaft, weil er keine Priesterschaft zum Vermittler zwischen den Gläubigen und ihrem Gott ermächtigte. Seine geistliche Elite, die *Ulama,* waren Lehrer, Richter und Gelehrte, keine Priester. *Sufi* und *Pir*, heilige Männer, übten eine spirituelle Führungsrolle aus, aber keineswegs religiöse *Autorität.* Vermutlich brachten islamische Gesellschaften deshalb das wohl wichtigste und charakteristische Merkmal des Christentums nicht hervor: eine mächtige, kirchliche Hierarchie, unter deren wachsamem Blick das einzelne Kirchenmitglied fest in einem System territorialer Einheiten verankert wurde, nämlich Gemeinde, Diözese und Staat.

Daraus folgte drittens, dass sich die Beziehung zwischen Religion und Staat in der islamischen Welt deutlich von der

in Europa oder in China unterschied. Ein Landesherr konnte allenfalls für sich beanspruchen, dass er der Wächter der Gläubigen oder bestenfalls ein *khalifa* sei, der das Werk Mohammeds bei der Einigung der *umma* und der Verbreitung des Glaubens fortführe. Anders als die Monarchen »von Gottes Gnaden« des mittelalterlichen Europas, deren göttliche Berufung rituell in einer Krönungszeremonie bestätigt wurde, genoss er weder einen besonderen, halbheiligen Status noch den himmlischen Segen. Der Emir mochte zwar den Gehorsam der *Ulama* einfordern, doch war er stets eingeschränkt, da die Loyalität der Untertanen letztlich dem koranischen Recht (das sie selbst auslegten) galt und die Einheit von Kirche und Staat im Islam keine Bedeutung hatte. Charakteristisch für islamische Staaten war vielmehr die Trennung zwischen dem Herrscher und seiner Sklavenarmee auf der einen und den agrarischen Würdenträgern *(ajan)*, den *Ulama* und Kaufleuten, welche die zivile Elite bildeten, auf der anderen Seite. Da es keine territorialen Aristokratien gab, mit denen die Macht geteilt werden musste, waren Versammlungen oder Parlamente überflüssig. Islamische Herrscher gewährten auch nicht die städtische Autonomie, die europäische Monarchen (gegen Abgaben) verliehen. Ob der Aufstieg der »Schwarzpulverreiche« im 15. Jahrhundert die von Ibn Khaldun beschriebene, zyklische Instabilität beenden, die Invasionsrouten der Steppe und Wüste abriegeln und die Schaffung dynastischer Staaten nach dem Vorbild Europas und Chinas fördern würde, stand freilich noch in den Sternen.

Obwohl sich der Islam schlecht als Staatsreligion eignete, hatten islamisches Recht und Theologie und die kulturellen Ambitionen der Herrscher in Ägypten, im Iran und im Fruchtbaren Halbmond eine bemerkenswerte Blüte der Literatur, Kunst (insbesondere Architektur), Wissenschaft und Philosophie hervorgebracht. Der kosmopolitisch orientierte Individualismus des Islam und die umfassende

Verbreitung seiner Gesetzestraditionen begünstigten ebenfalls das Wachstum eines weitreichenden Handels – das herausragende Merkmal der islamischen Welt vor 1400. Muslimische Kaufleute waren die Mittelsmänner des Welthandels. Arabische Seefahrer aus Oman, Hormus, Bahrain, Aden und Dschidda fuhren auf den Schifffahrtslinien nach Gudscharat in Westindien, ins indonesische Archipel und nach Kanton in Südchina.[43] Muslime waren Vorreiter bei Institutionen, die den Handel erleichterten: Sie schufen die juristischen Instrumente, die für einen Handelskredit oder Formen der Partnerschaft wie die *commenda* nötig waren, durch die Kaufleute sich gegen eine Gewinnbeteiligung Kapital leihen konnten. Die enorme Reichweite ihres Handels trug dazu bei, dass sich die Hafenstädte des Nahen Ostens zu Zentren von Manufakturen für hochwertige Textilien und Metallwaren sowie zu großen Zentren des Konsums, der Information und des Wissens entwickelten. Das Kairo des 14. Jahrhunderts hatte 600.000 Einwohner – weit mehr als die größten Städte in Westeuropa.

Ab 1400 gab es zahlreiche Anzeichen, dass die Dynamik der letzten zwei Jahrhunderte schwand. Das Reich der Mamelucken in Ägypten und Syrien, die reichste Volkswirtschaft in der islamischen Sphäre, wurde durch Timurs Invasion mit der Plünderung von Damaskus und Aleppo schwer getroffen.[44] Der Schwarze Tod hatte einen drastischen Bevölkerungsrückgang zur Folge. Venezianischen Kaufleuten gelang es, ihren Einfluss auf den Seehandel des östlichen Mittelmeerraums auszubauen. Europäische Textilien verdrängten allmählich in der Region hergestellte Stoffe.[45] Eine Goldknappheit verschärfte die wirtschaftliche Depression zusätzlich. Es wäre jedoch voreilig, aus diesen Anzeichen des wirtschaftlichen Wandels die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die islamische Welt kurz davor stand, ihre Dominanz an ein aufstrebendes Europa abzutreten. Für einen großen Teil jener Welt hatte

der Europahandel kaum Bedeutung. Ihre gigantische geographische Ausdehnung stellte den eurasischen Fernen Westen in den Schatten. Ihre Kaufleute waren eindrucksvolle Akteure des Wandels. Die Gründung eines neuen Staates auf der Halbinsel Malakka (1425 islamisiert) war das Vorspiel zu einer raschen Ausbreitung des Islam in der Inselwelt Südostasiens. Der wohl sichtbarste Beweis für die anhaltende Dynamik des Islam war jedoch das Vordringen der Osmanen in Südosteuropa. Der Osmanische Staat, das rührigste türkische Fürstentum in Kleinasien, hatte in den 1350er Jahren von Süden her die Dardanellen überschritten. Das unabhängige Königreich Serbien wurde 1389 auf dem Amselfeld im Kosovo vernichtend geschlagen; Bulgarien befand sich seit 1394 in osmanischer Hand. Bei der Schlacht von Nikopolis erlitt ein paneuropäisches Heer aus Möchtegern-Kreuzfahrern 1396 eine vernichtende Niederlage. Der osmanische Staat war so widerstandsfähig, dass er selbst die Niederlage gegen Timur im Jahr 1402 überstand, und die Eroberung Konstantinopels 1453 markierte die Etablierung eines neuen dynastischen Staates, der in militärischer Hinsicht stärker war als alles, was den Europäern bislang im Osten die Stirn geboten hatte. Als Mehmed II., der Eroberer, 1481 starb, befand sich die ganze Balkanhalbinsel südlich von Belgrad und der Donau unter osmanischer Herrschaft. Das »Zeitalter des Schießpulvers« läutete allem Anschein nach eine neue Phase gewaltsamer, islamischer Expansion ein.

Um 1400 waren islamische Gesellschaften weiterhin die dynamischsten und expansivsten Elemente in Eurasien. Aber China übertraf mit seinem Reichtum und seiner Macht alle anderen Gemeinwesen. Ungeachtet periodischer Störungen durch dynastische Unruhen und externe Invasionen wies China einen politischen und kulturellen Zusammenhalt auf, mit dem sich kein Staatswesen in Europa oder in der islamischen Welt messen konnte. Dieser Zusammenhalt war bereits massiv auf die Probe gestellt worden. Auch China

war von den mongolischen Eroberungen betroffen. Eine mongolische Dynastie, die Yuan, hatte nach 1260 fast ein Jahrhundert lang China beherrscht. Die zerstörerischen Nebenwirkungen der Mongoleninvasion erschütterten den Handel, und die Auswirkungen des Schwarzen Todes reduzierten die Bevölkerung möglicherweise von 100 Millionen auf 60 Millionen Einwohner. Die Yuan-Zeit kann jedoch auch als Fortführung der kommerziellen Expansion der vorherigen Sung-Periode gewertet werden, weil sie China stärker für den Handel und die Kultur Mitteleurasiens öffnete. Nach 1370 wurde dann unter der neuen Ming-Dynastie (deren Gründer ein Han-Chinese war) die Einheit der chinesischen Welt wiederhergestellt.

Die entscheidende Grundlage für diesen Zusammenhalt bildeten vermutlich die sozialen und kulturellen Ursprünge Chinas. Das Reich war durch die kumulative Ausdehnung intensiver Landwirtschaft »aufgebaut« worden, die im Nordwesten begonnen hatte, wo fruchtbare, feinkörnige Lößböden eine Kultivierung erheblich erleichterten. Im Zuge eines anhaltenden Prozesses der landwirtschaftlichen Kolonisierung hatte sich diese »chinesische« Kultur über die Ebenen Nordchinas und anschließend ins Jangtse-Tal und nach Süden ausgebreitet. Hier veränderte sich die Basis für die Landwirtschaft. Statt Weizen und Hirse wie im trockeneren Norden baute die Bevölkerung im Süden Reis auf Nassfeldern an. Diese starke Expansion nach Süden, durch die neue Gebiete und Völker in die chinesische Welt integriert wurden, war die entscheidende Phase bei der Herausbildung Chinas. Der außerordentlich ergiebige Reisanbau (in der Region waren zwei bis drei Ernten im Jahr möglich) wurde so der Agrarwirtschaft hinzugefügt. Neue Produkte und Waren konnten aus dem subtropischen Süden eingeführt werden, was den Binnenhandel anregte. »Der Norden profitierte in der Vergangenheit«, erklärte ein zeitgenössischer Autor, »von Datteln und Hirse, von denen Südchina weder das eine noch das andere jemals hatte.

Heutzutage erfreut sich der Süden reichlicher Gewinne aus Düften und Tees, von denen im Norden keines jemals vorhanden war. Der Norden profitiert von seinen Hasen, der Süden vom Fisch. Keine einzige von diesen Waren hat sowohl der Norden als auch der Süden besessen.«[46] Die Südexpansion förderte überdies zwischen 900 und 1300 die Entstehung einer Volkswirtschaft, deren Regionen durch ein Netz von Wasserstraßen verbunden waren. Ihre Nutzung beschleunigte die Spezialisierung, da die Dinge des täglichen Bedarfs über ansehnliche Entfernung transportiert werden konnten, ein ausgefeiltes Kreditwesen entwickelte sich und die Verwendung von Papiergeld erleichterte unternehmerische Aktivitäten. China verfügte früher und weit umfassender als jede andere Region Eurasiens über sämtliche Grundbausteine einer Marktwirtschaft. Es profitierte vom interregionalen Austausch und nutzte den Impuls, den dieser wiederum der technischen Entwicklung gab. Schon vor 1300 war eine ganze Palette von Innovationen sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Manufaktur – die Baumwollweberei war im unteren Jangtse-Tal bereits eingeführt – in weiten Teilen des Landes übernommen worden, und eine regelrechte Kultur des Erfindens begünstigte die Ausbreitung neuer Techniken.

Dieses bemerkenswerte Wachstum, dessen Verlauf vom übrigen Eurasien völlig abwich, prägte Chinas politische wie wirtschaftliche Entwicklung. Erstens war die Handelstätigkeit, die China so reich gemacht hatte, in einem viel stärkeren Ausmaß als in anderen Teilen Eurasiens auf aktive Unterstützung durch die staatliche Autorität angewiesen, was vor allem für den Bau und Erhalt der Wasserstraßen galt. Chinas Kommunikationswesen sowie die Verwaltung der fragilen Umwelt – die vom Wasser abhängig und zugleich von Hochwasser bedroht war – erforderten ein außergewöhnlich hohes Maß an bürokratischer Vermittlung zwischen Zentrum, Provinz und Bezirk. Zweitens war es offensichtlich, dass der regionale Austausch zwischen dem

Norden und dem Süden ohne eine Vereinigung mehr schlecht als recht funktionieren würde. Das erforderte die Ausübung einer wirksamen Kontrolle über ein viel größeres Territorium, als es alle anderen Staaten Eurasiens zu kontrollieren vermochten. Erst der Erwerb des riesigen, reichen Hinterlandes, das sich bis zum Südchinesischen Meer erstreckte, ermöglichte es Nordchina drittens, dem größten geopolitischen Rivalen die Stirn zu bieten, wenn auch nicht jederzeit. Das chinesische Reich, mit seiner hochentwickelten Landwirtschaft, trat den nomadischen Reichen entgegen, die eruptionsartig aus der innerasiatischen Steppe hervorbrachen. Tatsächlich lag ein großer Teil Nordchinas gefährlich nahe an den Epizentren der nomadischen Energie – die sich für gewöhnlich dort entlud, wo die Steppe und das kultivierte Land aneinanderstießen.

Die wichtigste Aufgabe eines chinesischen Kaisers war es, die Grenze gegen die Nomadeneinfälle zu schützen, die seine komplexe, agrarische Welt physisch und politisch zu zerstören drohten. Die Ressourcen für diesen ewigen Zermürbungskrieg gegen den innerasiatischen Eindringling stammten zum großen Teil aus dem Beitrag des Südens zur Lebensmittelversorgung und zum Handel. Dadurch war der Schlag abgeschwächt worden, auch wenn China, wie ein großer Teil Mitteleurasiens, die imperialen Ambitionen der Mongolen zu spüren bekommen hatte. Die Invasoren aus der Steppe hatten sehr schnell gelernt, dass sie den Apparat der imperialen Herrschaft bewahren mussten, wenn sie den landwirtschaftlichen Reichtum Chinas nutzen wollten. Sie mussten sich »sinisieren« lassen. Gleichzeitig untergruben sie dadurch jedoch die Stammesloyalitäten und damit auch die Basis ihrer Macht. Weil der Süden Chinas gegen die fremden Eroberer mobilisiert werden konnte, gelang es weit besser als in Mitteleurasien, wo türkische Stämme und Militärsklaven die größten Nutznießer des politischen Wandels waren, eine stabile, kontinuierliche Regierung zu

erhalten.

Der Zusammenhalt Chinas war jedoch keineswegs nur eine Folge des kommerziellen und strategischen Eigeninteresses. Er stützte sich auf die Errungenschaften einer beeindruckenden »Hochkultur«, einer klassischen, literarischen Kultur, deren moralische und philosophische Anschauungen aus konfuzianischen Schriften abgeleitet worden waren. Für die Entstehung des chinesischen Reiches war die Prägung einer Elite durch diese konfuzianischen Lehren und deren Rekrutierung für eine imperiale Bürokratie wohl ebenso wichtig wie die Verbindung des Nordens und Südens. Sobald die konfuzianische Lehre und literarische Fertigkeit (das Verfassen eines »achtgliedrigen« Aufsatzes wurde als Voraussetzung für den Staatsdienst verlangt) den Kandidaten die Tür zum kaiserlichen Dienst öffneten, wurden sie in ganz China von der gebildeten Schicht hoch geachtet. Die Übernahme gelehrter Ideale und bürokratischer Ambitionen durch den Provinzadel war eine entscheidende Phase im Übergang Chinas von einer halbfeudalen Gesellschaft, in der die Macht von den Großgrundbesitzern ausgeübt wurde, zu einem agrarischen Imperium. Dies ermöglichte wiederum ein Herrschaftssystem, das sich weniger auf die Zwangsmittel des imperialen Zentrums stützte (eine schwerfällige und kostspielige Option in einem so riesigen Staat), sondern stärker auf die *kulturelle* Loyalität der lokalen Eliten zu einem Reichsgedanken, mit dem ihr eigenes Ansehen nunmehr eng verknüpft war. Als Formel für die wirksame Ausübung von Macht über sehr große Entfernungen hinweg war dieses Konzept verblüffend einfallsreich und effektiv.



Es erstaunt nicht, dass die Ausdehnung des chinesischen Staates, der Reichtum seiner Städte, die Fertigkeit der Baumeister und Handwerker, die Qualität der Waren (wie Seide, Tee und Porzellan), das hohe Niveau der Kunst und Literatur und der intellektuelle Reiz seiner konfuzianischen Lehre in Ost- und Südostasien allgemein bewundert wurden. In Korea, Japan und Vietnam (von dem Teile mehr als tausend Jahre lang, bis zum Jahr 939, als Provinz Chinas regiert worden waren) wurde China als das Vorbild für

kulturelle Errungenschaften und politische Ordnung angesehen. Chinesische Kaufleute hatten überdies einen weitreichenden Handel aufgebaut und ihre Waren bis nach Südostasien transportiert.[47] Die chinesische Seemannskunst und Navigation – einschließlich der ersten Verwendung des Magnetkompasses – waren der arabischen oder europäischen zumindest ebenbürtig.

Um 1400 hätte jeder gut informierte Beobachter den Eindruck haben können, dass Chinas Vorherrschaft in der Alten Welt nicht nur gesichert sei, sondern vermutlich noch wachsen würde. In der Ming-Dynastie wurde die Unterjochung Chinas durch die Mongolen endgültig gebrochen. Die Ming-Regierung stärkte die Autorität des Kaisers über seine Provinzbeamten. Der Einsatz von Eunuchen am kaiserlichen Hof sollte den Herrscher vor den Intrigen seiner hochgelehrten Berater schützen (und zugleich die Tugend seiner Konkubinen). Es wurden große Anstrengungen unternommen, die Agrarwirtschaft und das Netz der Wasserwege zu verbessern. Von 1405 bis 1431 schickten die Herrscher den Eunuchenadmiral Zheng He auf sieben bemerkenswerte Fahrten in den Indischen Ozean aus, um die Seemacht Chinas unter Beweis zu stellen. Als Kommandant von Flotten mit mehr als 20.000 Mann Besatzung kreuzte Zheng He bis nach Dschidda im Roten Meer und an die Ostafrikanische Küste und machte Chinas Einfluss in Sri Lanka geltend, dessen aufsässiger Herrscher gar nach Peking verschleppt wurde. Lange bevor die Europäer das navigatorische Wissen erworben hatten, um den Weg in den Südatlantik (und zurück) zu finden, war China kurz davor, die Seeherrschaft in den östlichen Ozeanen zu erringen.

Doch es sollte diese glänzende Zukunft nicht erreichen. Stattdessen sollte das frühe 15. Jahrhundert erweisen, dass China zwar immer noch der mächtigste Staat der Welt war, aber die Grenzen seiner ozeanischen Ambitionen erreicht hatte. Seine Herrscher wagten sich nicht mehr über die

Sphäre Ostasiens hinaus, bis die Qing-Dynastie Mitte des 18. Jahrhunderts Innerasien eroberte. Der abrupte Stopp der Entdeckungsreisen Zheng Hes in den 1420er Jahren (1431 gab es noch eine letzte Reise als Nachspiel) war ein Indiz für das zugrunde liegende Problem. Die Ming-Herrscher hatten zwar die Mongolen vertrieben, konnten aber nicht die Gefahr aus der Welt schaffen, die von ihnen ausging. Sie mussten immer mehr Ressourcen der Landesverteidigung im Norden binden. Diese geostrategische Bürde zwang sie dazu, die »Große Mauer« zu vollenden. Wenn die Ming der Expansion auf See keine Aufmerksamkeit mehr widmeten, so war das möglicherweise ein Zugeständnis an ihre adligen Beamten, die den Einfluss der Eunuchen beschränken wollten; aber sie kannten auch ihre finanziellen Grenzen und wählten als oberste Priorität den Fortbestand der Dynastie. In der Entscheidung der Ming verbirgt sich womöglich auch eine tiefere Beschränkung. Ihr dynastisches Prinzip beruhte auf der vehementen Ablehnung des innerasiatischen Einflusses, den die mongolischen Yuan-Herrscher ausgeübt hatten. Es vereinte China gegen die kulturellen Außenseiter und sicherte die Exklusivität der chinesischen Kultur. Ein »Groß-China«, dem Han- und Nicht-Han-Völker angehörten, ließ sich mit der Ming-Vision der konfuzianischen Monarchie nicht vereinbaren. Die Strategie einer unüberwindlichen Landesverteidigung führte mit einer gewissen Logik auch zur kulturellen Abschottung.[48]

Zugleich vollzog sich ein Wandel, dessen Auswirkungen kein Zeitgenosse erkannt haben dürfte. Das größte Rätsel in der chinesischen Geschichte ist die Frage, weshalb die außergewöhnliche Dynamik, welche die bis dahin größte und reichste Volkswirtschaft der Welt hervorgebracht hatte, nach 1400 offenbar nachließ. China verlor seine führende Stellung in Bezug auf technische Neuerungen und gesellschaftliche Innovationen, die für eine Marktwirtschaft unerlässlich sind. Nicht China, sondern der Westen forcierte das Hinarbeiten auf eine industrielle Revolution, vor allem

mit Hilfe technischer Neuerungen. Chinas wirtschaftliche Leistungskurve wurde unter Historikern heftig debattiert. Allerdings muss die von Mark Elvin vor mehr als 30 Jahren aufgestellte Hypothese inzwischen verworfen werden.[49] Elvin hob die Fortschritte hervor, die durch Chinas »mittelalterliche, wirtschaftliche Revolution« in der Sung-Zeit erzielt worden waren, betonte aber gleichzeitig, dass eine Form der technologischen Stagnation eingesetzt habe, nachdem China die wirtschaftliche Depression der frühen Ming-Zeit (nicht zuletzt eine Folge der großen Seuche) überwunden hatte. Zwar wurde mehr produziert und mehr Land bewirtschaftet, und die Bevölkerung wuchs. Doch die Stoßkraft, die hinter den technischen und organisatorischen Innovationen der frühen Periode gesteckt hatte, war verpufft und wurde nicht wiedererlangt. China wuchs quantitativ, nicht qualitativ. Das habe nicht zuletzt, so Elvin, an der kulturellen Isolation gelegen, von der bereits die Rede war: dem Schrumpfen der Außenkontakte Chinas, als die Ming sich vom Meer verabschiedeten. Auf intellektueller Ebene wandte man sich von der systematischen Erforschung der Natur ab. Zum Teil lag das auch am Einsatz von Ressourcen zur Erschließung von neuem Land, so dass immer weniger Arbeitskräfte für Industrieerzeugnisse (wie Baumwolle) übrig blieben und in erster Linie der Eigenbedarf an Tuchen gedeckt wurde. Darüber hinaus fand ein noch subtilerer Prozess statt. China wurde Opfer des eigenen Erfolgs. Gerade die Effizienz der vorindustriellen Wirtschaft sprach gegen jede radikale Veränderung in der Produktionstechnik: noch im 19. Jahrhundert machte das riesige Netz an Wasserwegen Eisenbahnen scheinbar überflüssig. Die lokalen Engpässe und Blockaden, welche der Wirtschaft eventuell einen neuen Schub hätten verleihen können, konnten mit den Ressourcen anderer Regionen behoben werden, die in Chinas riesigem Binnenmarkt miteinander verknüpft waren. Das vorindustrielle China hatte ein Gleichgewicht auf hohem Niveau erreicht, ein Plateau des

ökonomischen Erfolgs. Chinas Pech war jedoch, dass es keinen Anreiz gab, noch höher zu steigen: Das Gleichgewicht auf hohem Niveau war zu einer Falle geworden.[50]

Allerdings sollte man nicht allzu viel vorwegnehmen. Es sollte noch über drei Jahrhunderte dauern, bis diese Entwicklung jemandem auffiel.

2. Eurasien und das Zeitalter der Entdeckungen

In der Rückschau können wir erkennen, dass die annähernde Balance zwischen den drei großen Teilen der Alten Welt von den Geschehnissen des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts zerstört werden sollte, obgleich den Zeitgenossen dieser Prozess weitgehend verschlossen blieb. Ab 1480 veränderten die europäischen Reisenden aus Portugal und Spanien mit erstaunlicher Schnelligkeit die geopolitischen Beziehungen zwischen dem Okzident und dem Rest der Alten Welt. Europa war nicht länger der Ferne Westen Eurasiens, hinter dem nur noch das »Meer der Dunkelheit« lag. Bis Mitte des 16. Jahrhunderts entwickelte es sich zu einem aufstrebenden Stützpunkt des Welthandels und zum Hauptquartier eines Seehandels, der sich von China bis Peru erstreckte, und zugleich zur Ausgangsbasis einer neuen transatlantischen Zone, die ausschließlich der Ausbeutung diente.

Trotzdem sollte man diesen durchaus bedeutsamen Wandel im rechten Verhältnis sehen. Diese »Entdeckungen« mussten nicht zwangsläufig zu einer globalen europäischen Vormachtstellung führen. Gleichzeitig sollten wir auch die Ressourcen nicht überbewerten, die Europäer für ihre Fahrten und Eroberungen mobilisierten, oder die Mittel falsch einschätzen, mit denen sie ihre ersten Stützpunkte in Asien und auf dem amerikanischen Doppelkontinent zu errichten vermochten. Am allerwenigsten sollten wir in die Abenteuer dieser Seefahrer und Konquistadoren den bewussten Plan eines weltweiten Imperiums hineinlesen, obwohl Cortés sich bei Karl V. durch die Behauptung

einzuschmeicheln versuchte, dass Spaniens amerikanische Besitzungen den europäischen Herrschaftsgebieten der Habsburger gleichzusetzen seien. Trotz all seiner Dramatik hatte dieses »Ausgreifen« des Westens während des langen 16. Jahrhunderts (1480–1620) lange Zeit eher begrenzte Auswirkungen. Der Erfolg hing maßgeblich von den örtlichen Verhältnissen und der allmählichen Entwicklung spezialisierter Subkulturen des Austauschs und der Eroberung ab. Auf keinen Fall war dieses »Ausgreifen« die Folge einer zwangsläufigen ökonomischen Entwicklung, wie einige Historiker meinen, oder die unvermeidliche Folge einer technischen Überlegenheit.

Zuletzt sollte man der Versuchung widerstehen, die »Kolonisierungs«-Geschichte Europas völlig unabhängig vom größeren Kontext der Weltgeschichte darstellen zu wollen. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, dass sich ab 1500 nur Europa auf dynamische Weise ausgedehnt habe und der Rest der Welt in Stillstand verharrt sei. Doch genau zum Zeitpunkt der Siege Vasco da Gamas oder Albuquerques im Indischen Ozean und der Triumphe von Cortés und Pizarro auf dem amerikanischen Kontinent festigte sich der Absolutismus der Ming in China; mit dem Osmanischen Reich betrat eine neue Weltmacht die Bühne; der Iran wurde unter den Safawiden geeint; der Islam drang rasch nach Südostasien vor; und in Nordindien entstand nach 1519 ein riesiges neues, islamisches Imperium. Die Bedeutung der westlichen Eroberungen muss immer vor dem Hintergrund des gesamteurasischen Expansionismus, die Neue Welt also stets im Vergleich mit der Alten gesehen werden.

Das »Ausgreifen« des Westens

Die Portugiesen waren die ozeanischen Grenzgänger der europäischen Expansion. Das portugiesische Königreich war

ein kleiner, schwacher Staat an der atlantischen Peripherie. Ab circa 1400 konnten seine Herrscher und Kaufleute jedoch seinen einzigen großartigen Vorteil ausnutzen: den Hafen von Lissabon. Europas Atlantikküste war zu einer wichtigen Handelsroute zwischen dem Mittelmeer und Nordwesteuropa geworden. In Lissabon trafen und überlappten sich die beiden großen Seehandelsgebiete Europas, das Mittelmeer und der Atlantik.[1] Die Stadt war nicht nur ein Umschlagplatz für Güter, sondern auch für alle neuen Ideen zum Schiffsbau und zur Seefahrt.[2] Sie war Ausgangspunkt der Kolonialisierung der Atlantischen Inseln (1426 wurde Madeira erobert, ab 1430 wurden die Azoren besiedelt) und des freibeuterischen Kreuzzugs, der mit der Einnahme des marokkanischen Ceuta im Jahre 1415 endete. Die Portugiesen hatten also bereits Erfahrungen mit verschiedenen Arten der Reichsbildung gesammelt, bevor sie sich 1434 über das Kap Bojador an der Westküste Afrikas hinauswagten. Ihre geographischen Vorstellungen waren nicht nur von der Kenntnis der großen asiatischen Handelsrouten geprägt, die ihren westlichen Endpunkt im Mittelmeer hatten, sondern auch von der Kreuzzugsideologie beeinflusst.[3] Kurioserweise definierte die Kreuzzugsideologie für das am westlichen Rand der bekannten Welt gelegene Portugal ein Ziel, das in deren Zentrum lag und damit weit östlich im Heiligen Land. Vielleicht trieb dies die Portugiesen bei ihren frühen, nach 1415 stattgefundenen Vorstößen nach Nordafrika – wo sie zum ersten Mal von Marokkos westafrikanischen Goldlieferanten hörten –zuerst nach Süden und danach nach Osten, anstatt nach Westen über den Atlantik. Die verlockende Vision eines Bündnisses mit dem christlichen Reich des Priesters Johannes (das angeblich irgendwo südlich von Ägypten lag) verstärkte noch die Hoffnung der Seefahrer, Kaufleute, Investoren und Herrscher, dass ihnen ihre christliche Tugend reichen Lohn einbringen werde, wenn sie die islamischen Staaten in Nordafrika auf dem

Seeweg umgehen und von der Flanke her fassen könnten.[4]

Allerdings waren der Priesterkönig Johannes und sein Reich nur eine Legende. Trotzdem drangen die Portugiesen ab 1460 auf ihrer Suche nach einem Weg nach Indien immer weiter nach Süden vor. Schließlich sollte Vasco da Gama dieses Ziel 1498 im Triumph erreichen.[5] Die portugiesische Seemacht wurde jedoch nicht nur durch Seemannskunst bis in den Indischen Ozean hinein ausgedehnt. Zwei wesentliche Faktoren in Afrika machten ihre Seefahrten nach Asien erst möglich.

Der erste war der Goldhandel, der das Edelmetall vom westafrikanischen Waldgürtel bis zum Mittelmeer und dem Nahen Osten beförderte. In den 1470er Jahren war es den Portugiesen gelungen, einen Teil dieses Handels auf ihre neue atlantische Seeroute zu verlagern. Von 1482 bis 1484 schafften sie auf Schiffen die Steine herbei, mit denen sie die große Festung von San Jorge da Mina (heute Elmina in Ghana) als Faktorei des Goldhandels erbauten. (Eine Faktorei war ein oftmals befestigter Umschlagplatz, in dem ausländische Händler sowohl handelten als auch lebten.) Dies war ein entscheidender Vorstoß, denn Minas Gewinne waren enorm. Zwischen 1480 und 1500 betrugen sie fast das Doppelte der Einkünfte der portugiesischen Monarchie.[6] Zwischen 1470 und 1490 finanzierten sie die teuren und gefährlichen Fahrten nach Süden bis zum Kap der Stürme (das später in »Kap der Guten Hoffnung« umgetauft wurde), das Bartolomeu Dias im Jahr 1488 umrundete.

Der zweite wichtige Faktor war das Fehlen von Widerstand in der Weite des afrikanischen Atlantiks. Südlich von Marokko hatte kein Staat den Willen oder die Mittel, Portugals Nutzung der afrikanischen Küstengewässer zu beschränken. Die meisten afrikanischen Staaten richteten ihr gesamtes Interesse auf das Innere des Kontinents und hielten den Ozean für eine Wasserwüste. Auch die Westafrikaner betrachteten die Sandwüste der Sahara als

den einzigen Weg zu ihren weit entfernten Märkten.

Unter diesen günstigen Voraussetzungen durchmaßen die Portugiesen die leeren Weiten der See, um nach der Umrundung des Kaps wieder nach Norden vorzustoßen, bis sie nahe der Sambesimündung den südlichen Endpunkt der indo-afrikanischen Handelsroute erreichten. Dort konnten sie sich wieder auf die lokalen Kenntnisse und kundigen Lotsen verlassen, die ihnen den Weg nach Indien wiesen. Nördlich des Sambesi erreichte Vasco da Gama also nach einem langen Umweg wieder die bekannte Welt. Als er in Kalikut an Indiens Malabar-Küste eintraf, nahm er über die bekannte mittelöstliche Route, die Reisende und Händler seit unvordenklichen Zeiten benutzten, Kontakt mit Europa auf. Seine seemännische Leistung war eindrucksvoll, aber in anderer Beziehung erwies sich sein Besuch als wenig erfolgreich. Als er von einem örtlichen Brahmanen zu einem Tempel geführt wurde, glaubte Vasco, dass die Einwohner seit langem verschollene Christen seien. Er fiel vor einem Standbild der Jungfrau Maria auf die Knie – es handelte sich jedoch um eine Darstellung der Hindugöttin Parvati. Gleichzeitig waren die muslimischen Kaufleute in dieser Hafenstadt ausgesprochen feindselig, sodass Vasco nach einem kleinen Scharmützel eilig den Rückzug antrat und nach Hause zurücksegelte.

Was aber sollten die Portugiesen unternehmen, nachdem sie eine Atlantikroute nach Indien gefunden hatten, die sie unbedingt geheim halten wollten? Selbst in Anbetracht der niedrigeren Kosten des Seetransports war es höchst unwahrscheinlich, dass ein paar portugiesische Schiffe im Indischen Ozean einen größeren Teil des dortigen Handels auf die langen leeren Seewege um Afrika herum umleiten könnten. Doch die Absichten der Portugiesen wurden bald offensichtlich. Die Malabarküste mit ihren kleinen Königreichen und ihrer Abhängigkeit vom Handel (die Hauptroute zwischen Südostasien und dem Mittleren Osten verlief an ihren Küsten) war das perfekte Ziel. Vier Jahre

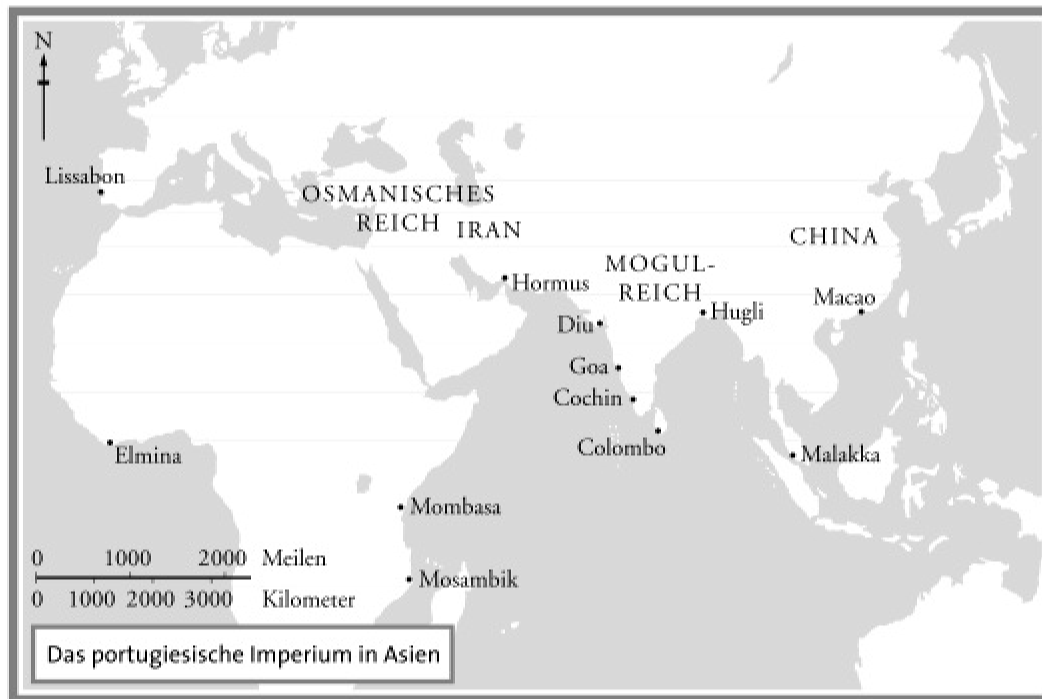
nach Vascos Aufenthalt in Kalikut kehrten die Portugiesen mit einer Flotte schwer bewaffneter Karavellen zurück. Unter Leitung Afonso de Albuquerques begannen sie, ein Netz von befestigten Stützpunkten aufzubauen, mit dessen Hilfe sie den gesamten Seehandel im Indischen Ozean kontrollieren konnten. Es begann 1503 mit Cochin, 1505 kamen Cannalore und 1510 Goa hinzu. Nach einem gescheiterten Angriff eroberten sie 1511 Malakka, den wichtigsten Handelsstaat in Südostasien. Um 1560 verfügten sie bereits über mehr als 55 Festungen von Sofala in Mosambik bis Macao in Südchina. Das »goldene Goa« war zur Hauptstadt ihres Estado da India geworden.

Dieser Estado war jedoch weder ein territoriales noch ein Handelsimperium. Teilweise war er der Versuch, ein Monopol auf den Handel mit Pfeffer zu erringen, dem teuersten Gewürz, das nach Europa exportiert wurde. Doch den Portugiesen fehlte die Macht zu einer solchen Monopolisierung. Ein Großteil des Gewürzhandels entging deshalb ihrer Kontrolle.[7] Stattdessen wurde der Estado ein System, um von der Handelsschifffahrt zwischen Südostasien, Westindien, dem Persischen Golf und dem Roten Meer Schutzgelder zu erpressen. Asiatische Kaufleute mussten in einer portugiesischen Faktorei – Goa, Diu oder Hormus – einen *Cartaz,* einen Geleitbrief, kaufen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, von einer Karavelle des Estado geentert und ausgeraubt zu werden. Im Indischen Ozean hatten die Portugiesen nach einem großen Sieg über die ägyptische Flotte bei Diu keinen ernstzunehmenden Gegner mehr, doch sie waren nicht stark genug, die Straße von Bab el-Mandeb zu blockieren und dadurch das gesamte Rote Meer zu beherrschen. Kein Anliegerstaat des Indischen Ozeans verfügte über Schiffe, die den portugiesischen Karavellen im Seegefecht auch nur ebenbürtig gewesen wären. Mit Ausnahme von Malakka war der Ozeanhandel vermutlich für keinen dieser Staaten bedeutend genug, um eine große Kriegsflotte aufzubauen. Die wichtigeren Staaten

Südasiens richteten den Blick meist landeinwärts. Den Seehandel überließ man den Städten der Kaufleute an den Küsten, denen es an sozialem Ansehen und politischem Einfluss mangelte.[8] Deshalb konnten die Portugiesen in so kurzer Zeit ihre Seeherrschaft im Indischen Ozean errichten. Östlich der malaiischen Halbinsel war das jedoch völlig anders. Im Südchinesischen Meer oder in den Gewässern um Japan agierten die Portugiesen überaus vorsichtig. Hier fanden sie ihre Nische als Fernhändler, brauchbare Mittelsmänner und Zwischenhändler eines Ming-Reichs, das alle Überseeaktivitäten seiner eigenen Untertanen mit äußerstem Missfallen betrachtete und sogar direkte Handelsbeziehungen mit Japan unterbunden hatte.

Als Folge davon wandelte sich der Estado allmählich von einer Organisation von Kreuzfahrern und Piraten zu einem lose geknüpften Netzwerk portugiesischer Gemeinden. Die dort lebenden *Casados* (europäischen Siedler) vermischten sich durch Heiraten mit der lokalen Bevölkerung. Diese Portugiesen waren also keine Konquistadoren, die große Landreiche errichten wollten. Ihnen fehlte dazu die Stärke, vielleicht auch die Motivation. In den 1540er Jahren lebten zwischen Sofala und Macao nur 6.000 bis 7.000 Portugiesen. Fünfzig Jahre später waren es vielleicht gerade einmal doppelt so viele.[9] Sie waren auch keine dynamische Handelsmacht, welche die stockenden Handelsströme Asiens zum Fließen gebracht hätte. Ganz im Gegenteil. Die Portugiesen hatten sich ihren Weg in die asiatische Handelswelt mit Hilfe ihrer Seemannskunst erzwungen, die sie im Nordatlantik gelernt hatten. Ihre Gewinne erwirtschafteten sie jedoch bis zur Inbesitznahme Brasiliens (ab 1500) zum größten Teil durch das »Auspressen« des reichen, bereits existierenden Seehandels.[10] Erst das fast gleichzeitig stattfindende Amerika-Abenteuer erlaubte es den Portugiesen, sich fest im Handel Asiens zu verankern. Bis dahin war die portugiesische Präsenz für die einheimischen Händler und Seefahrer des Indischen Ozeans

und Südostasiens ein beständiges Ärgernis, und für Malakka hatte sie sich als Katastrophe erwiesen. Für die größeren Staaten, mit denen die Portugiesen in Kontakt kamen, waren sie jedoch schlimmstenfalls lästig und bestenfalls halbwegs nützlich.



Das portugiesische Imperium in Asien

Ungeklärt ist die Frage, wie diese weit zerstreuten Festungen und Faktoreien der Absorptionskraft der umliegenden viel größeren Gesellschaften widerstehen konnten. Dies ist umso erstaunlicher, da Ende des 16. Jahrhunderts der lokale »Land-zu-Land-Handel« zwischen den asiatischen Häfen weit profitabler geworden war als der dünne Handelsstrom, der um das Kap der Guten Hoffnung führte. Es waren weder eine überlegene Macht noch eine fortschrittliche Technik, die dieses portugiesische »Imperium« zusammenhielten, sondern die ganz schlichten Vorzüge einer Kaufmannsdiaspora. Die Portugiesen bildeten ein Netzwerk, das von Religion und Sprache zusammengehalten wurde und in Fernhandelsfragen über bessere Informationsquellen zu den Märkten verfügte als ihre asiatischen Konkurrenten.[11] Portugiesisch wurde die Verkehrssprache des maritimen Asien. Gerade die Randständigkeit der Portugiesen als fremde maritime Subkultur empfahl sie den Regierungen, die ihren eigenen

Seefahrern und Kaufleuten misstrauten. Viele Portugiesen verdienten sich ihren Lebensunterhalt als Zwischenhändler und Handelsvermittler auf eigene Rechnung. Ein geschäftstüchtiger Kaufmann bekam vom Mogul-Kaiser Akbar die Erlaubnis, in Hugli (nördlich von Kalkutta) einen Handelsposten zu errichten, der den Kaiserhof den Ganges hinauf mit chinesischen Luxusgütern beliefern sollte. Unweit davon betätigte sich eine weitere Gruppe als Sklavenhändler und Freibeuter, die unter dem Schutz des Königreichs Arakan (die Küstenregion des heutigen Burma) stand, das damals mit allen Mitteln versuchte, die Moguln von Ostbengalen fernzuhalten. Als die portugiesischen Sklavenjäger eine vornehme muslimische Dame verschleppten, die danach zum Christentum »bekehrt« und mit einem portugiesischen Kapitän verheiratet wurde, mussten die einheimischen Kaufleute Huglis die Strafe für diesen Menschenraub bezahlen. Die Vorstellung, diese »Meeresleute«, die eine maritime Nische in der asiatischen Welt besetzten, seien die Vorboten einer späteren westlichen Herrschaft, wäre den asiatischen Herrschern vor Ort lächerlich erschienen.

Die auf den ersten Blick erstaunliche Gleichzeitigkeit des Ausgreifens der Europäer sowohl ins maritime Asien als auch auf den amerikanischen Doppelkontinent nach 1490 ist keineswegs verwunderlich. Die Südwestecke der Iberischen Halbinsel war damals ein ozeanisches Grenzland, in dem das Bank-, Handels- und Seefahrtswissen Genuas mit dem Wissen der portugiesischen und spanischen Seeleute zusammenfloss. Kolumbus, selbst ein Genuese, hatte sein Handwerk in Lissabon gelernt und betrachtete – wie die portugiesischen Seefahrer und ihre Unterstützer – die internationale Politik und die Erforschung der Erde als Feldzug, um die Welt vom Joch der Ungläubigen zu befreien.[12] Dass es ihm nicht gelang, die Unterstützung der

Portugiesen, Engländer und Franzosen für seine Fahrt über den Atlantik zu gewinnen, lag wohl an der berechtigten Skepsis gegenüber seinen geographischen Annahmen (Kolumbus dachte, China liege nur etwa 4.000 Kilometer westlich von Europa) oder an der verbreiteten Überzeugung, dass über die Afrika-Route eher ein Erfolg zu erzielen sei. Dass er schließlich die Unterstützung Kastiliens für seine Unternehmung gewann (Aragón, die »andere Hälfte« des neuen spanischen Königreichs, zeigte nur wenig Interesse), war vielleicht mit dem Neid der Kastilier auf Portugals atlantische Ambitionen und die Reichtümer, die diese einbringen könnten, zu erklären. Außerdem übte Kolumbus' Kreuzzugsrhetorik auf den spanischen Hof mit seinem *Reconquista*-Ethos eine gewisse Anziehungskraft aus. Die Eroberung des muslimischen Granada, des letzten Winkels Spaniens, der noch von den »Mauren« regiert wurde, führte 1492 zu einer Hochstimmung, die Kolumbus' Reise gen Westen befördert haben dürfte.

Wie die portugiesischen Eroberer vor ihm profitierte Kolumbus vom Wissen über Winde und Strömungen, das bei der Kolonisierung der Atlantischen Inseln erworben worden war. Anfang September 1492 stach er vom westlichsten Außenposten der europäischen Welt, von San Sebastián de la Gomera auf den Kanarischen Inseln, in See und erreichte am 12. Oktober die Bahamas. Nach der Erkundung Kubas und Hispaniolas kehrte er über die Azoren nach Europa zurück. Mit erstaunlichem seemännischem Geschick fand er dabei die Seewege, die in den nächsten drei Jahrhunderten bei den Fahrten von Spanien in die Karibik benutzt werden sollten. Seine Segelzeiten sollten dabei mehr als 150 Jahre lang nur geringfügig unterboten werden. Als Expedition zur Erkundung eines Seewegs nach China war sein Unternehmen jedoch ein totaler Misserfolg. Seine zweite Reise war dagegen bereits ein veritables Kolonialunternehmen. Er brachte 1.500 Europäer auf die Insel Hispaniola, die sie besiedeln sollten wie einige

Jahrzehnte zuvor die Azoren und die Kanarischen Inseln.[13] Auf seinen weiteren Reisen von 1498 bis 1499 und 1502 bis 1504 erforschte Kolumbus die Küste der Tierra Firme (das heutige Kolumbien und Venezuela) und Mittelamerikas.

Bis zu diesem Zeitpunkt hätte man diese Fahrten für eine kühne Fortsetzung der iberischen Besiedlung der Atlantischen Inseln halten können, und sie hätten die europäische Welt nur unwesentlich erweitert. Doch kaum 30 Jahre nach Kolumbus' erstem amerikanischen Landgang bewies die Eroberung des Aztekenreichs durch Cortés und seine Abenteurer, dass der europäische Vorstoß auf den amerikanischen Doppelkontinent eine gänzlich andere Bedeutung hatte als die allmähliche Kolonisierung der europäischen ozeanischen Peripherie oder Portugals gewaltsame Einmischung in den Asienhandel. Es läge nahe, die Eroberung des mittelamerikanischen Festlandes für eine logische Fortsetzung der »Mission« des Kolumbus, sowie den Untergang des Aztekenreiches Montezumas für die unvermeidliche Folge der europäischen technischen Überlegenheit zu halten. Eine nähere Betrachtung der Motive und Faktoren, die es Cortés ermöglichten, ein riesiges Inlandsplateau zu erobern und zu beherrschen, zeigt jedoch, dass ein einzigartiges Zusammentreffen ganz bestimmter geographischer, kultureller und demographischer Umstände die Voraussetzungen für die erste größere Eroberung von Europäern in der »Äußeren Welt« Amerikas, Schwarzafrikas und des Südpazifiks geschaffen hatte.

Der Schlüssel zum Aufstieg Spaniens zur großen Kolonialmacht lag vor allem in der Karibik. Die atlantischen Winde und Strömungen ließen die portugiesischen und spanischen Seefahrer als Erste die Karibischen Inseln erreichen, die eine geographische Fortsetzung des amerikanischen Kontinents in Richtung Europa waren. Im Gegensatz zu den Nordamerika vorgelagerten, riesigen Landmassen Grönland und Neufundland waren diese Inseln

kolonisierbar und für alle von See kommenden Eroberer leicht zugänglich. Sie konnten nacheinander erobert werden und waren von Europa aus leicht mit Nachschub und Waffen zu versorgen. Die eingeborenen Bevölkerungen hatten keine effektive militärische Organisation. Außerdem besaßen sie kaum Abwehrkräfte gegen die Krankheiten der Alten Welt und gingen an ihnen auf tragische Weise zugrunde. Entscheidend war auch, dass diese Inseln nicht der Kontrolle der mächtigen Festlandsreiche der Mayas und Azteken unterlagen und mit ihnen auch kaum Kontakte unterhielten. Deshalb wurden diese Reiche auch nicht vor der drohenden ausländischen Invasion gewarnt. Die Karibischen Inseln dienten den Spaniern als Brückenkopf, wo sie sich akklimatisieren und von dem aus sie die mittelamerikanische Küste erkunden konnten. Im Konflikt mit den Arawak-Völkern auf Hispaniola und den anderen Inseln konnten sie die verschiedensten Kriegsführungs-, Herrschafts- und Ausbeutungstechniken erproben, die sie später in einem weit größeren Maßstab anwenden sollten. Die Besetzung mehrerer Karibischer Inseln, von denen Kuba bis 1510 zum wichtigsten spanischen Stützpunkt wurde, begünstigte zudem ein dezentralisiertes Muster subimperialer *Entradas* – wie man die bewaffneten Vorstöße auf das Festland nannte – anstelle einer einzigen großen Kontinentalexpedition mit möglicherweise verheerendem Ausgang. Dadurch konnten sich die Spanier den Luxus einer *trial-and-error*-Methode erlauben. Am allerwichtigsten war jedoch, dass es in der Karibik Gold gab.

Das Schwemm- oder Seifengold, das man zuerst auf Hispaniola fand, löste einen Goldrausch aus. Bis 1502 kamen 1.500 Spanier nach Hispaniola, von wo aus sie alsbald zu den anderen Inseln und zum Festland aufbrachen. Dieses den Indianern abgenommene oder durch Sklavenarbeit gewonnene Gold half dann, die *Entradas* zu finanzieren, die nach 1508 vor Ort organisiert wurden. Gold aus Spanien spielte dabei kaum eine Rolle. Die Vorstöße auf den

amerikanischen Kontinent waren also nicht das Werk von Fürsten oder Kapitalisten in Europa, sondern von goldgierigen Männern, die durch die rasche Erschöpfung der Goldvorräte auf den Inseln angespornt wurden. Ohne den kurzen Goldrausch auf den Karibischen Inseln und der angrenzenden Tierra Firme wäre dieser Drang nach einer Eroberung des Festlandes vielleicht niemals, oder wenn überhaupt, so spät entstanden, dass die Konquistadoren das Überraschungsmoment nicht mehr hätten nutzen können, das für ihren Sieg über die Azteken eine entscheidende Rolle spielen sollte. Der karibische Brückenkopf bot also die Motive und zugleich die Mittel für diese Eroberungen.

Zwischen 1519 und seinem endgültigen Triumph im Jahre 1521 sollte Hernando Cortés, der erste Konquistador, ein gut organisiertes Reich mit über elf Millionen Einwohnern erobern, das reich an wertvollen Metallen war und dessen Lebensgrundlage der Maisanbau bildete. Der koloniale Hauptgewinn, den Cortés mit seinem tollkühnen Unternehmen erzielte, stand in erstaunlichem Gegensatz zu der Behutsamkeit und Vorsicht der Europäer an den Küsten Afrikas und Asiens, wo sie keine gefährliche Eroberungen wagten. Cortés' Erfolg lässt sich teilweise aber auch dadurch erklären, dass die Hegemonie der Azteken über die mexikanische Hochebene erst relativ kurz bestand und die frisch unterworfenen Völker ihren Herrschern feindlich gegenüber standen. Einige konnte Cortés als Verbündete und Helfer gewinnen. Ein weiterer Grund war natürlich die technische Überlegenheit der spanischen Kriegsführung.[14] Allerdings wäre es nicht schwer, in Afrika oder Asien Regionen zu finden, in denen ähnliche Voraussetzungen eine Eroberung erleichtert hätten.

Die wirklichen Hintergründe des spanischen Erfolgs waren kultureller und biologischer Natur. So wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, das Aztekenreich habe dem spanischen Angriff deswegen so hilflos gegenübergestanden, weil dessen Führung Herkunft, Ziele

und Absichten ihrer europäischen Feinde nicht begreifen und sich die Gründe für ihr plötzliches Auftauchen nicht erklären konnte. Das Ergebnis war eine geistige Desorientierung, die den Willen des Aztekenherrschers zum Widerstand lähmte.[15] Da die aztekische Zivilisation noch nie mit der Alten Welt und ihren umherziehenden Gemeinschaften von Pilgern, Hausierern, Kaufleuten und Söldnern Kontakt gehabt hatte, durch die Nachrichten und Gerüchte noch in die entferntesten Winkel gelangten, war sie vollkommen verstört von einem scheinbar übernatürlichen Ereignis, das offensichtlich kein Ritual, Opfer oder Gebet zu beeinflussen vermochte. Die völlige militärische Niederlage war deshalb unvermeidlich. Allerdings gibt es für die Schnelligkeit und Vollständigkeit der spanischen militärischen Eroberung und den allgemeinen Zusammenbruch jedes Widerstandswillens auch eine biologische Erklärung. Nach dem kulturellen Schock des unerklärlichen Triumphs der Fremden folgte der biologische Schock der demographischen Katastrophe, die auf die fehlende Immunität gegen die Krankheiten der Alten Welt zurückging. In der Zeit zwischen Cortés' Ankunft und dem Ende des 16. Jahrhunderts sank die Einwohnerzahl Mexikos um 90 Prozent von etwa zwölf Millionen auf knapp über eine Million.[16] Die psychologischen Auswirkungen auf die einheimische Bevölkerung lassen sich kaum ermessen. Auf physischer Ebene wurden die Grundvoraussetzungen jeder Verwaltungstätigkeit urplötzlich auf den Kopf gestellt, weil sich das Zahlenverhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten sowie zwischen Siedlern und Einheimischen umkehrte – was im tropischen Afrika, in Indien oder China unvorstellbar gewesen wäre.

Unter diesen bizarren Umständen, die man eher in einem Science-Fiction-Roman als in einem Geschichtsbuch erwarten würde, dehnte sich die spanische Herrschaft in Mittelamerika sehr schnell über die zentrale Hochebene – das aztekische Kernland – und das Yucatán der Mayas bis

zum trockenen Tafelland des heutigen Neu-Mexiko aus. Dies war der nördliche oder »kubanische« Vorstoß des spanischen Imperialismus, der von Siedlern und Abenteurern vom karibischen Zentrum der spanischen Seemacht aus vorangetrieben wurde. Gleichzeitig waren weiter südlich spanische Goldsucher auf die Tierra Firme des südamerikanischen Festlands – das moderne Venezuela und Kolumbien – und den Teil der mittelamerikanischen Landenge, der als Castilla del Oro bekannt war, vorgedrungen. Von hier und der 1519 gegründeten Siedlung Panama aus begannen die Spanier einen weiteren Blitzkrieg, der das zweite große vorkolumbische Reich zerstören sollte.

In vielerlei Hinsicht war die spanische Eroberung des Inkareichs im Hochland der Anden noch erstaunlicher als der Sieg über die Azteken. Die Inka-Territorien lagen viel weiter vom karibischen Brückenkopf entfernt. Sie waren vom Meer aus weit schwieriger zu erreichen und erstreckten sich über ein deutlich größeres Gebiet, das sich vom modernen Ecuador bis zum nördlichen Teil des heutigen Bolivien erstreckte. Die große Inlands-Hochebene, die die Spanier Altiplano nannten, stellte das Herz des Reiches dar. Das Inka-Imperium war reicher an Bodenschätzen und wies eine größere ökologische Vielfalt auf als das aztekische Mexiko.[17] Die Inkas hatten alle Gebiete des Andenhochlands, die von sesshaften Bauern kultiviert wurden, erfolgreich in ihr Reich eingegliedert. Durch ihr Steuersystem, das darauf angelegt war, große Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Edelmetall einzusammeln und anzuhäufen, konnten sie ein stehendes Heer unterhalten und die Eliten vor Ort wie auch im Umland alimentieren. Das System war komplexer und effektiver als alles, was es in Mexiko auf diesem Gebiet gegeben hatte. Die erwirtschafteten Reichtümer und die Fronarbeit im Rahmen des *Mit'a*-Systems ermöglichten es den Inkas, ein bemerkenswertes Netz von Straßen, Festungen, Lagerhäusern, Brücken, Terrassen und

Bewässerungsanlagen sowie eine prächtige Reichshauptstadt in Cuzco zu errichten, in der zwischen 100.000 und 300.000 Menschen gelebt haben sollen.[18] Dies war das Reich, in das Francisco Pizarro im Jahre 1532 mit 167 Soldaten (den »Männern von Cajamarca«) vorstieß.

Wie einige spätere *Entradas* in Mittelamerika wurde Pizarros Expedition durch Gewinne finanziert, die mit der Ausplünderung der Indianer erzielt wurden. Damit hatte Gaspar Espinosa, Pizarros Hauptunterstützer, sein Vermögen gemacht und war zum reichsten Siedler in Panama geworden.[19] Pizarro konnte wie Cortés das Überraschungsmoment nutzen. Außerdem verfügte er über Waffen, die seinen indianischen Gegnern unbekannt waren. Diese beiden Faktoren spielten bei dem kühnen und brutalen Unternehmen eine entscheidende Rolle, mit dem die Spanier in Kürze das gesamte Inkareich ins politische Chaos stürzten. Am 16. November 1532 traf Pizarro in Cajamarca im nördlichen Peru auf den Inkaherrscher. Atahualpa hatte vielleicht geglaubt, dass eine so kleine Schar von Fremden von seinem riesigen Gefolge leicht überwältigt werden oder er diese Söldner durch entsprechende Zahlungen kaufen könnte. Auf ihre wahren Absichten war er jedoch durch nichts vorbereitet. Nur Stunden, nachdem er die Plaza der Stadt betreten hatte, war er Pizarros Gefangener und seine engsten politischen Vertrauten waren tot oder lagen im Sterben. Gleichzeitig waren einige tausend Mann seiner Armee von der spanischen Kavallerie niedergemacht worden. Dieser vernichtende Angriff enthauptete de facto das gesamte Reich. Nachdem der Gegenangriff der Inkas gescheitert war, führten die Konquistadoren einen Bruderkrieg um die Siegesbeute, bis Peru schließlich der wirksamen Kontrolle der spanischen Behörden im fernen Madrid unterstellt wurde.

Wie die Eroberung Mexikos lässt sich auch die Eroberung Perus mit der Brüchigkeit des imperialen Regimes erklären, das die Spanier angriffen. Auch im Reich der Azteken hing

die Herrschaft der Inkas vom Wohlverhalten vieler kleinerer Völkerschaften ab, die erst kürzlich unterjocht worden waren und deren Treue äußerst zweifelhaft war. Außerdem hatten wohl beide Reiche zum Zeitpunkt der spanischen Invasion ein kritisches Stadium ihrer imperialen Expansion erreicht, in dem logistische Hindernisse und abnehmende Einkünfte ihre Herrscher zu neuen, noch höheren Tributforderungen und weiteren unpopulären Reformen zwangen. Prophezeites Unheil im vorkolumbischen Mexiko und ein Bürgerkrieg im vorkolumbischen Peru waren bezeichnend für die gefährlichen inneren Spannungen.[20] Es waren jedoch nicht diese Umstände allein, die beide Reiche auf so einzigartige Weise verwundbar machten, dass sie von einer Handvoll aus Übersee stammender Eindringlinge besiegt wurden, deren Beutezüge in anderen Gebieten des Kontinents nur geringen oder gar keinen Erfolg hatten. Die Besonderheit der beiden großen vorkolumbischen Reiche war der hochentwickelte Stand ihres zentralisierten politischen Systems, in dem alles auf einen allmächtigen gottgleichen Herrscher ausgerichtet war, dessen Gefangennahme den gesamten Reichsmechanismus lähmte. Aufgrund ihrer kulturellen Isolation wussten diese allmächtigen Herrscher zudem allzu wenig über die fremden Eindringlinge. Da es keinerlei Vorwarnung gab, versäumten sie es, irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, die Staatskunst oder Landesverteidigung normalerweise nahegelegt hätten. Die Bewaffnung und Taktik der Spanier, vor allem ihre Feuerwaffen und Schlachtrosse, versetzten ihnen dann den Gnadenstoß. Der biologische Schock der aus der Alten Welt kommenden Krankheiten – eine nicht geplante bakteriologische Kriegsführung –verhinderte in beiden Reichen späteren Widerstand, der sich sonst vielleicht entwickelt hätte, als die ersten Folgen der Eroberung spürbar wurden. Erst die vereinte Wirkung dieser unterschiedlichen Faktoren ermöglichte den Spaniern einen Blitzkrieg gegen diese beiden großen

Festlandszivilisationen, der mit einer nahezu mühelosen Eroberung endete. Es war das Glück des Okzidents, dass er geographisch dem karibischen Vorzimmer der vorkolumbischen Reiche am nächsten lag, was ihm bei der Eroberung neuer Länder in der Äußeren Welt einen entscheidenden Vorteil verschaffte.

Offen war freilich die Frage, ob die Konquistadoren diese gigantischen Eroberungen, die das Azteken- und das Inkareich vernichtet hatten, zu einer dauerhaften Mehrung des Reichtums und der Macht Spaniens nutzen konnten. Würden sie diesen phantastischen Gold- und Silberregen in ein Wirtschaftssystem einbinden und ein neues Europa auf dem amerikanischen Kontinent aufbauen können? Zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht erschienen die beiden großen Vizekönigreiche von Neu-Spanien (Mexiko) und Lima (Peru) als frappierende Erfolge. Der Zyklus der kurzlebigen Goldräusche, deren jeweiliges Ende die Spanier über Hispaniola und Kuba hinausgetrieben hatte, wiederholte sich in Mexiko und Peru nicht. Die anfänglich gefundenen Goldvorräte, die die ersten Konquistadoren über alle Maßen reich gemacht hatten, wurden bereits in den 1540er Jahren durch die Entdeckung großer Silbervorkommen im mexikanischen Zacatecas und im großen Silberberg von Potosí im heutigen Bolivien ergänzt. Ende des 16. Jahrhunderts sandten beide Vizekönigreiche in den großen alljährlichen Konvois der Carrera de Indias bereits riesige Mengen an Silberbarren zurück nach Spanien. Dieser stetige Strom von Edelmetallen hatte entscheidende Konsequenzen. Er lockte ständig neue Einwanderer aus Spanien nach Amerika und förderte die Einfuhr von Sklaven aus Afrika. Er finanzierte eine Kolonialverwaltung und ein Rechtssystem, das in seiner Ausgefeiltheit dem früheren halbfeudalen Regime der ersten Eroberer weit überlegen war. Er half auch, die massive Präsenz der Katholischen Kirche zu bezahlen, deren Kathedralen, Kirchen, Friedhöfe, allgegenwärtige bildliche Darstellungen und öffentlichen

Rituale das sichtbarste Zeichen der *Conquista* waren.[21] Allein in Mexiko wirkten etwa 3.000 Priester inmitten einer ständig schrumpfenden indianischen Bevölkerung, die sich Ende des Jahrhunderts nur noch etwa auf eine Million belief. 1622 gab es in Spanisch-Amerika 34 Diözesen. Kurz gesagt: Gold und vor allem Silber wandelten die brutale Tatsache der Eroberung in eine wohlstrukturierte Kolonialherrschaft um.

Allerdings sollte man das Ausmaß nicht überschätzen, in dem dieser ständige Edelmetallfluss bis 1620 die wirtschaftliche und kulturelle Integration der Neuen Welt in ein »Groß-Spanien« förderte. Weite Teile dieses »spanischen« Amerikas lagen außerhalb der Enklaven, in denen es eine wirksame spanische Besatzungsherrschaft gab: die *Llanos* Venezuelas, die tropischen Tiefländer Mittelamerikas, die Wüsten Nordmexikos, die dichten Wälder östlich der Anden und die Grasländer, die sich bis zur Mündung des Río de la Plata erstreckten. In diesen Gebieten, in denen es keine Bodenschätze gab, war der spanische Einfluss nur schwach oder fehlte ganz. Andererseits war das amerikanische Silber nicht unbedingt ein verlässliches Mittel, um die Ökonomien von Europa und Amerika zu verknüpfen. Angebot und Nachfrage schwankten ständig. Bereits Anfang des 17. Jahrhunderts gingen die mexikanischen Silberlieferungen nach Europa zurück (allerdings nicht die mexikanische Silberproduktion selbst). Gleichzeitig wurden Mexikos Handelsverbindungen mit Ostasien, wohin nun ein großer Teil seines Silbers exportiert wurde, immer wichtiger. Als sich ab den 1620er Jahren das Bevölkerungswachstum Europas verlangsamte und dessen wirtschaftliche Aktivitäten abnahmen, schwand auch der Bedarf an Silber aus Spanisch-Amerika: Das Mutterland und seine Kolonien drifteten auseinander.[22] Auch kulturell waren die Auswirkungen der Eroberung gemischt. In Mexiko wie auch in Peru hatten die Auswirkungen des spanischen Angriffs die indigenen religiösen Institutionen nach kurzer

Zeit aufgelöst. Bis 1531 hatten die Spanier allein in Mexiko 600 Tempel und 20.000 Götterbilder zerstört.[23] Die alte Priesterelite war entmachtet worden. Der unterworfenen Bevölkerung wurde eine weitgehend einheitliche religiöse Vorstellungswelt aufgezwungen. Tatsächlich übernahm sie die christlichen Kulte und Feiern ohne größeren Widerstand.[24] Die indianischen Notabeln wurden bis zu einem gewissen Grad in die Verwaltungsstrukturen integriert. Nicht zuletzt ersetzte die spanische Kleidung zunehmend die traditionellen Indianertrachten, die die Kirche von Anfang an mit großer Missbilligung betrachtet hatte.[25]

Doch verschiedene Umstände begrenzten Spaniens kulturellen Einfluss. Die vergleichsweise wenigen spanischen Siedler konzentrierten sich in den Städten und kamen nur von Zeit zu Zeit mit der indianischen Bevölkerung des Hinterlandes in Kontakt.[26] Diese Tendenz wurde durch die Entscheidung der spanischen Regierung noch verstärkt, die indianischen Gemeinden von dem zu trennen, was die Verwalter und Kirchenmänner als korrumpierendes und ausbeuterisches Verhalten der Siedler betrachteten. Zusammen mit der Entlegenheit und Unzugänglichkeit eines Großteils des Landesinneren (vor allem im Hochland der Anden) führte dies dazu, dass in den Landgebieten die alten religiösen und magischen Kulte der Eingeborenen erhalten blieben. Selbst dort, wo die Indianer einem direkteren kolonialen Einfluss der Spanier ausgesetzt waren, blieben die Ergebnisse oft ambivalent. Die Verwaltungsbezirke Neu-Spaniens entsprachen weitgehend den alten »Stadtstaaten« der vorkolumbischen Zeit. Auch die örtliche Herrschaftselite zeigte eine bemerkenswerte Kontinuität. Außerdem bedeutete die Zerstörung der Strukturen der alten Religion aus der Zeit vor der Eroberung keinesfalls das Ende der traditionellen Heiler, Propheten und Wahrsager, der *Conjuros,* die auf dem Land immer noch

großes Ansehen genossen.[27] Natürlich konnte das Spanische auch nicht die alten Sprachen verdrängen. Gemäß einer neueren Untersuchung begann das Spanische erst im Verlauf des 17. Jahrhunderts, die grammatischen Strukturen der indianischen Sprachen zu beeinflussen. Davor beschränkte sich sein Einfluss auf den Gebrauch einiger Lehnsubstantive.[28]

Obwohl Spanisch-Amerika weiterhin hartnäckig indianisch blieb, wurde es gleichzeitig ethnisch vielfältiger. Zwar trafen in Mexiko und Peru genug Spanier beiderlei Geschlechts und mit einer ausreichenden Bandbreite von Berufen ein, um »vollständige« Gesellschaften zu bilden, die spanische Gemeinden nach dem Vorbild der Alten Welt bewahren und neu errichten konnten.[29] Aber von den ersten Tagen der Eroberung an hatten spanische Männer mit indianischen Frauen Kinder gezeugt, was zur Entstehung einer Population von »Mestizen« führte. Um die schrumpfenden und widerspenstigen indianischen Arbeitskräfte zu ersetzen, brachten die Spanier ab Mitte des 16. Jahrhunderts afrikanische Sklaven ins Land, mit denen sie ebenfalls sexuell verkehrten. Die daraus hervorgehenden Nachkommen bildeten die Gemeinschaft der »Mulatten«. Mitte des 17. Jahrhunderts bestand die Bevölkerung von Neu-Spanien aus etwa 150.000 weißen Spaniern, 150.000 Mestizen, 130.000 Mulatten, 80.000 afrikanischen Sklaven sowie vielleicht einer Million Indianer. Ein ähnliches Muster galt für Peru. In den 1640er Jahren gab es in ganz Spanisch-Amerika bereits etwa 330.000 afrikanische Sklaven.[30] Das Ergebnis waren komplexe, rassisch geschichtete Gesellschaften, in denen der jeweilige Beruf und Status die ethnische Herkunft widerspiegelte und in denen die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen von Weißen lag, ob sie nun noch in Spanien geboren worden waren oder bereits aus den Kolonien stammten. Letztere wurden als *Criollos* (Kreolen) bezeichnet.

In einem in der Alten Welt Eurasiens unvorstellbaren

Maße hatte Spanien die mächtigsten Gesellschaften des vorkolumbischen Amerikas aufgelöst und einige der schwächeren nahezu vernichtet. Es hatte den Raum geschaffen, in dem sich eine neue Gesellschaft bilden sollte, die den spanischen Bedürfnissen und Vorstellungen aufgeschlossen gegenüberstand. Tatsächlich hatte Spanien es jedoch bis Mitte des 17. Jahrhunderts, also nach über 150 Jahren in Amerika, trotz der erfolgreichen Eroberung nicht geschafft, sich seine amerikanischen Besitzungen einzuverleiben. Neu-Spanien war kein weiteres spanisches Königreich, keine Kopie Kastiliens geworden. Stattdessen hatte die Eroberung eine ganz neue ethnische Struktur und eine eigenständige, wenn auch ihren Ursprung nicht verleugnende spanisch-amerikanische Kultur begründet: die neue kreolische Gesellschaft.

Die portugiesischen Seefahrer und spanischen Konquistadoren waren die schillerndsten Akteure des westlichen Ausgreifens im 15. und 16. Jahrhundert. Ebenso bedeutsam für das künftige Kräfteverhältnis in Eurasien aber war der Aufstieg des Großfürstentums Moskau, das bis 1480 noch ein tributpflichtiger Vasallenstaat der mongolischen »Goldenen Horde« gewesen war. Danach dehnte sich das Großfürstentum in wenig mehr als einem Jahrhundert über die Steppe bis zum Kaspischen Meer aus, baute quer durch die sibirischen Wälder ein riesiges Pelzhandelsimperium auf und erreichte schließlich im Jahr 1639 den Pazifik. In rasender Schnelligkeit brachten die Russen den größten Teil Nordasiens in ihren Besitz, bevor Chinesen oder Japaner dort einen beherrschenden Einfluss ausüben konnten. Sie schlossen das nördliche Eingangstor, durch das die Steppenvölker Zentralasiens so oft nach Osteuropa eingedrungen waren, und eroberten die untere Wolga, bevor das Osmanische Reich oder die neuen Safawiden-Herrscher des Iran die Restgebiete der Goldenen

Horde in ihre neuen Reiche eingliedern konnten.

Mehr noch als die Portugiesen und Spanier waren die Russen schon immer ein Grenzvolk gewesen, das von den führenden Staaten des mittelalterlichen Europas weitgehend abgeschnitten war. Ortega y Gasset beschrieb einmal Russland und Spanien als »die beiden entgegengesetzten Punkte der großen europäischen Diagonale«.[31] Die Ursprünge der Rus gehen auf die Ostwanderung der slawischen Völker bis zum Rand der Waldzone zurück, wo sie auf die Steppe und ihre Nomadenkrieger (die »Tataren«, wie sie die Russen nannten) trafen. Der erste russische Staat hatte sein Zentrum in Kiew, wo eine Herrschaftsschicht von Wikingern oder »Warägern« eine Handelsniederlassung gegründet hatte, um die Flusshandelsroute zu nutzen, die von Byzanz und dem Nahen Osten ins Baltikum und den Ostseeraum führte. Mit der Übernahme des orthodoxen Christentums im 10. Jahrhundert wurde die Kiewer Rus zu einem wichtigen vorgeschobenen Posten der Kultur des byzantinischen Okzidents zwischen den Steppenvölkern (den Polowzern, Khasaren und Petschenegen) im Osten und den heidnischen Litauern (oder Westrussen) im Westen. Kiew wurde das Hauptquartier eines riesigen Missionsunternehmens, das in den nördlichen Wäldern bis hin zum Weißen Meer Klöster gründete. Im 13. Jahrhundert wurde es durch die Rivalität anderer russischer Fürstentümer wie Nowgorod und Smolensk geschwächt und ging schließlich in der Katastrophe der mongolischen Invasion unter. 1240 wurde die Stadt völlig zerstört. Die russischen Fürstentümer der Waldzone wurden Vasallenstaaten des Khanats der Goldenen Horde, eines der vier großen Nachfolgestaaten, die aus dem Zerfall von Dschingis Khans Weltreich im Jahr 1259 hervorgegangen waren. Die russischen Herrscher, vor allem die exponierten und durch ihre Nähe zur offenen Steppe stets gefährdeten Fürsten von Moskau, mussten ab jetzt als Erfüllungsgehilfen und Vasallen den Khanen dienen, die im fernen Sarai am

Kaspischen Meer saßen. Entscheidend war jedoch, dass sie eine gesonderte westliche Identität behielten. Sie ging auf den Einfluss der Orthodoxen Kirche zurück, die ihre schwachen und mühsamen Verbindungen zum byzantinischen Patriarchat stets aufrecht erhielt.[32] Tatsächlich tolerierten die Mongolen, die selbst relativ spät zum Islam übergetreten waren, die Kirche und ihre Lehren.

Der Aufstieg Moskowiens, wie es früher oft genannt wurde, zur Vormacht unter den verschiedenen russischen Fürstentümern war zum großen Teil auf den Opportunismus seiner Fürsten zurückzuführen, die als treue Verbündete und eifrige Kollaborateure des Steppenkhanats agierten.[33] Die mongolische Unterstützung sicherte ihnen dann nach 1331 den Großfürsten-Titel. Die mongolische Streitmacht hielt das rivalisierende Großfürstentum Litauen in Schach, einen mächtigen Staat, dem sich viele westrussische Fürsten angeschlossen oder unterworfen hatten. Dieser hatte in den 1370er Jahren das römisch-katholische Christentum angenommen und sich 1385 in einer Union mit dem katholischen Polen zusammengeschlossen. Moskau sicherte sich durch seinen Einfluss bei den Mongolen und als Hauptgegner des katholischen Litauen die Unterstützung der Orthodoxen Kirche, eines wichtigen religiösen und kulturellen Verbündeten.[34] In den 1380er Jahren nutzte Moskowien dann Spaltungen innerhalb des Khanats aus, um nach der Schlacht auf dem Schnepfenfeld (Kulikowo Polje) sogar für kurze Zeit die Unabhängigkeit zu erlangen. Moskaus Schicksal sollte sich endgültig durch den enormen geopolitischen Schock der Eroberungszüge Timurs wenden, die dieser von seiner Basis in Zentralasien aus unternahm, das folglich Ende des 14. Jahrhunderts immer noch Dreh- und Angelpunkt der Weltgeschichte war. Obwohl es Timur am Ende nicht gelang, ein neues Reich zu errichten, dessen Ausmaße mit dem Imperium Dschingis Khans vergleichbar gewesen wären, zerschlug er doch die Überreste des mongolischen Staatensystems, einschließlich des Khanats

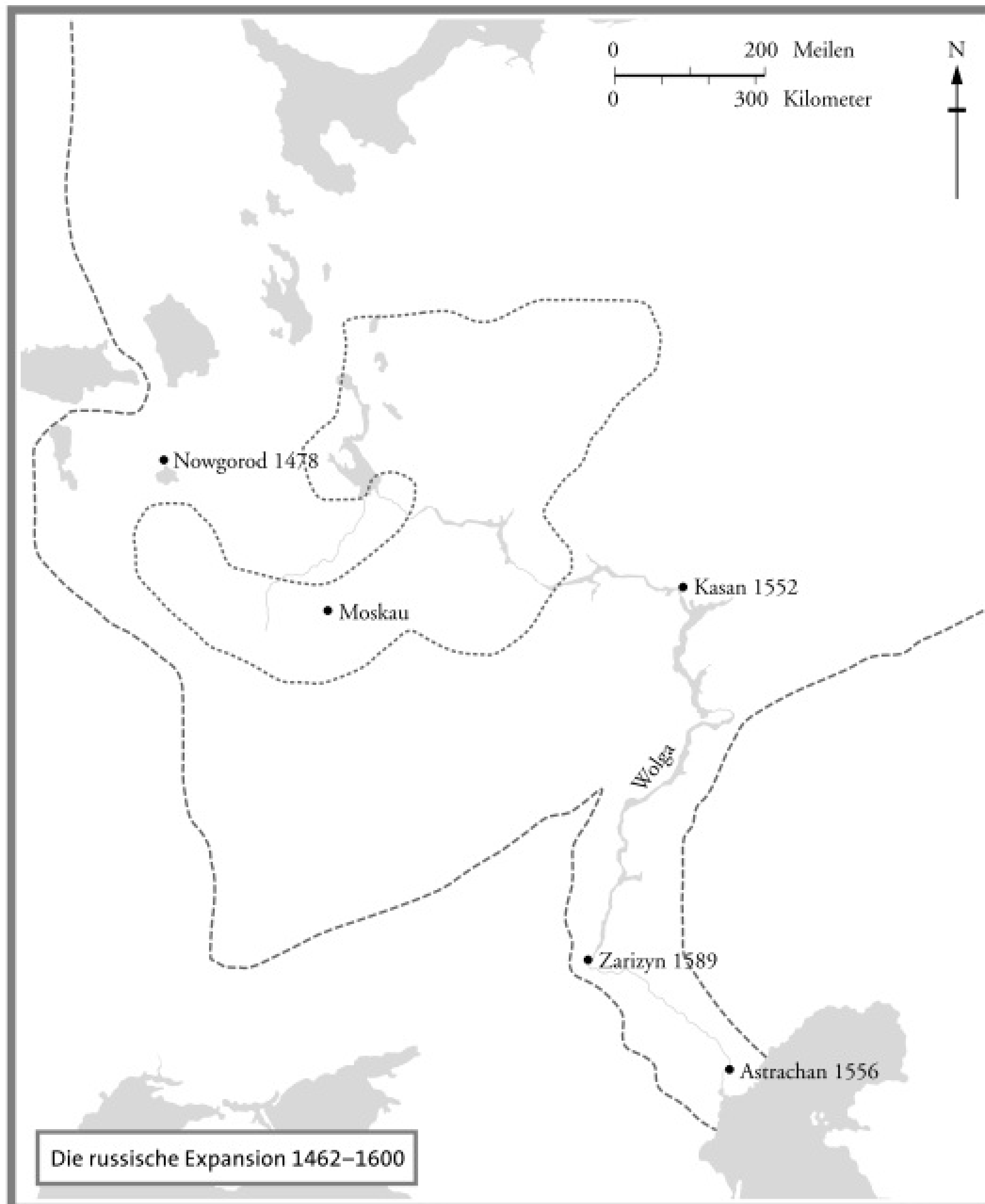
der Goldenen Horde, das nach und nach in die vier kleineren Khanate Astrachan, Kasan, Sibir und das Khanat der Krim zerfiel. Nach 1440 erreichte Großfürst Wassilij II. von Moskau eine weitgehende Unabhängigkeit. 1480 wehrte sein Nachfolger Iwan III. (1462–1505) den letzten Versuch aus der Steppe ab, ihn und sein Fürstentum noch einmal zu unterjochen.

Die 100 Jahre nach 1480 wurden dann zur entscheidenden Periode der Ausdehnung des Moskowiter-Reichs, die den Gesamtverlauf der westlichen Invasion ins zentrale und nördliche Eurasien auf Dauer prägen sollte. Mit seinem Kerngebiet an der oberen Wolga wurde das Großfürstentum Moskau zum Scharnier zwischen dem riesigen Waldimperium im Norden und Osten (wo es schließlich sogar die asiatische Pazifikküste erreichen sollte) und dem blutig erstrittenen Steppenreich bis zum Kaspischen Meer und südlichen Ural.[35] Allerdings hätten die Moskauer Herrscher ihren imperialen Ambitionen wohl kaum auf diese Weise nachgehen können, wenn sie nur ein kleines ostrussisches Fürstentum regiert hätten, das vom katholischen Polen-Litauen in Schach gehalten wurde und von wohlhabenden nordrussischen Rivalen – wie etwa Nowgorod mit seinem Pelzhandelsimperium und seinen guten Beziehungen zur Hanse – bedrängt wurde. Der Aufstieg der russischen Macht im nördlichen Eurasien erforderte die Konsolidierung der Moskowiter-Herrschaft über alle anderen orthodoxen russischen Staaten und eine aktive Vorwärtsbewegung, um deren Übernahme durch die dynamische polnisch-litauische Unionsmonarchie zu verhindern, die sich 1504 vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee erstreckte. Folglich konnten die Großfürsten von Moskau nur überleben, wenn sie sich (auf der Suche nach Verbündeten gegen Polen) in das europäische diplomatische System eingliederten und – nicht weniger wichtig – wenn sie auf kulturellem und ideologischem Gebiet mit den Monarchien neuen Stils im Europa des 15. Jahrhunderts

konkurrierten. Ein Großteil der späteren russischen Geschichte würde sich um dieses empfindliche Gleichgewicht zwischen dem besonderen byzantinischen Erbe, das von der Russisch-Orthodoxen Kirche verkörpert wurde, und den kulturellen Übernahmen aus Mittel- und Westeuropa drehen, die von politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert wurden.

Es lag in der Logik des politischen und kulturellen Wettbewerbs mit Polen-Litauen, wo im späten 15. Jahrhundert ein schneller kultureller »Modernisierungs«-Prozess stattfand (1423 wurde das erste Buch in Krakau gedruckt),[36] dass die von Iwan III. eroberten russischen Länder in einen dynastischen Staat integriert wurden. Die oligarchischen Traditionen »Groß-Nowgorods« wurden brutal unterdrückt. Iwan sah sich selbst als großen Monarchen nach europäischem Vorbild, wobei er byzantinische und westliche dynastische Herrschaftsvorstellungen miteinander verschmolz. Seit 1492 nannte er sich selbst »Großfürst von Moskau und Herrscher aller Reußen«. Seine zweite Ehe mit Sophia Palaiologos, der Nichte des letzten byzantinischen Kaisers, wurde vom Papst vermittelt. Seine Gesandten und Botschafter reisten an alle europäischen Höfe. Italienische Kunsthandwerker, Baumeister und Architekten wurden nach Moskau geholt. Die Verwaltung wurde neu organisiert. Grundlage wurde ein System von »Kanzleien« mit penibler Aktenführung und einer ausgeklügelten Beamtenhierarchie.[37] Der Regierungsantritt Iwans IV. (des »Schrecklichen«) war durch eine Krönung gekennzeichnet, die sorgfältig den Ritualen des ehemaligen byzantinischen Kaisertums folgte. Vielleicht im Bestreben, mit der katholischen Gegenreformation zu konkurrieren, förderte Iwan IV. eine Erneuerung des Mönchtums.[38] Die Feindschaft gegenüber dem »Latinstwo«, der »Lateinischen Welt«, die hauptsächlich mit Polen gleichgesetzt wurde, glich man durch die Öffnung Russlands für Deutsche, Engländer und

Holländer aus, die als Soldaten, Siedler, Ingenieure und Kaufleute ins Land kamen. Eine lange Reihe von Kriegen sollte im 16. Jahrhundert den polnischen Einfluss in den westrussischen Ländern in Schach halten, und ebenso Polen daran hindern, die unruhigen Bojaren Moskowiens auf seine Seite zu ziehen, jene Kriegerbarone, deren Unabhängigkeit die Großfürsten unbedingt abschaffen wollten. 39



Der von der moskowitisch-polnischen Rivalität beförderte innere Wandel erklärt auch, warum es den Russen gelang, ihre erstaunlichen Territorialgewinne in Wald und Steppe erfolgreich zu halten. Die Grundlagen eines Pelzhandelsimperiums in den Wäldern des Nordens waren

bereits von der Republik Nowgorod lange vor ihrer Annexion durch Moskau im Jahre 1478 gelegt worden. Moskau schickte dann 1483 seine erste Expedition hinter den Ural. Mitte des 16. Jahrhunderts begann eine energische Kaufmannsfamilie, die Stroganows, ein Handelsimperium in Sibirien aufzubauen, das die von den einheimischen Waldvölkern gelieferten Pelze nach Westen brachte. Dadurch gerieten sie notwendigerweise in Konflikt mit dem Khanat Sibir, das ebenfalls von Einkünften aus dem Pelzhandel abhing. 1582 gelang es dem Abenteurer Jermak, einem von den Stroganows angeheuerten Kosaken-Ataman, die Hauptstadt Sibirs zu erobern. Die private Reichsbildung der Stroganows brach jedoch mit Jermaks Tod im Jahre 1585 zusammen. Stattdessen vollendete nun der von Boris Godunow regierte Moskauer Staat bis zum Ende des Jahrhunderts die Eroberung Westsibiriens.[40] Der Weg war frei für die *Promyschlenniki,* die privaten Pelzhändler, die in rascher Folge den gesamten Osten des Kontinents erschlossen, wobei sie 1609 den Jenissej, 1632 die Lena, 1639 den Pazifik und 1643 den Fluss Amur im mandschurischen Grenzland Chinas erreichten. Bereits 1645 hielten sich etwa 70.000 Russen jenseits des Urals auf.[41] Boris Godunows entscheidende Intervention führte zu einer dauerhaften Verwaltungskontrolle des neu organisierten moskowitischen Staats über seine entlegene Kolonie in den sibirischen Wäldern.

Dass die russische Eroberung der nordasiatischen Wälder so einfach gelang, war nicht zuletzt eine Folge der gering entwickelten politischen Organisation und des niedrigen technischen Niveaus der staatenlosen Waldvölker. Auch die russischen Feuerwaffen waren ein wichtiger technischer Vorteil. Wie schon die Stroganows herausgefunden hatten, mussten die Russen jedoch zuerst einmal die Macht des Khanats Sibir brechen, wenn sie ohne Einschränkungen Handel treiben und Eroberungen machen wollten. Das Khanat stellte die entscheidende Verbindung zwischen Wald

und Steppe dar. In den 1590er Jahren hatten die Russen ihre Autorität über die benachbarten Khanate Kasan und Astrachan, die Moskau bereits 1552 und 1556 annektiert hatte, endgültig gesichert. Da Sibir weder über die Unterstützung der Osmanen noch über ein ausgedehntes Handelsnetz verfügte, wodurch das Khanat der Krim vor der russischen Annexion bewahrt wurde, hatten die letzten Nachfahren der Goldenen Horde in Sibirien dem russischen Vormarsch kaum etwas entgegenzusetzen.

Auf den ersten Blick scheint die russische Unterwerfung der Steppen-Khanate gewisse Parallelen mit den Eroberungszügen Cortés' und Pizarros aufzuweisen: Fast auf einen Schlag fielen riesige, bisher uneinnehmbare Steppengebiete – Gogols »grüngoldener Ozean« mit seinem scheinbar grenzenlosen Versprechen[42] – unter die Herrschaft Moskaus. Allerdings verfügten die Russen nur über wenige jener Vorteile, die den spanischen Konquistadoren in den Schoß gefallen waren. Ihre Feinde kannten sie gut und hielten sie bestimmt nicht für Götter. Auf offener Steppe konnten sie kaum auf eine entscheidende taktische oder strategische Überlegenheit hoffen, obwohl Iwan IV. mit immerhin 150 Kanonen und seiner neuen, mit Musketen bewaffneten Infanterie, den Strelitzen, nach Kasan zog. Noch ein volles Jahrhundert später scheiterte der russische Angriff auf das Khanat der Krim an der Logistik des Steppenkriegs.[43]

Eine überzeugendere Begründung des russischen Erfolgs lässt sich in der gesellschaftlichen und politischen Krise der Steppengesellschaften an der Wolga im 16. Jahrhundert finden. Die Khanate waren keine dynastischen Monarchien. Es gelang ihnen auch nie der Wandel zu einer absoluten Monarchie, die in Moskowien gerade im Entstehen war. Sie ähnelten eher losen Stammesbünden, in denen die Khane auf die Unterstützung der Stammeshäuptlinge angewiesen waren. Ihre Wirtschaft beruhte auf dem Handel, vor allem mit Zentralasien, der Besteuerung ihrer sesshaften

Untertanen und den Raubzügen der die Khanate dominierenden Nomadenkrieger in das besiedelte russische Land im Norden und Westen. Im 16. Jahrhundert steckten ihre Volkswirtschaften in ernsten Schwierigkeiten. Timur hatte die großen Handelsstädte Asow, Astrachan und Urgentsch zerstört und den Steppenvölkern damit ihre wichtigsten Märkte genommen.[44] Die nachfolgende Verarmung hat wohl den Prozess der Sesshaftwerdung noch verstärkt, durch den die alte egalitäre Ordnung der tatarischen Nomadenstämme von den streng getrennten Welten der Landbesitzer und der landlosen Bauern abgelöst wurde.[45] Die daraus hervorgehende verringerte militärische Macht und geschwächte innere Solidarität führten in den Khanaten zu immer heftigeren politischen Konflikten. Darüber hinaus stritten sich Kasan, Astrachan, Sibir und die Krim als Nachfolgestaaten der Goldenen Horde um die Kontrolle über die Steppe. Moskau nutzte dies mit einer aktiven Rolle in der Steppendiplomatie aus. Es gelang dem »fünften Nachfolgestaat«, an seiner verwundbaren Steppengrenze mit seinen Nachbarn Frieden zu halten, während er in den 1470er Jahren den Norden eroberte.[46] Dadurch war Moskau im frühen 16. Jahrhundert stärker als Kasan oder Astrachan geworden: Tatsächlich übte es bereits vor 1552 verschiedentlich eine Art Protektorat über Kasan aus, während es gleichzeitig kasanisches Territorium ständig durch neue befestigte Ansiedlungen annektierte. 1552 war der Kasaner Khan Schah Ali endgültig zur russischen Marionette geworden. Viele tatarische »Fürsten« waren bereits zu den Russen übergelaufen, und einige waren sogar zum Christentum übergetreten. Einige wichtige Stämme wie die Nogai intrigierten mit Moskau, um einen neuen Khan durchzusetzen. Ob Iwan der Schreckliche 1552 Kasan tatsächlich annektieren wollte, ist ungewiss. Aber der Widerstand der Stadt und deren gewaltsame Eroberung zeitigten dieses Ergebnis. Mit der Hilfe der Nogai wurde in einem zweiten Blitzfeldzug danach auch noch das

benachbarte Khanat Astrachan unterworfen und annektiert.

Trotz der dramatischen Entwicklung dieses Steppenimperialismus wäre es unklug, dessen unmittelbare Bedeutung zu überschätzen. Es gab hier keine wertvollen Bodenschätze, mit denen ein großer imperialer Überbau hätte finanziert werden können, obwohl Moskauer Kaufleute (und der moskowitische Staat) wahrscheinlich vom leichteren Zugang zum Iran- und Zentralasien-Handel profitierten.[47] Die Wolgaländer standen nun einer Kolonisierung durch russische Bauern offen. Allerdings war die russische Herrschaft außerhalb des unmittelbaren Stromtals noch äußerst unsicher. Die Wolga blieb eine gewalttätige Grenzregion. Die Tataren führten von der Krim aus weiterhin Raubzüge durch. Selbst Moskau war noch im Jahre 1592 Ziel eines solchen Überfalls, wobei seine Vorstädte in Flammen aufgingen. Es erforderte einen gewaltigen Aufwand, um die Befestigungen oder *Tscherta* zu errichten, die Eindringlinge abschrecken oder bei einem Angriff zumindest rechtzeitig Alarm auslösen sollten. Eine von ihnen, die Belgorod-Linie, war über 800 Kilometer lang. Im frühen 17. Jahrhundert hatten sich die Russen auch mit den Kalmücken verständigt, die zu dieser Zeit in großer Zahl in die nordkaspische Steppe einwanderten.[48] Weiter im Süden wurde die russische Macht im Kaukasus vom neuen safawidischen Staat in Schach gehalten.[49] Die Eroberung des Krim-Khanats und die endgültige Schließung der Wolgasteppengrenze (der sogenannten »Uralpforte« zwischen dem Uralgebirge und dem Kaspischen Meer) waren erst Ende des 18. Jahrhunderts erreicht.

Gleichwohl stellte Moskaus Verwandlung in eine dynastische Herrschaft, die fähig war, sich die nordrussischen Staaten einzuverleiben, Polen-Litauen erfolgreich Widerstand zu leisten und die Wolga-Khanate zu überwältigen, eine entscheidende Phase in der Entwicklung Russlands zum Motor der europäischen Expansion ins nördliche Eurasien dar. Obwohl es im Jahre 1600 beileibe

noch nicht entschieden war, ob die polnisch-litauischen Bemühungen, Moskau nach Norden und Osten in Richtung Ural zu treiben, nicht doch Erfolg haben würden, hatte Moskau doch bereits die entscheidenden Schritte unternommen, um sich in das europäische Staatensystem einzugliedern. So konnten die polnischen Angriffe im frühen 17. Jahrhundert mit schwedischer Hilfe abgewehrt werden. Außerdem gelang es Moskau, die Institutionen zu schaffen, die für eine drei Jahrhunderte währende imperiale Expansion notwendig waren. Die Moskauer Herrscher konnten auf dem Erbe der jahrhundertelangen mongolischen Gunst und der Unterstützung der Orthodoxen Kirche aufbauen und eine doppelte Revolution durchführen: Sie wandelten das alte Militärsystem der bojarischen Gefolgschaften in eine mit modernen Feuerwaffen ausgerüstete Armee von Musketieren und Artilleristen um. Außerdem zentralisierten sie die Herrschaft über die russischen Ländereien durch die *Pomestja,* Dienstgüter, die an Adlige vergeben wurden, die dafür Militär- und Verwaltungsdienste leisten mussten. Die Bojaren hatten bisher selbst entscheiden können, wem sie Gefolgschaft leisten wollten. Jetzt wurden sie in ein festes System von Treue und Verpflichtung eingebunden, während eine neue Gruppe von Männern, die sogenannten »Fürstendiener«, mit erobertem und konfisziertem Land belohnt wurde. Die zweite Revolution war eine Folge der ersten. In einer armen Agrarwirtschaft konnten die Abgaben und Dienste, die man zur Finanzierung der Moskauer Militärunternehmen benötigte, nur dann aufgebracht werden, wenn die Grundbesitzerklasse eine direkte, umfassende Herrschaft über Bauerngemeinschaften ausüben konnte, die bisher mobil, frei und oft sogar rebellisch gewesen waren.[50] Das Gegenstück zur Fixierung der bojarischen Treue war die Knechtung der bäuerlichen Bevölkerung durch die Leibeigenschaft, die durch ein erbarmungsloses Zusammenspiel von staatlicher Autorität, Adelsgewalt und

kirchlichem Einfluss erzwungen wurde. Als östlicher Vorreiter der europäischen Expansion (der kein schwacher Pufferstaat zwischen Polen und den Steppengebieten sein wollte) wurde Moskau zu einem eurasischen Sparta, das ein Heer von über 100.000 Mann unterhielt.[51] Die Bedrohung im Westen durch die wohlhabenderen europäischen Staaten und die Gefährdung durch die immer noch offene Steppengrenze im Süden machte die Umwandlung Moskaus zu »Russland« oder »Welikaja Rossija« (»Großrussland«) zu einem peinvollen und traumatischen Vorgang. Dieser Übergang war von innerem Terror (die *Opritschnina* Iwans des Schrecklichen) und der »Zeit der Wirren« gekennzeichnet, wie man die Anarchie nannte, die vor dem Aufstieg der Romanows zur Zarenherrschaft im Jahre 1613 herrschte. 1605 und noch einmal 1610 wurde Moskau von polnischen Armeen überrannt.[52]

In Amerika wurden die menschlichen Kosten des europäischen maritimen Imperialismus weitgehend von den einheimischen Indianern und den importierten Sklaven getragen. Eine Landnahme großen Ausmaßes in der Alten Welt traf hingegen auf stärkeren Widerstand und ein raueres Umfeld. Deshalb war der Preis des westlichen Ausgreifens ein erstarkendes gesellschaftliches und politisches Unterdrückungsregime, dessen Auswirkungen schließlich von der Ostsee bis zum Pazifik spürbar waren.

Das islamische Gegengewicht

Angesichts des dramatischen Schauspiels der europäischen maritimen Expansion übersieht man leicht die tiefgreifenden Umwälzungen, die gleichzeitig in den islamischen Ländern stattfanden. Zwei bedeutende Entwicklungen kamen im 16. Jahrhundert zusammen, die die islamische Gefahr für die Sicherheit Europas erhöhen und dem Vormarsch des

Westens in die »Äußere Welt« jenseits von Eurasien annähernd ebenbürtige Kräfte entgegensetzen sollten. Die erste war das Entstehen stärkerer und geschlossenerer islamischer Staaten: Die großen nomadischen Invasionen aus Innerasien ebbten ab, als das Schießpulver die Kriegsführung revolutionierte. Die zweite war die Expansion des Islam, der tief nach Südosteuropa, Schwarzafrika, Südindien und Südostasien vorstieß. Wenn der Westen aus seinem Zeitalter der Entdeckungen reicher und stärker hervorging, so galt das auch für die islamische Welt in ihrem Zeitalter der räumlichen Ausdehnung.

Die westliche Vorhut der islamischen Expansion bildete das Osmanische Reich. Mit der Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 wurde die osmanische Vormacht auf dem südlichen Balkan durch die Inbesitznahme der großen imperialen Metropole dieser Region gekrönt, die den Seehandel in der Ägäis und im Schwarzen Meer kontrollierte. Konstantinopel (türkisch Istanbul) blieb die Hauptstadt bis zur endgültigen Auflösung des Osmanischen Reiches in den Jahren 1922 bis 1924. In den Jahrzehnten nach 1453 sicherte Mehmet der Eroberer die osmanische Herrschaft über den äußersten Süden Griechenlands (Morea 1458), Serbien (1459), Bosnien (1463), Albanien (1479) und die Herzegowina (1483). Mehmets Nachfolger erreichten die formelle Unterwerfung Moldawiens und der Walachei (die einen Großteil des heutigen Rumänien umfassten) als Vasallenstaaten (1504), eroberten 1520 Belgrad und fügten dann unter Suleiman dem Prächtigen Ungarn ihren Protektoraten im Norden hinzu. Erst im Jahr 1529 wurde deutlich, dass die Osmanen mit der gescheiterten Belagerung Wiens den Endpunkt ihres vorher scheinbar unaufhaltsamen Vormarschs nach Mitteleuropa erreicht hatten. Noch in den 1560er Jahren erschien dem Botschafter der Habsburger bei Suleiman, Ghislain de Busbecq, der die osmanische militärische Organisation aus eigener Anschauung kannte, die Eroberung der Länder seiner

Dienstherren als unabwendbar. Nur die Bedrohung des Osmanische Reichs durch den Iran zögerte seiner Meinung nach den endgültigen türkischen Ansturm noch hinaus: »Und zweifeln wir noch, was da kommen wird? […] Aber der Perser bringt nur Verzug, nicht Rettung.«[53]

In den 80 Jahren nach 1450 hatten die Osmanen ihr Reichsgebiet in Europa mehr als verdoppelt. Nicht weniger beeindruckend waren ihre Gebietsgewinne in Afrika und Asien. Nachdem sie ihre Stellung in Südanatolien endgültig gefestigt hatten, vernichteten sie 1516 und 1517 in einem furiosen Feldzug das Reich der Mamelucken, die bisher von ihrer Hauptstadt Kairo aus Ägypten, die heiligen Stätten in Medina und Mekka und einen Großteil des Fruchtbaren Halbmonds regiert hatten.[54] Nachdem die Osmanen die safawidischen Herrscher des Iran aus Ostanatolien vertrieben hatten, konnten sie sich 1534 in Bagdad und Ende der 1540er Jahre am Persischen Golf auf Dauer festsetzen. Von ihrem Flottenstützpunkt Suez aus annektierten und beherrschten sie auch den Jemen. In den 1570er Jahren stand fast die gesamte nordafrikanische Küste von Libyen bis Marokko unter ihrer Herrschaft oder war von ihnen abhängig. Während Spanien am westlichen Ende des Mittelmeers seine Herrschaft in Amerika aufbaute, schufen sich die Osmanen gegen weit stärkere Gegner und in einem erheblich größeren Maßstab ein riesiges, sich über drei Kontinente erstreckendes Reich, das, wie Busbecq es voll Bewunderung ausdrückte, »alle Kräfte des gesamten Orients« bündelte.[55]

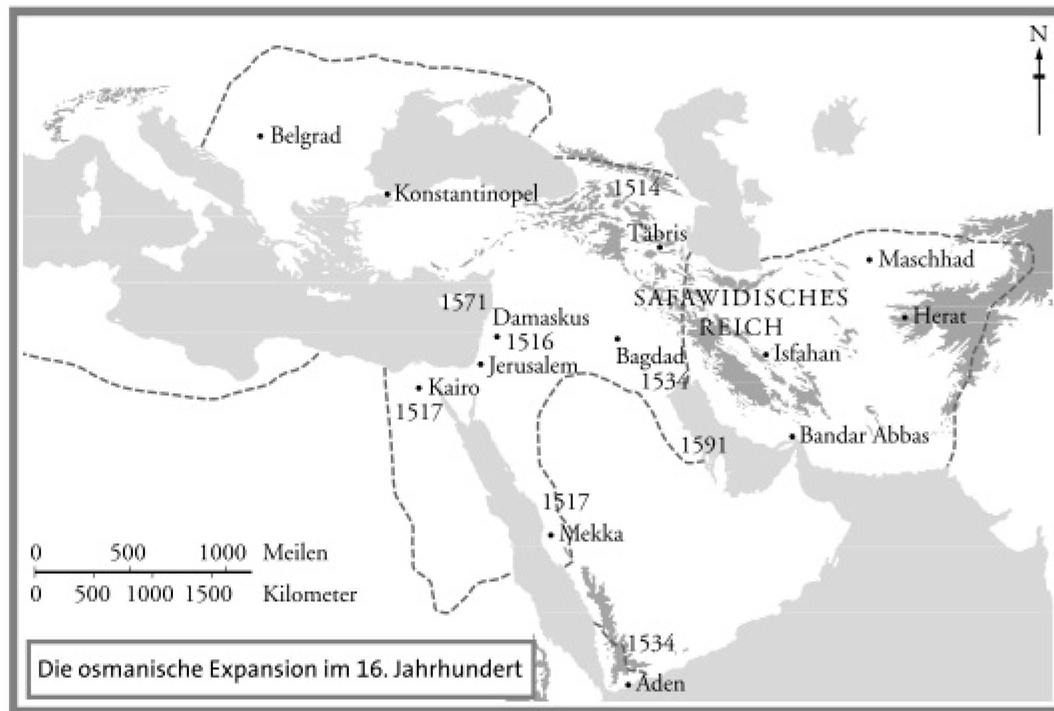
Dieser Siegeszug geht in hohem Maße auf die Fähigkeit der Osmanen zurück, ein großes stehendes Heer zu unterhalten.[56] Daneben stand ihnen mit den Janitscharen eine disziplinierte und schlagkräftige Infanterie zur Verfügung. Außerdem setzten sie ihre starke Flotte äußerst wirkungsvoll ein,[57] und sie waren ebenso geschickte wie skrupellose Diplomaten. Sie nutzten die Konflikte zwischen ihren Gegnern in Europa erfolgreich aus, wobei ihnen vor

allem die dynastischen Rivalitäten und die Feindschaft zwischen Katholizismus und Orthodoxie in die Hände spielten. Das Gleiche galt für Afroasien. Dort versäumten es ihre beiden islamischen Gegner, die ägyptischen Mamelucken und der safawidische Iran, sich miteinander zu verbünden. Die Furcht der Mamelucken vor der portugiesischen Seemacht trug wohl ebenfalls zu ihrer strategischen Unentschlossenheit bei.

Allerdings beruhte der Erfolg des osmanischen Imperialismus nicht nur auf seiner militärischen Stärke und seiner raffinierten Diplomatie. In der Auseinandersetzung mit dem europäischen Westen konnten die osmanischen Sultane auf die Tradition der *Ghasi* (»Glaubenskrieger«) zurückgreifen, um ihre Anhänger zu einem Glaubenskrieg zur Unterwerfung und Bekehrung der Heiden anzuspornen. Höchstwahrscheinlich war es ihr Endziel, die Grenzen des Byzantinischen Reiches (ihres Vorbildes und Feindes) zur Zeit seiner größten Ausdehnung wiederherzustellen. Tatsächlich machte ihr byzantinisches »Erbe« seine eigenen Erfordernisse geltend. Wie andere große Reichsgründer vor und nach ihnen mussten auch die Osmanen einer imperialen »Logik« folgen. Eine aggressive Strategie von Expansion und Herrschaft war nötig, um ihre zahlreichen Klientelstaaten und Kollaborateure einzuschüchtern, gegnerische Bündnisse zu hintertreiben und überall dort eine direkte Herrschaft zu errichten, wo eine indirekte Kontrolle versagt hatte, sowie wichtige Landwirtschafts- und Wirtschaftszonen durch die Überwachung strategischer Straßen und den Bau von Festungen zu sichern.

Außerdem verfolgten die osmanischen Herrscher stets auch wirtschaftliche Ziele. Die Ausdehnung ihrer Seeherrschaft auf das Rote Meer und den Persischen Golf und ihre Bemühungen, auch den Indischen Ozean unter ihre Kontrolle zu bringen, sollten wohl ebenso wie die entsprechenden maritimen Unternehmungen Portugals, Spaniens und später Hollands aus dem dortigen

Seehandelsnetz Gewinn ziehen.[58]



Die osmanische Expansion im 16. Jahrhundert

Diese Methoden und Motive tragen dazu bei, das Muster der osmanischen Eroberungen zu erklären. Sie können jedoch nicht die erfolgreiche Einpflanzung der osmanischen Herrschaft und deren bemerkenswerte Dauer begründen. Das innere Geheimnis der osmanischen Macht war der sorgfältige Ausgleich zwischen islamischen religiösen, kulturellen und Rechtsinstitutionen auf der einen und dem dynastischen Absolutismus auf der anderen Seite, der durch die kosmopolitische Staatskunst der Herrschaftselite gewährleistet wurde. Der gemeinschaftliche Glaube und die gemeinsame Anerkennung der Scharia, des islamischen Gesetzes, machten es den Bewohnern des Fruchtbaren Halbmonds, Ägyptens und Nordafrikas möglich, die osmanische Herrschaft anzuerkennen, während die Rolle des Sultans als Vorkämpfer des Islam gegen die christlichen Ungläubigen ihm einen starken Anspruch auf die Treue der Gläubigen verschaffte. Im osmanischen Europa bildeten die

türkischen Muslime und örtlichen Konvertiten die Elite in Politik und Verwaltung, von der die osmanische Autorität letztendlich abhing. Die gemeinsame islamische Hochkultur, die einheitliche Werte propagierte, war das entscheidende Mittel, um die lokalen und regionalen Eliten eines weitläufigen Reiches mit dessen imperialem Zentrum zu verbinden. Es war der geniale Einfall der Osmanen, diese islamische Solidarität durch verschiedene kluge Neuerungen noch zu stärken. Das *Timar*-System in Europa und Kleinasien verschaffte einer lokalen Elite die Kontrolle über die Einkünfte staatlicher Ländereien. Im Gegenzug musste sie dem osmanischen Staat Militär- und Verwaltungsdienste leisten. Das *Millet*-System versöhnte die religiösen Minderheiten, die Christen und Juden, indem es ihnen eine Art Autonomie ihrer Gemeinschaften zugestand, die von Klerikern oder religiösen Führern verwaltet wurde. Sie wurden, wie auch der griechisch-orthodoxe Patriarch von Konstantinopel, vom Sultan ernannt. Die einflussreichsten Personen der eroberten Bevölkerungen wurden auf diese Weise fest in das imperiale System eingebunden. Die Osmanen machten wenigstens in der Anfangsphase ihrer Pax Ottomanica die strikte Anwendung von Gesetzen und geregelte Steuern (im Gegensatz zu willkürlichen Eintreibungen) zu einem Kennzeichen ihrer Regierung.[59] Vielen ihrer christlichen Untertanen in Europa bot die osmanische Herrschaft dieselben imperialen Tugenden der Ordnung und Berechenbarkeit, mit denen Jahrhunderte später die Briten ihren Loyalitätsanspruch gegenüber den indischen Bauern begründen sollten. Die Reichshauptstadt war eine kosmopolitische Metropole, in der Ausländer eine Behandlung nach Recht und Gesetz erwarten konnten.[60]

Eine echte Neuerung des osmanischen Systems war die *Dewschirme,* die sogenannte »Knabenlese«. Bis weit ins 17. Jahrhundert hinein glichen die osmanischen Sultane ihre Abhängigkeit von den politischen und militärischen Diensten des türkischen Adels durch die Rekrutierung einer

Sklavenarmee von jährlich 8.000 bis 9.000 muslimischen Konvertiten aus, die bereits in ihrer Kindheit von ihren christlichen Eltern getrennt wurden. Die *Dewschirme*-Rekrutierung hob die Verwandtschafts- und Herkunftsbande auf, die jene vormodernen Herrscher so sehr fürchteten. Sie lieferte die Soldaten für die Truppe der Janitscharen, ein stehendes Heer von 25.000 Mann, das in allen Gebieten des Reichs stationiert war, sowie die Schreiber und Beamten, aus deren Kreisen der Sultan seine wichtigsten Berater auswählte.[61] Diese gebildeten, höheren »Osmanli«-Beamten und Führungskräfte der *Askeri* dachten imperial und nicht lokal. Ihre Haltung war weder ethnisch noch religiös geprägt, und ihre Loyalität galt primär der Dynastie und nicht einem bestimmten Territorium. In Busbecqs Augen war die nach Verdienst erfolgende Auswahl der osmanischen Elite den europäischen Systemen weit überlegen. Das osmanische System schien eine meisterliche Synthese von Religion und Politik innerhalb eines Reiches zu sein, dessen Dynamik seine europäischen Zeitgenossen erstaunte und erschreckte. Und so stöhnte Busbecq im Jahr 1560: »Auf jener Seite stehen […] Ausdauer, Eintracht, Ordnung, Disziplin, Anspruchslosigkeit und Wachsamkeit. Auf unserer Seite Armut des Staates, Verschwendung des Privatmanns, verminderte Kräfte und gebrochener Mut.«[62]

Nun werden gerade die 1560er Jahre oft als der Höhepunkt der osmanischen Stärke bezeichnet und die Herrschaft Suleimans (1520–1566) als Vorspiel eines schnellen Niedergangs betrachtet, in dessen Verlauf das Osmanische Reich wieder in »Rückständigkeit« verfallen sei. Viele Quellen aus dieser Zeit ähneln jedoch eher Moraltraktaten. Die osmanische »Dekadenz« wird dabei der Angriffslust und dem Unternehmungsgeist des frühneuzeitlichen Europas gegenübergestellt und der schwachen Führung, der wachsenden Korruption, den institutionellen Mängeln der osmanischen Monarchie, inneren Unruhen, der Aushöhlung der Zentralautorität, den

fehlenden wirtschaftlichen und technischen Neuerungen und der Unfähigkeit, eine Politik für Wachstum und Wohlstand zu betreiben, zugeschrieben.[63] Wir werden dies in einem der folgenden Kapitel näher betrachten, aber bereits jetzt lässt sich feststellen, dass diese Orakel des Niedergangs zumindest verfrüht waren. Zweifellos begann sich das osmanische System Mitte des 16. Jahrhunderts zu verändern. Die Ausdehnung der Osmanen nach Europa hinein war gestoppt worden. Ihre feudale Reiterei, die *Sipahi,* wurde von einer Armee mit Feuerwaffen abgelöst. Die osmanische Militärmacht beruhte immer weniger auf dem *Timar*-System und immer mehr auf den Abgaben der Steuerpächter, deren zunehmender Einfluss in den ihnen zugewiesenen Provinzen das Zentrum schwächte. Der Niedergang der *Dewschirme* im 17. Jahrhundert, die 1683 endgültig abgeschafft wurde, war wohl auf den Druck der ethnisch türkischen Elite zurückzuführen, und die Umwandlung der Janitscharen in eine Erbkaste – was sie ja eigentlich gerade nicht hatten sein sollen – dürfte ebenfalls den im 15. Jahrhundert errichteten Absolutismus geschwächt haben. Die religiösen und sozialen Aufstände in Anatolien am Ende des 16. Jahrhunderts waren vielleicht symptomatisch für eine osmanische »Zeit der Wirren«, die der Krise ähnelte, die etwa zur selben Zeit das sich rasant ausdehnende Russland erfasste. Allerdings sollte man die Auswirkungen dieser Veränderungen auch nicht überbewerten. Man sollte sie eher als Zeichen einer Anpassung an die neue territoriale Stabilität, ausgefeiltere (und teurere) Formen der Lokalregierung und ein Konzept wirtschaftlichen Wachstums betrachten, das die Klasse der Provinznotabeln bevorzugte.[64] Der sogenannte »Niedergang« der zentralen Autorität war womöglich nur eine oberflächliche Annahme.[65] Wie den meisten vormodernen Staaten fehlten dem Osmanischen Reich die Mittel, seine Untertanen einer engmaschigen Verwaltung zu unterwerfen. Auch bei den Osmanen wechselten

Zentralisierungs-und Regionalisierungsphasen einander ab. Ihre wirkliche Errungenschaft im 16. Jahrhundert war die Grundsteinlegung eines dezentralisierten, aber überraschend bindungskräftigen osmanischen »Commonwealth«, der sich vom Maghreb bis zum Persischen Golf sowie von der Grenze zu den Habsburgern bis zu der mit den Safawiden erstreckte. Das wahre Erbe Suleimans des Prächtigen und seiner Vorgänger war nicht ein absolutistischer Staat, sondern ein Netzwerk islamischer Gemeinschaften, die von »osmanisierten« Eliten regiert wurden, welche in ihren Provinzen große Autonomie genossen, aber gleichzeitig von der Autorität, dem Prestige und der Legitimität abhingen, die im Reichsmittelpunkt Konstantinopel konzentriert war, dem somit auch ihre ganze Loyalität galt. Dieses osmanische »Commonwealth« war zwar in den Augen der Europäer weit weniger furchterregend als der aggressive Despotismus der frühen Sultane, sollte sich jedoch als erstaunlich dauerhaft erweisen. Sein Überdauern stand erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts ernsthaft in Frage.

Die Osmanen konnten nicht zuletzt aufgrund des hundertjährigen Krieges gegen den safawidischen Iran im Osten keinen entscheidenden Sieg über die christlichen Staaten in Südosteuropa und am Mittelmeer erringen. Dieser Dauerkonflikt war ein islamisches Gegenstück zu den »Religionskriegen«, die einen Großteil des frühneuzeitlichen Europas erschütterten.[66] Vom Standpunkt der Osmanen aus war dieser Konflikt für die Stabilität ihres Reiches viel wichtiger als eine weitere territoriale Ausdehnung in Ungarn und Kroatien. Die fließende Grenze in Ostanatolien und Aserbaidschan bildete die Brücke zwischen den Turkstämmen, die den Kern des osmanischen Reiches prägten, und denen, die einen Großteil der iranischen Hochebene beherrschten. Die direkte osmanische Herrschaft in Kleinasien und die osmanische Oberherrschaft über einen Großteil des Fruchtbaren Halbmonds hingen von der

Loyalität der Stämme in dieser unruhigen Region ab. Es war deshalb auch nicht weiter überraschend, dass die osmanischen Sultane durch den Aufstieg der safawidischen Macht in einem Reichsgebiet aufgeschreckt wurden, die das Kernland der türkischen Politik und Kultur bildete.[67]

Ismail I., der Gründer des Safawidenreichs, war der Sohn des Großmeisters eines militanten schiitischen Ordens, der seinen Sitz in Ardabil hatte. Die Mitglieder dieses Ordens wurden wegen ihrer charakteristischen Kopfbedeckung *Kizilbasch,* »Rotköpfe«, genannt. Das prägende Element des safawidischen Systems war die Zementierung einer Stammeskonföderation durch die gemeinsame Treue zu einem religiösen Führer der Schia, jener Form des Islam, die auf der iranischen Hochebene dominierte.[68] Die Feindschaft gegen die sunnitische (orthodoxe) Mehrheit der Muslime ging auf die strittige Nachfolge Mohammeds in den ersten Jahren des islamischen Kalifats zurück. Ein Großteil ihrer emotionalen Intensität bezog die Schia aus dem Märtyrertod Husseins, des großen Schiiten-Führers, dessen jedes Jahr im Monat Muharram gedacht wurde. Der schiitische Islam hatte seine eigenen scholastischen und theologischen Traditionen, seine eigenen heiligen Städte und Pilgerzentren, vor allem Nadschaf und Kerbela (im heutigen Irak). Die Schia zeichnete sich durch eine starke millenaristische Erwartung aus, mit dem Glauben an den »Verborgenen Imam«, an den man seine Gebete richten konnte, und an den endgültigen Triumph über die verderbte Welt der Sunniten. Wahrscheinlich hatten Schiiten auch deshalb die Autorität weltlicher Herrscher historisch viel weniger anerkannt als die Sunniten und waren eher ihren Mullahs, den religiösen Lehrern, gefolgt.[69]

Der geniale Schachzug Ismails war die Bildung einer Stammeskoalition (seit Timurs Tod das übliche Mittel, im westlichen Iran einen Staat zu errichten) mit persönlicher Bindung an ihn und seine Nachfolger als dynastische Führer einer religiösen Bruderschaft, die einen heiligen Kampf

führte.[70] Mit diesem starken Konstrukt erzielte er erstaunliche Erfolge. 1501 wurde er zum Herrn von Täbris, der größten Stadt des nordwestlichen Iran. Bis 1510 eroberten seine Armeen Aserbaidschan, die Provinzen Gilan und Mazanderan am Kaspischen Meer, Hamadan, Isfahan, Yazd, Kirman, Fars und einen Großteil des heutigen Irak, sowie Anatolien bis Diarbakir (das weit westlich in der heutigen Türkei liegt). Im selben Jahr besiegte Ismail außerdem die Usbeken in Merw in Khorasan und schuf die Grundlagen für eine Integration eines Großteils des heutigen Afghanistans mit seiner iranischen Kultur ins Safawidische Reich. Allerdings wurde Ismail nur vier Jahre später in der Schlacht von Tschaldiran in Ostanatolien von einem osmanischen Heer mit seiner überlegenen Feuerkraft vernichtend geschlagen. Obwohl die Safawiden die osmanische Vorherrschaft in Ostanatolien, dem Kaukasus und dem Irak ein weiteres Jahrhundert lang herausforderten (die Safawiden herrschten zwischen 1508 und 1534 und dann noch einmal zwischen 1623 und 1638 über Bagdad), sollte die Niederlage bei Tschaldiran das Zentrum der safawidischen Macht auf Dauer von Anatolien auf die iranische Hochebene verschieben. 1530 wurde die Hauptstadt vom gefährdeten Täbris nach Kaswin verlegt. Ab 1598 sollte dann Isfahan diese Funktion übernehmen.

Zu dieser Zeit hatten sich die ursprünglichen Grundlagen der safawidischen Herrschaft bereits erheblich verändert. Unter Ismail und seinem Sohn Tahmasp hatten die turkmenischen Stammesaufgebote noch den Kern der militärischen Macht des Reiches gebildet, während die turkmenischen Stammeshäuptlinge, die »Amire«, die Militär- und Verwaltungselite bildeten, die das stetig wachsende Reich regierten. Die Loyalität dieser Stämme zum Herrscherhaus wurde durch die Verteilung des eroberten Landes an sie gesichert. Dies führte allerdings zu heftigen Streitigkeiten und manchmal sogar bewaffneten Konflikten zwischen Stämmen, deren nomadische Lebensweise im

Widerspruch zu einer stabilen Gebietsverwaltung stand.

Die Thronbesteigung des fünften Safawidenschahs, Abbas I., im Jahre 1587 markierte dann den Beginn einer politischen Umwälzung. Abbas befreite sich von der gefährlichen Abhängigkeit von den Turkstämmen durch ein System, das in vielem der osmanischen *Dewschirme* ähnelte. Er rekrutierte aus christlichen Gemeinden in Georgien und im Transkaukasus eine Armee und Bürokratie von *Qullars* (oder *Gholamani)*, zum Islam übergetretenen Sklaven, deren Treue exklusiv ihm galt.[71] Am Ende seiner Regierung, im Jahre 1639, wurde bereits mehr als die Hälfte der safawidischen Provinzen von *Qullars* regiert. Darüber hinaus schuf Abbas eine königliche Musketier-Truppe (die aus ethnischen Iranern und nicht aus Türken bestand) sowie eine *Qullar*-Kavallerie und -Artillerie, die mit den Einkünften aus einer wachsenden Zahl von direkt verwalteten »Khassa«-Provinzen bezahlt wurden.[72] Dies alles stellte eine bewusste Abkehr vom alten türkischen Charakter der Safawidenherschaft dar. Fortan stützte man sich immer mehr auf ethnische Iraner und ausländische Sklaven, die von persischer anstatt türkischer Kultur geprägt waren. Die Wahl Isfahans zur Metropole des Reichs, das aufwendige Bauprogramm, das die Stadt von Grund auf verwandelte, die königliche Vorliebe für das Ornamentale und die Entwicklung einer besonderen Isfahaner Philosophenschule kennzeichneten die Herausbildung einer neuen persischen Hochkultur, die den Respekt und die Bewunderung der aus unterschiedlichen Ethnien stammenden Eliten eines Reichs erregen und deren Gedanken und Sprache beeinflussen sollte. Das Reich erstreckte sich zu seinen Hochzeiten von Täbris bis Kandahar, das Abbas im Jahr 1622 erobert hatte.

Darüber hinaus trug die safawidische Beinahe-Wiederherstellung des alten »Großiran«, in dem weitgehend Friede und Ordnung herrschten, zu einem Wirtschaftsaufschwung bei, der vom Herrscherhaus nach Kräften gefördert wurde. Die Safawiden nutzten ihre

wachsenden Einnahmen, um Handelsstraßen zu verbessern und Karawansereien zu bauen. Unter Abbas war der Handel mit dem wichtigsten Exportgut des Iran, der Rohseide, ein königliches Monopol (das durch armenische Kaufleute verwaltet wurde).[73] Isfahan mit seiner Schwesterstadt Neu-Dschulfa wurde zu einem großen Wirtschafts- und Handelszentrum, in dem Ende des 17. Jahrhunderts allein 20.000 indische Kaufleute lebten.[74] Als der Engländer John Fryer 1677 dort eintraf, um Geschäfte zu machen (und dabei die Straßen der Stadt in persischer Kleidung durchwanderte, um keine Aufmerksamkeit zu erregen), fand er einen Tuchmarkt, der größer war als die berühmte Londoner Blackwell Hall, sowie vier katholische Kirchen vor. Der Schah hatte im Jahr 1598 den Augustinern die Errichtung einer Kirche gestattet, deren Ausschmückung er dann sogar selbst bezahlte.[75] Abbas war stark genug, um 1622 die portugiesische Niederlassung in Hormus zu zerstören, womit er diese Konkurrenz zu seinem Handelsplatz in Bandar Abbas ausschaltete. Schließlich wurde jedoch, wie wir noch sehen werden, das safawidische Projekt eines großen Agrarimperiums mit einem blühenden Handel unter königlicher Kontrolle und einer Einheit stiftenden Hochkultur dadurch vereitelt, dass die türkischen Stammesgruppen nicht völlig unterworfen werden konnten. Dies war wohl nicht zuletzt auf das ungünstige Verhältnis zwischen sesshaften Bauern und nomadischen Hirten auf der iranischen Hochebene zurückzuführen.[76] Trotzdem schufen die Safawiden über ihre Durchsetzung des schiitischen Islam als »Staatsreligion«[77] und die Wiedereinführung des Persischen als Sprache der Regierung und Hochkultur in ihrem ausgedehnten Herrschaftsbereich ein bemerkenswertes Maß an kultureller Einheit. Dass sie ihre Herrschaft weitgehend mit religiöser Gleichförmigkeit und einer allgemeinen Volksreligiosität identifizierten, steht in einem erstaunlichen Gegensatz zum osmanischen Modell. Dies könnte auch erklären, warum sich das territoriale Erbe

der Safawiden am Ende als etwas größer erweisen sollte als dasjenige ihrer früheren osmanischen Rivalen.

Das Osmanische Reich und der safawidische Iran waren Nachfolgestaaten des kurzlebigen Weltreichs, das Timur zwischen 1380 und seinem Tod im Jahre 1405 errichtet hatte. Der timuridische *Raj* war im 15. Jahrhundert auseinandergefallen, aber sein altes imperiales Zentrum im Turan (Transoxanien oder Westturkestan) war weiterhin der große kulturelle Umschlagplatz der islamischen Welt. Der Turan war immer noch Ausgangspunkt aller, die östlich oder westlich davon, von der iranischen Hochebene oder dem Nahen und Mittleren Osten bis zur Nordindischen Ebene, ein Reich gründen wollten. Seine turkomongolische Elite mit ihrer repräsentativen Hochkultur, ihren grandiosen Monarchiekonzepten und ihrer Kontrolle über ein weites kommerzielles und diplomatisches Netzwerk war eine Herrschaftsschicht auf der Suche nach ihrem eigenen Reich.

Da die geschrumpften Reste der Timuridenherrschaft die turanischen Oasen nicht mehr gegen die Angriffe der Kriegernomaden aus der Steppe verteidigen konnten, wurde gegen 1500 die Macht der Timuriden in ihrem turanischen Herzland von den Usbeken endgültig gebrochen. Zu den besiegten timuridischen Prinzen, die aus Samarkand vertrieben wurden, gehörte auch Babur, der in Kabul Zuflucht suchte.[78] Doch Baburs timuridischer Geist war ungebrochen. Im Jahr 1519 stieß er mit einer Armee von gerade einmal 1.500 Mann in die indische Tiefebene vor wie ein asiatischer Pizarro, der ein neues timuridisches Königreich erobern wollte. Er betrat Hindustan jedoch nicht als räuberischer Barbar aus der zentralasiatischen Steppe, sondern als Vertreter der fortschrittlichsten und kultiviertesten Gesellschaft der islamischen Welt. In der Schlacht von Panipat bei Delhi besiegte Babur die bisher dort herrschende muslimische Dynastie, das Lodi-Sultanat

von Delhi, und schwang sich zum Herrn von Nordindien auf. Dieser Triumph beruhte auf seinem persönlichen Mut, militärischen Fähigkeiten und der moderneren zentralasiatischen Kriegsführung, die sich vor allem durch ihre Beweglichkeit auszeichnete.[79] Allerdings beruhte der Erfolg seiner konquistadorischen Herrschaft auch auf seinem Prestige als Timuride und auf seiner Kontrolle der Handelsrouten zwischen Nordindien und Zentralasien, über die etwa die Hälfte der wertvollsten indischen Exporte befördert wurden.[80] Während Babur selbst den Reichtum des eroberten Hindustan durchaus zu schätzen wusste, hielt er dessen Mangel an zivilisierten Annehmlichkeiten mit wahrhaft imperialer Verachtung für ein Zeichen kolonialer Rückständigkeit. Als er in Agra eintraf, war er von dem Zustand des Gebietes regelrecht abgestoßen. Er wollte dort einen echten *Tschahar Bag* schaffen, einen Garten nach iranischem Stil mit fließendem Wasser und Blumen. Auf sein Geheiß »wurden in diesem reizlosen und unordentlichen Hind Gartenflächen […] voller Ordnung und Symmetrie angelegt […] und in jeder Blumenrabatte Rosen und Narzissen in vollkommener Ausrichtung gepflanzt.«[81] Höchstwahrscheinlich war es Baburs wahre Absicht, mit Hilfe der nordindischen Ressourcen die timuridische Herrschaft in Timurs alter Hauptstadt Samarkand wiederaufzurichten. Sein früher Tod (bezeichnenderweise ließ er sich in Kabul begraben) und die Politik seines Sohnes Humayun bewirkten jedoch, dass sich das timuridische Interesse von jetzt an dauerhaft auf die Herrschaft über Nordindien verlagerte.

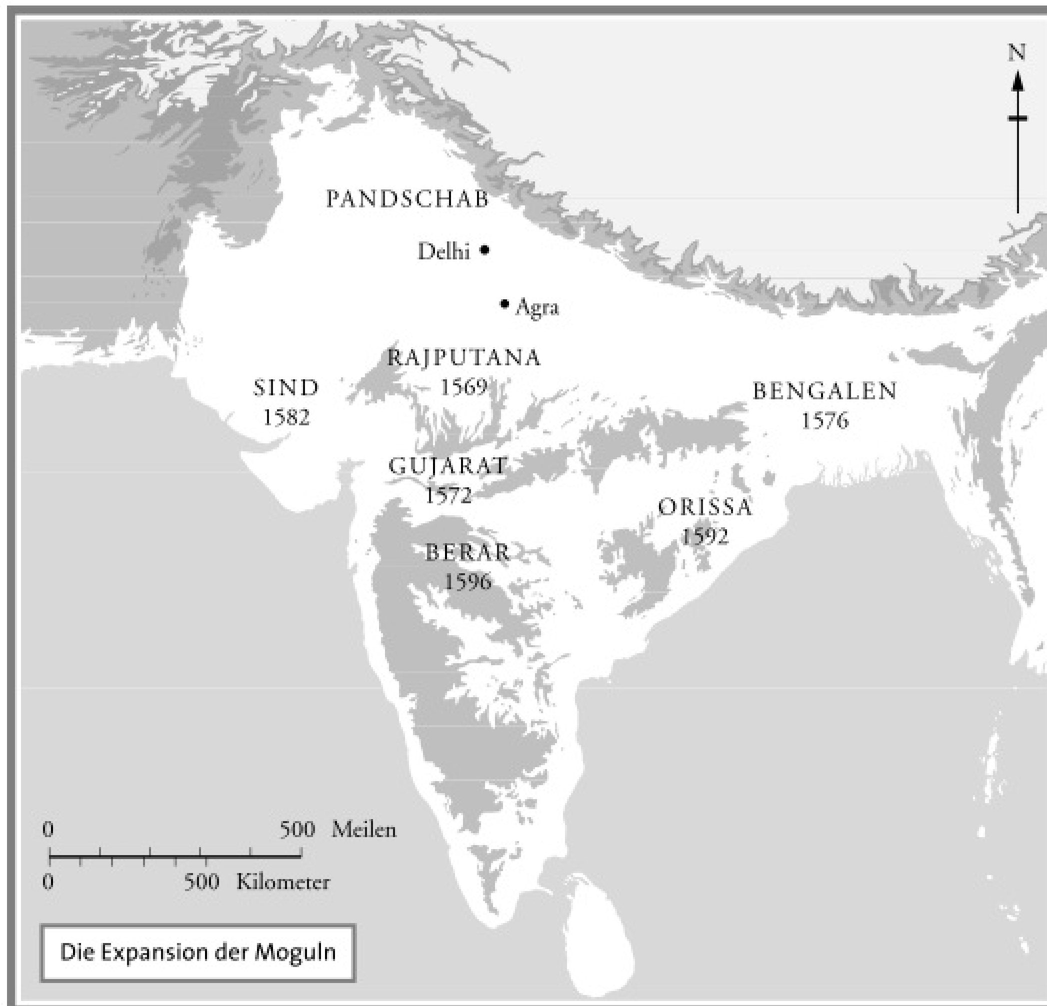
Die nordindische Welt, die Baburs Nachfolger regieren sollten, stand seit dem 11. Jahrhundert unter der Herrschaft muslimischer Kriegereliten türkischer oder afghanischer Herkunft. Bis 1500 war ein Großteil des indischen Subkontinents zwischen den großen Erobererstaaten aufgeteilt, die sie gegründet hatten: die Sultanate Delhi, Bengalen, Gujarat, Dekkan (das 1500 jedoch bereits in vier

Nachfolgestaaten zergefallen war), Khandesch, Multan und Kaschmir. Nur zwei Hindustaaten hatten diesen Ansturm überlebt: Mewa, ein Rajputenstaat in Nordindien, und Vijayanagar im äußersten Süden. Die muslimischen Kolonialeliten, die *Aschraf,* wollten unbedingt ihre Gruppensolidarität bewahren. Sie unterhielten deswegen ein geistiges »Establishment« von Theologen, Predigern und Richtern, das ihre eigene Kultur vor dem Aufgehen im Hindu-Milieu bewahren sollte.[82] Um die Fortdauer ihrer Herrschaft zu sichern, bauten sie Moscheen, Ausbildungsstätten, Schreine und bedeutende Monumente wie den eindrucksvollen *Minar* oder »Turm« im bengalischen Chhota Pandua.[83] In den Sultanaten selbst beruhte ihre Macht auf einem System halbfeudaler Landzuteilungen im Austausch gegen Militärdienste, und damit letztendlich vor allem im großen nordindischen »fruchtbaren Halbmond« der Indus- und Gangesebene auf den landwirtschaftlichen Überschüssen der Hindu-Bauern.

Baburs dramatische *Entrada* sollte jedoch bald scheitern. Die Delhi-Sultane, die nach Ostindien geflohen waren, gewannen unter Scher Schah ihre alte Stärke zurück, sodass dieser 1539 und 1540 Humayun aus Indien vertreiben konnte. Allerdings erwiesen sich Scher Schahs Nachfolger als unfähig, ein geschlossenes nordindisches Reich zu errichten, und so kehrten die Timuriden im Jahr 1555 nach Delhi zurück. Die dauerhaften Grundlagen des timuridischen Mogul-Reichs wurden dann unter der Herrschaft von Baburs Enkel Akbar (1555–1605) gelegt. Akbar gelang eine Reihe von Eroberungen, mit denen er bis Anfang des 17. Jahrhunderts fast den gesamten Subkontinent mit Ausnahme des äußersten Südens unter seine Gewalt brachte. Dies war jedoch kein kurzlebiger Despotismus, kein Reich eines Freibeuters, das so schnell zerfallen würde, wie es entstanden war. Akbar griff auf alte timuridische Traditionen zurück, um ein imperiales System zu gestalten, das gewaltiger und dauerhafter war als alles, was die vorherigen

muslimischen Herrscher in Indien jemals geschaffen hatten.

Die herrschende Schicht in Akbars Reich bildete der große Dienstadel der *Mansabdare* oder imperialen Ranginhaber (die meist zentralasiatischen oder iranischen Ursprungs waren),[84] die die Amire, also die Militär- und Verwaltungselite, stellten. Diese Männer wurden durch die bedeutenden Erträge aus den ihnen zugewiesenen Ländereien entlohnt, was natürlich auch ihre Loyalität sichern sollte. Das Geniale an Akbars System war seine sorgfältige Unterscheidung zwischen den Erträgen der *Dschagire,* der Landgüter, die den Mitgliedern dieser Elite als *Dschagirdaren* zustanden, und der Verwaltungs- und Rechtsgewalt über die gesamte Bevölkerung, einschließlich der Bauern, die auf diesen *Dschagiren* arbeiteten. Ein *Dschagirdar* zog also die Erträge seines jeweiligen Landguts ein, übte jedoch nicht die politische Herrschaft aus, die allein dem offiziellen Vertreter des *Padischah*, des »Kaisers«, zukam.[85] Das imperiale Zentrum verhinderte auf diese Weise die Entstehung eines dezentralisierten Feudalsystems. Darüber hinaus wurde eine neue und umfassende regelmäßige Steuererhebung eingeführt, durch die der Staat letztendlich den Löwenanteil der Erträge erhielt, die die *Dschagirdare* einsammelten. Obwohl Akbars Minister mächtigen lokalen Landbesitzern, die zu fest im Sattel saßen, um einfach so absorviert zu werden, manchmal aus politischen Erwägungen heraus Zugeständnisse machen mussten, konnten sie doch ihr Steuersystem – mit dem etwa die Hälfte des Werts der Agrarproduktion in Geld eingesammelt wurde[86] – mit bemerkenswerter Einheitlichkeit im ganzen Reich durchsetzen.[87]



Dieses hohe und regelmäßige Einkommen war das wahre Fundament der imperialen Macht der Moguln. Es finanzierte die Armee und das Kulturprogramm, das sich nach dem Vorbild des timuridischen Samarkand richtete. In alter turkoiranischer Tradition, nach der auch Timur gehandelt hatte, betrachtete sich Akbar nicht als muslimischen Kriegerkönig, sondern als absoluten Monarchen, der über ein sehr heterogenes Untertanenvolk regierte.[88] Seinem offiziellen Stammbaum zufolge sollte er sowohl von Timur als auch von Dschingis Khan abstammen.[89] Damit erklärte er sich zum legitimen Erben dieser »Welteroberer«. Das

Hofritual der Moguln, vor allem Akbars tägliches »Erscheinen« (*Darshan*) auf einer erhöhten Plattform (*Jaroka*), betonte die Obergewalt des *Padischah* selbst über seine bedeutendsten und reichsten Untertanen. Der Hof war auch Ort eines freigebigen literarischen Mäzenatentums. Er förderte das Studium der muslimischen »rationalen Wissenschaften« und die Poesie, die wichtigste Literaturgattung der islamischen Welt. Allerdings folgte die Hofkultur der Moguln in Kunst und Literatur persischen und zentralasiatischen Vorbildern. Persisch war die Sprache des Geisteslebens und der Regierung. Leben und Landschaft des Iran (und nicht Indiens) inspirierten die Mogul-Dichter, die eine Welt heraufbeschworen, die weit »von den alles beschmutzenden Einflüssen der Untertanenvölker« entfernt war.[90] Wie Timur begann auch Akbar ein gewaltiges Bauprogramm, dessen erstaunlichstes Produkt die jedoch bald wieder aufgegebene Hauptstadt Fatehpur Sikri war. Akbars Herrschaft war kosmopolitisch und eklektisch, ein Tribut an den Einfluss Zentralasiens als großer kultureller Drehscheibe. Vielleicht war sein vergeblicher Versuch, in den 1570er und 1580er Jahren eine stärker zentralisierte Regierung einzuführen (der zum großen Aufstand von 1580 bis 1582 führte), sogar in gewissem Maße vom chinesischen System einer meritokratischen Beamtenschaft und dessen spezifischer Ausprägung im timuridischen Samarkand beeinflusst.[91] Bekanntermaßen lehnte Akbar auch die klassische islamische Unterscheidung zwischen der Gemeinschaft der gläubigen Muslime, der *Umma*, und den Ungläubigen ab. Im Jahr 1579 schaffte er die *Dschizya,* die allen Nicht-Muslimen auferlegte Kopfsteuer, ab und spielte sogar mit dem Gedanken, eine neue religiöse Synthese zwischen Islam und Hinduismus durchzusetzen.

Reichtum und Glanz von Akbars Imperium spiegelten die Größe und Produktivität der Mogul-Wirtschaft wider. Mit ihrer Bevölkerung zwischen 60 und 100 Millionen und ihrem »Halbmond« voller fruchtbarer Schwemmböden regierten

die Moguln über eine größere und reichere Wirtschaft als die Osmanen oder Safawiden.[92] Das Indien der Moguln war eine bedeutende Handelsmacht, die große Mengen an Nahrungsmitteln, Baumwolltextilien, Tabak, Zucker und Indigo vor allem an ihre osmanischen, iranischen und usbekischen Nachbarn lieferte. Die indischen Kaufleute unterhielten ein weit gespanntes Handelsnetz mit Buchara, Isfahan und sogar Astrachan im moskowitischen Russland. Die handwerkliche Produktion, vor allem von Textilien, war gerade auf dem Land weit verbreitet. Schätzungen lassen vermuten, dass die Fertigungskapazitäten Indiens die europäischen weit übertrafen. Dabei förderten die Moguln den Innen- und den Außenhandel. Die Effizienz ihres Steuersystems führte zu einem großen Überschuss, den die privilegierte Klasse des besoldeten oder mit Landgütern ausgestatteten Dienstadels, die *Mansabdare* und *Dschagirdare,* sowie deren riesiges Gefolge zum Kauf von Luxusgütern und Fertigwaren verwenden konnten. Der Handel zwischen den einzelnen Regionen wurde durch den Frieden im Mogul-Reich und die gerade von europäischen Reisenden immer wieder gepriesene Bequemlichkeit und Sicherheit des Reisens einfacher und billiger.[93] Tatsächlich hielten die Mogul-Kaiser die alte zentralasiatische Tradition des Schutzes und der Förderung des Handels aufrecht. (Immerhin waren die zentralasiatischen Herrscher ja die Hüter der Seidenstraße.) Sie bauten Festungen und Karawansereien, gründeten neue Städte und erweiterten alte Handelszentren. Sicherlich hatte das Indien der Moguln im Vergleich zum turko-iranischen Herzland der islamischen Welt und den rivalisierenden Kulturen in China und dem Westen in gewisser Hinsicht »rückständige« oder »koloniale« Merkmale. Es war technisch weniger fortgeschritten, wobei die phantastische Geschicklichkeit der indischen Handwerker die mangelhaften Werkzeuge ausglich. Obwohl der Staat sich immer wieder darum bemühte, gibt es kaum Anzeichen dafür, dass die

privilegierte Elite des Dienstadels ihren Reichtum zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion oder der Produktivitätsverbesserung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen eingesetzt hätte.[94] Ihr raues und unsicheres Umfeld mag sie daran gehindert haben.[95] Allerdings wies bei Akbars Tod nichts darauf hin, dass die ökonomischen Grundlagen der Mogul-Herrschaft nicht ausreichend sein könnten für die Aufrechterhaltung eines großen imperialen Staates und der islamischen Kultur, die er repräsentierte.

Das lange 16. Jahrhundert in Ostasien

Das lange 16. Jahrhundert war auch in Ostasien, dem riesigen Gebiet, das China, Japan, Korea und die innerasiatische Steppe umfasste, eine Zeit außergewöhnlicher Dynamik. Die Frühphase der Ming-Herrschaft zwischen 1368 (dem Regierungsantritt der Dynastie) und den 1430er Jahren zeichnete sich durch eine kraftvolle Wiederbelebung spezifisch chinesischer politischer und kultureller Traditionen aus, die ein langes Zwischenspiel fremder Herrschaft und Einflussnahme unter der mongolischen Yuan-Dynastie ablöste. Die ersten Ming-Kaiser erweckten den bürokratischen Staat und das Prüfungssystem, auf dem dieser beruht hatte, zu neuem Leben. Sie schafften die Chefminister des vorherigen Regimes ab und schufen sich ihren persönlichen Absolutismus. Sie erklärten sich zu Anhängern der konfuzianischen Orthodoxie und förderten Sammlung und Herausgabe der konfuzianischen Schriften. 1420 wurde Peking wieder Reichshauptstadt, nachdem die Fertigstellung des Großen Kanals regelmäßige Lieferungen aus der großen Kornkammer des Jangtse-Tals garantierte.[96] Durch diese Maßnahmen wurden die Ming die eigentlichen Gründer des

Regierungssystems, das in China bis zur Revolution von 1911 überdauerte. Ihre Wiederbelebung der kulturellen Vormachtstellung des Konfuzianismus sollte fast ebenso lange währen.

Tatsächlich war die Ming-Herrschaft eine heftige Reaktion auf alles, was ihre ursprünglichen Unterstützer als die Korruption, Unterdrückung und übermäßige Besteuerung der mongolischen Yuan-Dynastie betrachteten.[97] In Befolgung konfuzianischer Glaubenssätze vertraten die Ming-Kaiser eine agrarische Ideologie, in der das Land den wahren Reichtum repräsentierte, der wiederum die sozialen Verpflichtungen nach oben und nach unten bestimmte. Die gesellschaftliche Ordnung und der kulturelle Zusammenhalt, beides zentrale Bestandteile der Stabilität des Reiches, waren in ein System landwirtschaftlicher Produktion eingebunden, von deren Nahrungsmitteln und Grundsteuern die dynastische Autorität abhing. Die Angst vor Unruhen, die nicht zuletzt zum Untergang der Yuan geführt hatte, und der daraus folgende aufmerksame Schutz des Friedens auf dem Land ließen die Ming davor zurückschrecken, trotz der ungeheuren Kosten der Grenzverteidigung zu hohe Steuern zu erheben. Im 16. Jahrhundert verfügten sie nicht zuletzt aus diesem Grund über eine personell unterbesetzte, schlecht bezahlte und unzulängliche Verwaltung.[98] Die zu geringen Steuereinnahmen und die Weigerung, den Regierungsagenturen eigene Handelsgeschäfte zu erlauben, lösten eine schwere Finanzkrise aus. Außerdem war Ende des 16. Jahrhunderts der Versuch endgültig gescheitert, die Reichsverteidigung durch eine Armee zu gewährleisten, die ihre Finanzierung durch eigene Landgüter selbst erwirtschaften musste.[99] Zu dieser Zeit begann die Zahl der ländlichen Unruhen, die zuvor während der Ming-Herrschaft eher selten gewesen waren, sprunghaft zu steigen.

Die Ming-Diplomatie sollte die äußeren Bedingungen für die innere Stabilität des Landes sichern. In dieser Hinsicht waren die berühmten Seefahrten des Admirals Zheng He

durch den gesamten Indischen Ozean, die der Kaiser Yongle angeordnet hatte, eine außergewöhnliche Abweichung, die vielleicht der Angst vor einem Angriff Timurs und seiner Nachfolger entsprang. Der von 1403 bis 1424 regierende Yongle, der »zweite Gründer« der Dynastie, war ein überaus entschlossener und angriffslustiger Monarch. Sein Seeimperialismus, die langwierigen Bemühungen, Vietnam seinem Reich einzuverleiben, und seine Feldzüge gegen die innerasiatischen Nomaden könnten Elemente einer Strategie gewesen sein, Chinas Vorherrschaft über ganz Ostasien zu sichern[100] – die jedoch zum Scheitern verurteilten war, da keine ausreichenden Mittel verfügbar waren. Yongles Nachfolger wählten deshalb einen drastischen Kurswechsel: Die maritimen Abenteuer wurde abrupt gestoppt. Auch private Überseereisen und der komplette private Außenhandel wurden verboten. Um Nordchina gegen Invasionen aus der Steppe und unwillkommene Kontakte mit deren Nomaden zu schützen, vertrauten sie jetzt lieber auf die Große Mauer als auf militärische Expeditionen. Die Große Mauer, die frühere Grenzbefestigungen verlängern und verstärken sollte, wurde ab 1470 gebaut, allerdings erst in den folgenden Jahrhunderten fertiggestellt. Sie war immer noch im Bau, als die Ming-Dynastie im Jahr 1644 unterging.[101]

Die späteren Ming-Kaiser wollten also Chinas Stellung in Ostasien durch eine Betonung seiner kulturellen Einheit und die Ablehnung von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland aufrecht erhalten. Dies bedeutete einen bewussten Rückzug aus der innerasiatischen Politik, in der die Yuan noch einen bestimmenden Einfluss ausgeübt hatten. Man versuchte, den See- und den Innerasienhandel in den rigiden Rahmen offizieller »Tributbeziehungen« zu pressen, doch bereits Anfang des 16. Jahrhunderts war dieser Versuch gescheitert. Die Nachfrage der Steppennomaden nach Textilien und Getreide übertraf die Lieferungen über die offiziellen Handelskanäle bei weitem. Als Folge davon nahmen die

Auseinandersetzungen an der Grenze zu.[102] Chinas nomadische Nachbarn verschafften sich durch Raubzüge die Güter, die ihnen die Chinesen nicht als Handelswaren liefern wollten oder durften. An den Küsten führte dieselbe restriktive Politik zu einem riesigen Aufschwung des Schmuggels und der Piraterie, als China die ersten Auswirkungen des europäischen Seehandels und, noch wichtiger, des politischen und wirtschaftlichen Wandels in Japan zu spüren begann.

Seit dem späten 12. Jahrhundert herrschte in Japan ein Kompromiss-System, in dem der Kaiser die legitime Autorität verkörperte, die wahre Macht jedoch in den Händen des Shoguns lag, der vom Kaiserhof offiziell als Vizekönig oder Regent anerkannt wurde. Der Shogun, »der Unterdrücker der Barbaren und große General«, war – oder versuchte es zumindest zu sein – ein erblicher Militärdiktator, der gewöhnlich aus den Rängen der kaiserlichen Generäle aufgestiegen war. Tatsächlich beruhte die Stärke eines Shoguns jedoch auf der Koalition seiner Verbündeten unter den Feudalherren und ihren *Bushi* oder Samurai, den ihnen dienenden Mitgliedern der Kriegerkaste. Unter den Ashikaga-Shogunen brach dieses System jedoch zusammen und zerfiel in einer »feudalen Anarchie« von sich gegenseitig bekriegenden Lehnsfürsten, die von den 1460er Jahren bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts andauerte. Etwa zur selben Zeit erlebte das Japan des 15. Jahrhunderts einen bemerkenswerten Wirtschaftsaufschwung. Man baute neue Feldfrüchte an und exportierte neue Güter, wie etwa Kupfer, Schwefel und Schwerter. Die Handelskontrollen der Ming bedeuteten jedoch, dass Japans wichtigster Absatzmarkt großenteils nur über ein Netz von Schmugglern und Piraten erreichbar war. Allerdings führte der Zusammenbruch des Shogunats, das den inoffiziellen Handel ebenfalls missbilligt hatte, und der Aufstieg der *Daimyo,* der lokalen Grundherren, von denen sich viele direkt am Handel beteiligten, zu einem explosionsartigen Wachstum des

japanischen Seehandels. Mitte des 16. Jahrhunderts hatten die japanischen Händler, Freibeuter und *Wako*-Piraten ihr Operationsgebiet bis nach Thailand, Burma und Indien ausgedehnt. Japans Silberförderung machte es zu einem »asiatischen Mexiko« und Haupthandelspartner der Portugiesen und Spanier, die immer häufiger im Pazifik auftauchten.[103] Im Jahr 1567 gab der Ming-Kaiser den Kampf gegen den illegalen Handel auf und öffnete die chinesischen Häfen – allerdings nicht für die Japaner.[104] Seit 1578 durften ausländische Kaufleute in Kanton Handel treiben. Die Portugiesen bekamen außerdem die Genehmigung, Japan anzulaufen, wo sie 1571 in Nagasaki eine Handelsniederlassung eröffneten.

Diese Handelsoffensive wurde von einer bemerkenswerten christlichen Missionierung begleitet, deren Hauptquartier in Goa, dem Sitz des portugiesischen Estado da India, lag. Portugals europäisches Monopol, was die Erforschung und den Handel mit Ostasien betraf, war vom Papst bestätigt worden, weil er dadurch den Heiden den wahren Glauben zu bringen hoffte. Goa war der erste Anlaufpunkt für Dutzende von Missionaren, die danach in viele Gebiete Asiens weiterzogen. Francisco de Xavier, der später heilig gesprochene Franz Xaver, ein Mitbegründer des Jesuitenordens, ging 1542 barfuß und in Lumpen in Goa an Land. Er starb zehn Jahre später an der südchinesischen Küste. Sein Leichnam wurde zur Bestattung zurück nach Goa gebracht, wo er den Gläubigen einmal im Jahr gezeigt wurde, wobei sein Körper auf wundersame Weise keinerlei Verwesungserscheinungen zeigte. Sein Ansehen bei den Gläubigen war so hoch, dass der Papst forderte, dass zumindest einer seiner Arme nach Rom gebracht werde. Andere Jesuiten gingen an den Hof der Moguln, und einer, Roberto de Nobili, verbrachte viele Jahre in Südindien, wo er vergeblich versuchte, den Hinduismus und den Katholizismus zur Zufriedenheit der Brahmanen miteinander zu versöhnen. Der vielleicht bemerkenswerteste

Jesuitenpriester war jedoch Matteo Ricci. Er ging 1582 nach China, wo er nach jahrelangen diplomatischen Bemühungen 1601 die Erlaubnis bekam, Peking zu betreten. Dort verschaffte ihm seine Gelehrsamkeit, die er geschickt dem Stil und Verhalten der konfuzianischen Gelehrten anzupassen wusste, Zutritt zum Hof. Ricci zeichnete die erste Karte in China, auf der auch der amerikanische Doppelkontinent abgebildet war. Sein Wissen auf den Gebieten der Kartographie, Medizin und Astronomie wurde zum Markenzeichen der jesuitischen Mission und zur Hauptquelle ihres Prestiges. Riccis tatsächliches Anliegen, die konfuzianischen Intellektuellen davon zu überzeugen, dass ihre Himmelsvorstellung in Wirklichkeit mit seiner Gottesidee übereinstimmte, erwies sich dagegen als weitgehend wirkungslos. Trotzdem blieb er weit über seinen Tod hinaus die verlässlichste europäische Quelle über alle chinesischen Angelegenheiten, bis nach etwa 1750 europäische Kaufleute in großer Zahl in Südchina eintrafen.

Den Ming verschafften dagegen ihre Öffnung für den Handel und ihr Versuch, die Nomaden an ihrer Grenze friedlich zu stimmen, nur eine kurze Atempause. In Japan fand in den Jahren nach 1570 ein dramatischer Kampf um die Einheit des Landes statt. Zuerst Nobunaga und danach Hideyoshi setzten rücksichtslos ihre persönliche Oberhoheit über die bisherigen regionalen Kriegsherren, die *Daimyo,* durch. Dabei halfen ihnen die modernen Kanonen und Musketen. Hideyoshi war entschlossen, die Kontrolle über die Handelsroute von Japan nach China entlang der koreanischen Küste zu erringen. Als sich die Ming weigerten, mit ihm zu verhandeln, fasste er den erstaunlichen Plan, zuerst Korea und dann China selbst zu erobern. 1592 fiel er mit einer riesigen Armee von 200.000 Mann in Korea ein. Als die Chinesen intervenierten, versuchte er, China zur Teilung der Macht in Korea und zur Erlaubnis eines freien Handels zu bewegen. Weil die Chinesen dies ablehnten, wagte er 1597 eine zweite

Invasion, die aber nach kurzer Zeit abgebrochen wurde, nachdem er unerwartet gestorben war. Hideyoshis Ehrgeiz war größer gewesen als sein militärisches Potential. Die Ming konnte man nicht so einfach beiseite schieben. Allerdings waren die eigentlichen Opfer der koreanischen Kriege die Ming-Finanzen – und das Ming-System.

Die Ming hatten zwar die japanische Bedrohung abgewehrt, aber entlang der Großen Mauer waren sie immer noch dem Druck mongolischer Nomaden ausgesetzt. Ihr gefährlichster Feind baute unterdessen an ihrer Grenze ein Reich auf, das sie nach 1620 überrennen sollte: das Reich der Mandschuren. Seit 1590 hatte Nurhaci, ein nomadischer Heerführer nach der Art Dschingis Khans, ein mandschurisches Gemeinwesen geschaffen, das Stämme aus dem Wald und der Steppe mit sesshaften Bauerngemeinschaften in den Grenzgebieten nordöstlich von Peking vereinigte. Als die Macht der Ming durch die ständigen Finanzkrisen und wachsenden inneren Unruhen immer mehr abnahm, verstärkte er seine Kontrolle über die an der Grenze lebenden Mongolen und Chinesen, für die seine Herrschaft präsenter war als die ihres nominellen Oberherrn. Im Jahr 1601 schuf er eine stehende Armee, die er nach dem »Banner«-System aufbaute. Es kombinierte eine Betonung der mandschurischen ethnischen Identität mit der Einteilung in militärische »Abteilungen« (»Banner«) als den zentralen Sozial- und Verwaltungseinheiten. Im Jahr 1615 schickte er seine letzte Tributgesandtschaft nach Peking. Drei Jahre später gab er ein Manifest heraus, in dem er die Ming angriff und die Absicht bekundete, diese Dynastie zu stürzen. Bis 1636 konnten seine Nachfolger diese Absicht nicht nur durch militärische Eroberungen verwirklichen, sondern mehr noch dadurch, dass sie mächtige Chinesen auf ihre Seite zu ziehen vermochten. Der offizielle Beginn der neuen Qing-Dynastie wird gewöhnlich jedoch erst auf das Jahr 1644 datiert, in dem der letzte Ming-Kaiser Selbstmord beging und die Mandschus danach in Peking einzogen.

Was war nun aber die Bedeutung dieses Wechsels im »Mandat des Himmels« und der japanischen Wiedervereinigung nach 1590? Beide Entwicklungen beendeten das »Offenheits«-Experiment, das man nach 1550 in Ostasien durchgeführt hatte. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hatte das Zusammenwirken der japanischen kommerziellen und maritimen Expansion, der Öffnung Chinas und des Eintreffens europäischer Händler den Austausch von Menschen, Gütern und Ideen stimuliert.[105] Chinesen und Japaner zogen nach Südostasien; Europäer trieben Handel mit Japan und China. In China hatten die neuen Überseemärkte für Porzellan und Seide das Wachstum der Städte beschleunigt. Der Zufluss von japanischem und amerikanischem Silber, mit dem diese Güter bezahlt wurden, versorgte Chinas Wirtschaft und Steuersystem mit Kapital, ein wichtiger Vorteil in einem Land ohne nennenswerte Edelmetallvorkommen.[106] Japan mit seiner großen Bevölkerung von etwa zwölf Millionen (dreimal so viel wie in Großbritannien), seinem Seehandel und seinen Silbervorkommen war sicherlich der wichtigste Faktor in diesem Öffnungsprozess. In den Handelshäfen Südwestjapans konnte das Christentum zum ersten Mal Fuß fassen, als die Jesuiten dort nach 1580 an Land gingen. Sie nutzten dabei geschickt den Reiz des Christentums als gesellschaftliches Bindemittel in einer Zeit der Wirren aus.[107]

Hideyoshis Oberherrschaft, der die systematische Unterdrückung der Autonomie der *Daimyo* durch den ersten Tokugawa-Shogun Ieyasu (1524–1616) folgte, leitete jedoch das allmähliche Ende des japanischen »christlichen Jahrhunderts« und der kurzen Ära des freien Überseehandels ein. Das Christentum machte man jetzt – vor allem in Kyushu, wo 1638/39 ein größerer Aufstand stattfand –, für den Widerstand der *Daimyo* verantwortlich. Viele Christen wurden getötet, und im Jahre 1640 wurde das Christentum ganz verboten. Ieyasu hatte noch versucht, den

Auslandshandel zu kontrollieren. Seine Nachfolger zogen es vor, die Europäer gänzlich zu vertreiben. Die Spanier wurden 1624 ausgewiesen. Zu dieser Zeit hatten die englischen Kaufleute das Land bereits verlassen. Die Portugiesen wurden zuerst auf die Insel Deshima im Hafen von Nagasaki beschränkt und dann 1639 zum Abzug gezwungen. Kein Japaner durfte nach 1635 mehr ins Ausland reisen. Nur die chinesischen Händler und Handwerker kamen weiterhin ins Land, und Nagasaki hatte ein eigenes Chinesenviertel. Der kulturelle Einfluss Chinas blieb weiterhin stark. Gegenüber dem Rest der Welt galt diese neue Politik der »Abschließung« (*Sakoku*) jedoch nahezu uneingeschränkt.

Sie ging mit der systematischen Bekräftigung der konfuzianischen Lehre durch die neue Tokugawa-Regierung einher, die jetzt in Edo (dem heutigen Tokio) saß. Die Tokugawa-Herrschaft behielt zwar die äußeren Formen des Feudalismus in den *Daimyo*-Lehnsgütern bei, veränderte aber deren Substanz. Die Feudalherrschaft wurde geschwächt, indem man den Dörfern Autonomie gewährte und die Samurai von einer lokalen Kriegerkaste in eine Art besoldeten Dienstadel verwandelte, der die Landgüter verwaltete und dafür (mit Reiszuteilungen) entlohnt wurde. Um diese Reformen durchzusetzen, förderten die frühen Tokugawa-Shogune die konfuzianischen Denker und Erzieher. Diese verbreiteten die konfuzianische Lehre von einer Vier-Stände-Hierarchie (Beamte, Bauern, Handwerker und Kaufleute) und der Notwendigkeit, in einem wohlgeordneten Staat die gesellschaftliche und natürliche Harmonie aufrecht zu erhalten.[108]

Im China der Qing gab es ganz ähnliche Tendenzen. Der Dynastiewechsel bedeutete keinesfalls das Ende des Konfuzianismus, sondern dessen bewusste Übernahme als offizielle Ideologie der neuen Mandschu-Herrschaft. Die Qing-Kaiser hatten eine geringere Abneigung gegen Außenhandelskontakte als ihre Ming-Vorgänger. Sie hegten

aber starke Bedenken gegen dessen politische Auswirkungen in der Küstenregion südlich des Jangtse, die geographisch weit entfernt lag, nur schwer zu kontrollieren war und den letzten Ming-Getreuen, deren Unterwerfung sehr langwierig war, als Zufluchtsort diente.[109] Die bedeutendste Errungenschaft der Mandschu-Dynastie war jedoch die Umkehrung der Grenzpolitik der Ming, deren Isolationismus letztlich katastrophale Folgen gehabt hatte. Die Vertrautheit der Mandschu-Diplomatie mit den Verhältnissen in der Steppe trug dazu bei, die Innere Mongolei in eine Pufferzone zu verwandeln und die Macht des chinesischen Reichs in den Weiten Innerasiens zu festigen. Auf diese Weise wurde die Bedrohung der chinesischen Stabilität aus dem Norden wirkungsvoll abgewehrt. Nachdem sich der einstige Unruhestifter Japan in seine neokonfuzianische Isolation zurückgezogen hatte und der Konfuzianismus auch in Korea und Vietnam herrschende Lehre geworden war, schloss die Machtübernahme der Mandschus jetzt die erstaunliche Wiederherstellung der ostasiatischen Weltordnung ab. Der europäische Einfluss, der im fernen Java seinen Hauptstützpunkt hatte, war nun auf einige wenige Stützpunkte beschränkt. Das frühere holländische Interesse an direkten diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen machte einem gegenseitigen Desinteresse Platz: Nach 1690 schickte die holländische Ostindische Kompanie endgültig keine Schiffe mehr nach China.[110] Gleichzeitig stand das kaiserliche China auf dem Höhepunkt seiner Macht.

Der Vergleich mit Europa

Will man das Europa des 15. und 16. Jahrhunderts mit anderen Teilen Eurasiens vergleichen, erfordert dies eine

gewisse geistige Anpassung. Da wir Europa viel genauer kennen, betrachten wir es gerne als pulsierenden kulturellen und politischen Ameisenhaufen, der in einem starken Gegensatz zur »Starre« der »orientalischen« Gesellschaften steht. Die Existenz so vieler unterschiedlicher Gemeinwesen mit ihren je eigenen Herrschern, Armeen, Rechts- und Steuersystemen, die alle ums Überleben kämpfen, verstärkt diesen Eindruck einer geschäftigen, dynamischen Zivilisation zusätzlich. Wir sollten jedoch all diese Aktivitäten (und die Massen an bedrucktem Papier, die sie produzierten) nicht als Beweis deuten, dass die europäischen Staaten damals bereits die Mittel und Wege entdeckt hätten, in der ganzen Welt ihre Vorherrschaft durchzusetzen.

Das Gegenteil ist richtig. Die dynamischsten Elemente in der frühneuzeitlichen Kultur Europas versprachen nicht so sehr eine große Umwälzung, sondern wirkten eher wie Symptome einer zerstörerischen Instabilität. Der intellektuelle Aufstand gegen die spätmittelalterliche Scholastik und die »Wiederentdeckung« eines weit größeren klassischen Literaturkorpus bildeten die Grundzüge des »Renaissance-Humanismus«. Geschichte, Politik und Rhetorik der römischen Republik hatten für die städtischen, bürokratischen und selbstbewussten Milieus in Norditalien und Flandern einen ganz besonderen Reiz. [111] Diese beförderten zugleich die neue Idee des säkularen Staates, was die Vorrechte der Geistlichkeit unterminierte. Sie schufen ein geistiges und religiöses Klima, in dem die Doktrinen und Institutionen der Kirche viel systematischer angegriffen werden konnten, als es bisher einzelnen Häretikern oder Sozialrebellen möglich gewesen war. Der erstaunliche Erfolg der protestantischen Reformation beruhte auf ihrem schnellen Aufstieg zu geistiger Respektabilität, ihrem Reiz für weltliche Herrscher (wie dem Kurfürsten von Sachsen, dessen schützende Hand für Luthers Wirken so wichtig war) und ihrer Verbindung mit

der Verteidigung städtischer und fürstlicher Freiheiten gegen die immer größer werdenden Ansprüche der Monarchen und aller, die ein Reich aufbauen wollten.

Tatsächlich konnte man das religiöse Abweichlertum in einer Zeit, da der starke Bevölkerungsanstieg und die hohe Inflation die gesellschaftlichen Konflikte verschärften, durchaus als gravierende Gefährdung der sozialen, politischen und moralischen Ordnung deuten. Dies trieb das päpstliche Programm der Kirchenreform, das auf dem Konzil von Trient von 1545 bis 1563 in eine feste Form gebracht wurde, voran und erklärt ebenso die Eile, mit der Königin Elisabeth I. in England die anglikanische *Via media* entwickelte. Doch es gab auch nach 1560 erbitterte ideologische Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten, die in den französischen Religionskriegen und dem Aufstand der holländischen Protestanten gegen ihre katholischen Herrscher aus dem Hause Habsburg gipfelten. Während der Renaissance-Humanismus mit dem selbstbewussten, leistungswilligen und rationalen Individualisten, wie ihn Jacob Burckhardt beschrieben hat,[112] einen neuen sozialen Typus schuf und den Staat von einem Konglomerat von Bräuchen zu einem »Kunstwerk«[113] umwandelte, rief die Reformation einen Geist des Aufstands, der Intoleranz und des Dogmatismus ins Leben, der die sich gegenseitig bedrängenden Staatswesen des Okzidents unregierbar zu machen drohte.

Vielleicht war auch aus diesem Grund die attraktivste politische Idee der damaligen Zeit das dynastische Denken. Monarchen oder Fürsten waren ideale Gesetzgeber, deren Legitimität auf ihrer Abstammung beruhte – was sie von den durch eigene Kraft an die Macht gekommenen Despoten unterschied – und die auf die bedingungslose Treue ihrer Untertanen zählen konnten. Verbunden mit den neuen Vorstellungen von einer säkularen Beamtenschaft und dem Monarchen als glanzvollem Förderer der Gelehrsamkeit und der Künste, war die dynastische Herrschaft ein mächtiges

Instrument, um die gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und eine feste politische Ordnung zu schaffen. In der Praxis verminderten die europäischen Verhältnisse jedoch die Möglichkeiten dieser Herrscher beträchtlich. Die lokale Gewalt lag immer noch weitgehend in den Händen adliger Granden und ihrer Klientel. Deren Ambitionen und Rivalitäten überwogen oft die Wirkung königlicher Erlasse. In ihrem Kampf gegen die Zentralisierungstendenzen der Herrscher konnten sie auf den Lokalpatriotismus und dessen Beharren auf alten Bräuchen zählen und je nachdem entweder mit der Unterstützung durch religiöse Abweichler oder mit dem konservativen Widerstand gegen ein reformistisches Regime rechnen. Das größte dynastische Projekt der Reformationszeit, der Plan Karls V. für eine Universalmonarchie, die die habsburgischen Lande in Deutschland, Spanien und den Niederlanden unter einem einzigen Herrscher, seinem Sohn Philipp, hätte vereinigen sollen, scheiterte an einer Allianz zwischen deutschen Fürsten und protestantischen Reformatoren.

Das dynastische Denken war in einem Kontinent mit dieser Vielzahl kleiner Staaten allerdings zugleich ein destabilisierendes Element. Im Mittelpunkt der dynastischen Planung und Politik standen immer die Zufälle von Geburt und Tod, die unzählige Ansprüche und Streitigkeiten hervorbrachten. Die dynastische »Logik« missachtete jede lokale Autonomie oder kulturelle Identität. Sie ignorierte das Gleichgewicht der Kräfte. Sie führte zu bitteren Rivalitäten, deren Höhepunkt sicherlich die Kriege zwischen den Habsburgern und den Valois in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren. Sie verhinderte auch jedes gemeinsame Vorgehen gegen den osmanischen Imperialismus in Südosteuropa oder am Mittelmeer. Laut einer venezianischen Depesche erklärten im Jahr 1558 viele deutsche Fürsten, sie würden sich lieber mit den Türken einigen als Philipp II. zu ihrem König zu wählen.[114] Die Furcht vor den Ungläubigen stand dem französisch-

türkischen Bündnis gegen die Habsburger aus dem Jahr 1536 nicht im Weg. Sie konnte auch Philipp II. nicht dazu bewegen, nach 1580 den Kampf gegen die rebellischen Niederländer abzubrechen und die spanische Streitmacht ganz auf die Türken im Mittelmeer zu konzentrieren.[115] Die europäische Staatskunst war weit davon entfernt, sich über eine gemeinsame Vormachtstellung in Eurasien Gedanken zu machen, sondern interessierte sich nur für die innereuropäischen Konflikte. Bezeichnenderweise nutzte man den Reichtum der Neuen Welt, um die dynastischen Ambitionen der Alten Welt zu finanzieren. Die nach 1580 stark steigenden Erträge aus den amerikanischen Silberminen nutzte Philipp II. zur Finanzierung seiner dynastischen Hegemonialkriege, doch trotz dieses Geldregens musste er 1596 den Staatsbankrott erklären.[116]

Im Europa des 16. Jahrhunderts wurde ein Großteil der geistigen und politischen Energien von den Religions- und dynastischen Kriegen aufgezehrt, die den Kontinent erschütterten, bis am Ende des Jahrhunderts ein Friede der Erschöpfung entstand. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, warum die europäische Expansion für die islamischen Reiche und die großen Staaten Ostasiens kaum eine Bedrohung darstellte. Das Denken und die Gelehrsamkeit Europas schienen sich in einem Feuerwerk von theologischen Erörterungen zu erschöpfen. Die wissenschaftliche Forschung musste sich noch vom Glauben an Zauberei und astrologische Prophetie befreien, dem auch die meisten Gebildeten weiterhin anhingen. Die große Ausnahme von dieser allgemeinen politischen und geistigen Innenschau war das spektakuläre Wachstum einer maritimen Subkultur.

Es lag nahe, dass eine »Halbinsel der Halbinseln« (wie man Europa auch beschreiben könnte), die von zahlreichen »Binnenmeeren« – dem Mittelmeer, der Ostsee, der Nordsee, dem Ärmelkanal und der Irischen See – umgeben war, ein dichtes Netz von Seewegen entwickelte.

Zwangsläufig hatten die unterschiedlichen Gewässer vor allem im atlantischen Europa eine große Bandbreite von Schiffstypen und maritimen Techniken hervorgebracht. Durch die Kombination von leicht zugänglichem Hinterland, ökologischer Vielfalt und großer Bevölkerungsdichte herrschten in Europa bessere Bedingungen als in anderen Seegebieten, wie dem westlichen Indischen Ozean (der Ostafrika, den Persischen Golf und das westliche Indien miteinander verband) oder der südostasiatischen Inselwelt. Als Ergebnis entstanden lange vor 1400 bedeutende »Seemächte«: Venedig, Genua, Ragusa und Aragón im Mittelmeer, Portugal in Südwesteuropa sowie Dänemark, Norwegen, die Hanse, England und schließlich Holland im Norden. Diese maritim orientierten Staaten zeichneten sich durch eine lukrative Mischung aus Fischerei, Seehandel und Piratentum aus. (Die Händler griffen zur Piraterie, wenn ihre Rivalen sie mit Gewalt von ihrem Handel ausschließen wollten.)[117] Die Nutzung der See genoss die Unterstützung der Regierungen, die die Einkünfte und Steuern, die der Seehandel erbrachte, dringend benötigten. Außerdem war es kein Zufall, dass die Kartographie und die Entwicklung von Navigationshilfen die Bereiche waren, in denen die wissenschaftlichen Experimente am schnellsten in die technische Praxis umgesetzt wurden. Spätestens in den 1570er Jahren war die ptolemäische Weltkarte (die ihrerseits erst im 15. Jahrhundert in Europa »wiederentdeckt« wurde) von der viel genaueren Karte des Abraham Ortelius abgelöst worden, die auf den Berichten europäischer Reisender und Seefahrer beruhte. Am Ende des Jahrhunderts lag bereits enormes Wissen über Asien und Amerika in gedruckter Form vor. Reiseberichte aller Art, ob nun nüchtern, wissenschaftlich oder einfach nur sensationell, kamen immer mehr in Mode.[118]

Im 16. Jahrhundert wurde endgültig deutlich, dass Europas Vorteil im Vergleich mit anderen eurasischen Kulturen in der frühen Entwicklung von Seefahrt und

Seehandel lag. Ein Zeichen dafür war das gleichzeitige Wachstum des Fernhandels mit dem amerikanischen Doppelkontinent und Indien. Ein weiteres war die enorme Zunahme der Kabeljaufischerei im Nordatlantik, an der in den 1570er Jahren bereits etwa 350 spanische, französische, portugiesische und englische Schiffe beteiligt waren.[119] Die europäischen Seefahrer waren außerdem äußerst geschickt bei gewaltsamen Auseinandersetzungen auf See, ob als Alternative oder Ergänzung zum friedlichen Seehandel. Das augenfälligste Beispiel hierfür war Portugals Estado da India. Anfang des 17. Jahrhunderts standen die Europäer kurz davor, eine weltweite Vorherrschaft im Hochseehandel zu erreichen und damit (allerdings bei heftigen inneren Streitigkeiten) eine einträgliche Nische des allgemeinen Fernhandels zu besetzen. Mit der bedeutsamen Ausnahme ihrer amerikanischen Eroberungen gab es jedoch nur wenige Anzeichen dafür, dass sie jemals über ihre Handelsstützpunkte an den flachen Küstengewässern, wo diese Nischenaktivitäten normalerweise stattfanden, hinausgelangen würden. Überdies waren das Verhalten und der Ethos, den diese Seeleute fern ihrer Heimat an den Tag legten, wenig geeignet, ihnen bei anderen eurasischen Gesellschaften, mit denen sie in Kontakt kamen, besonderes Ansehen zu verschaffen. Nur an Russlands Steppengrenze hatten sich Europäer (allerdings unter ganz besonderen Verhältnissen) erfolgreich in das Herzland einer anderen eurasischen Gesellschaft hinein ausgedehnt. In Südosteuropa lagen die Vorteile jedoch gänzlich bei der Gegenseite.

Am ehesten glich das Konglomerat von Territorien, über das die Spanier regierten, einem Weltreich. Seine räumliche Ausdehnung war enorm. Die spanische Herrschaft überspannte den Atlantischen Ozean. Sie reichte auf ganzer Länge von Chile bis Neu-Mexiko. Sie erstreckte sich über den Pazifik bis zu den Philippinen, wohin nach 1565 mexikanisches Silber verschifft wurde, um damit die

Luxuswaren zu bezahlen, die aus China importiert wurden. Die lange, einsame Fahrt der Manila-Galeone, die dort zwischen 1565 und 1815 einmal im Jahr zu ihrer sechsmonatigen Reise nach Acapulco aufbrach, war die wichtigste Verbindung mit diesem fernen Außenposten des Reichs.[120] (Wenigstens einmal starben dabei auf einer Reise alle Passagiere und die gesamte Mannschaft an Krankheiten oder Hunger, während das Schiff wie die *Marie Celeste* einfach weitersegelte.) Allerdings blieb dieses Reich trotz seiner erstaunlichen Ausdehnung weniger als die Summe seiner Teile. Es war ein weitgehend ohne Plan entstandenes Reich, dass seine Existenz dem Hunger nach Silber in Europa und Asien verdankte. Sein Zweck war die Aufrechterhaltung eines weltweiten Monopols über das amerikanische Silber, das zwischen 1494 und 1850 über 80 Prozent der Weltförderung ausmachte. Ihm fehlten allerdings die Mittel oder der Wille, den europäischen Handel bis in die Märkte im Inneren Asiens auszudehnen. Es gab keine imperiale »Großstrategie«, Spanien zum Zentrum einer Weltwirtschaft zu machen, und ein solcher Plan wäre auch zum Scheitern verurteilt gewesen. Stattdessen finanzierte Philipp II. mit dem »königlichen Fünften«, dem Anteil der Monarchie am Silberstrom, die Kriege, die Spanien mit seinen Rivalen und den Aufständischen führte, um seine Vorherrschaft in Europa aufrecht zu erhalten. Die Ressourcen Amerikas und Spaniens selbst kamen nicht einer Vision globaler Vorherrschaft zugute, sondern sollten die unerhörten Kosten des »messianischen Imperialismus« des Königs begleichen, dessen Bestimmung es war, den katholischen Glauben gegen seine protestantischen Feinde zu verteidigen.[121]

Schlussfolgerungen

Die amerikanischen *Conquistas,* Europas Seehandel mit den Südküsten Asiens und der russische Vorstoß in die Weiten der nordasiatischen Steppe waren eine riesige Erweiterung des abendländischen Horizonts und ein ungeheurer Ansporn für die europäischen Ambitionen.[122] Allerdings gab es am Ende des langen 16. Jahrhunderts (um 1620) kaum Anzeichen dafür, dass dies alles die Entstehung einer Weltwirtschaft angestoßen oder die kulturelle Autonomie alter Zivilisationen in anderen Teilen Eurasiens geschwächt haben könnte. Die Europäer hatten ein neues Handelsnetz geknüpft, das den amerikanischen Doppelkontinent mit Eurasien verband. Das amerikanische Silber verschaffte ihnen Zugang zu den asiatischen Märkten, wo es kaum eine Nachfrage nach rein europäischen Produkten gab. Diese Silberlieferungen hatten Auswirkungen auf die Preise und die Geldversorgung in den Reichen der Osmanen und der Ming sowie in Europa selbst. Die Waren, die in diesem neuen globalen Austausch zirkulierten, waren allerdings keine gewöhnlichen Verbrauchsgüter, sondern Luxuswaren. Das Handelsvolumen war sehr gering. Im 16. Jahrhundert stachen in Lissabon im Jahr durchschnittlich 50 bis 70 Schiffe in Richtung Osten in See.[123] Der Handelsverkehr mit Fertigwaren wie Porzellan oder Textilien floss hauptsächlich nach Westen in Richtung Europa und nicht umgekehrt.

Außerdem gab es kaum Anzeichen dafür, dass sich das Gleichgewicht der technischen oder kulturellen Vorteile merklich verschoben hätte. Die vielleicht am meisten exportierte Technologie des 16. Jahrhunderts war die Kriegsführung mit Feuerwaffen, bei der die Europäer technisch überlegen waren. In der osmanischen Artillerie dienten europäische Fachleute. Die »feudale« Kriegsführung Japans wurde durch die Einfuhr europäischer Feuerwaffen völlig verändert. Aber sowohl in Japan als auch im Iran und im Indien der Moguln konnte sich das soziale und politische System an diese militärische Neuerung anpassen. Auch führte diese »Technologielücke« nicht zu einer echten

militärischen Überlegenheit der europäischen Staaten gegenüber dem restlichen Eurasien. Ganz im Gegenteil. Die Bedrohung durch eine weitere osmanischen Expansion hing bis in die 1690er Jahre über Europa. In Indien und Ostasien machte die enorme Distanz zu Europa dessen Methoden des Landkriegs geradezu irrelevant. Auf vergleichbare Weise zeigten die Verbrauchsgewohnheiten, der soziale Verhaltenskodex und die hierarchischen Vorstellungen im Rest Eurasiens kaum Zeichen eines europäischen Einflusses. Der »Kolumbianische Austausch« zwischen den Naturprodukten der Alten und der Neuen Welt diversifizierte die eurasische Landwirtschaft durch neuartige Pflanzen wie den Mais und die Kartoffel, führte aber nicht zu einer Abhängigkeit von europäischen Lieferanten.[124] Die europäischen Aktivitäten in Amerika stießen im übrigen Eurasien auf wenig bis gar kein Interesse.[125] Die islamischen und ostasiatischen Kosmologien verloren angesichts des europäischen Wissens und der gewaltigen Umbrüche in den europäischen Religions- und Ritualvorstellungen nichts von ihrer identitätsstiftenden Kraft.

In den beiden Jahrhunderten nach Timurs Tod blieb Eurasien zwischen den drei von uns bisher behandelten Zivilisationen aufgeteilt – sowie einigen weiteren, buddhistischen und hinduistischen, die wir stillschweigend übergangen haben. Es gab keinerlei Anzeichen dafür, dass diese kulturellen Unterschiede im Abnehmen begriffen waren. Eher verstärkten der energische Staatenbildungsprozess, der sich in ganz Eurasien abspielte, und die weitere Verbreitung des Wissens (in Europa und Ostasien durch gedruckte Bücher) die Grenzmarkierungen zwischen ihnen noch zusätzlich und stärkten die jeweiligen kulturellen Identitäten. Natürlich führten diese Begegnungen der Kulturen manchmal auch zu einem eigentümlichen Gefühlsgemenge. Die seltsame Geschichte von Buddhas Zahn zeigt, wie schnell dabei die Stimmung von

oberflächlicher Gleichgültigkeit in religiösen Eifer umschlagen konnte. Im Jahr 1560 unternahm der Vizekönig von Goa einen Raubzug gegen das buddhistische Königreich Jaffna (im heutigen Sri Lanka). Dabei fiel ihm auch eine der heiligsten Reliquien der buddhistischen Welt, der Zahn Buddhas, in die Hände. Dieser Frevel wurde bald in allen buddhistischen Staaten am Golf von Bengalen bekannt. Der König von Burma bot eine große Geldsumme für die sichere Rückkehr des Zahns, und der Vizekönig akzeptierte. Aber bevor der Handel abgewickelt werden konnte, trat die Inquisition auf den Plan. Diese war in Goa eine überaus mächtige Körperschaft, die einen beharrlichen Kampf gegen den (nichtchristlichen) Aberglauben und alle Ketzereien führte. Einige Jahre später erzwang die Inquisition das gesetzliche Verbot aller Hindu-Riten in den portugiesischen Enklaven in Indien. Sie betrachtete den Zahn (zum Leidwesen des Vizekönigs) nicht als Chance für ein profitables Geschäft, sondern hielt die Tatsache, dass er in christliche Hände gefallen war, für einen Triumph der Vorsehung, der ihr die Gelegenheit bot, eine der mächtigsten Waffen des Feindes zu zerstören. (Bezeichnenderweise hegte die Kirche keinerlei Zweifel an der Macht dieser Reliquie.) Der Vizekönig musste nachgeben. Der Zahn wurde zu Staub zermahlen und verbrannt. Hier wie auch in anderen Gebieten Eurasiens hatte das »Zeitalter der Entdeckungen« zwar zu mehr physischem Kontakt, aber zu keiner geistigen Annäherung geführt. Das wirft die Frage auf, ob sich dies im folgenden »Zeitalter des Handels« ändern sollte.

3. Das frühneuzeitliche Gleichgewicht

Das lange 16. Jahrhundert der europäischen Expansion gipfelte in der Gründung der englischen und französischen Kolonien im nördlichen Teil Nordamerikas und dem Eintritt der Holländer und Engländer in den Handel Ostindiens. Danach verlor der Expansionsdrang der Europäer zwischen 1620 und 1740 an Schwung. Wie wir bereits gesehen haben, ist der frühmoderne europäische »Marsch zur Vorherrschaft« in vielerlei Hinsicht das trügerische Produkt einer Rückschau, der die späteren Entwicklungen bereits bekannt sind. Tatsächlich fühlten sich die damaligen Europäer von einem triumphierenden Islam bedrängt, während sie gleichzeitig die Neue Welt ausplünderten und in den Indischen Ozean vordrangen. Ihre eigenen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Erfolge wurden von denen der Osmanen, Safawiden, Moguln, Ming oder Tokugawa mindestens erreicht, wenn nicht sogar übertroffen. Der Aufbau von wohlorganisierten Staaten und Reichen und eine allgemeine kulturelle Erneuerung waren ebenfalls Kennzeichen der eurasischen, und keineswegs nur der europäischen frühneuzeitlichen Geschichte.

Natürlich hatten die Europäer die spektakulärsten Entdeckungsfahrten in die Äußere Welt unternommen, sich eine riesige neue Rohstoffbasis auf dem amerikanischen Doppelkontinent gesichert und neue Fernhandelswege erschlossen, die Südostasien, Indien, Westafrika und Amerika miteinander verbanden. Daraus sollte man jedoch keinesfalls ableiten, dass sie damit die Grundlage für eine weltweite Dominanz geschaffen hätten oder kurz davor

standen, andere Gesellschaften und Kulturen in Eurasien einzukreisen, zu isolieren oder gar zu unterjochen. Es war zum Beispiel äußerst fraglich, ob sie sich bereits von ihrer seit langem bestehenden Abhängigkeit von teuren asiatischen Erzeugnissen befreit hatten, ob ihre zivilen und militärischen Organisationsmethoden ihnen einen Vorteil vor anderen Eurasiaten verschafften und ob ihre Hochkultur ihnen höhere materielle Gewinne einbrachte als in anderen Hochkulturen, oder ob sie diesen womöglich intellektuell überlegen waren. Außerdem stand noch lange nicht fest, ob die geostrategischen Schwächen, die sie seit spätrömischer Zeit im äußersten Westen Eurasiens festgehalten hatten, durch die Neuerungen im Schiffsbau und der Kriegsführung endgültig überwunden worden waren. Die Bewohner des »Abendlandes« hatten das Alte Europa zu einer neuen euro-atlantischen »Welt« vergrößert und sich ein Hinterland erschlossen, das so vielgestaltig und ausgedehnt war wie das der islamischen Reiche oder Ostasiens. Es gab jedoch im weiteren Verlauf der Frühen Neuzeit nicht sehr viele Anzeichen dafür, dass diese große territoriale Erweiterung auch zu dem inneren Wandel geführt hätte, dem Europas spätere Vorherrschaft gemeinhin zugeschrieben wird.

Im Vergleich zu den dramatischen Entdeckungen und Eroberungen, deren Folgen die Europäer Anfang des 17. Jahrhunderts noch kaum bewältigt hatten, veränderten sich in dem nun folgenden langen Jahrhundert die Beziehungen Europas zur außereuropäischen Welt erheblich langsamer. Die profitablen Gewinne der geglückten Eroberungen sollten sich nicht wiederholen. Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der euro-atlantischen Welt begrenzten die weitere Expansion. Die europäischen Seemächte beschäftigten sich hauptsächlich mit ihren Rivalitäten im Atlantik und zeigten deshalb wenig Interesse für eine wie immer geartete Reichsbildung in Asien. Gleichzeitig waren die Staaten der islamischen Welt und Ostasiens viel gefestigter, als es uns spätere Berichte über

die europäische Dynamik und den asiatischen Niedergang nahelegen. Die Sphäre der islamisierten Kultur dehnte sich immer noch aus. Die Macht der chinesischen Kaiser erreichte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Die Wertschätzung indischer und chinesischer Erzeugnisse war damals unübertroffen. In dieser Hinsicht waren die anderthalb Jahrhunderte vor der britischen Eroberung Bengalens nach 1757 kein langes Vorspiel der »eurasischen Revolution«, durch die Europa den Rest der Alten Welt unterworfen hätte. Stattdessen herrschte in dieser Zeit ein nahezu perfekt austariertes Gleichgewicht zwischen den dominierenden Gesellschaften in Eurasien und – in Teilen der Äußeren Welt – zwischen den einfallenden Europäern und den einheimischen Gemeinschaften. Es stellten sich hier nur zwei wichtige Fragen: Wie lange würde dieses globale System des Wettbewerbs, der Kooperation und Koexistenz Bestand haben, das durch die geographische Expansion und die engere wirtschaftliche Verflechtung der Gesellschaften der Alten Welt geschaffen worden war? Und welche Gesellschaften würden, wenn überhaupt, die technologischen, organisatorischen und kulturellen Hindernisse überwinden, die einer umfassenderen Vorherrschaft im Wege standen?

Begrenzte Ambitionen: Die Europäer in einer größer gewordenen Welt

In diesem Zeitraum waren die Europäer überwiegend mehr daran interessiert, ihre Herrschaft über die atlantische Welt zu festigen als neue Gebiete zu erobern. Der Bereich der geographischen Erforschung war im Großen und Ganzen relativ bescheiden, obgleich es immer wieder Beispiele bemerkenswerter individueller Ausdauer und Zielstrebigkeit

gab. Riesige Gebiete der Erdkugel blieben deshalb auf europäischen Karten weiße Flecken, was sogar für Nordamerika galt, wo die Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten am heftigsten war. Obwohl die Lage der Hudson Bay bereits 1610 bekannt war, wagte es René-Robert de La Salle erst 1682, auf der beschwerlichen Flussroute von Montreal zur Mississippi-Mündung zu ziehen.[1] Bis etwa 1700 wurde Kalifornien noch für eine Insel gehalten.[2] Erst in den 1740er Jahren stellte Vitus Bering fest, dass es keine Landbrücke zwischen Asien und Amerika gab. Noch nach 1750 war die Annahme verbreitet, dass jenseits der Landhöhe, die die Hudson Bay säumte, ein riesiges Binnenmeer, die »Westsee«, liege.[3] Die Geographie Südamerikas war besser erforscht. Allerdings blieb auch hier ein Großteil des abgelegenen Landesinneren, vor allem in Amazonien und Patagonien, bis weit ins 19. Jahrhundert hinein *Terra incognita*.[4] Für den Pazifik ging das europäische geographische Denken bis zu Cooks großen Forschungsreisen in den 1760er und 1770er Jahren noch vom Phantom eines großen »Südkontinents«, der sogenannten »Terra Australis«, aus.[5] Über West-, Ost- und das südliche Zentralafrika hatten die Europäer fast keine Kenntnisse aus erster Hand, wenn man von der schmalen Küstenzone absieht, die von den Sklavenhändlern und anderen Kaufleuten besucht wurde. Folglich glaubte man 1750 immer noch, dass der Niger westwärts aus Ostafrika fließe, um dann den Atlantik über den Gambia- und den Senegal-Fluss zu erreichen, ein Irrtum, der den beiden letzteren Flüssen eine unangemessene Bedeutung verlieh.

Dieses große geographische Unwissen beschränkte die europäischen Aktivitäten in der Äußeren Welt auf ein Archipel von Siedlungen, Bergwerken und Handelsniederlassungen, verbunden durch ein Geflecht von Zugangswegen, die durch ständige Anstrengungen offen gehalten werden mussten. Weitergehende Erkundungen scheiterten mitunter an technischen Schwierigkeiten. Dazu

gehörten die hohen Kosten der Überlandreisen, das ungünstige Klima und Krankheiten, die das Humankapital in einem alarmierenden Umfang vernichteten, sowie das Misstrauen der lokalen Machthaber, die keine Spione und Eindringlinge ins Land lassen wollten, die wertvolle Monopole, etwa über Pelze oder Sklaven, unterlaufen könnten. In Westafrika durften die europäischen Händler auf keinen Fall die örtlichen Herrscher beleidigen, die sie für jedes falsche Verhalten streng maßregelten. Auch den Armeen, die diese Herrscher aufstellen konnten, hatten die Europäer nichts entgegenzusetzen. Dies galt vor allem für Dahomey, dessen Soldaten mit importierten Feuerwaffen ausgerüstet waren.[6] Abgesehen von einer sehr begrenzten staatlichen Förderung finanzierten gewöhnlich die Aussichten auf wirtschaftlichen Gewinn oder kultivierbares Land diese Erkundungsreisen. Dies ist im Übrigen an sich schon ein irreführender Begriff, da die geographische Erforschung sich meist auf die Kartierung bereits bestehender Handelswege mit Hilfe lokaler Informanten beschränkte. Überdies spornten wirtschaftliche oder demographische Bedürfnisse allenfalls sporadisch zu solchen Forschungsreisen an. Der brasilianische Goldrausch in den 1690er Jahren lockte zahlreiche Einwanderer ins Land und brachte die *Bandeirantes* (die Mitglieder privater Expeditionstrupps, der *Bandeiras*) dazu, den *Sertao* nach neuen Lagerstätten abzusuchen.[7] Die englische Kolonisierung Nordamerikas hingegen kam nur langsam voran.[8] Erst in den 1670er Jahren, also anderthalb Jahrhunderte nach Cortés’ Landung in Mexiko, waren die Kolonien auf dem Festland endgültig vor wirtschaftlichem Scheitern sicher und gegen indianische Angriffe ausreichend geschützt.[9] Die Einwanderung in die englische Karibik ging weit schneller vonstatten, da die ökonomischen Aussichten dort besser zu sein schienen. Laut einer neueren Untersuchung waren die Weißen in Jamaika zehnmal wohlhabender als die Weißen in den britischen

Festlandskolonien Nordamerikas. Allerdings forderten das subtropische Klima und die einheimischen und eingeschleppten Krankheiten einen furchtbaren Tribut. Von 1700 bis 1750 trafen zwischen 30.000 und 50.000 europäische Einwanderer in Jamaika ein. Trotzdem betrug die weiße Einwohnerschaft im Jahre 1752 gerade einmal 10.000.[10] Im Jahre 1700 gab es in Großbritanniens amerikanischen und karibischen Territorien etwa 250.000 weiße Siedler.[11] Die Ausdehnung auf dem Festland ging dabei nur sehr langsam voran. Erst in den 1750er Jahren begannen die allgegenwärtigen Landspekulanten und ihre Freunde in der Regierung, ihre Netze jenseits der Appalachen auszuwerfen. Die Zahl der französischen Siedler in Neufrankreich (Québec), Akadien (dem heutigen Nova Scotia oder Neuschottland) und Louisiana war gering und belief sich in den 1750er Jahren auf etwa 60.000.

Alles in allem gab es Mitte des 18. Jahrhunderts in Spanisch-, Französisch-, Britisch- und Portugiesisch-Amerika zwischen drei und vier Millionen Einwohner europäischer Abstammung, was etwa fünf Prozent der damaligen Bevölkerung Europas einschließlich Russlands entsprach. Natürlich waren die meisten transatlantischen Migranten nach Amerika jedoch keine frei geborenen Europäer, sondern versklavte Afrikaner. Eine verlässliche Schätzung geht davon aus, dass noch im Jahr 1820 viermal mehr Afrikaner als Europäer auf dem amerikanischen Doppelkontinent ankamen: etwa acht Millionen, im Vergleich zu zwei Millionen Europäern.[12] Die Sterberate in der tropischen Karibik war ebenfalls enorm. Kolonien wie Barbados, die sich ursprünglich auf Vertragsarbeiter von den britischen Inseln stützten, stellten nach 1670 schnell auf den Einsatz von Sklaven um.[13] Die Sklaverei hatte zwei wichtige Auswirkungen auf die europäische Einwanderung. Einmal eingeführt, würgte sie in der dortigen Plantagenwirtschaft die Nachfrage nach Arbeitern aus Europa ab. Außerdem erhöhte sie wahrscheinlich durch das

Einschleppen afrikanischer Krankheiten die Sterblichkeitsrate derjenigen Europäer, die weiterhin eintrafen.[14] Allerdings schuf das auf sie zurückgehende Aufblühen dieser Plantagenwirtschaft paradoxerweise am Ende auch die lokalen Märkte (für Nahrungsmittel, Baumaterial und Leichtprodukte), von denen die später angekommenen Europäer profitieren konnten. Tatsächlich konnte die landwirtschaftliche Kolonisierung der Neuen Welt nur durch die Konzentration auf subtropische Agrargüter, die mit Sklavenarbeit produziert wurden, profitabel werden. Seit den 1660er Jahren wurde Zucker zum »König«. Weit dahinter folgte der Tabak, und noch weiter zurück lagen der Kakao und die Schokolade.[15] Aber selbst der Zucker verblasste im Vergleich zur Wichtigkeit des Silbers, das (abnehmend) in Peru und (zunehmend) in Mexiko gefördert wurde. Silber blieb das wichtigste amerikanische Exportgut, obwohl die Produktion in einem Großteil dieser Zeit zurückging, eine Tendenz, die sich erst nach 1750 dramatisch umkehren sollte.[16]

Die Zuckerkolonien der Karibik waren ein seltsames Ergebnis der europäischen Expansion. Außer dem Boden selbst musste man alles von außen einführen, was sie profitabel machte: das Kapital, das »Management« (die europäischen Pflanzer und Aufseher), die Arbeitskräfte (afrikanische Sklaven) und sogar das Zuckerrohr selbst, das man von den Kanarischen Inseln in die Karibik brachte. Für Herren wie Sklaven war die Angst gleichermaßen allgegenwärtig: die Angst vor einem Angriff rivalisierender Europäer, die Angst vor einem Sklavenaufstand, die Angst vor einer Bestrafung durch rachsüchtige oder übellaunige Weiße, die Angst vor Krankheiten und die Angst vor dem Klima mit seinen Stürmen und Hurrikanen. In den britischen Kolonien wie Barbados, den Leeward-Inseln und Jamaika behielten die Pflanzer den englischen Lebensstil bei. Sie trugen Perücken und Wollkleidung, aßen viel Brot und Fleisch (meist Pökelfleisch aus Amerika) und tranken

Unmengen Alkohol – gegen den Durst oder vielleicht auch, um zu vergessen. Bis weit ins 18. Jahrhundert hinein war Britisch-Westindien ein echter Wilder Westen. Ein Gouverneur ließ einer Frau die Haare scheren, weil sie seine Annäherungsversuche zurückgewiesen hatte. Ein anderer verurteilte die »unnatürlichen und monströsen Lüste der Pflanzer« und schickte Patrouillen durch die nächtlichen Straßen, um die üblen Gewohnheiten der Bewohner zu unterdrücken. Es überrascht vielleicht weniger, dass dieser Gouverneur schließlich in seinem Palast belagert und nach einem Scharmützel, bei dem sogar eine Kanone abgefeuert wurde, von der wütenden Bürgerschaft gelyncht wurde. Sein Nachfolger landete im Gefängnis, weil er das Kirchensilber gestohlen hatte. Kein Wunder, dass die Zerstörung von Port Royal, der Hauptstadt Jamaikas, durch ein Erdbeben und einen anschließenden Tsunami im Jahre 1692 als ein Ausdruck göttlichen Zorns gedeutet wurde.

Silber, Gold (aus Brasilien), Zucker und Tabak, alles Güter, deren Wert hoch genug war, um die Kosten eines Transports über große Entfernungen zu finanzieren, waren der Lebensnerv des Transatlantikhandels. Trotzdem konnten sie nur beschränkt und indirekt zur Verbesserung der Effizienz und Produktivität der europäischen Wirtschaft beitragen. Die Nachfrage nach den Konsumgütern Zucker und Tabak wuchs in Europa rasch. Beim Zucker stieg sie nach 1750 sogar extrem an.[17] Silber und Gold erweiterten den Geldzufluss der europäischen Wirtschaften. Eine Menge Silber wurde jedoch wieder nach Osten exportiert, um Textilien, Porzellan, Seide, Tee und Gewürze aus Asien zu bezahlen: Die holländischen und britischen Exporte nach Indien bestanden in dieser Periode hauptsächlich aus den Edelmetallen Silber und Gold.[18] Die amerikanischen Produkte lieferten keine Grundlagen für neue Fertigwaren oder Technologien. Stattdessen steigerten sie die Nachfrage nach asiatischen Einfuhren. Gleichzeitig schufen die amerikanischen Volkswirtschaften in dieser von

Handelsregulierungen geprägten, merkantilistischen Ära keine dynamischen Märkte für Exporte aus Europa, von einigen wenigen begünstigten Orten und Handelssparten abgesehen, die als Katalysatoren für den Handel und die Produktion in Europa dienen. So waren etwa die amerikanischen Gemeinden, die ihre Gewinne mit Edelmetallen, Zucker und Tabak machten, ein wertvoller Markt, der im 18. Jahrhundert einen wachsenden Prozentsatz britischer Exporte aufnahm.[19] Andererseits mussten die karibischen Pflanzer den Großteil ihres Einkommens für Sklaven ausgeben.[20] Ein beträchtlicher Teil der amerikanischen Bevölkerung bestand aus Sklaven oder dienstabhängigen Arbeitskräften, die am oder sogar unter dem Existenzminimum lebten. Die amerikanische Urbevölkerung war entweder stark geschrumpft oder wirtschaftlich weitgehend marginalisiert. In der Karibik verminderten die Gebühren der Reeder, Zwischenhändler und Gläubiger sowie die Zahlungen an die abwesenden überseeischen Besitzer die Gewinne der Plantagen und senkten die örtliche Nachfrage. Der kostspielige Überbau der Handelsbürokratie mit ihren adligen Strohmännern, Rentiers und privilegierten Kaufmannsoligarchien profitierte wohl am meisten von diesem Teil des amerikanischen warmen Regens. Die Kolonialwaren waren eine nützliche Ergänzung des innereuropäischen Handels. Da sie allgemein begehrt waren, halfen sie, regionale Ungleichgewichte auszugleichen.[21] Wenigstens bis 1750 sollte man die atlantische Handelswelt eher als wichtige Stütze eines wirtschaftlichen Ancien Régime betrachten. Selbst in den fortschrittlichsten europäischen Wirtschaften bildete sie kein dynamisches Element des industriellen Wandels.

Tatsächlich spiegelten die Verhältnisse des europäischen Überseehandels mit Asien und Amerika die Unausgewogenheit der eigenen europäischen Wirtschaftsleistung in diesem »Krisenzeitalter« wider. Das Grundproblem in diesem Zeitraum war die

Bevölkerungsentwicklung: Im 17. Jahrhundert stagnierte sie, was durch die Auswirkungen von Kriegen noch verschlimmert wurde. Nach 1700 wuchs sie langsam wieder. Da ihm die Nachfrageimpulse durch eine wachsende Bevölkerung fehlten, stagnierte auch der Handel. Der Markt für osteuropäisches Getreide im Westen und Süden des Kontinents schrumpfte stark und wurde durch den Anbau von Mais und Reis vor Ort zusätzlich reduziert. Es gab kaum Anzeichen für einen allgemeinen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität. Bis ins 19. Jahrhundert hinein blieb der Hunger eine regelmäßig wiederkehrende Bedrohung. Der Inlandstransport blieb, von Flüssen und künstlichen Wasserwegen abgesehen, unsicher, langsam und teuer. Vor etwa 1750 gab es auch in der Güterherstellung kaum Produktivitätsgewinne durch den systematischen Einsatz von technischen Neuerungen, zumindest nicht in einem Ausmaß, das die Kosten für solche Güter für die Verbraucher in und außerhalb Europas merklich gesenkt hätte. Eine große, vielleicht sogar noch weiter wachsende Zahl von Europäern wurde durch die Institution der Leibeigenschaft, die vor allem in Osteuropa und in Russland weit verbreitet war, auf dem Lande festgehalten.

In dieser langen Phase langsamen Wirtschaftswachstums waren die Seehandelsstaaten Nordeuropas am ehesten fähig, ihren Wohlstand zu mehren. Die billigen Seewege begünstigten die Spezialisierung und ermöglichten einen Zuwachs an Effizienz.[22] Der Zugang zu einer breiten Palette von Handelsgütern, einschließlich Kolonialwaren, erlaubte es diesen Staaten, den Vorteil eines dichten Handelsnetzes zu vervielfachen: den leichten und häufigen Austausch von Gütern und Kreditpapieren mit der größtmöglichen Zahl von Bestimmungsorten. Deshalb war der Aufstieg großer Hafenstädte wie London, Hamburg und Amsterdam, in denen sich diese Vorteile konzentrierten, ein Hauptmerkmal dieser Epoche. Die Größe der britischen Handelsflotte

verdoppelte sich zwischen 1660 und 1690.[23] Außerdem schritt auch die Urbanisierung fort, da größere Städte – Hauptstädte wie auch große Häfen – sich auf Kosten kleinerer Zentren erweiterten. Hier entstanden neuer Reichtum und neue Lebensstile, hier veränderten sich die Lebensgewohnheiten am schnellsten und die Nachfrage nach importierten Lebensmitteln, Arzneien, Getränken, Textilien und Haushaltswaren war am größten.[24] Die Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens, der Arbeit und der Freizeit trat in diesen Städten am deutlichsten hervor.[25]

Folglich liegt es nahe, den Aufstieg von Seehandelsstaaten als wichtigste Entwicklung dieser Zeit zu betrachten. Diese Staaten bildeten einen fortschrittlichen »Kern«, der von einer europäischen und kolonialen »Peripherie« umgeben war, deren wirtschaftliche Entwicklung von wachsenden Unterschieden in Bezug auf Macht, Reichtum und technisches Wissen behindert wurde. Zwischen den Kernstaaten entbrannte zwangsläufig ein Kampf um die wirtschaftliche und imperiale Hegemonie.[26] Aber obwohl die »Seestaaten« die wirtschaftlichen Bedingungen dieser Zeit am erfolgreichsten nutzten, sollte man ihre Stärke und Bedeutung im Nachhinein nicht überschätzen. Ein Großteil ihrer kommerziellen Überseeaktivitäten war riskant und unprofitabel,[27] wie es das Scheitern der Royal African Company, der South Sea Company und der holländischen Westindischen und Ostindischen Kompanie offenbarte.[28] Der wirtschaftliche Wettbewerb außerhalb Europas mit der dazu nötigen Infrastruktur von Festungen, Konvois und merkantilistischen Regulierungen bürdete ihnen riesige, manchmal ruinöse Transaktionskosten auf.[29] Wirtschafts- und Militäroperationen in großen Entfernungen waren riskant und oft wenig wirksam: Trotz ihrer finanziellen und maritimen Überlegenheit schafften es weder die Engländer noch die Holländer, das spanische geschlossene Handelssystem auf dem amerikanischen Doppelkontinent

vollständig zu öffnen. Das Finanzwesen der Seemächte war außerdem höchst anfällig gegenüber den Auswirkungen von Krieg und politischer Unsicherheit: Noch 1745/46 führte der Invasionsversuch des Stuart-Anwärters auf den britischen Thron, Bonnie Prince Charlie, in London zu einer Panik an den Finanzmärkten. Darüber hinaus konnten die Seehandelswirtschaften Nordwesteuropas keine deutliche Vorherrschaft über die Wirtschaft Innereuropas erringen, weil dort der Absatz ihrer Waren, ihre Netzwerke und »kameralistischen« Vorstellungen durch staatliche Interventionen und Regulierungen behindert wurden. Man sollte den erfolgreichen Widerstand der europäischen Inlandsstaaten gegen eine Dominanz der Seemächte deutlich herausstreichen. Obgleich es dem maritimen Sektor gelang, einen Warenhandel über den Atlantik hinweg zu entwickeln und die nach Amerika ausgewanderten Europäer als Kunden zu gewinnen, war er im Vergleich zur europäischen Wirtschaft im Rahmen des größeren eurasischen und globalen Wettbewerbs zu klein und in seinen wirtschaftlichen und demographischen Möglichkeiten zu beschränkt, um eine weltweite ökonomische Hegemonie im vorindustriellen Zeitalter anstreben zu können.

Diese langsam wachsende europäische Wirtschaft musste einen aufwendigen soziopolitischen Überbau von Herrscherhöfen, Bürokratien, Kirchen und Aristokratien unterhalten. Nach den großen Kriegen und inneren Unruhen des frühen bis mittleren 17. Jahrhunderts wurde im letzten Teil dieser Epoche in vielen Teilen Europas eine allmähliche Konsolidierung der gesellschaftlichen und politischen Autoritäten erreicht. Die Zahl der Bauernaufstände und regionalen Revolten ging zurück. Je mehr sich die politische Ordnung festigte und eine wirksamere Kontrolle möglich wurde, desto mehr stiegen auch die Staatsausgaben und die Steuerbelastung an, vor allem die indirekten Steuern, die überproportional von den Armen aufgebracht werden

mussten.[30] Allerdings war die Entwicklung einer professionelleren und systematischeren Regierung nur durch weitgehende Kompromisse mit der angestammten Macht des Adels möglich. In Frankreich bedeutete dies eine umsichtige Zusammenarbeit mit den adligen Klientelnetzen in den Provinzen.[31] In England wurde das Einverständnis des Adels mit der parlamentarischen Regierungsform durch die Bereitstellung von Posten und Pensionen, deren Kosten die Öffentlichkeit trug, und durch die Duldung einer immensen Korruption bei den Wahlen erreicht. In der Habsburgermonarchie war der Preis der Adelsloyalität zur Krone die Dominanz einer winzigen Oligarchie hochadliger Familien sowie die staatliche Anerkennung der ländlichen Leibeigenschaft als Grundpfeiler der sozialen Ordnung.[32]

Die allmähliche Herausbildung eines geordneteren Ancien Régime in einem Großteil Europas bedeutete keineswegs die saubere Aufteilung des Kontinents in einheitliche Nationalstaaten. »Deutschland« blieb ein riesiger Flickenteppich von über 300 meist winzigen Staaten. Die Habsburgermonarchie mit ihren Territorien unter anderem im heutigen Belgien (seit 1713), Norditalien, Ungarn (seit 1683) und dem nördlichen Balkan war kaum mehr als ein loser Verbund verschiedener Königreiche, der auf höchst prekäre Weise durch die Person des Kaisers zusammengehalten werden sollte. Selbst in Frankreich ging die Integration der durch Heirat, Diplomatie und Eroberung erworbenen Provinzen nur schwer vonstatten: Noch im Jahre 1720 musste Paris eine separatistische Verschwörung bretonischer Adliger zerschlagen, die wegen ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage und hohen Steuerlast aufgebracht waren.[33] Die Vereinigung der Britischen Inseln, die lediglich auf einer gemeinsamen Monarchie beruhte, begann recht zögerlich im Jahr 1707 mit der Union von England und Schottland, die kurz darauf durch zwei schottische Aufstände wieder in Frage gestellt wurde, und sie war ständig durch die Unzufriedenheit der Iren bedroht.

Die Außenpolitik der Seemächte im europäischen Fernen Westen sowie der »Inlandsreiche« Osteuropas wurde überwiegend von der Loyalität ihrer Randprovinzen geprägt.

Die unzulängliche politische Integration der größten Ancien Régime-Staaten hatte zwei wichtige Konsequenzen: Erstens fehlten ihnen gewöhnlich die Mittel, um die Aktivitäten ihrer Untertanen und Bürger in der außereuropäischen Welt wirksam zu kontrollieren. Ihre Kolonialpolitik war ein Kampfplatz, auf dem sich Handelslobbys, Adelsnetzwerke und der Hof meist ergebnislos miteinander stritten: Infolgedessen blieben die Siedler und Handelsaußenposten häufig in einer Art »heilsamer Vernachlässigung« sich selbst überlassen.[34] Zweitens bedeutete das Fehlen einer überzeugenden Form von Nationalität und des damit verbundenen Nationalbewusstseins bei den meisten Europäern, dass die Treue zu einer Dynastie die einzige gesicherte Grundlage des politischen Lebens war. Tatsächlich wurden aber auch die dynastischen Vorrechte von beratenden oder repräsentativen Körperschaften beschränkt, die ihre angestammten Freiheiten und Privilegien verteidigten. Es gab jedoch keine Ideologie und kein politisches Modell des Ancien Régime, das man hätte exportieren oder mit Leichtigkeit in ein exotisches Umfeld jenseits der Meere verpflanzen können. Die Balance der Rechte und Vorrechte in jedem Staat (und jeder Gemeinschaft) hing von den örtlichen Sitten und Gebräuchen ab, die von den lokalen Interessenvertretern ererbt und erbittert verteidigt wurden. Diese Denkweise hatten die spanischen und englischen Siedler in die amerikanischen Kolonien mitgenommen, was auch die Schwierigkeiten erklärt, die Autorität des imperialen Zentrums durchzusetzen.[35] Beispielsweise war nicht klar, wie ein europäischer Staat seine Überseegebiete drastisch vergrößern könnte, ohne dadurch die empfindlichen Mechanismen zu gefährden, auf denen die Stabilität des Mutterlands beruhte. Es ist deshalb nicht

weiter überraschend, dass bereits die damaligen politischen Beobachter betonten, wie wichtig es sei, eine territoriale Kompaktheit zu bewahren, damit der Ausgleich zwischen den königlichen Vorrechten und den Adels-, Handels-, Religions- und Gebietsprivilegien nicht völlig unmöglich würde.[36]

So sehr Amerika eine erstaunliche Erweiterung der europäischen Sphäre darstellte, so sehr bewies es auch die Grenzen des Expansionismus der Ancien Régime-Staaten. Im englischen wie im spanischen Amerika war der Preis der imperialen Expansion die De-facto-Autonomie der Kolonien.[37] Nathaniel Bacon, ein reicher Plantagenbesitzer in Virginia, zettelte im Jahre 1676 einen Aufstand gegen den Gouverneur an, dem er vorwarf, er habe die Pamunkey-Indianer zu nachsichtig behandelt. Bacon brannte Jamestown, die Hauptstadt der Kolonie, nieder, doch London konnte kaum etwas dagegen unternehmen. Vielleicht war es ein Glück, dass Bacon an der »roten Ruhr« starb, bevor er sein Rebellenregime festigen konnte.[38] Die Regierungen der Mutterländer zögerten in der Regel, ihre knappen Streitkräfte zum Schutz und zur Erweiterung kolonialer Besitzungen einzusetzen. Die Führer dieser Kolonien mussten mit einer Fülle von Lobbys, Cliquen und Interessengruppen des Mutterlands um die Aufmerksamkeit der Monarchen und Minister konkurrieren, wobei sie durch die räumliche Entfernung zusätzlich benachteiligt waren. Natürlich waren die Regierungen in London, Paris und Madrid sehr daran interessiert, sich die Einkünfte zu sichern, die sie aus ihrem Überseehandel bezogen, und deshalb jederzeit bereit, deren Bedrohung und Unterbrechung durch rivalisierende Staaten mit Waffengewalt zu verhindern. Derartige Spannungen führten im Jahr 1739 zum »Krieg um Jenkins’ Ohr«: Ein langwieriger Streit wegen der Misshandlung eines britischen Handelskapitäns durch spanische Küstenwachen in der Karibik gipfelte in einer kriegerischen Auseinandersetzung

zwischen England und Spanien. Andererseits zeigten diese Staaten gewöhnlich wenig Neigung, die territoriale Ausdehnung in den Mittelpunkt ihrer großen Strategie zu stellen.[39] Sie betrachteten ihre Kolonien eher als nützliche Erweiterung ihres Patronagesystems denn als einen Zuwachs an nationaler Stärke.[40]

Aus all diesen Gründen fehlten den Staaten Europas im Ancien Régime die politischen Mittel, sich kühn und verwegen der Eroberung der außereuropäischen Welt zu widmen. Mit Ausnahme Russlands gab es für den Adel nur wenige Anreize, die Lasten einer territorialen Eroberung zu tragen. Dagegen wird manchmal geltend gemacht, dass die wettbewerbsbetonte, pluralistische Natur des europäischen Staatensystems mit seiner Aufteilung in zahlreiche Staatswesen und antagonistische Großmächte eine Brutstätte für Kriege gewesen sei, die sich dann unvermeidlich auf andere Teile der Welt ausgedehnt und zu Fortschritten auf dem Gebiet der militärischen Taktik und Organisation geführt hätten. Auf diese Weise hätten also die Europäer die Motive und Mittel zur Beherrschung der Welt quasi gegen ihren eigenen Willen entwickelt.

Das Europa des Ancien Régime gab tatsächlich viel für seine Armeen und Flotten aus. Die Kosten ihres Kriegseinsatzes betrugen etwa 54 Prozent der öffentlichen Ausgaben der europäischen Monarchien im 18. Jahrhundert.[41] Die europäischen Armeen war seit 1660 rasch gewachsen.[42] Die französische Armee erreichte in den 1690er Jahren ihren Höchststand von etwa 400.000 Mann. Großbritannien und die Niederlande mit ihren weit kleineren Bevölkerungen unterhielten während des Spanischen Erbfolgekriegs (1702–1713) Armeen von jeweils über 100.000 Mann. Die militärische Organisation wurde immer professioneller. Allmählich wurden einheitliche Uniformen, ein bestimmter formaler Drill und ein reguläres Offizierskorps eingeführt.[43] Die häufigen Konflikte und die weithin übliche Anwerbung von Ausländern als Offiziere und

Soldaten sorgten für eine rasche Verbreitung der neuen Methoden in ganz Europa. Allerdings gab es selbst nach 1750 nur wenige Anzeichen dafür, dass diese besonderen kriegerischen Fertigkeiten den Europäern in anderen Teilen der Welt einen bedeutsamen Vorteil verschafft hätten. Dafür gab es mehrere Gründe.

Die europäischen Armeen hatten sich zu hoch spezialisierten Systemen entwickelt, die sich *gegenseitig* bekämpfen sollten. Sie waren nicht dazu bestimmt, gegen militärische Kräfte mit einer völlig anderen »strategischen Doktrin« zu kämpfen. Dies wurde in den Gefechten zwischen britischen Soldaten und Indianern in den 1750er Jahren schmerzlich deutlich.[44] Als die britischen Truppen unter General Braddock (eher ein Veteran des Spieltischs als des Schlachtfelds) in die Wälder marschierten und in der Nähe des heutigen Pittsburgh eine Schlacht begannen, erwiesen sich ihre engen Formationen und leuchtenden Uniformen, die in einer europäischen Schlacht das Geheimnis der Ordnung und Disziplin waren, als tödlicher Nachteil. Die für Europa typischen Belagerungs- und Bewegungskriege ließen sich unter völlig anderen topographischen Bedingungen nicht führen, selbst wenn man über die nötigen Truppen verfügt hätte. Die Kriegsführung europäischen Stils hing von einer ausgeklügelten Logistik und Nachschub-Infrastruktur ab und kam überall dort ins Stocken, wo diese fehlte. Selbst auf dem europäischen Kontinent funktionierten europäische Armeen in ausgesprochenen Randgebieten wie Danubien[45] oder der Pontischen Steppe nördlich des Schwarzen Meers[46] nicht besonders gut. Ebenso bedeutsam waren die schrecklichen Auswirkungen der tropischen Krankheiten, die europäische Armeen in Übersee wirksamer vernichteten als jeder militärische Widerstand. Als die Briten 1742 eine Expedition entsandten, die Cartagena in der spanischen Karibik erobern sollte, waren mehr als drei Viertel der Soldaten nach kurzer Zeit kampfunfähig. Der Schiffsarzt und Schriftsteller Tobias Smollett berichtet: »Das Gallenfieber

wütete mit einer solchen Heftigkeit, dass drei Viertel von denen, die davon befallen wurden, gar elendiglich umkamen. Wegen der außerordentlichen Fäulnis der Säfte wurde ihre Haut gleich nach dem Tode kohlschwarz.«[47] Selbst die Seestreitkräfte unterlagen ähnlichen Beschränkungen. Kriegsschiffe waren extrem teure Güter, deren Wert unter ungünstigen Bedingungen rasch sank. Auch die Seekriegsführung wurde deshalb von vorsichtigem Taktieren beherrscht. Der Einsatz war hoch: Eine völlige Niederlage konnte eine Invasion des Feindes oder die Zerstörung der eigenen Handelsflotte bedeuten. Aus diesem Grund hielten sich die Flotten gewöhnlich in der Nähe des Mutterlandes auf. Selbst die gelegentlichen Raubzüge in die Karibik, deren Windverhältnisse seit 1500 gut bekannt waren, stellten auf Grund des Wetters und der Infektionsgefahr ein enormes Risiko dar, während die drohenden Wirbelstürme oder das Einsetzen des Monsuns im Oktober Segelschiffen vor den indischen Küsten gefährlich wurden.[48] Natürlich waren die europäischen Kriegsschiffe gewöhnlich ihren außereuropäischen Gegnern bei der Bewaffnung, und manchmal auch bei Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit, deutlich überlegen. Aber sie konnten kaum in ausreichender Zahl aufgeboten werden, und die Binnenreiche und Inlandsstaaten in anderen Regionen Eurasiens waren ohnehin vor einem Angriff von See her, der eine so wichtige Rolle in der europäischen Kriegsführung spielte, weitgehend sicher.

Das alles begrenzte die Möglichkeiten der Europäer, Konflikte auf Weltgegenden auszudehnen, die noch nicht kolonisiert worden waren. Überdies war die zwischenstaatliche Politik Europas gewöhnlich viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie eine Bedrohung für andere Teile Eurasiens dargestellt hätte. Außerdem war sie notwendigerweise instabil, da die europäische Diplomatie von zwei dynamischen Kräften beherrscht wurde, die äußerst aggressiv aufeinander reagierten. Die erste war der

Kampf um die Aufrechterhaltung eines labilen Gleichgewichts zwischen den zahlreichen und ungleichen Mitgliedern des europäischen Staatensystems.[49] Die zweite war der dynastische Faktor, eine unberechenbare Mischung aus dynastischem Ehrgeiz und den Zufällen von Geburt und Persönlichkeit. Strittige Erbansprüche führten zwischen 1701 und 1714 zum europaweit ausgefochtenen Spanischen Erbfolgekrieg, bildeten den Hintergrund des Großen Nordischen Kriegs zwischen Russland und Schweden (1700–1721) und lösten den Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) aus, als Friedrich der Große von Preußen das österreichische Schlesien annektierte. Die Anarchie der dynastischen Politik wurde zum Teil von der Neigung der wichtigsten europäischen Mächte konterkariert, konservative diplomatische »Systeme« zu errichten (bis in die 1680er Jahre war es ein spanisches »System«, das dann von einem französischen abgelöst wurde).[50] Dennoch war jede politische Struktur ständig durch Ereignisse in den großen instabilen Gebieten bedroht: dem wackeligen Habsburgerreich, den Grenzländern Südosteuropas, dem anarchischen Polen und dem Ostseeraum. Im späten 17. Jahrhundert kamen die unruhigen Britischen Inseln hinzu. Die entscheidende Tatsache dieses Strebens nach Gleichgewichten war jedoch, dass keine europäische Macht stark genug war, um die anderen vollständig zu dominieren oder sich ganz auf die Eroberung von Überseeterritorien konzentrieren zu können, ohne auf seine europäischen Rivalen achten zu müssen.

Die inhärente Instabilität und die daraus hervorgehende Hahnenkampf-Mentalität brachten horrende Kosten mit sich. Jeder technische oder wirtschaftliche Impuls, den diese ständigen Kriege eventuell hervorriefen, wurde von ihren zerstörerischen Auswirkungen übertroffen, ihrer Verschwendung knapper Ressourcen und der Verstärkung der wirtschaftlichen Unsicherheit, die unter vormodernen Bedingungen ohnehin riesige Hindernisse für Investoren und

Unternehmer darstellte.[51] Darüber hinaus waren die europäischen Rivalitäten für die Außereuropäer recht vorteilhaft, so etwa für die Indianer jenseits der Appalachen und vielleicht am meisten für die Osmanen, die die europäischen Konflikte geschickt ausnutzten, um ihre umkämpften Reichsgrenzen bis in die 1760er Jahre hinein zu sichern. Die Notwendigkeit, seine Armeen gegen Ludwig XIV. einzusetzen, zwang den Habsburgerkaiser Leopold I. im Jahr 1699, mit dem Sultan den Frieden von Karlowitz abzuschließen. Die technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Europäer wurden durch die Tatsache aufgewogen, dass ihre Angriffslust und ihr Wettbewerbsgeist hauptsächlich bei inneren Konflikten vergeudet wurden.

Diese Beschränkungen der europäischen Fähigkeiten und Ambitionen spiegeln sich auf erstaunliche Weise im Denken und der Kultur Europas wider. Die meisten Zeitgenossen machten einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Beziehungen Europas mit dem amerikanischen Doppelkontinent und denen mit Afrika und Asien, dem Rest der damals bekannten Welt. Amerika übte auf die europäische Phantasie einen gewaltigen Einfluss aus, obgleich eine wissenschaftliche Denkschule diesen »neuen« Kontinent als eine raue, feindliche Umgebung darstellte, in der die menschliche Physis stark degenerative Tendenzen zeige.[52] Die Europäer begeisterte der Glaube, dass sie sowohl das Recht als auch die Mittel besäßen, Amerika nach dem Bilde Europas zu formen, umzugestalten oder es gar zu einer verbesserten Version des Alten Kontinents zu machen. Dieser geistige Imperialismus ist teilweise durch die Leichtigkeit zu erklären, mit der die Europäer ihre Herrschaft auf diesem Kontinent errichten konnten. Auch der vollständige Zusammenbruch der einheimischen Kulturen spielte dabei eine Rolle. Darüber hinaus beruhte sie jedoch auf einer Reihe von gesellschaftlichen und kulturellen Vorstellungen, wie sie etwa John Locke entwickelt hatte. Angeblich hatten es die Indianer versäumt,

ein System der Eigentumsrechte zu schaffen, das die Europäer hätten anerkennen können. Dies rechtfertigte nach Lockes Ansicht die koloniale Landnahme der Europäer.[53] Obwohl jedoch Locke das Osmanische Reich als verhasste Tyrannei betrachtete und auf einen Aufstand der unterjochten Christen hoffte, äußerte er niemals die Meinung, dass Europa zu einer Eroberung und Besetzung Afrikas und Asiens berechtigt sei, selbst wenn es dazu die Mittel hätte. Hier übernahm Locke, der die länderkundliche Literatur seiner Zeit gut kannte,[54] wahrscheinlich den respektvollen Ton der einflussreichsten damaligen Beschreibungen des Osmanischen, safawidischen, Mogul- und chinesischen Reichs. Rycaut, de Chavannes, Bernier und Du Halde beschrieben Staaten und Zivilisationen, die ein Europäer vielleicht unsympathisch oder gar abstoßend finden konnte. Aber sie ließen kaum einmal anklingen, dass eine europäische Eroberung dieser Gebiete moralisch gerechtfertigt, geschweige denn praktisch durchführbar sei. Die Jesuiten, die praktisch das Monopol auf alle Informationen über China besaßen, verbreiteten das Bild eines wohltätigen, geordneten Herrschaftssystems, das in der Hand von gelehrten Beamten lag.[55]

Kritische europäische Geister des 18. Jahrhunderts nutzten den safawidischen Iran und das China der Qing als Spiegel, um die Bigotterie, den Militarismus und die Misswirtschaft Europas zu entlarven. Montesquieu äußerte 1721 in seinen *Lettres persanes* (»Persische Briefe«) die damals modischen Bedenken gegen die Kolonisierung Amerikas: »Man kann die großen Reiche mit einem Baum vergleichen, dessen zu weit ausgebreitete Zweige dem Stamm allen Saft entziehen.«[56] In seinem *Geist der Gesetze* von 1748 stellte er dann China als effiziente, mächtige Despotie dar, deren Religion und gesellschaftliche Ordnung viel zu eng miteinander verflochten seien, als dass irgendein äußerer Einfluss (einschließlich des Christentums)

erfolgreich darin eindringen könnte.[57] Tatsächlich beruhte ein Großteil der Argumentation Montesquieus auf der damals weithin gültigen Ansicht, dass Topographie und Klima einen entscheidenden Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Ordnung hätten, eine Lehre, die implizit die Gefährlichkeit und Widernatürlichkeit des europäischen Eindringens in nichteuropäische Welten betonte. Montesquieu schreibt: »Außerdem bewirkt diese Entfernung [vom Mutterland], dass Leute, die sich dort [in Amerika] niederlassen wollen, nicht die Lebensweise eines so völlig verschiedenen Klimas übernehmen können; sie sind vielmehr gezwungen, allen ihren Lebensbedarf aus ihrem Heimatland zu beziehen.«[58] Andere drückten dies viel einfacher aus: »Diesem Klima wohnt die Schurkerei inne«, notierte ein britischer Flottenoffizier im Jahre 1731 in Jamaika.[59] Im 18. Jahrhundert war der optimistische Glaube der Frührenaissance an eine universelle christliche Kultur durch die Betonung der tief eingewurzelten Unterschiede zwischen den Religionen und Zivilisationen ersetzt worden.[60]

Kontinentaler Imperialismus: Aus Moskowien wird Russland

Die wichtigste Errungenschaft der Westeuropäer in dieser Zeit war die Fortentwicklung ihres euro-amerikanischen Seehandels. Allerdings hatte die europäische Expansion zwei Gesichter: Eines richtete sich auf die See, das andere aufs Land. Zwischen den 1620er und 1740er Jahren fand die dynamischste kontinentale Expansion durch Europäer östlich der russischen Grenzen statt.

Russlands Anteil an der Geschichte der europäischen Expansion war immer schon umstritten. Für russische

Historiker des späten 19. Jahrhunderts wie Solowjow oder Kljutschewskij war die gesamte Geschichte Russlands untrennbar mit seinen Kolonisierungsbestrebungen und seiner heroischen Verwandlung in einen großen imperialen Staat verbunden, der sich mit den größten Mächten Mittel- und Westeuropas messen konnte. Dagegen erschien vielen westeuropäischen Beobachtern Russland als halbbarbarischer, »asiatischer« Staat, in dem ein dünner »westlicher« Firnis kaum die orientalischen Wurzeln der zaristischen Autokratie verbergen konnte und der es schon gar nicht schaffte, die Rückständigkeit seiner ländlichen Verhältnisse zu übertünchen.[61] In neueren Zeiten wies man Russland eine ambivalente Rolle im Projekt der europäischen Weltherrschaft zu. In einer einflussreichen Darstellung der Ursprünge des »modernen Weltsystems« wurde die Ansicht vertreten, dass sich Russland im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts von einer autonomen Wirtschaftszone zu einem Teil der »Halbperipherie« des europäischen Kapitalismus gewandelt habe, zu einem Kollaborateur, Werkzeug und Opfer der Herrschaftsbemühungen des europäischen »Kerns«, um dann nach 1917 gegen diesen zu rebellieren.[62] Russland als »halbperiphere« Macht zu bezeichnen, betont durchaus treffend seine nur beschränkte wirtschaftliche und soziale Umwandlung nach westlichem Muster, sein dauerhaftes Eigenständigkeitsgefühl und den ständigen Kampf zwischen »Westlern« und »Modernisten« auf der einen und den »Altgläubigen«, Slawophilen und *Narodniki* (»Volksfreunden«) auf der anderen Seite, die zu unterschiedlichen Zeiten Russlands Unterordnung unter eine fremde (westliche) Kultur beklagten. Trotzdem ist diese Bezeichnung zutiefst irreführend. So begrenzt Russlands »Modernisierung« auch sein mochte, das Land gehörte – vielleicht seit 1700, sicherlich aber seit 1762 – doch immer zu den fünf oder sechs europäischen Großmächten, die den Kontinent, wenn auch oft nach heftigen Konflikten, ordneten.

Außerdem wurde es zur zweitgrößten imperialen Macht in Asien nach Großbritannien und zu einem der größten Kolonialreiche. Seine offizielle Kultur betonte ein Bewusstsein seiner imperialen Zivilisierungsmission, die es mit entsprechenden Geisteshaltungen in England und Frankreich durchaus aufnehmen konnte. Und das, obwohl es dort sogar abweichlerische Bewegungen gab, welche die aggressiv expansionistische Botschaft der imperialistischen Moderne ablehnten. Vor allem spielte das imperiale Russland an der Seite der westlichen Seemächte zweifellos eine entscheidende Rolle bei der Sicherung der europäischen Vorherrschaft über Eurasien im 19. Jahrhundert. Russland half bei der Einkreisung der islamischen Welt, es untergrub das politische Gefüge der wichtigsten islamischen Staaten und es trug zur Zerstörung der alten, auf China ausgerichteten Weltordnung in Ostasien bei. Als Vorreiter der europäischen kontinentalen Expansion in Asien wurde die Bedeutung Russlands bei der Schaffung des »modernen Weltsystems« spätestens seit 1900 von keinem anderen Land übertroffen.

Noch aus einem weiteren Grund muss man einer Sicht der Weltgeschichte entgegentreten, die Russland eine zweitrangige Rolle als Handlanger wie Opfer eines kapitalistischen Molochs zuweist, der von Drahtziehern in den Hauptstädten »Kerneuropas« gelenkt worden sei. Europa – selbst das »politische« im Gegensatz zum auch den osmanischen Balkan umfassenden »geographischen« Europa – lässt sich zu keiner Zeit auf eine Hierarchie mit kapitalistischen »Spitzenmächten« und von ihnen abhängigen »Peripherien« und »Halbperipherien« beschränken. Europa war immer eine lose »Konföderation« von Staaten mit ähnlicher Kultur, bei deren wechselseitigen Beziehungen die wirtschaftliche Stärke nur einer von mehreren wichtigen Faktoren war. Die Religionszugehörigkeit, die Treue zu einer Dynastie, die

jeweilige Ideologie und der ethnische Zusammenhalt wirkten auf unvorhersehbare Weise mit den wirtschaftlichen Kräften zusammen. So sicherten sie das Überleben einiger politischer und kultureller Gemeinschaften oder führten die Verschmelzung und das Verschwinden anderer herbei. Das Ergebnis war ein System von deutlich verschiedenen Staaten, deren Konkurrenzkampf, der manchmal zu bewaffneten Konflikten führte, nicht einfach auf den Drang zurückgeführt werden kann, zur »wichtigsten Macht« zu werden oder den »Kern« des Kontinents zu beherrschen. Stattdessen spielten auch die periodischen (manchmal endemischen) Widersprüche ihrer dynastischen, religiösen, strategischen, territorialen und nicht zuletzt kommerziellen Interessen eine Rolle. Diese Vielfalt erwies sich wiederholt als viel zu tief verwurzelt, um sie in eine kontinentale Einheit zu zwingen. Selbst das Genie Napoleon musste an dieser Aufgabe scheitern. Immer wieder begrenzte diese Vielfalt auch den kollektiven Einfluss Europas auf die außereuropäische Welt. Schließlich war der vielleicht wichtigste innereuropäische Konflikt jener zwischen der einen landwärts gerichteten imperialen Macht und den mit ihr rivalisierenden Seemächten. Auf diese Weise gestaltete Russland nicht nur zu großen Teilen die europäische Vormachtstellung in Eurasien, sondern verhinderte gleichzeitig in entscheidenden Momenten und auf entscheidende Weise Europas angestrebte Weltherrschaft.

Wenn man Europas Vielgestaltigkeit zur Kenntnis nimmt, weist man auch das Argument zurück, dass Russland, wie viele Europäer und Russen geglaubt haben, eine eigene, grundverschiedene und fremde Zivilisation sei. Damit bestünde das »echte« Europa aus Norditalien, Frankreich, Westdeutschland, den Niederlanden und Großbritannien, stellte also eine Art Prototyp der Europäischen Gemeinschaft dar. Tatsächlich war das spätmittelalterliche Russland wie das spätmittelalterliche Spanien eine wichtige kulturelle Provinz des christlichen Europas. Wie Spanien begann auch

Russland im 16. Jahrhundert sein gewaltiges Kolonialunternehmen. Wie die spanischen Monarchen achteten auch die Großfürsten von Moskau darauf, die eroberte Beute in die eigenen Hände zu bekommen, um daraus einen persönlichen oder dynastischen Vorteil zu ziehen. Es gibt jedoch auch wesentliche Unterschiede. Russlands religiöse Besonderheit und die äußerste Abneigung der Russisch-Orthodoxen Kirche gegenüber dem Katholizismus hatten zur Folge, dass die bedeutenden Ströme an wechselseitigen Einflüssen, die Spanien und das übrige katholische Europa miteinander verbanden, sich auf Russland kaum auswirkten. Erst Ende des 17. Jahrhunderts sollten europäische katholische Ideen dort zu einer stärkeren kulturellen Kraft werden.[63] Außerdem erbrachte die russische Kolonisierung nicht die funkelnden Schätze, die die Ambitionen der spanischen Habsburger finanzieren halfen. Allerdings bewirkte die wirtschaftliche Abschottung auch, dass Russlands neue Kolonialgebiete in Sibirien und der unteren Wolga kaum von den europäischen Seemächten geplündert oder überhaupt betreten werden konnten. Dies erleichterte es den Zaren, die kommerziellen und territorialen Gewinne des Reichs fest in eigenen Händen zu halten. Die relative kulturelle und wirtschaftliche Isolierung verstärkte also die Besonderheit von Russlands expansionistischem Weg zusätzlich.

Die Expansion im 17. und 18. Jahrhundert war dramatisch. Russlands Landesfläche vergrößerte sich von etwa 1,53 Millionen Quadratkilometern im Jahr 1600 auf etwa 5,45 Millionen Quadratkilometer ein Jahrhundert später.[64] Die russischen Pelzhändler waren bis 1600 hinter den Ural vorgedrungen. 1620 kontrollierten sie die Flusswege und Zugänge zur Jenissej-Bucht und gelangten im folgenden Jahrzehnt bis zur Lena. 1639 erreichten sie das Ochotskische Meer und den Pazifik.[65] Zur gleichen Zeit stießen andere Händler bis in die Gebiete jenseits des Baikalsees, der 1643 »entdeckt« wurde, und zum Amur vor, der durch die

Mandschurei ins Gelbe Meer fließt. Die dortige Ankunft der Russen fiel mit der Eroberung Chinas durch die Mandschus zusammen. Über einen Zeitraum von 40 Jahren hatten die Russen ihren Einfluss in ganz Nordasien geltend gemacht. Allerdings hatten sie bisher kaum mehr geschaffen als ein anfälliges Netz von Handelsrouten. Selbst im westlichen Sibirien beschränkte sich die russische Herrschaft auf die nördlichen Wälder der Taiga. Die Steppen waren dagegen immer noch das Reich der kirgisischen Nomaden. Abhängig von Nahrungsmittellieferungen aus Russland und weitgehend beschränkt auf ihre hölzernen Forts, wuchs die Zahl der Siedler bis in die 1660er Jahre nur sehr langsam. Danach erlaubte ihnen die stärker werdende russische Militärmacht die allmähliche Kolonisierung der offenen Steppe. Trotzdem betrug die männliche Bevölkerung des russischen Sibirien noch 1760 nicht mehr als 400.000.[66] Weiter im Süden waren die Verhältnisse ähnlich. Auch hier wurde die offene Steppe nur langsam von russischen Landadligen und ihren Leibeigenen besiedelt, die ihre alten, meist erschöpften Ländereien verlassen hatten, um nach Osten zu ziehen. Die Gründung Orenburgs im Jahr 1725 war ein wichtiger Schritt in diesem bewaffneten Kolonisierungsprozess.[67] Die alte Steppengesellschaft wurde durch eine Reihe von Verteidigungslinien langsam erdrosselt. Diese unter ungeheurem Arbeitsaufwand errichteten Festungsgürtel blockierten die Handelswege der Nomaden und hinderten sie an Raubzügen. Doch auf russischer Seite schritt die ländliche Besiedlung aufgrund der schlechten Kommunikation und des Arbeitskräftemangels nur quälend langsam voran. Auch an der europäischen Grenze nach Innerasien schien also die demographische Expansion lange Zeit auf ähnliche Weise ins Stocken zu geraten, wie es bis in die 1750er Jahre hinein im nordamerikanischen Binnenland der Fall gewesen war.

Für Peter den Großen (1689–1725) und seine Vorgänger auf dem Zarenthron lagen die großen strategischen

Probleme jedoch im Westen und in der dünn besiedelten Ukraine (»Grenzland«) im Süden und Südwesten. Die große Polnisch-Litauische Adelsrepublik hatte in der Zeit der Wirren zwischen 1598 und 1613 den Moskauer Staat in einer feindlichen Umarmung zu erdrücken gedroht. Nach 1613 mussten die Zaren aus dem Hause Romanow neben der territorialen Rivalität Polens einer neuen Gefahr begegnen. Das Königreich Schweden war durch sein Kupfer reich geworden und baute gerade ein ausgedehntes Ostseereich auf. Polen und das aufstrebende Schweden drohten, das moskowitische Russland von Europa abzudrängen, seinen Anspruch, die russischen Völker »wiederzuvereinigen«, zu hintertreiben und durch ein Bündnis mit den unzufriedenen Kosaken Moskaus Einfluss in der Ukraine zu beenden. Peters große Leistung war die Zerschlagung dieses schwedischen Imperialismus. Er nahm das reiche baltische Estland in Besitz, eine wichtige Kornkammer und Bastion zur Verteidigung der neuen Reichshauptstadt St. Petersburg, in die 1716 der Regierungssitz verlegt wurde. Der Friede von Nystad von 1721 am Ende des Großen Nordischen Kriegs bedeutete die endgültige Aufnahme Russlands in die Reihe der europäischen Großmächte und das Ende der schwedischen und polnischen Konkurrenz als ernsthafte Bedrohung. Peter selbst gab den alten Namen »Zartum Moskau« auf und wählte stattdessen den wohltönenderen Titel eines »Russischen Reichs«. Eine Proklamation seines Senats stellte offiziell fest, dass Russland nun »der Gemeinschaft der politischen Nationen beigetreten« sei.[68]

Für den nach Osten gerichteten russischen Imperialismus war der Sieg in der Ukraine entscheidend. Nach dem Vertrag von Perejaslawl im Jahre 1654 unterhielten die Zaren eine besondere Beziehung zum autonomen »Hetmanat«, dem Teil dieser halbkolonialen Region der Ukraine, der nicht von Polen kontrolliert wurde. Im Hetmanat fürchtete eine sich herausbildende

Grundbesitzerschicht, die *Starschyna,* eine weitere polnische Expansion und beobachtete nervös die unruhige Kosakengrenze im Süden. Dabei erschien ihr das Moskauer Russland als das vielversprechendste soziale Ordnungsmodell.[69] In Anbetracht einer so zerstrittenen Elite waren die Bemühungen der ukrainischen Führer – wie des charismatischen Hetmans Masepa –, ihre Autonomie durch Bündnisse mit den Osmanen, Polen oder Schweden zu bewahren, ausgesprochen riskant. Peters triumphaler Sieg über Masepa und den durch eine Verwundung behinderten Karl XII. von Schweden in der Schlacht von Poltawa im Jahre 1709 führte zur endgültigen Einverleibung der östlichen Ukraine in sein imperiales System. Dies bedeutete frisches Land für den kolonisierenden Adel, und die Kosaken waren ein wertvolles Reservoir an erfahrenen Kämpfern. Als wichtigen Schritt auf Russlands Weg zu einem europäischen Reich könnte man den Erwerb der Ukraine, der den Weg zum Schwarzen Meer öffnete, durchaus mit der britischen Eroberung Bengalens nach 1757 vergleichen.

Was waren die Hintergründe für die Entstehung dieses imperialen Konglomerats, das am östlichen Ende Europas eine so gewaltige territoriale Expansionsmaschine geschaffen hatte, dass der Zar, wie es der Philosoph Leibniz kurz nach Poltawa etwas beklommen ausdrückte, zu »einem Türken des Nordens« geworden war? Russlands Aufstieg wurde von den Ängsten und Ambitionen der Romanow-Zaren vorangetrieben, die die Furcht der Orthodoxen Kirche und des Dienstadels vor Invasionen und anarchischen Zuständen geschickt ausnutzten. Nach 1650 festigte das Zarentum seinen Griff auf Adel und Kirche. Es schaffte das orthodoxe Patriarchat ab. Ein neues stehendes Heer nach europäischem Vorbild und Peters »Rangtabelle« (mit der die Verbindung zwischen dem Adelsstatus und dem Militär- und Verwaltungsrang formalisiert wurde) betonten Macht und Anspruch des Monarchen. Die Gebietsausdehnung und das wirtschaftliche Wachstum stärkten die Zentralisierung der

Macht zusätzlich. Der Gehorsam des Adels wurde teilweise durch die Aussicht auf Landzuteilungen in den eroberten Gebieten gesichert. Einerseits entstanden auf diese Weise riesige adlige Vermögen, andererseits waren sie ein Grund für die andauernde Unzufriedenheit der Kosaken in der russischen Ukraine. Durch die *Gosti,* die offiziellen Kaufleute, kontrollierten die Zaren auch profitable Teile des Außen- und Binnenhandels, einschließlich des Salzhandels, und zogen daraus großen finanziellen Nutzen.[70] Gleichzeitig errichtete Peter staatliche Manufakturen, Fabriken und Arsenale, um seine Armee auszurüsten. Schließlich vermehrten die Gebietsgewinne auch die besteuerbaren Ressourcen, wodurch Peter seine Einnahmen verdreifachen konnte, während die Eingliederung Estlands und der Ukraine die Produktion des moskowitischen Russland fast verdoppelte.[71] Wie die spanischen *Conquistas* in der Neuen Welt ernährte sich die russische Expansion deshalb praktisch selbst und wurde durch die hohen Profite der Eroberungen zusätzlich angetrieben.

Doch all dies kann die Frage nicht ganz beantworten. Das moskowitische Russland des 17. Jahrhunderts war durchaus für die kulturellen und geistigen Einflüsse des übrigen Europas empfänglich. Peters berühmte Inkognito-Besichtigungen holländischer Werften wurden von der Bereitschaft früherer Zaren vorweggenommen, bürokratische und diplomatische Methoden der wichtigen europäischen Monarchien zu übernehmen. Russlands Herrscher und Kirchenleute nahmen Pracht und Spiritualität der barocken Kunst und Architektur auf und passten sie den lokalen Traditionen an.[72] Andererseits sorgten die orthodoxen Ängste vor katholischen Einflüssen für ein neues Interesse an der griechischen und byzantinischen Liturgie und förderten komplexere und geordnetere Formen des Gottesdiensts. Allerdings führte diese »russische Reformation« der 1650er und 1660er Jahre zum Abfall der Altgläubigen. Dieser vielfältige Wandel war deshalb so

bedeutsam, weil er den entstehenden russischen (als Gegensatz zum alten moskowitischen) Staat mit kulturellem Prestige, literarischen Ressourcen und einer ausgefeilten Ideologie ausstattete. Dies sicherte ihm die Loyalität der deutschstämmigen Barone in Estland, des halbpolonisierten Adels der Ukraine und seiner eigenen Aristokratie. Die Alternative wäre ein Rückfall in die altrussischen Traditionen der christlichen Frühgemeinden und der althergebrachten Formen des Gottesdiensts (Kennzeichen der Altgläubigen) gewesen. Dies jedoch war unvereinbar mit der territorialen Expansion, der Absorbierung anderer Kulturen und dem Anspruch auf einen Großmachtstatus in Europa, Ziele, an denen maßgebliche Kreise ein begründetes Interesse hatten.

Schließlich verstand Peter der Große wie seine Vorgänger auf dem Zarenthron, dass das Überleben seiner Herrschaft von der Mitgliedschaft im europäischen Staatensystem und dem diplomatischen Einfluss abhing, den man sich dadurch sichern konnte, was beispielsweise sein nützliches Bündnis mit Dänemark gegen Schweden bewiesen hatte. Wenn ihn die Polen oder Schweden aus dem »politischen Europa« vertrieben hätten, wäre dies eine absolute Katastrophe gewesen. Die Angst davor stand hinter seinem wild entschlossenen Streben, die technischen und administrativen Ordnungen und sogar die Kleidung Westeuropas zu übernehmen. Er wollte seine europäischen Nachbarn im Kampf ums geopolitische Überleben überflügeln. Peters »symbolische Reformen« sollten jedem die ungeheure Dringlichkeit des politischen Wandels vor Augen führen. Unmittelbar nach seiner Reise durch Europa von 1697 bis 1698 untersagte er das Tragen von Bärten und schnitt die seiner führenden Adligen persönlich ab. Die traditionelle russische Tracht, ein langes loses Gewand, der Kaftan, wurde ebenfalls verboten. Stattdessen mussten alle »deutsche Kleidung« tragen. Die Hofdamen wurden angewiesen, die tiefen Dekolletés zu zeigen, die Peter auf

seinen Reisen so sehr bewundert hatte – wobei der alte Brauch russischer Frauen, sich die Zähne schwarz zu färben, anscheinend länger überdauert hat als die altmodische Sittsamkeit der Frauenkleidung. Selbst im Tod wies Peter noch den Weg. Nach westlicher Sitte ließ er sich gestiefelt und gespornt in einem purpurnen Rock mit seinem Schwert und angelegten Orden in den Sarg legen.

Peter war ein talentierter Organisator und Stratege, aber er profitierte auch vom fehlenden Zusammenhalt des polnischen politischen Systems, der Erschöpfung der schwedischen Ressourcen nach etwa 1700 und dem Zögern der Osmanen, in entscheidenden Momenten militärisch gegen ihn zu vorzugehen.[73] Tatsächlich erklärt sich die Dynamik hinter der russischen Expansion nicht durch einen einzigen Faktor, sondern durch ein bemerkenswertes Zusammenwirken günstiger Umstände in den 100 Jahren nach 1613: der Festigung einer gesellschaftlichen Ordnung, deren strikte Disziplin die Mentalität eines »Feldlagers«[74] widerspiegelte; seiner Empfänglichkeit für kulturelle Neuerungen aus anderen Teilen Europas; der einträglichen Rolle Russlands als Umschlagplatz zwischen Europa und dem Mittleren Osten;[75] seiner offenen Landgrenze, die seine Expansion zu befördern half und den Aufstieg seiner autokratischen Macht erleichterte; seiner entscheidenden Rolle in der »Steppendiplomatie«; und der geostrategischen Gunst, die es ihm erlaubte, seine europäischen Rivalen nach 1710 vom gesamten Eurasien nördlich des Schwarzen Meers fernzuhalten. Wir finden hier also ein Modell der europäischen Expansion vor, das dem des maritimen Westens durchaus ebenbürtig ist.

Die ostasiatische Erneuerung

Von Westen gesehen war das auffallendste Merkmal der

Geschichte Ostasiens nach den Erschütterungen der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts dessen Rückzug nach innen und Abschottung nach außen. In China wie in Japan führte die Aufrichtung eines neuen politischen Regimes zum Streben nach politischer und kultureller Konsolidierung im Inland und zur bewussten Beschränkung der diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte mit dem Ausland. Auf den ersten Blick scheint es also einen scharfen Gegensatz zwischen Ostasien und Europa zu geben. Hinter der politischen Sperrmauer einer fremdenfeindlichen Diplomatie erstarrte Ostasien kulturell und stagnierte wirtschaftlich immer mehr, während Europa sich durch eine große kulturelle Offenheit, einen starken Überseehandel und eine auf Wettbewerb abhebende Politik auszeichnete. Man könnte also leicht zum Schluss kommen, dass der vorübergehende Stopp der westlichen Expansion, den der lange wirtschaftliche Abschwung nach 1620 erzwang, nur eine »Ruhe vor dem Sturm« gewesen sei. Die sich immer weiter öffnende Kluft zwischen dem dynamischen Westen und dem fortschrittsfeindlichen Osten, der in seinem Konservatismus und seiner Innenschau gefangen war, wäre demnach nur vorübergehend verdeckt worden.

Bevor wir jedoch ein solches Urteil fällen, sollten wir die Folgen der großen Erneuerung eingehend betrachten, die das Tokugawa-Shogunat und die Mandschu- (oder Qing)-Dynastie in die Wege leiteten. Beide schufen institutionelle Ordnungen, die etwa 250 Jahre überdauern sollten. Beide Länder zeichneten sich in dieser Zeit durch ein schnelles Bevölkerungswachstum, eine extensive landwirtschaftliche Kolonisierung, einen zunehmenden Binnenhandel und eine steigende Nachfrage nach Büchern aus. Wir sollten leichtfertige Generalisierungen über Stillstand und Stagnation immer mit gesunder Skepsis betrachten. Auch sollten wir nicht vorschnell schließen, dass Chinas sehr beschränkte Teilnahme am internationalen Handel nach etwa 1690 seine Zugehörigkeit zu einer untergeordneten

»Peripherie« eines europäischen »Weltsystems« zur Folge gehabt hätte.[76] Tatsächlich legt eine gründliche Untersuchung nahe, dass die Erneuerung Ostasiens nach etwa 1620 den ostasiatischen Zivilisationen half, sich gegen die vollen Auswirkungen der europäischen Expansion zu wappnen, die in einem Großteil der außereuropäischen Welt nach 1750 spürbar wurde.

Der allmähliche Zusammenbruch der Ming-Dynastie in Nordchina gipfelte im Jahre 1644 in der Eroberung der Reichshauptstadt durch die Mandschus und dem nominellen Beginn der neuen dynastischen Ära der Qing. Dies war ein programmatischer Name, den sich die Mandschus ganz bewusst selbst zulegten.[77] Der wirkliche Gründer des Qing-Reichs war jedoch Kangxi (geb. 1654, reg. 1661–1723), dessen lange Regierung für die Festigung der Qing-Herrschaft ebenso bedeutsam war wie die Akbars für das Mogul-Reich in Indien. Dabei waren die Aussichten für eine stabile kaiserliche Regierung bei Kangxis Thronbesteigung miserabel. Die Mandschus als Herrschaftselite hatten sich noch nicht von dem für die Gesellschaften der Steppennomaden charakteristischen Clan-System gelöst.[78] Die Vorstellung einer dynastischen Thronfolge, die für das Fortbestehen der Kaiserherrschaft entscheidend war, blieb ihnen fremd. Die Clanpolitik bedeutete jedoch eine ständige Auseinandersetzung um Macht und Einfluss und eine Aufteilung (und Umverteilung) des eroberten Reichtums und Landes unter den dominierenden Clans und ihren Führern. Sie stand in krassem Gegensatz zum konfuzianischen kaiserlichen System, das sich in der Ära der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) herausgebildet und unter den Ming seinen autokratischen Höhepunkt erlebt hatte. Nicht zuletzt deswegen hatten sich große Teile Südchinas und nicht wenige Mitglieder der gelehrten Elite noch nicht mit der Mandschu-Herrschaft abgefunden. Hinzu kam, dass die Mandschus anfänglich, um den Widerstand der Ming zu brechen, von ethnischen Chinesen abhängig waren. Sie

waren deshalb gezwungen, den chinesischen Generälen, die die südlichen und südwestlichen Provinzen unterwerfen sollten, weitgehende Machtbefugnisse zu verleihen. Tatsächlich genossen in den 1670er Jahren drei dieser Generäle, die sogenannten »drei Feudalfürsten«, gegenüber Peking fast vollkommene Autonomie und waren daher versucht, eigene dynastische Ansprüche zu erheben. Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten mussten die Mandschus neuen Bedrohungen ihrer Autorität in Innerasien begegnen. Dazu gehörten die Kalmücken, das theokratische Regime des Dalai Lama in Tibet und die zaristischen Beamten und russischen Pelzhändler in der Region südlich und östlich des Baikalsees. Gleichzeitig erlangte infolge des Zusammenbruchs der Ming und der wirtschaftlichen Chancen des wiederauflebenden Seehandels in den Küstenregionen des Südchinesischen Meers der Handels- und Piratenstaat des Freibeuters Koxinga (Zheng Chenggong) beträchtliche Macht. Er verfügte mit der schwer zugänglichen Insel Taiwan über eine vermeintlich sichere Basis.[79]

Die unmittelbarste Bedrohung für das Überleben der Mandschu-Herrschaft war jedoch ihre mangelnde Kontrolle über Südchina. Da sie Kangxis Bestrebungen, sie zu unterwerfen, zuvorkommen wollten, begannen die Feudalfürsten 1673/74 einen offenen Aufstand. Wu Sangui, der mächtigste der drei, bot dem Qing-Hof geringschätzig eine Gebietsaufteilung an, die den Mandschus nur die Mandschurei und Korea gelassen hätte.[80] Eine realistischere Option war die Teilung Chinas entlang des Jangtse, die Nordchina und die kaiserliche Regierung jedoch ihrer Kornkammer beraubt und Peking zu einem Rumpfstaat mit gefährlich offener Flanke gegenüber Innerasien gemacht hätte. Nach längerem Kampf gewann Kangxi Anfang der 1680er Jahre die Oberhand, einerseits, weil Wu 1678 an der Ruhr gestorben war,[81] andererseits, weil die Feudalfürsten für die Ming-Anhänger im Süden und die gelehrte Gentry

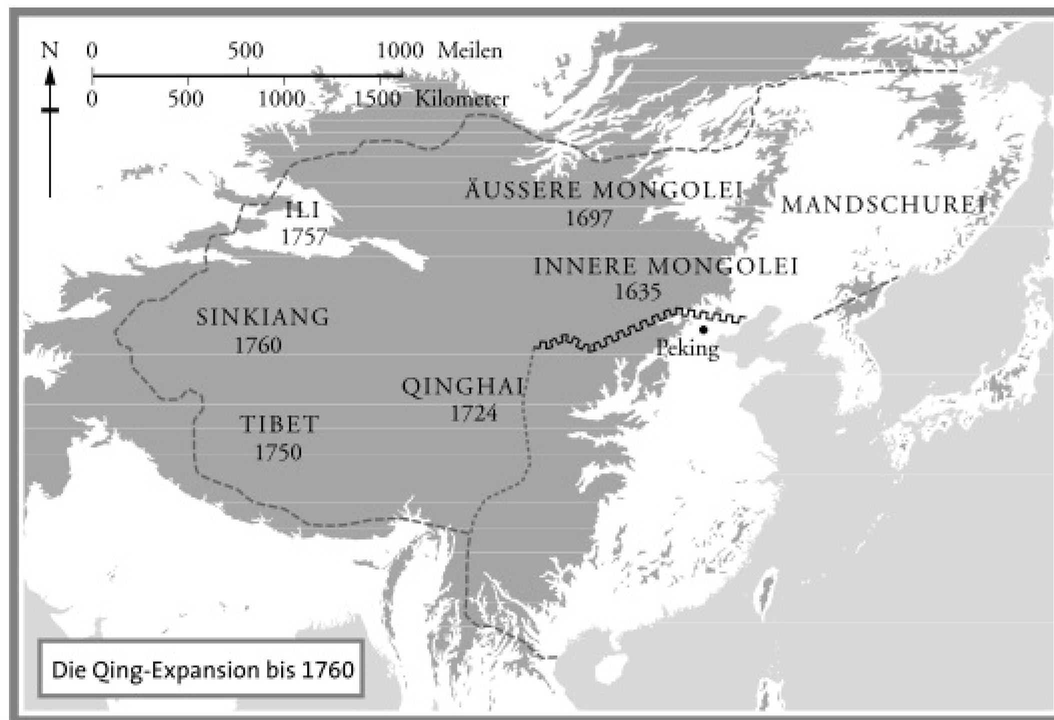
wahrscheinlich wenig anziehend waren, da diese eine imperiale Kontinuität, selbst unter dem Banner der Mandschus, einer Herrschaft durch Kriegsherren vorzogen. (Die *Shenshi*, die »Gentry«, war die gebildete Elite derer, die erfolgreich die Staatsprüfungen abgelegt hatten und die Beamtenschaft stellten.) 1683 gelang es Kangxi schließlich, auch Koxingas Rebellenstaat zu unterwerfen. Danach konnte er die rabiate Politik, den gesamten Küstengürtel zu evakuieren (um den Piraten die Nachschubbasis zu entziehen), die er seit mehr als 20 Jahren verfolgt hatte, wieder aufheben.[82] Auch der aus denselben Gründen eingeschränkte Außenhandel wurde wieder erlaubt.[83] Da Südchina jetzt nahezu befriedet war, konnte Kangxi sich Ende der 1680er Jahre Innerasien zuwenden.

Natürlich unterschätzte kein Qing-Kaiser die Gefahr eines neuen Herausforderers aus der Steppe, der das Spiel der Mandschus wiederholen und einen Grenzstaat schaffen würde, der auf einer Verschmelzung von Steppen- und Ackerbauwirtschaft basierte und stark genug war, die Loyalität der han-chinesischen Bevölkerung zu gewinnen. In den 1670er Jahren errichtete der kalmückische bzw. oiratische Herrscher Galdan ein Steppenreich von bedrohlicher Größe. Von seiner ursprünglichen Basis in der westlich der Mongolei liegenden Dsungarei aus eroberte er die Oasen und Handelsstädte Ostturkestans. 1688 fiel er in die Äußere Mongolei ein und bedrohte Peking.[84] Gleichzeitig beschwor die russische Präsenz am Nordrand der Mongolei und in der Amur-Region nördlich der Mandschurei die Gefahr einer für beide Seiten gewinnbringenden Allianz zwischen diesen Eindringlingen ins Chinesische Reich herauf. Vielleicht war es Kangxis Glück, dass diese doppelte innerasiatische Bedrohung erst auftrat, nachdem er seine Macht im eigentlichen China gesichert hatte. Allerdings hätte kein chinesischer Kaiser für die geistige und körperliche Belastung eines Grenzkriegs besser vorbereitet sein können. Kangxi war ein begeisterter

Jäger, der sich rühmte, mehr als hundert Tiger, Dutzende von Bären und Leoparden und fast hundert Wölfe erlegt zu haben. Er betrachtete die Jagd als Übung für den Krieg, und seine häufigen Reisen in die Grenzgegend, die er unternahm, um immer neue Herausforderungen bei der Jagd zu finden und um seine Truppen zu besuchen, verschafften ihm persönliche Kenntnisse über diesen künftigen Kriegsschauplatz und die Taktik und Logistik, die für den chinesischen Sieg nötig waren.[85]

Weder die Russen noch die Mandschus verfügten anfänglich über klare Vorstellungen zu den Stärken und Absichten des jeweils anderen. Mitte der 1650er Jahre erkannte Moskau allmählich, dass der geheimnisvolle östliche Potentat »Fürst Bogdoj« nicht nur ein weiterer kleiner Herrscher war, sondern mit ebensoviel Respekt wie die osmanischen, iranischen oder Mogul-Kaiser behandelt werden musste.[86] Die Russen hofften, dass die Mandschus diplomatischen Beziehungen und einer Handelsöffnung zustimmen würden. Es gab damals bereits über Astrachan an der Wolgamündung einen wachsenden russischen Handel mit Zentralasien und Indien. Seit den 1630er Jahren tauschte man regelmäßig Botschafter mit den Kalmücken und Mongolen aus. Kangxi war durchaus bereit, in diesem Fall das strikte Protokoll zu umgehen, das normalerweise die chinesischen diplomatischen Beziehungen regelte, und sich informell mit dem Gesandten des Zaren zu treffen. Gleichzeitig wollte er jedoch den Russen keinen Einfluss in Ostasien gewähren. 1684 befahl er den Mongolen, sie müssten sofort jeden Handel mit den Russen einstellen. 1685 zerstörte er Albasin, den am weitesten vorgeschobenen russischen Handelsposten im Amurbecken. Die Russen kamen jedoch zurück, und nach Galdans Eroberung der Äußeren Mongolei im Jahre 1688 drohte Peking ein langer, erschöpfender Grenzkrieg. Allerdings kam es nicht zu einem Bündnis zwischen Russen und Kalmücken, sodass Kangxi 1689 die russischen Unterhändler in Nertschinsk im

südöstlichen Sibirien mit einer großen Armee umzingeln konnte. Er zwang sie, auf das gesamte riesige Gebiet nördlich der Mandschurei zu verzichten, eine Niederlage der russischen Expansion, die erst 1860 wettgemacht werden konnte. Im Jahr 1690 schlugen die Mandschu-Armeen Galdan in der Schlacht von Ulan Budung vor allem durch Einsatz ihrer Artillerie.[87] Sechs Jahre später beging Galdan nach einer weiteren vernichtenden Niederlage Selbstmord. Die endgültige Festigung der chinesischen Oberherrschaft in Innerasien sollte allerdings erst etwa 60 Jahre später durch die Eroberung von Ostturkestan – oder Sinkiang, wie es die Chinesen nannten – erreicht werden. Trotzdem hatte bereits Kangxi die chinesische Vormacht auf dem ostasiatischen Festland wiederhergestellt. Dieser große Triumph, den die Kaiser Yongzheng (reg. 1723–1735) und Qianlong (reg. 1735–1796) weiter festigten, war die entscheidende geopolitische Voraussetzung für die inländischen Erfolge der Qing-Herrschaft und, auf längere Sicht, für ihren hartnäckigen Widerstand gegen die europäischen diplomatischen und wirtschaftlichen Ansprüche im 19. Jahrhundert.



Die Qing-Expansion bis 1760

Dieser große strategische Sieg markierte den Beginn einer außergewöhnlich dynamischen Epoche der chinesischen Geschichte. Der Yongzheng-Kaiser vollendete den Übergang von der Clanherrschaft, die die Mandschus mitgebracht hatten, zu einer erneuerten und gestärkten Version des Ming-Absolutismus. Die Mandschu-»Bannerleute«, die privaten fürstlichen Armeen, die bei der Eroberung der Macht eine entscheidende Rolle gespielt hatten, wurden unter die Kontrolle des Kaisers gebracht oder in Ruhestand versetzt.[88] Dies verhinderte die drohenden bewaffneten Konflikte um die Nachfolge nach dem Tod eines Kaisers. Ein neuer und flexiblerer »Großer Rat« löste das »Großsekretariat« und das Zensorat als Mittelpunkt der Entscheidungsfindung ab.[89] Eine dritte Neuerung, das System der »Palastdenkschriften« oder »Thronberichte«, führte zu einem wahren Strom von vertraulichen Informationen über die Verfehlungen hoher Provinzbeamter.

Auch die sorgfältige Erneuerung des Prüfungssystems war Teil von Kangxis Interessensausgleich mit den chinesischen Beamtengelehrten oder »Literaten«. Es war das entscheidende Band zwischen dem kaiserlichen Zentrum, der gelehrten Beamtenschicht in den Provinzen und den Kreismagistraten *(Zhixian)*, deren *Yamen* (Ämter) die Augen und Ohren der kaiserlichen Regierung waren. Solange die Gentry durch das von der konfuzianischen Lehre geprägte Examenssystem mit seinen klassischen Inhalten höhere Verwaltungsstellen zu erringen hoffte, China von ummauerten Städten aus regiert wurde und daneben noch die absolut loyale Mandschu-Armee in Reserve stand, hatte ein Aufstand kaum eine Chance auf Erfolg. Die ersten Qing-Kaiser begrenzten außerdem die Ausgaben, um die Steuerlast abzumildern. Da sie gleichwohl Steuerüberschüsse erzielten und es ihnen gelungen war, ihre Feinde entweder zu besiegen, einzuschüchtern oder zu versöhnen, schienen die Mandschu-Herrscher die Formel für äußere Sicherheit und inneren Frieden gefunden zu haben.

Dieses Umfeld begünstigte natürlich auch den wirtschaftlichen Fortschritt und die kulturelle Wiederbelebung. Nach einigen Schätzungen verdreifachte sich die chinesische Bevölkerung unter Kangxis Nachfolgern zwischen 1723 und 1796. Auch die landwirtschaftliche Anbaufläche nahm stark zu; wahrscheinlich verdoppelte sie sich zwischen 1650 und 1800.[90] Die han-chinesischen Siedler machten Waldgebiete im Süden und Südwesten urbar. Der Staat setzte beschädigte Wasserwege instand und legte neue an.[91] Neuartige Nahrungspflanzen – wie Mais, den die Portugiesen mitbrachten, und Süßkartoffeln, die im 18. Jahrhundert nach Fujian kamen – ergänzten den althergebrachten Reis. Handelswaren wie Tee, Indigo und Zucker wurden besonders in den Küstenprovinzen Fujian und Guangdong für den Export angebaut. Staatsbeamte in der Grenzprovinz Hunan am mittleren Jangtse förderten Mehrfachernten durch Beratung, Steueranreize und die

Bereitstellung von Saatgut.[92] Das China des 18. Jahrhunderts erlebte das Ende der Leibeigenschaft, die von Kaiser Yongzheng abgeschafft wurde,[93] und eine neue Freiheit beim Kauf und Verkauf von Land. Die Zahl der Marktstädte stieg fortwährend an. In der Kiangnan-Region am unteren Jangtse, wo die Wasserstraße das Wachstum der großen Handelsstädte begünstigt hatte, stellte ein Heer von Dorfhandwerkern Baumwolltücher her. Shanghai lieferte Textilien in Inlandsgebiete, die bis zu 1.300 Kilometer entfernt lagen. Auch mit Eisenwaren, Seide und Porzellan wurde im großen Maßstab gehandelt.[94] Eine entwickelte Merkantilwirtschaft war entstanden, in der von Privatunternehmen Papiergeld ausgegeben wurde und Kredite auf Kontrakten für künftige Salzlieferungen an den Staat beruhten, da die Salznachfrage außergewöhnlich stabil war. Chinas Anteil am internationalen Handel war damals wohl ebenso groß wie der Europas, wenn nicht gar größer.[95]

Das vielleicht eindrucksvollste Merkmal der Qing-Herrschaft war jedoch, dass sie eine ausgesprochen kraftvolle Phase der kulturellen Erneuerung einleitete. Kangxi selbst unterhielt sich gern mit den Jesuiten an seinem Hof, deren Mission den dynastischen Umbruch überlebt hatte. Er lernte sogar, Cembalo zu spielen. Trotzdem lehnte er die Idee eines regelmäßigen Handels zwischen China und Europa ab. »China und der Westen haben keine gemeinsamen Interessen«, lautete seine kurze, klare Meinung zu diesem Thema.[96] Leute aus dem Westen, wie die Jesuiten, waren jedoch durchaus willkommen. Sie mussten sich aber auf längere Zeit niederlassen und die konfuzianische Ethik annehmen. Sie konnten nicht kommen und gehen, wie es ihnen beliebte. Als der Papst Kangxi eine Botschaft sandte, in der er ihn aufforderte, Europäer zurückzuschicken, die Rom der Häresie verdächtigte, lehnte er dies kategorisch ab. Er fügte dann noch sarkastisch hinzu: »Ich werde den Europäern die Köpfe abschneiden lassen und diese zurückschicken. Auf diese Weise kann der Papst

beruhigt sein, dass er sie alle ›reformiert‹ hat.«[97] Eine Antwort des Papstes ist nicht überliefert.

Kangxis Hauptsorge galt der chinesischen Kultur. Er und seine Nachfolger veranlassten und förderten die Sammlung und Veröffentlichung von Werken der klassischen Literatur. Kangxi selbst gab eine riesige Enzyklopädie, das »Kangxi-Wörterbuch«, in Auftrag. Die Alphabetisierungsrate stieg an, und mehr gedruckte Literatur erschien, um die wachsende Nachfrage zu befriedigen.[98] Romane, Gedichte, Geschichtswerke, Biographien, Lokalgeschichten, Lexika, Anthologien und altertumskundliche Werke wurden veröffentlicht. Eine Gentry-Kultur wurde gepflegt, die die Werte und Traditionen der konfuzianischen Klassiker propagierte: die Suche nach Harmonie in der Gesellschaft und mit der Natur; die Wichtigkeit von Hierarchien (vor allem zwischen den Generationen), Ritualen und eines Verhaltenskodexes für die Bewahrung der Ordnung und des Zusammenhalts der Gesellschaft; und die Notwendigkeit zur Selbstbeherrschung und Hintanstellung der eigenen Wünsche und Begierden. Durch Literatur und Kunst und die Bereitstellung offizieller »Kulte« und Opferfeiern durch den Staat als Orientierungspunkt für die lokale Volksreligion wurde der Einfluss der konfuzianischen Kultur weiter verbreitet und war bald tiefer verwurzelt als jemals zuvor.[99] Chinas politische und wirtschaftliche Integration fiel deshalb mit einer wachsenden kulturellen Einheit zusammen, erzielt in der letzten Ära, bevor die Beziehungen zum Westen intensiver und dann auch gewalttätig wurden.

Doch dieser Aufschwung der Qing hatte Grenzen. Der riesige Teil Chinas, der jenseits seines großen Wasserwegesystems lag, blieb in tiefster provinzieller Rückständigkeit gefangen, die allerdings wohl nicht größer war als in Teilen des damaligen Europas. Wichtiger war hingegen Chinas Versäumnis, seine Macht zur See wiederzubeleben, die es drei Jahrhunderte früher aufgegeben hatte. Die chinesischen Kaufleute und Siedler in

Südostasien hatten keinen Anspruch auf kaiserlichen Schutz. Schlimme Massaker an Chinesen auf den spanischen Philippinen hatten keinerlei Reaktionen Pekings zur Folge.[100] Die Faszination der Europäer für China, so ahnungslos und schlecht informiert sie auch sein mochten, wurde in chinesischen intellektuellen Kreisen nicht erwidert. Dies lag wohl an deren kulturellem Selbstbewusstsein und dem Prestige einer ungebrochenen Kulturtradition von außergewöhnlicher Spannweite und Raffinesse. In gewisser Hinsicht zog sich das China des 18. Jahrhunderts sogar noch stärker auf sich selbst zurück: Im Jahr 1727 beendete Kaiser Yongzheng die beschränkte Tolerierung, die den christlichen Missionaren seit den Zeiten der Mongolen gewährt worden war.[101] Eingeführte europäische Ideen galten nun im chinesischen Kontext als unbrauchbar oder irrelevant.[102] Ein gutes Beispiel hierfür war die Idee der Perspektive in der Malerei. Die chinesische Kunsttheorie war freilich nicht etwa unfähig, die Perspektive zu erfinden. Sie lehnte jedoch eine einzige festgelegte Perspektive als ungenügend ab und betonte stattdessen die Vielzahl der Standpunkte, von denen aus man einen Gegenstand oder eine Landschaft betrachten müsse.[103] Was den technologischen oder wissenschaftlichen Wandel anging, war das tieferliegende Problem vielleicht der grundlegende Konservatismus der Qing-Gesellschaft, die ihrer Bürokratie, Körperschaften wie den Gilden sowie den Clan- und Geschlechterführern enorme soziale Macht verlieh. Sie alle spielten eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der hierarchischen Disziplin der Gesellschaft. Die Qing-Herrschaft verstärkte wohl nur gesellschaftliche Tendenzen, die bereits tief verwurzelt waren. Trotz aller Förderung der konfuzianischen Kultur war dies jedoch eine Art »Mandschu-Raj«: die imperiale Herrschaft einer fremden Dynastie und ihrer ebenfalls fremden Gefolgsleute, die durch eigene Wohnsitze und Ehegesetze strikt von der Han-Mehrheit getrennt waren. Wie andere Kolonialregime in der Weltgeschichte fanden

auch die Mandschus heraus, dass der Preis der Stabilität ein Bündnis mit denjenigen Einheimischen war, die bisher vor Ort das Sagen gehabt hatten. Außerdem musste man sorgsam jedes gesellschaftliche oder politische Risiko vermeiden. Unter diesen Aspekten war der Zeitpunkt der Mandschu-Konsolidierung zwischen 1680 und 1750 höchst bedeutsam. Am Vorabend des entscheidenden Zusammenstoßes mit dem Westen machte Chinas politischer Sonderweg, der immer noch von seiner symbiotischen Beziehung zu Innerasien geprägt war, das Land nicht – wie die Europäer dachten – zu einer allmächtigen orientalischen Despotie, die es ihm gestattet hätte, sich angesichts der äußeren Herausforderung entscheidend zu wandeln. Stattdessen entwickelte es sich eher zu einer »beschränkten Kolonialherrschaft«, in der die Zentralregierung den lokalen (und gewöhnlich konservativen) Kräften fast alle Initiativen überließ. Als das chinesische »Wirtschaftswunder« des 18. Jahrhunderts zu Ende ging, wurde zugleich der Spielraum für einen politischen Wandel immer geringer.[104]

Auch Japan erlebte im 17. und frühen 18. Jahrhundert eine bemerkenswerte Phase der politischen Konsolidierung und des Wirtschaftswachstums. Das Shogunat wurde innerhalb des Tokugawa-Clans erblich. Der auf rein symbolische Bedeutung beschränkte Kaiserhof blieb in Kioto, wo die Shogune ebenfalls einen prächtigen Palast für ihre regelmäßigen Besuche behielten. Der Schlüssel zur politischen Stabilität war die Oberherrschaft der Tokugawa über die Clans und Clan-Domänen, in die Japan aufgeteilt war, und die *Daimyo,* die diese regierten. Die militärische Dominanz der Shogune wurde durch das berüchtigte *Sankin-Kotai*-System ergänzt, das die *Daimyo* zwang, ihre Frauen und Kinder in der Shogunatshauptstadt Edo zurückzulassen und auch selbst dort jedes zweite Jahr Wohnsitz zu nehmen. Wenn sie in Edo waren, mussten die *Daimyo* zweimal im

Monat am Hof des Shoguns erscheinen und in der Stadt und deren Umkreis bestimmte Verwaltungsaufgaben übernehmen. Gleichzeitig wurden die Mitglieder des erblichen Kriegerstands, die Samurai, in den Burgstädten der Domänen wie Himeji oder Nagoya konzentriert, oder sie mussten dem *Daimyo* bei seinen Besuchen in Edo folgen. Allmählich wandelten sie sich in einen erblichen Dienstadel. Sie hingen von den Reiszuteilungen *(Koku*) ihres *Daimyo* ab und orientierten sich zunehmend an den Vorstellungen vom *Junzi,* dem »Edlen«, wie sie der Konfuzianismus vertrat. Dessen Sicht der gesellschaftlichen Ordnung war eine nützliche Untermauerung ihres neu errungenen Status.

Der innere Frieden war von einem schnellen Wachstum der Bevölkerung begleitet, die sich von zwölf Millionen im Jahr 1600 auf etwa 31 Millionen im Jahr 1721 erhöhte.[105] Während in Japan 1600 also nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung des damaligen Frankreichs lebte, war seine Einwohnerzahl 120 Jahre später auf mehr als das Anderthalbfache dieses bevölkerungsreichsten westeuropäischen Landes angewachsen. Gleichzeitig fand eine bedeutende Verstädterung statt. Edo (ca. eine Million), Kioto (350.000) und Osaka (360.000 Einwohner) waren alle auch im Weltmaßstab bedeutende Metropolen. Um 1700 war Edo doppelt so groß wie London.[106] Auch das landwirtschaftlich genutzte Land verdoppelte sich zwischen 1600 und 1720.[107] Die hochqualifizierte handwerkliche Fertigung von Textilien, Metallwaren, Keramik und Druckerzeugnissen fand weite Verbreitung.[108] Die wirtschaftliche Spezialisierung der einzelnen Regionen nahm zu. Dies förderte den Binnenhandel, der von großen Handelsunternehmern organisiert wurde, die meist in Osaka saßen. Die Stadt war mit ihrem großen Reismarkt und ihrem fruchtbaren Hinterland als »Küche Japans« bekannt. Außerdem spielte ihre Nähe zu Kioto eine Rolle, das immer noch die Kulturhauptstadt und ein Manufakturzentrum vor allem für Seidenwaren war. Im Gegensatz zu Westeuropa

war das frühneuzeitliche Japan eine »hölzerne Welt«, vielleicht weil dies mitten in einer Erdbebenzone einen billigen und schnellen Wiederaufbau von Häusern erlaubte. Seine Städte waren riesige Ansammlungen niedriger Holzbauten. Trotzdem hegten europäische Besucher keinerlei Zweifel, dass Japan eine fortgeschrittene und wohlhabende Zivilisation sei, mit der sie unbedingt Handel treiben wollten.[109]

Wir haben bereits gesehen, dass Japan zwischen 1540 und 1640 eine dynamische Rolle in der Expansion des ost- und südostasiatischen Handels spielte, die mit der Ankunft der Europäer in dieser Region zusammenfiel. Japanische Händler und Piraten *(Wako*) nutzten die neuen Möglichkeiten des Dreieckshandels zwischen Japan, China und Südostasien aus, wobei Japans riesiger Silberboom den Wirtschaftsaufschwung anheizte und Einfuhren aus dem Ausland zu finanzieren half.[110] Nach Schätzungen entfielen auf Japan um 1600 zwei Drittel der weltweiten Silberproduktion.[111] Dies war ein weiterer wichtiger Grund, warum die Europäer unbedingt die Öffnung Japans für den Handel wollten. Japans südwestliche Häfen, vor allem Nagasaki, wuchsen schnell, und in besonderen Vierteln siedelten sich chinesische Handwerker und Geschäftsleute an.[112] Allein in Nagasaki lebten 1618 bereits 2.000 Chinesen.[113] Bekanntlich war jedoch die Haltung des *Bakufu* (der Tokugawa-Regierung in Edo) gegenüber diesem wachsenden Außenhandel zutiefst zwiespältig. Das Regime war noch jung. Seine Kontrolle über weit entfernte Clan-Domänen konnte durch ungeregelte Außenkontakte beeinträchtigt werden. Vor allem der Katholizismus wurde mit Aufstand und Subversion gleichgesetzt und mit allen Mitteln verfolgt. In den 1630er und 1640er Jahren wurde der Handel mit Chinesen und Holländern (die Holländer waren als einzige Europäer zugelassen) auf Nagasaki und die künstliche Insel Deshima in dessen Hafen beschränkt. Die lang andauernden inneren Unruhen in China und die

Schließung von dessen Häfen für jeden legalen Handel nach 1661 führten zu einem weiteren Rückgang des ostasiatischen Außenhandels. Als dieser nach 1685 wieder auflebte, machte der wachsende Abfluss des japanischen Silbers dem *Bakufu* so große Sorgen, dass es dessen Export im Jahr 1688 verbot. Das Kontrollsystem in Nagasaki wurde nach 1698 weiter verstärkt, um die Handels-und Nachrichtenströme noch enger zu überwachen.[114]

Die japanische »Abschließung« war einerseits auf »bullionistische« Befürchtungen (der Bullionismus definiert den Reichtum einer Nation anhand ihrer Gold-und Silberreserven) zurückzuführen, wie sie auch viele europäische Regierungen hegten. Sie lag andererseits aber auch am Unbehagen gegenüber den Bestrebungen der regionalen Supermacht China, deren ostasiatisches »Weltsystem« die Unabhängigkeit Japans leugnete. Man betrachtete den Isolationismus also als einzig verbleibende Lösung der chinesisch-japanischen Beziehungen, der wohl auch die Qing-Herrscher von einer Invasion abhalten sollte, wie man sie vier Jahrhunderte zuvor nur mit Mühe hatte abwehren können. Allerdings war diese Abschließung nicht vollkommen. Chinesische Vorstellungen und die chinesische Kultur übten weiterhin eine gewaltige Anziehungskraft aus, die von der Tokugawa-Regierung sogar bewusst gefördert wurde. China war das große Vorbild eines stabilen, fest gegründeten, imperialen Staates. Die chinesische Literatur und Kunst gaben in der feinen Gesellschaft den Ton an. Die Beherrschung der chinesischen Sprache und des chinesischen Malstils wurden hoch gepriesen.[115] Man unternahm große Anstrengungen, um die Lehren des Konfuzianismus den japanischen Verhältnissen anzupassen. Auf diese Weise war Nagasaki weniger eine verschlossene Pforte als eine enge Eingangstür und ein Horchposten, wo das *Bakufu* von den einlaufenden Schiffen Informationen sammelte. Deren Kapitäne waren verpflichtet, »Berichte über die neuesten Nachrichten« zu schreiben, die dann nach

Edo übermittelt wurden. Außerdem gelangten auf diese Weise ausländische Bücher ins Land. Das »holländische Wissen« verbreitete sich dadurch langsam unter den Samurai, Lehrern und Gelehrten.

Die von der Regierung angeordnete politische Abschließung führte nicht zu wirtschaftlicher Stagnation. Das japanische Wirtschaftswachstum nach 1600 wurde von einer bemerkenswerten doppelten Umwälzung angetrieben. Zum einen schuf das politische System eine große, neue städtische Wirtschaft, als sich die *Daimyo* und Samurai in Burgstädten niederließen. Das spektakulärste Beispiel war Edo selbst. Die Bestimmungen des *Sankin Kotai* brachten Hunderte von *Daimyo* samt deren Familien und großem Samurai-Gefolge in die Stadt.[116] Um 1700 bestand die Hälfte der eine Million Einwohner Edos aus Samurai-Gefolgsleuten, die in großen Clan-Niederlassungen lebten. Diese bedeckten insgesamt fast drei Viertel der Gesamtfläche der Stadt. Zusammen bildete die Elite der *Daimyo* und Samurai eine riesige Konzentration von Abnehmern für die Dienste und Erzeugnisse städtischer Kaufleute, Handwerker und Tagelöhner. Ihre Kaufkraft beruhte auf den Erträgen ihrer Domänen. Diese erhielten sie entweder in Naturalien, die in den großen Lagerhäusern in der Nähe des Hafens aufbewahrt wurden. Oder sie wurden ihnen in Geld ausbezahlt, nachdem die ihnen zustehenden Reismengen auf dem Markt in Osaka verkauft worden waren, der den Großteil der in Edo verbrauchten Nahrungsmittel lieferte. Dieses System war ein regelrechtes Förderprogramm für den Binnenhandel und das Bankwesen und stärkte eine integrierte Wirtschaft, die Nahrungsmittel und Waren für einen zentralen Markt produzierte. Im Gegenzug war die städtische Verbraucherelite so stark auf ihre agrarischen Einkünfte angewiesen, dass dieser Bedarf die Produktivität in den ländlichen Gebieten steigerte. Wirtschaftlich bedeutsam waren auch die regelmäßigen Reisen der *Daimyo* zwischen ihren Residenzen in Edo und

ihren Landgütern. Sie zogen dabei mit einem Gefolge von manchmal bis zu 2.000 Personen über Land, was den Bau von Herbergen und die Herausbildung eines Land- und Seestraßennetzes begünstigte.

Zum anderen war dieses auf den Bedürfnissen einer Elite beruhende System nicht (wie in Europa) vom Außenhandel abhängig. Als dieser immer weniger Erträge abwarf, gelang es den Japanern mit bemerkenswertem Erfolg, eine Politik der merkantilistischen Autarkie umzusetzen. So besaßen die Japaner im Gegensatz zu den Briten eigene ertragreiche Silberminen und mussten deshalb nicht Handel treiben, um die Grundlage ihrer Währung zu erhalten, wohingegen dieses Problem die Ökonomien des frühneuzeitlichen Europas ständig belastete. Außerdem reagierten die Japaner auf höchst originelle Weise auf die heimische Nachfrage nach Luxusgütern und neuartigen Nahrungsmitteln. Die koreanische Keramik genoss in Japan seit langem höchstes Ansehen. Nach Hideyoshis Invasion in den 1590er Jahren wurden nun koreanische Handwerker nach Japan gebracht und eine einheimische Keramikindustrie aufgebaut. Die unterschiedlichen klimatischen Bedingungen des Landes erlaubten den Anbau von neu eingeführten Pflanzen wie Baumwolle, Maulbeerbäumen für Seidenraupen, Tabak und Zucker. Seide und Baumwolle wurden in Kioto und Osaka weiterverarbeitet. Bei der Zuckerproduktion war das Inselreich autark. Im 17. Jahrhundert wurde die Fischerei immer wichtiger. Auf ganz unterschiedliche Weise nutzten die Japaner ihre außergewöhnlich reiche und diversifizierte natürliche Umgebung und entwickelten eine wohlhabende Handelswirtschaft, die mit der in Europa vergleichbar war, allerdings ohne sich mit den Kosten und Risiken des Kolonialismus herumschlagen zu müssen. Nach 1720 ließ aufgrund erschöpfter Ressourcen und des zunehmenden Landmangels das Wirtschaftswachstum nach und die Bevölkerung nahm nicht weiter zu. Doch eine »industrious revolution« – eine »Fleißrevolution« im Sinne von de Vries –

in der Landwirtschaft, die teilweise vom Staat gefördert wurde durch Musterfarmen und die Übernahme von chinesischem botanischen Wissen, ermöglichte es, die wirtschaftlichen Errungenschaften des vorangegangenen Jahrhunderts zu bewahren und die politische und gesellschaftliche Einheit zu sichern, die das Tokugawa-Shogunat hervorgebracht hatte.[117]

Die wirtschaftliche Dynamik des frühneuzeitlichen Japan und dessen Hinwendung zu einer »merkantilistischen Isolation« waren in großem Maße die Folge von Japans Lage innerhalb der ostasiatischen Welt. Das Wiedererstarken Chinas und die Neubelebung der alten chinesischen diplomatischen Traditionen verhinderten einen größeren Einfluss Japans auf das kontinentale Festland, das nach europäischen Maßstäben ohnehin weit entfernt war. Diese Furcht vor einer dominanten kontinentalen Zivilisation ging allerdings mit einer starken Faszination für deren kulturelle Errungenschaften und gesellschaftliche Werte einher. Aus diesem Grund war es äußerst kompliziert, diese Beziehung erfolgreich zu gestalten. Als die japanischen Silbervorräte schwanden und die Herstellung bisher importierter Güter zunehmend im eigenen Land möglich war, gab es gute Gründe, die wirtschaftliche und soziale Stabilität durch eine insulare Handels- und Wirtschaftspolitik zu erhalten, statt sich den großen Gefahren einer Expansion nach Übersee auszusetzen. Ironischerweise beschränkten die Japaner die Einfuhr ausländischer Textilien zur selben Zeit wie die Briten, allerdings mit weit größerem Erfolg. Die wirkliche Bedrohung der japanischen Stabilität und Unabhängigkeit war hingegen weniger das Einsickern ausländischer Ideen oder Technologien. Beides konnte allmählich assimiliert und den heimischen Verhältnissen angepasst werden. Wichtiger war ein von der Umwelt ebenso wie den umliegenden Staaten ausgehender plötzlicher Schock. So mochten Hungersnöte, die nach einem Jahrhundert der Prosperität in den 1720er Jahren plötzlich wieder ausgebrochen waren,

das gesamte Wirtschaftssystem zum Einsturz bringen oder zumindest drastische Änderungen erzwingen. Gleichzeitig konnten die erneuten Störungen der ostasiatischen Weltordnung, die im 16. Jahrhundert mit Konkurrenz von außerhalb konfrontiert wurde, die sorgsam gehütete Integrität der japanischen Welt gefährden. Allerdings gab es für solche ominösen Entwicklungen in den 1750er Jahren kaum Anzeichen. Ganz im Gegenteil erschienen nach der Eroberung weiter Teile Innerasiens durch die Qing in den Jahren 1759 und 1760 die Vorteile, die Japan aus seiner außergewöhnlichen geostrategischen Lage zog, größer als jemals zuvor.

Die islamischen Reiche unter Druck

Zwischen 1620 und 1740 war die islamische Welt dem Einfluss und der Konkurrenz Europas viel stärker ausgesetzt als die Staaten und Zivilisationen Ostasiens. An unzähligen Orten zwischen Südostasien und der afrikanischen Atlantikküste begegnete der europäische Soldat, Seemann, Händler, Missionar und Diplomat seinem islamischen Gegenüber, da sowohl die islamische Welt als auch Europa mit dem Wachstum des Fernhandels zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert stark expandiert waren. Wie im letzten Kapitel dargestellt, konnten sich in der Epoche, die in der europäischen Geschichte als »Zeitalter der Entdeckungen« gefeiert wird, auch die drei großen muslimischen Imperien konsolidieren: das Osmanen-, das Safawiden- und das Mogul-Reich. Gleichzeitig erlebte Südostasien nach 1500 eine schnelle und umfassende Islamisierung, die auf die Festigung der Wirtschaftsverbindungen dieser Region mit Indien und dem Nahen und Mittleren Osten und auf die Attraktivität sowohl des Islam als Religion der Handelsstaaten als auch erweiterter Formen des Königtums

zurückzuführen war.[118] In Westafrika, das seit dem 11. Jahrhundert ebenfalls unter islamischem Einfluss stand, bestätigten der Aufstieg des Songhai-Reichs am mittleren Niger seit 1468, östlich davon die Festigung des Islam in den Hausa-Staaten wie Katsina und Kano[119] sowie die Konsolidierung der Bornu unter Mai Idris Aluma (reg. ca. 1571– ca. 1603)[120] die anhaltende Dynamik der religiösen, kulturellen und politischen Ideen, die vom islamischen Kernland nach Süden und Westen gelangten.

Im Gegensatz dazu wird die spätere Frühmoderne (nach 1620) oft als eine Zeit der Stagnation und des beginnenden Niedergangs der islamischen Reiche und Kulturen dargestellt, deren Nabelschau und Konservatismus sich unvorteilhaft von den innovativen Strömungen des europäischen Denkens abgehoben hätten.[121] Der voreilige Schluss liegt nahe, dass die europäischen Gesellschaften die wissenschaftliche Denkweise angenommen hätten, die für den materiellen Fortschritt unerlässlich war, während ihre muslimischen Nachbarn im Sumpf des Religiösen stecken geblieben seien. Tatsächlich war der Wissenschaftler vor dem Ende des 18. Jahrhunderts für die Entwicklung europäischer Technik und Wirtschaft im Vergleich zum gewöhnlichen Handwerker nur von begrenzter Bedeutung.[122] Gleichwohl gab es im 17. und frühen 18. Jahrhundert einige Anzeichen dafür, dass die großen islamischen Staaten und die islamische Kultur, die sie förderten, die Dynamik der vorhergegangenen Phase verloren hatten. Die wirtschaftliche Depression sowie die Eroberung der wichtigsten islamischen Staaten in Südostasien (Makassar, Banten und Mataram) durch die Holländer nach 1660 waren größere Rückschläge. In der westafrikanischen Sahelzone leitete der Untergang des Songhai-Reiches im Jahr 1591 (das ironischerweise von marokkanischen Invasoren zerschlagen wurde) im mittleren Nigergebiet eine lange Periode der politischen Desintegration ein, die der Vertiefung des islamischen

Einflusses entgegenstand.[123] Darüber hinaus waren alle drei großen muslimischen Reiche von zentrifugalen Tendenzen bedroht, deren Auswirkungen ihren inneren Zusammenhalt gegenüber Angriffen von außen schwächen sollten. Trotz allem gab es vor der Mitte des 18. Jahrhunderts nur wenige Anhaltspunkte dafür, dass diese Veränderungen eine unumkehrbare Schwächung der islamischen gegenüber den europäischen Gesellschaften anzeigten und nicht nur leichte Verschiebungen des globalen Gleichgewichts waren.

Auf den ersten Blick bietet die Geschichte des Osmanischen Reiches zahlreiche Hinweise darauf, dass die islamischen Staaten und die Kultur des Islam zu einem stetigen Rückzug und wachsenden Niedergang verdammt waren. Zwischen 1683 (als ihre Belagerung Wiens dramatisch scheiterte) und 1739 mussten die Osmanen bedeutende Gebietsverluste hinnehmen, die den Expansionsdrang umkehrten, der sie im 16. Jahrhundert ins Herz Europas geführt hatte. Nach einem 16-jährigen Krieg war der Sultan 1699 im Frieden von Karlowitz gezwungen, Ungarn und Siebenbürgen an den Habsburgerkaiser abzutreten. Nach einem weiteren Krieg zwischen den beiden Reichen 1716 bis 1718 wurden die Osmanen im Frieden von Passarowitz von 1718 schwer gedemütigt. Die Kleine (westliche) Walachei, der Temeswarer Banat und Serbien wurden von den Habsburgern annektiert. Wichtig war hier vor allem die große Grenzfestung Belgrad, die den Zugang zum unteren Donautal beherrschte. Der militärische Elan und die überlegene Kampftechnik, die die Janitscharen im Jahrhundert davor zu so vielen Siegen geführt hatten, schienen nun weit weniger wirksam gegenüber einer habsburgischen Armee, die mit neuem Drill ausgebildet war und von Generälen wie Montecuccoli oder Prinz Eugen von Savoyen geführt wurde. Vom osmanischen Standpunkt aus war vielleicht noch bedenklicher, dass sich das Reich von Konstantinopel nach 1700 in der Balkan-Schwarzmeer-Region nicht mehr nur einem, sondern zwei Feinden

gegenübersah. Angesichts der doppelten Bedrohung durch die Expansionsgelüste der Habsburger und der Romanows verloren die Osmanen ihren privilegierten Status als frühneuzeitliche »Supermacht« in Südosteuropa, die sich aus der innereuropäischen Diplomatie hatte heraushalten können. Das eigene Überleben machte es nun erforderlich, Teil des europäischen Staatensystems zu werden, mit all den Kosten, Risiken und Kompromissen, die das mit sich brachte.[124]

Niederlagen auf dem Schlachtfeld und in den Konferenzsälen können als Symptome verborgener Schwächen des politischen und wirtschaftlichen Lebens der besiegten Staaten gedeutet werden. Es überrascht deswegen wohl nicht, dass der osmanische politische »Niedergang« nach 1600 einer genauen historischen Überprüfung unterzogen wurde. Die Schwächen der Führung, der Politik und der Institutionen wurden dabei auf eine ganze Reihe von Gründen zurückgeführt: die ungesunde Abschließung des Sultans und seiner Erben im Harem und das zunehmende Wachstum einer geheimen und von Intrigen geprägten Hofpolitik; die Abschaffung der *Dewschirme,* die Regierung und Armeen des Sultans mit loyalen Gefolgsleuten im Sklavenstand versorgt hatte, die gegenüber lokalen Einflüssen immun waren; die Übernahme sowohl des Janitscharen-Korps als auch der Bürokratie durch muslimische Würdenträger, die die Autorität des Sultans untergruben und mehr an ihrem eigenen Profit interessiert waren; und die wachsende Dezentralisierung der Steuereintreibung und der Verwaltung der Provinzen, die immer mehr von den Provinznotabeln, den *Ajanen,* und von Steuerpächtern übernommen wurden. Die Schlussfolgerung kann also lauten: Je mehr die zentrale Autorität abnahm, desto mehr nahmen die lokale Unordnung und Unsicherheit zu. Die *Deis* (Vizekönige in den Provinzen), Mamelucken und aufständischen *Derebeis* (»Herren des Tals«) bauten sich lokale bewaffnete Gefolgschaften auf, mit deren Hilfe sie

sich um die tatsächliche Macht in den Provinzen stritten.

Diese politische Aufsplitterung ging mit einer Schwächung der gesamten Wirtschaft einher. Während der Transithandel von und nach den osmanischen Städten am oder in der Nähe des Mittelmeers wichtig blieb, geriet der Seehandel zusehends in die Hände europäischer Kaufleute. Die osmanische Wirtschaft wurde immer mehr zu einem Rohstoffproduzenten für den europäischen Markt, die Baumwolle war ihr wichtigstes Exportgut. Gleichzeitig führte man zunehmend europäische Fertigwaren wie Textilien ein. Das Handwerk erlebte einen wachsenden Niedergang. Die osmanische Regierung verschlimmerte die Lage noch, indem sie europäischen Kaufleuten Handelsprivilegien gewährte, die sie von Zöllen und Steuern befreiten und die in großem Stil missbraucht wurden. Anstatt eine »merkantilistische« Politik zu verfolgen und ihre eigenen Produzenten und Händler zu schützen, schienen die Osmanen unsinnigerweise ausländische Interessen zu fördern.[125] Als Ergebnis erschlossen sich europäische Händler immer größere Teile des Reiches, während gleichzeitig einheimisches Handwerk und Gewerbe samt den städtischen Gemeinschaften, die von ihnen abhingen, marginalisiert wurden. Dies führte zu einer Balkanisierung des Reiches als wirtschaftlicher Einheit.

Wie vorauszusehen, wurden diese klassischen Symptome einer Verdrängung in die Peripherie als Teil einer allumfassenden kulturellen Krise gedeutet. Das intellektuelle Versagen schloss den Circulus vitiosus von politischen Niederlagen und wirtschaftlichem Niedergang ab. Das geistige Leben war von einem Konservatismus geprägt, der sich ganz auf die Schriften des Islam konzentrierte, der von der wachsenden Dominanz der muslimischen Bildungsschicht noch verstärkt wurde. Deshalb fanden empirische Untersuchungen und die systematische Aneignung ausländischer Ideen wenig Interesse. Die Neugier auf alles Europäische blieb bescheiden. Viele sind

der Ansicht, dass dies mit der kulturellen Geringschätzung Europas zusammenhing, die im osmanischen Zeitalter der Expansion vorgeherrscht hatte. Auch linguistische Schwierigkeiten mögen eine Rolle gespielt haben, weil die vielsprachige europäische Kultur den osmanischen Gelehrten den Zugang zu Wissen erschwerte.[126] Die offizielle Unkenntnis der europäischen Geographie war besonders augenfällig. Noch in den 1770er Jahren glaubte die osmanische Regierung, dass die russische Flotte über einen Wasserweg in Mitteleuropa ins Mittelmeer gelangt sei.[127] Ohne die Mittel oder den Willen, die Erziehung an neue Lehrinhalte anzupassen, die von einem empirischen Geist und einer technischen Orientierung geprägt waren, wurde die islamische Kultur der Osmanen zunehmend von Rückschrittlichkeit und Illusionismus geprägt.

Zählt man all diese Versäumnisse zusammen, dann führt das zu einer beeindruckenden Anklage wegen gravierender Fehlentwicklungen im Osmanischen Reich. Diese beruht jedoch auf zwei durchaus zweifelhaften Annahmen. Erstens ist dies der unterstellte Gegensatz zwischen der »Rückständigkeit« des osmanischen und der Ordnung und Fortschrittlichkeit des europäischen Lebens. Auch Europa war keine einheitliche Landschaft voller blühender Felder und geschäftiger Städte. In seinem Osten und Süden herrschte die Leibeigenschaft, regelmäßig brachen Hungersnöte aus und Aufstände wurden auf brutalste Weise unterdrückt. Das Reisen im Inneren Spaniens, Süditaliens oder im schottischen Hochland war äußerst beschwerlich und oft gefährlich. Vor allem in Gegenden, die von den Kriegen des 17. Jahrhunderts verheert worden waren, war auf dem Land das Banditentum weit verbreitet. Selbst in Westeuropa herrschte in der Wirtschaft einer nicht einmal 100 Kilometer von Paris entfernten Provinz ein prekäres Gleichgewicht zwischen einer Deckung des Eigenbedarfs und Mangelerscheinungen, und die landwirtschaftlichen Techniken hatten sich dort seit dem Mittelalter kaum

verändert.[128] Die religiöse Intoleranz der französischen und der englischen Regierung stand im starken Gegensatz zur osmanischen Haltung. Zweitens haben erst kürzlich Erforscher der osmanischen Geschichte darauf hingewiesen, die Behauptung eines osmanischen Niedergangs setze voraus, dass das Reich in seiner Expansionszeit eine effiziente Zentralregierung besessen habe, die erst durch die Misswirtschaft der späteren Jahre zugrunde gerichtet worden sei.[129]

Selbst wenn man den Lackmustest des Krieges in Betracht zieht, steht noch lange nicht fest, dass das Osmanische Reich um 1740 bereits endgültig dem Untergang geweiht war. Zwar hatten die Osmanen Ungarn und Siebenbürgen unwiederbringlich verloren. Danach hatten sie jedoch 1739 im Frieden von Belgrad alles wiedergewonnen, was sie 1718 in Passarowitz hatten preisgeben müssen, wozu auch Belgrad selbst gehörte. Die osmanischen Armeen bewiesen eine bemerkenswerte Erholungskraft, was Montecuccoli, der beste General der Habsburger, warnend vorausgesagt hatte. Im Jahr 1711 brachten sie den von Peter dem Großen im Pruth-Feldzug angeführten russischen Armeen an der (heutigen) rumänischen Grenze eine vernichtende Niederlage bei. Als sich die Russen den gut ausgerüsteten osmanischen Truppen gegenübersahen, die über weit mehr Artillerie und ein riesiges Kavalleriekorps verfügten, gerieten sie in Panik. Sie gaben Asow auf, und Peter beendete den Feldzug.[130] Die Regierung des Sultans in Konstantinopel (die nach dem großen Tor, wo die Minister ihre Büros hatten, auch »Hohe Pforte« genannt wurde) leitete weiterhin ein riesiges, sich über drei Kontinente erstreckendes Reich, dessen europäische »Front« nur eine seiner geostrategischen Bedrohungen war. Die großenteils erfolgreiche Verteidigung ihrer territorialen Integrität lässt vermuten, dass die osmanische Gesellschaft weit flexibler, widerstandsfähiger und geschlossener war, als die ihren »Niedergang« betonenden Geschichtsschreiber uns glauben

machen wollen.

Diese Widerstandskraft beruhte auch auf ihrer starken geopolitischen Lage, die bis weit in die 1760er Jahre hinein erhalten blieb. Mit dem Verlust Ungarns und Siebenbürgens fielen die Osmanen auf die natürliche Barriere der Karpaten zurück. Nachdem sie 1739 Belgrad zurückerobert hatten, beherrschten sie erneut den strategischen Verbindungsweg zwischen dem habsburgischen Europa und dem osmanischen Balkan. Da sie auch die Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer kontrollierten, konnten die Osmanen und ihre Vasallen, die Khane der Krim aus dem Geschlecht der Giray, den russischen Vormarsch zum Schwarzen Meer stoppen, obwohl die Zaren immer wieder versuchten, Perekop und Asow in ihre Gewalt zu bringen. Der logistische Albtraum, eine durch die ukrainische Steppe marschierende Armee versorgen zu müssen, brachte es mit sich, dass das Schwarze Meer ein *Mare Ottomanicum* blieb, was ein unschätzbarer politischer Aktivposten war. Alles in allem sicherten die Festung von Belgrad, der Karpatenwall und die inneren Linien, die das Schwarze Meer bot, den osmanischen *Limes* gegenüber dem Westen. Außerdem verfügte das Reich auch über starke kulturelle Verteidigungslinien. Neben den muslimischen Gemeinschaften auf dem Balkan konnten sich die Osmanen auf die Loyalität der griechisch-orthodoxen Kirchenmänner verlassen, die einen Triumph des katholischen Österreichs verhindern wollten. An der entferntesten und verwundbarsten Seegrenze des Reiches, in Nordafrika, stärkten Angst und Abscheu vor dem katholischen Spanien und die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Seeräuberei die Treue der maghrebinischen Provinzen zur fernen Hauptstadt.[131]

Gerade diese geostrategischen Absicherungen erlaubten nach 1600 die Dezentralisierung der Regierung. Die größere Rolle, die nun städtische Würdenträger in der Provinzverwaltung und (als offizielle Steuerpächter) beim

Eintreiben der Steuern spielten, erscheint unter diesem Aspekt weniger als ein Absinken des Reichs in eine umfassende Kleptokratie (Plündererherrschaft). Sie ist vielmehr als die zeitgemäße Etablierung neuer Provinzeliten zu sehen, deren Kooperation man für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und eine funktionierende Steuerverwaltung brauchte.[132] In den arabischen Provinzen und in Ägypten ging im Rahmen einer ähnlichen Entwicklung ein beträchtlicher Teil der lokalen Macht an die Janitscharengarnisonen über, die ihren Status inzwischen vererbten, bzw. an die Mameluckenherrscher in Kairo.[133] Griechische »Phanarioten«, die sich aus der wohlhabenden christlichen Elite Konstantinopels rekrutierten, regierten die rumänischen Territorien. Im Maghreb bildeten sich in Marokko, Algier, Tunis und Tripolis lokale Dynastien, die weitgehende Autonomie genossen. Aber selbst nach 1750 gab es nur wenige Anzeichen dafür, dass das Zentrum des Reiches in Konstantinopel seine Kontrolle über diese Lokalinteressen verloren hätte, deren Autorität und Legitimität immer noch von ihrer Loyalität zum osmanischen Reich abhing. Die wichtigste Aufgabe der osmanischen Regierung war es deshalb, das Prestige des *Daulat* (der Autorität des Sultans) aufrecht zu erhalten, indem sie jeder ausländischen Intervention Widerstand leistete und militärische Niederlagen vermied.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft war die Lage keineswegs nur trostlos. Zwar hatten die handwerklichen Manufakturen schwer unter der europäischen Konkurrenz gelitten, aber Konstantinopel, Izmir und Kairo blieben weiterhin große Handelszentren, und in Kairo spielte der riesige neue Handel mit Kaffee aus dem Jemen eine wichtige Rolle.[134] Die Produktion von Baumwolle, Wolle und Tabak brachte immerhin einigen Regionen neuen Wohlstand, was sich in einer bedeutenden Bautätigkeit widerspiegelte.[135] Der Binnenhandel, der die meisten Bedürfnisse der

Verbraucher befriedigte, verblieb ganz in lokaler Hand. 136 Spätestens im Jahr 1740 war jedoch offensichtlich, dass das Osmanische Reich auf den Gebieten der handwerklichen Produktion und der landwirtschaftlichen Innovation nicht mit den wohlhabendsten Regionen Europas mithalten konnte. Ihm fehlten auch die Mittel, analog der klassischen merkantilistischen Konzepte einen Nationalstaat oder eine Nationalwirtschaft zu schaffen. Trotzdem hatten die osmanischen Regierungen – zufällig oder absichtlich – eine erstaunlich erfolgreiche Formel gefunden, wie ihr Reich auch unter den schwierigeren Bedingungen überleben konnte, mit denen es seit Mitte des 17. Jahrhunderts konfrontiert war. Nach 1739 wirkten ihre strategischen Verteidigungslinien gegen den Westen weit sicherer, als sie es in den Jahrzehnten davor gewesen waren. Sie hatten gelernt, das europäische diplomatische Spiel zu spielen. So hatten sie zum Beispiel die Feindseligkeit der Franzosen gegenüber den Habsburgern ausgenutzt, um Belgrad zurückzuerobern. Die Reformpolitik der »Tulpenzeit« (eine Phase der Regierung Sultan Ahmeds III., 1718 bis 1730, so genannt wegen der Vorliebe des Hofes für Tulpen) mochte zwar am Ende gescheitert sein. Aber die osmanischen Herrscher konnten weiterhin das militärische Fachwissen und die Technologie, die sie benötigten, aus Europa »von der Stange« kaufen, ohne die kulturellen und sozialen Turbulenzen zu riskieren, die ein ehrgeiziges Reformprogramm womöglich mit sich gebracht hätte. Auch die Handelsprivilegien, die sie ausländischen Kaufleuten unter dem »Kapitulationen«-System einräumten, waren nicht allein zu deren Nutzen. Sie förderten den Außenhandel, spielten jedoch gleichzeitig die ausländischen Kaufleute gegeneinander aus und verminderten damit die Anziehungskraft des Westens auf die muslimische Gesellschaft. Mit ihrer unbeschränkten Souveränität, ihrem unangefochtenen Status als Hüter der Heiligen Stätten (in Mekka, Medina und Jerusalem) und ihrer Oberherrschaft

über Kairo, der kulturellen und intellektuellen Hauptstadt des Islam, konnten die Osmanen das empfindliche Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Gesellschaften ihres außergewöhnlichen Systems bewahren, als Vielvölkerreich am Rande Europas, das gleichzeitig die politische Verkörperung des orthodoxen Islam in seinen nah- und mittelöstlichen Kernlanden war.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts stand der reichste und dynamischste Teil der islamischen Welt unter der Herrschaft der Moguln. Das Herz des Mogul-Reichs war der »fruchtbare Halbmond« Nordindiens, die Indus-Ganges-Ebene, die sich vom äußersten Nordwesten des indischen Subkontinents bis nach Bengalen und zum Ganges-Delta erstreckte. Das strategische Zentrum bildeten das Delhi-»Dreieck«, das die Verbindung zwischen den beiden großen Flusssystemen beherrschte, und der 150 Kilometer breite »Korridor« zwischen den Vorbergen des Himalaya und dem Hochland von Dekkan. Im Jahr 1649 verlegten die Moguln ihre Hauptstadt von Agra nach Delhi in die eigens angelegte Palaststadt Shahjahanabad,[137] ein Unternehmen, das die ungeheuren Reichtümer widerspiegelte, über die die Beherrscher dieser fruchtbaren Ebenen geboten. Bereits in den 1650er Jahren war diese neue Reichshauptstadt mit ihren zahllosen Adelssitzen, die den Kaiserhof umgaben, so groß wie Paris.

Der Aufstieg der Mogul-Macht war ein zentraler Faktor der frühneuzeitlichen Weltgeschichte. Die Mogul-Herrschaft hatte ganz Nordindien vereint und befriedet. Sie förderte den indischen Überlandhandel nach Zentralasien und darüber hinaus. Die Eroberung Bengalens durch die Moguln hatte die Urbarmachung von dessen Urwäldern und Sümpfen beschleunigt[138] und den Handel mit bengalischen Textilien den Ganges hinauf bis in die Inlandsebenen von Hindustan angeregt.[139] Der Handel mit »Mogor«, wie die

Portugiesen die Länder unter der Herrschaft der Moguln nannten, zog zahlreiche europäische Kaufleute in die große Hafenstadt Surat im westlichen Indien, von der aus Handelsstraßen nach Norden und Osten in Richtung Delhi und Agra führten. Mit großem Geschick hatte Akbar den muslimischen Kriegeradel aus Zentralasien, die muslimischen Schriftgelehrten und Geistlichen aus dem Iran (das immer noch der kulturelle Magnet der islamischen Welt war), hinduistische Rajputen-Krieger und brahmanische Gelehrte in ein stabiles politisches System eingebunden. Dies begünstigte die wirtschaftliche Expansion des Reiches. Als lokale Grundbesitzer-»Dynastien« die Kontrolle über ihr Land festigen und sich dadurch einen großen Teil der landwirtschaftlichen Erträge sichern konnten, erhöhten sie den Verbrauch von Fertigwaren und Luxusgütern und förderten den Bau von Städten und *Ganjs* oder Märkten. Mit seiner großen Bevölkerung (der indische Subkontinent hatte mindestens so viele Einwohner wie das damalige Europa), seinen fruchtbaren landwirtschaftlichen Nutzflächen und leicht zugänglichen Rohstoffen wurde Indien zum weltgrößten Textilproduzenten. Es exportierte Baumwolltuche in den Nahen Osten, nach Westafrika und Europa. Vielfalt und Qualität der indischen Baumwollwaren und ihr verhältnismäßig günstiger Preis (nach einer zeitgenössischen Schätzung betrugen die indischen Arbeitskosten nur ein Siebtel der europäischen)[140] verliehen ihnen auf den europäischen Märkten eine enorme Wettbewerbsfähigkeit. Am Ende des 17. Jahrhunderts hatte die Englische Ostindien-Kompanie bereits seit langem ihr altes Hauptinteresse, den Import östlicher Gewürze, aufgegeben und sich auf den Handel mit indischen Textilien konzentriert.[141] Diese stammten zunehmend aus Bengalen, das zur dynamischsten indischen Region und zum Hauptzentrum der Aktivitäten der Kompanie aufstieg.

Folglich spielten indische Händler und Handwerker eine große Rolle beim Wachstum des internationalen Handels,

der ein wichtiges Merkmal der Frühen Neuzeit war. Obwohl genauere Aufzeichnungen fehlen, sieht man einmal von denen der Portugiesischen, Holländischen und Englischen Kompanien ab, erscheint es doch wahrscheinlich, dass der Großteil des Seehandels Indiens mit dem Nahen und Mittleren Osten, seinem wichtigsten Markt, in den Händen indischer Kaufleute und Reeder lag.[142] Ohne die dynamische Antwort der indischen Produzenten wären die immer stärker werdenden Seehandelsstränge, die die Europäer so profitabel auszunutzen verstanden, schwach und zerbrechlich geblieben.[143] Politisch und kulturell führte diese starke Beteiligung an den sich ständig erweiternden internationalen Handelsnetzen zu einer großen Empfänglichkeit des Subkontinents für die unterschiedlichsten fremden Einflüsse. Dies galt besonders für die Küstengebiete Südindiens, in denen die Moguln ihre Autorität nie vollständig durchzusetzen vermochten. Aber auch in Nordindien, dem Zentrum der Mogul-Herrschaft, waren diese Einflüsse vorhanden. Im 17. Jahrhundert arbeiteten in allen großen Städten des Reichs Europäer als Kaufleute, Ärzte und Handwerker.[144] Europäische Artilleristen dienten in den Mogul-Armeen. Jesuitenmissionaren wurde offiziell erlaubt, zu beten und zu missionieren. Tatsächlich scheinen ihre Anstrengungen jedoch hauptsächlich den reisenden und umherziehenden Europäern gegolten zu haben.[145] Die wenigen von ihnen bekehrten Inder stammten aus den armen Schichten oder aus der Kaste der Unberührbaren. Auf dem Gebiet der Literatur orientierten sich die Moguln vor allem an persischen Vorbildern. Allerdings übte auch die von den Jesuiten eingeführte Porträtkunst und religiöse Bilderwelt einen beträchtlichen Einfluss auf die Mogul-Kunst aus.[146]

Es gab wohl mehrere Gründe, warum es nicht einmal einem so geschickten und hoch entwickelten Herrschaftssystem wie diesem gelang, Südasien zu einen und ihm eine einheitliche Kultur und Verwaltung zu geben,

wie es den Ming in China gelungen war. Dazu gehörten die indische Offenheit gegenüber dem Handel und der Kultur aus dem Iran und Zentralasien, die überseeischen Einflüsse entlang der langen Küstenlinie der Halbinsel sowie die schroffe Unzugänglichkeit des Dekkan, des südlichen Teils des indischen Subkontinents. Nach dem Untergang des hinduistischen Königreichs Vijayanagar im Jahr 1565 wurden auch die wichtigsten Staaten im Süden von muslimischen Eliten beherrscht. Als man jedoch die hinduistischen Landbesitzer im Dekkan unterwerfen und dort das Mogul-System von Landzuweisungen im Austausch gegen Verwaltungs-und Militärdienste einführen wollte, führte das vor allem in der Maratha-Region zwischen Satara und Puna zu einem rasch anschwellenden Aufstand. Dessen Anführer war der hinduistische Condottiere und Bandenhäuptling Shivaji (im Deutschen auch Schiwadschi geschrieben), »ein Mann von mittlerer Größe […], von ebenmäßigen Proportionen […], argwöhnisch, geheimnistuerisch, raffiniert, grausam, hinterhältig«, wie ihn ein englischer Beobachter, der Reverend John L'Escaliot, beschrieb.[147] Im Jahr 1674 schickte die Englische Ostindienkompanie eine Gesandtschaft aus Bombay (heute Mumbai) zu Shivajis Krönung in seine Festung in Rairy, wo er nach der Tradition der Hindukönige in Gold aufgewogen wurde.[148] In den 1670er Jahren waren die Moguln von Shivajis Aufsässigkeit so alarmiert, dass Kaiser Aurangzeb seine Residenz in Shahjahanabad verließ und den Rest seiner langen Regierungszeit (1658–1707) die Marathen in endlosen Feldzügen zu unterwerfen versuchte. 1690 erzielte Aurangzeb einen kurzfristigen Sieg (Shivaji selbst war bereits 1680 gestorben). Bei Aurangzebs Tod im Jahre 1707 waren die Moguln jedoch aus Westindien vertrieben worden.[149] Diese Niederlage wurde schließlich 1719 in einem *Farman,* einer kaiserlichen Erklärung, formell anerkannt. Spätere Historiker betrachteten Aurangzebs Herrschaft als Höhepunkt der Mogul-Zeit. Sein Tod habe

danach ein neues dunkles Zeitalter imperialen Niedergangs eingeleitet, aus dem Indien erst nach 1765 durch die britische Intervention erlöst worden sei. Erniedrigt von den Marathen, unfähig, den ständigen Abfluss ihrer Macht zu ihren Provinzgouverneuren, den *Subahdaren,* zu stoppen, und herausgefordert vom Aufstieg der Sikh-Religion im Pandschab, sei das Ansehen der Moguln schließlich durch den Einfall des iranischen Herrschers Nadir Schah endgültig zerstört worden. Tatsächlich war Nadirs Sieg im Jahr 1739 der Beginn einer chaotischen Zeit. Maratha-, afghanische Rohilla- und die aus Söldnern bestehenden Pindari-Armeen verheerten zusammen mit den Truppen kleinerer Kriegsherren Nordindien. In dieser von Raub und Plünderungen geprägten Zeit erlebten Handel und Landwirtschaft einen raschen Niedergang. Die Wirtschaftskrise war ein Widerhall der politischen Auflösung. Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass Indien als erster großer eurasischer Staat nach 1750 unter europäische Herrschaft kam.

Allerdings wurde diese vereinfachte »schwarze« Version der indischen vorkolonialen Geschichte in letzter Zeit weitgehend neu geschrieben. Die späte Mogul-Zeit wird nicht mehr nur als chaotisches Vorspiel der Kolonialherrschaft betrachtet. Die Eroberung Indiens war eine höchst komplexe Angelegenheit und lässt sich nicht nur auf den unausweichlichen Zusammenbruch eines überdehnten Reiches und die Befriedung seiner kriegführenden Fragmente durch europäische Herrscher mit überlegenen politischen Fähigkeiten reduzieren. Eine realistische Darstellung des halben Jahrhunderts, das im Jahre 1757 mit der Schlacht von Plassey, dem Beginn der britischen kolonialen Eroberung, endete, müsste die Rolle betonen, die die Inder beim Aufbau neuer Handelsnetze und Regionalstaaten spielten. Diese waren eine wichtige Ursache der Krisen, die ganz unerwartet in den 1750er Jahren über sie hereinbrachen.

Tatsächlich sind hinter vielen Umwälzungen des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts die Auswirkungen des expandierenden Handels, des Bevölkerungswachstums und des Fortschritts in der Landwirtschaft zu erkennen. Der Wohlstand der Städte und der wachsende Reichtum der ländlichen Elite führten dazu, dass die Provinzen immer weniger bereit waren, sich der zentralen Steuerung durch Delhi zu unterwerfen. Der Maratha-Aufstand war dafür ein Symptom. Die Maratha-Konföderation wurde lange Zeit als Räuberhorde dargestellt, die ganz Nordindien in Anarchie gestürzt habe. Hinter ihrem Aufstieg lässt sich jedoch etwas weit Interessanteres als nur ein Freibeuterbündnis erkennen. Die Eroberungen der Marathen führten nicht zu verbrannter Erde. Stattdessen schufen sie ein ausgefeiltes Abgabensystem, dessen umfangreiche Akten heute noch in Puna (dem modernen Pune) aufbewahrt werden.[150] Die Anführer der Marathen wollten keine allumfassende Zerstörung, sondern die allmähliche Einbeziehung der Mogul-Domänen in ihr *Svarajya,* ihre »Souveränität«. Ihr Ziel war also weniger die vollständige Abschaffung des Mogul-Systems als vielmehr dessen wirksame Dezentralisierung. Aus diesem Grund unternahmen sie alles, um ihre Herrschaft mit der Autorität von Landzuweisungen und Erlassen der Moguln zu untermauern und zu bemänteln.[151] Eine neuere Untersuchung schlägt vor, die Unternehmung der Marathen als Kampf eines allmählich entstehenden hinduistischen Landadels zu betrachten, der unter Führung seiner *Sardare* oder »Anführer« an der Macht und den Einnahmen der Moguln in einem Ausmaß beteiligt werden wollte, das die wachsende Bedeutung dieser neuen Grundbesitzerschicht widerspiegelte.[152] In anderen Teilen des Mogul-Reichs ließ sich ein ähnliches Muster erkennen, als die *Subhadare* versuchten, den Griff der Zentralgewalt in Delhi zu lockern, indem sie den Forderungen der örtlichen Magnaten entgegenkamen, um damit ihre eigene Stellung zu stärken. In Bengalen, Awadh (Oudh), Hyderabad und dem

Pandschab (wo der *Rückgang* des Handels die Sikh-Religion stärkte) führte diese Schwächung der Zentralgewalt nicht zu einem Abrutschen in die Anarchie, sondern läutete eine neue Phase der Staatenbildung durch lokale Herrscher ein, die unbedingt als legitime Vertreter des alten kaiserlichen Systems erscheinen wollten.[153]



Dieser Trend hätte durchaus zu einem dezentralisierten Mogul-»Commonwealth« führen können, wenn man die Institutionen der Moguln an die Bedürfnisse der unterschiedlichen Regionalmächte angepasst hätte. Der Einfluss der Marathen, der sich auf eine bedeutende

militärische Macht stützte, hätte dann allmählich so umfassend werden können, wie es der Einfluss der Moguln gewesen war. Stattdessen wirkten zwei destabilisierende Kräfte zusammen, um aus dem »Niedergang« der Moguln das Vorspiel einer totalen Umwälzung zu machen. Der erste Faktor waren neue Invasionen aus Zentralasien, dem traditionellen Ursprungsraum neuer indischer Hegemonien. Im Jahr 1739 kapitulierte eine riesige Mogul-Armee bei Karnal, 120 Kilometer vor Delhi. »Das Tschagatai- [d. h. Mogul-] Reich ist am Ende«, stöhnte der Botschafter Marathas, der vom Schlachtfeld geflohen war, »das Iranische Reich ist angebrochen.«[154] Der Einnahme Delhis durch den iranischen Herrscher Nadir Schah (er ritt in die Stadt auf einem prächtigen Streitross ein, während in seinem Gefolge der gedemütigte Kaiser in einer geschlossenen Sänfte mitgeführt wurde) folgten in den 1750er Jahren Einfälle der Afghanen. Beides zerstörte das Ansehen der Moguln endgültig und kappte die alten Handelswege zwischen Bengalen und Oberindien. Ein wesentlicher Teil des Kernlandes der Moguln westlich des Indus und in der Umgebung Kabuls ging für immer verloren.[155] In einer weiteren Schlacht bei Panipat zerschlugen die Afghanen im Jahr 1761 die Maratha-Armee und töteten dabei den *Peshwa,* den Ersten Minister der Konföderation.

Die zweite große Ursache des Wandels auf dem gesamten Subkontinent war die schnelle Integration des küstennahen Indiens in den internationalen Handel. In Bengalen wurden mit erstaunlicher Geschwindigkeit Sümpfe und Wälder in Reisfelder verwandelt. Gleichzeitig schuf eine riesige Zahl von Webern und Spinnern (vielleicht eine Million oder mehr) eine außergewöhnlich dynamische Textilindustrie, deren Wachstum durch den Zustrom von Silber angeheizt wurde, mit dem die Europäer die Baumwoll- und Seidentuche bezahlten. Entlang der Koromandelküste südlich von Madras im heutigen Tamil Nadu schuf ein ähnliches Muster von

erfolgreicher Landwirtschaft und Textilproduktion eine blühende Merkantilwirtschaft in einer Region, die bisher schon der Knotenpunkt des gesamten Handels in der Bucht von Bengalen und dem Indischen Ozean gewesen war.[156] Hier wie auch in anderen Küstengebieten Indiens war eine besondere Art des Handelskapitalismus entstanden, die die Herstellung, den Verkauf und den Vertrieb von Textilien und anderen Gütern finanzierte und steuerte.[157]

Seit Ende des 16. Jahrhunderts waren viele Europäer nach Indien gekommen, um ihr Glück an dessen Höfen und in dessen Wirtschaft zu suchen. Der Hauptanziehungspunkt war jedoch schon immer der Handel mit den indischen Küstenregionen gewesen. Im 18. Jahrhundert waren die Küsten der Halbinsel von Surat bis Kalkutta übersät mit europäischen Lagerhäusern (»Godowns«) und Faktoreien. Einige Europäer wie »Diamond« (Thomas) Pitt, kamen als »Interloper«, Eindringlinge oder Schleichhändler, nach Indien, das heißt, sie unterliefen auf gesetzwidrige Weise das Monopol, das die privilegierten Handelskompanien für sich beanspruchten. Einige wie »Siamese« (Samuel) White begannen, auf eigene Rechnung Handel zu treiben. White kam im Jahr 1676 in Madras an. Er überquerte jedoch bald die Bucht von Bengalen und ließ sich in Ayutthaya, der damaligen siamesischen Hauptstadt, nieder. Einen Namen machte er sich mit dem gefährlichen Unternehmen, Elefanten über die Bucht nach Indien zu bringen. Später stieg er sogar zum Haupthandelsagenten des Königs auf.[158] Die meisten europäischen Händler standen jedoch in Diensten der Handelskompanien. Die hohen Kosten für den Fernhandel und die bewaffneten Schiffe (»East Indiamen«), für die Küstenniederlassungen mit ihren Festungen, die sie vor anderen europäischen Händlern und aufsässigen Einheimischen schützen sollten, und für den diplomatischen Apparat, der für die Verhandlungen mit den örtlichen Herrschern und dem Mogul-Hof benötigt wurde, hatten die europäischen Kaufleute seit langem dazu gezwungen, sich

als Kapitalgesellschaften zu organisieren. Diese waren Vorgänger der modernen Unternehmen (mit Aktionären, einem Vorstand und einer Managementstruktur), die beim direkten Handel zwischen ihrem Land und Indien ein Monopol genossen. Allerdings bedeutete ihre scheinbare Modernität nicht, dass diese europäischen Kaufleute Vorkämpfer einer freien Wirtschaft und der Herrschaft des Marktes gewesen wären. Tatsächlich hatten sie nur wenig zu verkaufen und waren deshalb gezwungen, enorme Mengen Silber einzuführen, um indische Güter zu bezahlen. Ihre Handelspolitik bestand darin, die Preise zu drücken und die Menge der indischen Textilien zu erhöhen, für die in Europa eine unersättliche Nachfrage bestand. Aus diesem Grund bemühten sich die rivalisierenden europäischen Kompanien ständig (seit 1720 waren es hauptsächlich die Englische und die Französische Ostindienkompanie), indische Weber in ihre Handelsstädte wie Madras und Pondicherry zu locken, wo man ihnen erlaubt hatte, ihre Faktoreien zu errichten und die Weber und Händler zu kontrollieren, um damit Preis, Art und Qualität des produzierten Tuchs zu regeln.[159] Dies führte zu engen, jedoch oft recht konfliktreichen Beziehungen mit den örtlichen Herrschern, deren Reichtum und Macht ebenfalls von den Handelsgewinnen und der richtigen Mischung der Steuereinnahmen zwischen Handel und Kredit abhingen. Im frühen 18. Jahrhundert war die Drohung, einen Hafen zu boykottieren oder zu blockieren, zu einer mächtigen diplomatischen Waffe der Kompanien geworden. Trotzdem hielten sie es für klug, den Abgesandten der Moguln bei ihren Besuchen mit höchster Ehrerbietung zu begegnen. So achteten sie zum Beispiel darauf, dabei ihre Mogul-Gewänder zu tragen, die ihnen der Herrscher hatte zukommen lassen, da dies als symbolische Zurschaustellung ihres Gehorsams und ihrer Treue galt.[160] Die Niederlage der Moguln im Jahr 1739 sandte eine Schockwelle durch ganz Südasien. Aber noch als der junge Robert Clive 1744 in Madras landete, war die Vorstellung

beinahe absurd, dass eine europäische Kompanie, schon gar nicht die englische mit ihrem baufälligen Fort in Madras, eine indische Territorialmacht werden könnte.

Man sollte also Südasien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht als eine Region betrachten, die auf dem Weg von der Stagnation in die Anarchie gewesen wäre. Im nördlichen Binnenland war der Dreieckskonflikt zwischen Marathen, Moguln und den Invasoren von jenseits der Berge auch ein Kampf zwischen Gruppen von Landadligen und Grundbesitzern einerseits, die eine stabile und sesshafte, von Städten, Märkten und Ackerbau geprägte Gesellschaft aufbauen wollten, die war, und »Krieger«-Gruppen andererseits. Diese waren Teil der alten Tradition der nomadischen Weidewirtschaft, wie sie seit unvordenklichen Zeiten in jenen Hochländern üblich war, die Nordindien mit Zentralasien verbanden.[161] Der wirtschaftliche und soziale Wandel während des langen Mogul-Friedens hatte zur Folge, dass dieser Konflikt eskalierte. Gleichzeitig veränderte der Wirtschaftsaufschwung an den indischen Küsten auch dort sehr schnell die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie die Beziehungen zum indischen Binnenland einerseits und der Außenwelt andererseits. Hier zog also eine doppelte Umwälzung herauf, eine Koinzidenz, die Südasien in seine moderne koloniale Ära stürzen sollte. Allerdings hätten nur die hellsichtigsten Propheten um 1740 vorhersagen können, dass diese Umwälzung mit der Eroberung des gesamten Subkontinents durch eine einzige Kompanie dieser europäischen Händler enden würde, für die das rein physische Überleben im Klima Indiens eine oft tödliche Herausforderung darstellte. Diese Krankheits- und Todeslotterie führte dazu, dass jeder zweite Neuankömmling aus Europa damit rechnen musste, in seinem ersten Jahr in Indien zu sterben.

Die Invasionen Nordindiens durch die Armeen des Nadir Schah im Jahr 1739 und von dessen früherem Gefolgsmann Ahmed Schah Durrani in den 1750er Jahren (Nadir Schah

war 1747 ermordet worden) waren in ihrer Bedeutung nicht mit jenen Einfällen von Stämmen vergleichbar, wie sie die indischen Ebenen in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder erlebt hatten. Zusammen stellten sie vielmehr den letzten Versuch der Reichsbildung in der Tradition Timurs dar, wobei sie den Staat der Moguln und den der Safawiden zerstörten. Die Safawiden waren ihr erstes Opfer. Eingezwängt zwischen dem von den Osmanen beherrschten Mesopotamien und Anatolien im Westen und einem riesigen, von unterschiedlichen Stämmen dominierten Hinterland, das sich im Osten und Süden bis nach Herat und Kandahar im heutigen Afghanistan erstreckte, hatte der safawidische Iran immer große Schwierigkeiten gehabt, den Steppen- und Wüstenbewohnern seine auf Städten und Sesshaftigkeit beruhende Autorität aufzuzwingen. Georgien, das Hauptrekrutierungsland seiner Sklavenarmee und Bürokratie, war dem ständigen Druck der Osmanen und Russen ausgesetzt.[162] Politisch gesehen war das safawidische System eine zerbrechliche Verbindung zwischen einem türkischen Stammesbündnis und der iranischen Gelehrtenkaste, die jedoch nie vollkommen miteinander verschmolzen. Um 1700 stand diese instabile Koalition einer wachsenden inneren und äußeren Bedrohung gegenüber.

Den in Isfahan residierenden safawidischen Herrschern war es genauso wenig wie den Moguln gelungen, ein Reich mit festen Außengrenzen zu schaffen. So hatten sie Bagdad erobert und wieder verloren. Ihre Herrschaft über Khorasan, Herat und Stadt und Region Kandahar war zu keiner Zeit gesichert. Kandahar wurde 1629 von den Usbeken und 1634 von den Moguln überrannt und konnte erst im Jahr 1650 von Schah Abbas II. zurückerobert werden. 1709 bis 1711 fiel es dann den Ghilzai, dem wichtigsten Stammesverband im südlichen Afghanistan, in die Hände. 1718/19 verloren die Safawiden auch die Herrschaft über Herat und Khorasan. Im Jahr 1722 vernichtete der Ghilzai-Führer Mahmud die

safawidische Armee bei Gulnabad, eroberte Isfahan und bestieg selbst den vom bisherigen Schah verlassenen Thron. Die miteinander rivalisierenden und sich wohl auch gegenseitig fürchtenden Russen und Osmanen beeilten sich, den Zusammenbruch der Safawiden auszunutzen. Peter der Große besetzte Derbent, Rescht und Baku an den Küsten des Kaspischen Meeres. Die Osmanen sicherten sich Tiflis (1723) und mit Hamadan, Eriwan und Täbris einen Großteil des westlichen Iran. In einem einzigen chaotischen Jahrzehnt war das imperiale Vermächtnis Abbas' I. untergegangen.

Allerdings trat im Moment des Zerfalls eine neue politische Kraft auf den Plan, die die Osmanen, Russen und Ghilzai wieder vertreiben sollte. Der safawidische Thronprätendent Tahmasp konnte Nadir Kuli (1688–1747), einen Kriegsherrn aus Khorasan von niederer Herkunft, der ein ehemaliger Hirte war, für seine Sache gewinnen. Nadir war ein General von napoleonischem Talent und Ehrgeiz.[163] Er war ein bedachter Stratege, setzte aber auch geschickt Überraschungstaktiken und die leichte Reiterei ein. Darüber hinaus erkannte er den Wert der leichten Artillerie, eines funktionierenden Drills und einer gut ausgebildeten Musketiertruppe.[164] Bis 1730 hatte er Maschhad und Herat zurückerobert, die afghanischen Stämme bei Mehmandost besiegt, Isfahan und Schiras wiedergewonnen und dem vor kurzem noch auf der Siegerstraße wandelnden Ghilzai eine vernichtende Niederlage zugefügt. Bis 1735 entriss er den Osmanen Tiflis und Eriwan und zwang die Russen, sich aus Masanderan, Astrabad, Gilan, Derbent und Baku zurückzuziehen. Im Jahr 1736 erklärte er sich selbst zum Schah. 1737/38 eroberte er Kandahar und im Jahr darauf die Mogul-Hauptstadt Delhi. Kabul und das rechte Ufer des Indus wurden ins neue iranische Kaiserreich eingegliedert, und 1740 wandte sich Nadir gegen die Usbeken in Buchara und Chiwa. Diese erstaunliche Karriere nahm durch seinen Wahnsinn und seine aberwitzige Grausamkeit (die vermutlich durch eine Geisteskrankheit verstärkt wurde) ein

vorzeitiges Ende: Im Jahr 1747 ermordeten ihn seine eigenen Generäle. Inzwischen war jedoch bereits ein neuer Reichsgründer nach dem Vorbild Nadir Schahs aufgetaucht. Ahmed Schah Durrani, einer seiner afghanischen Unterführer, brachte weite Teile von Nadirs indischen und afghanischen Eroberungen in seinen Besitz. Auf dem Höhepunkt seiner Macht erstreckte sich das Durrani-Reich von Khorasan bis zum Ganges und vom Amu-Darja bis zum Golf von Oman.[165] Erst durch den Verlust Multans (1818), Kaschmirs (1819) und Peschawars (1834) an die Briten wurde es auf das afghanische Hochland zurückgedrängt.

Was waren die Hintergründe dieser beiden großen Reichsbildungen, die die riesigen iranisch-indischen Randgebiete ein halbes Jahrhundert lang prägten und die so verheerende Auswirkungen auf die Politik des gesamten Subkontinents hatten? Eine mögliche Erklärung ist, dass sie Symptome einer »Stammesrevolte« gegen den wachsenden Einfluss der bürokratischen sesshaften Staaten, des russischen, des safawidischen und des Mogul-Reichs, waren. Die Dauer dieser Unternehmungen und die imperialen Absichten ihrer Führer legen jedoch nahe, dass hier tiefer wirkende Kräfte am Werk waren. So wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass der Werdegang Nadirs und Ahmed Schahs mit der dramatisch gewachsenen wirtschaftlichen Bedeutung des Handelskorridors zusammenfiel, der sich zwischen Nordindien und Russland und westlich bis nach Maschhad und den Iran erstreckte.[166] Der im Süden bis auf die Höhe des heutigen Karatschi reichende Teil Nordindiens sei Teil eines Handelssystems gewesen, das von der Kaufkraft des russischen Silbers neu belebt worden sei. Dann hätte dieser Versuch der Reichsbildung darauf abgezielt, den wirtschaftlichen Reichtum der Region auch in Zukunft zu kontrollieren. Zweifellos spielten auch die sozialen Spannungen innerhalb der nomadischen Wirtschaft mit ihrer Langzeittendenz zur Überbevölkerung eine Rolle. Militärisch konnte man auf die alten nomadischen Vorteile

taktischer Schnelligkeit und strategischer Beweglichkeit zurückgreifen, wobei der Gebrauch von Handfeuerwaffen auch bei der Kriegsführung zu Pferde üblich wurde,[167] während Nadir Schah darüber hinaus noch eine starke Artillerie und sogar eine mächtige Flotte aufbaute.[168] Folgt man dieser Ansicht, können weder Nadir noch Ahmad Schah als Rückfall in eine barbarische Ära gedeutet werden, sondern waren vielmehr Staatenbauer auf der Suche nach einer neuen Erfolgsformel. Sie kombinierten einen imperialen Stil mit der brutalen Disziplin der Stammesgesellschaften. Möglicherweise träumten sie von einem Großiranischen Reich nach dem Vorbild der Mandschus, in dem eine nomadische Kriegerelite in die erbliche Beamtenschaft eines Agrarstaats umgewandelt worden wäre.

Aber dazu sollte es nicht kommen. Das imperiale Projekt scheiterte. Vielleicht war seine landwirtschaftliche Basis zu klein, um ein Reich dieser Ausdehnung zu erhalten. Vielleicht waren die Stammesverbände, von denen es abhing, auch einfach zu instabil. Möglicherweise sorgte auch der äußere Druck (nicht zuletzt die ständig stärker werdende britische Macht in Indien)[169] dafür, dass nicht genug Zeit für die unerlässliche Umstellung auf eine sesshaftere Regierungsform zur Verfügung stand. Trotzdem blieb diese Zeit nicht ohne zwei dauerhafte Folgen: Die eine war der afghanische Staat, den Ahmed Schah im Jahr 1747 gegründet hatte, die andere die Wiederherstellung des Iran unter der Dynastie der Afschariden und danach der Kadscharen, die das Land bis 1925 regieren sollten.

Europas Platz in Eurasien

Historiker sind oft versucht, die späteren Jahre der Frühen Neuzeit als das große Vorspiel zur Vorherrschaft Europas zu

betrachten, als Zeit des unmittelbar bevorstehenden, unvermeidlichen Triumphes einer Weltwirtschaft, die von den wirtschaftlich führenden »Kernstaaten« in Nordwesteuropa dominiert werden würde. Tatsächlich gibt es nur wenige Gründe für diese deterministische Sicht einer Periode, deren auffallendstes Merkmal gerade der begrenzte Einfluss war, den die europäischen Staaten über einen Großteil Eurasiens ausüben konnten. Aus der Sicht der Europäer fand der bedeutendste Wandel nicht in ihren Beziehungen zur indo-islamischen Welt oder den Zivilisationen Ostasiens statt. Vielmehr war es die Konsolidierung einer riesigen Siedlungs-, Handels- und Sklavereiregion im euro-atlantischen Raum: Westafrika, Brasilien, Peru, Mexiko, die Karibik und die französischen und englischen Kolonien im östlichen Nordamerika. Während die von Europäern bewohnten Siedlungen nur langsam wuchsen, schufen die neuen, auf Sklaven basierenden Plantagenwirtschaften, die nach etwa 1650 aufgebaut wurden, wertvolle neue Märkte für den Seehandel und europäische Exporte. Exotische Produkte aus dem amerikanischen Doppelkontinent regten den Appetit der europäischen Verbraucher an. Alles, was mit Amerika zu tun hatte, hatte einen großen Einfluss auf die Phantasie der Europäer. Die geistigen und kulturellen Auswirkungen dieser unverhofft errungenen Herrschaft über eine ganze »Neue Welt« auf die sich bisher beharrlich bekämpfenden Gesellschaften Europas lassen sich kaum überschätzen. Als Quelle des Wissens, der Erneuerung und Erfahrung, als Schatztruhe voller Gold und Silber, als Beschaffer von Handelskapital und als ausgedehnte Seegebiete des Handels trugen die überseeischen Provinzen dazu bei, Europa am Anfang des 18. Jahrhunderts zur vielleicht reichsten und dynamischsten aller Zivilisationen der alten Welt zu machen.

Trotzdem ist damit noch lange nicht gesagt, dass dieser Wohlstand und diese Dynamik die europäische Macht in Eurasien weiter vorangetrieben hätten. Wie wir gesehen

haben, schafften es die Europäer – mit Ausnahme von einigen Teilen des Nahen Ostens – nicht, sich neue *Märkte* in Asien zu erschließen. Noch viel weniger gelang es ihnen – außer an einigen bevorzugten Orten –, eine physische, direkte Herrschaft auszuüben. Die große Vorhut der europäischen Macht in Asien, die mächtige Vereinigte Niederländische Ostindien-Kompanie (die »VOC«), konnte nach 1720 die Last ihrer Verwaltungs- und Rüstungskosten kaum noch tragen und schlitterte in die roten Zahlen und ein »Wachstum ohne Gewinn«. Fast gleichzeitig drohten die indischen Textilexporte die britische Tuchindustrie zu vernichten, was die Briten zur Verhängung von Schutzzöllen zwang. Tatsächlich bestimmte der europäische Verbrauch und nicht die europäische Produktion den Handel zwischen Europa, Indien und China. Selbst wenn die Inder und Chinesen von einigen Aspekten der europäischen Kunst und Technik beeindruckt gewesen sein mochten, so galt das umgekehrt mindestens ebenso sehr.

Trotzdem könnte man argumentieren, dass die wohlhabendsten Regionen in Europa bis 1740 dem Rest Eurasiens hinsichtlich der »Modernität« ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen überlegen waren. Dieser Vorsprung habe früher oder später zu einer weltweiten Vorherrschaft führen müssen. Schließlich waren die Niederländer die Pioniere der »modernen Wirtschaft« gewesen, dicht gefolgt von den Briten und Franzosen. Diese Länder wiesen die entscheidenden Kriterien der modernen Wirtschaft auf: »einigermaßen freie und umfassende Märkte« sowohl für Waren als auch für Produktionsfaktoren wie Land und Arbeit; eine Höhe der landwirtschaftlichen Produktivität, die eine komplexe Arbeitsteilung ermöglichte; ein Staat, der Eigentumsrechte und die Bewegungs- und Vertragsfreiheit garantierte; und ein Niveau der Technologie und der wirtschaftlichen Organisation, das eine nachhaltige Entwicklung, eine reiche materielle Kultur und die

Verbreitung eines marktorientierten Verbraucherverhaltens zu unterstützen vermochte.[170]

Aber nichts davon konnte die Niederlande im 18. Jahrhundert vor einem wirtschaftlichen Niedergang bewahren. Die schnelle Entwicklung hatte unvorhergesehene Umweltfolgen, welche die Wasserqualität und die Landwirtschaft ungünstig beeinflussten. Verstädterung und Binnenwanderung veränderten die Heiratsmuster und begrenzten das Bevölkerungswachstum. Hohe Produktionskosten und der Verlust von Exportmärkten durch die von Handelsrivalen gegenseitig erhöhten Zölle schädigten die produzierende Wirtschaft und trieben das Kapital in heimische und ausländische Anleihen, eine Strategie, die von den politischen und diplomatischen Krisen am Ende des Jahrhunderts vereitelt wurde. Alles in allem scheiterte das holländische Experiment einer vorindustriellen Moderne an drei Faktoren, die im frühneuzeitlichen Europa endemisch waren: am merkantilistischen Streben nach geschlossenen Märkten und wirtschaftlicher Autarkie, also den handelsschädlichen Politikansätzen, die Adam Smith in seinem Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen* gegeißelt hatte; an den hohen Kosten der vorindustriellen Güterproduktion, die mit den umweltbedingten Grenzen der landwirtschaftlichen Produktion einherging; sowie an den drastischen Folgen der innereuropäischen Konflikte für die Steuersysteme der europäischen Staaten. Das holländische Beispiel deutete an, dass die Grenzen der vorindustriellen Moderne bald auch in Großbritannien und Frankreich erreicht sein würden. Eine technologische, politische und geostrategische Revolution war nötig, bevor die europäische Wirtschaftsform den Rest Eurasiens und der Welt erfolgreich kolonisieren konnte.

4. Die eurasische Revolution

Zwischen 1750 und 1840 wurde das seit langem bestehende Gleichgewicht zwischen den Kulturen und Kontinenten von der eurasischen Revolution hinweggefegt. In diesen Jahren errangen die europäischen Staaten zum ersten Mal eine Vormachtstellung über den Rest Eurasiens und erlangten die Mittel, ihre Macht über die maritimen Ränder der großen asiatischen Reiche hinaus in deren Kerngebiete zu tragen. Im Rückblick auf diesen Wandel fiel den Historikern vor allem die große Umwälzung des wirtschaftlichen Potentials auf, von der die Europäer profitiert hatten. Die »industrielle Revolution« auf den Gebieten der Technologie und der wirtschaftlichen Organisation erschien als offensichtliche Ursache der neuen Macht der Europäer. Tatsächlich war sie jedoch nicht die einzige oder auch nur hinreichende Erklärung für die europäische Expansion. Die eurasische Revolution bestand in Wirklichkeit aus drei Revolutionen, einer geopolitischen, einer kulturellen und einer wirtschaftlichen. Allerdings leitete sie keinesfalls ein Zeitalter allumfassender europäischer Dominanz ein. In den 1830er Jahren war die Herrschaft Europas über die Welt immer noch recht begrenzt und stieß auf starke Widerstände. In den Tiefen Afroasiens war sie nicht viel mehr als ein Gerücht. Trotzdem öffnete sie den Weg zu einer imperialen Ordnung, in der Europa letztlich den Rest des Planeten beherrschen sollte.

Diese drei Revolutionen waren eng miteinander verbunden und voneinander abhängig. Jede von ihnen verstärkte die Auswirkungen der beiden anderen und erweiterte deren Reichweite. Die kommerzielle Expansion verschärfte die

Rivalität zwischen den europäischen Seemächten. Sie erhöhte die Bedeutung des Handels mit anderen Teilen Eurasiens, vor allem mit Indien, machte Europa jedoch auch verwundbarer durch eine plötzliche Unterbrechung der Warenströme. Weil der Import asiatischer Güter (vor allem Baumwoll- und Seidenwaren und Porzellan) nach Europa stieg, wurden wahrscheinlich auch die »industriellen« Methoden weiter verbreitet, mit denen europäische Hersteller diese begehrten Produkte kopieren wollten, um dem Wettbewerb standhalten und überleben zu können. Allerdings trug sich der europäische Überseehandel noch nicht selbst. Die Stärke der europäischen Händler beruhte vielmehr auf ihrem Kreditsystem und ihrer Beherrschung der Seewege. Dennoch war ihre Position in einem Großteil Eurasiens vor 1750 beileibe nicht gesichert. Ohne »Industrie«-Güter war ihre Konkurrenzfähigkeit recht schwach. Da sie den asiatischen Verbrauchern nur wenig anzubieten hatten, waren sie gezwungen, die begehrten Importe mit Gold oder Silber zu bezahlen, eine Praxis, die von ihren heimischen Regierungen mit Missfallen betrachtet wurde. Überdies hatten sie horrende Gemeinkosten (hauptsächlich für ihre Flotten und Festungen), vor allem wegen der Rivalität zwischen den einzelnen europäischen Staaten. Zugleich hing der Zugang zu den beiden größten Märkten, dem indischen und dem chinesischen, von der Erlaubnis der dortigen Herrscher ab, die ihn wie in Bengalen als politische Gefahr unterbinden oder wie im »Kanton-System« in China drastisch beschränken konnten.

Aus diesen Gründen war eine große geopolitische Umwälzung nötig, damit die Europäer das wirtschaftliche Ungleichgewicht gegenüber Asien umkehren konnten. Gleichzeitig wurden die Auswirkungen der europäischen Zwangsmaßnahmen und Eroberungen durch den Einsatz von Maschinen erweitert und vertieft, die das Verkehrswesen und die Textilproduktion revolutionierten. In ähnlicher Weise beschleunigte der offensichtliche Nutzen der

wissenschaftlichen Forschung und der technischen Neuerungen den kulturellen Wandel, der es den Europäern erlaubte, ihren Anspruch auf eine moralische, intellektuelle und materielle Überlegenheit zu entwickeln, zu erklären und zu rechtfertigen. Voraussetzungen für ein universelles Denken der Welt waren die Herstellung von Karten, die Kartierung von Küsten, das Erfassen ethnographischer Daten, das Sammeln von Pflanzen, die Besichtigung alter Monumente und der Kauf von Kuriositäten. Hierfür wiederum war der Zugang zu Informanten und Orten erforderlich, ein Apparat, um die gesammelten Informationen zu sichten, und es musste vor allem ein konkretes Motiv vorhanden sein, um die notwendigen Anstrengungen zu erbringen. All dies wäre theoretisch auch ohne eine geopolitische Präsenz möglich gewesen. Doch ohne den militärischen und politischen Einfluss, den die Briten seit 1760 in Indien hatten, wäre das britische Wissen über alles Indische weit geringer und von ganz anderer Art gewesen. Cooks drei Reisen in den Pazifischen Ozean wären weit langsamer verlaufen, wenn er auf die Kooperation der Maori und anderer Eingeborenenvölker angewiesen gewesen wäre oder sich mit der Seemacht eines nichteuropäischen Staates hätte auseinandersetzen müssen. Hier wie in Indien bestimmte die geopolitische Stärke die Anhäufung von Wissen und die Förderung des Handels.

Allerdings ist der Versuch, die Fäden dieser überaus komplexen Umwälzung zu entwirren, eine gewagte Angelegenheit. Fest steht, dass der unmittelbare Grund für den revolutionären Wandel in den Beziehungen Europas zum übrigen Eurasien keineswegs eine höhere wirtschaftliche Effizienz war, da die Industrialisierung mit der Jahrhundertwende erst begonnen hatte. Ebenso wenig war er darauf zurückzuführen, dass die Europäer Wissenschaft und Technik geschickter eingesetzt hätten als die Asiaten. Vor dem Aufkommen des Dampfschiffs verschaffte die Technologie den Europäern nur wenige Vorteile. Dies galt

auch auf dem Schlachtfeld, wie die Briten in Indien leidvoll erfahren mussten. Europa erlangte seine Vorherrschaft über ganz Eurasien nicht wegen seines wirtschaftlichen Erfolgs oder wissenschaftlichen Vorsprungs, sondern weil es sich den Zugang zu einer Reihe von Ländern und Märkten erzwang oder sogar gewaltsame Umstürze anzettelte. Alle diese Konflikte können auf Rivalitäten zwischen fremden Kaufleuten und Einheimischen zurückgeführt werden. Zusammen bildeten sie eine eurasiatische, spannungsreiche Grenzzone, die von der Krim bis Kanton reichte. Aber auch dies muss man in einen größeren Rahmen stellen. Die wirklich erstaunlichen Merkmale dieser revolutionären Epoche waren die geopolitischen Erdbeben, die nicht Eurasien, sondern die ganze Welt heimsuchten. Ihre höchste Stärke erreichten sie in Europa selbst, wo zwischen 1750 und 1830 nahezu die Hälfte der Zeit Kriege geführt wurden. Einige wurden jedoch von Spannungen ausgelöst, die kaum etwas mit europäischen Aktivitäten zu tun hatten. Ebenso wenig war es anfangs offensichtlich, dass deren kumulative Wirkung Europa zum Vorteil gereichen würde. In der gewaltsamsten Phase der europäischen Konflikte nach 1790 schien eher das Gegenteil der Fall zu sein. Als aber in den 1830er Jahren ein neues Muster sichtbar wurde (wie viele Zeitgenossen meinten), war dieses vor allem von einer ungeheuren Vergrößerung der europäischen Einflusszonen, der von Europa besetzten Gebiete und überhaupt der europäischen Herrschaft geprägt. Es ging dabei nicht nur um Europas Stellung in Eurasien. Vielmehr hatte sich das gesamte globale Gleichgewicht verschoben.

Weshalb und wie war das geschehen?

Eine geopolitische Revolution

Mitte des 18. Jahrhunderts waren die Beziehungen zwischen

den Staaten und Reichen der europäischen, islamischen und ostasiatischen Welt immer noch durch ein annäherndes Gleichgewicht gekennzeichnet. Dies galt auch für die Balance der Stärken und Schwächen zwischen allen eurasischen Mächten auf der einen und den einheimischen Gesellschaften der Äußeren Welt – dem amerikanischen Doppelkontinent, Afrika südlich der Sahara, Südostasien und dem Pazifik – auf der anderen Seite. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Lage statisch gewesen wäre. So war die Grenze zwischen den europäischen Mächten und dem Osmanischen Reich seit dem Beginn des Jahrhunderts abwechselnd vor- und zurückverlegt worden. Obwohl sich die Osmanen nach ihrem letzten großen Vorstoß auf Wien im Jahre 1683 hatten zurückziehen müssen, hatten sie später Gebiete wiedergewonnen, die sie vor den 1730er Jahren verloren hatten, und sie hatten ihre Verteidigungsstellungen gegen das Vordringen der Habsburger auf dem Balkan gestärkt. Im Norden, wo sie sich dem ständigen Expansionsdrang Russlands gegenübersahen, lagen die Zugänge zum Schwarzen Meer, das immer noch ein osmanisches Binnenmeer und der strategische Schild ihrer Nordprovinzen war, weiterhin in den Händen ihrer muslimischen Vasallen, der Khane der Krim aus dem Geschlecht der Giray. An den Küsten Nordafrikas und der Levante zeigten die europäischen Seemächte wenig Neigung, die osmanische Oberherrschaft herauszufordern – vielleicht, weil ihnen die Mittel fehlten. Weiter im Osten, im Gebiet des Kaspischen Meers, hatte der russische Vormarsch nach Süden Richtung Wolgadelta kaum Fortschritte gemacht, obwohl ein reger Handelsverkehr die russischen Städte mit dem Iran, Zentralasien und Nordindien verband.[1]

Die 1740er Jahre waren in Indien eine turbulente Zeit, als iranische, afghanische und Maratha-Invasionen die Kernländer des Mogul-Reichs erschütterten, während sich dessen alte Vasallen an der Küste, vor allem Bengalen,

immer mehr Autonomie erkämpften. Die Handelskompanien der Briten, Holländer und Franzosen verfügten überall an den Küsten Südasiens über Festungen und Faktoreien. In den 1740er Jahren war es zwischen ihnen bereits zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Trotzdem wäre um 1750 die Vorhersage absurd erschienen, dass der Kampf um die Vorherrschaft auf den nordindischen Ebenen mit dem Sieg eines europäischen und nicht eines asiatischen Imperialismus enden würde. Man hätte damals eher erwartet, dass sich die afghanischen und marathischen Reichsgründer die Beute teilen würden, während die Küstengebiete Indiens einen vollkommen anderen, eher kosmopolitischen Weg einschlagen würden. In China, dem größten aller Reiche, erschien die Gefahr eines geostrategischen Umsturzes geringer als jemals zuvor. Dort bereitete die Qing-Dynastie gerade die endgültige Vernichtung der nomadischen Militärmacht in den Steppen Innerasiens vor, um die älteste und tödlichste Bedrohung der ostasiatischen »Weltordnung« endgültig zu beseitigen.[2] Nachdem dies erreicht war (Sinkiang bzw. Ostturkestan wurde um 1757 erobert), war das Reich der Mitte noch stärker gegen alle Bedrohungen von außen gesichert und deshalb weniger als jemals zuvor zu Konzessionen bereit, falls zudringliche Besucher an seine maritime Hintertür klopfen sollten. So erschien es zumindest auf den ersten Blick.

Auch in der Äußeren Welt gab es nur wenige Anzeichen dafür, dass eine europäische Hegemonie kurz bevorstehen könnte. Die Pattsituation zwischen den Franzosen und Briten in Nordamerika (die teilweise auf ihre Konflikte in Europa zurückzuführen war) und das französische Zweckbündnis mit den Indianern des Landesinneren hatten die östlichen Ausläufer der Appalachen zur Grenzlinie der europäischen Besiedelung gemacht. Auch der Vormarsch der Spanier über ihre mexikanische Basis hinaus war inzwischen ins Stocken geraten. Die halbtrockenen Großen Ebenen (Great Plains)

und ihre mobilen, kriegerischen Völker blockierten die eine Expansionslinie, die Abgelegenheit und Unwirtlichkeit der kalifornischen Küste beschränkte die andere. (Die Spanier nahmen die Gegend um San Francisco erst in den 1770er Jahren in Besitz.) In Chile, Argentinien und im Amazonasbecken behinderten riesige Urwälder und Pampas die zaghaften Vorstöße der Kreolen und (noch in Spanien geborenen) *Peninsulares*. In Schwarzafrika breitete sich der muslimische Einfluss allmählich über die westlichen Savannen aus und wanderte den Nil empor, bis er von den Kopten in ihrem Rückzugsgebiet in Äthiopien aufgehalten wurde.[3] Er bewirkte, dass sich die Bewohner der ostafrikanischen Küste auf den Persischen Golf und Indien hin ausrichteten. Die Europäer hingegen wagten sich kaum einmal über die Sklavenhäfen an der afrikanischen Atlantikküste hinaus ins Landesinnere. Im Süden des Kontinents wurden die »afrikaanischen Trekker« im Inneren des Kapgebiets im Norden und Westen von den San (die alte Bezeichnung für die Buschmänner) und im Osten von den Nguni-Gemeinschaften aufgehalten.[4] Am erstaunlichsten war jedoch, wie wenig um 1750 über die Geographie des Pazifiks bekannt war, obwohl er bereits viele Male von europäischen Seefahrern befahren worden war. Die Gestalt und Ökologie Australasiens und die genaue Lage und Kultur der Pazifischen Inseln sowie der Pazifikküste des heutigen Kanada waren auf den europäischen Karten noch sehr ungenau dargestellt oder gar weiße Flecken. Noch im Jahr 1774 wurde auf einer Karte Alaska als Insel dargestellt.[5] Viele Küsten mussten erst noch erforscht werden.

Das eurasische Gleichgewicht bedeutete jedoch keineswegs Frieden. Zwischen 1700 und 1750 gab es neben den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Iranern, Afghanen, Marathen und Moguln größere Kriege zwischen den europäischen Staaten, zwischen Europäern und Türken sowie zwischen Türken und Iranern. Doch nach 1750 wandelte sich die geopolitische Szene auf zweifache Weise.

Ausmaß und Intensität der eurasischen Konflikte wuchsen, und ihre Dominoeffekte außerhalb der Alten Welt waren nun sehr beunruhigend. Die Gründe hierfür sind nicht ganz klar. Ein Teil der Antwort dürfte in der explosiven Überlappung zweier Langzeittrends zu finden sein. Beide waren mit der sich beschleunigenden Entwicklung der Wirtschaft in der Mitte des 18. Jahrhunderts verbunden. Der eine war der Druck, die Märkte und Handelswege, deren Wert im Steigen war, zu sichern und auszubauen und sie vor Rivalen oder räuberischen Eindringlingen zu schützen. Dieser Druck wurde von den asiatischen Kaufleuten und Herrschern, den amerikanischen Händlern und Siedlern sowie den europäischen Monarchen und Ministern wahrgenommen und weitergegeben. Zahlreiche kurze Kriege waren die Folge, bei denen es um Landbesitz und Handelsbeziehungen ging. Aber das Wachstum des Handels beförderte einen sehr bedenklichen Trend. Im Eurasien des 18. Jahrhunderts bestimmten Höhe und Stabilität der Staatseinnahmen das Ausmaß der militärischen Macht eines Staates. Dies war jedoch nicht nur eine Frage der Volkswirtschaft und des Steuersystems. Es setzte auch eine enge (und gegenseitig profitable) Beziehung zwischen den Regierungen und den Gestaltern des Finanzmarkts voraus, deren wichtigster Kunde ja gewöhnlich der Staat war. Ein gut funktionierendes Finanzsystem, das schnell und billig Kapital auftreiben konnte, war die entscheidende Voraussetzung für eine loyale und gut ausgerüstete Armee. Das Wachstum des Handels trug also dazu bei, Krieg führen zu können, und die finanziellen Ressourcen wurden zum entscheidenden Faktor des militärischen Geschicks. Friedrich der Große wusste genau, wovon er sprach, als er bemerkte: »Derart vermag ein stets vervollkommnetes […] Finanzsystem die Lage der Regierung zu verändern und sie aus ursprünglicher Verarmung heraus so reich zu machen, dass sie ihr Gran in die Waagschale der europäischen Großmächte werfen

kann.«[6] Im Jahr 1815 verfügte die Regierung in London über ein zehnmal höheres Staatseinkommen als ihre Vorgängerin 100 Jahre zuvor. Freilich schuf der »fiskalmilitärische« Staat nicht aus sich heraus Konflikte und Krisen. Indem er aber die Voraussetzungen des Erfolgs veränderte, eröffnete er den Weg zu neuen Machtmodellen.

Mitte des 18. Jahrhunderts gab es in Eurasien zwei Epizentren geopolitischer Turbulenz. Das erste lag in Europa. Die unmittelbaren Gründe der europäischen Spannungen liegen auf der Hand. Die meisten europäischen Staaten strebten nach Expansion. Im vorindustriellen Zeitalter wurde Macht mit dem Besitz von Land und der Beherrschung der arbeitenden Bevölkerung gleichgesetzt. Die andere Quelle der Macht war das Handelsmonopol auf ein tropisches Produkt mit der gleißenden Verheißung eines Überschusses an Edelmetallen. Dynastischer Ehrgeiz und gegenseitiges Misstrauen heizten die Auseinandersetzung um Territorien zusätzlich an. In Westeuropa hatten sich seit einem Jahrhundert die Kämpfe zwischen den vier Mächten Frankreich, Spanien, Großbritannien und den Niederlanden um die Frage gedreht, wer die dominante Macht werden würde, die den Seeweg zu Europas atlantischen Eroberungen in Nord- und Südamerika zu kontrollieren vermochte. Der andere Pol des europäischen Antagonismus war eine Art »Inlandsamerika«, nämlich die riesige offene Grenze in Osteuropa.[7] Diese Region teilten sich vier souveräne Staaten: Russland, Österreich, Polen und das Osmanische Reich. Aber die offensichtliche polnische und osmanische Schwäche verschärfte den Expansionsdrang ihrer stärkeren Nachbarn und heizte deren gegenseitiges Misstrauen an.

Bis in die Mitte der 1750er Jahre wurde die prekäre Stabilität dieses kriegslüsternen Kontinents hauptsächlich durch die Vorherrschaft Frankreichs, der stärksten Macht Europas, erhalten. Obgleich Frankreich auch unter Ludwig XIV. keine unbeschränkte Vormachtstellung erlangen

konnte, blieb es doch der Schiedsrichter der europäischen Diplomatie. Es hatte die größte Bevölkerung, die höchsten Staatseinnahmen und die stärkste Armee aller europäischen Staaten.[8] Zusammen mit seinem großen kulturellen Prestige, einer gut entwickelten Wirtschaft, einer beeindruckenden Flotte und dem ausgefeiltesten und erfahrensten diplomatischen und nachrichtendienstlichen Apparat war dies eine scheinbar unschlagbare Kombination. Selbst wenn Frankreich Europa nicht zu beherrschen vermochte, konnte es doch hoffen, die Konflikte des Kontinents so zu gestalten, dass seine Dominanz gesichert blieb.

Dieses Ziel verfolgte Frankreich mit einer umsichtigen Diplomatie, die darauf abzielte, in ganz Europa ein Gleichgewicht der Kräfte zu wahren. So unterstützte Frankreich eine bestimmte Partei in Polen, um der sich anbahnenden russischen Herrschaft und den europäischen Ambitionen der Romanow-Zaren entgegenzutreten. Es verbündete sich mit Preußen, um den Druck auf Österreich aufrecht zu erhalten, und mit dem Osmanischen Reich, um die Expansion sowohl Österreichs als auch Russlands zu verhindern. Die »bourbonische Allianz« zwischen Frankreich und Spanien (deren Monarchen beide Bourbonen waren) sollte den Status quo im Mittelmeerraum und in Italien aufrecht erhalten. Da die französische und die spanische Flotte zusammen größer waren als die britische, konnte man dadurch auch das britische Streben nach der Seeherrschaft im atlantischen Becken im Zaum halten. Auf diese Weise trug die »konservative« Vorherrschaft Frankreichs dazu bei, das größere Gleichgewicht in Eurasien und der Äußeren Welt zu erhalten. Außerdem schützte Frankreich das Osmanische Reich vor einem überwältigenden Zusammenschluss seiner europäischen Feinde. Es begrenzte den Einfluss der Englischen Ostindien-Kompanie in Südasien, und es blockierte den Vorstoß aus den Küstensiedlungen der britischen Kolonien ins Innere

Nordamerikas mit Hilfe einer Indianer-Diplomatie, deren Zentrum die gewaltige Festung von Québec war.

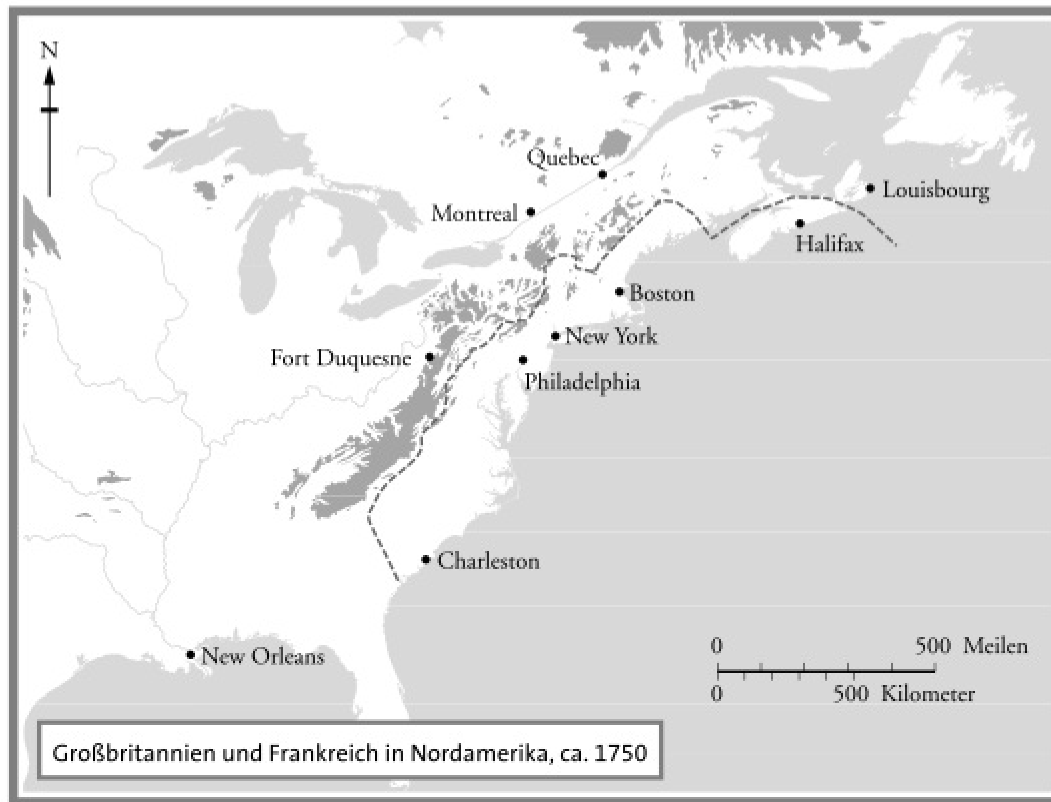
Das französische System war breit angelegt, und seine Lasten waren auch dementsprechend groß. Frankreich musste die größte Militärmacht in Europa bleiben und deshalb ein stehendes Heer unterhalten, das stets bereit war, Österreich oder Preußen auf deutschem Boden entgegenzutreten. Es musste mit der britischen Flotte konkurrieren, um das »atlantische Gleichgewicht« zu erhalten und sein Kolonialreich in der Karibik zu schützen, dessen wertvolle »Zuckerkolonien« denen der Briten durchaus ebenbürtig waren. Frankreich musste auch im Mittelmeer seine Macht zeigen. Eine in Toulon stationierte Flotte wachte über seine Interessen in Italien. Außerdem musste es für eine Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Osmanen und Österreich, dem Hauptrivalen Frankreichs, im östlichen Mittelmeerraum sorgen. Die Finanzierung dieses riesigen militärischen und kolonialen Machtapparats zu Lande und zur See war eine ständige Belastung der Bourbonen-Monarchie und ihres Staates. Doch schon ab 1713 musste die von Ludwig XIV. aufgestellte Armee von über 400.000 Mann auf etwa die Hälfte verkleinert werden. Mitte des Jahrhunderts stellte sich bereits die Frage, ob Frankreichs wirkliche Zukunft im Atlantikhandel und dem Wachstum seiner Kolonien lag (von denen Häfen wie Nantes, Bordeaux und La Rochelle abhingen), oder ob es nicht stattdessen seine kontinentale Dominanz ausbauen sollte. Hintergrund war natürlich die Ungewissheit, ob der Staat der Bourbonen beide Lasten gleichzeitig schultern konnte.

Mitte der 1750er Jahre begann die prekäre Stabilität aufzubrechen, auf der die französische Macht beruhte. Das französische »System« wurde im Osten wie im Westen herausgefordert. Der entscheidende Faktor war dabei die ständig zunehmende Macht Russlands und Großbritanniens zu einer Zeit, als die militärische Stärke Frankreichs unter

dem Ancien Régime an ihre Grenzen gelangt war. Russland ließ sich nicht länger von Europa fernhalten, während die britische Finanzkraft inzwischen groß genug war, um eine überlegene Flotte und zwei amerikanische Armeen zu finanzieren und die Hilfsgelder für seine Verbündeten in Europa aufzubringen. Das Ergebnis war ein Land- und Seekrieg, der die Ziele bourbonischer Diplomatie vereitelte. Der Siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763 brach die französische Vorherrschaft, setzte jedoch nichts anderes an deren Stelle. Stattdessen löste er eine geopolitische Explosion aus. Die folgenden 50 Jahre waren geprägt von Kriegen und Revolutionen, bis sich auf dem Wiener Kongress 1814/15 ein neues Fünfmächte-»Konzert« herausbildete, das aus Großbritannien, Frankreich, Russland, Preußen und Österreich bestand.

Die ersten Risse in Frankreichs Verteidigungsstellungen entstanden auf der anderen Seite des Atlantiks. Im Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) konnte das Land seine Dominanz noch einigermaßen aufrecht erhalten. Dagegen zeigten sich in Nordamerika deutliche Zeichen der Schwäche. Die große französische Festung Louisbourg, die den Zugang zum St. Lorenz-Strom, Frankreichs Hauptzugangsweg zum Landesinneren, schützte, wurde von einer angloamerikanischen Kolonialarmee mit Unterstützung der britischen Flotte eingenommen. Am Ende des Kriegs errichteten die Briten, die gezwungen waren, Louisbourg zurückzugeben, einen neuen Stützpunkt in Halifax auf Nova Scotia. Weiter im Süden konkurrierten britische Händler aus den Dreizehn Kolonien energisch mit den Franzosen um den Handel mit den Indianern jenseits der Appalachen. Kürzere Versorgungslinien (im Vergleich mit dem Flusslabyrinth, welches das Tal des Ohio mit Montréal und Québec verband), billigere Waren und günstigere Kreditbedingungen verschafften ihnen einen Vorteil gegenüber den französischen Wettbewerbern. Anfang der 1750er Jahre hielten es die Franzosen für nötig, an der

Stelle des heutigen Pittsburgh das Fort Duquesne zu errichten, um ihren Einfluss auf die Ohio-Stämme zu schützen und die britischen Händler in Schach zu halten. Aber der Druck von der britischen Seite der Grenze wurde immer stärker. Bald brach ein Krieg der Karten aus: Eine britische Karte von 1755 beanspruchte das Land im Westen bis zum Mississippi. Händler, Siedler, Landspekulanten und selbst Missionare waren entschlossen, sich dem französischen Anspruch auf das Landesinnere zu widersetzen,[9] der sich lediglich auf zweifelhafte Bündnisse mit einheimischen Völkern und auf eine viel zu kleine Schar von Soldaten, Priestern und frankokanadischen Waldläufern stützte. Dagegen erschien den britischen Kolonien, deren gewählte Versammlungen und lokale Interessenvertreter ausgesprochen mächtig waren,[10] die Ausdehnung nach Westen als das einzige Mittel gegen die wirtschaftliche Stagnation, eine Ansicht, die viele der von London ernannten Gouverneure teilten. Das französische, schlecht verteidigte Monopol anzugreifen, wurde eine unwiderstehliche Versuchung. Eine dieser Expeditionen, die 1754 von einem jungen Landvermesser aus Virginia namens George Washington angeführt wurde, sollte schließlich einen atlantischen Krieg entfachen.



Washingtons Unternehmen endete in einer Katastrophe. Seine kleine Truppe wurde von den Franzosen und ihren indianischen Verbündeten umzingelt. Einige seiner Gefährten wurden getötet. Er selbst wurde nach Virginia zurückgeschickt. Beide Seiten reagierten äußerst scharf auf diesen Grenzzwischenfall. Die Franzosen werteten ihn als Beweis, dass die Briten einen weiteren Angriff auf ihr Inlandsreich und ihr Hauptquartier in Québec planten, und sie schickten 1755 Truppen über den Atlantik. In London dagegen fasste man den Versuch Frankreichs, seine Kontrolle über die Inlandswege zu festigen, den Bau von Fort Duquesne und die Behandlung Washingtons als Provokation und Bedrohung der britischen Kolonien auf dem nordamerikanischen Kontinent auf. Es folgte ein lauter Aufschrei der »amerikanischen« Interessenvertreter und

ihrer politischen Freunde. Eine Flotte wurde entsandt, um die französischen Truppen abzufangen, bevor sie den Atlantik überqueren konnten, was jedoch misslang. Aber das folgende Seegefecht war der Beginn eines neuen atlantischen Krieges.

Im Grunde genommen wäre dieser Krieg keine Gefahr für die Dominanz Frankreichs gewesen. Der britische Versuch, Québec, die große Zitadelle von Französisch-Nordamerika, zu erobern, wäre wahrscheinlich wie so viele zuvor gescheitert, und die Briten wären durch die Bedrohung ihrer europäischen Interessen abgelenkt worden. Aber dieses Mal löste der Konflikt zwischen Großbritannien und Frankreich eine zweite Explosion aus, und zwar in Osteuropa. »Jedermann weiß«, schrieb Friedrich der Große im Jahr 1757, »dass die Wirren, die Europa aufwühlen, ihren Anfang in Amerika genommen haben. […] Dank der Staatskunst unseres Jahrhunderts gibt es aber gegenwärtig keinen Streit in der Welt, so klein er auch sei, der nicht in kurzer Frist die gesamte Christenheit zu ergreifen und entzweien vermöchte.«[11]

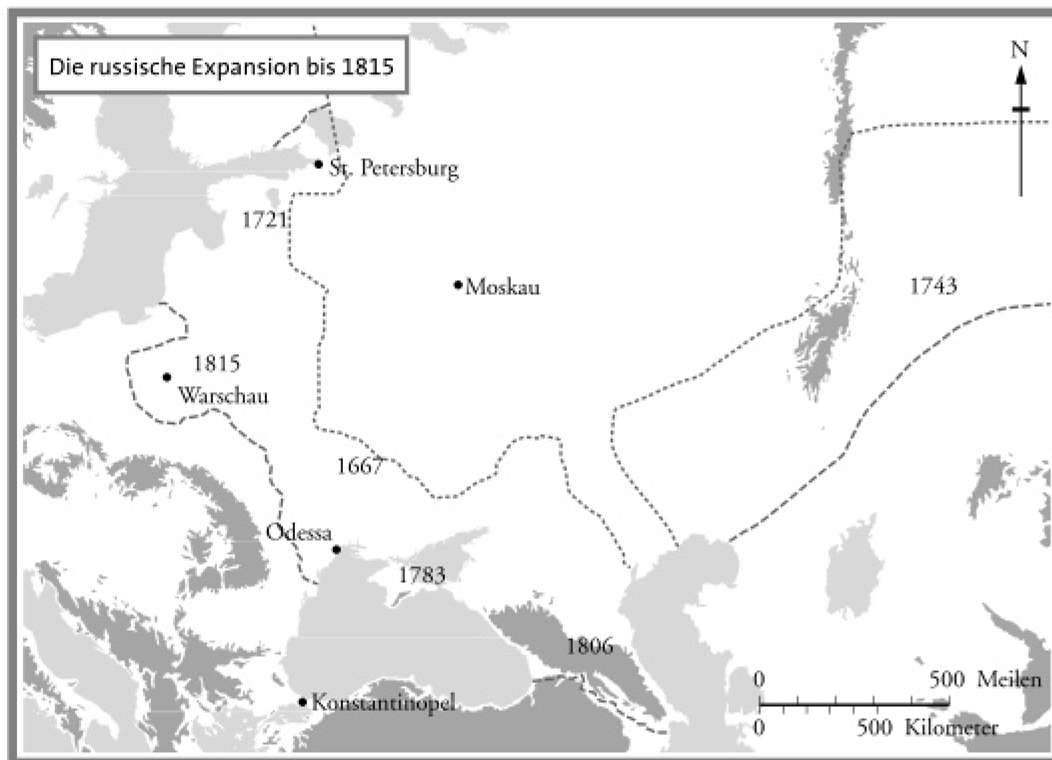
Kern des Problems war die politische Auflösung Polens, einer riesigen, schlecht organisierten Adelsrepublik, die sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckte. Polen war der Schlüssel der französischen Diplomatie in Osteuropa. Seine Existenz setzte der Macht Preußens Grenzen und verstärkte dessen Abhängigkeit vom französischen Wohlwollen. Polen hielt Österreich in Schach und beschränkte Russlands Einfluss auf die Staaten Europas. In den 1750er Jahren waren die gewählten polnischen Könige jedoch zu Marionetten der Russen geworden, eine Entwicklung, die im polnischen Adel mit wachsender Empörung verfolgt wurde. Deshalb wurde die Versuchung für den preußischen König geradezu unwiderstehlich, sich in die polnischen Rivalitäten einzumischen und Österreich die Vormacht in Deutschland streitig zu machen.[12] Vielleicht hatte er dabei auf die Unterstützung seines großen

Verbündeten Frankreich gehofft.

Die Bourbonen waren jedoch entschlossen, den Status quo im Osten aufrecht zu erhalten. Vor allem wollten sie Österreich davon abhalten, auf der Seite seines traditionellen Verbündeten Großbritannien in den englisch-französischen Konflikt einzugreifen.[13] Mit Überwindung ihrer historischen Rivalität legten die Bourbonen und Habsburger ihre Differenzen bei und verbündeten sich gegen das aufstrebende Preußen. Dieser sogenannte »Wechsel der Allianzen« war die »diplomatische Revolution« des 18. Jahrhunderts, ein Ereignis, das für die Zeitgenossen ebenso erstaunlich war wie der Nichtangriffspakt zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion im August 1939. Die französisch-österreichische Allianz führte die beiden mächtigsten Staaten Europas zusammen. Sie sollte eigentlich einen »konservativen« Frieden sichern und Frankreich dadurch helfen, seine Konflikte mit Großbritannien in Nordamerika zu lösen. Doch es gelang Friedrich dem Großen durch seinen hartnäckigen Widerstand und eine Reihe von bemerkenswerten Siegen, beide Großmächte zu demütigen. Die militaristische Staatsverwaltung, die er geschaffen hatte, zeigte sich dem fernen Frankreich und dem schlecht organisierten Österreich durchaus gewachsen. Freilich konnte Friedrich keinen entscheidenden Sieg erringen. Aber mit Hilfe der britischen Subsidien und des Schadens, den die Briten Frankreichs atlantischen Interessen zufügten, hielt er lange genug durch, um seine Gegner an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Dieser Krieg läutete das Ende der französischen Vorherrschaft ein. Während Friedrich sich in Europa behauptete, konnten die Briten langsam die Kräfte sammeln, die sie zur Eroberung Neufrankreichs in Nordamerika benötigten. Im Jahr 1759, dem »Jahr der Siege«, errangen sie die Seeherrschaft über den Atlantik und schnitten dadurch die Franzosen in Kanada von Verstärkung und

Nachschub aus dem Mutterland ab. Im September, im letzten Augenblick, bevor der St. Lorenzstrom zufror und die britische Flotte in See stechen musste, eroberte General Wolfe Québec, den Schlüssel zur französischen Macht auf dem amerikanischen Kontinent. Dies war ein entscheidender Sieg, denn nun konnten die Briten (obwohl sie die Stadt im harten Winter 1759/60 bei einem französischen Gegenangriff fast wieder verloren hätten) den französischen Einfluss im Inneren des Kontinents systematisch zerstören. Nach dieser Schwächung der Position Frankreichs im Atlantikraum begannen die Briten, Spanien zu bedrohen, dessen amerikanisches Reich jetzt durch ihre See- und Militärmacht auf bedenkliche Weise gefährdet war. Hier war das Jahr 1762 entscheidend, in dem die Briten Havanna, das Gibraltar der spanischen Karibik, eroberten. Danach wollte Spanien unbedingt Frieden schießen. Frankreich war dem Bankrott nahe. Tatsächlich stand das Land bereits 1759 vor der Staatspleite, weil es seine Anleihen nicht mehr bedienen konnte. Russland wechselte die Seiten. Der neue Zar, ein glühender Verehrer Friedrichs des Großen, beendete den Krieg gegen Preußen.



Der folgende Frieden von 1763 war zweifellos ein Erschöpfungsfrieden. Die Franzosen wurden vom amerikanischen Festland vertrieben, behielten jedoch ihre zuckerproduzierenden karibischen Inseln und ihren Fischereistützpunkt in der Nähe von Neufundland (die Inseln St-Pierre und Miquelon). Louisiana fiel an Spanien, das seinerseits Florida an Großbritannien verlor. Aber die wirklich entscheidende Folge des Friedens von Paris war das Ende der Schiedsrichterrolle Frankreichs in Europa. Das französische »System« war zusammengebrochen. In den nächsten 30 Jahren wurde das alte geopolitische Gleichgewicht in Eurasien wie auch in der Äußeren Welt zunehmend zerstört. Der Aufstieg der Briten war ab jetzt unaufhaltsam. In Osteuropa und dem mittleren Eurasien war der Hauptnutznießer von Frankreichs Niedergang das imperiale Russland unter Katharina der Großen (reg. 1762–

1796). Ohne den Schirm und die Hilfe ihres alten Schutzherrn wurde die polnische Republik lebendig verschlungen – und zwar Stück für Stück. Die erste Teilung fand im Jahr 1772 statt, als Russland, Österreich und Preußen jeweils polnische Gebiete annektierten. Der russische Anteil waren die östlichen Grenzländer. Was jetzt noch von Polen übrig blieb, war de facto ein russisches Protektorat unter dem Vasallenkönig, Stanislaus Poniatowski (einem Liebhaber Katharinas der Großen). Die Teilung Polens gab den Russen freie Hand, ihren Krieg gegen die Osmanen (1768–1774) zu Ende zu führen und ihr seit langem verfolgtes Ziel endlich zu erreichen: Im Vertrag von Kutschuk-Kainardschi von 1774 erhielten sie mit Cherson einen ersten festen Stützpunkt am Schwarzen Meer. 1783 annektierten sie die Halbinsel Krim und machten sich zu Herren der gesamten Nordküste des Schwarzen Meeres. Grigorij Potjomkin (Günstling und Liebhaber Katharinas der Großen) konnte nun als Vizekönig von »Neurussland« seine gesamte, unerschöpfliche Energie der Entwicklung dieses riesigen Gebiets widmen.[14] Ein weiterer Krieg gegen das Osmanische Reich, den die Türken im vergeblichen Versuch, ihre verlorenen Gebiete wiederzuerlangen, selbst vom Zaun gebrochen hatten, brachte den Russen neue Gebietsgewinne ein. Im Jahr 1793 wurde Odessa als Metropole des neuen südlichen Reichs gegründet. Der Weg zu einer Eroberung des Kaukasus, vielleicht sogar Konstantinopels, stand nun offen. Eine entscheidende Phase des russischen Aufstiegs zur Weltmacht war abgeschlossen.

Die britische Expansion verlief weit weniger heroisch. Auch die Briten hatten unter den Belastungen des Kriegs gelitten, und der Druck, nach Kompromissen zu suchen, war recht hoch. Das Wissen über die eigene Finanznot ließ das neue amerikanische Imperium fast als bedrückende Last erscheinen. Der Gedanke an weitere Kriege war absolut erschreckend. Deshalb beeilten sich die britischen Minister, ihre neuen Territorien ruhig zu stellen, anstatt sie zu

entwickeln. In ihrer neuen Provinz Québec beschwichtigten sie die Frankokanadier und lehnten es ab, die von Einwanderern aus den Dreizehn Kolonien geforderten gewählten Versammlungen einzurichten. Québec sollte als Militärkolonie regiert werden, die die alte französische Einflusssphäre im amerikanischen Mittleren Westen überwachte. Zum Ärger der amerikanischen Kolonisten wurde entlang der Appalachen eine »Proklamationslinie« als Siedlungsgrenze gezogen. Anstatt den amerikanischen Siegern als Beute offen zu stehen, sollte das Landesinnere Indianerland bleiben, das den Siedlern verschlossen war und von königlichen Beamten im Interesse des Friedens und der Staatsfinanzen kontrolliert werden sollte. Und als ob das nicht schon genug der Provokation gewesen wäre, forderten die Briten obendrein, dass die amerikanischen Kolonisten einen Teil der Verteidigung des Empires finanzieren sollten. Abgaben wie die berüchtigte Stempelsteuer sollten erhoben werden. Der koloniale Handel sollte strenger beaufsichtigt werden, um die Navigationsakte durchzusetzen, die den Kolonien jeden Außenhandel verbot, der nicht über britische Häfen lief. Außerdem sollte der verbreitete Schmuggel unterbunden werden.

Die Siedler rebellierten. Der anschließende Krieg, der für die Briten wegen der langen und unsicheren Nachschubroute über den Nordatlantik ohnehin schwer genug war, wurde von ihnen noch dazu schlecht geplant und geführt.[15] Als es ihnen nicht gelang, den Aufstand niederzuschlagen, verlor ihr großer atlantischer Triumph von 1763 zusehends an Glanz. Die mit ihnen rivalisierenden Seemächte hatten nur darauf gewartet, das atlantische Gleichgewicht wiederherzustellen, und sahen nun ihre Chance zu einer Revanche. 1778 griffen Frankreich, Spanien und die Niederlande in den Kolonialkrieg ein. Die isolierten Briten sahen sich jetzt auf See einer Übermacht gegenüber und verloren für eine kurze, aber entscheidende Phase die Herrschaft über den Atlantik. Dies besiegelte ihr Schicksal

in Amerika. Im Jahr 1781 musste ihre Hauptarmee in den Kolonien bei Yorktown kapitulieren. Obwohl die Briten ihre Vormacht auf See bald wieder erlangten und damit die Hoffnungen der Franzosen, Spanier und Holländer zunichte wurden, mussten sie 1783 im Frieden von Versailles die amerikanische Unabhängigkeit anerkennen. Allerdings blieb ihre Herrschaft über Kanada erhalten.

Auf den ersten Blick war der große britische Sieg von 1763 innerhalb von nur 20 Jahren fast vollständig entwertet worden. Denkt man jedoch in globalen Begriffen, erkennt man, dass der erfolgreiche Aufstand der britischen weißen Siedlergesellschaften gegen die imperiale Herrschaft in Wirklichkeit eine endgültige Bestätigung des »vorläufigen« Siegs von 1763 war. Jetzt endlich stand das amerikanische Binnenland den »Neu-Europäern« an der Atlantikküste offen. Noch während des Krieges begannen die Kolonisten, über die Berge zu strömen. Eine der frühesten gesetzlichen Maßnahmen der »Vereinigten Staaten« war die Festlegung eines geregelten territorialen Expansionsprogramms in der sogenannten »Northwest Ordinance« (Nordwest-Verordnung) von 1787. Als sich die Flut der Siedler ins Ohio-Tal und den »Alten Südwesten« (das heutige Alabama und Mississippi) ergoss, führten die unvermeidlichen Konflikte mit den Indianern zu einer Reihe von Grenzkriegen. Zersplittert, waffentechnisch und zunehmend auch zahlenmäßig unterlegen, wurden die Indianer ständig weiter nach Westen gedrängt, während das eroberte Land von Weißen und ihren schwarzen Sklaven besiedelt wurde. Bis 1830 hatte die weiße Landnahme den Mississippi erreicht und sogar überschritten.[16] Innerhalb von 50 Jahren war auf dem amerikanischen Kontinent aus den ums Überleben kämpfenden Kolonien des Zeitalters des Gleichgewichts ein »Neu-Europa« hervorgegangen.

In Nordamerika stand nun die reichste Region der Äußeren Welt der europäischen Kolonisierung offen. Die dramatischste Invasion der Äußeren Welt nach 1750 fand

jedoch auf der anderen Seite des Globus statt. Im Siegesrausch und mit einem neuen Gefühl ihrer weltweiten Überlegenheit begann die britische Flotte, systematisch die Ozeane, Winde und Strömungen zu kartieren, da deren Kenntnis für eine Seemacht im Zeitalter der Segelschiffe absolut unerlässlich war. Eine dieser Kartierungsexpeditionen wurde James Cook anvertraut, der sich während des Angriffs auf Québec im Jahr 1759 den Ruf eines geschickten Navigators erworben hatte. Neun Jahre später führte ihn die erste seiner drei Reisen in den Pazifik, offiziell, um dort den Durchgang der Venus zu beobachten. Eine geheime Zusatzinstruktion trug ihm darüber hinaus auf, »einen Kontinent oder ein Land großen Ausmaßes im Süden jeder Strecke zu suchen, die von früheren Navigatoren in Verfolgung ähnlicher Ziele befahren wurde«, und, wenn er dort nichts finde, »die Suche in westlicher Richtung fortzusetzen«.[17] Cook ging ein Jahrzehnt lang auf Forschungsreisen, bis er auf Hawaii nach einem Streit von den Inselbewohnern getötet wurde. Die Berichte Cooks (und die von ihn begleitenden Wissenschaftlern wie Joseph Banks) waren eine Sensation. Sie offenbarten eine riesige pazifische Welt, von der die Europäer bisher kaum etwas gewusst hatten. Die Gesellschaften und Kulturen der pazifischen Inseln erschienen der europäischen Öffentlichkeit als tropisches Eden, als Paradies der Muße und Unschuld. Aber Cooks Berichte hatten nicht nur kulturelle Bedeutung. Seine Reise an die Pazifikküste des heutigen Kanadas deutete darauf hin, dass man für die Pelze aus Nordamerika auf einem neuen Handelsweg einen lukrativen Markt in China eröffnen könnte. Seine größte Entdeckung lag jedoch im Südpazifik. Cook setzte dem Mythos eines großen Südkontinents ein Ende, der sich angeblich bis zum Südpol erstrecken sollte. Stattdessen kartierte er ganz genau den Inselkontinent Australien, dessen östliche Hälfte er am 22. August 1770 für Großbritannien in Besitz nahm. Davor hatte er bereits Neuseeland umsegelt. Nicht einmal zehn Jahre

nach Cooks Tod errichtete die britische Regierung die erste Sträflingskolonie in Ostaustralien. Dies sollte wohl auch ihre Kontrolle über den südlichen Seeweg zwischen dem Indischen Ozean und China sichern. In den 1790er Jahren tauchten immer mehr europäische und amerikanische Walfänger, Robbenjäger, Händler, Missionare und Strandgutsammler auf den pazifischen Inseln und Neuseeland auf. Trotzdem wuchsen die Siedlungen nur langsam, da der Weg von und nach Europa überaus weit war, ein Umstand, den die ersten Siedler als »Tyrannei der Entfernung« bezeichneten. Außerdem bestand immer noch die Gefahr, dass Frankreich eingreifen könnte. In den 1830er Jahren war jedoch die Kolonisierung Australiens in vollem Gange. Grundlage hierfür war der systematische Ausbau der Schafzucht. Im Jahr 1840 trafen britische Siedler in Neuseeland ein. Ein zweites »Neu-Europa«, das vielleicht sogar mit Amerika wetteifern konnte, war im Entstehen.

In den 30 Jahren nach 1763 konnte Europa seine Kontrolle über riesige Gebiete überall auf der Welt erweitern, obwohl der Reichtum dieser »neuen Länder« vorerst mehr potentiell als real war. Das war umso bedeutsamer, weil es mit einem nicht weniger dramatischen Wandel des Machtgleichgewichts in der Alten Welt Eurasiens einherging. Dies bildete die doppelte Grundlage der europäischen Vorherrschaft im 19. Jahrhundert. Der Wandel ließ sich in der islamischen Welt, in Indien und seit den 1830er Jahren auch in Ostasien beobachten. Die Durchsetzung der russischen Macht am Nordufer des Schwarzen Meeres in den 1770er und 1780er Jahren stellte einen entscheidenden Schritt zur Öffnung des islamischen Nahen und Mittleren Ostens gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Einflüssen Europas dar.

Es dauerte zwar eine Weile, bis die vollen Auswirkungen erkennbar waren, aber der Verlust der Krim war für die Osmanen eine strategische Katastrophe. Zuvor war das Schwarze Meer ein türkisches Binnenmeer und ein wichtiger

Teil der osmanischen reichsweiten Kommunikationslinien gewesen. Solange sie das Machtmonopol in seinen Gewässern hatten, konnten sie den nördlichen Zugang zu ihrem Reich mit bemerkenswerter Leichtigkeit kontrollieren. Ohne den Nachschub über See war ein russischer Einfall in den osmanischen Balkan schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, wie Peter der Große leidvoll erfahren musste. Auf der anderen Seite des Schwarzen Meers war ein Vormarsch in den Kaukasus am Westrand dieser Bergkette ohne Seeunterstützung sogar noch schwieriger. Das Schwarze Meer war also der Verteidigungsschild der osmanischen Macht. Es verkürzte die strategische Grenze, die die Osmanen gegen ihre europäischen Feinde sichern mussten. Eine Invasion war deshalb nur durch den westlichen Balkan möglich, eine unwirtliche Region, in der alle Vorteile bei den Verteidigern lagen. Das Schwarze Meer reduzierte die Großmachtrivalen der Osmanen somit auf einen einzigen: das Habsburgerreich, mit dem sie eine Landgrenze hatten. Dadurch konnte sich die osmanische Flotte ganz auf das östliche Mittelmeer konzentrieren, wo sie die Ägäischen Inseln, die Hauptstadt Konstantinopel und die Küsten Ägyptens und der Levante bewachte, ohne sich allzu sehr um die weit entfernten europäischen Seemächte Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Spanien kümmern zu müssen. Wahrscheinlich wurde der strategische Nutzen des Schwarzen Meers am stärksten auf politischem Gebiet spürbar. Die Sicherheit, die es gewährte, hatte die Dezentralisierung der Macht im gesamten Osmanischen Reich ermöglicht, die eine wichtige Voraussetzung für dessen Stabilität und Zusammenhalt im 18. Jahrhundert gewesen war.

Da das nördliche seewärtige Eingangstor fest verschlossen war, hatte die osmanische Regierung in Konstantinopel die Stürme des 18. Jahrhunderts überstanden. Das Ansehen der Osmanen als Herrscher über ein großes Reich war zwar angeschlagen, aber im Großen und Ganzen immer noch

ungebrochen. Ihre Bedeutung als Verbündete im machiavellistischen Machtspiel der europäischen Diplomatie war weiterhin groß. Aber in den 1780er Jahren wurde dann der Eckstein der osmanischen Macht herausgebrochen, und die Auswirkungen dieses Vorgangs wurden durch den Niedergang Frankreichs noch verstärkt. In den christlichen Gemeinschaften in Griechenland und auf dem nördlichen Balkan begann es zu gären. Fast unmerklich wandelte sich das Reich von einer Großmacht von anerkannter – wenn auch von vielen mit Missfallen betrachteter – Stärke in eine riesige territoriale Beute, die eine ganze Meute europäischer Raubtiere zu umkreisen begann.

Diese Verwandlung in den »Kranken Mann am Bosporus« war ein wichtiges Merkmal der zweiten Phase der geopolitischen Revolution nach 1790. Allerdings waren schon lange davor die Auswirkungen des anderen großen Zentrums geopolitischer Turbulenzen im Eurasien des 18. Jahrhunderts spürbar. Im vorigen Kapitel haben wir gesehen, wie Anfang der 1750er Jahre in Indien eine »doppelte Revolution« in Gang kam. Das alte Gebäude des Mogul-Reichs, das einem Großteil des Subkontinents einen politischen Rahmen gegeben hatte, war zerfallen. Im Kern des Reichs wurde die Mogul-Macht von zwei Seiten angegriffen. Iranische und später afghanische Abenteurer folgten der alten innerasiatischen Reichsbildungstradition, indem sie mit Hilfe von Stammeskriegern aus Innerasien die landwirtschaftlich genutzten Ebenen eroberten, wie es zuvor schon die Moguln und die Mandschus in China getan hatten. Ihr Ziel war wohl die Kontrolle über die Handelsroute zwischen Nordindien und Zentralasien, die immer noch eine der wichtigsten der Welt war. Ihre Angriffe fanden zeitgleich mit dem entscheidenden Vorrücken der Maratha-Macht in Westindien statt. Die Marathen waren eine Konföderation von Staaten, in denen hinduistische Grundherren das Sagen hatten, die ihre Herrschaft und ihr Landabgabensystem auf die Kernlande der Moguln auf den nordindischen Ebenen

ausdehnen wollten.[18] Unter dem Druck der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen sowie politischen Umwälzungen wandelte sich die Mogul-Macht zwangsweise zu einem viel lockereren System, das mit den neuen »Sub-Imperien« koexistierte, die sich um Gebiete, Handel und Steuereinnahmen stritten. In den Küstengebieten Indiens gab es eine ähnliche Bedrohung. Hier war der Motor des Wandels das schnelle Wachstum der Wirtschaft und des Überseehandels. Der neue Reichtum und neue Einkommensquellen verschafften den regionalen Unterherrschern immer mehr Autonomie gegenüber der Herrschaft der Moguln. Gleichzeitig waren sie immer weniger willens, diesen den geschuldeten Tribut zu entrichten. Aber diese wachsende Autonomie hatte auch ihren Preis. Wer einen neuen Staat aufbauen wollte, musste ein wachsames Auge auf die Kaufleute und Bankiers richten, die dessen Machtbasis finanzierten, und er durfte auch die europäischen Interessenvertreter nicht ignorieren, die ihre Kontrolle über den indischen Überseehandel immer mehr festigten. Dies wurde umso wichtiger, weil die Europäer ihre heimischen Streitigkeiten auch auf dem indischen Subkontinent auszutragen begannen. Als sich die Franzosen und Briten zum Kampf gegeneinander rüsteten, wurden sie zu lokalen Militärmächten, die ein neues explosives Element in die zuvor schon äußerst labilen politischen Systeme hineintrugen.

Der Hauptschauplatz dieser Auseinandersetzung war Bengalen, das über die dynamischste und wohlhabendste aller Küstenregionen verfügte. Dort war eine riesige Textilproduktion entstanden, um den wachsenden Weltmarkt zu bedienen. Das Flussnetz des Ganges und seines Deltas und die Nahrungsmittel, die auf den frisch gerodeten Waldflächen angebaut wurden, waren wichtige Bestandteile dieser Exportwirtschaft. Die politische Macht lag in den Händen des *Subahdars,* der formell der Vizekönig des Mogul-Kaisers war, und der anderen muslimischen

Magnaten, die sich als Erben der niedergehenden Mogul-Herrschaft betrachteten. Im Jahr 1756 gab es mit dem *Subahdar* (auch Nawab genannt) Suraj-ud-Daula einen neuen, noch wenig sattelfesten Amtsinhaber. Er hatte starke politische Rivalen. Die finanzielle Macht der Hindu-Kaufleute und -Bankiers, wie etwa des großen Jagat Seth, beschränkten seine Handlungsfreiheit. Sie tätigten die Handelstransaktionen, von denen seine Einkünfte und Zolleinnahmen abhingen. Außerdem waren sie eng mit den europäischen Händlern verbunden, vor allem mit der Englischen Ostindien-Kompanie mit ihrer befestigten Faktorei in Kalkutta. Sie war laut einer zeitgenössischen Beschreibung »ein großer regelloser Ort, etwas größer als Deptford und Rotherhithe«,[19] der aufgrund eines kaiserlichen *Farman* theoretisch nicht unter der Herrschaft des Nawab stand. Als in dem Nawab der Verdacht keimte, dass die Kompanie den Männern, die sich gegen ihn verschworen hatten, Schutz gewährte, stürzte Bengalens unsicheres Staatswesen endgültig in die Krise. Die Weigerung der Kompanie, klein beizugeben, führte zu einer Machtprobe.[20] Im Juni 1756 nahm der Nawab Kalkutta ein. Die Vertreter der Kompanie, die es versäumt hatten, zuvor die Stadt zu verlassen, wurden in den Kerker, das berüchtigte »Schwarze Loch«, geworfen. Kurze Zeit sah es so aus, als ob dieser Staatsstreich den Aufstieg eines neuen südasiatischen Handelsstaats signalisieren würde – einer Art östlicher Niederlande –, der sich auf Dauer behaupten könnte.

Suraj-ud-Daulas Pech war es jedoch, dass die Kompanie die Mittel besaß, Vergeltung zu üben, und sie dürstete nach Rache: Der Verlust Kalkuttas hatte sie mehr als zwei Millionen Pfund gekostet. Sechs Monate später erreichte ein Geschwader den Ganges, das Truppen aus Madras an Bord hatte, die unter dem Befehl Robert Clives standen. Clive eroberte Kalkutta zurück und nahm mit den unzufriedenen Magnaten Kontakt auf, die Nawab stürzen wollten. Nach

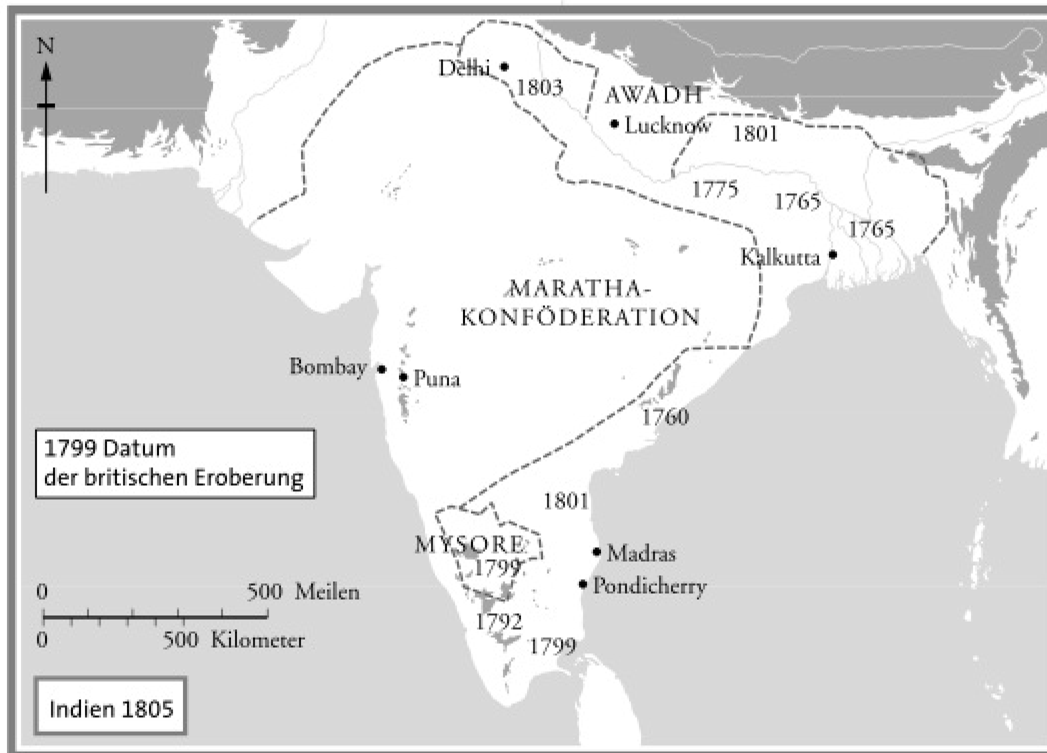
Clives Sieg bei Plassey in der Nähe der bengalischen Hauptstadt im Juni 1757 löste sich die Armee des Nawab auf, und seine Herrschaft brach zusammen. Clive war jetzt der Königsmacher. »Hier hat eine Revolution stattgefunden […]«, schrieb Clive an seinen Vater, »wie sie in der Geschichte kaum ihresgleichen hat.«[21] Aber Clive zögerte, der Kompanie die Herrschaft über Bengalen zu übertragen. »Eine solch weit gespannte Souveränität könnte möglicherweise für eine Handelsgesellschaft ohne die Unterstützung der Nation ein zu großes Unterfangen sein«, überlegte er.[22] Es erschien ihm klüger, einen muslimischen Adligen als neuen Nawab einzusetzen. Das Experiment scheiterte jedoch. Die Bediensteten der Kompanie gingen weiterhin ihren Geschäften nach und weigerten sich, die Autorität des Nawab anzuerkennen oder die festgelegten Abgaben zu zahlen. 1764 führten diese Spannungen zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. In der Schlacht von Buxar besiegte die Armee der Kompanie den Nawab und seinen Verbündeten, den Herrscher von Awadh. Im folgenden Jahr übernahm die Kompanie die *Diwani* über Bengalen, Bihar und Orissa. Ab jetzt kontrollierte sie und nicht mehr der Nawab die Steuern und Staatseinnahmen. »Nichts ist [dem Nawab] geblieben als der Name und ein Schatten von Autorität.«[23]

Diese Ereignisse waren geradezu unglaublich. Die Revolution in Indien war jedoch beileibe noch nicht abgeschlossen. Clive selbst befürchtete, die Macht der Kompanie zu überdehnen, und wandte sich deswegen gegen den Plan eines Marschs auf Delhi. Die Briten waren jedoch nicht die einzigen Nutznießer des Wandels in Indien. Im Westen und in der Mitte des Subkontinents war der unaufhörliche Aufstieg der Maratha-Macht nicht minder eindrucksvoll. Im Jahr 1784 nahmen die Marathen Delhi ein. Im Süden Indiens zeigten Hyderabad und Mysore, dass aus den Trümmern des Mogul-Reiches neue Staaten entstehen konnten. So begann in Mysore nach 1761 ein muslimischer

Söldnerführer namens Haidar Ali einen neuartigen fiskalmilitärischen Staat aufzubauen, dessen Einkünfte und Armee es durchaus mit der Kompanie in Madras aufnehmen konnten. Sein Sohn Tipu Sultan (reg. 1783–1799) trieb diese Entwicklungen weiter voran. Der Staat führte Handelsgeschäfte durch, subventionierte den Schiffsbau und finanzierte eine große stehende Armee mit Artillerie und Infanterie, deren Training und Taktik so »modern« wie die der Streitmacht der Kompanie waren.[24] Haidar und Tipu führten Abnützungskriege gegen die Kompanie und brachten diese sogar an den Rand des finanziellen Ruins. Ohne die neu gewonnenen bengalischen Ressourcen, mit denen sie ihre Armeen von 15.000 Mann im Jahr 1763 auf 150.000 Mann am Ende des Jahrhunderts ausbauen konnte,[25] ohne die Flotten- und Militärhilfe des britischen Staates und ohne die Darlehen, die ihnen indische Bankiers gewährten, hätte die Kompanie ihre Macht in Südindien wohl kaum aufrecht erhalten können. Obwohl sie Tipu im Jahr 1799 besiegten und töteten, ist ungewiss, ob die Briten die Marathen zur Anerkennung ihrer Herrschaft hätten zwingen können, wenn sie nicht in der zweiten Phase des europäischen Kriegs, die im Folgenden dargestellt wird, siegreich gewesen wären. Tatsächlich verschmolzen die beiden Hauptschauplätze der eurasischen geopolitischen Umwälzung in den 1790er Jahren beinahe miteinander.

Clives bengalische Revolution hatte jedoch bereits einen noch bemerkenswerteren Wandel in den eurasischen Beziehungen angestoßen. Lange bevor Europäer den Indischen Ozean befuhren, dienten die indischen Küsten als Drehscheibe zwischen dem Handel mit Ostasien und dem mit dem Mittleren Osten und dem Westen. Im 18. Jahrhundert hatten die Europäer ihren Handel mit China ausgeweitet, der allerdings strikt auf nur kurz geduldete Besuche im Hafen von Kanton beschränkt war. Die Englische Ostindien-Kompanie dominierte diesen Handel, wobei sie hauptsächlich Gold und Silber nach China brachte, um damit

vor allem Tee einzukaufen, der bei den britischen Verbrauchern immer reißenderen Absatz fand. Allerdings fehlten der Kompanie die Mittel, diesen Handelsverkehr auszudehnen und großzügigere Kredite zu bekommen. Außerdem hatte sie den chinesischen Verbrauchern keine interessanten Produkte zu bieten. Die Eroberung Bengalens löste nun auf einen Schlag alle drei Probleme. Mit ihren neuen Einkünften konnte die Kompanie indische Güter bezahlen, die chinesische Käufer begehrten: Rohbaumwolle, Baumwolltuche und Opium. Sie benötigte dazu nun kein Silber mehr und musste keine Waren nach Indien liefern. Aber diese neuen Einkünfte der Kompanie waren nur ein Teil des Wandels. Immer wichtiger wurde der »private Handel«, der von der Kompanie im Eigeninteresse geduldet wurde. Eine kleine Armee von Europäern – Soldaten und Zivilisten, die in Indien in Diensten der Kompanie standen – nutzten deren Aufstieg, um durch unlautere Machenschaften oder Handelsprivilegien ein Vermögen zu machen. (Dies waren die »Nabobs«, die bei ihrer Rückkehr nach Großbritannien ätzender Kritik ausgesetzt waren.) Die profitabelste Art, ihre Gewinne zu mehren, war die Investition in eine Fracht, die für China bestimmt war. Wenn diese verkauft wurde, schrieb man den Verdienst der Kompanie gut, die ja das Monopol auf den Handel mit Tee besaß. Dafür erhielt der Investor einen Anspruch auf eine vereinbarte Summe in Pfund Sterling aus London. Diese privaten Händler wickelten auch den Opiumhandel ab, da die Kompanie keine Geschäfte mit Rauschgift machen durfte. Auf diese Weise bereitete die Eroberung Bengalens indirekt einer kommerziellen Revolution mit riesigen geopolitischen Folgen den Weg.[26] Als diese Ausfuhren sprunghaft anstiegen, wurde die Wirtschaft Südchinas immer abhängiger vom Handel mit Großbritannien und Indien. Der größte Fisch von allen zappelte an der Angel.



Der geopolitische Wandel in Europa und Südasien führte auf diese Weise zu einer gewaltigen Veränderung der Beziehungen zwischen verschiedenen Teilen Eurasiens und zwischen Eurasien und der Äußeren Welt. In seiner zweiten Phase, nach 1790, wurde das ganze Ausmaß dieses Wandels allmählich immer deutlicher. Die Umrisse einer neuen globalen Ordnung, die im späten 18. Jahrhundert nur andeutungsweise zu erkennen waren, nahmen nun feste Gestalt an. Dies geschah jedoch erst, nachdem eine zweite Eruption in der europäischen Politik und ein neuer globaler Krieg die Frage gelöst hatten, welche Macht, wenn überhaupt, Europa dominieren würde und welche den Weg zur Weltmacht beschreiten konnte.

Die Krise wurde durch die Revolution in Frankreich ausgelöst. Der Staat der Bourbonen war immer morscher geworden. Ihm fehlte die Unterstützung des Volkes. Seine

Verbündeten im Adel und der Mittelschicht waren unzufrieden. Sein geistiges und kulturelles Ansehen war vom Krieg der Pamphlete der *Philosophes* und früheren Angriffen durch populäre Schriftsteller stark geschwächt worden. Dies waren jedoch keine ungewöhnlichen Probleme eines dynastischen Staats des 18. Jahrhunderts. »Gegenwärtig steckt jede Macht in einer Krise«, schrieb die Zarin Katharina die Große im Jahr 1780.[27] Was diese Krise für die Herrschaft der Bourbonen so gefährlich machte, war der gleichzeitige Zusammenbruch ihrer historischen Rolle als Bewahrer der französischen Macht in Europa und der Welt. Ende der 1780er Jahre hatte die europäische »Grande Nation« ihre Dominanz eingebüßt. Für das Prestige der Monarchie war dies schon schlimm genug. Aber die unmittelbar drohende Gefahr war der Staatsbankrott. Nach einer kurzen Friedensperiode hatte Frankreich 1778 erneut einen Krieg begonnen, um die Niederlage von 1763 umzukehren und seine atlantische Macht durch eine Allianz mit Großbritanniens aufständischen Kolonien zurückzugewinnen. Ein teures Spiel, das nur wenig einbrachte und den Schuldenberg noch vergrößerte. Tatsächlich war die Staatsverschuldung Frankreichs jedoch geringer als die Großbritanniens. Kritisch war nur, dass sie viel schwieriger zu verwalten und weit teurer war. Am Vorabend der Revolution verschlang allein die Zinszahlung die Hälfte der Staatsausgaben.[28] 1789 war der Ruf der Monarchie auf einem Tiefpunkt angelangt, und ihr Schatzamt war bankrott. Die Monarchie versank im Mahlstrom einer geänderten Verfassung und musste die tatsächliche politische Macht an die selbsternannten Führer des Dritten Standes abtreten, den diese im Juni zur Nationalversammlung erklärten. Als das Finanzchaos immer mehr anwuchs und die öffentliche Ordnung zusammenbrach, wuchs auch die Gefahr einer ausländischen Intervention durch die von Österreich angeführten konservativen Mächte. Die Furcht, der König würde mit ihnen konspirieren, um die

Verfassung wieder abzuschaffen, die er im September 1791 unterzeichnet hatte, radikalisierte die französische Politik. Im Frühjahr 1792 befand sich Frankreich im Krieg mit Österreich. Militärische Katastrophen und die Invasionsangst des Volkes zerstörten den Einfluss der gemäßigteren Reformer und führten zur Abschaffung der Monarchie im September 1792.[29] Mit der Hinrichtung Ludwigs XVI. im Januar 1793 und Marie Antoinettes im Oktober 1793 war die Umwandlung Frankreichs abgeschlossen. Der Pfeiler des Ancien Régime in Europa und Archetyp des dynastischen Staates war nun eine militante revolutionäre Republik, die mit ihrer subversiven Lehre von den Menschenrechten die ganze Welt beglücken wollte.

Vorläufig schwächten jedoch die politischen Umwälzungen in Frankreich dessen Einfluss auf Europa und die übrige Welt. In Osteuropa ermöglichte die französische Schwäche die endgültige Zerschlagung des polnischen Staates, der 1793 bis 1795 vollends aufgeteilt wurde. Als die österreichischen und preußischen Armeen 1792 in Frankreich einmarschierten, rückte die russische Armee in Polen ein.[30] Zur Siegesbeute gehörte die westliche Ukraine, die Russlands Schwarzmeerreich bedeutend vergrößerte. Mitte der 1790er Jahre hatte jedoch der französische revolutionäre Staat außergewöhnliche Kräfte mobilisiert. Es gelang ihm, Menschen und Mittel in einem Ausmaß für den Krieg aufzubieten, dem die in ihren Traditionen verhafteten Monarchien nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten. Der patriotische Eifer ihrer Bürgerarmeen und das neu gewonnene Reservoir fähiger Generäle machten Frankreich wieder zu einer militärischen Großmacht. Die eroberten Territorien bezahlten dabei einen erklecklichen Teil der Rechnung.[31] Mit Napoleon Bonaparte erhielt dieser Prozess Charisma und Genie. Seine Siege in Italien machten ihn zu einem Kriegshelden. Als Erster Konsul (1799–1804) und Kaiser (1804–1814) war er der Diktator Frankreichs. Eines seiner Ziele war die Wiederherstellung der öffentlichen

Ordnung und der Verwaltung, die die Revolution zerstört hatte. Er war jedoch auch fest entschlossen, Frankreichs Vorherrschaft über Europa neu zu errichten und sogar noch auszubauen. Dies sollte auf die europäischen Beziehungen mit der Äußeren Welt – dem amerikanischen Doppelkontinent, Schwarzafrika und sogar dem Pazifik – gravierende Auswirkungen haben. Das galt weitgehend auch für Eurasien, also den Nahen und Mittleren Osten, Zentralasien und Indien (und somit auch China).

Der Kampf um die Dominanz begann in Ägypten. Im Jahr 1798 entwickelten Napoleon und der französische Außenminister Talleyrand den kühnen Plan, Ägypten zu erobern. Auf Napoleon, dessen militärisches Idol Alexander der Große war, übte dieses Vorhaben einen verständlichen Reiz aus. »Ein Maulwurfshügel ist euer Europa«, soll er seinem Privatsekretär gesagt haben. »Nur im Osten, wo sechshundert Millionen Menschen wohnen, können große Reiche gegründet und große Revolutionen verwirklicht werden.«[32] Seine und Talleyrands konkreten Begründungen zeigen jedoch, dass beide das tatsächliche Ausmaß des geopolitischen Wandels seit der Jahrhundertmitte erkannt hatten.[33] Die Herrschaft über Ägypten sollte es Frankreich erlauben, die Suez-Route zwischen Europa und Indien wiederzubeleben und damit der ständig weiter wachsenden Dominanz des Atlantikhandels etwas entgegenzusetzen. Ein ägyptisches Reich sollte Frankreich für seine amerikanischen Kolonien Québec und Louisiana entschädigen, die es 1763 verloren hatte. Außerdem könnte es dazu dienen, den Vormarsch Russlands auf sein Endziel, die osmanische Hauptstadt Konstantinopel, aufzuhalten, der in letzter Zeit anscheinend große Fortschritte machte. Zugleich sollte der Feldzug das Spiel der Briten in Indien in einer entscheidenden Phase bedeutend erschweren. Wenn Frankreich in Suez, am Eingang des Roten Meeres, säße und der französische Einfluss dadurch bis zum Persischen Golf und dem Iran ausstrahlen könnte, hätte dies die

diplomatische und militärische Lage der Britischen Ostindien-Kompanie dramatisch schwächen können. Es würde ihr deshalb weit schwerer fallen, die Sikhs, die Marathen, Hyderabad und Mysore einzuschüchtern, oder dies sogar völlig unmöglich machen. Wenn die Kosten und Risiken zu groß würden, könnte das britische Experiment einer Reichsgründung im Orient endgültig scheitern.

Im Juli 1798 landete Napoleon mit einer Streitmacht von 40.000 Mann in Ägypten. In seiner Begleitung waren 165 Wissenschaftler und Künstler: Astronomen, Mathematiker, Chemiker, Physiker, Hydraulik-, Hochbau- und Tiefbauingenieure, Landvermesser, Architekten, Zoologen, Maler, Komponisten, Wirtschaftswissenschaftler, Altertumsforscher, Drucker, Ärzte, Chirurgen und Apotheker. Ihre Aufgabe war es, die Vergangenheit aufzuzeichnen und die Zukunft des napoleonischen Ägyptens zu planen. Am 21. Juli wurde in der Schlacht bei den Pyramiden die Mamelucken-Herrschaft zerschlagen. Napoleon bestand darauf, dass die Franzosen gekommen seien, um das Volk von der Tyrannei der Mamelucken zu befreien, und er versprach, die islamische Religion zu respektieren. Er besprach sogar mit den führenden *Ulama* (islamische Rechtsgelehrte, Singular: *Alim*) die Bedingungen, unter denen eine Massenkonversion seiner Armee zum Islam in Betracht gezogen werden könnte, wobei sich die Frage der Beschneidung als wichtiger Stolperstein erwies. Er sandte den muslimischen Herrschern entlang der nordafrikanischen Küste bis nach Marokko, dem Sultan von Darfur und Tipu Sultan in Indien Freundschaftsbotschaften. Maskat am Persischen Golf wurde von den Briten verdächtigt, unter französischen Einfluss zu geraten. Napoleon plante einen Marsch nach Syrien, um Frankreich die Kontrolle über die gesamte levantinische Küste und die westliche Hälfte des Fruchtbaren Halbmonds zu ermöglichen. Napoleons Endziele sind dagegen nicht ganz klar. Er beabsichtigte wohl, durch den geopolitischen

Schock seines Blitzkriegs das Machtgleichgewicht wieder zugunsten Frankreichs zu verschieben und die Osmanen dazu zu veranlassen, sich mit ihm nach alter Tradition gegen Russland und Österreich zu verbünden. Aber das Schicksal war gegen ihn. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft in Kairo vernichtete Nelson bei Abukir die französische Flotte und schnitt Napoleon damit von Frankreich ab. Ägypten war jedoch zu arm, schwach und verwundbar, um die Last der französischen Herrschaft zu tragen und gleichzeitig eine ganze Armee ohne ausländischen Nachschub zu unterhalten. Aufstände brachen aus, und der Widerstand wuchs. Die Osmanen erklärten Napoleon den Krieg. Der Feldzug nach Syrien scheiterte. Die diplomatische Offensive gegenüber den muslimischen Mächten führte zu nichts. Napoleon floh im August 1799 heimlich nach Frankreich. Tipu Sultan war bereits im Mai dieses Jahres von den Briten besiegt und getötet worden. Die französische Armee in Ägypten hielt noch eine Zeitlang durch, aber Paris hatte keine Möglichkeit, ihr zu Hilfe zu kommen. Im Juni 1801 wurde Kairo von Truppen erobert, die von Großbritannien und Indien dorthin geschickt worden waren. Das französische Orientprojekt war gescheitert.

Dies bedeutete jedoch noch nicht das Ende des Kriegs, obwohl Napoleons Hoffnungen, den Briten zur See die Stirn bieten zu können, bald endgültig vereitelt wurden. In der Seeschlacht bei Trafalgar vor der spanischen Küste vernichtete sein Erzwidersacher Nelson im Oktober 1805 die vereinigte französische und spanische Flotte; beide sollten sich von dieser Niederlage nie mehr erholen. Napoleon hatte zuvor bereits das amerikanische Festland aufgegeben. Louisiana, das er 1800 von Spanien zurückerhalten hatte, hatte er den Vereinigten Staaten gegen Bargeld verkauft. Saint-Domingue (das heutige Haiti), Frankreichs reichste Kolonie, ging 1804 durch einen Aufstand verloren. Ihre Seeherrschaft erlaubte es den Briten, ihr Imperium in Asien abzuschotten. 1806 besetzten sie das Kap der Guten

Hoffnung und 1810 die französische Insel Mauritius. Der Indische Ozean wurde ein britisches Binnenmeer. Im Jahr 1811 nahmen sie das indonesische Reich des napoleonischen Vasallenkönigtums in den Niederlanden in Besitz.

Napoleon mag von einer Erneuerung des von Frankreich geführten Bündnisses mit den Osmanen und dem Iran geträumt haben, nicht zuletzt, um Russland in Europa zu neutralisieren,[34] doch er scheiterte. Sein Hauptziel war immer noch die europäische Hegemonie. Im Monat der Schlacht bei Trafalgar, im Oktober 1805, brachte ihn sein Triumph bei Austerlitz diesem Ziel bedeutend näher. Die Österreicher und Preußen waren geschlagen. Napoleon zeichnete die Karte Deutschlands neu und schuf sich mit dem Rheinbund ein Konglomerat von Vasallenstaaten. Polen wurde als Herzogtum Warschau wiedergeboren. Im Jahr 1807 traf Napoleon sich mit Zar Alexander I. bei Tilsit auf einem Pontonboot mitten auf der Memel. Beide Herrscher vereinbarten, künftig freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Nachdem Napoleon Europa unterworfen hatte, setzte er Großbritannien unter Druck. Im Berliner Dekret von 1806, das im Jahr darauf im Dekret von Mailand noch verschärft wurde, verbot er jeden Handel zwischen dem Kontinent und Großbritannien. Diese Blockade sollte die britische Wirtschaft ruinieren, ihr ihre Silbervorräte entziehen und London zwingen, auf Napoleons Bedingungen einzugehen. Wenn die Briten die Herren der See sein möchten, schien Napoleon ausdrücken zu wollen, würde er sie in ihrem ureigenen Element ertränken.

Hätte er Erfolg gehabt, hätte er den Boden wiedergutmachen können, den Frankreich seit dem Scheitern des Ägyptenfeldzugs verloren hatte. Aber dazu war es bereits zu spät. Die Kontinentalsperre, die den Handel mit Großbritannien eigentlich hätte verhindern sollen, war löchrig wie ein Sieb. Damit verflog auch die letzte Hoffnung, dass sich Europa jemals mit Napoleons Vorherrschaft abfinden würde. Napoleons Sekretär schrieb

später sarkastisch: »Um ihren Erfolg zu gewährleisten, hätte man immer siegreich sein und jedes Land besetzen müssen und niemals auch nur aus einem einzigen abziehen dürfen.«[35] Trotz seiner geradezu magischen Anziehungskraft auf alle, die mit dem arthritischen Regime der europäischen Dynasten unzufrieden waren, wurde Napoleons Reich eine untragbare Bürde. Russland widersetzte sich dieser wirtschaftlichen Knechtung und verlangte die Zusicherung, dass die Polen niemals ihr Königtum zurückerlangen würden. 1812 kam Napoleon zum Schluss, dass nur die Eroberung Russlands den Frieden garantieren würde. Es folgte die Katastrophe. In der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 wurde Napoleons durch ihren winterlichen Rückzug aus Moskau entscheidend geschwächte »Grande Armée« von den Österreichern, Russen und Preußen vernichtend geschlagen. Als fremde Armeen gleichzeitig aus dem Osten und aus dem Süden (die aus Spanien kommende britische Armee) in Frankreich selbst einmarschierten, ging Napoleon ins Exil auf die Insel Elba. Sein Kaiserreich brach zusammen. Nachdem sein letzter Versuch, während der »Hundert Tage« von 1815 wieder an die Macht zu gelangen, bei Waterloo gescheitert war, konnte der Wiener Kongress seine Beratungen endgültig abschließen. Tatsächlich hatten dessen Beschlüsse eurasische, wenn nicht sogar globale Auswirkungen.

Die Friedensstifter hatten erkannt, dass es kein Zurück zu den ständigen dynastischen Zwistigkeiten des Ancien Régime geben durfte. 25 Jahre Revolution und Krieg machten dies völlig undenkbar. Stattdessen einigten sie sich auf einen Gebietsausgleich, der ein Kräftegleichgewicht zwischen den fünf Großmächten Österreich, Preußen, Russland, Frankreich und Großbritannien erhalten und sicherstellen sollte, dass kein einzelner Staat die anderen dominieren konnte. Sie erfanden das »Europäische Konzert«, einen Prozess, durch den die fünf Mächte allfällige

Meinungsverschiedenheiten beilegen und die neue Machtverteilung stabilisieren sollten.[36] Die Wiener Kongressakte bewährte sich: Fast ein ganzes Jahrhundert lang sollte Europa keinen großen Krieg mehr erleben. Dazu trug wohl auch bei, dass die beiden europäischen »Flankenmächte« Großbritannien und Russland die Freiheit bekamen, ihre außereuropäischen Ambitionen unbehelligt zu verfolgen, solange sie den europäischen Frieden nicht gefährdeten. Der Wiener Kongress öffnete deshalb auch das Tor zur Umzingelung Asiens von Norden und von Süden.

Die Niederlage Napoleons und seines Reichsentwurfs hatte noch eine weitergehende Bedeutung. Sie war der Kulminationspunkt des großen geopolitischen Wandels, dessen Verlauf wir verfolgt haben und dessen radikalen Auswirkungen auch Bonaparte nicht entgangen war. Nachdem die Briten von ihm nicht mehr bedroht wurden, errangen sie in kurzer Zeit die Herrschaft über den indischen Subkontinent. Auch die handelsmäßige Durchdringung Chinas, die schon vor 1800 begonnen hatte, beschleunigte sich zusehends. Obgleich sie das indonesische Archipel dem neuen niederländischen Königreich zurückgaben (das als Barriere gegen die französische Expansion in Europa gedacht war), behielten die Briten die Insel Singapur und machten sie zum Umschlagshafen für einen Großteil Südostasiens. Im Westen kostete Spanien die katastrophale Seeniederlage von 1805 bei Trafalgar bald die Herrschaft über sein spanisch-amerikanisches Reich, mit dem nun jeder Handel treiben durfte, was vor allem die Briten weidlich ausnutzten. Auf diese Weise zerstörte der kumulative Effekt des napoleonischen Scheiterns und des britischen Erfolgs die Überreste des alten merkantilistischen Systems. Die miteinander rivalisierenden Handelsimperien mit ihren Flotten und Festungen, ihren Handelskompanien und Handelsmonopolen waren durch Großbritanniens »Herrschaft über den Ozean« überholt und wertlos geworden. Selbst die Britische Ostindien-Kompanie war

gezwungen, im Jahr 1813 Indien auch für Kaufleute zu öffnen, die ihr nicht angehörten – wenngleich sie ihr China-Monopol bis zum Jahr 1833 behielt. Das größte Hindernis der Handelsexpansion, die riesigen Gemeinkosten der miteinander rivalisierenden Handelsimperien, war beseitigt. Es blieb nur noch abzuwarten, wie schnell der »freie Handel« die neuen Möglichkeiten nutzen würde, die dieser große Wandel bot.

Die große Divergenz

Die geopolitische Revolution hatte drei besonders wichtige Auswirkungen. Durch die Besetzung und Besiedlung der Regionen der Äußeren Welt durchbrach sie erstens die bisherigen Grenzen der europäischen physischen Expansion. Das Innere Nordamerikas und der Südpazifik sollten bald als demographische Erweiterungen Nordwesteuropas in Besitz genommen werden: »Neue Europas« wurden geschaffen. Zweitens zerstörte die britische Seemacht in der kritischen Phase nach 1803, als der europäische Krieg nach kürzester Frist wiederaufflammte, die merkantilistische Blockbildung, die den Welthandel unter den führenden Nationen aufgeteilt hatte. Die Briten erreichten das, indem sie das Flottengleichgewicht zerstörten, auf dem dieses alte System beruhte: die gemeinsame Macht der spanischen, französischen und holländischen Flotte. Die Gemeinkosten und Risiken des Fernhandels, die bisher als Rechtfertigung der Handelsmonopole gedient hatten (die in der Vergangenheit tatsächlich durch die hohen Schutzkosten gerechtfertigt gewesen waren), und die Zugangsbeschränkungen für neue Händler gehörten nun der Vergangenheit an. Drittens hatte die große Umwälzung in Südasien, die zwischen 1757 und 1817 (als die Macht der Marathen gebrochen wurde) in verschiedenen Stufen

stattfand, den Briten unverhofft riesige Gewinne eingebracht. Nachdem sie die Kontrolle über die Steuereinkommen und den Handel Bengalens, der wohlhabendsten Region Indiens, gewonnen hatten, bekamen die Briten den Hebel in die Hände, mit dem sie die Tür zur südchinesischen Wirtschaft aufbrechen konnten. Mit Indiens Häfen und Krediten konnte der regionale Handel in Ost- und Südostasien viel leichter mit dem Fernhandel zwischen Asien und Europa verbunden werden. Endlich konnte man die kommerzielle Abschottung der ostasiatischen Welt erfolgreich unterlaufen.

Diese erstaunlichen Fortschritte hätten jedoch kaum mehr als einen zeitweiligen Gewinn erbracht, wenn nicht ein weiterer großer Wandel in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten und dem übrigen Eurasien stattgefunden hätte. Die große Beschränkung des europäischen Austauschs mit dem Rest Eurasiens war immer der überaus geringe Handelsumfang gewesen. Er beschränkte sich fast völlig auf Luxusgüter in jeweils geringen Mengen und mit einem beschränkten Markt. Jan de Vries hat berechnet, dass die gesamten Importe aus Asien eines ganzen Jahres nicht einmal ein einziges modernes Containerschiff gefüllt hätten. Ein Teil des Problems bestand darin, dass die Europäer nur wenig anzubieten hatten, was indische oder chinesische Kunden gereizt hätte – mit Ausnahme von Edelmetallen. Aus diesem Grund waren die Baumwolle und das Opium aus Indien auch solch ein Segen für die Agenten der Ostindien-Kompanie gewesen, die in Kanton Tee einkaufen wollten. Sie bekamen nur einen Zugang zum asiatischen Verbraucher, wenn sie europäische Güter fanden, für die eine starke Nachfrage bestand. Außerdem mussten Mittel und Wege gefunden werden, diesen Gütern eine möglichst weit gefächerte Verteilung zu sichern. Wenn dies nicht gelang, könnten das Wachstum des Handelsvolumens und sein Wert bald wieder schwinden. Entschlossenere Herrscher könnten die gerade erst

geöffneten Türen wieder schließen und die indischen Gewinne dann sehr schnell von den Kosten einer gewaltsamen Eroberung und Herrschaft aufgezehrt werden.

Die Erweiterung und Neuorientierung des europäischen Asienhandels, die geopolitisch möglich geworden war, musste deshalb durch einen technologischen Wandel ergänzt werden, um diesen Handel auf Dauer in Gang zu halten. Nur durch eine technologische Umwälzung konnten die europäischen Produzenten die historischen Vorteile ihrer asiatischen Konkurrenten (viel geringere Produktionskosten in den handwerklichen Manufakturen) ausgleichen. Auch die Transportmittel mussten in Asien (und anderswo) eine solche Umwälzung erleben, wenn das Handelsvolumen nicht durch die Kosten des Warentransports in isolierte Inlandsregionen stark eingeschränkt bleiben sollte. Wenn man außerdem die verständliche Zurückhaltung der einheimischen asiatischen, afrikanischen und sogar lateinamerikanischen Herrscher überwinden wollte, den ausländischen Händlern dieselben Bedingungen zu gewähren wie den eigenen, musste man die Fähigkeit entwickeln, Macht auch über sehr weite Entfernungen und zu vernünftigen Kosten auszuüben. Da die Europäer außer auf hoher See bisher keine nennenswerten militärischen Vorteile gegenüber anderen eurasiatischen (oder afrikanischen) Staaten genossen hatten, machte dies auch neue militärtechnische Lösungen erforderlich.

Wir wissen natürlich, dass diese »Lösungen« gefunden wurden, wenn auch nicht alle sofort und mit durchschlagendem Erfolg. Etwa um 1800 setzte ein Prozess ein, den jemand elegant »die große Divergenz«[37] zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der euro-atlantischen Welt und der des übrigen Eurasiens und Afrikas genannt hat. Während der nächsten beiden Jahrhunderte – in einigen Fällen sogar über einen noch längeren Zeitraum – öffnete sich außer in einigen privilegierten Regionen die Wohlstandsschere zwischen diesen Weltgegenden immer

weiter. Anscheinend lag der Grund hierfür in der einzigartigen Fähigkeit der Europäer, ihre Wirtschaften zu industrialisieren und dadurch weit höhere Produktionsmengen zu erzielen, als es in vor- oder nichtindustriellen Wirtschaftssystemen möglich gewesen war. Die Europäer nutzten die schrittweisen Verbesserungen ihrer ersten Neuerungen auf dem Gebiet der mechanisierten Produktion aus, um den technischen Wandel zu beschleunigen und die Kluft zwischen ihrer Produktivität und der ihrer nicht industrialisierten Wettbewerber zu vertiefen. Dieser Prozess, der Europa viel reicher als den Rest der Welt machte, wurde durch zwei weitere Vorteile dieser neuen industriellen Technologien noch verstärkt. Sie lieferten – zu relativ geringen Kosten – die technischen Mittel, um die europäische Herrschaft in Regionen durchzusetzen, in denen dies bisher aussichtslos erschienen war, und dies in einem Ausmaß, der in vorindustrieller Zeit unvorstellbar gewesen wäre. Fortschritte in der Waffentechnik (Repetiergewehre, Maschinengewehre, Fernartillerie, Dampfkriegsschiffe) erweiterten den Radius und vervielfachten die Effizienz der europäischen oder von Europäern angeführten Heere und Flotten. Der mechanisierte Transport zu Land und zur See vergrößerte die Reichweite militärischer Macht über weit größere Entfernungen und mit einer im Vergleich zur vorindustriellen Zeit ungeheuren Geschwindigkeit. Dadurch konnte eine verhältnismäßig kleine Zahl von Soldaten nacheinander in mehreren Feldzügen eingesetzt werden, die oft tausende Kilometer voneinander entfernt geführt wurden. Britische Truppenverbände wurden zwischen Südafrika, Indien, China und sogar Neuseeland hin- und hergeschoben. Dampfgetriebene Truppentransporter auf See und »strategische« Eisenbahnen, wie sie etwa in Indien nach 1860 gebaut wurden, erlaubten es, die Garnisonen zu verkleinern, mit denen man die Einheimischen unter Kontrolle hielt. Der elektrische Telegraf und das

Unterseekabel spielten eine ähnlich wichtige Rolle. Sie erlaubten es, Anweisungen zu erteilen, Warnungen weiterzugeben und Hilfsgesuche zu versenden, die bereits nach einigen Stunden und nicht erst nach Wochen ankamen. Die Information wurde zur unsichtbaren Waffe im europäischen Arsenal, die Tausende von Soldaten und Millionen Pfund wert war. Der andere große Vorteil der Industrialisierung hatte ebenfalls mit Geschwindigkeit zu tun. Die außerordentliche Schnelligkeit, mit der Invasoren auftauchten, Migranten ins Land kamen, neue Handelsrouten angelegt und neue Hafenstädte errichtet wurden – all dies wurde auf unterschiedliche Weise von der industriellen Technik beschleunigt –, verlieh der europäischen Expansion in die afro-eurasiatische Welt, so langsam und zögerlich sie in mancher Beziehung auch sein mochte, die Qualität eines Blitzkriegs. Da die unfreiwilligen Gastgeber kaum genug Zeit für angemessene Reaktionen hatten und auch über die Absichten der Europäer schlecht unterrichtet waren, war es kein Wunder, dass sie die Eindringlinge manchmal nur mit großer Mühe in Schach halten konnten.

Natürlich schließt diese Idee der Divergenz nicht aus, dass die Symptome des Wandels zwar plötzlich und gewaltsam sein konnten, es jedoch Jahrzehnte dauerte, bis sich dieser Umgestaltungsprozess auf allen Gebieten durchgesetzt hatte. In den 1830er Jahren waren bereits eine ganze Reihe von Wirtschaftsbeziehungen erkennbar, die sich von denen vor 1750 radikal unterschieden. Die Industrialisierung Europas war keine Privatangelegenheit dieses Kontinents. Sie veränderte dessen ökonomischen Austausch mit allen anderen Weltregionen grundlegend und damit zugleich den Umfang und Wert des Fernhandels und die Waren- und Menschenzirkulation auf dem gesamten Erdball. Daraus entstand eine neue Arbeitsteilung, bei der Teile Europas eine Reihe von spezialisierten Aufgaben für einen zumindest potentiell globalen Markt übernahmen. Tatsächlich besaß

Europa bereits zuvor ein faktisches Monopol, was den Seehandel zwischen Europa und Asien anging. Als sich dieser Handel nun vergrößerte, blieben dessen logistische Grundlagen – die Reedereien, Versicherungen, die Ein- und Ausfuhren und das Kreditwesen – weiterhin in europäischen Händen. Die Europäer hatten auch auf dem Gebiet des Bankwesens Vorteile gegenüber ihrer Konkurrenz. Die wirkliche Revolution war jedoch die neue Rolle der Europäer als wichtigste Produzenten von Waren für die ganze Welt, die auf die riesigen Produktionssteigerungen und den enormen Rückgang der Realkosten durch die Mechanisierung zurückzuführen war. Paul Bairoch hat ausgerechnet, dass ein britischer Arbeiter an einer Spinnmaschine um 1810 in der Stunde zehn- bis 14-mal so viel Baumwollgarn produzierte wie sein indischer Konkurrent mit traditionellen Methoden, eine Zahl, die für die feineren Qualitäten bis auf das 400-Fache anstieg.[38] Da Textilien einen enormen Teil (etwa 80 Prozent) der Warenproduktion der nichtindustriellen Wirtschaft ausmachten, ist leicht zu verstehen, warum das industrialisierte Europa alsbald weltweit die Produkte lieferte, nach denen in den meisten Gesellschaften die größte Nachfrage bestand. Mitte des 19. Jahrhunderts konnte man diese industrielle Führungsrolle auch an der großen Fülle anderer Gebrauchsgüter (vor allem Metallwaren) aus Europa sowie am ungeheuren Wachstum des Maschinenbaus und industrieller Fertigungsverfahren ablesen. In einem vor 1800 völlig unvorstellbaren Maße waren die Industriegebiete Europas zur Werkstätte, Fabrik und zum technischen Labor der ganzen Welt geworden.

Damit hing auch Europas dritte globale Funktion zusammen, die allerdings 1830 gerade erst sichtbar wurde. Seine Staaten (vor allem Großbritannien) wurden zu den wichtigsten Kapitalgebern weltweit. Die Handelskreditnetze, die Industrieprofite und die Gewinne, die sich beim Aufbau einer industriellen Infrastruktur zur Vergrößerung des

Handelsvolumens (wie etwa Eisenbahnen und Häfen) erzielen ließen, machten dies zu einer natürlichen Entwicklung, nachdem genug Kapital angehäuft worden war. Durch diese Kapitalbildung wurde Europas Führungsposition im Fernhandel, in der industriellen Produktion und der Kapitalausfuhr eine *fast* unwiderstehliche Kraft, die das gesamte Muster des globalen Handels umzugestalten schien. Das industrielle Europa besaß anscheinend genug transformatorische Kraft, um eine neue Weltwirtschaft zu schaffen, die einen Großteil der Welt zu Rohstofflieferanten, Verbrauchern von Industriegütern und Kapitalnehmern machte. In diesem großen Wandel der Weltwirtschaft sollten die asiatischen Hersteller von handwerklichen Produkten für den Export (vor allem von Baumwoll- und Wollstoffen) wirtschaftlich untergehen. Stattdessen lag die Zukunft der außereuropäischen Welt eindeutig auf dem Land. Hart arbeitende Bauern mussten Rohstoffe für den Export anbauen und im Austausch dafür zum Beispiel Baumwollstoffe kaufen. Die Produktion einer riesigen Fülle von landwirtschaftlichen Gütern und Rohstoffen (Baumwolle, Seide, Tee, Zucker, Kaffee, Tabak, Opium, Kakao, Chinarinde, Jute, Gummi, Guttapercha, Palmöl, Gummiarabikum, Pfeffer, Vanille, Indigo, Gummigutt, Elfenbein, Schellack, Guano, Tierhäute und Gambir), die in großen Mengen nach Europa geschickt werden sollten, um dort weiterverarbeitet zu werden, sollte *ihre* »Wohlstandsmaschine«, ihr Weg zu einem besseren Leben und die Grundlage ihrer sozialen Ordnung und Hierarchie werden. So lautete zumindest die Theorie. 1830 lagen diese Umverteilungen jedoch noch in der Zukunft. Wie wir sehen werden, gab es Widerstand gegen diese Entwicklung, die oft langsam und ungleichmäßig verlief. Aber die Würfel waren gefallen.

Dies war die »große Divergenz«, die das Geschick der wohlhabendsten Gesellschaften in Europa und Asien zutiefst veränderte. Aber wie war dies zu erklären? Worauf war es

zurückzuführen, dass die reichsten Teile Europas die reichsten Teile Asiens so schnell überholt hatten? Die gängige Antwort der Historiker lautet: auf die »industrielle Revolution«. Die einzigartige Fähigkeit europäischer Gemeinschaften, technologische Lösungen zu erfinden und anzuwenden, habe ihnen diesen Durchbruch ermöglicht. Als einfache Feststellung von Fakten ist das unbestreitbar. Aber sofort tauchen neue Fragen auf. Was verursachte diesen technologischen Vorsprung der Europäer? Schließlich haben wir ja bereits gesehen, dass ihr Erfindungsreichtum dem der Chinesen oft unterlegen war. Auch war es nicht unbedingt ausgemacht, dass der institutionelle Hintergrund dieses technologischen Wandels in Europa so viel günstiger als zum Beispiel in China war. Darüber hinaus war die industrielle Umwandlung Europas nicht das Ergebnis eines einzigen »Urknalls«. Das Wachstum der britischen Wirtschaft ging verhältnismäßig langsam vonstatten. Es war eher ein kumulativer Wandel als der unverhoffte Hauptgewinn in einer technologischen Lotterie.[39]

Eine einflussreiche Untersuchung, die zum Teil von Max Weber inspiriert wurde, betont das unvorhersehbare, fast zufällige Zusammentreffen der entscheidenden Faktoren, die es Europa ermöglichten, das bisher eherne Gesetz der sinkenden Erträge und der zunehmenden Erschöpfung der Ressourcen zu überwinden. Die Bauelemente des einzigartigen und nicht wiederholbaren »Wunders Europa« waren: der abweichende Meinungen und das freie Denken fördernde Wettbewerb zwischen den Staaten, die Beschränkung der staatlichen Macht (die das Eigentum sicherer machte), ein günstiges natürliches Umfeld mit reichen Nahrungs- und Brennstoffreserven und ein erstaunlicher, unerwarteter Gewinn in den beiden Amerikas, von dem Europa profitierte.[40]

Eine weitere Sichtweise stellt jedoch eine radikal andere Rechnung auf: Angeblich habe es zwischen Nordwesteuropa und den fortschrittlichsten Ökonomien in anderen Teilen

Eurasiens bis 1800 keine entscheidenden Entwicklungsunterschiede gegeben. Europas Vorteile seien nicht seine gesellschaftlichen und politischen Strukturen, nicht einmal sein fortschrittliches wissenschaftliches Denken gewesen. Sie beruhten stattdessen auf seinen Kohlevorkommen (einem geologischen Glücksfall) und auf seinen Kolonien (der Folge von Eroberungen). Diese beiden Faktoren allein hätten es vor dem Schicksal des gleichbleibenden vorindustriellen Wachstums bewahrt.[41] Eine dritte Argumentationslinie betrachtet Europas »Abweichung« weniger als Ergebnis irgendwelcher besonderer Vorzüge und Eigenheiten in Bezug auf Ressourcen, Mentalitäten oder Institutionen, sondern vielmehr als Reaktion auf globale Kräfte und Entwicklungen. Folgt man dieser Sicht, könnte man die europäische Industrialisierung als Verteidigungsstrategie mit außerordentlichen, jedoch unbeabsichtigten Folgen betrachten.[42]

Zweifelsfrei lässt sich immerhin feststellen, dass im Eurasien des späten 18. Jahrhunderts zwei Regionen hervorstachen. Die eine war Europa. Natürlich ist hier nicht ganz Europa gemeint, da ein Großteil des Kontinents im Süden und Osten selbst nach damaligen Maßstäben arm und rückständig war. Primitive landwirtschaftliche Techniken, fehlende »Landschaftsgestaltungen« wie Dämme und Dränagen, schlechte oder überhaupt keine Straßen, geringe handwerkliche Fertigkeiten, ein hoher Analphabetismus, das Fehlen von Finanzinstitutionen, die Kredite oder Kapital hätten vergeben können, die Gefährdung und Unsicherheit von Personen und Eigentum und das Fortbestehen der Leibeigenschaft waren in einem Großteil der europäischen Binnenstaaten an der Tagesordnung. Die wohlhabendsten Regionen lagen in Frankreich, auf der britischen Hauptinsel, in den Niederlanden, im Rheinland, in Norditalien und Teilen Kataloniens. Dazu kamen noch die Handelsstädte im südlichen und östlichen Deutschland und in Österreich. An

diesen Plätzen hatte sich bereits eine kreditbasierte Wirtschaft fest etabliert, wie sie Adam Smith in seinem Werk *Der Wohlstand der Nationen* beschrieben hat. Das Wirtschaftswachstum wurde von einer zunehmenden Spezialisierung und Arbeitsteilung angetrieben, die zu einer Erhöhung der Produktivität führte und in positiver Wechselwirkung den Markt wachsen ließ. Schrittweise Verbesserungen der Herstellungstechniken und der Landnutzung wirkten in dieselbe Richtung. Dazu kamen noch die positiven Auswirkungen des innereuropäischen und interkontinentalen Handels. Obwohl nur schwer messbar, könnten die Folgen des Fernhandels durchaus die Entstehung einer Konsumgesellschaft beschleunigt haben, indem sie den Appetit auf tropische Produkte wie Zucker, Kaffee und Tee anregten sowie Innovationen im Marketing, Management und dem Sammeln und Gebrauch von Wirtschaftsinformationen befördert haben.

Jedoch fanden sich viele, wenn nicht die meisten dieser günstigen Bedingungen auch in China. Kiangnan (das Jangtse-Delta) war eine große Fertigungsregion, die Baumwollstoffe für den Export ins restliche China produzierte. Mit seiner dichten Bevölkerung (etwa 400 Einwohner pro Quadratkilometer)[43] von über 30 Millionen, zahlreichen Städten und seinem dichten Wasserstraßennetz, das es mit dem mittleren und oberen Jangtse-Tal (einem riesigen Absatzgebiet) sowie über den Großen Kanal mit dem übrigen China verband, konnte man Kiangnan durchaus mit den industriellen Kernen Europas vergleichen. Es lässt sich sogar glaubhaft die These vertreten, dass seine Marktwirtschaft so reich und produktiv wie die Nordwesteuropas war. Die Textilproduktion war ähnlich hoch,[44] während der Verbrauch von Zucker und Tee eher noch höher war. Der technische Erfindergeist war auch dort weit verbreitet. Darüber hinaus profitierte China von Gesetzen, die den Kauf und Verkauf von Land einfacher machten als in Europa, und von einem Arbeitsmarkt, in dem

die Leibeigenschaft im Gegensatz zu Europa nahezu verschwunden war. In einer wohl geordneten Gesellschaft mit niedrigen Steuerlasten und einem Staat, der vor allem in der Landwirtschaft fortschrittliche Verfahren aktiv förderte, schien es keinen zwingenden Grund zu geben, warum der materielle Fortschritt nach den Vorgaben Adam Smiths (das sogenannte »Smithsche Wachstum«) nicht auch in China in einem mit Europa vergleichbaren Ausmaß hätte stattfinden sollen.

In anderen Teilen Eurasiens gab es durchaus Hindernisse für einen materiellen Fortschritt. Im Osmanischen Reich und im Iran entwickelten sich keine »Kernregionen«, die mit Kiangnan vergleichbar gewesen wären. Mit Ausnahme Ägyptens (wo aber auch ein Großteil des Nildeltas noch trockengelegt werden musste) gab es nur wenige Flächen mit intensiver und produktiver ackerbaulicher Nutzung, und sie lagen obendrein weit verstreut. Riesige Gebiete in Anatolien und dem Iran wurden von Nomaden besiedelt. Die Bevölkerungsdichte war gering, die Menschen lebten unter harten Umweltbedingungen und hatten manchmal, wie im Iran in der Mitte des Jahrhunderts, unter gewaltsamen Auseinandersetzungen zu leiden. Der Massengütertransport war außer in den Küstenregionen äußerst schwierig. Dies half, die lokalen Anbieter von Fertigwaren vor jeder Konkurrenz von außen zu schützen. Allerdings sorgte bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts die Nähe zu Europa dafür, dass die osmanischen Länder zunehmend ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen Fertigwarenimporte austauschten.[45] Nachdem die iranischen Seidenexporte zusammengebrochen waren, verfügte das Land nur noch über wenige Exportgüter, von ausfuhrfähigen Fertigwaren ganz zu schweigen.[46] In Indien war die Lage jedoch völlig anders. Das indische Manufakturgewerbe war hoch produktiv. Etwa 60 Prozent der weltweiten Fertigwarenexporte wurden im 18. Jahrhundert in Indien, der Textilwerkstatt der Welt, hergestellt. Nach Luxusgütern

wie den indischen Musselinen und Kalikos bestand im damaligen Europa eine riesige Nachfrage, während die billigeren Baumwollstoffe nach Westafrika reexportiert wurden, um dort Sklaven kaufen zu können.[47] Gudscharat, Malabar, die Koromandelküste und Bengalen waren Wirtschaftsregionen mit starken internationalen Verbindungen. Landwirtschaftlich nutzbares Land war im Überfluss vorhanden. Allerdings stand der Aufbau einer großen integrierten Wirtschaft im Gegensatz zu China und Europa vor bedeutenden Hindernissen. In einem Großteil des Subkontinents wurde der Inlandsverkehr durch das Fehlen von Schifffahrtswegen behindert. Die Handelsrouten in Nordindien wurden durch den Niedergang der Moguln schwer beeinträchtigt. Natürlich überlebte der Handel – und mit ihm die Händler – und blühte manchmal sogar wieder auf, aber die instabilen Machtverhältnisse verschoben die Eliten und deren Nachfrage und Protektion des Handels immer wieder von Ort zu Ort und behinderten die Herausbildung eines stabilen »Kerns«.[48] Die Verbreitung technischen Wissens, ein wesentliches Element des technologischen Fortschritts, litt unter den Begrenzungen des auf Berufen und Tätigkeiten basierenden Kastensystems. Eine unerbittliche natürliche Umwelt behinderte Langzeitinvestitionen ebenso sehr wie die politischen Turbulenzen, die nach 1750 einsetzten. Vielleicht war die indische Gesellschaft auf der Ebene der Bauern und Weber auch zu widerspenstig und mobil, um sich der »Arbeitsdisziplin« zu fügen, wie man sie zum Beispiel von den Fabrikarbeitern in Großbritannien forderte.

Wir stehen jedoch immer noch vor der Frage, warum Kiangnan (bzw. China) der wirtschaftlichen Expansion Europas nicht folgen konnte, was die Herausbildung einer eurozentrischen Weltwirtschaft verhindert hätte. Die beste Antwort, die uns zur Verfügung steht, lautet: China konnte die klassischen Beschränkungen des vorindustriellen

Wachstums einfach nicht überwinden.[49] Im späten 18. Jahrhundert war das Reich mit rasch steigenden Kosten für Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohstoffe konfrontiert. Die stetig wachsende Bevölkerung und die Bedürfnisse, die aus einer ebenfalls steigenden Produktion erwuchsen, konkurrierten um die Erzeugnisse einer mehr oder weniger konstanten Landfläche. Als Folge würgte die Nachfrage nach Nahrungsmitteln das Wachstum der Baumwollproduktion ab. Die Rohbaumwollpreise im Jangtse-Delta verdoppelten sich wahrscheinlich zwischen 1750 und 1800.[50] Die große Nachfrage nach Brennstoffen führte zur Abholzung großer Waldflächen und gravierenden Umweltschäden. Theoretisch gab es einen Ausweg aus dieser Falle. Kiangnan hätte einfach die notwendigen Importe aus weiter entfernt liegenden Gegenden beziehen sollen. Es hätte seine Produktionskosten durch Mechanisierung verringern und dadurch seine Märkte und Importe ausbauen sollen. Außerdem hätte es künftig Kohle als Brennstoff verwenden sollen. In der Praxis bestanden jedoch für solche Umstellungen geringe Chancen. Kiangnan musste sich gegen die Konkurrenz vieler Inlandszentren behaupten, in denen die Nahrungsmittel und Rohstoffe billiger waren und die ebenfalls Chinas hoch entwickeltes System von Wasserwegen nutzen konnten. Gerade die Perfektion der chinesischen Wirtschaft erlaubte es neuen Produzenten, ohne große Schwierigkeiten auf ungefähr demselben technischen Niveau auf den Markt zu gehen. Unter diesen Bedingungen war wohl jede Mechanisierungsbemühung, selbst wenn sie technisch durchführbar gewesen wäre, von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Zwar besaß China Kohle, doch sie konnte nicht zu günstigen Preisen nach Kiangnan transportiert werden, da die Vorkommen weit entfernt lagen. Aus diesem Grund fehlten in ganz China die meisten Anreize und Mittel, den Königsweg zur Industrialisierung einzuschlagen.

Die entwickelteren Gegenden Europas stießen dagegen

nicht auf solche Beschränkungen. Selbst wenn wir die viel diskutierte Frage einmal beiseite lassen, ob die wirtschaftlichen Institutionen, die Versorgung mit Kredit und Kapital und die Verbreitung nützlichen Wissens dort effizienter organisiert waren als in China, was natürlich einen technologischen Fortschritt wahrscheinlicher gemacht hätte, scheint zumindest klar, dass die steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Brennstoffen und Rohstoffen dort leichter befriedigt werden konnte. Europa hatte seine »Ressourcengrenze« noch nicht überschritten. Immer noch war bisher ungenutztes Land verfügbar (so etwa in Südrussland). Auf den bereits bestehenden Ackerflächen hatten verbesserte Methoden die Produktivität beträchtlich erhöht. Dort, wo der Brennstoffbedarf am höchsten war, konnte er durch große, leicht zugängliche Kohlevorkommen gedeckt werden. Europa hatte darüber hinaus den Vorteil des Kolonialhandels, dessen Gewinne teilweise auf Sklavenarbeit beruhten. Außerdem hatten die Europäer das Glück, dass vor allem in Nordamerika riesige Flächen »freien« Landes erschlossen werden konnten. Beide Faktoren mögen dazu beigetragen haben, dass Europa dem Schicksal Kiangnans entging, obwohl sie keineswegs entscheidend waren. All dies führte dazu, dass der europäische »Kern« mehr Zeit zur Verfügung hatte, um die Vorteile des technischen Fortschritts zu nutzen, und den technologischen Fortschritt durch Nutzung der Dampfkraft mit Hilfe der Kohle leichter vorantreiben konnte.

Alles weist darauf hin, dass sich die Wege gegen 1800 zu trennen begannen, als eine große wirtschaftliche Revolution unmittelbar bevorstand. Tatsächlich war die Geschichte sogar noch weit dramatischer. Ein Teil Europas erlebte eine besonders intensive Form dieses ökonomischen Wandels. Der wirtschaftliche Aufstieg Großbritanniens verlief viel schneller als in anderen, vergleichbar wohlhabenden Regionen auf dem europäischen Festland. Dafür waren drei Faktoren entscheidend. Erstens gab es dort in den 80 Jahren

nach 1760 einen riesigen Beschäftigungswandel von der Landwirtschaft zum Herstellungssektor. Während am Beginn dieser Periode die Industrie ungefähr 24 Prozent der männlichen Arbeitskräfte beschäftigte, waren es im Jahr 1840 bereits 47 Prozent. Dass diese Umschichtung ohne Preisanstieg der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verlief, war die entscheidende Vorbedingung für die industrielle Expansion. Noch 1760 hatte eine landwirtschaftliche Arbeitskraft einen einzigen Arbeiter ernährt, 80 Jahre danach waren es fast drei.[51] Zweitens war diese massive Vergrößerung der Industriearbeiterschaft und nicht etwa ein starker Anstieg der Gesamtproduktivität eine auffallende Charakteristik der britischen Industriellen Revolution, so wie auch die Konzentration auf die Herstellung von Textilien, besonders Baumwollwaren. Produktivitätsfortschritte gab es tatsächlich vor allem in der Textilindustrie. Arkwrights »Water Frame«-Spinnmaschine mit ihren Streckwalzen (1769) und Cromptons »Spinning Mule« (1779), die beide die Wasserkraft nutzten, gestatteten es, stärkere und feinere Garne zu weit geringeren Kosten zu produzieren, als sie bei älteren Formen der Handspinnerei möglich gewesen waren.[52] Gleichzeitig stellte die Industrie in mehreren Stufen von gelernten auf ungelernte Arbeitskräfte um. Das Garn wurde exportiert, war aber auch das Rohmaterial für die Stoffherstellung, deren Kosten es beträchtlich senkte. Im Jahre 1801 machten Baumwollwaren allein fast 40 Prozent der britischen Ausfuhren aus. 30 Jahre später waren es über 50 Prozent. Im Ausland hatte sich ein riesiger Markt aufgetan.

Drittens waren die Briten Vorreiter bei der Nutzung der Dampfkraft und der Kohle in industriellem Maßstab. Natürlich waren die Grundlagen der Dampfenergie schon lange bekannt. Dampfmaschinen waren seit dem frühen 18. Jahrhundert in Gebrauch, waren aber noch übermäßig groß und hatten einen ungeheuren Brennstoffverbrauch. Erst als Boulton und Watt 1775 ihr Modell in ihrer Fabrik zu

produzieren begannen, kam eine effizientere Maschine auf den Markt. Das Zusammenspiel von Dampfkraft und Kohle war absolut entscheidend. Dampfmaschinen pumpten das Wasser aus den Bergwerken. Ohne sie hätte die Kohleförderung in Großbritannien auf dem Niveau von 1700 stagniert.[53] Mit ihnen stieg sie bis 1800 auf über elf Millionen Tonnen im Jahr an, dem Gegenwert des jährlichen Holzwachstums auf einer Fläche von der Hälfte Englands. Die Dampfkraft löste in Großbritannien das Problem der Brennstoffverknappung, das China maßgeblich behinderte, und sie ebnete industriellen Prozessen mit hohem Energieverbrauch den Weg. Kohle und Koks waren die unerlässlichen Mittel, um die Roheisenerzeugung zu steigern, die sich von 1788 bis 1806 um mehr als das Dreifache erhöhte.[54] Mit Dampf und Eisen wurden Werkzeuge, Geräte und Maschinen hergestellt, die haltbarer waren als ihre Vorgänger aus Holz. Mit ihrer Hilfe entwickelte sich eine »Ingenieurskultur«, deren stufenweise Fortschritte nach 1800 die materielle Welt umzugestalten halfen. In den 1790er Jahren setzte man die Dampfkraft auch bei der Textilherstellung, vor allem der Garnspinnerei, ein, was die Kosten weiter senkte. In den 1820er Jahren begann man, sie für den Land- und Wassertransport zu nutzen, eine Neuerung, die ihren Anwendern schon bald enorme wirtschaftliche und strategische Vorteile verschaffte.

Diese Gewinne aus Dampfkraft und Kohle führten zu einem außergewöhnlichen Anstieg der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Großbritanniens weit über all seine Konkurrenten in Eurasien hinaus. Natürlich gilt es zu beachten, dass sich um 1830 viele dieser Vorteile noch nicht voll entwickelt hatten. Die Vorzüge einer auf Dampf und Kohle basierenden Wirtschaft machten sich wohl erst in den 1850er Jahren auf allen Gebieten bemerkbar.[55] Dennoch hatte die erste große Phase der britischen Industrialisierung bereits lange vor 1830 die wichtigste Handelsbeziehung

zwischen Europa und Asien von Grund auf verändert. Europas unersättliches Verlangen nach indischen Baumwollwaren und die Wettbewerbsfähigkeit indischer Stoffe auf den sonstigen Drittmärkten waren seit dem 17. Jahrhundert der prägende Faktor des Ost-West-Handels gewesen. Um 1800 hatten die britischen Hersteller die indischen Waren auf ihrem heimischen Markt zum großen Teil durch ihre eigenen ersetzt und Indien, was den Export von Kalikos anging, sogar überholt. Bald sollten sie auch die billigeren Produkte in anderen Auslandsmärkten verdrängen. Noch erstaunlicher war jedoch, dass die indischen Weber ab 1817 in immer größerem Maße in Großbritannien hergestellte Garne einführten. Bis 1820 war Indien zu einem Nettoimporteur von Baumwollgarnen geworden.[56] Mit dem Aufkommen der Dampfweberei nach 1830 dehnten sich die bisherigen britischen Vorteile bei der Garnproduktion auch auf die Tuchherstellung aus. Mitte der 1830er Jahre machten Baumwollwaren die Hälfte der britischen Ausfuhren nach Indien aus. Indien war zu Großbritanniens zweitgrößtem Markt für Baumwollprodukte geworden.[57] Dies war eine erstaunliche Umkehrung der Verhältnisse. Weil die Briten Indiens seit langem bestehende Vormachtstellung auf dem Weltmarkt für Textilien zerstörten, konnten sie ihre Produkte auf alle Märkte Asiens bringen, zu dem sie Zugang bekamen. Die britische imperiale Macht hatte das Tor zum indischen Markt aufgebrochen. Es musste sich nun erweisen, ob diese gewaltsame Methode auch zur Erschließung anderer Märkte angewendet werden konnte.

Es war deshalb wohl kein Zufall, dass der europäische Staat, der bei der Kolonisierung Nordamerikas, der Ausweitung des Sklavenhandels und der Sicherung der europäischen Herrschaft über Indien die aktivste Rolle gespielt hatte, auch der Vorreiter der Industrialisierung war. Die Briten hatten ihren Überseehandel im Verlauf des 18. Jahrhunderts in ungeheurem Maße, nämlich um das

Fünffache, gesteigert.[58] Die steigende Nachfrage nach karibischem Zucker machte die Westindischen Inseln zu einem großen Abnehmer britischer Fertigwaren und anderer Güter aus den nordamerikanischen Kolonien. Die amerikanischen Einkünfte wurden ebenfalls in Großbritannien ausgegeben, was das Volumen des Atlantikhandels zusätzlich erhöhte. Die britischen Ausfuhren nach Amerika und Asien stiegen zwischen 1700 und 1774 um das Neunfache und übertrafen damit den Wert der Exporte nach Europa.[59] Die Karibik war auch – unrühmlicherweise – ein riesiger Absatzmarkt für Sklaven. In den 1780er Jahren ging ein Viertel der britischen Ausfuhren von Baumwollwaren nach Afrika, um damit Sklaven einzukaufen.[60] Dies alles war nicht zuletzt deshalb wichtig, weil es den Kredit-und Finanznetzen in Großbritannien neue Impulse gab. Das galt besonders für Liverpool, das zum wichtigsten Hafen des Amerika- und Westafrikahandels aufstieg. Ein Netzwerk wurde geschaffen, das zur Grundlage für das Wachstum neuer Handelszweige wurde, die auf industriellen Prozessen beruhten. Die Rohbaumwolle kam in Zukunft von den Westindischen Inseln und die Baumwollfertigwaren konnten danach in bereits gut etablierte Absatzmärkte geschickt werden. Keine Hürde und kein Engpass verhinderten von nun an das rasche Wachstum der neuen Exporte von Fertiggütern oder erschwerten die dazu benötigten Importe von Rohstoffen. Das schiere Ausmaß des britischen Außenhandels bereits vor der Industrialisierung hatte noch andere wichtige Auswirkungen. Keine Regierung in Europa achtete mehr auf die Bedürfnisse des Handels und der Industrie und die Notwendigkeit, ihr Finanzsystem vor jedem Vertrauensverlust zu schützen, und keine war eher bereit, ihre Seemacht zur Verteidigung ihrer Wirtschaftsinteressen einzusetzen. Mit Ausnahme der Niederlande besaß kein anderer Staat eine Führungsschicht, die so viel in die Wirtschaft investiert hatte und deren Einkommen so stark

von der Steigerung der Wirtschaftsleistung abhing. Schließlich gab es da auch noch die Verbindung mit Indien.

Wir haben bereits früher eine schlüssige Erklärung für den Wandel Europas in eine Industriegesellschaft kennen gelernt, die dessen Ursachen in einer Abwehrreaktion auf die asiatische Vorherrschaft beim Export von Fertiggütern sucht. Um 1700 waren indische Chintze und Kalikos bei den englischen Verbrauchern der letzte Schrei. »Wir sahen, wie sich unsere feine Gesellschaft in indische Tuche hüllte«, schrieb Daniel Defoe im Jahr 1708.[61] Die Einfuhr von bedruckten Stoffen aus Indien wurde zwar zum Schutz der heimischen Wollwarenindustrie wiederholt verboten, aber die Nachfrage nach ihnen blieb unersättlich. Die Baumwollindustrie in Großbritannien führte deshalb am Anfang erst einmal einfarbige indische Kalikostoffe ein, die sie dann mit farbigen Mustern bedruckte. Sie war also »das Kind des Ostasienhandels«,[62] dessen Erzeugnisse weiterhin indische Namen trugen.[63] Nach 1770 machten die neuartigen Garnspinnmaschinen die Kalikos und Musseline aus Lancashire konkurrenzfähig. Der Londoner Agent der Firma Samuel Oldknow, des führenden Musselinherstellers, erzählte einer Untersuchungskommission der Regierung: »Ziel [der Textilhersteller] war es, […] eine Fertigung in Britannien einzurichten, die es gewissermaßen mit den Fabriken Bengalens aufnehmen konnte.«[64] Allerdings führten die britischen Eroberungen in Indien (vor allem die Bengalens) dazu, dass die Ostindien-Kompanie Großbritannien mit Baumwollwaren regelrecht überflutete, was die Preise in den Keller trieb und die neue heimische Industrie zu ruinieren drohte.[65] Die Konkurrenz aus Indien (und ebenso aus Schottland mit seinen Billiglöhnen) gab laut Oldknows Biographen »einen starken Anstoß zur Einrichtung des Fabriksystems nicht nur auf dem Gebiet der Spinnerei und der Stoffveredelung, sondern auch der Weberei«.[66] Um die indischen Waren draußen zu halten, wurden die Zölle in den 1790er Jahren verdrei- und zwischen

1802 und 1819 sogar verneunfacht.[67] Tatsächlich gingen die Importe aus Indien nach 1802 stark zurück. Auf diese Weise hatten auf dem wichtigsten Sektor der späteren europäischen Eroberung der asiatischen Märkte Nachahmung, Schutz- und Abwehrmaßnahmen und die Mechanisierung gezwungenermaßen zusammengewirkt, um diese Fortschritte zu erzielen. Ohne die Macht, konkurrenzfähige Produkte aus Indien vom heimischen Markt fernzuhalten und gleichzeitig den britischen Exporten die dortigen Märkte gewaltsam zu öffnen, wäre die Geschichte vielleicht ganz anders ausgegangen.

Der Vergleich der Kulturen

Die Eroberung neuer Gebiete und die industrielle Technik waren die offensichtlichsten Merkmale der neu gewonnenen europäischen Dominanz über den Rest Eurasiens. Allerdings gab es noch eine dritte Dimension dieses neuen Ungleichgewichts. Während dieser Zeit erhoben die Europäer zum ersten Mal den Anspruch, dass ihre Zivilisation und Kultur allen anderen überlegen seien, und zwar nicht nur theologisch (das war ein alter Hut), sondern auch intellektuell und materiell. Ob diese Behauptung berechtigt war, soll uns hier nicht weiter interessieren. Viel wichtiger ist, dass die Europäer bereit waren, so zu handeln, als ob sie tatsächlich zutreffend sei. Dies zeigte sich in ihrem Eifer, das Wissen zu sammeln und zu ordnen, das sie aus anderen Teilen der Welt holten. Es offenbarte sich aber auch in dem Selbstvertrauen, mit dem sie dieses Wissen in ein Denkmodell einpassten, in dessen Zentrum sie selbst standen. Die geistige Einverleibung des außereuropäischen Eurasiens ging der Aufrichtung der physischen Herrschaft voraus. Dies drückte sich auch in dem Ehrgeiz am Ende unserer Periode aus – sogar noch früher, wenn wir die

französische Invasion in Ägypten einbeziehen –, Teile Afrikas und Asiens »neu zu gestalten«, wie sie zuvor bereits die »Neue Welt« »gestaltet« hatten. Schließlich beruhte sie auch auf der arroganten Überzeugung, dass allein Europa zu einem geschichtlichen Fortschritt fähig sei, während der Rest der Welt in einem »stationären Zustand« verharre und auf die prometheische Berührung Europas warte. Wir werden uns gleich näher mit dieser »geistigen Revolution« befassen. Zuerst wollen wir jedoch betrachten, was damals in anderen Teilen Eurasiens vor sich ging.

Zwischen den 1750er und 1820er Jahren gab es in China keine größeren Veränderung der Gesellschaft, keine drastische Neueinschätzung der Stellung Chinas in einer größer gewordenen Welt und ganz bestimmt keine Infragestellung der eigenen kulturellen Vergangenheit. Es gab keinen vernünftigen Grund, warum man dies hätte tun sollen. Immerhin lebte man in einer wohlhabenden, erfolgreichen und hoch entwickelten Gentry-Gesellschaft.[68] In der Regierungszeit des Kaisers Qianlong (1735–1796) herrschten politische Stabilität, Wohlstand und (zumindest im eigentlichen China) Frieden. Man sprach damals sogar vom »Blühenden Zeitalter«. Ihre Eroberungen in Innerasien und ihr endgültiger Sieg über die unruhigen Steppenvölker krönten die Anstrengungen der Qing, das chinesische Reich zu befrieden, zu einen, zu festigen und zu sichern. Die große Konstante in Chinas langer Geschichte als einheitlicher Staat, die dauernde Drohung eines Zusammenbruchs der jeweiligen Dynastie durch einen Angriff der Barbaren, war endgültig beseitigt worden. Wäre es noch erforderlich gewesen, hätte dies die chinesische kulturelle und technologische Überlegenheit dort bestätigt, wo sie am wichtigsten war. Schließlich war dies ein Triumph, der im geographischen Maßstab und in seiner geopolitischen Bedeutung (wenngleich nicht in seinem wirtschaftlichen Wert) durchaus mit dem der Europäer in Amerika vergleichbar war.

Natürlich gab es auch gesellschaftliche und kulturelle Spannungen. Militärische Niederlagen gegen Burma und Vietnam, zunehmende Korruption in der Bürokratie und Volksaufstände unter Führung chiliastischer Sekten wie des Weißen Lotus deuteten auf einen beginnenden Niedergang der Dynastie hin, auf einen allmählichen Entzug des »Mandats des Himmels«, auf dem die dynastische Legitimität angeblich beruhte.[69] Andererseits blieb die konfuzianische Tradition unvermindert stark. Ihre Grundannahme lautete, dass die Wohlfahrt der Gesellschaft unter der Herrschaft von Beamtengelehrten vervielfacht werde, die sich auf die paternalistischen und hierarchischen Lehren von Kongfuzi oder »Meister Kung«, wie Konfuzius auch genannt wurde, stützten. Das konfuzianische Lehrgebäude mit seinen taoistischen Elementen, die die Notwendigkeit materieller Genügsamkeit und der Harmonie mit der natürlichen Welt vertraten, wurde niemals ernsthaft in Frage gestellt. Die Religion spielte in China eine völlig andere Rolle als in Europa. Während der »reine« Taoismus über einigen geistigen Einfluss verfügte und seine mystischen Strömungen eine größere Anhängerschaft im Volk hatten, genoss er doch keinen öffentlichen Status und wurde von der konfuzianischen Bürokratie mit Misstrauen beobachtet. Heilslehren wurden offiziell missbilligt.[70] Der Buddhismus spielte hauptsächlich in Tibet und der Mongolei eine große Rolle. Die Kaiser achteten darauf, ihm Respekt entgegenzubringen. Dies war ein Zugeständnis an die dortigen buddhistischen Eliten, die das System der kaiserlichen Oberherrschaft unterstützten. Im eigentlichen China stand der Buddhismus weitgehend im Abseits. Die buddhistischen Mönche galten wie die taoistischen Priester als lästige Unruhestifter.[71]

Die Gelehrtenbürokratie und die gebildete Gentry-Klasse, aus der sie rekrutiert wurde, musste sich deshalb nicht der Konkurrenz einer organisierten Priesterschaft stellen. Herausforderungen von irgendwelchen Anhängern religiöser

Schwärmereien innerhalb der gesellschaftlichen Eliten waren also kaum zu erwarten. Auch war die klassische Bildung der Beamten von keinen neuen Formen »wissenschaftlichen« Denkens bedroht. Aus Gründen, über die Historiker lange diskutiert haben, war die Tradition wissenschaftlichen Experimentierens wahrscheinlich bereits um 1400 zu Ende gegangen. Ein Grund dafür mag sein, dass es im konfuzianischen Denken keinen »himmlischen Gesetzgeber«, also keinen Gott, der die Naturgesetze festgelegt hat, gibt.[72] In Europa war der Glaube an eine solche Schicksalsgestalt und die Suche nach deren Absichten und Plänen ein, vielleicht sogar *das,* zentrale Motiv der wissenschaftlichen Forschung. In China fehlte jedoch die Grundannahme, dass das Universum von einem kohärenten System physischer Gesetze regiert werde, das empirisch verifiziert werden könnte. Selbst die gelehrte *Kaozheng*-Bewegung des 18. Jahrhunderts, die die Wichtigkeit des Sammelns empirischer Daten auf einer ganzen Reihe wissenschaftlicher und technischer Gebiete betonte, lehnte »die Vorstellung eines gesetzmäßigen, einheitlichen und mathematisch vorhersagbaren Universums« ab.[73] Sie sollte stattdessen als Teil der langen Tradition von Kritiken und Kommentaren zu »klassischen« Lehrschriften und nicht als Angriff auf deren Grundannahmen betrachtet werden.

Das heißt nun nicht, dass es in China keine gelehrten Debatten gegeben hätte. Die Existenzberechtigung der Literatenelite bot ja gerade das Schreiben. Das Verwaltungssystem beruhte auf einem Strom von Berichten und Untersuchungen, die zusammengestellt, übermittelt und dann archiviert wurden. Die Mitglieder der Gelehrtenschicht verfassten Abhandlungen und Aufsätze über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse, mit denen sie mächtige Förderer gewinnen und ihre Karriere voranbringen wollten. Besonders zahlreich waren die konfuzianischen Literaten im reichen und städtisch geprägten Jangtse-Delta,

in der Kiangnan-Region, die seit langem als Brutstätte der Kritik an den Mandschus galt. Hier waren zum Beispiel in den 1750er Jahren kritische Stimmen zu den teuren kaiserlichen Feldzügen zur Eroberung Turkestans zu hören. Allerdings wurden solche Debatten durch die Natur des chinesischen politischen Systems begrenzt. Im Gegensatz zu Europa gab es auf dem politischen Schachbrett keine Freiräume, wo ein intellektueller Dissident hätte Zuflucht suchen können. Jeder öffentliche Widerspruch gegen die Autorität des Kaisers war gefährlich. Ein Schriftsteller, den man verdächtigte, Unruhe zu schüren, konnte keine Gnade erwarten.[74]

Schließlich handelte es sich um eine *Mandschu*-Herrschaft, in der die wichtigsten zivilen und militärischen Posten der mandschurischen Minderheit vorbehalten blieben. Die Mandschus lebten abgesondert in ihren eigenen Stadtvierteln. Es wurde nicht gern gesehen, wenn sie Angehörige der Han-Mehrheit heirateten. Außerdem unternahm man große Anstrengungen, um ihre Sprache und Literatur zu bewahren. Die großen kaiserlichen Siege in der Mitte des 18. Jahrhunderts verstärkten eher noch das Mandschurische dieser dynastischen Regierung. Des Kaisers riesiger innerasiatischer Landbesitz machte ihn zu mehr als einem konfuzianischen Regenten. Von nun an beanspruchte er für sich den Rang eines Weltenherrschers.[75] Diese Entwicklung beförderte eher noch den Konservatismus der konfuzianischen Kultur. Bei allem Murren schien die Welt für die aus dem Gelehrtenadel stammenden Bannerträger der klassischen Tradition doch sicherer zu sein als jemals zuvor. Diese Balance auf hohem Niveau ließ die Verhältnisse als so vorzüglich erscheinen, dass Veränderung als überflüssig erschien, was nicht nur den technischen Konservatismus des Wirtschaftslebens erklärte, sondern auch die chinesische Kultur prägte. Einflüsse von außen wurden dabei keineswegs ausgeschlossen. Sie wurden jedoch wie im Falle der jesuitischen Kartenzeichner am

Kaiserhof fein säuberlich der monozentrischen Weltsicht angepasst. Die offiziellen Versionen dieser jesuitischen Karten zeigten keine Längen- und Breitengrade, um das Bild einer chinazentrischen Welt zu bewahren.[76]

Das offizielle Wissen über die europäische Geographie blieb in China auch nach 1800 grotesk gering.[77] Es war ein verblüffendes Paradox, dass die chinesischen Intellektuellen am Vorabend der gewaltsamen Ankunft der Europäer an den ostasiatischen Küsten weniger als jemals zuvor die Notwendigkeit sahen, ihre Kultur in die Außenwelt zu tragen oder sich mit deren möglichen Einflüssen auf ihr eigenes moralisches Universum auseinander zu setzen. Als Lord Macartney im Jahr 1793 China in der Hoffnung besuchte, Kaiser Qianlong zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Großbritannien bewegen zu können, lehnten die Chinesen seinen Vorschlag brüsk ab. Die Geschenke und technischen Geräte, die er mitgebracht hatte, um den Hof vom britischen Erfindungsreichtum zu überzeugen, wurden als wertlose Spielereien belächelt. In einer Botschaft an König Georg III. machte der Kaiser klar: »Wir haben nie viel Wert auf fremde oder auch merkwürdige Dinge gelegt, noch bedürfen wir irgendwelcher Waren Eures Landes.«[78]

In den islamischen Ländern gab es nach 1750 weit weniger Gründe für ein Bewusstsein kultureller Überlegenheit. Politisch schien der Islam in schwerer Bedrängnis zu sein. Sowohl das Osmanische als auch das Iranische Reich erlitten schwere Niederlagen und Landverluste, hauptsächlich durch die Russen. Ägypten wurde 1798 von den Franzosen besetzt, die anschließend von den Briten vertrieben wurden. Das Mogul-Reich wurde nach 1760 eine leere Hülle und das muslimische Bengalen eine britische Provinz. Das muslimisch regierte Mysore wurde im Jahr 1799 von den Briten zerschlagen. In Zentralasien mussten sich die Muslime Sinkiangs der chinesischen Herrschaft unterwerfen. In Südostasien ebnete die britische Invasion Javas im Jahr 1811 der

niederländischen Kolonialherrschaft (nachdem die Kolonie zurückgegeben worden war) über die muslimischen Staaten des javanischen Inneren den Weg. Die islamische Welt traf anscheinend die volle Wucht des Imperialismus von beiden Enden Eurasiens.

Der größte islamische Staat war auch am stärksten den Reichsbildungsbestrebungen, der wirtschaftlichen Expansion und dem kulturellen Einfluss Europas ausgesetzt. Die osmanischen Beamten und *Ulama,* die Mitglieder der Gelehrtenschicht, zu der die Imame oder Vorbeter sowie die gelehrten Interpreten des islamischen Rechts und der islamischen Theologie zählten, waren vom drohenden Reichsverfall alarmiert, und die Niederlage im Russisch-Türkischen Krieg von 1768 bis 1774 wurde als Vorzeichen gedeutet.[79] Europäische Fachleute wie der Militäringenieur Baron de Tott, der Verfasser unterhaltsamer *Memoiren,* wurden verpflichtet, um die osmanischen Verteidigungsanlagen zu verstärken und die Armee in europäischen Methoden auszubilden. Die osmanischen Schriftsteller begannen, sich mehr für europäische Politik und die militärischen Ressourcen der europäischen Mächte zu interessieren. Einige europäische Bücher über Geographie und militärische Themen wurden übersetzt. Von den wenigen muslimischen Besuchern Europas verfassten einige Reiseberichte für die osmanische Regierung. Was diese bewirkten, ist nicht bekannt. Nur wenige muslimische Gelehrte beherrschten europäische Sprachen. Es ist zweifelhaft, ob es vor dem 18. Jahrhundert überhaupt welche gab.[80] Kaum jemand wusste über die gegenwärtigen Verhältnisse in Europa Bescheid.[81] Tatsächlich scheint das kulturelle Leben der osmanischen Muslime im späten 18. Jahrhundert kaum vom Gären des gleichzeitigen europäischen Denkens beeinflusst worden zu sein. Das geistige Erbe des klassischen Islam blieb weiterhin dominant und war in den Hauptinteressen der Gelehrtenschicht, der Theologen und der Rechtsgelehrten tief verwurzelt. Dies galt

vor allem für die literarische Kultur, spiegelte sich jedoch auch in dem kontinuierlichen Gebrauch indigener Motive in Architektur und Design wider.[82]

All dies könnte man nun als Zeichen von »Dekadenz« qualifizieren, als Versagen dieser einst so dynamischen Kultur, auf die geistige Herausforderung durch die europäische Aggression zu reagieren, doch das wäre allzu oberflächlich. Der europäische geopolitische Angriff erfolgte zwar plötzlich und gewaltsam. Die eigentliche Natur dieser europäischen »Bedrohung« zeigte sich jedoch nur nach und nach, und ihre Bedeutung blieb sogar den damaligen europäischen »Insidern« verborgen. Dies galt natürlich noch viel mehr für die muslimischen Beobachter, die diese Entwicklung von außen betrachteten. Im Rückblick haben Historiker oft kritisiert, dass sich das Osmanische Reich wie auch andere muslimische Gesellschaften nur sehr langsam dem kulturellen Muster seiner europäischen Rivalen angepasst hätte. Dazu zählten sie die Vision und das Ethos des Nationalstaats, die liberalistische Ethik und die »technikzentrierte« Geisteshaltung einer sich industrialisierenden Wirtschaft. Tatsächlich wäre den muslimischen Denkern eine Übernahme dieser Geisteshaltungen, die auch unter Europäern damals noch umstritten waren, nicht nur als Sprung ins Dunkle, sondern als der sicherste Weg zur Selbstzerstörung erschienen. Der innere Zerfall hätte dann die Wirkung des Angriffs von außen noch beschleunigt. Es erschien deshalb viel klüger, die althergebrachte Praxis fortzusetzen, sich von Fall zu Fall europäischer Experten bedienen und die fremden Techniken den osmanischen und iranischen Bedürfnissen anzupassen, wie es zuvor bereits die Safawiden und die Moguln getan hatten.

Es liegt auf der Hand, warum sie dies für den richtigen Weg hielten. Das kulturelle Leben des Islam (im und außerhalb des Osmanischen Reichs) war erstaunlich kosmopolitisch. Ein gebildeter Mensch konnte sein Glück

vom Balkan bis nach Bengalen suchen. Der Historiker ‚Abd al-Latif (1758–1806), der in Schustar am oberen Ende des Persischen Golfs geboren worden war, erwarb sein Wissen bei Gelehrten im Iran. Die Hoffnung auf eine bessere Stellung führte ihn jedoch nach Indien, wo sein Bruder bereits in Awadh als Arzt tätig war. Er wurde *Vakil* (Agent, Interessenvertreter) des Herrschers von Hyderabad bei der Regierung der Ostindien-Kompanie in Kalkutta. Seine Sicht der indischen Geschichte war islamisch und nicht »indisch«.[83] Den Mitgliedern der islamischen Intelligenz war die Vorstellung eines territorialen Patriotismus gegenüber einem osmanischen, iranischen oder Mogul-»Vaterland« zutiefst fremd. Der Nationalstaat als einziger Fokus der Loyalität war für sie schlicht bedeutungslos. Im Osmanischen Reich bezogen die Muslime, so wie die Christen und Juden, ihre Identität aus ihrer Schrift und Religion, nicht aus ihrer Sprache oder Rasse.[84] Die Muslime bildeten in einem vielgestaltigen Reich als Soldaten, Beamte, Anwälte und Grundbesitzer die Elite. Ein muslimischer Nationalstaat, also ein Gebiet, das nur oder hauptsächlich von osmanischen Muslimen bewohnt worden wäre, hätte das Ende des Reiches bedeutet. Tatsächlich wurde er auch erst nach dem Untergang des Reichs im Jahr 1918 möglich. Darüber hinaus standen die Hüter der Kultur der Idee eines stärkeren Staates skeptisch gegenüber, da dieser ja die Macht des Herrschers beträchtlich erhöht hätte. In einem islamischen Gemeinwesen gab es immer Spannungen zwischen der Rolle der *Ulama* als Vertreter und Interpreten des Rechts und der Pflicht des Herrschers, dieses durchzusetzen und zu bewahren. Reformen, die die Autorität des Herrschers stärkten, waren deshalb notwendigerweise verdächtig. Unter diesem Gesichtspunkt wirkte die neuartige Armee, die Sultan Selim III. (reg. 1789–1807) im Rahmen der *Nizam-i Cedid* (»Neue Ordnung«) nach europäischem Vorbild gründete, eher wie eine Waffe gegen seine heimischen Widersacher als gegen ausländische

Angreifer. Eine von Scheich ul-Islam, dem obersten Rechtsgelehrten des Osmanischen Reichs, erlassene *Fatwa,* die diese Reformen verurteilte, war das Signal für Selims gewaltsame Absetzung im Jahr 1807. Im Iran, wo sich die *Ulama* immer noch an ihre rechtliche Vorherrschaft in der Safawiden-Zeit (1501–1722) erinnerten und nicht zuletzt deshalb die seit 1796 herrschenden Kadscharen-Schahs als illegitime Emporkömmlinge betrachteten, war diese Stimmung noch ausgeprägter.[85] Kronprinz Abbas Mirza, der ebenfalls eine neue Armee, eine *Nizam-i jadid,* aufgestellt hatte, war gezwungen, seine militärischen Übungen im Geheimen zu absolvieren. Seine Gegner aus den Reihen der *Ulama* behaupteten, er sei unwürdig, den Thron zu besteigen, »denn er ist zu einem Farengi [d. h. Franken oder Christen] geworden und trägt Farengi-Stiefel«.[86]

Selbst wenn man das Wesen der europäischen »Divergenz« besser verstanden hätte und die »reformistischen« Eliten mehr Einfluss ausgeübt hätten, wären einem wirklich radikalen Wandel viele Hindernisse entgegen gestanden. So gab es keine weltliche »öffentliche Meinung«, deren Unterstützung man hätte mobilisieren können. Bildungswesen und Kultur waren extrem dezentralisiert. Ihre Grundlage waren die zahlreichen Medresen (auch Madrasen, islamische religiöse Hochschulen), in denen die örtlichen Gelehrten Hof hielten. Außerhalb der Gelehrtenschicht konnten nur wenige lesen und schreiben. Zwar gab es im Osmanischen Reich seit den 1720er Jahren eine Druckerei, die arabische Schriften druckte, diese wurden jedoch bald wieder verboten, und zwar bis in die 1780er Jahre hinein. Die erste Zeitung des Reichs erschien erst im Jahr 1828. Sie wurde in Kairo herausgegeben, das damals zur Hauptstadt eines autonomen Vizekönigtums aufgestiegen war. Da nur wenige Muslime je nach Europa gereist waren oder dessen Sprachen beherrschten, bedienten sich die osmanischen und iranischen Herrscher bei ihren Kontakten zu europäischen

Staaten der Dienste von Agenten, die sie aus ihren christlichen, griechischen oder armenischen Minderheiten rekrutierten. Da deren eigene Gemeinschaften von einem größeren europäischen Einfluss und der stärkeren Anwendung europäischer Methoden höchstwahrscheinlich profitierten, war die Loyalität dieser Agenten allerdings zweifelhaft. Unter diesen Bedingungen orientierten sich Muslime, die von den neuen Entwicklungen alarmiert waren, eher an der islamischen Tradition. Wer die *Hadsch,* die Pilgerreise nach Mekka, antrat, versuchte nach der Rückkehr oft, die eigenen Gemeinden zu einer strikteren Einhaltung der traditionellen Regeln zu bewegen, und die Pilger verteilten die Schriften von Gelehrten, denen sie unterwegs begegnet waren.[87] Die wahhabitische Bewegung auf der arabischen Halbinsel, deren Anhänger Mekka und Medina 1803 bis 1805 erobert hatten, lehnte alle Einflüsse, die nicht durch den Koran gerechtfertigt waren, als Quelle der Korruption und des Übels ab. Noch im fernen Java gab es Wahhabiten. Die Sufi-Bruderschaften mit ihren mystischen Ritualen, Schutzheiligen, Reliquien und Talismanen waren die Hauptvertreter der Volksreligiosität. Sie wurden zwar von der *Ulama*-Elite mit Missgunst betrachtet, durften jedoch als Medium, durch das die unzufriedenen Massen womöglich Reformen erzwingen konnten, auf keinen Fall ignoriert werden.[88] Selbst kultivierte Beobachter der muslimischen Niederlage gegen die Europäer, wie etwa die Historikergelehrten im Indien des späten 18. Jahrhunderts, hielten diese meist für das Ergebnis des *moralischen* Versagens der dekadenten einheimischen Herrscher. Ihr gemeinsames Zukunftsideal blieb deshalb die Errichtung eines Staates, der sich ganz auf die Scharia stützen sollte.[89]

Diese Sichtweise blieb auch bestehen, als die Muslime die europäischen Methoden während des Schocks der gewaltsamen Invasion kennen lernten. Der große Historiker des späten osmanischen Ägyptens al-Jabarti (1753–1825)

war zwar von der Schnelligkeit und Effizienz des französischen Besatzungsregimes beeindruckt, fühlte sich aber von dessen Brutalität und Atheismus zutiefst abgestoßen. Er schrieb: »Sie errichteten […] ein Fundament der Gottlosigkeit, ein Bollwerk der Ungerechtigkeit und aller Arten übler Neuerungen.«[90] Empörung und nicht etwa Neugier war also das vorherrschende Gefühl.

Natürlich sollten wir die Bereitschaft muslimischer Gesellschaften nicht unterschätzen, ihre Abwehrmaßnahmen gegen das europäische Eindringen neu zu organisieren oder neue Ideen zu übernehmen. Im Jahr 1826, auf dem Höhepunkt des griechischen Aufstands, schaffte der osmanische Sultan Mahmud II. die traditionelle Janitscharentruppe ab, mit deren Unterstützung die *Ulama* seinen Vorgänger gestürzt hatten. Danach setzte er unter stillschweigender Duldung, wenn nicht sogar mit dem Segen des obersten *Alim* eine Reihe von Reformen durch. Unter anderen wurde der Turban verboten, die Männer mussten ab jetzt einen Fez tragen. Allerdings waren vor 1840 die Antriebe für einen kulturellen und intellektuellen Wandel verhältnismäßig schwach, vermutlich weil man die radikale Herausforderung noch gar nicht erkennt hatte, die Europa jetzt darstellte. Allerdings war der Islam auch zu dieser Zeit keineswegs auf dem Rückzug. So war zum Beispiel das späte 18. Jahrhundert in Westafrika eine Zeit großer muslimischer Triumphe. Muslimische Kriegsherren und Sufi-Bruderschaften erweiterten die Grenzen der islamischen Herrschaft und Religion. Dabei war der richtige Zeitpunkt entscheidend. Als Uthman dan Fodio zwischen 1786 und 1817 durch einen Dschihad das Kalifat von Sokoto (im heutigen Nigeria) schuf, errichteten er und seine Pendants im Westsudan (dem heutigen Mali) eine Barriere gegen die christlichen Missionare, die bald darauf dort eintrafen, und damit gegen den westlichen Kolonialismus, dessen Vorhut sie waren.[91]

Die kulturellen Welten Chinas und der islamischen Länder hatten trotz aller Unterschiede etliche Gemeinsamkeiten. Sie waren weder statisch noch »dekadent«. Die Gelehrten diskutierten. Die Architekten entwarfen. Die Künstler zeichneten. Die Dichter sinnierten. Die Städter strebten nach Vergnügungen. Die Studenten strebten nach Wissen. Anwälte und Ärzte erhielten eine gute Ausbildung. Die Reichen begehrten aufwendige Konsumgüter. Störungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortkommens erzeugten moralische und religiöse Ängste. Göttliche Offenbarungen oder Endzeitprophezeiungen forderten die intellektuelle Orthodoxie heraus. Jene Welten, in denen der Sufismus, der Wahhabismus und der Weiße Lotus gediehen, stagnierten nicht. Allerdings schienen drei große Konstanten diese Kulturen zu prägen. Erstens waren sowohl die islamische Welt als auch China klassisch und literarisch geprägte Zivilisationen. Übereinstimmung mit deren ästhetischen und ethischen Vorschriften blieb die Grundlage des kulturellen Lebens. Die eigentliche Aufgabe jedes intellektuellen Strebens war es zu erklären, inwiefern das Wissen über die Natur die eigenen metaphysischen Wahrheiten bestätigte. Zweitens konzentrierte sich in beiden Welten die kulturelle und geistige Autorität weitgehend auf eine Gelehrtenelite, deren privilegierter Status von der politischen Macht garantiert wurde. Offene Abweichungen von der geistigen oder religiösen Orthodoxie waren deshalb selten. Drittens verhielten sich beide Gesellschaften, mit einigen unbedeutenden Ausnahmen, gleichgültig sowohl gegenüber Europa als auch zu einander und interessierten sich ebenfalls kaum für die Äußere Welt jenseits Eurasiens.

Man sollte jedoch die Unterschiede zu Europa auf keinen Fall überbetonen. Auch die Europäer waren kulturell introvertiert und beschäftigten sich hauptsächlich mit ihren eigenen religiösen und geistigen Angelegenheiten. Sie

blieben in den meisten Fällen ihren jeweiligen religiösen Überzeugungen absolut treu und verhielten sich gegenüber abweichenden Glaubensrichtungen ausgesprochen intolerant. Die geistlichen Gemeinschaften (Kirchen) verfügten über großen Reichtum und kontrollierten Bildung und Erziehung. Kirche und Staat waren wie siamesische Zwillinge. Die meisten Europäer waren vollkommen überzeugt, dass beide auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen waren. Die geistlichen teilten die Herrschaft mit den weltlichen Eliten und die Monarchen wurden durch den Segen der Kleriker legitimiert. Auch waren Wissenschaft und Religion noch nicht die erbitterten Feinde dieser Autoritäten, die sie im 20. Jahrhundert vermeintlich geworden waren. Der große Erneuerer der Physik Isaac Newton war überzeugt, dass die natürliche Welt von Gott gelenkt wurde und dieser durch seine Eingriffe die Mängel der Natur berichtigte. Für die meisten europäischen Denker war die natürliche Ordnung unwandelbar: Jede Anpassung (im Sinne Charles Darwins) war für sie unvorstellbar und überflüssig. Dasselbe galt auch für die sozio-ökonomische Welt. Die großen Geister der Aufklärung registrierten die fundamentalen Auswirkungen des technologischen und industriellen Wandels nur in Ansätzen. Sie glaubten noch ebenso sehr an einen zyklischen Prozess von Aufstieg und Niedergang wie an einen kontinuierlichen Fortschritt. Sie lebten schließlich in einer Welt, in der es in großen Teilen Europas noch die Leibeigenschaft gab, in der die politischen Rechte stark eingeschränkt waren und in der die reichsten Staaten am meisten in den Sklavenhandel involviert waren und von der Sklaverei profitierten.

Trotzdem schlug Europa spätestens nach 1750 einen kulturellen Weg ein, der sich von dem der anderen Teile Eurasiens stark unterschied. In der geistigen Elite durften religiöse Zweifel nun offen geäußert werden. Die »zersetzende Skepsis« eines Pierre Bayle (1647–1706)[92] und der Hohn, mit dem David Hume den christlichen

Wunderglauben überhäufte, hatten jedoch kaum Auswirkungen auf das Leben des Volkes. Dem Christentum (in seinen unterschiedlichen Formen) als Institution anzugehören, war immer noch Vorbedingung jeder gesellschaftlichen Akzeptanz. Andererseits wurde der konkrete religiöse Glaube allmählich zu einer Frage von Meinungen, die durch Argumente gestützt werden mussten und nicht mehr oktroyiert werden konnten. Nach 1750 zeigte eine ganze Flut von Veröffentlichungen, wie ernst diese Herausforderung des Unglaubens von den Kirchenmännern genommen wurde. In einem einzigen Jahr (1770) wurden in Frankreich 90 Bücher veröffentlicht, die das Christentum verteidigten.[93]

Diese neu gewonnene Tolerierung des skeptischen Denkens spiegelte einen tiefen Wandel der kulturellen Grundannahmen wider. Der enorme intellektuelle Einfluss von John Lockes *An Essay Concerning Humane Unterstanding* (»Ein Versuch über den menschlichen Verstand«) aus dem Jahr 1690 in ganz Westeuropa bewies die Anziehungskraft dieser individualistischen Psychologie und Philosophie. Bekanntlich trat Locke der Vorstellung entgegen, dass die Menschen die natürliche Welt vermittels von Gott eingegebener »angeborener Ideen« erkennen. Sie machten sich stattdessen mit Hilfe von »Sinneseindrücken« ein Bild von der Welt. Mit Hilfe ihrer Vernunft ordneten sie dann ihre Eindrücke zu einem zusammenhängenden Muster.[94] Laut Locke war es die Pflicht des Menschen, postulierte Wahrheiten abzulehnen, die der Vernunft und der Erfahrung widersprachen. Diese Geisteshaltung sollte durch die Erziehung gefördert werden.[95]

Niemand sollte ungeprüft aus der Vergangenheit überlieferte Glaubenssätze und Ansichten übernehmen. Jeder konnte durch Erfahrung und Experimente neue Wahrheiten entdecken. Tatsächlich war Locke vom Wert »vernünftiger und geregelter Experimente« überzeugt, einer Praxis, der sich das geistige Milieu, in dem er einen Großteil

seines Lebens verbrachte, zutiefst verpflichtet fühlte. Mitte des 18. Jahrhunderts war diese rationale empirische Vorgehensweise zu einem zentralen Bestandteil der europäischen Kultur geworden. Die genaue Beobachtung der natürlichen Welt zur Überprüfung der Naturgesetze wurde in gebildeten Kreisen eine intellektuelle Neigung, wenn nicht sogar ein modisches Steckenpferd. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die religiösen Schöpfungsmythen ihre Anziehungskraft völlig verloren hätten. Viele wissenschaftliche Untersuchungen berücksichtigten die Rolle eines göttlichen Schöpfers und versuchten, dessen Schicksalsplan zu entschlüsseln. Aber selbst kreationistische Theorien mussten ständig neu gefasst werden, damit sie den Beobachtungsergebnissen nicht widersprachen. Der Status des »klassischen« Wissens als Kompendium unbestreitbarer Wahrheiten war endgültig überwunden.

Dem Skeptizismus und dem Experiment können wir noch eine dritte Besonderheit hinzufügen: die europäische Haltung gegenüber Raum und Zeit. Seit dem Spätmittelalter war die ungeheure Neugier auf die Verhältnisse im Rest der Welt eine besondere Eigenart der europäischen Kultur. Sie rührte vielleicht von der tiefgreifenden Erkenntnis her, dass Europa am Rande und nicht im Zentrum der Welt lag. Die Ozeanfahrer nach 1400 und die Berichte, die diese zurückbrachten, führten zu unzähligen Publikationen, die diese Neugierde befriedigten. Die handfesten Interessen der Kaufleute und Kolonisten steigerten den Bedarf an geographischen Daten, während Debatten über Wirtschaftsthemen (etwa über den Nutzen oder Schaden, Gold und Silber zu exportieren) konkrete Informationen über den Asien- und Afrikahandel erforderlich machten. Karten und Kartierungen wurden geographisch, geistig, wirtschaftlich und strategisch immer wichtiger. In der Mitte des 18. Jahrhunderts war das systematische Sammeln geographischen Wissens eine der wichtigsten Beschäftigungen des europäischen Geisteslebens.

Forschungsreisen, die alle menschlichen und natürlichen Phänomene genau zu erfassen suchten, waren ungeheuer populär. Die sensationellen Berichte Cooks aus dem Südpazifik, die Gründung der »African Institution« in London im Jahr 1788 zur Erforschung des afrikanischen Kontinents, Napoleons breit angelegtes Projekt einer »Beschreibung Ägyptens« und die geistige Wirkung der Berichte Alexander von Humboldts über seine Südamerikareisen (1799–1804) zeigten, wie tief diese Erstellung eines »globalen« Weltbilds inzwischen in der europäischen Vorstellungswelt verwurzelt war. Wir werden gleich sehen, dass diese Faszination des Raums wohl auch die Entstehung eines neuartigen Zeitkonzepts förderte.

Mitte des 18. Jahrhunderts bildete sich also eine »große Divergenz« zwischen der europäischen Kultur und der Kultur eines Großteils des übrigen Eurasiens heraus. Die europäische Aufklärung war eine Geistesbewegung, deren Wurzeln tief ins 17. Jahrhundert zurückreichten.[96] Ihr Hauptmerkmal war der fortschreitende Zusammenbruch des Lehrmonopols einer »klassischen« Bildung, die in der islamischen und konfuzianischen Kultur weiterhin eine ungeheure Macht ausübte. Warum dies gerade in Europa geschah, bleibt ein äußerst komplexes, historisches Rätsel. Die Aufteilung Europas in viele souveräne Staaten, die Verbreitung von Druckerzeugnissen in den Landessprachen, die andauernde religiöse Spaltung, die »späte« Ankunft der europäischen Renaissance und eine immer größer werdende »Leseöffentlichkeit« (die auch ein Ergebnis des Religionsstreits war) könnten Bedingungen geschaffen haben, unter denen die intellektuelle Dominanz einer einheitlichen Gelehrtenelite unmöglich wurde. Darüber darf man jedoch den anderen großen Unterschied der europäischen Geschichte nicht vergessen. Nur die Europäer erschlossen sich eine »Neue Welt«. Inwieweit dies die Richtung der europäischen Wirtschaftsentwicklung veränderte, bleibt wohl umstritten. Trotzdem kann der

Einfluss des amerikanischen Doppelkontinents auf den europäischen Geist gewiss kaum überschätzt werden. Amerika stellte eine riesige intellektuelle Herausforderung dar. Es ging hier nicht nur darum, als Vorbedingung für die eigene Wirtschaft und Herrschaft eine riesige Wissensbank anzulegen und zu organisieren. Vielmehr entdeckten die Europäer in Amerika ihre Fähigkeit, andere Gesellschaften radikal zu verändern. Mittel hierzu waren Versklavung, Enteignung, Bekehrung, Einwanderung und wirtschaftliche Ausbeutung. Dort sahen sie zum ersten Mal, in welchem Ausmaß eine Kultur oder ein Volk eine andere Kultur oder ein anderes Volk zerstören konnten, und dieses Ausmaß war in Eurasien ohne Beispiel. Vor allem trafen sie in der »Neuen Welt« auf Völker, die offensichtlich in einer früheren Ära lebten und Sitten hatten, die es einst vielleicht auch in Europa gegeben hatte. Locke schrieb: »So war anfangs, und zwar weitaus mehr als es heute der Fall ist, die ganze Welt ein *Amerika.«*[97] Das Ergebnis waren eine Erweiterung der historischen Vergangenheit weit über die Begrenzungen der biblischen Schöpfungsgeschichte hinaus und ganz neuartige Überlegungen über die Stufen, welche die europäische Gesellschaft durchlaufen haben musste, um ihre gegenwärtige Form zu erreichen.[98]

Amerika revolutionierte auch den europäischen Zeitsinn. Es brachte die Europäer dazu, einen historischen Rahmen zu entwerfen, in den sie die Staaten und Völker der übrigen Welt einpassen konnten. Dies beförderte die historische Fortschrittsidee, nach der die Europäer die höchste Stufe erreicht hatten. Ende des 18. Jahrhunderts wurde dieses Gefühl, Europa nehme in der globalen Hierarchie den ersten Platz ein, durch drei äußerst einflussreiche Ideen weiter verstärkt. Die erste war die Vorstellung, dass der Handel eine zivilisierende Wirkung habe, vertreten vor allem durch Hume und die Vertreter der schottischen Aufklärung.[99] So bezeichnete Adam Smith in seinem 1776 erschienenen Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen* die wirtschaftliche

Freizügigkeit als den sichersten Weg zu materiellem Fortschritt. Die Idee eines freien Handels als Mittel zur Förderung der globalen Harmonie wurde von Immanuel Kant in seiner Abhandlung *Zum ewigen Frieden*[100] von 1798 wieder aufgenommen. Von dort war es nur noch ein kleiner Schritt bis zu dem Argument (das auch die viktorianischen Verfechter des Freihandels vertraten), dass Europa auch im Rest der Welt einen universellen Freihandel durchsetzen müsse. Ab jetzt galt die ganze Welt als ein einziger Markt.

Die zweite Idee war der außergewöhnliche Optimismus der Denker der Aufklärung, dass man die menschlichen Institutionen und sogar das menschliche Verhalten nach »vernünftigen« Gesichtspunkten gestalten könne. Niemand ging auf diesem Gebiet weiter als der englische Philosoph Jeremy Bentham, der Begründer des »Utilitarismus«, dessen »Nutzenkalkül« (das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl von Menschen) eine Maßeinheit bot, mit der man die Gesetze und Institutionen überall auf der Welt überprüfen konnte.[101] Auf der Grundlage dieses »hedonistischen Kalküls«, wie man es auch nannte, konnte der aufgeklärte Gesetzgeber (aus Europa) natürlich weit bessere Gesetze erlassen als die rückständigen Einheimischen, die immer noch im Aberglauben und in obsoleten Vorurteilen verhaftet waren. Benthams Schüler James Mill eröffnete das Studium der indischen Geschichte, dass »die Sitten, Institutionen und Errungenschaften der Hindus seit vielen Jahren stagnieren« (seiner Meinung nach seit etwa 300 v. Chr.),[102] ein vernichtendes Urteil, das er danach auch noch auf China ausdehnte.[103] Europas prometheische Berührung war für diese Kulturen die einzige Hoffnung auf neuen Fortschritt.

Die dritte Annahme war ebenso erstaunlich. Es war die wachsende Überzeugung am Ende des 18. Jahrhunderts, dass die christlichen Gesellschaften Europas die unbedingte Pflicht hätten, ihren Glauben in die ganze Welt zu tragen. Besonders deutlich wurde dieser Bekehrungsdrang im

protestantischen Großbritannien, der reichsten und stärksten europäischen Seemacht, die spätestens 1815 in ganz Südasien die Meere beherrschte.

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts erlebte somit die Herausbildung einer neuen und bemerkenswerten Sicht der europäischen Stellung gegenüber dem Rest der Welt. Das Gefühl der Beschränkungen und Besonderheiten der europäischen Welt hatte das Zeitalter des frühneuzeitlichen Gleichgewichts geprägt. Nun wurde es von der Überzeugung abgelöst, dass Europas Wertvorstellungen und Institutionen universelle Gültigkeit besäßen. Dieser von Zuversicht strotzende Anspruch bezog seine Stärke aus der Ausdehnung des europäischen Landbesitzes, Handels und Einflusses, wie sie die Eroberung Indiens so schlagend verdeutlichte. Er beruhte auf der Überzeugung, das europäische Denken könne die gesamte historische Entwicklung erklären und die europäische Wissenschaft könne mit ihrer Systematik alle Daten beschaffen, die man benötigte, wenn man unsere Welt als Ganzes verstehen wollte. Die entscheidenden Bestandteile für einen neuen Anspruch auf globale Vorherrschaft waren nun alle versammelt.

Perspektiven

Wir können nun die eurasische Revolution in ihren drei Dimensionen bewerten. Wir sehen, dass sie die große Neuordnung der internationalen Beziehungen in Gang setzte, die schließlich zu einer scheinbar unüberwindlichen europäischen Hegemonie führte und damit zum Zeitalter der Imperien, in denen die Sonne niemals unterging. Dies war freilich 1830 noch nicht erreicht, doch die riesigen neuen Brückenköpfe, die Europäer und Neu-Europäer errichtet hatten, und die unvorhersehbaren Muster ihrer Kriege und

Eroberungen hatten bereits zwei wichtige Ergebnisse gezeitigt. Das erste war die Öffnung des nordamerikanischen Inneren, dessen schnelle Inbesitznahme durch (Neu-)Europäer und ihre Sklaven bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer enormen Erweiterung der europäischen Wirtschaft führte. Das zweite war eine Folge der eng miteinander verbundenen Ergebnisse der Kriege in Europa und Südasien, in denen das alte System der Handelsimperien zerstört wurde, welches die Kosten in die Höhe getrieben und das Wachstum des europäischen Asienhandels verhindert hatte. Als die Briten den Seeweg nach Indien, Südostasien und China beherrschten und damit die lange Phase kriegerischer Auseinandersetzungen auf dem Indischen Ozean beendeten, machten sich unzählige Europäer voller Hoffnung auf den Weg, um östlich von Suez im Handel, der christlichen Mission oder als Kolonisten ihr Glück zu finden. Die Ära des »Freihandels« stand unmittelbar bevor.

Hinter all dem steckten nicht zuletzt die geheimnisvolle Dynamik der europäischen Wirtschaften – vor allem der Großbritanniens – und der Vorteil, den ihnen der wirtschaftliche und technische Fortschritt verschaffte. Indem sie die asiatischen Produzenten in ihren Exportmärkten und danach vor ihrer eigenen Haustür ersetzten (als die Briten ihr Garn auch in Indien verkauften), drängten sie die früheren Rivalen auf dem Produktionssektor in die unterlegene Rolle von Rohstofflieferanten, wenngleich nicht alle auf einmal und auch nicht vollständig. Der technologische Wandel, vor allem auf dem Gebiet der Dampfkraft und der Hochenergieverfahren, bot eine ganze Reihe von neuen Vorteilen: Er erleichterte den Zugang zu Inlandsregionen, beendete die weitgehende Unangreifbarkeit der Binnenstaaten, und er beschleunigte sowohl den Transport von Menschen (vor allem Soldaten) und Gütern als auch die Übermittlung von Informationen. Spätestens in den 1840er Jahren konnte kein Staat ohne

diese neue Kommunikationstechnologie mehr hoffen, Macht über weite Entfernungen hinweg ausüben zu können. In dieser Hinsicht unterentwickelte Staaten gerieten dadurch auf Dauer in die Defensive. Sie wurden strategisch eingekreist, und das neue Handelssystem begann sie auch wirtschaftlich immer mehr einzuschnüren.

Kurz und bündig könnte man den damaligen Wandel wie folgt zusammenfassen: Europa wurde immer mehr zu einem imaginären »Zentralort«, von dem aus Europäer die diplomatischen Beziehungen und den Handel mit dem Rest der Welt kontrollieren und in die ihnen genehme Form gießen konnten. Die wichtigsten Routen des internationalen Austauschs von Gütern, Ideen und Menschen wurden künftig durch europäische Kräfte, wie etwa die britische Flotte, überwacht. Im letzten Abschnitt haben wir gesehen, wie dieses berauschende Gefühl, als Hauptquelle kultureller Energie, Hauptsitz des Wissens, Dreh- und Angelpunkt des Welthandels und (für die Gläubigen) Hort der Wahrheit im Zentrum des Weltgeschehens zu stehen, bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fast eine Konstante des europäischen Denkens geworden war. Selbst China hatte seinen Nimbus verloren. Am Ende seiner gescheiterten Mission schrieb Lord Macartney im Jahr 1796: »Das chinesische Reich ist ein erstklassiges, aber altes, morsches Kriegsschiff, das das Glück hatte, von einer Reihe fähiger und wachsamer Offiziere die vergangenen 150 Jahre über Wasser gehalten worden zu sein und seine Nachbarn allein durch seine Masse und Erscheinung über Gebühr zu beeindrucken.« Mit weniger fähigen Steuerleuten würde es jedoch langsam vom Kurs abdriften und »am Ufer zerschellen«.[104]

Wie ließ sich aber nun diese große Gewichtsverlagerung in Eurasien und dadurch auch in der Welt erklären? Gab es einen übergreifenden Grund, der das Schicksal des westlichen Eurasien (samt seiner nordamerikanischen Erweiterung) und der übrigen »Weltinsel« bestimmt hatte? Es ließe sich plausibel argumentieren, das Wachstum des

Handels sei der entscheidende Faktor gewesen. Dabei ist nicht nur der Fernhandel gemeint, sondern der Anstieg aller Geschäftsaktivitäten im Eurasien des 18. Jahrhunderts, der auf die Arbeitsteilung, die Spezialisierung und die Ausweitung der Märkte zurückzuführen war. Die Kommerzialisierung war nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein kulturelles und politisches Phänomen. Sie verdrängte alte Gewohnheiten, förderte neue Vorlieben, schuf neue Unzufriedenheiten, entmachtete angestammte Herrscher und begünstigte neue Interessengruppen. Sie erweiterte und belastete das gesellschaftliche Gefüge. Nicht zuletzt in den reichsten Staaten war sie ein Grund für alarmierende Ängste, aber auch für Selbstzufriedenheit. Die Abneigung gegen den neuen Reichtum und seine zweifelhaften Ursprünge schuf im Großbritannien der späten Hannover-Zeit ein neues moralisches Klima, in dem der Sklavenhandel (der in den 1780er Jahren seinen Höhepunkt hatte) von Konservativen wie Radikalen verurteilt und angegriffen wurde.[105]

Gemäß dieser Argumentationslinie war entscheidend, dass einige Teile Eurasiens sich erfolgreicher als andere an die Anforderungen dieser Kommerzialisierung anpassten und von deren Nutzen profitierten. Tatsächlich lässt sich die wichtigste Voraussetzung für das Überleben und den Zusammenhalt von Staaten und Gesellschaften noch genauer beschreiben. Entscheidend war, ob ihre Herrscher diese neuen Reichtümer dazu nutzen konnten, die Widerstandskraft ihres Staates gegen Angriffe von außen zu stärken. Vier verschiedene Fallbeispiele machen deutlich, wie dies funktionierte. In Nordwesteuropa gelang es den britischen Regierungen durch den rücksichtslosen Einsatz ihrer Flottenmacht und Handelsregulierungen, die holländische Konkurrenz im Atlantikhandel zu ersticken und Großbritanniens neuen Reichtum auf eine Weise zu besteuern, die es ihnen erlaubte, eine weltweite Kriegsführung zu finanzieren. Im Gegensatz dazu lehnte im

mittleren Eurasien das Osmanische Reich die in Großbritannien favorisierte merkantilistische Doktrin ab. Damit ließ es zu, dass Handel und Schifffahrt (und die dadurch möglichen Einkünfte) in die Hände ausländischer Händler und christlicher »Levantiner« fielen, die ausländischen »Schutz« genossen. Die Steuereinnahmen, mit denen man den stärkeren Staat hätte finanzieren können, den man in den 1780er Jahren gebraucht hätte, waren deshalb zu gering oder sie fehlten ganz. In Indien hätten sich in zwei Regionen merkantilistische Staaten herausbilden können. Der erste Staat war Bengalen, der jedoch in der Krise von 1756/57 zusammenbrach und zu einer Wirtschaftskolonie der Ostindien-Kompanie wurde. Der zweite Staat war Mysore, dessen politische Führer weit geschickter agierten. Die Briten brauchten 30 Jahre und drei Kriege, um ihn zu zerstören. Im letzten Fall, Ostasien, stand das endgültige Urteil bis in die späten 1830er Jahre hinein noch nicht fest. Hier war es den Herrschern (von Japan und China) mit weit größerem Erfolg als irgendwo sonst außerhalb von Europa gelungen, die Kontrolle über ihren Außenhandel aufrecht zu erhalten. Höchst ungewiss war jedoch, ob der Zugriff auf die einheimischen Geldquellen den Höfen in Edo und Peking erlauben würde, sich den westlichen Vorstößen erfolgreich zu widersetzen.

Die nichteuropäischen Staaten hatten jedoch keineswegs alle Spielräume verloren. Das Osmanische Reich durchlebte in den 1830er Jahren eine schlimme Krise und brach 1833 und 1839 beinahe auseinander. In beiden Krisen wurde es hauptsächlich durch das Eingreifen der europäischen Mächte gerettet, die stillschweigend übereingekommen waren, dass sein Überleben (als Hüter der Meerengen des Bosporus und Verwalter eines Großteils des Balkans, Anatoliens und der arabischen Länder) eine wesentliche Stütze des europäischen Gleichgewichts war. Mahmud II. (reg. 1808–1839) und Abdülmecid (reg. 1839–1861) nutzten den äußeren Druck zur Durchsetzung von Reformen, die ihre

Kontrolle über das imperiale System festigten und der Dezentralisierung des Reichs entgegenwirkten.[106] Ironischerweise kam die größte Bedrohung der osmanischen Herrschaft nicht von den Europäern, sondern von einem aufständischen Vasallen, dem Pascha von Ägypten. Mehmed Ali, ein albanischer Mameluck, der 1805 als osmanischer Statthalter nach Ägypten gekommen war, zog Nutzen aus der Zerstörung des alten Regimes durch Napoleon. Er vernichtete die Überreste der mameluckischen Macht, zog anstelle der Steuerpächter die Abgaben auf Landbesitz wieder selber ein und machte den ägyptischen Exporthandel mit Baumwolle und Getreide zu einem Staatsmonopol. Im Jahr 1816 eröffnete er eine Textilfabrik.[107] Wie Tipu Sultan in Mysore wollte er einen fiskalmilitärischen Staat aufbauen, der die gesamte Region beherrschen sollte. 1820 unternahm er einen Feldzug ins obere Niltal (den heutigen Sudan) und gründete auf der Suche nach schwarzen Sklaven, die in seiner neuen Armee dienen sollten, die Stadt Khartum.[108] In den 1830er Jahren stand ihm endgültig eine riesige Armee aus wehrpflichtigen ägyptischen Bauern zur Verfügung, und er konnte den Sultan zwingen, die Autonomie seines »Groß-Ägypten« anzuerkennen, das aus Syrien, Kreta, dem Sudan und dem eigentlichen Ägypten bestand. Ohne das europäische Eingreifen in den Jahren 1839 und 1840 hätten dieser hartgesottene Abenteurer und sein Militärstaat wahrscheinlich einen Großteil der asiatischen Gebiete des Osmanischen Reiches unter ihre Herrschaft gebracht.[109] Selbst nach seiner militärischen Niederlage konnte Mehmed Ali Ägypten in eine Erbmonarchie umwandeln, in der er und seine Nachfolger als Vizekönige amtierten und die über die dynamischste Wirtschaft der gesamten Region verfügte.

Auch der Iran hatte sich von den chaotischen Verhältnissen nach dem Tod Nadir Schahs im Jahr 1747 erstaunlich rasch erholt. Im Westen des Landes entstand ein Rumpfstaat, den der Anführer des Zand-Stammes, Karim Khan, zumindest nominell als safawidischer Vizekönig

regierte.[110] Der Norden und Osten (Khorasan) blieben jedoch außerhalb seines Herrschaftsbereichs. Nach seinem Tod brach zwar erneut eine Zeit der Unruhen aus, aber bis zur Mitte der 1790er Jahre hatte ein anderer Turk-Clan aus dem Norden einen Großteil der Gebiete, die die Safawiden einst regiert hatten, unter seine Herrschaft gebracht. Der erste Kadscharen-Schah Aga Mohammed bestieg im Jahr 1796 den Pfauenthron. Sein Nachfolger Fath Ali Schah (reg. 1797–1834) war jedoch gezwungen, die Herrschaft über Georgien und Teile Aserbaidschans an die aggressiven russischen Generäle im Kaukasus abzutreten. Seine Versuche, sich dem zu widersetzen, endeten mit den demütigenden Verträgen von 1813 und 1828. Doch die Kadscharen-Schahs konnten den drohenden inneren Zusammenbruch ihres Reiches abwenden und sich die Zeit für Reformen erkaufen, indem sie sich vorsichtig den misstrauischen *Ulama* annäherten, an alte imperiale Traditionen anknüpften und machiavellistische Taktiken gegenüber den widerspenstigen Stämmen anwandten, die einen Großteil des Iran kontrollierten.[111] Außerdem gelang es ihnen immer besser, Briten und Russen gegeneinander auszuspielen.[112]

Auf dem südostasiatischen Festland schien die Zeit europäischer Dominanz noch viel weiter entfernt zu sein. Das Burmesische Reich mit seiner Hauptstadt Ava am oberen Irawadi geriet Mitte des 18. Jahrhunderts (etwa zur Zeit der Schlacht von Plassey) durch den Aufstand zweier unterworfener Völker, der Mon und der Schan, in eine ernste Krise. Doch statt auseinanderzubrechen, erlebte es unter den Konbaung-Königen einen dramatischen Wiederaufstieg.[113] Seine Ausdehnung nach Norden in Richtung Himalaja – und nicht etwa eine britische Aggression – war der Grund für den Ersten Englisch-Burmesischen Krieg von 1824 bis 1826. In Siam ließ sich nach 1750 ein ähnliches Konsolidierungsmuster erkennen. Wie die burmesischen Könige nutzte die Chakri-Dynastie die

Gewinne aus dem »Landhandel« zwischen Indien und China, um ihr kulturelles Ansehen unter anderem durch ein großzügiges Mäzenatentum zu fördern. Am erstaunlichsten war jedoch die Wiedervereinigung des seit langem geteilten Vietnam unter den Nguyen-Kaisern im Jahr 1802. Bei all diesen Prozessen fehlten auf bemerkenswerte Weise die lokalen Spaltungen und Konflikte, die den Europäern in den indischen Küstengebieten und auf dem indonesischen Archipel so sehr geholfen hatten.[114]

Natürlich war auch der Vormarsch Europas nicht immer ein Hindernis für das Wachstum nichteuropäischer Mächte. Die europäischen Märkte und Händler sowie die Politik Europas konnten durchaus auch im eigenen Interesse genutzt werden. Besonders geschickt handelte der Imam von Maskat, dessen omanischer Herrschaftsbereich den Zugang zum Persischen Golf kontrollierte. Omanische Seeleute und Händler unterhielten alte Verbindungen zur Ostküste Afrikas. In den 1820er Jahren hatten sie endgültig den Portugiesen in Mosambik den ostafrikanischen Sklavenhandel entrissen und Sansibar in ein Handelszentrum umgewandelt, das britische, deutsche und amerikanische Schiffe anzog. Die steigende Nachfrage nach Sklaven (im Nahen und Mittleren Osten) und nach Elfenbein (in Europa) beflügelte das Wachstum eines Handelsimperiums auf dem ostafrikanischen Festland. In den 1840er Jahren war Sansibar so wohlhabend geworden, dass der Imam seine Hauptstadt dorthin verlegte.[115] Nun hatten sich die Briten im Jahr 1807 entschlossen, den Sklavenhandel zur See zu beenden. Weshalb wurde ausgerechnet der Imam von diesem allgemeinen Verbot ausgenommen? Er war eben ein zu nützlicher Verbündeter ihrer Seemacht im Persischen Golf und die Hauptstütze ihres Einflusses auf den Schah des Iran. Auch der britische Vizekönig in Indien warnte, dass eine zu abrupte Abschaffung dieses lukrativen Handels dazu führen könnte, dass »sich selbst unser alter und treuer Verbündeter, der

Imam von Maskat, […] von uns entfremdet«.[116] Es sei ein widriger Wind, der niemandem Nutzen bringen würde, so mag der Imam sinniert haben, wenn er über ein Wachstum seines Monsun-Reichs nachdachte.

Zuletzt sollten wir noch einen Blick auf das faszinierendste Fallbeispiel werfen. Ein großer eurasischer Staat war bisher von der europäischen Expansion fast unberührt geblieben. Die Tokugawa-Shogune hatten Japans Abschottung weit rigoroser aufrecht erhalten, als die Qing-Herrscher ihr chinesisches Reich gegen äußere Einflüsse geschützt hatten. Nur eine Handvoll holländischer Kaufleute durfte die Insel Deschima im Hafen von Nagasaki betreten, um dort Handel zu treiben. Manchmal wurde ihnen auch ein Besuch in Edo erlaubt, vor allem wohl deshalb, weil es den Japanern Spaß machte, diese Barbaren mit ihrem seltsamen Verhalten und ihrem eigentümlichen Aufzug einmal mit eigenen Augen zu sehen. Auch ein beschränkter Handel mit China war gestattet. So gab es in Nagasaki ein Chinesenviertel. Trotz ihrer extremen Feindschaft gegen den subversiven Einfluss des Christentums erlaubten die Shogune das begrenzte Zirkulieren »holländischen [d. h. westlichen] Wissens« innerhalb der Gelehrtenschicht im Rahmen der so genannten *Rangaku,* »Hollandkunde«. Gleichzeitig behielten sie eine Wachsamkeit gegenüber Spionen bei, die an Verfolgungswahn grenzte. Ein fremder Wissenschaftler, in dessen Gepäck man Karten von Japan fand, wurde für ein Jahr ins Gefängnis gesteckt. Seine japanischen Kontaktleute wurden erheblich schwerer bestraft.

In der Zeit seiner Abschottung war Japan weitgehend autark geworden. Die heimische Wirtschaft war in *Han,* die Lehensgebiete der Daimyo, aufgeteilt. Allerdings hatten die Bedürfnisse Edos, das mit einer Einwohnerschaft von etwa einer Million wahrscheinlich die größte Stadt der Welt war, zu einem regen Binnenhandel vor allem mit Nahrungsmitteln geführt. Im 18. Jahrhundert verursachten eine stabile Bevölkerung (im Gegensatz zum starken

Bevölkerungswachstum in China) und eine »Fleißrevolution« – intensivere Anbaumethoden und die Nutzung der Heimarbeit für das Spinnen und Weben – einen bescheidenen Anstieg des Wohlstands. Allerdings gab es bereits Warnsignale, dass die landwirtschaftliche Produktion an ihre Grenzen stoßen könnte. In den 1780er Jahren brachen nach ungünstigen Wetterbedingungen Hungersnöte aus, die sich nach einer kurzen Erholungsphase in den 1830er Jahren wiederholten. Das ländliche Elend führte in immer größeren Maßstab zu Bauernunruhen. Die Verarmung der Samurai und der Rückgang der Einkünfte des Shoguns, die beide auf die Schwierigkeit zurückgingen, gegen den zunehmenden Widerstand der Bauern höhere Landsteuern durchzusetzen, führten zu einer Grundsatzdebatte über die gesellschaftliche und politische Ordnung. Zu allem Übel gab es seit den 1790er Jahren eine Reihe von Alarmsignalen, dass Japans lange Abschottung von europäischen Einflüssen zu Ende gehen könnte. Im Jahr 1792 betrat eine russische Expedition die Insel Hokkaido. Zehn Jahre später kehrten die Russen zurück und baten um die Erlaubnis, in Nagasaki Handel treiben zu dürfen. Noch alarmierender war das unerwartete Auftauchen eines großen britischen Kriegsschiffs im Hafen von Nagasaki im Jahr 1808, das erst weitersegelte, als man seine in drohendem Ton vorgetragene Forderung nach neuem Proviant befriedigt hatte. Dies war das erste Warnsignal, das den Shogun auf die Veränderungen aufmerksam machte, die in der euro-atlantischen Welt seit den 1770er Jahren eingetreten waren. Andere gelegentliche Besucher, wie etwa Walfangschiffe, die Wasser und Nahrungsmittel benötigten, waren eine unwillkommene Erinnerung daran, dass westliche Seefahrer in den Nordpazifik vorgedrungen waren und dass Japan am Hauptseeweg zwischen Amerika und China lag. Vor den 1840er Jahren waren die Auswirkungen dieser Entwicklungen jedoch erstaunlich gering. Die Elite der japanischen Gelehrten ging von der grundsätzlichen

Überlegenheit des »Götterlandes« über die westlichen Barbaren und deren perfides Denken aus. Das Verbot jeder Landung von Ausländern wurde nur noch strikter durchgesetzt.[117] Tatsächlich konnte Japan durch seine Lage in einer geopolitischen Nische, die von den europäischen Mächten sehr weit entfernt war und darüber hinaus noch von China, dem Hauptgegenstand der europäischen Aufmerksamkeit, abgeschirmt wurde, seine Abschottung noch zwei weitere (vielleicht entscheidende) Jahrzehnte aufrecht erhalten. Doch der Wettlauf gegen die Zeit sollte schließlich auch Nippon erreichen.

5. Ein Wettlauf gegen die Zeit

Das Eurasische Moment

Mit der eurasischen Revolution begann ein tiefgreifender Wandel in den Beziehungen der Kontinente und Zivilisationen, und die Geopolitik der frühneuzeitlichen Welt veränderte sich grundlegend. Beim Vorstoß des russischen Zaren auf die Krim stürmten seine Truppen die osmanischen Festungen und schufen die Ausgangsbasis für die Annektierung Georgiens im Jahr 1804. Georgien wiederum war das Tor zu den kaspischen Provinzen des Iran, die wenig später in den Friedensverträgen von Gülistan (1813) und Turkmantschaj (1828) den Kadscharen entrissen wurden. Die Osmanen, deren Verteidigung ins Wanken geraten war, mussten machtlos zusehen, wie Ägypten zuerst von den Franzosen, später von den Briten besetzt wurde und schließlich unter dem rebellischen Vizekönig Mehmed Ali de facto die Unabhängigkeit erlangte. Aufgrund dieser drastischen Verschiebung der geostrategischen Gewichte im Nahen Osten konnten sowohl die Osmanen als auch die Iraner den Ambitionen der europäischen Staaten immer weniger entgegensetzen. Ihr Schicksal war jedoch nicht außergewöhnlich. Eine vergleichbare Revolution hatte sich auch in Südasien ereignet: Hier war in den 1830er Jahren nach einem halben Jahrhundert Krieg die Englische Ostindien-Kompanie, mit der Basis in Bengalen, zur dominierenden Militärmacht aufgestiegen. Von der Hafenstadt Bombay aus konnten die Briten nunmehr ihren Einfluss im Persischen Golf und über den ganzen Indischen Ozean bis nach Südarabien – Aden wurde 1839

eingenommen –, Sansibar und Ostafrika ausweiten. Von den Vorposten in Ostindien und Südostasien, den sogenannten »Straits Settlements«, aus entsandten sie die Streitkräfte, welche die historische Abschottung des chinesischen Reiches durchbrachen und die Qing-Dynastie in den Opiumkriegen 1842 zwangen, ihre Häfen zu öffnen.

Das Vordringen der Europäer in asiatische Staaten, der Vorstoß ins Landesinnere Nordamerikas (nachdem die Siedler 1783 die britische Kolonialherrschaft abgeschüttelt hatten), die Brückenköpfe im Südpazifik sowie das schubweise Vorrücken in West- und Südafrika machten deutlich, wie weit sich die Europäer inzwischen von den Beschränkungen der frühneuzeitlichen Welt befreit hatten. Wir haben gesehen, dass ihre Expansion durch die Nachfrage der europäischen Konsumenten nach atlantischen Waren und asiatischen Luxusartikeln angeregt wurde. Die zunehmend universalistischen Ansprüche der europäischen religiösen und intellektuellen Kultur boten eine Rechtfertigung für diese Eroberungen, eine Erklärung für ihren Erfolg und zugleich ein Programm für den weiteren Vormarsch. Mit Hilfe technischer Innovationen überholten (manche) europäische Völker die asiatischen in der Produktivität und überwanden die Abhängigkeit von importierten Luxusartikeln aus Asien wie Seide und Porzellan. In den 1830er Jahren häuften Europäer bereits die Ressourcen für die materielle, ökonomische und kulturelle Dominanz in Regionen an, die nur 60 Jahre zuvor noch außerhalb ihrer Reichweite gelegen hatten und deren Zivilisation einst den europäischen Gemeinschaften am anderen Ende der eurasischen Landmasse große Ehrfurcht eingeflößt hatte und uneinnehmbar erschienen war.

Aber selbst in den 1830er Jahren war eine europäische Vorherrschaft noch längst nicht erreicht. Die zweite Runde der Entdeckungen und Invasionen, sowie technischer Innovationen, welche den Hintergrund der kommerziellen und militärischen Expansion der Europäer bildeten, hätte

womöglich wenig Erfolg gehabt, wenn die europäischen Gesellschaften nicht eine Form des Zusammenlebens entwickelt hätten, die ihren Einfluss in der nichteuropäischen Welt maximierte. Man könnte sich ohne weiteres ein alternatives Szenario vorstellen, in dessen Verlauf die neue Expansionswelle gebremst oder ganz gestoppt worden wäre. Das wahrscheinlichste Hindernis war ein erneutes Aufflammen der Konflikte innerhalb Europas. Der Frieden von 1815 hatte die Niederlage des napoleonischen Imperialismus besiegelt. Das Ergebnis waren nicht nur eine ruhelose Supermacht, für deren Bezwingung eine kontinentale Koalition nötig gewesen war, und das ideologische Vermächtnis einer gewaltsamen Revolution, sondern auch instabile Staaten wie die Niederlande, unterdrückte Nationalitäten wie Polen, und der zerbrechliche Apparat der dynastischen Oberherrschaft über Mittel- und Südeuropa, das Habsburger Reich. All dies ergab zusammen nicht gerade ermutigende Voraussetzungen für dauerhaften Frieden in Europa. Eine neue Runde offener Kriege oder selbst ein bewaffneter Frieden (eine Art Kalter Krieg) hätten in diesem System viel weiter reichende Konsequenzen als vorherige Konflikte. Die Kanäle des Handels wären blockiert und eine umfassende Rückkehr zu merkantilistischem Autarkiestreben gefördert worden, wie sie der Ökonom Thomas Robert Malthus vorausgesagt hatte. Zugleich hätte dies das Experiment des britischen Industrialismus scheitern lassen. (»Von keinem großen kommerziellen und produzierenden Staat in modernen Zeiten […]«, sagte Malthus, »ist bislang bekannt, dass er dauerhaft höhere Gewinne erzielte als der Durchschnitt des übrigen Europas.«)[1] Überdies hätte sich die Verbreitung von Kapital und Technologie verzögert, die nach 1830 das Eisenbahnzeitalter einläutete.[2] Das hätte den Einwanderungsstrom aus Europa nach Nordamerika, der nur möglich war, solange die Seewege sicher waren, abrupt gestoppt. Jeder größere Krieg in Europa hätte in der Tat das

Gesicht der Welt im 19. Jahrhundert verändert. Wie in früheren Konflikten hätten die europäischen Staaten ihre Streitigkeiten auch in andere Kontinente getragen. Sie hätten wohl kaum der Versuchung widerstanden, unter den großen asiatischen Staaten Verbündete zu suchen. Selbst als unter ihnen Frieden herrschte, buhlten Großbritannien, Frankreich und Russland heftig um die Gunst der Osmanen, Ägypter, Iraner und Chinesen. Mit europäischen Verbündeten wäre es den asiatischen Machthabern womöglich viel leichter gefallen, ihre Armeen zu modernisieren und die Geschwindigkeit des politischen Wandels zu steuern. Unterdessen wäre das Wachstum der Neu-Europäer in Übersee, in Amerika und in Australasien ins Stocken geraten, weil die Handels-, Kapital- und Menschenströme, auf die sie angewiesen waren, gebremst oder blockiert worden wären. Nach den Unruhen von 1750 bis 1830 wäre die Welt auf ein neues Gleichgewicht zugetrieben. Im Schatten der Bitterkeit der europäischen Spaltung hätten das übrige Eurasien und viele indigene Völker in der Äußeren Welt eine Atempause bekommen, um die Lage zu sondieren, sich neu zu bewaffnen und zu reformieren.

Tatsächlich gerieten sie jedoch in einen Wettlauf mit der Zeit: einen Wettlauf, bei dem es darum ging zu erstarken, bevor die Macht und der Reichtum der Europäer ihre Abwehrmechanismen überwinden konnten. Statt die Vernichtungskriege wiederaufzunehmen, schreckten die europäischen Staaten vor Krieg zurück und verlegten sich vielmehr auf ein gefährliches Experiment politischer und wirtschaftlicher Kooperationen unter dem ideologischen Banner eines wachsamen, begrenzten und umstrittenen Liberalismus. Es kristallisierte sich ein »Großeuropa« heraus, dem sowohl Russland als auch die Vereinigten Staaten angehörten. Die politischen und kulturellen Unterschiede in diesem riesigen Gebiet wurden durch das Gefühl eines gemeinsamen »Europäertums« (das

»Amerikanertum« galt lediglich als provinzielle Variante) gemildert, das mit den Unbilden der Natur, mit feindlichen Ureinwohnern oder »asiatischen« Rivalen konfrontiert war. Diese entscheidende, wenn auch unerwartete Entwicklung bewirkte eine riesige, kampflose Ansammlung von Stärke und ein enormes, materielles Wachstum. Es war offensichtlich: Wenn Europa seine alten eurasischen Grenzen überwinden und das Zentrum der Welt beherrschen wollte, dann musste es zu etwas Größerem werden. Es musste als »der Westen« neu erfunden werden.

Die Erfindung des Westens

Die These, auf dem riesigen Territorium der nördlichen Hemisphäre vom amerikanischen Westen bis zum russischen Osten habe um die Mitte des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger Frieden geherrscht, mag seltsam klingen. Spontan fallen einem ein halbes Dutzend Ausnahmen ein. Es gab durchaus Kriege zwischen den europäischen Staaten: den Krimkrieg (1854–1856), in dem Großbritannien, Frankreich und das Osmanische Reich gegen Russland kämpften; die Kriege der italienischen Einigung (1859–1860) und der Deutsche Krieg (1866), an denen Frankreich, Piemont-Sardinien, Neapel, Österreich und Preußen beteiligt waren; der Deutsch-Dänische Krieg (1864) und der Deutsch-Französische Krieg (1870– 1871). An den Grenzen Europas gab es weitere Kriege zwischen den Russen und Osmanen (1877–1878), zwischen Franzosen und Muslimen in Nordafrika, zwischen Briten und Ägyptern (1882). Der längste und blutigste Konflikt wurde auf dem amerikanischen Kontinent im Sezessionskrieg zwischen den Nord- und Südstaaten ausgetragen (1861–1865). Aber so zahlreich und blutig diese Konflikte auch waren, kein einziger löste einen *umfassenden* Krieg zwischen den

Staaten und Gesellschaften Großeuropas aus. Der Krimkrieg, an dem drei Großmächte und beinahe als vierte auch Österreich beteiligt waren, blieb territorial auf das Schwarze Meer und britische Operationen in der Ostsee zur Blockade russischer Häfen begrenzt. Die Kriege um Italien und um die deutsche Vereinigung sowie der Deutsch-Dänische und Deutsch-Französische Krieg waren kurze, relativ begrenzte Feldzüge, in die sich die Großmächte, die nicht unmittelbar betroffen waren, nicht hineinziehen ließen. Der russisch-osmanische Krieg von 1877/78 wurde beendet, ohne dass ein europäischer Soldat einem anderen ein Haar gekrümmt hätte. Am Sezessionskrieg war keine andere Macht beteiligt, auch wenn die Blockade der Südstaaten durch die Union fast eine britische Intervention provoziert hätte.

Auch kam es in der Folge dieser Kriege zu keinem weiteren, umfassenden Kampf um die Vorherrschaft auf dem Kontinent oder in der Hemisphäre. In Italien, Deutschland und den Vereinigten Staaten fielen in erster Linie regionale Barrieren, die den Aufbau von Staaten mit einem stärkeren Zusammenhalt behindert hatten. So verheerend sie für die unmittelbar betroffenen Kombattanten und Zivilisten auch gewesen sein mochten, der begrenzte Charakter dieser »westlichen Kriege« könnte durchaus dazu beigetragen haben, dass der bewaffnete Konflikt weithin als akzeptables oder gar notwendiges Instrument zur Lösung internationaler Differenzen und für den »Aufbau der Nation« angesehen wurde. Aber welche Kraft hielt die Europäer von unbegrenzten Vernichtungskriegen ab, die sie vor 1815 geführt hatten und die sie, mit weit katastrophaleren Folgen, nach 1914 wieder aufnahmen?

Der wichtigste Faktor war die Erinnerung an den großen Krieg, der von 1792 bis 1815 über ganz Europa hinweggefegt war. Der endlose Kreislauf aus Feldzügen und Konflikten, die scheinbare Unerreichbarkeit eines dauerhaften Friedens, die Erfahrung revolutionärer Unruhen und militärischen Despotismus sowie die erschreckende

Zerbrechlichkeit des sozialen Gefüges der Nationen, welche durch die Kriege aufgedeckt wurde, prägten die öffentliche Meinung in Europa nachhaltig. Durch diese Prozesse wurde das Ancien Régime, das bei der Bewahrung des Friedens so katastrophal gescheitert war, ebenso diskreditiert wie die alte Diplomatie, die nun als zynisch, opportunistisch und verantwortungslos erschien. Ferner wurde deutlich, wie dringend notwendig kollektive Aktionen gegen Großmächte waren, die den allgemeinen Frieden zu gefährden drohten. Und schließlich wurde die Bedeutung einer Neugestaltung Europas im Interesse seiner geopolitischen Stabilität unterstrichen. Der Frieden nach dem Wiener Kongress von 1815 und das »Mächtekonzert«, das ihn bewahren sollte, waren das Werk von Staatsmännern, deren Parole »Nie wieder« lautete.[3]

Ein organisiertes, kollektives Vorgehen gegen Verletzungen des ausgehandelten Friedensvertrags wurde zwar nicht verwirklicht, doch die Hauptprinzipien des Wiener Systems hatten sehr lange Bestand. Sie ächteten jeden unilateralen Akt, der das Gleichgewicht zwischen den fünf Großmächten Europas störte, die gleichsam den »Lenkungsausschuss« der öffentlichen Angelegenheiten bildeten: Österreich, Großbritannien, Frankreich, Preußen und Russland. Eine Veränderung in der Kontrolle der kleineren Staaten Europas oder in den Provinzen der dynastischen Imperien erforderte die kollektive Zustimmung der konferierenden Mächte. Natürlich wurde eben dieser Punkt missachtet, sobald sich die Großmächte untereinander stritten: Ihre Uneinigkeit wurde von den Franzosen und von Piemont 1859 gegen Österreich ausgenutzt, und später nutzte Bismarck sie gegen Österreich und Frankreich. Doch die grundlegende Konvention erwies sich als bemerkenswert langlebig. Selbst Russland, das häufig als der unzivilisierte Bär der europäischen Diplomatie mit einem unersättlichen Appetit auf die Kontrolle der Wasserstraßen präsentiert wird, fügte sich dem Konzertgedanken. Seine Diplomatie auf

dem Balkan war längst nicht so abenteuerlich, wie sie häufig von Kritikern in Großbritannien und Frankreich dargestellt wurde.[4]

Die Stärke des Wiener Systems war auf das Eigeninteresse der Staatenlenker zurückzuführen: Sie leitete nicht nur die Angst vor dem Krieg, sondern auch die Furcht vor geopolitischen Veränderungen. Britische Politiker neigen häufig dazu, für die eigene Galerie zu spielen und die Politik ihrer europäischen Nachbarn zu diffamieren. Die österreichischen Repressionen in Norditalien und Ungarn waren ein beliebtes Ziel ihrer Kritik. Aber selbst ein so streitsüchtiger Minister wie Lord Henry John Palmerston zog in der Regel scharfe Worte einer Intervention vor.[5] Ein noch stärkeres Band als das Wiener System einigte überdies Österreich, Preußen und Russland in einer konservativen Allianz. Alle drei herrschten über riesige Gebiete Osteuropas, die jedem nationalen Prinzip Hohn sprachen. Alle drei hatten (insbesondere nach den Revolutionen von 1848) Grund zur Sorge, dass jede Auseinandersetzung zwischen ihnen eine große Explosion auslösen könnte. Aus dem geteilten Polen (von dem die drei jeweils einen Teil beherrschten) würde der erste und lauteste Fanfarenstoß ertönen – der Aufstand von 1863 war eine frühzeitige Mahnung. Aus diesem Grund schreckte auch Bismarck trotz allen Getöses über »Blut und Eisen« und seines Rufs als Machtpolitiker vor jeder drastischen Neuordnung der europäischen Landkarte zurück. Sein »Deutsches Reich« von 1871 bewahrte wohlweislich die alten Staaten und Monarchien des Deutschen Bundes und verwarf das großdeutsche Ideal der Vereinigung aller ethnisch Deutschen – einschließlich derer unter Habsburgischer Herrschaft – in einem einzigen Staat. In der Tat war nicht Preußen der Hauptkritiker der Ordnung nach dem Wiener Kongress bis 1870, sondern Frankreich. Louis Napoleon, der Neffe Bonapartes, der sich im Jahr 1851 zum Kaiser Napoleon III. aufgeschwungen hatte, arbeitete auf den Sturz

der österreichischen Hegemonie auf der italienischen Halbinsel hin. Aber selbst die Franzosen (und am wenigsten die Bauern, auf deren Stimmen Louis Napoleon angewiesen war) verspürten wenig Lust auf revolutionäre Kriege. Das paradoxe Ergebnis ihrer Intervention war nicht der angestrebte Vasallenstaat in Norditalien, sondern ein gesamtitalienischer Rivale im Mittelmeer. 1870 zeigte sich dann bei Sédan auf brutalste Weise, wie hohl der Anspruch Frankreichs auf eine kontinentale Vormachtstellung inzwischen war.

Die Behauptung mag übertrieben sein, dass von 1830 bis 1890 in der »westlichen Zone« überwiegend Frieden geherrscht habe. Aber mit einiger Berechtigung kann man zu dem Schluss gelangen, dass eine allgemeine geopolitische Stabilität – eine Art *pax* – aufrecht erhalten wurde. Diese Stabilität hatte mehrere wichtige Konsequenzen: Erstens blieben die Seewege innerhalb Großeuropas (vor allem auf dem Nordatlantik) wie auch zwischen Europa und dem Rest der Welt während des ganzen Zeitraums offen und sicher,[6] auch wenn die britische Vorherrschaft auf See nie völlig ungefährdet war.[7] Dies hatte immensen Einfluss auf die Kosten, Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit der interkontinentalen Verbindungen und der allmählichen Ausweitung des europazentrierten Handels. Die große Investition in neue Dampfschiffflotten ab 1840 wäre bei unsicheren Verhältnissen auf See undenkbar gewesen. Zweitens war wegen des Gleichgewichts, das die kontinentalen Staaten untereinander sorgfältig wahrten, im Verein mit der britischen Seemacht, jede Intervention in Nord- oder Südamerika ausgeschlossen. Das ermöglichte es wiederum den Vereinigten Staaten, sich so zu entfalten, als wären sie *tatsächlich* isoliert und nicht belastet von der Verteidigung gegen äußere Feinde. Dieser gewaltige Vorteil gestattete die zielstrebige Förderung des Wirtschaftswachstums und die lokale Beilegung von gewaltsamen Konflikten, die unablässig die Einheit der

Union gefährdeten – bis zu deren Sieg im Sezessionskrieg 1865. Drittens gewährte der Aufbau der europäischen Diplomatie den Regierungen von Russland, Frankreich und Großbritannien (den drei »Weltmächten« bis in die 1880er Jahre hinein) einen breiten Spielraum für die Verfolgung ihrer Interessen außerhalb des Kontinents und hielt sie zugleich vom Kampf um neue Territorien ab. Auch die sorgfältige Bewahrung des niederländischen Kolonialreichs in Südostasien nach 1815 sowie die für alle gleichen Handels- und Konsularrechte, welche die meisten europäischen Staaten nach 1842 in China genossen (abgesichert durch britische Streitkräfte), waren symptomatisch für die Sorge der europäischen Regierungen, einen gewaltsamen Interessenkonflikt in Asien oder der Äußeren Welt zu vermeiden. Viertens begünstigte die geopolitische Stabilität die allmähliche Verbreitung einer minimalen, gemeinsamen Ideologie des »begrenzten Liberalismus«.

Dies könnte gleichfalls als gewagte These zu einer Gruppe von Staaten erscheinen, deren politische Institutionen von einer Demokratie mit direkter Beteiligung des Volkes (in den Vereinigten Staaten), über parlamentarische Regierungsformen mit eingeschränktem Wahlrecht, bis zum halbtheokratischen, zaristischen Despotismus am anderen Ende der politischen Skala reichten. Freilich lieferten sich europäische politische Denker ideologische Propagandaschlachten, in denen sie den Monarchismus, Republikanismus, Sozialismus, Kapitalismus, Anarchismus, Imperialismus und noch vieles mehr verteufelten oder priesen. Die Geschichte Europas in diesem Zeitraum illustriert die Frustrationen der Liberalen, Radikalen und Sozialisten angesichts des verwurzelten Konservatismus der Könige, Kaiser, Aristokraten und Bauern. In den gescheiterten Revolutionen von 1848 wurden liberale, radikale und nationale Bewegungen von ihren konservativen Gegnern niedergeschlagen, welche die Unterstützung der

Soldaten, Bürokraten und Geistlichen besaßen. Aber in den 1870er Jahren hatte so gut wie jeder Staat in Europa (Russland nicht ausgenommen) zumindest rudimentäre Ansätze einer liberalen Verfassung.

Der europäische Liberalismus hatte eine lange Tradition. Aber als praktisches Programm verdankte er seine Anziehungskraft den großen politischen Krisen zwischen 1789 und 1815. Die gewaltsamen Aufstände dieses Zeitraums enthielten eine doppelte Warnung. Sie demonstrierten, dass selbst die mächtigsten Staaten des Ancien Régime durch eine Bewegung von unten gestürzt werden konnten. Eine altmodische absolutistische Herrschaft bot wenig Schutz gegen Unruhen. Soziale und politische Stabilität erforderte etwas mehr als schlichtes »Gottesgnadentum« – also eine Orientierung an längst vergangenen Zeiten. Die zweite Warnung war ebenso erschreckend: Die revolutionäre Gewalt in Frankreich war zwar unter Kontrolle gebracht worden, aber erst durch den Despotismus Napoleons. Das napoleonische Vermächtnis war ambivalent. Vor allem in Frankreich und Italien wurde Napoleon für sein kreatives Genie bei der Staatenbildung bewundert. Das Gleiche galt für den Gesetzeskodex, die administrative Symmetrie, die Bildungsreform, die Vision eines ordnenden und sich verbessernden Staates, und nicht zuletzt für die Beamtenlaufbahn, die allen Menschen mit ausreichender Begabung offen stand. Aber im ganzen Rest Europas, und selbst bei vielen Franzosen, hinterließen die eher negativen Aspekte den nachhaltigsten Eindruck: das beängstigende Machtstreben Napoleons, die brutale Abschaffung (und ebenso brutale Einsetzung) von Dynastien, Staaten und Institutionen sowie die bestürzende Leichtigkeit, mit der dieser selbstgekrönte Kaiser seine Feinde vernichtet und eine kontinentale Dominanz errichtet hatte.[8] Wenn das Europa des Ancien Régime gegenüber Volksunruhen schwach zu sein schien, so wirkte es geradezu hilflos gegenüber diesem »modernen« Despotismus.

Die Kernüberzeugungen des Liberalismus Mitte des 19. Jahrhunderts entsprangen der sorgfältigen gedanklichen Verarbeitung dieser schrecklichen Phase der europäischen Geschichte. Um den Zyklus aus Krieg und Revolution zu durchbrechen, waren politische Institutionen erforderlich, die den Staat gegen Volksaufstände ebenso schützten wie gegen despotische Emporkömmlinge. Die Herrscher brauchten eine überzeugendere Legitimation und die Loyalität einer breiteren Palette von Gemeinschaften und Interessengruppen. Ihre Beamten und Repräsentanten mussten in Schach gehalten werden, im Idealfall von einem repräsentativen Organ. Damit stellten sich zwei Fragen: Wer sollte nun wen repräsentieren, und wie stark sollte eine Regierung das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ihrer Bürger regulieren? Die Antworten der Liberalen auf diese Fragen waren die Schlüssel zu ihrer Haltung, zu den Grundprämissen ihrer politischen Theorie.

Dieses Konzept wurde sehr treffend von dem in der Schweiz geborenen Franzosen Benjamin Constant umrissen, der in seinen politischen Schriften die revolutionäre Gewalt und napoleonische Tyrannei vehement ablehnte. Laut Constant würden sich einfache Menschen zwangsläufig gegen jede Einmischung in ihr privates und gesellschaftliches Leben wehren, und jeder Willkürakt seitens des Staates musste das gegenseitige Vertrauen zwischen den Einzelpersonen zerstören, auf dem alle sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen beruhten. Constant unterschied zwischen der eigentlichen (und engen) Sphäre der Autorität und dem eher allgemeinen Bereich – den man heutzutage »Zivilgesellschaft« nennen würde –, in dem die Selbstverwaltung der privaten Interessen vorherrschen sollte. Moderne Gesellschaften seien, regte Constant an, viel zu komplex, um politisch wie die alten Stadtstaaten regiert zu werden – das Modell, das bereits viele frühere Denker (auch Rousseau) bevorzugt hatten. Vielfalt, Pluralismus und Lokalpatriotismus seien das

Geheimnis von Stabilität und Freiheit. Überdies sollten die Gesetzgeber, denen die Exekutive rechenschaftspflichtig sein sollte, aus denjenigen ausgewählt werden, die mit der geringsten Wahrscheinlichkeit eine Ausdehnung willkürlicher Gewalt befürworten würden oder sich von einem Demagogen verführen lassen könnten. Die Politik sollte das Reservat der Besitzenden sein, welche einen heilsamen (und gebildeten) Einfluss auf die »sich plagenden Armen« ausüben sollten. Zuletzt mussten Besitzrechte und andere bürgerliche Freiheiten unbedingt durch gut etablierte Gesetze geschützt werden – eine Idealvorstellung, welche die Kodifizierung des Rechts und des zugehörigen Apparates voraussetzte.[9]

Constant führte eine weitere entscheidende Rechtfertigung für sein liberales System ins Feld: Es war das einzige, das mit gesellschaftlichem Fortschritt vereinbar war. Alle Formen der Willkürherrschaft neigten früher oder später dazu, Uniformität einzuführen. Ohne Gedankenfreiheit waren jedoch alle Gesellschaften zur Stagnation verurteilt, denn Ausdruck und Austausch von Ideen waren in jeder Sphäre die Instrumente des Fortschritts. Ohne die freie Zirkulation von Ideen wüssten die Regierungen selbst kaum, welchen Kurs sie wählen sollten. Weder Constant noch seine liberalen Nachfolger hatten die Absicht, eine Anarchie der Ideen zu fördern. Ihre eigentliche Sorge galt der intellektuellen Freiheit der Gebildeten, Aufgeklärten und Wohlhabenden. Denn diese seien, so ihre Annahme, die wahre politische Nation, die Verteidiger der Freiheit und die Baumeister des Fortschritts. Unter ihrer Schirmherrschaft wäre die Zivilgesellschaft frei und zugleich dynamisch.

Natürlich wurden diese Überzeugungen heftig diskutiert. Konnte man einem erblichen Monarchen als Staatsoberhaupt Vertrauen schenken oder war eine Republik die einzig gesicherte Form einer repräsentativen Regierung? Durften Frauen Teil der politischen Nation sein oder war

ihre »physische Schwäche« ein entscheidender Hinderungsgrund? Verliehen auch wirtschaftlicher Reichtum und industrielle Potentiale den Eigentümern politische Tugend oder entsprang diese lediglich dem Grundbesitz? War Religion der Feind der Gedankenfreiheit oder die lebenswichtige Stütze der gesellschaftlichen Moral? Sollten die Gesetze Sitten und Bräuche des Landes verkörpern (weshalb man sie historisch studieren müsste), oder sollten sie, wie die »utilitaristischen« Anhänger Jeremy Benthams glaubten, die Gesellschaft von der »toten Hand« der Vergangenheit emanzipieren? Schließlich beschäftigte eine Frage die Verfechter des Liberalismus wohl mehr als alle anderen: War die Schaffung einer »Nation« durch eine gemeinsame, ethnische, sprachliche und (manchmal) religiöse Identität die notwendige Voraussetzung, damit liberale Institutionen reibungslos funktionieren konnten? Und was war, wenn das Streben nach einer Nation den Grundpfeilern des liberalen Programms, Gedankenfreiheit und strikte Begrenzung der Regierungsmacht, widersprach? War Nationalismus eine vorwärts gerichtete Ideologie oder (außer an wenigen bevorzugten und »progressiven« Orten) eine Überzeugung der Rückständigen und Unbedarften?

Diese Streitpunkte waren mit den Grundideen des Liberalismus zwischen 1830 und 1890 in ganz Europa verbreitet, und letztere wurden keineswegs einheitlich akzeptiert. Die repräsentative Regierung war zwar in Großbritannien und Frankreich am stärksten verwurzelt, aber im ersteren erlebten aristokratische Privilegien einen zweiten Frühling und im letzteren war immer wieder ein Aufwallen des revolutionären und napoleonischen Eifers zu beobachten. In Preußen und Österreich trugen liberale Ideen dazu bei, dass im Jahr 1848 letzte Relikte der Leibeigenschaft beseitigt und Formen einer parlamentarischen Regierung in den beiden großen mitteleuropäischen Staaten verankert wurden, die aus den Kriegen von 1866 und 1870/71 hervorgingen: das Deutsche

Reich und Österreich-Ungarn. Der 1860 gegründete italienische Nationalstaat mit seiner gewählten Kammer, der beschränkten Monarchie und dem säkularen Ethos versinnbildlichte die Hoffnungen des bürgerlichen Liberalismus. Seinen Kritikern erschien das neue Europa der 1840er, 1850er und 1860er Jahre als abgestumpft, selbstsüchtig, kommerziell ausgerichtet und vulgär materialistisch. Thomas Carlyle und Karl Marx geißelten die Skrupellosigkeit, mit der das bürgerliche Kapital die proletarischen Arbeitskräfte ausbeutete. Andere Autoren mit durch und durch liberalen Überzeugungen sahen die Gefahr, dass der Aufstieg der »öffentlichen Meinung« als prägender Einfluss im nationalen Leben das Individuum unter der Last populärer Vorurteile erdrücken könnte.[10] Der Historiker Jacob Burckhardt, ein Mitglied der Basler Patrizierelite, bedauerte das Verschwinden des »Alten Europa« und beklagte die gedankenlose, Tatsachen verschlingende und bürokratische Mentalität des neuen Europa und dessen eitlen Glauben an den unweigerlich kommenden Fortschritt.[11]

In den Augen vieler europäischer Liberaler war Russland die große Ausnahme in einer Erfolgsstory, und ihr absolutistischer Herrschaftsanspruch machte die zaristische Monarchie zum Feind der Freiheit nicht nur in Russland, sondern überall in Europa. Dabei war auch Russland nicht immun gegen liberale Ideen. Einer einflussreichen Gruppe im Adel hatte der Krieg gegen Napoleon die Schwächen des Absolutismus enthüllt und aufgezeigt, wie dringend erforderlich es war, den imperialen Staat auf die Loyalität der bäuerlichen Massen zu stützen, deren aufopferungsvoller Kampf den französischen Kaiser 1812 vor der Katastrophe bewahrt hatte. Die Adligen träumten von einem Regime, in dem die Gebildeten und Aufgeklärten in der Adelsschicht die Regierung leiten und aus den unterworfenen Massen der Leibeigenen eine loyale Nation schaffen würden. Als ein voreiliger Reformversuch in dem

Putschversuch der »Dekabristen« von 1825 scheiterte (Sergej Wolkonski, ein führender Dekabrist, hatte für kurze Zeit Benjamin Constants Kreis in Paris angehört),[12] läutete der neue Zar Nikolaus I. ein 30 Jahre währendes Regime der Reaktion ein. Sympathisanten der Dekabristen wurden nach Sibirien verbannt oder zogen sich in die verschlüsselte und allegorische Literatur zurück, die in Russland eine lange Tradition hatte. Die Zensur und die Überwachung des Adels wurden verschärft. Auf die Mitgliedschaft in radikalen oder revolutionären Zirkeln standen schwere Strafen. Im Jahr 1849 wurde der Schriftsteller Fjodor Dostojewski zum Tode verurteilt, weil er einer sozialistischen Gruppierung angehörte – eine Strafe, die im letzten Augenblick in Verbannung nach Sibirien umgewandelt wurde. Aber unter der Oberfläche wuchs rasch der politische Druck, Russland als eine »nationale« Gemeinschaft mit einer eigenen nationalen Literatur, Musik und Kunst neu zu gestalten – anstelle der alten Klassengesellschaft, in der die gebildete Schicht Französisch oder Deutsch sprach und Russisch nur als bäuerlicher Dialekt galt. Die große literarische Inspiration lieferte der Dichter Alexander Puschkin (1799–1837), dessen Werke den Wunsch versinnbildlichten, Russland nach dem europäischen Vorbild zu gestalten, aber mit eigener Kultur und eigenem Charakter. Das gleiche Ziel verfolgte Tolstoi mit dem Roman *Krieg und Frieden*, der ursprünglich den Titel »Die Dekabristen« gehabt hatte und im Jahr 1865 veröffentlicht wurde.[13] Als Russland im Krimkrieg eine schwere Niederlage einstecken musste, leitete der neue Zar Alexander II. (Nikolaus war 1855 gestorben) ein Reformprogramm ein.

Das Kernstück der Reform war die im Februar 1861 per Dekret verordnete Abschaffung der Leibeigenschaft. Die Leibeigenschaft war zu einem Symbol der Rückständigkeit geworden, die in der Niederlage von 1856 prompt bestraft worden war. Die leibeigenen Bauern wurden befreit, und sie erhielten Ackerland auf den Gütern ihrer Herren, allerdings

für eine gemeinschaftliche Nutzung innerhalb der Dorfgemeinschaft, des sogenannten *mir.* Im Rahmen der Umgestaltung der Dorfgesellschaft wurden gewählte Organe, sogenannte *semstwa* (Einzahl: *semstwo)*, geschaffen, über die der Adel eine aktive und »verbessernde« Rolle im lokalen Leben spielen sollte. Durch die Justizreformen entstand ein »modernes, europäisches Justizsystem«.[14] Geschworenengerichte wurden eingeführt und Friedensrichter ernannt, um moderne Rechtsvorstellungen auf dem Land zu verbreiten.[15] Mit dem Universitätsstatut von 1863 erhielten russische Professoren ebenso viel Freiheit wie amerikanische.[16] Die Zensur wurde gelockert, und die drakonischsten Einschränkungen der persönlichen Freiheit wurden aufgehoben. Nach 1865 war es sogar erlaubt, in der Öffentlichkeit zu rauchen. In der Literatur und Musik, den Naturwissenschaften, dem Recht und der politischen Theorie glich sich Russland immer stärker an das übrige Europa an, auch wenn viele russische Schriftsteller und Künstler – nach europäischem Muster – die ästhetische Einzigartigkeit und moralische Überlegenheit ihrer eigenen Tradition hervorhoben. Selbst die sogenannten »Slawophilen«, welche die »kulturelle Anbiederung« der »Westler« an europäische Gedanken und Sitten als fremdartig und atheistisch ablehnten, stellten sich Russland als eine Nation christlicher Slawen vor, deren reformorientierte Elite spirituell und politisch mit den bäuerlichen Massen sympathisieren sollte. Mit der liberalen Reform ging die Verbreitung von Zeitungen einher, der Analphabetismus wurde bekämpft (bereits in den 1860er Jahren konnten in St. Petersburg über 55 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben),[17] es kam zu einem Aufblühen der russischen Literatur, einem dramatischen Anstieg des kulturellen Ansehens und einer gewaltigen Zunahme der intellektuellen Korrespondenz zwischen Russland und dem übrigen Europa.

Nach vielen Standards war Russland freilich weiterhin

keine sonderlich liberale Gesellschaft. Es blieb eine autoritäre Bürokratie, in der die Freiheit, Kritik zu üben, ebenso rasch wieder entzogen werden konnte, wie sie gewährt worden war. An den Reformen der 1860er Jahre lässt sich jedoch ablesen, dass der Zar die Notwendigkeit erkannt hatte, zumindest teilweise die von europäischen Liberalen erkämpften Freiheiten zu gewähren. Andernfalls würde Russland hinter den anderen Großmächten zurückbleiben und das Projekt der Europäisierung aufgeben müssen, mit dem die Dynastie der Romanows seit Peter dem Großen assoziiert worden war. Sowohl die Reformorientierung des Zaren als auch der Liberalismus der Dekabristen bestätigten den Anspruch Russlands, als europäischer Staat aufzutreten, dessen historische Mission es war, das riesige »asiatische« Binnenland zu kolonisieren und zivilisieren – das zentrale Thema Wassili Kljutschewskis, des großen russischen Historikers des 19. Jahrhunderts.[18] Es war kein Zufall, dass die Soldaten und Diplomaten Alexanders II., während er zu Hause »liberalisierte«, die Reichsgrenzen weiter ins Amur-Becken in Ostasien und ins transkaspische Zentralasien vorschoben. Hier wurde ein Paradoxon erkennbar. Russlands im Übrigen sehr bedeutende Beteiligung an der europäischen Expansion erhielt neue Schubkraft und wurde zudem erleichtert durch die dynamische, soziale Vision des europäischen Liberalismus: das Gefühl eines unaufhaltsamen Fortschritts, die Betonung der wirtschaftlichen Freiheit, die Unterscheidung, die zwischen der Freiheit des Westens und der »verblödenden Einheit« des Ostens gezogen wurde. Doch der multiethnische Charakter des russischen Reiches, die Zerbrechlichkeit seiner sozialen Bindungen und seine schwach ausgebaute Infrastruktur ermahnten die Regierenden unablässig, dass das gigantische Reichsgebäude ohne den »Stahlrahmen« der Autokratie beim ersten Anzeichen von Unruhen auseinanderbrechen könnte. Die Meinung war verbreitet, Russland könne

entweder ein Nationalstaat nach dem liberalen Modell sein oder ein Imperium, aber nicht beides.

Die Vereinigten Staaten waren der westliche Flügel dieser liberalen Welt und Russland der östliche. In konventionellen (und amerikanischen) Versionen der amerikanischen Geschichte werden vor allem die Isolation und die Loslösung von Europa hervorgehoben: die Entstehung einer unabhängigen politischen Tradition und die Schaffung eines amerikanischen »Sonderwegs«. Die Europäer waren demnach in ihrer eigenen Geschichte gefangen und dazu verdammt, die Konsequenzen der dynastischen oder ethnischen Konflikte und Klassenkämpfe bis zum bitteren Ende zu tragen. Den Amerikanern hingegen stand es frei, ihre eigene Zukunft zu gestalten, sie konnten ohne die Fesseln der Ungleichheiten und Antagonismen jener Alten Welt nach Freiheit und Glück streben. Dieses Geschichtsbild ist jedoch nur eine grandiose Version des Siedlermythos: Varianten davon sind in den meisten Siedlergesellschaften im 19. Jahrhundert anzutreffen sowie in den meisten »nationalen« Historiographien im 20. Jahrhundert. Die amerikanische Realität war eher prosaisch. Die Vereinigten Staaten waren schlicht die westliche Erweiterung Großeuropas.

Auf ideologischer Ebene hatte Amerika natürlich gewisse Eigenheiten. Seine Verfassung war noch vor den großen Unruhen von 1789 bis 1815, die den europäischen Liberalismus so nachhaltig prägten, formuliert worden. Das berühmte amerikanische Misstrauen gegen jede Exekutivgewalt ging stärker auf die Tradition der *country party* (»Partei des Landes«) zurück, wie die Whigs im Großbritannien im 18. Jahrhunderts zunächst genannt wurden – im Gegensatz zu den Tories, die als *court party*, »Partei des Hofes«, bezeichnet wurden – als auf den Liberalismus eines Constant. Aus der Sicht vieler Europäer

waren die Vereinigten Staaten mit ihrer gigantischen Ausdehnung (noch vor dem riesigen Gebietszuwachs durch die Annexion von Texas und den Mexikanischen Krieg von 1846 bis 1848) und extremen Dezentralisierung eigentlich gar kein Staat. Sie verfolgten weder eine eigene Außenpolitik noch unterhielten sie (von 1815 bis zum Sezessionskrieg) ein Heer oder eine Flotte, die diese Bezeichnungen verdient hätten, und sie hatten de facto auch keine Regierung. Die Briten, die seit 1783 fast die Hälfte Nordamerikas kontrollierten, fürchteten weniger einen gezielten Angriff auf ihre Territorien als vielmehr einen Grenzüberfall durch einen Kriegsherrn, den der gerade amtierende Präsident nicht verhindern konnte, weil er zu schwach war. Überdies irritierte und erschreckte der amerikanische Populismus die Europäer, vor allem das sehr weit gefasste Wahlrecht (für weiße Männer) und die allgemeine Tendenz zu Wahlämtern sogar für Justizbeamte. Der englische Radikale Edward Gibbon Wakefield verurteilte die Entwurzelung und Mobilität der amerikanischen Gesellschaft, den Mangel an jeglichem Sinn für Ort, Tradition oder Geschichte und vor allem die Vulgarisierung, die – wie er meinte – unweigerlich eintreten müsse, wenn nicht eine begüterte und gebildete Elite den Ton angebe. »Ich sah ein Volk ohne Denkmäler, ohne Geschichte, ohne lokale Bindungen, […] ohne jede Liebe zum Geburtsort, ohne Patriotismus […].«[19] Alexis de Tocqueville, der das Land in den 1830er Jahren bereist hatte, bewunderte die erstaunliche Energie der amerikanischen Selbstverwaltung, bezweifelte aber, ob sich der amerikanische Populismus letztlich mit geistiger Unabhängigkeit vereinbaren lasse.[20] Das widersprüchlichste Merkmal der amerikanischen Demokratie war jedoch die Toleranz der Sklaverei. Vor 1863 (als die Sklaverei abgeschafft wurde) war sie eine Hauptquelle für anglo-amerikanische Spannungen. Sie schürte auch den Verdacht, dass der amerikanische Populismus eine primitive und entartete Version des

europäischen Liberalismus sei: gewaltsam, rassistisch und unbeständig. Der amerikanische Westen sei, bemerkte der englische Historiker Thomas B. Macaulay, vergleichbar mit den noch unzivilisierten Regionen Großbritanniens im 17. Jahrhundert, wo mit dem Gewehr und mit dem Messer Recht gesprochen wurde.

Natürlich wurden die Schwächen des Populismus auch von den Amerikanern selbst erkannt. Politiker aus der Gruppe der Whigs, also der nationalen Republikaner, schimpften über den »Jacksonianismus« wegen des skrupellosen Expansionsdrangs, der Missachtung der Verträge mit den amerikanischen Ureinwohnern, der primitiven Förderung der Landwirtschaft und des Gegensatzes zum kommerziellen und finanziellen Establishment in Neuengland.[21] In den 1850er Jahren gewann die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei an Bedeutung und es begann ein Wettstreit zwischen den Sklavenstaaten und den freien Staaten um die Kontrolle des Westens (eine Auseinandersetzung, deren Brennpunkt in Kansas lag). In der Folge entwickelte sich eine neue, populäre Ideologie des »freien Bodens« und der »freien Arbeit«. Am Vorabend des Sezessionkrieges vereinigte die von Abraham Lincoln geschmiedete, »republikanische« Koalition die Abschnitte im Nordosten und Mittleren Westen gegen den Süden und beseitigte die Überreste des Jacksonianismus. Nach dem Sieg des Nordens im Jahr 1865 wich die amerikanische Politik nicht mehr so stark von europäischen Vorbildern des liberalen Staates ab. Durch die Zerschlagung des Südens wurde die Vorherrschaft Neuenglands, des Kernlands des industriellen und finanziellen Amerikas mit seiner riesigen Hafenstadt New York, bestätigt. Mit dem Aufstieg der Banken an der Wall Street und der Konzentration finanzieller Macht in Trusts und Kartellen entstand eine neue Klasse von Tycoons, die gewaltigen politischen und sozialen Einfluss hatte. Die Plutokratie – der aufstrebende Vetter der Aristokratie – war geboren. Im »Goldenen Zeitalter« nach 1865 wurde die

Korruption der amerikanischen Politik geradezu legendär. »Wir haben«, bemerkte Mark Twain sarkastisch, »die teuersten Gesetzgeber der Welt.« Gleichzeitig ließ sich angesichts des Ausmaßes der industriellen Beschäftigung, des raschen Wachstums großer Städte, der Entstehung einer riesigen Arbeiterklasse und des bevorstehenden Endes der alten Grenze »freien« Landes – bislang zumindest in der Theorie ein Ventil für die sozialen Spannungen im industriellen Osten – nicht länger leugnen, dass die Vereinigten Staaten vor ähnlichen politischen und sozialen Problemen standen wie Europa. Dabei hoben sie sich immer noch deutlich von der alten Welt ab, waren freier, reicher und sicherer. Ein Nachhall dieser Entwicklung war in dem allmählichen Wandel der amerikanischen Haltung gegenüber der imperialen Expansion der europäischen Staaten zu beobachten. Der amerikanische »Antiimperialismus« wurzelte in der allgemeinen Feindseligkeit der Siedlergemeinschaften gegenüber imperialer Autorität und in der Angst vor Ausbeutung durch Händler, Bankiers, Reeder und Lieferanten in der Metropole. Bis in die 1860er Jahre hinein kamen noch der Groll des Südens über die britische Ablehnung der Sklaverei und der heftige Wettstreit zwischen dem Nordosten und Großbritannien um ökonomische und finanzielle Dominanz auf dem amerikanischen Kontinent hinzu. In den 1880er Jahren hatte Neuengland jedoch die Auseinandersetzung gewonnen, und seine Eliten kultivierten imperiale Haltungen und ein soziales Ethos, das den Haltungen der britischen Gegenstücke viel näher kam. Der Boden für die »große Annäherung« mit Großbritannien wurde vorbereitet.

Es wäre verwegen zu leugnen, dass in den 50 Jahren von 1830 bis 1880 erhebliche Unterschiede zwischen den politischen Anschauungen der Amerikaner und Russen, Briten und Franzosen, Deutschen und Italiener bestanden hätten. Aber die bestehenden Unterschiede müssen in den richtigen Kontext eingeordnet werden. Bei allen Variationen,

die aus der lokalen Tradition und den separaten Entwicklungen erwuchsen, ist das auffälligste Merkmal jener Phase die stetige Konvergenz aller Teile Großeuropas zu einer Form des »allgemeinen Liberalismus«. Das brachte enorme Vorteile mit sich. Nach 1815 blieb das Europa des 19. Jahrhunderts von den gewaltsamen, religiösen Auseinandersetzungen verschont, die den Kontinent im 17. Jahrhundert erschüttert hatten; ferner von den grandiosen, dynastischen Visionen, die im 18. Jahrhundert so viele Konflikte ausgelöst hatten; und die völkermörderischen, ideologischen Kriege des 20. Jahrhunderts lagen noch in ferner Zukunft. Die ideologische Konvergenz, so zögerlich, halbherzig und zähneknirschend sie auch zustande gekommen war, befähigte die Länder Großeuropas – eine Art »Proto-Westen«, der sich in den 1860er Jahren über die ganze Nordhälfte des Globus erstreckte –, ihre Geschicke in eine andere Richtung zu lenken als die Länder des übrigen Eurasiens und der Äußeren Welt. Diese Einigkeit bestätigte den gemeinsamen Sinn für Fortschritt und Dynamik, die im Liberalismus einen so hohen Stellenwert hatten, und sie verstärkte die Unterschiede zu den »statischen Staaten« Asiens. Ganz wichtig: Sie rüstete die unzähligen Gemeinschaften eines expansionistischen Großeuropas mit einer »Marschrichtung« aus, die sich fast universal anwenden ließ, um ihre Beziehungen zu nichteuropäischen Völkern zu interpretieren, zu organisieren und zu rechtfertigen. Die »zivilisierende Mission« (nicht die Mission zur Christianisierung der Heiden) war eine liberale Doktrin, welche die zaristischen Beamten in Russland ebenso ansprach wie die Pioniere des amerikanischen Westens (in welch primitiver Form auch immer). Anders als die früheren Ideologien, die von europäischen Expansionisten verfochten wurden – etwa der kreuzfahrerische Imperialismus, der Merkantilismus oder der dynastische Absolutismus –, erwies sich der Liberalismus als bemerkenswert attraktiv für zumindest einige kolonisierte Völker. Seine Werte waren

(oder schienen) universal: Sie galten für indische, chinesische, afrikanische und arabische Eliten ebenso wie für europäische. Hier zeigte sich eine verblüffende und beispiellose neue Dimension für die expansiven Mächte der Europäer. Sie verlieh ihnen – genauer, den besonders gewieften Pragmatikern dieser politischen Ideologie – eine flexible neue Waffe auf der Suche nach Verbündeten in der nichtwestlichen Welt. Sie trug dazu bei, Gesellschaften zu öffnen, die für all ihre Drohungen und Schmeicheleien unempfänglich gewesen waren. Der Liberalismus war das Trojanische Pferd des europäischen Imperialismus – zumindest wurde er von seinen erbitterten Gegnern rückblickend so gedeutet.

Auf dem Weg zur Weltwirtschaft

Manches spricht für die Deutung, dass Mitte des 19. Jahrhunderts die Fähigkeit der Europäer, tiefer als je zuvor in die Wirtschaften Asiens, Afrikas, Südamerikas und des Pazifiks einzudringen, weltweit der stärkste Motor des Wandels war. Das Bestreben, den Handel auszuweiten, neue Märkte zu erschließen, »neue« Produkte und Waren zu entdecken und ein weltweites Handelsnetz zu knüpfen, das sich um die großen Hafenstädte des Westens (London, Liverpool, Hamburg, Bordeaux, Marseilles und New York) gruppierte, war die wichtigste, treibende Kraft hinter der allmählichen Entstehung einer »Weltwirtschaft« zwischen 1860 und 1890, eines einzigen Systems des Welthandels. In dieser Ära stiegen seit der Depression der 1840er Jahre bis zu einem größeren Konjunkturabschwung Mitte der 1870er Jahre unablässig die Preise an, bei gleichzeitig wachsender Nachfrage nach Rohstoffen. Natürlich blieben weite Landstriche der Welt weiterhin außerhalb des Sogs des internationalen Handels, weil sie unzugänglich, zu arm oder

durch politische oder religiöse Herrschaft zu stark von externen Kontakten isoliert waren. Das Wahrzeichen der »Weltwirtschaft« war nicht die Allgegenwart des internationalen Handels, sondern die Zerstörung älterer, regionaler Systeme des Austauschs, regionaler Systeme für Preise und Kreditwesen und regionaler Hierarchien merkantilistischer Macht. (Letztere hatte etwa den arabischen Händlern an der ostafrikanischen Küste großen Reichtum und Einfluss verschafft.) Es ging nicht mehr nur um Luxusartikel. Bereits im Jahr 1880 wurden die Kosten von Grundnahrungsmitteln wie Getreide von deren Preis auf dem Weltmarkt bestimmt.[22] Das Angebot an Krediten und Investitionen spiegelte das Niveau der internationalen, nicht nur lokalen Nachfrage wider – ein Wandel, der an der Ausbreitung von Handelsbanken nach westlichem Vorbild in Teilen Asiens und Lateinamerikas zu erkennen ist. Seeleute, Händler, Bankiers und Versicherer aus dem Westen verdrängten oder unterwarfen tendenziell lokale Handelseliten im internationalen Handel.[23]

Der allgemeine Frieden und ein beträchtliches Maß an ideologischer Konvergenz waren lebenswichtige Voraussetzungen für die Fähigkeit des Westens, seine wirtschaftliche Dominanz zu behaupten und eine Weltwirtschaft zu gestalten, die seinen Bedürfnissen entsprach. Der dritte entscheidende Faktor war jedoch der Fortschritt in Richtung einer wirtschaftlichen Integration der westlichen Länder. Ohne sie wäre der enorme Anstieg des internationalen Handels kaum möglich gewesen. Das Handelsvolumen wuchs von 1820 bis 1913 um das 25-Fache, mit der höchsten Wachstumsrate zwischen 1840 und 1870. Die breite Integration internationaler Märkte war weitgehend erst durch den Grad möglich geworden, in dem sich der Westen selbst zu einem kohärenten Wirtschaftsraum entwickelt hatte.[24]

Man muss jedoch festhalten, dass selbst in einer Phase des erstaunlich raschen Wachstums im Welthandel das

Handelsvolumen zwischen westlichen Partnern den gesamten Handel dominierte. In den Jahren 1876 bis 1880 lieferten Europa und Nordamerika 76 Prozent der Exporte und erhielten 77 Prozent der Importe, die im internationalen Handel kursierten.[25] Großbritannien war im 19. Jahrhundert die bei weitem größte Handelsnation. In den Jahren 1850, 1860 und 1880 wurden über 60 Prozent des britischen Handels mit dem kontinentalen Europa und Nordamerika abgewickelt, der Rest verteilte sich auf Asien, Afrika, Südamerika und den Pazifik.[26] Allein das Handelsvolumen Großbritanniens mit den Vereinigten Staaten übertraf das Volumen des britischen Handels mit ganz Asien um 20 Prozent.[27] Dabei ist dieses Muster keineswegs verwunderlich: Es war naheliegend, dass die Briten mit ihren unmittelbaren Nachbarn mehr Handel trieben. Doch das Handelsvolumen Großbritanniens mit den Vereinigten Staaten war auch größer als das Handelsvolumen mit Frankreich, Belgien und den Niederlanden zusammen, obwohl sie nach Bevölkerungszahl und kommerzieller Entwicklung durchaus vergleichbar waren. Was den Handel förderte und das Muster der Handelsbeziehungen prägte, war die Spezialisierung. Eine Maximierung der Produktion in den profitabelsten Sektoren war der Motor des Reichtums, aber das bedingte ein hohes Maß an gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Handelspartnern. Unerlässliche Faktoren, die eine Spezialisierung ermöglichten, waren Geschwindigkeit, Zuverlässigkeit und geringe Kosten der Kommunikation. In diesem Bereich verschafften sich die Länder Großeuropas einen entscheidenden Vorteil gegenüber dem Rest Eurasiens und der Äußeren Welt.

Die schnelle Ausbreitung des Telegrafen (der ökonomisch wichtige Informationen, vor allem Preise, übermittelte) und der Dampfschiffe (anfangs in erster Linie für Post und Passagiere) trug ab 1830 dazu bei, den gesamten, riesigen Raum vom Mississippi bis zum Ural zu verbinden. Mit dem Telegrafen kam auch der Aufstieg der Presseagenturen:

Havas in Paris seit 1835, Associated Press in New York seit 1848 und Reuters in London seit 1851.[28] Doch die wohl stärkste treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklungen war zweifellos die Eisenbahn. In dem Maße, wie Eisenbahnen effizienter wurden, verschmolzen sie neu erschlossene Zonen miteinander. Sie konnten die Kosten für einen Binnentransport dort, wo kein Wasserweg vorhanden war, um bis zu 80 Prozent senken. Regionen, die früher in der Regel Subsistenzwirtschaft betrieben hatten, weil der Transport auf der Straße schon nach gut 30 Kilometern den gesamten Gewinn verschlungen hatte, konnten ihre Erzeugnisse nunmehr an weit entfernte Märkte schicken. Abhängigkeit und Spezialisierung (die Siamesischen Zwillinge des Wirtschaftswachstums) rückten in den Bereich des Möglichen. Folglich bietet die Zahl der Gleiskilometer wertvolle Erkenntnisse über die wirtschaftliche Integration, und hier wird der Gegensatz zwischen dem Westen und Afroasien geradezu eklatant. Im Jahr 1850, als westliche Länder bereits über 38.000 Gleiskilometer verfügten, gab es in Asien, Afrika und Lateinamerika zusammen kaum 400.[29] Im Jahr 1860 lautete das Verhältnis 104.000 zu knapp 2.900. Selbst im Jahr 1880, als der Gleisbau im britisch regierten Indien massiv forciert wurde, verfügten die westlichen Länder mit 336.000 Kilometern über ein zehnmal so großes Netz von Gleisen wie der Rest der Welt zusammengenommen. Russland, das am schwächsten entwickelte Land in Großeuropa, verfügte 1870 (und 1890) über mehr Gleiskilometer als Indien, das eine dreimal so große Bevölkerung hatte. Im Jahr 1890 waren Bahnlinien in China noch nahezu unbekannt.

Ebenso wichtig wie der schnelle und billige Warentransport war jedoch der Aufbau einer finanziellen Infrastruktur. Immer mehr Handelsbanken und Finanzinstitute schossen aus dem Boden, um Kunden die Mittel zu verschaffen, die für den Fernhandel unerlässlich waren. Das in London angebotene Instrument eines Kredits

(die sogenannte »Bill on London«) wurde zur allgemeinen Währung des internationalen Handels. Bankiers in London und Paris (die Rothschilds operierten in beiden Städten) wurden zu den Zwischenhändlern für das Auflegen von Auslandsdarlehen – anfangs in erster Linie für Regierungen in Europa und Amerika, nach 1860 aber verstärkt auch für private Unternehmen, insbesondere Eisenbahngesellschaften. Nach 1856 wandte sich die russische Regierung an ausländische – in erster Linie französische – Investoren, um die von den Reformern geforderten Modernisierungen zu finanzieren. Eine Börse wurde gegründet, und Handelsbanken traten auf den Plan. 30
Außerhalb Europas und Nordamerikas schienen derartige Finanzbeziehungen nur in bestimmten, bevorzugten Enklaven möglich, deren Handelsbeziehungen besonders eng waren, oder in Kolonien wie Indien, dessen Finanzsystem von einer imperialen Macht gestaltet wurde.

Diese frühe Entwicklung im Verkehrs- und Finanzwesen erklärt nicht zuletzt, weshalb ein so hoher Anteil des Welthandels zwischen den Ländern des Westens abgewickelt wurde. Aber noch ein drittes Element trug dazu bei, dass sich Großeuropa wirtschaftlich zur dynamischsten Region der Welt entwickelte: die Erträge aus seinem Humankapital. Nach 1830 schwoll das kleine Rinnsal der europäischen Migration allmählich an, bis daraus in den 1850er Jahren eine Flut geworden war. Zwischen 1850 und 1880 verließen mehr als acht Millionen Menschen Europa, fast alle gingen in die Vereinigten Staaten. Diese große Migration hatte einen doppelten Effekt. Sie befreite die Alte Welt von der schlimmsten Not der ländlichen Überbevölkerung und verschob den überschüssigen Bevölkerungsanteil in eine Region, wo verarmte Migranten zu Produzenten und Konsumenten im großen Stil werden konnten. Zugleich beschleunigte die Verlegung der handwerklichen Fertigkeiten Europas (denn nicht alle Migranten waren arm) in eine außerordentlich günstige Umgebung das Wachstum

jener Volkswirtschaft enorm, die in den 1880er Jahren bereits zur größten Volkswirtschaft der Erde geworden war.

Das besondere Muster des amerikanischen Wirtschaftswachstums machte das Land zu einer so wertvollen Erweiterung der europäischen Welt. Das auffallendste Merkmal der Vereinigten Staaten war ihr gigantisches Reservoir an »freiem« Land, das nur darauf wartete, von einer Armee aus weißen Siedlern und (im Süden bis 1865) deren schwarzen Sklaven genutzt zu werden. Die Kosten einer entweder gewaltsamen Inbesitznahme dieses Landes oder eines Kaufs von anderen Anwärtern (Franzosen, Mexikanern, Ureinwohnern) waren verblüffend niedrig. Das Ackerland, das über Äonen »gespeicherter Fruchtbarkeit« verfügte, erforderte einen (nach europäischem Standard) nur geringen Einsatz, um es effizient zu nutzen. Die Erträge waren so hoch, dass die landwirtschaftliche Produktivität in Amerika noch in den 1830er Jahren um 50 Prozent höher war als in Großbritannien und dreimal so hoch wie im kontinentalen Europa.[31] Im Zuge der Landnahme gelangte ein Strom an Exportartikeln über den Atlantik, mit dem ein ebenso großer Strom an Importwaren bezahlt wurde. Nach 1840 flossen 70 Prozent der amerikanischen Exporte nach Europa; 60 Prozent der Importe kamen inzwischen von dort.[32] Dieser Handel spielte eine lebenswichtige Rolle für den wachsenden Wohlstand der reichsten Region Europas: seine atlantische Randzone. Großbritannien, das reichste Land Europas, pflegte 1860 mit den Vereinigten Staaten einen stärkeren Handel als mit den reichsten Ländern Nord- oder Westeuropas.[33] Von diesem »atlantischen Europa« (Großbritannien, Frankreich, Belgien und die Niederlande) aus wurden wiederum Kapital und Fertigkeiten (vor allem im Bauwesen) nach Osten und Süden an den Rest des Kontinents weitergeleitet.[34] Was den amerikanischen »Glücksfall« aber so außerordentlich wertvoll für Europa machte, war der Beitrag, den die Amerikaner selbst zur

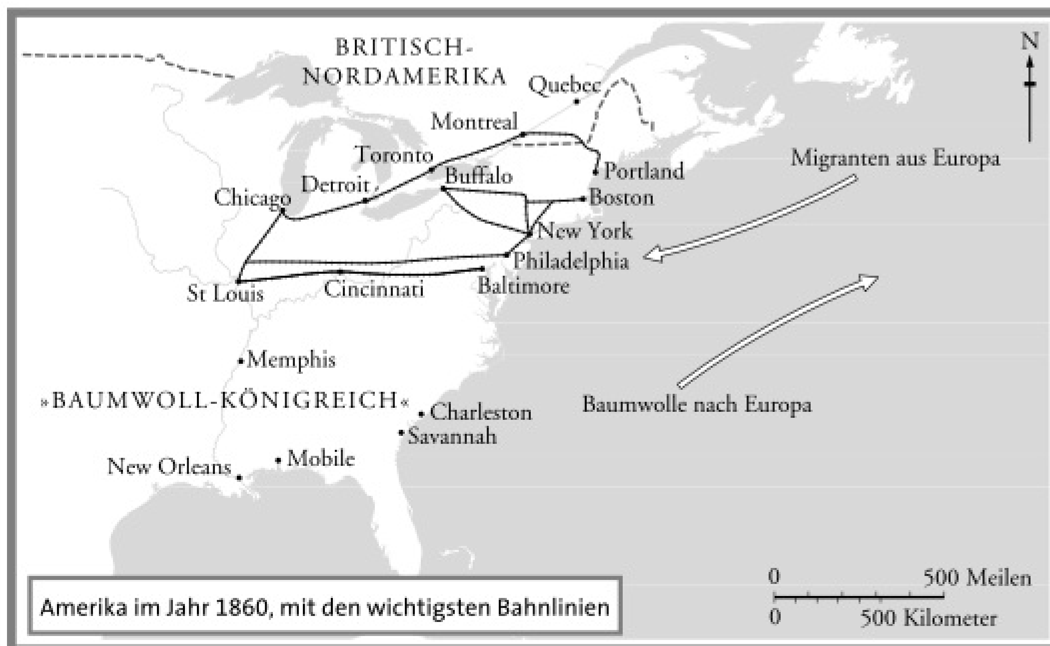
Geschwindigkeit und zum Ausmaß ihres eigenen Wachstums leisten konnten.

In der Theorie erforderte die Erschließung einer so riesigen Agrarfront (von den Grundstückskosten ganz abgesehen) eine massive Investition in den Transport, eine große Palette an Industriegütern (Werkzeuge ebenso wie Konsumgüter) und ausgereifte wirtschaftliche Strukturen, um den Farmern Kredite zu verschaffen und ihre Erzeugnisse zum Markt zu transportieren. Die Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas bis in die 1880er Jahre hinein zeigt deutlich, wie langsam und unsicher die Erschließung »neuer Länder« voranschreiten kann. Die Geschichte der Vereinigten Staaten verlief jedoch völlig anders. Seit den ersten Tagen der Unabhängigkeit (eigentlich schon zuvor) konnte sich die Wirtschaft Amerikas, mit den Ballungszentren um die Häfen in Philadelphia, Boston, New York und Charleston, in Bezug auf Reife und Effizienz durchaus mit seinen Gegenstücken in Westeuropa messen. Nach der Revolution hielten die amerikanischen Händler, nach bewährtem Muster, engen Kontakt zu ihren Handelspartnern in Großbritannien. Sie waren bei der Vergabe von Krediten und Darlehen ebenso geschickt wie ihre britischen Partner, und das spekulative Klima der neuen Republik mag die Bereitschaft, finanzielle Risiken einzugehen, noch stärker gefördert haben als in der Alten Welt. Als Folge stammten die riesigen Mengen an Kapital, die für den Aufbau einer modernen Volkswirtschaft (deren Territorium sich von 1790 bis 1850 verdreifachte) benötigt wurden, zu über 90, womöglich 95 Prozent von den Amerikanern selbst, auch wenn ausländisches Kapital (in erster Linie britisches) maßgeblich zur Finanzierung der Eisenbahnen beitrug.[35] Mit dem Aufstieg New Yorks zum größten Hafen des Landes, über den 1860 zwei Drittel der Importe und ein Drittel der Exporte ins Ausland abgewickelt wurden, entstand eine große Handelsmetropole: das Zentrum der Marktforschung und, mit der Verbreitung der

Banken, der Finanzkraft. Am Vorabend des Bürgerkrieges war die Einwohnerzahl bereits auf über 800.000 gestiegen, die Stadt machte allmählich London Konkurrenz. New York hatte eine selbstgefällige Kaufmannselite – darunter Einwanderer wie August Belmont, der ausgezeichnete Verbindungen nach Übersee hatte –, Kanäle und Eisenbahnlinien, die sich weit ins Landesinnere hinein erstreckten, sowie Schifffahrtslinien entlang der Atlantikküste. Damit verfügte es über das Fachwissen, die Informationen und die Ressourcen, die nötig waren, um einheimische Investitionen optimal zum eigenen Vorteil zu nutzen und aus den Auslandsdarlehen möglichst viel Kapital zu schlagen. Der Aufstieg New York Citys bedeutete, dass ein großer Teil der kommerziellen und finanziellen Bedürfnisse einer großen und dynamischen Wirtschaft aus dem eigenen Land gedeckt werden konnte.[36]

Überdies waren die Vereinigten Staaten, bei aller Dominanz der Landwirtschaft, auch in der Fertigung keineswegs völlig abhängig von Europa. Von Anfang an hatten sie beträchtliche industrielle Kapazitäten, auch wenn diese bis 1860 überwiegend in kleinen Werkstätten und nicht in Fabriken organisiert waren. Schon im Jahr 1830 rangierten die Vereinigten Staaten in der Industrieproduktion auf dem zweiten Platz neben Belgien und der Schweiz – hinter Großbritannien, aber vor Frankreich.[37] Im Jahr 1850 kamen rund 22 Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts aus der Fertigung und dem Bergbau (in Großbritannien waren es 34 Prozent).[38] Der Nordosten (Neuengland, New York und Pennsylvania) entwickelte sich zu einer amerikanischen Industrieregion, vergleichbar Lancashire, Yorkshire und den Midlands in Großbritannien. Nach und nach konnte die Industrie einen immer größeren Anteil des Bedarfs selbst decken, den ein riesiger Agrarsektor und eine rapide wachsende Bevölkerung – die von unter 15 Millionen in den 1830er Jahren auf über 44 Millionen in den 1870ern anstieg –

verlangten. Bereits im Jahr 1851 produzierte etwa Cyrus McCormick in seiner Fabrik in Chicago jährlich 1.000 Mähmaschinen.[39] In der Folge griff das Land immer weniger auf die Industriekapazität Großbritanniens und Europas zurück. Während die britischen Importe aus den USA zwischen 1854 und 1880 um 77 auf 107 Millionen Pfund stiegen, verzeichneten die Exporte in die Staaten nur einen bescheidenen Zuwachs von 21 auf 31 Millionen Pfund.[40]



Amerika im Jahr 1860, mit den wichtigsten Bahnlinien

Die Bedeutung Amerikas für die wachsende europäische Dominanz in Eurasien und für den Vorstoß »Großeuropas« zu einer globalen Vorrangstellung liegt damit auf der Hand. Üblicherweise wird Amerika bei der Darstellung des europäischen Imperialismus im 19. Jahrhundert jedoch ausgeklammert und tritt erst im Jahr 1898 mit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg auf den Plan. In Wirklichkeit hatte jedoch die besondere Wachstumskurve Amerikas bereits zuvor extremen Einfluss. Ungeachtet der enormen landwirtschaftlichen Produktion wurden die Vereinigten Staaten vor allem aufgrund ihrer industriellen und

finanziellen Kapazität zu einem Teil des atlantischen »Kerns«, der die Expansion und Integration Europas vorantrieb. Nicht zuletzt der Amerikahandel verhalf den atlantischen Partnern zu großem Reichtum, allerdings ohne dass Amerika allzu viel von deren verfügbarem Kapital in Anspruch genommen hätte. Die amerikanischen Innovationen in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Hydraulik und Eisenbahntechnik wurden flugs in andere Grenzgebiete der europäischen Expansion importiert. Der Telegraf war eine amerikanische Erfindung. Das gleiche galt für drei weitere Maschinen, die eine nicht unerhebliche Rolle bei der europäischen Eroberung Afrikas und Asiens spielten: der Revolver (erfunden von Samuel Colt) und die Gatling- und Maxim-Maschinengewehre. Im Kommunikationswesen und bei den Waffen leistete der amerikanische Erfindergeist einen erheblichen Beitrag zum technischen Arsenal für die europäische Kolonisierung. Aber ein Schlüsselaspekt der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte war womöglich noch wichtiger.

Fast das gesamte 19. Jahrhundert hindurch war Rohbaumwolle der wichtigste Exportartikel Amerikas. Von 1830 bis 1860 machte sie etwa die Hälfte der Gesamtexporte aus, und selbst im Jahr 1913 lag der Anteil noch bei einem Viertel.[41] Mit der Abrundung des »Cotton Kingdom«, also des »Baumwoll-Königreichs«, in Georgia, Alabama und Mississippi stieg nach 1830 die Produktion auf den Sklavenplantagen geradezu sensationell an. Der Baumwollhandel gewährleistete ein reibungsloses Funktionieren der amerikanischen Wirtschaft sowie den Aufstieg New Yorks. Der bei weitem größte Baumwollmarkt war Großbritannien mit den Fabriken von Lancashire. Billige, zuverlässige und reichliche Lieferungen von Baumwolle sowie die Erfindung des mechanischen Webstuhls machten Lancashire zur Textilfabrik für die Welt, mit einem Produkt, das auf fast allen ungeschützten Märkten äußerst konkurrenzfähig war. Mit Baumwollstoffen gelang

den Briten ein erster Einbruch in die Märkte Asiens. Nachdem das Zeitalter der großen Raubzüge vorüber war, ließ die Nachfrage nach Baumwollprodukten Indien zu einem enormen, wirtschaftlichen Aktivposten aufsteigen, zu einem geschlossenen Markt, den man nicht der Selbstverwaltung überlassen konnte, wenn nicht Zölle eingeführt wurden. Mit der Kontrolle über Indien wurden die Briten zur größten Militärmacht von Suez bis Shanghai und rings um den Indischen Ozean. Das »Cotton Kingdom« und seine Sklavenhalterwirtschaft, die Industrie von Lancashire und die britische Herrschaft in Indien waren somit durch eine außergewöhnliche Symbiose miteinander verbunden. In dieser Beziehung, wie auch in vielen anderen, waren die Amerikaner, so »antikolonial« ihre politischen Anschauungen auch sein mochten, die unverzichtbaren stillen Partner der europäischen Expansion nach Afrika und Asien.

Die Grenzen Großeuropas

Dank seiner geopolitischen, ideologischen und ökonomischen Charakteristiken entwickelte sich Großeuropa nach 1830 in einem weit stärkeren Ausmaß als in früheren Jahrhunderten zu einem expansionistischen Konglomerat. Die Entdeckungsreisen waren sensationell gewesen. Der Einfall der Europäer in die Handelswelt des Indischen Ozeans war ein Triumph der Schiffs- und Militärtechnik. Die Eroberung der rohstoffreichen Staaten des vorkolumbischen Amerika brachte den erhofften Lohn für ein gewagtes Unterfangen ein. Der Aufbau einer atlantischen Wirtschaft, die sich auf Sklaven, Gold und die Erzeugung von Zucker stützte, hatte gezeigt, dass die frühzeitige Entwicklung des Fernhandels und langfristige Kredite im atlantischen Europa einen äußerst gewinnbringenden Annex an die europäische

Wirtschaft schaffen konnten. Bis zur eurasischen Revolution nach 1750 hatte jedoch kein einziger dieser Faktoren den Einfluss der Europäer in der Welt insgesamt entscheidend verändert, geschweige denn im übrigen Eurasien. In den asiatischen Ozeanen hatten sie sich als »Handelskrieger«, die aggressiv vor der Küste der asiatischen Staaten kreuzten, eine Nische geschaffen. An Land pochten sie an die Tore des Osmanischen und Persischen Reiches. In fast ganz Afrika war ihre direkte Präsenz vernachlässigbar, selbst wenn die ökonomischen und demographischen Auswirkungen des Sklavenhandels in Westafrika, Angola und im Kongobecken noch weit im Landesinneren zu spüren waren.

lm Zeitalter der Unruhen nach 1750 wurden etliche materielle und ökonomische Beschränkungen der europäischen Expansion allmählich beseitigt. Gewaltige neue Perspektiven taten sich in Indien, China, im Pazifik und selbst im tropischen Afrika auf, die dem britischen Publikum durch die Reisen von Mungo Park nach Westafrika aufgezeigt wurden. Der amerikanische Kontinent war in groben Umrissen zwar bereits bekannt, barg aber im Detail noch unzählige Rätsel. Er wurde systematisch von Alexander Mackenzie, der das heutige Kanada durchquerte, von Meriwether Lewis und William Clark auf ihrer legendären Reise vom heutigen Pittsburgh bis zum Pazifik in den Jahren 1803 bis 1806[42] sowie von dem großen deutschen Geographen Alexander von Humboldt erforscht, der Südamerika bereiste. Eine gewaltige Begeisterung wurde geweckt. Habgierige Träume wuchsen ins Unvorstellbare. Aber erst nach 1830 fingen die Europäer an, ihren Einfluss auf die anderen Kontinente zu verstärken und den Weg zu der globalen Vorherrschaft zu beschreiten, die ihnen in den 1880er Jahren allem Anschein nach zustand.

Dieser starke expansionistische Drang wurde von drei Kraftquellen genährt: einer kulturellen, einer kommerziellen und einer demographischen. Wie in Kapitel 4 gezeigt, hatten

die Technik der Nachrichtenbeschaffung und die Entwicklung eines geistigen Gerüsts zur Einordnung neuen Wissens im Zuge der Eurasischen Revolution bemerkenswerte Fortschritte erzielt; die Neugier der Europäer auf den Rest der Welt hingegen hatte gar nicht so sehr zugenommen. Nunmehr formulierten viele Denker, etwa die Briten David Hume, Adam Smith, Jeremy Bentham und James Mill (dessen *History of India* 1817 erschien), jedoch neue universalistische Modelle des sozialen, kommerziellen und kulturellen Fortschritts. In Anbetracht der Plausibilität dieser Modelle wurden alte Zweifel bezüglich der Fähigkeit (und Berechtigung) der Europäer beiseite geschoben, die fremden Gesellschaften, in die sie eingedrungen waren oder sich eingeschlichen hatten, dramatisch umzugestalten. Selbst Ende des 18. Jahrhunderts waren die ersten britischen Konquistadoren in Indien noch überwältigt von der Langlebigkeit und Reife der Kultur des Subkontinents. Nach 1800 wurde diese Haltung jedoch von einer starrköpfigen Arroganz verdrängt. Die indischen Denksysteme und die gesellschaftlichen Bräuche, die sie förderten, galten nun als dekadent oder überholt und sollten je nach Bedarf entweder ignoriert oder ausgemerzt werden. Hinter dem neuen intellektuellen Eifer, mit dem Europäer dazu neigten, die Überzeugungen der nichteuropäischen Völker zu verunglimpfen, stand jedoch eine Kraft, die in der europäischen Geschichte zwar keineswegs neu war, aber mitten in einer radikalen Wiedergeburt steckte: das missionarische Christentum.

Im Jahr 1830 war die Mission bereits zu einer aktiven, gar allgegenwärtigen Kraft des europäischen Einflusses geworden, in mancher Hinsicht allerdings auch zu einer widersprüchlichen. Die missionarische Tätigkeit in Europa war von neuem angeregt worden durch eine übersteigerte Reaktion auf den Rationalismus der Aufklärung, auf die schreckliche Erfahrung der Revolutionskriege und (am auffälligsten in Großbritannien) auf das moralische

Unbehagen, das durch den raschen sozialen und wirtschaftlichen Wandel geweckt worden war. Die religiöse Ehrfurcht wurde in der evangelischen Pflicht sublimiert, die Heiden durch direkte Aktionen oder durch die Bemühungen der Missionsgesellschaften zu retten. Aber die Missionare waren, neben der Funktion als religiöse Gesandte, auch die Augen und Ohren Europas im afrikanischen Landesinneren, entlang der Küste Chinas (wo Karl Friedrich August »Charles« Gützlaff als Pionier missionierte) und im fernen Neuseeland. Ihre Nachrichten, Berichte, Hilferufe, Spendenreisen, missionarischen »Zeitungen« und propagandistischen Memoiren stachelten die Öffentlichkeit im eigenen Land dazu an, noch mehr Geld zu sammeln und die eigenen Politiker zur Intervention oder gar Annexion zu drängen. Häufig verbarg sich dahinter, wie in Neuseeland, das Motiv, eine Herde neuer, viel versprechender Konvertiten vor den ruchlosen Taten dekadenter Europäer zu schützen, die Rum verkauften oder Sex einkauften, oder vor arabischen Sklavenhändlern, etwa in Ostafrika. Der bekannteste missionarische Publizist war David Livingstone. An seiner Verehrung als Held im viktorianischen Großbritannien lässt sich ablesen, welch eine starke Anziehungskraft von dieser veräußerlichten Religiosität ausging.

Selbst Missionare ließen sich von der Woge des wirtschaftlichen Wandels treiben, und ohne diese hätten sie weit geringere Ressourcen zur Verfügung gehabt und weniger Wirksamkeit entfaltet. In der Tat kombinierten Missionare wie Gützlaff oder Henry Williams (in Neuseeland) munter ihre religiösen und geschäftlichen Aktivitäten: Gützlaff etwa verkaufte während der Predigten Opium. Europäische, vor allem britische Kaufleute und ihre industriellen Lieferanten forderten eine Öffnung der einst geschlossenen Märkte Afrikas, Asiens und Amerikas und drängten ihre Regierungen, sie wenn nötig zu erzwingen. Eine Lobby aus Kaufleuten hatte 1813 das Monopol der

Ostindien-Kompanie auf den Handel mit Indien und 1833 mit China gekippt. Mit ihrem Druck trieben die Kaufleute London in den Ersten Opiumkrieg (1839–1842) und bewirkten – über den Vertrag von Nanking 1842 – die erste echte Öffnung Chinas. Gewappnet mit den Produkten der Industrialisierung, insbesondere den maschinell gefertigten Textilien, verfügten die europäischen Händler schließlich über eine Fracht, die fast überall attraktiv war, weil die lokalen Handwerker mit den billigen Baumwollstoffen nicht konkurrieren konnten. Die einzige Voraussetzung war ein »offener« Markt, in dem europäische Waren ohne Zollgrenzen oder Handelsbeschränkungen angeboten werden durften. Für den europäischen Kaufmann zählte nur der »freie Handel«, nicht jedoch Eroberung oder politische Herrschaft.

Diese Priorität erklärt nicht zuletzt das spezielle Muster der Expansion des Westens nach 1830. In einem großen Teil der Welt schufen die Europäer in ihrem Bestreben, die Märkte zu globalisieren, ihre Industrieprodukte zu verkaufen und ihre Schiffe mit Waren für den eigenen Markt zu füllen, eine neue Form eines Handelsimperiums, die von einer Kolonialherrschaft noch weit entfernt war. Häufig verschafften sich Kaufleute und ihre Regierungen über Abkommen mit lokalen Herrschern und Eliten Zugang auf wirtschaftlicher Ebene, und zwar zu Bedingungen, die für beide Seiten gewinnbringend waren oder zumindest zu sein schienen. Schließlich konnte der Händler nur verkaufen, wenn er auch etwas einkaufte. Den Menschen vor Ort, die das Land kontrollierten, bot er einen Markt für Erzeugnisse, für die sie im nahen Umfeld keine Abnehmer fanden – weil es reichlich Land gab und die Erzeugnisse billig waren. Landbesitzer, die einst gezwungen gewesen waren, Subsistenzwirtschaft zu betreiben, konnten nunmehr selbst Verbraucher – von Stoffen, Möbeln, Eisenwaren, Kolonialwaren (wie Tee oder Kaffee) und Werkzeugen – werden, wenn sie jene Produkte anbauten, welche die

Europäer kauften. Wo diese Geschäfte am besten funktionierten, wie in Teilen Lateinamerikas, gab es für die europäischen Staaten kaum einen Anlass, über Eroberungspläne nachzudenken. Wo die lokale Kooperation keine Fortschritte machte und der Herrscher den ausländischen Handel unbedingt ausschließen oder streng regulieren wollte (der wohl bekannteste Fall war China), forderten die Kaufleute ein staatliches Eingreifen. Aber selbst in China (wo die britische Regierung dem Drängen nachgab) brachte die gewaltsame Intervention – in den Opiumkriegen von 1839–1842 und 1856–1860 – kaum mehr als ein maritimes Kondominium in einigen »Vertragshäfen« ein, die über die ganze Küste und das Jangtse-Tal verstreut waren. Hier genossen die Europäer das Privileg der Handelsfreiheit. Ein Vordringen ins Binnenland Chinas schien in den 1870er Jahren jedoch immer noch geradezu unmöglich.

In Wirklichkeit waren europäische Händler in vielen Teilen der nichtwestlichen Welt gezwungen, eine provisorische Arbeitsteilung zu akzeptieren. Vor allem in China und Afrika wurden sie vom Hinterland fern gehalten, weil einheimische Händler die Europäer übertrumpften oder die Währung, Kredite und ihre Vergabe unerwartete Schwierigkeiten bereiteten. In solchen Fällen blieb europäischen Händlern nichts anderes übrig, als sich auf lokale Zwischenhändler zu verlassen. Hier blieb der europäische Kaufmann an der Küste in seinem Lagerhaus oder kreuzte an ihr entlang – in Westafrika eine gängige Praxis.[43] In Indien, wo die Kolonialherrschaft vor 1850 rasch ausgedehnt wurde, wich die Praxis zwar leicht ab, doch das Muster war ganz ähnlich. Die britischen Kaufleute in ihren »Agenturen« (1835 gab es allein in Kalkutta 47 Filialen) konzentrierten sich auf den Export-Import-Handel in den Haupthafenstädten und lieferten der Bevölkerung im Landesinneren die Dinge des täglichen Bedarfs. Sie unternahmen jedoch kaum einen Versuch, in den Binnenhandel oder die riesige

Agrarwirtschaft vorzustoßen. Fast überall war die Gefahr des wirtschaftlichen Scheiterns groß. Extreme klimatische Bedingungen, unzuverlässige Informationen, instabile Währungen, Verluste auf See oder politische Turbulenzen vervielfachten die üblichen Risiken des Fernhandels, so dass die »Sterblichkeitsquote« unter europäischen Firmen in Indien und China hoch war. Es war das in den Erzählungen des britischen Schriftstellers Joseph Conrad so brillant geschilderte Zeitalter der Handelspioniere, welche die östlichen Meere auf der Suche nach Fracht und Glück durchpflügten.

Dennoch schob sich die Handelsgrenze Europas in den 50 Jahren nach 1830 in Afroasien stetig weiter vor. In Ostasien richtete sich der erste Ansturm der Kaufleute auf Hongkong, das die Briten im Ersten Opiumkrieg eingenommen hatten und als sichere Zuflucht an der chinesischen Küste behielten. Im Jahr 1860 hatten bereits mehr als 40 britische Firmen in dem Hafen Filialen eröffnet, angelockt von den hohen Profiten im Opiumhandel.[44] Parsische Händler aus Bombay sowie ein paar Europäer und Amerikaner tummelten sich ebenfalls in der Stadt. Nach dem Zweiten Opiumkrieg stieg die Zahl der Vertragshäfen rasch an, und kleine Städte nach europäischem Vorbild mit Parkanlagen, Promenaden, Banken und Bürogebäuden wurden als Enklaven innerhalb der wichtigsten chinesischen Städte (oder in ihrer Nähe) errichtet. Shanghai war bereits der eigentliche Umschlagplatz für den Chinahandel geworden, der Hauptzugangshafen von Europa und Amerika aus. Es lag am Ende der Route, die sich schon bald zum Haupthandelsweg zwischen Europa und Asien entwickeln sollte und über Bombay, Colombo, Rangoon (das als Zentrum des Reis- und Holzhandels rasant wuchs) sowie durch die Kreuzung der Seewege bei Singapur führte. Letzteres war erst 1819 gegründet worden, hatte in den 1870er Jahren aber bereits über 100.000 Einwohner.[45]

Für dieses Wachstum symptomatisch war das

Kommunikationsnetz zwischen Europa und Asien, das sich nach 1840 herausbildete. In diesem Jahr erhielt die Peninsular and Oriental Steam Navigation Company (kurz die »P&O«) eine königliche Charta für das Postmonopol zwischen London und Alexandria. Zwei Jahre danach hatte sie einen Vertrag über die Beförderung der Post zwischen Suez, Sri Lanka, Madras und Kalkutta; und 1845 wurden ihre Dienste bis nach Singapur und China ausgedehnt. In den 1860er und 1870er Jahren wurden Indien und China über Telegrafenleitungen mit Europa verbunden. Der größte Wandel stellte sich jedoch mit der Eröffnung des Suezkanals 1869 ein, der den Seeweg nach Indien um Wochen verkürzte. Diese architektonische Leistung beschleunigte den Transit von Passagieren und Korrespondenz erheblich und beseitigte die (psychische ebenso wie physische) Barriere, die einst Europa von der »östlichen Welt« zu trennen schien. »Das Durchstoßen der Landenge von Suez schickte, wie ein Dammbruch«, schrieb Joseph Conrad im Jahr 1902, »eine Flut neuer Schiffe, neuer Männer, neuer Handelsmethoden nach Osten.«[46] Der erleichterte Zugang zu Europa weckte das Interesse der Händler in vernachlässigten Winkeln abseits der Hauptseewege. Der Persische Golf und die ostafrikanische Küste, einst die Domäne der arabischen Dauen, rückten allmählich ins Blickfeld der in Bombay angesiedelten britischen Händler.[47] Eine neue Handelsfront war eröffnet worden.

Aber vorläufig gab es kaum Anzeichen dafür, dass diese muntere wirtschaftliche Aktivität eine größere Ausdehnung der europäischen *Herrschaft* in Afroasien zur Folge haben sollte. Die Europäer, mit den Briten an der Spitze, erwarben Enklaven, Stützpunkte, Festungen und Depots für den Handel, wie Aden, Singapur, Saigon, Hongkong, Lagos oder St. Louis im Senegal. Ihre Handelstätigkeit und der politische Einfluss gingen von diesen und anderen Brückenköpfen aus. Es wurden Verträge abgeschlossen – zum Teil erzwungen –, um den Sklavenhandel zu verbieten

oder die Piraterie zu unterbinden. Über Quasiprotektorate wurden willfährige Herrscher gestützt – häufig mit zweifelhaften oder unbefriedigenden Ergebnissen. Aber bis in die 1880er Jahre schien ein allgemeines Schema der imperialen Aufteilung weder wünschenswert noch notwendig oder praktikabel. Die großen Ausnahmen waren Indien (wo besondere Bedingungen herrschten), Teile Zentralasiens in der Nähe der kaspischen Provinzen Russlands, der Nordwesten und Süden Afrikas und Südostasien, wo die Briten, Franzosen und Niederländer zaghaft in die malaiische Halbinsel, nach Indochina und auf die »äußeren Inseln« des indonesischen Archipels vordrangen. Erst die enorme Ausweitung dieser »unsicheren Imperien« unter den neuen globalen Bedingungen der 1880er Jahre läutete die Phase der höchsten westlichen Dominanz vor dem Crash von 1914 ein.

In vielen Teilen der Welt waren die Grenzen Großeuropas vage und unpräzise, eher Zonen einer Interaktion mit Afrikanern und Asiaten als Regionen einer bewussten Annektierung. Die Grenzen der Missionare und Händler hingen von der Kooperation der Einheimischen ab, sei es nun im Streben nach Gott oder nach Mammon. Aber sie waren keineswegs die einzigen oder wichtigsten Schauplätze der europäischen Expansion. Bis 1880 und noch lange danach war die dynamischste Grenze Europas demographischer Natur: nämlich die Grenze der Besiedlung. In dieser Beziehung wies der Vormarsch ein erstaunliches Tempo auf. Im Jahr 1830 hatten sich weiße Siedler in den Vereinigten Staaten am Mississippi niedergelassen. Bis 1880 hatten sie fast das gesamte Gebiet erobert oder besetzt, das die 48 Bundesstaaten (ohne Alaska und Hawaii) bilden sollten. In Kanada hatten sie das gesamte Ackerland im Osten erschlossen und standen kurz davor (es sollte eine beträchtliche Verzögerung eintreten), in die Prärie vorzustoßen. In Australien waren 2,25 Millionen Siedler bis in die 1880er Jahre über den größten Teil des Kontinents

ausgeschwärmt, der landwirtschaftlich genutzt werden konnte oder sich für die Schafzucht eignete; nur das riesige, trockene und öde Binnenland blieb nahezu unberührt. In Neuseeland, wo die Siedlungstätigkeit erst im Jahr 1840 begonnen hatte, war bis 1880 bereits der größte Teil des nutzbaren Landes besetzt, mit Ausnahme der Regionen der Maori auf der Nordinsel. An allen diesen Orten hatte die Flut der weißen Siedler alles vor sich hergetrieben: Die einheimische Bevölkerung wurde umgesiedelt, vertrieben oder in »Reservate« gesperrt; häufig wurde den Ureinwohnern die Lebensgrundlage entzogen, und damit waren sie auf Almosen der weißen Herren angewiesen. Nach 1880 blieben nur noch vier Zonen für eine groß angelegte Kolonisierung durch Europäer: die kanadischen Prärien, die argentinischen Pampas, die gemäßigten Regionen Südbrasiliens und Sibirien. In einer fünften Zone, Südafrika, das gewaltsam zu einem »Land der Weißen« gemacht worden war, konnten die Weißen herrschen, waren aber zu wenige, um die schwarze Bevölkerung auszuschließen oder ohne ihre Arbeitskraft zu leben. In einer sechsten Zone, der Mittelmeerregion Afrikas, war die europäische Siedlung von Anfang an (1830) bis zum Ende (1962) das kranke Stiefkind der französischen Militärmacht.

Mit diesem stetigen Vordringen veränderte sich dauerhaft die ökonomische, kulturelle und politische Landkarte der Erde. Am Ende des Jahrhunderts konnten selbst nüchterne Kommentatoren davon ausgehen, dass die Zukunft der Welt europäisch sein werde. Die Bevölkerung des »Neuen« und »Alten« Europas hatte im Jahr 1800, nach den Berechnungen des britischen Statistikers Sir Robert Giffen, 170 Millionen betragen. Im Jahr 1880 waren es 400 Millionen. Im Gegensatz dazu hatten, abgesehen von Indien, »die nichteuropäischen Rassen stagniert […]. Die Kräfte der Zivilisation sind, im Vergleich zu denen der schwarzen und gelben Rasse, praktisch unwiderstehlich geworden.«[48] Giffen ging davon aus, dass die »Europäer« bis zum Jahr

2000 1.500 bis 2.000 Millionen Einwohner zählen würden, die Chinesen hingegen lediglich 400 Millionen. Giffen extrapolierte allzu stark, aber die damalige demographische Explosion Großeuropas ist nicht zu leugnen. Allerdings hatte sich die große europäische Landnahme noch im Jahr 1800, einmal abgesehen von Gebieten im Osten Nordamerikas, auf kaum mehr als eine Reihe von Gebietsansprüchen beschränkt, von deren wirklicher Besiedelung Europa allenfalls träumen konnte. Warum und wie kam es zu dieser rapiden Besiedelung?

Die Voraussetzung für den »demographischen Imperialismus« Europas war, dass so viele Europäer ihre Heimat verlassen wollten – und die Möglichkeit dazu hatten. Es war kein Zufall, dass die meisten Migranten bis 1880 aus Regionen mit leichtem Zugang zu Atlantikhäfen stammten. Aber das kann nicht die ganze Erklärung sein, weil bis Ende des Jahrhunderts kaum Migranten aus Frankreich oder gar aus Spanien kamen. Was die Menschen zur Auswanderung bewog, waren die schlechten Berufsperspektiven im eigenen Land und die erhofften Chancen im Ausland. Bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hinein waren die Britischen Inseln die Hauptquelle der Migrationsströme, und bis 1914 stellten sie insgesamt den Hauptanteil. Außerdem waren sie der Teil Europas, der als erster und wohl am härtesten von den sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen der Industrialisierung getroffen wurde. Veränderungen der Landnutzung, wie die Umwandlung von Grenzertragsböden in Schottland zu Schafweiden, vertrieben die Menschen vom Land und in die Städte – oder eben ins Ausland. In Teilen Englands hatte der Niedergang der traditionellen, dörflichen Produktionsweise einen ähnlichen Effekt. Es gab kein riesiges Hinterland kleinbäuerlicher Höfe (wie in Frankreich), das die Arbeitslosen oder Unterbeschäftigten aufnehmen konnte. Der Extremfall war Irland, wo im Zuge der schrecklichen Subsistenzkrise von 1845 schätzungsweise zwei Millionen Menschen umkamen

und weitere Millionen zur Emigration getrieben wurden, zum Teil auch auf das britische Kernland. Für die Migranten war es vergleichsweise einfach, ihre Reise über die britischen Städte hinaus größtenteils nach Amerika oder (seltener) Australien fortzusetzen. Die Seewege waren sicher. Gesetzliche Beschränkungen behinderten die Auswanderung nicht. Und inzwischen gab es Transportsysteme, die eine große Zahl von Passagieren zu Häfen fahren und sie rasch und billig über den Atlantik bringen konnten.

Die materiellen Folgen der Industrialisierung mobilisierten also die Menschen und erleichterten ihnen die Reise. Die sozialen und kulturellen Auswirkungen der Industrialisierung spielten dabei ebenfalls eine Rolle. Viele Entwurzelte machten zuerst in britischen Städten halt. Wenn die Bedingungen dort günstiger und die Absicherungsnetze stärker gewesen wären, dann wären viele möglicherweise hier geblieben. Stattdessen entstand eine Kultur der Mobilität, die von der eifrigen Propaganda der Auswanderungsagenten, Schifffahrtslinien, Auswanderungsgesellschaften, Kolonisationsprojekte und religiösen Eiferer gefördert und durch das gedruckte Wort allgemein verbreitet wurde – eine weitere Folge der Industrialisierung. Der Drang zur Auswanderung, der auf Armut und Angst um die wirtschaftliche Lage zurückging, wurde von der Überzeugung gesteigert, dass die Auswanderung ein Weg in ein besseres Leben sei. Von einer Unzahl »Unternehmer« geschickt aufgebläht (Migration war ein Geschäft), beflügelte die Auswanderung mit erstaunlicher Geschwindigkeit die Phantasie der Menschen.

Aber Migration entstand nicht nur auf Grund von Wünschen und Träumen oder einfach deshalb, weil die einfache Fahrkarte so günstig war. Zum großen Teil wurde Migration mit den Geldsendungen bezahlt, welche die »Vorhut« nach Hause schickte. Die »Kettenabwanderung« war (wie heutzutage für Migranten aus der Dritten Welt) für

viele arme Auswanderer die einzige Möglichkeit, die Reise zu finanzieren. Aber »Kettenabwanderung« setzte auch einen positiven Bericht über den bevorzugten Zielort voraus, sowie den wirtschaftlichen Erfolg derjenigen, die zuerst emigriert waren. Bei einer gewaltigen Auswanderungswelle, wie sie nach 1840 einsetzte, war es für die aufnehmenden Gesellschaften lebenswichtig, die Neuankömmlinge zu akzeptieren, und für ihre Volkswirtschaften, dass sie diese auch aufnehmen konnten. Unter ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen hätten die Migranten die Armut in der Heimat durch Mittellosigkeit im Ausland (wo das soziale Netz noch schwächer war) ersetzt, und die Kette wäre gerissen. Horden armer Einwanderer, welche die Löhne drückten und den Arbeitsmarkt überschwemmten, hätten schon bald die »alten Bewohner« gegen die Neuankömmlinge aufgebracht. Die große Migration wäre ins Stocken geraten.

Amerika war der beliebteste Zielort der Migranten, und die bemerkenswerte Wirtschaftsgeschichte des Landes erklärt, weshalb die große Wanderung Erfolg hatte. Doch warum war Amerikas Wirtschaft so aufnahmefähig? Der erstaunliche natürliche Reichtum ist ein Teil der Antwort: die gewaltigen Reserven an fruchtbarem Boden, riesige Landstriche mit Nutzholz, Vorkommen von Eisen, Kohle, Blei, Silber und Gold, und ein Flusssystem, welches das Landesinnere für den Transport erschloss. Der entscheidende Faktor für die Aufnahmefähigkeit Amerikas war aber nicht die allmähliche Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, sondern die erstaunliche Geschwindigkeit, mit der sie für eine Marktwirtschaft nutzbar gemacht wurden. Hauptsächlich durch diese Geschwindigkeit wurden ein solch schnelles Bevölkerungswachstum und die Aufnahme so vieler Europäer ohne größere Anzeichen sozialer Spannungen ermöglicht. Und dass die Besiedelung Amerikas – durch natürliches Wachstum ebenso wie durch Zuwanderung – so reibungslos vonstatten ging und diese

Grenze Großeuropas so dynamisch blieb, das lag (einmal mehr) an den Auswirkungen der Industrialisierung: an der nach Amerika selbst versetzten Industrialisierung.

Auf mehreren Ebenen lässt sich beobachten, wie der Prozess ablief. Für eine umfassende Besiedelung und landwirtschaftliche Nutzung waren Werkzeuge, eine gesellschaftliche Organisation und eine Vielfalt an Dienstleistungen (nicht zuletzt finanzielle) nötig, wenn die Siedler nicht isolierte, unwissende und bettelarme Subsistenzbauern bleiben sollten. Diese Bedürfnisse mussten vor Ort befriedigt werden, wenn sie angemessen »kundengerecht« und nicht unerschwinglich sein sollten. Genau wie eine kämpfende Armee ein großes »Hinterland« braucht, das sie mit Vorräten, Informationen und Anweisungen versorgt, benötigt eine Armee von Siedlern ein städtisches »Hinterland« in nicht allzu großer Entfernung für landwirtschaftliche Geräte, Marktinformationen und kulturelle Errungenschaften. Ohne diese wären die Siedler rasch in einem Sumpf der Stagnation versunken. Das auffälligste Kennzeichen der amerikanischen »Frontier« war weniger die Flut von Farmern, die nach Westen strömten, als vielmehr die Geschwindigkeit, mit der in ihren Gefolge Städte entstanden. Diese wuchsen deutlich schneller als die Bevölkerung insgesamt.[49] Und die Städte lockten wiederum Handwerker mit industriellen Fertigkeiten an. In den 1820er und 1830er Jahren waren in den neuen Städten im Westen etliche Gießereien, Hütten und Schmelzöfen anzutreffen, die fleißig das Hinterland belieferten. Die Dampfkraft erschien schon bald auf dem Schauplatz. Lange vor 1830 wurden im Westen Hunderte von Dampfmaschinen gebaut, ein großer Teil davon für den Einsatz auf Dampfbooten, die den Ohio und den Mississippi befuhren. Mit den baulichen und industriellen Fertigkeiten vor Ort war es kein Wunder, dass bald Eisenbahnen gebaut wurden und den industriellen Transport bis in die Grenzregionen ermöglichten. Eisenbahnen und Dampfboote brachten nicht nur Menschen

ins Land, sondern boten ihnen auch neue Berufschancen und beschleunigten so die demographische Mobilität, von der die industrialisierte Besiedlung abhing.

Die tieferen Wurzeln dieser Erfolgsstory – den Kreislauf fortgesetzten Wachstums – liegen in den günstigen Bedingungen, die in Amerika als Teil Großeuropas herrschten. Dazu zählte etwa das Fehlen einer Gefahr von außen, wodurch es einfacher war, anstelle einer regulierten, bürokratischen Wirtschaft eine dezentralisierte, »unternehmerische« Kultur zu bewahren[50]. Das koloniale Vermächtnis des Transatlantikhandels war eine weitere Voraussetzung. Beide Faktoren zusammen hatten dazu beigetragen, aus Neuengland eine kommerzielle und industrielle Region von europäischem Ausmaß zu machen, die überdies außerordentlich effizient (zum Teil aus sprachlichen Gründen) Fertigkeiten und ausgebildete Arbeitskräfte aus den fortschrittlichsten Regionen des atlantischen Europas importierte und neu einsetzte. Die amerikanische Grenze hing somit nicht allein von der Alten Welt ab. Sie benötigte wie gesagt nur kleine Mengen europäischen Kapitals. Sie förderte die Importe von Waren und Kapital mit dem »Mehrwert« eigener Fertigkeiten, Produkte und Institutionen. Eben die dynamische Fusion des Alten und Neuen Europas lag diesem Erfolg zu Grunde. In Australien und Neuseeland, den abgelegensten Grenzen der europäischen Besiedlung, waren dieselben Stimuli zu beobachten, wenn auch in viel bescheidenerem Ausmaß. Die natürlichen Reichtümer dieser Länder konnten sich nicht mit denen Amerikas messen. Beide waren viel weiter entfernt als Amerika, und Distanz kostete Geld.[51] Ihnen fehlte der Vorsprung, den Amerika schon vor 1800 gehabt hatte. Sie waren viel abhängiger von Nachschub aus Europa. Aber in anderer Hinsicht stützten sie sich auf das gleiche industrielle Reservoir an Ressourcen, um ihre Territorien auf die Besiedlung vorzubereiten. Sie führten Pflanzen und Tiere ein und veränderten die Landschaft mit skrupelloser Energie

– häufig durch Feuer – nach ihren Bedürfnissen. Böse Zungen behaupteten, eine Schachtel Streichhölzer sei das nützlichste Werkzeug der Pioniere gewesen. Eigentlich passten nicht sie sich so sehr an, sondern sie adaptierten das neue Land an die Bedürfnisse der europäischen Gemeinschaft. Eine so rasche Umgestaltung, noch dazu in solch großer Entfernung von »zu Hause« und in genau dem Ausmaß, das erforderlich war, um die Stoßkraft der Besiedlung zu wahren, wäre undenkbar gewesen ohne das materielle wie geistige Rüstzeug einer industriellen Zivilisation.[52]

Die Geschichte der »Frontier« weist ein weiteres bedeutendes, allgemeines Merkmal auf. In der Regel war die »Frontier« ein Ort stetigen wirtschaftlichen Fortschritts. Aber sie bildete häufig auch die Kulisse für einen »Rausch«: einen Gold- und Silber- ebenso wie einen Landrausch. Sie war der Ort fieberhafter, von Profitgier getriebener Spekulationen, die eher auf einen Wahn oder eine Manie als auf nüchterne, wirtschaftliche Berechnung zurückzuführen waren. Hier zeigte sich die manische Tendenz in der industriellen Kultur der Mobilität, und sie zeitigte wichtige Folgen. Solche Räusche änderten die Richtung und zugleich die Geschwindigkeit der Besiedlung, sie lenkten den Vorstoß in neue und unvorhergesehene Bahnen. Die demographischen Auswirkungen konnten eine elektrisierende Wirkung haben. Nach Goldfunden verdoppelte sich die Bevölkerung Australiens in den 1850er Jahren und Neuseelands in den 1860er Jahren. In Amerika wurde der Drang nach Westen im Jahr 1849 zu einem reißenden Strom, als in Kaliforniens Central Valley Gold entdeckt wurde. San Francisco boomte als die Bergbaumetropole des Fernen Westens.[53] Sein kommerzieller, finanzieller und technischer Einfluss strahlte schon bald auf die gesamte Pazifikküste und im Binnenland bis nach Nevada, Utah und Idaho aus.[54] Der neue Reichtum Kaliforniens beschleunigte die Ankunft des Telegrafen im

Jahr 1861 und der Union Pacific Railway (1869). Als 1858 in den Rocky Mountains rund 1.000 Kilometer westlich der Siedlergrenze Gold gefunden wurde, strömten innerhalb eines knappen Jahres 100.000 Menschen in das Gebiet von Colorado.[55] Ein weiterer Strom hoffnungsvoller Abenteurer eilte nach Montana im Norden, als 1863 in Virginia City Gold entdeckt wurde: 30.000 trafen innerhalb eines Jahres ein. Das hatte nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen.

Ein wichtiger Faktor dieser Vorstöße wurde bislang ausgeklammert: der Widerstand der indigenen Völker gegen Umsiedlung oder Unterwerfung. In den 1880er Jahren war der indigene Widerstand in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland bereits weitgehend gebrochen. Der legendäre Sieg der Lakota-Sioux über General Custer am Little Big Horn im Jahr 1876 oder der Sieg der Nez Percé ein Jahr später bei Big Hole änderten daran nichts. Aber warum wurde der Widerstand der amerikanischen Ureinwohner, der australischen Aborigines und der Maoris in Neuseeland in einem Zeitraum von allenfalls 40 Jahren so vollständig zerschlagen? Zum Teil lag es an der Bewaffnung,[56] allerdings verschafften sich auch die Ureinwohner moderne Feuerwaffen und wussten sie wirkungsvoll einzusetzen – etwa gegen Custers Armee. In den amerikanischen Prärien zerstörte die Vernichtung der Bisonherden durch Pelzjäger mit modernen Gewehren einen großen Teil der Lebensgrundlage und der Kultur der indigenen Völker. Doch fast überall war das rasante Tempo des Vorstoßes der Weißen der Hauptgrund: Den indigenen Völkern blieb nicht genug Zeit, sich politisch zu reorganisieren, sozial umzugruppieren, größere Allianzen zu bilden oder wirkungsvollere militärische Taktiken zu entwickeln. Gerade hierin liegt die große Bedeutung der »Räusche«. Die Weißen rückten nicht in einem gleichmäßigen Tempo vor. Sie stießen unberechenbar in Scharen vor und legten, dem Lockruf des Goldes, Silbers oder »freien« Landes folgend, riesige Entfernungen binnen

kürzester Zeit zurück. Ein Goldrausch in Dakota vertrieb die Ureinwohner von Ländereien, die ihnen laut Vertrag rechtmäßig zustanden. Es folgte der Showdown, zu dem Custers Niederlage ein dramatisches Vorspiel war. Anderswo wurden die indigenen Völker unablässig durch spekulative Anstürme ausmanövriert oder sahen sich einem unbesiegbaren Feind gegenüber, dessen Zahl, Organisation, Ressourcen, Ausrüstung und Transportmittel den Stempel der Industrialisierung trugen. In den gemäßigten Zonen der Besiedlung hatten die Europäer den Wettlauf gegen die Zeit bereits in den 1870er Jahren eindeutig gewonnen.

Unsichere Imperien

In anderen Teilen der Welt verlief die Entwicklung langsamer. Mit der Eurasischen Revolution erhielten die Europäer Zugang zu Regionen Afroasiens, in denen sie vor 1750 allenfalls einen Brückenkopf oder eine Faktorei unterhalten hatten. Da ihnen neue Technologien, attraktivere Waren und bessere Informationen zur Verfügung standen, konnten sie sich mit größerem Selbstvertrauen in das Landesinnere vorwagen. Unter geeigneten Bedingungen konnten widerspenstige Herrscher und ihre Armeen von der Macht verdrängt, gekauft oder in den Ruhestand geschickt werden – ein Vorgang, der (aus später dargelegten Gründen) auf dem indischen Subkontinent den größten Erfolg hatte. Bereits in den 1830er und 1840er Jahren pochten die Europäer an die Tore Chinas, erzwangen die Zulassung ihres Handels im Osmanischen Reich und infiltrierten das iranische Territorium am Kaspischen Meer und am Golf. Sie führten in Indochina das Christentum ein und streckten sogar die Fühler nach Japan aus. Es gab Pläne, das Niger-Tal zu kolonisieren; die Franzosen organisierten eine Invasion des

islamischen Algier – das Juwel eines riesigen nordafrikanischen Reiches –, und der englische Abenteurer James Brooke errichtete auf der Insel Borneo ein Privatreich. Im Jahr 1839 nahmen die Briten den nackten Fels von Aden ein.

Aber ungeachtet dieser hektischen kommerziellen, politischen und philanthropischen Aktivitäten blieb die Durchsetzung einer wirksamen europäischen Kolonialmacht über die Staaten und Völker Afrikas und Asiens bis zu den 1880er Jahren die Ausnahme, nicht die Regel. In einem großen Teil Afrikas und Asiens waren die Jahre von 1830 bis 1880 eine Ruhe vor dem Sturm, ehe die wachsende Ungleichheit in Macht, Reichtum, Waffen, Mobilität und Information zwischen den meisten Afrikanern und Asiaten und den Europäern ihren Kulminationspunkt erreichte. Erst dann fielen eine neue Form der »Weltwirtschaft« und ein neues System der »Weltpolitik« zusammen und brachten eine eurozentrische Weltordnung und die fast universale Ausdehnung des offiziellen und inoffiziellen Kolonialismus hervor.

Doch der Vorstoß der europäischen Herrschaft geriet immer wieder ins Stocken, ein gewisses Zögern, eine gewisse Unsicherheit war zu beobachten. Die Regierungen standen unter einem außerordentlichen Druck, immer tiefer und weiter vorzustoßen und die Brückenköpfe des europäischen Einflusses auszudehnen. Kaufleute klagten über Handelsbeschränkungen. Missionare wollten mehr Seelen gewinnen oder zumindest die Seelen der bereits Bekehrten retten. Soldaten wünschten sich einen strategisch günstigen Hügel, Seeleute strebten nach einem tieferen Ankerplatz. Die Statthalter behaupteten, eine größere Kolonie würde zugleich geringere Kosten für die Herrschaft bedeuten. All diese Gruppen konnten darauf zählen, dass Lobbyisten im eigenen Land die Regierungen zur Intervention oder Eroberung drängen würden. Sie schwadronierten vom freien Handel, der »zivilisierenden Mission«, der religiösen Pflicht, der »imperialen Verteidigung« oder der Gefahr einer Rebellion, um ihrem Appell in der Presse, im Parlament oder gegenüber der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen. In manchen Fällen fiel es europäischen Regierungen leichter, diesen Forderungen nachzugeben, als sich ihnen zu widersetzen. Aber sie waren ebenso rasch bereit, einen Rückzieher zu machen, wenn militärisches Scheitern drohte oder finanzielle Schwierigkeiten die Unterstützung einer aggressiven Politik gefährdeten. Im Rückblick erscheint es, als hätten sie abgewartet, bevor der ausgewachsene Imperialismus der 1880er Jahre sich entfaltete. Den Zeitgenossen erschienen jedoch die Grenzen, das Ausmaß, die Stabilität und selbst der Daseinszweck der afrikanischen und asiatischen Kolonialreiche als zweifelhaft und ungewiss.

In erster Linie lag dies an der verbreiteten Skepsis, ob die Kosten derartiger Reiche durch ihren Nutzen gerechtfertigt würden. Diese Kosten entstanden häufig aus der Notwendigkeit, die Reiche gegen europäische Rivalen zu verteidigen. Aber der unmittelbare Anlass für die Skepsis

war in der Regel die Schwierigkeit, die europäische Autorität Herrschern und Völkern aufzuzwingen, die sich ihr entschlossen widersetzten. Die Phase des Abwartens war in großen Teilen Afrikas und Asiens eine Ära des Widerstands. Im nordafrikanischen Maghreb benötigten die Franzosen Jahrzehnte, um das Hinterland von Algier zu erobern, obwohl Algier selbst zu einer europäischen Stadt umgestaltet wurde. In Westafrika dehnte Gouverneur Louis Faidherbe den Einfluss Frankreichs das Tal des Senegal aufwärts und entlang der Küste aus. Die Ausdehnung stockte jedoch 1860 und wurde erst in den 1880er Jahren wieder aufgenommen.[57] An der Goldküste (dem heutigen Ghana) wurde die geschrumpfte britische Kolonie in den 1860er Jahren von dem Binnenkönigreich Ashanti so sehr bedroht, dass damals ernsthaft erwogen wurde, sie aufzugeben. Sogar in Südafrika, wo die Buren nach 1840 das Grasland im Landesinneren erobert hatten, wurde eine echte weiße Vorherrschaft bis in die 1880er Jahre verzögert. Die Republik Transvaal wurde durch den erfolglosen Krieg gegen die Pedi von 1876 ruiniert, während bis zu dem Krieg zwischen Briten und Zulu 1879 ständig die »Zulu-Gefahr« drohte.

In vielen Teilen Asiens wurden Versuche, die europäische Herrschaft durchzusetzen, auf ähnliche Weise abgewehrt. Im nördlichen Kaukasus (dem heutigen Tschetschenien) führten die Russen einen langen und blutigen Krieg. Der »tscherkessische« Widerstand wurde erst 1864 gebrochen. Danach stand den Russen das Tor nach Zentralasien offen. Schrittweise wurde dort die russische Herrschaft durchgesetzt, freilich erst in den 1870er und 1880er Jahren. Zwei britische Invasionen in Afghanistan (1838–1842, 1879–1880) wurden abgebrochen. Das burmesische Königreich verlor 1826 und 1852 seine Küstenprovinzen an die Briten, aber der Binnenstaat hatte bis zu seinem Sturz im Jahr 1885 Bestand. In Indochina endete die französische Intervention im Jahr 1858, die zum Schutz der Katholiken in Tonkin

erfolgte, mit der Besetzung Cochinchinas (im Mekong-Delta, heute der Süden Vietnams) und mit einem nominellen Protektorat über das benachbarte Kambodscha. Aber eine echte französische Herrschaft über den Rest Vietnams, die Lao-Staaten und Kambodscha konnte erst in den 1880er und 1890er Jahren errichtet werden. In der Inselwelt Südostasiens war es ähnlich. Die Niederländer hatten die Kontrolle über Java und große Teile Sumatras. Aber in Aceh (im Norden Sumatras), auf Bali, im Osten Borneos, auf Sulawesi und der Inselkette, die sich bis Neuguinea erstreckte, errangen sie die Herrschaft erst am Ende des Jahrhunderts und später.

Weshalb konnten die Einheimischen in diesen Fällen so effektiv Widerstand leisten? Der europäische Einfluss konnte in der Regel nicht ganz ausgeschlossen werden, aber die Herrschaft durch Europäer wurde lange Zeit erfolgreich abgewehrt. In manchen Fällen genügte freilich schon geringer Widerstand, um Eindringlinge abzuwehren, und zwar dann, wenn ihnen die Mittel, die nötigen Männer und das Motiv für ein konsequentes Vorgehen fehlten. Abgelegenheit und Armut erwiesen sich unter Umständen als bester Schutz. Doch in der Regel setzte ein wirksamer Widerstand voraus, dass afrikanische und asiatische Staaten und Gesellschaften angesichts von Einfällen und Angriffen der Europäer ein kritisches Maß an Solidarität und Zusammenhalt bewahrten. Tatsächlich waren viele Staaten überraschend gut gerüstet gegen die europäische Form des Kolonialkriegs. Die Armeen der Kolonialmächte – britische, französische, niederländische, russische, amerikanische – hatten gewisse Vorteile. Sie bestanden überwiegend aus Berufssoldaten. In der Regel verfügten sie über die höhere Feuerkraft. Wo vom Meer aus der Zugang möglich war, konnten sie urplötzlich auftauchen (wie die Franzosen vor Da Nang in Vietnam anno 1858) und den Überraschungseffekt nutzen. Manchmal konnten sie mit Hilfe ihrer Schiffsgeschütze die Verteidiger einschüchtern,

wie die Briten im Ersten Opiumkrieg die Chinesen. Aber koloniale Feldzüge unterlagen erstens radikal dem Gesetz der sinkenden Erträge. Keine einzige imperiale Macht konnte es sich leisten, viele Soldaten auf unbegrenzte Zeit in Grenzregionen zu stationieren, die überdies an anderen Orten gebraucht wurden. Zweitens: Je länger ausländische Truppen blieben, desto schwieriger wurde es, ihre Versorgung zu gewährleisten und ihre Kampfstärke zu erhalten. Im gesamten 19. Jahrhundert gefährdeten unablässig Seuchen europäische Soldaten in den Tropen. Drittens war die Kehrseite der Überraschung häufig das Fehlen lebenswichtiger Informationen. Die Afrikaner und Asiaten mochten zwar nicht gewusst haben, dass die Europäer im Anmarsch waren; aber auch die Europäer wussten kaum etwas über die Gebiete, in die sie vordrangen. Ohne Hinweise zu den Plänen des lokalen Herrschers, seinen Stärken, Schwächen, Vorräten und seiner Kampfstärke musste sich ein Invasionskorps häufig auf ein Blindekuhspiel einlassen. Damit ist auch das Muster so vieler kolonialer Feldzüge zu erklären: Der Inszenierung eines symbolträchtigen Sieges – etwa durch die Zerstörung eines Palastes oder einer Hauptstadt – folgte ein würdevoller Rückzug an die Küste. Wenn Joseph Conrad in *Herz der Finsternis* von einem französischen Kreuzer schreibt, der willkürlich »in einen Kontinent feuerte«,[58] so ist das ein ironischer Kommentar zu diesen planlos verübten Gewalttaten.

Abwehr oder Eindämmung einer kolonialen Invasion warfen ein Licht auf das, was ein afrikanischer oder asiatischer Staat brauchte, um sich einer europäischen Machtübernahme zu widersetzen. Das Kommunikationssystem des angegriffenen Staates musste einigermaßen intakt gehalten werden, um die Mobilität von Menschen, Waren, Ideen und Informationen zu gewährleisten. Lediglich die primitivsten und ärmsten Gesellschaften brauchten so ein System nicht oder hatten

keines entwickelt. Fast überall war es von entscheidender Bedeutung, ob Herrscher, Eliten und ihre Städte mit Lebensmitteln und Einnahmen versorgt werden konnten, ob mehr als eine lokal begrenzte Herrschaft bewahrt werden und ob die Wirtschaft über das Subsistenzniveau hinaus wachsen konnte. Alle wichtigen, reichen und mächtigen afrikanischen bzw. asiatischen Staaten stützten sich auf umfassende Netze, um Steuern, Lebensmittel, Luxusgüter und Dinge des täglichen Bedarfs wie Salz einzuziehen und zu verteilen. Das Ansehen des Herrschers und das Ausmaß seiner Macht waren häufig weniger eine Frage des Territoriums, als vielmehr der Kontrolle über die Wege des Handels, der Steuern und manchmal auch der Pilger. Der Kreislauf von Waren und Geld kam einer Klasse reicher Händler zugute, deren eigennützige Loyalität dazu beitrug, das politische Regime zu stützen. Der entscheidende Punkt war, dass dieses Netz sein Hinterland schützen konnte, eine »Sicherheitszone«, wo es keiner externen Konkurrenz ausgesetzt war oder eine Vertreibung riskierte.

Nur jenen Staaten gelang es, die Europäer nach 1840 noch abzuwehren, die ein Hinterland schützen und sichern konnten, das groß genug war, um den Überbau einer politischen Herrschaft zu stützen. Natürlich verfügten die meisten Staaten über weitere Ressourcen, mit denen sie ihre Solidarität gegen europäische Außenseiter stärken und die Kollaboration unterbinden konnten, auf die die Europäer angewiesen waren. Die wohl wichtigste »Ressource« war die Religion. Eine gelehrte Oberschicht, die der konfuzianischen Monarchie die Treue hielt, organisierte in den 1860er Jahren am Mekong den Widerstand der Vietnamesen gegen die Franzosen.[59] Der im Volk verankerte Buddhismus half dem burmesischen Reich, die britische Kontrolle abzuwehren. Im Norden Sumatras übernahmen die Führer, die einen panislamischen Dschihad gegen die christlichen Eindringlinge predigten, den Kampf gegen die Niederländer. Charismatische Formen des islamischen Glaubens

beflügelten den Widerstand gegen den französischen Vormarsch in muslimischen Regionen Nord- und Westafrikas. Das koptische Christentum verlieh dem ägyptischen Reich eine Widerstandskraft gegen Angriffe von außen, die niemand dem klapprigen Verwaltungsapparat zugetraut hätte. In kargen Umgebungen, wo so gut wie jeder Kontakt nach außen eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellte, waren die Anreize für eine Kollaboration womöglich noch schwächer. An solchen Orten hatten die Europäer freilich wenig Interesse, mit Ausnahme von Punkten, die zufällig auf dem Weg zu reicheren Regionen lagen.[60]

Wenn eine Sicherheitszone und ein Netz die beiden unerlässlichen Voraussetzungen für das eigene Überleben waren, so bargen sie zugleich potenziell zwei Risiken. Sofern es den Europäern gelang, das Netz zu stören, konnten sie den Staat zersetzen und die Loyalität seiner mächtigsten Elemente untergraben. Und wenn es ihnen schließlich gelang, ihr Arsenal dampfbetriebener Verkehrsmittel, industrialisierter Konsumgüter und billiger Kredite so einzusetzen, dass die Verbindungen, welche die lokale Wirtschaft zusammenhielten, gekappt wurden, dann hatte das die Wirkung eines Kurzschlusses. Der Staat der Ureinwohner musste energische Maßnahmen einleiten, um den Schaden zu beheben. Doch die »Kur« konnte sich als so drastisch erweisen, dass sie das Gemeinwesen destabilisierte und den Charakter des Widerstands veränderte. Dieser Prozess ist in den »Zwischenjahren« von 1830 bis 1880 zu beobachten. Da sich die Reichweite der europäischen Siedlungstätigkeit, des Handels und der Religion vergrößerte, vervielfachten sich zwangsläufig auch die Konflikte mit afrikanischen und asiatischen Staaten. In vielen Fällen wurden die darauf folgenden Interventionen nur halbherzig durchgeführt. Häufig gelang es den Europäern jedoch, sei es unbeabsichtigt oder gezielt, das Gemeinwesen, auf das sie zielten, mit indirekten Mitteln zu

erschüttern. Am offensichtlichsten wurde dies bei den Küstenstaaten der malaiischen Welt, deren Seehandel (die Hauptquelle für Wohlstand und Einnahmen) von westlichen Konkurrenten ruiniert wurde. Die Konsequenz war freilich alles andere als erfreulich für den europäischen Imperialismus. Als die Macht der Herrscher zusammenfiel, wurden jene stärker, die von den Herrschern zuvor im Zaum gehalten worden waren. Wenn das Netz des Herrschers zerrissen wurde, meldeten sich rasch die starken Männer vor Ort oder die Räuber zu Wort, die er bislang in Schach gehalten hatte. Religiöse Fanatiker, Schmuggler, Piraten oder Sklavenjäger (wie in Ostafrika) konnten so eine neue soziale Ordnung hervorbringen. Diese wäre stärker dezentralisiert als das alte Regime. Häufig zeichneten sich die neuen Regime durch größere Fremdenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit aus. Die neue Elite konfrontierte die Europäer mit einer anderen Form des Widerstands. Sie bestätigte deren Annahme, dass ein großer Teil Afrikas und Asiens gefährlich und barbarisch sei. Aber letztlich war die Ordnung in der Regel zu zersplittert und instabil, um dem immer kraftvolleren Zugriff der Europäer auf die Handelsrouten, Verbindungen und Knotenpunkte zu widerstehen. Ebenso wenig gelang es ihnen, die lokalen Koalitionen zu vereiteln, welche die Europäer aufgrund ihrer Überlegenheit hinsichtlich jeder Form von Mobilität schließen konnten. Am Ende wurde ein rein lokalisierter Widerstand entweder einzeln Ort für Ort niedergeschlagen, oder man ließ die Rebellen am Rand der Kolonie ein marginales Dasein fristen.

Dieses »Endspiel« zeichnete sich jedoch erst allmählich ab: in großen Teilen Afrikas und Asiens erst nach 1880 oder sogar nach 1900. In der Zwischenzeit standen die Aussichten für den Aufbau eines Reiches an all jenen Orten schlecht, an denen die Europäer noch nicht die nötigen Mittel gesammelt hatten, um lokale Netze zu zerreißen und ihre eigenen an deren Stelle zu setzen. Die Errichtung

verschiedener Formen muslimischer Reich sei im Großteil Westafrikas weit wahrscheinlicher als europäische Herrschaft, meinte der Weltreisende Winwood Reade. »Falls die Türken aus Europa vertrieben werden sollten«, schrieb er, »würden sie wahrscheinlich die Herrscher Afrikas werden, was im Interesse der Zivilisation ein glückliches Ereignis wäre.«[61] Der französische Marineoffizier, der den Mekong erkundet hatte, beklagte sich bitter über die »tiefe Gleichgültigkeit« der öffentlichen Meinung in Frankreich gegenüber der von ihm dargelegten Vision eines Kolonialreiches in diesem Gebiet.[62] Endlose »Indianerkriege« gegen einen nicht zu fassenden Feind, ohne die Mittel für einen raschen Sieg und ohne lokale Unterstützung für eine dauerhafte Herrschaft, hatten für die europäischen Regierungen wenig Anziehungskraft. Sie konnten sich winzige Vorstöße von etablierten Brückenköpfen aus erlauben und versuchen, den lokalen Herrschern einen Knockout-Schlag zu versetzen. Aber in großen Teilen Afroasiens mussten sie sich mit dem Überleben der großen indigenen Staaten abfinden und notgedrungen den Widerstand der kleinen tolerieren.

Die große Ausnahme war Indien, der wohl bemerkenswerteste Fall von Imperialismus in der modernen Geschichte. Bis 1820 hatten sich die Briten bereits zur dominierenden Macht auf dem Subkontinent aufgeschwungen. Im Jahr 1856, am Vorabend des Aufstands, hatten sie Sind und Pandschab erobert und Awadh annektiert. Sie schienen entschlossen, die direkte Kontrolle über ganz Indien zu übernehmen, einschließlich der Staaten, deren Fürsten bereits ihre Vorherrschaft anerkannt hatten. Doch die Eroberung Indiens verlief nicht reibungslos und war durchaus umstritten. Unter hohen Kosten wurde sie in einer Phase der Depression durchgeführt, die nicht zuletzt durch die Steuerlast verursacht wurde, die frischgebackene, koloniale Untertanen mit einem Mal tragen mussten. Das Projekt war in London unbeliebt. Angesichts des Risikos,

dass die Ostindien-Kompanie (zu der Zeit noch die Repräsentantin der britischen Macht) unter der Belastung Bankrott gehen könnte, wurden Ängste vor einer Parlamentskrise vom Ausmaß der 1780er Jahre wach. Die Spannungen, die in der indischen Gesellschaft geschwelt hatten, brachen am Ende in der »Great Mutiny«, dem Großen Aufstand von 1857 aus. Für viele britische Radikale war Indien eine despotische Bürde und würde Großbritannien unvermeidlich in eine endlose Reihe von Kriegen in Asien hineinziehen.

Aber ungeachtet aller Einwände hatte die Stoßkraft der Expansion kaum nachgelassen. London murrte zwar, wagte aber nicht, sich von den hyperaktiven Statthaltern zu distanzieren. Als der Aufstand niedergeschlagen und die Ostindien-Kompanie diskreditiert war, übernahm die britische Regierung die Rolle des Herrschers über Indien. Diese bereitwillige Machtübernahme ist umso erstaunlicher, weil die strategische Belastung, Indien gegen Rivalen aus dem Norden und Westen zu verteidigen, bereits zu einem Schreckgespenst für die britische Diplomatie geworden war. Die Aufgabe wurde durch die militärische Reorganisation, die nach dem Aufstand unabdingbar war, noch komplizierter. Unter dem Motto »Nie wieder« sollten bis zu 70.000 britische Soldaten dauerhaft in Indien stationiert werden: ein britischer Soldat auf zwei indische. Das entsprach einem Drittel bis der Hälfte der britischen Armee und wohl dem Dreifachen der Truppen, die dort vor dem Aufstand stationiert waren. Somit drängen sich zwei Fragen auf. Warum wurde Indien früher und vollständiger als jeder andere Teil Afrikas und Asiens erobert? Und warum waren die Briten bereit und imstande, die großen Risiken und hohen Kosten der Herrschaft zu tragen?

Um die erste Frage zu beantworten, müssen wir auf die Voraussetzungen zurückkommen, unter denen Indien eine doppelte Revolution durchlief und die britische Macht zuerst am unteren Ganges etabliert wurde. Nach jener doppelten

Revolution wurden die Moguln, die nominellen Herrscher Nord- und Zentralindiens, durch eine Binneninvasion entmachtet, die zunächst Nadir Schah, der iranische Napoleon, und anschließend sein afghanischer Nachfolger Ahmed Schah Durrani gestartet hatten. Zu dieser Zeit waren die Küstenregionen – an erster Stelle die dynamische Textilwirtschaft Bengalens – vom Außenhandel immer abhängiger geworden und immer häufiger in Konflikte mit den Händlern geraten. Als die Ostindien-Kompanie den bengalischen Nawab Suradsch ud-Daula mit Hilfe lokaler Verbündeter verdrängte und einen Marionettenherrscher einsetzte, stellte sie schon bald fest, dass die alte Reichsherrschaft in Delhi dem Zusammenbruch nahe war. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Handelsgesellschaft den Ganges hinauf vorgerückt, hatte Delhi besetzt und die Moguln selbst zu einer Marionettendynastie gemacht. Die Diener der Handelsgesellschaft, wie ihre Vertreter genannt wurden, konnten aus der Ausdehnung ihrer Macht erheblichen persönlichen Gewinn ziehen, da die Kontrolle über den Handel einen stetigen Strom an Abgaben gewährleistete und der wachsende bürokratische Apparat viele Arbeitsplätze schuf. Der »Staat« der Handelsgesellschaft schlug jeden Herrscher vernichtend, der ihre Interessen gefährdete. Bald war es geläufige Meinung, diesen Triumph auf die Durchsetzung des britischen Willens über das Chaos und die Lethargie der einheimischen Inder zurückzuführen. In Wirklichkeit lag der Schlüssel zur britischen Macht jedoch nicht in der Rückständigkeit und Trägheit Indiens, sondern in seiner Offenheit für Neuerungen, seiner geographischen Zugänglichkeit und in der Ausgereiftheit des finanziellen und kommerziellen Lebens.

Indiens Offenheit erleichterte den Briten die Übernahme in mehrfacher Hinsicht. Sie war nicht zuletzt der Grund für die doppelte Revolution. Anders als in China hatte keine Große Mauer das Eindringen von Zentralasien her in die

Ebenen Hindustans verhindert. Und die ausländischen Händler waren auch nicht auf winzige Häfen – wie in China auf Kanton – beschränkt. Es war für die Europäer viel einfacher, Informationen über Indien zu sammeln als über China. Die europäischen Händler hatten weit weniger Schwierigkeiten mit ihren indischen Kollegen. Die Wirtschaft Indiens – im 18. Jahrhundert die Drehscheibe des weltweiten Textilhandels – war viel stärker nach außen gerichtet als jene Chinas, und seine Bankiers und Händler wurden von ihren Herrschern längst nicht so stark kontrolliert. In der Küstenregion Indiens trafen die Briten auf Handelsstaaten anstatt auf eine feindselige Bürokratie, die einem fernen Kaiser rechenschaftspflichtig war. Als ihre Interessen bedroht waren, fiel es den Briten leicht, mit den unzufriedenen Untertanen der Herrscher an der Küste gemeinsame Sache zu machen. Da die Briten nur über begrenzte militärische Möglichkeiten verfügten, waren die starken Männer vor Ort, die den Handel mit der Ostindien-Kompanie auf keinen Fall verlieren wollten, gezwungen, selbst zu intervenieren.

Aber das allein würde kaum erklären, weshalb die Briten mit solcher Leichtigkeit ins Innere des Subkontinents vordrangen. Hier konnten sie sich drei weitere Vorteile der frühneuzeitlichen »Modernität« Indiens zunutze machen: Erstens war ein großer Teil Indiens bereits durch ein Kreditsystem miteinander verbunden, das Ungleichgewichte auf dem ganzen Subkontinent austarierte. Bei den unzähligen Kriegen konnten die Briten ihre Handelsgewinne mit den finanziellen Diensten der indischen Bankiers kombinieren, um militärische Rückschläge zu verkraften und ihren Gegnern die Stirn zu bieten.[63] Zweitens konnten sie sich, angefangen mit Bengalen – der reichsten Region –, auf die Einnahmen aus einem bewährten Grundsteuersystem stützen. Sie konnten die aufgeblähten Reihen ihrer Armeen bezahlen und sich dann frische Einkommensquellen einverleiben, um weitere Kriege zu finanzieren. Hier

entstand ein sich selbst fördernder Kolonialismus, der in den weniger entwickelten Regionen Afrikas und Asiens kaum funktionieren konnte, geschweige denn in nichtmonetären Volkswirtschaften ohne staatliche Einnahmen. Drittens fiel es der Handelsgesellschaft nicht zuletzt deshalb leicht, eine Berufsarmee aus Sepoy zu rekrutieren und zu finanzieren, die ihrem ausländischen Zahlmeister loyal diente, weil das indische Tiefland bereits Berufskasten und Söldnerarmeen entwickelt hatte. (Das Gegenteil sind Clan-orientierte Loyalitäten und feudale Abgaben.) Im Jahr 1835 verfügte die bengalische Armee über 64 Regimenter »einheimischer Infanterie«, und die indischen Armeen der Handelsgesellschaft waren viel größer als die gesamte britische Armee im Mutterland und im Ausland.[64] Mit diesem stehenden Heer als Rammbock vermochte die Ostindien-Kompanie die meisten Widersacher auszuschalten.

Somit war es Indien selbst, das den europäischen Invasoren die Ressourcen bot, die sie für die Eroberung nutzen konnten.[65] Erstaunlich früh schuf die Handelsgesellschaft deshalb ihre eigene »Sicherheitszone« und erklärte sich zu einer indischen bzw. »Landesmacht«, die mit indischen Konkurrenten auf Augenhöhe wetteiferte. Es gelang ihr, die Mobilität der indischen Gesellschaft zu ihrem Vorteil zu nutzen. Westindien war seit langem für ausländische Kaufmannseliten offen gewesen, in erster Linie für die Parsen, die ursprünglich aus dem Iran stammten und bald die westliche Hafenstadt Bombay dominierten. Sie waren natürliche Partner der »Firma« Ostindien-Kompanie. In Bengalen entstand rasch eine neue Hindu-Elite, die *bhadralok* (»angesehene Leute«). Sie löste die muslimische alte Garde ab und stellte die gebildeten Kollaborateure, auf die der Raj der Handelsgesellschaft angewiesen war. Mit solchen Bündnispartnern konnte die Handelsgesellschaft die lokalen Netzwerke knüpfen, mit denen sie den Handel und die Einnahmen jedes indischen Rivalen unter Druck setzen und am Ende abwürgen konnte. Das hatte zur Folge, dass

sich das Gleichgewicht aus Kosten und Risiken von Großbritannien, dem eigentlichen Nutznießer des indischen Imperiums, weg zu dem »anglo-indischen« Hybridgemeinwesen verschob, das zuerst im bengalischen »Brückenkopf« entstanden war. Dieses »Anglo-Indien«, nicht Großbritannien, finanzierte die Eroberungskriege. Als London Truppen zur Unterstützung schickte, bezahlte die Handelsgesellschaft deren Rekrutierung – ein Grund, weshalb ihr Einsatz in Westminster weniger Aufsehen erregte als die kleineren Kontingente, die in verarmte Kolonien wie Neuseeland oder Südafrika entsandt wurden.

Größe und Wohlstand des Staates der Ostindien-Kompanie hatten weitere Folgen. Von Anfang war Anglo-Indien ein Eldorado für jene in Großbritannien (vor allem in Schottland), denen es gelang, für den kommerziellen oder zivilen Dienst oder für das Offizierskorps der Armeen der Ostindien-Kompanie nominiert zu werden. In den 1830er Jahren bildeten diese Männer und Familien eine beeindruckende Interessengruppe, die sich vom Aufstieg der Handelsgesellschaft viel versprach. Ihre Schriften und Erinnerungen bildeten die Basis jenes anglo-indischen Mythos, in dem die zentrale Stellung Indiens für die britische Macht zum beherrschenden Thema wurde. Und der wohl bemerkenswerteste Effekt: Das dramatische Schauspiel der Eroberung Indiens, das einst von Edmund Burke vernichtend kritisiert worden war, wurde nunmehr von Utilitaristen und Liberalen gleichermaßen als Musterbeispiel für rationale Reformen gerechtfertigt. Die Überreste der Ignoranz und des Aberglaubens würden angeblich durch zivilisierte Modernität überwunden. Indien galt auf einmal als Projekt, und nicht mehr als Missbrauch. Sogar zwei der einflussreichsten Schriftsteller des viktorianischen Großbritanniens waren erpicht darauf, die Werbetrommel für Indien zu rühren. Beide standen auf der Gehaltsliste der Ostindien-Kompanie. Der Historiker Thomas B. Macaulay hatte dem Rechtsausschuss in der indischen Regierung der

Kompanie angehört. Seine Essays über Robert Clive (1840) und Warren Hastings (1841) schilderten die beiden als fortschrittliche Baumeister von Imperien in der Tradition Roms. John Stuart Mill, der Prophet des liberalen Individualismus, saß im Londoner Hauptquartier der Handelsgesellschaft. In seinem Werk *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie* (Original 1861) wurde die britische Herrschaft energisch als einziger Weg zu gesellschaftlichem Fortschritt gepriesen.

Diese Einflüsse erklären nicht zuletzt, weshalb sich London so tolerant gegenüber dem Imperialismus der Handelsgesellschaft verhielt. Wohl ebenso vielsagend war die Tatsache, dass Indien in den 1840er Jahren bereits ein wichtiger Aktivposten für ein Handelsimperium geworden war. Im Jahr 1850 lebten fast 12.000 Briten in den größten Hafenstädten Kalkutta und Bombay.[66] Nach 1830 übertrafen die britischen Exporte nach Indien durchweg jene zu den Westindischen Inseln, dem bisherigen Juwel des Kolonialhandels. Indische Soldaten wurden eingesetzt, um die Öffnung der chinesischen Häfen zu erzwingen und um den britischen Handel in Südostasien zu schützen. In dem Maße, wie der Korb voll goldener Eier immer größer wurde, konnte man leicht die Gesundheit der Gans aus dem Blick verlieren. Aber im Jahr 1857 führten die Spannungen, die sich wegen des rasanten Aufbaus des Reiches entwickelt hatten, zu einem großen Aufstand.

Die Revolte begann als Meuterei indischer Sepoy (Soldaten) in Meerut – über 60 Kilometer nordöstlich von Delhi gelegen – gegen die Verwendung von Munition, die man mit Tierfett eingerieben hatte. Hinter diesem Aufstand steckte eine umfassende Verschwörung im Umfeld der indischen Offiziere der bengalischen Armee. Der geringe Sold, das geringen Fähigkeiten der weißen Offiziere, das Unterdrücken von Plünderungen und die Erbitterung über die Verwässerung einer Armee der oberen Kasten durch Rekruten aus unteren Kasten hatten die Truppen zur

Meuterei getrieben. Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, die britische Herrschaft abzuschütteln und unter indischen Herrschern wieder in Dienst zu treten.[67] Doch der Aufstand breitete sich mit sensationeller Geschwindigkeit aus, weil durch den augenscheinlichen Zusammenbruch der britischen Militärmacht eine weit größere Masse an Unzufriedenen Mut fasste.

Drei verschiedene Beschwerden steckten hinter der großen Revolte. Erstens werteten die muslimischen Eliten des alten Kernlands der Moguln das abnehmende Prestige des Mogul-Herrschers – seit 1803 eine Marionette – weithin als Gefahr für den indischen Islam. Der Aufstand war zum Teil eine muslimische Reaktion gegen die Oberherrschaft eines Ungläubigen. Als die Meuterer im Mai 1857 in Delhi einmarschierten, versprachen sie das Wiederaufleben der Mogul-Herrschaft. Zweitens bot die unvermutete Implosion der britischen Macht im Tal des Ganges regionalen Magnaten die Gelegenheit, die Macht wiederzuerlangen, die sie an die immer stärker zupackende Hand des Raj verloren hatten – oder zu verlieren fürchteten. Das galt vor allem für das Königreich Awadh, das ein Jahr zuvor von der Ostindien-Kompanie annektiert worden war, und für lokale Herrscher in den Hochebenen Zentralindiens. In Kanpur riss Nan Sahib die Macht an sich. Er träumte von der Wiederherstellung der Konföderation der Marathen, die im Jahr 1818 von der Ostindien-Kompanie zerschlagen worden war. Drittens profitierten zwar einige lokale Interessengruppen von der Grundsteuer der Handelsgesellschaft und ihren Bemühungen, den Grundbesitz und die Besitzansprüche zu regulieren, doch dies verbitterte andere Gruppen. Das Resultat war eine uneinheitliche und unberechenbare Landrevolte. In einem breiten Landstrich in Nordindien vermischten sich diese drei Elemente zu einer gemeinsamen, schlecht koordinierten, antikolonialen Front.



Die britische Herrschaft geriet in höchste Gefahr. Der Handelsgesellschaft stand eine lange und kostspielige Rückeroberung bevor, die durch äußere Bedrohungen und heftige politische Kritik im eigenen Land noch erschwert wurde. Der Aufstand drohte sich auf die restlichen

Fürstenstaaten auszuweiten, deren Streitkräfte ebenfalls gegen ihre europäischen Offiziere rebellierten. Im Kernland wurde er jedoch nach etwas mehr als einem Jahr niedergeschlagen und schwelte nur noch in den abgelegenen Hügeln und Wäldern bis 1859 weiter. Awadh war im Juli 1858 zurückerobert worden. Im April jenes Jahres hatten die Briten rund 90.000 weiße Soldaten und ebenso viele loyale Inder gegen rebellische Kräfte aufgeboten, die allenfalls 60.000 Mann zählten.[68] Ungeachtet des Ausmaßes ihres Aufstands scheiterten die Rebellen aufgrund von vier entscheidenden Schwächen: Der Aufstand beschränkte sich auf Nordindien; er griff (trotz alarmierender Anzeichen) nicht auf Bengalen, Bombay und Madras über, das Herz der britischen Herrschaft. Die Briten konnten aus diesen »loyalen« Zonen Truppen und Vorräte abziehen und Hilfe aus dem Mutterland rufen. Zweitens verteidigten die Briten mit letzter Kraft einige wichtige Vorposten in dem Aufstandsgebiet, darunter Agra und Benares (das heutige Varanasi), und behielten die Kontrolle über die neue Provinz Pandschab, wo sie durch den Telegrafen gerade noch rechtzeitig gewarnt worden waren.

Der Pandschab gab den Ausschlag. Aus ihm kam die (hauptsächlich indische) Armee, die im September 1857 Delhi zurückeroberte und damit das einzig verlässliche Zentrum für eine Vereinigung der Rebellen zunichte machte. Sobald die Briten den Gegner wieder mit Macht zurückdrängten, gelang es ihnen drittens wegen der Spaltungen unter den Rebellen und des Fehlens eines gemeinsamen Ziels, einer Ideologie und Führung, den Widerstand Distrikt für Distrikt niederzuschlagen. Viertens blieb den Rebellen vor dem britischen Gegenangriff zu wenig Zeit, um das Netz der Handelsgesellschaft zu zerschlagen und ihr eigenes zu knüpfen. In Nordindien konnte kein neues Mogul-Reich entstehen: Die rebellischen Regierungen in Delhi und Lucknow konnten nicht einmal ihre Sepoy bezahlen. Auch wenn viele indische

Würdenträger ihr Schicksal mit den Rebellen verknüpften, als die Briten abzogen, so hatten sie doch zu viel zu verlieren, um sich mutig in den Kampf zu stürzen, als die Briten zurückkehrten. Angesichts der skrupellosen Grausamkeit der britischen Rückeroberung, die sich etwa in der Plünderung Delhis und der Vertreibung der Muslime zeigte, blieb kein Raum für politische Kompromisse.[69]

Der Schock des Aufstands prägte jedoch die Haltung der Briten zu ihrem indischen Reich. Sie wurden völlig überrumpelt. Der Aufstand hatte sich mit rasender Geschwindigkeit ausgebreitet. Hunderte von Weißen waren ermordet worden, darunter viele Frauen und Kinder (über 200 allein im Massaker von Kanpur). Trotz unzähliger Akte der Loyalität und der Humanität durch Inder vergiftete unweigerlich Misstrauen die englisch-indischen Beziehungen. Rassistische Gefühle grassierten vermehrt. Viele Briten waren überzeugt, dass die Ursache der Aufstands eine muslimische Verschwörung gewesen sei: »Die Sepoy sind lediglich Werkzeuge in den Händen der Muselmanen.«[70] Landauf landab wurde betont, dass die britische Herrschaft sich auf das Schwert stütze.[71] Die Narben des Aufstands blieben den Regierungsvertretern stets frisch im Gedächtnis. Die britische Herrschaft wurde vorsichtiger und konservativer. Die imperiale Bürde, Indien gegen einen Angriff von innen und außen zu verteidigen, schien nun schwerer zu tragen. Doch es gab auch massive Kompensation. Nach 1860 entwickelte sich Indien mit der Ausweitung des Eisenbahnnetzes viel rascher zum Rohstofflieferanten und größten Markt für den wichtigsten britischen Exportartikel: Baumwollstoffe. Und selbst wenn die Bürde der Truppenstationierung in Indien schwer wog, so kostete sie doch den britischen Steuerzahler keinen Penny. In Wirklichkeit wurden nach 1860 zwei Drittel des stehenden Heeres des Britischen Empires (insgesamt rund 330.000 britische und indische Soldaten) ausschließlich aus den indischen Einnahmen finanziert, und die Streitkräfte aus

Indien konnten von Malta bis nach Shanghai überall eingesetzt werden – und wurden es auch. Als die Aufteilung Afrikas und Asiens nach 1880 in Fahrt kam, wurde Indiens geopolitischer wie auch ökonomischer Wert zu einem Axiom der britischen Politik. Ein unsicheres Reich war unverzichtbar geworden.

Der Wettlauf gegen die Zeit

Die Ereignisse in Indien waren ein Warnsignal – falls dies überhaupt nötig war – dafür gewesen, was überall in Eurasien und Afrika geschehen konnte, nachdem die Europäer mit ihrem Arsenal neuer Waffen (kommerzieller, kultureller und militärischer) in der Nachbarschaft erschienen waren. Zunehmend sahen sich die Herrscher und Eliten der afro-asiatischen Welt in einen Wettlauf hineingezogen. Sie mussten Möglichkeiten finden, ihre häufig lose verbundenen Staaten zusammenzuhalten; das Gefühl einer kulturellen Zusammengehörigkeit zu verstärken; mehr Handel zu fördern und höhere Einnahmen zu erzielen. Und sie mussten das vor allem rechtzeitig tun. Immer wieder standen sie vor einem Dilemma. Wenn sie versuchten, durch Anwendung »europäischer« Methoden selbst stärker zu werden, also Armeen, bürokratische Apparate, Schulen und Technologien nach europäischem Vorbild aufbauten, dann gingen sie ein hohes Risiko ein. Der soziale Zusammenhalt, den sie so verzweifelt bewahren wollten, könnte sich in Disputen mit den alten Wächtern der Kultur auflösen: den Lehrern, Geistlichen und Gelehrten. Das Streben nach politischer Einheit könnte die amtierenden lokalen Machthaber brüskieren, die ihre provinzielle Autonomie in vollen Zügen genossen. Eine stärkere Regulierung des Handels könnte die Kaufleute und deren Kunden verärgern. Wenn die Eliten mehr Europäer in der

Funktion als Händler, Berater und Experten ins Land ließen, könnten sie mit dem Vorwurf der Schwäche oder gar des Verrats konfrontiert werden. Zugleich mussten sie fürchten, dass diese genehmigten Eindringlinge ihnen Schaden zufügten oder sich als Unruheherde entpuppten. Aber wenn sie versuchten, die Europäer auszuschließen, könnte umgekehrt das Projekt der »Selbststärkung« scheitern. Noch schlimmer, sie könnten einen Angriff provozieren, bevor sie auf ihn vorbereitet waren, und das könnte eine Katastrophe herbeiführen. Sie mussten zwei Wettläufe gleichzeitig bestreiten: einen Wettlauf, um sich selbst zu stärken, bevor Europa mit Macht ins Land drängte; und einen Wettlauf um »Reformen«, bevor interne Konflikte alle Hoffnung auf einen Erfolg zunichte machten.

Von den großen eurasischen Staaten außerhalb Europas waren China (allen voran) und Japan stets die reichsten, stärksten und für europäischen Einfluss unzugänglichsten gewesen. Bis in die 1830er Jahre hinein wirkten sie geradezu unverwundbar gegenüber europäischen Angriffen. Bei China ging diese Unangreifbarkeit im Jahr 1840 zu Ende, und in Japan schwand sie bereits ebenfalls. Beide Staaten wurden zunehmend seitens der Europäer unter Druck gesetzt. Großbritannien, Russland und die Vereinigten Staaten stellten sich an die Spitze. Sie forderten freien Zugang zu den Häfen Ostasiens, freien Handel mit chinesischen und japanischen Kaufleuten und die Abschaffung des diplomatischen Protokolls, nach dem Westler den Status von Barbaren hatten, die dem Reich der Mitte und Japan kulturell und politisch unterlegen waren. Diese Forderungen wurden von Säbelrasseln und dem Einsatz militärischer Gewalt begleitet, und auch territoriale Ansprüche wurden erhoben: von der britischen Seefahrernation bescheidene (wenn auch alles andere als unbedeutende) an der Küste, weit größere von dem kontinentalen Nachbarn Russland. Wie zu erwarten, hatte diese traumatische Veränderung in den internationalen Beziehungen weitreichende politische,

kulturelle und wirtschaftliche Konsequenzen in China und Japan. Bis zum Jahr 1880 hatten beide eine Reihe interner Veränderungen durchlaufen, die von ihren Initiatoren vielsagend als »Restaurationen« bezeichnet wurden: die T’ungchih-Restauration (»Union für Ordnung«) in China und die Meiji-Restauration (»Erleuchtete Herrschaft«) in Japan.[72] Beide waren das Ergebnis des Zusammentreffens innerer Spannungen und äußerer Bedrohung. Aber ihr Verlauf wich gravierend voneinander ab, und das galt auch für das Ausmaß des Wandels, den sie anstoßen sollten.

China sollte als Erstes den Zorn der Europäer zu spüren bekommen. Der Anlass war der Zusammenbruch des alten »Kanton-Systems« für Chinas Handel mit Europa. Nach diesem System war Kanton der einzige Hafen, über den der – auf eine streng beaufsichtigte Gilde chinesischer Kaufleute (die »Hong«) beschränkte – Handel erlaubt war. Die Europäer durften Lagerhäuser oder Faktoreien am Kai unterhalten, aber es war ihnen untersagt, ständig in der Stadt zu leben. Zum Abschluss der Handelssaison zogen sie deshalb nach Macao um. Das Ende des Monopols der Ostindien-Kompanie auf den britischen Handel im Jahr 1833 sowie die rasche Steigerung der Zahl »freier« britischer Händler, die Opium verkauften – fast die einzige Ware, außer Silber, welche die Chinesen als Tauschgut für ihren Tee akzeptierten – lösten eine Krise aus. Die chinesischen Behörden waren von der Flut der Opiumimporte und dem Abfluss des Silbers (die Basis für Chinas Währung) zu deren Bezahlung ebenso alarmiert wie von der verbreiteten Missachtung der Bestimmung, den gesamten Außenhandel über Kanton abzuwickeln. Daher versuchten sie, die Kontrolle wiederzuerlangen. Als sie die britischen Vertreter vertrieben, die zur Überwachung des Handels ausgesandt worden waren, und geschmuggeltes Opium beschlagnahmten, brach in London ein Sturm der Entrüstung los. Im Februar 1841 traf die Royal Navy vor Kanton ein, die chinesische Kriegsflotte wurde vernichtet,

und ein Invasionskorps landete in der Stadt. Als die Chinesen Ausflüchte machten, drang eine zweite Streitkraft in das Jangtse-Delta vor, besetzte Shanghai, schlug eine Mandschu-Armee vernichtend und versperrte den Fluss und den Großen Kanal, die beiden Hauptadern des chinesischen Binnenhandels. Im August 1842 waren die Briten bis nach Nanking vorgestoßen, die südliche Hauptstadt des Reiches, und bereiteten sich auf einen Angriff vor. Der Kaiser kapitulierte, anschließend wurde der erste der »Ungleichen Verträge« unterzeichnet.[73]

Nach dem Vertrag von Nanking (1842) wurden fünf »Vertragshäfen« für den Handel mit dem Westen geöffnet; die Insel Hongkong wurde an die Briten abgetreten, die Europäer erhielten die Erlaubnis, in den geöffneten Häfen Konsule zu stationieren, und an die Stelle des alten Kanton-Systems trat ein freier Handel, einschließlich der Zusage, dass auf ausländische Importe nicht mehr als fünf Prozent Zoll erhoben werden durften. Das entsprach der völligen Umkehrung der alten Bedingungen, unter denen China mit dem Westen verhandelt hatte. Aber die Bedeutung des Vertrags sollte für diese Phase nicht überbewertet werden. So ärgerlich er für die chinesischen Behörden auch war, er brachte gleichzeitig gewisse Vorteile mit sich. Die Ausländer wurden weiterhin von Peking fern gehalten, durften nicht frei reisen und waren nach dem System der Konsulatsrechtsprechung aus administrativer Sicht sorgfältig von der chinesischen Bevölkerung getrennt.[74] Für ein landwirtschaftlich geprägtes Reich mit einem großen Binnenland war das Murren der Barbaren an der fernen Küste eine lästige Plage, die durch geschickte Diplomatie neutralisiert werden musste.

Damit war die Sache freilich nicht erledigt, denn es gab unablässig Reibereien zwischen Chinesen und Europäern. Im Jahr 1854 forderten die Briten nachdrücklich eine Revision des Vertrags. Sie wollten erreichen, dass weitere Häfen geöffnet würden und dass es Europäern gestattet würde,

sich freier im Landesinneren zu bewegen und ihr Handelsvolumen auszuweiten. Im Jahr 1856 wurde der »Arrow«-Zwischenfall zum Anlass für eine zweite militärische Operation. Die Chinesen hatten ein Schiff konfisziert, das angeblich unter britischer Flagge segelte. Als die Chinesen die Umsetzung des neuen, 1858 geschlossenen Vertrags verzögerten, landete ein englisch-französisches Expeditionskorps bei Tientsin (Tiangjing) und marschierte auf Peking. Als Vergeltung für ihre Verluste brannte es den Sommerpalast des Kaisers nieder. Das zweite große Vertragswerk, der Vertrag von Tientsin, öffnete weitere Häfen, im Norden bis Tientsin und weit den Jangtse aufwärts, und gewährte den Europäern (auch Missionaren) das Recht, sich im Landesinneren frei zu bewegen. Außerdem erhielt die alte Fiktion der chinesischen Überlegenheit einen kräftigen Dämpfer, als der Kaiser gezwungen wurde, die Stationierung europäischer Diplomaten in Peking zu genehmigen. China war, so schien es, zwangsweise in das internationale System der Europäer integriert worden, überdies zu schmachvollen Bedingungen und allenfalls als zweitklassige Macht.

Nachdenkliche chinesische Verwaltungsbeamte und Gelehrte – die chinesischen Beamten wurden aus den tüchtigsten Gelehrten ausgewählt – suchten nach einer Erklärung für diese verblüffende Entwicklung. Sie gelangten zu zwingenden Schlussfolgerungen: Ihre Methoden hatten versagt; Reformen waren dringend erforderlich. Man musste geeignetere Methoden für den Umgang mit den Barbaren finden. Das westliche Wissen musste systematisch übersetzt und verbreitet werden. Das Transport- und Kommunikationswesen musste verbessert werden. Vor allem musste China jedoch die modernen Waffen erwerben, die unerlässlich waren, um zu verhindern, dass der Westen beinahe nach Belieben die vitalen Punkte des Reiches angreifen konnte. »Wir sind von [Russland, Amerika, Frankreich und England] schmählich gedemütigt worden«,

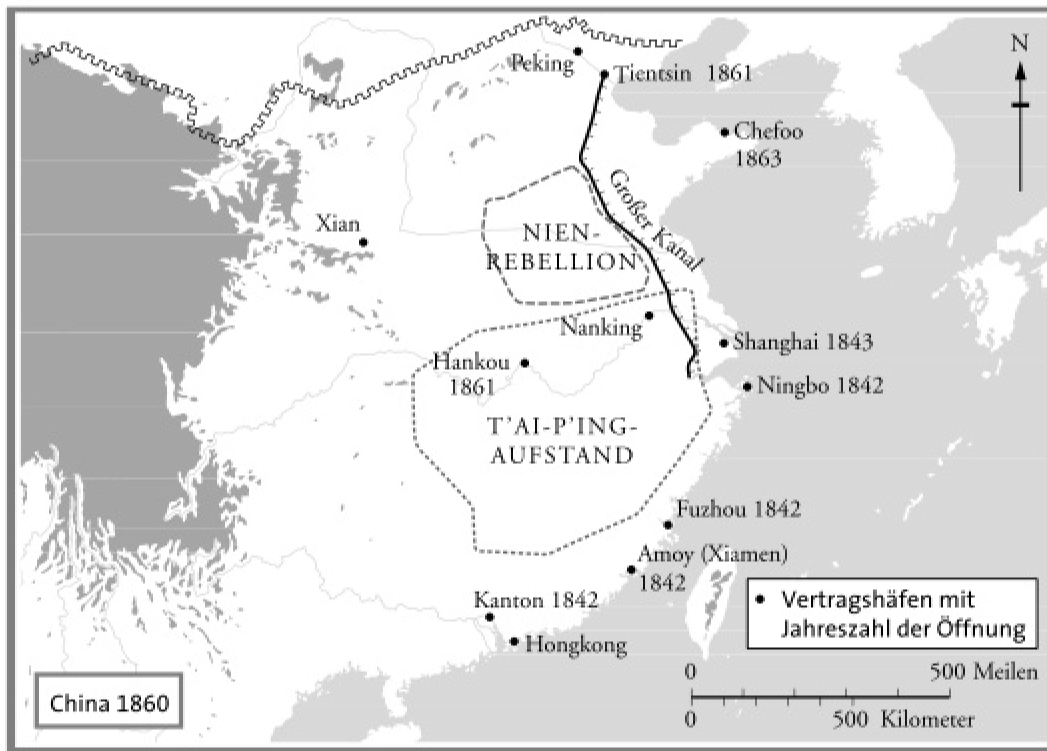
klagte der gelehrte Reformer Feng Guifen (Kuei-fen 1809–1874), »nicht etwa weil unser Klima, Boden oder unsere Ressourcen den ihren unterlegen wären, sondern weil unser Volk wirklich unterlegen ist […]. Warum sind sie [die Westler] klein und doch stark? Warum sind wir groß und doch schwach?«[75] Aber das Reich machte zu der Zeit, als Feng schrieb, eine innere Krise durch, die viel bedrohlicher erschien als die sporadischen Angriffe der Europäer. In den 1850er und 1860er Jahren befanden sich weite Teile Zentral- und Südchinas, einige der reichsten und produktivsten Regionen, im Aufstand. Das lähmte den Handel, verringerte die Staatseinnahmen und deutete auf die Aufhebung des »himmlischen Mandats« hin, das die entscheidende Legitimierung der Dynastie war.

Am bedrohlichsten war zweifellos der T'ai-p'ing-Aufstand. Er begann in Südwestchina, als ein Prophet seine Visionen eines tausendjährigen Reiches verkündete. In seinen Predigten vereinte er Elemente der christlichen Lehre, die er bei Missionaren aufgeschnappt hatte, mit dem verzweifelten Aufschrei der Bauern, die unter der wirtschaftlichen Not litten. Hung Hsiu-ch'uan erklärte sich zum jüngeren Bruder Jesu Christi und rief im Jahr 1851 eine neue Dynastie aus, die *T'ai-p'ing T'ien-kuo* oder das »Himmlische Reich des allgemeinen Friedens«. Er selbst amtierte als »Himmlischer König«. Mit verblüffender Geschwindigkeit gewann seine Bewegung Rekruten für eine Bauernarmee, fegte die isolierten Garnisonen der Qing-Regierung hinweg und stieß ins Kernland des Reiches am Jangtse vor. Anfang 1853 hatten sie bereits Nanking eingenommen. Hung hatte sich jedoch zum Ziel gesetzt, die herrschende Dynastie zu stürzen. Bis 1855 erreichten seine Soldaten Tientsin und bedrohten bereits die Hauptstadt. Damit hatte die Bewegung jedoch ihren Höhepunkt überschritten. Hungs Armee wurde nach und nach ins Jangtse-Tal zurückgedrängt, die endgültige Niederlage wurde jedoch bis 1864 aufgehalten. Dann starb Hung, und die kaiserlichen Truppen eroberten

Nanking.[76]

Der T'ai-p'ing-Aufstand, die große Rebellion des Nien-Bundes, die sich über ein riesiges Gebiet nördlich des Jangtse erstreckte und bis 1868 dauerte,[77] sowie die Revolte muslimischer Völker im Westen (1862–1873) waren symptomatisch für den dramatischen Zusammenbruch der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Vielleicht lagen die Ursachen in der Not der agrarischen Wirtschaft, die nach 1830 eine Reihe von Missernten erlebt hatte. China hatte im 18. Jahrhundert eine bemerkenswerte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt. Durch die Erschließung neuen Ackerlandes und den intensiveren Anbau auf alten Feldern hatte die Lebensmittelproduktion stets weit über dem Bedarf einer rasant wachsenden Bevölkerung gelegen, die bereits im Jahr 1850 rund 430 Millionen Einwohner betrug. Über die Kommerzialisierung und den Aufstieg des Binnenhandels war es den Bauern möglich, ihre Produktion durch Spezialisierung und Austausch zu erhöhen. Durch zunehmenden Außenhandel steigende Silbervorräte förderten diese blühende vorindustrielle Wirtschaft mit einem Zufluss an Geld.[78] Aber lange vor 1850 waren die Quellen der wirtschaftlichen Expansion versiegt. An die Stelle des Zustroms von Silber trat ein massiver Abfluss, weil die Opiumimporte in die Höhe schnellten:[79] Vermutlich floss bis zur Hälfte des seit 1700 angehäuften Silbers nach 1820 binnen weniger Jahre wieder ab.[80] Die drastische Schrumpfung der Geldmenge drückte die Preise und trocknete den Handel aus. Der Vorrat an neuem Ackerland konnte nicht länger den demographischen Druck auffangen. Die Bestrebungen, immer höhere Erträge auf alten Böden zu erzielen, stießen an ihre Grenzen und lösten möglicherweise einen ökologischen Rückschlag aus: Entwaldung, Bodenerosion, Verschlammung der Flüsse und abnehmende Fruchtbarkeit. Im nördlichen Zentralchina kam die Verlegung des Laufes des Gelben Flusses im Jahr 1855 einer

Umweltkatastrophe von gigantischem Ausmaß gleich. Mit diesen unzähligen Rückschlägen gingen wachsende soziale Spannungen einher: zwischen Steuereintreibern und Zahlern; zwischen Grundbesitzern und Pächtern; zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen in Regionen, in die der frühere Wohlstand die Menschen von weit her gelockt hatte; zwischen ethnischen und religiösen Minderheiten und der Han-Mehrheit, die im Zuge der Kolonisierungsbewegung des letzten Jahrhunderts nach Westen geströmt war. Die Regierungsvertreter, die sich darum bemühten, die öffentliche Ordnung zu sichern, die Grundsteuer einzutreiben, die Wasserwege zu erhalten und die Getreidevorräte zu verwalten, sahen sich dem wachsenden Widerstand einer unzufriedenen Bevölkerung gegenüber. Ihre Autorität und ihr Ansehen hatten bereits durch die »Privatisierungen« in der Ära der Expansion gelitten, als registrierte Kaufleute verstärkt die Kontrolle über die Steuereintreibung, Wasserwirtschaft und die Getreideverteilung übernahmen – ein Wandel, mit dem auch die Korruption munter wucherte. Es war kein Zufall, dass von den Rebellen des T'ai-p'ing-Aufstands mehr Land für die Bauern und die Rückkehr zu einer genügsameren und autarken Zeit gefordert wurde. Das gleiche gilt für die Kritik am Opiumkonsum – eine Haltung, die den Aufständischen die erbitterte Feindschaft der westlichen Kaufleute und ihrer Regierungen eintrug.



Im Jahr 1860 standen die gelehrten Beamten, die das Qing-Reich regierten, vor einem Scherbenhaufen. Ihr Ansehen und ihr Selbstvertrauen hatten unter den Forderungen der Briten, Franzosen, Amerikaner und Russen (die Peking 1858 im Vertrag von Aigun das riesige Amur-Becken abgenommen hatten) arg gelitten. Ihre Autorität im eigenen Land und die Staatseinnahmen, auf denen der gesamte Überbau der kaiserlichen Herrschaft ruhte, stürzten schließlich ins Bodenlose, als sich der Aufstand auf die 18 Provinzen des eigentlichen Chinas sowie auf äußere Provinzen ausweitete. In dieser verzweifelten Lage leisteten die Beamten Bemerkenswertes. Neue Generäle wie Zeng Guofan (1811–1872) und Li Hongzhang (1823–1901) dämmten die großen Aufstände ein und erstickten sie am Ende. Sie stellten in den Provinzen moderne Heere auf und rüsteten sie mit westlichen Waffen aus. Sie mobilisierten den Provinzadel,

der diese neuen, regionalen Truppen befehligte. Sie erhoben neue Steuern auf Handel und Außenhandel über den »Maritime Custom Service«, dessen leitende Positionen überwiegend von Europäern besetzt waren. Nachdem die Aufstände niedergeschlagen waren, suchten Zeng und Li nach Wegen für eine »Selbststärkung« Chinas. Der Import naturwissenschaftlicher Erkenntnisse wurde gezielt gefördert. Zwei große Arsenale wurden für die Produktion moderner Waffen gebaut. Chinesische Kaufleute wurden mit Subventionen und Monopolen ermuntert, in moderne Unternehmen zu investieren, insbesondere in den Schiffs- und Bergbau. Sie versuchten sogar, eine moderne Flotte im Westen zu kaufen, komplett mit europäischen Offizieren, was freilich misslang. Diese »Modernisierungsbemühungen« gingen im ländlichen China mit dem Bestreben einher, Land wieder zu besiedeln, das durch die Aufstände verödet war, die Wasserwege zu reparieren und die Autorität der gelehrten Oberschicht wieder herzustellen.[81]

Was dieses große Projekt nicht erreichen konnte (und auch gar nicht sollte), war die Transformation Chinas in einen modernen Staat nach westlichem Vorbild. Die Grenzen der »Selbststärkung« unter Zeng und Li traten im August 1884 schmählich zutage, als französische Kriegschiffe die neue, aber aus Holz gebaute Flotte Chinas in einem Konflikt um Vietnam in Stücke schoss.[82] Auch wenn im Zuge der Kooperation zwischen Staat und Kaufleuten womöglich Wege gefunden wurden, das industrielle Unternehmertum zu fördern, war man von einer breiten Industrialisierung der Wirtschaft noch himmelweit entfernt. Durch eine Agrarkrise mit darauf folgenden politischen Unruhen Mitte des Jahrhunderts wurde die Aufgabe noch erschwert. Zum Beispiel gelang es nicht, ein neues China rings um den Kern der reichsten Region im Jangtse-Delta aufzubauen, die im 18. Jahrhundert das Zentrum des Wirtschaftslebens gewesen war. Im Laufe des T’ai-p’ing Aufstands war sie allzu stark zerstört worden und war überdies zu anfällig für die

Einflüsse des Westens, um diese Aufgabe zu erfüllen. Man könnte sogar argumentieren, dass die eigentliche Priorität der »Restauration« eben die Wiederherstellung der Autorität des konfuzianischen Staates und dessen Ethos der Genügsamkeit und sozialen Disziplin war, und gerade nicht die Sprengung des konfuzianischen Korsetts.[83]

Doch obwohl den gelehrten Reformern die industrielle Transformation nicht gelungen war, sollte man die Bedeutung ihrer Aufbauarbeit nicht unterschätzen. Zwangsläufig hatten die Reformen Mitte des Jahrhunderts beträchtlichen Einfluss auf die Provinzen und ihre Oberschicht entfaltet. Das Sanierungsprogramm auf dem Land trug dazu bei, den ungeschriebenen Pakt zwischen den Bauern und ihren gelehrten Herren mit neuem Leben zu erfüllen. Außerdem wurde die Oberschicht durch die schrittweise Ablösung der hohen Mandschu-Beamten durch ethnische Chinesen stärker an das Reich gebunden: Mit einer einigen Elite entwickelte sich China nach und nach zu einem rein chinesischen Staat – obwohl jüngste Forschungen darauf schließen lassen, dass die Mandschu-Dominanz weiterhin ein Zankapfel blieb.[84] China war vielleicht der industriellen Produktion und der modernen Feuerkraft der europäischen Staaten nicht gewachsen gewesen, aber die eigene kulturelle und gesellschaftliche Solidarität war rechtzeitig für die Krisenjahre nach 1890 gestärkt worden.

Fest steht, dass es den europäischen Staaten nicht gelungen war, das Reich der Mitte zu einer halbkolonialen Randstellung zu degradieren. Die Vertragshäfen waren als Brückenköpfe zur chinesischen Volkswirtschaft gedacht gewesen und sollten sie nach dem indischen Muster für westliche Industrieprodukte öffnen. Aber obwohl der Außenhandel ausgedehnt wurde (zum erheblichen Nutzen der dörflichen Wirtschaft), widersetzten sich die chinesischen Kaufleute dem Eindringen ausländischer Unternehmer in die einheimische Wirtschaft. Ausländer waren gezwungen, mit ihren chinesischen Kunden über

einen Mittelsmann zu verhandeln, den Komprador.[85] In einem überaus konkurrenzfähigen und unsicheren Markt gab es keine leichte Beute. Der Lagerumschlag ging rasend schnell. Bereits in den 1870er Jahren standen außer den beiden größten ausländischen Handelskontoren, Jardine-Matheson und Butterfield & Swire, alle mit dem Rücken zur Wand oder mussten Neuankömmlingen Platz machen.[86] Im Vergleich zu Indien war China (mit einer doppelt so großen Bevölkerung) ein viel kleinerer und schwierigerer Markt, der nur die Hälfte der Importe Indiens aufnahm. Als es Anfang der 1880er Jahre zu einem Börsenkrach kam, schien sich das kommerzielle Eldorado, von dem die Europäer geträumt hatten, in Luft aufzulösen.[87] Aber die eigentliche Nagelprobe für Chinas politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit stand noch bevor.

In den 1850er und 1860er Jahren bestand aller Grund zu der Annahme, dass Japan das gleiche Schicksal wie China erleiden würde, und zwar in noch drastischeren Ausmaßen. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts waren im Zuge der allmählichen Öffnung des Nordpazifik immer mehr Schiffe in die Gewässer rings um Japan vorgestoßen, von Russland aus (dessen »Wilder Osten« nur wenige Hundert Meilen nördlich lag), von Großbritannien und von den Vereinigten Staaten aus. Im Jahr 1853 hatte der japanische Shogun nervös den amerikanischen Kommodore Perry willkommen geheißen und damit akzeptiert, dass die Ära der Abschottung (*sakoku*) vorüber war. Fünf Jahre später wurden den wichtigsten Westmächten in den »Ungleichen Verträgen« von 1858 Privilegien für den Zugang eingeräumt, die mit dem China 1842 abgepressten Vertrag durchaus vergleichbar waren. Ausländern stand es frei, eine Reihe von Vertragshäfen (der wichtigste war Yokohama in der Nähe von Tokio) anzulaufen und dort Handel zu treiben. Ferner standen sie hier unter dem Schutz ihrer Konsuln und unterlagen nicht der japanischen Rechtsprechung. Für ihre Büroräume, Lagerhäuser und Wohnsitze sollten Grundstücke bereit

gehalten werden. Japan war es nicht gestattet, über einen moderaten Satz hinaus Zölle zu erheben, um den »freien Handel« und den Vertrieb westlicher Industrieprodukte zu fördern. Sobald die einstige Isolation einmal durchbrochen war, schien Japan weit verwundbarer für westliche Dominanz als sein riesiger Nachbar auf dem asiatischen Festland. Die Bevölkerung war viel kleiner (ca. 32 Millionen), wenn auch nach europäischen Maßstäben durchaus beachtlich. Die wichtigsten Städte waren schutzlos den westlichen Kriegsschiffen ausgeliefert, denn Japan hatte keine Flotte. Die Russen hatten Sachalin besetzt (die erste Landung war im Jahr 1806 erfolgt) und bedrohten die dünn besiedelte Insel Hokkaido, die zweitgrößte im japanischen Archipel. Anfang der 1860er Jahre stand Japans politisches System dann vor dem Zusammenbruch, als ein Bürgerkrieg zwischen dem Tokugawa-Shogun und seinen mächtigsten Vasallen im Süden und Westen ausbrach.

Das Eintreffen der euro-amerikanischen Mächte (als Nebeneffekt des gemeinsamen Drucks auf China nach 1856) war einhergegangen mit einer Krise im Tokugawa-System, von dem Japan seit Anfang des 17. Jahrhunderts regiert worden war. Die Krise hatte sich dadurch massiv verschärft. Formal war der Shogun, der stets aus den großen und mächtigen Tokugawa-Clans ausgewählt wurde, der Statthalter des Kaisers, der in würdevoller Ohnmacht in seinem Palast in Kyoto lebte, mehrere Tagesreisen vom Sitz der Regierung in Edo entfernt. In der Praxis stützte sich die Macht des Shoguns auf die Unterwerfung der unzähligen und halbautonomen »Domänen« (*han*) und ihrer Clanführer unter seine Autorität, in einer Form der Lehnspflicht. Die *han* mussten einen Tribut an das *bakufu* des Shoguns (wörtlich »Zeltregierung«, auch Shogunat) entrichten, und ihre herrschenden Eliten wurden gezwungen, wechselweise ein Jahr lang in den großen Komplexen in Edo zu leben, als Faustpfand für ihr Wohlverhalten. Letztlich beruhte die Macht des Shoguns auf der Loyalität der Tokugawa-Clans

und der Unterstützung seiner anderen erblichen Vasallen gegen die *tozama* oder »Außenclans«.[88] Aber das *bakuhan*-System schöpfte auch aus dem konfuzianischen Ethos Kraft, das die Kaste der Samurai ganz durchdrang und die Loyalität gegenüber dem Kaiser betonte, sowie aus der extensiven wirtschaftlichen Integration, welche die Domänen an einen einzigen Markt band, der sich auf Osaka und Edo konzentrierte.

In den 1820er und 1830er Jahren hatte für dieses Ancien Régime eine Phase extremer Spannungen begonnen. Das mag daran gelegen haben, dass die landwirtschaftliche Produktion mittlerweile an ihre natürlichen Grenzen stieß. Die Rodung der Wälder und Methoden intensiveren Landbaus brachte nicht länger deutliche Zuwächse: Marginales Ackerland war gefährlich anfällig für klimatische Veränderungen.[89] Von den »Tenpo«-Hungersnöten in den 1830er Jahren war ganz Japan betroffen, der Nordosten am schwersten. Die Herrscher der Domänen steckten in der Zwickmühle zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber Edo und den Belastungen vor Ort, vor allem den »Reisstipendien« für die Samurai, eine Elite, die inzwischen als bürokratische Klasse weitgehend zivilisiert war. In mehreren großen Domänen ergriffen die herrschenden Gruppen drastische Maßnahmen, um die Zahlungsfähigkeit wieder herzustellen, indem sie Schulden nicht bedienten, Monopole attackierten, neue landwirtschaftliche Produkte und Industriewaren förderten und Goldbarren horteten.[90] Diese Gruppen zeigten auch ein wachsendes Interesse am Außenhandel, beispielsweise in der Domäne Satsuma, deren lange Kette der Ryukyu-Inseln, die sich weit in Richtung Taiwan erstreckte, lange Zeit das Tor zum Handel mit China gewesen war. Ferner interessierte sie der systematische Erwerb des »holländischen« Wissens – Informationen über den Westen und seine Zivilisation, die über den Schlüsselhafen Deshima einsickerten, der holländischen Handelsstation im Hafen von Nagasaki. Gleichzeitig waren

sich die führenden Domänen im Süden und Westen, Choshu und Satsuma, sehr wohl der wachsenden Gefahr einer westlichen Intervention bewusst, die sie am stärksten gefährdete. In den 1850er Jahren kauften beide Domänen moderne Feuerwaffen, Kanonen und Dampfschiffe und experimentierten für den Bau eigener Waffen sporadisch sogar mit westlicher Metallurgie.

Mit diesen Neuerungen mussten sie zwangsläufig auf Kollisionskurs mit dem Shogunat oder *bakufu* in Edo geraten. Die Kräfteverteilung innerhalb des *bakuhan*-Systems verschob sich. Die Verträge von 1858 und die Besänftigungspolitik des Shoguns angesichts des Drucks von außen spalteten und schwächten das *bakufu,* überdies wurde der Shogun von fremdenfeindlichen Zeitgenossen aufgefordert, »das Land zu schließen«. Die eigenen Rüstungsanstrengungen des Shogunats waren zaghaft und unentschlossen, aber die Regierungsbeamten widersetzten sich einer völligen Öffnung zum Westen, die von einigen Reformern gefordert wurde, weil sie den Zusammenbruch des traditionellen Systems fürchteten. Als die Präsenz des Westens immer längere Schatten warf, wurde die politische Stimmung zunehmend gereizt. Sowohl Choshu als auch Satsuma wurden 1863/64 in Scharmützel mit dem Westen verwickelt und bekamen am eigenen Leib dessen Stärke und die eigene Schwäche zu spüren. In den folgenden drei Jahren eskalierte die Entwicklung rasant in Richtung Bürgerkrieg, als Choshu und Satsuma, gemeinsam mit anderen Domänen, versuchten, die Unterstützung des Kaisers gegen die Tokugawa zu erhalten, und als das Shogunat seinerseits gegen Choshu Krieg führte.[91] Zwischen den Forderungen der Domänen nach mehr Autonomie und dem Willen des Shoguns, seine Macht zu erhalten, war kein Kompromiss möglich. Im Jahr 1866 bildeten die führenden Clans im Südwesten Japans eine gegen ihn gerichtete Allianz. Im Januar 1868 hatten die besser bewaffneten und besser geführten Streitkräfte von

Choshu und Satsuma die Tokugawa überwältigt und den Shogun zur Abdankung gezwungen. Um das Machtvakuum zu füllen und ihren Aufstand zu legitimieren, verkündeten die Rebellenführer die Restauration der kaiserlichen Herrschaft.

Bislang war die Krise in Japan einem allzu vertrauten Muster gefolgt. Der enge Kontakt mit einer ausländischen Macht und der verführerische Reiz, der von deren Waren und Techniken ausging, hatten die lokale Politik gestört und die Herrscher diskreditiert. Während neue Männer um die Herrschaft kämpften und das alte Regime zerbrach, wurde die Zeit reif für eine ausländische Intervention: Annexion, Protektorat oder noch drückendere »Ungleiche Verträge«. Japan blieb dieses Schicksal nicht zuletzt deshalb erspart, weil sich einige westliche Mächte nicht in den Bürgerkrieg einmischen wollten[92] – womöglich weil niemand absehen konnte, ob er am Ende von dem ungewissen Ausgang profitieren würde. Den Ausschlag gab jedoch die Geschwindigkeit und Entschlossenheit, mit der sich das neue Regime anschickte, einen modernen Staat aufzubauen.[93] Das Tempo und das Ausmaß des Wandels waren erstaunlich. Mit dem Fünf-Artikel-Eid versprach der Kaiser am 6. April 1868 eine Regierung durch öffentliche Versammlungen (ein seit langem aufgeschobenes Versprechen) und die Suche nach Wissen »auf der ganzen Welt«. Es wurden nach westlichem Vorbild Regierungsabteilungen eingerichtet, auch ein Auswärtiges Amt. Viel wichtiger noch war aber das Ende des Vasallentums. Die erblichen Herrscher von Domänen wurden nun absetzbare Gouverneure, ein Schritt, auf den 1871 die völlige Abschaffung der Domänen und ihre Ersetzung durch »Präfekturen« folgte. Das feudale Konglomerat war zu einem einheitlichen Staat mit der Hauptstadt Tokio geworden, wie Edo seit 1869 genannt wurde. Im Jahr 1872 wurde das alte System der Tributzahlungen zugunsten einer einheitlichen Grundsteuer abgeschafft, die in bar bezahlt werden musste, und im Jahr

1873 wurde eine allgemeine Wehrpflicht anstelle der Samurai und der feudalen Aushebungen eingeführt. Die Samurai wurden in den Ruhestand geschickt, mit einer nicht mehr in Reis, sondern in Geld ausgezahlten Pension. Zwischen 1870 und 1873 verwandelte eine Flut von Reformen – wie die rechtliche Gleichstellung, die freie Berufswahl, das Recht, Land zu verkaufen, und die Einführung des westlichen Kalenders – die gesellschaftliche Landschaft der Tokugawa-Ära. Die zögerlichen Schritte vor 1868 zur Umgestaltung Japans nach westlichem Vorbild waren durch einen regelrechten Run in Richtung einer »Moderne« im europäischen Stil abgelöst worden. Im Wettlauf gegen die Zeit hatten sich die Japaner als hervorragende Sprinter erwiesen.

An dieser Stelle drängen sich zwei Fragen auf: Warum schlug die neue Regierung einen so dramatischen Kurs ein, und wie gelang es ihr, so dramatische Veränderungen in einer zutiefst konservativen, um nicht zu sagen fremdenfeindlichen Gesellschaft durchzusetzen? Es hatte eher danach ausgesehen, als wollten die widerspenstigen Domänen lediglich das Tokugawa-Shogunat durch ein eigenes ablösen. In Wirklichkeit waren sie aber dazu nicht imstande. Erstens war keiner der Rebellenclans stark genug, um selbst die Tokugawa abzulösen, und ein solcher Versuch hätte den Bürgerkrieg nur endlos verlängert. Die Auflösung der Domänen (*han*) war die einzige Garantie für politischen Frieden. Zweitens waren die führenden Köpfe in der Rebellenallianz entschlossen, Japan gegenüber dem Westen zu stärken, und kamen aus Domänen, wo die Vorteile des Außenhandels, ausländischen Wissens und ausländischer Methoden für dieses Ziel allgemein anerkannt wurden. Am dringendsten wurde eine einheitliche Armee nach europäischem Vorbild benötigt. Um diese zu bezahlen, brauchte man ein vereinheitlichtes System der Besteuerung und staatlichen Einnahmen. Drittens sympathisierten die reformorientierten Samurai, die das neue Regime anführten,

aus einem Grund, der noch nicht ganz geklärt ist, mit den Forderungen der Händlerklasse nach einem Ende der strengen Regulierung des Wirtschaftslebens und des sozialen Status. Es war jedoch eine Sache, einen so ehrgeizigen Wandel in die Wege zu leiten; seine Durchsetzung gegen alle Zweifler und Kritiker stand auf einem ganz anderen Blatt. Vor allem von den Samurai (mehr als eine Million Mann) hätte man erwarten können, dass sie sich der Abschaffung ihres erblichen Status und ihrer militärischen Funktion widersetzen würde. Die Mehrheit der Bauern, die eine immer höhere Steuerlast aufbringen mussten, hatten noch weniger Grund zum Feiern. Die westlichen Mächte standen in den Startlöchern und warteten nur darauf, jede Misshandlung ihrer Staatsbürger oder Missachtung der Handelsverträge zu bestrafen.

Tatsächlich verlief der Wandel alles andere als friedlich. Viele neue Führer des Regimes fielen den Fehden der Samurai zum Opfer. Viele Jahre lang habe er, erinnerte sich Yukichi Fukuzawa, der berühmteste Verfechter der westlichen Lehre, so große Angst vor einem Attentat gehabt, dass er sich nachts nicht mehr aus dem Haus gewagt habe.[94] Beim »Südwest-Krieg« oder der Satsuma-Rebellion im Jahr 1877 zogen 30.000 Samurai und ihre Anhänger ins Feld, doch ihr Aufstand wurde von Tokios neuer Armee niedergeschlagen. Es kam zu unzähligen Bauernaufständen. Aber die japanischen Reformer fanden weit günstigere Bedingungen als ihre Gesinnungsgenossen in China vor. Die neue Regierung kontrollierte erstens von Anfang an die Domänen der Tokugawa, die gut ein Viertel Japans ausmachten, und verfügte über ein lebenswichtiges Reservoir an Geld und Männern. Zweitens wurde die enorme soziale Macht der Samurai-Kaste, die sich als sehr gefährlich erweisen konnte, zum Nutzen der Regierung eingesetzt. Mehr als alles andere gab dies den Ausschlag für den Erfolg. Durch das Ansehen von Führern wie Saigo Takamori und

Yamagata Aristomo[95] wurden die Ängste der Samurai beschwichtigt, und sie stellten sich in Scharen als Soldaten, Verwaltungsbeamte, Polizisten und Angestellte in den Dienst des Meiji-Staates. Die soziale Disziplin, die sie traditionell, vor allem auf dem Land, eingehalten hatten, trug mit dazu bei, Bauernunruhen zu unterdrücken, wie sie um ein Haar in China die Qing-Regierung gestürzt hätten. Drittens konnte in einem weit stärkeren Ausmaß als in China der lange Zeit im Verborgenen gebliebene Kaiser als mächtiges Symbol des neuen Regimes, als Brennpunkt einer zivilen Religion neu erfunden werden, mitsamt den Schreinen und staatlichen Priestern.[96] Schließlich fiel wegen der hohen ethnischen Einheit Japans eine potenzielle Ursache innerer Spaltung aus, und der neue Staat wurde gegen Einflüsse von außen gefestigt.

Diese politische Stärke hätte jedoch wenig bewirkt, wenn die Reformer an der zweiten Front gescheitert wären. Die wirtschaftliche Selbststärkung war ebenso wichtig wie die politische. Ein wirtschaftliches Scheitern hätte dazu geführt, dass aus fremdem Einfluss fremde Kontrolle entstanden wäre. Das konnte auf verschiedene Weise eintreten. Westliche Kaufleute könnten erleichterten Zugang fordern und ihre Regierungen zu einer stärkeren Intervention drängen. Bei einer eher schleichenden Variante hätte sich eine modernisierende Regierung in Tokio womöglich hoch im Ausland verschuldet und wäre finanziell von westlichen Gläubigern abhängig geworden. Und das schlimmste Szenario: Der schwierige Eintritt in die schwer fassbare Welt des internationalen Handels brachte das große Risiko eines Bankrotts mit sich, und ein bankrottes Regime, das im eigenen Land in Verruf geraten und im Ausland verwundbar war, hätte einer ausländischen Intervention kaum standgehalten. Den Japanern gelang es überaus erfolgreich, alle diese Klippen zu umschiffen. Natürlich sollten die Leistungen auch nicht überbewertet werden. Die Industrialisierung machte nur langsame Fortschritte. Im

Jahr 1880 bestanden die japanischen Exporte noch zu zwei Dritteln aus Rohseide und Tee. Im Jahr 1887 wurden schätzungsweise 90 Prozent des japanischen Überseehandels von ausländischen Kaufleuten abgewickelt.[97] Selbst im Jahr 1890 fiel es im Westen noch leicht, Japan als malerischen, orientalischen Staat zu betrachten, dessen Zahlungsfähigkeit von einer schmalen Palette an Exportartikeln abhing. In Wirklichkeit war damals jedoch das Fundament für wirtschaftliche Unabhängigkeit und industriellen Fortschritt bereits gelegt. In der Schlüsselindustrie der Baumwolltextilien entsprach die einheimische Produktion im Jahr 1880 der Höhe der Importe; vom Jahr 1883 an begann der Export.[98] Die Schlüsselinstitutionen für den kommerziellen und industriellen Erfolg – spezialisierte Außenhandelsbanken, große Handelshäuser *(zaibatsu)*, die Herstellung und Vermarktung miteinander kombinierten, und das System der staatlichen Zuwendungen – waren bereits vorhanden. Die galoppierende Inflation der 1870er Jahre (die Folge einer Überproduktion von Papiergeld) wurde in den deflationären 1880er Jahren drastisch korrigiert, eine stabile Währung bildete sich heraus. In der kritischen Übergangsphase liehen sich die Japaner fast kein Geld im Ausland. Die wichtigsten Gefahren der Modernisierung – finanzieller Kollaps und soziale Unruhen – waren gebannt worden.

Auf den ersten Blick hatten die Japaner das gleiche Rezept wie die Qing-Reformer befolgt. Der Staat hatte Kaufleute zur Investition in industrielle Unternehmen und Schiffsbau ermuntert und ihre Bemühungen mit Subventionen belohnt. Er hatte der Produktion moderner Waffen oberste Priorität eingeräumt. Er hatte erkannt, dass ausländische Kaufleute einen vernünftigen Zugang, Sicherheit für ihr Kapital und gemäßigte Steuern fordern würden. Aber die Japaner hatten schon in den 1880er Jahren mehr Erfolg als die Chinesen gehabt, und bis 1914 klaffte ein geradezu spektakulärer Unterschied in der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der

beiden Staaten. Bis zu einem gewissen Grad mag dies auf das günstige Vermächtnis Meiji-Japans aus der Tokugawa-Zeit zurückzuführen sein. Das »traditionelle« Japan war eine überwiegend alphabetisierte Gesellschaft mit hohen künstlerischen Fertigkeiten gewesen. Es besaß ferner eine bemerkenswert zentralisierte Wirtschaft um Osaka und Edo. Das Land hatte eine lange Tradition großer Finanzkaufleute – wie das berühmte Haus Mitsui –, die bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts zurückreichte. Aus diesen Häusern gingen die ersten *zaibatsu* hervor, global agierende Mischkonzerne. Einige große Domänen hatten lange vor der Restauration bereits Außenhandel betrieben und westliche Technologie angestrebt. Diese Argumente darf man jedoch nicht allzu hoch bewerten. Tokugawa-Japan war keine freie Marktwirtschaft. Das Einkommensniveau lag weit unter dem Anfangsniveau in anderen Staaten, die im Laufe des 19. Jahrhunderts erfolgreich industrialisiert wurden.[99] Die Strapazen des wirtschaftlichen Wandels hätten durchaus auch einen Rückzieher auslösen oder im Chaos enden können. Ein Nachzügler wie Japan brauchte für den Eintritt in die internationale Wirtschaft sowohl einen starken Staat als auch eine außergewöhnlich stabile soziale Ordnung.

Genau das war das Besondere an Japan. Die Samurai-Kaste, deren Führer die Restauration gestaltet hatten, dominierte den neuen Staat. Von Samurai geführte Regierungen liehen sich Geld von den großen Finanzkaufleuten und zahlten die Darlehen mit dem Verkauf staatlich finanzierter Unternehmen zu Spottpreisen zurück.[100] Das war ein von der Not diktiertes Bündnis gegen zwei Feinde: den Westen und drohende Unruhen im eigenen Land. Die Bauern blieben dabei auf der Strecke. Mit der neuen »nationalen« Armee und Polizei konnte der Meiji-Staat die Unzufriedenheit auf dem Land unterdrücken, den Bauern mehr Steuern abpressen als je zuvor und die Wirtschaftsmacht auf dem Land in den Händen der

Gutsbesitzer konzentrieren.[101] Die Bauern waren diejenigen, die draufzahlten, als die massive Deflation der 1880er Jahre die Preise drückte. Die Übernahme westlicher Methoden, Regeln und Institutionen durch Japan ist unbestritten. Doch der Kern des »Samurai-Kapitalismus« war die skrupellose Ausbeutung der Bauern, um den Kampf um industrielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu subventionieren.

Aufgrund dieser Merkmale des Übergangs war Japan womöglich einzigartig. Die entscheidenden Faktoren für den Erfolg im Wettlauf gegen die Zeit waren eine entwickelte, vorindustrielle Wirtschaft, die außerordentlich stabile soziale und politische Ordnung, die im Zuge der Restauration geschmiedet wurde, die relative Abgeschiedenheit vom Westen und dessen Feuerkraft sowie der glückliche Zeitpunkt, der eine »Selbststärkung« ermöglichte, ehe die gesamte Kraft des Westens nach 1890 im asiatischen Pazifikraum spürbar wurde. Im dritten Fall, dem des Osmanischen Reiches, fehlten diese Merkmale völlig oder wirkten sich zu dessen Nachteil aus. Das Resultat Ende der 1880er Jahre war die Unterwerfung unter eine Form wirtschaftlicher Schirmherrschaft und die unbestreitbare Aussicht auf einen Zerfall und eine vollständige Aufteilung unter den Westmächten. Gelegentlich konnte man den Eindruck bekommen, die Konflikte der Westmächte über den Umgang mit dem »Kranken Mann am Bosporus« seien der eigentliche Grund, weshalb er noch am Leben war. Freilich trifft es zu, dass die osmanischen Regierungen viel ungünstigere geographische Voraussetzungen hatten als die Chinesen oder Japaner. Das Osmanische Reich war weder kompakt wie Japan, noch war es mit dem riesigen, landwirtschaftlich ergiebigen Kernland Chinas gesegnet. Das über drei Kontinente ausgedehnte Reich war ab den 1830er Jahren an unzähligen Punkten mit

der Seestreitmacht der Europäer konfrontiert. Genau wie die »äußere« Grenze zu Europa auf dem Balkan musste es eine Reihe »innerer« Grenzen gegen Stämme, Nomaden und Wüstenvölker verteidigen: in Anatolien (gegen die Kurden), in Mesopotamien (dem heutigen Irak mit seiner schiitischen Mehrheit), in Syrien (wo arabische Wüstenvölker immer häufiger und brutaler über die kultivierte Randzone herfielen) und im fernen Jemen, dem südlichsten Punkt des Reiches. Spätestens seit 1840 konnte man durchaus davon ausgehen, dass das strategische Gleichgewicht irreversibel geschädigt worden war.[102] Osmanische Staatsoberhäupter hatten jedoch viel früher und umfassender als die Chinesen und Japaner akzeptiert, dass das Überleben des Reiches von der bewussten Übertragung westlicher Praktiken auf die soziale und politische Struktur ihres islamischen Reiches abhing.

Dieser Prozess hatte bereits in den 1820er Jahren mit der Abschaffung der übermächtigen Janitscharen und ihrer allmählichen Ablösung durch eine stärker an Europa orientierte Armee begonnen. In der furchtbaren Krise der 1830er Jahre, als das Zusammentreffen einer russischen Aggression vom Norden und des von den Franzosen unterstützten Versuchs, das Reich durch den osmanischen Statthalter in Ägypten zu übernehmen, um ein Haar zum Ende des Reiches geführt hätte, erschien ein dramatischer Wandel dringender geboten als je zuvor. Um die Briten – einen lebenswichtigen Bündnispartner – zu versöhnen, willigte Konstantinopel im Jahr 1838 ein, die eigenen Märkte für den Außenhandel zu öffnen. Im Jahr 1839 wurden dann weitreichende Reformen angekündigt, die unter dem Schlagwort *tansimat* oder »Reorganisation« bekannt wurden – nicht zuletzt, um das Image des Reiches im Ausland aufzubessern und Unterstützung von den europäischen Mächten zu erhalten. Nach dem Edikt von Gülhane sollten alle osmanischen Untertanen gleiche Rechte erhalten, womit die alte Unterscheidung zwischen Muslimen und

Ungläubigen aufgehoben war. Außerdem war der Schutz ihrer Person und ihres Eigentums garantiert und es wurden dramatische Änderungen im Steuerwesen und in der Verwaltung der Armee und des Justizwesens vorgeschlagen, mehr oder weniger nach dem Vorbild eines »fortschrittlichen« europäischen Staates wie Frankreich.

In der folgenden »Tansimat-Ära« (*tansimat* bedeutet soviel wie Neuordnung, Reform) von 1839 bis 1876 setzten sich die Sultane (Abd ül-Medschid 1839– 1861, Abd ül-Asis 1861–1876) für eine systematische »Selbststärkung« ein, die das Reich vor dem ökonomischen, politischen und ideologischen Druck schützen sollte, der von Europa ausging. Vier Reformpolitiker, die Paschas Reshid, Fuad, Ali und Midhat, wollten der Zentralregierung und ihren Beamten weit mehr Kontrolle über das inzwischen dezentralisierte und unruhige Territorium verleihen. Sie reorganisierten die Armee und erhöhten, durch die allgemeine Wehrpflicht, ihre Stärke (von rund 24.000 Mann im Jahr 1837 auf über 120.000 Mann).[103] Über das *vilayet*-Gesetz von 1864 setzten sie ein einheitlicheres System der Provinzverwaltung durch und beschnitten die Macht der lokalen Würdenträger. Sie richteten ein Finanzministerium und ein Haushaltssystem ein und gründeten die Osmanische Reichsbank, die in etwa die Funktionen einer Zentralbank übernehmen sollte. Vor allem trachteten sie danach, ein neues Konzept der osmanischen Staatsbürgerschaft zu fördern, das die nichtmuslimischen *millets* oder religiösen Gemeinschaften ablösen sollte. Diese gruppierten sich um die bevorzugte »Kernbevölkerung« der Muslime, auf deren Loyalität sich die Macht des Sultans stets gestützt hatte. Es war ein geradezu heroisches Programm.

Im Jahr 1880 erschien der Nutzen dieses großen Reformprojekts dürftig und die Kosten untragbar. Im Jahr 1878 hatte das Reich eine Reihe verheerender Gebietsverluste hinnehmen müssen. Fast alle europäischen Provinzen, in denen in größerer Zahl Christen lebten,

wurden seinem Zugriff entrissen. Die Walachei und Moldau, die seit den 1820er Jahren autonom waren, verschmolzen zu einem unabhängigen Rumänien. Die Provinz Nisch wurde Serbien zugeschlagen. Bulgarien wurde autonom und erhielt einige Jahre später die Erlaubnis, sich mit seinem südlichen Drittel, dem sogenannten Ostrumelien, zu vereinigen. Das winzige Montenegro wurde zu einem souveränen Staat. Selbst Bosnien und die Herzegowina, wo viele Muslime lebten, wurden der Habsburgischen Verwaltung unterstellt. Und damit nicht genug: Russland hatte die Bezirke Kars und Ardahan in Ostanatolien erobert. Die seit 1571 osmanische Insel Zypern wurde nun von den Briten als Preis für ihre Unterstützung der Osmanen gegen die Russen besetzt, allerdings nicht formal annektiert. Schon vor dieser territorialen Katastrophe war die osmanische Regierung gezwungen gewesen, ein besonderes Regime unter ausländischer Beobachtung im christlichen Bezirk des Libanon (»Der Berg«) und auf Kreta zuzulassen, wo von 1866 bis 1869 ein Aufstand griechisch sprechender Christen getobt hatte. Und nicht lange danach wurden Ägypten und Tunis, die beide theoretisch unter osmanischer Herrschaft standen, von den Briten (1882 Ägypten) und Franzosen eingenommen. Doch die große Krise der 1870er Jahre war keineswegs rein politischer Natur. Ihre Auswirkungen waren durch die finanzielle Katastrophe noch verschärft worden. Im Jahr 1875 kam die osmanische Regierung ihren Zahlungsverpflichtungen bei Auslandsdarlehen nicht mehr nach, denn sie war bankrott. Der Preis für die Wiedererlangung der Kreditwürdigkeit war die Akzeptanz eines drakonischen Inspektions- und Kontrollregimes. Seit 1881 hatte die Ottoman Public Debt Administration, ein mit europäischen Bankiers und Regierungsvertretern besetztes Aufsichtsgremium, ersten Zugriff auf die osmanischen Staatseinnahmen, um den Gläubigern ihr Geld zurückzuzahlen. Den Rest übergab sie gnädigerweise der Regierung des Sultans. Materiell und symbolisch, so schien

es, war das Reich in eine De-facto-Abhängigkeit geraten.

Oberflächlich betrachtet hatte das Tansimat nicht zu einer Selbststärkung geführt, sondern zu einer Selbstverstümmelung und zum Bankrott. Dabei waren die osmanischen Reformer mit einer Kombination innerer und äußerer Zwänge konfrontiert worden, die weit bedrohlicher gewesen waren als jene, mit denen ihre Gegenstücke in Ostasien zu kämpfen hatten. Strategisch gesehen waren die Osmanen massiv bedroht durch die Militärmacht Russland – sofern der Zar nicht durch seine europäischen Rivalen gezügelt werden konnte –, und ihre Stellung wurde durch den dramatischen Niedergang ihrer Seestreitmacht verschlimmert.[104] Die russische Invasion im Jahr 1877 zog schließlich die Gebietsverluste auf dem Berliner Kongress von 1878 nach sich. Die eigentliche Schwäche bestand jedoch in der Ablehnung der osmanischen Herrschaft durch die christlichen Minderheiten und deren fortwährenden Appell an europäische Staaten, zu ihrem Schutz zu intervenieren. Im Laufe des Jahrhunderts wurde dieser Appell immer lauter vorgetragen. Die Ausbreitung des »nationalen Gedankens« im ganzen Rest Europas musste zwangsläufig auch die osmanischen Minderheiten erfassen, die engen Kontakt zu ihren ethnischen Brüdern außerhalb des Reiches hielten. Durch wirtschaftliche Reformen, von denen zum Beispiel griechische Händler stärker als ihre muslimischen Mituntertanen profitierten, bildete sich eine größere Gruppe heraus, die immer energischer politische Rechte forderte. Überdies untergruben sie tendenziell die Stellung des höheren christlichen Klerus, mit dessen Hilfe der Sultan die christlichen *millets* regiert hatte. Identität, sagten diese neuen »Nationalisten«, müsse in einem territorialen Staatswesen gesucht werden, nicht in der Kirchenzugehörigkeit. Die Tansimat-Reform selbst hatte ein verstärktes Vertrauen zu gebildeten Christen mit sich gebracht. Unter diesen Bedingungen war es unwahrscheinlich, dass sich die Hoffnung der Reformer

erfüllen würde, die Christen würden eine gemeinsame »osmanische« Staatsbürgerschaft akzeptieren und ihre Meinungsverschiedenheiten in gemeinsamer Loyalität gegenüber dem Sultan begraben. In der Tat wurde Midhat Pascha, als er in den 1860er Jahren dieses Programm in Bulgarien testete, von allen Seiten angegriffen.[105] Für viele Muslime war die Verwässerung des islamischen Charakters des Reiches eine tiefe Kränkung und bedeutete, die *Ulama* an den Rand zu drängen, die lokale Gelehrtenschicht, das Reservoir juristischen und theologischen Wissens. Das hieß, die Fundamente des Reiches von der felsenfesten Loyalität der Muslime auf den Sand einer christlichen Kooperation zu verlegen. Die reformfeindliche Stimmung wurde durch den Unmut angesichts der bürokratischen Zentralisierung noch verschärft, sowie durch die Empörung über das Schicksal Hunderttausender muslimischer Flüchtlinge, die von den Russen aus dem Kaukasus vertrieben wurden.[106] In der Tat führte wohl die Ansiedlung dieser Flüchtlinge in osmanischen Provinzen in den 1870er Jahren angesichts der ethnischen und religiösen Antagonismen schließlich zum offenen Konflikt.

Es ist durchaus denkbar, dass eine starke und finanziell gesicherte Verwaltung die Auseinandersetzung um die lokale Kontrolle hätte gewinnen und ihre ausländischen Feinde hätte abschrecken können. Aber auch an dieser Front wurden die Reformer geschlagen. Wegen der explodierenden Kosten des Krimkriegs (1854– 1856) mussten sie sich notgedrungen im Ausland Geld leihen, anschließend vernachlässigten sie sträflich den Schuldendienst. In den 1870er Jahren belief sich die jährliche Belastung durch diese Darlehen auf gut zwei Drittel der Staatseinnahmen, und für manche Kredite zahlten sie bis zu 30 Prozent Zinsen jährlich.[107] Obwohl sie die Staatseinnahmen um rund 50 Prozent steigern konnten, gelang es ihnen nicht, die alte Praxis der Steuerpacht abzuschaffen und den Einzug direkt zu kontrollieren. Sie

setzten auf das Wachstum des Handels, um die Staatskasse zu füllen, doch der osmanische Handel wuchs viel geringer als der globale Durchschnitt,[108] während gleichzeitig politische Unruhen sowohl dem Handel als auch der Kreditwürdigkeit des Osmanischen Reiches schadeten. Die staatlichen Anstrengungen zur Industrialisierung zogen sich in die Länge, und der Export von Rohstoffen förderte den Bau von Enklaven rings um die Häfen – eine Tendenz, die durch das schlechte Kommunikationswesen im Hinterland verstärkt wurde.[109] Kaum ein Regierungsdarlehen floss in den Aufbau der Infrastruktur wie zum Beispiel den Bau von Bahnlinien. Der Gegensatz zu Meiji-Japan konnte kaum größer sein. Zu der ethnischen Vielfalt und dem Fehlen einer Samurai-ähnlichen Kaste, um die soziale und politische Ordnung zu wahren, kam noch ein Muster der Wirtschaftsentwicklung hinzu, in dessen Verlauf die ausländische Kontrolle »übermächtig« wurde.[110]

Doch ungeachtet aller Schläge, die das Osmanische Reich eingesteckt hatte, fiel es weder auseinander, noch geriet es unter europäische Herrschaft. Durch den Verlust des größten Teils der europäischen Provinzen wurde das Reich wieder zu einem eindeutig türkischen, arabischen und muslimischen Staat. Unter Sultan Abdul Hamid II. (1876–1909) sympathisierte die osmanische Herrschaft stärker mit panislamischen Bewegungen und war sich zunehmend ihrer internationalen Rolle als Wächter der heiligen Stätten bewusst, zu denen ein stetig wachsender Strom islamischer Pilger mit Dampfschiffen und Zügen aus Indien und Südostasien gebracht wurde. Gleichzeitig wurde das alte Tansimat-Programm forciert. Der Staatsapparat wurde langsam modernisiert. Das Schienennetz wurde ausgebaut. Die militärische und administrative Kontrolle in den arabischen Provinzen wurde vertieft. Die Osmanen hatten den Kampf um das große multiethnische Reich verloren, das sie im 16. Jahrhundert errichtet hatten. Nach 1880 begann für sie ein neuer Wettlauf um die Konsolidierung der

verbliebenen Territorien, bevor eine weitere Auseinandersetzung mit Europa oder das Aufkommen eines arabischen Nationalismus Abdul Hamids Reich in Stücke reißen konnte.

Zwei weitere Staaten im Nahen und Mittleren Osten wurden ebenfalls in den Wettlauf gegen die Zeit hineingezogen, allerdings auf unterschiedliche Weise. Der erste, Ägypten, war formal noch Teil des Osmanischen Reiches, der zweite war der Iran. Unter dem osmanischen Statthalter Mehmed Ali, den der Sultan nach der Vertreibung der französischen Eindringlinge ausgesandt hatte, wurde die faktische Autonomie der Mamelucken in Ägypten immer deutlicher. Mehmed Ali errichtete um die neu organisierte Armee einen autoritären Staat.[111] Sein eigentliches Ziel war es, ein ägyptisches Reich vom Sudan bis nach Syrien zu errichten und sich selbst zum Herrscher der arabischen Länder aufzuschwingen. Zweimal stand er kurz davor, den Sultan abzusetzen; zweimal wurde dies von europäischen Mächten vereitelt. Stattdessen wurde er gezwungen, die Grenzen für den europäischen Handel zu öffnen und sein kostspieliges Experiment mit staatlichen Fabriken aufzugeben. Mehmed Ali starb im Jahr 1849, aber unter seinen Nachfolgern Said (1854–1863) und Ismail (1863–1879) wurde zumindest sein großer Plan zielstrebig weiter vorangetrieben.

Beide Herrscher hatten sich letztlich zum Ziel gesetzt, für ihre Dynastie eine formelle Gleichstellung mit dem osmanischen Sultan zu erreichen sowie eine souveräne Unabhängigkeit, ohne den Anspruch der osmanischen Regierung, die internationalen Beziehungen zu kontrollieren, die Größe ihrer Armee festzulegen oder (schlimmstenfalls, wie es 1879 tatsächlich geschah) sie ihrer Ämter zu entheben. Beiden schwebte kein »Nationalstaat« vor, sondern ein monarchischer Staat, in dem der Herrscher die unbeschränkte Macht hatte. Die »turk-tscherkessische« Elite

(eine Mischung aus der alten Herrscherschicht der Mamelucken und Mehmed Alis türkischen und albanischen Anhängern) würde für ihren privilegierten Status in einer überwiegend »arabischen« Gesellschaft dadurch bezahlen müssen, dass sie ihren Patron und Schutzherrn loyal unterstützte. Beide Herrscher erkannten, dass ihre Erfolgsaussichten von einem raschen Anstieg der Agrarproduktion abhingen.

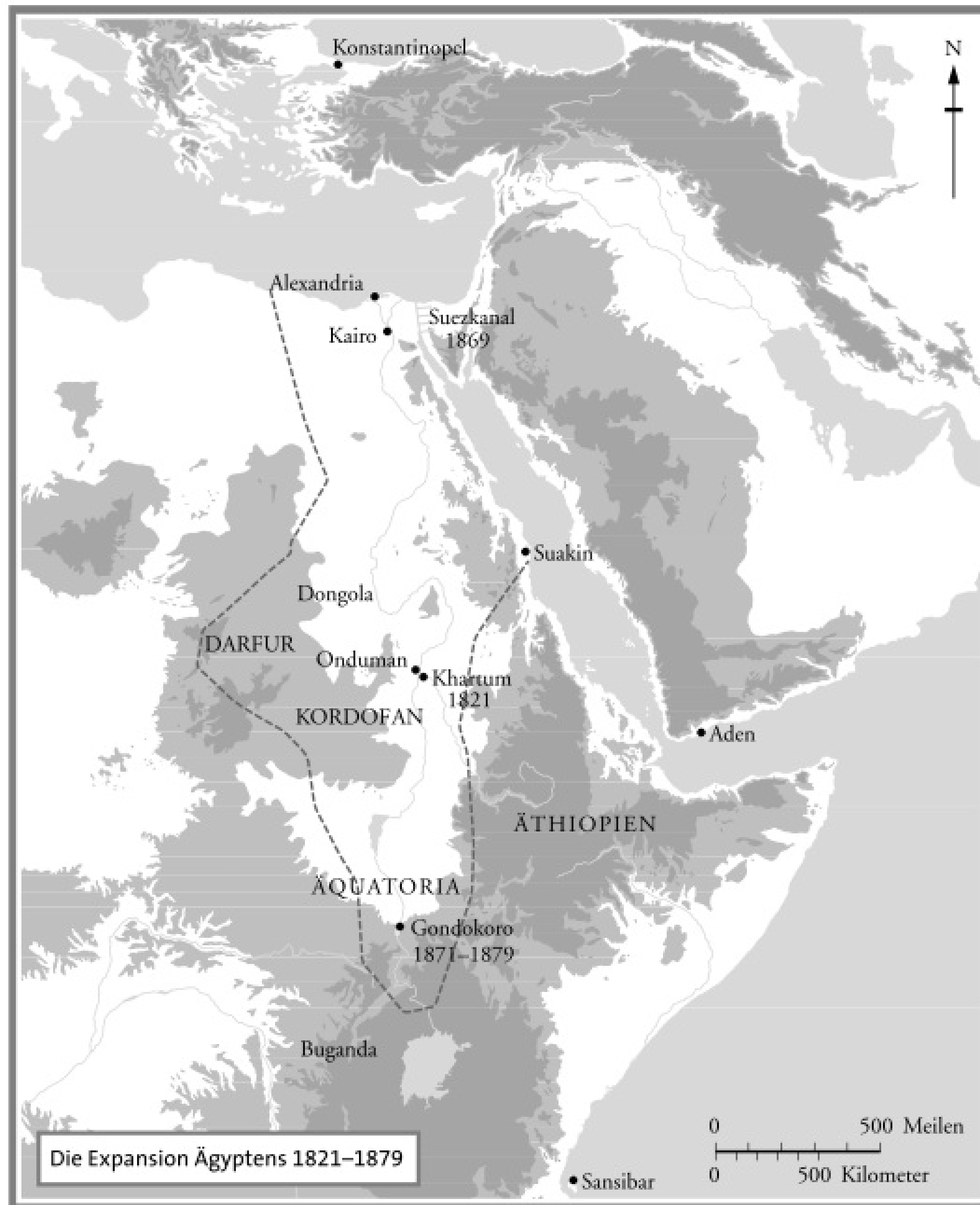
Die Zeichen standen günstig. Die Nachfrage nach Ägyptens langfaseriger Baumwolle im industriellen Europa war geradezu unersättlich, aber um sie zu befriedigen, war eine Revolution in der Landwirtschaft nötig. Das Gebiet des nutzbaren Landes wuchs zwischen 1813 und 1877 um 60 Prozent.[112] Die Sumpfgebiete des Deltas unterhalb von Kairo wurden trocken gelegt und gerodet. Die Funktion des alljährlichen Hochwassers wurde von einer ständigen Bewässerung über ein Netz aus Kanälen und Schleusen übernommen, und die Produktion dadurch verdoppelt. Mitte der 1860er Jahre stiegen bereits die ausländischen Investitionen, und Banken in ausländischem Besitz schossen wie Pilze aus dem Boden, um der neuen Grundbesitzerklasse zu helfen. Alexandria erlebte als die mediterrane Hafenstadt der Exportwirtschaft einen Boom. Eisenbahnen wurden gebaut. Ein Stadtviertel nach europäischem Muster wurde in Kairo am Ufer des Nil angelegt, mit einem neuen Königspalast, einer Börse, einem Opernhaus und weiten Boulevards nach dem Pariser Vorbild.[113] Mit der zentralisierten Bürokratie, der grundbesitzenden Elite, liberalen Eigentumsrechten und einer großen Ausländergemeinde (in den 1870er Jahren gut 100.000; im Iran betrug die Zahl im Gegensatz dazu unter 1.000) wirkte Ägypten wie das Paradebeispiel eines »Entwicklungsstaats«, ein Triumph der Reform, ein islamisches Japan. Es lockte die Dienste europäischer Abenteurer an, wie Charles »Chinese« Gordon (der spätere »Gordon von Khartum«), der in den Sudan geschickt wurde, um dort zu regieren und die

Sklaverei abzuschaffen. Denn was hätte die Modernität des Herrschers besser belegen können? In den 1870er Jahren schien es so, als wäre die volle Unabhängigkeit nur noch eine Frage der Zeit. Womöglich würde sie kampflos im Lauf der nächsten großen Krise des Osmanischen Reiches errungen werden. Unterdessen wurde Ismail (der 1867 den würdevolleren Titel eines *khedive* erhalten hatte) in einem maßgeblichen Werk über das Land schmeichelhaft beschrieben: »Seine Hoheit spricht Französisch wie ein Pariser […]. Ob Sie nun Ingenieur, Kaufmann, Journalist, Politiker, Agrarexperte oder was auch immer sind, Sie werden schon bald spüren, dass Sie im Fachwissen und in der Belesenheit ihren Meister gefunden haben.«[114]

Said und Ismail wollten mit dem Suezkanal ihre Errungenschaften krönen.[115] Die damit verbundenen Kosten waren hoch, der zu erwartende Ertrag jedoch enorm. Die Einnahmen würden dem Staat eine neue Finanzquelle bescheren. Die Verbindung zum Nil (der Süßwasserkanal) würde einen neuen Landstrich für den intensiven Ackerbau erschließen. Vor allen Dingen versprach das Projekt eine gewaltige geopolitische Dividende. Sobald der Herrscher Ägyptens zum Wächter des wertvollsten Seewegs geworden war, würden die europäischen Großmächte einsehen, dass man ihn gegen jede Aggression schützen müsse, und die Bedeutung seiner Unabhängigkeit erkennen. Es war kein Wunder, dass Said sich überreden ließ, einen großen Anteil an dem Unternehmen zu übernehmen, das Ferdinand de Lesseps für den Bau des Kanals gegründet hatte. Als die Baumwollpreise in den 1860er Jahren in die Höhe schnellten, weil der amerikanische Süden von der Blockade abgeriegelt und anschließend durch den Sezessionskrieg verwüstet wurde, fiel es Ismail leicht, in Europa Darlehen zu bekommen, bis die Staatsverschuldung 100 Millionen Pfund erreicht hatte. Als der Baumwollpreis Mitte der 1870er Jahre fiel und noch bevor der 1869 eröffnete Kanal große Summen in die Staatskasse spülen konnte, platzte die

Spekulationsblase. Im Jahr 1875 musste Ismail seine Anteile am Kanal für vier Millionen Pfund an die britische Regierung verkaufen – vielleicht ein Viertel ihres Wertes. Ein Jahr danach waren er und Ägypten bankrott.

Nunmehr musste der volle Preis für den Wettlauf gegen die Zeit bezahlt werden. Der hektische Wandel in der Gesellschaft Ägyptens hatte für Unmut gesorgt. Die Klasse der Grundbesitzer wartete nur auf eine Gelegenheit, die autoritäre Regierung der Herrscher in die Schranken zu weisen. Den *Ulama* (deren Hauptquartier Al-Azhar in Kairo, halb Moschee, halb Universität, in der islamischen Welt das angesehenste Zentrum der Lehre war) missfiel die Übernahme von Praktiken der Ungläubigen durch ihr Staatsoberhaupt ebenso wie sein Netz der Korruption und sein extravaganter Lebensstil. In der Armee und in der Verwaltung verabscheute die arabische, gebildete Schicht die anhaltende Dominanz der türkisch-tscherkessischen Elite, die von Ismail aus Gefälligkeit wieder hergestellt worden war, nachdem Said mit einer eher »arabischen« Linie geliebäugelt hatte. Zu all diesen schwelenden Konflikten kam noch das Gefühl einer sozialen Krise hinzu: Angst und Misstrauen vor europäischen Spekulanten und moralischer Unmut über die eklatante Ausbeutung der Schicht der *fellahin* (Landarbeiter), der Hauptleidtragenden des Wandels in der Landwirtschaft.[116] Die aufrührerische Stimmung bekam durch Journalisten und Zeitungen, die seit neuestem erschienen, eine neue Stimme. So wurde aus der äußeren Krise wegen Auslandsschulden (und der Forderung Europas nach einer wirksamen Kontrolle über die Finanzen Ägyptens) rasch eine Krise im eigenen Land um die Frage, wer denn die eigentliche Last der ausländischen Forderungen zu tragen habe. Der Suezkanal – der vermeintliche Schlüssel zu voller Unabhängigkeit – wurde zur Ursache ausländischer Kontrolle und buchstäblich zum Invasionspfad für die Fremdherrschaft.



Die Expansion Ägyptens 1821–1879

Der Iran hatte mehr Glück, und seine Führer weniger Wagemut. Sie verfügten ohnehin über viel weniger Spielraum. Mehmed Ali hatte seinen Staat auf die Stärke der Armee und den Reichtum gestützt, den er durch den Baumwollexport erworben hatte. Den persischen

Kadscharen, die um dieselbe Zeit ihre Macht festigten, fehlten diese Ressourcen. Der Aufbau einer Armee, die äußere Aggressoren und inneren Dissens abschrecken würde, gestaltete sich weit schwieriger: Im Grunde mussten sie sich mit einer Leibwache von 4.000 Mann abfinden.[117] Die Schahs sahen sich mit der Abneigung der geistlichen Elite, der schiitischen *Ulama,* konfrontiert, die einen viel größeren Einfluss auf die Gesellschaft hatten als die *Ulama* in Ägypten.[118] Die Schahs mussten ihre Autorität in erheblichem Maße auf ein Bündnis mit Stämmen gründen, weil Hirtennomaden mehr als ein Drittel (wenn nicht die Hälfte) der Bevölkerung ausmachten und potenziell ganze Armeen stellen konnten. Sie hatten kein »neues« Land, mit dem sie eine gefügige Elite belohnen oder einen größeren Verwaltungsapparat finanzieren konnten. Auch wenn sich die iranische Wirtschaft allmählich von dem Chaos und den Unruhen des späten 18. Jahrhunderts erholte, so gab es doch keinen Boom durch Baumwolle, mit dem ausländische Investitionen angelockt oder ein Programm öffentlicher Verbesserungen der Bewässerung oder Infrastruktur bezahlt werden konnte. Das Land war weiterhin von lokalen Kräften geprägt. Ein Stamm und Unterstamm, die Dorfgemeinschaft, die Handwerkerzunft, das Stadtviertel oder die Sekte sowie Religion oder Sprache blieben die Hauptquellen der Identität und der Hauptgrund für Konflikte. Kurz gesagt, es fehlten fast alle Mittel für den Aufbau eines starken, dynastischen Staates nach ägyptischem Vorbild.

Dabei drohten den Kadscharen von außen Gefahren, die mindestens so akut waren wie die Bedrohung des Osmanischen Reiches. Den Vorstoß Russlands in den Kaukasus hatten sie mit bitteren Gebietsverlusten bezahlt. Durch die Verträge von Gülistan (1813) und Turkmantschaj (1828) waren sie gezwungen gewesen, ihren Anspruch auf Georgien und Armenien aufzugeben und einen großen Teil Aserbaidschans abzutreten. Die wachsende britische Seemacht im Persischen Golf musste ihnen zwangsläufig

Kopfzerbrechen bereiten. Die Anwesenheit der Briten schürte die Unbotmäßigkeit der großen Stämme im Süden und konnte die Bündnistreue der Küstengemeinden gefährden, etwa der Stadt Mohammerah, deren großer Scheich ethnisch Araber war. Immerhin war die Hauptstadt Teheran selbst am Ende des Jahrhunderts vom Golf aus mit dem Schiff durch das Schwarze und das Kaspische Meer und von dort aus nach Süden schneller zu erreichen als auf dem direkten Landweg. Als Nasir ad-Din im Jahr 1856 Herat (im heutigen Afghanistan, aber ein hochgeschätztes Territorium der Safawiden) eroberte, zwangen die Briten ihn, die Provinz wieder abzugeben, indem sie Buschir beschossen und nach Mohammerah Truppen schickten. Kein Schah konnte das Risiko eingehen, durch eine Niederlage oder den Verlust einer Provinz seinem Ansehen zu schaden und so das Band zu zerreißen, welches sein multiethnisches Reich zusammenhielt.

Unter Nasir ad-Din (1848–1896) wurden Anstrengungen unternommen, die Macht des Schahs zu stärken. Das osmanische Modell der Tansimat-Reform hatte großen Einfluss.[119] Eine Hochschule wurde gegründet, um westliches Wissen zu verbreiten und neue Verwaltungsbeamte auszubilden. Doch diese kurze »Reformphase« fiel mit dem Aufstand der Babisten zusammen, abtrünnigen Muslimen, welche die Korruption der Regierung anprangerten. Als einer von ihnen versuchte, den Schah zu ermorden, wurde die Bewegung zerschlagen: Schah und *Ulama* taten sich zu diesem Zweck zusammen. Der Reformminister geriet politisch und dann auch physisch in Vergessenheit. Aber obwohl die Autorität des Schahs immer noch von der geschickten Manipulation der Gemeinschaften und Interessen abhing, waren erste Anzeichen für ein einheitlicheres Gemeinwesen zu erkennen. Die Grenze zum Osmanischen Reich wurde im Jahr 1847 endlich festgelegt; die Kontrolle Teherans über Sistan und Belutschistan wurde 1866 bestätigt; und der Grenzverlauf zu

Afghanistan wurde 1872 geregelt.[120] Der Einfluss des schiitischen Islam, die wohl wichtigste Quelle der kulturellen Identität, wurde verstärkt, nicht zuletzt als Folge der Auseinandersetzung mit den Babisten.[121] Die Bürokratie erfasste allmählich das ganze Land, und das Staatsrecht löste in Eigentumsfragen die Scharia ab.[122] Der Telegraf verband Teheran mit einigen Provinzen. Der Opiumexport brachte dem Westen des Landes großen Wohlstand. In den 1870er Jahren gab es jedoch unheilvolle Anzeichen, dass eine Krise nahte.

Der Vormarsch Russlands war das unübersehbare Warnsignal. In den Jahren 1859 und 1860 besetzte das russische Heer Turkestan. Im Jahr 1866 wurde Taschkent annektiert. Bis 1873 erreichten die Russen Chiwa. Sie standen unweit des nordöstlichen Zipfels des Herrschaftsbereichs des Schahs und der heiligen Stadt Maschhad. Nasir ad-Din verfügte über wenig Mittel, um ihrem Vormarsch Einhalt zu gebieten. Seine Einnahmen gingen zurück, während die Preise in eine Inflationsspirale geraten waren. Er wandte sich an Europa um Unterstützung. Bei dem akuten Bedarf an Bargeld sah er sich gezwungen, einen spektakulären Handel abzuschließen, die sogenannte »Reuters Konzession«. Nach deren Bestimmungen wurden Rechtsansprüche auf die Gewinne eines jeden neuen Unternehmens im Land – seien es Eisenbahnen, Bodenschätze, Bewässerung oder Fabriken – gegen eine Zahlung von 40.000 Pfund in bar einem ausländischen Unternehmer zugesprochen (Julius Reuter, dem Gründer der Nachrichtenagentur). Der Wirbel, den dieser Handel auslöste, und die eilige Annullierung zeigten, wie weit der Schah von einer rechtzeitigen Verstärkung der Landesverteidigung entfernt war. Stattdessen schlug er einen Kurs ein, der später ein wenig riskant, aber unvermeidlich erschien: Er ließ ausländische Unternehmen im Land Fuß fassen. Womöglich rechnete er damit, dass sich ihre Interessen gegenseitig aufheben würden. Es traf mit

Sicherheit zu, dass der englisch-russische Gegensatz die beste Garantie dafür war, dass keines der beiden Länder den Iran dominieren konnte. Ferner stimmte auch, dass der Iran wegen der geostrategischen Lage und dezentralisierten Politik sowie der Stärke der religiösen Elite für jeden Gegner eine harte Nuss war. Aber ob die Kadscharen und die iranische Unabhängigkeit die Belastungen eines ausländischen Eindringens in ein Land überstehen würden, in dem man bislang kaum einen Westler erblickt hatte,[123] sollte sich schon bald erweisen.

Viele andere afro-asiatischen Staaten standen um die Mitte des 19. Jahrhunderts vor der gleichen Herausforderung wie China, Japan und das Osmanische Reich, darunter Abessinien (das heutige Äthiopien) und Siam (heute Thailand). Sie fürchteten eine Invasion und den Verlust schwach kontrollierter Grenzgebiete, wo ihr Einfluss nicht hinreichte. Den europäischen Kaufleuten trauten sie nicht und legten Wert darauf, die Armeen und (notgedrungen) die Staatseinnahmen zu modernisieren. Sie hofften, die Europäer gegeneinander auszuspielen und über Umwege ihre Freiheit zu bewahren. Sie experimentierten mit Methoden staatlich gelenkten Wachstums, in manchen Fällen, indem sie an Konzessionsinhaber aus Europa Lizenzen vergaben oder die Einwanderung förderten. Allesamt standen die Staaten vor dem Dilemma, dass drastische Veränderungen in Gesellschaften, in denen die Zentralmacht schwach war, das Risiko von Chaos und Revolte bargen und die Gefahr einer Intervention von außen erhöhten. Und sie alle waren mit der Tatsache konfrontiert, dass sich in den 1880er Jahren die Kluft zwischen den technischen, finanziellen und demographischen Ressourcen Europas und denen Afroasiens offensichtlich rasant öffnete. Der Wettlauf gegen die Zeit hatte um 1880 die Zielgerade erreicht.

6. Die Grenzen der Reiche

Nach 1880 dehnten sich die Grenzen Großeuropas explosionsartig aus, als sei die endgültige Unterwerfung der nichtwestlichen Welt nur noch eine Frage der Zeit. Das deutlichste Anzeichen dafür war die rasche Aufteilung jener Teile des Erdballs, die in den vorigen Jahrzehnten der Aufmerksamkeit der europäischen Kolonisten entgangen waren. Nehmen wir das Paradebeispiel Afrika: Nach 1884 wurde der Kontinent in einer unglaublichen Serie von Tauschgeschäften zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien, Deutschland und dem belgischen König (der seinen riesigen Anteil als privates Lehen betrachtete) aufgeteilt. Aber Afrika war kein Einzelfall. Es kam zu weiteren Aufteilungen in Südostasien und im Südpazifik. Das Vordringen Großeuropas beschränkte sich überdies nicht auf Gebietsgewinne. Es ging mit einer enormen Ausdehnung des internationalen Handels und (nach bescheidenen Anfängen) einem dramatischen Anstieg des Kapitals einher, das in Regionen investiert wurde, die man bislang als zu riskant oder unprofitabel eingestuft hatte. Zugleich fiel der Vorstoß mit einem kolossalen Anschwellen des Auswandererstroms aus Europa zusammen. Zum größten Teil zogen die Migranten in Richtung Nord- oder Südamerika, aber es blieben noch genügend Siedler für Vorstöße ins tropische Afrika und Asien und einen weit größeren Brückenkopf im russischen Nordasien. Das Vordringen provozierte es geradezu, dass die Staaten Europas stärker als je zuvor ihre kulturelle Mission betonten – wodurch die Besiedlung wiederum unterstützt und verstärkt wurde. Die Europäer sahen sich einhellig als

Motoren des materiellen Fortschritts für die ganze Welt und als Quelle für religiöse und philosophische Wahrheiten. Sie seien, so hieß es allenthalben, wegen ihrer physischen, gesellschaftlichen oder religiösen Entwicklung einzigartig fortschrittlich. Das entsprach der Überzeugung von der »Überlegenheit ihrer Rasse«. Und schließlich erschien die Ausdehnung Großeuropas in afro-asiatische Territorien, die früher noch zu abgelegen oder widerspenstig gewesen waren, als ein Tribut an die wissenschaftliche und technologische Vorrangstellung. Die »Wissenslücke« zwischen Europäern und den meisten anderen Völkern schien am Ende des Jahrhunderts größer, nicht kleiner. Teile Europas traten in die zweite industrielle Revolution ein und entwickelten chemische Produkte, bevor die nichtwestliche Welt überhaupt Kohle und Dampf nutzte.

Als Folge wurde, zum ersten Mal in der Weltgeschichte, eine globale Hierarchie materieller, wirtschaftlicher und kultureller Macht anderen auferlegt. Die Hierarchie funktionierte durch Einrichtungen, Praktiken und konventionelle Überzeugungen, die weitgehend bis zum Zweiten Weltkrieg Bestand hatten. In einem selbst im Jahr 1860 noch kaum vorstellbaren Ausmaß war die Welt von 1900 eine imperiale Welt: bestehend aus territorialen Imperien, die sich über einen Großteil des Erdballs erstreckten, sowie informellen Handelsimperien, »Ungleichen Verträgen« und extraterritorialen Privilegien (für Europäer) – mitsamt den Garnisonen und Kanonenbooten, um sie durchzusetzen – über fast den ganzen Rest der Erde. In Europa ersonnene Regeln des Völkerrechts wiesen Ansprüche auf Souveränität zurück (und rechtfertigten gleichzeitig ausländische Interventionen), wenn der betroffene Staat nicht einem in Europa anerkannten »Standard der Zivilisation« entsprach. In der Wirtschaftstheorie, und zunehmend auch in der Praxis, implizierte diese imperiale Welt eine Arbeitsteilung. Die Kolonialmächte waren, in unterschiedlichem Ausmaß,

gleichzeitig Industriemächte. Sie lieferten Industrieprodukte, Kapital, technisches Know-how und Fachkräfte – oder wollten es zumindest. Die Kolonien und »halbkolonialen« Länder, wie China oder Argentinien, hatten die Funktion, Lebensmittel, Rohstoffe und Waren zu produzieren, welche die industrielle Welt brauchte, und als Gegenleistung Industrieprodukte und Kapital anzunehmen – eine wirtschaftliche Spielregel, die nichts anderes bedeutete, als den freien Handel gegen lokale Interessen innerhalb geschützter Märkte durchzusetzen. Aus demographischer Sicht war die imperiale Welt eine Welt der Weißen. Den Europäern stand es mehr oder weniger – sofern Kriege und die Konjunktur es erlaubten – frei auszuwandern, wohin immer sie wollten. Imperiale Herrscher förderten Migrationen nach Afroasien, um ihre Kolonien zu entwickeln, und traten die Ansprüche lokaler Gemeinwesen auf ihr angestammtes Land mit Füßen. Die kulturelle Theorie dieser imperialen Welt war vielleicht das allgegenwärtigste Merkmal. Europäer redeten sich und möglicherweise auch anderen ein, dass die nichteuropäischen Zivilisationen und Kulturen zwar ganz exotisch, faszinierend, romantisch oder liebenswert seien, dass sie aber bestenfalls in die Sackgasse führten. Lediglich die europäische Variante sei der bewährte Pfad zu »sittlichem und materiellem Fortschritt« – wie die Überschrift des Jahresberichts lautete, den die von den Briten geleitete Regierung Indiens herausgab.

Bekanntlich wurde dieses mächtige System der europäischen Dominanz nie vollendet und hatte nicht lange Bestand. Ein Bürger der stärksten Einheit, des britischen Empires, der im Jahr 1890 zur Welt kam, hätte ohne weiteres dessen Niedergang und Zusammenbruch miterleben können. Eine zentrale Frage der modernen Weltgeschichte lautet: Weshalb kam es dazu? Zum großen Teil ist die Antwort in der Weltkrise von 1914 bis 1945 zu finden. Aber auch in der vorhergehenden Ära sind wichtige Hinweise erkennbar. Der »globale Kolonialismus« war ein

eindrucksvolles Gebilde. Aber er wurde in einem rasanten Tempo errichtet, und die Fundamente waren wacklig. Vielleicht noch wichtiger: Das Gleichgewicht hing von einer Reihe von Bedingungen ab, die nicht stabil bleiben konnten. Es stellte sich heraus, dass die Diplomatie des Imperialismus, genau wie seine Wirtschaftstheorie und Ideologie, »genetische Defekte« enthielten, die unheilbar waren.

Visionen der Reichsbildung

Nach 1880 galt es durch die rasche Verbreitung moderner Kommunikationsmittel als erwiesen, dass die Welt kleiner geworden war. Dampfschiffe, Eisenbahnen und der elektrische Telegraf waren in Europa und Nordamerika seit den 1830er und 1840er Jahren intensiv genutzt worden. Bereits in den 1870er Jahren erschlossen sie riesige neue Territorien der Welt, schnitten Korridore in Regionen, in die Reisen bislang schwierig und kostspielig gewesen waren und über die man kaum Informationen hatte. Die Eröffnung des Suezkanals ermöglichte 1869 die Erweiterung von Dampfschifffahrtslinien nach Osten, wodurch die Hauptschlagader der Handelsschifffahrt bis nach Shanghai und Yokohama entstand. Auf dem Meeresboden verlegte Kabel und der Überlandtelegraf konnten wirtschaftliche und politische Neuigkeiten aus Ostasien innerhalb von Tagen, bald darauf gar von Stunden, nach Europa bringen. Aber vor allem die Eisenbahn revolutionierte die Vorstellung von Entfernungen. Das späte 19. Jahrhundert war das große Zeitalter des Schienenimperialismus. Die Briten und Franzosen bauten koloniale Eisenbahnen in West-, Ost- und Südafrika, um das unruhige Hinterland an ihre Brückenköpfe an der Küste anzuschließen. Die Transkaspische Eisenbahn (1880–1888) dehnte den

russischen Einfluss nach Zentralasien aus. Die Transsibirische Eisenbahn (1891–1904), das größte all dieser imperialen Projekte, sollte aus Russlands Wildem Osten eine Art Erweiterung Europas machen. Weitere Linien mit wahrhaft gigantischen Ausmaßen wurden geplant, blieben jedoch unvollendet: die Bagdadbahn, die von Hamburg nach Basra (und dem Persischen Golf) führen sollte, oder die »transpersische« Eisenbahn, die Europa mit Indien verbinden sollte. Cecil Rhodes' Traum war eine Bahnlinie vom Kap bis nach Kairo, die quer durch ein von den Briten beherrschtes Afrika hätte führen sollen. Die Eisenbahn werde, so meinte der große britische Geograph Halford Mackinder, die Weltgeschichte verändern. Die »kolumbische Epoche«, in der die Seemacht den Ausschlag gab, weiche einem neuen Zeitalter großer Landimperien, welche über riesige Ressourcen verfügten und praktisch unangreifbar seien.[1]

Am Ende des Jahrhunderts konnte kein Teil der Welt als immun gegen die Folgen der Revolution in der Kommunikationstechnik gelten. In strategischer Hinsicht wie auch in den Wirtschaftsbeziehungen war die Welt zu einem einzigen Raum geworden – oder entwickelte sich rasant in diese Richtung. Die Überwindung von Entfernung wurde zu einem spätviktorianischen Klischee. Das Gedränge, an das die Europäer auf ihrem dicht besiedelten Kontinent gewohnt waren, sollte nunmehr in globalem Ausmaß reproduziert werden. Die Neigung zur Streitsucht, die den Europäern so vertraut war (kommerzielle Rivalität, diplomatische Spannungen und kulturelle Animositäten), erforderte nun globale, nicht nur kontinentale Lösungsansätze. Die internationale Gemeinschaft – ebenfalls ein europäisches Konzept – musste dahingehend erweitert werden, dass sie auch nichteuropäische Staaten umfasste, mit denen Europa immer häufiger und bald permanent Verbindungen aufnahm. Man könnte durchaus annehmen, dass der Trend der Zeit einer universalen Interdependenz zustrebte, welche die

Verfechter des Freihandels wie Richard Cobden in der Mitte des 19. Jahrhunderts als die beste Garantie für universalen Fortschritt und Frieden angesehen hatten. Aber quer zu dieser »kosmopolitischen« Zukunft, mit der viele liberale Denker liebäugelten, verlief ein entgegengesetzter Trend, der rückblickend betrachtet das Zeitalter prägen sollte.

In den vorigen Kapiteln haben wir beobachtet, wie der wachsende Reichtum und die Macht der euro-amerikanischen Welt auf die Sphäre vieler afrikanischer und asiatischer Gesellschaften übergriffen. Manche waren erobert worden, andere auseinander gebrochen, und wieder anderen hatte man deutlich gemacht, dass sie ohne rasche Erneuerung kaum Aussichten auf ein Überleben als autonome Staaten hatten. Aber bis in die 1870er Jahre blieb unklar, welches Ausmaß der Wandel annehmen und mit welchem Tempo der Prozess voranschreiten sollte. Die Ressourcen der Europäer waren begrenzt. Widerstand oder Aufruhr in den bestehenden Einflusssphären ließen die Europäer zögern, weitere Verpflichtungen zu übernehmen. »Es ist gut, wenn unsere Landsleute in China sich vor Augen führen«, merkte die *Times* im Jahr 1875 an, »dass wir nicht geneigt sind, die Verpflichtungen eines weiteren Indiens zu übernehmen.«[2] Die Regenerationskräfte der afro-asiatischen Staaten wurden noch als ausreichend angesehen. In den 1870er Jahren vollzog die öffentliche Meinung jedoch eine Wende um 180 Grad. Gegen Ende des Jahrzehnts erfasste eine enorme geopolitische Krise die noch unabhängigen Staaten Afrikas und Eurasiens: im nordafrikanischen Maghreb, im Afrika südlich der Sahara, im osmanischen, ägyptischen und iranischen Nahen Osten, in den Khanaten Zentralasiens, im Kernland Südostasiens und in China. Hier lagen unzählige Staaten, deren Scheitern vermutlich unmittelbar bevorstand. Ein zeitgenössischer Politiker nannte sie »sterbende Nationen«, ein anderer die »ausgedienten, orientalischen Staaten«. Ihre politischen Systeme schienen kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen.

Die innere Ordnung löste sich auf, ihre Finanzen versanken im Chaos. Sie waren außerstande, ihre Grenzen zu verteidigen, die häufig ungenau definiert waren. Sie hatten keine Möglichkeit, ausländischen Besitz oder Personen zu schützen. Gewalt, Banditentum und religiöser Fanatismus bedrohten ihre alte Gesellschaftsordnung. Die Frage war: Was sollte aus ihnen werden?

Eben diese Kombination aus einer sich globalisierenden Welt einerseits und der Schwäche oder des Niedergangs nichteuropäischer Staaten andererseits beschäftigte und alarmierte die Menschen aller Rassen und Kulturen. Das erklärt nicht zuletzt, weshalb europäische Politiker, Diplomaten, Händler, Siedler und Missionare unter dem Eindruck großer Dringlichkeit über ihre »imperiale« Zukunft diskutierten. Ihre Erwartungen wurden von drei unterschiedlichen Szenarien geprägt: Die Welt als ein »einziges System«, das immer enger durch die eisernen Bänder der Schienen und die unsichtbaren Fesseln des Finanzwesens und Handels zusammengehalten wurde, war ein Szenario des Überflusses. Der Handel würde expandieren; Investitionen würden fließen; mehr Land würde kultiviert und bebaut werden. Die Sphäre des europäischen Einflusses – nicht zuletzt des religiösen – würde entsprechend wachsen. Es war kein Wunder, dass Spekulationsobjekte aus dem Boden schossen und Lobbygruppen für spezielle Interessen auftauchten: um Gelder zu beschaffen, für Öffentlichkeit zu sorgen und ihre Regierungen zu Hilfsmaßnahmen zu drängen. In der neuen Weltwirtschaft konnte man sein Glück machen.

Das zweite Szenario hingegen war weniger optimistisch. Mit dem Gefühl einer zugänglichen Welt, in der Entfernungen keine Hindernisse mehr darstellten, ging die allgegenwärtige Angst einher, dass sie sich allzu schnell »auffüllen« würde. Im Jahr 1893 gab der junge amerikanische Historiker Frederick Jackson Turner die berühmte Erklärung ab, dass Amerikas offene Grenze

nunmehr geschlossen worden sei, und es folgten rasch ähnliche Mahnungen aus Australien und Neuseeland.[3] Da in den gemäßigten Zonen kein »freies Land« mehr vorhanden war, um den Überschuss an Menschen zu absorbieren, wetteiferten die Europäer nun um die Kontrolle der Tropen sowie der Territorien und des Handels der »sterbenden Nationen«.[4] Hier, wo die lokale Ordnung schwach war, ließ sich mit einer mächtigen, ausländischen Präsenz fast alles erreichen. Ein Vertrag, eine Eisenbahn, eine Bank oder ein Stützpunkt würden de facto ein Protektorat, einen diplomatischen Satelliten, eine exklusive Handelszone schaffen. Der Preis für das Überleben in der kommenden Weltordnung wären Opportunismus und Wachsamkeit. Das Ergebnis wäre eine immer heftigere Rivalität unter den europäischen Mächten, und mit ihr würde das Risiko steigen, dass sie in Konflikt gerieten.

Es gab noch ein drittes Szenario, das ebenfalls von Ängsten geprägt war. In den Augen japanischer, chinesischer, indischer, nahöstlicher und afrikanischer Beobachter schien die eigentliche Gefahr in der bestürzenden Leichtigkeit zu liegen, mit der eine europäische Intervention ihren sozialen Zusammenhalt und ihre kulturelle Identität zerstören konnte. Je zugänglicher die eigenen Staaten für europäische Reisen und Handel waren, desto leichter fiel es ausländischen Interessen, die Abwehrmechanismen zu überwinden, neue ausländische Enklaven zu schaffen und die lokale Autorität zu untergraben. Selbst in Ostasien konnte man sich inzwischen ohne weiteres eine nicht allzu ferne Zukunft ausmalen, in der Handel, Seemacht, Stützpunkte, Vertragshäfen und Missionare aus dem »Westen« die Region zerstückelt, die Kultur zerstört und das Land für eine stückweise Eroberung in kleine Parzellen aufgeteilt hatten. Die Welt sei klein geworden, sagte der japanische Historiker und China-Experte Naito Konan. Europa und Amerika hätten Ostasien

umzingelt, und ein Rassenkampf stehe bevor.[5]

Unter Europäern und Amerikanern löste die Aussicht auf engere sozioökonomische Beziehungen zu großen afro-asiatischen Gesellschaften jedoch ganz andere Bedenken aus. Die Europäer mochten die Herren des Universums sein. Doch ihr dramatisches Übergreifen auf »rückständigere« Völker habe eine »Krise in der Weltgeschichte« ausgelöst, bemerkte der vom Historiker zum Politiker gewandelte James Bryce.[6] »Aus ökonomischen Gründen«, so glaubte er, »entwickelt sich die ganze Menschheit schnell zu einem Volk«, in dem die »rückständigen Nationen« zu einem ungelernten Proletariat degradiert würden. Es sei nicht einfach, den »Rassengegensatz« zu verhindern, der anschließend folgen werde, weil Mischehen (seiner Ansicht nach das beste Heilmittel) von den Weißen gemieden würden.[7] In seinem überaus einflussreichen Buch *Soziale Evolution* (Original 1894) mahnte der britische Sozialdarwinist Benjamin Kidd, dass Europäer ihre dominierende Stellung lediglich durch mühsames Streben nach »sozialer Effizienz« wahren könnten, denn weder Hautfarbe noch Abstammung oder intellektuelle Überlegenheit seien die Ursachen ihrer Vorrangstellung. Die Mobilität der Arbeitskräfte in der neuen Weltwirtschaft bereitete ebenfalls Kopfzerbrechen. Die Angst vor einer Flut billiger japanischer, chinesischer, indischer und afrikanischer Arbeiter brachte in vielen Siedlerländern paranoide Phantastereien von einer heimlichen Invasion hervor: in Kanada, den Pazifikstaaten der USA, Australien, Neuseeland und Südafrika.

Die glorreichen Prophezeiungen einer weltweiten Hegemonie Europas hatten eben auch ihre düsteren Seiten. Eine Segregation werde angeblich nötig, um permanente Rassenkonflikte zu vermeiden. Eine systematische Ausgrenzung (wie sie zum Beispiel die *White Australia Policy*, die »Politik des weißen Australiens«, verfolgte) sollte Nichtweiße davon abhalten, die »Länder des weißen

Mannes« zu überschwemmen. Zwingend erforderlich sei eine strenge Aufsicht über die jüngst unterworfenen Völker, denn schon das leiseste Anzeichen von Schwäche provoziere einen Aufruhr. Gleichwohl sei eine Kehrtwende des Schicksals, so mutmaßte der englische Eugeniker Charles Pearson in seinem Buch *National Life and Character* (1893), nicht ganz ausgeschlossen. Sobald sämtliche gemäßigten Zonen aufgefüllt seien und es keine Ventile für den Bevölkerungsüberschuss Europas mehr gebe, so Pearson, werde zwangsläufig eine wirtschaftliche Stagnation einsetzen. Und da die »niederen Rassen« zahlenmäßig weit schneller wuchsen als die »höheren«, werde Europas Triumph nur von kurzer Dauer sein. Pearson ermahnte seine Leser:

»Der Tag wird kommen, und er ist vielleicht schon nicht mehr fern, an dem der europäische Beobachter erstaunt feststellen wird, dass der Globus mit einer durchgehenden Zone schwarzer und gelber Rassen gegürtet ist, die nicht mehr zu schwach für Aggression sind, die zwar unter einer Schirmherrschaft stehen, aber in der Regierung, zumindest de facto, unabhängig sind, den Handel ihrer eigenen Regionen monopolisieren und die Industrie der Europäer begrenzen; [der Tag,] an dem Chinesen und die Nationen Hindustans, die Staaten Mittel- und Südamerikas, die zu jener Zeit vorwiegend indianisch sein werden, und […] die afrikanischen Nationen des Kongo und des Sambesi, unter einer dominierenden Kaste ausländischer Herrscher, in den europäischen Meeren von Flotten repräsentiert werden, die zu internationalen Konferenzen eingeladen und als Verbündete bei den Streitigkeiten der zivilisierten Welt begrüßt werden. […] Wir werden aufwachen und feststellen, dass wir selbst von Ellenbogen angerempelt und bedrängt, womöglich sogar von Völkern beiseite geschoben werden, die wir als unterwürfig angesehen haben und von denen wir angenommen hatten, dass sie verpflichtet wären, sich stets nach unseren Bedürfnissen zu richten. Wir werden uns

lediglich damit trösten können, dass dieser Wandel unvermeidlich gewesen ist.«[8]

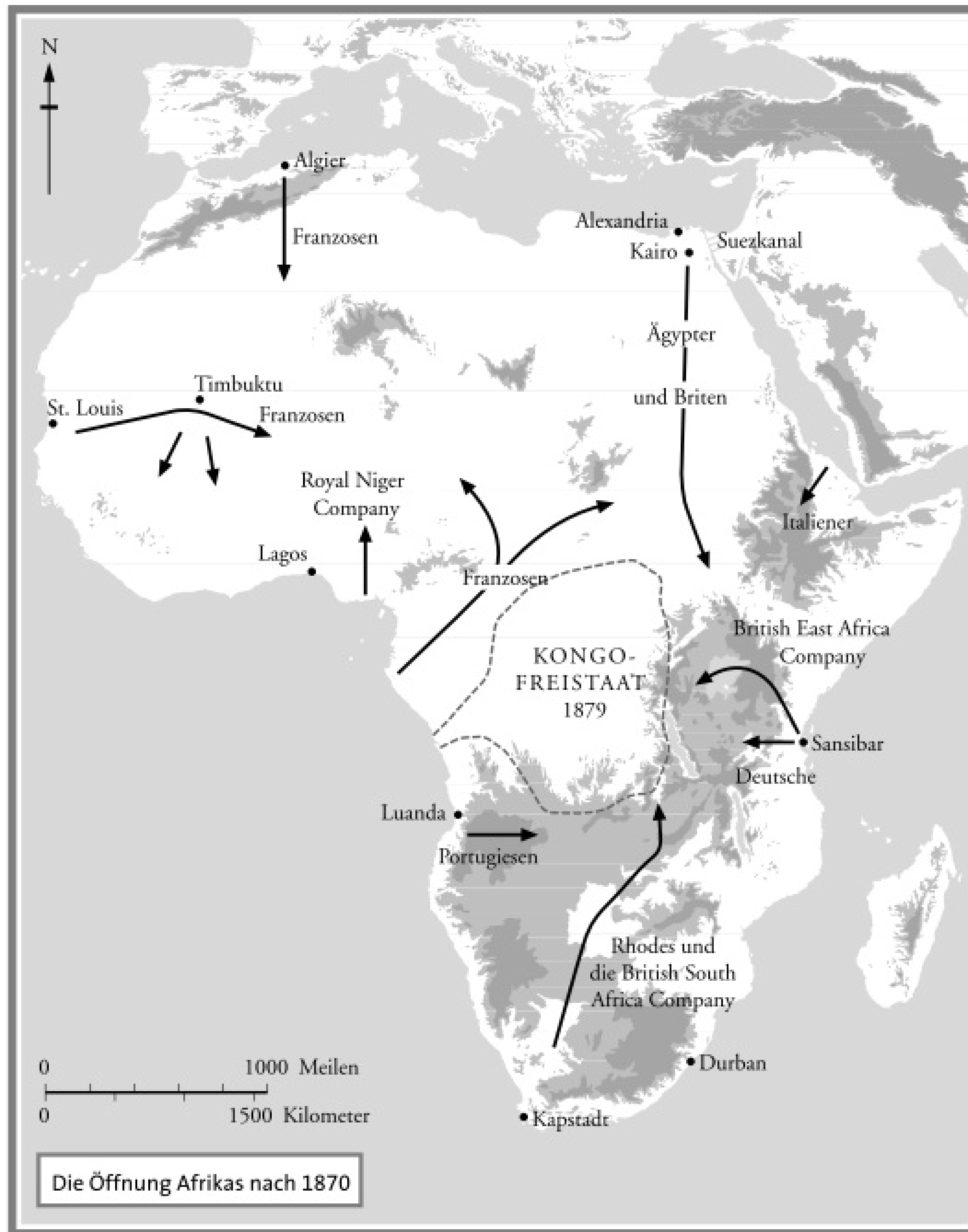
Afrika und die Geopolitik der Teilung

Die Zunahme der europäischen Durchsetzungsfähigkeit nach 1880 war auf der ganzen Welt zu beobachten. Aber nirgendwo verlief die koloniale Ausdehnung so unglaublich reibungslos und so vollständig wie in Schwarzafrika – dem »schwarzen Kontinent«, auf dessen Landesinneres die Europäer erst bemerkenswert spät Ansprüche angemeldet hatten. Aus diesem Grund hat die Geschichte Afrikas die Historiker auch überaus fasziniert. Über ein Jahrhundert später lösten das »Gerangel« um Afrika in den 1880er Jahren sowie die »Aufteilung« und »Eroberung« des Kontinents starke Emotionen und eine erbitterte Debatte aus. Das liegt nicht zuletzt daran, dass heute von einer Gleichberechtigung der Rassen ausgegangen wird, die damals mit Füßen getreten wurde. Doch auch der postkoloniale Zustand Afrikas lässt die koloniale Vergangenheit schlimmer erscheinen, als dies in glücklicheren Regionen der Fall gewesen ist. Die mit der Eroberung Afrikas durch Europäer verbundene Dramatik und Gewalt hat den Gedanken nahe gelegt, hier handle es sich um den »klassischen« Fall des europäischen Imperialismus. In Wirklichkeit unterschied sich die europäische Expansion im tropischen Afrika nicht sonderlich von dem Imperialismus, der in Lateinamerika und China praktiziert wurde, von den Siedlerimperialismen in Nordamerika und Australasien oder dem Imperialismus der britischen Herrschaft auf dem indischen Subkontinent. Verglichen mit dem Ringen um imperiale Macht in riesigen Landstrichen Eurasiens blieb Afrika ein Nebenschauplatz. Dennoch lassen sich dort einige geopolitische

Voraussetzungen klarer als anderswo aufzeigen, die eine europäische Vorrangstellung nach 1870 begünstigten. Darüber hinaus scheint die Frage angebracht, weshalb afrikanische Gesellschaften so viel anfälliger für Störungen von außen waren als die meisten Gegenstücke in Asien.

Was begünstigte in Afrika den rapiden Vorstoß der Europäer? Voraussetzung dafür war, dass auch in diesem extrem unzugänglichen Kontinent nach und nach die technischen Errungenschaften angewandt wurden, die bereits anderswo zum Einsatz gekommen waren. Das Dampfschiff und die Eisenbahn waren die Rammböcke, mit denen es den europäischen Händlern gelang, die Monopole zu brechen, die afrikanische Eliten an der Küste und ihre Partner im Landesinneren schützen wollten. Im Westen, Osten und Süden des Kontinents erarbeiteten die Europäer in den 1870er Jahren Pläne für tiefere Vorstöße ins Landesinnere. Im Übrigen waren sie dabei keineswegs allein. Ägypter (im Süden des heutigen Sudan) und Sansibarer (in der Region um die großen Seen) hofften ebenfalls, neue Handelsimperien zu gründen. Was diese Projekte durchführbar und potenziell profitabel erscheinen ließ, waren nicht allein die neuen Transportmittel. Drei weitere Faktoren kamen dabei ins Spiel: Erstens wurden die »Haupthandelsrouten« entlang der afrikanischen Küste immer stärker befahren, was die Kosten für den Anschluss des Handels an die wichtigsten globalen Kreisläufe senkte. In Ostafrika zeigte sich dies besonders deutlich, wo der Suezkanal und der viel stärkere Schiffverkehr zwischen Europa und Asien dem Indischen Ozean und der ostafrikanischen Küste eine kommerzielle Revolution bescherten.[9] Das galt zugleich im Westen und Süden. Der zweite wichtige Faktor war die Geldbeschaffung. Seit den 1870er Jahren erleichterte es der Ausbau des europäischen Finanzapparates (vor allem in London) erheblich, die Gelder zu beschaffen, die für einen spekulativen Vorstoß in unbekanntes Terrain nötig waren. Die besitzende Klasse

Europas zeigte immer weniger Scheu vor ausländischen Investitionen und nutzte diese Optionen immer häufiger. Die schwarzen Künste der kommerziellen Propaganda, Unternehmensreklame und Insidergeschäfte – kurz des *boosterism,* wie die Engländer sagen – erlebten eine Blütezeit: Die unwahrscheinlichsten Eldorados wurden in den schönsten Farben gemalt – und die Habgierigen und Naiven ließen sich davon hereinlegen. Drittens trug die Entdeckung von reichen Bodenschätzen dazu bei, diese Träume vom schnellen Reichtum glaubwürdig zu machen. In den 1870er Jahren waren in Südafrika bereits Diamanten und Gold gefunden worden, ein Vorspiel zu dem großen Goldrausch der 1880er Jahre. Das lockte einen Strom an Risikokapital für die Suche nach Gold an. Nachdem Cecil Rhodes und seine Partner ihrem neuen Konzern De Beers Consolidated die Kontrolle über die Diamantenfelder bei Kimberley gesichert hatten, verwendeten sie die Profite für die Finanzierung der großen Freibeuterexpedition, mit der sie die heutigen Staaten Simbabwe und Sambia zu einem riesigen, privaten Imperium verbanden, dem Territorium ihrer »British South Africa Company«.[10] Im Mutterland waren nun viele begierig darauf, Anteile von Rhodes' großem Unternehmen zu erwerben.



Aber das ist nur eine Seite der Geschichte. Die schrittweise Invasion auf Grund europäischer Privatinteressen – manche wirtschaftlicher, manche auch philanthropischer Natur – und der karrieristische Aktivismus der Regierungsvertreter und

Soldaten am Rand der bestehenden Kolonialgebiete hätten zweifellos eine sich langsam verschiebende Einflusssphäre geschaffen. Dieser Prozess wäre völlig ungeordnet verlaufen. Gescheiterte Vorstöße, heftige Rivalitäten, bankrotte Projekte, Widerstand und Grenzkriege hätten den Vormarsch der Europäer gebremst, und sie wären viel langsamer vorgerückt als die Siedler in Nordamerika – und sei es nur, weil der demographische Druck viel geringer war. Doch das Ringen um Afrika entsprach *ganz und gar* nicht diesem Modell. Es spielte sich außergewöhnlich schnell ab, und die Besetzung war (aus kartographischer Sicht) absolut umfassend. Vor allem waren an diesem Prozess europäische Regierungen aktiv beteiligt, und wenn sie nur die Rahmenbedingungen der Aufteilung gestalteten und die Verpflichtung akzeptierten, ihre Herrschaft durchzusetzen. Die lokalen Aktivitäten europäischer Pioniere entwickelten sich unverhofft zu einem gigantischen Arrangement auf diplomatischer Ebene. Wie kam es dazu?

Wichtige Gründe waren Ereignisse, die sich fernab von Afrika abspielten. Die 1870er Jahre waren in mehreren großen, nichteuropäischen Staaten in ganz Eurasien eine Krisenzeit, was ganz besonders für das Osmanische Reich galt. Zwischen 1875 und 1881 durchlief es eine unruhige Zeit, und andere Mächte marschierten ein. Einige Jahre lang stand sogar die Existenz des Reichs in Frage. Der Staatsbankrott im Jahr 1875 brachte nicht zuletzt auch den nominellen Vasallenstaat, das Khedivat (oder Vizekönigtum) Ägypten, in Schwierigkeiten. Dessen fortschrittliche Dynastie hatte versucht, das Land mit geradezu leichtfertiger Hast um den Suezkanal herum zu modernisieren – eine der großartigsten bautechnischen Leistungen des 19. Jahrhunderts. Der Herrscher in Kairo hatte sich bei europäischen Geldgebern hoch verschuldet. Als die Staatseinnahmen Mitte der 1870er Jahre jedoch sanken, weigerten sie sich, weitere Gelder zu verleihen; ohne Zustrom neuen Geldes geriet die ägyptische Regierung

in Zahlungsschwierigkeiten.[11]

Der Khedive Ismail wagte es nicht, die Zahlungen an seine europäischen Gläubiger auszusetzen. Womöglich fürchtete er, dass ihre Regierungen intervenieren könnten. Aber er wollte auch unbedingt sein Modernisierungsprogramm fortsetzen, das seine Dynastie legitimieren sollte. Also willigte er ein, zwei europäische Aufpasser zu ernennen, welche die Staatsfinanzen überwachten und mit allen Mitteln die Zahlungsfähigkeit wiederherstellten. Es war ein riskantes Experiment. Zwangsläufig erregte es den Zorn all jener, die von Kürzungen betroffen waren. Seine Beamten und Minister waren sehr aufgebracht, und sein Ansehen litt. Schließlich kursierte in dem muslimischen Land sogar das Gerücht, hinter den Reformen stecke eine Verschwörung der Ungläubigen zur Übernahme der Macht. Die europäischen Aufpasser mussten jedoch bald feststellen, dass ihre »Reformen« ignoriert wurden. Ihre Beschwerden spornten die Regierungen in London und Paris an, ein strengeres Regime zu fordern, die sogenannte »doppelte Kontrolle«, mit der sie die Finanzen des Landes noch genauer im Blick hätten. Das wichtigste Ergebnis dieser Maßnahmen war freilich die Entstehung einer nationalen Volksbewegung gegen ausländische Einmischung und gegen die autoritäre Herrschaft des Khedive. Als die »doppelte Kontrolle« die Streitkräfte verkleinern wollte, zettelte der charismatische Offizier Oberst Arabi Pascha eine Revolte an.

London und Paris, vom Khedive ganz zu schweigen, befanden sich nunmehr in einer Zwickmühle. Der Khedive war gezwungen, Arabi in seine Regierung zu berufen. Aber es lag auf der Hand, dass Arabi in den Truppen auf Dauer nur dann Rückhalt haben würde, wenn er das Staatsoberhaupt herausforderte und die »doppelte Herrschaft« überwand. Britische und französische Minister wurden von ihren Männern vor Ort und den finsteren Warnungen europäischer Journalisten unter Druck gesetzt: Allein die *Times* brachte in den Jahren 1881 und 1882 fast

700 Artikel über die »Krise« in Ägypten. Arabi werde ein fanatisches Regime errichten, hieß es. Ausländisches Eigentum werde verloren gehen; Kredite würden niemals zurückgezahlt. Die christliche Minderheit werde von dem muslimischen Mob drangsaliert oder schlimmeres. Zwei weitere Aspekte beeinflussten das Denken der Minister in London. Erstens gab es zwar kaum Hinweise, dass der Suezkanal direkt bedroht war, doch war sein strategischer Wert unermesslich. Er konnte als zentrale Route für britische Truppen genutzt werden, die im Falle eines zweiten Aufstandes nach Indien entsendet würden. Die Erinnerung an den ersten Aufstand war noch frisch. Zweitens wäre eine erfolgreiche Revolte gegen europäischen Einfluss auf dem Hauptweg nach Indien für die britischen Beamten, welche die Regierung Indiens leiteten und islamischen Fanatismus als die größte Gefahr für ihren anglo-indischen Raj ansahen, eine inakzeptable Missachtung ihrer überaus wichtigen Reputation gewesen. Sie könnte einen großen Flächenbrand entfachen.[12]

Eine Mischung aus politischen, finanziellen und strategischen Überlegungen veranlasste Gladstones liberale Regierung zunächst zu der plumpen Bombardierung Alexandrias, um Arabi einzuschüchtern, und im September 1882 dann zu einer regelrechten Invasion in Ägypten – wobei sich die Franzosen zurückhielten. Arabi wurde geschlagen und musste ins Exil gehen. Die Autorität des Khedive war bestätigt worden, auch wenn ihm die Flügel gestutzt wurden. Britische Berater wurden stationiert, und auf britische Anregung hin wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet. Im Jahr 1883 traf Evelyn Baring (aus der Bankiersfamilie) ein, um den britischen Abzug zu überwachen, der erfolgen sollte, sobald die Verhältnisse stabil wären. Am Ende des Jahrzehnts entschlossen sich die Briten jedoch, auf unbestimmte Zeit zu bleiben, und Baring selbst verbrachte 24 Jahre in Ägypten. Das Land war zu einem »verschleierten Protektorat« geworden. Die Briten

behaupteten, die Besetzung sei vorübergehend und sie würden lediglich die ägyptische Regierung beraten. In Wirklichkeit war ihre Herrschaft durch eine Garnison in Kairo und durch die Flotte im östlichen Mittelmeer gesichert.

Für die britische Regierung war es ein großes Risiko, in Ägypten festzusitzen, und genau deshalb war die Entscheidung, im Land zu bleiben, so lange aufgeschoben worden. Die anderen Großmächte waren tief empört über die Methoden, mit denen sich Großbritannien eine der größten Provinzen des Osmanischen Reiches (denn dies war der nominelle Status Ägyptens) einverleibt hatte. Sollte das Land wegen Ägypten isoliert werden, so drohten den britischen Interessen in anderen Erdteilen erhebliche Kollateralschäden. Andererseits ließ sich ein früher Abzug nicht so ohne weiteres bewerkstelligen. Die Briten brauchten dafür die aktive Zustimmung aller europäischen Mächte mit einem Sitz in dem Ausschuss, der die Schulden Ägyptens verwaltete. Ohne rasche Finanzreform würde sich die Krise Ägyptens verschärfen. London stünde vor einem unerfreulichen Dilemma: entweder Ägypten (und die britischen Interessen im Land) aufgeben oder sich dort verschanzen, ohne Rücksicht auf den Unmut der Großmächte. Um der drohenden »Knechtschaft in Ägypten«– die Zeitgenossen benutzten gern Anspielungen auf die Bibel – zu entrinnen, verlegten sich die Briten auf eine Beschwichtigungspolitik. Sie boten Zugeständnisse an, die sie nichts oder nur wenig kosteten. In Teilen West-, Ost- und Südafrikas, wo sie kampflos eine informelle Hegemonie erlangt hatten, akzeptierten sie die Anmeldung französischer und vor allem deutscher Interessen. Sie einigten sich überdies auf neue Regeln, um die Aufteilung von Ansprüchen zu gestalten, wo diese umstritten waren. Auf der Westafrikakonferenz 1885 in Berlin (der Ort ist bezeichnend) wurde beschlossen, dass eine »effektive Besetzung« das Schlüsselkriterium für die Zuerkennung der Rechte war. Um

das Risiko eines Handelskriegs zu verringern, wurden die Becken des Niger und Kongo kurzerhand zu Freihandelszonen erklärt.[13]

Der afrikanische »Kuhhandel« reichte aus, um die diplomatischen Wogen um Ägypten zu glätten und die Kritiker Großbritanniens zu spalten – allerdings blieb die Besetzung eine Quelle britischer Unannehmlichkeiten, wie die Faschoda-Krise und der Mahdi-Aufstand zeigen sollten. Im Jahr 1904 erkannten die Briten dann den Anspruch der Franzosen auf Vorherrschaft in Marokko an, was die Rivalitäten vorerst beendete. Aller Wahrscheinlichkeit nach erwarteten die damaligen Akteure keine außergewöhnlichen Konsequenzen der neuen Regeln, und schon gar nicht in Afrika. Womöglich haben sie tatsächlich geglaubt, wenn eine »effektive Besatzung« zur Vorbedingung gemacht werde, müsse die formelle Expansion der europäischen Herrschaft im afrikanischen Landesinneren auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden. In Wirklichkeit erwies sich die Berliner Westafrikakonferenz als Startschuss für die Aufteilung des Kontinents. Die Gründe hatten wenig mit einer durchdachten Politik der Regierungen Europas zu tun. Vor Ort befanden sich jedoch bereits Möchtegern-Reichsgründer, die ihr Glück machen und Reichtum oder Ruhm ernten wollten, und zwar unabhängig von den Ansichten der fernen Obrigkeit. Die einzige große Ausnahme dieser fernen Autoritäten war der belgische König Leopold II. Aber selbst sein »Kongo-Freistaat«, von dessen Anspruch auf das Kongobecken er die Mächte in den Jahren 1884 und 1885 überzeugen konnte, war ein privates Reich, das ihm persönlich gehörte, und nicht dem belgischen Staat. Anderswo in Afrika entpuppten sich die »Berliner Bestimmungen« als willkommene Rechtfertigungen für europäische Abenteurer, welche die Unterstützung ihrer Regierungen für ihre territorialen Ambitionen gewinnen wollten. Ihre Logik war einfach. Sobald andere Europäer ausgeschlossen waren, wäre es doch viel einfacher, ihren

Willen den afrikanischen Gemeinschaften aufzuzwingen, deren Länder, Arbeitskräfte und Handel sie beherrschen wollten. Die eigentliche Überraschung war jedoch, dass die Regierungen die Ansprüche dieser Abenteurer überaus bereitwillig unterstützten.

Seit Mitte der 1880er Jahre bis 1900 wurde das »Gerangel« – wie es die *Times* im September 1884 formulierte – mit geradezu halsbrecherischer Geschwindigkeit fortgesetzt. In einem riesigen Landstrich Westafrikas, zwischen Wüste und Regenwald, schufen eine Gruppe französischer Marineoffiziere unter Kommandant Louis Archinard und ihre schwarzen Soldaten ein militärisches Imperium, das sämtliche afrikanischen Staaten bezwang oder schluckte, die ihm im Weg standen.[14] Wütende Beschwerden aus Paris ignorierte diese Militärclique, die sogenannten *officiers soudanais,* geflissentlich. Sie eroberten ein Territorium zuerst und holten anschließend die Erlaubnis ein.[15] Die Politiker konnten es sich nicht leisten, diese Gebietsgewinne nicht anzuerkennen. Berichte in den Boulevardblättern über die Heldentaten der Offiziere und die Schwäche der Minister in einer zersplitterten Nationalversammlung reichten aus, um diesen Abenteurern den Rückruf und Schimpf und Schande zu ersparen. Unterdessen hatte im unteren Nigertal ein gewiefter britischer Soldat und Geschäftsmann namens George Goldie einen gescheiterten Familienbetrieb zu einem neuartigen Unternehmen umgebaut. Wegen des intensiven Wettbewerbs (seit der Ankunft der Dampfschiffe) und des drastischen Preisverfalls bei Palmöl, dem Hauptexportartikel Westafrikas – in den späten 1880er Jahren war der Preis um ein Drittel zurückgegangen–, entwickelte sich die Kontrolle über den Nachschub zum Schlüssel für das eigene Überleben.[16] Im Jahr 1886 erhielt Goldie, nach skrupelloser Lobbyarbeit, von der Londoner Regierung eine königliche Charta – im Grunde eine Lizenz, in den Teilen Süd-Nigerias (wie es später heißen sollte), in denen seine Firma Handel

trieb, ein Mindestmaß an administrativer Kontrolle auszuüben. Aber Goldie baute die »Royal Niger Company« zu einer regionalen Macht aus, mit einer Privatarmee und leichten Geschützen, die er in England kaufte.[17] Er konnte nunmehr Abgaben von den Rivalen im Afrikahandel eintreiben und nahezu ein Monopol im Palmölhandel durchsetzen. Schon bald geriet die Armee der Company unter Frederick Lugard, einem weiteren ehemaligen Offizier mit großer Afrika-Erfahrung, in den nordwestlichen Bezirken des heutigen Nigeria in Konflikt mit den *officiers soudanais.*

In Westafrika konnten die europäischen Eindringlinge gerade so viel Feuerkraft aufbieten, dass sie von der Küste ins Landesinnere vorstoßen und ihre lokalen Widersacher besiegen konnten, mitunter allerdings nur knapp. Ihre afrikanischen Gegner würden im Kampf sehr geschickt gelegte Brände einsetzen, warnte Goldie seine Offiziere, und würden sie alle bei erster Gelegenheit verbrennen.[18] Angesichts eines afrikanischen Heeres mit 30.000 Mann »retteten uns allein die Zwölfpfünder und Neunpfünder [Geschütze] vor der Vernichtung«, berichtete er wenige Wochen später nach London.[19] In Ostafrika, einer vor 1870 weitgehend isolierten Region, konnten sich die Europäer den Umstand zunutze machen, dass das Sultanat Sansibar, eine arabische Dynastie vom Persischen Golf, in einer politischen Krise steckte und dass die Region wegen der neuen Suez-Route schneller und billiger zu erreichen war. Die viel beachteten Reiseberichte und der publizistisch ausgeschlachtete Tod David Livingstones, des missionarischen Heiligen im viktorianischen Großbritannien, rückten den ostafrikanischen Sklavenhandel und die arabischen Hauptakteure ins Rampenlicht humanitärer Debatten. Der Sultan von Sansibar war gezwungen worden, den Sklavenhandel zu verbieten. Vor allem in Schottland bestand der dringende Wunsch, Livingstones Andenken zu ehren, indem man »Christentum, Handel und Zivilisation« (seine berühmte Formel) an die Schauplätze seiner letzten

großen Reisen in Uganda und Malawi brachte. Unter einem in Bombay ansässigen Geschäftsmann namens William Mackinnon wurde ein Unternehmen gegründet. Im Jahr 1888 forderte er mit Erfolg nachdrücklich eine Charta. Die schwindende Macht des Sultans von Sansibar hatte jedoch bereits deutsche Händler wie Carl Peters angespornt, von Bismarck Unterstützung für eine »Schutzzone« zu erhalten, die von den Briten bereits 1884/85 gebilligt worden war. Mackinnons Unternehmen versuchte vergeblich, in Uganda, wo ein Bürgerkrieg zwischen muslimischen Konvertiten und Christen tobte, sein Glück zu machen. Nach weiterer, intensiver Lobbyarbeit, zum Teil unterstützt durch die Angst der britischen Regierung, dass das gesamte »Reich« Sansibars an die Deutschen und Franzosen verloren gehen könnte, wurden 1895 zwei riesige neue Protektorate zu britischem Territorium erklärt, die sich über das heutige Uganda und Kenia erstreckten. Ostafrika war damit aufgeteilt.

In Süd- und Zentralafrika war das Gerangel vorwiegend das Werk zweier ruheloser Tycoons. In Leopolds Kongo-Freistaat schickte sich eine polyglotte Bande halbprofessioneller (vor allem belgischer) Offiziere und Vagabunden an, seine Herrschaft über ein riesiges Gebiet auszudehnen, das so groß war wie ganz Westeuropa. Um seinem Regime einen würdevollen Anstrich zu verleihen, wollte Leopold eine weitere viktorianische Persönlichkeit, den evangelikalen Soldaten Charles »Chinese« Gordon, für den Gouverneursposten gewinnen. Dieser entschied sich aber für Khartum. Das eigentliche Ziel von Leopolds »Lotterregierung« war es jedoch, die Bevölkerung zur Gewinnung von Elfenbein und Gummi zu zwingen – beides äußerst lukrative Waren. Erst nach mehr als 20 Jahren sah sich die belgische Regierung gezwungen, angesichts der furchtbaren Brutalität, die dieses Regime mit Folgen ausübte, die einem Völkermord gleichkamen (rund zehn Millionen Menschen starben an den direkten und indirekten

Auswirkungen),[20] den Privatstaat Leopolds aufzulösen und das Territorium als der Regierung unterstellte Kolonie neu zu organisieren.[21]

Auch Cecil Rhodes hatte sich ambitionierte Ziele gesteckt, und seine Methoden waren längst nicht so primitiv. Rhodes war nur allzu gern bereit, den Einfluss zu kaufen, den er brauchte (die Gremien seiner Unternehmen waren voller Kandidaten, die in Geldschwierigkeiten steckten), den Investor zu düpieren und mit brutaler Gewalt gegen jede afrikanische Gemeinschaft vorzugehen, die sich ihm widersetzte. Sein Unternehmen führte im heutigen Simbabwe Kriege gegen die Ndebele und die Shona und eroberte afrikanisches Land für Rhodes und seine Gefolgsleute. Ein großer Teil des heutigen Simbabwe wurde auf diese Weise zum ersten Mal aufgeteilt.[22] Aber Rhodes Ziel war nicht nur die Landnahme oder persönliche Bereicherung. Er war entschlossen, fast ganz Südafrika zu einem einzigen großen Staat »Britisch-Südafrika« zu vereinen. Dabei sollte nicht nur die Autorität Londons durchgesetzt werden. Rhodes wollte lokalen, weißen Siedlern britischer Herkunft die Kontrolle übertragen, so dass der ganze Subkontinent zu einem »Land des weißen Mannes« wie Kanada oder die Vereinigten Staaten (das großartigste Beispiel, das auf Rhodes starke Anziehungskraft ausübte) wurde. Aber ohne die Unterstützung der Regierung in London fehlte Rhodes letztlich die militärische Stärke, um seinen Plan den Widersachern vor Ort aufzuzwingen: zwei Burenrepubliken mit dem Willen und den Mitteln, für ihre Freiheit zu kämpfen.

Der außergewöhnliche Verlauf der Aufteilung Afrikas wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Warum glaubten in erster Linie die europäischen Regierungen, dass sie das Recht hätten, Regeln für die Ausplünderung Afrikas aufzustellen? Immerhin entwarfen sie kein vergleichbares Programm für den Nahen Osten, China oder Lateinamerika. Ein Grund ist mit Sicherheit ihre feindselige Haltung gegenüber

afrikanischen Staaten und Kulturen. Über das afrikanische Landesinnere war wenig bekannt, und das spiegelte in erster Linie die egoistischen Vorurteile der Missionare, Forscher und dubiosen Geschäftsleute wider, die dort Karriere gemacht hatten. Es spricht manches dafür, dass ein großer Teil von dem, was Reisende als Fakten über den »schwarzen Kontinent« ausgaben, das imaginäre Produkt von Gehirnen war, die vom Alkohol benebelt und von Drogen (in Form eines Medikamentencocktails, der Seuchen abwehren sollte) beflügelt waren, und die allesamt von Ruhm und Gold träumten.[23] Kein afrikanischer Herrscher – allenfalls mit Ausnahme des christlichen Kaisers von Äthiopien – wurde für fähig gehalten, sämtliche Funktionen der Souveränität auszuüben. Die Annahme war verbreitet, dass in den Binnenstaaten ein Chaos der Barbarei herrsche, in dem die Sklaverei blühe und die Zivilisation stagniere. Gemäß den »Berliner Artikeln« wurde von den europäischen Mächten, die Anspruch auf ein Gebiet erhoben, erwartet, dass sie die Sklaverei unterdrückten und die Zivilisation förderten. Das erklärt jedoch nicht, weshalb sich die europäischen Regierungen von Händlern und Soldaten in Engagements hineinziehen ließen, die sie in der Regel wegen des unkalkulierbaren Risikos oder der Kosten mieden.

Darauf gibt es drei Antworten. Erstens waren die Interessengruppen der Pioniere wahre Meister in der Kunst der Lobbyarbeit über ihre Gefolgsleute im Mutterland. Sie spielten auf der Klaviatur der religiösen und humanitären Gefühle und nutzten patriotische Impulse und ökonomische Gier. Sie berührten einen neuralgischen Punkt wirtschaftlicher Ängste in einer Ära sinkender Preise, die bis Mitte der 1890er Jahre anhielt. Sie nutzten bis ins Kleinste die neuen Mittel der Öffentlichkeitsarbeit in der Boulevardpresse (wie *Le Petit Journal* mit einer Million Lesern).[24] Da sie in der Regel kontrollierten, welche Informationen vorlagen, konnte ihre Version der Ereignisse in den seltensten Fällen angezweifelt werden. In den

Händen eines Meisters wie Rhodes ging all dies mit einem bemerkenswerten Talent einher, die Unterstützung der Eliten zu gewinnen, häufig mit Hilfe einer großzügigen Ausgabe von Aktien seiner Unternehmen. Der zweite Faktor ist finanzieller Natur. Es ist fraglich, ob selbst eine geschickte Lobbyarbeit die Schatulle der Regierungen im Mutterland geöffnet hätte. Wenn eine Ausdehnung der Grenzen größere Ausgaben auf Kosten der Steuerzahler bedeutet hätte, wäre der Nutzen in Frage gestellt worden, die Politiker wären eher auf der Hut gewesen und die Diskussion um die Operation wäre intensiver geführt worden. Wie die Dinge lagen, erwies sich die Besetzung Afrikas jedoch als erstaunlich billig – ein Grund dafür, dass die öffentliche Begeisterung in den 1890er Jahren eher zu- statt abnahm. Die privaten Imperien von König Leopold und Cecil Rhodes kosteten die Steuerzahler keinen Cent. Die westafrikanischen Eroberungen der *officiers soudanais* verleibten dem französischen Kolonialreich rund fünf Millionen Quadratkilometer ein, für das Äquivalent von fünf Millionen Pfund Sterling.[25] Drittens gilt fast das Gleiche für die Aussicht auf einen Krieg. Ungeachtet der aggressiven Worte, mit denen koloniale Ansprüche häufig in der Öffentlichkeit begründet wurden, waren sich alle Beteiligten darüber im Klaren, dass sie einen europäischen Konflikt vermeiden mussten. Selbst die langjährigen Bemühungen Frankreichs, die Briten aus Ägypten zu verdrängen, hatten eine diplomatische Lösung zum Ziel: die deutsche Unterstützung auf einer internationalen Konferenz, um die ägyptische Frage zu »regeln«.[26] Als dieser Versuch jedoch scheiterte und eine französische Expedition zum Oberlauf des Nils Ende 1898 bei Faschoda auf Kitcheners Armee stieß, genügte die bloß angedeutete Gefahr eines Krieges bereits, um die Franzosen zum Einlenken zu bewegen.[27]

Die beiden letzteren Punkte müssen jedoch näher untersucht werden. Warum war es so billig, das afrikanische Landesinnere zu besetzen? Warum verteidigten afrikanische

Herrscher ihre Unabhängigkeit nicht entschlossener? Verallgemeinerungen sind nicht zulässig, und über das vorkoloniale Afrika ist leider immer noch wenig bekannt. Aber die Historiker sind sich in einem wichtigen Punkt weitgehend einig: Fast überall in Schwarzafrika waren Menschen Mangelware, riesige Landstriche blieben unbewohnt oder ungenutzt. Das könnte an ungewöhnlichen klimatischen Verhältnissen und den Folgen des Sklavenhandels und der Seuchen liegen. Entscheidend aber war das Resultat: Der Aufbau eines Staatswesens im vorkolonialen Afrika war überaus mühsam. Die Durchsetzung von Steuern oder Abgaben bei widerspenstigen Untertanen war auch anderswo schon schwierig genug. Aber in Regionen, wo Rebellion lediglich bedeutete, dass die Betreffenden wegzogen und kurzerhand ein abtrünniges Gemeinwesen gründeten, standen die Aussichten auf Erfolg besonders schlecht. Mit Ausnahme bestimmter, begünstigter Orte wie in Teilen Westafrikas, wo es den Herrschern gelang, den Handel fest unter ihre Kontrolle zu bringen, blieben Staaten in Afrika gemessen an eurasischen Standards klein und schwach. Sie waren schlecht dafür gerüstet, das Wachstum des internationalen Handels zu nutzen. Kaum ein Gemeinwesen verfügte über die Mittel, moderne Waffen zu kaufen oder eine ausreichende Streitmacht aufzustellen, um einen entschlossenen Angriff der Europäer abzuwehren. Wohl am schlimmsten war: Wegen des charakteristischen Mangels an einer breiteren politischen oder kulturellen Einheit waren afrikanische Herrscher mit einer allgegenwärtigen Gefahr konfrontiert. In den meisten Konflikten fiel es den europäischen Eindringlingen allzu leicht, vor Ort Verbündete zu finden. In dem späteren Französisch-Westafrika zogen die *officiers soudanais* die Grenzen ihres Kriegerstaates mit einer Armee schwarzer Soldaten, die mit Sklaven bezahlt wurden. Deshalb waren auch die Kosten so niedrig. In Britisch-Ostafrika halfen die Massai-Krieger, die Völker der

Kikuyu und Embu in die Knie zu zwingen, und erhielten dafür einen Anteil an dem erbeuteten Vieh.[28] Afrikanische Herrscher konnten bestenfalls darauf hoffen, eine gewisse lokale Autonomie zu bewahren. Die Erfolgsaussichten besserten sich erheblich, wenn es ihnen gelang, die Loyalität ihrer Untertanen und Anhänger zu erhalten und mit ihren neuen europäischen »Souveränen« einen vernünftigen Handel zu schließen. Im Norden und Westen Nigerias und in Buganda (einem Teil des heutigen Uganda) gelang dies den vorkolonialen Herrschern mit bemerkenswertem Erfolg.

Doch weshalb bekämpften sich die Europäer wegen ihrer afrikanischen Reiche nicht gegenseitig? Die Aufteilung Afrikas verlief, zumindest für die Europäer untereinander, weitgehend friedlich. Es gab scharfe diplomatische Notenwechsel, heftige Diskussionen in der Presse und viel Drohgebärden und Säbelrasseln der Männer vor Ort. Aber die Europäer kämpften nicht gegeneinander. Die Regierungen im eigenen Land spielten ein doppeltes Spiel. Sie wollten auf keinen Fall die einflussreichen Lobbygruppen der Kolonisten verärgern oder sich bei konkurrierenden Ansprüchen Schwäche vorwerfen lassen. Es gab ständig Politiker, die auf einen Karriereschub hofften, wenn sie die koloniale Flagge schwenkten. Es gab auch einige, die überzeugt waren, dass der Untergang sicher sei, sofern das Land bei der bevorstehenden Aufteilung des Erdballs nicht einen angemessenen Anteil bekomme. Aber für alle europäischen Regierungen hatte das kontinentale Kräftegleichgewicht viel höhere Priorität als alle kolonialen Abenteuer. Ihre Sichtweise von Europa war zutiefst konservativ. Sie weigerten sich zu glauben, dass ein afrikanisches Reich es wert sei, im Falle einer Krise das Risiko einer Explosion in Europa einzugehen, bei der vermutlich niemand etwas gewinnen würde. Sie waren bereit, eine koloniale Einflusssphäre in Afrika in Betracht zu ziehen, aber unter der unabdingbaren Voraussetzung, dass sie nicht die Sicherheit in Europa gefährdete. Darüber

hinaus waren sie entschlossen, territoriale Streitigkeiten der Männer vor Ort so weit wie möglich friedlich in Europa beizulegen, und nicht durch Gewalt vor Ort. Das gelang ihnen nicht zuletzt deshalb, weil die Diplomaten sich einig waren, dass die Einsätze in Afrika, abgesehen von Suez und Südafrika, wo nur die Briten bereit waren zu kämpfen, unverändert niedrig waren. In erster Linie ging es darum, die Lobbygruppen zu beruhigen. Während die Europäer also Kriege um die Aufteilung Amerikas geführt hatten und in regelmäßigen Abständen im Nahen und Mittleren Osten damit drohten, teilten sie Afrika verblüffend friedlich untereinander auf. Das hatte zwei wichtige Konsequenzen. Es verringerte die Aussichten für afrikanische Führer, europäische Meinungsverschiedenheiten auszunutzen und dadurch ihre Freiheit zu schützen. Und es bedeutete, dass man die kolonialen Grenzen, sobald sie einmal gezogen waren, nicht gegen einen europäischen Gegner verteidigen musste – bis zum Ersten Weltkrieg.

Das Gerangel um Afrika war das offensichtlichste Beispiel für Europas wachsendes Streben nach Welthegemonie sowie für die unwiderstehliche Kraft, mit welcher der Kontinent dieses Ziel auch verwirklichen konnte. Aber es war zugleich ein Paradox. Erstens zeigten die europäischen Regierungen eigentlich wenig Begeisterung für eine Ausdehnung ihrer Kontrolle ins Landesinnere. Sie fügten sich zähneknirschend den Umtrieben der Lobbygruppen. Zweitens gaben sie sich, sobald die Einflusssphäre abgesteckt war, damit zufrieden, kaum mehr als eine nominelle Kontrolle über die Menschen und Orte auf den Territorien ihrer Landkarten auszuüben. Sie sahen keine unmittelbare Notwendigkeit, die Loyalität der Afrikaner zu gewinnen oder einen kolonialen Patriotismus aufzubauen. Der Kolonialstaat blieb ein schlanker Staat: Er wurde von einer Handvoll Ausländer behutsam regiert. Sie waren massiv auf lokale »Kollaborateure« angewiesen, gegen deren Machtmissbrauch selten etwas unternommen wurde, wenn

er denn überhaupt entdeckt wurde. Drittens führte selbst die »zivilisierende Mission«, der ideologische Deckmantel für die Aufteilung, ein seltsames Doppelleben. Der Geist in Europa mag willig gewesen sein, doch das Fleisch in Afrika war ausnahmslos schwach. Eben diese leichtfertige Gleichgültigkeit gegenüber den Verpflichtungen einer Herrschaft erklärt nicht zuletzt, weshalb die Afrikaner außergewöhnlich brutale Erfahrungen mit dem Kolonialismus machten. Das Beispiel des Kongo mag ein Extremfall gewesen sein, aber es gibt unzählige Hinweise, dass Europäer bereit waren, skrupellos Gewalt anzuwenden und afrikanisches Eigentum als Widerspruch in sich zu betrachten. Rassisch und kulturell bedingte Verachtung war ein Grund, ein anderer aber die Bereitschaft der europäischen Regierungen, ihre afrikanischen Untertanen auf Gedeih und Verderb den Interessen der Siedler und der Lobbygruppen zu überlassen, welche die Aufteilung inszeniert hatten. In oft unwirtlichen Gebieten, die nur dünn besiedelt waren, konnte kein Unternehmen überleben, wenn es nicht afrikanische Arbeitskräfte anlockte und hielt, sei es nun mit sauberen oder mit schmutzigen Methoden. Folglich bestand eine furchtbare Symmetrie bei den Ursachen, die Afrika zunächst so anfällig für die Eroberung und anschließend für die wohl schlimmsten Regime machten, die jemals von Europäern auf der ganzen Welt errichtet wurden.

In einem Teil Afrikas dieser Epoche wurden diese Regeln jedoch gebrochen. Im Burenkrieg von 1899 bis 1902 kämpften Weiße gegen Weiße. Zehntausende Weißer, auch Frauen und Kinder, starben durch Gewalt, an Seuchen oder an den Folgen einer Internierung. Weiße Männer zerstörten den Besitz anderer weißer Männer, brannten ihre Höfe nieder oder stahlen ihr Vieh. Auch Schwarze wurden in diesen Krieg der Weißen hineingezogen und hatten ganz ähnlich darunter zu leiden.[29] Was hatte den Krieg

ausgelöst?

Südafrika war ein seltsamer Sonderfall der Geschichte Schwarzafrikas, und das blieb es lange Zeit. Es war die einzige Region, die Europäer lange vor dem späten 19. Jahrhundert dauerhafte besiedelt hatten. Um 1700 waren holländisch sprechende Farmer (Buren) erstmals vom Kap aus ins Landesinnere gezogen und hatten allmählich ihre Herrschaft über die afrikanischen Völker durchgesetzt, auf die sie stießen. Ende der 1830er Jahre drangen sie dann mit »Trecks« weiter vor und besetzten die nördliche Hälfte des heutigen Südafrika, die Hochebenen des sogenannten »Highveld«. Nach 1870 wurde dieser Ortsname des europäischen Kolonialismus durch neu entdeckte Bodenschätze weltberühmt: zuerst Diamanten, dann Gold. Für die britische Regierung, ab 1815 mit dem Anglo-Dutch Treaty die Herrin des Kaps, war das der ideale Anlass, den Zyklus kostspieliger Grenzkriege mit einer rückständigen Region zu beenden. Südafrika sollte dem Beispiel Kanadas folgen: als föderales Herrschaftsgebiet, wirtschaftlich fortschrittlich, dem Äußeren nach »britisch« und dem Empire gegenüber absolut loyal. Der britische Handel würde blühen, und das Kap wäre für den britischen Schiffverkehr nach Indien gesichert. Genau dieses Ziel strebte auch Cecil Rhodes an, und es war der Hauptgrund, weshalb London bereit war, dessen Anspruch auf das heutige Simbabwe und Sambia zu unterstützen. »Er hat das Fundament für ein eindrucksvolles Reich gelegt«, sagte Lord Salisbury bewundernd.[30] Doch die Buren im Norden hatten andere Pläne. Seit den 1850er Jahren hatten sie fast völlige Unabhängigkeit genossen. Anfang der 1880er Jahre hatten die Bewohner von Transvaal einen plumpen Versuch der Briten abgewehrt, aus ihrer provisorischen »Republik« eine echte Kolonie zu machen. In den 1890er Jahren entwickelte sich das einst bankrotte Transvaal, mit Hilfe der rasant steigenden Einnahmen aus den Goldfeldern des Rand, zum dominierenden Staat im gesamten Süden Afrikas. Der

mutige Präsident, der alte Frontkämpfer Paul Kruger, vereitelte Rhodes’ großen Plan und ließ den Versuch eines Staatsstreichs kläglich scheitern: den berüchtigten Jameson Raid (1895). Er bewies bei der Spaltung der (überwiegend britischen) Einwanderergemeinde, die in den Rand geströmt war, ebenso bemerkenswertes Geschick wie bei der Verschleppung der Forderung Londons, ihnen volle politische Rechte einzuräumen. Als er jedoch im September 1899 offen volle Unabhängigkeit forderte (also das Recht, direkte Beziehungen zu ausländischen Mächten zu unterhalten), da berührte er einen neuralgischen Punkt. Großbritannien sah die Gefahr, dass seine regionale Hegemonie ausgehöhlt werden könnte, mit katastrophalen Folgen für sein diplomatisches Ansehen und seine strategische Sicherheit. Wenige Wochen später kam es zum Krieg. Nach fast drei Jahren wurden die Buren in Transvaal und im Oranje-Freistaat gezwungen, britische Untertanen zu werden. Das änderte aber nichts daran, dass in ganz Südafrika Weiße über Schwarze regierten.

Konkurrierende Koexistenz

Die Aufteilung Afrikas war der überaus dramatische Beweis, dass der Welt außerhalb Europas und der Vereinigten Staaten eine koloniale bzw. halbkoloniale Zukunft bevorstand, die geprägt sein würde von Besetzung und Fremdherrschaft sowie Formen wirtschaftlicher Abhängigkeit. Es gab weitere Aufteilungen in Südostasien und im Südpazifik, welche die französische, britische, niederländische, deutsche und (nach 1898) amerikanische Herrschaft über Eurasiens Seegrenzen hinaus ausdehnten. Nach 1900 war der größere Teil des Globus politisch und rechtlich zu einer Erweiterung Europas geworden. Die Annahme erschien vernünftig, dass der Rest der Welt,

insbesondere das kontinentale Ostasien und der Orient, früher oder später folgen würden. Tatsächlich gab es etliche Warnsignale, dass eine derartige Aufteilung bevorstand, sofern sich die Großmächte auf ihre jeweiligen Anteile einigen könnten.

Aufteilungen waren jedoch nicht die einzigen Veränderungen im politischen Antlitz der Welt um die Jahrhundertwende. Die Generation nach 1880 erlebte überdies die Konsolidierung von vier oder fünf »Weltstaaten«, von denen man annahm, dass sie die Weltherrschaft untereinander aufteilen würden. Zwei von ihnen waren Emporkömmlinge auf der imperialen Bühne. Der Bemerkenswerteste waren die Vereinigten Staaten, deren symbiotisches Verhältnis zum Alten Europa immer enger wurde, der zweite war das Deutsche Kaiserreich. Ein ständig wachsender Strom europäischer Migranten überquerte den Atlantik. Italiener, Polen, Russen, Juden und viele andere Nationalitäten knüpften eine transatlantische Verbindung mit allen Teilen Europas, was den europäischen Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft und Kultur verdoppelte und diversifizierte. Im Jahr 1900 hatten die Vereinigten Staaten, von Russland abgesehen, die größte Bevölkerung europäischer Herkunft (82 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 92 Millionen, einschließlich der Afroamerikaner). Zudem waren sie die größte industrielle Volkswirtschaft der Welt geworden und produzierten schon im Jahr 1910 mehr Eisen und Stahl als Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen. Thomas Jeffersons Republik freier Siedler hatte sich zum Standort gigantischer Industriekomplexe entwickelt: Eisen und Kohle wurden geschürft; Textilien und Stahl produziert; Lokomotiven, Schiffe und Automobile wurden gebaut und Lebensmittel und Getränke verarbeitet. Das Land hatte eine riesige Arbeiterklasse; zum Teil lebten die Arbeiter in elenden Verhältnissen, die denen in Europa stark ähnelten, wie der sozial engagierte Journalist Jacob Riis einer empörten

Öffentlichkeit enthüllte.[31] Obgleich der Lebensstandard höher, die Klassenzugehörigkeit weniger festgelegt und die Mobilität viel größer war als in Europa, hatte sich gegen Ende des Jahrhunderts doch bereits eine Oberschicht herausgebildet. Sie besuchte Eliteschulen, ahmte den Lebensstil der Oberschicht auf der anderen Seite des Atlantiks nach und jammerte über den Populismus und die Primitivität der amerikanischen Politik. Ferner legten sie eine faszinierende Tendenz an den Tag, sich über den »Großen Teich« zu verheiraten. So entstanden Familienbande zur britischen Aristokratie – aus einer solchen amerikanisch-britischen Verbindung sollte auch Winston Churchill hervorgehen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hoben sich weiterhin durch ihren demokratischen Populismus und durch das offene Bekenntnis zur Rassentrennung ab. Aber in anderer Hinsicht glichen sie mittlerweile immer mehr einem »normalen« europäischen Staat. Im Jahr 1890 waren sie keine »Frontier«-Gesellschaft mehr mit riesigen Territorien freien Landes. Ein neues Gespür für die Grenzen der natürlichen Ressourcen Amerikas förderte einen behutsameren Umgang mit einer arg misshandelten Umwelt. Die Kehrseite der Medaille war das desto stärkere Gefühl eines imperialen Schicksals: Es war ein ständiges Ärgernis, dass die kostbaren Ländereien in der Karibik, vor Amerikas Haustür, unter der sorglosen Leitung ihrer spanischen Wächter – europäische Spanier auf Kuba oder lokale Kreolen in Mittelamerika – zu leiden hatten. An der Pazifikküste, wo alte Verbindungen zu China und Japan bestanden, sahen manche in Kalifornien die Basis Amerikas für den Kampf um Ostasien, San Francisco selbst hingegen als das Sprungbrett für den Aufbau eines Imperiums.[32] Wie skrupellos die Vereinigten Staaten Spanien in dem »hervorragenden kleinen Krieg« von 1898 Kuba und die Philippinen entrissen, zeigt überdeutlich, dass diese erweiterte Sichtweise der amerikanischen nationalen Interessen politisch hoffähig

geworden war.

Unter Präsident Theodore Roosevelt (1901–1908) wurde diese Politik fortgesetzt. Amerikas Dominanz in der Karibik wurde ganz offen im »Roosevelt-Zusatz« verkündet. Darin hieß es, dass im Falle eines Fehlverhaltens oder Versäumnisses seitens der unabhängigen Staaten in und um die Karibik die Vereinigten Staaten im Namen der betroffenen, ausländischen Macht handeln würden. Deren direkte Einmischung hingegen sei äußerst unwillkommen. Und auf Roosevelts Drängen hin trat Amerika schließlich wie eine große Seemacht auf (der berühmteste Befürworter des Flottenausbaus war der US-Admiral Alfred T. Mahan). Im Jahr 1907 unternahm die Flotte der Vereinigten Staaten, die in Anspielung auf den Anstrich »Great White Fleet« genannt wurde, eine publizistisch ausgeschlachtete Kreuzfahrt rings um den Pazifik.[33]

Auf diese Weise behauptete Amerika seinen Status als bedeutende Weltmacht auf Augenhöhe mit den größten europäischen Staaten. Als Kolonialmacht mit extraterritorialen Privilegien in China (seit 1898) schienen seine Interessen und Anschauungen denen Europas bemerkenswert zu gleichen. Amerika sei, erklärte der einflussreiche Historiker Frederick Jackson Turner, »eine imperiale Republik mit Kolonien und Protektoraten […], eine neue Weltmacht«.[34] Die mexikanische Revolution im Jahr 1910 drängte Washington ebenfalls zu einer imperialen Doktrin. Um die Absetzung des Diktators General Victoriano Huerta zu erzwingen, wurde Mexikos wichtigster Hafen 1914 acht Monate lang besetzt.[35] Doch die Ähnlichkeiten und Parallelen sollten nicht überbewertet werden. Die Haltung der Amerikaner gegenüber dem weltweiten Kolonialismus Europas blieb eher distanziert. Amerika hatte sich an der Aufteilung Afrikas nicht beteiligt, auch wenn ein amerikanischer Repräsentant an der Berliner Westafrikakonferenz teilgenommen hatte. Vor den 1890er Jahren besaßen die Vereinigten Staaten keine Territorien in

Asien. Die Rolle als Kolonialherr, die sie 1898 übernahmen, löste eine politische Diskussion aus, die viel erbitterter geführt wurde als die kolonialen Debatten, die gelegentlich in Europa ausbrachen. Roosevelts Flottenprogramm wurde von den Skeptikern im Kongress zusammengestrichen und vereitelt.[36] Theodore Roosevelt selbst betrachtete seine neue Vorzeigeflotte als Juniorpartner in einer inoffiziellen Allianz der »angelsächsischen« Seemächte. Die britische Seehoheit sei, bemerkte er, »die große Garantie des Weltfriedens«.[37]

An der Wirtschaftsfront bestanden hingegen beträchtliche Unterschiede. Es wurde kaum amerikanisches Kapital im Ausland investiert, und davon der größte Teil im Nachbarland Mexiko. Die amerikanische Industrie bediente in erster Linie die riesige Binnennachfrage und eine enorme Agrarwirtschaft. Nur fünf Prozent der amerikanischen Produktion wurden tatsächlich exportiert, die britische Vergleichszahl lag bei 25 Prozent. Die Kolonien der amerikanischen Wirtschaft lagen im Westen und Süden der Vereinigten Staaten, nicht in Übersee. Es gab keinen Konsens, den aggressiven Stil oder die militärische Bereitschaft anderer Staaten zu übernehmen. Was sich jedoch als ausschlaggebend für die Prägung der amerikanischen Ansichten entpuppte, war das erstaunliche Wachstum der US-Industrie. Es wurden Ängste geäußert, dass die Unternehmen von den Weltmärkten ausgeschlossen würden. Bei einem so kleinen Anteil an imperialem Boden, den geringen Aussichten, ihn zu vergrößern, und (bis 1913) der weitaus größten Industriekapazität war es kaum verwunderlich, dass amerikanische Politiker zu der Ansicht gelangten, jede globale Aufteilung schade amerikanischen Interessen.

Die drei Jahrzehnte nach 1880 waren für Russlands Stellung als Weltmacht ebenfalls maßgeblich. Konventionelle

Darstellungen des späten Zarenreiches heben gerne die Versäumnisse des alten Regimes hervor. Bauernunruhen, eine schwache Mittelschicht, überhastete Industrialisierung und eine »obsolete« Autokratie werden als die üblichen Sündenböcke genannt. Das Zarenreich wartete angeblich geradezu auf den Ausbruch einer Revolution. Aber wenn man den Niedergang und Verfall allzu sehr hervorhebt, gelangt man zu einem allzu beschränkten Bild der modernen russischen Geschichte. Ungeachtet des katastrophalen Einflusses von Krieg und Revolution in der Bürgerkriegsphase zwischen 1917 und 1921 fiel das Russische Reich damals nicht auseinander. Darüber hinaus war es imstande, Mitte der 1940er Jahre eine erstaunliche Erholung in die Wege zu leiten und einen Zenit der Macht zu erreichen, dessen Vorhersage in der zaristischen Ära selbst der phantasievollste Beamte als absurd abgetan hätte.

Das ist umso erstaunlicher, weil ein so großer Teil des Russischen Eurasiens vor 1880 kaum mehr als ein Gerüst war. Die koloniale Eroberung des muslimischen Zentralasiens hatte erst begonnen. Die russische Sphäre in Nordostasien hatte sich durch die Verträge von Aigun und Peking 1858 bzw. 1860 auf Kosten Chinas erheblich vergrößert. Doch die russische Präsenz war in der ganzen Region kaum mehr als nominell. Die Reformen der 1860er Jahre hatten sich nicht unmittelbar auf Russlands materielle Stärke ausgewirkt: Die Rückschläge im Ausland in den Jahren 1877 und 1878 (als die russischen Hoffnungen auf einen raschen militärischen Sieg über das Osmanische Reich zunichte gemacht wurden) und politische Konflikte im eigenen Land ließen eher das Gegenteil vermuten. Die Modernisierung der auf Leibeigenen basierenden Wirtschaft hatte gerade erst begonnen. In Anbetracht des Reformtempos in anderen Teilen der Welt – der Kapitalflüsse, des steigenden Handelsvolumens, des technischen Fortschritts – wirkte Russlands Anspruch, weiterhin zur ersten Garde der Mächte zu gehören, gelinde

gesagt ein wenig fragwürdig. Repressionen und Chaos erschienen den meisten ausländischen Beobachtern als die herausragenden Merkmale des zaristischen Systems. Das Ergebnis war eine Politik »des Wechsels zwischen Vorpreschen und Wankelmut«, sagte der junge George Curzon mit der ganzen Arroganz eines potentiellen, indischen Möchtegern-Vizekönigs.[38]

Gleichwohl wuchs die russische Macht. Die Industrialisierung hatte zwar spät eingesetzt, aber in den 1890er Jahren breitete sie sich rasant aus. Um die Jahrhundertwende betrug die russische Kohleproduktion rund das 50-Fache des Wertes von 1860 und die Stahlproduktion das 2.000-Fache.[39] Bis 1913 hatten sich beide Werte wiederum verdoppelt. Die russischen Exporte schnellten in die Höhe: Von rund 55 Millionen Pfund (dem Durchschnittswert von 1881–1885) auf fast 100 Millionen (1901–1906).[40] Die Ukraine wurde zur großen Kornkammer ausgebaut. Odessa, die Stadt, die Katharina die Große am Ufer des Schwarzen Meeres gegründet hatte, war das große Zentrum dieses neuen Weizenhandels. Nachdem Russland 1894 ein Bündnis mit Frankreich geschlossen hatte, strömte eine Flut französischer Kredite zur Modernisierung ins Land.[41] Die großen Eisenbahnprojekte, die das russische Kernland mit Zentralasien (die Orenburg-Taschkent-Bahn) und dem Pazifik (die Transsibirische) verbinden sollten, konnten nunmehr abgeschlossen werden. In dem Maße, wie die Eisenbahn vorrückte, folgte ihr ein Heer von landhungrigen Bauern aus überbevölkerten Dörfern des europäischen Russlands. Diese russischen Kolonisten, Bauern und Bahnarbeiter breiteten sich nach Süden und Osten aus und bildeten die dauerhafteste Basis der Macht Russlands in Asien.[42] Im Jahr 1942 hatten bereits mehr als fünf Millionen Russen den Ural nach Sibirien überquert, und zu Tausenden waren sie in den alten muslimischen Khanaten in Zentralasien angesiedelt worden.[43]

So hatte das zaristische Regime Schritt für Schritt noch

vor dem Ersten Weltkrieg fast alle Schlüsselelemente des modernen, russischen Herrschaftssystems eingeführt. Es hatte das rebellische Polen behalten, gewissermaßen das erste Bollwerk zur Verteidigung des russischen Kernlands und ein Hebel in der Diplomatie der Großmächte. Die Ukraine war zu einem wahren Goldesel geworden, zum Motor des wachsenden wirtschaftlichen Einflusses Russlands in der Schwarzmeerregion und zum Zentrum des neuen Getreideexports. Der ukrainische Wohlstand und das Schienennetz trugen dazu bei, den Einfluss Russlands auf die Grenzregionen im Kaukasus, auf die Landbrücke zum Mittleren Osten sowie (aus der entgegengesetzten Richtung) auf die große Verteidigungsanlage des Wolgatals auszubauen. Vor 1914 erhielt der Kaukasus durch die rings um Baku am Kaspischen Meer entdeckten Ölfelder eine weitere strategische Bedeutung. Mit Eisenbahnen, Siedlern, einer neuen Baumwollwirtschaft und einer starken militärischen Präsenz war Zentralasien fest in seine koloniale Rolle gezwängt worden und hütete das Südwesttor in Russlands eurasischem Reich. Der Handel wurde sorgfältig abgeschottet und zum russischen Monopol erklärt.[44] Nachdem dann Sibirien kolonisiert und die Kommunikation verbessert worden war, wurde auch der vormals schwache Zugriff auf die Pazifikküste entscheidend gestärkt.[45] Nicht einmal das Debakel im russisch-japanischen Krieg (1904–1905), als russische Ambitionen in Korea und der Mandschurei erfolgreich abgewehrt wurden (es existierte gar ein Plan, Korea mit als Holzfällern verkleideten russischen Soldaten zu infiltrieren), konnte den Anspruch Russlands, als Macht im Pazifik aufzutreten, schwächen oder dessen Expansion in Nordostasien aufhalten.[46] Bei aller Brüchigkeit des Herrschaftssystems, trotz der technischen Rückständigkeit, wirtschaftlichen Zerbrechlichkeit und der schwachen kulturellen Anziehungskraft[47] hatte Russland mehr als Schritt gehalten mit den rivalisierenden Weltmächten. Es war seinen eigenen

Weg in den globalen Kolonialismus gegangen.

Im Jahr 1880 konnte Großbritannien wohl zu Recht den Anspruch auf die Rolle der führenden Weltmacht erheben – die einzige mit Besitzungen und Wirtschaftsbeziehen in allen Teilen der Welt. Sein riesiges Archipel aus Kolonien und Einflusssphären reichte von Westkanada bis nach Südafrika, von Suez bis Hongkong. Ein großer Teil dieses Empires war seit 1830 aufgebaut worden. Es war dünn besiedelt und kaum entwickelt. In weiten Teilen bestand der britische Anspruch auf Einfluss lediglich darin, dass vor Ort keine andere Macht präsent war. Aber nach 1880, als die Welt sich »füllte«, konnte von einem Anspruch mangels alternativer Kandidaten keine Rede mehr sein. Die Briten wurden dazu gedrängt, ihre Ansprüche konkret zu definieren und ihnen gegebenenfalls Nachdruck zu verleihen, indem sie die Muskeln spielen ließen. Da die Welt immer weiter aufgeteilt wurde, erhielten sie frische, potentiell Unruhe stiftende Nachbarn, neue Zäune – und neue Gründe, wachsam zu sein.

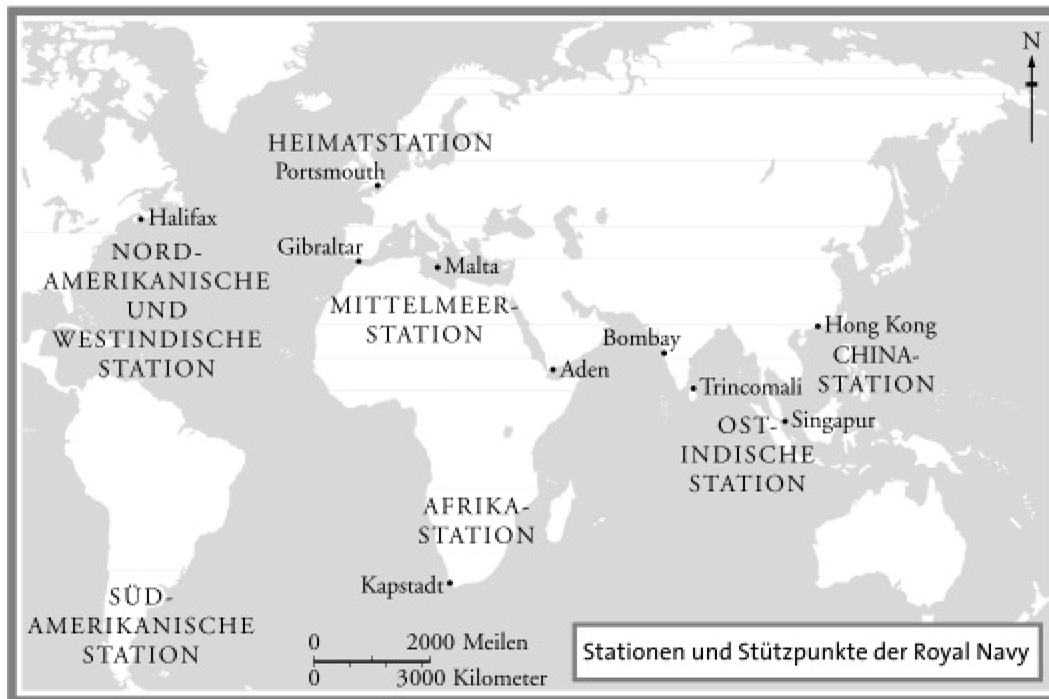
Doch obwohl das britische Empire immer größer wurde, bekamen die Diplomaten und Strategen, welche die Aufgabe hatten, es zu schützen, immer mehr Angst. Weil die Briten so viele, über die ganze Welt verstreute Territorien besaßen, hatte es den Anschein, als lägen sie ständig mit allen im Streit. »Es ist mir manchmal so vorgekommen, dass einem Ausländer, der unsere Presse liest, das britische Reich wie ein ungeheurer Riese erscheinen muss«, jammerte ein hoher Regierungsvertreter, »der sich über den Erdball reckt, mit gichtisch-dicken Fingern und Zehen.« Kaum nähere sich ein anderer, werde der Koloss aus Angst vor dem drohenden Schmerz aufschreien.[48] Das war ein schlechtes Rezept für eine harmonische Diplomatie. Die Strategen waren genauso nervös. Sie hielten die britische Seemacht und die kleine Berufsarmee für gefährlich überdehnt. Einige besonders ängstliche Beobachter fragten sich, ob der Siegeszug der

Eisenbahnen das Schicksal der großen Seestreitmacht womöglich besiegelt habe. Hatte sich das Kräftegleichgewicht nunmehr zugunsten der Herrscher einer unangreifbaren Landmasse verschoben – wie Russland, jene »Binnentyrannei« –, die britische Strafmaßnahmen nicht zu fürchten brauchte?

Solche Ängste erreichten im zweiten Burenkrieg, der peinliche Schwächen der britischen Streitkräfte aufdeckte, einen Höhepunkt. Noch beunruhigender war das Risiko, dass Großbritanniens Großmachtrivalen eine goldene Gelegenheit ergreifen würden, um britische Interessen in anderen Teilen der Welt zu gefährden: im Nahen Osten, in China und sogar durch eine Invasion in Indien über dessen Nordwestgrenze hinweg. Diese beängstigende Aussicht löste hektische militärische Planungen aus, die zu der Schlussfolgerung führten, dass die britische Armee alle Kamele Asiens aufkaufen müsse, um die Front mit Nachschub zu versorgen. Aus einem bereits erörterten Grund – die Scheu, das europäische Gleichgewicht zu stören – bildeten die anderen Großmächte jedoch keine antibritische Koalition, aber die Krisenstimmung in London war durchaus real gewesen. Sie löste ein generelles Umdenken in der Flottenstrategie aus, und der Bau einer neuen, modernen Flotte wurde beschlossen. Die Regierung verbündete sich deshalb mit Japan (1902), um die britischen Interessen in Ostasien zu schützen.[49] Im Jahr 1904 und 1907 gingen aus den Ängsten Bündnisse hervor, zunächst die Entente mit Frankreich, dann mit Russland, und durch diese Abkommen war Großbritannien wieder in ein informelles Bündnis mit Europas Großmächten eingetreten.[50]

In der neuen Ära der »Weltpolitik« nach 1880 erlebte Großbritannien allem Anschein nach einen relativen Niedergang. Aber seine Gesamtposition blieb gemessen an allen Standards extrem stark. Es gab kaum Orte, wo eine einzelne Macht seinen Interessen hätte ernsthaft schaden

können. Die große Ausnahme (seit eine amerikanische Invasion in Kanada undenkbar schien) war eine russische Invasion in Afghanistan und die Gefahr, die dies für den britischen Einfluss in Indien bedeutet hätte. Es war höchst unwahrscheinlich, dass die übrigen Staaten es einer Kombination aus Mächten gestatten würden, sich auf Kosten der Briten zu vergrößern – auch wenn jemand den Versuch wagen sollte. Überdies wurden die Briten in mehreren Bereichen immer reicher und stärker. Sie hatten mehr als andere von der gewaltigen Expansion des internationalen Handels profitiert. Allein ihre Auslandsinvestitionen sollten sich von 1900 bis 1913 verdoppeln. Sie hatten einen deutlichen Zahlungsbilanzüberschuss aus den unsichtbaren Exporten und konnten die enormen Kosten einer riesigen neuen Flotte tragen. Ihre Siedlerkolonien – eine große Reserve aus über einer Million Männer im wehrpflichtigen Alter -– wuchsen mittlerweile rasant. Das gleiche galt für Indien, die Kaserne und Kriegskasse des britischen Empires in Asien. Das britische Handelsimperium mit seinen Überseeunternehmen, das aus Banken und Versicherungen, Schiffsbau, Eisenbahnen, Telegrafen, Bergwerken und Plantagen bestand, übertraf alle Konkurrenten. Im Falle eines Angriffs konnte die riesige Reserve der britischen wirtschaftlichen Aktivposten mobilisiert werden, während der Gegner durch den Würgegriff einer Seeblockade vernichtet wurde. Dies war zumindest der Plan.



Nach 1904 gingen die Briten davon aus, dass ihnen in erster Linie von Deutschland Gefahr drohe. Wie die Vereinigten Staaten war auch das Kaiserreich ein Emporkömmling im Reigen der Großmächte, der nach 1870 mit der Niederlage Frankreichs und der Vereinigung der deutschen Bundesstaaten zu einem halbföderalen »Reich« unter der preußischen Monarchie eindrucksvoll die internationale Bühne betreten hatte. Deutschland hatte offensichtlich sowohl die Mittel als auch, nach 1900, den Ehrgeiz, Weltpolitik zu betreiben. Die Plattform für dieses Projekt war das rasante Wachstum der deutschen Wirtschaft: Das deutsche Volkseinkommen verdreifachte sich zwischen 1873 und 1913.[51] Die Industrieproduktion war in den neuen Fertigungssektoren der chemischen und elektrischen Waren besonders hoch. Im Jahr 1900 verfügte Deutschland über ein ausgezeichnetes Schienennetz und hatte nach Russland die höchste Bevölkerung in Europa.[52] Dank des guten Kommunikationswesens, einer breiten industriellen Basis

und einer großen Bevölkerung war die deutsche Wehrpflichtigenarmee die effizienteste in Europa, und Deutschland war die größte Militärmacht. Mitte der 1880er Jahre hatte Bismarck mit diesen Argumenten bei der Aufteilung Afrikas einige Kolonien als Trophäe eingeheimst (sowie die eine oder andere im Südpazifik). Aber alles deutete darauf hin, dass er sie für ziemlich wertlos hielt.[53] Seine Nachfolger nach 1890 waren sich da nicht so sicher. Wenn China aufgeteilt würde (was damals durchaus möglich schien), der Pazifik in maritime Einflusssphären zerteilt oder das Osmanische Reich aufgelöst würde (Mitte der 1890er Jahre ebenfalls absehbar), dann sollte Deutschland einen Anteil beanspruchen, der seinem Status und wirtschaftlichen Potenzial entsprach. Wenn die Zukunft einen stummen, darwinistischen Kampf ums Überleben oder die Vorherrschaft in einem geschlossen Weltsystem bringen sollte, dann wäre jede andere Strategie einer Abdankung gleichgekommen.

Die aggressive Art und Weise, mit der die Deutschen ihren »Platz an der Sonne« anstrebten, ist zu einem historischen Klischee geworden. Dabei ist das eigentlich Erstaunliche an der Weltpolitik, die sie seit den späten 1890er Jahren verfolgten, die Halbherzigkeit der Aktionen.[54] Bei den unzähligen kolonialen Streitigkeiten, in die sie hineingezogen wurden (wegen Samoa, zweimal wegen Marokko, wegen Westafrika und der Bagdadbahn an den Persischen Golf), machten die Deutschen stets einen Rückzieher oder akzeptierten einen Kompromiss. Das hatte seine Gründe. Obwohl der Überseehandel Deutschlands intensiviert wurde (zum Beispiel in Lateinamerika),[55] konzentrierten sich die wirtschaftlichen Interessen des Landes weiterhin auf Europa, und das galt auch für die deutschen Auslandsinvestitionen. Die deutsche Militärmacht war ein auf Europa beschränktes Phänomen, und ohne Hochseeflotte musste das auch so bleiben. Doch als Berlin anfing, eine Flotte zu bauen, geriet die deutsche Regierung

zwangsläufig mit Großbritannien in Konflikt. Nach 1909 war offensichtlich, dass die Briten die deutsche Flottenrüstung überbieten würden, und zwar um jeden Preis. Und von ihrem großen Stützpunkt auf den Orkney-Inseln aus konnten sie die deutsche Flotte einschließen und verhindern, dass sie aus den Nordseehäfen ausbrach.

Hinter der deutschen Haltung verbarg sich eine knallharte Logik. Die deutsche Stärke lag in Europa, wo Millionen ethnisch Deutscher noch außerhalb der Grenzen des Reiches lebten, wo die deutsche kommerzielle und finanzielle Dominanz in Ost- und Mitteleuropa Tradition hatte und wo einige Vielvölkerstaaten existierten, vor allem Österreich-Ungarn, das nominell noch zu den Großmächten Europas zählte. »Gegenüber der drohenden Verwirklichung der angelsächsischen Konföderation wird Europa schließlich nur die eigene zollpolitische Zusammenschließung übrig bleiben«, schrieb der Kolonialbeauftragte Carl Peters. »Einigt sich die Welt über See unter englischer Führung, so kann nur die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa unserem Erdteil sein Übergewicht erhalten.«[56] Was Peters damit ausdrücken wollte, liegt auf der Hand: Das Erlangen einer deutschen Hegemonie in Europa (auf Kosten Russlands, Frankreichs und Großbritanniens) würde das Fehlen eines Kolonialreiches nach britischem Vorbild mehr als kompensieren. Das würde auch die geopolitischen Dreh- und Angelpunkte zerstören, auf die sich der globale Kolonialismus bislang gestützt hatte, und überdies den Weg frei machen für eine neue Aufteilung der Welt unter Berücksichtigung der Interessen Deutschlands. Eine derartige Hegemonie gewaltsam anzustreben, war jedoch ein viel zu riskantes Projekt, um es leichtfertig zu verfolgen oder auch nur offen mit Entscheidungsträgern zu diskutieren (ein Grund, weshalb die Diskussion über die deutsche Kriegsschuld unter Historikern noch nicht abschließend geklärt ist). Bis zum Jahr 1914 blieb dieses Projekt eine imaginäre Verheißung, die dem Land nur durch

unvorhergesehene Ereignisse erfüllt werden könnte.

Oberflächlich betrachtet verfügte Frankreich über die nötigen Ressourcen und Fertigkeiten, um den Vergleich mit diesem Quartett der Weltmächte zu bestehen. Frankreich war immer noch eine beeindruckende Macht auf Land und eine große Seemacht (allerdings im Niedergang). Nach Großbritannien war es der zweitgrößte Auslandsinvestor (mit rund der Hälfte der Gesamtinvestitionen), in erster Linie in Europa, vor allem Russland. Der weltweite Einfluss der französischen Ideen und Kultur sowie das Ansehen französischer Literatur, Institutionen und Kunst waren so groß wie eh und je. Seit den 1870er Jahren wurde Frankreichs Großmachtstatus auf frappierende Weise von seinem afro-asiatischen Reich symbolisiert. Von 1880 bis 1910 wuchsen die überseeischen Besitztümer Frankreichs auf die zwölffache Fläche (von über 906.000 auf 11,9 Millionen Quadratkilometer) und auf eine mehr als 16-mal so große Bevölkerung (von drei auf 50 Millionen).[57] Ein großer Teil Nord-, West- und Äquatorialafrikas sowie Madagaskar, Indochina und Teile des Südpazifiks waren unter französische Herrschaft gelangt. Frankreich hatte seinen Anspruch auf ein großes Stück vom globalen Kuchen vehement behauptet. Doch das reichte nicht aus.

Als ambitionierte Weltmacht litt Frankreich unter drei Schwächen: Innenpolitisch stagnierte die eigene Bevölkerung, und die industrielle Entwicklung lag weit hinter der Deutschlands zurück, von Großbritannien ganz zu schweigen. Zweitens war das wirtschaftliche Potential des französischen Kolonialreiches trotz der riesigen Ausmaße gering. Frankreich hatte kein Indien, mit dem es die Rechnung der Kolonialherrschaft bezahlen konnte, und keine Siedlerländer als Handelspartner und Verbündete im Krieg. Obendrein war ein großer Teil dieses Imperiums gefährdet, weil man zugelassen hatte, dass die Seestreitmacht zu seiner

Verteidigung schrumpfte.[58] Eine von dem großen Außenminister Théophile Delcassé (1898–1905) geprägte Denkschule bezeichnete Französisch-Indochina als praktisch wertlos und forderte stattdessen nachdrücklich ein afro-mediterranes Reich, das sich auf Marokko und Algerien stützte.[59] Drittens war Frankreich wegen seiner geographischen Lage in Europa seit dem Verlust Elsass-Lothringens im Jahr 1871 verwundbarer für einen vernichtenden Militärschlag als jede andere Weltmacht: Weder ein Ozean noch eine Landmasse lagen zwischen einem angreifenden Heer und den vitalen Zentren der Regierung und Industrie. Folglich war es kein Wunder, dass die französische politische Meinung nervös zwischen enger Freundschaft mit Großbritannien und Versöhnung mit Deutschland oszillierte. Die politischen Flügelkämpfe der Dritten Republik, der rasche Wechsel an der Regierung und die erbitterte Spaltung über religiöse und säkulare Loyalitäten (die in der Dreyfus-Affäre deutlich wurde), verstärkten noch die Unwägbarkeiten der französischen Außenpolitik.

Es existiert eine alte Tradition in der Historiographie, nach der ein ungezügelter, blutrünstiger Imperialismus das anarchische Vorspiel zum großen Zusammenprall der Mächte im Ersten Weltkrieg gewesen sei. Dabei gab es vor 1914 kaum Anzeichen dafür, dass die mächtigsten Staaten der Welt die Absicht hatten, miteinander um die Welthegemonie zu kämpfen. Vielmehr verlegten sie sich auf eine »konkurrierende Koexistenz« und akzeptierten, zumindest vorläufig, das annähernde Kräftegleichgewicht. Ungeachtet des Gerangels und der Spannungen in den internationalen Beziehungen teilten sie (gemeinsam mit den kleinen Kolonialmächten) eine weitgehend ähnliche Sichtweise des Umgangs mit nichteuropäischen Völkern. Eine Bewegung in der Kolonie gegen den Kolonialherrn zu

unterstützen oder radikale Lehren von nationaler Selbstbestimmung zu verfechten, hätte allenfalls genau das Gegenteil bewirkt. Die Großmächte hielten es für erwiesen, dass ihre Kulturen überlegen seien und dass ihr »Zivilisationsstandard«[60] die Intervention oder Kolonisation von »weniger zivilisierten« Ländern rechtfertige. Eine in große Kolonialreiche unterteilte Welt schien unter den modernen Bedingungen ganz natürlich und unvermeidlich. Der Fortschritt der kolonisierten Völker in Richtung späterer Autonomie würde – sofern diese überhaupt denkbar schien – nur quälend langsam vorankommen. Vorläufig ging man davon aus, dass die größte Gefahr für den Weltfrieden vermutlich von den »sterbenden Imperien« ausgehen werde, die bislang eine Aufteilung vermieden hatten. Im osmanischen, persischen und chinesischen Reich ging es um höhere Einsätze und die Aussichten auf Einigung waren geringer: Ihretwegen könnten die Weltmächte tatsächlich in Konflikte geraten. Allerdings stellte sich heraus, dass eine andere Gefahr unmittelbar drohte: Das diplomatische Säbelrasseln konnte außer Kontrolle geraten. Ein in Panik geratener Staatsherr, ein opportunistischer Ratgeber, ein Blutrausch in der Presse oder schlicht eine Fehlkalkulation konnten über Frieden und Krieg entscheiden. Die fragilen Strukturen des globalen Kolonialismus und des Weltfriedens hingen letztlich von der gegenseitigen Beschränkung der wichtigsten europäischen Staaten ab, und von ihrem Respekt für das labile Kräftegleichgewicht ihres Kontinents. Falls sich daran etwas ändern sollte, würde die Geopolitik der Reichsgründung ins Chaos führen.

Globale Wirtschaft

Der weltweite Kolonialismus hatte nicht nur das Ziel, das von den europäischen Staaten beherrschte Gebiet zu

vergrößern. Dieser geopolitische Wandel hatte auch eine wirtschaftliche Seite. Nach 1870 kristallisierte sich eine moderne Weltwirtschaft heraus.[61] Freilich wurde schon immer zwischen Kontinenten Handel betrieben. Wie bereits ausgeführt hatte sich im 16. Jahrhundert durch Silber aus Amerika ein System des globalen Austausches herausgebildet, auch wenn er sich weitgehend auf Edelmetalle und Luxusgüter beschränkte. Im 18. Jahrhundert erlebte der Seehandel einen starken Aufschwung, etwa der Export von Tee aus China und Baumwollstoffen aus Indien zu so fernen Märkten wie Amerika und Westafrika. Doch der größte Teil des interkontinentalen Austauschs ging über den Atlantik. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration zwischen Nordwesteuropa und den britischen Inseln und dem Nordosten Amerikas herausgebildet. Die Weltwirtschaft des späten 19. Jahrhunderts erlebte einen enormen Aufschwung, weil sich das dichte Handelsnetz des Nordatlantikbeckens auf neue Erdteile ausdehnte: Südamerika, Teile Afrikas, Indien, Südostasien, Australasien und Ostasien. Wichtigstes Merkmal dieses Handels war, dass der Preis der Luxusgüter, ebenso wie der von Waren wie Getreide, nicht von lokalen oder regionalen Faktoren bestimmt wurde, sondern von globalen Marktkräften abhing.[62] Dabei ging es nicht allein um das Wachstum des Handels, auch wenn der Wert und das Volumen unaufhaltsam anstiegen. Im Jahr 1880 hatte der Welthandel ein Volumen von knapp drei Milliarden Pfund erreicht, 1900 waren es bereits vier Milliarden, und von 1900 bis 1913 verdoppelte sich das Volumen beinahe bis zu einem Vorkriegsstand von rund acht Milliarden Pfund.[63] Der enorme Anstieg des Handelsvolumens ging einher mit – oder hing genaugenommen ab von – zwei weiteren Veränderungen, welche die Volkswirtschaften verschiedener Weltregionen miteinander verknüpften.

Erstens entstand ein internationaler »Zahlungskreislauf«,

in den sich jedes Land einschalten konnte und über den es sich die ausländischen Devisen beschaffen konnte, die es für die Bezahlung der Importe brauchte. Es war nicht länger nötig, die Bücher mit jedem Handelspartner auszugleichen; solange das Land irgendwo einen Überschuss hatte, konnte es diesen Kredit im Zahlungskreislauf einsetzen.[64] Auf diese Weise wurde ein wichtiger Engpass beseitigt, der den Handel behindert hatte. Zweitens wuchs der Export europäischen Kapitals seit 1870 in einem weit größeren Ausmaß, und dieses Kapital erreichte viel mehr Zielgebiete als zuvor. Auch wenn der größte Teil in Amerika und in anderen Teilen Europas investiert wurde und nur ein kleinerer Teil nach Asien und Afrika floss (rund 30 Prozent der britischen Auslandsinvestitionen gingen 1913 dorthin), so war doch ein weltweiter Kapitalmarkt gebildet worden. Damit erhielt der rasche und sichere Austausch von Handelsinformationen (die Hauptfunktion des Telegrafen) Priorität, aber auch die höhere Konformität der Finanzpraktiken und der Eigentumsrechte gewann an Bedeutung. Globaler Kolonialismus bedeutete – wirtschaftlich betrachtet – die Einbeziehung der ganzen Welt in ein Wirtschaftssystem, das sich auf Europa und die Vereinigten Staaten stützte. Konkreter bedeutete es eine globale Arbeitsteilung, mit der die Industrieprodukte, Kapital und Kredite der industriell-imperialen Länder gegen Rohstoffe und Waren aus dem Rest der Welt getauscht wurden.

Natürlich war dieser neue globale Markt nicht nur das Ergebnis rein ökonomischer Aktivitäten. Das wäre schlicht unmöglich gewesen. In mehrfacher Hinsicht hing er erstens von der Behauptung der Macht ab, von der sowohl direkten als auch indirekten Ausdehnung des Reiches. In Ostasien war zum Beispiel das Prinzip des freien Handels mit Gewalt und über die aggressive Diplomatie der »Ungleichen Verträge« durchgesetzt worden. In Indien wurde es aufgrund des einmütigen Beharrens der Londoner Regierung

(gegen die Zweifel britischer Behörden vor Ort) beibehalten. Zweitens hätte dieser Zahlungsverkehr, der auf Großbritannien konzentriert war, weniger reibungslos oder gar nicht funktioniert, wenn die Briten beim Austausch mit Indien keine positive Zahlungsbilanz gehabt hätten. Diese wurde ebenso sehr durch Gesetze (Inder zahlten eine »Dienstleistungsabgabe« an ihre ausländischen Herren) wie durch kommerziellen Erfolg gewährleistet.[65] Drittens wurde in Australien, Neuseeland, Westkanada und Lateinamerika sowie in Teilen Afrikas der globale Markt durch den demographischen Imperialismus Europas ausgeweitet, durch Landnahme europäischer Siedler und die Vertreibung (sei es durch Verträge, Gewalt oder Betrug) der indigenen Bevölkerung. Wie aus den Strömen des Handels und des Kapitals hervorgeht, war diese Form von »Reichsbildung« aus wirtschaftlicher Sicht die weitaus dynamischste. Viertens förderten europäische Regierungen in ihren Kolonialgebieten, aber auch in anderen Ländern Besitzrechte, welche die Interessen ausländischer Unternehmen schützten.[66] Die Sphäre der Marktinstitutionen sollte stetig ausgeweitet werden, möglichst durch das vor Ort geltende Recht, wenn nötig durch extraterritoriale Privilegien (wie im Osmanischen Reich, in Ägypten, Iran, Siam, China und Japan).

Der wichtigste Motor der neuen Weltwirtschaft war die gewaltige Verbesserung des Verkehrswesens und dessen weltweite Verbreitung. Von 1869, als der Suezkanal eröffnet wurde, bis 1914, als der Panamakanal fertiggestellt wurde, wurden weite Teile aller Kontinente in das Kommunikationsnetz einbezogen, das bereits zwischen Europa und Amerika existierte. Dampfschiffrouten, Eisenbahnen sowie der elektrische Telegraf mit seinen unterseeischen Kabeln umgürteten nunmehr den Erdball. Nach 1900 schien die Erweiterung dieses Netzes auf alle produktiven Regionen nur noch eine Frage der Zeit. Der stetig anwachsende Austausch von Produkten förderte die

Spezialisierung und gegenseitige Abhängigkeit. Mit dem Anschwellen der Handelsströme wurde zugleich ein unersättlicher Appetit auf exotische Produkte geweckt, was freilich auch für die Nachfrage nach Industrieprodukten in Amerika und Europa galt. Zinn, andere Metalle, Gummi und Heizöl kamen zu den älteren Artikeln des internationalen Handels hinzu: Baumwolle, Wolle, Getreide, Holz, Zucker, Tee und Kaffee. Seit den 1880er Jahren ermöglichte die neue Kühltechnologie den Handel mit verderblichen Erzeugnissen aus fernen Ländern wie Argentinien und Neuseeland, die zu europäischen Verbrauchern gelangten. Kaum etwas könnte die erstaunlichen Möglichkeiten der Weltwirtschaft trefflicher veranschaulichen als die zunehmende Abhängigkeit Großbritanniens von Grundnahrungsmitteln, die auf dem Seeweg mehr als 12.000 Seemeilen zurückgelegt hatten.

Das Wachstum neuer und die Expansion alter Handelssektoren zeigte sich deutlich an der Zunahme großer Häfen. Allein im Nordatlantik gab es viele Hafenstädte, aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden auch auf anderen Kontinenten neue (oder viel größere) Häfen gebaut. Die Einwohnerzahl von Buenos Aires, der Drehscheibe für die vor kurzem eroberten Pampas, schnellte von 300.000 im Jahr 1880 auf 1,3 Millionen im Jahr 1910.[67] Kapstadt wuchs in rasantem Tempo, um die Gold- und Diamanteneldorados im Hinterland zu versorgen. Bombay profitierte vom Suezkanal und dominierte den Westhandel Indiens. Es dehnte seinen Einfluss sogar bis in den Persischen Golf aus.[68] Singapur setzte seinen kometenhaften Aufstieg als westliches Tor zum Südchinesischen Meer und als großer Umschlagsplatz des südostasiatischen Handels fort.[69] Shanghai behauptete sich als Chinas Haupthafen und Handelsschleuse für die produktivste Region im Jangtse-Becken. Melbourne und Sydney (sowie das ferne Dunedin) verbanden das Hinterland Australasiens mit ihren Zulieferern und Märkten auf der

anderen Seite der Erde.

Der Aufstieg einer Hafenstadt erforderte eine fieberhafte Aktivität: die Hafenanlagen verbessern, die Docks organisieren, riesige Bahnhöfe bauen und die Bahnlinie (oder das Äquivalent auf dem Fluss) weiter ins Landesinnere vorschieben.[70] Als Wahrzeichen des kommerziellen Erfolgs entstanden Zollgebäude, Banken und Hotels sowie luxuriöse Clubs und Wohnsitze für die neue Klasse der Kaufleute. Der Bahnhof von Bombay, das Hotel Raffles in Singapur, der »Pariser« Glanz des neuen Buenos Aires, die Standard Bank in Kapstadt (wo Rhodes sein Geld angelegt hatte), die Uferpromenade Bund in Shanghai, Collins Street in Melbourne und die ausgefallene Architektur der führenden Bankhäuser von Sydney (um den Martin Place) demonstrierten das Selbstvertrauen und den Wohlstand dieser Welt des Handels. Ein wachsendes Heer aus Dockarbeitern, Trägern, Bahnbeamten, Packern, Lagerverwaltern und Angestellten stand ihr zu Diensten. Ihre Herren waren eine mobile und meist kosmopolitische Elite, deren Beziehungen in ferne Länder häufig der Schlüssel zu ihrem Erfolg und ihrer Kreditwürdigkeit waren. Britische und schottische Geschäftsleute waren auf allen Kontinenten zu finden. Aber es gab unzählige andere, die ebenfalls unternehmerisch handelten. Im Nahen Osten und am Schwarzen Meer waren es in der Regel Griechen. Die größten Kaufleute in Bombay waren Parsi (ursprünglich aus dem Iran), nicht Hindu. Parsi, Juden und Armenier (wie die Sassoons) folgten den Handelsrouten nach Osten.[71] Ihre Geschäftsgebäude waren in Singapur (wo es noch heute eine armenische Kirche gibt), in Hongkong und Shanghai anzutreffen. Einer der größten Reeder im Singapur um die Jahrhundertwende war arabischer Abstammung und gehörte einer Gemeinschaft aus Händlern und Seefahrern an, die sich längst im Malaiischen Archipel etabliert hatte. Andere waren Chinesen. Der Großvater des ersten Ministerpräsidenten von Singapur, Lee Kuan Yew, besaß

eine Dampfschifffahrtsgesellschaft, die zwischen Singapur und Batavia (dem heutigen Jakarta) verkehrte.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts sprach manches dafür, dass die Mitglieder dieses Handelsnetzes trotz aller kulturellen Unterschiede sehr viel miteinander gemein hatten. Sie waren wirtschaftsliberal und schätzten problemlose Mobilität über Zuständigkeitsbereiche und Grenzen hinweg. Die Einmischung von Bürokraten und Regierungsvertretern gefiel ihnen ganz und gar nicht. Sie wünschten sich wohlwollende Regierungen, die in den »Fortschritt« handfest investierten. Großen Wert legten sie auf die Einhaltung der Verträge und den Schutz der Eigentumsrechte. Sie brauchten stabile Währungen und verlässliche Banken. Kurzum, ihre Interessen liefen einer globalen Aufteilung zuwider, durch die geschlossene, koloniale Blöcke entstanden wären. Noch weniger wünschten sie sich ein Kolonialregime, das den Einfluss von Unternehmen missachtete und Bevölkerungsgruppen wegen ihrer Rasse ausschloss. Der Unmut darüber veranlasste die Parsi in Bombay als erste, für die Rechte der Inder gegen den britischen Raj zu kämpfen. Vor allem nichteuropäische Kaufleute hatten nichts zu gewinnen, wenn diese Welt, die durch den Handel entstanden war, in einen Flickenteppich zänkischer Nationalstaaten aufgeteilt würde, deren Herrscher vermutlich andere Ziele verfolgten als die Herren der Handelskammern in den großen Hafenstädten.

Die Interessen der Kaufleute kann man knapp mit dem Schlagwort »freie Wirtschaft« zusammenfassen, ohne Handelsbarrieren, mit Strömen von Krediten und Kapital sowie Mobilität von Menschen und Arbeitskräften. Das war das »Reich des Freihandels«, das die Briten seit den 1840er Jahren angestrebt hatten, als sie (mit begrenztem Erfolg) versucht hatten, dieses System Lateinamerika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Indien und China zu oktroyieren. Die neue Transporttechnologie war erforderlich gewesen, um den Rest der Welt in die Hochdruckzone des euro-

amerikanischen Handels einzubeziehen. Aber das genügte nicht. Eine der Hauptbarrieren für den Handel war die Schwierigkeit, ein Gleichgewicht zwischen zwei unterschiedlichen Märkten herzustellen, so dass beide ihre Importe durch ihre Exporte bezahlen konnten. Die Lösung war ein multilaterales Währungssystem, das es einem Land ermöglichte, Waren zu kaufen, die es nicht durch direkten Tausch bezahlen konnte. Dazu brauchte man erstens eine Art »Gemeinschaftswährung«, zu der die meisten Händler Vertrauen hatten und die als Auffangbecken für ihre verschiedenen Ansprüche fungierte. Zweitens brauchte man einen Ort, wo sie ihre Ansprüche einlösen oder sie gegen Waren eintauschen konnten, deren Wert den Krediten oder Gewinnen in dieser Währung entsprach.

London wurde, da es diesen komplexen Anforderungen entsprach, zum Finanzplatz der neuen Weltwirtschaft. Der frei konvertierbare, auf dem Goldstandard beruhende Sterling war die härteste Währung der Welt und die bereits erwähnte »Bill on London« in Sterling wurde zur zuverlässigsten Form des internationalen Austauschs. Als Freihandelshafen, mitten in der euro-amerikanischen Sphäre gelegen, und als koloniale Hauptstadt des anglo-indischen »Systems« war London der weltgrößte Marktplatz. Unter den Händlern und Bankiers, die sich in der Quadratmeile der »City« drängten, konnten Sterlingnoten problemlos gegen andere Währungen getauscht, Kunden gefunden oder Waren gekauft werden, die man anderswo weiterverkaufen konnte. London wurde zur Drehscheibe von Dienstleistungen, auf die der Handel angewiesen war. Britische Überseebanken, Versicherungsgesellschaften und Reeder sicherten sich den Löwenanteil an dem neuen Handel zwischen Kontinenten. Britische Schiffsmakler und Dampfschiffe waren allgegenwärtig. Nach 1870 fügte London seinem Arsenal noch die Auslandsinvestitionen hinzu – eine Reaktion auf die Tatsache, dass die britische Wirtschaft mittlerweile langsamer wuchs als die »neuen« Wirtschaften in Übersee.

Bis 1914 war London der Ausgangspunkt von mehr als der Hälfte des Kapitals, das von Europa aus investiert wurde. Ein großer Teil davon floss in die Verkehrssysteme, die neue Märkte erschließen und neue Produzenten miteinander verbinden sollten. Im Jahr 1913 gingen bereits über 40 Prozent des britischen Kapitals im Ausland in Eisenbahnen, in staatliche wie in Australien und Indien oder in private.[72] Der Kapitalstrom hatte noch andere wichtige Effekte: Er glättete die Höhen und Tiefen der Konjunktur und förderte die Geldstabilität, die sonst gefährdet gewesen wäre.[73] Er verstärkte den Einfluss Londons auf das Geschäftskapital der außereuropäischen Welt, deren Wohlstand auf die Kredite vom weltgrößten Geldgeber angewiesen war. Das beschleunigte wiederum jenen bemerkenswerten Prozess, in dessen Verlauf immer mehr Staaten den »Goldstandard« übernahmen: die Fixierung des Wertes ihrer Währungen in Gold, um den Handel auszudehnen und Binneninvestitionen zu fördern.[74]

Londons Größe und Reichtum wuchsen folglich parallel zum rasanten Wachstum des internationalen Handels.[75] Unter seinen Kaufleuten und Bankiers galt der Grundsatz: Was gut ist für London, ist gut für die Welt. Der Gedanke des freien Handels und der offenen Wirtschaft wurde in Großbritannien in den 1840er und 1850er Jahren nicht nur als politische Linie, sondern als Weltanschauung übernommen, als Ideologie, die mit geradezu kreuzfahrerischem Eifer verfochten wurde. Die Fürsprecher träumten von einer Welt, in der die Völker durch die Sogwirkung des Handels aus der Knechtschaft befreit würden. Individuelle Freiheit und internationaler Handel sollten Hand in Hand voranschreiten. Der Freihandel wurde als Schlüssel zum britischen, wirtschaftlichen Erfolg und zum wirtschaftlichen Fortschritt der übrigen Welt angesehen. (Die Alternative Protektionismus wurde vor 1914 in Großbritannien von der Politik abgelehnt, und ihre Fürsprecher waren sich nicht einig, welche Branchen

protegiert werden sollten.) Die Verfechter des freien Handels waren überzeugt, dass die ökonomischen Ressourcen nur dann am effizientesten genutzt würden, wenn man den Markt entscheiden lasse, was am sinnvollsten produziert werde. Länder ohne Kapital oder industrielle Basis sollten ihre Bemühungen auf die Produktion von »Massenware« konzentrieren: Rohstoffe oder Lebensmittel, nach denen eine weltweite Nachfrage existierte. Mit den Einnahmen aus den Massenwaren sollten sie die Industrieprodukte kaufen, die sie brauchten, und die Zinsen für das geliehene Kapital zahlen – denn der Absatz von Massenwaren konnte nur erhöht werden, wenn Eisenbahnen und Häfen vorhanden waren, um die Güter zu den Märkten zu schaffen. Jede andere Politik – zum Beispiel der Aufbau einer Industrieproduktion hinter einer Mauer aus Zöllen – war nicht nur ineffizient (weil Industriegüter im Ausland viel billiger gekauft werden konnten), sondern auch ungerecht. Das bedeutete, dass der Verbraucher zugunsten jener besteuert wurde, die den Schutz durch Zölle erlangt hatten – ein politischer Prozess, der unweigerlich Korruption zur Folge habe (zumindest nach Auffassung der Liberalen). Eine aufgeklärte Kolonialherrschaft müsse folglich den Freihandel forcieren – wie es die Briten in Indien getan hatten –, genau wie eine kluge Diplomatie ihn stets fördern müsse. Das enorme Wachstum der Exporte Ende des 19. Jahrhunderts, einschließlich jener aus Indien und (nach 1890) China, erschien als weiterer Beweis für die universelle Gültigkeit dieses ökonomischen Konzeptes. Londons zentrale Rolle in der neuen Weltwirtschaft war also nicht nur profitabel, sondern auch wohltätig. Selbst der Kapitalexport ließ sich plausibel als Erbringung einer lebenswichtigen Dienstleistung beschreiben. Der Intellektuelle und Bankier Robert Brand sagte: »Kanada [vermutlich der Hauptempfänger britischen Kapitals von 1900–1914] hat ein ebenso großes Interesse daran, dass der Kapitalstrom aus England ungeprüft weiterfließt, wie eine Stadt daran, dass

sie nicht von der Wasserversorgung abgeschnitten wird.«[76]

Nach der Theorie des freien Handels bedeutete eine in den Welthandel eingebundene Landwirtschaft die Befreiung der Bauern in der ganzen Welt. Die Verfechter träumten von Indern und Chinesen als zufriedenen Kunden, die in Baumwollstoffe aus Lancashire gekleidet waren. Sie priesen die friedensfördernde Wirkung der wirtschaftlichen Interdependenz. Ein Krieg sei undenkbar, hieß es in einem berühmten, damaligen Traktat, weil die Mächte, die ihn führen könnten, beim Zusammenbruch des Handels zu viel zu verlieren hätten.[77] Wenn man unablässig die wechselseitigen Vorzüge der neuen Weltwirtschaft beschwor, so hieß das jedoch, die zahlreichen Reibungspunkte zu unterschätzen und die gefährdete Stabilität zu ignorieren. Es war nicht zu übersehen, dass viele neue Mitglieder des Wirtschaftsclubs nicht zu denselben Bedingungen wie die alten aufgenommen worden waren. Die Neuankömmlinge in der Weltwirtschaft mussten letzte freie Nischen besetzen. Sie mussten Waren produzieren, die bereits etablierte Mitbewerber nicht liefern wollten. Sie mussten die Produktionskosten senken, um die Schwächen ihrer Volkswirtschaften auszugleichen: Ihre Arbeitskräfte mussten sehr billig sein. Erschwerend kam hinzu, dass der Wechsel von der Subsistenzwirtschaft zu einem Ackerbau für den Markt häufig soziale Krisen auslöste. Ein leer stehendes, fruchtbares Land zu besiedeln, war ein ganz anderer Prozess, als in einem dicht besiedelten Land Agrarprodukte für den Export zu erzeugen, wo das Recht, den Boden zu bebauen, und die Nachfrage nach Pächtern die gesellschaftlichen Beziehungen und den Status einer Person bestimmten. Hier würde die »Bereinigung« des Landes von seinem »Überschuss« an Subsistenzbauern, um Platz für eine effiziente Agrarproduktion zu schaffen, einer sozialen Revolution gleichkommen. Diese Gefahr schreckte die britischen Herrscher in Indien so sehr ab, dass sie ab 1870 den Transfer von Land von den traditionell Ackerbau

treibenden Kasten an städtische Geschäftsleute immer stärker einschränkten. Beim afrikanischen Szenario war es häufig der Mangel an Arbeitskräften, nicht der Überschuss, der eine Form der Entwicklung behinderte, die von den Verfechtern des Freihandels empfohlen wurde. Die Bergbaugesellschaften und Siedler beklagten sich unablässig, dass »der Eingeborene faul ist«, dass er für die minimalen Löhne nicht arbeiten wolle, die man in dieser Randzone der kapitalistischen Welt gerade noch bezahlen könne. Bei diesem Modell wurde die Vorstellung vom gegenseitigen Nutzen übermäßig strapaziert. Die Afrikaner zum »Arbeiten« zu bringen, wurde zur Rechtfertigung eines Kolonialregimes, das sie schlimmstenfalls versklavte. Zwangssteuern (damit Lohnarbeit obligatorisch wurde), eine grausame Arbeitsdisziplin,[78] das Verbot jeglicher Form der Arbeiterorganisation sowie die Enteignung von wertvollem Land gehörten zum Arsenal des kolonialen Kapitalismus in Afrika. Es war kein Wunder, dass die moderne Wirtschaft hier und anderswo weitgehend mit einem Rassenprivileg für Weiße gleichgesetzt wurde.

Selbst in Ländern, wo die neue Weltwirtschaft von lokalen Eliten gefördert wurde, die (wie zum Beispiel argentinische Großgrundbesitzer) hofften, vom steigenden Wert des Landes und dem neuen urbanen Wohlstand zu profitieren, war die Unterstützung viel stärker von den Rahmenbedingungen vor Ort abhängig, als die Verfechter des Freihandels glauben wollten. Um den Kreditfluss zu erhalten, mehr Kapital anzulocken und den blühenden Markt für Erzeugnisse und Waren voll zu nutzen, mussten häufig harte Regeln beachtet und schmerzliche Maßnahmen ergriffen werden. Zur Stabilisierung der Währung mussten die Ausgaben gekürzt werden. Zur Förderung des Handels mussten die Zölle gesenkt und die einheimische Industrie geopfert werden. Für das Wohlwollen des ausländischen Investors mussten seine Eisenbahngesellschaften und Banken gehätschelt und hofiert werden. In der

außereuropäischen Welt glaubten viele, die Wirtschaft des freien Handels sei ein einseitiges Geschäft, und sie missbilligten die von London ausgeübte Macht. In Indien und Westafrika, wo indigene Kaufleute tendenziell ebenfalls den Freihandel befürworteten, gab es Leute, denen die bevorzugte Stellung der europäischen Unternehmen ein Dorn im Auge war. Solange das Handelsvolumen stetig anstieg, wurden diese Anschauungen nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. Aber es gab keine Garantie, dass die ökonomischen Bedingungen, aufgrund derer sich die neue, internationale Wirtschaft so dynamisch entwickelte, stabil blieben oder von Dauer waren. Falls der Boom bei den Handelswaren jäh enden oder der Weltmarkt von einem Konflikt zwischen Großmächten erschüttert werden oder London den Anforderungen als Kredit-und Kapitalgeber nicht nachkommen sollte, würden sich die Gegner des Freihandels zum Widerstand zusammenschließen. Die anderen großen Volkswirtschaften der euro-amerikanischen Welt neigten eher zum Protektionismus. Das rasante Wachstum des Welthandels hatte diese Tendenz bis zu einem gewissen Grad abgeschwächt. Aber wenn die Expansion an ihre Grenzen stieß und die Freihandelszone mit ihrem Zentrum in London schrumpfte und ihr Wohlstand sank, dann sah das wahrscheinlichste Szenario so aus, dass protektionistische Blöcke unter der Kontrolle der rivalisierenden Weltmächte entstanden. Die Antagonismen der großen Weltmächte würden sich ohne eine »offene Zone«, in der sie gemeinsame Interessen hatten, erheblich verschärfen. Das wirtschaftliche Regime, das zur Schaffung eines globalen Kolonialismus beigetragen hatte, hätte dann einen schweren Rückschlag erlitten.

Tatsächlich wurden bereits vor 1914 Verschleißerscheinungen sichtbar. Die hektische Expansion des Handels ließ allmählich nach. Das enorme Wachstum der Getreideexporte konnte nicht gehalten werden. Unter den

Industrieländern ragte das außerordentlich starke Wachstum der amerikanischen Wirtschaft heraus. Doch es stellte sich bereits die Frage, ob dieser industrielle Leviathan die neue »Weltwirtschaft« destabilisieren könnte, die ihr Zentrum in Europa, genauer in London, hatte. Die Vereinigten Staaten waren zu einer großen Industriemacht aufgestiegen, aber sie waren bei Rohstoffen und Lebensmitteln weitgehend autark. Der Markt für Industriegüter lag in erster Linie im eigenen Land. Das Land hatte keinen Grund, den freien Handel zu übernehmen, und die Zölle waren viel höher als die der europäischen Industriestaaten, mit Ausnahme Russlands.[79] Amerika besaß einen riesigen Goldvorrat (im Jahr 1910 fast ein Drittel der weltweiten Gesamtmenge),[80] und jeder Anstieg seines Anteils (falls Gold durch einen plötzlichen Aufschwung ins Land fließen sollte) konnte in anderen goldgestützten Wirtschaften eine Krise auslösen, weil deren Geldmenge schrumpfen würde. Aber falls es zu einer solchen Krise kommen sollte, würde es angesichts der enormen Größe der amerikanischen Wirtschaft und der wachsenden Macht der Wall Street schwer fallen, den »Rat« der Weltbanker in London durchzusetzen. Falls sich eine Kluft zwischen den beiden großen Hälften der industrialisierten Welt auftun sollte, könnte sich die globale Wirtschaft, die soeben erst Gestalt angenommen hatte, als zu disharmonisch erweisen, um sie zu überbrücken.

Kulturkriege

Der globale Kolonialismus hatte zu einer politischen Hierarchie der Großmächte und kolonialen bzw. halbkolonialen Schutzgebiete geführt. In einem großen Teil der Welt schuf die neue Weltwirtschaft ein Paralleluniversum aus europäischen industriell-

kapitalistischen »Herren« neben überwiegend nichteuropäischen, Handelswaren produzierenden »Dienern«, die schlecht vor den Schwankungen der internationalen Nachfrage geschützt waren. Darüber hinaus hatte der globale Kolonialismus noch eine dritte Dimension: Er projizierte eine kulturelle Hierarchie von erstaunlicher Kraft und alles durchdringendem Einfluss. Die kulturelle Vorherrschaft Europas wurde in dieser Phase aggressiver als je zuvor und behauptete sich bis heute. Allein wegen des Ausmaßes der materiellen Überlegenheit Europas nach 1880 in ganz Asien, Afrika und im Pazifik wurde der kulturelle Einfluss umfassender und gebieterischer verbreitet als jemals zuvor. Europäische Denkkategorien, wissenschaftliche Methoden, Interpretationen der Geschichte, Ideen zur Gesellschaftsordnung, Vorbilder der öffentlichen Moral, Sichtweisen von Verbrechen und Gerechtigkeit, literarische Ausdrucksformen sowie europäische Rezepte für Gesundheit und Freizeit und sogar Modestile wurden jener zivilisierte »Standard«, an dem andere Kulturen gemessen und in der Regel für unterlegen befunden wurden. Vertreter der gebildeten Eliten der nichteuropäischen Welt, die zunehmend mit der politischen Autorität der europäischen Herrscher konfrontiert wurden, räumten die alarmierende Disparität beim Wissen und bei der Macht ein. Den muslimischen Denkern erschien diese Entwicklung außerordentlich gefährlich. Aber wie hätten sie die kulturellen Ansprüche eines expandierenden Europas in Frage stellen können? Die konsequente Ablehnung der europäischen Modernität wäre einem sinnlosen Aufruf zu einer Art kultureller Stagnation gleich gekommen. Diese Kur würde die Krankheit, die sie diagnostiziert hatten, noch verschlimmern. Die Alternative, europäische Methoden an ihre eigenen kulturellen Anforderungen anzupassen – der Einsatz neuer europäischer Maschinen, um die eigene kulturelle Wiedergeburt voranzutreiben –, schien jedoch beinahe ebenso riskant. Sie drohte, die lokale kulturelle Elite

zu spalten, mit der Tradition zu brechen und schließlich auf Umwegen das Tor für den ultimativen Triumph Europas zu öffnen.

Die Europäer nahmen an, dass ihr jäher Aufstieg zu dieser dominanten Position unter den Kulturen auf ihre Entdeckung des permanenten Fortschritts zurückzuführen sei. Nur ihnen sei es gelungen, aus dem Zyklus von Aufstieg und Fall auszubrechen, dem alle anderen Zivilisationen unterworfen wären. Sie allein hätten das Geheimnis für den Wohlstand der Nationen gelüftet und eine beispiellose technologische Überlegenheit erlangt. Sie hätten die alten Barrieren des Aberglaubens und der Legenden durchbrochen, um ihr Geistesleben auf die systematische Ansammlung empirischen Wissens zu gründen. Gemeinhin ging man davon aus, dass sie sich diese Stellung durch die sorgfältige Beachtung der vier Grundregeln verdient hätten: Erstens sollte der freie Meinungsaustausch gefördert und der Einfluss all jener eingeschränkt werden, die – wie die Geistlichkeit – versuchen könnten, ihn einzuschränken. Zweitens sollte das Recht auf Eigentum (und damit das Motiv für Innovationen) vor Verbrechern oder dem Zugriff von Despoten geschützt werden. Drittens musste eine Gesellschaftsordnung errichtet werden, welche die sittliche, insbesondere sexuelle Disziplin bei jenen wahrte, von deren Arbeitskraft der materielle Fortschritt abhing. Die korrekte Behandlung von Frauen in ihrer »separaten Sphäre« wurde zum wichtigen Merkmal einer entwickelten Gesellschaft. Die vierte Grundregel war die Förderung der physischen Energie und der Tapferkeit, der »männlichen« Qualitäten, denen Europäer im Ausland gern ihre militärische Überlegenheit und politische Dominanz zuschrieben. Aber wie und weshalb diese Bräuche und Haltungen entstanden und wie fest sie in den europäischen Gesellschaften verankert waren, blieb weiterhin heftig umstritten.

Das Vertrauen in ihre einzigartige Gestaltung des

Fortschritts erklärt nicht zuletzt die irritierende Arroganz, die Europäer so häufig gegenüber anderen Kulturen an den Tag legten. Es wurde durchaus plausibel argumentiert, dass die Erfindung eines orientalischen »Anderen«, das im Sumpf der sittlichen und intellektuellen »Rückständigkeit« stecke, für das »fortschrittliche« europäische Selbstbild unerlässlich gewesen sei. Folglich mussten die Europäer beharrlich auf die Versäumnisse des »Orients« (in der Praxis alle nichtwestlichen Völker) hinweisen, um sich ihrer eigenen, fortschrittlichen Identität zu vergewissern. Diese These übertreibt wahrscheinlich das intellektuelle Interesse, das die Europäer an anderen Teilen der Welt hatten. Wie die meisten Zivilisationen beschäftigten sie sich nicht mit Anderen, sondern mit sich selbst. Aus der Betrachtung ihrer eigenen Vergangenheit zogen sie auch die Lehre, dass sie erstaunliche Fortschritte gemacht hatten, obwohl man sich nicht darüber einigen konnte, wie es dazu gekommen war. Ihnen war nicht entgangen, dass dieser Fortschritt in vielen Teilen Europas nur langsam vorangekommen war, sofern man überhaupt von Fortschritt sprechen konnte. Die hitzigsten Debatten zwischen europäischen Denkern wurden nicht über die äußere Welt geführt, sondern über die Frage, inwieweit man sich gefahrlos von Überzeugungen und Wertvorstellungen der vorindustriellen Vergangenheit Europas verabschieden könne. Wohl am schärfsten stritten sich europäische Intellektuelle um den Platz der Religion, um »traditionelle« Moralvorstellungen, »Volkskultur« und Sprache, sowie um vormoderne soziale Beziehungen (einen sozialen Paternalismus) in einer modernen Gesellschaft.[81] Die Befürchtung war verbreitet, dass der Fortschritt zerbrechlich sein könne. Er wurde, nach Ansicht der Liberalen, durch die »Reaktion« gefährdet, vor allem aber von den Kirchen. Er konnte auch von unten gestürzt werden, durch einen Volksaufstand gegen die strenge wirtschaftliche Disziplin. Dies war die Bedrohung durch Sozialismus oder

Anarchismus. Der Fortschritt könne zur »Entartung« führen, nach einer gängigen Annahme die physische und sittliche Folge des urbanen und industriellen Lebens. Der Fortschritt könne auch selbstzerstörerisch sein, weil das Individuum zugunsten der Masse ausgelöscht werde und an die Stelle des Spirituellen ein nackter Materialismus trete. Ein Gefühl allgemeiner Panik erfüllte diese Diskussionen und es entstand der Eindruck, dass keine Zeit zu verlieren sei.[82] Diese introvertierten Sorgen, diese Ignoranz und Indifferenz prägten die europäischen Haltungen gegenüber der nichtwestlichen Welt. Die Völker waren Außenstehende im großen Kampf ums Dasein. Sie zu verstehen, war die Aufgabe einer kleinen Minderheit. Es war nur zu einfach, ihre Kulturen als stagnierende Ordnungen zu erklären, während einzig Europa bzw. seine entwickelten Regionen der Vergangenheit entronnen seien.

Diese Tendenzen wurden durch die Umstände, unter denen ein großer Teil der außereuropäischen Welt ins Blickfeld des europäischen Publikums trat, noch verstärkt. Freilich machte eine Flut von Literatur europäische Leser mit der afroasiatischen Welt bekannt. Zum größten Teil gingen diese Schriften jedoch auf die besonderen Aktivitäten zurück, denen Europäer dort nachgegangen waren. In den Berichten der Soldaten, Forscher und Missionare wurden am stärksten die Gewalt, die Abgeschiedenheit und der Aberglaube afro-asiatischer Gesellschaften hervorgehoben. In bestehenden Kolonien (das beste Beispiel ist Indien) wurden ethnographische Untersuchungen weitgehend von Europäern durchgeführt.[83] Diese Forscher zogen gängige rassische und physiologische Theorien (wie die Kraniologie oder Schädelkunde) heran, die ursprünglich für die Erklärung der Unterschiede zwischen Menschen in Europa entwickelt worden waren.[84] Anschließend betonten die Forscher, dass jenen Völkern die »progressiven« Merkmale gänzlich fehlten, die ihrer Fremdherrschaft theoretisch ein Ende hätten setzen können. Die meisten Inder und Afrikaner

seien weit davon entfernt, im Kielwasser Europas voranzuschreiten, sie seien zu sehr in Traditionen verhaftet, die eine Selbstverwaltung undenkbar machten. Die Überwindung dieser Traditionen sei nur über einen endlos langen Zeitraum hinweg möglich. In den unlängst besetzten Gebieten wurde die vom europäischen Eindringen ausgelöste Unordnung als unwiderlegbarer Beweis für das Chaos und die Barbarei der vorkolonialen Ordnung gedeutet. Statt mühsam erste Schritte in Richtung des fernen Ziels der Modernität zu machen, würden nichtwestliche Gesellschaften, wenn man sie sich selbst überließ, in eine Abwärtsspirale des sozialen und ethischen Verfalls geraten. Wo die einheimischen Völker dem direkten Wettbewerb mit europäischen Völkern ausgesetzt seien, könnten sie aussterben – ein Schicksal, das häufig den Maori in Neuseeland und den Aborigines in Australien prophezeit wurde.

Um die Jahrhundertwende tendierten europäische Autoren dazu, die »Stagnation« nichteuropäischer Gesellschaften als erblich bedingt anzusehen. Kulturelle Unterschiede, gleich welchen Ursprungs, wurden zu »rassischen« Unterschieden, und kulturell bedingte Sitten zu Produkten eines rassischen »Instinkts«.[85] Leichtfertige Interventionen, übereilte Reformen oder skrupellose Ausbeutung konnten Explosionen auslösen und den Zusammenhalt erschüttern, auf dem die gesamte Ordnung ruhte. Stabilität hieß das Gebot der Stunde, und sie wurde am besten dadurch erreicht, dass lokales Gewohnheitsrecht gefördert wurde statt eine fremde Rechtsprechung zu importieren. Ferner wurden neotraditionelle Herrscher (also lokale Würdenträger, die ihren kolonialen Status akzeptiert hatten) anstelle der westlich gebildeten Elite in der Kolonie gestützt – eine »mikroskopische Minderheit«, wie ein indischer Vizekönig einmal abschätzig meinte.[86] In manchen Fällen werde Stabilität, so meinte man, am besten durch eine gezielte Politik der territorialen Segregation erreicht: Diese Lösung

empfahl eine offizielle Kommission für die südafrikanische »Eingeborenenfrage«.[87]

Die Europäer hatten also keine alleingültige, große Theorie für ihre künftigen Beziehungen zur nichtwestlichen Welt. Der viel zitierte Einfluss des Sozialdarwinismus enthielt keinen klaren Auftrag zur imperialen Expansion: Tatsächlich sprachen sich viele Sozialdarwinisten vehement gegen die kulturelle und rassische Verwässerung aus, die ihrer Meinung nach mit der Expansion verbunden wäre.[88] So heftig, wie sie über die Gründe für die außergewöhnliche Dynamik Europas diskutierten, stritten sich die Europäer auch um die Ursachen und Auswirkungen der nichteuropäischen »Stagnation«. Indien wurde als immobile Gesellschaft selbstgefälliger Dorfbewohner interpretiert, als Überbleibsel aus dem Mittelalter oder als fatale Folge einer rassischen Vermischung zwischen den ursprünglich arischen Herrschern und indigenen Drawidianern (den Sprechern der drawidischen Sprache, die im Südteil Indiens verbreitet ist).[89] Von der Industrialisierung desillusionierte europäische Denker entdeckten viel Bewundernswertes im »spirituellen« Osten: das Überleben des Kunsthandwerks, das Fehlen von Klassenkonflikten oder die »Nähe zur Natur« in den nichtwestlichen Gesellschaften.[90] Die Europäer bemühten sich, die irritierende Vielfalt der nichtwestlichen Kulturen zu kategorisieren. Sie erkannten pragmatisch den privilegierten Status der spezifischen Gruppen an, auf die sich ihre Herrschaft stützte: die »kriegerischen Rassen«, die für ihre kolonialen Armeen benötigt wurden, oder die islamischen Eliten in Nigeria und Nordindien. Es fehlte ihnen an der nötigen Stärke, ihre eigene, kulturelle Blaupause zu oktroyieren (wenn sie denn eine gehabt hätten). Sie mussten sich auf lokale Informanten verlassen, die ihnen einen großen Teil der Daten lieferten, anhand derer offizielle Geschichten, Handbücher, Gesetzestexte, Ortsverzeichnisse und ethnographische Werke zusammengestellt wurden. Folglich bestätigte die offizielle

Lehre der Briten in Indien die traditionelle Dominanz der Brahmanen-Kaste und das Kastenwesen als Basis der indischen Gesellschaft: Die britischen Kolonialherren hatten einen großen Teil ihres Wissens über die indische Vergangenheit von brahmanischen Gelehrten und Panditen erhalten.[91]

Das war von Bedeutung, weil in den meisten Regionen, die unter europäische Herrschaft gerieten, die indigenen Eliten kulturellen Widerstand leisten konnten. Drei Varianten einer kulturellen »Kriegsführung« sind zu beobachten: Die erste orientierte sich massiv an europäischen Vorbildern des kulturellen Wandels. In Bengalen eignete sich zum Beispiel die neue gebildete Klasse, die eilfertig den britischen Verwaltungsapparat personell auffüllte, rasch eine »englische« Bildung an. Aber sie legte zugleich Wert darauf, Bengalen selbst mit einem kulturellen Image nach englischem Vorbild zu versehen. Bengalisch sollte eine Literatursprache werden. Dichtung, Prosa, Geschichte und journalistische Beiträge in der bengalischen Landessprache sollten eine neue bengalische Identität prägen.[92] Lehrer und Journalisten sollten ein modernes, bengalisches Volk schaffen. Die rudimentären Institutionen des Kolonialregimes würden ein Proto-Parlament werden, ein Möchtegern-Westminster. Mit Hilfe der entscheidenden Rolle politischer Führer wie Surendranath Banerjea, dem ungekrönten König Bengalens, sollte das Gerüst einer Selbstherrschaft für eine neue Nation nach europäischem Vorbild entstehen.[93] Ein ähnliches Muster war in Maharashtra in Westindien zu beobachten, wo Geschichtsschreibung nach westlichem Vorbild in der Landessprache bewusst eingesetzt wurde, um ein politisches und kulturelles Bewusstsein zu schaffen.[94] Derartige Ambitionen waren nicht zuletzt Wasser auf die Mühlen des frühindischen Nationalismus. Als kulturelle Strategie waren sie jedoch auf die Existenz einer starken, gebildeten Elite angewiesen, die zwischen der Kolonialmacht und der lokalen

Gesellschaft vermittelte.

Auch aus diesem Grund entstand eine breitere Form des kulturellen Widerstands in einer religiösen Wiedergeburt. Die meisten Europäer neigten dazu, die großen eurasischen Rivalen des Christentums wie den Islam und Hinduismus als dekadent oder todgeweiht anzusehen. Die islamische Lehre wurde abschätzig als veraltete Scholastik bezeichnet, mit einer glorreichen Vergangenheit, aber ohne geistige Zukunft. Islamische Gelehrte hielten krampfhaft an ihren klassischen Texten fest und waren außerstande zu erkennen, dass die Welt sich verändert hatte. Sie konnten ihre Ideen nicht an die Flut empirischer Daten anpassen. Eben dieses Versäumnis seitens der orthodoxen Gelehrten – der *Ulama*– verschaffte den »Sufi-Bruderschaften« und ihren charismatischen Führern, den Scheichs und Marabuten, so starken Einfluss. Das öffnete einen Raum für »fundamentalistische« Bewegungen, die einen Dschihad gegen Ungläubige, Heiden und korrupte Muslime führen wollten. Die Europäer begegneten dieser Form eines muslimischen »Fanatismus«, der in ihren Augen symptomatisch für die gestoppte Entwicklung des Islam war, mit besonderer Geringschätzung und Angst. Im Mahdi-Aufstand gegen Ägyptens Kolonialherrschaft im Sudan eroberten die Rebellen 1885 Khartum und ermordeten General Gordon, den von der ägyptischen Regierung auf massiven britischen Druck hin entsandten Generalgouverneur. Er hätte einen geordneten Abzug der Verwaltung organisieren sollen.[95] Als die Briten 13 Jahre später die Stadt zurückeroberten, nachdem sie das Heer der Rebellen bei Omdurman geschlagen hatten, befahl Kitchener, die Gebeine des ersten Mahdi-Herrschers (Muhammad Ahmad, 1844–1885) in den Nil zu werfen. Königin Viktoria musste ihn ermahnen, um ihn davon abzuhalten, den Schädel des Mahdi als Aschenbecher zu benutzen.

In der Regel war die muslimische Antwort auf die

kulturelle Expansion Europas weniger spektakulär und erheblich beharrlicher. Der Mahdi war ein charismatischer Prediger am äußeren Rand der islamischen Welt. Die muslimischen Geistlichen in den Zentren der Lehre hatten durchaus erkannt, dass die klassische Gelehrsamkeit mittlerweile überholt war. Sie suchten Wege, um die orthodoxe Lehre an moderne Ideen anzupassen. Diesem Projekt widmeten sich zwei große muslimische Gelehrte im späten 19. Jahrhundert: Dschamal ad-Din al-Afghani (1839–1897) und Muhammad Abduh (1849–1905). Beide waren bestrebt, die europäische Denkweise zu verstehen, und hatten in Paris studiert. Beide setzten sich dafür ein, die muslimische Solidarität angesichts des Vormarsches der Europäer zu stärken, den sie mit eigenen Augen während der britischen Besetzung Ägyptens erlebt hatten, der Heimat des größten Zentrums des geistigen Lebens im Islam in al-Azhar. Das ultimative Ziel war es, die *umma,* die Gemeinschaft der muslimischen Gläubigen auf der ganzen Welt, mit neuem Leben zu erfüllen und die *Ulama,* ihre gelehrten Führer und Berater, neu zu schulen. Das hieß, den Aberglauben, unorthodoxe Lehren und synkretistische Praktiken ausmerzen, welche Muslime von den mannigfaltigen Kulturen übernommen hatten, in denen der Islam Fuß gefasst hatte. Sie strebten nach Reinigung und zugleich nach Modernisierung. Reformierte *Ulama* sollten enger mit den Hauptzentren der Lehre in Verbindung stehen. Sie sollten angemessen in muslimischer Theologie und Geschichte geschult werden. Dadurch wären sie besser gerüstet, um den europäischen Ideen mit überzeugenden, islamischen Antworten entgegen zu treten. Und sie würden den Gläubigen die Botschaft des Islam mit größerer Überzeugungskraft und wirksameren Methoden vermitteln. Bei der Predigt, Lehre und Verbreitung von Ideen wollten sie sich die neuen Medien (die Druckkosten für Zeitungen und Bücher waren sehr niedrig) zunutze machen und neue Formen der Bildung (mit Schulen nach westlichem Vorbild)

entwickeln. Das Dampfschiff und die Eisenbahn sollten es viel mehr Muslimen ermöglichen, den Hadsch, die Pilgerreise nach Mekka, zu unternehmen, zu Füßen der berühmten Gelehrten zu sitzen und die ganze Fülle der islamischen Welt zu erfassen. Panislamische Solidarität, eine gut geschulte Elite, eine diszipliniertere *umma* und ein wesentlich stärkeres Gespür für die besondere Stellung des Islam in der modernen Welt wurden als Resultate der Reform verheißen.[96]

Viele muslimische Beobachter hatten den Eindruck, als sei bis 1914 nur ein begrenzter Fortschritt in dieser Richtung erzielt worden. Eine *umma* zu mobilisieren, die riesig, verstreut und häufig ungebildet und verarmt war, kam einer Herkulesaufgabe gleich. Die islamische Welt war politisch, ethnisch und sprachlich gespalten. Eine Modernisierung des Arabischen, der klassischen Sprache der muslimischen Wissenschaft, des Rechts und der Theologie, war eine gewaltige Herausforderung. Die wichtigsten muslimischen Staaten erlitten (wie noch dargestellt wird) weitere Niederlagen und Demütigungen durch die Europäer. Tatsächlich erschienen in manchen muslimischen Gemeinschaften der ethnische Nationalismus und der Territorialstaat als die bessere Basis für antikolonialen Widerstand denn das ferne Ideal einer panislamischen Einheit. Gelegentlich kam es zu heftigen Konflikten zwischen jenen, die beharrlich erklärten, der Islam habe keine Probleme mit der westlichen Wissenschaft und Politik, und jenen, die deren Einfluss für verderblich hielten. Es bestand jedoch kein Zweifel, dass der geschärfte Sinn für eine islamische Identität, den Al-Afghani und Abduh so vehement propagierten, allmählich eine große Zahl muslimischer Gemeinschaften elektrisierte. In Westafrika konsolidierte die muslimische religiöse Elite ihren Einfluss auf die französischen Behörden und verstärkte zugleich ihren Zugriff auf die Gemeinschaft der Gläubigen.[97] In Ägypten, dem Epizentrum des islamischen Modernismus, erhöhte die

muslimische Sorge um eine sittliche Reform und größere soziale Disziplin die Attraktivität der nationalistischen Politik in der gebildeten Schicht.[98] In Indien mochte die neue muslimische Universität, die in Aligarh gegründet worden war (das »Anglo-Oriental College«), zwar den Wert des westlichen, modernen Wissens betonen, aber sie war zugleich ein Seminar für die Führer der »Jungen Muslime«, die nach 1914 an Bedeutung gewannen.[99] Im kolonialen Südostasien trugen die Reformbewegungen und die neuen Printmedien dazu bei, ein islamisches Bewusstsein zu verbreiten, und in Niederländisch-Ostindien entstand eine politische Bewegung: Sarekat Islam.[100]

Im Hinduismus gab es einen vergleichbaren Trend in Richtung Läuterung und Kodifizierung der religiösen Praxis. Reformbewegungen wie die Arya Samaj erkannten implizit die spirituelle Anziehungskraft der christlichen Lehre an, weil sie die Beziehung des Einzelnen zu Gott hervorhob. Auf breiter Ebene führte diese religiöse Wiedergeburt zu Kampagnen zum »Schutz der Kühe« und zur Verehrung des Hindu-Pantheons anstelle der lokalen Gottheiten. Die besseren Verkehrsmittel ermunterten mehr Pilger, sich auf den Weg nach Benares, zur »Mutter Ganges« und zu anderen Zentren der hinduistischen Religion zu machen. Bei den Gebildeten trug das gedruckte Wort in den Landessprachen Indiens dazu bei, den Einfluss spiritueller Lehrer und Bewegungen zu verbreiten. Doch die wohl bemerkenswerteste Entwicklung vor 1914 war Gandhis Manifest für kulturellen Widerstand, das 1909 unter dem Titel *Hind Swaraj* (»Indische Selbstregierung«) veröffentlicht wurde.[101] Das Werk, das während Gandhis Seereisen zwischen London und Südafrika entstand, wo er von 1893 bis 1915 gelebt und gearbeitet hatte, war eine brillante Synthese von Religion, Kultur und Politik. Es beschrieb eine dritte große Strategie für eine kulturelle Wiedergeburt. Der Wert eines geläuterten Hinduismus als moralische Grundlage der Gesellschaft wurde darin

bestätigt. Ferner wurde die europäische Sichtweise der indischen Gesellschaft als ein riesiges Mosaik aus »Dorfgemeinschaften« übernommen. Gandhi hatte keineswegs die Absicht, die Diagnose der »Stagnation« zu wiederholen. Er betonte hartnäckig die moralische Überlegenheit des autarken Dorfes über die künstliche, ausbeuterische und die Gemeinschaft spaltende Zivilisation, die der Westen dem Land oktroyiert hatte. Eine indische Selbstregierung werde folglich nicht allein dadurch erreicht, dass man die Institutionen der Kolonialregierung übernahm. So werde man den Tiger zwar los, behalte jedoch dessen Wesen, um Gandhis anschauliches Bild zu gebrauchen. Vielmehr müsse man alles zurückweisen, was die westliche Dominanz gebracht hatte, einschließlich Recht und Medizin, Eisenbahnen und Telegrafen und des indischen Staates selbst. Nach Gandhis Formulierung ging die religiöse Reform über in eine sittliche Reform, die sittliche in eine gesellschaftliche Reform – und auf die gesellschaftliche Reform folgte der politische Kampf. Sittliche Befreiung sollte zu politischer Freiheit führen. Denn sobald die Inder die mentale Hegemonie zurückwiesen, auf die sich die britische Herrschaft stützte – die Briten herrschten, so Gandhi, mit *Erlaubnis* der Inder –, würden sie auch die Kollaboration beenden, auf die sich der Raj stützte. Mit verblüffender Klarheit hatte Gandhi in einem kurzen Pamphlet gezeigt, wie eine kulturelle Bewegung eine direkte Konfrontation mit dem Kolonialregime bis zum entscheidenden Moment vermeiden konnte. Aber sobald der Prozess der (mentalen) Befreiung abgeschlossen war, sollte der letzte Angriff kurz und unblutig erfolgen.

Wie zu erwarten, wurde *Hind Swaraj* von der Regierung in Indien sofort als subversiv verboten, und Gandhi selbst sollte bis zum Jahr 1918 keinen großen Einfluss im Land erlangen. Einige Gedanken, die er propagierte – insbesondere die Notwendigkeit der kulturellen und wirtschaftlichen Autarkie –, waren in Bengalen bereits nach 1905 in der sogenannten

swadeshi-Kampagne wirksam und tauchten in den polemischen Schriften des Kongress-Politikers Bal Gangadar Tilak auf. Aber ihm fehlte das politische Genie Gandhis. Sein Modell eines politischen und kulturellen Widerstands, das auf dem Höhepunkt der europäischen imperialen Expansion erdacht worden war, sollte in den Zwischenkriegsjahren den indischen Nationalismus in eine gewaltfreie Massenbewegung verwandeln.

Es wäre falsch, den enormen Einfluss westlicher Ideen zu unterschätzen, und das Ausmaß, mit dem sie das Denken nahezu aller Gesellschaften durchdrangen, die dem euro-amerikanischen Einfluss ausgesetzt waren. Das hatte häufig die Konsequenz – und war umso wirkungsvoller, weil es schleichend vor sich ging –, dass sich nichteuropäische Völker (wie auch die Europäer) allmählich selbst im Spiegel westlicher Ideen und Vorurteile betrachteten. Doch dieser Einfluss war nicht in erster Linie durch die Attraktivität der Ideen begründet, sondern er wurde zwangsweise durchgesetzt. Die Freiheit des Einzelnen, repräsentative Regierungsformen, das Ideal eines Nationalstaates, empirische Wissenschaft und christliche Lehren übten allesamt in der nichtwestlichen Welt eine starke Anziehungskraft aus. Dieser kulturelle Einfluss konnte nicht einfach in den Dienst der Kolonialherrschaft gestellt oder im Interesse der imperialen Dominanz genutzt werden. Die Inhalte waren pluralistisch und mitunter sogar widersprüchlich. Der Einfluss provozierte unvorhersehbare und vielfältige Antworten. Er stieß auf lokale, kulturelle Netze, die tief verwurzelt waren und in denen kulturelle Haltungen eng mit der religiösen Identität verknüpft waren. Nur wenige Kolonialregime waren imstande oder willens, die kulturellen »Türhüter« der lokalen Gesellschaften abzusetzen, deren Kooperation über eine Form des kulturellen »Vertrags« erkauft werden musste. Und eben jene Werkzeuge, durch die westliche Ideen so weite Verbreitung fanden (die Printmedien, billige Reisen und

Bildungseinrichtungen), konnten auch für die Aufgabe einer kulturellen Erneuerung und für den Widerstand genutzt werden.

Das konnte man sogar an der Verwendung des Begriffs »Rasse« ablesen, der gemeinhin als das schwerste Geschütz im kulturellen Arsenal Europas galt. Obwohl dem Begriff die Annahme zugrunde lag, kulturelle Unterschiede seien vererbt, war der europäische Rassismus eine konfuse Doktrin ohne Anspruch auf innere Stimmigkeit. Er verwischte, ungeachtet der Bemühungen seiner »wissenschaftlichen« Verfechter, die Unterscheidung zwischen kulturellen und physischen Attributen. Er stützte sich auf stereotype Beschreibungen, um all die Unterschiede innerhalb Europas selbst und die gewaltige Vielfalt an Kulturen und Völkern in der nichtwestlichen Welt zu erklären. Allerdings hatte der »vulgäre« Rassismus im Gegensatz zur »intellektuellen« Variante den größten Einfluss. In Asien und Afrika lebende Europäer wussten ganz genau, dass ihr Status und Einkommen vom Postulat unüberwindlicher Unterschiede zwischen ihnen und den Einheimischen abhing. Es erforderte wenig Phantasie, diese Postulate mit der Geschichte des materiellen Fortschritts Europas zu verbinden und sich selbst als die prädestinierten Akteure der Zivilisation und des Fortschritts neu zu erfinden. Unterschiedlich starke Formen der Segregation und Abgeschiedenheit wurden durch drei Faktoren gefördert: das Bedürfnis nach Sicherheit, Ängste vor Krankheiten und das alles durchdringende Misstrauen, nicht angebundene Europäer, die sich selbst überlassen würden, könnten sich den Eingeborenen anpassen und schlichtweg »verwildern«, was die gesellschaftliche und kulturelle Ordnung untergraben würde. Somit glich der europäische Rassismus häufig weniger einer kulturellen Theorie denn einem Kompendium kruder gesellschaftlicher Einstellungen, die offen und häufig aggressiv vertreten wurden.

Doch die Idee der »Rasse« blieb keineswegs ein

europäisches (oder euro-amerikanisches) Monopol. Der Begriff ließ sich außerordentlich leicht exportieren. Wenn die Zugehörigkeit zu einer »Rasse« das Geheimnis der europäischen Macht war, dann lag die Anziehungskraft des Rassismus auf der Hand. Gegen Ende des Jahrhunderts brachte der neue chinesische Nationalismus Sun Yat-sens (Sun Yixian) die Vorstellung einer eigenen Han-Rasse ins Spiel, die als wahre chinesische Nation dargestellt wurde. Im kolonialen Bengalen, wo sich die hinduistischen *bhadralok* (»angesehenen Leute«) über den Ausschluss aus der Regierung und demütigende Äußerungen seitens ihrer Kolonialherren ärgerten, spielte die nationalistische Rhetorik mit rassistischen Argumenten. Die »Hindu-Rasse« galt als die weitaus zivilisierteste. Sie teilte ihre arische Herkunft mit den Europäern. Sie hatte eine bestimmte Rassenmission: nicht politische Größe oder militärische Macht, sondern die Ausübung »spiritueller Energie«. Durch die bewusste Unterstreichung des kulturellen Unterschiedes und das Tragen traditioneller Kleidung, einen Kult physischer Stärke und Tapferkeit sowie die Wiederentdeckung einer heroischen Vergangenheit konnten Bengalen alle Merkmale einer »Rasse« für sich reklamieren, die zwar anders war als die europäische, aber ebenso tüchtig.[102] »Eine Rasse, die eine Vergangenheit hat […], muss auch eine Zukunft haben«, bemerkte die Zeitschrift *Bharati* im Jahr 1904.[103]

Das wohl faszinierendste Beispiel für die Verinnerlichung des Rassegedankens bietet die Biographie Edward Wilmot Blydens.[104] Blyden wurde auf den Westindischen Inseln geboren, ging zuerst nach Amerika und 1850 im Rahmen einer Bewegung, die befreite Sklaven in ihre »Heimat« in Westafrika bringen wollte, nach Liberia. Er wurde presbyterianischer Geistlicher. Da Blyden überzeugt war, dass sich die Rassengrenzen verhärteten, meinte er, die Afrikaner bräuchten ein stärkeres Bewusstsein ihrer rassischen Identität. »Wir brauchen afrikanische Macht, ein großes Zentrum der Rasse, wo unsere physische und

intellektuelle Stärke gesammelt werden kann«, schrieb Blyden. Ihm schwebte eine westafrikanische Nation vor, sie sollte aber, darauf legte er großen Wert, authentisch afrikanisch sein. Die Afrikaner sollten westliche Kleidung meiden.[105] Sie sollten indigene Bräuche bewahren. Überdies sollten sie keine Mischehen schließen.[106] Blyden glaubte, nur »reine« Schwarze könnten afrikanischen Nationalismus hegen, und lehnte den Gedanken einer »Rassenverschmelzung« ab.[107] In dem Buch *Christianity, Islam and the Negro Race* (1887) schrieb er, der Islam eigne sich besser für Afrika als die christliche Religion. Erstaunlicherweise sah Blyden, der eine Zeitlang als Kolonialbeamter in Sierra Leone diente, keinen Widerspruch zwischen seinen rassistischen Ideen und seinem Projekt, eine westafrikanische Nation unter der Schirmherrschaft der britischen Kolonialmacht aufzubauen. Aber es war schon vor 1914 offensichtlich, dass rassistische Argumente ebenso gut gegen wie für die Hegemonie Europas vorgebracht werden konnten.

Unerledigte Geschäfte: Ostasien und der Nahe Osten 1880–1914

In den 1880er Jahren sondierten die Europäer und Amerikaner die ökonomischen Chancen in Ostasien nunmehr seit über einem Jahrhundert. Sie hatten Brückenköpfe für den Handel, die »Vertragshäfen«, in China und Japan durchgesetzt und beiden Ländern »Ungleiche Verträge« aufgezwungen, die Ausländern und ihrem Eigentum extraterritoriale Privilegien gewährten. Im Interesse ihres Handels hatten sie niedrige Zölle durchgesetzt. Sie hatten zwei Kriege gegen China geführt, um diese Rechte zu behaupten und auszubauen. Sie hatten den Qing-Kaiser

gezwungen, die diplomatische Gleichstellung westlicher Staaten anzuerkennen und (1876) die europäische Praxis der Botschafter vor Ort zu übernehmen.[108] Im Jahr 1880 waren die Europäer jedoch, bei aller ausländischen Präsenz, noch weit davon entfernt, ganz China (geschweige denn Japan) die Form einer kolonialen Unterwerfung – oder auch nur halbkolonialen Dominanz – aufzuzwingen, die anderswo schon bald die Regel wurde.

Das lag unter anderem daran, dass Ostasien immer noch vergleichsweise weit von Europa entfernt und das Handelsvolumen zwischen den beiden Regionen deutlich niedriger war als das zwischen Europa und Indien (von Nord- und Südamerika ganz zu schweigen). An der Zurückhaltung der Europäer lässt sich aber auch die ungebrochene Stärke Chinas als einheitliche Kultur und funktionierendes politisches System ablesen. Mit den Abenteurern und Freibeutern, die sich in Afrika ihren Weg frei schossen und mit einer Handvoll Söldner private Imperien errichteten, hätte man in China kurzen Prozess gemacht. Die kulturelle und politische Zersplitterung, die es den europäischen Eindringlingen in Afrika so leicht machte, vor Ort Verbündete zu finden, gab es in China nicht. In der Wirtschaft und im Handel war ein vergleichbares Muster zu beobachten. Die europäischen Kaufleute in ihren Lagerhäusern waren nicht in der Lage, den internen Handel zu kontrollieren. Sie waren mit einem hochorganisierten Geschäftsleben konfrontiert, das zudem durch die Barrieren der Sprache und der komplizierten Währung in China geschützt wurde. Notgedrungen mussten sie über chinesische Großhändler Geschäfte tätigen, die als »Kompradoren« (Vermittler) für westliche Firmen fungierten.[109] Noch 1893 konnten diese Geschäfte von chinesischer Seite als Beziehungen des beiderseitigen Vorteils, und nicht der ausländischen Ausbeutung dargestellt werden.[110] Bei aller Mühsal um die Mitte des Jahrhunderts war die imperiale politische Struktur unter der

reformorientierten Herrschaft Li Hongzhangs noch intakt, des mächtigsten Regierungsvertreters der Phase zwischen 1870 und 1900. Das ethnische Bewusstsein der Han-Mehrheit war noch nicht gegen die Herrscherkaste der Mandschu mobilisiert worden, die im innersten Heiligtum des Qing-Regimes lebten.[111] Nicht umsonst hatte es die kaiserliche Qing-Regierung mit ihrer traditionellen Sparsamkeit sorgsam vermieden, ausländische Schulden zu machen – das Trojanische Pferd der Europäer. Durch die versöhnliche Haltung gegenüber ausländischen Enklaven und Interessen – und indem man eine Auslandsverwaltung (unter chinesischer Aufsicht) in der sensiblen Sphäre des Küstenzolls zuließ – hoffte Peking, eine gewaltsame Konfrontation zu vermeiden, während China sich selbst zu stärken versuchte.

Das Ansehen der Mandschu und die Stabilität der Qing-Herrschaft stützten sich jedoch auch auf die zentrale Stellung Chinas in der ostasiatischen Weltordnung. Die größte Errungenschaft der Qing war die Anbindung des riesigen, innerasiatischen Hinterlands, also Tibets, Sinkiangs (Xinjiangs), der Mongolei und der Mandschurei, an das ostasiatische Kernland des eigentlichen China. Eine ausländische Durchdringung dieser Peripherie bedrohte das weitgespannte Netz der Macht. In den 1880er Jahren nagten die Europäer das Reich von allen Seiten an. Die Russen stießen von Zentralasien aus vor. Die Briten eroberten das obere Burma. Frankreich zwang Peking, seinen Anspruch auf die Oberhoheit Annams (ein großer Teil des heutigen Vietnam) aufzugeben. Aber erst das Schicksal Koreas löste eine Krise aus. Die Halbinsel Korea war anfällig für Druck von seiten Russlands (das auf deren eisfreie Häfen schielte) und Japans. Ihr konfuzianisches Gemeinwesen war durch einheimische Widersacher, darunter zahlreiche Christen, schwer erschüttert worden. Der Hof in Peking konnte jedoch nicht das Risiko eingehen, dass sich Korea an eine andere Macht anlehnte und die langjährigen Bindungen zu China

löste. Das »Eremitenkönigreich« war das Tor zu Innerasien. Es war das Sprungbrett für den Vorstoß in den leeren Raum der Mandschurei. Der Verlust könnte die Steppendiplomatie Chinas erheblich destabilisieren und aus Innerasien ein feindliches Grenzland machen. Als ein von Japan unterstützter Putsch im Jahr 1894 die China-freundliche Regierung Koreas stürzte, weigerte sich Peking prompt, dies hinzunehmen. In dem folgenden kurzen Krieg von Juli 1894 bis März 1895 erlitt China jedoch eine schmachvolle Niederlage.

Der Friede von Shimonoseki (im April 1895) zog eine wahre Flut von Veränderungen nach sich. China musste die Unabhängigkeit Koreas anerkennen. Ein Teil der Mandschurei sollte an Japan abgetreten werden, dazu Taiwan und die Inselgruppe der Pescadoren. China musste das Äquivalent der Staatseinnahmen eines vollen Jahres als Entschädigung zahlen. Bei den Gebildeten – der Oberschicht in der Provinz, auf deren Loyalität das Regime angewiesen war – verlor die Qing-Dynastie massiv an Ansehen. Damit nicht genug: Die Reichsregierung war nunmehr gezwungen, sich im Ausland Geld zu leihen, um die Entschädigung zu bezahlen und die erschütterte militärische Stärke wiederzuerlangen. Bei den europäischen Mächten, die aufmerksam die Symptome eines bevorstehenden Kollapses registriert hatten, löste dies einen wahren Wettlauf um Darlehen für China aus, die durch territoriale und kommerzielle Rechte abgesichert waren. Russland machte den Anfang mit einem Darlehen im Gegenzug für Pekings Genehmigung, eine Eisenbahn quer durch die Mandschurei zu seiner neuen östlichen Stadt Wladiwostok zu bauen. Außerdem erhielten die Russen einen Pachtvertrag über 80 Jahre zur Ausbeutung der Ressourcen, die entlang der Bahnlinie entdeckt werden sollten.[112] Im Jahr 1898 erwarben Deutschland, Russland und Großbritannien jeweils einen Marinestützpunkt in Nordchina in der Nähe der Wasserstraße nach Peking. Die Großmächte trafen

untereinander Absprachen über die Zonen, in denen sie bei Konzessionen für Eisenbahnen den Zuschlag bekommen sollten. Allem Anschein nach war die Qing-Regierung nunmehr bereit, Konzessionen zu vergeben. In dieser turbulenten Situation gab der kaiserliche Hof eine lange Liste mit Dekreten zur Reform der Bildung, der Armee und des Verwaltungssystems heraus, die vergleichbar war mit den Meiji-Reformen in Japan. Ehe sie umgesetzt werden konnten, inszenierte jedoch die Mutter des Kaisers, die berüchtigte Kaiserwitwe T’zu-hsi (Cixi), einen Staatsstreich und entließ die Reformer. In dieser aufgeheizten Atmosphäre brachen gewaltsame Unruhen aus, die sich gegen die christliche Mission in Nordostchina richteten: der Boxeraufstand von 1898 bis 1900. Unter der Mittäterschaft des Hofes besetzten die Boxer (wörtlich: »in Rechtschaffenheit vereinigte Faustkämpfer«) und ihre Gefolgsleute Peking, riegelten die Stadt ab und belagerten die ausländischen Botschaften. Falls sie sich zum Ziel gesetzt haben sollten, eine fremdenfeindliche Stimmung zur Verteidigung der Dynastie zu schüren (der Wahlspruch der Boxer lautete: »Unterstützt die Qing, vernichtet die Ausländer«), so ging der Schuss nach hinten los. Die ausländischen Mächte (Europäer, Amerikaner und Japaner) entsandten eine riesige Streitmacht von 45.000 Mann, um ihre Diplomaten zu retten und die Boxer zu bestrafen. Offensichtlich waren Chinas Herrscher in einen bewaffneten Konflikt mit dem Rest der Welt gestolpert.

Eine weitere Demütigung Chinas war die Folge. Die Kaiserinwitwe und ihr Hof flüchteten aus der Stadt. China musste abermals eine riesige Entschädigung zahlen. Nach den Bestimmungen des Boxer-Protokolls musste die chinesische Regierung notgedrungen auch Zollreformen zustimmen, die den Außenhandel begünstigten. Vom »diplomatischen Corps« – dem kollektiven Gewicht der ausländischen Botschafter – eingeschüchtert, schien es so gut wie sicher, dass Peking Eisenbahnkonzessionen

vergeben würde, welche die ausländische Kontrolle bis weit ins Landesinnere erweitert hätten. Gleichzeitig deuteten alle Anzeichen darauf hin, dass die einmarschierten Truppen, die den Boxeraufstand niedergeschlagen hatten, nicht so bald wieder abziehen würden. Über zwei Jahre danach war die Mandschurei, trotz des versprochenen Abzugs, noch von fast 150.000 russischen Soldaten besetzt.[113] Die Tendenz zu einer wirtschaftlichen oder gar territorialen Aufteilung, sobald die anderen Mächte auf die russische Expansion reagierten, schien unaufhaltsam.

China gelang es jedoch, eine Aufteilung und eine wirtschaftliche Schirmherrschaft zu vermeiden, von der sich ausländische Geschäftsleute Vorteile erhofft hatten. Das hatte verschiedene Gründe. Vor allem bestand kaum Aussicht darauf, dass sich die Großmächte auf eine Aufteilung nach dem afrikanischen Muster einigen könnten. Die Russen hätten womöglich an einem Reich in Nordchina Gefallen gefunden, aber die Briten, welche die weitaus größten Geschäftsinteressen hegten, wollten auf keinen Fall einer Aufteilung zustimmen. Die Regierung in London stellte sich auf den Standpunkt, dass es »keine weiteren Indiens« geben dürfe, nämlich riesige Besitztümer in Asien, die verteidigt und kontrolliert werden mussten, geschweige denn ein »zweites Indien« mit einer russischen Armee vor der Haustür.[114] In Anbetracht der Tatsache, dass die Boxerkrise mit dem verlustreichen Buren-Krieg zusammenfiel, und angesichts der wachsenden Kriegsmüdigkeit in Großbritannien, wäre das Streben nach einer Aufteilung Chinas politischer Selbstmord der Regierung gewesen. Ein ungeteiltes China mit einer willfährigen Regierung war eine viel bessere Aussicht für den Handel und für Investitionen. Also spornten die Briten und die Amerikaner (die ähnliche Ansichten vertraten) Japan an, der russischen Expansion Einhalt zu gebieten. Im Jahr 1902 schlossen die Briten einen Regionalpakt, die anglo-japanische Allianz, in der sie militärische Unterstützung (das

heißt Kriegsschiffe) zusicherten, falls Japan mit mehr als einer Großmacht in Konflikt geraten sollte (die Absicherung bezog sich auf Russlands Bündnispartner Frankreich).[115] Die übrigen Großmächte mit Interessen in China, Frankreich und Deutschland, hatten weder ausreichende Gründe, noch verfügten sie über die Mittel, um eine Aufteilung gegen den Willen Londons und Washingtons zu erzwingen.

Freilich ging es nicht nur um die Bedenken der Imperialisten. Genauso wichtig war der hartnäckige Widerstand der Chinesen. Es war stets schwierig gewesen, den Zusammenhalt der chinesischen Obrigkeit zu untergraben. Denn er stützte sich auf die eigennützige Loyalität der gelehrten Oberschicht gegenüber dem dynastischen Regime, in dessen Dienst sie stand. Die Serie von Katastrophen seit 1894/95 hatte dem Ansehen der Qing mit ihrem »himmlischen Auftrag« geschadet. Aber als paradoxes Ergebnis entstand eine politische Atmosphäre, die weitaus feindseliger gegen jede Einmischung von außen war. Die 1890er Jahre hatten den raschen Aufstieg einer politischen Bewegung erlebt, die den Gedanken ablehnte, dass Chinas Einheit von einer dynastischen Herrschaft abhängen solle. Sun Yatsen und seine Anhänger bestanden darauf, dass China der Nationalstaat der Han-, also der Chinesisch sprechenden Völker sei und lediglich durch die von ihnen gewählten Führern regiert werden könne.[116] Die Qing- oder Mandschu-Dynastie hingegen sei eine ausländische Tyrannei.[117] Suns Nationalismus war keineswegs die einzige Form politischer Militanz in China. Die Geschäftstätigkeit um die Vertragshafenstädte brachte neue Formen des Zusammenlebens hervor. Organisationen schossen aus dem Boden, die der neuen städtischen Mittelschicht helfen sollten, selbstbewusst eine »moderne« chinesische Gesellschaft zu schaffen.[118] Die Industrialisierung in den Vertragshäfen schuf eine chinesische Arbeiterklasse, eine breite Masse, mit deren Hilfe ausländische Interessenvertreter und Enklaven gehörig

eingeschüchtert werden konnten. Die Oberschicht in der Provinz, die seit dem T’ai-p’ing-Aufstand wachsende Autonomie genossen hatte, wollte China gegen die Gefahr verteidigen, die einer korrupten und unfähigen Dynastie offenbar von außen drohte. Als die Regierung in Peking nach dem Boxeraufstand auf den Pfad der Reform zurückkehrte, spielte sie ihnen in die Hand. Die neue Armee (nach dem Vorbild Europas und Japans), die neue Bürokratie, die neuen Schulen und Hochschulen sowie die Abschaffung (1905) des uralten Prüfungssystems mit seinem konfuzianischen Lehrplan zerrissen die letzten Bande zwischen der gelehrten Oberschicht und dem imperialen Zentrum. In den Provinzen blockierten die Regierungsvertreter jeden Versuch, mit Hilfe der Eisenbahnkonzessionen den ausländischen Einfluss auszuweiten. »Eisenbahnen machen in China keine Fortschritte«, teilte der *Times*-Korrespondent dem Chefredakteur mit.[119] Für britische Finanziers wie Charles Addis von der Hongkong- und Shanghai-Bank bedeutete die chinesische Forderung nach einer »Wiederbeschaffung der Rechte«, dass Ausländer zwar in den Bau von Eisenbahnen investieren konnten, aber nicht erwarten durften, sie auch zu kontrollieren.[120] Als die Regierung in Peking in einem verzweifelten Versuch, die schwindende Autorität wiederherzustellen und die eigenen Finanzen aufzubessern, den Vorschlag machte, die neuen Eisenbahnen den Provinzbehörden zu entziehen (ein kaiserliches Edikt im Mai 1911 »verstaatlichte« sämtliche Hauptlinien),[121] löste dies einen Aufstand aus, der die Dynastie stürzte. Mit dem Ende der Qing-Herrschaft im Jahr 1911 begannen für das chinesische Volk vier Jahrzehnte voller Unruhen. Zugleich signalisierte es das Ende der Ära, in der die Unterwerfung Chinas unter ein eurozentrisches Weltsystem noch möglich erschienen war.

Japan hatte nach 1890 eine wichtige Rolle bei der

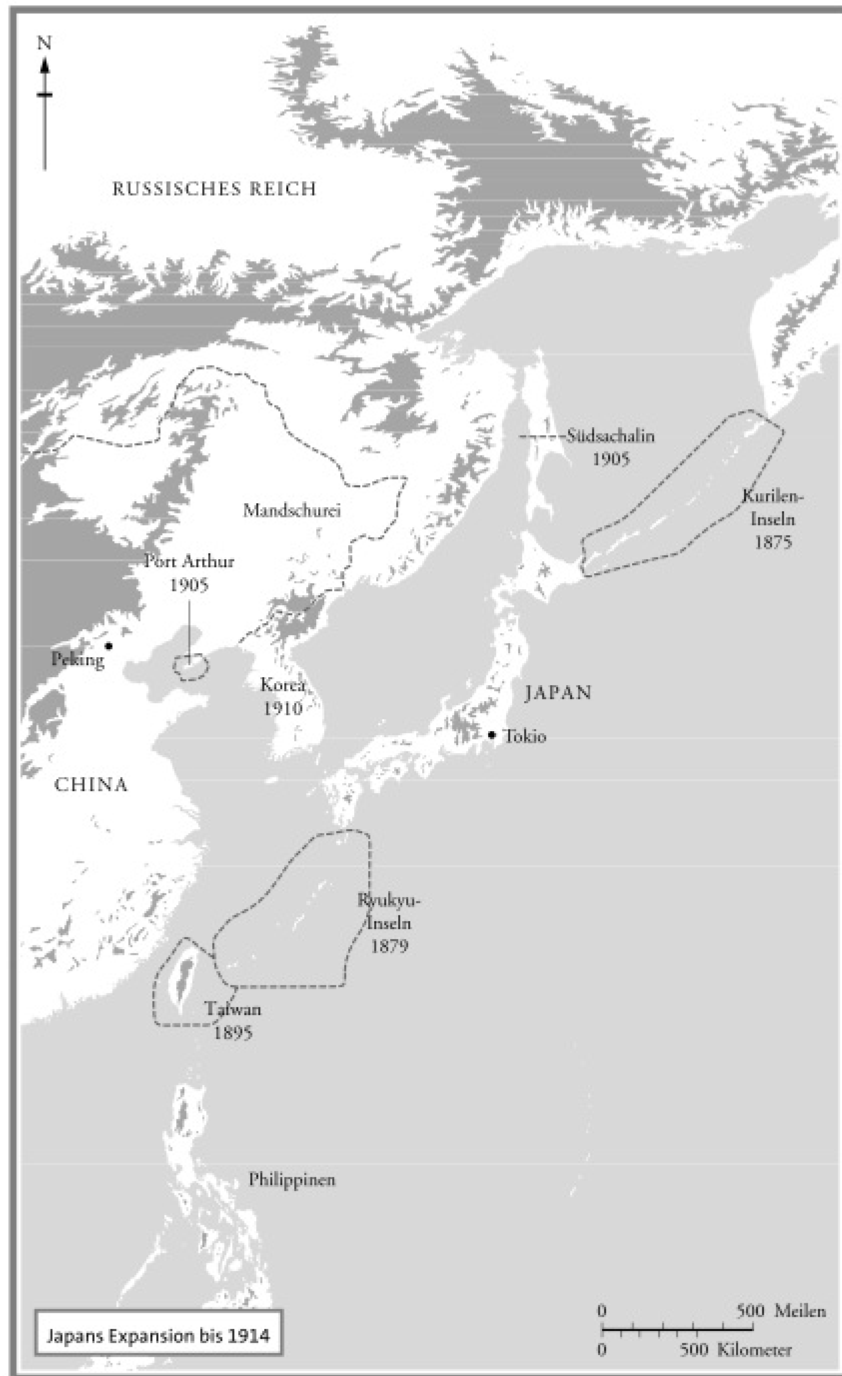
Eingrenzung des europäischen Einflusses gespielt. Kurioserweise löste ausgerechnet der japanische Sieg im Krieg 1894/95 den Wettlauf um Stützpunkte und Konzessionen unter den europäischen Mächten aus. Aber Japan spielte nicht die Rolle des »kleinen Bruders« der westlichen Imperialisten. Das japanische Volk hegte weiterhin ein tiefes Misstrauen gegenüber den Europäern und fürchtete einen gemeinsamen euro-amerikanischen Angriff auf Japans bedrohte Autonomie. Die Europäer, bemerkte der spätere Premierminister Ito Hirobumi auf seiner Forschungsreise von 1882 zum westlichen Konstitutionalismus, »helfen und lieben ihre Bekannten und Verwandten und trachten allmählich danach, jene zu vernichten, die abgelegen und isoliert sind. […] Die Lage im Osten ist so zerbrechlich wie ein Turm, der auf Eiern gebaut wurde […]. Wir müssen große Anstrengungen machen, um unsere Rüstung zu stärken und zu vergrößern.«[122] In seinem Werk *Datsua-ron* (»Raus aus Asien, nach Europa«, 1885) setzte der große Guru der Modernisierung Yukichi Fukuzawa Asien mit Rückständigkeit gleich. Aber er hatte sich nicht zum Ziel gesetzt, Japan mit den westlichen Mächten zu verbünden. Vielmehr sei es Japans Bestimmung, sich an die Spitze Asiens zu stellen, um dessen Freiheit zu retten. Tatsächlich spiegelte das japanische Denken eine tiefe Ambivalenz gegenüber China wider: Verachtung für die chinesische »Rückständigkeit«, das Trachten nach Chinas Ressourcen und die Angst, dass China ohne einen Präventivschlag unter europäische Kontrolle geraten würde. Es gab starke Sympathien für den chinesischen Nationalismus, und viele Tausend chinesische Studenten verbrachten einige Zeit in Japan. Das japanische Vorbild wiederum hatte großen Einfluss in China, weil es dem Land so verblüffend erfolgreich gelungen war, sich zu reformieren und die ausländischen Mächte in Schach zu halten.

Natürlich hatte Japan mehr getan als nur ein Beispiel zu geben. Seit den 1870er Jahren war es wachsam gewesen

und hatte gegen jede russische Expansion in Nordostasien Widerstand geleistet. In den 1890er Jahren konzentrierte sich das gegenseitige Misstrauen auf Korea – nach der japanischen Mythologie: »der Dolch, der in unser Herz weist«. Russland war zutiefst beunruhigt über die Zunahme des japanischen Einflusses in der Region seit 1895. Ein Stillhalteabkommen im Jahr 1898, mit dem man Russlands Dominanz in der Mandschurei gegen die Japans in Korea getauscht hätte, scheiterte an der Massierung russischer Truppen zur Zeit des Boxeraufstands. Als die Russen sich weigerten, aus der Mandschurei abzuziehen oder den Japanern einen Anspruch auf Vorherrschaft in Korea einzuräumen (wo Tokios Kontrolle alles andere als gesichert war), wurde ein Krieg unvermeidbar – mit erstaunlichen Folgen: Russlands Ostseeflotte dampfte um die halbe Welt, um die neue japanische Flotte zu vernichten, doch sie wurde in der Schlacht von Tsushima (Mai 1905) in den engen Gewässern zwischen Korea und Japan größtenteils versenkt. Kurz danach schlug eine zahlenmäßig unterlegene japanische Streitmacht die Russen in der Schlacht von Mukden im Herzen der Mandschurei. Im folgenden Friedensvertrag übernahmen die Japaner Russlands Stützpunkte auf der Halbinsel Liaotung (Liaodong) und dessen Konzessionen im Süden der Mandschurei. Ferner erhielten sie die südliche Hälfte Sachalins zugesprochen, der strategisch wichtigen Insel nördlich von Hokkaido. Der Weg war frei für ein Protektorat über Korea, dem im Jahr 1910 die formelle Annexion folgte. Binnen weniger Jahre war Japan zur stärksten See- und Militärmacht in der Region aufgestiegen; ohne seine Zustimmung würde keine externe Macht eine gewaltsame Intervention wagen.

Die Stärke Japans sollte jedoch nicht übertrieben dargestellt werden. Der Konflikt mit Russland hatte die finanziellen Ressourcen Tokios bis zum Anschlag strapaziert. Japanische Politiker befürchteten einen westlichen Gegenschlag gegen ihre imperiale Expansion. »Die

Mandschurei ist kein japanisches Territorium«, warnte der altgediente Staatsmann Ito Hirobumi.[123] Der Antagonismus mit den Vereinigten Staaten trat immer deutlicher zutage.[124] Nichtsdestotrotz war Japans Aufstieg bemerkenswert. Japan war zu einer Kolonialmacht in Ostasien geworden. Es hatte eine moderne Armee und Flotte erworben, wobei die meisten Kriegsschiffe in Großbritannien gebaut worden waren. Es hatte einen großen europäischen Staat in einem Krieg besiegt. Es hatte über Verhandlungen die »Ungleichen Verträge« aufgehoben, die den Westlern extraterritoriale Privilegien gewährten (China schaffte dies erst 1943), und es hatte die volle Zollautonomie wiedererlangt (im Jahr 1911). De facto war Japan nun eine Großmacht mit einer Interessensphäre, die weit genug vom Gravitationszentrum der wahrscheinlichsten Rivalen entfernt lag. Sein Einfluss bedrohte die wirtschaftliche Präsenz des Westens in China bereits in einer Weise, die zugleich Neid und Wachsamkeit weckte.[125] Aber wie war Japan diese außerordentliche Leistung zu einer Zeit gelungen, als sich die europäischen Staaten auf dem Höhepunkt ihrer Macht befanden?



Japans Expansion bis 1914

Vermutlich hatten westliche Beobachter Japans Kraftquellen konsequent unterschätzt. Aus nahe liegenden Gründen: Über Japan stand in der westlichen Presse kaum etwas, und selbst erfahrene Beobachter taten sich schwer, die japanische

Politik zu erklären. Im viktorianischen England fand vor allem die Absonderlichkeit des Landes große Beachtung. Japan war ein »Elfenland«, das von einem Mikado regiert wurde (die gleichnamige Operette von William Gilbert und Arthur Sullivan hatte im Jahr 1885 Premiere).[126] Eine katastrophale Fehleinschätzung der japanischen Stärke und Kompetenz war auch die Ursache des russischen Flottendesasters von 1905. Aber Japan genoss darüber hinaus den Vorteil einer einzigartigen geopolitischen Lage, von der aus es seine Interessen schützen konnte. Es besetzte eine Grenzzone zwischen dem kontinentalen Eurasien und der äußeren Welt. Es lag von den europäischen Seemächten und dem europäischen Teil Russlands am weitesten entfernt, fast schon außerhalb der Reichweite beider. (Selbst in der Dampfschiffära dauerte die Fahrt von Tokio zu britischen Häfen 32 Tage, und die Hauptstadt lag 1.600 Seemeilen von dem britischen Stützpunkt in Hongkong entfernt, seinerseits ein abgelegener Vorposten der britischen Seemacht.) Seit den 1870er Jahren hatten sich japanische Regierungen diesen Vorteil geschickt zunutze gemacht, um ihren Einfluss auf die Seewege zum japanischen Archipel zu verstärken. Ein Vertrag mit Russland im Jahr 1875 hatte noch das Beste aus einem gescheiterten Plan gemacht. Das von Japan beanspruchte Sachalin wurde gegen die Kurilen eingetauscht. Einige Jahre danach wurden die Ryukyu-Inseln, die sich südwärts bis Taiwan erstrecken, Japan eingegliedert.[127] Taiwan selbst war eine Grenzregion, in der die chinesische Kontrolle nie sonderlich stark gewesen war. Es war eine Beute aus dem Krieg gegen China 1894/95, welche die Japaner behielten. Die Durchdringung, Besetzung und spätere Annexion Koreas, die Kontrolle über die Halbinsel Liaotung und die Rückeroberung Südsachalins vollendeten den Verteidigungsring, der die Mutterinseln umgab. Die Gefahr einer Invasion – die jahrhundertealte Angst japanischer Regierungen – war damit fast völlig gebannt.

Das alles hätte jedoch keine allzu große Bedeutung gehabt, wenn Japans innere Reformen die Politik destabilisiert, ausländische Personen und Besitz bedroht und einer Einmischung durch europäische Großmächte Tür und Tor geöffnet hätten. Die Phalanx aus Frankreich, Russland und Deutschland, mit der 1895 die japanischen Gewinne in China begrenzt wurden, bewies, dass diese Bedrohung nicht ignoriert werden durfte. Das Entscheidende war hier Japans Sonderweg der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie im vorigen Kapitel dargestellt, war Japan bereits in den 1880er Jahren weit fortgeschritten und konnte erfolgreich im internationalen Handel konkurrieren: und zwar nicht nur bei lokalen Spezialitäten wie Rohseide, sondern auch bei Baumwollgarn und Stoffen – das wohl am intensivsten gehandelte Industrieprodukt. Vor allem hing Japans Industrialisierung jedoch nicht von massiven Kapitalimporten ab, der gefährlichsten Quelle externer Abhängigkeit. Obwohl 1913 bereits vier Millionen Menschen in der Industrie arbeiteten, waren sie fast alle in Werkstätten tätig, die fünf Arbeiter oder weniger beschäftigten und nur wenige Maschinen einsetzten, wenn überhaupt.[128] Sehr billige Arbeitskräfte, vor allem Frauen, und nicht mechanisierte Effizienz waren Japans Eintrittskarte in die Weltwirtschaft.[129] Importierte Technologie wurde angepasst und vereinfacht, und so wurden sowohl die Kosten als auch die Abhängigkeit Japans von ausländischem Fachwissen und Produkten gesenkt. Hinter dieser industriellen Vorhut lag ein riesiger agrarischer Sektor, der immer noch den größten Teil der Bevölkerung beschäftigte. Noch 1903 wurden weniger als acht Prozent der Japaner zu den Stadtbewohnern gerechnet.[130]

Das Ergebnis war eine Gesellschaft, in der ausländischer Einfluss sorgfältig gefiltert worden war (nicht zuletzt durch die Sprachbarriere), und in der sozialer Wandel extrem begrenzt war. Auf dem Land war die alte ländliche

Hierarchie noch intakt (nach der gesellschaftlich niedriger gestellte Menschen den besser Gestellten eine devote Ehrerbietung erweisen mussten). Bei Gebildeten existierte neben einer Unterstützung für politische und kulturelle Anpassung auch ein tiefes Misstrauen gegen *Oshu-shugi* – Europäertum – mitsamt seinem unverhohlenen Materialismus, seinen sozialen Trennlinien und seiner kulturellen Arroganz. Die offiziellen Haltungen gegenüber dem Christentum waren ebenfalls feindselig. Das Misstrauen gegen alles Fremde saß weiterhin tief. In einem berühmten Zwischenfall wurde der spätere Zar Nikolaus von Russland bei einem Besuch in Japan im Jahr 1891 von einem Polizisten, der geglaubt hatte, eine russische Invasion habe begonnen, angegriffen und verwundet. In diesem Klima gelang es den Samurai der Meiji-Ära, eine extrem autoritäre Version des modernen Staates einzuführen. Die Verfassung von 1889, welche die Übernahme einer Souveränität nach westlichem Muster krönen sollte, schrieb die Macht der Satsuma-Choshu-Oligarchen fest, der *genro* oder Ältesten, die das Kabinett wählten. Nur knapp ein Prozent der Bevölkerung besaß das Wahlrecht. Das Parlament hatte keinen Einfluss auf die Regierung. Die Kontrolle über Armee und Marine war den zivilen Ministern sorgsam vorenthalten worden. Ein Oberhaus wurde mit Kandidaten der Satsuma und Choshu besetzt. Und um dieser künstlichen Machtverteilung noch eine Aura der Heiligkeit zu verleihen, wurde sie geschickt als die loyale Anwendung des »kaiserlichen Rechts« ausgegeben. Der Kaiser und die »Kaiserverehrung« wurden zum Brennpunkt eines patriotischen Kultes, der in den Schulen neben westlichen Inhalten gelehrt wurde.

Mit diesen Mitteln war es den japanischen Politikern gelungen, einzigartig günstige Voraussetzungen für den Eintritt in die westlich dominierte Welt zu schaffen. Aber sie waren keineswegs unbesiegbar. Der Krieg gegen Russland zwang sie, sich an Geldgeber im Ausland zu wenden. Die

patriotischen Emotionen, die der Krieg im Land auslöste, gefährdeten die oligarchische Struktur der japanischen Politik. Mit der neuen Bürde einer Schuldenlast trudelte die japanische Wirtschaft in ein Defizit. Ihr drohte das Schicksal anderer halbindustrieller Wirtschaften in der gleichen Lage: Schrumpfen der Geldmenge (Japan hielt sich an den Goldstandard), eine verringerte Nachfrage nach einheimischen Industrieprodukten und zunehmende Abhängigkeit von Rohstoffexporten.[131] Und der Sieg von 1905 hatte keineswegs alle Problem gelöst. Russland baute die Transsibirische Eisenbahn zweigleisig aus, die eiserne Arterie zu seinem fernöstlichen Reich. In China hatte unterdessen Yuan Shikai seine Macht als »starker« Präsident gefestigt; er war ein Protégé von Li Hongzhang und seit seinen Tagen als Gesandter in Korea im Jahr 1884 ein Gegner Japans. Ende 1913 genoss er bereits die Unterstützung führender westlicher Mächte. Sie schätzten ihn als einen effektiven Herrscher, mit dem man Geschäfte machen konnte, ein Status, den Japan zähneknirschend akzeptieren musste.[132] Aber alles hängt vom richtigen Timing ab: Bevor diese Entwicklungen die kürzlich errungene regionale Hegemonie Japans gefährden konnten, machte der Krieg in Europa alle Prognosen zunichte.

Ostasien war nicht das einzige »unerledigte Geschäft« eines auf Europa zentrierten, globalen Kolonialismus. Im Nahen Osten hatte sich das Osmanische Reich ungeachtet der Beinahe-Katastrophe von 1875 bis 1878 als erstaunlich langlebig erwiesen. Sultan Abdul Hamid II. forcierte die Selbststärkung und machte sich dabei die Unfähigkeit der Großmächte zunutze, sich auf eine Teilung zu einigen, die seine Autorität gestürzt hätte. Die Staatsmacht weitete ihren Einfluss aus und verschaffte sich mehr Kontrolle über die Gesellschaft. Schulen und Polizeibeamte brachten sie vor Ort zur Geltung. Ein expandierender Verwaltungsapparat

bezog lokale Eliten mit ein.[133] Nach und nach wurde die osmanische Herrschaft in den arabischen Provinzen effektiver.[134] Die Hedschas-Bahnlinie zwischen Aleppo und Medina festigte die Kontrolle über die Küste des Roten Meeres und die großen Pilgerstätten. Entlang der »arabischen Küste« des Persischen Golfs marschierten osmanische Truppen in der Region El Hasa zwischen Kuwait und Bahrain auf, wo der britische Einfluss zunahm. Gleichzeitig profitierte die Wirtschaft vom boomenden Rohstoffhandel nach 1896.[135] Obwohl es im ganzen Reich kaum mechanisierte Fabriken gab, die zudem weit voneinander entfernt lagen, stieg auch die Produktion von Baumwolle und Teppichen stetig.[136]

Als rein asiatischer Staat wäre das Osmanische Reich womöglich imstande gewesen, mit Hilfe des diplomatischen Einflusses und kulturellen Zusammenhalts die nötige Zeit zu gewinnen, um eine effektivere Staatsstruktur und eine stärkere Wirtschaft aufzubauen. Aber im europäischen Teil war das Reich dem stetigen Druck lokaler, nationaler Bewegungen ausgesetzt, die religiöse und ethnische Konflikte auslösten. Nach 1878 hatten die Osmanen einen ansehnlichen Teil ihres europäischen Territoriums behalten. In Albanien, Mazedonien, Rumelien, Thrakien und im Kosovo war mehr als die Hälfte der Bevölkerung muslimisch.[137] Aber jeder Versuch, die osmanische Autorität zu festigen, verhärtete zwangsläufig ethnische und religiöse Trennlinien und verdoppelte die Gegensätze der unterworfenen Völker, christlicher ebenso wie muslimischer. Die muslimischen Albaner wehrten sich vehement gegen den drohenden Verlust lokaler Autonomie. Ende der 1890er Jahre wurden die Osmanen durch ethnisch motivierte Gewalt auf Kreta in einen Krieg mit Griechenland verwickelt. Nach einer Intervention der Großmächte wurde das Ende ihrer Herrschaft auf der Insel de facto besiegelt. Im Jahr 1908 hatte es den Anschein, dass die Schlüsselregion Mazedonien (eine strategische Säule des Osmanischen Reiches) wegen

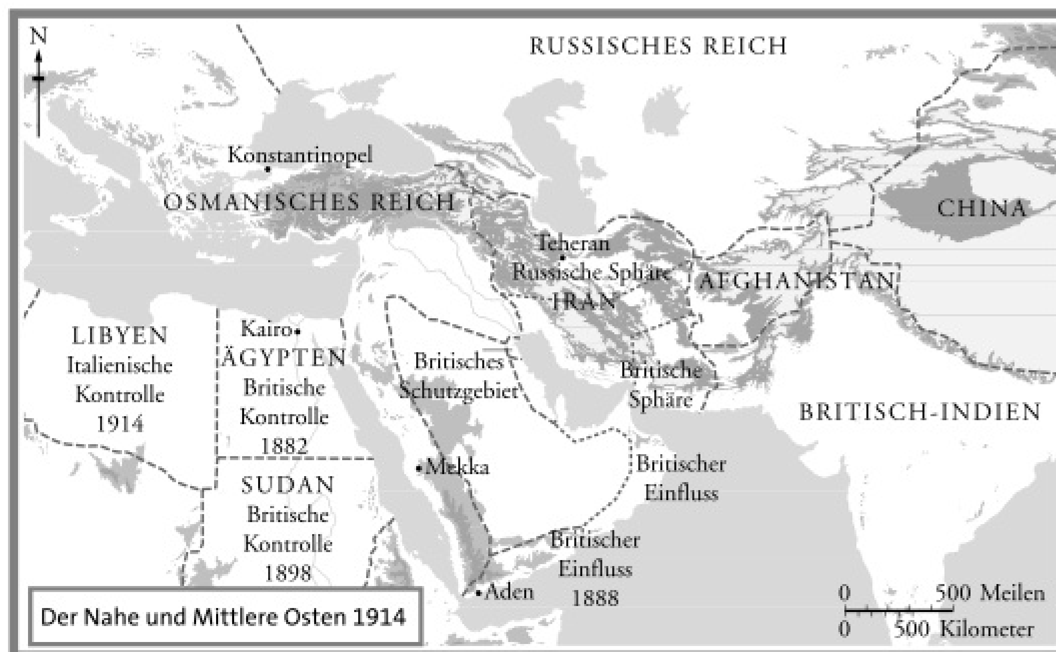
lokaler Unruhen und ausländischer Interventionen die Unabhängigkeit erlangen könnte. Für militante »Jungtürken« (eine politische Bewegung, die eine Liberalisierung anstrebte) in der Osmanischen Armee und Bürokratie bedeutete »Mazedoniens Unabhängigkeit den Verlust des halben Osmanischen Reiches und […] seine völlige Vernichtung«. Die Grenze des Reiches würde damit bis nach Konstantinopel zurückgedrängt, und die Hauptstadt würde nicht mehr zu Europa gehören. »Die Mazedonienfrage ist die Existenzfrage der Türken.«[138] Es war kein Zufall, dass der Staatsstreich von 1908, um den Sultan zu entmachten und das Reich um einen ethnisch türkischen Kern zu erneuern, von Saloniki ausging. Zumindest kurzfristig half das nicht viel. Noch im selben Jahr wurde Bosnien (nominell noch osmanisches Staatsgebiet) unilateral von Österreich-Ungarn annektiert. Im Jahr 1911 führte das Osmanische Reich in einem verzweifelten Ringen um Libyen Krieg gegen Italien. Ein Jahr später ergriffen Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro die Gelegenheit, den Rest des osmanischen Europas aufzulösen. Nach einem zweiten Krieg zwischen den Siegerstaaten regelte ein brüchiger Frieden die Grenzen auf dem Balkan. Die osmanische Regierung hatte die Kontrolle über die Meeresengen (der Sitz der Hauptstadt) behalten. Aber bei dem angeschlagenen Prestige und in Anbetracht der Zeichen des Widerstands in den arabischen Provinzen gegen die »Turkifizierung« war das Reich stärker als je zuvor den Unwägbarkeiten der großen Diplomatie ausgeliefert, wenn es seine Auflösung verhindern wollte.

Noch 1914 sah es so aus, als sei der Iran (damals in der Regel Persien genannt) dem Untergang näher. Selbst unter einem energischen Schah wie Nasir ad-Din, der geschickt die stammespolitischen, sprachlichen, religiösen und sozialen Spaltungen in der iranischen Gesellschaft lenkte, hatte sich das Ziel, den Staat zu stärken, als illusorisch erwiesen. Die Vergabe von Konzessionen an Ausländer, um

die Staatskasse aufzubessern, war bei Basarhändlern und den *Ulama,* der kommerziellen und religiösen Elite, äußerst unpopulär. Nach Nasirs Ermordung im Jahr 1896 hielt sein Nachfolger Musaffar ad-Din mit noch größerer Energie nach neuen Staatseinnahmen Ausschau. Er übertrug einem Belgier die Zuständigkeit für die Zölle, die seine Haupteinnahmequelle waren. Mit Russland wurde ein hohes Darlehen ausgehandelt, das mit den Zolleinnahmen der kaspischen Häfen abgesichert war. Ein britischer Geologe erhielt die Konzession, an der Spitze des Golfs nach Erdöl zu suchen: Das war die D'Arcy-Konzession, aus der später die Anglo-Persian Oil Company hervorging, die Vorläuferin von British Petrol (BP). Doch der Schah geriet in eine Zwickmühle. In dem Maße, in dem ausländische Interessen zunahmen, wuchs auch der ausländische Einfluss. Als mehr Iraner ins Ausland reisten oder mit Europa in Kontakt kamen, kursierten erste liberale, nationale und sogar sozialistische Ideen in der Elite. Eine außerordentliche politische Aktivität in Clubs und Gesellschaften nahm allmählich Gestalt an. Als Russland im Jahr 1905 in revolutionären Wirren versank und damit das Hauptventil für iranischen Handel zugedreht und eine Panik ausgelöst wurde, schloss sich eine unzufriedene Elite mit den Händlern, Geistlichen und Khans des großen Stammes der Bachtiaren zusammen, um den Schah in der Verfassungsrevolution von 1906 zu stürzen.[139]

Das hatte verheerende Folgen. Der Schah wurde zwar gezwungen, die neue Verfassung zu akzeptieren (die den schiitischen Islam als Staatsreligion verankerte und ein Parlament schuf), aber er tat dies nur mit stillschweigender Duldung. Als er mit einem Staatsstreich seine Machtbefugnisse wiedererlangen wollte, scheiterte er. Die Verfassung konnte zwar gerettet werden, doch der Schaden war bereits angerichtet. Während rivalisierende Fraktionen um die Kontrolle im Parlament kämpften, löste sich die Macht des Zentrums allmählich auf. Provinzgouverneure und

Stammesführer mit ihren Privatarmeen wurden die wahren Autoritäten. »Im modernen Persien«, erklärte ein Stammesmitglied der Kaschgai gegenüber einem britischen Konsul, »ist das Gewehr das Szepter, und […] jeder, der ein Gewehr halten kann, ist ein Schah.«[140] Es war nur noch ein kleiner Schritt zur Bitte um Unterstützung durch die wichtigsten Kolonialmächte. Nach 1907, als Russland und Großbritannien vereinbarten, den Iran in drei Einflusssphären aufzuteilen (eine russische, eine neutrale, eine britische), verstärkte sich dieser Trend. Russische Soldaten marschierten im Norden ein, um die Kämpfe zwischen Anhängern und Gegnern des Schahs zu stoppen. Im Jahr 1911 setzten sie die Entlassung des amerikanischen Experten durch, der eingestellt worden war, um die Finanzen des Iran in Ordnung zu bringen. Unter russischer Protektion zweigten die Provinzbehörden stattdessen Steuereinnahmen ab und entzogen sich der Oberhoheit ihrer nominellen Herren in Teheran. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beschwerten sich die Briten wütend, der Norden sei zu einem »politischen Protektorat« Russlands geworden, das von einer Garnison mit 17.000 Mann besetzt worden sei. »Nordpersien wurde als russische Provinz regiert«, sagte der britische Botschafter.[141] Die Antwort aus St. Petersburg war kühl und ablehnend. Die Teheraner Regierung bestehe aus Demagogen mit »ultranationalistischen Ideen, die nicht mit dem kulturellen oder ethischen Niveau dieser Sphären in Einklang zu bringen seien«.[142]



Wurde der Iran erdrosselt, wie der entlassene Experte aus Amerika andeutete?143 Fast, aber nicht ganz. Ungeachtet der dramatischen Dezentralisierung der Macht, welche die Revolution gebracht hatte und die eine ausländische Präsenz förderte, wurde das Gefühl der nationalen Identität im Iran in den 1890er Jahren in der säkularen, gebildeten Schicht ebenso wie bei den Geistlichen gestärkt. Allerdings war kein Weg in Sicht, wie das Land der Aufteilung entrinnen sollte, die ihm von den Russen mit britischer Komplizenschaft oktroyiert worden war. Das heißt: Wenn nicht etwas geschah, das die geopolitische Lage verändern und den Würgegriff lockern würde, in dem äußere Mächte das Land hielten.

Diese Bedingungen im »Nahen Osten« und in Ostasien waren eindeutige Beweise dafür, dass eine Weltordnung unter der Leitung der europäischen Großmächte und mit dem Ziel, ihren imperialen Interessen zu dienen, bestenfalls im Entstehen war. Viele Erdteile außerhalb Eurasiens hatten die Europäer munter untereinander aufgeteilt. Dort hatte es

sich als relativ einfach erwiesen, weniger entwickelte Wirtschaften durch Zwang oder Kooperation in das ökonomische und industrielle Kernland des nordatlantischen Beckens einzugliedern. Dort hatten sie auch ihre Herrschaft durchgesetzt und in einem erstaunlichen Ausbruch eines demographischen Imperialismus einige »Neo-Europas« gestaltet. In der »Alten Welt« Eurasiens hingegen hatte es sich als viel schwieriger erwiesen, asiatische Staaten und Kulturen in ein europäisches »System« einzubinden oder sich auf eine koloniale Aufteilung zu einigen. Hier lag das riesige, unruhige Grenzland des globalen Kolonialismus Europas. Wenn die Europäer untereinander in Streit gerieten und ihre »Weltwirtschaft« die magnetische Anziehungskraft verlor, dann könnte ihnen eine Rebellion gegen ihre weltweite Vorherrschaft bevorstehen. Diese Nagelprobe europäischer Macht ließ nicht lange auf sich warten.

7. Der Weg in die Weltkrise, 1914–1942

Ein Zeitalter des Chaos

Schon vor 1914 hatte es Warnsignale gegeben, dass eine imperiale Weltordnung keine Garantie für allgemeinen Frieden und Wohlstand bot. Die Zukunft Ostasiens als Sphäre des westlichen Einflusses war bestenfalls ungewiss. Die europäischen Großmächte hatten sich um die Aufteilung des Gebietes und Einflusses in Nordafrika und im Nahen Osten gestritten. In Anbetracht der Größe der amerikanischen Wirtschaft kamen drängende Fragen auf, wie man in einer auf London ausgerichteten und unter den europäischen Kolonialmächten aufgeteilten Weltwirtschaft künftig auch die amerikanischen Interessen berücksichtigen könnte. Das enorme Tempo, mit dem der internationale Handel und die Investitionen gewachsen waren, wurde offenbar allmählich gebremst. Wegen der sozialen Unruhen in den industriellen Volkswirtschaften Europas liefen die Regierungen der Großmächte Gefahr, dass ihnen die Flügel gestutzt und ihre weltweiten Ambitionen und Strategien ad absurdum geführt wurden. Aber ehe sich der Einfluss dieser Veränderungen international bemerkbar machte, wurde die Weltpolitik durch eine Katastrophe verändert, die von Europa ausging, sich aber rasch ausbreitete, bis alle größeren Staaten Eurasiens davon betroffen waren.

Der Erste Weltkrieg setzte dem Experiment eines mehr oder weniger kooperativen Imperialismus der sechs Großmächte (Großbritannien, Russland, Deutschland,

Frankreich, die Vereinigten Staaten und Japan) ein jähes Ende. Er warf von neuem die Frage einer globalen Aufteilung auf, die schon vor 1914 halb geregelt, halb auf die lange Bank geschoben worden war. Eine neue Konzeption einer internationalen Gesellschaft entstand, die in der Theorie (wenngleich nicht in der Praxis) im Widerspruch zur anhaltenden Expansion der Kolonialherrschaft stand. Im Laufe des Weltkriegs öffnete sich ein riesiger, ideologischer Graben zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Russland und den anderen Großmächten. Ein massiver Keil wurde in die internationale Wirtschaft getrieben: Handelsrouten wurden geschlossen, Währungen und Zahlungen blockiert, künstliche Knappheiten und festungsähnliche Volkswirtschaften entstanden. Der Weltkrieg erzwang die Mobilisierung kolonialer Ressourcen und Bevölkerungen, die wiederum bei den Kolonialvölkern heftige Reaktionen auslöste. Sie protestierten gegen die neuen Belastungen und Regeln, die gegen die alten »Abmachungen« der Kolonialpolitik verstießen. Der Mythos von der einzigartig fortschrittlichen Kultur Europas löste sich in Luft auf, und damit schwand auch der Einfluss der alten kulturellen Eliten und der Ideen, die sie propagiert hatten.

Es war kein Wunder, dass man 1918 nicht einfach zur »Normalität« vor dem Krieg zurückkehrte, denn es gab keine breite Übereinstimmung hinsichtlich der Regeln der internationalen Ordnung. Die Annexionen und Verträge, welche die »legale« Grundlage des Kolonialsystems und seiner halbkolonialen Ausdehnungen in China und anderswo bildeten, wurden von den bolschewistischen Erben des Zarenreiches vehement zurückgewiesen. Die Vereinigten Staaten lehnten die Mitgliedschaft im neu geschaffenen Völkerbund ab, einem Club der Siegermächte zur Gestaltung der Nachkriegsordnung. Die wirtschaftliche Erholung Europas wurde durch den erbitterten Streit um Reparationszahlungen massiv verzögert. Europas

gesellschaftliche und politische Stabilität war massiv bedroht. In weiten Teilen Eurasiens (im Kaukasus, in Zentralasien, im Nahen Osten und Teilen Ostasiens) wurde die Frage, wer wo regierte, häufiger durch militärische Gewalt oder zumindest ihre Androhung als durch Diplomatie entschieden. In den Kolonialreichen, vor allem im britischen Empire, hielten sich nationalistische Forderungen nach Unabhängigkeit oder Selbstverwaltung überaus hartnäckig. Sinn Fein in Irland, die Wafd-Bewegung in Ägypten und Gandhis große Kampagne der »Nichtzusammenarbeit« in Indien (1920–1922) mit starker muslimischer Unterstützung bedrängten die britische Obrigkeit und zeigten, dass die Repression als Regierungsmethode Grenzen hatte. Die aufrührerische Stimmung beschränkte sich nicht auf die Politik. Dort und in anderen Ländern, vor allem in China, äußerte sie sich auch in der Forderung nach neuen Kulturen, die zwar authentisch einheimisch waren, jedoch Politiker und die durch den Massenkonsum manipulierte Bevölkerung in einer engen Solidarität gegen die äußere und imperiale Welt verbinden wollten.

Die schweren Nachbeben des Ersten Weltkriegs hatten eine übergeordnete Bedeutung. Sie markierten den Zusammenbruch des Ancien Régime in ganz Eurasien. Die Hohenzollern, Habsburger und die Romanows waren entthront (oder schlimmeres) und ihre Besitztümer enteignet worden. Das Osmanische Reich war zerfallen. Der unselige Versuch, die imperiale Herrschaft der Qing 1916 unter einem Emporkömmling wieder zu errichten, scheiterte kläglich. Das riesige Zentrum Eurasiens geriet zu einer politischen Kommandobrücke, in der Bewegungen, Ideologien, Religionen, Nationalitäten und Interessen allesamt verzweifelt versuchten, ein neues Staatensystem zu errichten. Die imperialen Mächte (oder was noch von ihnen übrig war) hingegen manövrierten geschickt, um ihre Interessen und Privilegien zu schützen. Erst Ende der 1920er Jahre hatte ein unruhiger Waffenstillstand viele

dieser Konflikte provisorisch geschlichtet, doch er sollte nicht lange halten. Durch die politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise löste sich nach 1930 die Nachkriegsordnung immer rascher auf. In der Mitte des Jahrzehnts wurde sie von den imperialistischen Regierungen Deutschlands, Italiens und Japans offen verhöhnt. Diese Regime waren weit aggressiver in ihrer Art und weit unbescheidener bei den gesteckten Zielen als die europäischen Vorläufer der 1880er und 1890er Jahre. Von 1937 bis 1942 lösten sie eine gigantische eurasische Krise aus. In dem folgenden globalen Armageddon schien es geradezu zwingend, dass die Sieger, wer immer das sein mochte, eine neue Weltordnung gestalten mussten.

Ein endloser Krieg?

Die wichtigste Voraussetzung für die Hegemonie Europas in Eurasien und die Machtposition der großen europäischen Staaten in der Äußeren Welt war ihr kollektiver Wille gewesen, sich nicht gegenseitig zu bekämpfen. Dieser Konsens und der atlantische Frieden zwischen Europa und Nord- und Südamerika hatten das rasche Wachstum des internationalen Handels, die stetige Ausdehnung des europäischen Einflusses und der europäischen Autorität sowie die Aufteilung Afrikas ermöglicht. Das Bestreben der europäischen Regierungen, das kontinentale Kräftegleichgewicht zu erhalten und die sozialen und politischen Unruhen zu vermeiden, die ein großer Krieg mit sich gebracht hätte, hatte sie bei der Verfolgung ihrer nationalen und imperialen Ziele zur Mäßigung gezwungen. Selbst wenn sie wie die Briten im Osmanischen Reich offensichtlich starke Interessen hatten oder die wirtschaftlichen Möglichkeiten überaus vielversprechend schienen (wie in China), gaben sie sich mit provisorischen

Regelungen zufrieden, die das alte, lokale Regime stützten, statt die Konsequenzen von Aufteilung oder gar Eroberung zu tragen. Viele Autoren, zeitgenössische ebenso wie spätere, interpretierten dieses unruhige Muster natürlich als instabil. Früher oder später würde sich eine starke, lokale Krise nicht mehr durch solche Ad-hoc-Maßnahmen steuern lassen. Das Kräftegleichgewicht zwischen den rivalisierenden Großmächten könnte sich gerade so weit verschieben, dass die gegenseitige Abschreckung schwand und Unzufriedenheit mit der bestehenden Aufteilung der Einflusssphären aufkam. Der Einfluss von Lobbygruppen, die sich als Vertreter der »öffentlichen Meinung« präsentierten und über die Zeitungen ihre Argumente verbreiteten, gefährdete die kosmopolitische Tradition der »alten« Diplomatie, mit ihrer aristokratischen Verachtung für die Niederungen der »Geschäftswelt«. Die Monarchien Mittel- und Osteuropas, die allesamt über multiethnische Reiche herrschten (auch im deutschen Reich lebten mehrere Millionen Polen), könnten womöglich dazu neigen, statt materieller Interessen das Ansehen der Dynastie als Kriegsgrund zu betrachten, und könnten sich als allzu empfänglich für die militaristischen Ehrbegriffe ihrer Höfe und Armeen erweisen.[1] Gerade jene Mittel, welche die Großmächte zur gegenseitigen Abschreckung eingesetzt hatten – die gewaltigen Rüstungsanstrengungen –, könnten einen Krieg auslösen, falls die Angst vor einer künftigen Position der Schwäche einen Präventivschlag provozierte.

Bis 1914 zeigte der Wettstreit der europäischen Mächte in Afrika, Ostasien, im Pazifik und Nahen Osten (einschließlich der asiatischen Teile des Osmanischen und Iranischen Reiches) jedoch keine Anzeichen für eine unkontrollierbare Eskalation militärischer Konflikte. Dies hatte wiederum stark abschreckende Wirkung auf eine weitere Expansion Japans in Nordostasien auf Kosten Chinas oder Russlands. Die entscheidende Krise in den Beziehungen zwischen den Großmächten trat nicht wegen ihrer Ambitionen in der

außereuropäischen Welt ein, sondern wegen ihrer Interessen im Hinterhof Europas: auf dem Balkan. Dabei war die fragile Politik auf dem Balkan in Wirklichkeit natürlich eine direkte Folge des anhaltenden Scheiterns der osmanischen Regierung, den militanten Nationalismus ihrer christlichen Untertanen einzudämmen. In den furchtbaren Krisenjahren von 1911 bis 1913 fielen zuerst die Italiener über die Osmanen her und eroberten das heutige Libyen und Teile der Dodekanes, anschließend vertrieb eine Koalition aus Serbien, Griechenland und Bulgarien das Osmanische Reich nahezu ganz vom europäischen Kontinent. Den Türken blieb nur ein kleiner Teil Thrakiens. Anders als in früheren Krisen versäumten die Großmächte es, Restgebiete der osmanischen Herrschaft in Europa zu schützen. Das Ergebnis sollte die Region politisch keineswegs beruhigen. Die Balkanstaaten begannen prompt untereinander einen zweiten Vernichtungskrieg um die Aufteilung der Beute. Dies stellte nun dringlicher als jemals zuvor die Frage, welche äußere Macht künftig dort dominieren sollte. Die Ansicht war verbreitet, man könne sich auf die Regierungen der Balkanstaaten nicht verlassen. Sie würden die Grenzen nicht achten, ihre Aktivisten nicht in die Schranken weisen, Konflikte zwischen Ethnien nicht unterdrücken und der Versuchung nicht widerstehen, Intrigen zwischen den Großmächten für lokale Imperialismen zu nutzen.

Das eigentlich schockierende Merkmal (zumindest aus heutiger Sicht) war das Scheitern der Großmächte, sich ebenso friedlich auf eine Aufteilung der Sphären zu einigen, wie sie das in ihrer außereuropäischen Diplomatie so erfolgreich praktiziert hatten. Allerdings war es noch nie einfach, indirekte Kontrolle über eine unzugängliche Region auszuüben, in der eine Tradition lokalisierter, ethnischer Gewalt herrschte, die Regierungen schwach waren und jeder eine Waffe im Haus hatte. Zudem standen auf dem Balkan offenkundig höhere geopolitische Einsätze auf dem Spiel als anderswo in Eurasien, von der äußeren Welt ganz zu

schweigen. Man konnte sich leicht ausmalen, dass ein Rückschlag in der Region den langfristigen, strategischen Interessen (und damit dem politischen Zusammenhalt) entweder Russlands oder Österreich-Ungarns irreparabel schaden würde, und damit auch den europäischen Bündnissen, denen sie angehörten. Falls sich der Balkan als De-facto-Protektorat der Habsburger-Monarchie und ihres nördlichen Bündnispartners konsolidieren sollte, dann wäre der österreichisch-deutsche Einfluss schon bald auch an den Meerengen zu spüren, wo ein türkischer Staatsstreich von 1913 die Verbindungen zu Berlin gestärkt hat. Deutschland und Österreich-Ungarn hätten einen gewaltigen Sieg errungen, ohne einen einzigen Schuss abzugeben. Ein großer Bogen ihrer Vasallenstaaten würde Russland umzingeln, die Schlagader des Handels zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer beherrschen und das hehre russische Ziel, Konstantinopel (das heutige Istanbul) zu beherrschen, in unerreichbare Ferne rücken. Das Ansehen der Romanows würde ins Bodenlose sinken. Als Alternative könnte die Dreiecksgeometrie der österreichisch-ungarischen Politik (die Antagonismen zwischen seinen Deutschen, Ungarn und Slawen) zu einem Chaos führen, wenn dem erheblich vergrößerten Serbien gestattet wurde, mit russischer Rückendeckung einen antihabsburgischen Nationalismus unter den Südslawen der Monarchie zu schüren.[2] Eine riesige Schwächezone in Ost- und Mitteleuropa würde das Kräftegleichgewicht aufheben und ein geschwächtes Deutschland mit dem schlimmsten Schreckgespenst einer strategischen Umzingelung konfrontieren. Das hätte verheerende Implikationen. Mit den außergewöhnlichen Ereignissen von 1911 bis 1913 begannen sich die alten Störfaktoren der Großmachtdiplomatie im Herzen Europas auszuwirken, und Kleinasien wurde in die Gefahrenzone hineingezogen.

Folglich wären außerordentliches Geschick und viel guter Willen nötig gewesen, um zu verhindern, dass der Mord an

dem habsburgischen Thronfolger durch einen Serben in Sarajewo einen bewaffneten Konflikt zwischen den Großmächten auslöste. Zur Julikrise von 1914 kam es, weil Österreich eine Aufsicht über die innere Sicherheit in Serbien forderte, gewissermaßen als Reparation dafür, dass die Serben den Geheimbund des Mörders im eigenen Land beherbergten. Mit der diplomatischen Rückendeckung Russlands wiesen die Serben diesen halbkolonialen Status jedoch brüsk zurück. In den Jahren 1908 und 1909 hatten die Russen schmählich klein beigeben müssen, nachdem sie die österreichische Annexion Bosniens kritisiert hatten. Aber 1914 konnten sie keinen Rückzieher machen, ohne eine schwere geopolitische Niederlage zu erleiden, die alarmierende innenpolitische Nachwirkungen gehabt hätte.

Als die Russen und Österreicher mit der Mobilmachung ihrer Truppen begannen, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, war die große Frage, ob die anderen europäischen Großmächte auf einer friedlichen Regelung des Konfliktes im Rahmen einer Konferenz bestehen würden. Die Krise trat in ihre entscheidende Phase ein, und die Deutschen mussten ihre Karten auf den Tisch legen. Ohne ihre bedingungslose Unterstützung wäre die Regierung in Wien, der ein Krieg an zwei Fronten gegen Serbien und Russland drohte, womöglich gezwungen gewesen, einen Rückzieher zu machen und die Serben ungestraft zu lassen. Der Einfluss Russlands auf dem Balkan wäre schlagartig wieder hergestellt worden. Mit der wachsenden militärischen Stärke, der die deutschen Strategen allzu große Bedeutung beimaßen (man nahm an, dass Russlands Armee im Zuge des »großen Programms« bis 1917 dreimal so groß werden würde wie die deutsche),[3] würde sich das Kräftegleichgewicht entlang der Verwerfungslinie auf dem Balkan noch stärker verschieben. Um die Entschlossenheit des schwächeren Partners zu stärken, gaben die Deutschen Wien einen Blankoscheck, mit dem sie im Grunde eine Konferenz ausschlossen. Als logische Konsequenz dieses

Schrittes weitete sich jedoch die Krise aus, und die Aussichten auf eine Friedenslösung schwanden.

Wurde nämlich Deutschland zu einem Krieg gegen Russland gezwungen, dann musste nach dem Schlieffen-Plan zuerst Frankreich, Russlands Bündnispartner, besiegt oder wirkungsvoll neutralisiert werden. Nur dann konnte das volle Gewicht der deutschen Militärmacht gefahrlos in die riesigen Territorien Osteuropas geworfen werden. Um Frankreich einzuschüchtern und Russland zu isolieren, bedrohte Deutschland die Neutralität Belgiens (die Invasionsroute nach Paris) und verlangte eine Zusage der Briten, nicht einzugreifen. Binnen weniger als einem Monat hatte sich Österreichs Versuch, einen aufmüpfigen Balkanstaat zu maßregeln, zum Anspruch Deutschlands auf eine europaweite Hegemonie ausgewachsen. Es erforderte wenig Phantasie, sich die Folgen auszumalen, falls das französisch-russische Bündnis (als unvermeidliche Folge einer französischen Neutralität) zerbrechen und die englisch-französische Entente sich als wertloser Vertrag erweisen sollte. Nach der britischen Ablehnung der deutschen Forderung war ein europäischer Vernichtungskrieg bereits unabwendbar.[4]

Die Julikrise enthüllte, dass die Unterentwicklung des europäischen Staatensystems die eigentliche Achillesferse der weltweiten Dominanz Europas war. Wegen der unerwarteten Ausdehnung Europas auf dem Balkan, der brüchigen Struktur der Vielvölkerreiche und der chaotischen Politik der kleinsten Staaten folgte auf einen politischen Mord ein allgemeiner Krieg. Das Kräftegleichgewicht der europäischen Staaten hatte den endgültigen Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan nicht verkraftet. Für einen klugen Insider lag es unmittelbar vor dem Krieg auf der Hand, dass sich der internationale Frieden auf das Urteilsvermögen und Geschick der Staatsmänner und Diplomaten stützen müsse. Kurt Riezler, der Privatsekretär des deutschen Kanzlers

Bethmann-Hollweg, vertrat die Ansicht, dass in einer eng miteinander verflochtenen Welt der Preis eines Krieges fast immer zu hoch sei. Er ging allerdings davon aus, dass die Staaten gerade deshalb gezwungen wären, entschieden aufzutreten, weil ihre Interessen inzwischen so eng miteinander verflochten waren (die berühmte *splendid isolation* der Briten war keine Option mehr). Um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, müssten die Staaten ferner aufrüsten. Im großen Spiel der Nationen sei es häufig notwendig zu bluffen: Erst wenn jemand diese Spielchen übertreibe, berge dies das Risiko eines Krieges in sich.[5] Riezlers Darstellung spiegelte die Großmachtdiplomatie seit den 1870er Jahren wider. Er sah jedoch keine europäische »Superkrise« heraufziehen, in der beide Seiten glaubten, eine Kompromisslösung käme einer schweren Niederlage gleich, und in der beide Seiten (noch schlimmer) von guten Aussichten auf den Sieg träumten. Ebenso wenig berücksichtigte er die Folgen mangelnder Weitsicht: Die Entscheidungsträger waren nicht fähig, die komplexen Konsequenzen eines allgemeinen Krieges vorauszusehen.

Der europäische Krieg zwischen der Tripel-Entente Russland, Frankreich und Großbritannien und den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn wuchs sich tatsächlich rasch zu einem Weltkrieg aus. Ende Oktober 1914 trat das Osmanische Reich, das die Folgen eines Sieges der Entente fürchtete, an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein. Der Konflikt griff auf den Kaukasus über und erreichte die Grenze zum britisch regierten Ägypten auf dem Sinai und den Persischen Golf, der damals für die Seefahrt quasi ein britisches Binnengewässer war. In Ostasien trat Japan auf britischer Seite in den Krieg ein, allerdings mit dem offensichtlichen Ziel, sich den deutschen Stützpunkt Kiao-tschau und dessen Handelsrechte in der nahegelegenen Provinz Shandong (früher: Shantung) zu sichern. In West-, Ost- und Südwestafrika brachen Kolonialkriege zwischen den Briten, Franzosen und Belgiern auf der einen und den

Deutschen auf der anderen Seite aus. Überdies wurde der Krieg auch auf dem Meer geführt: Deutsche Handelskreuzer und (verstärkt) Unterseeboote führten auf den Seerouten Krieg, die von den britischen Inseln ausgingen, um die Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Munition zu stoppen, auf die Großbritannien angewiesen war. Die Briten setzten ihrerseits die deutsche Wirtschaft mit einer Seeblockade unter Druck und behinderten die Versorgung mit Lebensmitteln und strategisch wichtigen Materialien aus Übersee. Das war der Beweis, dass in einer Weltwirtschaft und einem kohärenten System der Weltpolitik niemand von den Folgen des Krieges verschont blieb, wo immer er ausbrach.

Doch obwohl Europas Krieg die ganze Welt betraf, musste er in Europa selbst ausgefochten werden. Ende des Jahres 1915 schien ein eindeutiger Sieg für beide Seiten äußerst unwahrscheinlich. An der Westfront hatten die Deutschen rasch Teile Belgiens und Frankreichs besetzt. Die fruchtlosen Vorstöße von 1915 hatten aber gezeigt, dass mit dem Übergang zum Grabenkrieg ein Patt entstanden war. Die Franzosen und Briten waren außerstande, die Deutschen zu vertreiben; die Deutschen konnten ihrerseits die Verteidiger nicht zur Kapitulation zwingen. An der Ostfront war das Bild ähnlich. Bereits im September 1915 hatten die deutschen und österreichischen Truppen die Russen auf eine Verteidigungslinie, die tief im eigenen Reich lag (von Riga bis Tschernowitz), zurückgedrängt und hielten ein riesiges Frontgebiet besetzt, das sie »Ober-Ost« nannten.[6] Sie schluckten Serbien und kontrollierten auf dem Balkan (mit bulgarischer Hilfe) einen breiten Korridor bis zum Osmanischen Reich. Ohne einen Sieg im Westen konnten sie allerdings kaum hoffen, die nötigen Ressourcen heranzuführen, um Russland mit seinem schier endlosen Nachschub an Soldaten zu besiegen. Im Lager der Entente überraschte der hartnäckige Widerstand der Osmanen in Anatolien, Mesopotamien und Palästina, und noch schlimmer

bei Gallipoli. Der angeblich weiche Unterleib der Mittelmächte entpuppte sich als hart wie Stein. Allerdings zog keine Seite die Schlussfolgerung, dass der Krieg ein militärisches Kräftegleichgewicht bestätigt hatte. Keine Seite akzeptierte die Tatsache, dass eine diplomatische Lösung notwendig war. Stattdessen erhöhten beide Seiten den Einsatz: Sie mobilisierten noch mehr Männer und Ressourcen, um den Durchbruch zu schaffen oder den Gegner in einem Zermürbungskrieg in die Knie zu zwingen. Beide gingen gleichwohl stillschweigend davon aus, dass der Kriegsausbruch den Bankrott der Vorkriegsordnung enthüllt hatte.

Das Jahr 1916 markierte den Beginn einer neuen Phase des Krieges und, wie sich herausstellte, einer neuen Phase in der Weltgeschichte. Das Streben nach dem Sieg um jeden Preis stand hinter den furchtbaren Blutbädern bei Verdun und an der Somme und hinter Brussilows Offensive an der Ostfront, wo Russland mehr als eine Million Mann verlor. In dem Maße, wie die Verluste in die Höhe schnellten, wurden die Forderungen für den Frieden in der Nachkriegswelt immer kühner. Großbritannien, Frankreich und Russland vereinbarten die Aufteilung des Osmanischen Reiches. Die Zerschlagung Österreich-Ungarns in Nationalstaaten wurde als Kriegsziel der Alliierten definiert. Eine Neuordnung des deutschen Reiches, um seinen »Militarismus« auszumerzen, war die beste Garantie für ein »Nie wieder«. Auf deutscher Seite war es die russische »Gefahr«, die es vor allem zu bannen galt. Die endgültige Zerstörung des Zarenreiches wurde als Minimalziel für die Nachkriegssicherheit bestimmt. In Deutschland, Frankreich und Großbritannien kamen 1916 und 1917 neue Politiker an die Macht, die entschlossen waren, den Kampf bis zum bitteren Ende fortzusetzen. Aber lange bevor überhaupt jemand von Frieden sprach, wurde die gesamte Arena der Machtverhältnisse durch die Folgen eines totalen Krieges neu gestaltet. Der Beginn des uneingeschränkten U-

Bootkriegs durch die deutsche Marine war der verzweifelte Versuch, den Krieg abzukürzen. Er wirkte jedoch als Katalysator für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im April 1917. Jede Friedenslösung musste nunmehr die territorialen Ansprüche der europäischen Mächte mit der amerikanischen Forderung nach einer »offenen Tür« für den Handel sowie mit der amerikanischen Abneigung gegen Imperien nach europäischem Muster in Einklang bringen. Das dramatischste Ereignis überhaupt war jedoch der jähe Zusammenbruch der russischen Monarchie.

Von allen Großmächten war Russland am schlechtesten für einen totalen Krieg gerüstet gewesen. Dem Land mangelte es an der industriellen Stärke, um die riesigen Armeen mit Nachschub zu versorgen. Es war auf die Unterstützung der westlichen Bündnispartner angewiesen. Doch genau hier lag das Problem. Da der Bosporus von der Türkei geschlossen wurde, blieben als einzige zugängliche Häfen für Hilfslieferungen Archangelsk im hohen Norden und Wladiwostok im fernen Osten – beide alles andere als ideal. Ein großer Teil des Materials erreichte die Adressaten niemals. Selbst wenn mehr Kriegsmaterial geschickt worden wäre, ist fraglich, ob das einen Unterschied ausgemacht hätte. Das russische Schienennetz war der Belastung nicht gewachsen, die mit der ständigen Versorgung der Front verbunden war sowie mit der Beförderung von Lebensmitteln und Brennmaterial, die für die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft unverzichtbar waren. In allen kriegführenden Ländern löste die Kombination aus Entbehrungen, Angst und Enttäuschung über die Führer, denen der verheißene Sieg versagt blieb, politische Unruhen aus. Das militärische Versagen Russlands, die riesigen Opferzahlen und der gigantische Gebietsverlust kamen einer Katastrophe gleich. Die verschärften Versorgungsengpässe in den wichtigsten Industriestädten – allen voran in Petrograd, der damaligen Hauptstadt – untergruben die Moral der Bürger und die

Arbeitsdisziplin. So schwere Rückschläge hätten vermutlich jede Regierung erschüttert.

Doch die zaristische Regierung war auf einzigartige Weise angreifbar. Sie hatte keine politischen Führungspersönlichkeiten, welche die Regierung mit einem gewissen Anspruch auf breite Unterstützung im Volk geleitet hätten. Die Minister waren Bürokraten, die lediglich dem Zaren rechenschaftspflichtig waren, untereinander waren sie stets zugleich Rivalen und politische Mitstreiter. Die gewählte Duma konnte die Minister an den Pranger stellen und beschimpfen, hatte aber nicht das Recht, sie abzusetzen. Der Zarenhof stand gemeinhin im Verdacht, Defätisten und Verrätern Unterschlupf zu gewähren. Als die Unzufriedenheit wuchs, blieb dem Staat nur noch die Repression. Die Autorität des Zaren stützte sich auf die polizeiliche Kontrolle der Massen und (letztlich) auf die Loyalität der Armee. Mitten in heftigen Unruhen in Petrograd stürzten im Februar und März 1917 beide Säulen der Macht. Innerhalb von nur einer Woche gelang es, den Zaren zur Abdankung zu zwingen und das Ende einer tausendjährigen Monarchie zu besiegeln. Der Aufstand war, mit den Worten eines englischen Historikers, der den Krieg in Russland verbracht hatte, »unorganisiert und elementar. Es war, als habe ein Leichnam auf einem passiven Volk gelegen, bis er nach einem einzigen Stoß von unten von allein wegrollte.«[7]

Am Anfang hatte es den Anschein, als hätte der neue russische Staat mit Politikern, die der Duma verantwortlich waren, den Patriotismus, die öffentliche Unterstützung und die politische Energie, um die Kriegsanstrengungen zu erneuern und wieder in die Offensive zu gehen. Aber Russlands Kriegswirtschaft hatte bereits zu großen Schaden genommen, und die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft war zu groß für eine rasche Erholung. Womöglich hätte ein rascher Zusammenbruch Deutschlands den postzaristischen, liberalen Staat retten können. Nach knapp über sechs

Monaten sah sich die Regierung gleichfalls mit Unruhen, einer wirtschaftlichen Katastrophe und militärischen Fehlschlägen konfrontiert, doch sie verfügte nicht über den Repressionsapparat des Zaren. Unter der Not der Bauern und dem Hunger nach Land löste sich die alte dörfliche Ordnung auf. Der Adel wurde vertrieben oder umgebracht, und seine Ländereien wurden aufgeteilt. (Im Jahr 1914 besaßen Bauerngemeinschaften oder Einzelpersonen bereits drei Viertel der nutzbaren Fläche, und die Ansammlung von Besitz in den Händen reicher Bauern mag das Gefühl einer Knappheit an Boden noch verschärft haben.)[8] Mit dem Staatsstreich der Bolschewiki im Oktober 1917 übernahm eine revolutionäre Regierung die Macht, die genau wusste, dass ihr eigenes Überleben von einem Ausstieg Russlands aus dem Krieg abhing. Tatsächlich gelang ihr mit dem Versprechen, Frieden zu schaffen, und ihrer offenen Unterstützung der revoltierenden Bauern ein fragwürdiger Triumph in diesem Machtkampf.

Der Preis wurde im März 1918 in der Stadt Brest-Litowsk gezahlt, als der Friedensvertrag unterschrieben wurde. Um sich von den Deutschen den Frieden zu erkaufen, mussten die Bolschewiki notgedrungen enorme Zugeständnisse machen. Der größte Teil des westlichen Russlands, darunter Polen, die baltischen Provinzen und das heutige Weißrussland, musste aufgegeben werden. Die große Ausbuchtung, die Russland zu einer europäischen Großmacht gemacht hatte, wurde komplett abgetrennt. Außerordentlich schwer wog auch der Verlust der Ukraine, wo die einmarschierenden Deutschen ein separatistisches Regime, die Rada, gefördert hatten. Russlands große Kornkammer (vor dem Krieg Hauptquelle der Exporteinnahmen), der größte Kohlevorrat und die wichtigsten Industriezentren wurden nunmehr von einem deutschen Vasallenstaat kontrolliert. Tatsächlich erschien der Vertrag von Brest-Litowsk nur als Prolog zu einem viel größeren Drama. Die deutsche Militärmacht stand bereit,

sich rings um das Schwarze Meer auszudehnen und die Kolonialgebiete Russlands im Kaukasus oder gar jenseits des Kaspischen Meeres zu »befreien«. Und während der Bürgerkrieg in den verbliebenen Territorien Russlands tobte, schien es unabwendbar, dass der Einfluss des Zentrums auf die ehemaligen Randgebiete in Zentralasien und die fernöstlichen Provinzen schwinden würde. Eine wichtige Naht, die Eurasien zusammengehalten hatte, wurde aufgetrennt.

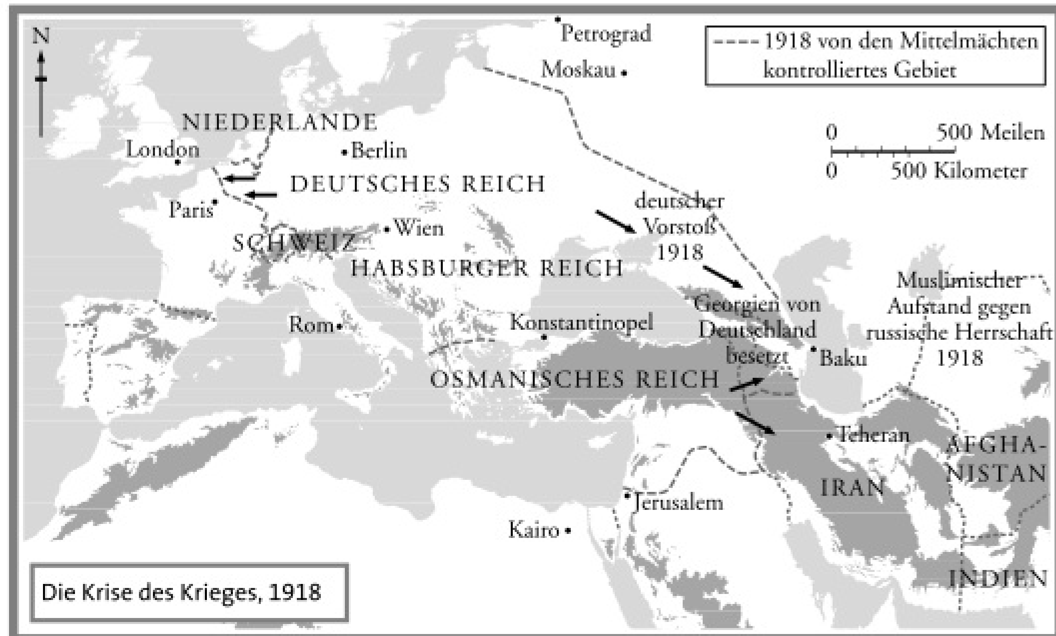
Die Implosion Russlands machte den Weg frei für eine umfassende Neuordnung der gesamten eurasischen Landmasse. Unmittelbar hatte dies den Effekt, dass die Deutschen Truppen vom Osten in den Westen verlegen konnten, um Frankreich und Großbritannien zu schlagen, doch die amerikanische Unterstützung sollte letztlich den Ausschlag geben. In der großen Offensive von März bis Juni 1918 kamen die Deutschen ihrem Ziel sehr nahe. Als die Armeen der Entente unter dem Ansturm ins Wanken gerieten, sah es in London ganz so aus, als stünde eine katastrophale Wende des Kriegsglücks unmittelbar bevor. Frankreich und Italien standen nach der Katastrophe bei Caporetto im Oktober 1917, als die italienischen Truppen von den Österreichern zurückgeworfen wurden, vor einer Niederlage. Das hätte einen britischen (und amerikanischen) Abzug vom Festland bedeutet, wo die Deutschen die vollständige Kontrolle übernommen hätten. Was von Russland geblieben wäre, wäre ohne Bedeutung gewesen. Es war unwahrscheinlich, dass sich das bolschewistische Regime lange gehalten hätte, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte.

Mit ihrem osmanischen Bündnispartner und den neuen Freunden in der Ukraine und im Kaukasus wären die Deutschen die dominierende Macht im Nahen und Mittleren Osten geworden. Sie hätten aus dem Iran einen Satellitenstaat gemacht und wären bis zum Golf vorgestoßen. Sogar Britisch-Indien hätte in ihrer Reichweite

gelegen. Überdies konnte London sich nicht sicher sein, dass sein japanischer Bündnispartner bei diesem entsetzlichen Szenario nicht die Seite wechselte, um die Kriegsgewinne in Nordostasien abzusichern. Selbst wenn es zu einem Friedensschluss kommen sollte, musste unter diesen Bedingungen zwangsläufig ein imperialer kalter Krieg folgen. Wenn Großbritannien in Europa dermaßen entblößt würde, würde es viel abhängiger von seinem amerikanischen Verbündeten werden. Die »Southern British World« (damals eine gängige Wendung in der britischen Grand Strategy) in Afrika, Indien und Australasien müsste auf unbestimmte Zeit ein riesiges Waffenlager werden, mit unabsehbaren Konsequenzen für ihre politische Zukunft.[9]

Der einzige Schutz gegen die globalen Auswirkungen einer deutschen Dominanz in Europa, so argumentierten britische Politiker, bestehe darin, die Anstrengungen zur Kontrolle der Knotenpunkte Eurasiens im Nahen Osten zu verdoppeln. Seit März 1918 wurden kleine britische Verbände entsandt, um den Widerstand der ehemaligen russischen Satelliten im Kaukasus und in Zentralasien gegen das deutsch-osmanische Bündnis zu bündeln. Eine britische Einheit, die »Norperforce«, wurde nach »Nordpersien« entsandt, um abzusichern, dass das Regime in Teheran freundlich gesinnt blieb. Eine weitere große Offensive gegen die osmanische Armee in Palästina wurde geplant, sobald Männer von der Westfront abgezogen und in Indien neue Soldaten rekrutiert werden konnten. Die zwingende Notwendigkeit, das Osmanische Reich zu zerschlagen und eine Form der britischen Oberherrschaft über das riesige Territorium zwischen Afghanistan und Griechenland zu errichten, wurde zu einem grundlegend neuen Element der britischen Außenpolitik, das vor 1914 noch undenkbar gewesen wäre.[10] Ein britisch kontrollierter Naher Osten käme zu dem aufgeteilten Afrika als Satellit Europas hinzu – allerdings eines Europas, das (wie es noch im Juli 1918 wahrscheinlich schien) zwischen einer kontinentalen Hegemonialmacht und

einer belagerten Macht vor der Küste aufgeteilt war. Aber noch ehe dieser erstaunliche Plan auf seine Tauglichkeit hin geprüft werden konnte, wendete sich allmählich das Kriegsglück im Westen.



Die Krise des Krieges, 1918

Die Deutschen hatten versucht, das Patt des Stellungskrieges mit einer groß angelegten Offensive zu überwinden. Aber genau wie die Briten und Franzosen in den Jahren 1916 und 1917 mussten sie feststellen, dass es schwierig war, die Stoßkraft in einem Muster der Kriegsführung aufrecht zu erhalten, das die Verteidigung begünstigte. Ungeachtet eines frühen Durchbruchs, der die englischfranzösischen Truppen um ein Haar getrennt hätte, blieb ihr Vorstoß Mitte Juni allmählich stecken. Eine gut organisierte Gegenoffensive trieb sie zurück. Die letzte Hoffnung auf einen deutschen Sieg, bevor amerikanische Soldaten in die Kämpfe eingriffen, schwand dahin. Nach schweren Verlusten Anfang August und dem »schwarzen Tag« der deutschen Armee verließ die »lautlose Diktatur« Hindenburgs und Ludendorffs allmählich der Mut.

Angesichts von Anzeichen für soziale Unruhen im eigenen Land und der verheerenden Nachrichten von den Fronten auf dem Balkan und in Palästina (wo Allenby die osmanische Armee bei Megiddo geschlagen hatte) beschlossen die Deutschen, um einen Waffenstillstand zu bitten. Die Alliierten, auf deren Seite Franzosen und Briten eine Fortsetzung des Krieges mit einem rasch wachsenden amerikanischen Einfluss bezahlen mussten, legten ebenfalls keinen Wert auf eine bedingungslose Kapitulation der Deutschen. Als der Waffenstillstand am 11. November 1918 begann, lag die deutsche Front noch mitten in Belgien. Eine Invasion Deutschlands hätte den Krieg wohl um ein Jahr verlängert. Hier entstand der allgegenwärtige Mythos der Zwischenkriegsjahre, dass die deutsche Armee nicht geschlagen worden sei, sondern ihr durch sozialdemokratischen Verrat in der Heimat von hinten ein »Dolchstoß« versetzt worden sei. Hier lag zudem die Wurzel für den hartnäckigen Glauben, dass der anschließende Frieden die militärische Bilanz nicht berücksichtigte und einer grausamen Ungerechtigkeit gleich komme. Angeblich wurde der Status Deutschlands als Großmacht mit Füßen getreten. Daran wurde erkennbar, dass jenes gigantische, militärische Ringen an der Westfront genau genommen überhaupt nichts geregelt hatte. Der Waffenstillstand war eben nichts weiter als eine befristete Feuerpause im zweiten Dreißigjährigen Krieg Europas.

Ganz oben auf der Agenda der Friedenskonferenz im Januar 1919 in Versailles standen die Bestimmungen eines Vertrages zwischen Deutschland und der Viermächtekoalition, die Berlin gezwungen hatte, den Krieg zu beenden. Dazu zählten die Frage der Grenzen des deutschen Reiches, die Forderung nach Reparationen für Kriegsschäden und (um die Reparationen zu rechtfertigen) das Schuldeingeständnis der Deutschen, dass sie den Krieg begonnen hatten. Zusätzlich musste eine lange Tagesordnung abgearbeitet werden. Die dringlichste Frage

war ein neues Staatensystem in Ost-, Mittel- und Südosteuropa, das an die Stelle der erschütterten Reichsordnungen der Romanows, Habsburger und Hohenzollern treten sollte. Nicht minder dringlich war die Gestaltung der politischen Zukunft des zerfallenen Osmanischen Reiches und der ehemaligen Grenzregionen des Zarenreiches im Kaukasus und in Zentralasien mit ihren gemischten Bevölkerungen aus Christen und Muslimen.

In Ostasien, wo China im Jahr 1917 auf der Seite der Alliierten in den Krieg eingetreten war, waren die Diplomaten mit den Ansprüchen Japans auf die deutsche Sphäre in Shandong konfrontiert, denen sich China vehement widersetzte. Japans wachsender Einfluss auf dem nordostasiatischen Festland war eine besorgniserregende Tatsache. Im April 1918 hatte Japan Wladiwostok besetzt – angeblich als Teil der alliierten Intervention, um zu verhindern, dass Russland vollständig von den Deutschen kontrolliert wurde. Die Territorialansprüche auf Shandong und Wladiwostok zu akzeptieren hätte bedeutet, dass man Japan gestattete, ein postimperiales China zu dominieren. Alles in allem kam die Tagesordnung einem Programm für die politische Neuordnung fast ganz Eurasiens gleich. Im Vergleich dazu erschien die Entscheidung, welche Siegermacht die pazifischen und afrikanischen Kolonien verwalten sollte, die Deutschland abtreten musste, und zu welchen Bedingungen, als lästige Nebensache. Die Klärung dieser Frage bereitete denn auch die geringsten Schwierigkeiten.[11]

Bei den großen Fragen hingegen standen die Aussichten auf eine Einigung erschreckend schlecht. Einmal abgesehen von der Rivalität der Siegermächte untereinander wurde die Gestaltung eines Friedens durch enorme Unwägbarkeiten erschwert: Wer würde den Bürgerkrieg zwischen Roten und Weißen gewinnen, der in Russland tobte? Würde Russlands revolutionäre Politik auf ganz Europa übergreifen? Würden die neuen Nationalstaaten, die man in Europa schaffen

wollte, den geplanten Grenzverläufen zustimmen? Ließen sich die ethnisch motivierten Ansprüche der Türken, Griechen, Armenier, Araber und Juden miteinander und mit den Abkommen während des Krieges, das Osmanische Reich unter Briten, Franzosen und Italienern aufzuteilen, in Einklang bringen? Was würde passieren, wenn dies misslang? Und wer würde vor Ort die Kontrolle über das ehemalige asiatische Reich Russlands übernehmen? Wenn die Siegermächte über eine überwältigende Militärmacht verfügt und sie koordiniert eingesetzt hätten, wären ihre bevorzugten Lösungen vielleicht durchsetzbar gewesen, sofern sie sich geeinigt hätten. Die Realität sah aber anders aus. Die Demobilisierung machte rasche Fortschritte, und es herrschte große Kriegsmüdigkeit. Die Wankelmütigkeit der öffentlichen Meinungen in den Staaten erschwerte eine konsequente, politische Linie. Als Folge herrschte ein Klima, das wie geschaffen war für einen Aufruhr. Einerseits hatten die Politiker in den Krisenregionen starke Anreize, dort Armeen zu rekrutieren und lokale Lösungen zu erzwingen. Die weit entfernten Friedensstifter und ihre machtlosen Vertreter würden so vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Andererseits nährte die Ideologie der nationalen Selbstbestimmung, die von den Briten und Amerikanern als Kriegswaffe so vehement propagiert und als Leitmotiv der Friedenskonferenz beibehalten worden war, die Hoffnung auf Anerkennung jeder einigermaßen plausiblen nationalen Bewegung. Angesichts der unzähligen Anzeichen, dass die alte imperiale Ordnung Eurasiens von der Woge des Krieges hinweggespült worden war, traten nun fast überall revolutionäre Symptome auf.

Revolutionen und Reiche

Im März 1919 steckte die europäische Herrschaft in weiten

Teilen Asiens bereits in einer tiefen Krise. Am 10. März meldeten britische Regierungsvertreter in Ägypten nach der Verhaftung des führenden Nationalisten Saad Zaghlul Krawalle in Kairo. Binnen weniger Tage breitete sich die Gewalt auf die Städte im Delta und in Oberägypten aus. Eintausend Ägypter kamen ums Leben, ehe der Aufstand niedergeschlagen wurde, doch die politische Unruhe war damit keineswegs im Keim erstickt. Anfang April kam es im britisch beherrschten Indien zu gewaltsamen Aufständen. In der Provinz Pandschab (dem wichtigsten Rekrutierungsgebiet der indischen Armee) waren die Briten mit einem organisierten Aufstand konfrontiert, der, wie sie glaubten, ihre Herrschaft beenden sollte. Die heftige Reaktion der Behörden erreichte bei Amritsar am 13. April einen blutigen Höhepunkt: Fast 400 Demonstranten wurden von Soldaten erschossen.

Im türkischen Anatolien, das die Friedensstifter in Paris zum Teil einem expansionistischen Griechenland zugeschlagen hatten, begann im Mai unter General Mustafa Kemal, vor dem Krieg Mitglied der »Jungtürken«, ein nationaler Aufstand. In Südostanatolien gefährdete eine Revolte der Kurden den geschwächten Einfluss der britischen Besatzung in der Provinz Mossul. Im arabischen Nahen Osten war Damaskus das Epizentrum politischer Aktionen. Dort wurde sehnsüchtig, aber mit wachsender Skepsis die Zustimmung der Großmächte zur Gründung eines freien arabischen Staats erwartet. Im ehemaligen Zarenreich drohte ein Aufflammen des Freiheitskampfs der Baschkiren, Tataren, Kasachen, Aserbaidschaner und der muslimischen Völker im russischen Zentralasien, der mit der Russischen Revolution 1917 begonnen hatte. Die wohl folgenschwerste Entwicklung war jedoch, dass die seit 1911 ins Stocken geratene Revolution in China nun richtig eingesetzt hatte. Die Demonstrationen am 4. Mai 1919 in Peking, deren unmittelbares Ziel die Entscheidung in Paris war, Japan eine Einflusssphäre in Shandong einzuräumen,

brachten eine deutlich breitere Nationalbewegung hervor. Allem Anschein nach akzeptierte jetzt die gesamte Bildungsschicht, dass China ein Verfassungsstaat werden musste. Die Wiederherstellung der vollen chinesischen Souveränität, das Ende der ausländischen, insbesondere britischen, Enklaven und Privilegien und die Akzeptanz Chinas als gleichrangiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft waren die Ziele dieser neuen nationalen Bewegung. Das hatte zwangsläufig gravierende Implikationen für Ostasien und für die Kolonialstaaten, die an Chinas Territorien grenzten oder in denen chinesische Minderheiten lebten.

Natürlich waren diese und vergleichbare Bewegungen in den Jahren 1918 und 1919 keineswegs aus dem Nichts entstanden. Sie beruhten überwiegend auf älteren Forderungen nach einem Nationalstaat, nach Autonomie oder zumindest Anerkennung als autonomer Gemeinschaft. Die Zwangsmobilisierung für den Krieg, die Entbehrungen und Verluste schürten die Wut und stärkten die nationalistische Opposition. Als der Krieg endete oder, wie in Russland, die imperiale Autorität zusammenbrach, heizte sich das politische Klima rasch auf. Es war von einer Mischung aus Angst und Hoffnung geprägt: der Angst, dass die Repression der Kriegszeit auf Dauer fortgesetzt und die Chance auf Erlangung der Freiheit verpasst werden könnte; und der Hoffnung, dass der Einsturz der imperialen Ordnung Europas und die 1918 von den Alliierten verbreiteten Versprechen auf Selbstbestimmung den Beginn eines neuen »nationalen« Zeitalters markieren würden. Die Anerkennung ihrer politischen Sache in Paris zu erlangen, die Friedensstifter zu bewegen, historische Fehler zu korrigieren, und freie Hand bei der Gründung autonomer Staaten zu erhalten – das waren die Hauptziele der nationalen Führer in Ägypten ebenso wie in der Türkei, in den arabischen Ländern, im Iran und in China. Wenn dies misslang oder von vornherein völlig aussichtslos war,

ergriffen sie konkretere Maßnahmen bis hin zur Gewalt.

Die Ergebnisse waren unterschiedlich. In Ägypten führte der kurze Gewaltausbruch während der Unruhen zu Erbitterung und Wut. Eine britische Studie führte diese Reaktionen vor allem auf die Entbehrungen der Kriegszeit zurück: Inflation, Versorgungsengpässe, die zwangsweise Rekrutierung von Arbeitskräften und die Beschlagnahme von Tieren für die imperialen Kriegsanstrengungen gegen das Osmanische Reich waren die wichtigsten Ursachen. Die ägyptische Elite hegte die Befürchtung, dass die Briten Ägypten nach Kriegsende stärker in ihr imperiales System integrieren wollten. (Immerhin war Ägypten nie formell annektiert worden.) Die Wafd-Partei (»Wafd« heißt soviel wie »Delegation«) wurde gegründet, um die Sache Ägyptens auf der Pariser Friedenskonferenz zu vertreten und internationale Unterstützung für jene De-facto-Unabhängigkeit (oder mehr) zu gewinnen, die das Land vor 1882 besessen hatte. Weil die Briten sich rundweg weigerten, diesen Appell auch nur vortragen zu lassen, und die Parteiführer inhaftierten, um eine breite Kampagne zu verhindern, brach im März 1919 die öffentliche Ordnung zusammen: Es kam zu Streiks und Demonstrationen, alle möglichen Gerüchte und Verschwörungstheorien kursierten, hinzu kamen weitere Ursachen für soziale Unruhen in einer stark nach Schichten getrennten Gesellschaft. Als die Gewalt abflaute, trat an ihre Stelle ein Klima bitteren Hasses. Die Briten kontrollierten Ägypten über ägyptische Minister und den Monarchen, der seit 1917 den Titel »Sultan« führte. Sie zogen diese indirekte Herrschaft vor, weil sie so auf weniger anstößige Weise ihre Ziele erreichten: ein Monopol des ausländischen Einflusses und absolute Sicherheit für den Suezkanal, die Schlagader ihres Empires im Osten. Ägypten könne, so argumentierten die Briten, nie eine »echte« Unabhängigkeit erlangen. Aber nach dem März 1919 traten alle ägyptischen Minister zurück, weil die Briten genau diese Unabhängigkeit nicht versprechen wollten. Ohne Minister

sahen sich die Briten mit umfassendem Widerstand von allen Seiten konfrontiert: mit der Verweigerung der Zusammenarbeit durch Beamte; der Verunglimpfung durch Lehrer und Geistliche; Streiks durch Arbeiter in wichtigen Verkehrsunternehmen und Fabriken; womöglich gar mit der Anwendung »irischer« Methoden, die sie am meisten fürchteten, nämlich Boykott, Mord und Terror. Von März 1919 bis Februar 1922 bemühten sich die Briten, eine Formel zu finden, die »gemäßigte« Gruppen ägyptischer Führer besänftigen und die gegen sie gerichtete nationalistische Opposition spalten sollte. Erst als London Ägypten zu einem unabhängigen Staat erklärte (der allerdings in der Verteidigungs- und Außenpolitik den britischen »Rat« befolgen musste), ließ die heftige, antibritische Stimmung allmählich nach.[12]

Die Lage in den arabischen Ländern war komplexer. Treibende Kraft hinter den Forderungen nach einem arabischen Staat war die Allianz zwischen Feisal mit seiner Dynastie der Haschemiten (im Osmanischen Reich die erblichen Herrscher der heiligen Stätten) und den syrischen Würdenträgern. Als Sohn des Scharifs von Mekka hatte Feisal nach 1916 mit britischer Unterstützung den arabischen Aufstand gegen das Osmanische Reich angeführt. Er hatte den Briten auch das berühmte Versprechen eines arabischen Staates nach Kriegsende abgerungen. Die syrischen Würdenträger hatten sich vor 1914 an die Spitze der Bewegung gestellt, indem sie ein arabisches Bewusstsein gegen die osmanische Oberherrschaft forderten – tatsächlich sahen viele schon seit den 1860er Jahren Syrien (arabisch: *Suriyya)* als eine Heimat der Araber an.[13] Sowohl Feisal als auch die Syrer hatten allen Grund zur Sorge. Sie wussten, dass Palästina separat regiert werden sollte, nicht zuletzt um den Aufbau einer »nationalen Heimstätte« für Juden zu gewährleisten. Sie wussten auch, dass die Briten und Franzosen 1916 eine Aufteilung der arabischen Länder vereinbart hatten, wobei

das heutige Syrien und der Libanon unter französische und der größte Teil des heutigen Irak unter britische Aufsicht gestellt werden sollten. Obendrein zeigte sich schon bald, dass das neue britische Regime, das in Bagdad eingesetzt worden war, die Idee einer arabischen Nation bestenfalls als irrelevant, schlimmstenfalls jedoch als absurd ansah. Es hatte nicht die Absicht, den Würdenträgern in Bagdad zu erlauben, mit ihren Freunden in Damaskus gemeinsame Sache zu machen.

Feisal hoffte auf einen britischen Sinneswandel: eine Entscheidung, das Sykes-Picot-Abkommen mit Frankreich zu brechen und einen oder mehrere arabische Staaten unter einer lockeren Schirmherrschaft zusammenzuführen. Die Briten hatten es Feisal erlaubt, eine provisorische Regierung in Damaskus unter ihrer Gesamtaufsicht zu leiten. Er selbst bemühte sich darum, die Franzosen zu kaufen und den jüdischen Führern zu bestätigen, dass ihre Heimstätte unter einer arabischen Regierung sicher sei. Doch seine Hoffnungen und diplomatischen Bemühungen wurden vereitelt. Ende des Jahres 1919 hatten die Briten eingewilligt, ihre Truppen aus Syrien abzuziehen und den Franzosen Platz zu machen. Im folgenden Frühjahr verordneten die europäischen Siegermächte (die Vereinigten Staaten hatten sich in eine *splendid isolation* zurückgezogen) auf der Konferenz von San Remo, dass die arabischen Territorien aufgeteilt und als »Mandate« regiert werden sollten, bis eine Einheit als fähig zur Selbstherrschaft angesehen wurde. Palästina und Transjordanien sollten britische Mandate werden, genau wie der neu geschaffene Staat Irak, ein seltsames Gebilde aus drei völlig verschiedenen Provinzen: Mossul mit dem hohen Kurdenanteil; Bagdad, das von einer sunnitischen Elite beherrscht wurde; und Basra im Süden, das mehrheitlich schiitisch war. Syrien sollte den Franzosen unterstellt und verkleinert werden, weil es den Libanon (ein separates französisches Mandat) und die britischen Mandatsgebiete im

Süden verlor. In einem letzten Akt des Widerstands trat ein »Allgemeiner Syrischer Kongress« in Damaskus zusammen und lehnte die Mandate ab. Wie schon im März forderte er die arabische Einheit und Unabhängigkeit unter Feisal als König. Mit einer eilends aufgestellten Armee versuchte Feisal, Widerstand gegen die französische Besatzung zu leisten. Nach einer aussichtslosen Schlacht im Juli 1920 ging er ins Exil.

Der Traum von einem »Groß-Syrien« als Staat einer freien arabischen Nation musste begraben werden, doch die englisch-französische Aufteilung war massiv bedroht. Der Widerstand in Syrien hatte sich in den Irak ausgeweitet. Würdenträger in Bagdad, die sich in einer Geheimgesellschaft mit den Anhängern Feisals verbündet hatten, wehrten sich heftig gegen die britische Herrschaft nach kolonialem Vorbild. Im Juni 1920 fanden ihre politischen Beschwerden ein starkes Echo. In den ländlichen Gemeinschaften des Euphrat-Tals entlud sich die aufgestaute Wut über die Fremdherrschaft und Besteuerung in offenem Aufruhr. Die Briten versuchten, den Aufstand einzudämmen, und verlegten mehrmals Soldaten in die Region. Die Kosten waren enorm, und es zeigte sich immer deutlicher, wie wichtig die Einsetzung einer geeigneten, arabisch geführten Regierung war. Winston Churchill war damals Kolonialminister, zuständig für den arabischen Nahen Osten mit Ausnahme von Ägypten. Er war der Ansicht, der im Exil lebende Feisal sei der ideale Kandidat für das Staatsoberhaupt, weil er allein über das nötige Geschick und Prestige verfüge, um dieses wacklige Staatsgebilde zusammenzuhalten. Ob Feisal dies gelingen würde und zu welchen Bedingungen, das stand freilich noch in den Sternen. Der Irak war nämlich nur Teil eines größeren Konfliktpotentials. Ende 1920 wurde es immer wahrscheinlicher, dass aus den Trümmern des Osmanischen Reiches ein neuer, feindseliger und aggressiver türkischer Staat hervorgehen und seinen alten Platz in der Geopolitik

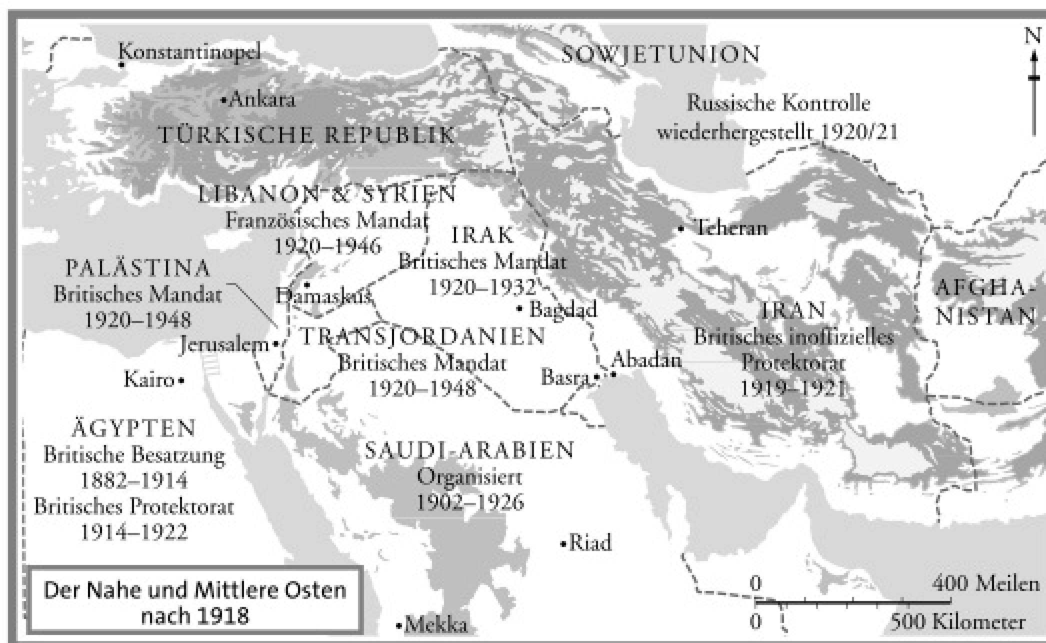
der Region beanspruchen würde. 1921 und 1922 setzte Mustafa Kemal die Herrschaft seiner türkischen Republik im größten Teil Kleinasiens durch und machte sowohl die britischen Hoffnungen auf einen schwachen Satellitenstaat, der vom Sultan regiert wurde, als auch das griechische Projekt zunichte, einen großen Teil Westanatoliens zur »ionischen« Ausdehnung eines »Groß-Griechenlands« zu machen.[14] Im September 1922 nahm er Smyrna (Izmir) ein und marschierte auf Konstantinopel zu. Er stieß auf eine kleine, britische Garnison, die zur Bewachung der Dardanellen bei Chanak stationiert war. Eine große Krise drohte. Falls ein neuer Krieg zwischen Briten und Türken ausbrach, stand abermals die politische Zukunft des gesamten Nahen Ostens auf dem Spiel.[15]

Das Ergebnis langer und zäher diplomatischer Verhandlungen war der Friedensvertrag, der im Juli 1923 in Lausanne geschlossen wurde. Die Türkei wurde als unabhängige Republik anerkannt. Konstantinopel wurde als rein türkische Stadt wieder hergestellt. Der Vertrag hob die Ansprüche auf europäische Sphären im anatolischen Kernland der Türkei auf. Er legte das alte System der ausländischen, extraterritorialen Privilegien (der sogenannten »Kapitulationen«) zu den Akten und entließ die Türkei aus der Umklammerung der vor dem Krieg eingesetzten Schuldenverwaltung. Ein Bevölkerungsaustausch war vorgesehen, mit dem die Türkei ihre »griechischen« Christen und Griechenland seine muslimischen »Türken« los wurde – wahrlich ein böses Omen für die Zukunft.[16] Die Türken akzeptierten die Entmilitarisierung der Meeresengen und den Verlust ihrer arabischen Territorien und willigten ein, ihren besonderen Anspruch auf Mossul einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Der Kompromiss war bemerkenswert. Er spiegelte die geringe Neigung sowohl der Briten als auch der Türken wider, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, sowie ein leichtes Wiedererstarken des russischen Einflusses in

der Region seit 1920 (siehe unten) und die Bereitschaft Kemals, den neuen türkischen Staat auf die europäischen Richtlinien zu gründen, die von den Reformern vor dem Krieg befürwortet worden waren. Diese Phase war entscheidend für die Festigung des Einflusses der Briten und Franzosen auf ihre neuen arabischen Mandate. Der Vertrag gab Frankreich freie Hand bei der Aufteilung Syriens und bei der Niederschlagung des großen Aufstands, der 1925 bis 1927 ausbrechen sollte. Er ermöglichte eine billige britische Präsenz im Irak, wo die Briten für den Einsatz ihrer Luftstreitkräfte gegen Feisals Feinde die Stützpunkte bekamen, die sie brauchten, um die Zufahrten zum Golf zu bewachen und Indien auf dem Luftweg zu erreichen.

Dennoch hatte der Widerstand nach dem Krieg tiefe Narben in der Politik des Nahen Ostens hinterlassen. In Syrien und Palästina waren arabische Ansprüche auf Selbstregierung kategorisch abgelehnt worden. In Ägypten und im Irak waren die Briten jedoch gezwungen gewesen, weitreichende, lokale Autonomie zu gewähren und den Anspruch beider Staaten auf Unabhängigkeit anzuerkennen (1922 für Ägypten, ein Jahrzehnt später für den Irak), als Gegenleistung für die britische Kontrolle über strategisch wichtige Zonen wie den Suezkanal. Selbst Transjordanien hatte einen eigenen (Haschemiten)-König erhalten. Ungeachtet der Aufteilung war der arabische Nahe Osten nicht zu einem reinen Kolonialgebiet degradiert worden. Die panarabischen Strömungen, die vor dem Krieg aufgekommen waren, waren nicht ausgelöscht worden. Es blieben unzählige Räume, in denen sie wachsen konnten. Die europäische (in erster Linie britische) Herrschaft war gesellschaftlich und kulturell schwach verwurzelt. Sie beruhte vor allem auf dem geopolitischen Sonderfall: ein zeitweiliges Nachlassen der Rivalität zwischen den Großmächten durch die Marginalisierung Deutschlands und die Isolation Russlands. In einem Zeitalter der wirtschaftlichen Depression erhielten die Briten zu wenig

Unterstützung durch das Wachstum des Handels oder die Einbindung der Region in die internationale Wirtschaft. Das Wachstum der Ölindustrie wurde zu lange aufgeschoben (der Nahe Osten förderte 1920 nur ein Prozent der Weltproduktion, und noch 1939 kamen spärliche fünf Prozent fast ausschließlich aus dem Südwesten des Iran), um als trojanisches Pferd des europäischen, imperialen Einflusses zu fungieren. Nachdem die kurze Aufwallung des Kriegsimperialismus verflogen war, hielt sich die Begeisterung für ein arabisches Reich in Großbritannien ebenso wie in Frankreich in Grenzen – vor allem, wenn dieses Reich nur Geld kostete.[17] Die Aufteilung des Nahen Ostens mag die Hochphase einer Reichsbildung gewesen sein, doch sie währte nicht lange.



Der Nahe und Mittlere Osten nach 1918

Die Türkei und der Iran profitierten offensichtlich am meisten von der Ära der Unruhen zwischen 1918 und 1923. Beide waren auf den erniedrigenden Status eines Protektorats degradiert worden: die Türkei als der besetzte Rumpfstaat des Osmanischen Reiches; der Iran als Satellit

des siegreichen Großbritanniens. Beide sollten vom Nachlassen des äußeren Drucks profitieren, der vor 1914 fast unerträglich gewesen war. Russland und Großbritannien waren nach 1923 wenig geneigt, sich in die inneren Angelegenheiten beider Länder einzumischen, denn sie hatten große innenpolitische Probleme. Zwei bemerkenswerte Staatengründer ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, die Veränderungen durchzusetzen, von denen die Reformer schon vor 1914 geträumt hatten. Mustafa Kemal (später »Atatürk« genannt) errichtete eine türkische Republik im anatolischen Kernland des zertrümmerten Osmanischen Reiches, das von seinen christlichen Minderheiten weitgehend »gesäubert« war. In Kemals Republik war der konservative Islam das Haupthindernis für einen modernen Staat, der sich aus eigener Kraft gegen feindlich gesinnte Großmächte behaupten konnte. Neue Gesetze zur Bekleidung (der Fes wurde verboten, der es den Gläubigen gestattete, mit der Stirn den Boden zu berühren), zur Schrift (die arabische Schrift wurde durch die lateinische ersetzt), zur Bildung (der Religionsunterricht in Medresen wurde geächtet) und zu Familiennamen (Türken mussten Familiennamen nach westlichem Muster annehmen) verschärften den Konflikt zwischen einer muslimischen Identität und der Loyalität gegenüber einem säkularen Staat.

Die Basis von Kemals Erfolg war die »nationale« Bewegung, die ins Leben gerufen worden war, um den Krieg gegen die Griechen zu gewinnen und die türkische Unabhängigkeit wieder herzustellen. Kemal befehligte eine Armee, die sein nationales Programm voll und ganz unterstützte (und dies auch in Zukunft tun sollte). Außerdem stand ihm durch die osmanischen Reformen vor 1914 ein modernisierter Verwaltungsapparat zur Verfügung. Im Iran hingegen verliefen die Ereignisse zwangsläufig dramatischer. Der Krieg und das Nachspiel hatten die Konflikte in der iranischen Gesellschaft zugespitzt, und um

ein Haar wäre die Zentralregierung in Teheran gestürzt worden. Fremde Besatzungen (durch britische, russische und später sowjetische Truppen), abtrünnige Regierungen, ethnische Bewegungen, soziale Unruhen und Autonomiebestrebungen der Stämme drohten, das Land unregierbar zu machen. In dieser verzweifelten Lage wurde der Militärputsch im Februar 1921 durch Resa Chan, einen Offizier der Kosakenbrigade (die einzige reguläre Einheit, die nominell noch Teherans Kontrolle unterstand), von breiten Schichten unterstützt. Es gelang Resa, den Abzug der Sowjets und Briten aus dem Land auszuhandeln. Kaum hatte er seine Machtposition gefestigt, übernahm er ein Reformprogramm, das dem der kemalistischen Türkei verblüffend ähnelte. Eine große Armee wurde aufgebaut, um Aufstände in den Provinzen und Unruhen unter den Stämmen zu unterdrücken. Neue Eisenbahnen und Straßen verbesserten die Kontrolle der Regierung. Gesetze zur Kopfbedeckung (nach denen Mützen oder Hüte vorgeschrieben waren), zur Übernahme von Familiennamen (Resa gab sich den Namen »Pahlevi«), zur Behandlung von Frauen und zur Ächtung des Schleiers verrieten Resas Hauptangriffsziel: den Einfluss der Mullahs. Als Resa auf Widerstand stieß, schwang er sich zum Diktator auf: Im April 1926 krönte er sich selbst zum Schah. Sein riesiger Landbesitz und schamlose Vetternwirtschaft bei Hofe ergänzten die Macht, welche die Armee und der Verwaltungsapparat ausübten. Resa hatte einen neuen imperialen Staat geformt, der viel stärker war als alles, was die Kadscharen sich hätten träumen lassen. Das gelang ihm zudem ohne ausländische Kredite oder die Vergabe von Konzessionen, welche die Gegner der Reformen unter den Kadscharen erbost hatten. In erster Linie ermöglichte das eine neue Einkommensquelle. Obwohl Resa nämlich (was die Klugheit gebot) davon absah, die Ölfelder unmittelbar nördlich des Persischen Golfs von dem britischen Konzern, der die Konzession hatte, selbst zu übernehmen, profitierte

auch die Staatskasse von dem hundertfachen Anstieg der Einnahmen, die der Konzern nach 1913 erzielte. (Es handelte sich um die Anglo-Persian Oil Company, an der Großbritannien einen Anteil von 51 Prozent hielt.) Aber die wahre Feuerprobe stand ihm, genau wie der Republik Atatürks (der 1938 starb), noch bevor, als die geopolitische Flaute, welche die beiden so geschickt genutzt hatten, nach 1939 in einen neuen Sturm des Krieges umschlug.[18]

In dieser Phase der Unruhen in so großen Teilen Südwestasiens war von »islamischer« Politik bemerkenswert wenig zu beobachten. Ein Gefühl muslimischer Identität hatte zweifellos eine wichtige Rolle bei der Stärkung des Widerstands gegen Fremdherrschaft gespielt. Doch die nationalen Bewegungen in der Türkei, im Iran, in Ägypten und in den arabischen Ländern waren extrem säkular. Vor allem in Syrien zählten Christen zu den glühendsten Verfechtern eines arabischen Nationalismus, dessen einigendes Band in erster Linie die Sprache und Kultur sein sollte, nicht die Religion. Eine viel wichtigere Rolle spielte der islamische Einfluss in Indien. Unter muslimischen Indern hatte sich das Gefühl, einer größeren islamischen Welt anzugehören, vor 1914 dramatisch verstärkt. Der Schock des Krieges zwischen den Briten und den Osmanen war desto stärker ausgefallen, weil der osmanische Sultan (wenn auch nur nominell) zugleich der *khalifa* und damit »Befehlshaber der Gläubigen« war. Bei der großen Zahl muslimischer Soldaten in der indischen Armee, die gegen osmanische Truppen in den Krieg geschickt wurde, unterdrückte die britisch-indische Regierung alsbald die leiseste Äußerung panislamischer Gefühle durch muslimische Politiker und Zeitungen. Mehrere führende Muslime verbrachten den größten Teil des Krieges im Gefängnis. Vor allem diese Gruppe äußerte starken Unmut, als das britische Versprechen einer Reform (mehr Mitspracherechte für gewählte, indische Politiker in Provinzangelegenheiten) mit der Drohung gekoppelt wurde,

dass bestimmte Befugnisse nach dem Kriegsrecht für Verhaftungen und Gewahrsam nach dem »Rowlatt Act« unbefristet beibehalten wurden.[19] Der Protest gegen diese Maßnahme, der von Gandhi in seiner ersten großen Kampagne als politischer Führer auf gesamtindischer Ebene geleitet wurde, hatte zu dem Gewaltausbruch im Jahr 1919 beigetragen und indirekt zum Massaker von Amritsar geführt, der blutigen Vergeltung General Dyers für die Ermordung von Europäern in der Stadt.[20]

Auf den ersten Blick hätte wohl kaum jemand für möglich gehalten, dass Mahatma Gandhi als Bündnispartner der indischen Muslime auftrat. Er war ein hinduistischer Reformer, der über eine einfache und spirituelle Version des Hinduismus ein Programm sozialer und sittlicher Besserung verwirklichen wollte. Enthaltsamkeit, Reinheit, Selbstbeschränkung und Bescheidenheit waren Gandhis Ideale. In seinem Manifest vor dem Krieg, *Hind Swaraj*, hatte er jedoch, wie im vorigen Kapitel gezeigt, diese Tugenden mit der indischen Selbstherrschaft verknüpft. Sie könne lediglich, so argumentierte er, in den autarken Dorfgemeinschaften wahrhaftig praktiziert werden, aus denen Indien einst entstanden war. Das war eine reichlich bizarre Version der indischen Vergangenheit, die zu einem kleinen Teil auf die Geschichten zurückzuführen war, die britische Regierungsvertreter präsentiert hatten. Weit wichtiger war jedoch der Einfluss der späten Schriften Tolstojs (1828–1910) und seiner idealisierten Darstellung der dörflichen Gemeinschaften Russlands. In einem Land, das noch überwiegend dörflich geprägt war, übte dieses Idealbild eine enorme Anziehungskraft aus. Da Gandhi jedoch darauf beharrte, dass eine moralische Erneuerung Indiens erst nach dem Ende der britischen Herrschaft beginnen könne, barg diese Botschaft zugleich enorme Sprengkraft. Die britische Herrschaft war laut Gandhi das Instrument, mit dessen Hilfe die fremde Kultur des Westens Indien korrumpiert habe. Ihr Sturz sei dringend erforderlich

– allerdings durch moralischen Druck, nicht durch physische Gewalt. Gandhi schwebte eine umfassende Kampagne der psychischen Befreiung vor, um den indischen Untertanengeist abzuschaffen. Denn die Inder *gestatteten* es den Briten zu herrschen, indem sie sich ihren Systemen der Rechtsprechung und des Strafvollzugs unterwarfen, ihre Modelle von Wirtschaft und Politik übernahmen und ihre Methoden bei Bildung und Kultur kopierten. Das Brechen dieser mentalen Ketten, die Freiheit, nach indischen, nicht britischen Mustern zu denken, der Einsatz von *satyagraha* (»Seelenkraft« oder »Kraft der Wahrheit«) gegen physische Gewalt sei der sicherste, wenn nicht einzige Weg, auf dem rasch eine wahre Unabhängigkeit Indiens erreicht werden könnte.

Zwischen diesen Ideen und denen der indischen Nationalisten lagen Welten. Der Indische Nationalkongress propagierte seit den 1880er Jahren die Selbstherrschaft. Aber seine Führer wollten die Herrschaft des britisch-indischen Staates übernehmen, nicht seine Autorität über die dörflichen Gemeinschaften beenden oder gar eine anarchistische Utopie verwirklichen. Sie bewunderten britische Institutionen wie die repräsentative Regierung und den Staatsdienst und sahen in ihnen Bausteine für eine neue, indische Nation, die von oben errichtet werden sollte. Sie plädierten keineswegs für einen vollständigen Bruch mit Großbritannien, sondern strebten den Status eines sich selbst regierenden Dominion wie Kanada an, das der britischen Krone loyal ergeben war und im Empire blieb. Für einen Anwalt mit englischer Bildung, der 20 Jahre seines Lebens in Großbritannien und Südafrika verbracht hatte, waren Gandhis Ideen sehr ungewöhnlich. 1915 war er im Alter von 46 Jahren nach Indien zurückgekehrt. Die Nationalisten betrachteten sein Konzept als Träumerei eines Sonderlings, das sie je nach Couleur entweder für harmlos oder für gefährlich hielten. Die Führer des Kongresses hatten gehofft, dass Indiens Loyalität im Krieg auf

politischer Ebene belohnt werden würde, was bis zu einem gewissen Grad auch der Fall war. Aber die »Reformen«, die ihnen 1918 angeboten wurden, waren eine große Enttäuschung. Sie enthielten keine Zugeständnisse an die Forderungen des Kongresses nach einem parlamentarischen System mit indischen Ministern in der zentralen Regierung – nach dem Vorbild eines »weißen Dominion«. Stattdessen rückten die Reformen die Provinzen in den Mittelpunkt des politischen Interesses, mit der durchsichtigen Intention (wie viele Kongress-Führer glaubten), die Unterschiede zwischen den Regionen Indiens hochzuspielen und den Weg zu einem einheitlichen Nationalstaat zu versperren. Nach dieser Enttäuschung gewannen Gandhis Methoden politischen Handelns an Reiz – bis sie 1919 durch Gewalt und Chaos wieder in Verruf gerieten. Die meisten Kongress-Politiker waren angesehene Grundbesitzer. Im Jahr 1920 fand Gandhi jedoch einen anderen Weg, den Kongress für sich zu gewinnen.[21]

Das Geheimnis bestand darin, den Zorn unter führenden Muslimen über die Friedensbedingungen zu schüren, die dem Osmanischen Reich von den Siegermächten diktiert worden waren. Indische Muslime waren bestürzt über die osmanische Niederlage und die Auflösung des letzten großen islamischen Reiches, und sie wollten die heiligen Stätten des Islam schützen. Die heiligen Stätten in Jerusalem waren schließlich bereits in britische Hände gefallen. Außerdem waren sie empört über die Pläne, eine türkische Herrschaft in Konstantinopel zu verhindern. Sie sahen darin eine bewusste Demütigung des Sultans (*khalifa*) und einen direkten Angriff auf das Ansehen des Islam als Weltreligion. Um die britische Regierung – die Initiatorin dieser Pläne – unter Druck zu setzen, starteten sie eine Kampagne, mit der sie die Wut der indischen Gläubigen über diesen christlichen Angriff auf das ererbte Amt des Sultans als Befehlshaber der Gläubigen (das Kalifat, indisch: *khilafat*) nutzen wollten, um zum offenen Aufruhr aufzustacheln.

Gandhi reagierte geschickt. Er verknüpfte die brutale Niederschlagung seiner *satyagraha*-Kampagne in der Provinz Pandschab (»das Pandschab-Unrecht«) mit dem »Khilafat-Unrecht« und forderte Muslime und Hindus auf, massenhaft zivilen Ungehorsam zu praktizieren, um *»swaraj* [Selbstherrschaft] in einem Jahr« zu erreichen. Muslime wurden ermuntert, in den Kongress einzutreten und Delegierte für die jährliche Konferenz zu wählen. Das Ergebnis war ein regelrechter Coup. Mit starker muslimischer Unterstützung zwang Gandhi die alte Garde des Kongresses, direkte Aktionen zu unterstützen. Er machte aus dem einst elitären politischen Club eine Massenbewegung mit einem winzigen Mitgliedsbeitrag. Aus einer politischen Quasselbude machte er eine Kampfmaschine, die den Raj unablässig drangsalierte und bei jeder Gelegenheit als Parallelregierung auftrat.

Von Ende 1920 bis Anfang 1922 führte Gandhi mit dem Indischen Nationalkongress als Waffe einen gewaltlosen Krieg gegen die britische Kolonialherrschaft. Demonstrationen und Märsche, ein Boykott der staatlichen Gerichte und Schulen, ein Kaufboykott gegen importierte britische Waren und die Ablehnung der Reformen, die die Regierung angeboten hatte (auch der Aufteilung der Macht auf Provinzebene) bildeten gemeinsam die Kampagne der »Nichtkooperation« – das Ende der Akzeptanz der britischen Obrigkeit. Da die Kampagne mit heftigen Unruhen in anderen Regionen zusammenfiel und in ein umfassendes Chaos zu münden drohte, versetzte die Nichtkooperation die britischen Herren Indiens in akute Alarmbereitschaft. Allerdings fürchteten sie vor allem das islamische Element in Gandhis Kampagne, die religiös begründete Verteidigung des Khilafats durch die muslimischen Massen, den Einfluss der Imame und eine unkontrollierbare Aufwallung des islamischen Eifers, der auf die überproportional muslimisch geprägte Polizei und Armee übergreifen könnte.[22] Gandhis Kampagne trieb auf einen dramatischen Höhepunkt zu. Dem

Aufstand armer, muslimischer Pächter gegen ihre hinduistischen Grundbesitzer in Teilen Südindiens – dem »Moplah-Aufstand« – fielen 10.000 Menschen zum Opfer. Er endete damit, dass eine wütende Menge eine nordindische Polizeiwache in Brand steckte. Dabei kamen 22 Menschen ums Leben. Als erkennbar wurde, dass die Nichtkooperation außer Kontrolle geraten war, sagte Gandhi im März 1922 den Kampf ab und wurde unmittelbar danach ins Gefängnis gesteckt. Binnen weniger Jahre war die Beteiligung der Massen im Kongress wieder geschwunden. Die Khilafat-Kampagne erlitt ein ähnliches Schicksal. Im Jahr 1924 wurde das Amt des *khalifa* nicht von den Briten abgeschafft, sondern von Mustafa Kemals säkularer Republik. Die Allianz zwischen Muslimen und Hindus zur Erlangung der indischen Selbstherrschaft verlor damit ihren eigentlichen Beweggrund. Gandhis Experiment schien kläglich gescheitert.

Das hofften zweifellos zumindest die Briten. Die revolutionäre Phase in der indischen Politik blieb jedoch unvergessen. Sie hatte erstmals vor Augen geführt, dass die britische Herrschaft durch eine organisierte Massenbewegung auf dem gesamten Subkontinent herausgefordert werden konnte. Der Zusammenbruch der Nichtkooperation war ein schwerer Schlag für die engen Gefolgsleute Gandhis gewesen. Die unmissverständliche Lehre aus der Aktion bestand darin, dass es überaus schwierig war, eine solche Bewegung zu steuern und ihre Stoßkraft zu erhalten. Doch die Briten mussten von jetzt an stets mit einer zweiten Runde solcher Massenaktionen rechnen, um die Loyalität zu untergraben, die indische Soldaten, Polizisten, Beamte und lokale Würdenträger mit ihrem Herrschaftssystem verband. Die Angst vor einer Wiederholung sollte ihre Politik in den folgenden 25 Jahren prägen. Außerdem hatte sich Gandhis Angriff auf den britischen Raj als ideologischer Triumph erwiesen. Viele indische Nationalisten liebäugelten immer noch stark mit

den repräsentativen Institutionen, die die Briten geschaffen hatten. Gandhi war es gelungen, eine riesige neue Wählerschaft potenzieller Anhänger zu überzeugen, dass seine Version einer nationalen Bewegung mit ihren sozialen und moralischen Elementen den Bedürfnissen und Wünschen der dörflichen Massen Indiens entsprach und dass die Probleme Indiens auch indische Lösungen erforderten. Kurzum, er schuf eine indische anstelle einer »britisch-indischen« Nationalbewegung. Zuletzt baute Gandhi (zum Teil als Folge) den Nationalismus und den Kongress zu einer Bewegung aus, die Bauern, Frauen, Fabrikarbeiter, die »Stämme« der Wälder und Berge und die Unberührbaren (die Angehörigen der untersten Stufe im indischen Kastensystem, auch Paria genannt) einbezog. Natürlich schwankten das allgemeine Interesse und die Mitgliederzahlen des Kongresses (etwa nach 1922). Aber Gandhis Gefolgsleute, die einen »Aufschwung der Dörfer« anstrebten bzw. seine Pläne für Bildung und Hygiene propagierten, bildeten ein Netzwerk aus Aktivisten, die sehnsüchtig die nächste *satyagraha*-Kampagne erwarteten. Es blieb abzuwarten, wann ihre Chance kommen sollte.[23]

Vorerst war jedoch selbst eine nominelle Selbstherrschaft, wie sie Ägypten gewährt worden war, in weiter Ferne. Gandhi hatte das britische Selbstvertrauen gewaltig erschüttert. Aber der »Stahlrahmen« des britischen Raj, die Armee, Polizei und der Verwaltungsapparat mit den Zehntausenden loyalen indischen Dienern, war noch intakt. Die religiösen und sozialen Gräben, die Gandhi hatte überbrücken wollen, ließen eine große nationale Koalition gegen die Fremdherrschaft als ferne Utopie erscheinen, nicht als praktische Basis für politische Aktionen in unmittelbarer Zukunft.

In China war die Lage anders. Zwischen 1919 und 1922 behaupteten chinesische Führer trotz ungünstiger Vorzeichen erfolgreich Chinas Recht auf volle Souveränität, das nach 1890 so sehr gefährdet schien. Sie verschafften

China sogar einen Platz im neuen Völkerbundsrat, dem höchsten Gremium des Völkerbundes. Mit der Weigerung, den Vertrag von Versailles wegen der Klausel zu Shandong zu unterzeichnen, setzten die Chinesen in den Washingtoner Verträgen von 1921 und 1922 eine neue Regelung für Ostasien durch. Sie erreichten, was vor 1914 schier undenkbar gewesen wäre: ein Programm zur Aufhebung der »Ungleichen Verträge«, das eine Zollautonomie einführte und extraterritoriale Privilegien abschaffte. Die unzähligen ausländischen Enklaven auf chinesischem Boden wurden nach und nach geschlossen. China lehnte sich viel erfolgreicher als andere Länder der afro-asiatischen Welt gegen eine globale Ordnung auf, in der Imperien als Norm galten.[24]

Natürlich lag dies nicht zuletzt daran, dass die Chinesen sich in dem entscheidenden Jahrzehnt vor 1914 vehement gegen die Degradierung auf einen halbkolonialen Status gewehrt hatten, obwohl der Westen schon im 19. Jahrhundert Einschränkungen seiner Unabhängigkeit erwirkt hatte (eine ganze Reihe westlicher Staaten wie die USA, Brasilien, Peru und Bolivien genossen extraterritoriale Rechte). Die Gebildeten akzeptierten erstaunlich schnell, dass man das dynastisch regierte China zum Nationalstaat mit einer republikanischen Regierung umgestalten musste, die den Willen des Volkes umsetzen sollte. Die Emotionen in China im Mai 1919, nachdem die Pariser Friedenskonferenz dessen Anspruch auf Shandong zurückgewiesen hatte, machten überdeutlich, dass sich dieser neue Patriotismus nicht auf die Gebildeten beschränkte. Die »Bewegung des 4. Mai« nahm unter Studenten in Peking ihren Anfang, entwickelte sich aber rasch zu einer breiten Protestbewegung, die auch Kaufleute und Handwerker für Demonstrationen und Boykotte gewann und sich schnell über die Hauptstadt hinaus ausweitete. Das war der anschauliche Beweis, dass ausländische Geschäftsinteressen durch den Volkszorn erheblich geschädigt werden konnten

und dass die wütenden Massen der neuen, nationalistischen Rhetorik der Gebildeten zustimmten. Doch diese neue Volksstimmung brachte keine starke nationale Regierung hervor. Von 1919 bis 1922 hatte China eine Regierung in Kanton und eine in Peking. Die Regierung in Peking war eine Arena von Splittergruppen, und ihr Einfluss reichte kaum über die Stadtmauern hinaus.[25] In weiten Teilen Chinas herrschte der *dujun* der Provinz, der militärische Befehlshaber oder »Warlord«.[26] Im Jahr 1922 lösten die schwelenden Feindseligkeiten zwischen diesen Provinzherren die Bürgerkriege aus, die Chinas Politik bis zur Einnahme Pekings durch Chiang Kai-schek im Jahr 1928 prägten. Die enthusiastische Unterstützung der Souveränität Chinas und die feierlichen Versprechen in den Washingtoner Verträgen, sie zu respektieren, irritieren deshalb ein wenig. Die innenpolitischen Unruhen des postimperialen Chinas luden ausländische Mächte ebenso sehr zur Einmischung ein wie vor 1914.

Während des Ersten Weltkrieges hatte die Lage mit Sicherheit diesen Eindruck erweckt. Im Januar 1915 hatten die Japaner erkannt, welch gigantisches Ausmaß der europäische Konflikt annahm, und sie präsentierten der chinesischen Regierung ihre berühmten 21 Forderungen, auf dem Papier des Kriegsministeriums und »mit Maschinengewehren und Kreuzern als Wasserzeichen«.[27] Sie legten die erste Generation der »Ungleichen Verträge« vor. China sollte einer Übernahme der deutschen Rechte in Shandong durch Japan zustimmen, die japanischen Konzessionen und Pachtverträge in der Mandschurei für ein weiteres Jahrhundert verlängern, ohne die Erlaubnis Japans kein ausländisches Kapital für die Entwicklung der Provinz Fukien (eine Küstenregion, weit südlich der bisherigen Sphäre Japans) leihen und in »politischen, finanziellen und militärischen Angelegenheiten« auf japanische Ratgeber hören.[28] Im Grunde wollten die Japaner eine Art Protektorat. Da sie ohne Bündnispartner und Waffen war,

gab die chinesische Regierung klein bei und unterzeichnete den Vertrag. Er machte den Weg frei für das rasche Vordringen des japanischen Einflusses im Norden Chinas und die wachsende Abhängigkeit Pekings von Darlehen aus Tokio. Mit dem Sturz des Zaren und dem Zusammenbruch seines Reiches war das letzte große Hindernis für eine japanische Dominanz beseitigt: Weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten waren bereit, Tokio in diesem Stadium des Krieges die Stirn zu bieten. Als die Alliierten vereinbarten, in Sibirien zu intervenieren, um zu verhindern, dass Russland unter deutsche Kontrolle geriet (das erwartete Ergebnis nach dem Vertrag von Brest-Litowsk), stellte ausgerechnet Japan die weitaus größte Streitmacht und wollte auch die größte Ernte einfahren: eine Ausdehnung des Einflusses bis tief ins Landesinnere Asiens. Die Entscheidung zu Shandong im Jahr 1919 spiegelte die massive Machtverschiebung in Ostasien während des Krieges wider. Als Chinas Einheit zerbrach (die Gegenregierung in Kanton war 1917 gebildet worden) und die Provinzfürsten von Japan bereitwillig Geld annahmen, hatte es den Anschein, als könne das Land Teil eines riesigen, informellen Reiches werden, dessen Zentrum Tokio war.

Doch so weit kam es nicht, weil sich die Politik Chinas und die konfliktreichen Beziehungen der Großmächte in Ostasien stark annäherten. Gewiss war Peking außerstande, den Provinzfürsten seinen Willen aufzuzwingen. Aber es bestand kein Zweifel, dass das nationalistische Programm der gebildeten Elite (mit der neuen Universität in Peking als Zentrum)[29] in Fragen der »Wiedergewinnung der Rechte« die Unterstützung der Massen in den Vertragshäfen an Chinas Küste hatte. Das war die eigentliche Bedeutung der Bewegung des 4. Mai. Bis zum Ende des Jahres 1920 hob die Regierung in Peking die extraterritorialen Privilegien Deutschlands und Österreich-Ungarns auf. Die bolschewistische Regierung hatte auf russische Ansprüche

verzichtet. Aller Voraussicht nach würde Peking künftig auch den privilegierten Status der restlichen Vertragsmächte, einschließlich Großbritanniens, Japans und der Vereinigten Staaten, scharf attackieren.[30] Die Betroffenen konnten sich leicht ausmalen, welche explosive Wirkung ein derartiger Schritt in Shanghai und anderswo haben würde. Interessen und Eigentum von Ausländern könnten kaum bei absehbaren Massendemonstrationen und Boykotten geschützt werden. Es schien angezeigt, Pekings Unterstützung für einen allmählichen Wandel zu gewinnen. Die Briten und Amerikaner hatten einen weiteren Grund, sich mit Peking zu einigen. Entsetzt hatten sie die wachsende Macht Japans beobachtet und trauten der »militaristischen Clique«, die das Land regierte, nicht über den Weg.[31] 1920 drängten sie die japanische Regierung beharrlich, die kommerziellen Konzessionen in ein internationales Konsortium einzubringen, und sie widersetzten sich dem japanischen Anspruch auf eine Sonderstellung »jenseits der Mauer« in der Mandschurei.[32] Dieser angloamerikanische Druck wurde in Tokio zwar gefürchtet und missmutig registriert, aber japanische Politiker hatten letztlich andere Gründe, ihre Politik in Ostasien zu ändern. Sie waren mit innenpolitischen Unruhen konfrontiert, eine Folge der wirtschaftlichen Belastungen des Krieges.[33] Die Expedition nach Sibirien mit hohen Kosten und Verlusten war extrem unpopulär,[34] und ohne die frühere Bedrohung durch Russland war sie kaum zu rechtfertigen. Außerdem musste in Korea dringend für politische Ruhe gesorgt werden, denn 1919 hatten die Japaner dort eine Unabhängigkeitsbewegung brutal unterdrückt.[35] Außerdem teilten die Japaner die Besorgnis des Westens, dass die fremdenfeindliche Stimmung in China in offenen Hass umschlagen und ihren Geschäftsinteressen erheblich schaden könnte; vor allem aber fürchteten sie einen chinesischen Boykott ihrer Textilexporte.[36] Die Zeichen standen auf Versöhnung.

Zum Ausdruck kam dies in der bemerkenswerten Regelung in den Washingtoner Verträgen von 1921/22. Die Westmächte und Japan garantierten die Unabhängigkeit und Integrität der chinesischen Republik. Es war vorgesehen, die »Ungleichen Verträge« zu revidieren. Kein Staat durfte Sonderkonzessionen anstreben oder exklusive Vereinbarungen treffen. China hatte, so schien es, die nationale Würde wiedererlangt, die in den chaotischen 1890er Jahren so schmerzlich gedemütigt worden war. Aber der revolutionäre Prozess war noch nicht zu Ende. Seit 1922 waren Ausländer in China verstärkt mit einem militanten Nationalismus konfrontiert. Eine zweite Revolution, auf gesellschaftlicher und politischer Ebene, ließ den gemächlichen Zeitplan der Washingtoner Verträge für die Wiedererlangung der vollen Souveränität seltsam selbstgefällig erscheinen. Das Epizentrum war Kanton, die südliche Metropole. Kanton (heute Guangzhou) war schon das Zentrum der Qing-Gegner gewesen. Die Kantonesen seien, sagte ein alter Reaktionär von der chinesischen Küste, »die Iren Chinas« (was nicht als Kompliment gemeint war).[37] Kanton lag nur knapp 80 Meilen von Hongkong entfernt, das ihm als Vorhafen diente, und es war in der Kaiserzeit eine sichere Zuflucht für Dissidenten gewesen. Hier hatte Sun Yat-sen schon vor 1911 versucht, seine revolutionäre Partei aufzubauen, die spätere Kuomintang oder Nationale Partei (KMT).[38] Aber ohne große Gefolgschaft war Sun in einer schlechten Ausgangsposition. Er konnte sich den wachsenden Widerstand der Händler und Handwerker gegen die Forderungen und Repressionen der neuen Provinzherrscher (überwiegend Militärs), die die Mandarin-Gelehrten des alten Reichssystems verdrängt hatten, nicht zunutze machen. Ebenso wenig konnte er sich an die gebildete Schicht (zu der Mao Tse-tung gehörte) wenden, die bitter über ihre Verdrängung von der Macht durch Warlords und Soldaten klagte. Im Jahr 1922 wurde Sun von einer Gruppe Warlords sogar aus Kanton

vertrieben. Die folgenden drei Jahre brachten jedoch einen erstaunlichen Wandel. 1923 schloss Sun einen historischen Pakt mit einem Agenten, den das bolschewistische Russland geschickt hatte. Sun akzeptierte das Angebot der Militärhilfe und ein Korps sowjetischer Berater,[39] um die KMT nach leninistischem Modell neu zu ordnen, und zwar in Kooperation mit der noch jungen Kommunistischen Partei Chinas (KPC). Die KMT-KPC schickte sich an, mit Bauern und Arbeitern eine Massenbasis aufzubauen.[40] Und mit der eigenen Parteiarmee hatte sie endlich die Macht, die Warlords zu besiegen und einen neuen Staat zu errichten.[41]

Die Revolution brach 1925 aus. Vorübergehend verlor die KMT die Kontrolle über Kanton und ihren Führer Sun, der im Alter von 58 Jahren starb. Aber am 30. Mai brachen Arbeiterunruhen in Shanghai aus, einem Ballungsraum für ausländische Unternehmen, nachdem die britische Polizei in der internationalen Siedlung zwölf Chinesen bei einer großen Demonstration erschossen hatte. Eine gewaltige Protestwelle erfasste das Jangtse-Tal und die ganze Küste bis nach Hongkong. Am 23. Juni kam es zu weiteren Schusswechseln in der europäischen Enklave Shameen in Kanton. In Hongkong wurden ein Generalstreik und ein Boykott des britischen Handels organisiert, die britischen Behörden wurden damit direkt herausgefordert. Die KMT erlangte neue Glaubwürdigkeit als nationale Bewegung, weil sie bewies, dass sie eine Aktion effektiv leiten konnte. Die sowjetische Unterstützung, die fremdenfeindliche Massenbewegung und ein blutiger Bürgerkrieg unter den Warlords im Norden machten unverhofft den Weg frei für eine Wiedervereinigung Chinas unter einer nationalen Regierung, die versprach, jede Fremdherrschaft zu vertreiben.[42] Im Juli 1926 begann die KMT von Kanton aus den »Nordfeldzug« mit dem Ziel Peking. Bis zum Ende des Jahres hatten sie Wuhan erreicht, den großen Verkehrsknoten im Zentrum Chinas. Nanking und Shanghai waren in greifbarer Reichweite. Die nominelle Souveränität

Chinas – die auf der Konferenz von Washington enthusiastisch begrüßt worden war – wurde nun beängstigend real. Die Briten, die am meisten in die alte Ordnung investiert hatten, mussten sich nun in aller Eile von ihren verwundbarsten Vorposten zurückziehen, bevor die Kampfhandlungen begannen.[43] Was die Zukunft den großen, ausländischen Unternehmen (japanischen und westlichen) in Shanghai, dem größten Vertragshafen, bringen würde, stand in den Sternen.

Die Geschichte der Revolutionen und Imperien während des Krieges hatte ein seltsames, aber wichtiges Nachspiel. Im ganzen Norden Eurasiens hing die bestehende Ordnung vom Schicksal des russischen Zarenreiches ab, das sich im Jahr 1918 im Chaos auflöste. Unverzüglich schnupperten die unterworfenen Völker des »Gefängnisses der Nationen«, wie Lenin Russland genannt hatte, für kurze Zeit die Luft der Freiheit. In der Ukraine, im Kaukasus und in Zentralasien sowie bei den ethnischen Minderheiten des eigentlichen Russlands (wie Baschkiren und Tataren) griffen lokale Regime nach der Macht. Auf den ersten Blick hatten sie gute Chancen. In den Jahren 1918 und 1919 kämpften die Bolschewiki in einem Bürgerkrieg verzweifelt ums Überleben. Außerdem hatten die Bolschewiki die Befreiung der unterworfenen Nationalitäten Russlands propagiert, die sie als Bündnispartner gegen die zaristische Autokratie ansahen. Lenin hatte in seinem berühmten Manifest während des Krieges *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1916) erklärt, dass Freiheit für die Kolonien der entscheidende erste Schritt in Richtung einer Zerstörung des Kapitalismus in seinem europäischen Kernland Großbritannien sei. In der Belagerungsphase nach 1917 stellten die Bolschewiki fest, dass dieses revolutionäre Prinzip auch ihrem eigenen Machterhalt dienen könnte. Nominell bestand bis 1936 eine Transkaukasische

Föderative Sowjetrepublik. Außerdem waren die Republiken der Sowjetunion laut Unionsvertrag unabhängig. Die Bolschewiki wollten unbedingt der drohenden panislamischen Stimmung unter den Muslimen des Kaukasus und in Zentralasien zuvorkommen. Überdies fürchteten sie eine japanische Expansion und angloamerikanischen Einfluss an der ostasiatischen Grenze. Dies war der eigentliche Beweggrund für die Intervention, die sie 1922/23 zunächst in Nordchina und dann – was noch einträglicher war – im nationalistischen Süden durchführten.[44]

Wie die Romanows vor ihnen erkannten die Bolschewiki jedoch rasch, dass ein russischer Staat ohne die politische Beherrschung Innereurasiens und seiner strategischen Grenzregionen stets von außen bedroht war. Für den Sieg über die Weißen im Bürgerkrieg mobilisierten sie eine Armee von über fünf Millionen Mann.[45] Der Versuch der Roten Armee, den revolutionären Kampf nach Mitteleuropa zu tragen, wurde 1920 von den Polen gestoppt. Aber Moskau gewann die Kontrolle über den größten Teil Weißrusslands und der Ukraine zurück, die sie im Vertrag von Brest-Litowsk verloren hatte. In der Wolga-Region, wo Moskau angeblich mit einem unabhängigen Staat für Baschkiren und Tataren geliebäugelt hatte, wurde die Macht des Zentrums im Lauf des Jahres 1920 gewaltsam durchgesetzt.[46] In Zentralasien wehrte sich die russische Siedlergemeinde, zum großen Teil Eisenbahnarbeiter, gegen den Versuch der muslimischen Elite vor Ort, die 40 Jahre zuvor verlorenen Freiheiten zurückzuerobern. Den Ausschlag gab jedoch die Rote Armee, die im Februar 1920 Chiwa und im September Buchara einnahm. »Basmatschi«-Kämpfer führten bis 1921 einen Guerillakrieg, doch ihre Sache war verloren. Im Kaukasus ging Moskau anfangs vorsichtiger vor. Es achtete sorgsam darauf, weder die Türkei noch den Iran zu brüskieren, weil beide potentielle Bündnispartner gegen den britischen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten waren.

Der Zentralregierung fehlten die militärischen Mittel, um diese Gebirgsregion zu unterwerfen. Sie stand einer energischen georgischen Regierung gegenüber, deren Unabhängigkeit im Mai 1920 anerkannt wurde. Bis zum Ende des Jahres jedoch hatte sich die strategische Position Russlands erheblich verbessert. Der britische Einfluss ebbte nach dem Höhepunkt um die Jahreswende allmählich ab.[47] Aus Angst vor einer Eroberung durch die wieder erstarkte Türkei verzichteten die Armenier im Tausch gegen russischen Schutz auf die Unabhängigkeit. Ein Jahr später folgten ihnen die Georgier aus ähnlichen Gründen. Ende 1921 beherrschte Moskau wieder die ehemaligen Kaukasusprovinzen des Zaren. Und 1922 stellte der Abzug Japans aus Sibirien die russische Herrschaft über die Pazifikgebiete wieder her, die man China nach 1860 abgenommen hatte. Das Reich des Zaren war wieder auferstanden.[48]

Diese erstaunliche Erholung war in erster Linie der militärischen Leistung von Trotzkis Roter Armee zu verdanken. Ein wesentlicher Faktor war zweifellos die Tatsache, dass in dem riesigen geographischen Raum Innereurasiens kein anderer Staat so viele Truppen und Ressourcen mobilisieren konnte wie Russland. Aber trotz der Größe des Triumphs fehlten den Bolschewiki sowohl die Mittel als auch der Wille, das Vorkriegsmuster der russischen imperialen Herrschaft wiederzubeleben. In dem politischen Trauma der Jahre 1918 bis 1923, mitten im Bürgerkrieg, während der ausländischen Invasionen, des wirtschaftlichen Kollaps, der Bauernunruhen, der militärischen Katastrophe und des fast völligen Zusammenbruchs des Staatsapparats, war das kaum anders zu erwarten. Lenin wollte die Loyalität der Nichtrussen im ehemaligen Zarenreich durch politische Zugeständnisse und Sympathie für ihre nationalen Ambitionen gewinnen. Der Kommissar für Nationalitäten, der diese Politik umsetzen sollte, war ein Exilgeorgier namens Josef Stalin. Er galt als

Doyen der Kriegsführung in Grenzregionen und als Meister der »Steppenpolitik«.[49] Unter seiner geschickten Führung wurde die Nationalitätenpolitik das Mittel zum Zweck in einem größeren Kampf. »In vier Jahren Bürgerkrieg«, teilte er später Lenin mit, »waren wir, bei der ausländischen Intervention, gezwungen, Moskaus Liberalismus in der nationalen Frage zu demonstrieren.«[50] Die Vertreter Moskaus wurden angewiesen, die chauvinistischen Neigungen der russischen Siedler allenthalben zu zügeln.[51] Als Grenzregionen wie die Ukraine und Weißrussland ihre nur kurz währende Unabhängigkeit wieder verloren, wurden sie als sozialistische Sowjetrepubliken unter ihren eigenen bolschewistischen Führern neu geordnet. Die kleineren unterworfenen Nationen wurden zudem mit dem Versprechen besänftigt, ihnen separate Republiken und autonome Regionen zu gewähren, an deren Spitzen Einheimische stehen sollten. Sie sollten »kulturelle Autonomie« genießen, um ihre eigene Sprache, Bildung und Kultur zu fördern. Es stand ihnen frei, Nationen aufzubauen. Selbstverständlich wollte Stalin mit diesen Angeboten niemals volle Souveränität gewähren. Die autonomen Republiken durften keine auswärtigen Beziehungen unterhalten. Die »nationalen Kommunisten« sollten den Bolschewiki größere Bündnistreue schulden als der eigenen Republik. Im Grunde sollte der bolschewistische Parteistaat ein neues »Parteireich« bekommen, bis die sowjetischen Nationalitäten zu einem einzigen Sowjetvolk verschmolzen werden konnten. In dem zitierten Brief von 1922 schäumte Stalin vor Wut darüber, dass die Kommunisten in den Grenzregionen »sich weigerten, das Spiel der Unabhängigkeit als Spiel zu begreifen« und sie tatsächlich verwirklichen wollten. (Diese Äußerung erinnert übrigens an die britischen Klagen über Ägypten.)[52] Sie wollten sogar eine eigene Außenpolitik betreiben. Stalin plädierte nachdrücklich dafür, alle neuen Sowjetrepubliken in eine russische Föderation einzugliedern, doch Lenin lehnte ab.

Die neue sowjetische Verfassung von 1924 hielt die juristische Fiktion einer sowjetischen »Union« aufrecht, die aus gleichberechtigten Staaten bestand. Die wahre Garantie für Moskaus Hegemonie über die Sowjetrepubliken war die unsichtbare Hand der Parteimacht. Das Nationalitätenprinzip, Resultat einer verzweifelten Lage im Bürgerkrieg, wurde jedoch für immer Bestandteil des sowjetischen Systems.

Eine zersplitterte Weltordnung

Nach einer langen Phase der Unruhen näherte sich die Welt Mitte der 1920er Jahre wieder einem geordneten Zustand. Wer die Vorkriegsjahre als eine Form »internationaler Anarchie« betrachtete oder empört war über die räuberischen Exzesse des europäischen Imperialismus, sah im Völkerbund einen Neuanfang. Aus dem Ancien Régime der dynastischen Reiche war eine »Welt der Nationen« geworden. Die Satzung des Völkerbundes, die seine Mitgliedsstaaten unterzeichnet hatten, ächtete bewaffnete Aggression und verpflichtete alle Mitglieder zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte. Mit der Tradition, dass koloniale Eroberungen legitime Kriegsbeute waren, wurde gebrochen. Die verlorenen Kolonien Deutschlands und die verlorenen Provinzen des Osmanischen Reiches sollten internationale »Mandate« werden, die jederzeit von Vertretern des Völkerbundes inspiziert werden konnten und darüber hinaus dem Handel aller Nationen offen standen. Der Völkerbund selbst weckte gar noch großartigere Hoffnungen: dass eine internationale Gemeinschaft mit gemeinsamen liberalen Werten und einer gemeinsamen Rechtsordnung sich unweigerlich von Europa auf die »Neo-Europas« (wie die Staaten Lateinamerikas) und die nichtwestliche Welt ausdehnen würde.[53]

Der Völkerbund sollte wie das ehemalige Konzert der Mächte Europas funktionieren, allerdings weltweit und mit der liberalen Demokratie als ideologischem Leitstern. Wie in jenem Konzert sollten die größeren Mitglieder an die Vernunft der streitsüchtigeren Juniorpartner appellieren. Die eigentliche Bedeutung des Völkerbundes bestand in den Augen seiner Fürsprecher darin, dass die internationale Politik künftig sogar noch »globaler« als vor dem Krieg werden würde. Die nationalen Interessen der Staaten waren noch enger miteinander verflochten; das kollektive Interesse an der Vermeidung von Aggression war noch stärker zu spüren; ideologische Einflüsse (der Nationalismus und demokratische Werte) sollten internationale Ausstrahlung erlangen. Der Völkerbund konnte jedoch nur als kollektiver Wächter des Weltfriedens auftreten, wenn alle souveränen Staaten ihm beitraten und seine Regeln voll akzeptierten. So weit kam es natürlich nie.

Faktisch war die Nachkriegswelt, die in den 1920er Jahren Gestalt annahm, von Anfang an in vier geopolitische Zonen geteilt. Die größte war die Zone des Völkerbundes. Er bildete eine lose internationale Konföderation unter Führung der zerstrittenen Mächte Frankreich und Großbritannien. Die Mitgliedsstaaten kamen zum größten Teil aus Europa und Lateinamerika. Ferner gehörten ihm China und bis 1933 Japan an. Bei der Gründung wurden weder Russland noch Deutschland zum Beitritt aufgefordert. Beide wurden aber später Mitglieder, allerdings nicht zur selben Zeit (Deutschland trat 1933 wieder aus; Russland trat 1934 ein). Die Vereinigten Staaten lehnten eine Mitgliedschaft ab. Außerhalb Europas deckte sich der Einflussbereich des Völkerbundes annähernd mit den imperialen Systemen Großbritanniens und Frankreichs und kleinerer Kolonialmächte wie den Niederlanden und Portugal. Die lateinamerikanischen Staaten blieben auf Distanz. Die Fähigkeit des Bundes, von aggressiven Akten abzuschrecken und die Nachkriegsordnung zu sichern, hing stark von der

Flottenstärke und Militärmacht der beiden größten Mitglieder ab. Diese wiederum strebten nach Stabilität in Europa – vor allem mit dem Projekt einer deutsch-französischen Freundschaft –, um frei handeln zu können. Der Vertrag von Locarno, in dem Frankreich und Deutschland sich 1925 gegenseitig zusicherten, den Grenzverlauf zu respektieren, schien ein neues Zeitalter einzuläuten, in dem die Angelegenheiten Europas künftig von den vier Großmächten friedlich geregelt wurden: Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien. Ein Bündnis, das kollektiv von allen unterstützt wurde, wäre tatsächlich eine ernstzunehmende Macht in der Welt gewesen und hätte die stillschweigende Wiederherstellung der Vormachtstellung Europas vor dem Krieg ermöglichen können. Aber nach knapp zehn Jahren waren die vier Mächte heftig zerstritten, und die Zone des Völkerbundes selbst war zum Schauplatz von Unruhen geworden. Der Umstand, dass der Bund die Eroberung Abessiniens durch Italien nicht verhindern konnte, war indirekt auf englischfranzösische Ängste mit Blick auf Deutschland zurückzuführen. Dieses Ereignis markierte das fatale Scheitern des letzten eurozentrierten Experiments, eine globale Ordnung zu bewahren.

Die Weigerung der USA, dem Völkerbund beizutreten, irritierte auf den ersten Blick, denn der Völkerbund verkörperte doch offenkundig weite Teile der Vision seines mächtigsten Fürsprechers Woodrow Wilson. Die Vereinigten Staaten hatten sich aber seit 1914 zu einer weit stärkeren, internationalen Macht entwickelt. Sie vergrößerten ihr Flotte oder waren im Begriff dies zu tun, und die US-Navy war mindestens so groß wie die britische Flotte. Ihre wirtschaftlichen Interessen in Übersee hatten mittlerweile enorm zugenommen. Im Jahr 1914 beliefen sich die Auslandsinvestitionen Amerikas auf 4,82 Milliarden Dollar, etwas weniger als die Anleihen im Ausland in Höhe von rund fünf Milliarden Dollar. Im Jahr 1919 kehrte sich das

Verhältnis um, und es wurde eine positive Handelsbilanz mit einem Überschuss in Höhe von über zehn Milliarden Dollar erzielt. Zehn Jahre später hatten die Vereinigten Staaten die gewaltige Summe von 35 Milliarden Dollar dem Ausland in Form von Krediten gewährt und Großbritannien als den größten Kreditgeber der Weltwirtschaft überholt.[54] Ein großer Teil der Summe wurde in Europa investiert. Die Vereinigten Staaten waren maßgeblich an der Regelung in Ostasien 1921 und 1922 beteiligt. Für die Anhänger Wilsons lag es auf der Hand, dass der Einfluss Amerikas auf den Völkerbund für die Schaffung einer neuen Weltordnung genutzt werden sollte. Sie träumten davon, nach und nach die europäischen Reiche aufzulösen, einen allgemeinen Freihandel und die »offene Tür« für die Wirtschaft durchzusetzen sowie ein Verbot von Bündnissystemen zu erreichen, die amerikanische Interessen gefährden könnten. Allerdings mussten sie diese Träume begraben, weil die Angst zu groß war, eine Mitgliedschaft im Völkerbund könnte Amerikas Freiheit einschränken oder die amerikanische Stärke ausnutzen. Der Völkerbund komme einer Garantie für das Britische Empire gleich, erklärte Senator Borah. Er sei »der größte Triumph der englischen Diplomatie«. Durch den feierlichen Bund werde jeder künftige Krieg zu einem Weltkrieg, mahnte Senator Knox: »Wir werden damit voll und ganz in den schrecklichen Hexenkessel der europäischen Politik geworfen.« Die Flotten und Truppen Amerikas könnten von anderen Nationen in den Krieg geschickt werden, warnte Henry Cabot Lodge, der schärfste Kritiker Wilsons.[55]

Ironischerweise widersetzten sich ausgerechnet jene einer Mitgliedschaft im Völkerbund, die wie Cabot Lodge wollten, dass die USA ihre Stellung in der Welt behaupteten, sowie jene, die wie Borah jede Einbindung in externe Bündnisse als Gefahr für die Demokratie ansahen. Für die »Großmacht-Denkschule« war der Völkerbund eine Fessel, mit der die Vereinigten Staaten daran gehindert werden könnten, ihre

wahre Macht einzusetzen. Amerika könne seinen Einfluss angeblich besser außerhalb des Bundes geltend machen. Viele Experten meinten, dass inzwischen nicht mehr die Kontrolle über Territorien der Gradmesser der weltweiten Macht sei, sondern die wirtschaftliche Stärke.[56] Damit waren die Bankiers in der Wall Street und nicht die Diplomaten in Genf die wahren Konstrukteure der künftigen Dominanz Amerikas. Eine Absage an den Völkerbund bedeutete nämlich keineswegs einen Rückzug der USA in die Isolation. Amerikanische Unternehmen waren in Europa, Südamerika und sogar in Asien überaus rührig. Der amerikanische Lebensstil, wie er von Hollywood vermittelt wurde, breitete sich rasch aus.[57] Amerikanische Politiker propagierten die Idee eines allgemeinen Friedens und plädierten für eine Zusammenarbeit mit Großbritannien, um ein Wettrüsten auf See zu verhindern. Doch die Politik der USA war im Kern unilateral ausgerichtet. Amerika sollte die bestehende Weltordnung verändern, anstatt zu ihrem Erhalt beizutragen. Die Amerikaner weigerten sich, ihr Land als eines in einer Gruppe von Großmächten auf Augenhöhe zu sehen. Darin spiegelte sich das Misstrauen der konservativen Mittelschicht wider, dass ausländische Verpflichtungen riskant und andere Länder automatisch hinterhältig sein könnten. Deshalb betrachteten die Vereinigten Staaten den Völkerbund als rivalisierende, allerdings gelegentlich freundlich gesinnte Macht. Beim ersten Anzeichen von Gefahr wurden mit dem Fordney-McCumber Tariff Act von 1922 sofort die Mauern des Protektionismus hochgezogen. In der Mandschurei-Krise von 1931/32 (siehe S. 383) sprach sich Washington dezidiert gegen kollektive Aktionen aus.[58] Somit waren die Zwischenkriegsjahre nicht das Vorspiel zu einem »amerikanischen Jahrhundert«, sondern ein Zeitalter der Stagnation. Amerikanische Politiker waren mit der existierenden Weltordnung unzufrieden, und die Unzufriedenheit wuchs noch, als in den 1930er Jahren die

Weltwirtschaftkrise wütete. Aber sie hatten keine konkreten Vorschläge, wie man die Weltwirtschaft reformieren könne, und konnten sich kaum Bedingungen vorstellen, unter denen sie mit einer anderen Großmacht zusammen arbeiten würden – nicht einmal mit Großbritannien.[59]

Ähnliches gilt auch für die dominierende Macht in der dritten großen Zone. In den Jahren 1922 und 1923 hatte die bolschewistische Regierung bereits die Kontrolle über das riesige Zarenreich in Innereurasien zurück erlangt, bis auf die Provinzen, die es an Polen, Finnland und die baltischen Staaten verloren hatte. Die neu gegründete Sowjetunion kontrollierte alle auswärtigen Beziehungen scharf. Moskau hatte sich – gemeinsam mit der Organisation der Kommunistischen Internationale (kurz: Komintern) – die Propagierung der »Weltrevolution« auf die Fahne geschrieben. Theoretisch war die Komintern autonom, in Wirklichkeit jedoch nur ein Werkzeug der sowjetischen Regierung. In den 1920er Jahren konzentrierte sich dieser Versuch aus strategischen Gründen auf China. Gleichzeitig öffnete sich das Land wegen der wirtschaftlichen Erholung für den Westen. Unter Stalins Herrschaft führte der erste Fünfjahresplan für rasche Industrialisierung (1928–1932) zu einer massiven Abhängigkeit von importierten Maschinen und trieb die Auslandsschulden auf den Stand vor dem Krieg. Eine echte Annäherung zwischen der sowjetischen Welt und der Welt des Völkerbundes kam freilich nicht in Frage. Die sowjetische Führung betrachtete die großen Staaten des Bundes als ideologische Gegner, die über kurz oder lang zum Untergang verdammt sein würden. Bis dahin stellten sie jedoch potentiell eine tödliche Gefahr für das große sozialistische Experiment dar. Stalins Fünfjahresplan hatte eigentlich nicht zum Ziel, den sowjetischen Anteil am internationalen Handel zu vergrößern, ganz im Gegenteil: Er sollte zum einen dazu beitragen, dass sich die Klasse der Proletarier entwickelte, denn sie war die Grundlage, auf welcher der sowjetische Parteistaat errichtet werden sollte.

Zum anderen sollten die industriellen Kapazitäten zur Verteidigung der Revolution geschaffen werden. Tatsächlich zog sich Russland nach 1932 in eine extreme Form der Isolation zurück: Der Außenhandel schrumpfte auf ein Fünftel des Wertes von 1913.[60]

Stalins Außenpolitik war so defensiv ausgerichtet, dass es bereits an Paranoia grenzte. Sein alles überragendes Ziel war es, die riesige Sowjetzone abzusichern. Die russischen Zaren hätten viele üble Dinge gemacht, sagte er 1937 einmal bei einem privaten Abendessen: »Aber eine große Sache haben sie vorzuweisen: sie haben ein Riesenreich zusammengezimmert – bis nach Kamtschatka. Wir haben diesen Staat als Erbe erhalten. Und wir Bolschewiki haben diesen Staat erstmals gefestigt zu einem einheitlichen, unteilbaren Staat […].«[61] Der Zusammenhalt konnte jedoch, wie Stalin genau wusste, nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Er legte großen Wert darauf, die Grenzen der Sowjetunion abzuriegeln: Nach 1930 wurde die Bevölkerung der Grenzregionen, an deren Loyalität leise Zweifel bestanden, kurzerhand umgesiedelt.[62] Er fürchtete einen Angriff aus dem Osten durch Japan, das er beschwichtigen wollte, indem er die Eisenbahnrechte Russlands in der Mandschurei verkaufte, während er gleichzeitig das Militär und die Flotte im Osten aufrüstete.[63] Noch mehr fürchtete er jedoch einen Angriff aus dem Westen, wo der Verlust Polens und der baltischen Provinzen die strategische Position Russlands dramatisch geschwächt hatten – nicht zuletzt auch gegenüber dem Wackelkandidaten Ukraine. Folglich hatten gute Beziehungen zu Deutschland für die sowjetische Politik oberste Priorität. In den 1920er Jahren arbeiteten die beiden Länder auf wirtschaftlicher und – selbstverständlich diskret – auch auf militärischer Ebene eng zusammen. Hitlers Aufstieg an die Macht zwang Stalin jedoch zu einer Kehrtwende: Die Sowjetunion trat 1934 in den Völkerbund ein und schloss mit Frankreich einen Freundschaftsvertrag.

Am liebsten hätte Stalin allerdings die sowjetische Sicherheit garantiert, ohne mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu brechen. Es steckte keine ernsthafte Absicht hinter dem Beitritt zum Völkerbund, dessen Zielen der Parteichef misstraute. In Europa (mit der verdeckten Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, 1936–1938) und in Ostasien (durch die Militärhilfe für die Kuomintang, die Chinesische Nationalpartei) ging Stalin eigene Wege.

Die vierte Zone war Ostasien. Die Nachkriegsregelung war ein Dreistaatenabkommen zwischen Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten. Aber es zeichnete sich schon bald ab, dass die Region ein heftig umkämpftes Territorium werden sollte, auf das weder der Völkerbund noch eine Großmacht maßgeblichen Einfluss hatten. Mitte der 1920er Jahre befanden sich die Briten, für die es in Ostasien um den größten Einsatz ging, in der Defensive und fürchteten, dass eine Woge des Nationalismus sie aus ihren Vertragshäfen verjagen und aus Hongkong eine massive Belastung machen könnte. 1927 entsandten sie eine Streitmacht nach Shanghai, wollten allerdings nicht mit der Kuomintang verhandeln, die seit 1927 das chinesische Festland beherrschte. Für die Vereinigten Staaten stand viel weniger auf dem Spiel: 1931 betrugen die amerikanischen Investitionen in China nur sechs Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen und lagen damit weit hinter Großbritannien mit 37 Prozent, Japan mit 35 Prozent und sogar Russland mit 8,4 Prozent.[64] Sie zogen es vor, auf gute Beziehungen zum Regime der Kuomintang zu setzen, deren führende Persönlichkeiten enge Verbindungen zu Amerika hatten. Die Amerikaner wollten die Kuomintang unbedingt aus ihren Beziehungen zu Russland fortlocken. Dieselbe Antipathie gegen den sowjetischen Einfluss ließ sie auch zögern, sich Japan zum Feind zu machen, den Hauptgegner der Sowjetunion in Nordostasien. Als Japan 1931 die Mandschurei besetzte, brachten die Vereinigten Staaten energisch ihre Missbilligung zum Ausdruck, schreckten aber

vor handfesten Sanktionen zurück und hofften, dass die Politiker in Tokio die Armee zur Mäßigung aufrufen würden.[65] Mit der Abkühlung der angloamerikanischen Beziehungen nach 1931 – nicht zuletzt die Folge wirtschaftlicher Spannungen – fiel die wichtigste Garantie aus, dass das »Washingtoner System« in Ostasien Bestand haben würde.

Nach 1931 hing alles von den Rivalitäten zwischen der Kuomintang-Regierung, die inzwischen ihren Sitz in Nanking hatte, der Sowjetunion, die ihre koloniale Präsenz ausbauen wollte, und Japan ab. Die Regierung in Nanking war siegreich aus den Bürgerkriegen von 1928 bis 1931 hervorgegangen, die zusammen mit der Hungersnot sechs Millionen Menschen das Leben gekostet hatten.[66] Aber sie hatte keineswegs ein Gewaltmonopol (die eigentliche Voraussetzung einer wirksamen Herrschaft) über das ganze Kernland Chinas. Sie konnte den brutalen japanischen Angriff auf Shanghai im Jahr 1932 nicht verhindern, der erfolgte, nachdem sich die chinesische Wut über die Besatzung der Mandschurei in Gewaltausbrüchen gegen lokale japanische Einrichtungen entladen hatte. Unter Chiang Kai-shek hatte sich die Kuomintang-Führung definitiv von den kommunistischen Elementen in der Partei getrennt und sie vertrieben. Aber obwohl der Angriff der Kuomintang auf die »Räterepublik« von Jiangxi (Kiangsi) 1934/35 Mao und seine Gefolgsleute zu einem historischen Abzug zwang – dem »Langen Marsch« in sichere Unterschlüpfe im Nordwesten Chinas –, überlebten die Kommunisten, um zu einem späteren Zeitpunkt unter sowjetischer Schirmherrschaft den Kampf wieder aufzunehmen. Die sowjetischen Maßnahmen in Ostasien sollten Moskaus Einfluss stärken, die Vernichtung der Kommunistischen Partei Chinas verhindern und die Aggression Japans in Innerasien sowie seine Dominanz in China begrenzen. Dem standen jedoch militärische und logistische Schwächen im Wege sowie die Feindschaft der Kuomintang und die Angst,

einen Zweifrontenkrieg zu provozieren.

Japan hatte in Ostasien die Initiative. Seine Stärke wurde von den Westmächten in den 1920er Jahren unterschätzt: »Eine schwache, keine starke Macht«, sagte etwa der britische Botschafter im Jahr 1924.[67] In Wirklichkeit war Japan durch die Washingtoner Verträge, die neue Befestigungsanlagen im Westpazifik untersagten (einschließlich des britischen Stützpunktes in Hongkong), weniger verwundbar für seegestützte Angriffe geworden als noch vor 1914. Tokio versuchte mit seiner Politik, eine Konfrontation mit den Briten und Amerikanern zu vermeiden, aber gleichzeitig seinen Einfluss in der Mandschurei durch ein De-facto-Protektorat über den dortigen »Warlord« zu festigen.[68] Die Mandschurei war das Kernstück der japanischen Diplomatie. Die japanische Armee hatte dort ruhmreich gekämpft, und sie war das große Bollwerk gegen einen erneuten Vorstoß Russlands in der Region. Hinzu kam ihre wirtschaftliche Bedeutung als riesige Grenzregion. Nach 1928 geriet die informelle Dominanz Japans durch die immer selbstbewussteren Chinesen zunehmend unter Druck. Es kam immer häufiger zu Spannungen mit der südmandschurischen Eisenbahn – dem kommerziellen Kraken Japans – und der Kwantung-Armee (heute: Guandong), die das Gebiet der Eisenbahn bewachte. Als die Kwantung-Armee im September 1931 einen gewaltsamen Übergriff inszenierte und anschließend Mukden, die Hauptstadt der Mandschurei, besetzte, musste Tokio dies zähneknirschend akzeptieren. Die Weltwirtschaftskrise und der geschlossene Widerstand von Armee und Flotte gegen die Abrüstungsklauseln, die Japan auf der Londoner Flottenkonferenz 1930 unterzeichnet hatte, bewirkten einen Umschlag der politischen Meinung.[69] Japan trat 1933 aus dem Völkerbund aus, kündigte die Washingtoner Verträge, indem es den Marionettenstaat Mandschukuo ins Leben rief, und drang immer tiefer nach Nordchina vor. Während sich die Kuomintang-Regierung

noch auf den Kampf vorbereitete,[70] wurden die eigentlichen Unwägbarkeiten erörtert: Wann würde der Krieg ausbrechen? Wer würde sich an ihm beteiligen? Wie würde er enden? Welche Auswirkungen würde er auf eine zersplitterte Weltordnung haben?

Man war weit entfernt von einer Nachkriegsordnung, die es ermöglichte, Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern friedlich zu schlichten und Allianzen gegen Staaten zu bilden, die sich nicht an die Spielregeln hielten. Diese Schwäche hätte durch einen wirtschaftlichen Aufschwung vielleicht ausgeglichen werden können. Mitte der 1920er Jahre sah es ganz so aus, als könne die umfassende Erholung der Wirtschaft helfen, dieses Ziel – und mehr – zu erreichen. Eine dynamische Weltwirtschaft würde Amerika näher an Europa heranführen, den Liberalismus in Deutschland fördern, japanische Ängste zerstreuen und die Tür zwischen dem Westen und Russland angelehnt lassen. Wegen des drastischen Rückgangs des Welthandels, der 1930 bereits eingesetzt hatte, trat jedoch genau der gegenteilige Effekt ein. Am schwersten waren jene Länder betroffen, deren Haupteinnahmequelle die Primärprodukte waren: In dem Maße, wie ihre Einkommen einbrachen, schwand auch ihre Kaufkraft. Da die Märkte zusammenbrachen und die Preise abstürzten (häufig um volle 50 Prozent), beeilten sich die wichtigsten Wirtschaftsnationen, ihre Interessen zu schützen. Die ohnehin hohen amerikanischen Einfuhrzölle stiegen im Jahr 1930 um ein Viertel. Um den Wert des Pfunds zu schützen, gaben die Briten – zumindest vorläufig – den Freihandel auf und errichteten rings um ihr Empire eine Schutzmauer aus Zöllen.[71] Sowjetrussland zog sich fast völlig vom Welthandel zurück. Die offensichtlichsten Opfer dieses Protektionismus waren – abgesehen von verarmten Produzenten von Rohstoffen und Lebensmitteln – die industriellen Volkswirtschaften Japans und Deutschlands.

Die deutsche Erholung nach 1933 basierte auf der Produktion für die Binnennachfrage und auf einer strengen Devisenkontrolle, welche die Importe auf ein Mindestmaß beschränken sollte. Darüber hinaus hing sie von Handelsabkommen mit den südosteuropäischen Nachbarn Deutschlands ab: Bereits Mitte der 1930er Jahre war ein privilegierter Zugang zu Rohstoffen in Osteuropa – de facto eine Zone unter deutscher Wirtschaftsaufsicht – zu einem wichtigen Teil des Plans der NSDAP geworden, Deutschland wieder zur Weltmacht aufzubauen.[72]

In Japan war die Zwangslage noch akuter. Japan musste seine Rohstoffe und Brennstoffe importieren (Rohbaumwolle aus Indien und Erdöl aus den Vereinigten Staaten). Es bezahlte die Importe über Exporte, vorwiegend von Textilien – wobei das Land einen dreimal so hohen Anteil des Bruttosozialprodukts durch Exporte erwirtschaftete wie etwa die Vereinigten Staaten.[73] Japans Hauptvorteil waren die niedrigen Arbeitslöhne, die bemerkenswerte Effektivität der großen Firmen und die Produktivitätszuwächse, die in der Textilindustrie erzielt wurden.[74] Dies zusammengenommen trug dazu bei, dass Japan in den 1930er Jahren ein Industriewachstum verzeichnen konnte, während andere Staaten in großen Schwierigkeiten steckten. Das Land blieb jedoch akuten Gefahren ausgesetzt: durch Handelsschranken (wie jene, die – wie es 1933/34 aussah – seinen zweitgrößten Markt in Indien abschotten könnten), Preisstürze (wie jenem für Rohseide in den Vereinigten Staaten), Boykotte (eine wiederholt auftretende Drohung in China) und eine plötzliche Erschütterung der Weltwirtschaft – was furchtbare Konsequenzen für die soziale und politische Ordnung gehabt hätte. Tokio antwortete mit einer massiven Geldentwertung (um fast 50 Prozent), einer Kontrolle der Importe, einer aggressiven Diplomatie mit dem Ziel, für Märkten in Übersee Exportquoten durchzusetzen, sowie dem Versuch, in Ostasien einen »Yen-Block« (also einen Block von

asiatischen Nationen unter Leitung Japans) zu errichten. Das war geradezu symptomatisch für eine neue Weltordnung. Die Politisierung des Handels, die wachsende Überzeugung, dass zwangsläufig der internationale Handel in Relation zur Produktion weiter abnehmen werde, und das eifrige Bestreben, sich politischen Zugriff auf Schlüsselmärkte und Waren zu sichern, waren die herausragenden Merkmale einer Phase, die einen krassen Rückgang der gegen Ende des 19. Jahrhunderts stattgefundenen »Globalisierung« erlebte.[75]

Wie zu erwarten hatten geopolitische und wirtschaftliche Spaltungen ein unüberhörbares Echo auf kultureller Ebene. Schon vor 1914 war das Programm westlicher Liberaler für den Aufbau eines modernen kulturellen Lebens durchaus umstritten gewesen. Religiöse Denker (in allen Teilen der Welt) und gebildete Eliten (in manchen Teilen) betrachteten die Ansprüche der Liberalen als Herausforderung, gegen die mobilisiert werden musste. Während man sich großzügig westlicher Vorstellungen vom technischen Wandel, von der individuellen Freiheit und der öffentlichen Sphäre bediente, wurden neue Medien und neu gebildete Interessengruppen eingesetzt, um aus alten Traditionen spezifische nationale »Hochkulturen« zu formen. Der Erste Weltkrieg war gleichsam eine Wasserscheide. Seine verheerende Wirkung auf das Bewusstsein und die Vorstellungskraft verursachte einen massiven Wandel durch den Verlust liberaler Gewissheiten. Russland war der Extremfall. Das Überleben des Bolschewismus als neue Gesellschaftsordnung erforderte zugleich eine kulturelle und eine politische Revolution. Die neue sowjetische Kultur sollte durch die kollektive Anstrengung des Proletariats in die technische Moderne vorstoßen, nicht durch bürgerlichen Unternehmergeist. Dies war ein Bestandteil der gigantischen Kampagne der »Entkulakisierung«.[76] Der neue

»Sowjetmensch« sollte Wissenschaft und Sozialismus in der festen Überzeugung unterstützen, dass sich die kapitalistischen Länder auf dem Weg der Selbstzerstörung befänden. Auch in Deutschland wurde die Kultur des Liberalismus nach 1918 scharf kritisiert. Das war kein Zufall. Es bestand eine langjährige Antipathie bei der Linken ebenso wie bei der Rechten gegen die zersetzende Wirkung des Laissez-faire-Kapitalismus auf den Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Reiz eines Mitteleuropas unter deutscher Führung hatte zum Teil darin bestanden, dass diese Variante einen Mittelweg zwischen dem rückständigen Osten und einem extrem kapitalistischen Westen zu bieten schien. Das Trauma der Niederlage, der »Verlust« von Millionen Deutschen, die dauerhaft vom neuen deutschen Staat getrennt worden waren, und die verheerende Wirkung der wirtschaftlichen Erschütterungen von außen förderten zwangsläufig das Gefühl einer sozialen und kulturellen Krise. Nur ein deutscher Staat konnte das deutsche Volk davor bewahren, zwischen den Mühlsteinen des internationalen Kapitalismus zerrieben zu werden, eines Kapitalismus, der Rechtmäßigkeit und Zugehörigkeitsgefühle so skrupellos missachtete. Derartige Anschauungen, die schon vor 1929 verbreitet gewesen waren, gewannen mit Hitlers Machtübernahme im Januar 1933 noch an Überzeugungskraft.[77]

Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus stimmten insofern überein, als sie beide alternative Versionen von Modernität anboten. Beide beharrten auf ihrer technologischen Dynamik. Jeder nahm für sich in Anspruch, dass Technologie zu dem Zweck entwickelt werde, einem gesellschaftlichen Ziel zu dienen. Beide hoben die Notwendigkeit einer kulturellen Autarkie hervor, um jeden Fremdeinfluss auszuschließen. Beide verunglimpften den Westen als korrupt und dekadent und prophezeiten seinen raschen Niedergang. Das Scheitern der führenden kapitalistischen Staaten (der USA, Großbritanniens und

Frankreichs), die sich nicht einmal auf einen Plan zur Rettung des internationalen Handelssystems zu einigen vermochten, von seiner Umsetzung ganz zu schweigen, schien diese Kritikpunkte seitens der Linken und Rechten zu bestätigen. Dabei beschränkte sich der kulturelle Angriff auf den Westen selbstredend keineswegs auf Europa. In Japan, wo sich die Industrialisierung in den 1920er und 1930er Jahren drastisch beschleunigte (mit einem hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften), führten die rasche Urbanisierung, die Belastungen für das Landleben, der Einfluss der neuen Medien, etwa durch die amerikanischen Spielfilme, und die Angst vor einer Auflösung der bewährten gesellschaftlichen Regeln zu tiefer Verunsicherung.[78]

Die Ereignisse nach 1930 schienen den Bankrott der internationalen Ordnung zu bestätigen, die einem widerwilligen Ostasien vom Westen auferlegt worden war. Im China der Kuomintang, wo der Kampf gegen den Kommunismus eine Frage des Überlebens war, waren alle Hoffnungen auf westliche Unterstützung wegen der zahmen Reaktion des Völkerbundes auf Japans Angriff in der Mandschurei bitter enttäuscht worden. Die Regierung stärkte mit ihrer nationalistischen Ideologie und mithilfe der Bewegung »Neues Leben« die gesellschaftliche Disziplin und ließ konfuzianische Auffassungen von der Pflicht gegenüber der Gemeinschaft wieder aufleben. Im britisch regierten Indien war die Kongresspartei der wichtigste Träger nationalen Gedankenguts. In den 1930er Jahren schwankte die Loyalität der »Führungsebene« zwischen der Utopie Gandhis von einer Autarkie und einem Sozialismus nach sowjetischem Vorbild, wie er von Gandhis Schützling Jawaharlal Nehru propagiert wurde. Religiöse Erweckungsbewegungen (unter Hindus ebenso wie unter Muslimen) und populäre Formen von Gandhis Lehren priesen das Idealbild eines urtümlichen, ländlichen und gottesfürchtigen Indiens, und beide richteten sich gegen die kulturellen Werte der imperialen Herrschaft, die als Verstoß

von Fremden gegen die sittliche Ordnung Indiens verurteilt wurden. Die gleiche Form von Widerwillen äußerten im kolonialen Afrika einige Würdenträger der Kikuyu, die befürchteten, dass die Inbesitznahme von Land durch Siedler in der Kolonie Kenia deren gesellschaftliche und ethische Ordnung zerstören werde.[79] In seinem Werk *Facing Mount Kenya* (1938) prangerte Jomo Kenyatta (der in London bei Bronislaw Malinowski Anthropologie studiert hatte) die Kolonialherrschaft als Vandalismus an, der die materiellen Grundlagen der Kikuyu-Kultur vernichtet und zugleich ein Gefühl für Freiheit und Verantwortung zerstört habe, von dem die ignoranten Europäer keine Ahnung gehabt hätten.[80]

Vor diesem düsteren Hintergrund erschien das Schicksal der Überseereiche Europas bestenfalls ungewiss. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln prophezeiten Marxisten, unverbesserliche Imperialisten und besorgte Liberale den baldigen Niedergang des europäischen Imperialismus.[81] Ohne drastische Maßnahmen wäre er in Kürze politisch, wirtschaftlich und kulturell bankrott. Zwischen dieser Schadenfreude bei den Linken und Trübsal bei den Rechten legten die imperialen Herrscher in periodischen Abständen eine Vertrauenskrise an den Tag. Unterdessen verschärften die Prophezeiungen des Zerfalls noch die Wut derjenigen, die sich als potentielle Opfer der unmittelbaren Auswirkungen betrachteten, zum Beispiel der weißen Minderheiten in Süd- und Zentralafrika oder der im Vertragshafen Shanghai lebenden europäischen Staatsbürger.[82] Ernst gemeinte Prognosen von einem »verlorenen Dominions« oder einer »weltweiten Revolte gegen Europa« sollten sich, nach dem Motto »Totgesagte leben länger«, als voreilig erweisen. Die imperialen Systeme der Kolonialmächte Europas (Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Portugal und Belgien) erwiesen sich als erstaunlich widerstandsfähig. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges blieben sie territorial intakt. Selbst in Ländern,

in denen nationale Strömungen eine breite Basis hatten, gestaltete sich der Durchbruch zur Freiheit qualvoll schwierig. Im Jahr 1938 wäre Jawaharlal Nehru, nach zwei Jahrzehnten des Kampfes, wegen der politischen Aussichten Indiens beinahe verzweifelt.[83] Die Unabhängigkeit schien noch in weiter Ferne.

Das Überleben der Reiche war unter anderem die Folge eines imperialen Pragmatismus. In der Kolonialpolitik wurde der Einsatz von Zwangsmaßnahmen als kostspielig, plump und kontraproduktiv abgelehnt. Die Aufstände nach dem Ersten Weltkrieg hatten diese Einschätzung eindringlich bestätigt. Die Suche nach Verbündeten vor Ort bedeutete, mehr Macht auf die lokale Ebene zu delegieren. Die Briten setzten diesen Grundsatz ab 1920 konsequent in die Praxis um. Im Irak und Ägypten verzichteten sie auf eine direkte Überwachung der inneren Angelegenheiten und zogen es stattdessen vor, ihren Herrschaftsanspruch auf die Bedingungen eines Vertrags zu stützen.[84] Dies sollte keinesfalls als stillschweigendes Eingeständnis missverstanden werden, dass ihre imperiale Macht nunmehr überwunden sei. Vor allem in Indien kombinierten die Briten eine schrittweise Ausweitung der politischen Rechte für Inder mit konstitutionellen Veränderungen, die ganz bewusst so gestaltet waren, dass die Provinz, nicht die Nation zum Brennpunkt des politischen Lebens wurde. Die in der Provinz verwurzelten Politiker erhielten die volle Verantwortung für die Provinzangelegenheiten. Damit wurde bei ihren Wählern die Erwartung geschürt, dass sie sich auf die konkrete Entwicklungsarbeit und das Gemeinwohl konzentrierten, anstatt der Utopie einer »Unabhängigkeit jetzt« nachzujagen. Damit nicht genug: Die Bevölkerungen der Provinzen wichen in Religion und Sprache erheblich voneinander ab. Es war unwahrscheinlich, dass ihre neuen Führer den Hauptgegner des britischen Raj, den Indischen Nationalkongress, entschlossen unterstützen würden, der überdies politisch von nordindischen Hindus dominiert

wurde. In zwei der wichtigsten Provinzen, in Bengalen und im Pandschab, waren durch die Selbstverwaltung der Provinzen Muslime an die Macht gelangt. Im Jahr 1935 trieben die Briten ihren geradezu machiavellistischen Liberalismus auf die Spitze: Sie versprachen Indien eine Selbstverwaltung als »föderales Dominion«. Die Verfassung sicherte den Muslimen und Fürsten eine hohe Zahl von Sitzen zu, denn die Föderation sollte das »britische« und das »fürstliche« Indien vereinen. Allerdings garantierten die Bestimmungen der Verfassung nahezu, dass eine Machtübernahme durch den Kongress verhindert werden konnte, und sie ermöglichten sogar dessen Auflösung.[85]

Es wäre jedoch falsch, die Raffinesse, die hinter diesen imperialen Manövern steckte, überzubewerten. Das eigentlich Verblüffende daran ist die lässige Erwartung, dass Kolonialpolitik »gemanaged« werden könnte, ohne die imperialen Kerninteressen anzutasten: die strategische Nutzung lokaler Ressourcen und die exklusive Kontrolle der auswärtigen Beziehungen. Das war keineswegs irrational. Bis Ende der 1930er Jahre konnten die Briten, Franzosen und Niederländer davon ausgehen, dass das Risiko einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Kolonialreiche durch eine andere Großmacht gleich Null war. Solange diese Rechnung aufging, hatten lokale, nationale Führer keine Chance, ihre Kolonialherren gegen einen anderen starken Schutzherrn auszuspielen. Sie konnten nicht einmal darauf hoffen, den Preis für ihre Loyalität in die Höhe zu treiben. Schlimmer noch, das Fehlen einer äußeren Bedrohung ließ den Kolonialherren freie Hand, Zwangsmaßnahmen gegen lokale Widerstandsgruppen einzusetzen, die sie als »extremistisch« definierten. Mit besseren Informationen gewappnet als vor 1914 konnten koloniale Regime nunmehr hart gegen »subversive« Bewegungen vorgehen: Kommunistische Rebellionen in Französisch-Indochina und Niederländisch-Ostindien wurden in den 1930er Jahren relativ problemlos

niedergeschlagen.[86] Der zweite starke Hebel, den die Herrscher einsetzen konnten, war die innere Spaltung der meisten kolonialen Gesellschaften.

Es war ein herausragendes Paradox der Kolonialpolitik, dass sich sozialer und kultureller Wandel gleichzeitig für und gegen die nationale Sache auswirkte. In den meisten Teilen der Welt waren koloniale Grenzen überwiegend willkürlich gezogen worden. Kolonialmächte hatten Bezirke und Regionen zusammengestückelt, die wenig miteinander gemein hatten. Die Grenzen und Trennlinien von Imperien wurden nach dem Belieben der Verwaltung, nach Eroberungsmustern oder diplomatischen Gesichtspunkten festgelegt, ethnisch-linguistische Einheiten oder alte Bindungen des Handels und Austausches wurden grob missachtet. Wenn ein Kolonialstaat allmählich Gestalt annahm und die Autorität über sein gesamtes Territorium behaupten konnte, stimulierte er selbstverständlich ähnliche Ziele bei seinen kolonialen Untertanen. Wenn selbst abgelegene Bezirke die Forderungen einer fernen Regierung beachten mussten und die Auswirkungen der »Politik« sichtbar wurden, die in der Hauptstadt gemacht wurde, dann hatten die Anführer und Würdenträger vor Ort starke Motive, supralokale Allianzen zu bilden. Nur eine kolonieweite Bewegung konnte die Kolonialbeamten ausreichend unter Druck setzen und am Ort der Entscheidung, im Zentrum der Kolonie, Einfluss ausüben. Diese Form von Nationalismus erhielt durch zwei wichtige Entwicklungen zusätzlichen Schub: Die erste war die Verbindung der verschiedenen Teile der Kolonie durch schnellere Verkehrswege, die Weitergabe von Wissen (häufig über Zeitungen) und neue Bildungswege (in Hochschulen und Schulen nach europäischem Vorbild). Die zweite war die Übernahme der politischen Ideen durch die entstehende »westlich gebildete Elite« vor Ort, allerdings nicht der Ideologie der lokalen kolonialen Herrscher, sondern der politischen Ideen, die in den fernen

Mutterländern in Europa galten. Gleichheit vor dem Gesetz, Redefreiheit und das Recht der Selbstverwaltung wurden zum Schlachtruf einer der ersten und größten nationalen Bewegungen, die zum Vorbild für viele andere werden sollte: des Indischen Nationalkongresses. Im Grunde gewann eine nationale Bewegung vor allem dann an Kraft und Zulauf, wenn zwei Kräfte kooperierten: eine gebildete Elite in der kolonialen Hauptstadt, die über gute Beziehungen verfügte und sich in den Regelbüchern der Kolonialherrschaft bestens auskannte, und die lokalen Würdenträger, die unbedingt auf die Entscheidungen der Regierung (sei es in Bezug auf Finanzen, Bildung, Verkehr oder Landwirtschaft) Einfluss nehmen wollten. Man brauchte dann lediglich vor Ort den Hass auf kleiner Flamme schwelen zu lassen, während die nationalistische Elite unterdessen ihren konsternierten Herrschern nach und nach politische Zugeständnisse abpresste.

Das war die Theorie. Die Praxis sah in der Regel ganz anders aus. Kolonialherren diskreditierten die Ansprüche und Motive nationalistischer Führer und stellten ihnen die Ansprüche und Motive traditioneller Autoritäten gegenüber: Fürsten, Grundbesitzer, Scheichs und Stammesoberhäupter. In weiten Teilen des britisch regierten Afrikas wurde in den Zwischenkriegsjahren die »indirekte Herrschaft« gnadenlos ausgeweitet, durch die lokale Entscheidungen nicht gewählten Gremien, sondern den Stammesoberhäuptern und ihren Gefolgsleuten (den »Stämmen«) übertragen wurden.[87] Über die Einräumung von Steuerrechten und die Förderung des Gewohnheitsrechts (kodifizierte Versionen der lokal üblichen Gepflogenheiten) verwandelte das Konzept der indirekten Herrschaft den Kolonialstaat in eine lose Konföderation ethnischer Einheiten, deren Verbindungen und Beziehungen, sei es nun horizontal oder vertikal, problemlos von den Kolonialbeamten überwacht werden konnten.[88] Das war eine ernste Bedrohung für nationale Strömungen, aber keineswegs die größte. Viel bedrohlicher

war der Aufstieg von »Subnationalismen«, neuen Gruppierungen auf der Basis von Sprache, Religion, Ethnie oder Kaste, die den Kolonialstaat als kulturelle oder politische Einheit negierten. Es ist unschwer zu erkennen, wie sie entstanden waren. Die ungleiche Verbreitung der Lesefähigkeit und des Drucks, die unterschiedlichen Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels und die schärferen Trennlinien zwischen religiösen Gruppen brachten es mit sich, dass »neue« Gemeinschaften mobilisiert wurden, die häufig im Gegensatz zu den ursprünglichen Nationalisten standen. Das klassische Beispiel hierfür war Indien. »Selbstverwaltung innerhalb […] oder außerhalb des Britischen Empires, die Errichtung eines stabilen nordwestindischen, muslimischen Staates ist in meinen Augen das endgültige Schicksal der Muslime, zumindest in Nordwestindien«, erklärte der Philosoph und Dichter Muhammad Iqbal in seiner Präsidialansprache an die Muslimliga im Dezember 1930.[89] »Wir Hindus werden nicht allein durch das Band der Liebe […] zu einem gemeinsamen Vaterland zusammengehalten […], sondern auch […] durch das Band der gemeinsamen Verehrung, die wir unserer großartigen Zivilisation erweisen – unserer hinduistischen Kultur«, verkündete Vinayak Damodar Savarkar in seinem Traktat *Hindutva: Who is a Hindu?*,[90] in dem er die Vorstellung eines säkularen indischen Nationalismus verwirft. »Die Briten haben ein Empire«, rief Bhimrao Ramji Ambedkar aus, der Anführer der Unberührbaren. »Und das gilt auch für die Hindus. Denn ist der Hinduismus nicht eine Form des Imperialismus, und sind die Unberührbaren nicht eine unterworfene Rasse, die ihrem hinduistischen Herrn und Meister zu Treue und Dienstbarkeit verpflichtet ist?«[91] Gandhis Anspruch, dass der Kongress der einzige Repräsentant der gesamten indischen Bevölkerung sei, hatte in den 1930er Jahren bereits an Glaubwürdigkeit verloren. In anderen Kolonialgebieten war das politische oder kulturelle

Erwachen das Signal, die Trennung von – oder den Schutz vor – anderen indigenen Gruppen zu fordern, die wegen ihrer früheren Ausbeutung verhasst waren oder deren künftige Dominanz gefürchtet wurde. Den Bergvölkern in Burma oder den Laoten und Khmer in Französisch-Indochina drohte von den Kolonialherrschern weit weniger Gefahr als von ethnischen Burmesen oder Vietnamesen. Es bestand wenig Grund zu der Hoffnung, dass die ursprünglichen nationalistischen Bewegungen ihre Führungsposition über die neueren Subnationalismen vor ihnen schützen könnten oder deren Versuch, sie zu vertreiben oder in Schach zu halten, überleben würden. Diese Befürchtung, dass der Kongress womöglich der magnetischen Anziehungskraft der provinziellen, klassenbezogenen oder religiösen Interessen zum Opfer fallen würde, war es, die Nehru Ende der 1930er Jahre so sehr deprimierte. Wenn die Chance auf die Unabhängigkeit verpasst wurde, kehrte sie womöglich nie wieder, oder nur in einer so eingeschränkten Form, dass von Unabhängigkeit im Grunde keine Rede mehr sein konnte.

Folglich erschien der baldige Niedergang der europäischen Reiche eher unwahrscheinlich. Tatsächlich neigten die Briten allenfalls dazu, ihren Zugriff auf jene Teile ihres imperialen Systems zu verstärken, die inzwischen wie Argentinien extrem abhängig vom britischen Markt waren oder wie Australien und Neuseeland mehr denn je den Wunsch nach strategischem Schutz verspürten. In den riesigen Regionen Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens, wo der europäische Imperialismus darauf angewiesen war, dass sich die lokalen Partner und Satelliten zähneknirschend fügten, war eine Art Patt erstanden. Der koloniale Elan (der an den meisten Orten nie sehr stark gewesen war) begann zu erlahmen. Die Ressourcen der Macht gingen zur Neige. Die Zielstrebigkeit war verloren gegangen. Doch der Kolonialismus blieb in gewisser Weise weiterhin ein »aktives Unternehmen«. Die lokalen Gegner mussten erst noch einen Ausweg aus dem Labyrinth finden, das die Kolonialherren

errichtet hatten. Eine gewaltige Erschütterung von außen war erforderlich, um einen Weg frei zu sprengen.

Imperialismen im Krieg

Imperialismus kann man als den Versuch definieren, anderen Gesellschaften die Herrschaft eines Staates dadurch zu oktroyieren, dass sie in sein politisches, kulturelles und wirtschaftliches System eingegliedert werden. Wie gezeigt, war dies nicht nur ein europäisches Phänomen, auch wenn die Europäer den Imperialismus tendenziell auf die Spitze getrieben haben. Und er wurde nicht immer in der gleichen Weise in die Praxis umgesetzt. In manchen Fällen stützte sich der Imperialismus auf die unmittelbare politische Kontrolle über die Zone der Expansion. Häufig war es aber geboten, die ausländische Dominanz behutsam voranzutreiben oder zu kaschieren, indem eine nominell souveräne Regierung im Amt blieb. Manchmal hatte dies die Verdrängung ganzer Völker durch neue Siedler zur Folge, welche das Land kolonisierten. Bei Europas Vordringen in Afroasien war dieser Trend jedoch schwach gewesen. Sehr häufig war das eigentliche Motiv das Bestreben, eine wirtschaftliche Sperrzone zu schaffen, in der Handel und Investitionen der imperialen Macht vorbehalten blieben. Allerdings gab es Varianten: Das britische Empire hatte bis in die 1930er Jahre einen Freihandel zugelassen. In der Regel stützte sich das Vordringen auf einen ideologischen Anspruch (die »zivilisierende Mission«) und den Verweis auf Vorstellungen von einer kulturellen Hierarchie, welche die Fähigkeit der Kolonisten zu »moralischem und materiellem Fortschritt« in einem krassen Gegensatz zur Rückständigkeit der Kolonisierten darstellte. Bei aller Überheblichkeit fehlte diesem kulturellen Imperialismus jedoch die brutale

Arroganz eines »biologischen Rassismus«. Die Überzeugung, allein die ethnische Abstammung begrenze die geistigen oder ethischen Entwicklungen, war unter Imperialisten Ende des 19. Jahrhunderts sehr verbreitet, aber sie galt nicht überall. Im französischen wie auch im britischen Reich (im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten) wurde in der Justiz, in Institutionen und in der Ideologie weiterhin die offizielle Haltung vertreten, dass die Menschen aller Rassen zumindest das Potential für die gleiche Entwicklung und damit Gleichheit hätten.

Der Imperialismus sollte folglich als kontinuierliche Größe mit einer großen Bandbreite an Zielen und Methoden betrachtet werden. In einer inzwischen berühmten Diskussion wiesen die wichtigsten Historiker des britischen Imperialismus nach, dass sich der Expansionsmodus von Ort zu Ort unterschied und in erster Linie von den Aussichten auf eine Kooperation mit lokalen Eliten abhing. Nur in Fällen, wo die britischen Interessen mehr Leistungen erforderten als diese Eliten zu erbringen vermochten, wurde eine »formelle« Herrschaft durchgesetzt.[92] Diese Erkenntnis lässt sich noch erweitern: Staaten, die imperiale Ambitionen hegten, unterschieden sich erheblich in ihren Expansionsfähigkeiten, in ihren Auffassungen von Eigeninteresse und in den verfügbaren Optionen. Ein Mangel an Kapital und begrenzter geopolitischer Einfluss steigerten hingegen den Reiz eines abgeschotteten Reiches, verringerten jedoch die Aussichten, ein großes Imperium zu errichten. Wenn ein Staat zu spät in den Wettlauf einstieg, konnte das bedeuten, dass sich ein anderer bereits die Rosinen herausgepickt hatte, ehe der Nachzügler einen echten Anspruch anmelden konnte. Die Kosten und Risiken der Expansion zu einem bestimmten Zeitpunkt könnten der herrschenden Gruppe einer potentiellen Kolonialmacht größer erscheinen als jeder mögliche Nutzen. Das war ein Grund dafür, dass sich das Vordringen der Kolonialreiche nach 1880 abgespielt hatte, ohne dass die europäischen

Staaten zu den Waffen griffen. Die Diplomatie der Teilung spiegelte darüber hinaus die Tatsache wider, dass die bestehende Ordnung in Regionen, in denen es um hohe Gewinne ging (etwa im Nahen Osten und China), erst noch zusammenbrechen musste und dass keine Einzelmacht ein Motiv, geschweige denn die Mittel hatte, eine Teilung gewaltsam zu erzwingen.

Die Historiker waren geradezu hypnotisiert von den imperialen Rivalitäten des späten 19. Jahrhunderts. Dabei war der »neue Imperialismus«, aus dem sie entstanden, allenfalls eine lauwarme Angelegenheit: Er hatte wenig mit den brutalen Expansionen der 1930er und 1940er Jahre gemeinsam. Erst in dieser Phase erreichte nämlich der Kampf um Imperien, der durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges fürs Erste gestoppt worden war, seinen grausamen Höhepunkt. In diesen Jahrzehnten wurde das Streben nach territorialer Ausdehnung durch Möchtegern-Imperien unendlich viel intensiver als vor 1914. Diese Gefahr für die internationale Ordnung konnte nicht mehr gebannt werden, indem die aggressiven Kräfte in schwach regierte Regionen der äußeren Welt umgeleitet wurden. Drei entscheidende Voraussetzungen verstärkten die Konflikte und machten die Chancen eines Kompromisses zunichte: erstens die Weltwirtschaftskrise nach 1930 und die Angst vor einem gigantischen, sozialen Zusammenbruch. Zweitens die Intensität des ideologischen Krieges, der zwischen Staaten (kommunistischen, faschistischen, liberalen) geführt wurde, sowie die Kluft des wachsenden Misstrauens. Drittens die Angst vor einer drohenden Umzingelung – auf ökonomischer, rassischer oder geostrategischer Ebene – in einer Welt, deren Spaltung in antagonistische Blöcke die wahrscheinlichste Vision für die Zukunft war. Hinzu kam, dass ausgerechnet die Staaten, die sich von diesen Gefahren am stärksten bedroht fühlten, nämlich Deutschland und Japan, am wenigsten geneigt waren, das Kräftegleichgewicht oder die alte gesellschaftliche Ordnung zu stützen, jene

beiden großen Hemmschuhe für imperiales Abenteurertum vor 1914. Zugleich war es unwahrscheinlich, dass sie die bestehenden Grenzen als legitim respektieren würden. Der Imperialismus der 1930er Jahre war das toxische Produkt einer verängstigten, rechtlosen und unsicheren Welt.

Wie veränderte sich der Imperialismus? Deutschland war die treibende Kraft. Nachdem Hitler an die Macht gelangt war, drohte unmittelbar die Auflehnung Deutschlands gegen die Führer des Völkerbundes. Hitler verstieß offen gegen die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags, er militarisierte das Rheinland, er vereinte Deutschland und Österreich mit dem »Anschluss« und erzwang mit einer aggressiven Diplomatie die Abtretung des Sudetenlandes und sechs Monate später die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Er demütigte und demoralisierte die beiden Garantiemächte der Nachkriegsordnung, Großbritannien und Frankreich. Deren einstigen Juniorpartner Italien, der inzwischen ebenfalls gegen die Regeln der Weltordnung aufbegehrte, spornte er zum Seitenwechsel an. Hitlers Imperialismus, das Streben nach »Lebensraum«, hatte Osteuropa, die Ukraine und Russland zum Ziel. Das Reich sollte auf den materiellen und ideologischen Ruinen der Sowjetunion errichtet werden. An den Kolonialreichen Großbritanniens und Frankreichs hatte Hitler hingegen wenig Interesse und hielt die Herausforderung Großbritanniens durch Deutschland vor 1914 für einen verhängnisvollen Fehler.[93] Im Jahr 1939 stellte er jedoch fest, dass die beiden Westmächte ihn nicht kampflos zum Hegemon Osteuropas aufsteigen lassen würden. Um diesen Kampf – den notwendigen Prolog zum eigentlichen Kampf gegen Stalin – zu gewinnen, schloss Hitler den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939. Die Vertragspartner gewannen dadurch Zeit: Hitler für den Kampf um die Vormachtstellung in West- und Mitteleuropa; Stalin für die Vorbereitung auf den unabwendbar kommenden Kampf. Einige Monate lang

schien es so, als sei Hitler das größere Risiko eingegangen. Immerhin war es, wenn man eine Lektion aus dem Ersten Weltkrieg lernen konnte, äußerst unwahrscheinlich, dass es ihm gelingen würde, Großbritannien und Frankreich in einem Krieg auf Leben und Tod zu bezwingen, während ein feindseliges Russland in seinem Rücken lauerte. Sogar nach dem Überfall auf Polen und der Aufteilung des Landes unter den grausamen Nachbarn dauerte im Westen ein inoffizieller bewaffneter Waffenstillstand an: der »Scheinkrieg«, auf Englisch *phoney war* und auf Französisch *drôle de guerre*. Wenn Deutschland nicht schnell den Sieg errang, galt es als wahrscheinlich, dass die überlastete deutsche Wirtschaft lange vor den Wirtschaften Großbritanniens und Frankreichs mit ihren Investitionen und Kolonialreichen zusammenbrechen würde.[94] Nach sechs »Kriegsmonaten« hätte die Deutschen demzufolge der Mut verlassen müssen. Im April 1940 erklärte Neville Chamberlain, der damalige britische Premierminister: »Hitler hat den Bus verpasst.«[95]

Aber im Blitzkrieg von Mai bis Juni 1940 schwang sich Hitler zum Herrn weiter Teile des kontinentalen Europas auf. Von der französischen Atlantikküste aus konnte er nunmehr gegen die Seewege Großbritanniens den Knebel des U-Bootkrieges einsetzen. Früher oder später konnte er die Eroberung der Sowjetunion starten und die deutsche Herrschaft vom Atlantik bis an den Ural ausdehnen. Die dramatische Niederlage der Westmächte markierte den endgültigen Zusammenbruch der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Ordnung – und das nicht nur in Europa. Nachdem Frankreich gefallen war, trat Italien in den Krieg ein, um ein mediterranes Imperium zu erobern, und griff Griechenland und Ägypten an, die strategische Bastion der britischen Macht im Nahen Osten. Wenn die Briten Kairo (den großen Knotenpunkt ihrer kolonialen Verbindungslinien) und den Suezkanal verloren, dann wäre der Weg frei für einen Vorstoß der Achsenmächte in den Persischen Golf und womöglich bis an die Grenzen Indiens.

Für Hitler war der italienische Vorstoß nach Griechenland und Ägypten jedoch überaus hinderlich. Er verzögerte den großen Angriff auf die Sowjetunion, die »Operation Barbarossa«, die am 22. Juni 1941 begann.

Als die deutschen Armeen Russland überfielen und quer durch die Ukraine stürmten, setzte eine gewaltige geopolitische Revolution ein. Alles sprach dafür, dass die Deutschen binnen eines Jahres die sowjetische Landmasse westlich des Ural und den Kaukasus mit seinen Ölfeldern kontrollieren würden. Sie hätten dann ein gigantisches Reich errichtet. Sie würden das »Kernland«, wie Mackinder es genannt hatte, beherrschen und wären im kontinentalen Eurasien die dominierende Macht. Großbritannien (und Amerika) hätten sie damit an die Küstenränder und in die Äußere Welt jenseits von Europa abgedrängt. »Wir sollten die blockierte Partei sein«, erklärte ein amerikanischer Experte.[96] Angesichts dieser Bedrohungen war es unvorstellbar, dass von der alten kolonialen Ordnung in Asien, Afrika oder im Nahen Osten viel erhalten bleiben würde. Mitte des Jahres 1941 waren tatsächlich die Anzeichen einer Krise in der allergrößten britischen Kolonie bereits unübersehbar. In Anbetracht der deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Festland und der neuerlichen Bedrohung des Nahen Ostens waren die Briten (entgegen ihren ursprünglichen Absichten) gezwungen gewesen, indische Ressourcen zu mobilisieren. Jetzt mussten sie den von indischen Nationalisten und muslimischen Subnationalisten geforderten Preis zahlen, sonst drohte ihnen ein politischer Aufstand. Sie ließen sich auf den gewundenen Pfad von Zugeständnissen ein, die Mitte 1942 zu dem schicksalhaften Versprechen der Unabhängigkeit Indiens am Ende des Krieges führten.

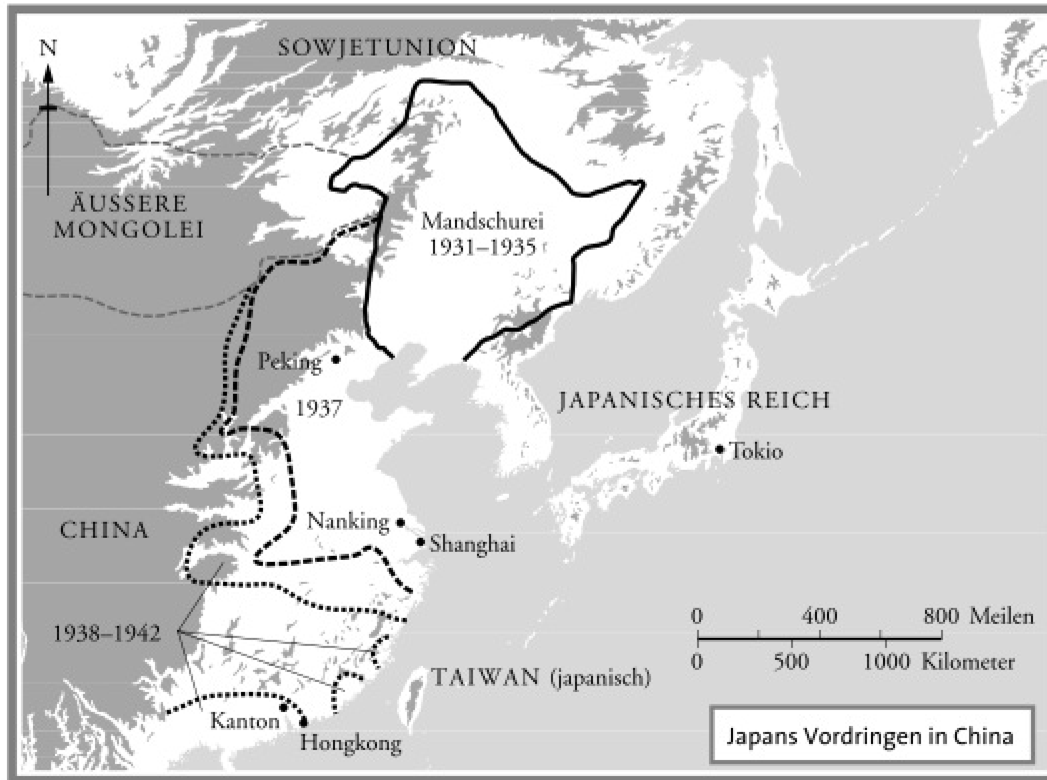
Am östlichen Ende Eurasiens hatte ein zweiter, gigantischer Aufstand begonnen. Nach der Eroberung der Mandschurei waren die Japaner allmählich durch Nordchina vorgestoßen und hatten Mitte 1936 die Innere Mongolei

ihrer Einflusssphäre einverleibt. Im Juli 1937 stießen sie in China mit den Truppen der Kuomintang-Regierung zusammen und begannen einen regelrechten Krieg. Tokio hatte sich zum Ziel gesetzt, China in ein ostasiatisches Herrschaftssystem einzugliedern und seine Verbindungen zum Westen und Russland zu kappen. Der japanische Imperialismus wurde von einer kulturbedingten Befürchtung geschürt, dass eine »panasiatische« Revolte gegen den kolonialistischen Westen[97] stattfinden könnte. Die Überzeugung grassierte, dass sich Europas Macht in Asien in einem rasanten Niedergang befinde.[98] Japan hatte in den 1930er Jahren wirtschaftlich große Erfolge gefeiert, aber seine lebenswichtigen Märkte im Ausland waren von guten Beziehungen zu Großbritannien (solange die Briten Indien regierten) und zu den Vereinigten Staaten abhängig. Von allen Großmächten war Japan am anfälligsten für Störungen seiner Wirtschaft von außen: Ein eigenes Handelsreich wäre der beste Schutz vor katastrophalen Folgen der Abhängigkeit gewesen. In der Tat ging das politisch dominante Oberkommando des Heeres in Tokio davon aus, dass die Welt in Kürze in regionale Sphären und geschlossene Wirtschaftszonen unterteilt werden würde. In einem künftigen Krieg wollte Japan die Sowjetunion und Großbritannien aus Ostasien vertreiben. Mittlerweile könne, so wurde argumentiert, die schrittweise Ausdehnung der japanischen Macht über China vorangetrieben werden, ohne einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu riskieren, deren extrem feindselige Haltung gegenüber der Sowjetunion den Unmut über Japans Expansion aufwog.[99] Das verblüffende Versäumnis der Briten und Amerikaner, sich auf eine Reaktion auf Japans Angriff gegen China zu einigen, die Entscheidung des US-Kongresses von 1938 gegen den Bau neuer Schlachtschiffe sowie die defensive Haltung der US Navy im Pazifik – all diese Ereignisse schienen die hegemoniale Zuversicht Japans zu bestätigen.[100]

Sie sollte sich als töricht erweisen: Die Briten und die

Amerikaner gaben nicht klein bei. Beide schickten weiterhin Hilfslieferungen an Chiang Kai-shek, selbst nachdem er von Nanking aus bis nach Tschungking weit im Westen Chinas vertrieben worden war. Aber London und Washington verrechneten sich ebenfalls. Sie unterschätzten die Bereitschaft Japans, ihnen militärisch die Stirn zu bieten. Nach dem Fall Frankreichs im Juni 1940 wuchs der Einfluss Japans beträchtlich. Am 23. September tolerierte die Vichy-Regierung in Frankreich den Einmarsch der japanischen Armee in Französisch-Indochina. Bereits am 27. September unterzeichneten die Japaner den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien, vermutlich um die Briten und Amerikaner von weiteren Hilfslieferungen an die Kuomintang abzuschrecken. Im April 1941 schloss Japan einen weiteren günstigen Handel ab. Im August 1939 hatte die japanische Armee bei Nomonhan in der Mongolei eine verlustreiche Schlacht gegen sowjetische Truppen ausgefochten; die Rote Armee hatte schließlich gesiegt. Beide Seiten zogen daraus die Lehre, dass weitere Kämpfe fürs Erste sinnlos waren, weil sie einen Zweifrontenkrieg unbedingt vermeiden wollten. Mit dem Neutralitätspakt vom April 1941 wurde diese Position förmlich festgeschrieben. Damit hatte die sowjetische Armee freie Hand für die Kämpfe im Westen, und die japanische Armee für einen neuen Krieg im Süden. Im Juli 1941 marschierte Japan in Indochina ein, dem Sprungbrett für eine Invasion Thailands, der Malaiischen Halbinsel und Niederländisch-Ostindiens mit ihren großen Ölvorkommen. Als Washington mit einem Ölembargo konterte (80 Prozent des japanischen Erdöls kamen immer noch aus Amerika), fiel die Entscheidung für einen Präventivkrieg. Mit dem Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und der Eroberung Singapurs nur etwas mehr als zwei Monate danach (ebenso erstaunliche Siege wie jene Hitlers im Westen) wurde Japan zum Herrn des asiatischen Pazifiks. Das koloniale Südostasien war gefallen: Die Invasion Indiens schien nur noch eine Frage der Zeit.

Mitte 1942 wankte das sowjetische Reich; das britische lag in den letzten Zügen. Zwei neue Imperialismen waren im Begriff, Eurasien und anschließend womöglich die Welt neu aufzuteilen. Eine »neue Ordnung« brach an.



Diese erstaunlichen Ereignisse markierten den endgültigen Zusammenbruch der eurozentrierten Weltordnung, die vor 1914 so unangreifbar erschienen war. Sie enthüllten darüber hinaus die erschreckende Zerbrechlichkeit der »liberalen Welt«, deren Erneuerung nach dem Krieg lautstark angekündigt worden war. Dabei ging es keineswegs nur um das Ende des Freihandels. Die 1930er Jahre hatten ein Ausmaß an politischer Gewalt sowohl in Europa als auch in Asien gesehen, das die Menschheit in ihrer ganzen Geschichte noch nicht erlebt hatte. Überwachung, Bespitzelung, Propaganda und physische Gewalt wurden zu ganz alltäglichen Mitteln autoritärer Regierungen.

Ideologische Kriege wurden mit kompromissloser Härte ausgetragen. Besonders erschreckend war die Ausbreitung nicht nur rassischer Konflikte, sondern eines programmatischen Rassismus. Auf der Wannsee-Konferenz 1942, dem wohl entscheidendsten Jahr der neuesten Weltgeschichte, erreichte er seinen grässlichen Höhepunkt. Bürokraten und Parteifunktionäre der Nazis planten den Holocaust unter der Bezeichnung »Endlösung der Judenfrage«.[101] 1942 war »das Jahr innerhalb des Holocausts mit den meisten Morden und eines der schlimmsten Jahre des Tötens in der gesamten Menschheitsgeschichte«.[102] Fast die Hälfte aller Juden, die den Nazis in die Hände fielen, wurden in den zwölf Monaten nach dem März 1942 ermordet. In dieser Mordorgie könnte man auch das Ende der Welt erblicken. Was hatte diesen moralischen Abgrund aufgetan?

Die Versuchung ist groß, die 1930er und 1940er Jahre als eine Zeit der verrückten Fanatiker und Wahnsinnigen abzutun. Dazu besteht jedoch kein Anlass. Der Prozess ist äußerst komplex, doch die wichtigsten kausalen Zusammenhänge sind nur allzu klar. An der Wurzel der Gewalt, des Hasses, der Morde, der Suche nach kultureller Abschottung und wirtschaftlicher Autarkie lag das Aufeinanderprallen der beiden großen Kräfte, welche die Welt nach 1890 prägten. Die erste war die intensive Globalisierung, die Kulturen, Volkswirtschaften und politische Systeme in einem gewaltigen Ausmaß und mit rasender Geschwindigkeit für Einflüsse von außen geöffnet hatte. Trotz aller Vorzüge dieser Entwicklung war es kaum verwunderlich, dass in vielen Gesellschaften zahlreiche Symptome von Unruhe und Besorgnis zu beobachten waren, darunter auch verbreitete Bewegungen für kulturelle und rassische »Reinigung«. Die zweite Kraft war die Staatenbildung. Sie wurde von vielen Entwicklungen stimuliert, die zugleich die Globalisierung förderten: der verbesserten Kommunikation, dem Aufstieg der

Großindustrie und dem Entstehen neuer Gemeinschaften. Diese Entwicklungen konnten auch dazu genutzt werden, neue Formen der Autorität und neue Techniken der Herrschaft zu schaffen. Staatengründer stellten fest, dass sie sich der Xenophobie bedienen konnten, um mit besonderem Nachdruck patriotischen Gehorsam zu fordern. Bis 1914 waren Globalisierung und Staatenbildung in einem fragilen Gleichgewicht vorangeschritten. Doch die große zweifache Krise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte dieses Gleichgewicht zerstört. Der Erste Weltkrieg und sein Ausgang hoben die Legitimität der internationalen Ordnung auf, und damit zerfiel auch der politische Rahmen, auf den die Globalisierung angewiesen war. In den größten Staaten Europas, Russland und Deutschland, löste der Schock der Niederlage eine extreme Abwehrreaktion gegen wirtschaftliche und kulturelle Offenheit aus. Der drastische Rückgang des Handels nach 1930 führte in der aufrührerischen Stimmung zu fatalen Wendungen in der Politik. Das Experiment der ersten Globalisierung hatte in einer Katastrophe geendet, und sein endgültiger Zusammenbruch musste unmittelbar bevorstehen – eine Überzeugung, die Kommunisten, Faschisten und japanische Pan-Asiaten teilten. In dem bevorstehenden Machtkampf, der möglicherweise auch ein Kampf ums Überleben war, zählten nur noch die Stärke und der Zusammenhalt des Nationalstaates, die Größe seines Territoriums und Beherrschung seiner Expansionszone. In einer zersplitterten Welt ohne kollektiven Willen gab es kaum Beschränkungen. Der riesige eurasische Krieg, der Mitte 1942 bereits allenthalben tobte, war die Krise der Welt.

8. Ende und Anfang – Alte Reiche und neue

Das schreckliche Chaos des Zweiten Weltkriegs erschien den Betroffenen als das Ende der Welt. Dieser Krieg zerschmetterte endgültig die schwachen internationalen Strukturen, die bereits nach 1918 tiefe Risse gezeigt hatten. Er vernichtete ganze Staaten oder setzte sie außer Funktion. Er blockierte die Handelswege und schuf neue Formen wirtschaftlicher Abhängigkeit. Er lud Völkern und Regierungen neue Lasten auf, die sie finanziell oder physisch kaum tragen konnten. Durch Propaganda, Polizeistaatlichkeit und enge Netze von Wirtschaftskontrollen brachte er neue Formen der Zwangsherrschaft hervor. Er führte das ideologische Denken auf einen neuen Höhepunkt, denn es war ein wichtiges Instrument, um für den Krieg zu motivieren und zu mobilisieren. Er verursachte eine riesige Flut gewaltsamer Unordnung, die weit über die Schlachtfelder und die Marschwege der Armeen hinaus Zerstörungen anrichtete. Vor allem in Europa, Südostasien und China wurden Millionen von Menschen versklavt oder ermordet. Unabhängig vom Ausgang des Krieges musste die Katastrophe ihren Schatten auch auf den nachfolgenden Frieden werfen. Die enorme Aufgabe des Wiederaufbaus würden Völker und Regierungen schultern müssen, die erschöpft und orientierungslos waren.[1] In der Nachkriegswelt würden sozialer oder politischer Zusammenhalt und Disziplin überaus wertvoll sein. Jene Staaten, die ihre Produktion auf Kriegshöhe halten oder sogar noch steigern konnten, würden in jedem Machtkampf

einen großen Vorteil erlangen. Eines war jedoch gewiss: Es gab keinen Weg zurück zu einem stabilen Status quo, wenn denn ein solcher in den turbulenten 1930er Jahren überhaupt existiert hatte. Wie die Welt vor 1914 würde auch die Welt vor 1939 niemals wiederkehren.

Natürlich war die »neue« Welt keine Mondlandschaft, in der alles anders sein würde. Trotz der schrecklichen Auswirkungen dieses Kriegs hatten weite Teile der Welt in Nord- und Südamerika und in Afrika ihre gesellschaftliche und politische Ordnung bewahrt. In den meisten übrigen Teilen der Welt wollte sich die Zivilbevölkerung von den Ansprüchen einer drückenden staatlichen Autorität befreien, um wieder ein halbwegs normales Alltagsleben zu führen. Nur widerwillig würden sie jedoch neue Regeln befolgen, sich neuen Arbeitsanforderungen fügen und neues materielles Elend erdulden. Die Siegermächte würden viele alte Ziele und Konzepte in den Frieden einbringen, so sehr sich diese auch durch den außergewöhnlichen Verlauf dieses Krieges verändert haben mochten. Wo immer möglich, würden sie die Kräfte, die der Krieg hinterlassen hatte, einspannen, um eine Ordnung zu errichten, die ihren Interessen entsprach – sofern sie sich einigen konnten, welcher Art diese waren. Tatsächlich war ein gemeinsamer Friedensplan extrem unwahrscheinlich (ein weiteres Erbe der Zwischenkriegsjahre), und wer hätte auch den Willen und die Mittel gehabt, einen solchen weltweit durchzusetzen? Im Gegensatz zu den Träumen der Propheten und Utopisten war die Nachkriegswelt kein absoluter Neuanfang, der alle bisherigen Konflikte lösen könnte. Sie glich eher einer ausgebombten Stadt, in der es erst einmal galt, die Gebäude abzustützen, die den Angriff überstanden hatten, und die Trümmergrundstücke unter den miteinander konkurrierenden Bauunternehmern aufzuteilen. Obendrein bestand kaum Einigkeit darüber, was man wieder aufbauen und was man endgültig abreißen sollte. Da außerdem auf einige der größten Trümmerlandschaften

mehrere Parteien Anspruch erhoben, verlief der Wiederaufbau nur schleppend und zudem konfliktreich und hinterließ große Bitterkeit. Nach 1949 wurde die ohnehin schon schlechte Atmosphäre noch weiter vergiftet, da beide Supermächte jetzt über Atombomben verfügten. Dies war die Weltlage, in der alte Imperien zerbrachen und neue entstanden.



Die Grenzen der nationalsozialistischen Macht 1942

Die Teilung Eurasiens

Der Weltkrieg erreichte seinen Wendepunkt in den Jahren 1942 und 1943. In der Schlacht um Midway im Juni 1942 zerstörte Amerika die Offensivkraft der japanischen Flotte im Westpazifik. Im Oktober und November 1942 scheiterte bei El Alamein der Versuch der Italiener und Deutschen, Ägypten zu erobern und dadurch das britische Empire in

zwei Blöcke zu spalten. Vor allem in Stalingrad und in der Panzerschlacht bei Kursk wurden alle deutschen Hoffnungen auf einen Sieg über die Sowjetunion zunichte gemacht. Obwohl die Achsenmächte noch einige Erfolge erzielten, stand doch seit Mitte 1943 fest, dass sie diesen Krieg nicht gewinnen konnten und dass es keine neue, in Berlin und Tokio entworfene Weltordnung geben würde. Höchst ungewiss war allenfalls, wann und wie dieser Krieg enden würde, in welchem Zustand die Welt dann sein würde und welche Kräfteverhältnisse zwischen den Siegermächten herrschen würden, wenn das Feuer eingestellt wurde. Eine alliierte Katastrophe in der Normandie im Juni 1944 oder ein japanischer Sieg bei Imphal an der indischen Grenze etwa zur selben Zeit hätten dramatische Auswirkungen haben können.

Inzwischen war auf der Seite der »Vereinten Nationen«, wie sich die Anti-Achsen-Koalition jetzt zu nennen begann, die Abschaffung der alten Kolonialordnung offizielles Ziel der beiden stärksten Alliierten, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, geworden. In Moskau war die Feindschaft gegen jedes Imperium (sofern es sich nicht um das sowjetische handelte) ein politisches Axiom. Das Ende dieser Reiche würde den unvermeidlichen Zerfall des Kapitalismus einleiten. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt machte keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die europäische Kolonialherrschaft, obwohl er aus Respekt gegenüber Churchill hauptsächlich die Sünden des französischen und weniger des britischen Kolonialismus geißelte. Trotzdem war die Mehrheit der amerikanischen politischen Entscheidungsträger davon überzeugt, dass die Briten trotz der heroischen Verteidigung ihrer Insel als imperiale Macht unwiderruflich am Ende seien. Tatsächlich wurde diese Meinung von vielen Menschen in Großbritannien geteilt. Der Fall Singapurs, der Verlust Burmas und Malayas, die schwache Leistung der britischen Truppen und die mangelnde Begeisterung der asiatischen

Untertanen Großbritanniens – vor allem in Indien – für die imperiale Sache galten als Beweise, dass die britische Herrschaft in Süd- und Südostasien am Ende war. Sich an diesen überholten Imperialismus zu klammern, erschien als vergeblich und gefährlich. In einer Sonderausgabe des Penguin-Verlags aus dem Jahr 1944 mit dem Titel *Soviet Light on the Colonies* beurteilte ein Experte die britische Kolonialpolitik negativ im Vergleich mit den sowjetischen Praktiken in den zentralasiatischen Republiken.[2] Die Regierung selbst, die über die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung in den USA besorgt war, startete eine Charmeoffensive, in der die Herrschaft des Empires als wohltätige Partnerschaft dargestellt wurde, die bei »rückständigen« Völkern Demokratie und Entwicklung fördere.[3] Den Kolonialregierungen wurde bedeutet, sie sollten mehr Freiheiten gewähren und freie Wahlen abhalten. Dies alles blieb den Politikern der Kolonien natürlich nicht verborgen. Wie immer der Krieg auch ausgehen mochte, er würde sicherlich den Vorkriegsstillstand in der Kolonialpolitik beenden. Ein großes Symbol des Wandels war bereits sichtbar. Im Jahr 1943 wurden die letzten Überbleibsel der »Ungleichen Verträge« mit China endgültig abgeschafft. Die Briten verzichteten auf ihre verbliebenen Privilegien, die inzwischen ohnehin wertlos geworden waren.

Andererseits bot der Verlauf des Krieges keine Gewähr, dass die Welt der Imperien reibungslos in eine Welt der Nationen umgewandelt werden könnte. Die ersten Regionen, welche die alliierten Mächte sichern konnten, waren der Nahe und Mittlere Osten. Dort wurde die Vorherrschaft wieder hergestellt, die von den Briten seit 1918 ausgeübt worden war. Tatsächlich erlaubte es ihnen der Sieg, ihre Vorherrschaft noch fester zu verankern – zumindest schien es so. Sie machten aus Kairo das Zentrum einer Operationssphäre, die das Mittelmeer und den Nahen Osten umfasste. Die im englisch-ägyptischen Vertrag von 1936

eingerichtete »Suezkanalzone« war eine große Militärenklave mit Tausenden von Soldaten, Werkstätten, Läden, Truppenübungsplätzen und Flugplätzen. Sie war eine Machtbasis, von der aus britische Streitkräfte in alle Richtungen entsandt werden konnten. Tatsächlich schienen die Briten nicht zu glauben, dass sie ihr nah- und mittelöstliches Reich in absehbarer Zeit aufgeben sollten. Sie fürchteten ein Wiederaufleben der sowjetischen Macht und betrachteten Stalins Pläne für den nördlichen Iran, der während des Kriegs von sowjetischen Truppen besetzt war, und für die türkischen Meerengen mit Argwohn. Sie waren entschlossen, ihre Ölkonzessionen im südwestlichen Iran und ihre Raffinerien in Abadan am Persischen Golf zu schützen. Sie betrachteten den Mittleren Osten als unverzichtbare Plattform, von der aus sie ihre Autorität in der östlichen Hälfte der Welt schützen konnten. Sie wollten dabei keinesfalls eine Kolonialherrschaft alten Stils wieder aufrichten, die sie bereits zwei Jahrzehnte zuvor als ungeeignet für die neuen Zeiten aufgegeben hatten. Stattdessen wollten sie die lokale Politik so umgestalten, dass sie weiterhin ihren Interessen diente. Ihre Grundannahme war, dass die »gemäßigten« Nationalisten in Ägypten, im Iran und in den arabischen Ländern eine »diskretere« britische Präsenz akzeptieren würden, wenn man ihnen Schutz gegen äußere Angriffe und großzügige Wirtschaftshilfe verspräche. Sie sahen jedoch nicht voraus, wie schnell sich der arabisch-jüdische Konflikt in Palästina, das damals von den Briten als Mandat des Völkerbundes verwaltet wurde, durch die Flut der jüdischen Flüchtlinge, die am Ende des Krieges ins Land strömten, verschärfen würde. Auch war ihnen nicht klar, wie sehr der britische Einfluss unter der Überzeugung der Araber leiden würde, dass die Schaffung Israels (und die arabische Niederlage im Palästinakrieg nach dem britischen Abzug im Jahr 1948) ein verräterischer Akt der Briten gewesen sei. Das Ende des Empires im Nahen und Mittleren Osten war deshalb

keineswegs ein auf gegenseitigem Einvernehmen beruhender Übergang ins Zeitalter der Nationalstaaten.

Der Nahostkonflikt, die Gefahr einer englisch-sowjetischen Rivalität und die wachsende Bedeutung der Ölvorkommen verbanden die Zukunft des Nahen und Mittleren Ostens mit dem Ausgang des Krieges in Europa. In einer idealen Welt hätte es danach ein europäisches Übereinkommen gegeben, um das Vorkriegsstaatensystem wieder herzustellen, allenthalben demokratische Regierungen zu installieren und die Erholung der Wirtschaft zu fördern. Wäre ein solches »neues Europa« als Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion entstanden, hätte die Nachkriegswelt völlig anders ausgesehen. Der Kriegsverlauf machte jedoch eine solche Entwicklung unmöglich. Das Beharren der Alliierten auf einer »bedingungslosen Kapitulation«, das teilweise auf den Abscheu gegen das Naziregime, teilweise aber auch auf die Angst zurückging, dass Friedensverhandlungen zu einem Bruch zwischen den Verbündeten führen könnten, hatten – zusammen mit Hitlers totalem Krieg – fast ganz Europa 1944 und 1945 in ein riesiges Schlachtfeld verwandelt. Ein Großteil des Kontinents war bereits in ein riesiges Nazi-Reich integriert geworden, in dem alles auf die Kriegsführung ausgerichtet war. Vorkriegsstaaten wurden ausradiert, Vorkriegsgemeinschaften wurden entwurzelt und Vorkriegsminderheiten wurden »ausgemerzt«. In den entsetzlichen Todeszonen, die der Nazi-Imperialismus in Ost-, West- und Mitteleuropa hinterließ, waren das ungeheure Ausmaß der erlittenen und zugefügten Gewalt, die ethnischen und ideologischen Spaltungen und das Stigma der freiwilligen oder erzwungenen Kollaboration verhängnisvolle Erbschaften. In diesem Klima der Angst, der Rache und des Hasses war vor allem in Osteuropa der Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung durch gesellschaftliche und ethnische Konflikte und Druck von außen leicht zu gefährden. Es konnte also keine schnelle

Wiederherstellung der europäischen Weltgeltung geben. Stattdessen begann ein Zwist, in dem die Siegermächte und ihre Verbündeten vor Ort die Herrschaft über das untergegangene Nazi-Reich gewinnen wollten.

Die Teilung Europas blieb jedoch vorerst aus. Stalin, Roosevelt und Churchill dachten ursprünglich wohl an eine Teilung der Einflusssphären, die zwar die sowjetische Vorherrschaft in Polen, Rumänien und Bulgarien vorsah, aber eine breite »Mittelsphäre« aus Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei erhalten sollte, deren Zukunft erst in einem europäischen Friedensvertrag endgültig festgelegt würde. Aber ein solcher Friede konnte erst nach einer Regelung für Deutschland geschlossen werden. Die Angst vor einem deutschen Wiederaufstieg, einem neuen deutschen Reich oder einem zweiten Nazi-Imperium auf den Trümmern Ost- und Mitteleuropas leitete die Diplomatie der Alliierten. Verständlicherweise galt dies vor allem für die Sowjetunion. Der Wiederaufbau Europas sollte also in einem Kontinent stattfinden, der vor einem weiteren deutschen Angriff sicher war. Ein alliierter Kontrollrat der vier Mächte sollte einen deutschen Imperialismus für alle Zeiten verhindern. Deutschland sollte entwaffnet, entnazifiziert und entindustrialisiert werden, damit es nie wieder ein Reich aufbauen könnte. Doch bei der konkreten Ausgestaltung dieses Programms entzweiten sich die Alliierten. Für die Westmächte war die Erholung der Wirtschaft das vordringliche Ziel. Sie fürchteten, dass wirtschaftliche Depression und Not zu Massenunruhen in ganz Westeuropa führen würden; deshalb weigerten sie sich, die ökonomische Erholung in ihrem Teil Deutschlands zu verzögern. Obwohl Stalin Einwände erhob, setzten sie ihre Aufbaupolitik unbeirrt fort. Nach der Berlinblockade von 1948, Stalins Gegenschlag, wurde die gemeinsame Verwaltung Deutschlands zugunsten einer De-facto-Teilung aufgegeben. In ganz Ost- und Mitteleuropa (mit Ausnahme Jugoslawiens) gelangten mit tätiger Hilfe der Sowjetunion kommunistisch

geführte, moskauhörige Regierungen an die Macht. Im Westen förderten die amerikanische Finanzhilfe durch den Marshallplan und das Schutzversprechen gegen sowjetischen Druck den Wiederaufbau der Wirtschaft und eine demokratische Politik.

Die Teilung Europas war die maßgebliche Voraussetzung für die Gestaltung der Nachkriegswelt. Sie bedeutete den endgültigen Zerfall des Kriegsbündnisses der Alliierten. Sie bestätigte Stalins Überzeugung, dass er sich gegen einen amerikanischen Angriff wappnen müsse,[4] da der Kapitalismus das sowjetische Experiment nicht hinnehmen könne. Als sich die Sowjetunion bemühte, nach der Sicherung ihrer Herrschaft über Polen, Rumänien und Bulgarien auch noch ihren Einfluss im Iran, in der Türkei und in Griechenland geltend zu machen, veränderte sich die öffentliche Meinung in den USA rapide. Moskaus Agieren schien die Ansicht zu bestätigen, die der führende Experte für die sowjetische Politik, George Kennan, bereits 1946 in seinem berühmten »langen Telegramm« aus Moskau geäußert hatte: Die Sowjetunion strebte nach weiterer Expansion. Kennan schrieb, die Expansionspolitik der Sowjetunion sei durch ihre Ideologie begründet und im Grunde einfach die Fortsetzung der zaristischen Expansion unter neuer Führung.[5] In den USA verbanden sich die Bemühungen, die sowjetische Bedrohung »einzudämmen« und die riesige neue Verpflichtung einer Verteidigung Westeuropas auf sich zu nehmen, mit der paranoiden Furcht vor einer sowjetischen Verschwörung gegen die amerikanische Freiheit. Diese Vision eines Albtraums brachte den McCarthyismus hervor. Sie verstärkte die ideologische Vorstellung einer bedrohlichen internationalen Rivalität und lieferte die theoretische Rechtfertigung für das amerikanische Eingreifen in allen Teilen der Welt. Im Juni 1950 griff Nordkorea – der Staat, der 1945 nach der Vertreibung der Japaner im sowjetischen Einflussbereich auf der koreanischen Halbinsel entstanden war – Südkorea an.

Fortan wurde die Überzeugung, dass Amerika sich in einem weltweiten Kalten Krieg gegen die sowjetische Expansion befinde, zur zentralen Prämisse der amerikanischen Politik. Gleichzeitig trieb die Teilung Europas dessen westliche Hälfte in eine Abhängigkeit von den USA, die sich am Ende des Kriegs niemand hätte vorstellen können. Dieses Muster wiederholte sich spiegelbildlich im sowjetisch kontrollierten Osten des Kontinents. Für die Welt außerhalb Europas jedoch waren die Auswirkungen der europäischen Teilung ganz besonders verblüffend.

Die amerikanische Führung hatte eine starke Abneigung gegen die Kolonialreiche, die von Europa aus regiert wurden. Aus ihrer Sicht waren diese Reiche feudale Relikte, Bastionen unrechtmäßiger Privilegien und Bollwerke gegen die Demokratie. Außerdem waren sie ineffizient, rückständig und schwerfällig. Noch schlimmer war jedoch, dass sie den freien Wettbewerb ausschlossen, dem amerikanischen Handel den Zugang verwehrten und das Wachstum der amerikanischen Exporte behinderten. Der Untergang der Kolonialreiche im französischen Indochina, dem holländischen Ostindien und dem britisch regierten Burma und Malaya sowie der unmittelbar bevorstehende Abzug der Briten aus Indien erschienen ihnen als positive Nachwirkungen des Pazifikkriegs. Es lag im ureigensten Interesse der USA, nach einer kurzen Eroberung dieser Gebiete (zur Vertreibung der japanischen Armeen) auf eine schnelle Aufhebung der Kolonialherrschaft zu dringen. Die bisherigen Kolonien würden dann als exkoloniale Nationen wieder erstehen, die bei der größten ehemaligen Kolonie der Welt um Hilfe und Rat nachsuchen würden. Von den europäischen Kolonialmächten mit ihren geschwächten Staaten und weit dringlicheren Problemen im eigenen Land konnte man eine ähnliche Sicht der Dinge erwarten. Gut möglich, dass sie meinten, Imperien seien ein Luxus, den sie sich nicht mehr leisten konnten.

In einem wichtigen Staat war genau dies der Fall. Die

Briten hatten diesen Krieg geführt, um sich gegen Hitler zu schützten. Gleichwohl hatte Churchill insistiert, dass die britischen Kriegsanstrengungen auch dem Erhalt ihrer imperialen Macht dienen sollten. Berühmt wurde seine Erklärung vor dem britischen Unterhaus: »Ich bin nicht Erster Minister des Königs geworden, um der Liquidierung des britischen Empires vorzustehen.« Aber in der schweren Krise des Jahres 1942 (während der Luftschlacht um England) stimmte auch Churchill zu, dass Indien kurz nach dem Krieg die Unabhängigkeit erlangen sollte. Nach der Kapitulation Japans versuchte die Labour-Regierung in London 18 Monate lang eine Formel zu finden, wie man Indien die Freiheit geben und es gleichzeitig zusammenhalten könnte. Sie lehnte die muslimischen Forderungen nach einer Teilung Indiens ab, einmal weil die Kongresspartei als stärkste politische Kraft des Subkontinents dagegen war, zum anderen weil sie hoffte, ein vereinigtes Indien würde Großbritanniens Juniorpartner im Nachkriegsasien werden. Als sich jedoch Anfang 1947 die Wirtschaftskrise in Großbritannien weiter verschärfte und die Regierung befürchtete, in einen indischen Bürgerkrieg verwickelt zu werden, gab sie klein bei. Man schickte einen neuen Vizekönig, der den Raj in etwas mehr als einem Jahr abwickeln sollte. Lord Mountbatten erfüllte seinen Auftrag überraschend schnell. Nachdem er die Kongresspartei davon überzeugt hatte, dass die Teilung der Preis einer schnellen Unabhängigkeit sei und dass ein weiterer Widerstand zu einem Absturz ins Chaos führen könnte, organisierte er bereits nach sechs Monaten Amtszeit im August 1947 den britischen Blitzabzug aus Indien. Innerhalb eines Jahres erlangten auch Ceylon (Sri Lanka) und Burma die Unabhängigkeit.

Überraschend war jedoch, dass dieser Rückzug keinesfalls überall stattfand. Zwar hatten die Briten ihr Mandat in Palästina aufgegeben. Grund hierfür war jedoch die Überzeugung, dass eine weitere Verwicklung in den

arabisch-jüdischen Konflikt ihre Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten gefährden könnte, die sie unbedingt aufrecht erhalten wollten. Anstatt aus ihrer wirtschaftlichen Schwäche und strategischen Gefährdung zu schließen, dass ihre Überseereiche eine unprofitable Last geworden waren, kamen Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Belgien genau zum entgegengesetzten Schluss. Um ihre vom Krieg erschütterten Wirtschaften wieder aufzubauen, benötigten sie billige Rohstoffe und tropische Güter, die sie gegen Dollars weiterverkaufen konnten. Mit diesen Profiten wollten sie dann ihre unentbehrlichen Importe aus den Vereinigten Staaten bezahlen. Ihre Kolonien erschienen ihnen dafür als perfekte Werkzeuge. Man konnte sie zwingen, ihre Exporte unter dem Weltmarktpreis zu verkaufen und weiche europäische Währungen anstatt harter Dollars zu akzeptieren. Kakao aus Westafrika, Kupfer aus dem Kongo, Zinn und Gummi aus Malaya und Zucker, Kaffee und Öl aus Niederländisch-Ostindien sollten die Wirtschaften der Mutterländer über Wasser halten, bis diese sich einigermaßen erholt hatten. »Wenn Indien verloren geht, steht der Ruin vor der Tür«, hieß es damals in Holland. »Wir stehen am Rand des Abgrunds«, sagte der niederländische Finanzminister im April 1947 kurz vor der holländischen »Polizeiaktion«, mit der die wichtigsten wirtschaftlichen Besitztümer (wie Plantagen und Minen) auf Java zurückerobert werden sollten.[6] Selbstverständlich waren die britischen Ölkonzessionen im südwestlichen Iran noch weit wertvoller.

Für eine Erhaltung dieser Kolonialreiche sprachen jedoch nicht nur wirtschaftliche Argumente. So wollten die Briten nicht zuletzt aus geostrategischen Gründen im Mittleren Osten bleiben. Die Strategen argumentierten, dass ein sowjetischer Angriff auf Mitteleuropa am besten durch die Drohung eines Luftschlags abgewendet werden könne. Sie dachten dabei an eine riesige Bomberflotte, wie sie die Briten gegen Nazideutschland eingesetzt hatten. Allerdings

lagen die russischen Industriestädte außerhalb der Reichweite der Flughäfen auf der britischen Insel. Von den britischen Luftstützpunkten im Mittleren Osten aus waren sie jedoch leicht zu erreichen. Das britische Kolonialimperium im Mittleren Osten sollte folglich die Schwäche Großbritanniens in Europa ausgleichen. Die französische Nachkriegsführung war wohl von der Unverzichtbarkeit ihres Kolonialreichs noch überzeugter als die britische. Nach Frankreichs Niederlage im Juni 1940 hatten sich gerade die afrikanischen Kolonien dem »Freien Frankreich« angeschlossen. Wenn das Land seinen Vorkriegsstatus als Großmacht wieder erlangen wollte, durfte es auf keinen Teil seines Imperiums verzichten, nicht zuletzt, weil es dort Soldaten für seine künftige Armee rekrutieren konnte.

Allerdings war es nicht so einfach, bei der Stange zu bleiben. Es würde viel Geld kosten und wertvolle Ressourcen vom Wiederaufbau im Mutterland abziehen. In Südostasien musste man die alte Kolonialmacht gegen die neuen Bewegungen von Widerstandskämpfern durchsetzen, die ursprünglich unter der japanischen Besatzung entstanden waren. Da sie am finanziellen Tropf der USA hingen, hätten es die reuelosen Imperialisten überdies wohl kaum gewagt, sich über ein Veto aus Washington hinwegzusetzen. Ein solches brauchten sie freilich nicht befürchten. Seit Truman und seine Berater sich vorwiegend mit der sowjetischen Bedrohung beschäftigten, hatten sich ihre Ansichten über den europäischen Kolonialismus grundlegend verändert. Es erschien ihnen nunmehr als unklug, ihre europäischen Freunde zum Verzicht auf ihre wertvollen Besitztümer zu zwingen. Als die Briten keine Militärhilfe an die Türkei und Griechenland mehr leisten konnten, reagierte Washington mit der Truman-Doktrin, um die gemeinsame Eindämmungspolitik im Mittelmeer und im Nahen und Mittleren Osten zu sichern. Die amerikanischen Stabschefs forderten »die größtmögliche politische, wirtschaftliche und

wenn nötig militärische Unterstützung […] für das Vereinigte Königreich und dessen Verbindungen zum Britischen Commonwealth«.[7] Die Vereinigten Staaten steuerten pro Jahr eine volle Milliarde Dollar zu den Verteidigungskosten des britischen Überseeimperiums bei, womit sie auch stillschweigend die britische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten absegneten. In den späten 1940er Jahren unterstützten sie darüber hinaus großzügig Frankreichs Kampf, Indochina unter französischer Herrschaft zu halten. Die erstaunlichen Folgen des Kriegs in Europa hatten die Vereinigten Staaten zum Patron und Beschützer der europäischen Reiche werden lassen – allerdings zu einem Patron, der erwartete, dass sich deren imperiale Wirtschaften früher oder später seiner eigenen öffnen würden.

Natürlich hatten nicht nur die Ereignisse in Europa zu diesem Ergebnis geführt. Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Imperialismus auf dem europäischen Kontinent hatte sein Gegenstück in Ostasien. Aber wie in Europa nahm auch der asiatische Krieg am Ende eine unvorhergesehene Wendung und zeitigte unerwartete Folgen. Im Kampf gegen Japan war die Sowjetunion neutral geblieben. Ein Großteil der japanischen Armee, mehr als eine Million Soldaten, war in China stationiert, um Japans Marionettenregime zu stützen und den Widerstand der Kuomintang-Armee zu brechen. Der amerikanische Angriff auf Japan war ein blutiger, langsamer Vormarsch von Insel zu Insel, der mit der Landung auf den japanischen Hauptinseln (wie 1944 in der Normandie) enden sollte. Die Rolle, die China bei der Niederringung Japans und in der neuen, von Washington geplanten Friedensordnung spielen sollte, änderte sich im letzten Kriegsjahr auf dramatische Weise. Ende 1944 hatte die Niederlage der Armee Chiang Kai-sheks durch die japanische Offensive »Operation Ichigo« Roosevelt und Churchill davon überzeugt, dass die Kuomintang zum Angriff auf Japan kaum etwas beitragen

könnte. Sie wollten jetzt Stalin dazu bewegen, nach Kriegsende in Europa Japan anzugreifen. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 stimmten sie im Gegenzug zu, dass Russland dafür die 1905 verlorenen Gebiete (die Kurilen und Nordsachalin), seine alten Eisenbahnrechte in der Mandschurei und seinen ehemaligen Flottenstützpunkt Port Arthur (das jetzt Lüshun hieß) zurückerhalten sollte. Letzteres war besonders erstaunlich, da die UdSSR von dort aus den Seeweg nach Nordchina kontrollieren konnte. Durch diese für China recht schmerzlichen Vereinbarungen wurde die bisherige Vorstellung, dass Kuomintang-China einer der »vier Weltpolizisten« (neben den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und dem Britischen Empire oder Commonwealth) und Amerikas Hauptpartner im asiatischen Pazifik sein würde, stillschweigend zu den Akten gelegt. Die Dringlichkeit, Japan zur Kapitulation zu zwingen, der erschreckende amerikanische Blutzoll, den eine Landungsoperation wahrscheinlich gefordert hätte, und die Notwendigkeit der sowjetischen Unterstützung setzten ganz neue Prioritäten.

Tatsächlich wurde dann jedoch die Kapitulation Japans nicht durch die Hilfe der Sowjets, sondern durch den Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki herbeigeführt. Allerdings brachten der Zusammenbruch des Japanischen Reichs und der unter seiner Herrschaft stehenden »Großostasiatischen Wohlstandssphäre« dem Kuomintang-Staat keine Vorteile. In den 1930er Jahren hatte Chiang Kai-shek vielleicht noch gehofft, das neue nationalistische China könne nach einer japanischen Niederlage eine Führungsrolle in der neuen ostasiatischen Ordnung erringen. Ein wieder erstarktes China würde die äußeren Mächte gegeneinander ausspielen und die riesige Interessensphäre der Qing-Dynastie zurückerobern: Sinkiang, Tibet, Mandschurei, Mongolei, Korea, Vietnam und vielleicht sogar Burma.[8] Nach Kriegsende erschien die KMT-Regierung einige Monate lang tatsächlich als dominierende

Kraft. Sogar Stalin hielt die Chancen der kommunistischen Anhänger Maos für gering.[9] Tatsächlich hatte jedoch der achtjährige Abwehrkampf gegen die Japaner von 1937 bis 1945 die Kuomintang nachhaltig geschwächt. Sie erhielt in dieser Zeit kaum Hilfe aus dem Ausland: Nur drei Prozent des amerikanischen Lend-Lease-Programms waren für China bestimmt. (1941 hatte der US-Kongress den Lend-lease Act erlassen, der es ermöglichte, Länder wie Großbritannien, Frankreich und andere leihweise mit wichtigem Kriegsmaterial zu beliefern.) Es war der Kuomintag daher unmöglich gewesen, in den nicht besetzten Teilen Chinas eine funktionierende Kriegswirtschaft aufzubauen. Es gab keinerlei Exporterträge. Die heimische Handelswirtschaft, die auf dem Austausch landwirtschaftlicher Produkte zwischen den unterschiedlichen Regionen Chinas beruhte, wurde durch den Krieg und die dadurch verursachte Fragmentierung des Landes gelähmt. Als China in die Subsistenzwirtschaft zurücksank, wurde die Kuomintang-Währung de facto wertlos. Das Eintreiben der Steuern von den Bauern wurde immer brutaler und schwieriger.[10] Als die Kuomintang-Regierung bei Kriegsende versuchte, Mao Tse-tungs kommunistischen Parallelstaat zu vernichten, stand sie folglich vor großen Schwierigkeiten. Maos Spielart des Kommunismus vermochte die Bauern gegen die Grundbesitzer und die Städte (als Verwaltungsbasen der Regierung und ihrer Steuereintreiber) zu mobilisieren. Mao setzte auf die bäuerliche Selbsthilfe und versprach die Neuverteilung des Bodens als unmittelbar wirksames Mittel gegen die entsetzliche Armut der Bauern.[11] Seinen kommunistischen Armeen half zusätzlich der schnelle Vorstoß der sowjetischen Truppen in die Mandschurei. Dadurch bekamen sie vor allem Zugriff auf die zurückgelassenen japanischen Waffen- und Munitionslager. Als Chiang Kai-shek nach Norden eilte, um von den mandschurischen Industrien Besitz zu ergreifen – die südliche Mandschurei war die reichste und am stärksten

industrialisierte Region Chinas[12] – überdehnte er die Ressourcen seines geschwächten Regimes. Im Jahr 1949 war der Widerstand der Kuomintang endgültig gebrochen. Im Oktober rief Mao in Peking die Volksrepublik China aus.

Die Auswirkungen waren weltweit spürbar. An beiden Enden Eurasiens hatte der Krieg einen geteilten Subkontinent geschaffen. Es gab keine Übereinkunft zur Nachkriegsordnung Europas und dessen Zukunft, und auch der Krieg in Ostasien würde nicht durch ein umfassendes Friedensabkommen beendet werden. Washington zog aus der Niederlage der Kuomintang den Schluss, dass eine Steigerung des kommunistischen Einflusses in den vom Krieg erschütterten Gesellschaften von Korea bis Java (Japan nicht ausgenommen) immer wahrscheinlicher werde. Trotzdem mussten neue Verpflichtungen auf dem asiatischen Festland, die zu Lasten der Verteidigung Europas gegangen wären, ausgeschlossen werden. Dieses Dilemma lenkte die amerikanische Politik in eine ganz neue Richtung. Es stärkte die Befürworter einer Unterstützung des britischen und französischen Kolonialismus gegen kommunistisch geführte Bewegungen in Vietnam und Malaya. Dagegen schwächte es die Begründungen für eine Unterstützung der Holländer gegen die indonesischen Nationalisten, die zu Washingtons großer Freude 1948 einen kommunistischen Aufstand niedergeschlagen hatten. Auch beendete es das Vorhaben, Japans industrielle Stärke im Interesse Chinas stark zu beschneiden. Stattdessen wurde Japan der wichtigste Verbündete der Amerikaner, der ihnen gegen ihren Schutz die unbeschränkte Nutzung seines Territoriums gestattete. Diesen bemerkenswerten Handel interpretierten einige Beobachter als in der Tradition der »Ungleichen Verträge« mit asiatischen Ländern stehend.

»Wir leben in einer revolutionären Übergangszeit«, hatte Jawaharlal Nehru im Januar 1949 asiatischen Führern erklärt.[13] Das war eine treffende Analyse. Die Auswirkungen des Krieges und die anschließenden Turbulenzen hatten den

gewohnten Gehorsam in vielen Teilen der Welt beendet. Die ersten drei oder vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg werden von den Historikern gewöhnlich als Vorspiel des Kalten Kriegs zuerst in Europa und dann in Asien dargestellt, und das waren sie auch. Trotzdem ist dieses allmähliche Abdriften in den Kalten Krieg nur ein Teil der Geschichte, und in vielen Teilen der Welt nicht einmal der wichtigste. Auch war noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen dieser Prozess auf andere Umwälzungen haben würde, die der Krieg ausgelöst hatte. Die Konflikte, die an beiden Enden Eurasiens entstanden waren, lösten ihrerseits eine Kette weiterer Explosionen überall auf der Welt aus. Unter ihrer Wucht krümmte und bog sich die neue und brüchige Ordnung, und an einigen Orten brach sie sogar ganz zusammen. Diejenigen, die vor Ausbruch des Krieges noch von der Macht ausgeschlossen waren, ob nun Kommunisten, Sozialisten, Nationalisten, Zionisten, Islamisten oder Separatisten, nutzten begierig die Chance, den bisherigen politischen Rahmen zu zerbrechen. Lokale Parteien und Interessen bemühten sich, die herrschende Regionalmacht zu beeinflussen, und taten alles, um ihre Macht vor Ort zu erweitern. Doch ihre Schachzüge spiegelten zugleich extreme Unsicherheit wider. Würden die Siegermächte nicht doch noch eine Reihe gemeinsamer Beschlüsse durchsetzen, was zum Beispiel Mao 1946 erwartete?[14] Oder würden sie sich heillos zerstreiten? Würde Amerika wieder wie 1919 in die Isolation abdriften? Würde die Weltwirtschaft wieder in die Rezession rutschen? Würden die Zerstörungen des Krieges weite Teile der Welt vom Handel ausschließen? Würde die vom Staat kontrollierte Autarkie die einzige praktikable Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs werden? Hatten die Angriffe auf das Eigentum während des Kriegs (durch Besteuerung, Beschlagnahmung oder Zerstörung) und der allgemeine Abbau der Persönlichkeitsrechte alte soziale Unterschiede beseitigt und die Gesellschaft auf Dauer nivelliert? Würde

jetzt eine neue Massenkultur sowohl über die vorindustriellen »Hochkulturen« als auch über die alten Volksbräuche triumphieren? Würde die kommende Ära eine Welt der großen Staaten und großen kontinentalen Zusammenschlüsse werden oder von einem losen Verbund von freien Nationalstaaten geprägt sein?

In den ersten fünf Friedensjahren waren die Zeichen noch widersprüchlich. Viele kleinere Staaten setzten große Hoffnungen auf die »Organisation der Vereinten Nationen«, die 1945 als einflussreichere Nachfolgerin des Völkerbunds gegründet worden war. Würde sie ein Gegengewicht gegen die herrschenden Mächte bilden oder diesen nur als Arena für ihren Konkurrenzkampf und ihre Konflikte dienen? Die Vereinbarungen von Bretton Woods aus den Jahren 1944 und 1945 errichteten einen finanzpolitischen Rahmen, der einen erneuten Absturz in eine weltweite Wirtschaftskrise verhindern sollte. Der Internationale Währungsfonds ermöglichte es Staaten, eine zeitweilige Zahlungsbilanzkrise zu überwinden, ohne zu Handels- und Währungskontrollen greifen zu müssen, die in den 1930er Jahren die Weltwirtschaft hatten schrumpfen lassen. Mit dem Eifer von Neubekehrten verlangten die Amerikaner den Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen. Allerdings blieb die neue Freihandelsära lediglich eine schöne Utopie angesichts des riesigen Ungleichgewichts, das zwischen den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt hinsichtlich der Produktionskapazitäten herrschte, und angesichts des extrem hohen Wechselkurses des Dollars, mit dem man amerikanische Güter hätte kaufen können. Die Sterling-Zone, die Großbritannien, seine Kolonialgebiete, unabhängige Commonwealth-Staaten einschließlich Indiens und einige nah- und mittelöstliche Länder wie Ägypten und den Irak umfasste, bildete eine eigene Handels- und Währungszone, deren Dollarkäufe strikt kontrolliert wurden. Dabei war es trotz der 13,1 Milliarden aus dem Marshallplan der Vereinigten Staaten keineswegs sicher, dass sich

Westeuropa als Produzent bzw. Markt rasch erholen würde. Der Sowjetblock bewegte sich dagegen zurück in die Autarkie. Unter solch widrigen Bedingungen konnte man sich ein Zeitalter von Wachstum, Wohlstand und größerer Freiheit des Individuums kaum vorstellen. Vorerst hatte die Steigerung der Produktion noch absoluten Vorrang. Ob sich dies mit einer raschen Ausweitung der persönlichen Freiheiten vereinbaren ließ, wurde heftig diskutiert. Ob kleine Staaten außerhalb eines großen Blocks (oder Reichs) bzw. ohne ausreichenden Zugang zu knappem Kapital existenzfähig waren, schien zumindest zweifelhaft.

Es überrascht somit kaum, dass es keine Übereinstimmung bezüglich der Gestaltung der neuen Weltordnung gab. Die Meinungsträger der alten Kolonialmächte waren überzeugt, dass eine Aufrechterhaltung des Kolonialreichs, wo immer dies die Bedingungen erlaubten, die sicherste Option darstellte, wenngleich es durchaus geboten war, die Kolonialherrschaft zu liberalisieren. Der Erhalt der Kolonialreiche ließ sich durch das halbwegs plausible Argument rechtfertigen, dies schütze die materiellen Interessen der Kolonialvölker in einer aus den Fugen geratenen Welt. Im Gegensatz dazu schöpften die antikolonialistischen Nationalisten Indiens aus dem plötzlichen Rückzug der britischen Imperialmacht Mut. Es gab jedoch weder einen Grund für die Annahme, dass alle Kolonialreiche stürzen würden, noch gar dafür, dass dies schnell geschehen könnte. Es schien fast ebenso wahrscheinlich, dass die Kolonialherren in vielen Teilen der Welt wieder erstarken würden und mit amerikanischer Unterstützung ihre Kolonialstaaten – wenn auch in veränderter Form – wieder aufbauen könnten. Nehrus revolutionäre Zeit war noch nicht gekommen.

Die Entkolonialisierung

Wir wissen heute, dass die Wiederbelebung des Kolonialismus von begrenztem Umfang und von äußerst kurzer Dauer war. Faktisch wurde die Entkolonialisierung zum wichtigsten politischen Faktor in Asien, Afrika und im Nahen und Mittleren Osten. Ihre ideologischen Auswirkungen waren auch in Lateinamerika zu spüren. Die Entkolonialisierung wird oft mit dem Ende der Kolonial*herrschaft* gleichgesetzt. Dies ist jedoch zu eng gedacht. Man sollte sie vielmehr als das Abwracken einer eurozentrischen imperialen Ordnung betrachten, in die das Territorialreich mit exterritorialen »Rechten« eingebunden gewesen war. Die Stützpunkte, Enklaven, Festungen, Kanonenboote, Vertragshäfen und »Ungleichen Verträge« (wie in Ägypten und China) waren ebenso sehr Ausdruck des europäischen Imperialismus wie die Kolonien und Protektorate, die auf den alten Reichskarten rot, blau, gelb oder grün dargestellt waren. Dies gilt auch für die Haltung, dass jede Intervention gerechtfertigt sei, weil jene außereuropäischen Staaten nicht den Zivilisationsstand erreicht hätten, den ein europäischer Besucher erwarten durfte. Diese imperiale »Ordnung« bog sich eine kulturelle Hierarchie zurecht, in der die fortschrittlichen Fähigkeiten der nordwesteuropäischen und euro-amerikanischen Gesellschaften dem (manchmal durchaus malerischen) »Beharrungszustand« entgegengestellt wurden, in dem die nichtwestlichen Kulturen angeblich verharrten. Sie erwartete und erzwang – wo es möglich war – zudem eine Arbeitsteilung, in der das Kapital, die Industriegüter und die technischen Errungenschaften der industrialisierten Welt gegen die Rohstoffe und Nahrungsmittel der nichtwestlichen Länder getauscht wurden.

Die meisten, wenn nicht alle globalen »Regime« lösten sich in den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg schnell auf. Eine eurozentrische Weltordnung war nicht länger durchsetzbar. Als sich die Briten und Franzosen bemühten, diese Ordnung in Regionen aufrecht zu erhalten,

die sie beherrschten oder dominierten, riefen sie gerade dadurch den Widerstand hervor, der ihren Abzug erzwang. Sie hätten vielleicht als Erfüllungsgehilfen der amerikanischen Interessen noch ein wenig länger bleiben können. Ihr transatlantischer Patron hatte jedoch Mitte der 1950er Jahre bereits den Glauben an ihre Methoden verloren. Das Klima hatte sich gewandelt. Die Idee des Empires und der Kolonialherrschaft hatte auf der internationalen Bühne ihre Legitimität verloren. Die beiden stärksten Weltmächte lehnten sie seit langem ab. Es gab bereits eine große Gruppe von exkolonialen Staaten (Indien war das prominenteste Beispiel), in denen die völlige Zerstörung des Kolonialismus höchste Priorität hatte und um deren Gunst beide Supermächte wetteiferten. Sowohl die Institutionen als auch die Charta der Vereinten Nationen, der wichtigsten Arena, in der die Supermächte um Einfluss rangen, strebten eine Welt an, in der freie Nationalstaaten Ideal und Norm waren. Den Kolonialmächten war dadurch der Rückhalt entzogen.

Die Entkolonialisierung führte zu erstaunlichen Ergebnissen. Die Zahl der souveränen Staaten wuchs explosionsartig und vervierfachte sich beinahe im Vergleich zur Zwischenkriegszeit. Die Entkolonialisierung schaffte das System der europäischen Privilegien in einigen nichteuropäischen Staaten ab, die bisher nur dem Namen nach souverän gewesen waren. Sie zerstörte die Legitimität der imperialen Herrschaft und machte das Ethos eines »Dienstes für das Empire« lächerlich. Sie ermöglichte es nachimperialen Regierungen, ausländischen Besitz zu enteignen, den Außenhandel zu kontrollieren und mit multinationalen Konzernen (manchmal recht einträgliche) Übereinkünfte zu treffen. Sie war der entscheidende Antrieb für eine umfassende Neubeurteilung der kulturellen Werte und für die Ablehnung oder zumindest Infragestellung all jener Werte, die europäischen Ursprungs waren. Doch es war keineswegs klar, dass der Zusammenbruch einer von

Europa beherrschten imperialen Ordnung tatsächlich den Übergang zu einer »Welt der Nationen« bewirkte. Genauso gut könnte die Teilung Eurasiens (der entscheidende Kontext, in dem sich die Entkolonialisierung abspielte) den Aufstieg neuartiger Reiche befördern, die weniger auf eine Kolonialherrschaft als auf andere, ebenso wirksame Formen der Herrschaft vertrauen würden.

Das Ende der britischen Herrschaft in Indien im Jahr 1947 und der Abzug der europäischen Flotten aus China 1949 markierten das Ende der »Vasco-da-Gama-Epoche« der asiatischen Geschichte. Das Zeitalter der europäischen Vorherrschaft war vorüber. Zu diesem Urteil kam einige Jahre später ein indischer Historiker.[15] Natürlich sollte man das Gewicht der europäischen Präsenz auch nicht übertreiben. Zwar hatten die Europäer vor allem in Südasien große Kolonialreiche geschaffen: im malaiischen Archipel, in Indochina und vor allem in Indien. Sie beherrschten nach etwa 1840 die Seewege nach Ostasien und hatten sich in den 1860er Jahren endgültig in den Küstengebieten Chinas festgesetzt. Andererseits hatte sich Japan den Europäern nicht unterworfen, sondern seine Autonomie erfolgreich verteidigt. Die europäischen Bemühungen, sich nach 1890 mehr Einfluss auf die chinesische Gesellschaft und Wirtschaft zu verschaffen, wurden bald darauf durch die geopolitischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg zunichte gemacht. Die europäische Kolonialisierung Asiens war von Anfang an recht lückenhaft und gerade in einem Großteil Südostasiens (wo die Kolonialherrschaft vor den 1890er Jahren kaum Fuß fassen konnte) nur schwach verwurzelt. Sie war weit bedeutender an den Küsten des Kontinents als im Landesinneren. (In dieser Hinsicht war Indien einen Sonderfall.) Dies erklärt auch, warum die Kolonialherrschaft sich in den Jahren 1941 und 1942 so schnell auflöste und sich nach 1945 nur kurzzeitig erholen konnte.

Trotz dieser kurzen Erholungsphase war der Wandel nach

1945 endgültig. Weniger als zehn Jahre später war die Kolonialherrschaft nahezu restlos aus Süd-, Ost- und Südostasien verschwunden. Wo sie überdauert hatte, stand der Fahrplan zur Unabhängigkeit bereits fest – oder das Territorium war unbedeutend. Die Ausnahme war Hongkong, obwohl der Stadtstaat eine Kolonie von Chinas Gnaden blieb, dem dessen Sonderstatus zupass kam.[16] Es überrascht wohl kaum, dass eine neue Generation asiatischer politischer Führer angesichts des geteilten und kriegszerstörten Europas von den Veränderungen beeindruckt war, die sich in so kurzer Zeit abgespielt hatten. Dass die eurozentrische Weltordnung zusammengebrochen war, während gleichzeitig weite Teile Asiens ihre staatliche Unabhängigkeit wiedergewonnen hatten, versprach einen völligen Neubeginn. Die asiatischen Vorstellungen von Rasse und Kultur, der asiatische Überdruss an den brudermörderischen Streitigkeiten der Europäer und die Interessen der verarmten Millionen Asiens fanden nun endlich eine Stimme.

Diese Atmosphäre prägte den Geist der »Asiatisch-afrikanischen Konferenz«, die im Mai 1955 in Bandung in Indonesien abgehalten wurde. Gastgeber war der indonesische Präsident und antikoloniale Revolutionsheld Sukarno. Die Delegierten kamen aus 29 Staaten, einschließlich der Goldküste und Zyperns, die beide damals noch Kolonien waren.[17] Der Vertreter Ägyptens war Gamal Abdel Nasser. Die Anwesenheit Nehrus und Chou En-lais, der Ministerpräsidenten von Indien und China, verlieh den Beratungen der Konferenz besonderes Gewicht. Das Treffen hatte keine konkrete Agenda, aber sein unausgesprochener Zweck war es, die Ansprüche der nichtwestlichen Welt in der internationalen Politik anzumelden. Die Resolutionen der Konferenz forderten mehr afrikanische und asiatische Mitglieder im Weltsicherheitsrat, verdammten alle Formen rassischer Diskriminierung und erklärten den Kolonialismus zu einem Übel, »das schnellstens beseitigt werden sollte«. In

einer bemerkenswert versöhnlichen Rede betonte Chou En-lai, dass China keine expansionistischen Ziele habe und bereit sei, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln. Nehru brandmarkte jedes Bündnis mit dem Westen als »unerträgliche Demütigung für ein afro-asiatisches Land« und die NATO als »einen der mächtigsten Beschützer des Kolonialismus«. Afrika und Asien sollten im Ost-West-Konflikt neutral bleiben: »Warum sollten wir uns in ihre Streitigkeiten und Kriege hineinziehen lassen?«[18]

Hintergrund der Reden Nehrus und Chou En-lais war die Vision eines Asiens bzw. Afrikas, in denen Einfluss von außen nur möglich war, wenn der jeweilige Staat dem zustimmte. Sie vertraten ein heroisches Entkolonialisierungskonzept, das auch noch die geringste postimperiale Beziehung ablehnte. Die asiatischen Staaten sollen fortan für die Freiheit der verbliebenen kolonisierten Völker kämpfen. Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Asiaten und Afrikanern sollte die alte Ehrerbietung gegenüber den angeblichen zivilisatorischen Werten Europas ablösen. Diese Ideen blieben lange Zeit überaus wirksam. Die Möglichkeit einer blockfreien »Dritten Welt«, die vom Osten wie vom Westen unabhängig sein sollte, übte einen enormen Reiz aus. Die Drittwelt-Solidarität gegen den Kolonialismus, wie sie sich zum Beispiel bei den Vereinten Nationen auf beeindruckende Weise zeigte, half sicherlich, das Ende der europäischen Herrschaft vor allem in Afrika nach 1960 zu beschleunigen.

Aber wie groß ihre Anziehungskraft auch sein mochte, die postkoloniale Zukunft, die man sich in Bandung vorgestellt hatte, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Bei der Entkolonialisierung ging es nicht nur darum, die Kolonialherrschaft abzuschaffen und den europäischen Einfluss auszuschalten. Selbst in Bandung zeigte sich ein Riss zwischen denjenigen afro-asiatischen Staaten, die Nehrus »neutralistische« Linie vertraten, und der großen Gruppe der offen prowestlichen Staaten. Dies lag zum Teil

am Argwohn letzterer gegenüber China und der Sowjetunion, den auch Chou En-lais friedfertige Beteuerungen nicht hatten ausräumen können. Tiefere Gründe waren die komplexen Spannungen, die der Zusammenbruch der Reiche in Asien hervorgerufen hatte. Tatsächlich ging aus dem asiatischen Ancien Régime keine vollständig ausgeformte Familie neuer Nationen hervor. Stattdessen brachen dort, wo Reiche zerfielen oder gestürzt wurden, Kämpfe zwischen rivalisierenden Kräften aus, die das Reichserbe für sich beanspruchten. Da diese Reiche oft verschiedene ethnische Gruppen zusammengezwungen und sich selten um alte ethnisch-kulturelle Grenzen geschert hatten, konnten weder die neuen nationalen Identitäten noch ihre Gebietsansprüche als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Es wäre einfacher gewesen, wenn dies nur für die Reiche gegolten hätte, welche die Europäer geschaffen hatten. Unglücklicherweise war das Asien der 1950er Jahre aber auch von den Trümmern anderer Reiche übersät. Die imperialen Ambitionen Großbritanniens, Frankreichs, Russlands, der Niederlande und Portugals hatten ihre asiatischen Gegenstücke in dem einstigen riesigen innerasiatischen Herrschaftsgebiet der Qing, in Japans ehemaligen Kolonien Korea und Taiwan und in den südostasiatischen Reichen, deren thailändische, burmesische und vietnamesische Herren in der Kolonialzeit verdrängt worden waren. Kaschmir, Tibet, Korea, die Straße von Taiwan, Vietnam, Sumatra und die Bergstaaten Burmas waren offene Wunden dieses schmerzhaften Übergangs vom Reich zur Nation. Sie waren der schlagende Beweis, dass die postimperiale Staatenbildung nur selten im gegenseitigen Einvernehmen möglich war. Die Einbeziehung Asiens in den ausufernden Kalten Krieg verschleierte dann die bittere Realität dieser lokalen und regionalen Konflikte, indem sie als Stellvertreterkriege gedeutet wurden.

Wie so oft in der eurasischen Geschichte war die Rolle

Chinas entscheidend. Bis Ende 1950 war das Festland unter kommunistischer Herrschaft vereinigt worden. Maos bemerkenswerter Sieg war wohl nicht zuletzt auf den »Bauernnationalismus« der chinesischen bäuerlichen Massen, der vom Hass auf die japanische Besatzung angeheizt wurde,[19] sowie auf die Anziehungskraft des Landreformprogramms der Kommunistischen Partei zurückzuführen. Die konkrete Gewichtung dieser beiden Faktoren ist immer noch umstritten.[20] Unbestreitbar nahm China jedoch mit seiner riesigen, kampferprobten Armee wieder einen vorderen Platz in Ostasien ein. Unter bestimmten Bedingungen hätte das zu einer nach innen schauenden Politik heimischer Reformen führen können, die Chinas asiatische Nachbarn sich selbst überlassen hätte. Im Klima der frühen 1950er Jahre war eine solche Entwicklung jedoch äußerst unwahrscheinlich. Die Führer des neuen Regimes übernahmen die Sichtweise ihrer republikanischen und Qing-Vorgänger, nach der ihre Herrschaft nur dann gesichert werden könne, wenn sie die Landwege nach China kontrollierten. Nicht zuletzt aus diesem Grund richteten sie Pekings Autorität in Tibet wieder auf. Als Nordkorea unter nichtkommunistische Herrschaft zu fallen drohte, griffen sie massiv in den Koreakrieg ein. Zwei Millionen Chinesen kämpften in Korea und mehr als 150.000 starben dort.[21] Auch Mao verfolgte diese Politik an der chinesischen Südgrenze. Als in Nordvietnam der Kampf zwischen den Viet Minh und den Franzosen in ein kritisches Stadium trat, spielte die chinesische Militärhilfe und strategische »Beratung« eine entscheidende Rolle beim Sieg über die Franzosen bei Dien Bien Phu im Mai 1954, der das Ende ihrer Kolonialherrschaft in Indochina einläutete.[22] Pekings Ängste vor einer Umzingelung wurden auch geschürt, weil seine Kuomintang-Feinde auf Taiwan überlebt hatten und womöglich mit amerikanischer Hilfe den politischen Kampf wiederaufnehmen könnten. Mao war klar, dass sein Sieg trotz dessen Größe nicht total gewesen war. China stand nun

vor der gewaltigen Herausforderung, einen neuen Industriestaat auf Kosten der bäuerlichen Produzenten aufzubauen. Die Kommunisten mussten ihre Macht in einer neuen Gesellschaftsordnung verankern, die es erst noch zu formen galt. Und sie hatten eine Revolution zu verteidigen.

Das Gefühl innerer und äußerer Bedrohung schloss den Rückzug in eine trutzige Isolation aus, in der sich die neuen Dynastien Chinas früher abgeschottet hatten. Dennoch war China ausgegrenzt, wie die Ablehnung einer Mitgliedschaft Chinas durch die Vereinten Nationen in dramatischer Weise symbolisierte. Diese war von den Vereinigten Staaten durchgedrückt worden und wurde erst 1971 aufgehoben. In der ersten Zeit prägten Vorsicht und Hoffnung die chinesische Politik. Die Notwendigkeit der Industrialisierung und die Suche nach einem Gegengewicht zur amerikanischen Hilfe für den Kuomintang-Feind trieben die Volksrepublik in ein Bündnis mit Stalin. 1953/54 akzeptierte Peking in Korea und Vietnam einen Kompromissfrieden, der die Teilung dieser Länder besiegelte. Nach Frankreichs Niederlage im Ersten Indochinakrieg versuchte Chou En-lai durch eine Diplomatie der leisen Töne die regionalen Ängste zu beschwichtigen (und den amerikanischen Einfluss einzudämmen). In den späten 1950er Jahren war Mao jedoch überzeugt, dass jetzt härtere Methoden angebracht seien. Er misstraute Moskaus Konzept der »friedlichen Koexistenz« mit dem Kapitalismus und bewertete die Gipfeldiplomatie des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow als Verrat an China. Die chinesisch-sowjetische Solidarität währte also nicht einmal ein volles Jahrzehnt. Angesichts der verstärkten amerikanischen Unterstützung für das Regime in Taiwan verschärfte Mao seinen Militärkurs durch eine Bombardierung Quemoys, einer Insel direkt vor der chinesischen Festlandsküste, die bis heute unter Kuomintang-Verwaltung steht. Daneben wollte er die viel zu langsame Entwicklung Chinas durch eine neue Strategie der gesellschaftlichen Kollektivierung auf dem Land

beschleunigen, die Teil des »Großen Sprungs nach vorn« war. Die Umverteilung des Landes von den »Grundherren« an die Bauern in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren war also ähnlich wie in Russland nur das Vorspiel für die spätere Enteignung des gesamten Bodens durch den Staat gewesen. 1960 stimmte Mao auch Hanois dringendem Ersuchen zu, den seit 1954 eingestellten Kampf für einen kommunistischen Sieg in Südvietnam wieder aufzunehmen.[23] Maos neuer Kurs machte China zum Förderer der revolutionären Gewalt gegen die verbliebenen Kolonialstaaten oder deren Nachfolgeregime, die mit dem Kapitalismus konspirierten. Seine Botschaft war einfach: Der Sieg über den Imperialismus liege noch in weiter Ferne. Die wirkliche Entkolonialisierung sei nur möglich durch einen weltweiten Aufstand der verarmten Bauern, einen globalen »Volkskrieg« gegen die Weltbourgeoisie.[24]

Maos drastisches Programm für eine postimperialistische Welt rief große intellektuelle und politische Begeisterung hervor, nicht zuletzt bei jenen, die dessen Sieg in gebührender Entfernung zu feiern hofften. In den 1960er und 1970er Jahren bot es eine hoffnungsvolle Alternative zu den Misserfolgen und Kompromissen der postkolonialen Regime. Es zog all jene an, die den unerwarteten Wiederaufstieg des Kapitalismus in der Nachkriegswelt rückgängig machen wollten. Maos Programm erzielte seinen größten Erfolg unter den besonderen Bedingungen Südostasiens. Bei Betrachtung des Gesamtbilds wird jedoch die weitgehende Eindämmung Chinas und des maoistischen Antiimperialismus sichtbar. Hierfür waren die zerstörerischen Wirkungen der politischen Lehren Maos und seiner »Kulturrevolution« (eine Art Massensäuberung) auf die chinesische Wirtschaft verantwortlich. Teilweise spiegelten sie auch die wachsenden Spannungen mit Chinas großem nördlichen Nachbarn, der UdSSR, wider. Das größte Hindernis für Maos Ambitionen erwuchs jedoch aus der dramatischen Divergenz zwischen den beiden großen

Staaten Ostasiens.

Wenn Chinas Hinwendung zum Kommunismus die meisten Voraussagen aus der Kriegszeit Lügen strafte, so war die Bereitschaft Japans, »die Niederlage bereitwillig anzunehmen«,[25] nicht weniger erstaunlich. Die amerikanische Besatzungsmacht in Japan bestand direkt nach Kriegsende aus fast einer Million Soldaten und Zivilisten.[26] Mehr als sechs Jahre lang übte ein amerikanischer Vizekönig (die meiste Zeit General Douglas MacArthur) die oberste Regierungsgewalt aus. Jede wichtige Entscheidung bedurfte seiner Zustimmung. Japans Souveränität war aufgehoben, die Japaner durften nicht ins Ausland reisen, die Besatzungsregierung nicht kritisiert werden. Zahlreiche Reformen sollten die angeblichen Ursachen des japanischen Imperialismus mit Stumpf und Stiel ausrotten. Die japanischen Frauen durften jetzt wählen, und das Wahlalter wurde herabgesetzt, was die Zahl der Wahlberechtigten mehr als verdoppelte. Eine neue, weitgehend von den Besatzern entworfene Verfassung verbot es Militärs, ein Ministeramt in der Regierung auszuüben, und schwor dem Krieg als Mittel der nationalen Politik ab. Die großen familiengeführten Mischkonzerne, die *Zaibatsu,* wurden zerschlagen. Eine Landreform beschränkte die Macht der Grundherren und verdoppelte den Anteil derer, die ihr eigenes Land bebauten, auf etwa 60 Prozent.[27] Die Bildung von Gewerkschaften wurde aktiv gefördert. Neue Schulbücher mit demokratischen Lehrinhalten wurden verfasst.[28] Dieser radikale Angriff auf die Vorkriegsordnung hätte eigentlich feindselige Reaktionen hervorrufen müssen, da die zivile Elite, mit der die Amerikaner kooperieren mussten, zutiefst konservativ blieb.

Der Prozess basierte jedoch auf einem bemerkenswerten Handel. Aufgrund der befürchteten Bedrohung durch China vollzogen die Amerikaner im Rahmen des so genannten »Reverse Course« einen grundlegenden Wandel ihrer Besatzungspolitik und akzeptierten die Notwendigkeit eines

starken, industrialisierten Staats in Japan. Sie machten ihren Frieden mit der mächtigen Bürokratie. Sie gewannen die stillschweigende Unterstützung des japanischen Kaisers, dessen Rolle als »Symbol des Staates und der Einheit des Volkes« sie sorgfältig bewahrt hatten. Angesichts der wachsenden Unruhe auf dem asiatischen Festland und des Kriegsausbruchs auf der koreanischen Halbinsel im Juni 1950 hatten auch die konservativen Führer Japans wenig Spielraum. Sie wollten unbedingt ein Ende der amerikanischen Besatzung und eine Wiederherstellung der japanischen Souveränität erreichen. Allerdings hätte eine offene Herausforderung der Washingtoner Politik die amerikanische Öffentlichkeit verärgert und die Unabhängigkeit verzögert. Außerdem hätte sie vielleicht der Linken Auftrieb gegeben, die über ein Drittel der japanischen Wählerstimmen verfügte, und darüber hinaus weitere radikale Umwälzungen ausgelöst.

Dies alles ermöglichte den Amerikanern, einen außergewöhnlich starken Einfluss auf die Gestaltung und Zielsetzung des neuen japanischen Staates auszuüben. Der Friedensvertrag, der 1951 in San Francisco unterzeichnet wurde, gab den Japanern ihre Souveränität zurück, obwohl weder die Sowjetunion noch China zu den Signatarmächten gehörten. Amerika stellte jedoch umfassende und harte Bedingungen. Japan musste einen »Vertrag über gegenseitige Sicherheit« akzeptieren, der es amerikanischen Truppen erlaubte, alle Teile des Landes zu nutzen. Außerdem unterstanden Angehörige der US-Streitkräfte nicht der japanischen Rechtsprechung. Die Insel Okinawa, die von Japan im Jahr 1879 annektiert worden war und auf der eine der blutigsten Schlachten des Pazifikkriegs stattgefunden hatte, wurde eine große amerikanische Militärbasis, die nicht mehr von Japan verwaltet wurde. Die japanische Währung wurde durch einen festen Wechselkurs mit der amerikanischen verbunden, während gleichzeitig der alte chinesische Markt entfiel, da Japan sich dem

amerikanischen Handelsembargo anschließen musste. In der entscheidenden Phase der ostasiatischen Nachkriegsentwicklung war Japan das unverzichtbare Bollwerk der USA in dieser Region geworden, der große Stützpunkt vor der asiatischen Küste, von dem aus sie ihr wirtschaftliches Gewicht und ihre Militärmacht einsetzen konnten, um das aufstrebende China in Schach zu halten. Auch die japanische Alltagskultur wurde immer stärker von Amerika beeinflusst. Kurioserweise machte sich der Einfluss des Westens (nicht nur Europas) im entkolonisierten Nachkriegsasien stärker bemerkbar als in der kolonial geprägten Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

Asiens dritter großer Staat war Indien, das sich jetzt rühmen konnte, Asiens größte Demokratie zu sein. Unter Nehrus Führung hatte Indien wohl erwartet, eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung des postkolonialen Asiens zu spielen.[29] Nehru hatte wohl gehofft, mit Peking als Partner jeden bedeutenden äußeren Einfluss vom Subkontinent fernhalten zu können, so wie er es in Bandung gefordert hatte. Allerdings standen die Chancen dafür schlecht. Indiens Einfluss wurde durch sein postkoloniales Erbe beschränkt. Seine Unabhängigkeit war mit einer traumatischen Teilung verbunden gewesen und hatte einen ungelösten Konflikt hinterlassen, der die Beziehungen zu seinem Nachbarn vergiftete. Erschwerend kam hinzu, dass die Kaschmirfrage (zwei Drittel dieser Provinz, die Pakistan zur Gänze beanspruchte, wurden von Indien verwaltet) bald mit dem hochbrisanten Thema der tibetischen Autonomie verknüpft wurde. Chinas brutale Unterdrückung Tibets nach 1950 wurde zum Teil mithilfe der Schließung von dessen alten Verbindungswegen durch den Himalaja erreicht. Die beiden Hauptrouten zwischen Indien und Tibet führten zuvor durch Sikkim im Süden und Leh in Kaschmir im Westen.[30] Die militärischen Aktivitäten an der nicht genau festgelegten Grenze zwischen den beiden Ländern verursachten Spannungen zwischen Indien und China, die schließlich zum

Krieg führten.[31] Indiens Niederlage im Jahre 1962 war ein Symbol für das Scheitern von Nehrus großartigen Ambitionen. Das politische System Indiens, das den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten beträchtliche Macht und Einkünfte einräumte, der drohende Krieg mit dem verfeindeten Bruder Pakistan und die schwachen Fortschritte der indischen Wirtschaft (Indiens Anteil am Welthandel sank in den 1950er und 1960er Jahren um zwei Drittel)[32] vereitelten in dieser Phase Indiens Anspruch auf den Status einer asiatischen »Großmacht«.

Im weitesten Sinne wurde die Entkolonialisierung Asiens stark von den Beschränkungen und Schwächen seiner größten Staaten geprägt. Weder einzeln noch gemeinsam waren sie imstande, die Konflikte zu lösen, die durch die imperiale Vergangenheit Asiens oder die ideologischen Konflikte seiner Gegenwart entstanden. Dies öffnete auswärtigen Mächten die Tür, die Nehru ja gerade hatte außen vor halten wollen. Erst Chinas Willfährigkeit hatte Stalin dazu bewogen, den Angriff der Nordkoreaner im Juni 1950 zu provozieren.[33] Es war dann die erzwungene Allianz mit Japan, die es den Amerikanern erlaubte, eine riesige Armee zur Verteidigung Südkoreas loszuschicken. Der wichtigste Konfliktschauplatz, in dem äußere Mächte eine entscheidende Rolle spielten, war jedoch Südostasien.

Dort verlief die Entkolonialisierung bei weitem nicht so reibungslos wie in Südasien, wo die britische Herrschaft einfach zusammenbrach, oder in Ostasien, wo das japanische Reich im Krieg unterging. Dies lag zum Teil an der amerikanischen Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs (nicht jedoch Hollands). Es war jedoch auch ein Ergebnis der ethnischen und religiösen Zerrissenheit, der fragmentierten Geographie und der geringen Fortschritte der Staatenbildung in der Kolonialzeit. Allerdings hatte es zuerst so ausgesehen, als hätte die japanische Besatzung während des Kriegs der europäischen Herrschaft in der gesamten Region das Rückgrat gebrochen. Sie hatte den

lokalen politischen Führern gerade genug Freiheit (und gerade genug Zeit) zum Aufbau neuer politischer Loyalitäten und zur Zerstörung des alten Kolonialapparats gegeben. In Burma, Indochina und Niederländisch-Ostindien (Indonesien) bildeten sich neue »Nationalregierungen«. Als die alliierten Truppen des South East Asia Command (hauptsächlich Briten und Inder) nach dem japanischen Abzug einrückten, fanden sie dort neue Anwärter auf die Macht vor. Das Ergebnis war eine Pattsituation. Die Taktik der Kolonialmächte war es nun, die neuen Führer dadurch zur Zusammenarbeit zu bewegen, dass sie ihnen größere Autonomie, aber keine wirkliche Unabhängigkeit versprachen. Doch sowohl die örtliche Politik als auch die internationale Szene waren für diesen Handel viel zu instabil. In Burma waren die Briten nach kurzer Zeit gezwungen, das Land zu verlassen, da die Durchsetzung ihrer Herrschaft viel zu teuer und der tatsächliche Nutzen des bloßen Versuchs viel zu gering gewesen wären.[34] In Indonesien, Indochina und Britisch-Malaya hingegen dauerte der Kampf länger an.

Die Holländer versuchten in Indonesien die Tatsache auszunutzen, dass der Nationalismus in einem Großteil des Archipels nur begrenzte Unterstützung genoss und antiislamische Tendenzen mitunter die holländische Kolonialherrschaft als das geringere Übel erscheinen ließen. Tatsächlich ließ sich jedoch eine holländische Kontrolle, selbst wenn man nach Vorbild der Briten ein niederländischindonesisches »Commonwealth« geschaffen hätte, nicht ohne die Unterstützung Javas durchsetzen, dem höchstentwickelten Teil der Inselgruppe, in dem über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung lebten. Als die Holländer diese nicht erhielten und die Amerikaner sich obendrein weigerten, einen Guerillakrieg in Sumatra und Java zu unterstützen (der voraussichtlich die indonesische Wirtschaft zerstört und die Anhängerschaft der Kommunisten vergrößert hätte), mussten sie das

indonesische Archipel 1949/50 verlassen.[35]

In Indochina hingegen verlief die Entwicklung ganz anders. Hier konnten die Franzosen sowohl im Norden (Tonkin) als auch im Süden (Cochinchina) erneut die Kontrolle erlangen, doch sie waren mit der Viet Minh unter der Führung Ho Chi Minhs konfrontiert, die sich auf die Bauern im Norden und die Plantagenwirtschaft in Cochinchina stützte. Allerdings verschaffte eine wichtige Tatsache der französischen Herrschaft noch eine gewisse Galgenfrist. Hos Form des vietnamesischen Nationalismus (Ho selbst war Marxist und in der Zwischenkriegszeit ein wichtiger Funktionär der Kommunistischen Internationalen) wurde von großen Teilen der vietnamesischen Gesellschaft abgelehnt. Dazu gehörten die besitzende Klasse, ein Großteil der städtischen Bevölkerung, die Katholiken (die immerhin 20 Prozent der Bevölkerung Tonkins ausmachten), die Anhänger der Sekten Cao Dai und Hoa Hao und einige ethnische Minderheiten in den Bergen.[36] Viele von diesen blieben neutral oder unterstützten den Versuch des vietnamesischen Monarchen Bao Dai, eine Autonomie Vietnams innerhalb der »Französischen Union« durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund versuchten die Franzosen, die Viet Minh militärisch zu vernichten. Dabei wurden sie von den Amerikanern massiv unterstützt, die unbedingt verhindern wollten, dass Vietnam in die Hände von »chinesischen kommunistischen Auftragskillern und Soldaten« fiel, wie es der damalige US-Außenminister Dean Acheson recht drastisch ausdrückte.[37] Mitte 1953 hing jedoch Bao Dais Glaubwürdigkeit allein vom militärischen Prestige der Franzosen ab, die im Jahr darauf bei Dien Bien Phu allerdings vernichtend geschlagen wurden. Dadurch wurden Bao Dais und Frankreichs Stellung unhaltbar. Allerdings bedeutete dies nicht den endgültigen Sieg Hos.

Der Grund hierfür war nicht nur das Bestreben der USA, die Ausweitung der kommunistischen Sphäre zu verhindern. In Washington wurde 1954 sogar über einen umfassenden

Krieg gegen China, Hos Hauptunterstützer, nachgedacht. Überdies hatte Ngo Dinh Diem, ein prominenter Katholik mit vielfältigen Kontakten, mit großem Geschick ein Netzwerk aufgebaut, das stark genug war, um einen Großteil des Südens zu halten. Diem war Nationalist. Er war klug genug gewesen, sich die Sympathie der Amerikaner zu sichern und die zweifelhafte Unabhängigkeit abzulehnen, die die Franzosen angeboten hatten. Später sollte er als amerikanischer Lakai verteufelt werden. Sein ursprüngliches Ziel war jedoch, Ho Chi Minh auszuschalten und ein Vietnam nach seinen eigenen Vorstellungen aufzubauen.[38] Außerdem wurde die Viet Minh auch von ihrem chinesischen Verbündeten gebremst, teilweise weil dieser die amerikanische Feuerkraft fürchtete, teilweise aber auch, weil China Laos und Kambodscha nicht in die Arme der Amerikaner treiben wollte. Im Gegenzug erklärten Laos und Kambodscha ihre Neutralität; Thailand hingegen war bereits dem westlich orientierten Pakt von Manila (Gründung der Southeast Asia Treaty Organisation SEATO am 8. September 1954) der südostasiatischen Staaten beigetreten. Auf dem südostasiatischen Festland entstanden zahlreiche Spannungen durch die Bestrebungen der Thais, Vietnamesen, Laoten und Khmer, ihre eigenen Staaten aufzubauen bzw. zu konsolidieren. Die Konflikte zwischen ihnen brachten Außenstehende in die Region, da keiner der Beteiligten die Hilfsangebote auswärtiger Mächte ablehnen konnte. Dasselbe galt weitgehend auch für Malaya. Die malaiische Führung betrachtete den kommunistischen Aufstand nach 1948 ebenso sehr als eine Aktion der lokalen Chinesen gegen einen künftigen malaiischen Staat wie als Bedrohung der britischen Kolonialherrschaft. Um ihn zu unterdrücken und gleichzeitig dem Würgegriff des malaiischen »Großen Bruders«, Sukarnos Indonesien, zu entgehen, zogen sie nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1957 ein Bündnis mit Großbritannien der

Blockfreiheit oder Neutralität vor.[39]

Die entscheidende Phase der Entkolonisierung in Asien zwischen 1945 und 1960 verlief also auf eine Weise, die sich sehr von den Hoffnungen und Träumen von Bandung unterschied. Anstatt auf Nehru zu hören und sich dem Spiel der Kalten-Kriegs-Diplomatie zu verweigern, akzeptierten viele asiatische Führer die Realität einer »bipolaren« Welt. Sie verzichteten auf ihre stolze Unabhängigkeit, weil sie hofften, den Kalten Krieg zu ihrem eigenen Vorteil nutzen zu können. In Wirklichkeit hatten sie wahrscheinlich kaum eine andere Wahl. Wirtschaftliche und militärische Schwäche, innere Spaltungen, soziale Unruhen und die jahrhundertealte Gewohnheit, außerhalb Asiens nach dem Weg in die Moderne zu suchen, bestimmten den postkolonialen Weg Asiens. Es musste sich zeigen, wie weit sie den Kontinent in den Bannkreis eines neuen imperialen Systems führen würden.

Die Entkolonisierung im Nahen und Mittleren Osten verlief nicht minder turbulent, vergiftet und konfliktbeladen. Auch hier wurde das Ende des Kriegs als Neuanfang begrüßt. Mit dem Frieden war der Abzug der riesigen Militärmaschinerie zu erwarten, welche die Briten in der ganzen Region aufgebaut hatten. Dieser Superimperialismus hatte die arabischen Staaten und den Iran – der teilweise von russischen Truppen besetzt war – in bloße Hilfstruppen der Kriegsführung des Empires verwandelt. Nun sollte das politische Leben neu gestaltet werden. Die Briten hatten zu ihrem eigenen Nutzen dafür gesorgt, dass die Franzosen ihre Vorkriegsmandate in Syrien und im Libanon verloren, indem sie im Jahr 1946 deren Unabhängigkeit proklamierten, und sie förderten auch 1944/45 die Bildung der Arabischen Liga. Sie wollten die Liga instrumentalisieren, um alle arabischen Staaten unter einem britischen Schirm zu versammeln. Vielleicht konnte die Liga

auch durch die Förderung der Zusammenarbeit arabischer Länder den Einfluss außenstehender Mächte eindämmen oder ganz verhindern. Das neue geopolitische Umfeld, in dem die sowjetische und amerikanische Macht die Großbritanniens aufwog, wenn nicht sogar übertraf, machte dies jedoch weit weniger wahrscheinlich, als dies vor 1939 der Fall gewesen wäre. Viele junge Araber hegten die begründete Hoffnung, dass die Nachkriegswelt ein neues »nationales Zeitalter« bringen würde. Der vermeintlichen Freiheitsdämmerung nach dem Ende der osmanischen Herrschaft im Jahr 1918, als die Briten eine Oberherrschaft über die gesamte Region errichtet hatten, könnte jetzt endlich der ruhmreiche Aufstieg einer arabischen Nation folgen.

Aber bald wurden bereits die ersten Hindernisse sichtbar. Die Briten lehnten die »Rückzugslogik« ab. Stattdessen gruben sie sich noch tiefer ein.[40] Strategische Überlegungen und die starke Abhängigkeit vom Öl (das vorwiegend noch aus dem Iran stammte) machten für sie einen Abzug undenkbar. Die strategische Verwundbarkeit und wirtschaftliche Schwäche Großbritanniens nach dem Krieg (London hoffte immer noch, dass diese bald überwunden werden könne) geboten es, imperiale Besitztümer zu verteidigen, wenn sie nicht (wie Indien) unhaltbar geworden waren. Im Nahen und Mittleren Osten glaubten die Briten, das Steuer immer noch fest in der Hand zu halten. Ihre starke Position gründete sich vor allem auf ihr Bündnis mit Ägypten, dem am höchsten entwickelten Staat der Region, in dem mit 19 Millionen die Hälfte der insgesamt etwa 35 Millionen Bewohner des arabischen Nahen und Mittleren Ostens lebte.[41] Der alte Konflikt zwischen der ägyptischen Monarchie und der Grundbesitzerklasse gewährte ihnen enormen Einfluss auf die Politik dieses Landes. Wenn noch mehr »Überzeugungskraft« nötig werden sollte, konnten sie innerhalb von Stunden Truppen aus ihren Stützpunkten in

der Suezkanalzone nach Kairo verlegen. Um jedoch die Beziehungen nach dem Krieg zu verbessern, stellten sie eine Verringerung ihrer Truppenstärke in Aussicht. Sie nahmen an, dass früher oder später die Wafd-Partei oder der König eine Vereinbarung mit ihnen schließen würde, da zur Erhaltung des ägyptischen Einflusses in der Region und seiner inneren Stabilität die Unterstützung der Briten benötigt wurde. Als die Verhandlungen ins Stocken gerieten, beschlossen sie, die Sache einfach auszusitzen und abzuwarten, bis sich die Dinge »beruhigt« haben würden. Sie glaubten, dass sie sich dies leisten könnten. Immerhin konnten sie auch auf ihre politische Freundschaft mit den haschemitischen Monarchien im Irak und in Jordanien zählen. Jeder wusste, dass der Zusammenhalt der beiden Staaten – deren Grenzen die Briten Anfang der 1920er Jahre festgelegt hatten – und das Überleben ihrer Monarchen – die etwa zur selben Zeit von den Briten eingesetzt worden waren – von dem britischen Versprechen abhing, sie bei Aufständen und Angriffen von außen zu schützen. Südöstlich von ihnen lag der Persische Golf, der immer noch ein »britisches Binnenmeer« war. An dessen arabischer Küste lag eine ganze Reihe kleiner Staaten, von Kuwait bis Oman, die sich an die Briten gegen das Versprechen gebunden hatten, von diesen vor ihren größeren Nachbarn geschützt zu werden, die sie womöglich annektieren wollten. An der Südspitze Arabiens stand ein Küstenlandstrich neben dem alten britischen Stützpunkt Aden unter loser britischer Herrschaft. Und als ob das nicht schon genug gewesen wäre, entwickelten die Briten Pläne, sich Stützpunkte in Libyen zu sichern, das nach dem Krieg den Italienern weggenommen worden war und sich unter einem von Großbritannien installierten König bald selbst regieren sollte. Die Briten hielten es offenbar für ihr angestammtes Recht, die Politik des gesamten Nahen und Mittleren Ostens zu *regulieren.* Die Vermittlung ihrer Diplomatie bei zwischenstaatlichen Streitigkeiten, Hilfsversprechen und die Weigerung, mit

einem »unfreundlichen« Staat Geschäfte zu tätigen, waren die klassischen Methoden ihrer quasiimperialen Herrschaft. Die Briten spielten dieses Spiel bereits seit über einer Generation. Sie zu vertreiben, würde deshalb schwierig und kontrovers werden und womöglich zu Blutvergießen führen.

Für die radikalen Araber lag die Lösung auf der Hand. Diese imperiale Übermacht konnte nur durch eine kollektive Anstrengung des panarabischen Nationalismus vertrieben werden. Die Vision einer gemeinsamen arabischen Nation und nationalen Identität sollte die Abkommen diskreditieren, die die Briten mit den Herrschern und den Mächtigen in den arabischen Staaten zum gegenseitigen Nutzen getroffen hatten. Sie sollte die Arroganz der Grundbesitzer dämpfen und die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessern, die bisher die arabische Lebenserwartung auf dem niedrigen Niveau der indischen verharren ließen. Allerdings war die arabische Einheit bisher nur ein ferner Traum. Die ethnischen, religiösen und sozialen Spaltungen, die zum Teil ein Erbe der osmanischen und europäischen Herrschaft darstellten, waren noch tief verwurzelt. Der panarabische Nationalismus musste sich gegen die althergebrachte Feindschaft zwischen den Herrschaftseliten der Region durchsetzen. Die Nationalisten in Ägypten sahen kaum Gemeinsamkeiten mit den anderen arabischen Staaten, »einer Ansammlung von Nullen«, wie Saad Zaghlul in den 1920er Jahren höhnte.[42] Sie badeten sich noch in der Glorie der ägyptischen Pharaonen, die durch das Auffinden der Grabbeigaben des Tutenchamun im Jahr 1922 noch gewachsen war. Sie betrachteten sich selbst als die wahren Hüter des arabischen Nationalismus und der arabischen Kultur in ihrer höchsten Form. Ägyptische Politiker qualifizierten die haschemitischen Herrscher im Irak und in Jordanien als Marionetten und Emporkömmlinge ab und hielten deren Anspruch auf Führerschaft in der arabischen Welt für absurd und anmaßend. Andererseits waren die Haschemiten-Könige überzeugt, einen historischen Anspruch

auf genau diese Führungsrolle zu haben: Immerhin hatten sie den Aufstand nach 1916 geleitet und dabei eine arabische Nation proklamiert. Ihr Ziel war seit langem die Bildung eines großen haschemitischen Staats, der Syrien (das sie 1920 an die Franzosen verloren hatten) und Palästina mit dem Irak und Jordanien vereinigen sollte. Ihre erbitterte Feindschaft, die nicht minder erbittert erwidert wurde, galt dabei dem Haus der Saud. Immerhin hatte der saudische König die heiligen Stätten Mekka und Medina ihrem haschemitischen Schutzherrn abgenommen und den haschemitischen Hedschas in eine Provinz des neuen »Saudi«-Arabien verwandelt. Die meisten Rivalitäten zwischen Ägypten, den Haschemiten und den Saudis konzentrierten sich auf Syrien, dessen religiöse und regionale Konflikte im Inneren zu Druck von außen regelrecht einluden.[43]

Dieses labile Kräftegleichgewicht im Nahen und Mittleren Osten direkt nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bald vom Nahostkonflikt aus dem Lot gebracht. Die Briten wollten ihre lokale Vorherrschaft durch einen möglichst reibungslosen Übergangsprozess sichern. Alle arabischen Staaten sollten ihre Unabhängigkeit erlangen, doch einige würden durch einen Vertrag an Großbritannien gebunden werden. Der Rest sollte die De-facto-Dominanz der einzigen Großmacht vor Ort anerkennen. Es war absehbar, dass dieser Wandel in Palästina, das seit dem Ersten Weltkrieg von den Briten als Völkerbundsmandat verwaltet wurde, auf Schwierigkeiten stoßen würde. Das Versprechen, das man den Juden gegeben hatte, in Palästina eine jüdische »nationale Heimstätte« zu schaffen, in der sie sich frei ansiedeln könnten, ließ sich bereits in den 1920er Jahren nur schwer mit den Rechten der Araber vereinbaren, die dort lebten. Die unzähligen Flüchtlinge, die sich in den 1930er Jahren vor der Verfolgung durch die Nazis in den Nahen Osten retteten, machten diese Aufgabe fast unlösbar. Vor dem Krieg wollte London den Zorn der palästinensischen Araber angesichts

der jüdischen Einwanderung durch eine Begrenzung des Zustroms beschwichtigen, die auf Dauer eine arabische Mehrheit gewährleisten sollte. Wenn dadurch Palästinas Charakter als arabischer Staat gesichert wäre, könnte man in der Region eine Art Selbstverwaltung einrichten. Nach 1945 wurde dieser schöne Plan schnell Makulatur. Die praktischen Probleme und die peinliche Pflicht, jüdische Flüchtlinge abzuweisen, der diplomatische Druck der Vereinigten Staaten gegen den Versuch, das Einreiseverbot durchzusetzen, sowie die unzähligen, von jüdischen Siedlern verübten Terroranschläge hatten bis Mitte 1948 die britische Autorität vollkommen zerstört.[44]

Das Ergebnis war die schlimmste aller kolonialen Welten: ein unregierbares Territorium, um dessen Herrschaft sich zwei erbitterte Feinde stritten, Ermutigungen beider von außen, die die Entschlossenheit der Kontrahenten nur noch steigerten, und das Fehlen jeglicher Mittel oder Methoden, Entscheidungen vor Ort auch durchzusetzen. Die von den Vereinten Nationen vorgeschlagene Teilung ließ sich unter diesen Umständen nicht erzwingen. Der Krieg von 1948 zwischen Juden und Arabern (lokalen Palästinensern und von den arabischen Staaten geschickten Truppen) endete mit einem jüdischen Sieg. Der neue Staat Israel war stark genug, eine zweite, für die Juden günstige Teilung zu erzwingen, doch er war zu schwach, um die arabischen Staaten zur Akzeptanz dieser Landnahme zu zwingen.

Die arabische Katastrophe (»Nakba«) war ein entscheidender Schritt auf dem Rückzug des britischen Empires aus dem Nahen und Mittleren Osten. Sie förderte das Gefühl eines panarabischen Nationalismus und gab ihm eine gemeinsame Sache und ein Übel, das es zu beseitigen galt. Sie führte zu einem bitteren Groll bei den arabischen Militärs, die ihre Niederlage den zivilen Führern anlasteten. Sie war eine vernichtende Demütigung für die wichtigsten arabischen Staaten, in denen die Inflation und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zuvor

bereits zu heftigen Unruhen geführt hatten. So war die Erneuerung des englisch-irakischen Vertrags bereits im Januar 1948 an gewaltsamen Demonstrationen in Bagdad gescheitert, die das Volk *al-Wathba* (»der Sprung«) getauft hatte.[45] Ägypten wurde von der Niederlage in Palästina am meisten getroffen. Der König hatte darauf bestanden, eine Armee dorthin zu schicken, um sein Prestige im eigenen Land zu stärken und Ägyptens Vorrangstellung unter den arabischen Staaten zu bekräftigen.[46] Der Schock der Niederlage war deshalb umso größer. Zu allem Übel kamen auch seine Bemühungen nicht voran, die Briten zum Abzug aus der Kanalzone zu bewegen, die das weithin sichtbare Symbol für den subalternen Status Ägyptens war. Allerdings hatten seine alten Feinde, die Führer der Wafd-Partei, auch nicht mehr Erfolg. Als die diplomatischen Bemühungen scheiterten, griffen viele zu Gewalttaten, und der Konflikt mit den Briten eskalierte dramatisch. Die Abhängigkeit britischer Einrichtungen von ägyptischen Arbeitskräften wurde für Streiks, Morde und Terroranschläge ausgenutzt. Als die öffentliche Ordnung dem Zusammenbruch nahe war, plante der König einen Putsch, um die Armee von allen unzufriedenen Elementen zu säubern. Die Bewegung der »Freien Offiziere« (eine 1939 gegründete geheime Organisation von Militärs) kam ihm jedoch zuvor, ergriff im Juli 1952 die Macht und verbannte ihn ins Exil.

Die Auswirkungen erschienen fürs Erste nicht sonderlich radikal. Das neue Regime der »Jungen Offiziere« unter General Nagib stellte die öffentliche Ordnung wieder her und unterdrückte die Muslimbrüder, radikale Islamisten, die im Volk viel Unterstützung genossen. Ägypten akzeptierte den Verlust seines Einflusses auf den oberen Nil, als die Briten dem von ihnen beherrschten Sudan die Unabhängigkeit gewährten (und damit Kairos Forderung übergingen, die »Einheit des Niltals« zu erhalten). Vor allem erreichte das neue Regime jedoch, dass die britischen Truppen aus der Suezkanalzone abziehen mussten,

allerdings unter der Bedingung, dass ihnen ein Rückkehrrecht eingeräumt wurde, falls die Benutzung des Kanals durch einen Angriff von außen – womit eine sowjetische Invasion gemeint war – gefährdet werden sollte. Die Briten waren zu dem Schluss gekommen, dass mit der neuen nuklearen Abschreckung aus der Luft der Stützpunkt in seiner jetzigen Form überflüssig und politisch eher belastend geworden war.[47]

Außerdem hofften sie, das neue Regime werde sich ganz auf die inneren Reformen konzentrieren. Ägypten sollte auch künftig in der arabischen Welt nur einen begrenzten Einfluss ausüben.[48] Gleichzeitig wollten sie ihre Dominanz vor Ort auf engere Bündnisse mit den haschemitischen Staaten und ein neues Militärabkommen stützen. Der amerikanische Einfluss, der schon bei den Verhandlungen über das Suezabkommen sehr hilfreich gewesen war, würde sie noch zusätzlich stärken. Ägypten bliebe isoliert und müsse parieren. 1954 putschte Nasser gegen Nagib. Nasser dachte nicht im Traum daran, vor den Briten zu kuschen. Sein hartnäckiger Widerstand gegen das britische »System« wurde zum zentralen Ereignis der Entkolonialisierung des Nahen und Mittleren Ostens.

Als ägyptischer Nationalist (eine der ersten Maßnahmen der neuen Offiziersregierung war die Überführung eines Standbilds von Ramses II. nach Kairo) hatte Nasser gute Gründe, den Briten zu misstrauen und für ihren Abzug aus dem gesamten Nahen und Mittleren Osten zu kämpfen. Außerdem war er stark vom Panarabismus beeinflusst und strebte nach einer Revanche für den Krieg von 1948. Eine revolutionäre Politik sollte eine reinigende Flut hervorbringen und das alte Regime der Großgrundbesitzer und Könige, dieses Überbleibsel der Kolonialzeit, hinwegspülen. Außerdem fürchtete Nasser, die Zeit könnte gegen ihn arbeiten. Jeder Herrscher in Kairo hätte vor demselben Dilemma gestanden. Der Sudan war verloren. Es gab starke Spannungen mit Israel. Der arabische Osten, der

»Maschrek«, war dem ägyptischen Einfluss und vielleicht sogar Handel verschlossen. Ohne Märkte und Öl musste Nasser im eigenen Land Stagnation und wachsende soziale Unruhen fürchten. Er würde auf gefährliche Weise von der Wirtschaftshilfe des Westens abhängig werden.

Als die Briten ihren neuen »Bagdad-Pakt« mit der Türkei und dem Irak schlossen und Jordanien umwarben (Syrien war der nächste Staat auf ihrer Liste),[49] startete Nasser einen Gegenangriff. Er bediente sich dabei des Panarabismus. Gemeinsam mit den Saudis unterstützte er die antiirakischen Kräfte in der syrischen Politik. Zugleich stärkte er die jordanische Opposition gegen die Unterzeichnung des neuen Militärabkommens mit den Briten. Im September 1955 gelang Nasser ein spektakulärer Coup. Er umging das Waffenembargo, das der Westen gegen ihn verhängt hatte, indem er mit Ostblockstaaten Waffenlieferungen vereinbarte. Ägypten war jetzt eine ernstzunehmende Militärmacht. Anfang 1956 erklärte er dem britischen Einfluss auf den Nahen und Mittleren Osten offen den politischen Krieg. Die Zunahme der gewaltsamen Übergriffe an den israelischen Grenzen spielte ihm dabei in die Hände. Mit erstaunlicher Leichtigkeit hatte er in der Politik der Region die Initiative ergriffen. Er hatte Ägypten zum Vorreiter der panarabischen Sache und die panarabische Identität zu einer dynamischen Kraft gemacht. Die Briten reagierten darauf mit Panik und Wut.

Die Suezkrise des Jahres 1956 erstand aus dieser Konfrontation. Als eine Anleihe zur Finanzierung des Assuan-Staudamms von Washington abgelehnt wurde, gab es kein Zurück mehr. Nasser verstaatlichte den Suezkanal, der bisher im gemeinsamen Besitz Großbritanniens und Frankreichs gewesen war – ein Akt der Tollkühnheit. Aber vielleicht ahnte Nasser, dass es den Briten schwer fallen würde, ihn zu besiegen. Da der militärische Stützpunkt aufgelöst worden war, gab es in der Kanalzone keine britischen Soldaten mehr. Ein offener Angriff von außen

würde alle arabischen Staaten gegen sie aufbringen. Internationaler Druck (durch die Vereinten Nationen) würde wohl kaum erreichen, was die Briten wirklich wollten: Nassers Sturz. Nasser hatte wohl auch erkannt, dass Londons erbitterte Feindschaft von Washington nicht völlig geteilt wurde. Schließlich enthüllte der Gegenschlag, als er erfolgte, die politische Schwäche Großbritanniens. Oberflächlich als Vermittlungsmission zwischen den Streitkräften Ägyptens und Israels (das seine Invasion mit den Aktionen der beiden Westmächte koordiniert hatte) getarnt, sollte die englisch-französische Besetzung des Suezkanals Nasser demütigen und stürzen. Der Schlüssel zu Nassers politischem Überleben war der enorme Eindruck, den sein Widerstand auf arabische Patrioten gemacht hatte. Präsident Eisenhower fürchtete, dass ein Sieg der Briten alle arabischen Staaten gegen den Westen aufbringen und dem Einfluss der Sowjets in der Region Tür und Tor öffnen könnte, was den amerikanischen Interessen empfindlich geschadet hätte. Es war eine bittere Ironie, dass die wirtschaftliche Schwäche, die die Briten zu diesem Kampf mit Nasser genötigt hatte, weil sie um ihre lebenswichtigen Ölquellen fürchteten, nun den Ausschlag geben sollte. Ohne die Unterstützung der USA wäre Großbritannien finanziell zusammengebrochen. Es blieb den Briten also nichts anderes übrig, als klein beizugeben und abzuziehen. Nasser behielt den Kanal.[50] Nicht er stürzte also durch die politische Falltür, sondern der britische Premierminister Anthony Eden.[51]

Die Suezkrise signalisierte das Ende der britischen Ambitionen, die Politik der gesamten arabischen Welt zu bestimmen. Für einige Zeit konnte nun keine Großmacht einen prägenden Einfluss auf die Region ausüben. Es war also der Zeitpunkt gekommen, eine neue Ordnung im Nahen und Mittleren Osten zu gestalten. Nasser übernahm die Rolle eines arabischen Napoleon. Sein Prestige war enorm. Mit seiner breiten Mittelschicht, seinen großen Städten und

Häfen, seiner Literatur und seinen Filmen, seinen Journalisten und Lehrern war Ägypten das Symbol der arabischen Modernität. Nassers panarabischer Nationalismus, der offiziell in Ägyptens neuer Verfassung festgeschrieben wurde, fand in einer Phase scharfen gesellschaftlichen Wandels in den meisten nah- und mittelöstlichen Staaten statt. Den neuen Arbeitern in den Städten, der wachsenden Zahl der Studenten, der ausufernden Bürokratie und den jungen Offizieren bot er eine politische Überzeugung und ein kulturelles Programm. Er versprach die Lösung des Nahostkonflikts durch die kollektive Anstrengung einer neu belebten Nation. Nicht einmal zwei Jahre nach seinem Triumph in der Suezkrise gelang es Nasser, eine politische Union mit Syrien zu bilden: die »Vereinigte Arabische Republik«. Im selben Jahr 1958 endete die haschemitische Herrschaft im Irak. Zwar musste Nasser immer noch mit der Macht der Amerikaner rechnen. So intervenierten die Vereinigten Staaten und Großbritannien gemeinsam, um die Übernahme der Macht in Jordanien und im Libanon durch Gefolgsleute Nassers zu verhindern. Doch die amerikanische Angst vor wachsendem sowjetischem Einfluss und Nassers Ablehnung des Kommunismus führten zu einer behutsamen Annäherung. Es sah tatsächlich so aus, als ob Nasser einen erstaunlichen Doppelsieg errungen hätte. Er hatte die Briten als Regionalmacht gegen einen lockereren, toleranteren amerikanischen Einfluss eingetauscht. Und er hatte sich und Ägypten zu einem unentbehrlichen Partner aller Großmächte mit Interessen im Nahen und Mittleren Osten gemacht. Die panarabische Solidarität unter ägyptischer Führung (das neue irakische Regime mit seinen kommunistischen Tendenzen konnte weitgehend isoliert werden) eröffnete neue Chancen. Man konnte mit den auswärtigen Mächten bessere Bedingungen aushandeln. Man konnte die Ölwaffe einsetzen (die Ölförderung wuchs in den 1950er Jahren extrem schnell). Vielleicht konnte man sogar den

Nahostkonflikt »lösen«.

Es sollte sich jedoch herausstellen, dass die Entkolonialisierung des Nahen und Mittleren Ostens diesem panarabischen Ideal nicht entsprechen konnte. Nasser hatte vielleicht gehofft, dass die Scheichtümer am Persischen Golf (vor allem Kuwait) seinen »arabischen Sozialismus« übernehmen und ihre Monarchen stürzen würden. Aber die Briten konnten zumindest am Golf ihre Stellung halten und die lokalen Herrscher erfolgreich gegen Nassers politischen Druck unterstützen. Außerdem war die panarabische Identität, auf die sich Nasser stützte, mit einem mächtigen Feind konfrontiert. In den ersten Nachkriegsjahren erschienen die neuen arabischen Staaten als künstliche Gebilde. Die arabische Bildungselite bewegte sich mit Leichtigkeit zwischen ihnen hin und her, und dies galt auch für ihre Ideen. Die staatlichen Strukturen waren schwach, sodass Einflüsse von außen noch leicht wirksam werden konnten. Um 1960 begann sich dies jedoch zu ändern. Neue »lokale« Eliten usurpierten den Staatsapparat. Jedes Regime baute seinen eigenen *Mukhabarat* (Geheimpolizei) auf. Die Unterschiede zwischen den arabischen Staaten traten nun deutlicher hervor, und die charismatische panarabische Politik Nassers stieß auf immer größere Widerstände. Seine Union mit Syrien brach schon 1961 wieder auseinander.[52] Und der israelische Staat erwies sich als weit widerstandsfähiger als viele gehofft hatten, vor allem weil er sich offensichtlich weiterhin auf die Unterstützung der Amerikaner verlassen konnte, die in den frühen 1960er Jahren eher noch zunahm.[53] Zuletzt konnte das panarabische Programm nicht ohne Hilfe von außen durchgesetzt werden. Der Bedarf an Waffen und die Suche nach Unterstützung gegen Israel (und gegen lokale Rivalen) trieben die arabischen Staaten in das Labyrinth der Diplomatie des Kalten Krieges.

Besonders fatal war jedoch, dass der Ölreichtum der Region den Staaten zufallen sollte, die am wenigsten geneigt

waren, Kairos ideologischer Führung zu folgen: Saudi-Arabien, Irak und die Golfprotektorate Großbritanniens. Außerdem wurde das Öl nicht zu einem Antrieb des gesellschaftlichen und industriellen Wandels wie dereinst die Kohle in Großbritannien. Tatsächlich hing der arabische Wohlstand bzw. dessen Verheißung in hohem Maße von einer Förderindustrie ab, deren Kontrolle in ausländischen Händen lag. Es waren dies die »sieben (multinationalen) Schwestern«, die Herrscherinnen der Ölwelt.[54] Darüber hinaus machte die Katastrophe des Sechstagekriegs von 1967 zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite noch einmal klar, dass der Reichtum an Bodenschätzen nicht gleichbedeutend mit Macht war und dass die Einnahme von Petrodollars nicht zu industrieller Stärke führte. Bis 1970, dem Jahr von Nassers frühem Tod, war aus der Hoffnung auf eine nachimperiale Freiheit endgültig das »arabische Dilemma« geworden.[55]

Die drei größten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens waren Ägypten, die Türkei und der Iran, die alle drei im Jahr 2001 eine Bevölkerungszahl von 66 Millionen erreichten. Nachdem es Nasser nicht gelungen war, Ägypten zum Zentrum einer arabischen Revolution zu machen, kehrte sein Nachfolger Anwar Sadat (wie einst Mehmed Ali in den 1840er Jahren) zu einer Verständigungspolitik mit dem Westen zurück. In den späten 1970er Jahren war Ägypten endgültig zum zweitgrößten Empfänger (nach Israel) amerikanischer Auslandshilfe geworden.

Die Türkei war unter Führung des schlauen ehemaligen Weggefährten Atatürks, Ismet Inönü, während des Zweiten Weltkriegs wohlweislich neutral geblieben. Aber der Vormarsch der sowjetischen Macht am Ende des Kriegs und Stalins offen geäußerte Absicht, die Kontrolle über die Meerengen am Bosporus zu gewinnen – »Es war unmöglich, eine Lage zu akzeptieren, bei der die Türkei eine Hand an der russischen Kehle hat«, erklärte er in Jalta – trieb die Türkei ins westliche Lager. Auf der Grundlage der Truman-

Doktrin von 1947 versprachen die Vereinigten Staaten der Türkei Schutz und Hilfe, wenngleich diese Zusagen noch relativ vage waren. 1955 wurde das Land dann Vollmitglied der NATO. Auf eine Weise, die sich Kemal Atatürk wohl kaum hätte träumen lassen, hatte der Kalte Krieg der Türkei die Tore zum Westen geöffnet. Ende des Jahrhunderts wurde das Land sogar zu einem ernsthaften Beitrittskandidaten der Europäischen Union. Die Spannungen mit Griechenland und der Zypern-Konflikt (die Türkei war 1974 dort gelandet und hatte die Insel geteilt) trübten mitunter die Beziehungen. In der Türkei selbst war in den 50 Jahren nach Kriegsende die wichtigste Frage, inwieweit Atatürks Vorstellungen von einem starken bürokratischen Staat mit einer modernen Industrie und einer säkularen Kultur vereinbar war mit einer repräsentativen Demokratie (die Türkei Atatürks war ein Einparteienstaat) und einer freien, nicht vom Staat dominierten Wirtschaft.

Besonders faszinierend war die Entwicklung im Iran. Das Land war im Jahr 1941 von sowjetischen und britischen Truppen gemeinsam besetzt worden, teilweise um Resa Schahs Annäherungsversuche an das nationalsozialistische Deutschland zu unterbinden, hauptsächlich aber, um den Transport von Hilfsgütern und Nachschub aus Großbritannien in das umkämpfte Russland zu sichern. Resa Schah dankte zugunsten seines Sohnes ab und ging ins Exil. Daraufhin zeigte sein autoritäres Staatsgebilde deutliche Auflösungserscheinungen. Unzufriedene Provinzhonoratioren (die mächtige Schicht der Großgrundbesitzer), radikale Bewegungen in den Städten (wie die Tudeh-Partei), Stammesführer, vor allem der Kaschgai und Bachtiari, und ethnische Minderheiten wie Kurden, Araber und Aserbaidschaner forderten die Autorität des jungen Schah heraus und buhlten um die Gunst der beiden Besatzungsmächte. Am Ende des Kriegs nahm diese Instabilität weiter zu. Die Rote Armee blieb bis 1946 im iranischen Teil Aserbaidschans. Die Kriegsinflation hatte

verheerende wirtschaftliche Auswirkungen. Die Anhänger des Schahs kämpften mit den Radikalen und den Provinzgrößen um die Kontrolle des Madschlis, des iranischen Parlaments. Die Regierung sah sich wachsendem Widerstand im ganzen Land gegenüber. 1949 war der Schah jedoch kurz davor, wieder an die Hebel der Macht zu gelangen, nicht zuletzt weil die Alternative in einer weiteren Aufsplitterung des iranischen Staats und sich verschärfenden sozialen Unruhen bestanden hätte.

Bevor dies jedoch geschehen konnte, brach eine große Krise aus. Um seine Machtposition wieder zu gewinnen, wollte der Schah die iranischen Einkünfte aus der Hauptquelle seines Reichtums, den riesigen Ölfeldern im Südwesten des Landes, erhöhen, die von der Anglo-Iranian Oil Company (der heutigen BP) kontrolliert wurden. Im Juli 1949 sah eine »Zusatzvereinbarung« vor, den Anteil der Nettoerlöse, den das Unternehmen an den iranischen Staat als Konzessionsgebühr abführte, von 15 auf 20 Prozent zu erhöhen, und weitere Erhöhungen wurden ins Auge gefasst. Gegen dieses Abkommen leisteten jedoch zwei Seiten massiven Widerstand. Erstens befürchteten die Gegner des Schahs, dass dieser mit Hilfe dieses neuen Reichtums erneut eine autokratische Herrschaft aufrichten könnte, wie sie sein Vater vor dem Krieg ausgeübt hatte. Zweitens lehnte ein großer Teil der iranischen Bevölkerung die ausländische Kontrolle der wichtigsten Einnahmequelle und den damit zusammenhängenden politischen Einfluss dieses britischen Unternehmens ab. Gerade als man diese Angelegenheit im Madschlis behandelte, wurde auch noch bekannt, dass die Aramco, die Arab-American Oil Company, ihrer Gastregierung in Saudi-Arabien einen Anteil von 50 Prozent der Nettoerlöse angeboten hatte. Während sich die Verhandlungen mit der Anglo-Iranian dahinschleppten, wurden die politischen Diskussionen immer hitziger, bis der Madschlis im März 1951 ein Gesetz verabschiedete, das die Verstaatlichung des Unternehmens vorsah. Einige Tage

später übernahm Mohammed Mossadegh, ein alter Gegner des Schahs und seines Vaters, das Amt des Premierministers.[56]

Das Ergebnis war eine Pattsituation. Britische Überlegungen, eventuell militärisch einzugreifen, scheiterten am Veto Washingtons, das diese Pläne für unbesonnen und rückständig hielt.[57] Vorerst wurde nur der große britische Mitarbeiterstab von den Ölfeldern und der Raffinerie in Abadan abgezogen. Die großen Ölkonzerne fürchteten, dass andere Staaten dem iranischen Beispiel folgen könnten, und verhängten einen internationalen Boykott gegen iranisches Öl, der ausgesprochen wirksam war. Mossadegh schien kurz vor der Durchsetzung einer Verfassungsrevolution zu stehen, als sein ohnehin nie sehr solider Rückhalt im Parlament und in der Bevölkerung plötzlich zu schwinden begann. Im Westen hielt man ihn für einen gefährlichen Demagogen, der einer Herrschaft der Kommunisten den Weg bereitete.

Im August 1953 wurde Mossadegh durch einen Militärputsch gestürzt, der von amerikanischen Agenten mit britischer Unterstützung angezettelt und zum Teil finanziert wurde, und er wurde von einem Premierminister ersetzt, der dem Schah treu ergeben war. Ein neues Abkommen legte fest, dass das iranische Öl künftig durch ein Konsortium aus britischen und amerikanischen Unternehmen verkauft werden sollte. Die Öleinkommen des Schahs stiegen auf spektakuläre Weise zwischen 1955 und 1961 um das Zehnfache auf 358 Millionen Dollar, und bis 1973/74 wuchsen sie noch einmal um das 15-Fache. Die militärische und politische Macht des Schahs wuchs proportional. Anfang der 1960er Jahre galt er als einer wichtigsten Verbündeten des Westens. Seine Bedeutung als Bollwerk gegen ein weiteres Vordringen der Sowjetunion nach Süden wurde freilich von Zeit zu Zeit von der Befürchtung konterkariert, dass sein Drang, sich zum Herrn des Persischen Golfs zu machen, zu einem Konflikt mit den arabischen Staaten der

Region führen könnte.
Im Rahmen des Kalten Kriegs erschien der Triumph des Schahs über Mossadegh als Sieg des Westens. Tatsächlich war dieser Erfolg ebenso sehr der Uneinigkeit und den Fehlern seiner Gegner geschuldet wie der durch und durch konservativen Haltung einer von den Großgrundbesitzern dominierten Gesellschaft und den Machenschaften und Winkelzügen der CIA.[58] Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, hatten der Schah und Mossadegh gemeinsam die Stellung des Iran in der Welt jedoch auf bemerkenswerte Weise verändert. Der halbkoloniale Status, den selbst Resa Schah nicht vollständig hatte abschütteln können, die Privilegien der Anglo-Iranian Company, die diese fast zu einem Staat im Staate gemacht hatten, sowie der umfassende Einfluss, den die Briten auf die iranischen Beamten und die Staatsverwaltung sowie – über ihre Verbündeten –, in den Provinzen ausüben konnten, waren allesamt durch den demütigenden Rückzug, zu dem man die Anglo-Iranian gezwungen hatte, zunichte gemacht worden. In einem von keinem anderen Herrscher des Nahen und Mittleren Ostens erreichten Maße konnte der Schah nicht nur die Unabhängigkeit des Iran behaupten, sondern auch seinen Anspruch auf eine Großmachtstellung in der Region durchsetzen. Es war eine Ironie der Geschichte, dass diejenigen, die schließlich den von ihm aufgebauten Staat übernehmen sollten, die erbittertsten Feinde eben jenes Wandels waren, den der Schah der iranischen Gesellschaft aufgezwungen hatte.

Die Ereignisse in Ost- und Südasien sowie dem Nahen und Mittleren Osten zerstörten die Illusion der Europäer, dass sie ihre Kolonialreiche in der Nachkriegswelt erhalten könnten. Für Afrika schien das freilich, zumindest für einige Zeit, nicht zu gelten. Selbst gut informierte Beobachter bezweifelten, dass Afrika in dieser Hinsicht Asien folgen

könnte. Zumindest würde man dies wohl nicht ohne erbitterten Kampf zulassen. In den Ländern des Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien) war die Macht Frankreichs fest fundamentiert. Die Vision Frankreichs von seiner mediterranen »Bestimmung« schloss jeden wirklichen Verzicht auf Gebiete aus, die man als unerlässlich für die französische Weltgeltung erachtete. Angesichts von einer Million Siedlern in Algerien (die das französische Wahlrecht besaßen) und einer Armée d’Afrique, deren Soldaten vorwiegend in Nordafrika rekrutiert wurden und die eine wichtige Rolle in den französischen Streitkräften spielte, waren die Nachkriegsregierungen Frankreichs wenig geneigt, aus ihrem erzwungenen Abzug aus Indochina eine Lehre für ihre nordafrikanischen Besitzungen zu ziehen. In Schwarzafrika sahen die Briten, Franzosen, Portugiesen und Belgier noch viel weniger Anlass, sich auf einen baldigen Abzug vorzubereiten.

Das Afrika südlich der Sahara war indirekt durchaus vom Krieg betroffen gewesen. Inflation, Mangel an wichtigen Gütern und Lebensmitteln, die Rekrutierung von Soldaten, eine örtliche Industrialisierung und der Lärm der Propaganda hatten die Staaten erschüttert. Andererseits fanden (außer für kurze Zeit in Äthiopien) auf afrikanischem Boden keine Kampfhandlungen statt. Keine Invasion hatte das Kolonialregime erschüttert. Die Vielfalt der Sprachen, Völker und Religionen schien die Gefahr auszuschließen, dass der afrikanische Nationalismus jemals so stark wie der Panarabismus werden und die Unterstützung der Massen innerhalb der Kolonialgrenzen (geschweige denn über diese hinweg) gewinnen könnte. Aus diesen Gründen erschien es auch sehr unwahrscheinlich, dass afrikanische Führer politische Bewegungen nach dem Vorbild des indischen Nationalismus gründen könnten. Die riesige, den ganzen Subkontinent umspannende Koalition, die Gandhi geschaffen hatte, war Welten entfernt von der lokal begrenzten afrikanischen Kolonialpolitik. Anstatt sich zu afrikanischen

Nationen weiterzuentwickeln, schienen sich die Kolonialstaaten Schwarzafrikas sogar eher in die entgegengesetzte Richtung zu bewegen. Die »Tribalisierung« Afrikas war in vollem Gange. Sie war zumindest in Ansätzen die afrikanische Antwort auf die »indirekte Herrschaft«, die die Europäer in ihren Kolonien errichtet hatten. Die Schaffung von »Stämmen« (von denen einige wie die Yoruba eine beachtliche Größe erreichten) erschien den afrikanischen Eliten immer noch als das beste Mittel, um Einfluss auszuüben und ihre Macht auszubauen. Schließlich war im »weißen Süden« nach 1945 der Nationalismus der weißen Siedler besonders aggressiv, und nicht etwa der schwarze Nationalismus. Die Durchsetzung der »Apartheid« und die Festigung der weißen Vorherrschaft prägten das politische Programm Südafrikas in den 1950er Jahren. Der Aufbau und die Verteidigung eines von Weißen regierten zentralafrikanischen Staates war das Ziel der Siedler in Nord- und Südrhodesien (heute Sambia und Simbabwe).[59] Dies waren keineswegs die einzigen Beispiele einer Festigung der Macht der Weißen. Nach 1945 entdeckte das Portugal Salazars erneut seine koloniale Bestimmung und begann eine systematische Kolonisierung seiner beiden großen afrikanischen Besitzungen Angola und Mosambik.[60]

Die alten Kolonialmächte meinten also, ihnen stehe in Afrika genug Zeit zur Regelung aller ihrer Probleme zur Verfügung, während sie gleichzeitig in Asien um die letzten Relikte ihrer alten Macht kämpfen mussten. Kolonialbeamte entwickelten Planungen für eine Machtübergabe in einer fernen, unbestimmten Zukunft nach einer Reihe von Stufen, die an die Bemühungen erinnerten, einen völlig unbegabten Schulanfänger durch die Schule zu bringen und ihm irgendwann zu einem Abschluss zu verhelfen. Vorerst war es jedoch ihre Aufgabe, die Produktion dringend benötigter Güter in diesen Kolonien zu fördern. Dazu gehörten Kakao, Pflanzenöle, Baumwolle, Sisal, Tabak, Kupfer, Gold, Uran,

Kobalt, Asbest und Aluminium. Der hohe Wechselkurs des Dollars und die Spannungen des Kalten Krieges machten aus dem vernachlässigten Afrika der Vorkriegszeit Europas Aladinshöhle. Der koloniale »Nachtwächterstaat«, der keine schlafenden Hunde wecken wollte, war zu einem »Entwicklungsstaat« geworden, der sich überall einmischte. Die Vorkriegs-Kolonialbeamten hatten die weißen Siedlergemeinschaften in Ost- und Zentralafrika als lästiges Ärgernis betrachtet, doch nun wurden diese gehätschelt und ihr Wachstum gefördert. Wo es (wie im kolonialen Westafrika) keine weißen Siedler gab, bemühte sich die Kolonialverwaltung um die Unterstützung der Bildungselite in den Küstenstädten. Während man sie vor dem Krieg kaum beachtet hatte, sollten sie nun das Wachstum befördern helfen. Mit einem eigentümlichen, mehr romantischen als realistischen Optimismus gingen die politischen Verantwortlichen in London und Paris davon aus, die Verheißung einer irgendwann zu gewährenden Selbstverwaltung könne die Irritationen einer weit intensiveren kolonialen Präsenz mildern und die Grundlagen für eine »euro-afrikanische« Partnerschaft nach dem Ende der Kolonialherrschaft schaffen.

Was sie dabei nicht in Betracht zogen, war der schlechte Zustand des in einem Großteil Afrikas schon immer schwachen Kolonialstaates. Im Zeitalter der Aufteilung und Eroberung vor 1914 sollten diese Staaten nur einen brüchigen kolonialen Frieden sichern und ihre Siedler und Konzessionäre ein besteuerbares Einkommen erwirtschaften. In den Zwischenkriegsjahren wurde ein möglichst kleiner Kolonialapparat favorisiert, der die Macht an »einheimische Autoritäten« auf der lokalen Ebene delegierte. Es galt das Prinzip der indirekten Regierung (das auf der Angst vor einer Destabilisierung der »traditionellen« afrikanischen Gesellschaft beruhte), und die leeren Staatskassen während der Weltwirtschaftskrise ließen auch keine andere Wahl. Weitsichtigen Gouverneuren war jedoch

nur allzu klar, dass es ohne eine Kursänderung immer schwieriger werden würde, ihre Kolonien zusammenzuhalten oder die allgemeine Zustimmung zu übergreifenden Initiativen zu erhalten.[61] Doch erst der Krieg (der größere Aktivitäten und höhere Ausgaben erforderte) und seine Auswirkungen ließen Reformen plötzlich nötig erscheinen. Was die westlichen politischen Entscheidungsträger jedoch für ein gemeinsames Voranschreiten zu einer stärkeren Stimme Afrikas und zu einem gestaltenden Staat hielten, wurde von den afrikanischen Völkern ganz anders interpretiert. In der Nachkriegszeit mussten die Kolonialregierungen die Preise regulieren, die Löhne niedrig halten, Arbeiterunruhen niederschlagen und den lokalen Verbrauch beschränken. Sie mussten fortschrittliche landwirtschaftliche Methoden wie die Impfung von Rindern, den Erosionsschutz und das Abbrennen erkrankter Kakaobäume durchsetzen, die zu großen Animositäten führten und Zwangsmaßnahmen erforderlich machten. Mit der Ankunft zahlreicher ausländischer Experten und (an manchen Orten) neuer weißer Siedler erlebte Afrika etwas, dass einige Historiker seine »zweite Kolonialbesetzung« genannt haben.[62] Es überrascht deshalb kaum, dass diese unerwarteten Aktivitäten des Kolonialregimes Misstrauen und Widerstände hervorriefen. Nach kurzer Zeit mussten sich die Kolonialregierungen zwischen zwei gegensätzlichen Zielen entscheiden. Sie konnten die Verantwortung schneller an afrikanische Führer übertragen und versuchen, ihrem Staat einen stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Diesen Kurs wählten die Briten in Ghana nach den Unruhen im Jahr 1948. Oder sie konnten zu Repressionen greifen, in der Hoffnung, dass ein entschlossenes Auftreten die »Extremisten« (wie man alle nannte, die sich weigerten, mit der Kolonialregierung zu kooperieren) abschrecken und den so genannten »Gemäßigten« Zulauf verschaffen könnte. Die »Gemäßigten« akzeptierten einen langsameren Weg des politischen

Wandels, der erst in ferner Zukunft zur Herrschaft der afrikanischen Mehrheit führen würde.[63]

Als sie das Ausmaß des Unmuts in Afrika erkannten, zogen es die Regierungen in London und Paris (und selbst in Brüssel) erst einmal vor, eine Konfrontation zu vermeiden und mit den afrikanischen Führern einen neuen Ausgleich zu suchen. In Kenia und Zentralafrika wurde dies jedoch durch die lautstarke Präsenz der weißen Siedler verhindert. Als Siedler in Kenia von Afrikanern angegriffen wurden (wobei nur wenige tatsächlich ermordet wurden), wurde der Ruf nach einem »Ausnahmezustand« schließlich unüberhörbar. Als dieser schließlich ausgerufen wurde, löste er ungeheure Gewalt aus. In Kenia wurde der »Mau-Mau«-Aufstand innerhalb des Kikuyu-Volkes ebenso sehr durch die Abneigung gegen andere Kikuyu wie durch den Hass auf die weißen Siedler genährt. Durch den ökonomischen Wandel konnten viele Kikuyu-»Älteste« und ihre Gefolgsleute ihren Wohlstand auf Kosten der ärmeren Stammesangehörigen mehren, die weder Land noch Verbindungen besaßen. Ältere Vorstellungen einer »moralischen Wirtschaft« und eines sozialen Ausgleichs waren längst verloren gegangen.[64] Als die Panik der Siedler die Kolonialregierung zu Repressionen veranlasste, wurde aus diesen Spannungen ein innergesellschaftlicher Krieg. »Loyale« Häuptlinge gingen gegen jeden vor, den sie der Sympathie für die Mau-Mau verdächtigten. Diese zahlten dann mit gleicher Münze zurück oder flohen in die Wälder, um von dort aus einen Guerillakampf zu beginnen. Erst 1956 konnte der Widerstand der Mau-Mau endgültig gebrochen werden. Aber selbst in Kenia hatten die Kosten der lang andauernden Militäroperationen, die Notwendigkeit, die afrikanischen Gemeinschaften auf der Regierungsseite zu halten, und die Gräueltaten und Brutalitäten bei der Niederschlagung des Aufstandes (vor allem in den Internierungslagern, in denen die Mau-Mau-Verdächtigen »rehabilitiert« werden sollten)[65] die Machtübertragung spätestens 1960 unumgänglich

gemacht. Zu dieser Zeit war es bereits die Politik aller Kolonialregierungen mit Ausnahme der Portugiesen, die Unabhängigkeit ihrer Kolonien unter Regierungen zu akzeptieren, die von Afrikanern gewählt und geführt wurden. Sie hofften und planten jedoch, diesen Wandel zu gestalten und »gemäßigte« Regierungen einzusetzen, mit denen sie freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten konnten. Außerdem wollten sie die Außenbeziehungen und die inneren Entwicklungen ihrer ehemaligen Kolonialgebiete weiterhin eng überwachen. Da Schwarzafrika immer noch im internationalen Abseits und weit von der Front des Kalten Kriegs entfernt zu sein schien, glaubten sie, genügend Zeit für einen langsamen postkolonialen Übergang zu haben.

Diese Illusion wurde von der Kongokrise zerstört. Die belgische Regierung hatte ihre Kolonie im Juni 1960 in der Erwartung in die Unabhängigkeit entlassen, dass sich ihre Rolle und ihr Einfluss auf alle Angelegenheiten des Landes kaum verändern würden.[66] Dies erwies sich als katastrophale Fehleinschätzung. Binnen weniger Tage meuterte die Armee, was zu Angst und Schrecken unter der großen weißen Siedlergemeinde führte. Der charismatische neue Ministerpräsident Patrice Lumumba lehnte eine enge postkoloniale Partnerschaft ab. Die mineralienreichen Provinzen Südkasai und Katanga spalteten sich von der neuen »Demokratischen Republik Kongo« ab, Brüssel unterstützte Katanga, wodurch die Belgier wahrscheinlich Lumumba stürzen wollten. Im August 1960 hatte Lumumba die Sowjetunion um Waffenhilfe gebeten, die dann tatsächlich Waffen und Berater schickte. Die Vereinten Nationen entsandten ihrerseits eine Truppe von 10.000 Mann, die das Land zusammenhalten sollte. Gleichzeitig wurden die neuen separatistischen Regime immer stärker, und die Gewalt eskalierte weiter. Die rivalisierenden Armeen begannen, um die Herrschaft im gesamten Kongo zu kämpfen. Schließlich wurde Lumumba von katangischen

(vielleicht auch belgischen) Soldaten ermordet.[67] Zusammen mit den internationalen Differenzen über die tatsächlichen Aufgaben der UN-Truppe führte all dies in einem Land, das noch drei Jahre zuvor als Modellkolonie gegolten hatte, zum »Kongo-Desaster«.[68] Obwohl bis 1964/65 wieder ein Anschein von Ordnung eingekehrt war, änderte die Tragödie des Kongo die Bedeutung der Entkolonialisierung in Afrika auf Dauer. Sie zeigte auf unerwartete Weise, dass Ost und West im Kalten Krieg auch um die Gefolgschaft der neuen afrikanischen Regierungen konkurrieren würden. Außerdem bestätigte sie der britischen Regierung, dass es klug sei, sich möglichst bald der verbliebenen britischen Koloniallasten in Ost- und Zentralafrika zu entledigen, bevor auch sie vom grassierenden Chaos angesteckt wurden. Besonders wichtig war jedoch, dass die Kongo-Krise die Weißen südlich des Sambesi in ihrem Verdacht bestärkte, jede Konzession an den afrikanischen Nationalismus werde unweigerlich zu Anarchie und Barbarei führen. Während im übrigen Afrika der Übergang zu einer vollständigen Unabhängigkeit immer schneller erfolgte, festigte sich im »südlichen Drittel« des Kontinents die weiße Herrschaft. Ein fester Block entstand, zu dem auch die portugiesischen Kolonien in Angola und Mosambik gehörten. Tatsächlich existierte nun eine neue und sehr eigentümliche »Teilung« Afrikas.

Wie im Nahen und Mittleren Osten und in Asien war die Entkolonialisierung auch in Afrika kein klarer Bruch mit der kolonialen Vergangenheit, und ebenso wenig war sie die Eintrittskarte in die »Welt der Nationen«. Die neuen afrikanischen Staaten erbten die Schwächen ihrer kolonialen Vorläufer, in deren Schuhe sie ja nach einer sehr kurzen Übergangszeit schlüpfen mussten. Die Loyalität gegenüber einer lokalen oder regionalen Ethnie war weitaus stärker als jeder Nationalismus. Der Aufbau einer nationalen Identität ohne eine gemeinsame Sprache erwies sich als überaus schwierig. Das »tribalistische« Erbe der Kolonialherrschaft war tief verwurzelt. Tatsächlich war in vielen Teilen Afrikas

die Schaffung neuer »Stammesverbände« das übliche Mittel, um sich an die Veränderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfelds anzupassen. Gleichzeitig stand der Staat unter einem enormen Druck, seine Rolle etwa auf dem Gebiet der sozialen Dienste oder der Wirtschaftsentwicklung auszubauen. Für die neuen Regime war es entscheidend, sich rechtzeitig ausländische Finanz- und oft sogar Militärhilfe zu sichern, bevor sie die Loyalität ihrer Anhänger verloren.[69] In diesem Umfeld gediehen neue Formen der Einflussnahme von außen prächtig. Wenn die Großmächte neue, zumindest informelle Imperien aufbauen wollten, fänden sie überall die entsprechenden Möglichkeiten vor.

Inoffizielle Imperien

Die Entkolonialisierung lässt sich am besten als die Auflösung einer ganz bestimmten geopolitischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und demographischen Weltordnung beschreiben, die in den 1840er Jahren entstand, sich in den 1890er Jahren festigte und sich dann überall dort bis in die 1940er und 1950er Jahre hinüberrettete, wo die Bedingungen ihr Überleben begünstigten. Allerdings nahm die Macht der verbliebenen Kolonialmächte, ihr altes imperiales System aufrecht zu erhalten, nach 1945 rapide ab. Dieser Machtverlust war ein entscheidendes Element der neuen internationalen Nachkriegsordnung. Ebenso wichtig war der blutige Zusammenbruch des Kriegsimperialismus Japans und der Nationalsozialisten. Gerade der fast gleichzeitige Sturz dieser beiden imperialen Regime, des »alten kolonialen« und des »neuen imperialistischen«, machte die Bühne frei für den Auftritt neuer Weltreiche mit neuen Ideologien, neuen Methoden sowie neuen Zielen und Absichten.

Gleichwohl hatte das ungeheure Wachstum der amerikanischen Macht auch etwas Überraschendes. In der amerikanischen Öffentlichkeit war die Übernahme internationaler Verpflichtungen außerhalb des nordamerikanischen Kontinents oder Mittelamerikas zu allen Zeiten höchst umstritten. Die Abneigung gegen eine Verstrickung in ausländische Angelegenheiten war tief verwurzelt. Die Ansicht war weit verbreitet, dass die amerikanische Freiheit auf der bewussten Zurückweisung der atavistischen Mentalität und des kriegerischen Geistes der dekadenten Alten Welt beruhe und stets ernsthaft gefährdet sei, wenn man sich zu sehr mit dieser einlasse. Außerdem schien das amerikanische politische System für die Formulierung und Umsetzung einer stringenten Außenpolitik nicht sehr geeignet, da deren Kontinuität immer wieder durch heimische Kontroversen bedroht war. Die politische Haltung in den USA war zutiefst unilateral und verschmähte Koalitionen und Kompromisse, die unverzichtbare Teile jeder aktiven Diplomatie sind. Diese Haltung wurde noch durch die legalistische Tradition verstärkt, nach der Beziehungen mit dem Ausland möglichst durch rechtliche Entscheidungen und bindende Verträge geregelt werden sollten.[70] Im Gegensatz dazu erschien die europäische Art der Diplomatie, die opportunistische Verfolgung nationaler Interessen, als zynisch, selbstzerstörerisch und letztlich fruchtlos. Diese Ansichten hatten zu der viel kritisierten amerikanischen Weigerung beigetragen, dem Völkerbund beizutreten oder sich vor 1939 an der Eindämmung der nationalsozialistischen Expansion zu beteiligen. Im Gegensatz dazu übernahmen US-Regierungen nach 1945 überall auf der Welt neue schwere Bürden und woben ein ganzes Netz von Bündnissen, die ihnen helfen sollten, diese zu tragen. Was hatte sich verändert?

Zwei Faktoren veränderten die amerikanische Sichtweise. Erstens die ungeheure Kluft, die sich zwischen Amerikas

materiellem Reichtum und dem aller anderen Staaten aufgetan hatte. Im Jahr 1950, fünf Jahre nach dem Krieg, produzierte die amerikanische Wirtschaft doppelt soviel wie die Wirtschaften von Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen (1913 war die Produktionsleistung noch etwa gleich gewesen).[71] Dieser wirtschaftliche Vorsprung wurde auf dramatische Weise durch den Besitz der Nukleartechnologie verstärkt. Bis 1949 verfügten die USA als Einzige über Kernwaffen. Für sich genommen hätten diese neuen Machtmittel sogar eine noch isolationistischere Einstellung als in den Zwischenkriegsjahren fördern können. Sie waren jedoch mit der Erkenntnis gepaart, dass sich durch die Fortschritte in der Luftfahrt der amerikanische Verteidigungsradius ungeheuer stark ausgeweitet hatte. Einerseits bestand die Notwendigkeit, die internationale Wirtschaft so zu beeinflussen, dass es nicht zu einer Nachkriegsdepression kam. Die »Festung Amerika« war nicht mehr unangreifbar. Andererseits verfügten die amerikanischen Führer jetzt über so gewaltige Machtmittel, dass sie Bündnisse schließen konnten, deren Regelungen die amerikanische Vorherrschaft noch stärkten. Die Befürchtung, noch einmal einen strategischen Albtraum wie 1941/42 erleben zu müssen, diente ihnen dabei als zusätzliche Motivation.

Das Ergebnis war ein System, das bis auf den Namen in jeder Hinsicht »imperial« war. Im Jahr 1946 wurden die Pläne für ein Flottenkommando im Mittelmeer ausgearbeitet. Im Jahr 1947 versprach die Truman-Doktrin der Türkei und Griechenland Militärhilfe gegen den sowjetischen Druck, und der Marshallplan half den Westeuropäern, ihre im Krieg zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen. Anfang 1948 signalisierte Washington seine Bereitschaft, einen Atlantikpakt abzuschließen, der die Vereinigten Staaten zur Verteidigung Westeuropas verpflichtete. Mit der »Vandenberg-Resolution« gab der US-Senat diesem Vorhaben seinen Segen. Im April 1949 wurde

der Nordatlantikpakt unterzeichnet und zwei Jahre später wurden amerikanische Truppen zur Landverteidigung Westeuropas auf dem alten Kontinent stationiert. Die Vereinigten Staaten gingen ähnliche Verpflichtungen in Kanada und Ostasien ein, wo sie im Jahr 1951 mit Japan einen »Vertrag über gegenseitige Sicherheit« abschlossen. Tatsächlich wurden in diesem Jahr die Grundlagen dieses Systems geschaffen. Es war jedoch keineswegs symmetrisch. Es umfasste ein enges Bündnis mit Großbritannien, dem wichtigsten europäischen Mitglied des Nordatlantikpaktes, und eine Verteidigungspartnerschaft mit den anderen westeuropäischen Staaten. In Westdeutschland waren amerikanische Truppen stationiert, und in Japan hatten die Amerikaner große exterritoriale Rechte. Die Philippinen (die auf dem Papier seit 1946 unabhängig waren) erlaubten den Amerikanern die Einrichtung von 23 Stützpunkten und verpflichteten sich, niemand anderem ohne die Zustimmung der Amerikaner Stützpunktrechte einzuräumen. Auch dieses Land war in Wirklichkeit (wenn auch nicht offiziell) ein Protektorat.[72] Mikronesien blieb unter der direkten Herrschaft Washingtons. Grund hierfür war die Bedeutung der dortigen Stützpunkte. Dies gilt vor allem für Guam, Amerikas Festung im Westpazifik, welche die amerikanischen Seewege nach Japan und zu den Philippinen schützte.[73] Zu dieser Liste ließe sich noch Amerikas »informelle imperiale Einflusssphäre« in Lateinamerika hinzufügen, wo der Krieg die britische Handelspräsenz endgültig vernichtet hatte. Der Rio-Vertrag von 1947 (der »Interamerikanische Vertrag über gegenseitigen Beistand«) sah militärische Hilfe der Vereinigten Staaten sowohl im Falle eines bewaffneten Angriffs als auch im Falle anderer Formen der Aggression (womit kommunistische »Subversionsversuche« gemeint waren) gegen die lateinamerikanischen Staaten vor. In den 1950er Jahren unterhielten nur drei lateinamerikanische Regierungen diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion.

Dieses riesige informelle Imperium war ohne Beispiel. Keine frühere Weltmacht hatte bisher die Macht gehabt, beide Enden Eurasiens zu kontrollieren. Möglich wurde dies teilweise durch die Bereitschaft, mit der man die Freundschaft der USA suchte und deren Führung begrüßte. Die angloamerikanische Allianz war ein bemerkenswertes Beispiel der Kooperation zwischen einer niedergehenden Imperialmacht und ihrer offensichtlichen Nachfolgerin. Im Laufe einer wichtigen Zeitspanne hielten beide Parteien den Mythos einer Gleichheit zwischen ihnen aufrecht und übten eine Art Kondominium aus. In Westeuropa bauten sich die Amerikaner ein »Imperium auf Einladung« auf, um Geir Lundestads treffenden Ausdruck zu benutzen.[74] Wie wir gesehen haben, zog die politische Elite in Japan die harten Bedingungen des Sicherheitsvertrags der Gefahr des Linksrucks der öffentlichen Meinung vor. Die reale oder eingebildete Furcht vor dem Kommunismus bzw. der sowjetischen Expansion war der Katalysator für die Kollaboration des Auslands und für die Bereitschaft der Amerikaner, die Last der Macht zu schultern. Nur unter diesen besonderen Verhältnissen konnte Amerika eine so umfassende Zustimmung zu seiner neuen Weltrolle erlangen.

In den frühen 1950er Jahren wurden die Geopolitik und die Ideologie noch durch eine dritte Komponente des amerikanischen Einflusses erheblich verstärkt. Als sich die europäische und die japanische Wirtschaft allmählich erholten, die Initialzündung der amerikanischen Marshallhilfe wirksam wurde und die Militärausgaben während des Koreakriegs der Konjunktur weiteren Auftrieb gaben, überwand der internationale Handel endlich die lange Stagnationsphase, die immerhin von 1913 bis 1950 angedauert hatte. Die weltweiten Ausfuhren verdoppelten von 1953 bis 1963 ihren Wert und beinahe auch ihr Volumen.[75] Die Vereinigten Staaten spielten bei diesem außergewöhnlichen Aufschwung eine entscheidende Rolle.

Ohne ihre Unterstützung wären der Internationale Währungsfonds, der für stabile Wechselkurse sorgen sollte, und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT, das den Handel liberalisieren sollte, niemals zustande gekommen. Am wichtigsten war jedoch der US-Dollar, der jederzeit in Gold umgetauscht werden konnte und der nicht zuletzt deshalb die allgemein anerkannte Leitwährung wurde, von der die Ausweitung des Welthandels abhing. Amerika war natürlich perfekt aufgestellt, um von dieser neuen Weltwirtschaft zu profitieren. Der Wert der amerikanischen Auslandsinvestitionen hatte sich zwischen 1939 und 1950 mehr als verdoppelt. Die amerikanische Wirtschaft erreichte ihre höchste Wettbewerbsfähigkeit in den 1950er Jahren. In dynamischen Sektoren wie der Luftfahrt und der Massenunterhaltung waren die amerikanischen Produkte geradezu unschlagbar. Die »Soft Power«, die »weiche Macht« des wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses verstärkte noch die »Hard Power«, die »harte Macht« der strategischen Vorherrschaft. Kein Land, das für seine Geschäfte eine Handelswährung benötigte, konnte es sich erlauben, Washington zu verärgern, da ihm die USA sonst in Zeiten der Belastung die Unterstützung des Dollars entziehen konnten.

Die riesige Zone, in der Amerika seinen strategischen Schutz ausübte oder anderen aufzwang (im Jahr 1955 unterhielten die Vereinigten Staaten 450 Militärstützpunkte in 36 Ländern) überschnitt sich mit der neuen internationalen Wirtschaftssphäre, deren Dreh- und Angelpunkt ebenfalls Amerika war. Zusammen bildeten sie die Pax Americana. Diese festigte sich in den 1950er Jahren, allerdings nicht ohne Reibungen und Hindernisse. Im Krisenjahr 1956 weigerte sich Washington, den ungarischen Aufstand gegen die sowjetische Hegemonie zu unterstützen, was eine stillschweigende Zustimmung zur europäischen Teilung von 1945 bis 1948 darstellte. Fast gleichzeitig zwang Washington die Briten und Franzosen durch

wirtschaftlichen Druck dazu, ihre Versuche, den Sturz Nassers herbeizuführen, einzustellen. Die neue Supermacht gab damit deutlich zu verstehen, dass ihre europäischen Verbündeten die Überbleibsel ihrer alten Reiche in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Masterplan zu verwalten hatten. Als die westlichen Währungen im Jahr 1958 zur allgemeinen Konvertibilität bei festen Wechselkursen zurückkehrten, signalisierte dies das Ende der »Notstandswirtschaft« und die endgültige Normalisierung des Welthandels.[76] Im Nahen und Mittleren Osten und in Südostasien schien eine begrenzte Intervention zu genügen, um die Ausbreitung des sowjetischen Einflusses zu verhindern und die Demarkationslinie zwischen den Einflusssphären der beiden Supermächte zu stabilisieren. Nachdem es gelungen war, eine feste »Eindämmungslinie« quer durch einen Großteil Eurasiens zu ziehen, und die Sowjetunion in Westeuropa durch die strategische Drohung der nuklearen Vergeltung »abgeschreckt« werden konnte, verschob sich die globale Machtbalance immer mehr zugunsten einer amerikanischen Dominanz.

Doch die weltweiten Auswirkungen der eurasischen Teilung ließen sich nicht so einfach eingrenzen. Hauptgrund hierfür war der erstaunliche Aufstieg auch der sowjetischen Macht. Während die Sowjetunion 1942 einer katastrophalen Niederlage nahe gewesen war, spielte sie drei Kriegsjahre später 1945 beim Sieg über Deutschland bereits die wichtigste Rolle. Der Lohn des Sieges war die enorme Ausdehnung der sowjetischen Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa und vor allem ein faktisches Vetorecht in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Dieser große Triumph im Westen war der Grundstein der sowjetischen Weltmacht. Die Nachkriegsstärke des imperialen Systems der UdSSR resultierte jedoch auch aus ihrer geostrategischen Lage. Von einer militärischen »vorgeschobenen Stellung« in Ostdeutschland aus bedrohte die UdSSR die Kernländer Westeuropas und neutralisierte

den amerikanischen Vorsprung auf dem Gebiet der Hochtechnologie-Waffen. Ihre südosteuropäischen Satelliten deckten die südlichen Einfalltore in die Ukraine und nach Südrussland ab, durch die in den Jahren 1941 und 1942 die Wehrmacht mit solch verheerenden Konsequenzen vorgestoßen war. Solange dieser »Limes« intakt blieb, war die Sowjetunion in einem konventionellen Krieg fast unverwundbar. Zwei weitere Faktoren hatten es der Sowjetunion leichter gemacht, in den Jahren 1945 bis 1948 einen solch großen Teil Europas unter ihre Herrschaft zu bringen. Der erste war das Fehlen einer ernsthaften Bedrohung aus Ostasien, wie sie Japan vor 1941 dargestellt hatte. Der Sieg Mao Tse-tungs im chinesischen Bürgerkrieg war ein unerwarteter Glücksfall gewesen. Moskau konnte also seine gesamte Stärke gegen den Westen richten. Der zweite Faktor war eine Hinterlassenschaft des Nazi-Imperialismus, der praktisch die kompletten politischen Eliten Osteuropas vernichtet hatte (eine Aufgabe, die Stalins Geheimpolizei, der NKWD, mit Hingabe zu Ende führte). Gleichzeitig hatten die Deutschen in den gesellschaftlichen, religiösen und ethnischen Gruppierungen Osteuropas bittere Spaltungen verursacht, weil sie während des Krieges die einen bevorzugt, die anderen zurückgewiesen und manche Gruppierungen auch verfolgt hatten.

Trotz allem war diese dramatische Ausweitung der sowjetischen Herrschaftssphäre nach Ost- und Mitteleuropa hinein auch eine ungeheure Belastung, nicht zuletzt personeller Art. Das Land hatte im Krieg etwa 14 Prozent seiner Bevölkerung (die erschreckend hohe Zahl von 27 Millionen Menschen, die Verluste der Vereinigten Staaten betrugen nur etwa 400.000) und etwa ein Viertel seines Sachanlagevermögens verloren.[77] Die schlechte Ernte des Jahres 1946 führte zu einer Hungersnot. Der Wiederaufbau der Wirtschaft stand in Stalins Industriepolitik an oberster Stelle. Das System stützte sich noch mehr als vor dem Krieg auf harte Arbeitsdisziplin, Arbeitseinsätze und die

massenhafte Nutzung von Sklaven und Halbsklaven, die man in einer eingeschüchterten, schlecht ernährten und erschöpften Bevölkerung rekrutierte.[78] Etwa zehn Prozent der Industrieproduktion kamen aus dem Gulag.[79] Als Stalin im Jahr 1953 starb, hatte man tatsächlich die Kriegsverluste wieder ausgeglichen, und die Sowjetunion hatte ein Niveau des Wirtschaftswachstums erreicht, das nur von den »Wirtschaftswundern« in Deutschland und Japan übertroffen wurde.[80] Auf dieser Grundlage konnte Chruschtschow dann weitere Expansionen in Angriff nehmen.

Chruschtschow verkörperte die neue sowjetische Zuversicht, dass man mit dem gesamten Westen und nicht nur mit Europa mithalten könne, was einen erstaunlichen Gesinnungswandel im Vergleich zur »Bunkermentalität« der Stalinzeit darstellte. Sowjetische Wissenschaftler und Konstrukteure schickten 1957 als Erste einen Satelliten, den »Sputnik«, auf eine Umlaufbahn um die Erde und bewiesen dadurch, dass sie ihre westlichen Konkurrenten sogar überholt hatten. Chruschtschow ordnete den Ausbau der sowjetischen Seemacht unter dem weltweit anerkannten Admiral Gorschkow an. Ende der 1950er Jahre war die sowjetische Flotte mit ihren Unterseebooten die zweitgrößte der Welt;[81] diese »beschatteten« die amerikanischen Seestreitkräfte und sollten ihnen die uneingeschränkte Herrschaft über die Seewege auf allen Meeren streitig machen. Darüber hinaus wollte Chruschtschow Berlin zur »freien Stadt« machen, was der Eingliederung in die DDR gleichgekommen wäre (Berlin-Ultimatum) und zur Berlinkrise des Jahres 1961 führte. Die Berliner Mauer, die der westlichen Ablehnung dieser Initiative folgte, signalisierte dann den Willen der UdSSR, ihren europäischen Vasallenstaat auf unbestimmte Zeit zu beherrschen. Chruschtschows radikalste Politik folgte jedoch der schlauen Erkenntnis, welche Chancen die Entkolonialisierung der Sowjetunion bot. Das Ende der britischen Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten, die

Unabhängigkeitsbewegung im kolonialen Afrika und die Anzeichen gesellschaftlicher Unruhe in Lateinamerika eröffneten Möglichkeiten, der eurasischen Einschließung zu entkommen und den sowjetischen Einfluss auch in der Äußeren Welt geltend zu machen. Die fehlenden wirtschaftlichen Anreize für Kooperationen versuchte die UdSSR durch die ideologische Anziehungskraft der »sowjetischen Moderne« wettzumachen. Tatsächlich erschienen vielen neuen Staaten das sowjetische industrielle Wachstumsmodell, die (scheinbare) Stärke und Effizienz des sowjetischen Parteistaats und die unglaubliche Effizienz der autoritären Herrschaft und der egalitären Werte, die der Marxismus-Leninismus verkündete, überaus attraktiv. Hier gab es einen erprobten Weg in die Moderne, der nicht verlangte, sich weiterhin gerade jenen ausländischen Geschäftsinteressen zu unterwerfen, die bereits in der kolonialen bzw. halbkolonialen Ära dominiert hatten.

Vermutlich wollte Chruschtschow die neue Offenheit der Weltpolitik nutzen, bevor die amerikanische Macht und die vom Westen kontrollierten Volkswirtschaften die nachkoloniale Welt prägen würden. Wie das Deutsche Reich vor 1914 suchte die Sowjetunion einen »Platz an der Sonne« und das Recht, an der Gestaltung der neuen Weltordnung teilzunehmen. Spätestens 1960 trat die Rivalität zwischen den USA und der UdSSR immer deutlicher hervor. Als Washington Castros Revolution auf Kuba zerschlagen wollte, indem es die Einfuhr kubanischen Zuckers verbot, versprach Chruschtschow, ihn an Stelle der Amerikaner zu kaufen. Als der Kongo im Chaos versank, führte er dies auf die mangelnde Unterstützung Lumumbas zurück und stellte die UN als Werkzeug des Westens dar, das dringend reformiert werden müsse. In Washington und London läuteten die Alarmglocken.[82] Im Jahre 1961 entstand eine neue Front in Südostasien, als Ho Chi Minh den Kampf gegen das Diem-Regime in Saigon eröffnete. Die jemenitische Revolution im Jahr 1962 und der anschließende Bürgerkrieg machten es

wahrscheinlich, dass Nasser (der massiv auf der Seite der Revolutionäre eingriff) noch abhängiger von sowjetischer Hilfe werden würde und dass der Krieg im Jemen auch Saudi-Arabien destabilisieren könnte. Mit großer Zurückhaltung versprachen die Amerikaner daraufhin ihren Beistand gegen jeden Angriff der jemenitischen Schützlinge Nassers auf Saudi-Arabien.[83] Der dramatischste Moment kam jedoch, als Chruschtschow SS-4 und SS-5 Mittelstreckenraketen auf Kuba stationierte. Die Kubakrise wurde im Oktober 1962 durch den Abzug der sowjetischen Raketen beendet. Als Gegenleistung zogen die Amerikaner ihre Mittelstreckenraketen aus der Türkei ab und verzichteten auf eine Landung auf Kuba. Obwohl der Ablauf nach außen wie ein sowjetischer Rückzieher wirkte, enthüllte diese Krise das ganze Ausmaß der sowjetisch-amerikanischen Rivalität. Sie bestätigte die Ansicht des Weißen Hauses unter Präsident Kennedy, dass man entschlossener auftreten müsse, um dem stärker werdenden sowjetischen Einfluss auf die »Dritte Welt« in Afrika, Asien und Lateinamerika entgegenzutreten. Dies war die Weltlage, und der drohende Zusammenbruch von Diems südvietnamesischer Regierung erlangte folglich weit mehr als lokale Bedeutung.

In den nächsten 20 Jahren dominierte der Kampf der beiden Supermächte die gesamte Weltpolitik. Dabei ging es nicht wie in den 1890er Jahren um größere Territorien, sondern um ein informelles Imperium aus Schutzbefohlenen und Verbündeten, das durch Waffenlieferungen, Militärstützpunkte, »Entwicklungshilfe« und Handelskredite zusammengehalten wurde. In einem zunehmend unübersichtlicheren und unkalkulierbaren Umfeld traten fünf Aspekte besonders hervor. Erstens vermieden es beide Mächte nach 1962, den anderen in dessen »Hinterhof« herauszufordern. Dies wurde Ende der 1960er Jahre durch

das inzwischen erreichte atomare Gleichgewicht zur offiziellen Doktrin. Die amerikanische Besetzung der Dominikanischen Republik im Jahr 1965 zog ebenso wenig eine Reaktion der Gegenseite nach sich wie die sowjetische Invasion in die Tschechoslowakei drei Jahre danach. Die Entspannungspolitik der 1970er Jahre erkannte die Dauerhaftigkeit der europäischen Teilung an. Die »Schlussakte« von Helsinki aus dem Jahr 1975 war de facto ein europäischer Friedensvertrag, in dem sich die europäischen Staaten (einschließlich der Sowjetunion) verpflichteten, die bestehenden Grenzen zu respektieren.

Der zweite Aspekt war das Ungleichgewicht bei der wirtschaftlichen Stärke der beiden Kontrahenten. Trotz der Triumphe ihres militärisch-industriellen Komplexes blieb die sowjetische Wirtschaft kleiner und schwächer als die amerikanische. Zwischen 1960 und 1975 stieg ihr Anteil an den Weltausfuhren nie über vier Prozent.[84] Amerikas Anteil an den weltweiten Industriegüterexporten betrug dagegen 13 Prozent im Jahr 1976.[85] Die Länder der freien Marktwirtschaft, deren Hauptvertreter die Vereinigten Staaten waren, wickelten den Löwenanteil des internationalen Handels ab.

Der dritte Aspekt war die andauernde Instabilität der breiten »Grenzzone«, in der beide Weltmächte ihre Ansprüche durchsetzen wollten. Diese Turbulenzen beruhten auf den Schwierigkeiten des Staatenaufbaus in den ehemaligen Kolonialgebieten, antikolonialen Konflikten in Teilen Afrikas und den Wirtschaftsproblemen der 1970er Jahre, wie dem »Ölschock« des Jahres 1973 und dem drastischen Anstieg der Treibstoffpreise. Regime und deren Rivalen bemühten sich nun um Waffen und Wirtschaftshilfe. Es gab eine permanente Nachfrage nach Unterstützung durch eine Supermacht, und die Domino-Theorien beider Supermächte wurden bestärkt. Es entstand eine immer größer werdende Sphäre in der Äußeren Welt, in der Stellvertreterkriege ausgefochten wurden. Mitte der 1970er

Jahre konnte die Sowjetunion ihren militärischen und politischen Einfluss bis an das Horn von Afrika und ins südliche Drittel des Kontinents hinein ausdehnen.

Der vierte Aspekt war zumindest teilweise eine Folge dieser Instabilität. Beide Konkurrenten mussten immer wieder demütigende Rückschläge hinnehmen. Die amerikanische Niederlage 1975 in Vietnam war ein herausragendes Beispiel. Im Jahr darauf kündigte Ägypten sein Bündnis mit der Sowjetunion und verwies eine ganze Armee von sowjetischen Beratern des Landes, was geostrategisch kaum weniger bedeutsam war.[86]

Fünftens und letztens können wir aus all dem schließen, dass die beiden Supermächte trotz ihrer enormen militärischen Stärke über ihre unruhigen, aufsässigen und widerspenstigen Klienten nur eine beschränkte Kontrolle ausüben konnten. Beide liefen deswegen ständig Gefahr, von unzuverlässigen Verbündeten gegen ihren Willen in Konflikte hineingezogen zu werden. Außerdem lehnte es China wie bereits im späten 19. Jahrhundert ab, sich einem imperialen System unterzuordnen.

Viele Beobachter sahen damals keinen Grund, warum das Auf und Ab dieses Supermacht-Imperialismus nicht unbegrenzt weitergehen sollte. Für die »Niedergangstheoretiker« in den Vereinigten Staaten lautete die Lehre aus Vietnam, dass die amerikanische Macht überdehnt worden sei. Die finanziellen Belastungen des Vietnamkriegs und der jähe Ölpreisanstieg (mit dem die arabischen Staaten indirekt Druck auf Israel ausüben wollten) beendeten Anfang der 1970er Jahre das schnelle Wachstum der Marktwirtschaftsländer. Die Golddeckung des Dollars wurde aufgegeben. Marxisten träumten von einem Zusammenbruch des Kapitalismus und einer »Weltrevolution«. Man entwarf Pläne für eine »neue internationale Wirtschaftsordnung«, in der die Entwicklungsländer neue Technologien und neues Kapital erhalten sollten. Im Westen stieg die Angst vor einer

radikalen Wende in der exkolonialen Welt. Je mehr sich die globalen Ungleichgewichte annähern und je höher die Forderungen der Entwicklungsländer steigen würden, desto schwieriger würde es wohl, den Einfluss selbst einer Supermacht in den umkämpften Zonen durchzusetzen. So zeigte ein Bürgerkrieg in Angola zwischen marxistischen und antimarxistischen Parteiungen, wie schnell ein ganzer Subkontinent in einen solchen »Stellvertreterkrieg« hineingezogen werden konnte.[87] Am Horn von Afrika beantworteten die Amerikaner die umfangreiche sowjetische Hilfe für die marxistischen Führer Äthiopiens mit umfassenden Hilfen für das benachbarte Somalia.[88] Aber direkte Eingriffe waren natürlich noch alarmierender. Den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979 hielt der Westen für den Startschuss eines »neuen« Kalten Krieges, für einen erneuten Vorstoß aus dem »Reich des Bösen« (um Ronald Reagans denkwürdigen Ausdruck zu gebrauchen), das von Moskau beherrscht wurde. Die Eindämmungspolitik sei gescheitert, sagte der US-Außenminister im Juni 1983 in einer Rede vor dem amerikanischen Senat. »Die sowjetischen Ambitionen und Fähigkeiten haben bereits seit langem die geographischen Grenzen überschritten, die diese Doktrin [die Eindämmungspolitik] als gegeben erachtete.«[89] Anstatt eine »Welt der Nationen« anzukündigen, schien der unerwartete Verlauf der Entkolonialisierung neuartige Imperien hervorzubringen. Man könnte die Ansicht vertreten, dass die Kollateralschäden des Imperialismus der USA und der UdSSR am Ende des 20. Jahrhunderts – die destabilisierende Wirkung der verdeckten Interventionen, die finanzielle Unterstützung autoritärer Herrscher und die durch den riesigen Waffenhandel verursachte Militarisierung der Politik[90] – wenigstens ebenso groß waren wie die ihrer Vorgänger im späten 19. Jahrhundert. So lebte man mit der bedrohlichen Unsicherheit der »kompetitiven Koexistenz«, mit der schrecklichen Aussicht auf eine »gegenseitig zugesicherte Zerstörung« – wie die

Strategie der Abschreckung auch genannt wurde – im Rahmen einer »massiven Vergeltung« mit Kernwaffen. Die Bedrohung schien zweifellos der unvermeidliche Preis für eine bipolare Welt zu sein. Es sollte jedoch ganz anders kommen.

Die Umkehrung der Verhältnisse in äußerst kurzer Zeit war geradezu unglaublich. Mitte der 1980er Jahre erschienen die sowjetischen Ambitionen größer als jemals zuvor. Von ihrem vorgeschobenen Stützpunkt in der südvietnamesischen Kamranh-Bucht aus konnte die sowjetische Flotte die wichtigsten Seewege nicht nur in Südostasien, sondern auch auf dem Indischen Ozean überwachen, der bis in die 1950er Jahre hinein noch ein »britisches Binnenmeer« gewesen war.[91] Durch den Bau riesiger Flugzeugträger wie der *Leonid Breschnew* wollte Moskau jetzt mit den Amerikanern gleichziehen und bei Bedarf überall auf der Welt eingreifen können. In weniger als einem halben Jahrzehnt brach dann jedoch diese riesige imperiale Struktur als herrschende Macht im nördlichen Eurasien und hartnäckiger Rivale der Amerikaner in Südasien, Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten einfach auseinander. 1991 lag das gesamte Sowjetreich in Trümmern. Es hatte keine »silberne Zeit« und keine Niedergangsphase, sondern nur einen jähen Zusammenbruch gegeben.

Die Sowjetführer hatten auf die wachsende Notwendigkeit innerer Reformen mit untauglichen Mitteln reagiert. Entscheidend war hier die wirtschaftliche Schwäche des Sowjetsystems. Nach 1970 konnte das rasche Wachstum der vorhergegangenen Jahrzehnte nicht aufrecht erhalten werden. Die sowjetischen Planer schafften es nicht mehr, die zusätzliche Produktion zu gewährleisten, die nötig gewesen wäre, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen und zugleich den Militärhaushalt zu finanzieren. Ohne Terrormaßnahmen konnte die von Stalin entwickelte Kommandowirtschaft die Arbeiter nicht länger im Griff

behalten.[92] Das Fehlen eines Preismechanismus, der die Investitionen sinnvoll gelenkt und zu Innovationen geführt hätte, hatte immer negativere Folgen. Zu allem Übel waren die Rückschläge der Marktwirtschaftsländer in den 1970er Jahren nur von kurzer Dauer. Die G-7-Länder (Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Japan und die Vereinigten Staaten), der Kern der kapitalistischen Welt, zeigten in den 1980er Jahren immer mehr die charakteristischen Merkmale der Globalisierung: eine wachsende Abhängigkeit vom Export und vom Handel, grenzüberschreitende Bankgeschäfte, Kapitalflüsse in ausländische Investitionen und den Devisenhandel in großem Stil.[93] Die amerikanischen Unternehmen erlebten in den 1980er Jahren einen größeren Aufschwung.[94] Das spektakuläre Wachstum der »Schwellenländer« wie Singapur, Malaysia, Thailand, Taiwan und vor allem Südkorea (1989 der zehntgrößte Stahlproduzent der Welt), von denen die meisten unter dem strategischen Schutzschild der Amerikaner standen, beendete die Angst, diese Staaten könnten durch marxistische Befreiungsbewegungen destabilisiert werden. In Südostasien übte der »südkoreanische« Weg zum industriellen Wohlstand eine weit größere Anziehungskraft aus als der »vietnamesische« Weg zur Bauernrevolution. Gleichzeitig wurde im Sowjetreich die Last der Militärausgaben immer drückender, während die Satellitenstaaten des kommunistischen Osteuropas zunehmend im Westen nach Investoren und Handelspartnern suchten.

Gorbatschows »Perestroika« war ein letzter, fast verzweifelter Versuch des neuen sowjetischen Führers, das Sowjetreich doch noch zu reformieren.[95] Das Hauptziel war die »Verwestlichung« nicht nur der »heimischen« Wirtschaft der Sowjetunion, sondern auch der »imperialen« Wirtschaft ihres »äußeren Imperiums«. Beide sollten mehr auf die Verbraucherwünsche eingehen und sich auf technologische Neuerungen konzentrieren. Dies erforderte jedoch

weitreichende Reformen. Man musste sich dazu »neue« Leute heranziehen und die Herrschaft der Parteibürokratie beenden, die diese im Rahmen der alten Kommandowirtschaft ausgeübt hatte. Außerdem musste man Ressourcen umleiten, die bisher der Militärapparat verschlungen hatte. Man musste die »Disziplin« lockern, die Moskau bisher von seinen Satellitenregierungen in Osteuropa gefordert hatte, um dort einen »gemäßigten« Wandel zu ermöglichen. Darüber hinaus musste man sich durch Verhandlungen Zugang zu westlichen Investitionen und neuen Technologien verschaffen. Da all dies ohne den Abbau der Spannungen des »neuen Kalten Kriegs« nicht möglich gewesen wäre, musste man auch die sowjetische Militärpräsenz in Ost- und Mitteleuropa, in den Interventionssphären in Asien und Afrika und vor allem in Afghanistan verkleinern oder gänzlich abbauen. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass Gorbatschow den Weltmachtanspruch der Sowjetunion aufgeben wollte. Zumindest die zweite Großmacht wollte man ganz bestimmt bleiben. Tatsächlich wollte Gorbatschow sich wohl eine Atempause verschaffen. Seine Entspannungspolitik sollte den heiklen Übergang Osteuropas von einem Glacis unter direkter sowjetischer Herrschaft zu einem »informellen Imperium« begleiten, das nur noch auf brüderlicher Einflussnahme beruhen würde. Das Sowjetreich sollte sich unter den Augen des Westens in einem Klima der »kooperativen Koexistenz« modernisieren. Erneuert und verjüngt sollte es sich auch in Zukunft behaupten und eine »parallele Moderne« verkörpern.

Wie die alten Kolonialherren vor ihm musste Gorbatschow jedoch feststellen, dass ein solcher informeller Imperialismus kaum aufrecht zu erhalten war. Der Verzicht auf Kontrolle und Androhung von Zwangsmaßnahmen barg ein großes Risiko. Wenn man keine anderen Mittel hatte, um sich die Loyalität der informell Beherrschten zu sichern, konnte er sich durchaus als tödlich erweisen. Tatsächlich

hatte Moskau im Gegensatz zum Westen kaum wirtschaftliche Anreize zu bieten. Nicht zuletzt deshalb lockerte sich in den 1980er Jahren der sowjetische Griff auf Polen. Mit atemberaubender Geschwindigkeit wurde dann aus der osteuropäischen Reformbewegung ein osteuropäischer Aufstand. Im November 1989 fiel die Berliner Mauer, die prosowjetischen Regierungen brachen zusammen und das osteuropäische »äußere Imperium« zerfiel. Diese Katastrophe zerstörte die Autorität und Legitimität des Sowjetregimes. Auch in der UdSSR brach nun die Kommandowirtschaft zusammen. Bereits 1990 griff der Aufstand auf das »innere Imperium« der Sowjetunion über. Die Sowjetrepubliken, selbst das von Boris Jelzin geführte Russland, forderten jetzt ihre Freiheit. Der vergebliche Versuch von Gorbatschows Kollegen, die politische Katastrophe durch einen Militärputsch und einen Ausnahmezustand aufzuhalten, brachte dann das Ende. Im Vertrag von Alma Ata wurde die Sowjetunion am Dezember 1991 formell aufgelöst. Von den 15 neuen Staaten traten dabei zwölf der neuen GUS (»Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten«) bei. Am 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion auf zu bestehen. Am bezeichnendsten war wohl, dass sich die Ukraine, die seit den 1650er Jahren für die imperiale Macht Russlands unverzichtbar gewesen war, für die vollständige Unabhängigkeit entschied. Das postsowjetische Russland blieb eine Kolonialmacht mit einem riesigen Territorium. Aber angesichts seiner angeschlagenen Wirtschaft und des wachsenden amerikanischen Einflusses in Innerasien wäre vielleicht sogar Peter der Große an der Zukunft dieses Reiches verzweifelt.

Amerika, das grenzenlose Imperium?

Die Reichsbildung in einem bipolaren Zeitalter war die andere Seite der Entkolonialisierung gewesen. Zwei große imperiale Systeme hatten sich bemüht, die (reale oder eingebildete) Expansion des jeweils anderen einzudämmen und die breite, von postkolonialer Instabilität gekennzeichnete Zwischenzone im eigenen Interesse zu stabilisieren. Doch diese Versuche der Stabilisierung hatten sich als illusorisch erwiesen. Es gab sogar noch weniger Aussichten als vor 1914, dass sich die Rivalen auf eine Aufteilung der Welt einigen könnten oder diese nach einer unwahrscheinlichen Einigung dann auch durchzusetzen vermöchten. Zum Ersten schloss das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte, neue Konzept staatlicher Souveränität jede offene und direkte Herrschaft über ein fremdes Territorium aus. Dies entsprach auch der offiziellen Ideologie der beiden miteinander konkurrierenden Mächte. Zweitens war keine von beiden willens, mit Ausnahme Europas den dauernden Verlust einer Weltregion zu akzeptieren, in der noch Hoffnung auf einen politischen Wandel bestand. Auch dies stimmte mit der Ideologie beider Mächte überein. Drittens hatten die alten Reiche der postkolonialen Welt ein Erbe hinterlassen, das einen Neubeginn nicht gerade erleichterte. Geopolitische Streitigkeiten zwischen den Nachfolgestaaten, ungelöste religiöse und ethnische Konflikte, die Anhäufung privater Reichtümer mit Hilfe der Staatsgewalt und die Verwundbarkeit schwacher Staaten gegenüber von außen kommenden Wirtschaftsschocks gehörten zu den bittersten Begleiterscheinungen der kolonialen Freiheit. Sie erhöhten sowohl die Gefahr innerer Unruhen als auch einer gewollten oder ungewollten Einmischung von außen. Obgleich sich, viertens, die beiden Supermächte über die Grenzen ihrer imperialen Einflusssphären geeinigt hatten, mussten sie mit der erbitterten Feindschaft des ausgeschlossenen Dritten rechnen. Ob nun umworben oder bekämpft, China blieb der Joker in diesem politischen Spiel der Supermächte. Weder

Amerika noch die Sowjetunion konnten sich sicher sein, wann oder wie China die Regeln verändern würde. Tatsächlich fügte Chinas Hinwendung zum Kapitalismus in den späten 1970er Jahren und das anschließende außergewöhnliche Wachstum seiner zuvor geschlossenen Wirtschaft dem letzten Jahrzehnt der Rivalität zwischen den beiden Supermächten einen weiteren Unsicherheitsfaktor hinzu.

Nachdem der Zusammenbruch der Sowjetunion den Wettbewerb der Supermächte beendet hatte, fragten sich alle, wie es nun weitergehen würde. Zweifellos würde es keinen Rückzug der USA in die Isolation ihrer Hemisphäre geben. Der große Vormarsch der Macht und des Einflusses der Vereinigten Staaten nach 1945 war keineswegs beendet. Bereits der Kalte Krieg war eine Epoche der amerikanischen Expansion gewesen. Das neue Volumen des Handels und der Auslandsinvestitionen sowie die Abhängigkeit der USA von importierten Gütern (vor allem Öl) machte es nicht weniger erforderlich als am Ende des Zweiten Weltkriegs, die Regeln der Weltwirtschaft maßgeblich mitzugestalten. Die durch die modernen Luftstreitkräfte, die Satellitentechnologie und die Atomwaffen hervorgerufene geostrategische Revolution bestätigte nur noch weiter, dass die Sicherheit der USA jetzt eine globale Notwendigkeit war. Aus all diesen Gründen betrachteten die Amerikaner das Ende des Kalten Kriegs nicht als Möglichkeit, sich ihrer imperialen Lasten zu entledigen, sondern als historische Chance, den künftigen Kurs der Weltgeschichte zu gestalten.[96] Der Zeitpunkt war gekommen, zu dem man die Umgestaltung der Weltwirtschaft endlich abschließen konnte, die bereits in den 1970er und 1980er Jahren begonnen worden war. Geschlossene Wirtschaften sollten geöffnet, Staatsmonopole beseitigt, der offene Zugang zu allen Märkten sollte erzwungen und der Privatbesitz – vor allem der von ausländischen Investoren – garantiert werden. Woodrow Wilsons Konzepte für einen dauerhaften internationalen

Frieden, die so lange vom Marxismus-Leninismus, dem Nationalsozialismus und dem überholten europäischen Kolonialismus behindert worden waren, konnten jetzt endlich auf allen Kontinenten ihren Siegeszug antreten. Politische Differenzen, die Narben des Nationalismus, die Wunden des Klassenkampfs, selbst die Schrecken des Rassenhasses würden jetzt von der reinigenden Flut des freien Wirtschaftsaustauschs und seiner kulturellen Nebenprodukte hinweggespült werden. Der Marktwirtschaft würde ein unwiderstehlicher Drang zur Demokratisierung folgen. Von der Tyrannei der Planwirtschaft und der geistigen Unterdrückung des ideologischen Kriegs befreit, würden die vormals unterworfenen Völker sich allesamt für die freiheitliche Demokratie entscheiden. Die wichtigste Schlussfolgerung aus diesem globalen Konzept war geostrategischer Natur. Keinem Staat durfte es erlaubt werden, dessen Verwirklichung gewaltsam zu verhindern. Kein Staat sollte seinen Nachbarn bedrohen und sich ein regionales »Imperium« schaffen dürfen, das dazu bestimmt war, der Weltwirtschaft und ihrer freiheitlichen Kultur Grenzen zu setzen. Der enorme militärische Vorsprung, den sich die Vereinigten Staaten bis zum Ende des Kalten Kriegs verschafft hatten, musste jetzt dazu genutzt werden, um das globale Gleichgewicht dort aufrecht zu erhalten, wo es am wichtigsten war. Für den großen alten Strategen Zbigniew Brzezinski war der Prozess von bestechender Logik: Der amerikanischen Politik blieb gar nichts anderes übrig, als eine gestaltende Rolle in der Geopolitik Eurasiens zu spielen.[97]

Es überrascht nicht, dass diese nahezu unbegrenzten Zielsetzungen der USA gemischte Reaktionen hervorriefen. Da sie nicht mehr auf den guten Willen anderer angewiesen waren, ihre Bündnisse aus der Zeit des Kalten Kriegs nicht länger benötigten und auf der Welle ihres ideologischen Triumphs reiten konnten, schien sie künftig nichts mehr daran hindern zu können, ihre militärische und

wirtschaftliche Stärke gegen alle Widerstände durchzusetzen. Während bisher vor allem Linke von einem amerikanischen »Imperium« gesprochen hatten, wurde dieser Begriff jetzt immer gebräuchlicher. Ein Universalreich, in dem ein einziger Staat seine Gesetze allen anderen aufzwang, stand in diametralem Gegensatz zur langen Tradition des Völkerrechts, die sich in Europa seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hatte. In dieser Tradition wurde ständig die Notwendigkeit betont, die Souveränität der Staaten zu respektieren. Wenn man die Regeln des internationalen Miteinanders festlegte, musste sich man zuvor der Zustimmung aller (im 19. Jahrhundert aller »zivilisierten« Staaten) versichern.[98] Nun aber verband sich das Unbehagen der Linken mit dem Verdacht vieler postkolonialer Staaten, dass die Freiheiten, die sie unter den bipolaren Bedingungen des Kalten Kriegs genossen hatten, verloren gehen könnten. Dazu kam noch die weiter gefasste Klage, dass angesichts einer »Globalisierung«, deren Bedingungen allein Amerika festlegte, der Aufbau entkolonialisierter Kulturen unmöglich geworden sei, in denen westliche Normen nicht als gegeben hingenommen würden.

Diese Befürchtungen verschärften sich am Ende des Jahrhunderts, als die ersten, noch recht simplen Vorstellungen von der Welt nach dem Ende des Kalten Kriegs von harten Realitäten widerlegt wurden. Im Nahen und Mittleren Osten, in Ostasien und in Schwarzafrika setzten sich die Konflikte und die Instabilität der Ära des Kalten Kriegs hartnäckig fort. »Das Ende der Geschichte« war wohl doch nicht erreicht, und die Entkolonialisierung in einem weiteren Sinne war ebenfalls nicht abgeschlossen. In Amerika schloss man daraus, dass man die amerikanische Macht noch entschiedener einsetzen müsse, um die Gewinne aus dem Kalten Krieg zu sichern und das Programm der nach 1989 angebrochenen Weltordnung umzusetzen. Die folgende Debatte konzentrierte sich dann noch stärker auf

die Frage, ob die Vereinigten Staaten ein Imperium seien und die Rolle einer imperialen Macht übernehmen sollten. Die Kritiker erkannten dabei das aggressive Wiederaufleben von zwei tief verwurzelten Haltungen gegenüber dem Rest der Welt. Die erste war der Unilateralismus, der Widerwille, Regeln zu befolgen, die für andere gemacht wurden. Er beruhte auf dem Glauben an Amerikas »außergewöhnlichen« Ursprung als demokratische Gesellschaft in einer Welt, die von Despoten oder dem feudalen Relikt des europäischen Adels regiert wurde. Die zweite war der Universalismus: Was gut für Amerika war, war auch gut für die Welt. Demokratische Institutionen nach amerikanischem Vorbild, Amerikas Version der Marktwirtschaft und eine ökonomische Kultur, die auf dem Massenkonsum beruhte, galten als die besten Garanten für Wohlstand und Stabilität. Die Weigerung, diese Modelle zu übernehmen, war ein feindseliger Akt gegen Fortschritt und Frieden. Für eine isolationistische Macht waren dieser Universalismus und Unilateralismus harmlose Marotten. Bei der einzigen Supermacht der Welt wurden sie jedoch zu den Grundbausteinen eines imperialen Denkens. Verbunden mit einer Erzwingungsdiplomatie oder bewaffneten Interventionen waren sie der Weg zu einem »Imperium«, in dem die ständigen Kriege im Ausland die heimische Demokratie womöglich unterminieren würden.[99]

Die Diskussion, ob man Amerika als imperiale Macht betrachten sollte, ist müßig, denn das Urteil wurde bereits gesprochen. Nach 1990 wurden die Vereinigten Staaten zum einzigen Weltreich. Ein Staat mit den Mitteln, in fast jedem Teil der Welt gewaltsam einzugreifen, mit einem solch massiven Vorsprung an militärischer Stärke gegenüber jedem potentiellen Rivalen und mit einer entwickelten Wirtschaft, die mehr als doppelt so groß war wie die seines nächsten Konkurrenten, war de facto ein solches Imperium. Dass Amerika nicht wie das viktorianische Großbritannien Kolonien besaß, die teilweise zu dessen weltweiter

Vorherrschaft beigetragen hatten, ist dabei von nachgeordneter Bedeutung. Das viktorianische Großbritannien unterschied sich in seiner offiziellen Ideologie, seinen wirtschaftlichen Zielen und politischen Methoden weitgehend vom Rom des 1. Jahrhunderts, trotzdem beherrschten beide Staaten Imperien. Weltreiche sind dazu da, Macht in großem Maßstab anzuhäufen. Ihre konkrete Ausgestaltung hängt von den vorwaltenden Bedingungen ab und hat nichts mit dem Festhalten an einem obsoleten Modell zu tun. Die interessante Frage bezüglich Amerikas Imperium ist also nicht die nach dessen Existenz (die wir als gegeben voraussetzen können), sondern nach den Begrenzungen, denen es wie alle vorhergehenden Reiche auch unterliegt oder eben nicht unterliegt.

Die Grundlagen dieser Macht lassen sich kurz zusammenfassen. Im Jahr 2003 unterhielten die Vereinigten Staaten mehr als 700 Militärstützpunkte in 130 Ländern, wobei die »temporären« Einrichtungen nicht einmal berücksichtigt sind. Mehr als 250.000 Militärangehörige dienten in Übersee in riesigen Regionalkommandos (»Pacom«, »Southcom«, »Centcom« usw.), die eine Aufteilung der ganzen Welt widerspiegeln. Mit 55 mit Nuklearraketen bestückten Atomunterseebooten, zwölf Flugzeugträgern, einem Dutzend Hubschrauberträgern und einer riesigen Flotte von Kriegs- und Versorgungsschiffen beherrschen die Vereinigten Staaten die Meere. Im Weltraum, in der Luft und in der modernen Landkriegsführung ist die amerikanische Überlegenheit geradezu erdrückend. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind Amerikas Wohlstand und Leistungsfähigkeit ebenso erstaunlich. Die Vereinigten Staaten trugen im Jahr 1999 ein Drittel zur Weltbruttoproduktion bei.[100] Ihr Bruttosozialprodukt war vor kurzem noch fünfmal so hoch wie das Chinas. Als Käufer und Verkäufer in großem Maßstab, als wichtigste Stimme in den Organisationen, die den Welthandel und die Weltfinanzen regeln, und als Heimat

vieler der größten Konzerne der Welt verfügen sie über eine gewaltige »Soft Power«. Drittens haben der wirtschaftliche Erfolg, das Prestige und die Anziehungskraft der Demokratie amerikanischen Stils überall in der Welt neue Einflussbasen geschaffen. Der gut gefüllte Geldbeutel, mit dem man Zusammenarbeit und Freundschaft belohnen kann, und die sozialen Netzwerke, die von Bildungseinrichtungen, Einwandererkreisen und Diasporas, deren reichste Mitglieder in Amerika leben, aufgebaut werden, sorgen dafür, dass dieser Einfluss kontinuierlich wächst. Das amerikanische Imperium ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Regierungen und politisch Verantwortlichen. Ein Großteil der Energie, die die amerikanische Expansion vorantreibt, ist inoffiziell und privat.

Man könnte vorbringen, dass diese imperialen »Aktivposten« überbewertet sind, allmählich schrumpfen werden und durchaus auch verschleudert werden können. Ein kluger Beobachter gab zu bedenken, dass die amerikanische Militärmacht zwar mit Leichtigkeit jedes offene Gelände auf der Erde beherrschen könne. Gleichzeitig falle es ihr jedoch schwer, einen irregulären Krieg in dicht besiedelten Gebieten, großen städtischen Komplexen und in einem Gelände zu führen, das für den Einsatz mechanisierter Feuerkraft ungeeignet ist. Hier sei nämlich die schiere Anzahl der feindlichen Kämpfer sowie deren Bereitschaft, schwere Verluste hinzunehmen, von großer Bedeutung.[101] Die Unterstützung befreundeter Regime und die Niederschlagung von Widerstandsbewegungen könnten sich in Zukunft als genauso problematisch erweisen wie einst das Engagement in Vietnam. Militärische Fehlschläge würden dann das Ansehen und die Moral der US-Truppen zerstören und ihre Feinde zur Fortsetzung des Kampfes ermuntern. Die amerikanische Wirtschaft könnte bedrohliche Abnutzungserscheinungen zeigen, falls Ost- und Südasien endgültig zu den produktivsten Regionen der Welt

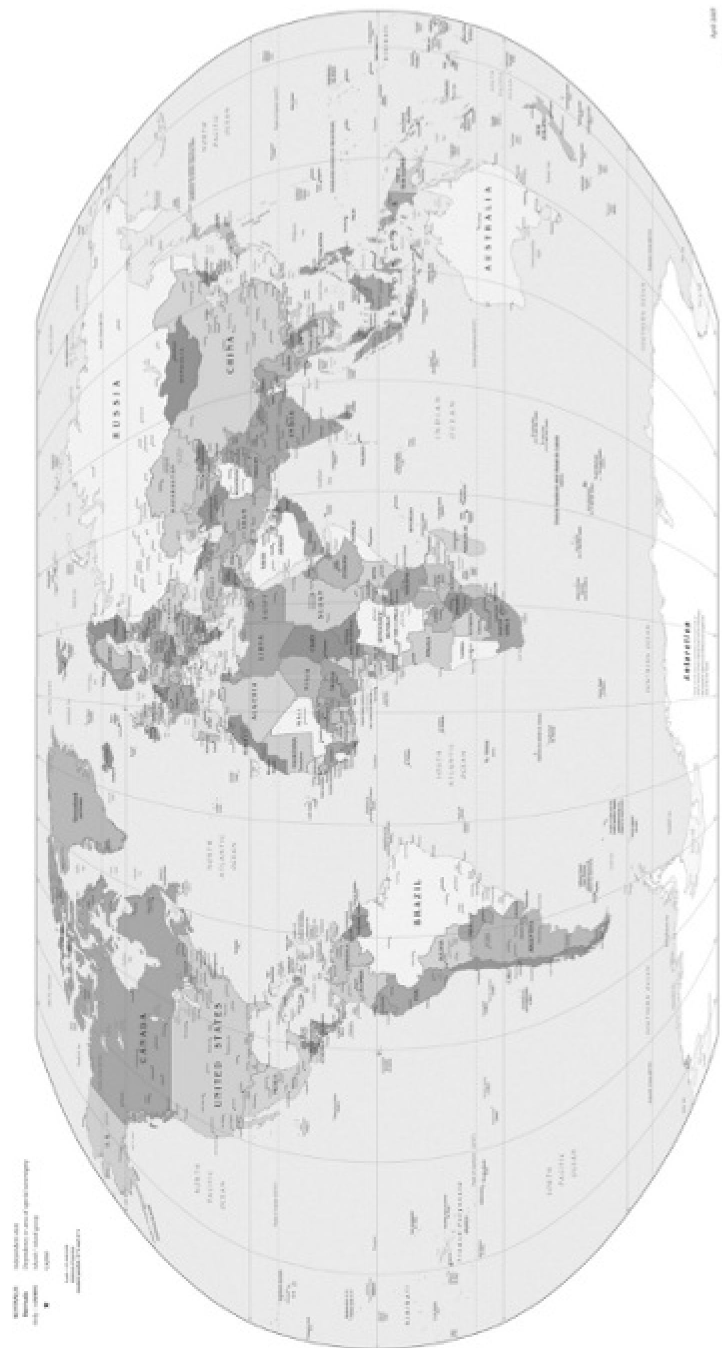
aufsteigen sollten. Der Wert des Dollars hängt ja bereits vom Zufluss der Investitionen aus Japan und China ab und könnte dramatisch sinken, wenn diese Gelder künftig in andere Staaten fließen sollten. Mit der weltweiten Verbreitung der amerikanischen Geschäftsmethoden werden deren Vorzüge inzwischen von vielen konkurrierenden Wirtschaften genutzt.102 Das Argument ist schlagend, dass sich selbst das mächtige Amerika nicht länger (oder nur zu hohen Kosten) der ungeheuren Menge von Regeln, Regulierungen, Gebräuchen und Konventionen widersetzen kann, die inzwischen den weltweiten ökonomischen Austausch regulieren und zu denen ein allgemeiner Konsens besteht. Außerdem sollte man eine widerstandslose Duldung oder gar Übernahme der amerikanischen Populär- und Alltagskultur auf keinen Fall als zwangsläufige Folge dieser Dominanz erwarten. Der kulturelle Widerstand, den zur Zeit hauptsächlich der islamische Fundamentalismus verkörpert, könnte sich schneller ausbreiten, wenn die Wächtereliten der einheimischen Kulturen um ihren Einfluss zu fürchten beginnen. Und wenn die Kosten der Größe zunehmen und deren Vorteile abnehmen, könnte es der amerikanische Steuerzahler leid werden, die Lasten dieses Imperiums zu schultern, und das Interesse verlieren, die amerikanische Vorherrschaft um jeden Preis zu erhalten. Wenn dies eintreten sollte, würde der Zyklus des Wandels von neuem beginnen.

Theoretisch könnte all dies die Ungleichgewichte in einer unipolaren Welt austarieren. Vielleicht geschieht dies ja auch, doch sicher sein kann man sich dessen nicht. Der amerikanischen Militärmacht fehlen womöglich die Mittel, Kriege in Regionen zu gewinnen, in denen mit »Low-Tech«-Methoden gekämpft wird und die Opferzahlen hoch sind. Aber vielleicht finden die USA auch Alliierte, die für einen bestimmten Preis bereit sind, solche »schmutzigen Kriege« für sie zu führen. Die amerikanische Industrie könnte ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren und Amerikas Zahlungsbilanz

in Zukunft noch unausgeglichener werden. Allerdings könnten es Amerikas Rolle als monetärer Dreh- und Angelpunkt der Weltwirtschaft und die komplexe Verbindung zwischen dem Dollar und der amerikanischen militärischen Stärke dem Land weiterhin ermöglichen, eine Art »Gebühr« für seine monetären Dienste zu verlangen, die andere bis zu jenem fernen Tag zu zahlen bereit sind, an dem ein Ersatz gefunden werden wird. Drittens steht keineswegs fest, ob dieser kulturelle Widerstand der Ausbreitung der amerikanischen »Anglo«-Kultur mit ihrem riesigen Medienausstoß, ihren Bildungseinrichtungen und Forschungsaktivitäten tatsächlich Grenzen setzen kann. Am Anfang des 21. Jahrhunderts weisen die meisten Anzeichen eher in die entgegengesetzte Richtung. Viertens wird die Kollaboration der politischen Eliten in verschiedenen Teilen der Welt sicherlich Schwankungen unterliegen, doch es dürfte ihnen zunehmend schwer fallen, dem amerikanischen Einfluss zu widerstehen. Die staatlichen Grenzen – vor allem die schwacher Staaten – werden immer durchlässiger werden, und der Einfluss transnationaler Organisationen, ob nun Wirtschaftsunternehmen oder Nichtregierungsorganisationen, wird wohl weiter zunehmen. Auch wird es künftig vielleicht schwieriger werden, im Namen eines wie immer gearteten »Nationalismus« Widerstand gegen einen ausländischen Unterdrücker zu mobilisieren. Andere Widerstandsformen werden sich wahrscheinlich ebenso gegen Amerikas Klientelstaaten und Verbündete wie gegen Amerika selbst richten. Ohne einen anderen großen »Förderer«, der internationale Unterstützung verspricht, könnten die Kosten für einen mehr als lokalen Widerstand vielleicht untragbar werden. Fünftens ist es trotz aller Prognosen, dass neue Rivalen auftauchen werden (vor allem China), noch lange nicht ausgemacht, ob die internen Belastungen des soziopolitischen Wandels deren Vormarsch zum Supermachtstatus nicht abrupt beenden werden. Zuletzt

hängt die Gefahr einer inneramerikanischen Revolte gegen die imperialen Lasten des Landes sehr stark von deren tatsächlichen Kosten ab. Wegen der oben genannten Fakten sind diese jedoch nur sehr schwer vorherzusagen.

Dies soll keineswegs heißen, dass Amerikas Macht grenzenlos sei. Aber in fast jeder Hinsicht übertrifft sie alle Reiche, die seit dem frühen 15. Jahrhundert aufgestiegen und wieder zerfallen sind. Die Autoren, die Amerikas »Hegemonialstatus« mit dem des viktorianischen Großbritannien verglichen haben, verraten dadurch eine betrübliche Unkenntnis der Geschichte beider Reiche. Ob diese Macht dazu genutzt wird, um die Welt sicherer zu machen oder ihre Konflikte durch schlecht geführte Interventionen noch weiter anzuheizen, ist eine völlig andere Frage. Auch dies lässt sich nicht sicher vorhersagen. Wie alle Generationen vor uns sind auch wir bei Plänen für die Zukunft weitgehend auf Spekulationen angewiesen. Würde zum Beispiel die ungeheure Geschwindigkeit der weltweiten wirtschaftlichen Integration (also dessen, was wir »Globalisierung« nennen) plötzlich stark sinken oder sich dieser Prozess sogar umkehren, würde ein Großteil der vorgetragenen Argumente unhaltbar werden. Unsere Sicht der Vergangenheit und der Zukunft müsste dann wieder einmal geändert werden.



Politische Karte der Welt, April 2007 © CIA

9. Timurs Schatten

Am Anfang dieses Buches wurde dargestellt, dass die Gestalt der heutigen Welt nicht allein als das Produkt einer globalen Wirtschaft und ihrer politischen und kulturellen Nebeneffekte erklärt werden kann. Jenseits der Schwankungen von Wohlstand und Macht, der Divergenz von Institutionen und Wertvorstellungen sowie der Unterschiede in den kulturellen und religiösen Identitäten, die noch im 21. Jahrhundert so deutlich erkennbar sind, liegt eine viel komplexere Geschichte des rivalisierenden Aufbaus von Reichen, Staaten und Zivilisationen. Doch diese Geschichte lässt sich nicht einfach zurückverfolgen und ist bis heute heftig umstritten. Die einen stellen sie als die brutale Saga eines räuberischen Imperialismus dar, als die Invasion des Westens in den unseligen Nichtwesten. Der Gegenpol ist ebenso extrem: Die Weltgeschichte wird hier zum langen Marsch in die Moderne verklärt, mit dem Westen als Führer und leuchtendem Vorbild. Da beide Versionen allenfalls von den jeweiligen Anhängern befürwortet werden, lässt sich durchaus nachvollziehen, welchen Reiz es für manche haben mag, sich auf einen geographischen Determinismus zurückzuziehen. Aber selbst wenn es zutrifft, dass ein weit größerer Bestand an Pflanzen und Tieren zur Domestizierung erklärt, weshalb Eurasien die »Äußere Welt« eroberte und nicht umgekehrt,[1] so kann diese Sichtweise doch die zentrale Frage nicht beantworten, die in diesem Buch gestellt wurde: Wie sind die Verschiebungen von Macht und Wohlstand innerhalb Eurasiens selbst im letzten halben Jahrtausend zu erklären?

Geschichtsdarstellungen, die sich allein auf die großen,

gegensätzlichen Stränge der »Ausbeutung« und »Modernisierung« stützen, haben als Führer in die eurasische Vergangenheit nur begrenzten Wert. Das liegt nicht etwa daran, dass wir zu wenig Hinweise für die Wirkung beider Phänomene finden würden, doch sie wurden niemals unbegrenzt und ohne Widerstände wirksam. Beide wurden in die Politik und Kultur der Staaten und Regionen einbezogen, in denen sich ihr Einfluss entfaltet. Jede Kolonialmacht war zu Kompromissen gezwungen, um die lokalen Verbündeten und Akteure für sich zu gewinnen, ohne die sie (in der Regel) nicht handlungsfähig war. Ausbeutung und Modernisierung waren von wechselnden Rahmenbedingungen abhängig, die imperiale Ambitionen, eine kommerzielle Expansion und kulturelle Behauptung in verschiedenen Teilen der Welt begünstigten oder behinderten. Beide Phänomene kennzeichneten »Projekte«, die von ausgefeilten Formen des Widerstands und der Anpassung ausgehöhlt, übernommen oder gelähmt werden konnten. Es gibt keine sauber geordnete Chronologie des Aufstiegs und Falls von Imperien und keine geordnete Geographie der europäischen Herrschaft über den Rest Eurasiens. Und das »Reich« des Westens endete auch nicht mit dem gefeierten Ende des kolonialen Dünkels im Prozess der »Entkolonialisierung«.

Kurzum, eine realistischere Betrachtungsweise dieser umstrittenen Vergangenheit ist vonnöten, um unsere Zeit zu begreifen – und um sie nicht als nie endende »Gegenwart«, sondern als historische »Phase« zu betrachten, die wie alle vorhergehenden dem Wandel und Verfall unterliegt. In diesem Buch wurde mehrmals darauf hingewiesen, auf welch verschlungenen Pfaden die heutige Welt entstanden ist. Diese Darstellung der Vergangenheit hat wenig mit jenen Karten der Geschichte gemein, auf denen Ideologen (jeder Couleur) ihre geraden Linien gezogen haben. Nichtsdestotrotz legt sie die Vermutung nahe, dass eine Reihe großer Themen den Kern der Geschichte bildet – und

zumindest einen kleinen Einblick in das Schicksal Eurasiens und damit der Welt bietet. Diese Themen sollen abschließend behandelt werden.

Imperiale Geschichten

Die ganze Weltgeschichte könnte man als imperiale Geschichte, als Geschichte von Reichen, deuten. Viele Historiker stellen Reiche als Abnormitäten dar, als unwillkommene Eindringlinge in nichtimperiale Welten. Ihr Aufstieg sei außergewöhnlichen Umständen oder der manischen Tatkraft einer außergewöhnlichen Persönlichkeit zu verdanken. Ihr Fall hingegen sei vorhersagbar, weil die außergewöhnlichen Umstände, welche den Aufstieg ermöglicht hatten, nur während eines begrenzten Zeitraums andauerten. Diese Sichtweise ist verlockend simpel, aber ihr Erklärungswert ist denkbar gering. Ein Blick auf die Weltgeschichte legt vielmehr die Vermutung nahe, dass zumindest in der Politik imperiale Macht während der meisten Zeit der Standard war. Imperien sind Systeme des Einflusses oder der Herrschaft, in denen sich ethnische, kulturelle oder ökologische Grenzen überschnitten oder schlicht ignoriert wurden. Ihre Allgegenwart lässt sich aus der Tatsache ableiten, dass sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene die Ressourcen, die für den Aufbau eines starken Staates erforderlich sind, sehr ungleich verteilt waren. Das war nicht nur eine Frage der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen oder der schiffbaren Flüsse, sondern der sozialen und kulturellen Solidarität und der Kapazitäten eines Staates, sowohl Menschen als auch Güter zu mobilisieren. Gerade diese »Modernität« ermöglichte erst die Schaffung eines riesigen chinesischen Reiches schon 2200 v. Chr. Gegen die kulturelle Anziehungskraft oder die militärische Gewalt eines imperialen Staates war Widerstand

kaum möglich, sofern er nicht durch geographische Abgelegenheit oder ungewöhnlich festen Zusammenhalt eines Volkes aufrecht erhalten wurde. Selbst Staaten, die einer Unterwerfung entgingen, mussten zwischen den imperialen Mächten lavieren, damit sie nicht von den Kolossen zermalmt wurden.

Die meisten Reiche der Geschichte würden uns heute als bescheidene Gebilde erscheinen, mit einer kleinen Bevölkerung und begrenzter Reichweite. Selbst wenn wir uns auf die in diesem Buch behandelten Reiche beschränken, finden wir große Unterschiede. Unter dem Begriff der »klassischen« Reiche werden oft nur große agrarische Bürokratien verstanden. Ihr Hauptmerkmal war die Kontrolle des Landes und des Überschusses, den es hervorbrachte. Ein mehr oder weniger zentralisiertes Beamtentum, das eigens zu dem Zweck organisiert und rekrutiert wurde, die Macht des Herrschers gegen lokale Interessen oder grundbesitzende Aristokraten durchzusetzen, trieb die Steuern ein und sprach Recht. Das Ansehen des Herrschers war eine kostbare Ressource, die sorgfältig durch Abgeschiedenheit, Rituale und Zeremonien gepflegt werden musste. Nach dem Sturz des Römischen Reiches im Westen war China das beste Beispiel für ein auf diese Weise organisiertes Reich. Anderswo waren die Rahmenbedingungen in der Regel weniger günstig: Religion, ökologische Voraussetzungen oder die geographische Lage schlossen eine imperiale Herrschaft nach chinesischem Muster aus. Im mittleren Eurasien griffen die Herrscher stattdessen auf Militärsklaven (wie die Mamelucken) zurück, die an den Rändern des Reiches rekrutiert wurden. Als Fremde, die vom Wohlwollen des Emirs abhängig waren, oder als Konvertiten zum Islam hatten sie keine lokalen Beziehungen, weder ein Clan noch eine Familie beeinträchtigten ihre Treue zum Herrscher. Sie bildeten das Gegengewicht zur lokalen Solidarität der Städte, Stämme und einheimischen ländlichen Eliten. Aber diese Reiche

unterscheiden sich wiederum erheblich von den Überseereichen, welche die Europäer Ende des 15. Jahrhunderts zu errichten begannen.

Natürlich entstanden diese »kolonialen« Reiche in unzähligen Varianten. In der Regel wurden sie nicht durch staatliche Aktionen gegründet, sondern durch private Abenteurer, die eine Konzession oder Charta ihrer heimischen Regierung besaßen. Einige stützten sich auf die Arbeitskraft der Bewohner von Gebieten, die sie erobert hatten, andere auf den Erwerb von Sklaven aus Afrika. Manche versuchten, die Gesellschaftsform zu kopieren (oder gar zu verbessern), die sie in Europa zurückgelassen hatten. Das waren die echten Siedlergesellschaften, aus denen sowohl Sklaven als auch indigene Völker weitgehend ausgeschlossen waren. Diese Formen der Kolonialherrschaft machten jedoch in Asien kaum Fortschritte. Fast 200 Jahre lang beschränkte sich die europäische Invasion in Asien auf Stützpunkte und Depots, Brückenköpfe und Vorposten, die eher aufs Meer hin ausgerichtet waren als auf das Landesinnere: Bombay, Goa, Pondicherry, Madras, Kalkutta, Batavia und Macao. Sie waren Teile maritimer Handelsreiche, die den Rand der großen Staaten Asiens säumten. Ihre Macht war, wenn überhaupt, auf der menschenleeren Weite der See zu spüren. Als die Europäer Ende des 18. Jahrhunderts anfingen, territoriale Dominien (vor allem in Südasien) anzuhäufen, zogen sie es vor, in die Fußstapfen früherer asiatischer Herrscher zu treten statt eine neue Ordnung nach »europäischen« Regeln zu gestalten. Ausgerechnet mit Hilfe des Steuersystems der Mogule, ein wenig aufpoliert und verschärft, verschaffte sich die Britische Ostindien-Kompanie nach der Schlacht von Plassey (1757) die finanziellen Mittel für den Aufbau eines subkontinentalen Raj.

Es wäre ein Fehler, einen allzu großen Unterschied zwischen »europäischen« und »asiatischen« Methoden zu machen. Doch im Laufe des langen 19. Jahrhunderts (1815–

1914) veränderte sich die Arena durch die Folgen der Industrialisierung. Industrielle Technik ermöglichte es den Europäern, Länder viel schneller und in einem weit größeren Ausmaß zu kolonisieren. Sie verschaffte ihnen die Mittel, in neue Märkte vorzustoßen und alte Mitbewerber zu übertreffen. Sie vergrößerte die Fähigkeit, Informationen zu sammeln und sie wirkungsvoll zu nutzen. Vor allen Dingen steigerte Technik die Fähigkeit, physische Gewalt über weit größere Entfernungen hinweg und unter viel geringeren Kosten einzusetzen. Im Zeitalter des Dampfschiffes und später der Eisenbahn verlor strategische Abgelegenheit weitgehend ihre Bedeutung. Als eine europäische Armee auf Nanking marschierte (wie die Briten im Ersten Opiumkrieg von 1839–1842), schien kein Teil Asiens mehr sicher. Eine Folge der Entwicklung war, dass viele neue »Kleinindiens« zugelassen wurden: die Kolonialregime, die sich über ganz Asien ausbreiteten und nach 1880 Afrika unter sich aufteilten. Eine dritte Variante der Reichsbildung war die »unsichtbare Dominanz«:[2] die systematische Anhäufung dominanten Einflusses über Regionen und Staaten, deren Herrschern nur eine nominelle Souveränität blieb. Wo europäische Bankiers, Diplomaten, Kaufleute und Missionare einen privilegierten Status genossen, den größten Teil des Überseehandels steuerten, am Geldhahn ausländischer Investitionen saßen und mit einer Blockade oder gar einem Bombardement drohen konnten, sobald ihre Interessen gefährdet waren, konnte die Mühsal der Regierungstätigkeit unnötig oder vergebens scheinen. Ein »informelles Reich« war – unter den Gesichtspunkten von Kosten und Nutzen – Imperialismus in seiner höchsten Form.

Alle Imperien waren zwangsläufig großen Spannungen und Belastungen ausgesetzt, sie erlebten Ausbrüche von Krisen und zerfielen letztlich wieder. Der Zusammenbruch konnte durch eine Vielzahl von Ursachen ausgelöst werden. Wenn ein Reich auf die Kooperation oder Loyalität der unterworfenen Eliten angewiesen war, konnte eine Rebellion

oder Widerstand zu einem ungünstigen Zeitpunkt seinem Ansehen und seiner Autorität irreparablen Schaden zufügen. Der Umstand, dass widerspenstige Bündnispartner beschwichtigt werden mussten, konnte eine langsame, aber verhängnisvolle Zerstörung der Kontrollinstrumente bewirken. Falls die Ausübung imperialer Macht die Zustimmung der öffentlichen Meinung im »Mutterland« erforderte oder der Bevölkerung neue Lasten aufbürdete, konnte eine Revolte im Inneren – nicht an der Peripherie – maßgeblich zum Sturz eines Reiches beitragen. Neue Ideologien oder Religionen konnten die moralische und politische Glaubwürdigkeit zunichte machen, auf welche die Legitimität gegründet war: die Vorstellung, dass ihre Struktur Teil der natürlichen Ordnung der Dinge sei. Die Gefahr, schwerfällig zu werden, war ebenfalls allgegenwärtig. Das galt besonders, wenn die Last der Verpflichtungen zu groß wurde, das Reich aber nicht bereit war, sich von Ballast zu trennen. Imperiale »Fettleibigkeit« zehrte gewissermaßen die physische Stärke aus und ermutigte Rivalen zum Angriff. Darüber hinaus waren Reiche auch den Glücksfällen wirtschaftlicher und ökologischer Veränderungen ausgesetzt. Die Ressourcen und Technologien, auf die sie ihre Macht gegründet hatten, konnten zur Neige gehen oder veralten. Materieller Wohlstand und technischer Forscherdrang konnten schwinden oder in andere Regionen mit günstigeren Bedingungen abwandern. Und das wohl furchtbarste Szenario: Reiche konnten in verheerende Kriege hineingezogen werden, in denen die Verfolgung begrenzter Ziele *nolens volens* einen die ganze Welt verändernden Umsturz auslösen konnte. Selbst ohne ein so düsteres Szenario bedrohte die meisten imperialen Systeme eine heimtückische Gefahr.

Es ließ sich kaum vermeiden, dass die Kommandoebene von den Eliten mit guten Beziehungen beherrscht wurde, die sich dort stets möglichst unangreifbar einrichteten.

Stufenweise konnten sie die imperiale Struktur in eine halbprivate Domäne verwandeln, die darauf ausgerichtet war, ihren eigenen Interessen zu dienen. Sie suchten die Unterstützung anderer Fraktionen und Gruppierungen, um große Koalitionen zu bilden und einen Status quo zu verteidigen, von dem sie am stärksten profitierten. Doch gerade ihr Widerstand gegen Veränderungen erwies sich als verhängnisvoller Fehler, denn ein Reich musste sich unablässig an innere, koloniale und externe Zwänge anpassen und möglichst rasch Innovationen in Kultur oder Ökonomie nutzen.[3]

Ende des 19. Jahrhunderts hatte es jedoch den Anschein, als würden ausgerechnet diese unzähligen Kräfte, die Zerfall und Zusammenbruch herbeiführen konnten, die Welt neu gestalten. Für die meisten westlichen Beobachter lag eine Schlussfolgerung nahe: Die restlichen indigenen Reiche in Asien und Afrika, große ebenso wie kleine, konnten nicht lange überleben. Die Phase, in der sie in unruhiger Koexistenz mit den europäischen Reichen gelebt hatten, ging dem Ende zu. Wirtschaftliche Stagnation, kultureller Zerfall und grassierende Korruption hatten den politischen Willen ihrer Eliten untergraben. Es mangelte den indigenen Herrschern an den Mitteln, die eigenen Grenzen zu schützen. Sie sahen sich mit Aufständen ethnischer Minderheiten in ihren Reichen konfrontiert. Ihr wirtschaftliches Scheitern verschärfte noch die sozialen Konflikte. Ein kultureller Stillstand förderte die Bereitschaft zur Übernahme von fremden Ideen, schürte aber zugleich fremdenfeindliche und fanatische Reaktionen. Chaos und Ruin erwarteten diese Reiche, die »sterbenden Nationen«. Im Gegensatz dazu hatten die kolonisierenden Mächte Europas und die USA, so könnte man meinen, das Geheimnis des permanenten Fortschritts und der ewigen Stabilität entdeckt – eben jene Hybris, vor der Rudyard Kipling so eindringlich gewarnt hatte.[4] Die Europäer hatten den Zyklus des imperialen Niedergangs durchbrochen. Die

Industrialisierung, fossile Energieträger (Kohle) und Ressourcen, die über Tausende von Meilen herangeschafft wurden, hatten die alten, umweltbedingten Beschränkungen aufgehoben. Die Geschäftstätigkeit und Kultur dieser Mächte würde eine Flut neuer Untertanen oder zumindest ihre Eliten anlocken, durch deren Loyalität bzw. Kollaboration die Reiche mit geringen Kosten regiert werden könnten. Die Situation »Zuhause« hatte sich ebenfalls zum Besseren verändert. Ein »billiges« Reich und das Gefühl einer wachsenden Abhängigkeit von entfernten Märkten waren überaus günstige Bedingungen für die Ausbreitung einer »imperialen« Ideologie. Die wachsende Macht des Nationalstaats über die eigene Gesellschaft stärkte den Gedanken einer »nationalen« Gemeinschaft, die notfalls auch bereit war, für ein Reich im Ausland zu kämpfen. Und der vielleicht wichtigste Faktor: Die Anwendung »liberaler« Grundsätze – ein mehr oder weniger freier Wettbewerb im wirtschaftlichen und politischen Leben – erschien als wirksames Instrument gegen die korrupte Privatisierung politischer Macht und den hartnäckigen Widerstand gegen jeden Wandel. Diese fortschrittliche Mentalität sollte angeblich in der »Rasse« begründet sein – einem Konstrukt aus physischen, sozialen und kulturellen Merkmalen. Die Rasse sollte erklären, weshalb die Europäer, oder zumindest einige von ihnen, das Geheimnis der sozialen Evolution entdeckt hatten. Der Lohn wäre, so meinten sie, die dauerhafte Herrschaft über den Rest der Welt.

Als wahrscheinlichstes Ergebnis erschien den Europäern und Amerikanern eine neue Weltordnung, in der die Macht von wenigen »Weltstaaten« ausgeübt wurde. Die anderen Staaten und Reiche der nichtwestlichen Welt würden aufgeteilt oder, wenn sie bestehen blieben, in Semiprotektorate unter strenger Aufsicht verwandelt werden. Ferner würde man ihre »Reformer« und »Progressiven« unterstützen, um den Widerstand der Bewohner des riesigen, rückständigen Hinterlands zu

brechen. Das Ergebnis sollte eine bereitwillige Akzeptanz europäischer Spielregeln sein: ein offenes Tor für Handel und Kultur und neue Gesetze zum Schutz ausländischer Personen und ihres Eigentums. Man ging davon aus, dass diese Ära der Schirmherrschaft lang andauern würde, aber dazu kam es nicht.

Das hatte vor allem geopolitische Gründe. Die Hauptvoraussetzung für den Vorstoß Europas nach Asien war der lange Frieden in Europa gewesen. So lautstark die Mächte auch getönt haben mochten, die imperialen Rivalitäten Europas um die Mitte und am Ende des 19. Jahrhunderts waren brillant austariert worden: Säbelrasseln war an die Stelle bewaffneter Konflikte getreten. Doch im Jahr 1914 wurde dieses lange Interregnum rivalisierender Koexistenz jäh unterbrochen: Die Bemühungen, es nach dem Krieg neu zu beleben, hatten wenig bis überhaupt keinen Erfolg. Die eurozentrierte Weltordnung zerfiel, bevor mit ihrem Aufbau begonnen werden konnte.

Das Muster der Widerstandsfähigkeit

Viele »imperiale« Geschichten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts haben eine gemeinsame Prämisse: Die einzigen Imperien, die wirklich eine Rolle spielen, sind die Kolonialreiche der Europäer, bis auch Japan Ende des 19. Jahrhunderts nach einem Kolonialreich zu streben beginnt. Das dramatische Gerangel um die Aufteilung Afrikas hat zum verzerrten Bild eines grassierenden Imperialismus geführt, den nichts aufhalten konnte. Aber wenn man Asien eingehender betrachtet, bekommt man einen ganz anderen Eindruck. Bei allem Knabbern an den Küstenrändern und dem stockenden Vorstoß ins Landesinnere am Ende des 19. Jahrhunderts erlangten die Europäer in Asien, mit der großen Ausnahme Indien, allenfalls eine begrenzte

Dominanz. Man könnte durchaus die Ansicht vertreten, dass die wahre Geschichte Asiens im langen 19. Jahrhundert den Erfolg des asiatischen Widerstandes widerspiegele, von einer Niederlage hingegen könne keine Rede sein. Das Paradebeispiel war China. Trotz der Verwüstungen im Zuge dynastischer Konflikte, des Bürgerkriegs und der Revolution bewahrte sich China bis 1914 eine verblüffend stabile Einheit. Die Idee des chinesischen Reiches überlebte sowohl das Ende der kaiserlichen Monarchie im Jahr 1911 als auch die 40 Jahre Unruhen, Besetzung und Krieg, die darauf folgten. Noch erstaunlicher war wohl der Erhalt des riesigen innerasiatischen Reiches: Mandschurei, Mongolei, Sinkiang (Xinqiang) und Tibet. Ungeachtet der heftigen Krisen der 1930er und 1940er Jahre konnten alle Gebiete bis auf die Äußere Mongolei gehalten werden. China hat heute nahezu die gleichen Grenzen wie das riesige Qing-Reich, in das die Europäer in den 1830er Jahren eingedrungen waren. Das Beharrungsvermögen Japans angesichts der europäischen Bedrohung muss nicht weniger erstaunen. Seine Monarchie wurde gewissermaßen neu erfunden, um als ideologische Rechtfertigung einer neuen politischen Ordnung zu dienen. Das Ergebnis war ein Staat, der so stark war, dass er der Öffnung zum Westen standhielt und in Kürze eine eigene imperiale Karriere startete.

Ähnliche Muster sind in Teilen Mitteleurasiens zu beobachten. So sehr die muslimischen Staaten in Westasien der ökonomischen und physischen Macht Europas auch ausgesetzt waren, sie unterwarfen sich dem Kolonialismus nicht. Obwohl das Osmanische Reich bereits 1913 seine europäischen Territorien verloren hatte und nach 1918 gezwungen wurde, auch die arabischen Territorien aufzugeben, blieb der anatolische Kern des Reiches erhalten und entwickelte sich zu einem neuen »türkischen« Staat. Die territoriale Ausdehnung des iranischen Reiches hatte unter den Safawiden und Kadscharen geschwankt, doch das heutige Gebiet der Islamischen Republik umfasst den

größten Teil des »historischen« Iran, einschließlich der vier großen Städte: Täbris, Isfahan, Teheran und Maschhad. Und selbst jene Teile Mitteleurasiens (wie Ägypten oder Indien), deren politische Gestalt sich durch europäisches Eingreifen drastisch veränderte, bewahrten oder entwickelten eine eigene Identität, mit der die Schranken einer kolonialisierten Kultur durchbrochen wurden.

Wie war das möglich? Zum Teil lag es daran, dass es den Europäern an den nötigen Ressourcen und manchmal auch an der Motivation mangelte, die Weltherrschaft zu erringen. Ihre imperiale Diplomatie schreckte vor der Last der Aufgabe zurück, noch vor 1914 China, den Iran oder das Osmanische Reich aufzuteilen. Nach 1918 waren die Konflikte zwischen den Kolonialmächten noch stärker, und die Aufgabe war desto schwieriger geworden. Aber das ist nur die eine Seite einer komplizierten Gleichung. Ebenso wichtig waren die langlebigen Traditionen politischer und kultureller Autonomie in den großen asiatischen Staaten, die Außenstehende behinderten wie eine unsichtbare Wand. Sie wurden durch Bestrebungen zur Staatenbildung im frühneuzeitlichen Eurasien verstärkt und vertieft, deren Auswirkungen in der ganzen Alten Welt und nicht nur in Europa zu spüren waren. Die Ming-Reformation, der Frieden von Tokugawa, der Kompromiss der Safawiden und der Übergang des Osmanischen Reiches von einem Kriegerstaat zu einem asiatischen, afrikanischen und europäischen Reich waren allesamt ebenso erstaunliche Leistungen wie die neuen Parademonarchien, die in Europa hervortraten. Sie schufen Regierungsformen, die sich selbst unter großen Belastungen als bemerkenswert standfest erwiesen. Der dynastische Wandel in China (von Ming zu Qing) und Irans Zeit der Unruhen im 18. Jahrhundert hätten weniger stark verwurzelte politische Systeme aus den Angeln heben können, vor allem den Iran mit seinen verschiedenen Sprachen und großen Stammeskonföderationen.

Diese frühneuzeitlichen Umgestaltungen hatten eine

langfristige Bedeutung. Sie trugen dazu bei, eine kontinuierliche Ausübung der Staatskunst in einer Zeit zu bewahren, in welcher der Druck der Europäer immer stärker wurde. Die Europäer waren mit *Anciens Régimes* konfrontiert, die dringend eine Erneuerung brauchten, doch sie waren keineswegs untergegangene oder zerfallene Staaten. Ihre Staatsdiener und Untertanen waren sich häufig dieser Schwäche und des dringenden »Reformbedarfs« bewusst. Aber sie wollten neue politische Methoden auf den alten Stamm pfropfen, anstatt eine fremde Pflanze zu übernehmen, der niemand die Treue halten würde. Das war ein wichtiger Unterschied. Kemals Republik in der Türkei fiel nicht vom Himmel, sondern wurde auf den Grundlagen der osmanischen Reformen errichtet. Die »offizielle« Geschichte verkündete nicht die Unterwerfung der Türkei gegenüber Europa, sondern die welthistorische Bedeutung des türkischen Volkes.[5] Ihr politischer Pate war (auch wenn man ihn insgeheim verstieß) Sultan Abdul Hamid II. (reg. 1876–1909), unter dessen Herrschaft die staatliche Kontrolle der Gesellschaft massiv verschärft wurde.[6] Resa Schah Pahlevi (reg. 1921–1941) konnte sich auf die alte monarchische Tradition des Iran berufen, um seine Autorität über rebellische Regionen und Stämme durchzusetzen und den Staat zu stärken. Der Eid des Kaisers auf die Verfassung war die Garantie dafür, dass eine stärker zentralisierte Herrschaft im Meiji-Japan durchgesetzt und ihren Gegnern die ideologische Basis entzogen wurde. Selbst in China, wo das Ende der Qing-Dynastie einen Bruch mit der Vergangenheit signalisierte, erhob die neue nationalistische Bewegung Anspruch auf das innerasiatische Erbe, das die Qing hinterlassen hatten. Und die Regierung griff zum bewährten System der Haushaltskontrolle, um in den turbulenten 1920er Jahren die Gesellschaft wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Widerstandsfähigkeit zeigte sich auch auf kultureller Ebene. Die Bedeutung der Religion, Sprache und Literatur

für den Aufbau nationaler Identitäten in Europa ist unbestritten. Aus mehreren Gründen entfaltete sich der Gedanke des Nationalstaates in Europa rascher als in anderen Teilen Eurasiens vor 1914, nicht zuletzt wegen der Auswirkungen der Revolutionen und Kriege, welche von 1789 bis 1815 weite Teile des Kontinents verheert hatten. Im größten Teil Eurasiens (einschließlich eines Großteils Osteuropas) war die Verbindung zwischen Kultur und Staat nicht dem Muster gefolgt, das in Westeuropa entstand. Absolute Loyalität zu einem Territorialstaat und seinem Herrscher stand im Islam im Widerspruch zur Idee einer Gemeinschaft aller Gläubigen – der *umma* – und der autonomen Autorität derjenigen, die den Koran und die Scharia auslegten. In dem riesigen subkontinentalen Reich Chinas, mit kleineren, schwächeren oder abhängigen Staaten an der Peripherie, fehlte der kämpferische Geist hinter dynastischen Konflikten und Staatengründungen, welcher den europäischen Nationalismus geprägt hatte. In Japan verstärkte die zwei Jahrhunderte lange Isolation ein massives Misstrauen gegen alles Fremde. Zugleich gab es keine Notwendigkeit, die japanische Identität mit einem starken Zentralstaat zu verknüpfen. Auch wenn die europäische Fixierung auf den Nationalstaat als einer Einheit der Kultur und der Politik anderswo kaum von Bedeutung war, so gab es doch überall das Bestreben, die Gesellschaft durch gemeinsame Werte, Bräuche und Mythen (von der Ernährung und Kleidung über Geschichte bis hin zur Kosmologie) zu integrieren. Im ganzen übrigen Eurasien wurden, genau wie in Europa, Lerntraditionen bewahrt und über Lehrer und Schriften weitergegeben. Gebildete Eliten genossen soziales Ansehen und übten kulturelle Autorität aus. Im Iran und in China wurde diese Klasse eng mit der Vorstellung des Staates identifiziert. Seit der Zeit der Safawiden bekräftigten die *Ulama* den Anspruch, dass es die erste Pflicht des iranischen Staates sei, den schiitischen Islam vor seinen Feinden zu schützen. Da die Schiiten in der

islamischen Welt eine Minderheit waren, galt dies als oberste Pflicht. In China bildeten die gelehrten Beamten den administrativen Kader und zugleich die kulturelle Elite des imperialen Systems – eine Rolle, die sie wohl auch in der folgenden »nationalistischen« Ära übernahmen. Selbst in Indien hielten sich vorkoloniale Traditionen, weil sie tief in kraftvollen, einheimischen Kulturen verwurzelt waren. Regionale Patriotismen, Ideen von einer gerechten Regierung und alternative Sichtweisen der Geschichte bestanden fort, in einer unruhigen Koexistenz mit dem kulturellen Apparat des Kolonialregimes.[7] Ende des 19. Jahrhunderts wurden die indischen Dialekte in strukturierte Literatursprachen umgewandelt. Damit entstanden neue, mächtige Möglichkeiten, im Rahmen regionaler Patriotismen soziale und politische Sorgen auszudrücken. Ohne diese Grundlagen hätte die Bewegung, durch die Gandhi den indischen Nationalismus zur Sache des ganzen Volkes machte, nach 1914 wohl kaum so schnell an Stärke gewonnen.

Kurz gesagt: Als der kulturelle Einfluss Europas auf den Rest der Welt Ende des 19. Jahrhunderts seinen Höhepunkt erreichte, entstand ein gut organisierter Widerstand gegen ihn. Den Wächtern und »Torhütern« der anderen eurasischen Kulturen erschien der Kampf ums Überleben freilich als überaus gefährlicher Wettstreit. Sie fürchteten den regelrechten Zusammenbruch ihrer kulturellen Tradition unter dem Ansturm der westlichen Moderne. Die Befürchtung, ihre Autorität über die eigenen Untertanen zu verlieren, bedrückte sie. Immerhin fühlten sie sich verantwortlich für deren Moral und Wohlergehen im Rahmen ihrer traditionellen Kultur. Sie erkannten sehr wohl die Bedeutung des technischen Vorsprungs der Europäer sowie der sozialen und kulturellen Innovationen, die dazu beitrugen, ihn zu erhalten, aber sie hatten ernste Bedenken wegen der moralischen und sozialen Auswirkungen dieser Errungenschaften. Deshalb fühlten sie sich stark von

Spielarten der Moderne angezogen, die zwar im Westen entwickelt worden waren, aber erbitterte Feinde der liberalen, kapitalistischen Werte und imperialen Ansprüche waren. Gandhis Kampagne zur Mobilisierung der Massen war von Leo Tolstojs Utopie einer autarken, dörflichen Bevölkerung inspiriert. Der Reiz des Marxismus-Leninismus wiederum lag in dem Versprechen eines industriellen Fortschritts ohne die sozialen Konflikte, die offensichtlich inhärenter Bestandteil des Kapitalismus waren. Beide Varianten schienen einen Weg in die Moderne zu bieten, den man unter Kontrolle halten konnte. In den Regimes, die nach 1918 im Iran, in der Türkei und im nationalistischen China entstanden, in der politischen Führung, die Indien nach 1947 regieren sollte, und im kommunistischen China nach 1949 schien die rigide Überwachung ausländischer Kulturimporte ebenso unerlässlich wie die Errichtung von Barrieren gegen ausländische Industriemacht. Die wachsende Reichweite des Staates durch Bildung, Medien, Propaganda und Zensur wurde für diese Aufgabe instrumentalisiert. Wenn am Ende eine kulturelle »Belagerungsmentalität« stand, war das kaum verwunderlich. In Anbetracht der heftigen ideologischen Stürme, die im 20. Jahrhundert tobten, war eine offene Gesellschaft stets ein Spiel mit dem Feuer.

Die Bedingungen der Konvergenz

Diese Muster politischer und kultureller Widerstandsfähigkeit haben ohne die ökonomischen Hintergründe wenig Erklärungswert. Die materiellen Bedingungen, unter denen die Herrscher und Eliten in Eurasien ihre Ziele verfolgten, müssen berücksichtigt werden. Die Chancen für die Erhaltung der kulturellen Autonomie und politischen Freiheit hingen nicht zuletzt von

wirtschaftlichen Erfolgen ab. Darüber hinaus wurden sie zwangsläufig von der magnetischen Anziehungskraft des Außenhandels beeinflusst, sowie vom Reiz oder der Ablehnung, den die Waren der Außenstehenden auslösten. Zu allen Zeiten (und sogar noch heute) waren Profite durch Handelsbeziehungen und die Öffnung für fremde Produkte und Unternehmen genauso hoch wie die damit verbundenen, kulturellen und politischen Risiken. Die Angst vor einer Dominanz oder Einverleibung durch wirtschaftlich effiziente »Großmächte« und davor, klammheimlich durch ausländische Unternehmen und ihre lokalen Kollaborateure kolonisiert zu werden, schwelte meist dicht unter der Oberfläche des friedlichen Austauschs. Das gleiche gilt für die Befürchtung, dass neue Produktionsmethoden oder neue Formen des Konsums schädliche soziale und kulturelle Auswirkungen haben könnten. Folglich kam den Regeln für die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen – also den Voraussetzungen für den Eintritt in die Weltwirtschaft – stets maßgebliche Bedeutung zu.

Vieles spricht dafür, dass bereits im 16. Jahrhundert eine Form von Weltwirtschaft entstanden war.[8] Sobald der amerikanische Kontinent mit Eurasien und Afrika verbunden war, entwickelten sich nach und nach mehrere Warenströme. Silber aus Amerika half Europa, immer größere Mengen an Textilien, Keramik und Tee von süd- und ostasiatischen Produzenten zu kaufen. Mit amerikanischem Zucker wurde der Import von Millionen afrikanischer Sklaven bezahlt, und indirekt steigerte dies den Konsum von europäischen Waren die gegen Sklaven getauscht wurden, durch Afrikaner. Amerikanische Lebensmittel wie Maniok, Mais, Bohnen und Kartoffeln veränderten das agrarische Potential Europas, Asiens und Afrikas. Ein einträgliches Netz aus Seewegen für den Fernhandel trug dazu bei, aus Europa einen großen maritimen Umschlagplatz zu machen, der die Ozeane beherrschte. Diese frühneuzeitliche Weltwirtschaft (1500–1750) verschaffte Europa jedoch keinen

entscheidenden Vorteil gegenüber dem Rest Eurasiens. Sie steigerte die Abhängigkeit Europas von den Produkten Asiens, schuf jedoch nicht die Mittel, den Konsum europäischer Waren in Asien zu steigern.[9]

Nach 1750 wandelte sich dieses Muster dramatisch. Die opportunistische Übernahme der bengalischen Wirtschaft bot den Briten die Möglichkeit, ihre Handelsbeziehungen mit China zu verändern. Indien war zugleich Erzeuger des Opiums, mit dessen Hilfe sich die Briten Zutritt zum ostasiatischen Handel verschafften, und die Militärbasis, von der aus sie operierten. Der entscheidende Wandel begann jedoch mit der mechanisierten Produktion in Europa. Binnen weniger Jahrzehnte hatte Asien seinen Exportmarkt für Textilien an europäische Konkurrenten verloren, und europäische Tuche drängten mit Macht in die Textilwirtschaft Indiens und Chinas. Das Volumen des Welthandels wuchs nun in rasantem Tempo – auf rund das 25-Fache im langen 19. Jahrhundert. Doch die Bedingungen dieses neuen Handels mit Europa beschränkten die Spielräume der Länder Asiens viel stärker. Europäer kontrollierten die Fernhandelsnetze und lieferten zudem die kostbarsten Waren. Um sich Zutritt zu diesem Handel zu verschaffen und Europas Industrieprodukte zu bezahlen, waren die asiatischen Volkswirtschaften gezwungen, Rohstoffe und Lebensmittel zu exportieren. Aus asiatischer Sicht kam erschwerend hinzu, dass ihnen nicht nur die Produzenten der atlantischen Wirtschaft Konkurrenz machten, sondern auch andere, nicht industrialisierte Staaten. Indien und die USA konkurrierten um die Märkte für Baumwolle und Weizen; indischer Tee verdrängte den chinesischen vom britischen Markt. Mit der Beherrschung des Seehandels in Asien, dem frisch erworbenen Zugang zum asiatischen Verbraucher (über Eroberung in Indien, über erzwungene Verträge in China) und dem riesigen, industriellen Vorsprung hatten die Europäer die asiatischen Volkswirtschaften in einen globalisierten Markt

eingebunden, und das zu einem Zeitpunkt, als ihre relativen Stärken am weitesten auseinanderklafften. Die Zahlen sind eindeutig: Während Indien und China im Jahr 1820 noch etwa die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens von Westeuropa erwirtschaftet hatten, war es bis 1913 auf rund ein Siebtel gesunken.[10]

Doch dieser fatalen Entwicklung steht ein gewaltiger Aufschwung gegenüber. Asien wurde Teil einer neuen, globalen Wirtschaft, in der die Warenmenge, die gehandelt wurde, erheblich größer war als vor 1750. Dabei übten die Europäer keineswegs eine vollständige Kontrolle über die asiatischen Wirtschaften aus. Sie hatten zu wenig Kapital, um asiatische Produzenten ganz zu »kolonisieren«. Sie waren irritiert von den Schwierigkeiten, auf die sie stießen, als sie tiefer in Asiens größte Volkswirtschaft vordringen wollten. Chinas Sprache, Währung und Binnenhandelsnetze hemmten ihren Vorstoß. Überdies arbeitete die Zeit gegen sie. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts rückten die Küsten Asiens durch den Bau von Eisenbahnen, den Suezkanal, das Dampfschiff und den Telegrafen in die gleiche Nähe zu Europa wie die transatlantischen Volkswirtschaften. Bei Japan war der Zeitpunkt besonders wichtig, weil die Industrialisierung dort seit den 1880er Jahren bereits voll im Gange war. Ostasien wurde keineswegs zu einer untergeordneten Region degradiert, sondern Japans Exporthandel mit dem Westen und seine Profite lösten eine rasante Expansion des Handels *innerhalb* Asiens und *zwischen* asiatischen Volkswirtschaften aus. Schon bald sollten japanische Industrielle (häufig gemeinsam mit chinesischen Kaufleuten) und indische Fabrikbesitzer den steigenden Bedarf der Regionen nach Konsumgütern decken. Im Jahr 1914 wuchs der innerasiatische Handel schneller als der Handel mit dem Westen.[11]

Die hundert Jahre vor 1914 könnte man folglich als Zeitalter der »Semiglobalisierung« bezeichnen. Sie hatten

die Entstehung eines Weltmarktes für Primär-und Industriegüter sowie für Kapital- und Finanzdienstleistungen erlebt. In einer Reihe von Staaten (allerdings nicht in der Mehrheit) war das Handelsvolumen in Relation zur Gesamtproduktion deutlich gestiegen. Das Niveau lag jedoch noch weit unter dem Stand, den es bis zum Ende des 20. Jahrhunderts erreichen sollte.[12] Die produzierende Industrie konzentrierte sich, abgesehen von Ostasien, sehr stark auf das atlantische Europa und die Staaten im Nordosten der USA. Keine andere Weltregion konnte auf diesen Märkten mit Industriegütern konkurrieren. Die Semiglobalisierung wurde durch den Ausbruch des Krieges in Europa nahezu gestoppt. Im folgenden Zeitalter der Spaltung verkehrte sich die wirtschaftliche Integration der Welt vor 1914 ins Gegenteil. Nach einer kurzlebigen Erholung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre schrumpfte die Weltwirtschaft. Auch der Hauptumschlagplatz Großbritannien beendete die Politik, die den Austausch gefördert hatte: die auf den Goldstandard gestützte Weltwährung und die Verpflichtung zum Freihandel. Die größte Volkswirtschaft der Welt, die Vereinigten Staaten, zog sich noch tiefer in ihre Höhle des Protektionismus zurück. Der Rest der Welt war überwiegend in Blöcke aufgeteilt. Die jeweiligen Hegemonialmächte waren darauf erpicht, den Handel mit anderen zu beschränken. Die Sowjetunion zog sich in extreme Isolation zurück. Kleinere Staaten bemühten sich verzweifelt, die Abhängigkeit von äußeren Mächten zu verringern. Den Produzenten von Primärprodukten brachen die Einnahmen weg. Die ostasiatische Wirtschaft, innerhalb derer China rasche Fortschritte bei der Industrialisierung gemacht hatte, wurde nunmehr geteilt, zunächst durch Japans »Yen-Block« und im Jahr 1937 durch die japanische Invasion in China. Mittlerweile rüstete die Welt bereits wieder für einen neuen totalen Krieg, und die große Expansion des Handels im vorigen Jahrhundert war kein Leitbild mehr für die Zukunft. Eine geschlossene Volkswirtschaft, Autonomie und innere

Entwicklung – nicht die Förderung des Handels – waren die Grundlagen des Überlebens in einer segmentierten Welt.

Diese Sichtweisen wurden auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht völlig aufgegeben. Als nach dem Krieg die Erholung endlich einsetzte, spiegelte sie die Spaltungen wider, die der Frieden nicht hatte überwinden können. Der weltweite Freihandel, der mit Schaffung des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und des GATT-Abkommens erreicht werden sollte, wurde von der Realität des globalen Kalten Krieges behindert. Das autarke Reich der Sowjetunion war weit nach Ost- und Mitteleuropa vorgestoßen. Der Triumph der Kommunisten in China vertiefte die Spaltung der ostasiatischen Wirtschaft noch, die bereits vor dem Krieg bestanden hatte. China zog sich, wie das stalinistische Russland, in eine bewusste Isolation zurück. Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur folgten Japans Kurs und wurden zu seinen Handelspartnern. Die Europäische Gemeinschaft, das Instrument für Wachstum in Westeuropa, bildete einen protektionistischen Block. In den Wirtschaftsabkommen wird der Hauptzweck der Organisation deutlich: die endgültige Überwindung der französisch-deutschen Erbfeindschaft. Die Förderung einer offenen Weltwirtschaft war sekundär. Als die europäischen Überseereiche in eine Vielzahl neuer Staaten zerfielen, bevorzugten die meisten eine staatlich gelenkte Wirtschaft in dem Bestreben, eine industrielle Basis aufzubauen, und ließen sich ihre diplomatische Ausrichtung zwischen den Blöcken von den beiden Supermächten mit Hilfslieferungen und Investitionen bezahlen. Doch das wohl wichtigste Merkmal dieses Zeitalters der Erholung war der Aufstieg der USA. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurden die Vereinigten Staaten nicht nur zur weltgrößten Volkswirtschaft, sondern auch zur militärisch stärksten. Im Kalten Krieg entwickelten sie sich dann zur größten Militärmacht der Welt. Das waren die Aktivposten, mit denen Amerika gegen Ende des Jahrhunderts die

»globalisierte« Welt betrat.

Hier ist es angebracht, auf bedeutende Ereignisse in der Gegenwart hinzuweisen: Der wirtschaftliche Wandel, mit dem wir in den letzten 20 Jahren konfrontiert waren, ist ein außergewöhnlicher Vorgang in der turbulenten Geschichte der Weltwirtschaft, und er wurde durch ein verheerendes Erdbeben ausgelöst. Die Kombination eines geopolitischen Wandels – der plötzliche Zusammenbruch der sowjetischen Macht und die Entscheidung Chinas, marktwirtschaftliche Elemente zu übernehmen – mit einer technologischen Revolution im Kommunikations-und Verkehrswesen beschleunigten diesen Wandel dramatisch. Die Hinwendung zur Marktwirtschaft in der Volksrepublik und im ehemaligen Sowjetblock bewirkte eine enorme Ausweitung der Produktion und schuf einen riesigen neuen Markt. Flugreisen wurden erheblich billiger, die »Containerrevolution« revolutionierte den Warentransport und durch die kommerzielle Nutzung des Internet wurden Kommunikation und Warenströme neu organisiert. Unmittelbar nach der finanziellen »Liberalisierung« der 1980er Jahre, die wesentlich größere Freiheit bei Finanzdienstleistungen und Kapitaltransfers zwischen westlichen Ländern gebracht hatte, wurden die Bedingungen geschaffen für eine Phase außergewöhnlichen Wachstums im Handelsvolumen und eine intensive Integration der wirtschaftlichen Aktivitäten in einem globalen Ausmaß, das weit über die begrenzten Verheißungen der Welt vor 1914 hinausging. Die »große Divergenz« im Wohlstand und in der Wirtschaftsleistung zwischen dem euro-atlantischen Westen und dem größten Teil des restlichen Eurasiens ist einer »großen Konvergenz« gewichen. Wenn sie anhält, könnte sie im Lauf der nächsten 50 Jahre das annähernde Gleichgewicht, das vor einem halben Jahrtausend bestanden hatte, wiederherstellen.

Doch die Welt, die derzeit durch die »Globalisierung« umgestaltet wird, ist unter völlig anderen Bedingungen

entstanden. Im Zeitraum von 1400 bis heute haben die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen verschiedenen Teilen der Welt den Aufbau von Imperien, Staaten und Kulturen mit eigenen Werten, Einstellungen, Institutionen und Ideologien kaum jemals behindert, sondern häufig eher massiv gefördert. Die wirtschaftliche Interdependenz, die schlimmste Einschränkung kultureller Vielfalt, ist zu kurzlebig, zu schnell aufgehoben und zu grob in ihrer Wirkung, um diesen Trend umzukehren. Gemeinhin wird angenommen, dass diese lange Ära zu Ende geht: Einheimische Kulturen und der Nationalstaat werden den invasiven Wirkungen nicht standhalten können, die von der Welt der freien Bewegung von Informationen, Menschen und Waren ausgehen. Doch der Prozess der Globalisierung dauert noch nicht lange genug an, um ein abschließendes Urteil zu erlauben.

Timurs Schatten

Womöglich stehen wir unmittelbar vor einem großen Umbruch in der Geopolitik, der Wirtschaft und der Kultur, der mindestens ebenso gravierende Auswirkungen haben könnte wie die Eurasische Revolution im späten 18. Jahrhundert. Wenn dem so sein sollte, dürfte sich der Umbruch in verschiedenen Teilen der Welt sehr unterschiedlich auswirken. Die Geschichte Eurasiens legt die Vermutung nahe, dass neue Methoden der Kriegsführung und Regierung, neue Produktionstechniken, neue kulturelle Praktiken und neue religiöse Überzeugungen sich vom einen Ende der Alten Welt bis zum anderen – noch dazu aus jeder Richtung kommend – ausbreiten werden, dass sie jedoch keine gemeinsame Sichtweise der Moderne oder auch nur dessen, was »modern« bedeutet, hervorbringen könnten. Die alten Muster des Handels und der Eroberung, der Diaspora

und Migration, die weit entfernte Regionen miteinander verbanden und ihre Kulturen und Politik prägten, waren außerordentlich komplex. Sie hatten keineswegs den Effekt, die Welt zu homogenisieren, sondern erhielten ihre Vielfalt. Im Gegensatz dazu ist die Anziehungskraft der globalen Wirtschaft bislang zu erratisch und zu ungleichmäßig wirksam, um das kooperative Verhalten und die kulturelle Verschmelzung zu erzwingen, die von den Fürsprechern des Freihandels hoffnungsvoll prophezeit wurden. Die Globalisierung könnte man auch als Entwicklung betrachten, die auf eine Reihe aktueller Vereinbarungen – teils stillschweigende, teils offizielle – zwischen den vier großen wirtschaftlichen »Imperien« der Gegenwart zurückzuführen ist: den Vereinigten Staaten von Amerika, Europa, Japan und China. Für sie und für alle anderen Staaten und Gesellschaften lautet die große Herausforderung, den inneren Zusammenhalt der Gesellschaften mit den irritierenden Begleiterscheinungen des freien Wettbewerbs in Einklang zu bringen. Das wird große Belastungen zur Folge haben, und der Ausgang ist ungewiss. Aber es gibt eine Kontinuität, die man durch einen langen Blick auf die Vergangenheit erkennen sollte: Eurasien leistete stets hartnäckigen Widerstand gegen ein einheitliches System, einen Alleinherrscher oder auch nur einheitliche Regeln. In diesem Sinne leben wir noch heute in Timurs Schatten – oder, genauer gesagt, im Schatten seines Scheiterns.

Anmerkungen

Vorwort

1 Frederick Taggert, *Rome and China*, Berkeley 1939, S. 245.

1. Orientierungen

1 Zu Ibn Khaldun siehe Yves Lacoste, *Ibn Khaldun,* Paris 1969; *Encyclopedia of Islam,* Leiden 1999.

2 Die maßgebliche Studie ist Beatrice F. Manz, *The Rise and Rule of Tamerlane,* Cambridge 1989.

3 Eine aktuelle Studie, die den Austausch im ganzen mongolischen Eurasien unterstreicht, bietet Thomas T. Allsen, *Culture and Conquest in Mongol Eurasia,* Cambridge 2001. Siehe dazu auch John Masson Smith, »The Mongols and the Silk Road«, in: *Silk Road Foundation Newsletter,* Bd. 1, Nr. 1, unter: *http://www.silkroadfoundation.org/newsletter/volumeonenumberone/monge*

4 Karl Marx, »Die Britische Herrschaft in Indien«, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke,* Bd. 9, Berlin (Ost) 1960, S. 127–133, hier 132. Der Originalaufsatz »British Rule in India« erschien 1853 in der *New-York Daily Tribune*, nachgedr. in: Eugene Kamenka (Hg.), *The Portable Karl Marx,* Harmondsworth 1983, S. 334f.

5 Wladimir I. Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* entstand im Jahr 1916 in Zürich und erschien 1917 in Petrograd.

6 Siehe Immanuel Wallerstein, *Historical Capitalism,* London 1983; deutsch: *Der historische Kapitalismus,* Berlin 1984, zu einem gelungenen Überblick über diese Denkschule.

7 Max Weber, *Gesamtausgabe*, Bd. 19: *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus. Schriften 1915–1920, Tübingen 1989;* Bd. 20: *Hinduismus und Buddhismus.* Tübingen 1996 (Original 1922); (englische Übersetzung: *The Sociology of Religion,* 1922, London 1965, S. 270). Weber unterstrich ferner die Wirkungen des Kastenwesens und die Feindseligkeit der konfuzianischen Gelehrten gegen jede Innovation. Siehe dazu auch Hans H. Gerth und Charles Wright Mills (Hg.), *From Max Weber. Essays in Sociology,* London 1974, Kapitel 16, 17.

8 Einen ausgezeichneten Überblick über »subaltern history« bietet Vinayak Chaturvedi (Hg.), *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial,* London 2000, »Introduction«.

9 Jacob C. van Leur, *Indonesian Trade and Society. Essays in Asian Social and Economic History,* Den Haag 1955, S. 261.

10 Zu der Darstellung van Leurs siehe J. Vogel, »A Short Life in History«, in: Léonard Blussé und Femme Gaastra (Hg.), *The Eighteenth Century as a Category in Asian History. Van Leur in Retrospect,* Aldershot 1998.

11 Sanjay Subrahmanyam, »Connected Histories: Notes towards a Reconfiguration of Early Modern Eurasia«, in: *Modern Asian Studies* 31, 3 (1997), S. 734–762.

12 Siehe die Diskussion um das »Monsun-« und das »trockene« Asien in Jos Gommans, »Burma at the Frontier of South, East and Southeast Asia: A Geographic Perspective«, in: Jos Gommans und J. Leider (Hg.), *The Maritime Frontier of Burma. Exploring Political, Cultural and Commercial Interaction in the Indian Ocean World,* Leiden 2002, S. 1–7.

13 Eine überzeugende Darlegung dieser Ansicht ist anzutreffen in Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence. China*, *Europe and the Making of the Modern World Economy,* Princeton 2000, aus dem auch die Wendung »erstaunliche Ähnlichkeiten« stammt (S. 29).

14 Edward Said, *Orientalism*, London 1978; deutsch: *Orientalismus*, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1981.

15 Shmuel N. Eisenstadt, »Multiple Modernities«, in: *Daedalus* 129, 1 (2000), S. 1–29.

16 Manche Autoren behaupten gar, die Briten hätten im Grunde das Kastenwesen eingeführt; eine ausgewogenere Darstellung schreibt indischen Spitzeln eine maßgebliche Rolle zu. Ein Beispiel für die Extremposition ist Nicholas B. Dirks, *Castes of Mind,* Princeton 2001.

17 T. Spear, »Neo-Traditionalism and the Limits of Invention in British Colonial Africa«, in: *Journal of African History* 44 (2003), S. 2–27.

18 Siehe unten, Kapitel 5; dazu auch James Belich, *The New Zealand Wars,* Auckland 1986.

19 Ursprünglich in Mackinders Aufsatz für die Royal Geographical Society mit dem Titel »The Geographical Pivot of History«, in: *Geographical Journal* 23, 4 (1904), S. 421–437.

20 Die beste Erörterung ist immer noch Denys Hay, *Europe*. *The Emergence of an Idea,* Edinburgh 1957.

21 Zum Platz Russlands in einem europäischen »kulturellen Gefälle« siehe Catherine Evtuhov und Stephen Kotkin (Hg.), *The Cultural Gradient. The Transmission of Ideas in Europe 1788–1991*, Oxford 2003.

22 Einen aktuellen Überblick über die Debatte bietet P. K. O’Brien, »Metanarratives in Global Histories of Material Progress«, in: *International History Review* 22, 2 (2001), S. 345–367.

23 Siehe Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen,* München 2005, Buch 1, Kapitel 2 (übersetzt nach der vollständigen 5. Auflage von 1789).

24 Alexis de Tocqueville, *Democracy in America,* Original: 1835, London 1994, Bd. 1, S. 332; Auszüge auf deutsch: *Über die Demokratie in Amerika,* Frankfurt am Main, Hamburg 1956.

25 Siehe Eisenstadt, »Multiple Modernities«.

26 Dimitri Obolensky, *The Byzantine Commonwealth,* London 1971, sowie Mark Whittow, *The Making of Orthodox Byzantium 600–1025*, London 1996, enthalten die besten allgemeinen Darstellungen.

27 Das Standardwerk ist Georges Duby, *The Early Growth of the European Economy,* 1973, engl. Übersetzung Ithaca, NY 1974; deutsch: Georges Duby, *Krieger und Bauern. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter,* Frankfurt am Main 1977. Inzwischen sollte man es mit Chris Wickham, *Framing the Early Middle Ages,* Oxford 2005, vergleichen.

28 Siehe Maurice Lombard, »La Chasse et les produits de chasse dans le monde musulman VIIIe–XIe siècles«, in: Maurice Lombard, *Espaces et réseaux du Haut Moyen Age,* Paris 1972, S. 176–204. Als sich diese Nachfrage wegen Unruhen im Nahen Osten verringerte, waren die Auswirkungen überall zu spüren. Siehe Richard Hodges und David Whitehouse, *Mohammed, Charlemagne and the Origins of Europe,* London 1983.

29 Siehe Archibald Lewis, *The Sea and Mediaeval Civilisation,* London 1978, Kap. 14; Karl J. Leyser, »Theophanus divina gratia imperatrix Augusta«, in: derselbe, *Communications and Power in Medieval Europe. The Caronlingian and Ottoman Centuries,* herausg. Timothy Reuter, London 1994.

30 Zur Christianisierung Fürst Wladimirs von Kiew in den 980er Jahren siehe Simon Franklin und Jonathan Shepard, *The Emergence of Rus 750–1200*, London 1996, Kap. 4.

31 Eine ausgezeichnete Diskussion der Frage bietet Roger Bartlett, *The Making of Europe. Conquest, Colonisation and Cultural Change 950–1350*, London 1993; deutsch: *Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt. Eroberung, Kolonisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350,* München 1996.

32 Siehe Richard A. Fletcher, *The Conversion of Europe,* London 1997; Eric Christiansen, *The Northern Crusaders,* London 1980.

33 Duby, *Early Growth,* S. 257–262.

34 Siehe Eliyahu Ashtor, *Levant Trade in the Later Middle Ages,* Princeton 1983, S. 462, 469, 512.

35 Richard A. Fletcher, *Moorish Spain,* London 1992, Kap. 7.

36 André Wink, *Al-Hind*. *The Making of the Indo-Islamic World,* Bd. 1: *Early Mediaeval India and the Expansion of Islam, 7*th *–11*th *Centuries,* Leiden 1996, S. 23.

37 Siehe Andrew M. Watson, *Agricultural Innovation in the Early Islamic World. The Diffusion of Crops and Farming Techniques 700–1100*, Cambridge 1975.

38 Siehe Paul Ratchnevsky, *Činggis Khan. Sein Leben und Wirken,* Wiesbaden 1983.

39 Ibn Khaldun, *The Muqadimmah. An Introduction to History,* übers. Franz Rosenthal, London 1967. Die *Muqadimmah* wurde in den 1860er Jahren ins Französische übersetzt. Die erste vollständige, englische Fassung, die in der verwendeten Ausgabe leicht gekürzt wurde, erschien im Jahr 1958. Auf Deutsch liegt immer noch keine vollständige Übersetzung vor, die aktuellste Fassung: Ibn Khaldun, *Buch der Beispiele. Die Einführung al-Muqaddima,* Leipzig 1992.

40 Die klassische Analyse ist Patricia Crone, *Slaves on Horses. The Evolution of the Islamic Polity,* Cambridge 1980.

41 Siehe Daniel Pipes, *Slave Soldiers and Islam,* New Haven, London 1981.

42 Marshall G. S. Hodgson, *The Venture of Islam,* 3 Bde., Chicago 1974, ist eine hervorragende analytische Überblicksdarstellung.

43 R. R. Di Miglio, »Egypt and China: Trade and Imitation«, in: Donald S. Richards (Hg.), *Islam and the Trade of Asia,* Oxford 1970, S. 106–122.

44 Ira M. Lapidus, *Muslim Cities in the Later Middle Ages,* Cambridge 1967, S. 9.

45 Siehe Janet L. Abu-Lughod, *Before European Hegemony. The World System 1250–1350*, New York 1989, S. 230ff.; Claude Cahen, »Quelques mots sur le déclin commercial du monde musulman à la fin du moyen âge«, in: Claude Cahen, *Les Peuples musulmans dans l'histoire medievale,* Damaskus 1977, S. 361–365.

46 Mark Elvin, *The Pattern of the Chinese Past,* London 1973, S. 205. Das Zitat stammt von einem Schriftsteller des 13. Jahrhunderts.

47 Charles P. Fitzgerald, *The Southern Expansion of the Chinese People,* London 1972, Kap. 7.

48 Zu seiner suggestiven Sichtweise siehe Arthur Waldron, *The Great Wall. From History to Myth,* Cambridge 1990, S. 190ff.

49 Eine aktuelle, maßgebliche Bewertung der These Elvins bietet Richard von Glahn, »Imagining Pre-Modern China«, in: Paul Jakov Smith und Richard von Glahn (Hg.), *The Song-Yuan-Ming Transition in Chinese History,* Cambridge, Mass. 2003, S. 35– 70.

50 Elvins Hauptgedanken können in seiner Monographie *The Pattern of the Chinese Past,* London 1973, Kap. 14, 17, und in »The High Level Equilibrium Trap«, in: derselbe, *Another History. Essays on China from a European Perspective,* Sydney 1996, Kap. 2, nachgelesen werden.

2. Eurasien und das Zeitalter der Entdeckungen

1 Siehe Felipe Fernandez-Armesto, *Before Columbus,* London 1987, S. 216–220.

2 Siehe Pierre Chaunu, *European Expansion in the Later Middle Ages,* London 1979, S. 95ff.

3 Siehe Amar Hamdani, »An Islamic Background to the Voyages of Discovery«, in: Salma K. Jayyusi (Hg.), *The Legacy of Muslim Spain,* Leiden 1994, S. 286ff.

4 John R. S. Philipps, *The Mediaeval Expansion of Europe,* Oxford 1988, S. 251ff.

5 Für eine neuere Untersuchung siehe Sanjay Subrahmanyam, *The Career and Legend of Vasco da Gama,* Cambridge 1997.

6 John Vogt, *Portuguese Rule on the Gold Coast, 1469–1682*, Athens, Ga. 1979, S. 89.

7 Michael N. Pearson, *The Portuguese in India,* Cambridge 1987, S. 43.

8 Ashin Das Gupta, »The Maritime Merchant of Medieval India«, in: *Merchants of Maritime India, 1500–1800*, Aldershot 1994, S. 8; Pearson, *The Portuguese in India,* S. 56.

9 Sanjay Subrahmanyam und L. F. F. R. Thomaz, »Evolution of Empire. The Portuguese in the Indian Ocean in the Sixteenth Century«, in: James D. Tracy (Hg.), *The Political Economy of Merchant Empires. State Power and World Trade, 1350–1750*, Cambridge 1991, S. 318.

10 Zur Bedeutung des Brasilienhandels siehe James C. Boyajian, *Portuguese Trade in Asia under the Habsburgs,* Baltimore und London 1993.

11 George B. Souza, *The Survival of Empire. Portuguese Trade and Society in China and the South China Sea, 1630–1754*, Cambridge 1986, S. 229.

12 Hamdani, »An Islamic Background to the Voyages of Discovery«.

13 Chaunu, *European Expansion*.

14 Ross Hassig, *Mexico and the Spanish Conquest,* London 1994, S. 146.

15 Siehe Tzvetan Todorov, *Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen,* Frankfurt am Main 1985.

16 Diese Zahlen werden seit Jahrzehnten unter Historikern heftig diskutiert. Für eine neuere Untersuchung siehe Linda A. Newson, »The Demographic Collapse of Native Peoples in the Americas, 1491–1650«, in: W. Bray (Hg.), *The Meeting of the Two Worlds. Europe and the Americas, 1492–1650*, veröffentlicht in: *Proceedings of the British Academy* 81 (1993), S. 249–277. Zur Schätzung einer Todesrate von 90 Prozent in Peru siehe Noble David Cook, *Demographic Collapse. Indian Peru 1520–1620*, Cambridge 1981, S. 116.

17 Pedro Carrasco, »The Political Economy of the Aztec and Inca States«, in: George A. Collier, Renato Rosaldo und John D. Wirth (Hg.), *The Inca and Aztec States, 1400– 1800. Anthropology and History,* New York 1982.

18 Barbara A. Tenenbaum (Hg.), *Encyclopedia of Latin American History and Culture,* New York 1996, Bd. 4, S. 435.

19 Zu Gaspar Espinosa, dem Händler aus Panama, siehe Guillermo Lohmann Villena, *Les Espinosa, une famille d'hommes d'affaires en Espagne et aux Indes à l'époque de la colonisation,* Paris 1968.

20 Siehe Geoffrey W. Conrad und Arthur A. Demarest, *Religion and Empire. The Dynamics of Aztec and Inca Expansionism,* Cambridge 1984.

21 Dies ist das Thema von Serge Gruzinski, *The Conquest of Mexico,* London 1993. Französisches Original: *Le colonisation de l’imaginaire*. *Sociétés indigènes et occidentalisation dans le Mexique espagnol, XVIe–XVIIIe siècle,* Paris 1988.

22 Herbert S. Klein und John J. TePaske, »The Seventeenth-Century Crisis in New Spain: Myth or Reality«, in: *Past and Present* 91 (1981), S. 116–135.

23 Jonathan I. Israel, *Race and Class in Colonial Mexico, 1610–1670*, Oxford 1975, S. 8.

24 Gruzinski, *The Conquest of Mexico,* S. 152.

25 Frances F. Berdan, »Trauma and Transition in Sixteenth-Century Central Mexico«, in: Warwick Bray (Hg.), *The Meeting of Two Worlds. Europe and the Americans, 1492– 1650,* Oxford 1993, S. 187.

26 Siehe Alistair Hennessy, »The Nature of the Conquest and the Conquistadors«, in: Bray (Hg.), *The Meeting of Two Worlds,* S. 23.

27 Gruzinski, *The Conquest of Mexico,* S. 176–187.

28 Berdan, »Trauma and Transition«, S. 190.

29 James Lockhart, *Spanish Peru, 1532–1560. A Colonial Society,* Madison 1968.

30 Hennessy, »The Nature of the Conquest«, S. 19.

31 José Ortega y Gasset, »Aufbau und Zerfall einer Nation (España Invertebrada)« (1922), in: ders., *Stern und Unstern. Über Spanien,* Stuttgart 1952, S. 139.

32 Henrik Birnbaum, »The Balkan Slavic Component of Medieval Russian Culture«, in: Henrik Birnbaum und Michael S. Flier (Hg.), *Medieval Russian Culture,* London 1984, S. 3–30.

33 Robert O. Crummey, *The Formation of Muscovy, 1301–1617*, London 1987, S. 36, 41.

34 Ebenda, S. 36ff.

35 Zur Lage des Großfürstentums Moskau siehe William H. Parker, *An Historical Geography of Russia,* London 1968.

36 Zur polnischen Renaissance siehe Norman Davies, *God’s Playground*. *A History of Poland,* Bd. 1: *The Origins to 1795,* Oxford 1981, S. 148–152.

37 Dimitri Obolensky, »Russia's Byzantine Heritage«, in: ders., *Byzantium and the Slavs. Collected Studies,* London 1971, S. 99; Nikolay Andreyev, *Studies in Muscovy. Western Influence and Byzantine Inheritance,* London 1970, S. 14, 21; Richard Wortman, *Scenarios of Power. Myth and Ceremony in Russian Monarchy,* Bd. 1: *From Peter the Great to the Death of Nicholas I*, Princeton 1995, S. 24.

38 James H. Billington, *The Icon and the Axe. An Interpretive History of Russian Culture,* New York 1970, S. 64.

39 Ebenda, S. 90.

40 George V. Lantzeff und Richard A. Pierce, *Eastward to Empire,* Montreal und London 1973, S. 72, 107, 109.

41 Joseph L. Wieczynski, *The Russian Frontier. The Impact of Borderlands upon the Course of Early Russian History,* Charlottesville, Va. 1976, S. 77.

42 Für eine lyrische Beschreibung der Steppe siehe Nikolaj Gogol, *Taras Bulba* (1835), München 1981, S. 23ff.

43 Die Schwierigkeiten des russischen militärischen Vormarschs in die südlichen Steppen werden erläutert in: William C. Fuller, *Strategy and Power in Russia, 1600–1914*, New York 1992.

44 Siehe Edward L. Keenan, »Muscovy and Kazan. Some Introductory Remarks on the Pattern of Steppe Diplomacy«, in: *Slavic Review* 26, Nr. 4 (1967), S. 553. Für eine allgemeine Darstellung der russischen Steppenexpansion siehe Alton S. Donnelly, *The Russian Conquest of Bashkiria, 1552–1740*, New Haven und London 1968.

45 Für eine suggestive Parallele siehe Fredrik Barth, *Nomads of South Persia,* Oslo 1964, S. 106–111.

46 Keenan, »Muscovy and Kazan«, S. 555.

47 Siehe die vorsichtigen Schlussfolgerungen in: Paul Bushkovitch, *The Merchants of Muscovy, 1580–1650*, Cambridge 1980, S. 93–101.

48 Michael Khodarkovsky, *Where Two Worlds Meet,* Ithaca, NY 1992, Kap. 3.

49 Siehe W. E. D. Allen (Hg.), *Russian Embassies to the Georgian Kings (1589–1605)*, 2 Bde., Cambridge 1970, Bd. 1, S. 69ff.

50 Zu dieser Interpretation siehe Richard Hellie, *Enserfment and Military Change in Muscovy,* Chicago und London 1971; und John H. L. Keep, *Soldiers of the Tsar,* Oxford 1985, S. 47f.

51 Hellie, *Enserfment*, S. 164.

52 Billington, *The Icon and the Axe,* S. 102ff.

53 Ogier Ghislain de Busbecq, *Vier Briefe aus der Türkei, 1555–1562*, üb. v. Wolfram von den Steinen, Erlangen 1926, S. 111.

54 Zum Hintergrund dieses Konflikts siehe Shai Har-El, *The Struggle for Domination in the Middle East. The Ottoman-Mamluck War, 1485–1491*, Leiden 1995.

55 Busbecq, *Vier Briefe aus der Türkei,* S. 112.

56 1528 verfügten die Osmanen über ein stehendes Heer von etwa 87.000 Mann. Siehe Halil Inalcik, »The Ottoman State. Economy and Society, 1300–1600«, in: Halil Inalcik und Donald Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*, Cambridge 1994, S. 88.

57 Zur osmanischen Seemacht siehe Palmira Johnson Brummett, *Ottoman Sea Power and Levantine Diplomacy in the Age of Discovery,* Albany, NY 1994.

58 Ebenda, S. 174; Andrew C. Hess, »The Evolution of the Ottoman Seaborne Empire in the Age of Oceanic Discoveries, 1453–1525«, in: *American Historical Review* 75, Nr. 7 (1970), S. 201–222.

59 Peter F. Sugar, *Southeastern Europe under Ottoman Rule, 1354–1804*, London 1977, S. 109.

60 Robert Mantran, *La Vie quotidienne à Constantinople au temps de Soleiman le Magnifique et ses successeurs,* Paris 1965, S. 295.

61 Cemal Kafadar, *Between Two Worlds. The Construction of the Ottoman State,* Berkeley, Los Angeles und London 1995, S. 153.

62 Busbecq, *Vier Briefe aus der Türkei,* S. 111.

63 Über den relativen Erfolg der osmanischen Wirtschaft gab es viele Diskussionen. Die düstereren Einschätzungen in: Daniel Goffman, *Izmir and the Levantine World, 1550–1650*, Seattle 1990; und Bruce Allan Masters, *The Origins of Western Economic Dominance in the Middle East. Mercantilism and the Islamic Economy in Aleppo,* New York 1988, können verglichen werden mit denen in: Suraiya Faroqhi, »In Search of Ottoman History«, in: Halil Berktay und Suraiya Faroqhi (Hg.), *New Approaches to State and Peasant in Ottoman History,* London 1992, und der Diskussion in: Suraiya Faroqhi, »Crisis and Change, 1590–1699«, in: Inalcik und Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire,* S. 474–531.

64 Zur Verbindung zwischen Steuerpacht und Kommerzialisierung siehe Huri Islamoglu-Inan, *State and Peasant in the Ottoman Empire,* Leiden 1994.

65 Siehe Rifa’at Ali Abou El-Haj, *The Formation of the Modern State. The Ottoman Empire, Sixteenth to Eighteenth Centuries,* Albany, NY 1991, S. 10.

66 Für eine brillante Darstellung dieser kriegerischen Auseinandersetzungen siehe W. E. D. Allen, *Problems of Turkish Power in the Sixteenth Century,* London 1963.

67 Zu den Rahmenbedingungen siehe Wilhelm Barthold, *An Historical Geography of Iran,* Princeton 1984.

68 Peter Jackson und Laurence Lockhart (Hg.), *The Cambridge History of Iran,* Bd. 6: *The Timurid and Safavid Periods,* Cambridge 1986, S. 227f.

69 Zum Schiismus im Iran, siehe Heinz Halm, *Die Schia,* Darmstadt 1988, S. 103ff.

70 Siehe J. J. Reid, »Tribalism and Society in Islamic Iran, 1500–1629«, Dissertation, University of California at Los Angeles 1978.

71 Jackson und Lockhart (Hg.), *The Cambridge History of Iran,* S. 246, 263. Siehe auch das Kapitel von R. M. Savory über die safawidische Verwaltung im selben Band.

72 D. Navridi, »Socio-Economic and Political Change in Safavid Iran in the Sixteenth and Seventeenth Centuries«, Dissertation, Vanderbilt University 1977, S. 71ff.

73 Jean-Baptiste Tavernier, *Voyages en Perse,* Paris 1970, S. 251f. Taverniers erste Reise fand 1639 statt. Seine *Voyages* wurden ursprünglich im Jahr 1670 veröffentlicht.

74 Navridi, »Socio-Economic and Political Change in Safavid Iran«, S. 168.

75 John Fryer, *A New Account of East India and Persia. Being Nine Years' Travels, 1672– 1681,* hg. von William Crook, 3 Bde., London 1909–1915, Bd. 2, S. 246–250.

76 Noch im 19. Jahrhundert waren zwischen einem Drittel und der Hälfte der iranischen Bevölkerung nomadische Stammesleute. André Wink, *Al-Hind*. *The Making of the Indo-Islamic World,* Bd. 2: *Slave Kings and the Islamic Conquest, 11*th *–13*th *Centuries,* Leiden 1997, S. 15.

77 Halm, *Die Schia,* S. 107–110.

78 Zu Baburs Ursprüngen und früher Karriere siehe Samuel A. Adshead, *Central Asia in World History,* London 1993, S. 131ff.

79 John F. Richards, *The Mughal Empire,* Cambridge 1993, S. 6.

80 Stephen F. Dale, *Indian Merchants and Eurasian Trade, 1600–1750*, Cambridge 1994, S. 6f.

81 *Baburnama (Memoirs of Babur)*, üb. v. Annette Susannah Beveridge, Delhi 1921, 1989, S. 531f.

82 Richards, *The Mughal Empire,* S. 2.

83 Richard M. Eaton, *The Rise of Islam and the Bengal Frontier, 1204–1760*, London 1993, S. 36.

84 Zu den Amiren siehe Richards, *The Mughal Empire,* S. 19. 1595 waren zwei Drittel der Adligen Akbars türkischen oder iranischen Ursprungs. Siehe Eaton, *The Rise of Islam and the Bengal Frontier,* S. 165.

85 Tapan Raychaudhuri und Irian Habib (Hg.), *The Cambridge Economic History of India,* Bd. 1: *c. 1200–1750*, Cambridge 1982, S. 184; Richards, *The Mughal Empire,* S. 66.

86 Raychaudhuri und Habib (Hg.), *Economic History,* Bd. 1, S. 266.

87 Douglas Streusand, *The Formation of the Mughal Empire,* Delhi 1989, S. 71.

88 Streusand, *The Formation of the Mughal Empire,* S. 130.

89 Ebenda, S. 131.

90 Siehe Francis Robinson, »Perso-Islamic Culture in India from the 17th to the early 20 th Centuries«, in: Robert L. Canfield (Hg.), *Turko-Persia in Historical Perspective,* Cambridge 1991, S. 110f.

91 Adshead, *Central Asia in World History,* S. 131.

92 Dale, *Indian Merchants, S. 15, 21*. Für einen Überblick über die Mogul-Wirtschaft siehe Raychaudhuri und Habib (Hg.), *Economic History,* Bd. 1.

93 Laut Tavernier so sicher wie Frankreich oder Italien. Raychaudhuri und Habib (Hg.), *Economic History,* Bd. 1, S. 353.

94 Zu diesen Gesichtspunkten siehe ebenda, S. 288–301.

95 Ich verdanke diese Anregung einem unveröffentlichten Aufsatz von David Washbrook.

96 Edward L. Farmer, *Early Ming Government. The Evolution of Dual Capitals,* Cambridge, Mass. 1976, S. 19.

97 John W. Dardess, »The End of Yuan Rule in China«, in: Herbert Franke und David Twitchett (Hg.), *The Cambridge History of China,* Bd. 6: *Alien Regimes and Border States, 907–1368*, Cambridge 1994, S. 581f.

98 Siehe Ray Huang, *Taxation and Governmental Finance in Sixteenth-Century Ming China,* Cambridge 1974, S. 55.

99 Ebenda, S. 310.

100 Zu den Beziehungen der Ming zu Timur und seinen Nachfolgern siehe Joseph E. Fletcher, »China and Central Asia, 1368–1884«, in: John King Fairbank (Hg.), *The Chinese World Order. Traditional China's Foreign Relations,* Cambridge, Mass. 1968.

101 Arthur Waldron, *The Great Wall. From History to Myth*, Cambridge 1990, bietet eine ausgezeichnete Übersicht über die strategischen Debatten unter den letzten Ming-Kaisern.

102 Segchin Jagchid und Van Jay Symons, *Peace, War and Trade along the Great Wall,* Bloomington, Ind. 1989, S. 86.

103 Siehe Dennis O. Flynn, »Comparing the Tokugawa Shogunate and Hapsburg Spain«, in: James D. Tracy (Hg.), *The Rise of Merchant Empires,* Cambridge 1990.

104 Siehe John E. Wills, »Maritime China from Wang Chih to Shih Lang«, in: John E. Wills und Jonathan D. Spence (Hg.), *From Ming to Ch’ing*, New Haven 1979, S. 211.

105 Siehe Anthony Reid, »An Age of Commerce in Southeast Asian History«, in: *Modern Asian Studies,* 24, Nr. 1 (1990), S. 9f.

106 Richard von Glahn, *Fountain of Fortune. Money and Monetary Policy in China, 1000– 1700,* Berkeley 1997; Frederick W. Mote und David Twitchett (Hg.), *The Cambridge History of China,* Bd. 7: *Ming Dynasty, 1368–1644*, Teil 1, Cambridge 1988, S. 587f.; Reid, »An Age of Commerce«, S. 10, 21ff.

107 John W. Hall (Hg.), *The Cambridge History of Japan,* Bd. 4: *Early Modern Japan,* Cambridge 1991, S. 321.

108 Siehe Marius B. Jansen, *China in the Tokugawa World,* Cambridge, Mass. 1992.

109 Siehe Wills, »Maritime China«.

110 Ebenda, S. 244.

111 Peter Burke, *Die Renaissance in Italien. Sozialgeschichte einer Kultur zwischen Tradition und Erfindung,* Berlin 1984, S. 234.

112 In seinem höchst einflussreichen Werk *Die Kultur der Renaissance in Italien,* das zwar bereits 1860 in Basel erschien, aber erst in den 1880er Jahren weithin bekannt wurde.

113 Siehe Jacob Burckhardt, *Die Kultur der Renaissance in Italien,* Stuttgart 2009, Erster Abschnitt.

114 Fernand Braudel, *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.,* Band 3, Frankfurt am Main 1990, S. 30.

115 Siehe Geoffrey Parker, *The Grand Strategy of Philip II,* London 1998.

116 Siehe Giovanni Muto, »The Spanish System«, in: Richard J. Bonney (Hg.), *Economic Systems and State Finance,* Oxford 1995, S. 246, 248.

117 Siehe Anne Pérotin-Dumon, »The Pirate and the Emperor«, in: Tracy (Hg.), *The Political Economy of Merchant Empires,* S. 196–227.

118 Siehe Donald F. Lach, *Asia in the Making of Europe,* Bd. 1: *The Century of Discovery,* Chicago 1964, Kap. 4.

119 A. R. Mitchell, »The European Fisheries in Early Modern History«, in: Edwin E. Rich und Charles H. Wilson (Hg.), *The Cambridge Economic History of Europe,* Bd. 5: *The Economic Organisation of Early Modern Europe,* Cambridge 1977, S. 157f.

120 William L. Schurz, *The Manila Galleon,* New York 1939; Henry Kamen, *Spain’s Road to Empire. The Making of a World Power,* London 2002.

121 Zu Philipps »messianischem Imperialismus« siehe Parker, *The Grand Strategy of Philip II*, Kap. 3.

122 Zu den Auswirkungen auf Amerika siehe John H. Elliott, »Final Reflections«, in: Karen O. Kupperman (Hg.), *America in European Consciousness, 1493–1750*, Chapel Hill, NC und London 1995, S. 406.

123 Siehe Jan de Vries, *The Economy of Europe in an Age of Crisis, 1600–1750*, Cambridge 1976, S. 130.

124 Siehe Alfred W. Crosby, *The Columbian Exchange. Biological and cultural Consequences of 1492,* Westport, Conn. 1972; Anthony J. R. Russell-Wood, *A World on the Move. The Portuguese in Africa, Asia and America, 1405–1808*, New York 1992.

125 Zur osmanischen Gleichgültigkeit gegenüber Amerika siehe Bernard Lewis, *Cultures in Conflict,* Oxford 1995.

3. Das frühneuzeitliche Gleichgewicht

1 John B. Brebner, *The Explorers of North America,* New York 1955, S. 255.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 299.

4 Die klassische Untersuchung ist: John N. L. Baker, *A History of Geographical Discovery and Exploration,* London 1931.

5 Siehe John C. Beaglehole, *The Life of Captain James Cook,* London 1974.

6 Siehe Robin Law, »›Here is no Resisting the Country‹. The Realities of Power in Afro-European Relations on the West African Slave Coast«, in: *Itinerario* 18, Nr. 2 (1994), S. 50–64.

7 Zu den *Bandeirantes* siehe Charles R. Boxer, *The Golden Age of Brazil, 1695–1750*, London 1962, S. 31f.

8 Nicholas Canny, *Europeans on the Move,* Oxford 1994, S. 265.

9 Francis Jennings, *The Invasion of America,* London 1976, S. 30, 178f., 300.

10 Trevor Burnard, »European Migration to Jamaica, 1655–1780«, in: *William and Mary Quarterly,* 3. Reihe, 52, Nr. 4 (1996), S. 769–796.

11 Bernard Bailyn, *Voyagers to the West. A Passage in the Peopling of America on the Eve of the Revolution,* London 1986, S. 24.

12 David Eltis, »Free and Coerced Transatlantic Migration. Some Comparisons«, in: *American Historical Review* 88, Nr. 2 (1983), S. 252–255.

13 Richard S. Dunn, *Sugar and Slaves. The Rise of the Planter Class in the English West Indies, 1624–1713*, Chapel Hill, NC 1972.

14 Philip R. P. Coelho und Robert A. McGuire, »African and European Bound Labour. The Biological Consequences of Economic Choice«, in: *Journal of Economic History* 57, Nr. 1 (1997), S. 108.

15 Barbara L. Solow, »Slavery and Colonization«, in: B. Solow (Hg.), *Slavery and the Rise of the Atlantic System,* Cambridge 1991, S. 29.

16 Ian Blanchard, *Russia's Age of Silver,* London 1989.

17 Zum Zuckerverbrauch in Europa siehe Sidney W. Mintz, *Die süße Macht. Kulturgeschichte des Zuckers,* Frankfurt am Main und New York 1987, S. 96.

18 Kirti N. Chaudhuri, *The Trading World of Asia and the East India Company, 1660– 1750,* Cambridge 1978, S. 7–10; Louis Dermigny, *La Chine et l'Occident*. *Le Commerce à Canton 1719–1833*, 3 Bde., Paris 1964, Bd. 2, S. 691.

19 Siehe Ralph Davis, »English Foreign Trade, 1660–1700«, in: *Economic History Review,* Neue Reihe, 7, Nr. 2 (1954), S. 150–166; Ralph Davis, »English Foreign Trade, 1700–1774«, in: *Economic History Review,* Neue Reihe, 15, Nr. 2 (1962), S. 285–303.

20 Nuala Zahedieh, »Trade, Plunder and Economic Development in Early English Jamaica, 1655–1689«, in: *Economic History Review,* Neue Reihe, 39, Nr. 2 (1986), S. 205–222; Kristof Glamann, »The Changing Patterns of Trade«, in: Edwin E. Ree und Charles H. Wilson (Hg.), *The Cambridge Economic History of Europe,* Bd. 5: *The Economic Organisation of Early Modern Europe,* Cambridge 1977, S. 191.

21 Jan de Vries, *The Economy of Europe in an Age of Crisis, 1600–1750*, Cambridge 1976.

22 Ebenda, S. 116.

23 Ebenda, S. 125.

24 Ebenda, S. 181.

25 Siehe zum Beispiel John H. Plumb, »The Commercialization of Leisure«, in: Neil McKendrick, John Brewer und John H. Plumb, *The Birth of a Consumer Society. The Commercialization of Eighteenth-Century England,* London 1982.

26 Zu dieser Argumentation siehe Immanuel Wallerstein, *Das moderne Weltsystem*, 3 Bde., Wien 2004.

27 De Vries, *The Economy of Europe in an Age of Crisis,* S. 142.

28 Zur Royal African Company siehe Kenneth G. Davies, *The Royal African Company,* London 1962. Zur South Seas Company siehe John Carswell, *The South Sea Bubble,* Stanford 1960. Die sinkende Ertragskraft der Holländisch-Ostindischen Kompanie und das Scheitern der beiden Holländisch-Westindischen Kompanien werden besprochen in: Jan de Vries und Ad van der Woude, *The First Modern Economy. Success*, *Failure and Perseverance of the Dutch Economy, 1500–1815*, Cambridge 1997, S. 463f., 468.

29 Siehe Holden Furber, *Rival Empires of Trade in the Orient, 1600–1800*, Minneapolis 1976, Neudruck New Delhi 2004, S. 334–339.

30 Siehe Martin Körner, »Expenditure«, in: Richard J. Bonney (Hg.), *Economic Systems and State Finance,* Oxford 1995, S. 393–422.

31 Siehe Nicholas Henshall, *The Myth of Absolutism,* London 1992.

32 Siehe Jean Bérenger, *Finances et absolutisme autrichiens dans la seconde moitié du XVII*me *siècle,* 2 Bde., Paris 1975, Bd. 2, S. 662; Robert J. W. Evans, *Das Werden der Habsburgermonarchie, 1550–1700*. *Gesellschaft, Kultur*, *Institutionen*, Wien, Köln und Graz 1986, S. 78–85.

33 Emmanuel Le Roy Ladurie, *L’Ancien Régime,* 2 Bde., Paris 1991, Bd. 2, S. 26.

34 Der Ausdruck stammt aus James Henretta, *»Salutary Neglect.« Colonial Administration under the Duke of Newcastle,* Princeton 1972.

35 John H. Parry, *The Spanish Seaborne Empire,* London 1966, Kap. 14.

36 David Ogg, *Europe of Ancien Régime, 1715–1783*, London 1965, S. 41–44, wo er aus den *Institutions politiques* (1760) des Jakob Friedrich von Bielfeld zitiert.

37 Parry, *The Spanish Seaborne Empire,* S. 202–205.

38 Edmund S. Morgan, *American Slavery, American Freedom. The Ordeal of Colonial Virginia,* New York 1975, Kap. 13.

39 Daniel A. Bough, »Maritime Strength and Atlantic Commerce. The Uses of a ›Grand Marine Empire‹«, in: Lawrence Stone (Hg.), *An Imperial State at War. Britain from 1689 to 1815,* London 1994, S. 185–223.

40 Bernard Bailyn, *The Origins of American Politics,* New York 1968, S. 72ff.

41 Körner, »Expenditure«, S. 416.

42 Richard J. Bonney, »The Eighteenth Century II: The Struggle for Great Power Status and the End of the Old Fiscal Regime«, in: Bonney (Hg.), *Economic Systems and State Finance,* S. 322ff.

43 Matthew S. Anderson, *The War of the Austrian Succession, 1740–1748*, London 1995, S. 25ff.

44 Siehe Bruce Lenman, *Britain’s Colonial Wars, 1688–1783*, London 2001.

45 Zur Kriegführung in Danubien siehe John Stoye, *Marsigli's Europe, 1680–1730. The Life and Times of Luigi Ferdinando Marsigli, Soldier and Virtuoso,* London 1994.

46 Siehe William C. Fuller, *Strategy and Power in Russia, 1600–1914*, New York 1992.

47 Tobias Smollett, *Die Abenteuer des Roderick Random,* Leipzig 1965, S. 272. Englisches Original: *The Adventures of Roderick Random* (1748), London 1927, Kap. 34, S. 191.

48 George W. Forrest, *The Life of Lord Clive,* 2 Bde., London 1918, Bd. 1, S. 26–30.

49 Andreas Osiander, *The States System of Europe 1640–1990*, Oxford 1994, S. 78–81. Deutsche Ausgabe: *Das europäische Mächtesystem vom 15. Jahrhundert bis zum Wiener Kongress,* Stuttgart 2009.

50 Zum spanischen »System« siehe Robert A. Stradling, *Europe and the Decline of Spain,* London 1981.

51 Anderson, *The War of the Austrian Succession,* S. 58.

52 William H. Goetzmann, *New Lands, New Men. America and the Second Great Age of Discovery,* London 1987, S. 62ff.

53 James Tully, *An Approach to Political Philosophy. Locke in Contexts,* Cambridge 1993, Kap. 5.

54 Siehe John Harrison und Peter Laslett, *The Library of John Locke,* Oxford 1965.

55 Dermigny, *La Chine et l’Occident*, Bd. 1, S. 19–22.

56 Charles-Louis de Montesquieu, *Persische Briefe* (1721), Stuttgart 1991, Brief 121, S. 224.

57 Charles-Louis de Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze* (1748),hg. von Ernst Forthoff, Tübingen 1951, Bd. 1, Buch 19, Kap. 17–20, S. 424–428.

58 Ebenda, Bd. 2, Buch 21, Kap. 21, S. 75.

59 Zitiert in: Nicholas A. M. Rodger, *The Command of the Ocean. A Naval History of Britain, 1649–1815*, London 2004, S. 235.

60 Joan-Pau Rubiès, »New Worlds and Renaissance Ethnology«, in: *History and Anthropology* 6, Nr. 2–3 (1993), S. 157–197.

61 Matthew S. Anderson, *Britain’s Discovery of Russia, 1553–1815*, London 1958, S. 98.

62 Siehe Wallerstein, *Das moderne Weltsystem,* Bd. 2.

63 James H. Billington, *The Icon and the Axe. An Interpretive History of Russian Culture,* London 1970, S. 146, 154, 166.

64 John M. Letiche und Basil D. Dmytryshyn, *Russian Statecraft. The* Politika *of Iurii Krizhanich,* Oxford 1985, S. XLVII.

65 George V. Lantzeff und Richard A. Pierce, *Eastward to Empire. Exploration and Conquest on the Russian Open Frontier to 1750,* Montreal und London 1973, S. 139ff.

66 Blanchard, *Russia’s Age of Silver,* S. 90.

67 Zu diesem Prozess siehe Alton S. Donnelly, *The Russian Conquest of Bashkiria, 1552– 1740,* New Haven und London 1968.

68 Die beste Darstellung von Peters Politik ist gegenwärtig Lindsey Hughes, *Russia in the Age of Peter the Great,* London 1998. Zu dieser Senatserklärung siehe S. 296.

69 Orest Subtelny, *Ukraine*. *A History*, Toronto 1988, S. 182.

70 Samuel H. Baron, »Who were the *Gosti?«,* in seinem *Muscovite Russia. Collected Essays,* London 1980.

71 Blanchard, *Russia’s Age of Silver,* S. 218ff. 1710 betrug die Steuerlast 64 Prozent der Getreideernte, einem groben Annäherungswert des Sozialprodukts. Siehe Richard Hellie, »Russia«, in: Richard J. Bonney, *The Rise of the Fiscal State in Europe, c.1200– 1815,* Oxford 1999, S. 497.

72 Hughes, *Russia in the Age of Peter the Great,* Kap. 7, 9.

73 Benedict H. Sumner, *Peter the Great and the Emergence of Russia,* London 1951, S. 55, 72.

74 Ein Zitat von Kljutschewskij in: Samuel H. Baron, »The Weber Thesis and Early Modern Russia«, in: Ders., *Muscovite Russia,* S. 333.

75 Letiche und Dmytryshyn, *Russian Statecraft,* S. LVIIIf.

76 Samuel A. M. Adshead, *China in World History,* London [3] 1995, S. 243.

77 »Qing« bedeutet »rein, klar, sauber«.

78 Lawrence D. Kessler, *Kang-hsi and the Consolidation of Ch’ing-Rule, 1661–1684*, Chicago 1976, S. 10.

79 Siehe John E. Wills, »Maritime China from Wang Chih to Shih Lang«, in: Jonathan Spence und John E. Wills (Hg.), *From Ming to Ch’ing*, New Haven 1979, S. 226.

80 Kessler, *Kang-hsi*, S. 86.

81 Vladimir S. Miasnikov, *The Ch’ing Empire and the Russian State in the 17*th *Century,* London 1985, S. 183.

82 Wills, »Maritime China«, S. 228.

83 John E. Wills, »Ch’ing Relations with the Dutch 1662–1690«, in: John K. Fairbank (Hg.), *The Chinese World Order. Traditional China’s Foreign Relations,* Cambridge, Mass. 1968, S. 245.

84 Siehe Joseph E. Fletcher, »China and Central Asia, 1368–1884«, in: Fairbank (Hg.), *The Chinese World Order*.

85 Jonathan D. Spence, *Ich, Kaiser von China. Ein Selbstporträt des Kangxi-Kaisers,* Frankfurt am Main 1985, S. 20, 48ff.

86 Miasnikov, *The Ch’ing Empire,* S. 94.

87 Ebenda, S. 286.

88 Pei Huang, *Autocracy at Work. A Study of the Yung-cheng Period, 1723–1735*, Bloomington, Ind. 1974, S. 181.

89 Huang, *Autocracy at Work,* S. 160; für eine allgemeine Darstellung siehe Beatrice Bartlett, *Monarchs and Ministers. The Grand Council in Mid-Ch’ing China, 1723– 1820,* Berkeley und Los Angeles 1991.

90 Adshead, *China in World History*, S. 253.

91 Peter C. Perdue, *Exhausting the Earth. State and Peasant in Hunan, 1500–1850*, Cambridge, Mass. 1987, S. 10.

92 Ebenda, S. 22.

93 Mark Elvin, *The Pattern of the Chinese Past,* London 1973, S. 248.

94 Zur Kiangnan-Region und ihrem Baumwollhandel siehe Mark Elvin, »Market Towns and Waterways. The County of Shanghai from 1480 to 1910«, in: ders., *Another History. Essays on China from a European Perspective,* Sydney 1996, S. 109.

95 Für einen Vergleich zwischen der frühneuzeitlichen Wirtschaft Chinas und Europas siehe Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy,* Princeton 2000, S. 106f.

96 Spence, *Ich*, *Kaiser von China,* S. 130.

97 Ebenda, S. 135.

98 Richard J. Smith, *China’s Cultural Heritage. The Ch’ing-Dynasty, 1644–1911*, Boulder, Colo. und London 1983, S. 190ff.

99 Ebenda, S. 108.

100 Charles P. Fitzgerald, *The Southern Expansion of the Chinese People,* London 1972, S. 152–155.

101 Peng Yoke, »China and Europe. Scientific and Technological Exchanges«, in: Thomas H. C. Lee (Hg.), *China and Europe. Images and Influence in the Sixteenth to Eighteenth Centuries,* Hongkong 1991, S. 196.

102 Francesca Bray, »Some Problems Concerning the Transfer of Scientific and Technological Knowledge«, in: Lee (Hg.), *China and Europe,* S. 16.

103 Smith, *China's Cultural Heritage*, S. 185ff.

104 Für zwei höchst schlüssige Darstellungen der Langzeittendenzen der chinesischen politischen Organisation siehe Joshua A. Fogel, *Politics and Sinology. The Case of Naito Konan, 1866–1934*, Cambridge, Mass. 1984, und John E. Schrecker, *The Chinese Revolution in Historical Perspective,* New York 1991.

105 Conrad Totman, *Early Modern Japan,* London 1993, S. 140.

106 Edo war die erste Stadt, die eine Bevölkerungszahl von einer Million erreichte. Siehe dazu Hidenobu Jinnai, »The Spacial Structure of Edo«, in: Chie Nakane und Shinzaburo Oishi (Hg.), *Tokugawa Japan. The Social and Economic Antecedents of Modern Japan,* Tokio 1990.

107 Totman, *Early Modern Japan,* S. 149.

108 Satoru Nakamura, »The Development of Rural Industry«, in: Nakane und Oishi (Hg.), *Tokugawa Japan,* S. 81–85.

109 Siehe Eiichi Kato, »Unification and Adaptation, the Early Shogunate and Dutch Trade Policies«, in: Leonard Blussé und Femme Gaastra (Hg.), *Companies and Trade,* Leiden 1981.

110 Anthony Reid, »An Age of Commerce in Southeast Asian History«, in: *Modern Asian Studies* 24, Nr. 1 (1990), S. 10, 21.

111 Marius B. Jansen, *China in the Tokugawa World,* Cambridge, Mass. 1992, S. 16.

112 Ebenda, S. 7.

113 Ebenda, S. 9.

114 Totman, *Early Modern Japan,* S. 138; Jansen, *China in the Tokugawa World,* S. 35.

115 Siehe Yoshiko Yonezawa und Chue Yoshizawa, *Japanese Painting in the Literati Style,* New York 1974.

116 Jinnai, »The Spacial Structure of Edo«, S. 148.

117 Totman, *Early Modern Japan,* S. 261.

118 Anthony Reid, *Southeast Asia in the Age of Commerce, 1450–1680*, 2 Bde., New Haven 1988, 1993, Bd. 2, Kap. 3.

119 John S. Trimingham, *A History of Islam in West Africa,* Oxford 1970, S. 131–136.

120 Ebenda, S. 122.

121 Bernard Lewis, *Die Welt der Ungläubigen. Wie der Islam Europa entdeckte,* Frankfurt am Main 1983, S. 247; Hamilton A. R. Gibb und Harold Bowen, *Islamic Society and the West. A Study of the Impact of Western Civilisation on Moslem Culture in the Near East,* Bd. 1: *Islamic Society in the Eighteenth Century,* Teil 1, London 1950, S. 214.

122 Siehe Joel Mokyr, *The Lever of Riches. Technological Creativity and Economic Progress,* Oxford 1990, Kap. 4.

123 Trimingham, *A History of Islam in West Africa,* S. 141f.

124 Für eine neuere Untersuchung dieser Periode siehe Ivan Parvev, *Habsburgs and Ottomans between Vienna and Belgrade (1683–1739)*, New York 1995.

125 Bruce Alan Masters, *The Origins of Western Economic Dominance in the Middle East. Mercantilism and the Islamic Economy in Aleppo*, New York 1988; Daniel Goffman, *Izmir and the Levantine World, 1550–1650*, Seattle 1990.

126 Lewis, *Die Welt der Ungläubigen,* S. 286f.

127 *Memoirs of the Baron de Tott on the Turks and the Tartars,* London 1785, Bd. 2, S. 15; Lewis, *Die Welt der Ungläubigen,* S. 154f.

128 Paul Goubert, *Cent mille provinciaux au XVII*e *siècle. Beauvais et les Beauvaisis de 1600 à 1750*, Paris 1968, S. 172f.

129 Rifa’at Ali Abou El-Haj, *The Formation of the Modern State. The Ottoman Empire, Sixteenth to Eighteenth Centuries,* Albany, NY 1991, S. 10.

130 Carol B. Stevens, »Modernizing the Military. Peter the Great and Military Reform«, in: Jarmo Kotilaine und Marshall Poe (Hg.), *Modernizing Muscovy. Reform and Social Change in Seventeenth-Century Russia,* London 2004, S. 247–262, v. a. S. 258f.

131 Lucette Valensi, *Le Maghreb avant la prise d'Algers (1800–1830)*, Paris 1969; Andrew C. Hess, »The Forgotten Frontier. The Ottoman North African Provinces«, in: Thomas Naff und Roger Owen (Hg.), *Studies in Eighteenth-Century Islamic History,* Carbondale, Ill. 1977, S. 71–83.

132 Halil Inalcik, »Centralization and Decentralization in Ottoman Administration«, in: Naff und Owen (Hg.), *Studies in Eighteenth-Century Islamic History,* S. 38–46.

133 Siehe Bruce McGowan, »The Age of the Ayans, 1699–1812«, in: Halil Inalcik und Donald Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*, Cambridge 1994, S. 664–676.

134 Zu Kairos Kaffeehandel siehe André Raymond, *Artisans et commerçants au Caire au XVIII*e *siècle,* Damaskus 1972, S. 144. Zum schnellen Wachstum Izmirs siehe Suraya Faroqhi, *Towns and Townsmen of Ottoman Anatolia,* Cambridge 1984, S. 6.

135 John Carswell, »From the Tulip to the Rose«, in: Naff und Owen (Hg.), *Studies in Eighteenth-Century Islamic History,* S. 328f.

136 Suraya Faroqhi, »Crisis and Change, 1590–1699«, in: Inalcik und Quataert (Hg.), *Economic and Social History of the Ottoman Empire,* S. 526; und McGowan, »The Age of the Ayans«, S. 724.

137 Stephen P. Blake, *Shahjahanabad. The Sovereign City in Mughal India, 1639–1739*, Cambridge 1991.

138 Richard M. Eaton, *The Rise of Islam and the Bengal Frontier, 1204–1760*, London 1996, S. 228ff.

139 Christopher A. Bayly, *Rulers, Townsmen and Bazaars. North Indian Society in the Age of British Expansion, 1770–1870*, Cambridge 1983, S. 155.

140 Tapan Raychaudhuri und Irfan Habib (Hg.), *The Cambridge Economic History of India,* Bd. 1: *c. 1200–1750*, Cambridge 1982, S. 396; John R. McLane, *Land and Local Kingship in Eighteenth Century Bengal,* Cambridge 1993, S. 31.

141 Raychaudhuri und Habib (Hg.), *Cambridge Economic History of India,* Bd. 1, S. 400ff.

142 Ebenda, S. 417.

143 Siehe den brillanten Aufsatz von Frank Perlin, »Commercial Manufacture and the ›Protoindustrialism‹ Thesis«, in: ders., *Unbroken Landscape. Commodity, Category, Sign and Identity. Their Production as Myth and Knowledge,* Aldershot 1994, v. a. S. 81f.

144 Eric Maclagan, *The Jesuits and the Great Moghul,* London 1932, S. 268.

145 Ebenda, S. 269.

146 Ebenda, S. 243ff.

147 L’Escaliot an Sir T. Browne, 28. Januar 1664, in: Narasimha C. Kelkar und Dattatraya V. Apte (Hg.), *English Records on Shivaji, 1659–1682*, Poona 1931, S. 73.

148 Ebenda, S. 374.

149 Stewart Gordon, *Marathas, Marauders and State Formation in 18*th *Century India,* New Delhi 1994, S. 28.

150 Ebenda, Kap. 2.

151 André Wink, *Land and Sovereignty in India. Agrarian Society and Politics under the Eighteenth-Century Maratha Svarajya,* Cambridge 1986, S. 40.

152 Siehe ebenda, S. 7, 34.

153 Muzaffar Alam, *The Crisis of Empire in Mughal North India. Awadh and the Punjab, 1707–1748*, Delhi 1986, S. 241.

154 William Irvine, *The Later Mughals,* Bd. 2: *1719–1739*, Kalkutta 1922, S. 360.

155 Zu den »Kernzonen« des Mogul-Reichs siehe Jos Gommans, *Mughal Warfare. Indian Frontiers and the Highroads to Empire, 1500–1700*, London 2002, S. 18.

156 David Ludden, *Peasant History in South India,* New Delhi 1989, S. 74.

157 Siehe Perlin, »Commercial Manufacture«.

158 Zu Whites Karriere siehe Maurice Collis, *Siamese White,* London 1936.

159 Forrest, *The Life of Lord Clive,* Bd. 1, S. 26.

160 Gavin R. G. Hambly, »The Emperor’s Clothes«, in: Stewart Gordon (Hg.), *Robes of Honour,* New Delhi 2003, S. 31–49, v. a. S. 43.

161 Siehe die bemerkenswerte Untersuchung von Jos J. Gommans, *The Rise of the Indo-Afghan Empire, c. 1710–1780*, Leiden 1995.

162 Für einen faszinierenden Einblick in die georgische Politik siehe W. E. D. Allen (Hg.), *Russian Embassies to the Georgian Kings (1589–1605)*, 2 Bde., Cambridge 1970, Bd. 1, »Introduction«.

163 Laurence Lockhart, *Nadir Shah,* London 1938, S. 268.

164 Ebenda, S. 268; Percy Sykes, *A History of Persia,* 2 Bde., London [3]1951, Bd. 2, S. 241ff.

165 Gommans, *The Rise of the Indo-Afghan Empire*, S. 55ff.

166 Ebenda, S. 26f.

167 Robert L. Canfield, *Turko-Persia in Historical Perspective,* Cambridge 1991, S. 22.

168 Lockhart, *Nadir Shah,* S. 212ff.

169 Gommans, *The Rise of the Indo-Afghan Empire,* S. 177.

170 De Vries und van der Woude, *The First Modern Economy,* S. 693.

4. Die eurasische Revolution

1 Stephen Frederic Dale, *Indian Merchants and Eurasian Trade, 1600–1750*, Cambridge 1994.

2 Peter C. Perdue, *China Marches West,* Cambridge, Mass. 2005.

3 Zur Politik am oberen Nil in der Mitte des 18. Jahrhunderts siehe Janet Ewald, *Soldiers, Traders and Slaves. State Formation and Economic Transformation in the Greater Nile Valley, 1700–1885*, Madison 1990.

4 Die klassische Untersuchung ist: Petrus J. van der Merwe, *The Migrant Farmer in the History of the Cape Colony, 1657–1842* (1938), Athens, O. 1995.

5 William P. Cumming, Susan Hillier, David B. Quinn und Glyndwr Williams, *The Exploration of North America, 1630–1776*, London 1974, S. 233f.

6 Zitiert in: Walter Hubatsch, *Friedrich der Große und die preußische Verwaltung,* Köln und Berlin 1973, S. 145.

7 Die beste Einführung in diese Region bleibt weiterhin William Hardy McNeill, *Europe’s Steppe Frontier,* London 1974.

8 Laut einer französischen Untersuchung aus dem Jahr 1763 waren die französischen Staatseinnahmen mit 321 Millionen *Livres tournois* weit höher als die Großbritanniens mit 224 Millionen. An dritter Stelle kamen die Niederlande mit 120, an vierter Österreich mit 92 Millionen. Siehe Richard Bonney, »The Eighteenth Century II: The Struggle for Great Power Status and the End of the Old Fiscal Regime«, in: ders. (Hg.), *Economic Systems and State Finance,* Oxford 1995, S. 336.

9 William Goetzmann, *New Lands, New Men. America and the Second Great Age of Discovery,* New York 1986, S. 69–73.

10 Zur Macht dieser Versammlungen siehe Bernard Bailyn, *The Origins of American Politics,* New York 1968.

11 Theodor Schieder, *Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche,* Frankfurt am Main, Berlin und Wien 1983, S. 171f.

12 Zu Friedrichs Angst vor einer russischen Expansion siehe ebenda, S. 241ff.

13 Die Österreicher wollten Schlesien zurückgewinnen, das sie 1740 an Preußen verloren hatten.

14 Siehe Simon Sebag-Montefiore, *Katharina die Große und Fürst Potemkin. Eine kaiserliche Affäre,* Frankfurt am Main 2009; Nikolas K. Gvosdev, *Imperial Policies and Perspectives towards Georgia, 1760–1819*, London 2000, Kap. 4.

15 Piers Mackesy, *The War for America, 1775–1783*, London 1964, bleibt weiterhin das Standardwerk.

16 Für einen umfassenderen Überblick siehe Gregory H. Nobles, *American Frontiers. Cultural Encounters and Continental Conquest,* London 1997, Kap. 2, 3.

17 »Zusätzliche Instruktionen für Lt. James Cook«, zitiert in: Captain James Cook, *Entdeckungsfahrten im Pacific. Die Logbücher der Reisen von 1768 bis 1779,* hg. von A. Glenfell Price, Tübingen und Basel 1971, S. 37f.

18 André Wink, *Land and Sovereignty in India. Agrarian Society and Politics under the Eighteenth-Century Maratha Svarajya,* Cambridge 1986.

19 Diese Beschreibung befand sich in einem Brief, der im Juli 1757 im *London Chronicle* veröffentlicht wurde. Samuel C. Hill (Hg.), *Indian Records Series. Bengal in 1756– 1757,* 3 Bde., London 1905, Bd. 3, S. 85.

20 Lebendige zeitgenössische Schilderungen dieser Krise finden sich in: Ebenda, Anhang 2 und 3.

21 Clive an seinen Vater, 19. August 1757, in: Ebenda, S. 360.

22 Clive an William Pitt, 7. Januar 1759, in: Walter K. Firminger (Hg.), *Fifth Report… on the Affairs of the East India Company 1812,* (1917), New York 1969, S. CLVI.

23 Clive an die East India Company, 16. Januar 1767, in: Ebenda, S. CLIX.

24 Siehe Burton Stein, »State Formation and Economy Reconsidered«, in: *Modern Asian Studies* 19, Nr. 3 (1985), S. 387–413; Kate Brittlebank, »Assertion«, in: Peter J. Marshall (Hg.), *The Eighteenth Century in Indian History. Evolution or Revolution?,* New Delhi 2003, S. 269–292.

25 Raymond Callahan, *The East India Company and Army Reform,* Cambridge, Mass. 1972, S. 6.

26 Für eine Darstellung dieses Handels siehe Earl H. Pritchard, *The Crucial Years of Anglo-Chinese Relations, 1750–1800*, Pullman, Wash. 1936; Holden Furber, *Rival Empires of Trade in the Orient, 1600–1800*, Minneapolis 1976, Neuauflage New Delhi 2004.

27 Albert Sorel, *Europe and the French Revolution. The Political Traditions of the Old Regime,* London 1969, S. 119. Französische Originalausgabe: *Les Mœurs politiques et les Traditions,* Paris 1885.

28 Richard Bonney, »France 1494–1815«, in: ders. (Hg.), *The Rise of the Fiscal State in Europe, c. 1200–1815*, Oxford 1999, S. 148–150.

29 Für eine neuere Darstellung siehe Munro Price, *The Fall of the French Monarchy. Marie Antoinette and the Baron de Breteuil,* London 2002.

30 Albert Sorel, *L'Europe et la Révolution Française. La Chute de la Royauté,* Paris [10] 1906, S. 458.

31 Bonney, »The Eighteenth Century II: The Struggle for Great Power Status«, S. 360.

32 Louis Antoine Fauvelet de Bourienne, *Mémoires de M. de Bourienne, Ministre d'État sur Napoléon,* Paris und London 1831, Bd. 2, Kap. 4, S. 228.

33 François Charles-Roux, *Bonaparte. Governor of Egypt,* London 1937, S. 2. Französische Originalausgabe: *Bonaparte. Gouverneur d'Égypte*, Paris 1935.

34 Siehe John B. Kelly, *Britain and the Persian Gulf, 1795–1880*, Oxford 1968, Kap. 2.

35 *Mémoires de M. de Bourienne,* Tomes Septième et Huitième, Bd. 7, Kap. 15, S. 125.

36 Die beste Abhandlung über diesen Ausgleich ist gegenwärtig Paul W. Schroeder, *The Transformation of European Politics, 1763–1848*, Oxford 1994, Kap. 12. Siehe auch die glänzende Untersuchung von Edward Vose Gulick, *Europe’s Classical Balance of Power,* London 1955, Teil 2.

37 Siehe Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy,* Princeton 2000.

38 Paul Bairoch, *Histoire économique et sociale du monde du XVI*e *siècle à nos jours,* 3 Bde., Paris 1997, Bd. 2, S. 852. Zu den dramatischen Preisstürzen des Baumwollgarns und der Baumwollstoffe in Großbritannien siehe C. Knick Harley, »Cotton Textile Prices and the Industrial Revolution«, in: *Economic History Review,* Neue Reihe, 51, Nr. 1 (1998), S. 49–83.

39 Siehe Nicholas F. R. Crafts, *British Economic Growth during the Industrial Revolution,* Oxford 1985.

40 Siehe Eric L. Jones, *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens,* Tübingen 1991.

41 Dies ist das zentrale Argument von Pomeranz, *The Great Divergence.*

42 Siehe die schlüssigen Ausführungen in: David Washbrook, »From Comparative Sociology to Global History. Britain and India in the Pre-History of Modernity«, in: *Journal of the Economic and Social History of the Orient* 40, Nr. 4 (1997).

43 Pomeranz, *The Great Divergence,* S. 85.

44 Ebenda, S. 138.

45 Zur osmanischen Wirtschaft siehe Bruce McGowan, »The Age of the Ayans, 1699– 1812«, in: Halil Inalcik und Donald Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*, Cambridge 1994, S. 703, 724, 727.

46 Willem Floor, *The Economy of Safavid Persia,* Wiesbaden 2000, S. 161, 331.

47 Joseph E. Inikori, *Africans and the Industrial Revolution in England. A Study in International Trade and Economic Development,* Cambridge 2002, S. 443. Indische Baumwollstoffe »dominierten« im frühen 18. Jahrhundert den westafrikanischen Markt »vollständig«.

48 Christopher A. Bayly, *Rulers, Townsmen and Bazaars. North Indian Society in the Age of British Expansion, 1770–1870*, Cambridge 1983, S. 194.

49 Zur folgenden Analyse siehe Pomeranz, *The Great Divergence*.

50 Ebenda, S. 290, 325.

51 Crafts, *British Economic Growth,* S. 138. Genau genommen 2,7.

52 Harley, »Cotton Textile Prices«, S. 50ff.

53 Michael W. Flinn, *The History of the British Coal Industry,* Bd. 2: *1700–1830*. *The Industrial Revolution,* Oxford 1984, S. 114.

54 Von 69 000 Tonnen auf fast 244 000 Tonnen. Thomas S. Ashton, *Iron and Steel in the Industrial Revolution,* Manchester 1924, S. 99.

55 Siehe G. Nicholas von Tunzelmann, *Steam Power and British Industrialization to 1860,* Oxford 1978, S. 46, 224, 295.

56 Douglas E. Farnie, *The English Cotton Industry and the World Market, 1815–1896*, Oxford 1979, S. 96f.

57 James A. Mann, *The Cotton Trade of Great Britain* (1860), London 1968, Tabelle 25. Nach 1840 nahm Indien den ersten Platz ein.

58 Pat Hudson, *The Industrial Revolution,* London 1992, S. 183.

59 Ralph Davis, »English Foreign Trade, 1700–1774«, in: *Economic History Review,* Neue Reihe, 15, Nr. 2 (1962), S. 285–303.

60 Hudson, *The Industrial Revolution,* S. 197f.

61 Paul Mantoux, *The Industrial Revolution in the Eighteenth Century,* London 1961, S. 199.

62 Ebenda, S. 203.

63 George Unwin, *Samuel Oldknow and the Arkwrights. The Industrial Revolution in Stockport and Marple,* Manchester 1924, S. 44.

64 Ebenda, S. 62.

65 Man warf der Kompanie vor, indische Waren billig zu verkaufen, um ihre heimischen Kosten zu decken. Arthur Redford, *Manchester Merchants and Foreign Trade, 1794–1858*, London 1934, S. 122f.

66 Unwin, *Samuel Oldknow,* S. 98.

67 Farnie, *The English Cotton Industry,* S. 96.

68 Albert Feuerwerker, *State and Society in Eighteenth Century China,* Ann Arbor 1976, S. 111.

69 Jonathan Spence, *Chinas Weg in die Moderne,* München 1995, S. 145–148.

70 Myron L. Cohen, »Souls and Salvation«, in: James L. Watson und Evelyn Rawski (Hg.), *Death Ritual in Late Imperial China,* Berkeley 1988, S. 200f.

71 Philip Kuhn, *Soulstealers*. *The Chinese Sorcery Scare of 1768,* Cambridge, Mass. 1990, S. 43f.

72 Colin A. Ronan (Hg.), *The Shorter Science and Civilisation in China. An Abridgement of Joseph Needham’s Original Text,* Cambridge 1978, Bd. 1, S. 305.

73 Richard J. Smith, »Mapping China’s World. Cultural Cartography in Late Imperial Times«, in: Wen-hsin Yeh (Hg.), *Landscape, Culture and Power in Chinese Society,* Berkeley 1998, S. 75.

74 Siehe Jonathan Spence, *Verräterische Bücher. Eine Verschwörung im alten China,* München 2005.

75 Evelyn Rawski, »The Qing Formation and the Early Modern Period«, in: Lynn Struve (Hg.), *The Qing Formation in World Historical Time,* Cambridge, Mass. 2004, S. 234.

76 Perdue, *China Marches West,* S. 456.

77 Smith, »Mapping China’s World«, S. 85ff.

78 Zitiert in: Aubrey Singer, *The Lion and the Dragon,* London 1992, S. 99.

79 Eine Angst, die man selbst noch in Mossul verspürte. Albert Hourani, *Der Islam im europäischen Denken,* Frankfurt am Main 1994, S. 171.

80 Bernard Lewis, *Die Welt der Ungläubigen. Wie der Islam Europa entdeckte,* Frankfurt am Main 1983, S. 80ff.

81 Ebenda, S. 170.

82 Godfrey Goodwin, *Islamic Architecture. Ottoman Turkey,* London 1977, S. 21, 161– 178.

83 Zu seinem Werdegang und seinen Vorstellungen siehe Gulfishan Khan, *Indian Muslim Perceptions of the West in the Eighteenth Century,* Oxford 1998, S. 100ff.

84 So schrieben viele »griechische« Christen in Anatolien auf Türkisch, jedoch mit griechischen Buchstaben. Siehe Bernard Lewis, *Multiple Identities in the Modern Middle East,* London 1998, S. 8.

85 Hamid Algar, *Religion and State in Iran, 1785–1906*, Berkeley und Los Angeles 1969, Kap. 1.

86 Ebenda, S. 78.

87 Richard M. Eaton, *The Rise of Islam and the Bengal Frontier, 1204–1760*, London 1993, S. 282; Michael Laffan, *Islamic Nationhood and Colonial Indonesia,* London 2003, S. 20, 23f.

88 Die Rolle der Sufis wird diskutiert in: Hamilton A. R. Gibb und Harold Bowen, *Islamic Society and the West. A Study of the Impact of Western Civilisation on Moslem Culture in the Near East,* Bd. 1: *Islamic Society in the Eighteenth Century,* Teil 2, London 1957, S. 187–197; und in: Hourani, *Der Islam im europäischen Denken,* S. 192– 201. Der osmanische Provinzführer Ali Pascha Tepelena förderte die Bektaschi-Derwische, um seine eigene Macht zu stärken. Siehe Frederick W. Hasluck, *Christianity and Islam under the Sultans,* 2 Bde., Oxford 1929, Bd. 2, S. 537.

89 Khan, *Indian Muslim Perceptions,* S. 375.

90 Siehe Abd al-Rahman al-Jabarti, *Chronicle of the First Seven Months of the French Occupation of Egypt,* übers. und hg. von Shmuel Moreh, Leiden 1975; Shmuel Moreh, »Napoleon and the French Impact on Egyptian Society in the Eyes of al-Jabarti«, in: Irene Bierman (Hg.), *Napoleon in Egypt,* Reading 2003.

91 Siehe John Spencer Trimingham, *A History of Islam in West Africa,* Oxford 1962, Kap. 5; David Robinson, *Muslim Societies in African History,* Cambridge 2004, Kap. 10.

92 Jonathan Israel, *The Radical Enlightenment. Philosophy and the Making of Modernity, 1650–1750*, Oxford 2001, S. 10. Hauptgegenstand dieser Untersuchung ist der radikale geistige Einfluss der materialistischen Philosophie Spinozas.

93 Norman Hampson, *The Enlightenment,* London 1968, S. 131.

94 Zu Lockes Vorstellungen siehe Maurice Cranston, *John Locke,* London 1957, Kap. 20; Hampson, *The Enlightenment,* S. 38f.

95 James Tully, *An Approach to Political Philosophy. Locke in Contexts,* Cambridge 1993, S. 200f.

96 Kürzlich erst in: Israel, *The Radical Enlightenment.*

97 John Locke, *Zweite Abhandlung über die Regierung,* hg. von Ludwig Siep, Frankfurt am Main 2007, § 49, S. 46.

98 Für eine neuere Untersuchung siehe Anthony Pagden, *Das erfundene Amerika. Der Aufbruch des europäischen Denkens in die Neue Welt,* München 1996.

99 Zu Hume siehe Nicholas Phillipson, *Hume*, London 1989, S. 32f.

100 Siehe Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden,* Frankfurt am Main 2009.

101 John W. Burrow, *Evolution and Society,* Cambridge 1970, S. 39.

102 Ebenda, S. 47.

103 Eric Stokes, *The English Utilitarians and India,* Oxford 1959, S. 53.

104 Zitiert in: Spence, *Chinas Weg in die Moderne,* S. 157.

105 Seymour Drescher, *Capitalism and Anti-Slavery. British Mobilization in Comparative Perspective,* London 1986.

106 Uriel Heyd, »The Ottoman ‚Ulema and Westernization in the Time of Selim III and Mahmud II«, in: Albert Hourani, Philipp S. Khoury und Mary C. Wilson (Hg.), *The Modern Middle East,* London 1993, S. 29–59.

107 Roger Owen, *The Middle East in the World Economy, 1800–1914*, London 1981, S. 65– 72.

108 Ewald, *Soldiers, Traders and Slaves,* S. 152–165.

109 Für eine neuere Untersuchung von Mehmed Alis Staat siehe Khaled Fahmy, *All the Pasha’s Men*. *Mehmed Ali, his Army and the Making of Modern Egypt,* Kairo 2002.

110 John R. Perry, *Karim Khan Zand. A History of Iran, 1747–1779*, Chicago 1979.

111 Eine unterhaltsame Beschreibung des Umgangs Teherans mit den Bachtiari im südwestlichen Iran in den 1840-er Jahren findet sich in: Austin Henry Layard, *Early Adventures in Persia, Susiana and Babylonia,* 2 Bde., London 1887, Bd. 2, Kap. 11– 16.

112 Algar, *Religion and State in Iran,* S. 45–47.

113 Victor Lieberman, »Reinterpreting Burmese History«, in: *Comparative Studies in Society and History* 29, Nr. 1 (1987), S. 179; Thant Mint-U, *The Making of Modern Burma,* Cambridge 2001, Kap. 1, 2.

114 Zu diesem Muster siehe Victor Lieberman, »Local Integration and Eurasian Analogies. Structuring Southeast Asian History, c. 1350–c. 1830«, in: *Modern Asian Studies* 27, Nr. 3 (1993), S. 475–572; und Victor Lieberman, *Strange Parallels. Southeast Asia in Global Context, c. 800–1830*, Bd. 1: *Integration on the Mainland,* Cambridge 2003, Kap. 2, 3, 4.

115 Zum Aufstieg Sansibars siehe Mabel V. Jackson Haight, *The European Powers and Southeast Africa,* London 1967, S. 99–141.

116 Lord Aucklands Depesche vom 28. Februar 1842 in: Kelly, *Britain and the Persian Gulf,* S. 449.

117 Zu dieser Einstellung siehe Conrad Totman, *Early Modern Japan,* London 1993, Kap. 15–21; und Marius B. Jansen, *The Making of Modern Japan,* Cambridge, Mass. 2000, Kap. 8, 9.

5. Ein Wettlauf gegen die Zeit

1 Thomas Robert Malthus, *Principles of Political Economy* (Original: 1820), hg. von J. Pullen, Cambridge 1989, S. 234; deutsch: *Grundsätze der politischen Ökonomie mit Rücksicht auf ihre praktische Anwendung,* Berlin 1910.

2 Siehe Rondo E. Cameron, *France and the Economic Development of Europe 1800– 1914,* Princeton 1961.

3 Zu dieser These siehe das Kernstück seiner Darstellung, Paul W. Schroeder, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994.

4 Siehe Philip E. Mosely, *Russian Diplomacy and the Opening of the Eastern Question in 1938–1839*, Cambridge, Mass. 1934; Benedict H. Sumner, *Russia and the Balkans, 1870–1880*, Oxford 1937; Robert W. Seton-Watson, *Disraeli*, *Gladstone and the Eastern Question,* London 1935, insb. S. 194f.

5 Siehe E. D. Steele, *Palmerston and Liberalism 1855–1865*, Cambridge 1991, zu den innenpolitischen Beschränkungen der Diplomatie Palmerstons.

6 Die Ausnahme war die vierjährige Blockade des Südens durch den Norden während des amerikanischen Bürgerkriegs.

7 Siehe Christopher J. Bartlett, *Great Britain and Seapower 1815–1853*, Oxford 1963; Gerald S. Graham, *The Politics of Naval Supremacy,* Cambridge 1965, Paul Kennedy, *The Rise and Fall of British Naval Mastery,* London 1976, Kap. 6; deutsch: *Aufstieg und Verfall der britischen Seemacht,* Herford 1978.

8 Die langwierige Diskussion um Napoleons Ruf und Vermächtnis ist Gegenstand der ausgezeichneten Studie von Pieter Geyl, *Napoleon*. *For and Against,* London 1949.

9 Die Ideen von Benjamin Constant (1767–1830) können in seinen Aufsätzen *De l’esprit de conquête et de l’usurpation* (1814), *Principes de politique* (1815) und *Mélanges de littérature et de politique* (1829) nachgelesen werden, nachgedruckt in: Benjamin Constant, *Écrits politiques,* hg. von M. Gauchet, Paris 1997.

10 Siehe Alan S. Kahan, *Aristocratic Liberalism,* London 1992, zu einer Studie über Tocqueville, J. S. Mill und den Schweizer Historiker Jacob Burckhardt.

11 Eine detaillierte Studie Burckhardts bietet Lionel Gossman, *Basel in the Age of Burckhardt,* Chicago 2000, Kap. 5, 10, 11.

12 Orlando Figes, *Natasha's Dance. A Cultural History of Russia,* London 2002, S. 76; deutsch: *Nataschas Tanz. Eine Kulturgeschichte Russlands,* Berlin 2003, S. 102.

13 Ebenda, Kap. 2.

14 Hugh Seton-Watson, *The Russian Empire 1801–1917*, Oxford 1967, S. 355.

15 Ben Eklof, J. Bushnell und L. Zakharova (Hg.), *Russia’s Great Reforms 1855–1881*, Bloomington, Ind. 1994, S. 214, 233.

16 Ebenda, S. 249.

17 Geoffrey Hosking, *Russia*: *People and Empire 1552–1917*, London 1997, S. 333.

18 Zu Kljutschewski siehe Nicholas V. Riasanovsky, *The Image of Peter the Great in Russian History and Thought,* Oxford 1985.

19 Edward G. Wakefield, *A Letter from Sydney,* Original: 1829, London 1929, S. 47.

20 Zu der verstärkt negativen Haltung in Frankreich gegenüber den Vereinigten Staaten nach 1830 siehe René Rémond, *Les Etats-Unis devant l'opinion française 1815–1852*, Paris 1962, S. 675, 731, 740, 863.

21 Siehe David Potter, *The Impending Struggle,* New York 1976, S. 244; Daniel W. Howe, *The Political Culture of the American Whigs,* Chicago 1974. Andrew Jackson war von 1828 bis 1836 Präsident.

22 A. J. H. Latham und L. Neal, »The International Market in Rice and Wheat, 1868– 1914«, in: *Economic History Review,* New Series 36, 2 (1983), S. 260–275.

23 Charles A. Jones, *International Business in the Nineteenth Century,* Brighton 1987; Geoffrey Jones, *Merchants to Multinationals. British Trading Companies in the Nineteenth and Twentieth Centuries,* Oxford 2000; Damodar R. SarDesai, *British Trade and Expansion in Southeast Asia, 1830–1914*, New Delhi 1977.

24 Albert G. Kenwood und A. L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820–1980*, London 1983, S. 90f. Zur wirtschaftlichen Integration im Atlantik, einem Raum, den die Autoren bis nach Australien ausdehnten, siehe Kevin H. O'Rourke und Jeffrey Williamson, *Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy,* Cambridge, Mass. 1999.

25 Kenwood und Lougheed, *International Economy,* S. 93.

26 Werner Schlote, *Entwicklung und Strukturwandlungen des englischen Außenhandels von 1700 bis zur Gegenwart,* Jena 1938, S. 160–163.

27 Brian R. Mitchell, *Abstract of British Historical Statistics,* Cambridge 1962, S. 317.

28 Paul Bairoch, *Victoires et déboires. Histoire économique et sociale du monde du xvi siècle à nos jours,* 3 Bde., Paris 1997, Bd. 2, S. 34.

29 Ebenda, S. 18.

30 Benedict H. Sumner, *A Survey of Russian History,* London 1944, S. 356f.

31 Bairoch, *Victoires et déboires,* Bd. 1, S. 467.

32 Stanley L. Engerman und R. E. Gallman (Hg.), *The Cambridge Economic History of the United States,* Bd. 2: *The Long Nineteenth Century,* Cambridge 2000, S. 713.

33 Mitchell, *Abstract*, S. 315, 318. Nordeuropa = Russland, Schweden, Norwegen, Dänemark; Westeuropa = Frankreich, Belgien, Niederlande.

34 Siehe Cameron, *France and the Economic Development of Europe.*

35 Engerman und Gallman (Hg.), *Economic History,* Bd. 2, S. 696; Lance E. Davis und Robert J. Cull, *International Capital Markets and American Economic Growth 1820– 1914,* Cambridge 1994, S. 111. Die entsprechende Zahl für Australien nach 1860 lag eher bei 50 Prozent, wobei die Hälfte des benötigten Kapitals aus Großbritannien stammte. Siehe Noel J. Butlin, *Australian Economic Development 1861–1900*, Cambridge 1964, S. 28ff.

36 Robert G. Albion, *The Rise of New York Port 1815–1860*, New York 1939; Sven Beckert, *The Monied Metropolis. New York City and the Consolidation of the American Bourgeoisie,* Cambridge 2001.

37 Bairoch, *Victoires et déboires,* Bd. 1, S. 410.

38 Engerman und Gallman (Hg.), *Economic History,* Bd. 2, S. 50; P. Mathias, *The First Industrial Nation,* London 1969, S. 243.

39 Stuart Bruchey, *Enterprise. The Dynamic Economy of a Free People,* London 1990, S. 237.

40 Mitchell, *Abstract*, S. 318.

41 Engerman und Gallman (Hg.), *Economic History,* Bd. 2, S. 700.

42 Siehe Stephen Ambrose, *Undaunted Courage,* New York 1996.

43 John Langdon, »Three Voyages to the West Coast of Africa 1881–1884«, hg. M. Lynn, in: B. Wood und M. Lynn (Hg.), *Travel, Trade and Power in the Atlantic 1765–1884*, Cambridge 2002.

44 Siehe Solomon Bard, *Traders of Hong Kong. Some Foreign Merchant Houses 1841– 1899,* Hongkong 1993.

45 Brenda S. A. Yeoh, *Contesting Space-Power Relations and the Urban Built-Environment in Colonial Singapore,* Kuala Lumpur 1996, S. 35.

46 Joseph Conrad, *The End of the Tether,* London 1902, S. 168; deutsch: *Das Ende vom Lied,* Neuübersetzung in: Joseph Conrad, *Erzählungen*, Frankfurt am Main 2007.

47 J. Forbes Munro, *Maritime Enterprise and Empire. Sir William Mackinnon and his Business Network,* Woodbridge 2003, Kap. 5–8.

48 Robert Giffen, »The Statistical Century«, in: ders., *Economic Inquiries and Studies,* 2 Bde. London 1904, Bd. 2, S. 270, 273.

49 Richard C. Wade, *The Urban Frontier. Pioneer Life in Early Pittsburgh, Cincinnati*, *Lexington, Louisville and St. Louis*, Chicago 1964, S. 341.

50 Zu einer Diskussion des Gegensatzes zwischen einer »unternehmerischen« Wirtschaft und einer, in der der Staat verstärkt interveniert (am Beispiel der USA und Kanada), siehe William T. Easterbrook, *North Amcerican Patterns of Growth and Development. The Continental Context,* Toronto 1990.

51 Geoffrey Blainey, *The Tyranny of Distance,* Melbourne 1966.

52 Zu einer ausgezeichneten Erörterung dieser Frage siehe Geoff Raby, *Making Rural Australia,* Oxford 1996.

53 Gray A. Brechin, *Imperial San Francisco. Urban Power, Earthly Ruin,* Berkeley, Los Angeles und London 1999.

54 William Issel und Robert W. Cherny, *San Francisco 1865–1932*, London 1986, Kap. 2.

55 Elliott West, *The Contested Plains. Indians, Goldseekers and the Rush to Colorado,* Lawrence, Kan. 1998.

56 Zum Anteil des Revolvers an der Eroberung der Prärieindianer durch die weißen Amerikaner siehe Walter Prescott Webb, *The Great Plains,* New York 1936, S. 167– 179: »Er gestattete es dem weißen Mann, die Prärieindianer vom Pferd aus zu bekämpfen.«

57 David Robinson, *Paths of Accomodation. Muslim Societies and French Colonial Authorities in Senegal and Mauretania, 1880–1920*, Athens, O., und Oxford 2000, S. 59.

58 Das Original von Conrads *Heart of Darkness* (deutsch: *Herz der Finsternis,* aktuelle Ausgabe: Joseph Conrad, *Erzählungen*, Frankfurt am Main 2007) erschien im Jahr 1902. Die Seitenangabe verweist auf die Ausgabe *Heart of Darkness,* London 1974, S. 62.

59 R. Ileto, »Religion and Anti-Colonial Movements«, in: Nicholas Tarling (Hg.), *The Cambridge History of Southeast Asia, Bd. 3*: *From c. 1800 to the 1930s,* Cambridge 1999, S. 216.

60 Charles H. Ambler, *Kenyan Communities in the Age of Imperialism,* New Haven 1988, ist eine lesenswerte Studie der Embu.

61 Winwood Reade, *The Martyrdom of Man,* London 1872, S. 242. In seinem Buch, das in den 1920er Jahren viel gelesen werden sollte (und außergewöhnlich originell war), bestand Reade darauf, dass Afrika keineswegs außerhalb der Weltgeschichte liege, sondern eine zentrale Rolle darin gespielt habe.

62 Milton Osborne, *The River Road to China,* London 1975, S. 186.

63 L. Subramanian, »Banias and the British: The Role of Indigenous Credit in […] Imperial Expansion in Western India«, in: *Modern Asian Studies* 21 (1987), S. 473–510.

64 Zwanzig Jahre danach zählten die Streitkräfte der drei »Presidencys« in Britisch-Indien, Bengalen (das einen Großteil Nordindiens umfasste), Bombay und Madras, insgesamt über 270.000 Mann. Mustapha Kamal Pasha, *Colonial Political Economy. Recruitment and Underdevelopment in the Punjab,* Karatschi 1998, S. 32.

65 Die beste kurze Studie der Herrschaft der Ostindien-Kompanie ist D. A. Washbrook, »India, 1818–1860: The Two Faces of Colonialism«, in: Andrew N. Porter (Hg.), *The Oxford History of the British Empire,* Bd. 3: *The Nineteenth Century,* Oxford 1999, S. 395–421. Siehe auch den Aufsatz ders., »Economic Depression and the Making of ›Traditional‹ Society in Colonial India 1820–1855«, in: *Transactions of the Royal Historical Society,* 6th Series, 3 (1993), S. 237–263.

66 Thornton’s *Gazetteer of India 1857,* London 1857, S. 136, 175.

67 Saul David, *The Indian Mutiny,* London 2002, S. 397.

68 Ebenda, S. 346.

69 Zu verschiedenen Aspekten des Aufstands und seinen Ursachen siehe R. C. Majumdar, *The Sepoy Mutiny and the Revolt of 1857,* Kalkutta 1968; Christopher A. Bayly, *Empire and Information,* Cambridge 1996, Kap. 9; Eric T. Stokes, *The Peasant and the Raj,* Cambridge 1978; Christopher A. Bayly, »Two Colonial Revolts: The Java War and the Indian ›Mutiny‹ of 1857–59«, in: Christopher A. Bayly und Dirk A. Kolff (Hg.), *Two Colonial Empires,* Dordrecht 1986; Francis Robinson, »The Muslims of Upper India and the Shock of the Mutiny«, in seinem Buch *Islam and Muslim History in South Asia,* New Delhi 2000, S. 138–155.

70 Stokes, *Peasant*, S. 150, Fußnote.

71 Siehe Eric Stokes, *The English Utilitarians and India,* Oxford 1959.

72 »T’ung-chih« lautete der Herrschername des chinesischen Kaisers von 1862–1875; »Meiji« hieß der japanische Kaiser von 1868–1912.

73 Das klassische Standardwerk ist immer noch Michael Greenberg, *British Trade and the Opening of China,* Cambridge 1951.

74 Siehe John King Fairbank, *Trade and Diplomacy on the China Coast,* Cambridge, Mass. 1953.

75 Fengs Aufsätze aus den Jahren 1860/61 wurden seinem Schutzherrn Zeng Guofan vorgelegt, einer Schlüsselfigur in der T’ung-chih-Restauration. Siehe Ssu-Yü Teng und John K. Fairbank (Hg.), *Chinas Response to the West,* Cambridge, Mass. 1979, S. 50–53.

76 Die beste aktuelle Darstellung ist die Studie von Jonathan D. Spence, *God’s Chinese Son. The Taiping Heavenly Kingdom of Hong Xinquan,* New York 1996.

77 Zwischen 1853 und 1863 kontrollierte der Nien-Bund ein Gebiet, das größer war als das Vereinigte Königreich. Siehe Ssu-Yü Teng, *The Nien Army and their Guerilla Warfare,* Den Haag 1961, S. 219ff.

78 Zu einem aktuellen Überblick siehe J. Lee, »Trade and Economy in Pre-Industrial East Asia c.1500–c.1800: East Asia in the Age of Global Integration«, in: *Journal of Asian Studies* 58, 1 (1999), S. 2–26.

79 Der Opiumverbrauch stieg von den 1810er- zu den 1850er-Jahren um das Siebenfache. Siehe Yen-P’ing Hao, *The Commercial Revolution in Nineteenth Century China. The Rise of Sino-Western Mercantile Capitalism,* Berkeley und London 1986, S. 69.

80 Philip Richardson, *Economic Change in China c. 1800–1950*, London 1999, S. 21.

81 Siehe Mary C. Wright, *The Last Stand of Chinese Conservatism. The T'ung-chih Restoration 1862–1874*, Stanford 1957.

82 Zu diesem Vorfall siehe Hosea B. Morse und H. F. MacNair, *Far Eastern International Relations,* 2. Aufl. Cambridge, Mass. 1931, S. 352.

83 Wright, *Last Stand,* S. 195.

84 Ebenda, S. 52. 55; Edward J. Rhoads, *Manchus and Han,* Seattle 2000, argumentiert, ethnische und kulturelle Differenzen hätten sich hartnäckig bis nach 1900 gehalten.

85 Yen-P'ing Hao, *The Comprador in Nineteenth-Century China,* Cambridge, Mass. 1970, ist das Standardwerk zu diesem Thema.

86 Hao, *Commercial Revolution,* S. 340; zu den Schwierigkeiten der Händler siehe Francis E. Hyde, *Far Eastern Trade 1860–1914*, London 1973, Kap. 5.

87 Hao, *Commercial Revolution,* S. 338f.

88 Eine ausgezeichnete Schilderung bietet Albert M. Craig, *Choshu in the Meiji Restoration,* Cambridge, Mass. 1961, S. 17ff.

89 Siehe Conrad Totman, *Early Modern Japan,* London 1993, S. 242–245.

90 Craig, *Choshu*, S. 26, 53–70; Charles L. Yates, *Saigo Takamori. The Man behind the Myth,* London 1995, S. 19.

91 Zu diesen Ereignissen Craig, *Choshu*, Kap. 8,9.

92 Zur Neutralitätserklärung der Mächte Ernest Satow, *A Diplomat in Japan,* London 1921; Morse und MacNair, *Far Eastern International Relations,* S. 325.

93 Die beste Einführung in diesen Prozess gibt immer noch E. Herbert Norman, *Japan’s Emergence as a Modern State,* New York 1940 – eine brillante Studie, die heutzutage merkwürdigerweise in der Spezialliteratur übergangen wird, deren Argumente und Ideen sie aber weitgehend übernimmt.

94 *The Autobiography of Fukuzawa Yukichi,* Tokio 1981, S. 227.

95 Siehe Roger F. Hackett, *Yamagata Aristomo in the Rise of Modern Japan,* Cambridge, Mass. 1971.

96 Zu diesem Prozess siehe T. Fujitani, *Splendid Monarchy. Power and Pageantry in Modern Japan,* London 1998.

97 George C. Allen und Audrey Donnithorne, *Western Enterprise in Far Eastern Economic Development. China and Japan,* London 1954, S. 202.

98 Christopher Howe, *The Origins of Japanese Trade Supremacy,* London 1996, S. 250.

99 E. S. Crawcour, »Economic Change in the Nineteenth Century«, in: Marius B. Jansen (Hg.), *The Cambridge History of Japan,* Bd. 5: *The Nineteenth Century,* Cambridge 1989, S. 616.

100 Das könnte durch eine finanzielle Notlage verursacht worden sein. Siehe Tessa Suzuki-Morris, *A History of Japanese Economic Thought,* London 1989, S. 57.

101 Siehe Herbert P. Bix, *Peasant Protest in Japan 1590–1884*, New Haven 1986, S. 210ff.; G. Roznan, »Social Change«, in: Jansen (Hg.), *Cambridge History of Japan,* Bd. 5, S. 525.

102 Siehe Kap. 4.

103 Donald Quataert, »The Age of Reforms, 1812–1914«, in: Halil Inalcik mit Donald Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire 1300–1914*, Cambridge 1994, S. 881.

104 Xavier de Planhol, *L'Islam et la mer. La Mosque et le matelot,* Paris 2000, S. 270f. Tatsächlich war die türkische Flotte die drittgrößte Europas, zeigte aber klägliche Leistungen.

105 M. Todorova, »Midhat Pasha’s Governorship of the Danubian Provinces«, in: Caesar E. Farah (Hg.), *Decision-Making and Change in the Ottoman Empire,* Kirksville, Mo. 1993, S. 115–123.

106 Siehe Justin McCarthy, *Death and Exile. The Ethnic Cleansing of Ottoman Muslims 1821–1922*, Princeton 1995, S. 37ff.

107 C. Clay, »The Financial Collapse of the Ottoman State«, in: Daniel Panzac (Hg.), *Histoire économique de l’Empire Ottoman et de la Turquie (1326–1960)*, Aix 1992, S. 119, 124.

108 C. Issawi, »Middle East Economic Development 1815–1914«, in: Albert Hourani, P. S. Khoury und M. C. Wilson (Hg.), *The Modern Middle East,* London 1993, S. 183.

109 Etwa hatte Izmir (Smyrna) einfachere Verbindungen zu Europa und nach Amerika als in das anatolische Hinterland. Siehe Arnold J. Toynbee, *The Western Question in Greece and Turkey,* London 1922, S. 125.

110 Issawi, »Middle East Economic Development«, S. 190.

111 Siehe Khalid Fahmi, *All the Pasha's Men*. *Mehmed Ali, his Army and the Making of Modern Egypt,* Kairo 2002.

112 Charles Issawi, *Egypt. An Economic and Social Analysis,* London 1947, S. 14.

113 Siehe Jacques Berque, *Egypt. Imperialism and Revolution,* London 1972, S. 88–94.

114 J. R. McCoan, *Egypt*, New York 1876, S. 91.

115 Die beste moderne Studie ist D. A. Farnie, *East and West. The Suez Canal in History, 1854–1956*, Oxford 1969.

116 Zur besten Studie der sozialen und politischen Krise Ägyptens, Alexander Schölch, *»Ägypten den Ägyptern!«. Die politische und gesellschaftliche Krisis der Jahre 1878–1882 in Ägypten,* Freiburg 1972.

117 Ervand Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* Princeton 1982, S. 28.

118 Siehe Hamid Algar, *Religion and State in Iran 1795–1906*, Berkeley und Los Angeles 1969, Kap. 1.

119 Hamid Algar, *Mirza Malkum Khan,* Berkeley und Los Angeles 1973, S. 24ff.

120 Ann K. S. Lambton, *Qajar Persia,* London 1987, S. 20, 21, 44.

121 Peter Avery, G. R. G. Hambly und C. Melville (Hg.), *The Cambridge History of Iran,* Bd. 7: *From Nadir Shah to the Islamic Republic,* Cambridge 1991, S. 726.

122 Lambton, *Qajar Persia,* S. 292.

123 Schätzungsweise 150 Europäer lebten Mitte des 19. Jahrhunderts im Iran; selbst im Jahr 1890 allenfalls 800. Ebenda, S. 207.

6. Die Grenzen der Reiche

1 Siehe Halford J. Mackinder, »The Geographical Pivot of History«, in: *Geographical Journal* 23, 4 (1904), S. 421–437.

2 *The Times,* 15. September 1875, zitiert in: Nathan A. Pelcovits, *Old China Hands and the Foreign Office,* New York 1948, S.101.

3 Frederick Jackson Turner, »The Significance of the Frontier in American History« (1893), nachgedruckt in: ders., *The Frontier in American History,* New York 1920.

4 Eine charakteristische Wortmeldung ist Benjamin Kidd, *The Control of the Tropics,* London 1898.

5 Naito Konans Artikel »Shosekai« (»Kleine Welt«) erschien im Jahr 1888. Eine Studie seiner Ansichten enthält J. Fogel, *Politics and Sinology. The Case of Naito Konan, 1866–1934*, Cambridge, Mass. 1984, S. 41, 50; dazu auch: Tilemann Grimm, *Naito Konan (1866–1934*) *und sein neues Chinabild,* Wiesbaden 1979.

6 James Bryce, *The Relations between the Advanced and Backward Peoples,* Oxford 1902, S. 6f.

7 Ebenda, S. 13.

8 Charles N. Pearson, *National Life and Character,* London 1893, S. 89f.

9 Siehe J. Forbes Munro, *Maritime Enterprise and Empire. Sir William Mackinnon and his Business Network, 1823–1893*, Woodbridge 2003, Kap. 7.

10 Zum Geschäftsimperium von Rhodes siehe Colin W. Newbury, *The Diamond Ring. Business, Politics and Precious Stones in South Afrca 1867–1947*, Oxford 1989.

11 Zur Krise in Ägypten siehe Ronald E. Robinson und John A. Gallagher, *Africa and the Victorians,* London 1961, Kap. 4, 5; Alexander Schölch, *»Ägypten den Ägyptern!«. Die politische und gesellschaftliche Krisis der Jahre 1878–1882 in Ägypten,* Freiburg 1972; Juan R. I. Cole, *Colonialism and Revolution in the Middle East. The Social and Cultural Origins of the Urabi Movement,* Princeton 1993.

12 Zu einer energischen Verfechtung dieser Anschauung durch einen ehemaligen Vizekönig und britischen Kabinettsminister siehe B. Mallett, *Thomas George, Earl of Northbrook. A Memoir*, London 1908, S. 169f.

13 Einen ausgezeichneten Überblick über die Konferenz und ihre Bedeutung gibt Jean-Luc Vellut, *Un centenaire 1885–1985. Les Relations Europe-Afrique au crible d'une commemoration,* Leiden 1992; dazu auch: Ruth Weiss und Hans Mayer, *Afrika den Europäern! Von der Berliner Kongokonferenz 1884 ins Afrika der neuen Kolonisation,* Wuppertal 1984.

14 Martin A. Klein, *Slavery and Colonial Rule in French West Africa,* Cambridge 1998, S. 78–93.

15 Siehe Alexander S. Kanya-Forstner, *The Conquest of the Western Sudan,* Cambridge 1969.

16 Siehe John F. Munro, *Africa and the International Economy 1880–1960*, London 1976, S. 67.

17 Zu Goldies Karriere und der Royal Niger Company siehe John E. Flint, *Sir George Goldie and the Making of Nigeria,* London 1960; Dorothy Wellesley, *Sir George Goldie. A Memoir*, London 1934.

18 Notiz von Goldie, 1. Januar 1897, Rhodes House Library, Oxford, MSS Afr. S. 88, Scarborough MSS 4.

19 Goldie an den Vorstand der Royal Niger Company, 6. Februar 1897, ebenda.

20 Diese Berechnung und ihre Basis stammen aus Adam Hochschild, *King Leopold’s Ghost,* London 1999, S. 23; deutsch: *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen,* Stuttgart 2000, S. 9, 417ff.

21 Samuel Henry Nelson, *Colonialism in the Congo Basin, 1880–1940*, Athens, O. 1994, S. 112–116. Das neue Regime behielt König Leopolds Praxis bei, den Kongo unter Konzessionsnehmern aufzuteilen.

22 David N. Beach, *War and Politics in Zimbabwe 1840–1900*, Harare 1986; Arthur Keppel-Jones, *Rhodes and Rhodesia. The White Conquest of Zimbabwe,* Montreal 1983.

23 Eine ausgezeichnete Diskussion der in die Irre führenden Wirkungen der Afrikareisen von Europäern gibt Johannes Fabian, *Out of Our Minds. Reason and Madness in the Exploration of Central Africa,* London 2000; deutsch: *Im Tropenfieber. Wissenschaft und Wahn in der Erforschung Zentralafrikas,* München 2001.

24 William H. Schneider, *An Empire for the Masses. The French Popular Image of Africa, 1870–1900*, Westport, Conn. und London 1982, S. 6f.

25 Kanya-Forstner, *Conquest*, S. 263. Bei einem Wechselkurs von 25 FF = 1 Pfund.

26 Christopher M. Andrew, *Théophile Delcassé and the Making of the Entente Cordiale,* London 1968, S. 94–98.

27 Ebenda, S. 92.

28 R. Waller, »The Maasai and the British: The Origins of an Alliance, 1895–1905«, in: Journal of African History 17, 4 (1976), S. 529–553.

29 Bill Nasson, *The South African War 1899–1902*, London 1999; sowie ders., *Abram Esau's War. A Black South African War in the Cape 1899–1902*, Cambridge 1991; Peter Warwick, *Black People and the South African War 1899–1902*, Cambridge 1983.

30 *Parliamentary Debates, Lords*, 4. Serie, Bd. 30, S. 701 (14. Februar 1895).

31 Jacob Riis, *How the Other Half Lives,* New York 1890.

32 Gray A. Brechin, *Imperial San Francisco. Urban Power, Earthly Ruin,* Berkeley, Los Angeles und London 1999, Kap. 3.

33 Siehe Norman Harper, *A Great and Powerful Friend,* St. Lucia 1987, Kap. 3.

34 Ansprache als Vorsitzender der American Historical Association, 1910, in: *American Historical Review* 16, 2 (1911), S. 217–233.

35 Robert E. Quirk, *An Affair of Honor. Woodrow Wilson and the Occupation of Vera Cruz,* New York 1962.

36 Harold und Margaret Sprout, *Towards a New Order of Sea Power,* Princeton 1940, S. 288.

37 William N. Tilchin, *Theodore Roosevelt and the British Empire,* New York 1997, S. 236.

38 George N. Curzon, *Russia in Central Asia in 1889,* London 1889, S. 316.

39 Benedict H. Sumner, *A Survey of Russian History,* London 1944, S. 362.

40 George Chisholm, *Handbook of Commercial Geography,* 4. Auflage, London 1908, S. 583, 609.

41 Im Jahr 1914 flossen 25 Prozent der französischen Auslandsinvestitionen nach Russland. Rondo E. Cameron, *France and the Economic Development of Europe 1800–1914*, Princeton 1961, S. 486.

42 D. Moon, »Peasant Migration and the Settlement of Russia’s Frontiers, 1550–1917«, in: *Historical Journal* 40, 4 (1997), S. 859–893, insb. 867f.

43 Donald W. Treadgold, *The Great Siberian Migration,* Princeton 1957, S. 13. Im Jahr 1917 lag die Zahl bei 7 Millionen.

44 M. Joffe, »Diamond in the Rough: The State, Entrepreneurs and Turkestan's Hidden Resources in Late Imperial Russia«, in: Marsha Siefert (Hg.), *Extending the Borders of Russian History,* London 2003, S. 185.

45 Die russische Bevölkerung des russischen Fernen Ostens betrug im Jahr 1860 10.000 Bewohner, und 1900 bereits 300.000. David J. Dallin, *The Rise of Russia in Asia,* London 1949, S. 14.

46 Siehe John J. Stephan, *The Russian Far East. A History*, Stanford 1996.

47 Brillant erörtert in A. Rieber, »Persistent Factors in Russian Foreign Policy«, in: Hugh Ragsdale (Hg.), *Imperial Russian Foreign Policy,* Cambridge 1993.

48 Memorandum von Lord Sanderson, 21. Februar 1907, in: George P. Gooch und Harold Temperley (Hg.), *British Documents on the Origins of the War, 1898–1914*, 12. Bde., London 1927–1938, Bd. 3, S. 430; autorisierte deutsche Übersetzung: *Die Britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898–1914*, Bd. 3: *Die Probe auf die Entente 1904–1906*, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1929, Anhang S. 705.

49 Ian Hill Nish, *The Anglo-Japanese Alliance,* London 1966.

50 Das Standardwerk zu der Frage ist immer noch George Monger, *The End of Isolation. British Foreign Policy 1900–1907*, London 1963.

51 Peter Mathias und Michael M. Postan (Hg.), *The Cambridge Economic History of Europe,* Bd. 7: *The Industrial Economies. Capital, Labour and Enterprise,* Teil 1: *Britain, France, Germany and Scandinavia,* Cambridge 1978, S. 555.

52 Im Jahr 1911 hatte Deutschland eine Bevölkerung von 65 Millionen; das europäische Russland 136 Millionen.

53 Zu Bismarcks Ansichten über eine koloniale Ausdehnung siehe Otto Pflanze, *Bismarck and the Development of Germany,* Bd. 3: *The Period of Fortification, 1880– 1898,* Princeton 1990, Kap. 5. In der zweibändigen deutschen Ausgabe: Otto Pflanze, *Bismarck*. *Der Reichskanzler,* 3. Buch, Kapitel 5: »Überseeische Expansion«, München 1998.

54 Zur offiziellen Unsicherheit darüber, wo die globalen Interessen Deutschlands nun wirklich lagen, siehe Wolfgang Mommsen, *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches,* Frankfurt am Main 1990, S. 79f., 82.

55 Siehe I. L. D. Forbes, »German Informal Imperialism in South America before 1914«, in: *Economic History Review,* New Series, 31, 3 (1978), S. 396ff.

56 Carl Peters, *England und die Engländer,* Berlin 1904, S. 274.

57 Jacques Marseille, *Empire coloniale et capitalisme française,* Paris 1984, S. 40.

58 E. H. Jenkin, *A History of the French Navy,* London 1973, S. 307ff.

59 Andrew, *Delcassé*, S. 105ff.

60 Siehe G. W. Gong, *The »Standard of Civilisation« in International Society,* Oxford 1984.

61 Siehe Wolfram Fischer, und R. M. McInnis (Hg.), *The Emergence of a World Economy 1500–1914*, Teil 2: *1850–1914*, Wiesbaden 1986.

62 A. J. H. Latham und L. Neal, »The International Market in Wheat and Rice, 1868– 1914«, in: *Economic History Review,* New Series, 36, 2 (1983), S. 260–275.

63 William Woodruff, *The Impact of Western Man. A Study of Europe's Role in the World Economy 1750–1960*, London 1966, S. 313. Woodruffs Schätzung von 7,6 Milliarden Pfund kann verglichen werden mit der Schätzung in Höhe von 8,3 Milliarden Pfund in C. Issawi, »Middle East Economic Development 1815–1914«, in: Albert Hourani, P. S. Khoury und M. C. Wilson (Hg.), *The Modern Middle East,* London 1993, S. 183.

64 Eine einleuchtende Erklärung hat Samuel B. Saul, *Studies in British Overseas Trade 1870–1914*, Liverpool 1960, Kap. 3: »The Pattern of Settlements«.

65 Ebenda, S. 203–207.

66 Charles Lipson, *Standing Guard. Protecting Foreign Capital in the Nineteenth and Twentieth Centuries,* London 1985, Kap. 2.

67 J. R. Scobie, »Buenos Aires as a Commercial-Bureaucratic City«, in: *American Historical Review* 77, 4 (1972), S. 1045.

68 Rajnarayan Chandavarkar, *The Origins of Industrial Capitalism in India,* Cambridge 1994, S. 23.

69 Carl A. Trocki, *Singapore. Wealth, Power and the Culture of Control,* London 2006, Kap. 1, 2.

70 Olaf Ruhen, *Port of Melbourne 1835–1876*, North Melbourne 1976; Frank Broeze, *Island Nation,* London 1998.

71 Siehe Stanley Jackson, *The Sassoons,* London 1968.

72 Siehe Irving Stone, *The Global Export of Capital from Great Britain, 1865–1914*. *A Statistical Survey,* Basingstoke 1999.

73 League of Nations, *The Network of World Trade,* Genf 1942, S. 84.

74 Siehe Marcello de Cecco, *Money and Empire,* Oxford 1974.

75 Die beste Schilderung bieten Ranald C. Michie, *The City of London. Continuity and Change, 1850–1900*, Basingstoke 1992; David Kynaston, *The City of London. Golden Years 1890–1914*, 2 Bde, London 1995, 1996.

76 Robert Brand, Rede in Kanada (ca. 1913), Bodleian Library, Robert Brand Papers, Box 26.

77 Norman Angell, *The Great Illusion,* London 1911; deutsch: *Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein?* Berlin-Charlottenburg [1912].

78 Siehe Ian Phimister, *Wangi Kolia,* Johannesburg 1994, zu einer anschaulichen Beschreibung der Arbeitsbedingungen im Kohlenrevier Wankie in Südrhodesien (Simbabwe).

79 Die Zolleinnahmen in den Vereinigten Staaten entsprachen im Jahr 1900 27,6 Prozent des Wertes der Importe. Die Zahlen für Großbritannien, Frankreich und Deutschland lagen zwischen 5 und 8,8 Prozent. Siehe A. Stein, »The Hegemon’s Dilemma. Great Britain, the United States and the International Economic Order«, in: *International Organization* 38, 2 (1984), S. 355–386.

80 Peter H. Lindert, *Key Currencies and Gold, 1900–1930*, Princeton 1969, S. 121.

81 Siehe John W. Burrow, *The Crisis of Reason,* London 2000, Kap. 3; deutsch: *Die Krise der Vernunft. Europäisches Denken 1848–1914*, München 2003.

82 Burrow, *Crisis*, S. 96.

83 Siehe beispielsweise Herbert H. Risley, *The People of India,* London 1908. Als das Buch veröffentlicht wurde, war Risley einer der höchsten Beamten in der Regierung Indiens. Zum Fall Russland: Austin Jersild, *Orientalism and Empire,* Montreal 2002.

84 Burrow, *Crisis*, S. 103.

85 George W. Stocking, *Victorian Anthropology,* New York 1987, S. 236.

86 Zur Verwendung dieses Ausdrucks durch britische Beamten, Anil Seal, *The Emergence of Indian Nationalism,* Cambridge 1968, S. 15.

87 Siehe Saul Dubow, *Racial Segregation and the Origins of Apartheid in South Africa 1919–1936*, London 1989, S. 22f.

88 Greta Jones, *Social Darwinism and English Thought,* London 1980, S. 150.

89 Siehe Thomas R. Metcalf, *Ideologies of the Raj,* Cambridge 1995, Kap. 3.

90 Siehe die Argumentation in John M. MacKenzie, *Orientalism. History, Theory and the Arts,* Manchester 1995.

91 Susan Bayly, *Caste, Society and Politics in India,* Cambridge 1999, S. 101; zur entgegengesetzten Ansicht, die die Briten für die Verankerung des Kastenwesens im heutigen Indien verantwortlich macht, siehe Nicholas B. Dirks, *Castes of Mind,* Princeton 2001.

92 Siehe Tapan Raychaudhuri, *Europe Reconsidered. Perceptions of the West in Nineteenth Century Bengal,* Oxford 1989.

93 Zu einer autobiographischen Schilderung siehe Surendranath Banerjea, *A Nation in Making,* London 1925.

94 Das Schlüsselwerk ist hier Mahadev Govind Ranade, *The Rise of the Maratha Power,* engl. Übers., Bombay 1900.

95 Siehe Peter M. Holt, *The Mahdist State in the Sudan 1881–1898*, Oxford 1958.

96 Zu einer Diskussion dieser Themen Albert Hourani, *Arabic Thought in the Liberal Age 1798–1939*, London 1962; Nachdruck: Cambridge 1983; Francis Robinson, *Islam and Muslim History in South Asia,* Neu-Delhi 2000, S. 59–78 und Kap. 11; Michael Francis Laffan, *Islamic Nationhood and Colonial Indonesia,* London 2003.

97 David Robinson, *Paths of Accomodation. Muslim Societies and French Colonial Authorities in Senegal and Mauretania, 1880–1920*, Athens, O., und Oxford 2000, S. 231ff.

98 Hourani, *Arabic Thought,* S. 200–203.

99 Siehe David Lelyveld, *Aligarh’s First Generation. Muslim Solidarity in British India,* Princeton 1978.

100 Siehe Laffan, *Islamic Nationhood,* Kap. 7.

101 Die ursprünglich englische Version ist nachgedruckt in: Anthony J. Parel (Hg.), *Gandhi. »Hind Swaraj« and Other Writings,* Cambridge 1997.

102 Indira Chowdhury, *The Frail Hero and Virile History. Gender and the Politics of Culture in Colonial Bengal,* Neu-Delhi 2001, S. 14, 17, 40, 44f.

103 Ebenda, S. 152.

104 Zu Blydens Karriere, Hollis R. Lynch, *Edward Wilmot Blyden. Pan-Negro Patriot,* Oxford 1967.

105 Ebenda, S. 219.

106 Ebenda, S. 216.

107 Zur Ablehnung Blydens durch Booker T. Washington als »Rassenverschmelzer«, siehe Louis R. Harlan (Hg.), *The Booker T. Washington Papers,* Bd. 3: *1889–1895*, London 1974, S. 497.

108 Siehe John D. Frodsham (Hg.), *The First Chinese Embassy to the West. The Journals of Kuo Sung-T'ao, Lin His-hung and Chan T-yi,* Oxford 1974, S. xxvi.

109 Yen-p’ing Hao, *The Commercial Revolution in Nineteenth-Century China. The Rise of Sino-Western Mercantile Capitalism,* Berkeley und London 1986, S. 355.

110 Siehe die faszinierende Schilderung der »Jubliäumsprozession« von Shanghai in: B. Goodman, »Improvisations on a Semi-Colonial Theme, or How to Read a Celebration of Transnational Urban Community«, in: *Journal of Asian Studies* 59, 4 (2000), S. 889–926.

111 Zu den Beziehungen zwischen Mandschu und Han siehe Edward J. Rhoads, *Manchus and Han. Ethnic Relations and Political Power in Late Qing and Early Republican China. 1861–1928*, Seattle 2000.

112 Rosemary K. I. Quested, *»Matey« Imperialists*? *The Tsarist Russians in Manchuria, 1895–1917*, Hongkong 1982, S. 22.

113 Ebenda, S. 59.

114 Siehe Leonard K. Young, *British Policy in China, 1895–1902*, Oxford 1970.

115 Nish, *The Anglo-Japanese Alliance.*

116 Zur Laufbahn Suns siehe Harold Z. Schiffrin, *Sun Yat-sen. Reluctant Revolutionary,* Boston 1980.

117 Siehe E. Rawski, »Re-envisioning the Qing: The Significance of the Qing Period in Chinese History«, in: *Journal of Asian Studies* 55, 4 (1996), S. 839.

118 Roy Bin Wong, *China Transformed. Historical Change and the Limits of European Experience,* Ithaca, N. Y. 1997, S. 163.

119 George Morrison an Valentine Chirol, 8. September 1906, in: Lo Hui-min (Hg.), *The Correspondence of G. E. Morrison*, 2 Bde., Cambridge 1976, Bd. 1, S. 375; J. O. P. Bland, *Recent Events and Present Policies in China,* London 1912.

120 Frank H. H. King, *The Hong Kong Bank in the Period of Imperialism and War, 1875– 1918,* Cambridge 1988, S. 348.

121 Chi-Keung Leung, *China. Railway Patterns and National Goals,* Hongkong 1980, S. 39.

122 Chushichi Tsuzuki, *The Pursuit of Power in Modern Japan 1825–1995*, Oxford 2000, S. 104.

123 Peter Duus, R. Myers und M. Peattie (Hg.), *Japanese Informal Empire in China, 1895–1937*, Princeton 1989, S. xxxiii.

124 Akira Iriye, *Pacific Estrangement. Japanese and American Expansion, 1897–1911*, Cambridge, Mass. 1972, S. 221.

125 J. O. P. Bland an Charles Addis, 23. September 1907, Thomas Fisher Library, University of Toronto, J. O. P. Bland MSS, box 23.

126 Toshio Yokoyama, *Japan in the Victorian Mind,* Basingstoke 1987, Kap. 8.

127 Akira Iriye, »Japan’s Drive to Great Power Status«, in: Marius B. Jansen (Hg.), *The Cambridge History of Japan,* Bd. 3: *The Nineteenth Century,* Cambridge 1989, S. 738ff.

128 Barbara A. Waswo, *Modern Japanese Society, 1868–1994*, Oxford 1996, S. 60.

129 Siehe K. Sugihara, »Patterns of Asia’s Integration into the World Economy, 1888– 1913«, in: Fischer und McInnis (Hg.), *World Economy,* Teil 2.

130 Tsuzuki, *Pursuit of Power,* S. 195.

131 Christopher Howe, *The Origins of Japanese Trade Supremacy,* London 1996, S. 148, 157, 197ff., zu den Schwierigkeiten Japans vor dem Krieg.

132 Jerome Ch’en, *Yuan Shih-kai, 1859–1916*, London 1961, Kap. 9.

133 Michael E. Meeker, *A Nation of Empire. The Ottoman Legacy of Turkish Modernity,* Berkeley, Los Angeles und London 2002, S. 276f.

134 Siehe Eugene Rogan, *Frontiers of the State in the Late Ottoman Empire: Transjordan 1850–1921*, Cambridge 1999.

135 Siehe Donald Quataert, »The Age of Reforms, 1812–1914«, in: Halil Inalcik mit Donald Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire 1300–1914*, Cambridge 1994, S. 872.

136 Ebenda, S. 910–928.

137 Justin McCarthy, *Death and Exile. The Ethnic Cleansing of Ottoman Muslims, 1821– 1922*, Princeton 1995, S. 135f.

138 Zitiert in M. Sükrü Hanioglu, *Preparations for a Revolution*. *The Young Turks, 1902– 1908,* Oxford 2001, S. 65.

139 Diese Darstellung stützt sich auf Ervand Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* Princeton 1982, S. 57–111.

140 Arnold T. Wilson, *South West Persia. Letters and Diary of a Young Political Officer, 1907–1914*, London 1942, S. 189.

141 Note von Sir E. Grey an russischen Botschafter, 10. Juni 1914, in: Gooch und Temperley (Hg.), *British Documents,* Bd. 10, S. 798ff.; Buchanan an Grey, 21. Juni 1914, ebenda, S. 804f.

142 Note von Sasonow, ebenda, S. 816–820.

143 W. Morgan Shuster, *The Strangling of Persia. A Record of European Diplomacy and Oriental Intrigue,* London 1912.

7. Der Weg in die Weltkrise, 1914–1942

1 Die klassische Analyse dieses atavistischen Ethos stammte von dem österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter in seinem Aufsatz »Zur Soziologie des Imperialismus« (1919), nachgedruckt in ders., *Aufsätze zur Soziologie,* hg. von E. Schneider. Tübingen 1953, S. 72–146.

2 Die beste zeitgenössische Analyse ist Henry Wickham Steed, *The Hapsburg Monarchy,* London 1913. Steed lebte zehn Jahre lang als Korrespondent der *Times* in Österreich-Ungarn und war später Auslandsredakteur und Chefredakteur der Zeitung.

3 Hew Strachan, *The First World War.* Bd. 1: *To Arms,* Oxford 2001, S. 62.

4 Zum Kriegsausbruch existiert eine unübersehbare Fülle von Literatur. Die Berechnungen der Regierungen der Großmächte lassen sich verfolgen anhand von Volker Berghahn, *Germany and the Approach of War in 1914,* London 1974; John Keiger, *France and the Origins of the First World War,* London 1983; Dominic Lieven, *Russia and the Origins of the First World War,* London 1983; Samuel R. Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War,* London 1991. Die Dokumentensammlung von Imanuel Geiss, *Juli Neunzehnhundertvierzehn. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs,* München 1965, vermittelt einen detaillierten Einblick in die letzte Phase vor dem Krieg. Strachans *The First World War* enthält eine ausgezeichnete Synthese.

5 Kurt Riezlers *Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart* erschien im Jahr 1914 in München unter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer.

6 Siehe Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in the First World War,* Cambridge 2000; Arnold Zweig, *Der Streit um den Soldaten Grischa,* (Originalausgabe: 1927) Berlin 2006; ist eine faszinierende, halbfiktive Darstellung der Verhältnisse in »Ober-Ost«. Zu einer allgemeinen Schilderung der Ereignisse an der Ostfront, Norman Stone, *The Eastern Front 1914–1917*, London 1975.

7 Bernard Pares, *The Fall of the Russian Monarchy. A Study of the Evidence,* New York 1939, S. 476.

8 Hugh Seton-Watson, *The Russian Empire 1801–1917*, Oxford 1967, S. 653.

9 Wie real diese Ängste waren, lässt sich an der Korrespondenz Lord Milners ablesen, des damaligen Direktors der britischen großen Strategie. Die Ähnlichkeit mit den Ideen Halford Mackinders von einem »Kernland«, die er nach dem Krieg in dem Werk *Democratic Ideals and Reality*, London 1919, darlegte, waren keineswegs zufällig: Mackinder gehörte zu Milners Kreis.

10 Die Überlegungen des Eastern Committee im War Cabinet können verfolgt werden in John Darwin, *Britain, Egypt and the Middle East. Imperial Policy in the Aftermath of War,* London 1981, Kap. 6.

11 Nähere Einzelheiten siehe William Roger Louis, *Great Britain and Germany’s Lost Colonies,* Oxford 1967.

12 Zur Krise in Ägypten und ihrem Ende siehe Elie Kedourie, »Saad Zaghloul and the British«, in: ders. *The Chatham House Version,* London 1970; sowie Darwin, *Britain, Egypt and the Middle East,* Kap. 3–5; J. Beinin und Z. Lockman, »1919: Labour Upsurge and National Revolution«, in: A. Hourani, P. S. Khoury und M. C. Wilson (Hg.), *The Modern Middle East,* London 1993, S. 395–428.

13 Albert Hourani, *Arabic Thought in the Liberal Age 1798–1939*, London 1962; nachgedr. Cambridge 1983, S. 276.

14 Siehe Michael Llewellyn Smith, *Ionian Vision. Greece in Asia Minor 1919–1922*, London 1973.

15 Die Krise schildert David Walder, *The Chanak Affair,* London 1969.

16 Welche Konsequenzen der Krieg und der Vertrag für die Menschen hatte, wird erörtert in Justin McCarthy, *Death and Exile. The Ethnic Cleansing of Ottoman Muslims 1821–1922*, Princeton 1995, Kap. 7.

17 Ein vollständiger Abzug der Briten aus dem Irak wurde 1923 ernsthaft im Kabinett diskutiert. Der damalige Premierminister Andrew Bonar Law sprach sich für den Abzug aus.

18 Zur Staatengründung Atatürks siehe Bernard Lewis, *The Emergence of Modern Turkey,* London 1961; Andrew Mango, *Atatürk*, London 1999; Michael E. Meeker, *A Nation of Empire. The Ottoman Legacy of Turkish Modernity,* Berkeley, Los Angeles und London 2002. Zur Neuordnung des Iran durch Resa Schah siehe Ervand Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* Princeton 1982, S. 118–165. Siehe Arnold T. Wilson, *Persia,* London 1932, S. 307, zu der gewaltigen Steigerung des Werts der Erdölexporte. Malcolm E. Yapp, *The Near East since the First World War,* London 1991, ist eine ausgezeichnete Gesamtdarstellung.

19 Zur Intensivierung des Grolls unter indischen Muslimen siehe Francis C. R. Robinson, *Separatism among Indian Muslims. The Politics of the United Provinces Muslims, 1860–1923*, Cambridge 1974; Jacob M. Landau, *The Politics of Pan-Islam. Ideology and Organization,* Oxford 1990, S. 182–215; Mushirul Hasan, *Mahomed Ali. Ideology and Politics,* Delhi 1981. Mahomed Ali wurde von den Briten bis 1919 wegen Volksverhetzung interniert.

20 Die beste Schilderung des Massakers von Amritsar ist derzeit Nigel Collett, *The Butcher of Amritsar,* London 2006 – trotz des reißerischen Titels eine subtile und fundierte Studie.

21 Zur frühen politischen Karriere Gandhis und der Bewegung von 1919 siehe Judith M. Brown, *Gandhi’s Rise to Power,* Cambridge 1972; Ravinder Kumar (Hg.), *Essays in Gandhian Politics,* Oxford 1971.

22 D. A. Low, »The Government of India and the First Non-Cooperation Campaign, 1920–1922«, in: Kumar (Hg.), *Gandhian Politics;* David Page, *Prelude to Partition. The Indian Muslims and the Imperial System of Control 1920–1932*, Delhi 1982.

23 Diese nervösen Manöver können verfolgt werden in Brian R. Tomlinson, *The Indian National Congress and the Raj,* London 1976.

24 Siehe Zhang Yongjin, *China in the International System, 1918–1920*: *The Miggle Kingdom at the Periphery,* London 1991.

25 Andrew J. Nathan, *Peking Politics 1918–1923*, London 1976.

26 A. Waldron, »The Warlord: The Twentieth Century Chinese Understandings of Violence, Militarism and Imperialism«, in: *American Historical Review* 96, 4 (1991), S. 1073–1100; einen guten Überblick bietet Hsi-Sheng Ch'i, *Warlord Politics in China,* Stanford 1976; eine Fallstudie in der Provinz gibt Angus W. McDonald, *The Urban Origins of Rural Revolution. Elites and the Masses in Hunan Province, China*, *1911–1927*, Berkeley, Los Angeles und London 1978.

27 Hosea B. Morse und H. F. MacNair, *Far Eastern International Relations,* 2. Aufl. Cambridge, Mass. 1931, S. 581.

28 Ebenda, S. 581ff.

29 Siehe Jerome B. Grieder, *Intellectuals and the State in Modern China,* New York 1981, S. 214–226.

30 Yongjin, *China in the International System*, S. 184.

31 Zu einer klassischen Äußerung dieser Ansicht siehe Memorandum von Sir B. Alston (britischer Gesandter in Peking), 1. August 1920, in: R. Butler, J. P. T. Bury und M. Lambert (Hg.), *Documents on British Foreign Policy 1919–1939*, 1. Serie, Bd. 14, London 1966, S. 81–86.

32 Yoshihisa Tak Matsusaka, *The Making of Japanese Manchuria 1904–1932*, Cambridge, Mass. 2001, S. 242ff.

33 Chushichi Tsuzuki, *The Pursuit of Power in Modern Japan 1825–1995*, Oxford 2000, S. 210, 217.

34 Matsusaka, *Japanese Manchuria,* S. 206.

35 Tsuzuki, *Pursuit of Power,* S. 206, 236f.

36 Siehe Christopher Howe, *The Origins of Japanese Trade Supremacy,* London 1996, S. 318, zu den Auswirkungen der chinesischen Boykotte auf die japanischen Textilexporte.

37 John O. P. Bland, *China. The Pity of It,* London 1931, S. 40.

38 Zu Suns Laufbahn siehe Harold Z. Schiffrin, *Sun Yat-sen. Reluctant Revolutionary,* Boston 1980.

39 Zum gefährlichen Leben dieser 400 »Sowjetniki« siehe Dan N. Jacobs, *Borodin. Stalin’s Man in China,* Cambridge, Mass. 1981.

40 Eine Schilderung der Ereignisse, die den begrenzten Einfluss der kommunistischen Partei betont, gibt Ming K. Chan »The Realpolitik and Legacy of Labour Activism and Popular Mobilisation in 1920s Greater Canton«, in: Mechthild Leutner u. a. (Hg.), *The Chinese Revolution in the 1920s. Between Triumph and Disaster,* London 2002, S. 187–221.

41 Eine ausgezeichnete Studie dieses Prozesses bietet Hans J. van der Ven, *War and Nationalism in China 1925–1945*, London 2003, Kap. 2.

42 Ch'i, *Warlord Politics,* S. 223f.; Waldron, »The Warlord«, S. 1075ff.

43 Zur britischen Politik gegenüber der Herausforderung, die der chinesische Nationalismus darstellte, siehe Edmund K. S. Fung, *The Diplomacy of Imperial Retreat,* Hongkong 1991; Chan Lan Kit-Ching, *China*, *Britain and Hong Kong 1895–1945*, Hongkong 1991.

44 Van der Ven, *War and Nationalism*, Kap. 2.

45 Richard Overy, *The Dictators. Hitler’s Germany, Stalin’s Russia*, London 2004, S. 445; deutsch: *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland,* München 2005, S. 588.

46 Jeremy Smith, *The Bolsheviks and the National Question 1917–1923*, London 1999, S. 98.

47 Siehe Richard H. Ullman, *The Anglo-Soviet Accord,* London 1972, Kap. 10, 11.

48 Das Standardwerk zu diesem Prozess ist Richard Pipes, *The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917–1923*, überarb. Aufl., Cambridge, Mass. 1964.

49 Eine Darstellung dieser Phase seiner Karriere gibt Robert Service, *Stalin. A Biography*, London 2004.

50 Stalin an Lenin, 22. September 1922, in: Smith, *Bolsheviks and the National Question,* S. 183, Archivquelle aufbewahrt in: RZChIDNI, f. 5, op. 2, d. 28, l. 19ff.

51 Ebenda, S. 93f.

52 Stalin an Lenin, 22. September 1922.

53 Francis P. Walters, *The History of the League of Nations,* London 1952, gibt eine allgemeine Darstellung des Völkerbundes.

54 B. Eichengreen, »Twentieth-Century US Foreign Financial Relations«, in: Stanley L. Engerman und R. E. Gallman (Hg.), *The Cambridge Economic History of the United States,* Bd. 3: *The Twentieth Century,* Cambridge 2000, S. 476f.

55 Siehe Denna Frank Fleming, *The United States and the League of Nations 1918–1920*, New York 1932, S. 122–143.

56 Zu den Anschauungen des überaus einflussreichen, politischen Geographen Isaiah Bowman siehe Neil Smith, *American Empire. Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization,* London 2003, S. 184–188.

57 Siehe Akira Iriye, *The Cambridge History of American Foreign Relations,* Bd. 3: *The Globalising of America,* Cambridge 1995.

58 Siehe Christopher Thorne, *The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931–1933*, London 1972.

59 Siehe Brian McKercher, *Transition of Power. Britain’s Loss of Global Preeminence to the United States 1930–1945*, Cambridge 1999.

60 Overy, *Dictators*, S. 398; deutsche Ausgabe: *Diktatoren*, S. 521–525.

61 Georgi Dimitroff, *Tagebücher 1933–1943*, hg. Bernhard Bayerlein, Berlin 2000, S. 162; dazu auch: Service, *Stalin*, S. 325.

62 Overy, *Dictators*, S. 561; deutsche Ausgabe: *Diktatoren*, S. 742f.

63 Jonathan Haslam, *The Soviet Union and the Threat from the East,* London 1992, S. 28: Im Jahr 1933 hatte die UdSSR 200.000 Mann in Ostsibirien stationiert.

64 Jonathan D. Spence, *In Search of Modern China,* London 1990, S. 382; deutsch: *Chinas Weg in die Moderne,* München 1996, S. 464.

65 Die amerikanische Politik lässt sich nachverfolgen in Stanley Kuhl Hornbeck, *The Diplomacy of Frustration. The Manchurian Crisis of 1931–1933 as Revealed in the Papers of Stanley K. Hornbeck*, Stanford 1981.

66 Van der Ven, *War and Nationalism,* S. 131.

67 Anthony Best, *British Intelligence and the Japanese Challenge in Asia 1914–1941*, Basingstoke 2002, S. 89.

68 Siehe Matsusaka, *Japanese Manchuria,* S. 281–288.

69 Zu einer aktuellen Analyse siehe ebenda, S. 378f.

70 Siehe Van der Ven, *War and Nationalism,* S. 188ff.

71 Siehe Tim Rooth, *British Protectionism and the International Economy. Overseas Commercial Policy in the 1930s,* Cambridge 2002.

72 Zur deutschen »Großraumwirtschaft« in Osteuropa nach 1934 siehe Antonin Basch, *The Danube Basin and the German Economic Sphere,* London 1944, Kap. 11, 16; E. A. Radice, »The German Economic Programme in Eastern Europe«, in: Michael Charles Kaiser (Hg.), *The Economic History of Eastern Europe 1919–1975*, Oxford 1986, Bd. 2, S. 300f.

73 Baumwolle und Seide machten über die Hälfte der japanischen Exporte aus. Howe, *Trade Supremacy,* S. 121.

74 Ebenda, S. 215–218; Ian Inkster, *Japanese Industrialisation. Historical and Cultural Perspectives,* London 2001, S. 97–116.

75 Eine allgemeine Studie bietet Harold James, *The End of Globalisation,* London 2001; deutsch: *Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise,* München 2003.

76 Siehe Lynne Viola, *Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance,* New York 1996.

77 Siehe Jerry Z. Muller, *The Other God that Failed,* Princeton 1987; Hartmut Lehmann und J. J. Sheehan (Hg.), *An Interrupted Past: German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933,* Cambridge 1991, zur intellektuellen Karriere des Soziologen Hans Freyer; siehe Hartmut Lehmann und J. van H. Melton, *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s,* Cambridge 1994, zu bestehenden NS-Sympathien unter Historikern; Martin Malia, *Russia under Western Eyes,* Cambridge, Mass. 1999, S. 325ff.

78 Harry D. Harootunian, *Overcome by Modernity. History, Culture and Community in Inter-war Japan,* Princeton 2000, umfasst eine faszinierende Studie dieser Ängste.

79 Diese Gedanken sind der Gegenstand von John Lonsdales Aufsatz »The Moral Economy of Mau Mau: Wealth, Poverty and Civic Virtue in Kikuyu Political Thought«, in: Bruce Berman und John Lonsdale, *Unhappy Valley. Conflict in Kenya and Africa,* Buch 2: *Ethnicity and Violence,* London 1992.

80 Jomo Kenyatta, *Facing Mount Kenya,* London 1938, S. 318.

81 Siehe zum Beispiel Moritz Julius Bonn, *The Crumbling of Empire. The Disintegration of World Economy,* London 1938.

82 Zur Stimmung der sogenannten »Shanghailander« siehe R. Bickers, *Empire Made Men. An Englishman Adrift in Shanghai,* London 2003, Kap. 7, 9.

83 Siehe seinen Brief an Gandhi, 28. April 1938, in: Jawaharlal Nehru, *A Bunch of Old Letters,* Bombay 1958, S. 276f.

84 Ein anglo-ägyptischer Vertrag nach diesen Richtlinien wurde schließlich 1936 unterzeichnet.

85 Die umständlichen Winkelzüge der britischen Linie und der indischen Politik schildert Page, *Prelude to Partition,* und Tomlinson, *The Indian National Congress and the Raj*.

86 Nicholas Tarling (Hg.), *The Cambridge History of Southeast Asia,* Bd. 3: *From c. 1800 to the 1930s,* Cambridge 1999, S. 269f., 276. Zur »politischen« Polizeiarbeit in Indien siehe David Arnold, *Police Power and Colonial Rule. Madras 1859–1947*, Delhi 1986, Kap. 6.

87 A. D. Roberts, »The Imperial Mind«, in: A. D. Roberts (Hg.), *The Cambridge History of Africa,* Bd. 7: *From 1905 to 1940,* Cambridge 1986, S. 24–76.

88 Zu dieser Vorgehensweise im Nigeria der Zwischenkriegszeit siehe das Memorandum vom September 1939 von seinem Gouverneur Sir Bernard Bourdillon, in: Albert F. Madden und John Darwin (Hg.), *The Dependent Empire 1900–1948*, Bd. 7: *Colonies, Protectorates and Mandates. Select Documents on the Constitutional History of the British Empire and Commonwealth,* Westport, Conn. 1994, S. 705–709.

89 Latif A. Sherwani, *Speeches Writings and Statements of Iqbal,* Lahore 1944, S. 3–26.

90 Veröffentlicht im Jahr 1923. Savarkar wurde im Jahr 1937 Vorsitzender der Gruppe Hindu Mahasabha.

91 Susan Bayly, *Caste, Society and Politics in India,* Cambridge 1999, S. 262, Anm. 65.

92 Dieser Gedanke wurde erstmals in einem berühmten Essay von J. Gallagher und R. Robinson ausgeführt: »The Imperialism of Free Trade«, in: *Economic History Review,* Neue Serie, 6, 1 (1953), S. 1–15.

93 Dieser Punkt wurde in *Mein Kampf* unmissverständlich deutlich gemacht.

94 Diese Einschätzung gab die maßgebliche Zeitschrift der amerikanischen Wirtschaft ab. Siehe *Fortune,* Juli 1940, S. 136.

95 Zitiert in Gerhard L. Weinberg, *A World at War. A Global History of World War Two,* Cambridge 1994, S. 118; deutsch: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs,* Stuttgart 1995, S. 136.

96 E. Staley, »The Myth of Continents«, veröffentlicht in *Foreign Affairs,* April 1941; nachgedruckt in: H. Weigert und V. Stefansson (Hg.), *The Compass of the World,* London 1943.

97 Siehe Akira Iriye, *China and Japan in the Global Setting,* Cambridge, Mass. 1992, S. 78ff.

98 Y. Kibata, *Anglo-Japanese Relations in the 1930s and 1940s,* London 1982.

99 Akira Iriye, »The Failure of Military Expansionism«, in: S. Large (Hg.), *Showa Japan. Political, Economic and Social History 1926–1989*, Bd. 1: *1926–1941*, London 1998, S. 213ff., 223, 226f.

100 Ian Cowman, *Dominion or Decline. Anglo-American Naval Relations in the Pacific 1937–1941*, Oxford 1996, S. 85, 88, 93f.

101 Mark Roseman, *The Villa, the Lake, the Meeting. Wannsee and the Final Solution,* London 2004, S. 107; deutsch: *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte,* Berlin 2002, S. 151ff.

102 Roseman, *Die Wannsee-Konferenz,* S. 145.

8. Ende und Anfang – Alte Reiche und neue

1 Diese Orientierungslosigkeit findet ihre brillante Darstellung in: Czeslaw Milosz, *Verführtes Denken,* Köln und Berlin 1959, S. 30ff.

2 Leonard Barnes, *Soviet Light on the Colonies,* Harmondsworth 1944.

3 Dies war die Absicht von William K. Hancock, *Argument of Empire,* das als Taschenbuch 1942 sowohl in Großbritannien als auch in den Vereinigten Staaten veröffentlicht wurde (deutsche Ausgabe: *Für und wider das Weltreich,* Hamburg 1946). Für einen breiteren Rahmen siehe Suke Wolton, *Lord Hailey, the Colonial Office and the Politics of Race and Empire in the Second World War. The Loss of White Prestige,* London 2000.

4 Siehe Odd Arne Westad, *Cold War and Revolution. Soviet-American Rivalry and the Origins of the Chinese Civil War,* New York 1993, S. 177f.

5 Siehe David C. Engerman, *Modernization from the Other Shore. American Intellectuals and the Romance of Russian Development,* Cambridge, Mass. 2003, S. 262–269.

6 Siehe Hubrecht Willem van den Doel, *Het Rijk van Insulinde,* Amsterdam 1996, S. 284, 286.

7 Zitiert in: William Roger Louis und Ronald Robinson, »The Imperialism of Decolonisation«, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 22, Nr. 3 (1994), S. 468.

8 Zur britischen Angst vor einem »Asiatischen Reich des modernen China«, dem Thema eines Memorandums des »India Office«, siehe Lanxin Xiang, *Recasting the Imperial Far East. Britain and America in China, 1945–1950*, Armonk, NY 1995, S. 32.

9 Westad, *Cold War and Revolution,* S. 173f.

10 Die beste Darstellung dieser Themen findet sich bei Hans van de Ven, *War and Nationalism in China, 1925–1945*, London 2003, Kap. 7.

11 Gemäß der »4. Mai-Direktive« des Jahres 1946 sollte das Land der Grundherren konfisziert und an die Bauern verteilt werden. Siehe *Selected Military Writings of Mao Tse-tung,* Peking 1963, S. 322–324.

12 Christopher Howe, *The Origins of Japanese Trade Supremacy,* London 1996, S. 403.

13 Dorothy Norman (Hg.), *Nehru. The First Sixty Years,* 2 Bde., London 1965, Bd. 2, S. 452.

14 Westad, *Cold War and Revolution*, S. 167.

15 Die treffende Bezeichnung »Vasco-da-Gama-Epoche« wurde geprägt von Kavalam M. Pannikar. Siehe seine Arbeit *Asien und die Herrschaft des Westens,* Zürich 1955, S. 452–455.

16 Siehe Rosemary Foot und Judith M. Brown (Hg.), *Hong Kong’s Transitions, 1842– 1997,* London 1997.

17 Für die vollständige Liste siehe *Keesing’s Contemporary Archives, 1955*, S. 14181.

18 Für den Text dieser Reden siehe ebenda, S. 14181ff.; George M. Kahin, *The Asian-African Conference at Bandung, Indonesia, April 1955*, Ithaca, NY 1956.

19 Die einflussreiche These von Chalmers Johnson, *Peasant Nationalism and Communist Power. The Emergence of Revolutionary China, 1937–1945*, Stanford 1962.

20 Siehe Suzanne Pepper, »The Political Odyssey of an Intellectual Construct. Peasant Nationalism and the Study of China’s Revolutionary History – a Review Essay«, in: *Journal of Asian Studies* 63, Nr. 1 (2004), S. 105–125.

21 Odd Arne Westad, *Decisive Encounters. The Chinese Civil War, 1946–1950*, Stanford 2003, S. 323.

22 Qiang Zhai, *China and the Vietnam Wars, 1950–1975*, Chapel Hill, NC 2000, S. 20, 43–49.

23 Ebenda, S. 82f.

24 Maos Denken wird untersucht in: James D. Armstrong, *Revolutionary Diplomacy. Chinese Foreign Policy and the United Front Doctrine,* Berkeley und London 1977, Kap. 3.

25 John Dower, *Embracing Defeat. Japan in the Aftermath of World War Two,* Harmondsworth 1999.

26 Ebenda, S. 206.

27 Chushichi Tsuzuki, *The Pursuit of Power in Modern Japan, 1825–1995*, Oxford 2000, S. 357.

28 Dower, *Embracing Defeat,* S. 249, 560.

29 Für eine neuere Untersuchung siehe Judith M. Brown, *Nehru*, London 2004.

30 Siehe Janet Rizvi, *Trans-Himalayan Caravans. Merchant Princes and Peasant Traders in Ladakh,* New Delhi 1999, Kap. 1.

31 Das Standardwerk ist Neville Maxwell, *India’s China War,* London 1970.

32 Dharma Kumar (Hg.), *The Cambridge Economic History of India,* Bd. 2: *c. 1757–c. 1970,* Cambridge 1982, S. 972f.

33 Westad, *Decisive Encounters,* S. 320.

34 Der Kurs der britischen Politik lässt sich in den Dokumenten verfolgen, die veröffentlicht wurden in: Hugh Tinker (Hg.), *Constitutional Relations between Britain and Burma. The Struggle for Independence, 1944–1948*, 2 Bde., London 1983–1984.

35 Die amerikanische Politik gegenüber dem indonesischen Nationalismus lässt sich verfolgen in: *Foreign Relations of the United States [FRUS*] *1948*, Bd. 6: *The Far East and Australasia,* Washington 1975, besonders: »Acting Secretary of State to US ambassador in Moscow (Der amtierende US-Außenminister an den US-Botschafter in Moskau)« vom 30. Dezember 1948, S. 613ff.; und *FRUS 1949,* Bd. 7: *The Far East and Australalasia,* Washington 1975, besonders: »Acting Secretary of State, conversation with Dutch ambassador (Gespräch des amtierenden US-Außenministers mit dem holländischen Botschafter)« vom 11. Januar 1949 (in dem Ersterer mit der Beendigung der amerikanischen Wirtschaftshilfe drohte), S. 139.

36 Siehe Stein Tonnesson, »National Divisions in Indochina's Decolonization«, in: Prasenjit Duara (Hg.), *Decolonization. Perspectives from Now and Then,* London 2004, S. 262; Edward Miller, »Vision, Power and Agency. The Ascent of Ngo Dinh Diem, 1945–54«, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 35, Nr. 3 (2004), S. 437–440.

37 »Dean Acheson to the U.S. Consulate in Hanoi (US-Außenminister Dean Acheson an das US-Konsulat in Hanoi)« vom 20. Mai 1949, in: *FRUS 1949,* Bd. 7, S. 29.

38 Für eine Analyse Diems siehe Miller, »Vision, Power and Agency«; Tonnesson, »National Divisions in Indochina’s Decolonization«; Dennis Duncanson, *Government and Revolution in Vietnam,* London 1968, Kap. 5.

39 Zu den malaiisch-indonesischen Spannungen vor und nach der Unabhängigkeit siehe Joseph Chinyong Liow, »Tunku Abdul Rahman and Malaya’s Relations with Indonesia, 1957–1960«, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 36, Nr. 1 (2005), S. 87– 109.

40 Für die beste Darstellung der britischen Politik siehe William Roger Louis, *The British Empire in the Middle East, 1945–1951. Arab Nationalism, the United States, and Postwar Imperialism*, Oxford 1984.

41 Zu dieser Schätzung siehe William B. Fisher, *The Middle East. A Physical, Social and Regional Geography,* London 1950, S. 249.

42 Ghada Hashem Talhani, *Palestine and Egyptian National Identity,* New York 1992, S. 9.

43 Patrick Seale, *The Struggel for Syria. A Study of Post-War Arab Politics, 1945–1958*, London 1966; Andrew Rathmell, *Secret War in the Middle East. The Covert Struggle for Syria, 1949–1961*, London 1995; Patrick Seale, »Syria«, in: Yezid Sayigh und Avi Shlaim (Hg.), *The Cold War and the Middle East,* Oxford 1997; Moshe Ma'oz, »Attempts to Create a Political Community in Syria«, in: Illan Pappe und Moshe Ma'oz, *Middle Eastern Politics and Ideas. The History from Within,* London 1997.

44 Das Standardwerk ist weiterhin Michael J. Cohen, *Palestine and the Great Powers, 1945–1948*, Princeton 1982.

45 Hanna Batatu, *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq,* Princeton 1978, S. 470–472, 545–566, 680.

46 Talhani, *Palestine and Egyptian National Identity,* S. 48–50.

47 Für eine neuere Erörterung siehe Robert McNamara, *Britain, Nasser und the Balance of Power in the Middle East, 1952–1967*, London 2003, Kap. 3.

48 Dies war die Einschätzung des britischen Botschafters in Kairo im Juli 1954. Siehe James Jankowski, *Nasser’s Egypt, Arab Nationalism and the United Arab Republic,* Boulder, Colo. 2002, S. 56.

49 Rathmell, *Secret War in the Middle East,* Kap. 4.

50 Das Standardwerk ist Keith Kyle, *Suez*, London 1991.

51 Zu Edens politischem Schicksal siehe David Carlton, *Anthony Eden,* London 1981.

52 Siehe Rathmell, *Secret War in the Middle East,* S. 160–162; Abdulaziz A. al-Sudairi, *A Vision of the Middle East. An Intellectual Biography of Albert Hourani,* London 1999, S. 98–100; Fouad Ajami, »The End of Pan-Arabism«, in: *Foreign Affairs* 57, Nr. 2 (Winter 1978/79).

53 Zur Intensivierung der amerikanischen »Sonderbeziehung« zu Israel seit den späten 1950-er Jahren siehe Douglas Little, »The Making of a Special Relationship. The United States and Israel, 1957–1968«, in: *International Journal of Middle East Studies* 25, Nr. 4 (1993), S. 563–585; Gerald M. Steinberg, »Israel and the United States. Can the Special Relationship Survive the New Strategic Environment?«, in: *Middle East Review of International Affairs* 2, Nr. 4 (1998).

54 Siehe Anthony Sampson, *Die Sieben Schwestern. Die Ölkonzerne und die Verwandlung der Welt,* Reinbek bei Hamburg 1976.

55 DerTitel der einflussreichen Untersuchung von Fouad Ajami, *The »Arab Predicament«. Arab Political Thought and Practice since 1967,* London 1981.

56 Zum Ausbruch dieser Krise siehe Ervand Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* Princeton 1982, Kap. 5. Zur Anglo-Iranian Oil Company siehe James H. Bamberg, *The History of the British Petroleum Company,* Bd. 2: *The Anglo-Iranian Years, 1928– 1954,* Cambridge 1994.

57 Zur amerikanischen Sicht siehe zum Beispiel »Rowntree an McGhee, 20. Dezember 1950«, in: *FRUS 1950,* Bd. 5: *The Near East, South Asia and Africa,* Washington 1978, S. 634. Zur britischen Politik siehe Louis, *The British Empire in the Middle East,* S. 632–689.

58 Für eine neuere Untersuchung des Staatsstreichs von 1953 siehe Mark J. Gasiorowski und Malcolm Byrne (Hg.), *Mohammed Mosaddeq and the 1953 Coup in Iran,* Syracuse, NY 2004, »Conclusion«. Zur Dominanz der Großgrundbesitzer und deren Auswirkung siehe Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* S. 378–382.

59 Die beste Abhandlung bleibt weiterhin J. R. T. Wood, *The Welensky Papers,* Durban 1982.

60 Die Zahl der weißen Siedler in den wichtigsten afrikanischen Territorien Portugals Angola und Mosambik stieg von 67.000 im Jahr 1940 auf 300.000 im Jahr 1960. Siehe Antonio José Telo, *Economia e Imperio no Portugal Contemporanea,* Lissabon 1994, S. 267.

61 Siehe das Memo des Gouverneurs von Nigeria vom September 1939, CO 583/244/ 30453, abgedruckt in: Frederick Madden und John Darwin, *The Dependent Empire, 1900–1948*, Bd. 7: *Colonies, Protectorates and Mandates. Select Documents on the Constitutional History of the British Empire and Commonwealth,* Westport, Conn. 1994, S. 705ff.

62 Zu den Ursprüngen dieser Ansicht siehe David A. Low und John Lonsdale, »Towards the New Order«, in: David A. Low und Alison Smith (Hg.), *History of East Africa,* Bd. 3, Oxford 1976, S. 1–63.

63 Zu den Strategien, die den Kolonialregierungen offen standen, siehe John Darwin, »The Central African Emergency, 1959«, in: Robert F. Holland (Hg.), *Emergencies and Disorders in the European Colonial Empires after 1945,* London 1994.

64 Siehe John Lonsdale, »The Moral Economy of Mau Mau. Wealth, Poverty and Civic Virtue in Kikuyu Political Thought«, in: Bruce Berman und John Lonsdale, *Unhappy Valley. Conflict in Kenya and Africa,* Buch 2: *Ethnicity and Violence,* London 1992, S. 265–504.

65 Für eine neuere Untersuchung der Vorgänge während des Ausnahmezustands in Kenia siehe David Anderson, *Histories of the Hanged. The Dirty War in Kenya and the End of Empire,* London 2005. Eine leidenschaftlichere Darstellung liefert Caroline Elkins, *Britain's Gulag. The Brutal End of Empire in Kenya,* London 2005.

66 Die beste Darstellung bleibt weiterhin Crawford Young, *Politics in the Congo. Decolonization and Independence,* Princeton 1965.

67 Zu den näheren Umständen siehe Ludo DeWitte, *Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise,* Leipzig 2001.

68 Siehe Colin Legum, *Congo Disaster,* veröffentlicht als Penguin Special, Harmondsworth 1961.

69 Die Dilemmata, vor denen die postkolonialen Regierungen in Afrika standen, werden in zwei neueren Untersuchungen glänzend dargestellt: Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz, *Africa Works. Disorder as Political Instrument,* Oxford 1999; Jean-François Bayart, Stephen Ellis und Béatrice Hibou, *The Criminalization of the State in Africa,* Oxford 1999.

70 Siehe Jonathan Zasloff, »Law and the Shaping of American Foreign Policy. From the Gilded Age to the New Era«, in: *New York University Law Review* 78, Nr. 30 (2003), S. 101–288. Ich verdanke diesen Hinweis Andrew Hurrell.

71 David A. Lake, *Entangling Relations. American Foreign Policy in its Century,* Princeton 1999, S. 102.

72 Zu dieser Einschätzung siehe ebenda, S. 193.

73 Ohne die Kontrolle über den Rest Mikronesiens war Guam ohne jeden Wert. Siehe Willard Price, *Japan’s Islands of Mystery,* London 1944, S. 46–54.

74 Siehe Geir Lundestad, *The American »Empire«and Other Studies of US Foreign Policy in Comparative Perspective,* London 1990.

75 Herman van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum und Strukturwandel der Weltwirtschaft seit 1945,* München 1984, Tabelle 30, S. 294.

76 Ebenda, S. 508f.

77 Zu diesen Schätzungen siehe Donald A. Filtzer, *Soviet Workers and Late Stalinism. Labour and the Restoration of the Stalinist System after World War Two,* Cambridge 2002, S. 13.

78 Ebenda, S. 246.

79 Ebenda, S. 25.

80 Siehe Paul A. Gregory, *The Political Economy of Stalinism. Evidence from the Soviet Secret Archives,* Cambridge 2004, S. 243f.

81 Lawrence Sondhaus, *Navies in the Modern World*, London 2004, S. 242.

82 Siehe das Memo Außenminister Rusks an Präsident Kennedy vom 1. Februar 1961, in: *FRUS 1961–63*, Bd. 20: *The Congo Crisis,* Washington 1994.

83 David Holden und Richard Johns, *Die Dynastie der Sauds. Wüstenkrieger und Weltfinanziers,* Düsseldorf und Wien 1983, S. 230–233.

84 Brian Pockney, »Soviet Trade with the Third World«, in: Edgar J. Feuchtwanger und Peter Nailor (Hg.), *The Soviet Union and the Third World,* London 1981, S. 70, 72f.

85 Stuart Bruchey, *Enterprise*. *The Dynamic Economy of a Free People,* London 1990, S. 509.

86 Für eine Darstellung dieser Ereignisse siehe Karen Dawisha, »The Soviet Union in the Middle East«, in: Feuchtwanger und Nailor (Hg.), *The Soviet Union and the Third World,* S. 123–126.

87 Siehe Colin Legum, *After Angola. The War over Southern Africa,* London 1976.

88 *The Times* vom 10. Oktober 1980.

89 Paul Lettow, *Ronald Reagan and his Quest to Abolish Nuclear Weapons,* New York 2005, S. 127. Der Redner war George Shultz, US-Außenminister von 1982–1989.

90 Die Militärausgaben in Schwarzafrika betrugen im Jahr 1960 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, verfünffachten sich jedoch bis zum Jahr 1990. Siehe *The Times* vom 28. Juni 1993, S. 42. Für eine allgemeinere Erörterung siehe William J. Foltz und Henry S. Bienen, *Arms and the African. Military Influences on Africa's International Relations,* New Haven 1985.

91 Siehe »Britain Joins SE Asia Exercise as Fears of Soviet Naval Power Grow«, in: *The Times* vom 7. Mai 1985; Sondhaus, *Navies in the Modern World,* S. 262.

92 Siehe G. I. Khanin, »The 1950s – the Triumph of the Soviet Economy«, in: *Europe-Asia Studies* 55, Nr. 8 (2003), S. 1187–1218; Hillel Ticktin, »Soviet Studies and the Collapse of the USSR. In Defence of Marxism«, in: Michael Cox (Hg.), *Rethinking the Soviet Collapse,* London 1998, S. 89.

93 Siehe Robert J. Art, *A Grand Strategy for America,* London 2003, S. 20–26.

94 Stanley L. Engerman und Robert E. Gallman (Hg.), *The Cambridge Economic History of the United States,* Bd. 3: *The Twentieth Century,* Cambridge 2000, S. 959f.

95 Gorbatschows Programm lässt sich verfolgen in einer Reihe von Reden, die veröffentlicht wurden als: Michail E. Gorbatschow, *Perestroika*. *Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa,* München 1987.

96 Eine Ansicht, die am deutlichsten vertreten wurde in: Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?,* München 1992.

97 Siehe Zbigniew Brzezinski, *Die einzigeWeltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* Berlin 1997. Der Einfluss früherer Autoren, vor allem des britischen Geographen Halford Mackinder, ist unverkennbar.

98 Siehe Martti Koskeniemmi, *The Gentle Civiliser of Nations. The Rise and Fall of International Law, 1870–1960*, Cambridge 2002.

99 Für ein repräsentatives Beispiel dieser »imperiumskritischen« Literatur siehe Chalmers Johnson, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie,* München 2003.

100 Tatsächlich waren es 29,5 Prozent. Japans Anteil betrug 14 Prozent, Chinas Anteil 3,4 Prozent. Siehe Barry R. Posen, »Command of the Commons. The Military Foundations of US Hegemony«, in: *International Security* 28, Nr. 1 (2003), S. 10, Anmerkung 14.

101 Das Hauptargument von Posen, »Command of the Commons.

102 Siehe Victoria de Grazia, *Irresistible Empire. America’s Advance through Twentieth-Century Europe,* Cambridge, Mass. 2005.

9. Timurs Schatten

1 Diese These vertritt Jared Diamond, *Guns, Germs and Steel,* London 1997; deutsch: *Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften,* Frankfurt am Main 1998.

2 Der Gedanke eines »informellen Reichs« wurde entwickelt von John Gallagher und Ronald Robinson in dem berühmten Essay »The Imperialism of Free Trade«, in: *Economic History Review,* Neue Serie, 6, 1 (1953), S. 1–15.

3 Die Rolle etablierter Interessen bei der Erzeugung einer Stagnation wird von Mancur Olson dargelegt in *The Rise and Fall of Nations. Economic Growth, Stagflation and Social Rigidities,* New Haven 1982; deutsch: *Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit,* Tübingen, 2. Aufl. 1991.

4 Rudyard Kipling, »Recessional« (1897).

5 Siehe B. Ersanli, »The Empire in the Historiography of the Kemalist Era«, in: Fikret Adanir und S. Faroqhi (Hg.), *The Ottomans and the Balkans: A Discussion of Historiography,* Leiden 2002, S. 115–154.

6 Siehe Selim Deringil, *The Well-Protected Domains. Ideology and the Legitimation of Power in the Ottoman Empire, 1876–1909*, London 1999.

7 Christopher A. Bayly, *Origins of Nationality in South Asia. Patriotism and Ethical Government in the Making of Modern India,* New Delhi 1998, Kap. 1–4.

8 Die führenden Vertreter dieser Ansicht sind D. O. Flynn und A. Giraldez, in dem Aufsatz »Path Dependence, Time Lags and the Birth of Globalisation«, in: *European Economic History Review* 8 (2004), S. 81–108.

9 Zu der hartnäckig verfochtenen These, die Globalisierung habe ihren Ursprung im 19. Jahrhundert, siehe K. H. O’Rourke und J. G. Williamson, »Once More: When Did Globalisation Begin?«, in: *European Economic History Review* 8 (2004), S. 109– 117.

10 Siehe »Growth and Development Trends 1960–2005«, in: *United Nations World Economic and Social Survey 2006,* S. 5, abgerufen unter http://www.un.org/esa/policy/wess/wess2006files/chap1.pdf.

11 Siehe Kaoru Sugihara (Hg.), *Japan, China, and the Growth of the Asian International Economy, 1850–1949*, Oxford 2005, »Introduction«, S. 5.

12 Siehe Ronald Findlay und Kevin H. O’Rourke, *Commodity Market Integration, 1500–2000*, National Bureau of Economic Research Working Paper, Boston 2001, Tabelle 3.

Weiterführende Literatur

Diese Literaturliste ist nicht als vollständige Bibliographie sämtlicher in diesem Buch verwendeter Quellen gedacht. Die genauen Angaben dazu sind in den Anmerkungen und Verweisen zu jedem Kapitel enthalten. Im Folgenden findet sich eine Auswahl der Bücher und Artikel, die mir besonders nützlich oder lesenswert erschienen und die dem interessierten Leser die Möglichkeit bieten, die im vorliegenden Buch nur knapp angerissenen Gedanken und Themen zu vertiefen.

1. Allgemein

William Hardy McNeill, *The Rise of the West,* Chicago 1964, ist immer noch der gelungenste Versuch, eine Weltgeschichte in einem einzigen Band zu schreiben. Ein großer Teil davon befasst sich mit der Welt vor 1500. Das Buch enthält eine Fülle von Erkenntnissen, und die Schlussfolgerungen regen auch heute noch zum Nachdenken an. Einige Kernthesen von McNeill können in seinen Werken *Europe's Steppe Frontier,* London 1974, und *Seuchen machen Geschichte. Geißeln der Völker,* München 1979, nachgelesen werden. Im letzteren wird die Bedeutung von Epidemien als Motor der Geschichte erörtert. Fernand Braudel, *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts*, München 1985–1986, in 3 Bänden, analysiert und schildert ein wahres Panoptikum ökonomischer und gesellschaftlicher Muster in der gesamten frühneuzeitlichen Welt. Eric L.

Jones, *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens,* Tübingen 1991, sowie Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy,* Princeton 2000, bieten zum Teil entgegengesetzte Erklärungsversuche für die wirtschaftliche Vorherrschaft Europas. Marshall G. S. Hodgson, *The Venture of Islam,* 3 Bde., Chicago 1974, und seine Aufsatzsammlung *Rethinking World History. Essays on Europe, Islam and World History,* Cambridge 1993, die beide posthum erschienen, bieten einen Blick auf die Weltgeschichte, der die islamische Welt, nicht Europa, in den Mittelpunkt rückt.

Owen Lattimore, *The Inner Asian Frontiers of China,* New York 1940, ersetzte eine ozeanische, maritime und westliche Sichtweise der chinesischen Geschichte durch eine Version, die die innerasiatischen Gegebenheiten hervorhebt. Wie Hodgson und McNeill unterstreicht auch Lattimore die gegenseitige Beeinflussung sesshafter und nomadischer Völker, ein Motiv, das hervorragend von dem islamischen Historiker Ibn Khaldun (1332–1406) analysiert wurde. Khalduns *Muqadimmah. An Introduction to History* wurde im Jahr 1377 geschrieben und im Jahr 1958 zum ersten Mal ins Englische übersetzt (eine französische Übersetzung lag schon im 19. Jahrhundert vor). Auf Deutsch liegt immer noch keine vollständige Übersetzung vor, die aktuellste Fassung: Ibn Khaldun, *Buch der Beispiele. Die Einführung al-Muqaddima,* Leipzig 1992. Philip S. Khoury und J. Kostiner (Hg.), *Tribes and State Formation in the Middle East,* London 1990, wenden die Ideen Khalduns auf die neuzeitliche Geschichte des Nahen Ostens an.

Unter der Flut an Werken über den Einfluss der Expansion Europas auf andere Kulturen und Völker ragt Eric R. Wolfs *Die Völker ohne Geschichte. Europa und die andere Welt seit 1400,* Frankfurt am Main 1986, heraus, nicht zuletzt wegen der anthropologischen Erkenntnisse, die es prägen. Wer eine knappe allgemeine Darstellung des europäischen

Imperialismus sucht, wird kaum etwas finden, das sich mit den Ideen in John Gallagher und Ronald Robinson, »The Imperialism of Free Trade«, in: *Economic History Review,* Neue Serie, 6, 1 (1953), S. 1–15, messen kann.

2. Eurasien im Mittelalter

Eine faszinierende Darstellung der Ursprünge des mittelalterlichen Eurasiens bietet Peter Brown, *Welten im Aufbruch. Die Zeit der Spätantike von Mark Aurel bis Mohammed,* Bergisch-Gladbach 1980. Richard W. Southern, *Gestaltende Kräfte des Mittelalters. Das Abendland im 11. und 12. Jahrhundert,* Stuttgart 1960, ist immer noch die begeisterndste Einführung in die mittelalterliche Geschichte Europas. Das Standardwerk Georges Duby, *Krieger und Bauern. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter,* Frankfurt am Main 1977, sollte man inzwischen mit Chris Wickham, *Framing the Early Middle Ages,* Oxford 2005, vergleichen. Roger Bartlett, *Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt. Eroberung, Kolonisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350,* München 1996, sowie Richard A. Fletcher, *The Conversion of Europe,* London 1997, schildern die Entstehung des christlichen Europas. Janet L. Abu-Lughod, *Before European Hegemony. The World System 1250–1350*, New York 1989; und Marshall G. S. Hodgson, *The Venture of Islam,* 3 Bde., Chicago 1974, bieten einen nichteurozentrierten Blick auf das mittelalterliche Eurasien. André Wink, *Al-Hind*: *The Making of the Indo-Islamic World,* Bd. 1: *Early Mediaeval India and the Expansion of Islam, 7th–11th Centuries,* Leiden 1996; Albert Hourani, *Die Geschichte der arabischen Völker,* Frankfurt am Main 1992; sowie Daniel Pipes, *Slave Soldiers and Islam,* New Haven, London 1981, untersuchen die Welt des mittelalterlichen Islam. Mark Elvin, *The Pattern of the*

Chinese Past, London 1973; Arthur Waldron, *The Great Wall. From History to Myth,* Cambridge 1990; sowie Joshua A. Fogel, *Politics and Sinology. The Case of Naito Konan, 1866–1934*, Cambridge, Mass. 1984, bieten wichtige Erkenntnisse. Edwin O. Reischauer und John K. Fairbank, *East Asia. The Great Tradition,* Boston 1958, eignet sich immer noch hervorragend für den Einstieg in die ostasiatische Geschichte. Victor Lieberman, *Strange Parallels. Southeast Asia in Global Context c. 800–1830*, Cambridge 2003, ist eine faszinierende Studie in komparativer Geschichtsschreibung.

3. Eurasien und das Zeitalter der Entdeckungen

Fernand Braudel, *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.,* 3 Bde., Frankfurt am Main 1990, ist ein Werk von erstaunlicher Kunstfertigkeit, eine wahre Offenbarung, wie spannend Geschichte sein kann. Carlo M. Cipolla, *European Culture and Overseas Expansion,* London 1970, erörtert die zentrale Frage des Zusammenhangs zwischen Kultur und Expansion. James D. Tracy (Hg.), *The Political Economy of Merchant Empires. State Power and World Trade 1350–1750*, Cambridge 1991, enthält eine ganze Reihe aufschlussreicher Essays. Zur portugiesischen Expansion siehe Sanjay Subrahmanyam, *The Career and Legend of Vasco da Gama,* Cambridge 1997; und derselbe, *The Portuguese Empire in Asia 1500–1700*, London 1993; zur spanischen siehe Henry Kamen, *Spain's Road to Empire. The Making of a World Power,* London 2002. Die weniger bekannte Geschichte der russischen Expansion kann nachgelesen werden in George V. Lantzeff und Richard A. Pierce, *Eastward to Empire,* Montreal und London 1973;

William C. Fuller, *Strategy and Power in Russia, 1600–1914*, New York 1992; Michael Khodarkovsky, *Russia's Steppe Frontier. The Making ofa Colonial Empire 1500–1800*, Bloomington, Ind. 2002; sowie Alton S. Donnelly, *The Russian Conquest of Bashkiria 1552–1740*, New Haven und London 1968.

Zur islamischen Welt »Mitteleurasiens« siehe Halil Inalcik und Donald Quataert (Hg.), *An Economic and Social History of the Ottoman Empire 1300–1914*, Cambridge 1994; Halil Inalcik, *The Ottoman Empire. The Classical Age, 1300–1600,* London 1973; Cemal Kafadar, *Between Two Worlds. The Construction of the Ottoman State,* Berkeley, Los Angeles und London 1995; Metin Kunt und Christine Woodhead, *Suleiman the Magnificent and his Age,* London 1995; Peter Jackson und Laurence Lockhart (Hg.), *The Cambridge History of Iran,* Bd. 6: *The Timurid and Safavid Periods,* Cambridge 1986; John F. Richards, *The Mughal Empire,* Cambridge 1993; und Samuel A. Adshead, *Central Asia in World History,* London 1993.

Anthony Reid, *Southeast Asia in the Age of Commerce, 1450–1680*, 2. Bde., New Haven 1988 und 1993, verknüpft ökologische, wirtschaftliche und politische Geschichte im Geiste Braudels miteinander. Frederick W. Mote und Denis Twitchett (Hg.), *The Cambridge History of China,* Bd. 8: *Ming Dynasty 1368–1644*, Teil 2, Cambridge 1998; sowie Paul Jakov Smith und Richard von Glahn (Hg.), *The Song-Yuan-Ming Transition in Chinese History,* Cambridge, Mass. 2003, sind aktuelle Studien zur chinesischen Geschichte.

4. Das frühneuzeitliche Eurasien

Richard J. Bonney (Hg.), *Economic Systems and State Finance,* Oxford 1995, befasst sich mit einem grundlegenden Aspekt des Europas des *Ancien Régime.* Albert Sorel,

L'Europe et la Révolution française. Les mœurs politiques et les traditions, Paris 1885 (englisch: *Europe and the French Revolution. The Political Traditions of the Old Regime,* London 1969), ist eine brillante, wenn auch ein wenig zynische Einführung in die europäische Diplomatie des 18. Jahrhunderts. Jan de Vries und Ad van der Woude, *The First Modern Economy. Success, Failure and Perseverance of the Dutch Economy, 1500–1815*, Cambridge 1997, erläutert die Grenzen des Wachstums in der erfolgreichsten vorindustriellen Volkswirtschaft Europas. Lindsey Hughes, *Russia in the Age of Peter the Great,* London 1998, bewertet die Wirkung von Peters Reformen.

Den Kontext der europäischen Geschäftstätigkeit in Asien zeichnet Holden Furber nach in seinem Buch *Rival Empires of Trade in the Orient, 1600–1800*, Minneapolis 1976, Neudruck New Delhi 2004. John E. Wills, »Maritime Asia, 1500–1800: The Interactive Emergence of European Domination«, in: *American Historical Review* 98, 1 (1993), S. 83–105, gibt einen nützlichen Überblick über den damaligen Forschungsstand. Stephen Frederick Dale, *Indian Merchants and Eurasian Trade 1600–1750*, Cambridge 1994, erinnert an die anhaltende Bedeutung des Überlandhandels. Das klassische Standardwerk zum Wandel im Osmanischen Reich ist Hamilton A. R. Gibb und Harold Bowen, *Islamic Society and the West. A Study of the Impact of Western Civilisation on Moslem Culture in the Near East,* Bd. 1: *Islamic Society in the Eighteenth Century, 2* Teile, London 1950 und 1957. Das Chaos, das auf den Sturz der Safawiden im Iran folgte, wird geschildert in John R. Perry, *Karim Khan Zand,* Chicago 1979. Zur Ausdehnung der Macht der Moguln siehe John F. Richards, *The Mughal Empire,* Cambridge 1993; Jos Gommans, *Mughal Warfare. Indian Frontiers and the Highroads to Empire 1500– 1700,* London 2002; sowie Richard M. Eaton, *The Rise of Islam and the Bengal Frontier 1204–1760*, London 1993.

Jonathan Spence, *Verräterische Bücher. Eine*

Verschwörung im alten China, München, Wien 2005; und Peter C. Perdue, *China Marches West,* Cambridge, Mass. 2005, behandeln verschiedene Aspekte der erfolgreichsten Epoche Chinas. Lynn Struve (Hg.), *The Qing Formation in World Historical Time,* Cambridge, Mass. 2004, enthält ungeachtet des abschreckenden Titels eine wertvolle Auswahl aktueller Studien zur chinesischen Geschichte.

Zu Japan siehe Conrad Totman, *Early Modern Japan,* London 1993; und Marius B. Jansen, *China in the Tokugawa World,* Cambridge, Mass. 1992.

5. Die eurasische Revolution

Die Monographien Paul W. Schroeder, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994; und Christopher A. Bayly, *Imperial Meridian,* London 1988, schildern die geopolitische Bühne. Richard J. Bonney (Hg.), *The Rise of the Fiscal State in Europe c. 1200–1815*, Oxford 1999, erörtert ein entscheidendes Element der Fähigkeit der europäischen Mächte, ihren Einfluss geltend zu machen.

Paul Bairoch, *Victoires et déboires. Histoire économique et sociale du monde du xvi siècle à nos jours,* 3 Bde., Paris 1997, bietet eine bunte Schilderung des wirtschaftlichen Wandels. Die Diskussion um den wirtschaftlichen Wandel in Großbritannien kann verfolgt werden in Pat Hudson, *The Industrial Revolution,* London 1992; Joel Mokyr, *The Lever of Riches. Technological Creativity and Economic Progress,* Oxford 1990; Edward A. Wrigley, *Continuity, Chance and Change. The Character of the Industrial Revolution in England,* Cambridge 1988; Nicholas F. R. Crafts, *British Economic Growth During the Industrial Revolution,* Oxford 1985; sowie Joseph E. Inikori, *Africans and the Industrial Revolution in England. A Study in International Trade and Economic Development,* Cambridge 2002. Eine wichtige

Neubewertung, anhand von statistischen Angaben, der Wirtschaftsleistung Europas und Asiens bietet neuerdings Robert C. Allen, »Real Wages in Europe and Asia. A First Look at the Long-Term Patterns«, in: Robert C. Allen, T. Bengtsson und M. Dribe (Hg.), *Living Standards in the Past. New Perspectives on Well-Being in Asia and Europe,* Oxford 2005.

Roger Owen, *The Middle East in the World Economy 1800–1914*, London 1981; Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy,* Princeton 2000; sowie Christopher A. Bayly, *Rulers, Townsmen and Bazaars. North Indian Society in the Age of British Expansion 1770– 1870,* Cambridge 1983, behandeln die Wirtschaftsgeschichte des Nahen Ostens, Chinas und Indiens.

Der Sammelband Peter J. Marshall (Hg.), *The Eighteenth Century in Indian History. Evolution or Revolution,* Neu Delhi 2003, enthält viele aktuelle Studien zur indischen Geschichte in der Phase der britischen Expansion. Jos J. L. Gommans, *The Rise of the Indo-Afghan Empire, c. 1710–1780*, Leiden 1995, fügt der Geschichte des politischen Wandels in Nordindien eine wichtige Dimension hinzu. Philip A. Kuhn, *Soulstealers. The Chinese Sorcery Scare of 1768,* Cambridge, Mass. 1991; sowie James M. Polachek, *The Inner Opium War,* Cambridge, Mass. 1991, erschließen dem Leser Aspekte der chinesischen Politik und Kultur. Zum kulturellen und intellektuellen Leben siehe Albert Hourani, *Der Islam im europäischen Denken,* Frankfurt am Main 1994; Bernard Lewis, *Die Welt der Ungläubigen. Wie der Islam Europa entdeckte,* Frankfurt am Main 1983; Anthony Pagden, *Das erfundene Amerika. Der Aufbruch des europäischen Denkens in die Neue Welt,* München 1996; Norman Hampson, *The Enlightenment,* London 1968; Gulfishan Khan, *Indian Muslim Perceptions of the West in the Eighteenth Century,* Oxford 1998; sowie Richard Drayton, *Nature's Government. Science, Imperial Britain and the »Improvement« of the*

World, London 2000.

6. Das lange 19. Jahrhundert

Ronald E. Robinson und John A. Gallagher, *Africa and the Victorians,* London 1961, ist eine ausgezeichnete Schilderung der psychologischen Haltung hinter der britischen imperialen Politik im Zeitalter der Expansion. David K. Fieldhouse, *Economics and Empire 1830–1914*, London 1973, bietet einen bislang unerreichten Überblick über die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Einflüsse auf die europäische Reichsbildung. William Woodruff, *The Impact of Western Man. A Study of Europe's Role in the World Economy 1750–1960*, London 1966, liefert unzählige handfeste Informationen. Christopher A. Bayly, *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780–1940*, Frankfurt am Main 2008, unterstreicht die Parallelen bei gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungen auf der ganzen Welt. David B. Abernethy, *The Dynamics of Global Dominance. European Overseas Empires 1415–1980*, New Haven 2000, deckt einen längeren Zeitraum ab und enthält eine Fülle analytischer Ideen. Kevin H. O'Rourke und Jeffrey G. Williamson, *Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy,* Cambridge, Mass. 1999, ist eine überzeugende Interpretation des Aufkommens einer Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert. Die Bedeutung des Ostasienhandels wird hervorgehoben in Kaoru Sugihara (Hg.), *Japan, China, and the Growth of the Asian International Economy, 1850–1949*, Oxford 2005. Einen Überblick über das europäische Denken gibt John W. Burrow, *Die Krise der Vernunft. Europäisches Denken 1848–1914*, München 2003. Die Ambivalenz der europäischen Reaktionen auf den »Orient« wird überzeugend hervorgehoben in John M. MacKenzie,

Orientalism. History, Theory and the Arts, Manchester 1995.

Mit Blick auf Russland ist der Elan der Darstellung von Martin Malia, *Russia under Western Eyes,* Cambridge, Mass. 1999, bislang unübertroffen, allerdings blickt Dominic Lieven, *Russia's Rulers under the Old Regime,* London 1989, tiefer unter die Oberfläche der zaristischen Herrschaft und zeigt auf, wie es eigentlich funktionierte – oder eben nicht. Die beste Einführung in die Geschichte ganz Afrikas bietet John Iliffe, *Geschichte Afrikas,* München 1997; die beste Darstellung einer afrikanischen Region bietet hingegen Anthony G. Hopkins, *An Economic History of West Africa,* London 1973. Zum Nahen Osten unter dem Osmanischen Reich siehe Selim Deringil, *The Well-Protected Domains. Ideology and the Legitimation of Power in the Ottoman Empire, 1876–1909*, London 1998; Albert Hourani, *Arabic Thought in the Liberal Age 1798–1939*, London 1962, Nachdruck: Cambridge1983; und Albert Hourani, »Ottoman Reform and the Politics of Notables«, in: Albert Hourani, S. Khoury und M. C. Wilson (Hg.), *The Modern Middle East,* London 1993, S. 83–109. Zum Iran ist Hamid Algar, *Religion and State in Iran 1785–1906*, Berkeley und Los Angeles 1969, ein Standardwerk. Khalid Fahmy, *All the Pasha's Men. Mehmed Ali, his Army and the Making of Modern Egypt,* Kairo 2002, widerlegt einen großen Teil der Legenden um das Ägypten im 19. Jahrhundert. A. Seal, »Imperialism and Nationalism in India«, in: John Gallagher, G. Johnson und A. Seal (Hg.), *Locality, Province and Nation,* Cambridge 1973, liefert die immer noch überzeugendste Darstellung, inwiefern die koloniale Herrschaft eine nationalistische Antwort provozierte. Roy Bin Wong, *China Transformed. Historical Change and the Limits of European Experience,* Ithaca, NY 1997, ist eine besonders anregende Schilderung der chinesischen Erfahrung. James Louis Hevia, *English Lessons. The Pedagogy of Imperialism in Nineteenth-Century China,* London 2003, untersucht die europäischen

Bemühungen, China in das Korsett einer Kolonialherrschaft zu zwingen. E. Herbert Norman, *Japan's Emergence as a Modern State,* New York 1940, ist ein vernachlässigtes Standardwerk.

Ein großer Teil der amerikanischen Geschichte entzieht sich hartnäckig einem externen Vergleich, und die Beziehungen Amerikas zu Europa (und der übrigen Welt des 19. Jahrhunderts) ist seltsamerweise von einer introvertierten Historikerzunft sträflich vernachlässigt worden. Doch die Reihe von Donald W. Meinig zum Thema »The Shaping of America. A Geographical Perspective on 500 Years of History«, insbesondere die Monographie *Continental America, 1800–1867*, New Haven 1993, ist eine hervorragende Anregung für komparative Betrachtungsweisen. Und der wohl einflussreichste amerikanische Historiker aller Zeiten, Frederick Jackson Turner, dessen »The Significance of the Frontier in American History« ursprünglich 1893 veröffentlicht wurde, provoziert noch heute komparative Studien. Siehe dazu Mark Bassin, »Turner, Solov'ev and the ›Frontier Hypothesis‹. The Nationalist Significance of Open Spaces«, in: *Journal of Modern History* 65, (1993), S. 473–511. James Claude Malin war ein Einzelgänger aus Kansas. Sein Essay »Mobility and History: Reflections on the Agricultural Policies of the United States in Relation to a Mechanised World«, in: *Agricultural History* 17, 4 (1943), S. 177–191, entlarvt einen großen Teil der Legenden von der amerikanischen »Frontier«.

7. Das Krisenzeitalter

Hew Strachan, *The First World War.* Bd. 1: *To Arms,* Oxford 2001, ist der erste von drei geplanten Bänden zum Thema. Besonders gelungen sind die Kapitel zum Vorfeld des

Krieges und zu den Kriegschauplätzen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika sowie zur Wirtschaft und zur Finanzierung des Krieges. Zara S. Steiner, *The Lights That Failed. European International History, 1919–1933*, Oxford 2005, bietet eine maßgebliche Darstellung der Nachkriegsdiplomatie. Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, birgt frische Erkenntnisse über das »finstere Zeitalter« des modernen Europas. Zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft siehe Harold James, *Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise,* München 2003. Die dreibändige John Maynard Keynes-Biographie von Robert Skidelsky bietet eine ausgezeichnete Einführung in die Wirtschaftsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: *John Maynard Keynes. Hopes Betrayed 1883–1920*, London 1983; *John Maynard Keynes. The Economist as Saviour 1920–1937*, London 1992; *John Maynard Keynes. Fighting for Britain 1937–1946*, London 2000.

Die Haltungen und Politik der Amerikaner werden erörtert in Akira Iriye, *The Cambridge History of American Foreign Relations,* Bd. 3: *The Globalising of America,* Cambridge 1995; Norman Gordon Levin, *Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution,* Oxford 1968; sowie Michael J. Hogan, *Informal Entente. The Private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy,* Columbia, Mo. 1977. Zu Sowjetrussland siehe Richard Overy, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland,* München 2005; Richard Pipes, *The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917–1923*, Cambridge, Mass. 1964; Martin Malia, *Russia under Western Eyes,* Cambridge, Mass. 1999; Lynne Viola, *Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance,* New York 1996.

Was den Nahen Osten betrifft, erklären die Monographien Bernard Lewis, *The Emergence of Modern Turkey,* London 1961; Andrew Mango, *Atatürk*, London 1999; sowie Michael

E. Meeker, *A Nation of Empire. The Ottoman Legacy of Turkish Modernity,* Berkeley, Los Angeles und London 2002, den postimperialen Übergang der Türkei. Ervand Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* Princeton 1982, ist eine unverzichtbare Darstellung der modernen iranischen Geschichte. Malcolm E. Yapp, *The Near East since the First World War,* London 1991, bietet einen ausgezeichneten allgemeinen Überblick.

Zur indischen Politik in der letzten Phase der Kolonialherrschaft liefert David Hardiman, *Peasant Nationalists of Gujarat,* Delhi 1981, eine ausgezeichnete Nahaufnahme. Sugata Bose und Ayesha Jalal, *Modern South Asia. History, Culture, Political Economy,* London 1998, behandelt das Thema sehr anschaulich. Gandhis Autobiographie kann parallel zur modernen Biographie von Judith M. Brown gelesen werden: *Gandhi. Prisoner of Hope,* London 1991. Bhikhu Parekh, *Colonialism, Tradition and Reform,* London 1989, erklärt Gandhis Ideen. Zur wachsenden Bedeutung der muslimischen Politik siehe David Page, *Prelude to Partition. The Indian Muslims and the Imperial System of Control 1920–1932*, Delhi 1982.

Zur Verbindung zwischen Japans innenpolitischen Ereignissen und seiner Expansionsgeschichte siehe Peter Duus, R. Myers, und M. Peattie (Hg.), *Japanese Informal Empire in China, 1895–1937*, Princeton 1989; William G. Beasley, *Japanese Imperialism 1894–1945*, Oxford 1991; sowie Harry D. Harootunian, *Overcome by Modernity. History, Culture and Community in Inter-war Japan,* Princeton 2000. Hans van de Ven, *War and Nationalism in China 1925–1945*, London 2003, ist heutzutage maßgeblich für das Verständnis der gewalttätigsten Phase der chinesischen Geschichte. Rana Mitter, *A Bitter Revolution. China’s Struggle with the Modern World,* Oxford 2004, veranschaulicht die spätere Bedeutung der Bewegung des 4. Mai.

Die Aufsatzsammlung Bruce Berman und John Lonsdale,

Unhappy Valley. Conflict in Kenya and Africa, Buch 2: *Ethnicity and Violence,* London 1992, erörtert ausgezeichnet die Spannungen innerhalb einer kolonisierten, afrikanischen Gesellschaft. Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs,* Stuttgart 1995, ist die beste einbändige Monographie zum Zweiten Weltkrieg.

8. Das Ende der alten Reiche

Zum Hintergrund des Kalten Krieges in Europa und anderen Teilen der Welt siehe John L. Gaddis, *We Now Know. Rethinking the Cold War History,* Oxford 1997, sowie sein aktuelles Werk: *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007; Odd Arne Westad, *Cold War and Revolution. Soviet-American Rivalry and the Origins of the Chinese Civil War,* New York 1993; sowie Odd Arne Westad, *The Global Cold War,* Cambridge 2005. Eine allgemeine Darstellung der Entkolonialisierung bieten Robert F. Holland, *European Decolonisation 1918–1981*, London 1985; sowie John Darwin, *Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the Post-War World,* London 1988. Die zugrunde liegende Strategie hinter dem Transfer von Macht in Kolonialstaaten wird erläutert in William Roger Louis und Ronald Robinson, »The Imperialism of Decolonisation«, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 22, 3 (1994). Zur Chinesischen Revolution und zur Entwicklung danach siehe Westad, *Cold War and Revolution;* Chalmers Johnson, *Peasant Nationalism and Communist Power,* Stanford 1962, sowie zwei Bücher von Stuart R. Schram, *Mao Tse-tung,* Frankfurt am Main 1969, und *Das politische Denken Mao Tse-tung. Das Mao-System,* München 1975. Die Kulturrevolution ist Gegenstand einer Trilogie von Roderick MacFarquhar, *The Origins of the Cultural Revolution,* Bd. 1: *Contradictions among the People*

1956–57, London 1974; Bd. 2: *The Great Leap Forward 1958–1960*, London 1983; Bd. 3: *The Coming of the Cataclysm 1961–1966*, London 1999. Zu Japan ist das Werk von John Dower, *Embracing Defeat. Japan in the Aftermath of World War Two,* Harmonsworth 1999, unverzichtbar.

William Roger Louis, *The British Empire in the Middle East 1945–1951. Arab Nationalism, the United States, and Postwar Imperialism,* Oxford 1984, ist eine detaillierte Studie der Politik und Planung bei den beiden Westmächten, die sich am stärksten im Nahen Osten engagierten. Michael J. Cohen, *Palestine and the Great Powers 1945–1948*, Princeton 1982, erläutert die geopolitischen Rahmenbedingungen, unter denen der Staat Israel ins Leben gerufen wurde. Robert McNamara, *Britain, Nasser and the Balance of Power in the Middle East 1952–1967*, London 2003; und Keith Kyle, *Suez*, London 1991, untersuchen den Aufstieg und Fall Nassers und des arabischen Nationalismus, den er verfocht. Ervand Abrahamian, *Iran between Two Revolutions,* Princeton 1982, analysiert die Unruhen im Iran nach dem Krieg und die Konsolidierung der Macht des Schah in den 1950er- und 1960er-Jahren. Malcolm E. Yapp, *The Near East since the First World War,* London 1991, bietet immer noch wertvolle Erkenntnisse. Anthony Sampson, *Die sieben Schwestern. Die Ölkonzerne und die Verwandlung der Welt,* Reinbek bei Hamburg 1976, ist eine leicht verständliche Schilderung der internationalen Ölindustrie.

David Anderson, *Histories of the Hanged,* London 2005, ist eine gerichtsmedizinische Untersuchung der Wirklichkeit hinter dem Mau-Mau-Aufstand in Kenia und deckt dabei die Belastungen auf, die dazu beitrugen, dass der Kolonialstaat ruiniert wurde. Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz, *Africa Works. Disorder as Political Instrument,* Oxford 1999; sowie Jean-François Bayart, Stephen Ellis und Béatrice Hibou, *The Criminalization of the State in Africa,* Oxford 1999, bieten faszinierende Studien des postkolonialen Staates. Zum

Wachstum des amerikanischen »Imperiums« siehe David A. Lake, *Entangling Relations. American Foreign Policy in its Century,* Princeton 1999; sowie Geir Lundestad, *The American »Empire«*, London 1990.

Die Quellen zur sowjetischen Wirtschaftskraft werden erörtert in Donald A. Filtzer, *Soviet Workers and Late Stalinism. Labour and the Restoration of the Stalinist System after World War Two,* Cambridge 2002. Die internationale Wirtschaft in der »Vor-Globalisierungs-Phase« wird beschrieben in Herman van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum und Strukturwandel der Weltwirtschaft seit 1945,* München 1984. Die Diskussion um die Anwendung und den Missbrauch der Macht Amerikas kann zum Teil verfolgt werden in Robert J. Art, *A Grand Strategy for America,* London 2003; und Chalmers Johnson, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie,* München 2003.

Verzeichnis der Karten

1. Die islamische Welt 1450 45
2. Ming-China 53
3. Das portugiesische Imperium in Asien 61
4. Die russische Expansion 1462–1600 74
5. Die osmanische Expansion im 16. Jahrhundert 81
6. Die Expansion der Moguln 89
7. Die Qing-Expansion bis 1760 129
8. Das Mogul-Reich, ca. 1700 147
9. Großbritannien und Frankreich in Nordamerika, ca. 1750 164
10. Die russische Expansion bis 1815 166
11. Indien 1805 174
12. Amerika im Jahr 1860, mit den wichtigsten Bahnlinien 233
13. Indien 1857 256
14. China 1860 263
15. Die Expansion Ägyptens, 1821–1879 279
16. Die Öffnung Afrikas nach 1870 291
17. Stationen und Stützpunkte der Royal Navy 309
18. Japans Expansion bis 1914 338
19. Der Nahe und Mittlere Osten 1914 344

20. Die Krise des Krieges, 1918 357
21. Der Nahe und Mittlere Osten nach 1918 365
22. Japans Vordringen in China 397
23. Die Grenzen der nationalsozialistischen Macht 1942 401

Register

Kursive Seitenzahlen beziehen sich auf Karten.

Abadan *365*, 403, 433
Abbas I. Schah 85f., 152
Abbas II. Schah 151
Abd al-Latif, Historiker 198
Abduh, Muhammad 327f.
Abessinien, *siehe* Äthiopien 282, 379
Adel/Adlige 20, 38, 41, 53, 55, 68, 78, 82, 88, 91, 97, 99, 110, 112ff., 122ff., 133, 144, 148, 150, 165, 173, 176, 196, 222f., 264, 355, 453
Aden 49, *81*, 213, 239, 246, *279*, *309*, *344*, 425
Afghanen 88, 146, 148, 160, 171, 252
al-Afghani, Dschamal ad-Din 327f.
Afghanistan85, 151ff., 159, 247, 281, 309, *344*, 357, 447, 449
Afrika 24f., 27f., 30–33, 36, 40, 43, 45, 47, 54, 58ff., 63–66, 68, 79ff., 100, 105, 107f., 117f., 137f., 142ff., 154, 158ff., 177f., 182f., 188, 192, 194, 201, 203, 210, 213, 216, 228ff., 234–240, 246–254, 258, 283, 285–303, 305, 307, *309*, 310, 313ff., 319f., 322, 324f., 328, 330ff., 346ff., 352, 356ff., 368, 387f., 390f., 395, 400, 407f., 413, 415f., 434–439, 444–449, 453, 462ff., 466f., 470f.
Aga Mohammed, Schah 209
Agra 87, *89*, 144, *256*, 257
Ägypten 18, 28, 40, 43, 47, 49, 60, 79ff., 142, 171, 177ff., 187, 194, 197, 200, 203, 209, 213, 215f., 249f., 273–280, 286, 290–294, 299, 315, 326ff., *344*, 347, 352, 359, 361–364, *365*, 367, 371, 377, 388, 395, 402f., 412f., 415, 424–431, 446, 467
Ahmed Schah Durrani 151ff., 252
Akbar, Mogulherrscher 62, 88–91, 126, 144
Alamein 402
Albuquerque, Afonso 58, 60
Alexander I., Zar 179
Alexander II., Zar 223f.
Algerien 312, 434
Algier *45*, 142, 246f., *291*, *401*

Alma Ata, Vertrag von 450
Amerika *siehe auch* Vereinigte Staaten 28– 31, 33f., 36, 57f., 62–71, 78, 80, 94, 96, 100–114, 117ff., 122, 154, 158–170, 177, 179, 181f., 186, 189, 192, 194, 203f., 206f., 210, 213, 215f., 218, 228ff., 232, 235–238, 241–244, 283, 285, 289f., 298, 300, 304, *309*, 310, 313ff., 317, 332, 348, 378f., 380, 400, 413, 439, 441, 444f., 456, 470f.
Angola 235, 435, 438, 447
Ankara, Schlacht von 16
Appalachen 108, 117, 159, 163, 168
Araber 44–49, 142, 199f., 228, 236, 272, 277–280, 296, 316, 328, 359, 362ff., 424, 427, 430ff.
Arabi, Oberst 293
Arabische Liga 424
Arabische Staaten 208, 276–280, 342f., 360–367, 403, 423–433, 447, 467
Aragon 63, 100
Arbeiter 21, 28, 32, 55, 108f., 144, 184, 188, 190, 222, 226, 242f., 288, 301, 303, 306, 316, 319f., 336, 340, 355, 361, 371, 374ff., 385, 387, 430, 436, 448
Archinard, Louis 295
Argentinien 160, 240, 284, 315, 320, 391
Armenier 316, 359, 376
Aserbaidschan 84f., 209, 280, 360, 432
Asiatisch-Afrikanische-Konferenz (1955) 415
Astrachan 72, *74*, 75ff., 91, 128
Atahualpa, Inkaherrscher 67
Atatürk, Kemal (Mustafa Kemal) 364–367, 431f.
Äthiopien 160, *279*, 282, 298, 434, 447
Atlantik/Atlantischer Ozean 29ff., 33f., 39, 43, 54, 57–64, 100f., 105–112, 137, 154, 160–169, 176f., 183, 192, 208, 212, 214, 218, 231–235, 241, 243, 303f., 313, 315, 345, 348, 395, 413, 440f., 471f., 474
atlantische Wirtschaft 30, 33, 109–112, 163, 177, 192, 208, 231, 235, 242, 313, 471
Aurangzeb, Mogulherrscher 146
Australien 31, 170, 240f., 244f., 287f., 290, 314, 316, 318, 324, 391
Azoren 58, 63
Azteken 63–67

Babisten 281
Babur, timuridischer Fürst 87f.
Bacon, Nathaniel 114
Bagdad 79, *81*, 85, 151, 362f, *365*, 427f.

Bajesid I., osmanischer Sultan 16f.
Bandung, Konferenz 415f., 420, 423
Barbados 108f.,
Bauern 17, 23, 42, 66, 76ff., 82, 86, 88f., 95, 97, 112, 153, 85, 188, 209, 211, 218f., 222f., 241, 243, 262f., 265, 269f., 272, 305f., 319, 355, 371, 374, 377, 410, 417f., 422, 449
Baumwolle 43, 51, 55, 90, 130, 136, 140, 143f., 149, 156, 175, 182, 184f., 187–93, 209, *233*, 234, 237, 258, 271, 276, 278, 280, 307, 313, 315, 319, 342, 385, 435, 471
Beamte 54f., 73, 82, 89f., 92, 97, 99, 114, 118, 127, 130, 141, 149, 153, 160, 168, 177, 194f., 197f., 217, 220, 225, 227, 261, 264f., 267f., 270, 273, 281, 293, 295, 306, 312, 316, 331, 336, 341f., 354, 361, 363, 369f., 389f., 395, 406f., 415, 419, 422, 429, 433ff., 438, 447, 462, 469
Beijing *siehe* Peking
Belgrad 50, 79, *81*, 113, 139, 141ff.
Bengalen 24, 44, 62, 88, *89*, 103, 106, 123, 143f., 148f., 157, 159, 172–175, 181, 188, 193, 197f., 208, 213, 252f., 325f., 329, 331, 388, 471
Bentham, Jeremy 205, 221, 236
Bering, Vitus 107
Bewegung des 4. Mai 372f.
Bismarck, Otto von 217f., 296, 310
Blyden, Edward Wilmot 331
Bojaren 75, 77f.
Bombay (heute: Mumbai) 146, *147*, *174*, 213, 238f., 254–257, 296, *309*, 315ff.
Boxeraufstand 115, 334–337
Braddock, General Edward 115
Brasilien 33, 62, 109, 154, 240, 371
Bryce, James 288
Burma (Myanmar) 62, 94, 103, 194, 210, 247ff., 333, 391, 402, 406f., 409, 416, 421
Byzantinisches Reich 40–44, 73ff., 80, 124
Byzanz 40ff., 71ff.

Caesar, Julius 39
Chiang Kai-shek 372, 383, 396, 409f.
China 9f., 12, 16–20, 22, 24f., 28f., 32f., 38f., 42, 45–58, 60, *61*, 63, 66, 75, 91–97, 101, 118, 120f., 125–136, 145, 154, 157, 159, 169ff., 175, 177, 180f., 183, 186–189, 191, 194–197, 201, 205–208, 210ff., 219, 230, 235–239, 246, 253, 259–267, 270, 272, 282, 284, 286, 288, 289f., 297f., 304, 306, 308–310, 313, 315, 316f., 319, 332–341, *344*, 347ff., 358, 360f., 371–376, 379, 381–385, 387,

393, 395ff., 400, 403, 408ff., 413–423, 447, 451, 454ff., 462, 466–475
Christentum 17, 35, 41–44, 48, 58ff., 69, 71f., 76, 81f., 84f., 94, 96, 104, 118, 124, 132, 142, 165, 171, 199, 202, 205f., 208, 211, 236, 246, 249, 262, 274f., 293, 296, 326, 328f., 331, 333f., 340, 349, 358, 364–367, 369
Choshu 267f., 341
Chou En-lai 415–418
Chruschtschow, Nikita 418, 444f.
Churchill, Winston 304, 363, 402, 404, 406, 409
Clive, Robert 150, 173f., 255
Conquista 57, 63–71, 75f., 102
Constant, Benjamin 220ff., 225
Cook, James 107, 157, 169f., 203
Cortés, Hernando 57f., 63–67, 75, 108

Damaskus 16, 45, 49f., *81*, 360, 362f., *365*
Dampfkraft 183, 190f., 206, 243, 250
Dampfschiffe 28, 36, 158, 183, 218, 229, 267, 276, 285, 290, 295, 315ff., 327, 339, 463, 472
Defoe, Daniel 192
Dekolonisierung *siehe* Entkolonialisierung
Delhi 16, *45*, 87f., *89*, 144, 147f., 152, 173, *174*, 252, 255–258
Deshima, Insel 96, 134, 267
Deutschland 32, 38, 43, 99, 113, 121, 165, 179, 187, 216ff., 222, 283, 296, 299, 303, 309–312, 334f., 340, 346, 348, 350–353, 355–359, 364f., 372f., 378f., 382, 384ff., 393–396, 398f., 402, 404f., 407, 432, 440f., 443ff., 448
Dien Bien Phu, Schlacht von 417, 422
Donau 40, 50, 139
Drittes Reich 38, 165, *401*, 404f., 407f., 438, 443
Dschidda (Jeddah) 49, 54
Dschingis Khan 9, 16f., 47, 72, 90, 95
dynastisches Denken (*dynasticism*) 73, 94, 99, 113, 116, 120, 161

Edelmetalle 44, 50, 58ff., 64–69, 94, 96, 100ff., 108ff., 134, 136, 146, 149f., 153f., 157, 161, 175, 182, 203, 235, 242, 244f., 267, 291, 298, 302, 313, 315, 317f., 321, 341, 435, 442, 447, 472
Edo (Tokio) 96, 133ff., 208, 211, 266ff., 271
Eisenbahn 28, 31, 56, 183, 185, 214, 230, 232, 234, 243, 258, 277, 281, 285ff., 290, 306–309, 315, 318, 320, 327, 329, 333f., 336, 341, 366, 376, 382, 384, 409, 463, 472
Elmina 59, *61*

Entkolonialisierung 16, 23 26f., 367–371, 397, 413–439, 444, 447f., 450–453, 461
Erdöl 307, 364f., 367, 395, 397, 403f., 407, 424, 428–433, 446f., 451
Europa, Bedeutung des Begriffs 32ff.
Eurozentrische Weltordnung 36, 188, 336, 346, 379, 397, 413, 415, 466
Expansion, europäische 9f., 18, 21, 23f., 26–39, 41, 58–78, 100, 105f., 109, 114f., 121–126, 128, 155–162, *166*, 168f., 181, 184, 188, 211, 213f., 224, 226f.
Expedition von Lewis und Clark 235

Faschismus 393, 399
Fath Ali Schah 209
Feisal, arabischer Politiker 362ff.
Fischerei (*cod fishery*) 100f., 136, 167
Frankreich 32f., 38, 43, 98f., 112f., 119, 121, 133, 143, 154f., 161–168, 170ff., 176–181, 187, 202, 215–220, 222, 229, 230f., 233, 239ff., 246–249, 251, 261, 264, 273f., 283, 293–296, 299, 303, 306, 308f., 311f., 333, 335, 340, 346, 351ff., 356, 362–364, 364f., 378f., 382, 386, 388, 394ff., 407f., 410, 413, 416ff., 421f., 429, 434, 440, 448
Friedrich der Große, preußischer König 116, 161, 165ff.

Galdan, kalmückischer Herrscher 128f.
Gama, Vasco da 25, 29, 58f., 414
Gandhi, Mahatma 328f., 347, 367–371, 387, 391, 435, 469
Genua 43, 63, 100
Georgien 280, *357*, 376f.
Gewürze 60, 110, 123, 130, 144, 185, 249
Globalisierung 10, 18–22, 24, 27f., 29ff., 32, 37ff., 102, 106, 112, 184ff., 203ff., 237, 271, 284–287, 313–316, 321, 378, 385, 398f., 447f., 452, 456, 471–475
Gold *siehe* Edelmetalle
Goldene Horde 16f., 71f., 75f.
Gorbatschow, Michail 449f.
Großbritannien 27ff., 32f., 38, 82, 96, 108, 115, 119, 121, 136f., 152, 154f., 157ff., 161–171, 172–176, 177–181, 185, 188, 190–193, 196f., 205–208, 210, 213, 215–219, 222, 225–229, 231f., 234, 236, 238f., 246ff., 251–261, 266, 273f., 280f., 283ff., *291*, 294, 296, 299–302, 307–315, 317ff., 325f., 329, 334f., 339, 344, 346, 348, 351–354, 356–376, 378–384, 386, 388–391, 394ff., 402–408, 410, 412f., 416, 421–434, 436, 440ff., 448, 453, 456, 463, 471f.
Große Mauer 54, 93, 95, 253
Gudscharat 49, 188
Gülistan, Vertrag von 213, 280

Habsburger Reich, *siehe auch* Österreich-Ungarn 33, 57, 79, 83, 98f., 112f., 117, 138f., 143, 165, 171, 214, 274, 347, 350, *357*, 358
Haidar Ali 174
Haiti 179
Handel, Wachstum 42ff., 49, 90f., 110f., 144–147, 154,181–193, 228–231
Havanna 167
Havas, Presseagentur 230
Herat *81*, 151f., 281
Hideyoshi, japanischer Herrscher 95, 136
Hinduismus 22, 60, 88, 90, 94, 103f., 144ff., 148, 172, 205, 254, 316, 326, 328, 331, 367, 369f., 387f., 391
Hispaniola 63ff., 68
Hitler, Adolf 382, 386, 394f., 397, 404ff.
Ho Chi Minh 422f., 445
Hokkaido 211, 266, 337
Hongkong 238f., 260, *263*, 307, 316, 336, 339, 374f., 382f., *397*, 415, 473
Hormus 49, 60, *61*, 86
Humboldt, Alexander von 203f., 235
Hume, David 202, 205, 236

Ibn Khaldun, Historiker 16, 46f., 49
Indianer (Indios und *native americans*) 64–71, 78, 108, 110, 114–117, 159, 162ff., 168f., 226, 231, 240, 245, 251, 289
Indien 9, 16, 18, 20ff., 24, 27ff., 32, 36, 44f., 47, 49, 58ff., 66, 79, 82, 86ff., 90f., 94, 97, 100f., 103–106, 109–112, 126, 128, 137, 143–154, 156–160, 162, 170–175, 177f., 180–184, 188–193, 198, 200, 205f., 208, 210, 213, 228, 236, 246, 251–255, 257f., 265, 288, 290, 293, 306, *309*, 325f., 328f., 331, 360, 367–372, 388ff., 391, 395, 402, 407, 414, 421, 425, 435, 469, 471f.
Indische Nationalbewegung 370ff., 389f., 435, 469
Indischer Ozean 45, 54, 58–62, 80, 92, 100, 105, 149, 170, 175, 179, 206, 213, 234f., 290, 448
Indochina 239f., 246f., 311f., 389, 391, 396f., 406, 408, 414, 417f., 421ff., 434
Indonesien 23, 32, 44, 49, 179f., 210, 239f., 410, 415, 421ff.
Inka 66ff.
Irak 16, 84f., 272, 362ff., *365*, 388, 412, 424–428, 430f.
Iran 12, 16f., 29, 33, 43ff., 47, 58, *61*, 71, 77, 79f., 84–88, 90f., 103, 118, 128, 144ff., 148, 151ff., 159f., 171, 177ff., 187f., 197ff., 209f., 213, 215, 246, 252, 254, 276f., 280ff., 286, 315f., 343f., 349, 356, *357*, 361, 365ff., 376, *401*, 403, 405, 407, 423f., 431–434, 467–470

Isfahan *45, 81*, 85f., 91, 151f., 467
Islam 16ff., 22, 35, 39–50, 58f., 72, 78–87, 90f., 100, 103, 105f., 120, 137–140, 143, 154, 158, 179, 178, 197–201, 204, 246, 249, 255, 273, 275–278, 281, 293, 325–328, 331, 343, 366f., 369f., 411, 421, 427, 455, 462, 467ff.
Ismail Schah 84f.
Israel 403, 427ff., 431, 447
Iwan III., Zar 72f.
Iwan IV., Zar 73f., 76ff.

al-**J**abarti, Abd ar-Rahman 200
Jalta, Konferenz von 409, 431
Jamaika 108f., 118
Jangtse, Delta (Kiangnan/Jiangnan) 187, 189, 196, 260, 264
Jangtse, Fluss 51, 92, 97, 127, 130, 187, 238, 261f., 315, 375
Janitscharen 80, 82f., 139, 142, 200, 273
Japan 9, 20, 24, 29, 31, 33, 54, 61, 71–91, 93–97, 103, 125, 133–137, 208, 211f., 246, 259, 266–273, 276f., 282, 288, 304, 307f., 315, 332–341, 346, 348f., 352, 356, 358ff., 372–376, 379, 382–387, 394–397, 399, 402, 405–411, 414–417, 419ff., 439, 441–444, 448, 455, 466ff., 472f., 475
Java 97, 197, 200, 248, 407, 410, 422
Jemen 80, 143, 272f., 445
Jesuiten 94ff., 118, 131, 145, 196
Johannes, Priester 58f.
Judentum 44, 82, 198, 303, 316, 359, 362, 398, 403, 407, 426f.
Jungtürken 342, 360

Kabul 87f., *147*, 148, 152
Kadscharen 153, 199, 209, 213, 280ff., 366, 467
Karim Khan Zand 209
Kairo 28, *45*, 49, 79, *81*, 142f., 178, 199, 277f., *279*, 285, *291*, 292ff., *344*, *357*, 359, *365*, 395, *401*, 403, 424, 427f., 431
Kalifornien 107, 160, 244, 304
Kalikut 29, 59f.
Kalkutta 62, *147*, 149, 172f., *174*, 198, 238f., 255, *256*, 463
Kalmücken 77, 127f.
Kalter Krieg 406, 411, 416, 423, 431–438, 447ff., 451ff., 473
Kanarische Inseln 63, 109
Kandahar 86, 151f.
Kangxi, Qing-Kaiser 126–131
Kant, Immanuel 205

Kanton (heute: Guangzhou) 49, *53*, 94, 157f., 175, 182, 253, 260, *263*, 372–375, *397*
Kaozheng-Bewegung 195
Karibik 63ff., 108ff, 114ff., 154, 162, 167, 192, 304
Karl der Große 40
Karl V., habsburgischer Kaiser (Karl I. von Spanien) 57, 99
Karl XII., schwedischer König 123
Kartographie 94, 100f., 107f., 157, 160, 163f., 169f., 196, 203, 211, 292, 301, 413
Kasan 72, *74*, 75ff.
Kaspisches Meer 46, 71ff., 77, 85, 151, 159, 246, 280, 307, 355
Kastenwesen 27, 145, 151, 188, 253, 255, 319, 325, 371
Katharina die Große, Zarin von Russland 167, 176
Katholische Kirche 68f., 72ff., 80, 86, 94, 98f., 102, 121, 124, 134, 142, 247, 422
Kemal, Mustafa 363–366, 370, 431, 468
Kenia 297, 387, 437
Kennan, George 405
Kenyatta, Jomo 387
Khartum 209, 278, *279*, 297, 326
Khorasan 85, 151f., 209
Kidd, Benjamin 288
Kiew 71
Kljutschewski, Wassili 119, 224
Kohle 186, 189ff., 242, 283f., 303, 306, 355, 431, 465
Kolumbus, Christopher 29ff., 43, 63f., 66ff., 70, 103, 235, 285
Kommunikation 36, 52, 122, 170, 207, 229, 234, 239, 249, 261, 276, 285f., 307, 310, 315, 398
Kommunismus 374, 377, 381, 383, 386f., 389, 393, 405, 409ff., 417ff., 422f., 430, 433, 441, 449, 470, 473f.
Konfuzianismus 18, 22, 48, 52–55, 92, 94, 96f., 126, 130–133, 135, 194ff., 204, 249, 265ff., 336, 387
Kongo 235, 289, *291*, 294f., 297, 301, 407, 438, 445
Konstantinopel 12, 40f., 45, 50, 79, *81*, 82, 139, 141ff., *166*, 167, 171, 177, 173, *179*, 342, *344*, 350, *357*, 363f., *365*, 369
Korea 54, 91, 95, 97, 127, 136, 307, 333, 337, *338*, 340f., 373, 405f. 409f., 416–419, 421, 442, 448f., 473
Kosaken 75, 122f., 366
Koxinga (Zheng Chenggong), Freibeuter 127
Krankheiten 36, 43, 64, 66, 68, 101, 107ff., 115f., 151f., 322, 330
Krieg um Jenkins Ohr 114
Krim, Halbinsel 43, 72, 75ff., 142, 158f., 167, 170, 213
Krimkrieg 216, 223, 275

Kuba 63f., 66, 68, 304, 445
Kulturrevolution 418
Kuomintang (KMT) 374f., 382ff., 387, 396, 409f., 417f.

Lancashire 21, 193, 233f., 319
Landwirtschaft 25, 29, 35, 39, 45, 48f., 51–54, 66f., 78, 80, 86, 88–92, 103, 109ff., 126, 130, 133, 135f., 141, 143f., 146f., 149, 153, 155, 171, 185–190, 211, 226, 231–234, 238, 240, 243, 261f., 264, 267, 272, 277, 279, 305, 319, 340, 390, 410, 436, 461f., 471
Leibeigenschaft (*serfdom*) 78, 111, 113, 122, 130, 140f., 186f., 202, 222f., 306
Lenin, Wladimir Iljitsch 21, 374–378, 445, 451f., 469f.
Leopold I., habsburgischer König 117
Leopold II., belgischer König 295, 297f.
Leur, Jacob C. van 23ff.
Li Hongzhang 264, 332, 341
Libanon 274, 362f., *365*, 423f., 430
Liberalismus 10, 198, 215, 219–228, 377, 384–388, 442, 474
Lissabon 43, 58, *61*, 63, 102, 244, 295, *401*
Locke, John 117f., 202ff.
London 86, 111f., 114, 133, 161, 164f., 175, 179, 193, 203, 228, 230, 232, 237, 239, 251f., 255, 260, 290, 293–297, 302, 308, 314–321, 335, 346, 356, *357*, 362, 375, 384, 387, 396, *401*, 406, 424ff., 429, 436f., 445
Louisiana 108, 167, 177ff.
Ludwig XIV., französischer König 117, 161f.
Ludwig XVI., französischer König 176
Luxusgüter 27, 40, 43f., 62, 91, 101f., 136, 144, 182, 188, 214, 228, 249, 313

Macao 60f., 260, 463
Mackinder, Halford 31, 285, 395
Madeira 58
Madras *147*, 149f., 173f., 239, *256*, 257, 463
Malakka 44, *45*, 50, 60ff.
Malthus, Thomas Robert 214
Mamelucken 18, 47, 49f., 79f., 139, 142, 178, 276f., 462
Mandschu-Kaiser (Qing) 96f., 121, 126–133, 196, 265, 332–335
Mandschurei 46, 75, 95ff., 121, 126–130, 132, 153, 171, 196, 260, 265, 307, 332–335, 373, 381–384, 387, 395f., *397*, 409f., 466
Manila-Galeone 101
Mao Tse-tung 383, 410, 417f., 443
Marathen 145–150, 159f., 172ff., 178, 181, 256
Marokko 44, 58f., 80, 138, 142, 178, 294, 310, 312, 434
Marx, Karl 20f., 222, 387, 445, 447, 451f., 469f.
Maschhad (Meshed) *81*, 152f., 281, 467
Mauritius 179

Mehmed Ali 209, 213, 276f., 280, 431
Meiji-Restauration 259, 270ff., 276, 334, 340f., 468f.
Mekka *45*, 79, *81*, 200, 327, *344*, *365*, 426
Meuterei, indische 251, 255
Mexiko 65–71, 225, 304f.
Migration 19, 23f., 29, 31, 40, 42, 46f., 62f., 68f., 71, 74, 77, 108, 113, 121f., 130, 132, 155, 160, 162, 164, 168ff., 181, 183f., 204, 213ff., 225, 231, *233*, 240–245, 250, 275, 282ff., 288, 292, 297, 302f., 314, 387, 392, 426, 434–437, 454, 462f., 475
Mill, James 205, 236
Mill, John Stuart 255
Ming-Dynastie 51–55, 91ff.
Mission 71f., 94, 131f., 145, 164, 170, 201, 206, 236f., 240, 246, 261f., 283, 287f., 296, 298, 324, 334, 463
Mittelalter 39–56, 71, 98, 121, 141, 203, 325
Moderne, Definition 37ff.
Mogule *61*, 62, 88–91, 103, 105, 118, 126ff., 137, 143–152, 159, 171ff., 188, 197f., 252, 255ff., 463
Mongolen 16f., 35, 44, 46f., 50, 52–55, 71f., 77, 87, 91f., 95, 97, 128, 132, 195, 396, 409
Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de La Brède et de 118
Montezuma 64
Moskau 17, 71–78, 121ff., 128, *166*, 180, *357*, 376f., 381ff., 396, *401*, 402, 405, 418, 443, 447–450
Moskowien *siehe* Russland
Mossadegh, Mohammed 433f.
Mountbatten, Lord 407
Mysore 173f., 178, 197, 208

Nadir Schah 146, 148, 151ff., 209, 252
Nagasaki 94, 96, 134f., 211f., 267, 409
Nanking, Vertrag von 237, 260
Napoleon I. 177–181, 219f.
Napoleonische Kriege 179f.
Nasir ad-Din Schah 281, 343
Nasser, Gamal Abdel 415, 428–431, 442, 445
Nationalismus 23, 221, 275f., 326, 328–331, 335, 337, 347, 349f., 359–362, 367–374, 378, 382, 387–391, 395, 409–412, 421f., 425, 427f., 430, 434f., 438, 452, 456, 488ff.
Nationalsozialismus 31, 382, 386, *401*, 408, 432, 439f., 451f.

Nehru, Jawaharlal 411, 415, 420
Nertschinsk, Vertrag von 128
Neuseeland 29, 31, 170, 183, 236f., 240, 244f., 254, 287f., 314f., 324, 391
New York 34, *164*, 226ff., 232ff.
Newton, Isaac 202
Niederlande 32, 43, 99, 115, 121, 154f., 161, 168, 171, 173, 179, 186f., 192, 214, 229, 231, 239f., 248f., *357*, 379, 388f., 407, 416
Niederländisch-Ostindische Kompanie 97, 111f., 145, 154, 159, 182, 237, 379, 388f., 407, 416
Niger 137f., 246, *291*, 294ff.
Nil 44–46, 160, 187f., 209, 277f., 299, 326, 427f.
Nobili, Roberto di 94
Nobunaga, japanischer Herrscher 95
Nomaden 18, 46, 52, 71, 76, 79, 85ff., 92f., 95, 121f., 126, 150, 153, 159, 188, 272, 280
Nordatlantikvertrag 441
Nurhaci, nomadischer Heerführer 95

Odessa *166*, 167, 306
Oiraten 128
Okinawa 420
Oman 49, 152, 210, 425
Opium 175, 182, 185, 237, 260, 262ff., 281, 471
Opiumkrieg 213, 237f., 248, 260, 463
Orthodoxe Kirche 72f., 77, 80, 82, 121, 123f., 142
Osaka 133–136, 267, 271
Osmanisches Reich 12, 18, 29, 33, 41, 35, 50, 58, *61*, 71, 75, 78–87, 90, 99, 102f., 105, 117f., 123, 125, 137–143, 151f., 158f., 161f., 167, 170f., 178ff., 187f., 197–200, 208f., 213, 215f., 246, 272–276, 280ff., 292, 294, 306, 310, 313, 315, 341ff., *344*, 347ff., 351ff., 356, 359–367, 467f.
Österreichischer Erbfolgekrieg 116, 163
Österreich-Ungarn 222, 311, 342f., 350, 352f, 373
Ostindien-Kompanie, Britische 144–146, 150, 162, 172f., 175, 177f., 181f., 193, 198, 208, 213, 237, 251–257, 260, 463

Palästina 42, 353, 356f., 362, 364f., 403f., 407, 426f.
Pandschab *89,* 146, 148, 251, *256*, 257, 325, 360, 369, 388
Pazifik/Pazifischer Ozean 27f., 31f., 64, 71, 73, 75, 78, 94, 101, 107, 121, 157f., 160, 169f., 177, 181, 203, 212f., 228f., 235, 266, 272, 283, 303f., 306f., 310f., 322, 349, 376, 383, 396f., 406, 409, 420, 441

Pearson, Charles 289
Peking 53f., 92, 94ff., 127ff., 132, 208, 260f., 263f., 306, 333f., 336, *338*, 360, 372f., 375, *397*, 410, 417, 420
Pelze 40, 71, 73, 75, 107, 121, 127, 169, 245
Perejaslawl, Vertrag von 122f.
Persien *siehe* Iran
Persischer Golf 24, 45, 60, 80, 83, 100, 160, 177f., 210, 280, 285, 296, 310, 315, 342, 352, 367, 395, 403, 430, 433
Peru 33, 57, 67–71, 109, 154, 371
Pest 43, 50
Peter der Große, Zar 122–125, 141, 151, 224, 450
Philipp II., spanischer König 99f., 102
Philippinen 132, 304, *338*, 441
Piraten 61, 93f., 100, 127, 134, 238, 250
Pitt, Thomas »Diamond« 149
Pizarro, Francisco 58, 67
Polen 72–75, 77f., 117, 122–125, 161f., 165, 167, 176f., 179f., 214, 218, 303, 307, 349, 355, 376, 381f., 394, 404f., 450
Poltava, Schlacht von 123
Portugal 57–64, 80, 94, 96, 100f., 144f., 283, 379, 388, 416, 434f., 437f.
Porzellan 54, 96, 102, 110, 130, 156, 214
Potemkin, Grigorij 167

Qianlong, Kaiser 129, 194, 196
Qing-Dynastie *siehe* Mandschu-Kaiser
Québec 108, 162–166, 168f., 177, 233
Qullars 85

Rassismus 31, 226, 258, 283f., 288f., 301, 304, 317, 320, 324f., 330f., 391f., 398, 415, 465
Reformation, protestantische 98f.
Religion 37f., 42, 47ff., 62, 69, 70, 81–84, 86, 90, 98ff., 103, 114, 118, 120f., 131, 137f., 141, 145f., 148, 178, 195, 198–204, 214, 221, 227f., 236f., 242, 246, 249f., 263, 270, 273ff., 280, 282f., 287, 298, 312, 323, 326, 328–331, 342f., 347, 366f., 369ff., 385, 387f., 390f., 421, 425f., 434, 443, 451, 460, 462, 464, 468, 475
Resa Schah 366f., 432ff., 468
Reuters, Nachrichtenagentur 230, 281
Rhodes, Cecil 285, 291f., 297f., 302, 316
Romanow, Zarenfamilie 78, 122f., 139, 162, 224, 347, 350, 358, 376

Römisches Reich 39–42, 45, 255, 453, 462
Roosevelt, Franklin Delano 402, 404, 409
Roosevelt, Theodore 304f.
Rotes Meer 24, 60, 80
Rousseau, Jean-Jacques 220
Russisch-japanischer Krieg 307
Russisch-türkischer Krieg 167, 197
Russland 16, 33, 41, 71–78, 83, 101f., 116, 119–125, 127f., 141f., 151, 159, 161ff., 165ff., 170, 177–180, 189, 197, 209–213, 215–219, 227, 230, 239, 247f., 259, 261, 264, 266, 273ff., 280–283, 285, 303, 321, 333ff., 337–341, 343–346, 349–360, 364ff., 368, 373, 386, 394ff., 398f., 407, 409, 416, 418, 431f., 443, 450, 473
Rycaut, Paul 118
Ryukyu-Inseln 267, *338*

Safawiden *siehe auch* Iran 58, 71, 83–87, 90, 105, 137, 151, 198f., 209, 281, 467, 469
Said, Edward 25f.
Samarkand 17f., *45*, 87f., 90
Sambesi 59, 289, 438
Sambia 292, 302, 435
Samurai 93, 97, 133, 135, 211, 267, 269f., 272, 276, 340f.
Sansibar 210, 213, *279*, 290f., 296
Satsuma 267f., 270, 341
Saudi-Arabien *365*, 426, 428, 431, 433, 445
Schiismus 84, 86, 272, 280f., 343, 363, 469
Schwarzer Tod *siehe* Pest
Schwarzes Meer 73, 79, 115, 123, 125, 139, 141f., 159, 165, 167, 170f., 177, 216, 280f., 307
Schweden 77, 116, 122–125, *401*
Seemacht 31, 54, 58–61, 80, 100f., 106, 111ff., 116, 120, 153, 156f., 159, 162f., 168–171, 181, 192, 205ff., 210, 218, 247f., 280, 285f., 288, 304f., 308f., 311, 339, 444
Seewege 9, 18, 28, 31, 43, 59, 63, 100, 111, 156, 215, 218, 239, 241, 339, 352, 395, 414, 441, 444, 448, 471,
Seide 43, 54, 86, 91, 96, 110, 130, 133, 136, 149, 156, 185, 188, 214, 270, 340, 385
Senegal 107, 239, 247
Serbien 50, 79, 139, 274, 342f., 349ff., 353
Shanghai *53*, 130, 234, 238, 258, 260, *263*, 285, 315f., 373ff., 336, 382f., 388,

397
Shivaji, indischer König 145f.
Sibirien 71, 75, 121f., 128, 222f., 240, 285, 306f., 341, 372, 376
Silber *siehe* Edelmetalle
Simbabwe 292, 297, 302, 435
Singapur 28, 181, 239, *309*, 315f., 397, 402, 448f., 473
Sinkiang (heute: Xinjiang) 129, 159, 197, 333, 409, 466
Sklaverei 19, 33, 35, 38, 40, 47, 62, 68, 70, 78, 107–110, 154, 169, 188f., 192, 202, 204, 206, 208ff., 225ff., 234ff., 239, 250, 278, 296, 320, 331, 400, 444, 462, 471
Smith, Adam 20, 25, 34, 155, 187, 205, 236
Sokoto 201
Somalia 447
Sowjetunion 31, 38, 165, 365f., 374–378, 381–384, 386f., 394–397, 401–410, 416, 418, 420, 424, 428–433, 440–451, 472ff.
Sozialdarwinismus 288, 310, 325
Spanien 33, 40, 42ff., 57, 63–71, 76, 80, 94, 96, 99–102, 112–116, 121, 123, 141f., 159–162, 166ff., 171, 179ff., 233, 241, 283, 304, 382
Spanischer Erbfolgekrieg 115f.
Sprache 37, 48, 62, 70, 86, 90, 135, 196–
199, 204, 280, 283, 323, 325–328, 332, 367, 377, 388, 390, 439, 467ff., 472
St. Petersburg 122, *166*, 224, 344
Stalin, Josef 377, 381f., 394, 403ff., 409, 417, 421, 431, 443f., 448, 473
Südafrika 30, 160, 183, 213, 240, 247, 254, 285, 288, 291f., 294, 297, 300ff., 307, 325, 328, 368
Suez 45, 80, 177, 206, 234, 239, 296, 300, 307, 361, 364
Suezkanal 278ff., 285, 290–293, 315, 395, 429
Suezkanalzone 403, 424, 428
Suezkrise 429f.
Sun Yat-sen 330, 335, 374
Suraj ud-Daula 172f.
Syrien 18, 43, 45, 47, 49f., 178, 209, 272, 277, 362–365, 367, 424, 426, 428, 430f.

T’ai-p’ing-Aufstand 362ff.
Tabak 90, 109f., 136, 143, 185, 435
Taiwan 127, 267, 333, 338f., *397*, 416ff., 449, 473
Tansimat, Reform des Osmanischen Reiches 273–276, 281
Taoismus 195
Textilien *siehe auch* Baumwolle 49f., 90f., 93, 102, 110f., 130, 133, 137, 140,

144, 149f., 184, 190f., 237, 271, 303, 385, 470f.
Tibet *53*, 127, *129*, 195, 333, 409, 420
Timur, mongolischer Eroberer 16ff., 46f., 49f., 72, 76, 84, 87f., 90, 92, 151
Tipu Sultan 174, 178, 209
Tocqueville, Alexis de 36, 225
Tokio *siehe* Edo
Tokugawa-Schogunat 96f., 105, 126, 133–136, 266–271, 467
Tott, Baron François de 197
Trotzki, Leo 376
Truman, Harry S. 408
Truman-Doktrin 408, 431, 440f.
Türkei 354, 361, 364–367, 376, *401*, 405, 408, 428, 431f., 440, 465, 468, 470
Turner, Frederick Jackson 287, 304

Ukraine 122ff., 177, 306ff., 355f., 375ff., 382, 394, 443, 450
Ulama 48f., 178, 197, 199f., 209f., 275, 278, 280f., 326f., 343, 469
»Ungleiche Verträge« 260–269, 284, 314, 332, 339, 371–374, 403, 411ff., 471
Unruhen/Aufstände 32, 50, 83, 92, 95, 112, 134, 209, 211, 215, 217, 219f., 224f., 235, 264, 270ff., 276, 280, 305, 334, 336, 342, 346, 348, 354f., 357, 360f., 365ff., 370, 372f., 375, 377ff., 398, 405, 419, 423, 427f., 432, 436, 444, 451, 466f.

Venedig 41, 43, 50, 100
Vereinigte Staaten von Amerika 9, 21, 34, 38, 168ff., 179, 215f., 218f., 224–235, 240–245, 248f., 261, 264, 266, 278f., 285–288, 292, 303ff., 309, 311, 314, 320f., 329–332, 334ff., 339, 344, 346f., 353, 356–359, 362, 372f., 376, 379, 383, 385, 387, 392, 395ff., 402, 404ff, 407–413, 415, 417–424, 426, 428–433, 439–456, 465, 472, 475
Vereinte Nationen 402, 411f., 414, 416f., 426f., 429, 438, 445, 450
Vertragshäfen 238, 260, *263*, 265f., 288, 332, 335f., 373, 375, 382, 388, 413
Vietnam 54, 92, 97, 194, 210, 247ff., 391, 409, 416ff., 422f., 445–449, 455
Völkerbund (League of Nations) 347, 371, 378–382, 384, 387, 394, 403, 411f., 426, 440

Wahhabismus 200f.
Wallachei 274
Waräger (Varangians) 71f.
Washington, George 164f.
Washingtoner Verträge 371f., 374

al-Watba (»Der Sprung«) 427
Waterloo, Schlacht von 180
Weber, Max 22f., 186
Weißer-Lotus-Bewegung 201
Weltkrieg, Erster 30, 284, 300, 307, 312, 344–359, 372, 386, 388, 393ff., 398f., 414
Weltkrieg, Zweiter 23, 388, 394–413, 420, 426, 431, 451, 473
Westindische Inseln *siehe* Karibik
White, Samuel »Siamese« 149
Wien 79, 138, 158f., 351, *357*, *401*
Wiener Kongress, Frieden 163, 180, 217f.
Wikinger 41, 71
Wirtschaftswachstum 25, 36f., 43, 51, 83, 111, 123, 133, 135f., 172, 186ff., 218, 230f., 310, 320, 444, 447ff., 451, 473
Wissenschaft 48f., 90, 100, 117, 132, 138, 157f., 186, 195, 202f., 206, 264, 283f., 322, 328f.
Wolfe, General James 166
Wolga 71, 73, *74*, 76f., 121, 128, 159, 307, 376
Wu, General 127

Xavier, Sir Francis 94

Yongzheng, Kaiser 129f., 132
Yuan-Dynastie 17, 50f., 91ff.

Zheng He, Admiral (Cheng-ho) 54, 92
Zucker 90f., 109f., 130, 136, 162, 167, 185, 187, 192, 235, 315, 407, 445, 471
Zypern 42, 274, 415, 432